Dierk Hoffmann
Otto Grotewohl

Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte
Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 74

R. Oldenbourg Verlag München 2009

Dierk Hoffmann

Otto Grotewohl (1894–1964)

Eine politische Biographie

Veröffentlichungen zur SBZ-/DDR-Forschung
im Institut für Zeitgeschichte

R. Oldenbourg Verlag München 2009

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

© 2009 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht)
Satz: Typodata GmbH, München
Druck: Memminger MedienCentrum, Memmingen
Bindung: Buchbinderei Klotz, Jettingen-Scheppach

ISBN 978-3-486-59032-6

Inhalt

Einleitung 1

I. Grotewohl im späten Kaiserreich und in der Weimarer Republik 17

1. Kindheit und Jugend (1894–1914) 17
2. Erster Weltkrieg, Novemberrevolution und Gegenrevolution in Braunschweig (1914–1920) 31
3. Grotewohls politischer Aufstieg (1920/21) 51
   Landtagsabgeordneter (51) – Von der USPD zur SPD (72) – Der Sturz Orters (78)
4. Landesminister in Braunschweig: Im Volksbildungsministerium (1921/22) 92
   Grotewohls Schulerlass (92) – Sozialistische Bildungsoffensive in Braunschweig? (102)
5. Erneut Landesminister in Braunschweig: Grotewohl als Justiz- und Innenminister (1923/24) 105
   Personalpolitik (105) – Grotewohls Stellung im Kabinett (108) – Die Reform der Kommunalverfassung 1924 (112)
6. Vom Landtagsabgeordneten zum Reichstagsabgeordneten (1924–1933) 121
   An der Spitze des SPD-Bezirks Braunschweig (121) – Als Landtagsabgeordneter in der Opposition (124) – Hinterbänkler im Reichstag (134) – Präsident der Landesversicherungsanstalt Braunschweig (148) – Grotewohl und der Aufstieg des Nationalsozialismus (162)

II. Verfolgung und Innere Emigration: Otto Grotewohl im Dritten Reich (1933–1945) 165

1. Flucht aus Braunschweig 165
2. Ein politisch inszenierter Gerichtsprozess: Die Landesversicherungsanstalt Braunschweig gegen Otto Grotewohl 170
3. Beruflicher Wechsel von Hamburg nach Berlin 177
4. In den Fängen der Gestapo: Verhaftung und Vorbereitung eines Hochverratsprozesses 1938/39 181
5. Kriegsende in Berlin 190

III. Euphorischer Neuanfang und gewaltsame Umgestaltung (1945–1949) 195

1. Auf dem Weg zur Zwangsvereinigung 195
Grotewohl im Bezirksamt Schöneberg (195) – Die Gründung des Zentralausschusses der SPD (198) – Sozialdemokratische Selbstbehauptung und kommunistische Vereinigungskampagne (213) – Sowjetische Einflussnahme und Grotewohls Einlenken (229) – Von der Sechziger-Konferenz zum Gründungsparteitag der SED (235) – Die Inszenierung der Einheit (254)

2. Ko-Vorsitzender der SED 258
Grotewohls Position innerhalb der Parteispitze (258) – Westkontakte und Westreisen (277) – Deutschlandpolitische Initiativen Grotewohls? (291) – Grotewohl und der „Kampf gegen den Sozialdemokratismus" 1948 (298) – Grotewohls Auslandsreisen bis 1949 (308) – Grotewohl in Moskau (311) – Grotewohl in Karlshorst (321) – Zwischen Zwangsbewirtschaftung und beginnender Planwirtschaft (323) – Gemeinde-, Kreis- und Landtagswahlen 1946 (338) – Grotewohl als sächsischer Landtagsabgeordneter (343) – Grotewohl als Kulturpolitiker (345)

3. Auf dem Weg zur Staatsgründung 350
Ausarbeitung der DDR-Verfassung (350) – Planung und Inszenierung des Gründungsaktes (374)

IV. An der Spitze der Regierung (1949–1964) 389

1. Grotewohls Regierungsapparat in der frühen DDR 389
Das Büro des Ministerpräsidenten (389) – Das Büro des Förderungsausschusses beim Ministerpräsidenten: Funktion und Arbeitsweise (405) – „Demokratisierung der Staatsverwaltung" und die Kompetenzkonflikte mit den Landes- und Bezirksverwaltungen (412)

2. Von der bürgerlichen zur sozialistischen Kultur: Grotewohl und die SED-Kulturpolitik 421
Kulturelles Erbe und Herrschaftslegitimation (421) – Grotewohls Kontakte zu Schriftstellern, Künstlern und Wissenschaftlern (431) – Vorsitzender des Kuratoriums für den Aufbau Nationaler Gedenkstätten in Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück (447)

3. Wirtschafts- und Sozialpolitik zwischen Planungseuphorie und Krisenbewältigung 452
Grotewohl und die Reparationen an die Sowjetunion (452) – Der erste Fünfjahrplan (1951–1955) und der „Kampf gegen Wirtschaftssabotage" (467) – Grotewohl und die sowjetischen Wirtschaftshilfen (475) – Sicherung der Energieversorgung (487) – Landwirtschaftspolitik und Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern (495) – Grotewohl als Sozialpolitiker? (503)

4. Grotewohl und die SED-Kirchenpolitik 510

5. Die politischen Krisen des SED-Regimes und die schleichende Entmachtung Grotewohls 527
Stalinkult und Stalinverehrung (527) – Grotewohl und der Volksaufstand am 17. Juni 1953 (530) – Strukturveränderungen in der SED-Führung 1954 und ein Spionagefall in der Regierungskanzlei (546) – Grotewohl und die Folgen des XX. Parteitags der KPdSU in der DDR (552) – Aufstand gegen Ulbricht 1957/58? (558)

V. Repräsentant des anderen Deutschland 567

1. Deutschlandpolitische Visionen und Selbsttäuschungen 567
Vom Grotewohl-Brief zu den Stalin-Noten (567) – Propagandaaktivitäten im Umfeld der Berliner Außenministerkonferenz 1954 und der Genfer Gipfelkonferenz von 1955 (592) – Über Abrüstung zur Wiedervereinigung? (598) – Das Berlin-Ultimatum Chruschtschows und die Genfer Außenministerkonferenz 1959 (603)

2. Auf der Suche nach internationaler Anerkennung 608
Metamorphose der sowjetischen Präsenz in der DDR (608) – Auf gleicher Augenhöhe? Grotewohl in Moskau (613) – Inszenierte Völkerfreundschaft: Grotewohl und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Volksdemokratien (622) – Zweites Standbein in der sozialistischen Staatenwelt: diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China (633) – Die Grotewohlreise von 1959 (638)

VI. Letzte Lebensjahre 647

Zusammenfassende Schlussbetrachtung 651

Abkürzungen 667

Quellen- und Literaturverzeichnis 671

Personenverzeichnis 715

Für Astrid, Julia Mugdha,
Aron Vimal und Rafael Madhur

Einleitung

„Der 18. Februar 1960 beginnt in Berlin wie jeder andere Werktag. Es ist ein frostklarer, sonnenheller Morgen. Pünktlich 9 Uhr – und auf Pünktlichkeit hält Otto Grotewohl – setzten sich die Wagen in Berlin in Bewegung. Die Fahrt geht heute durch die Vororte der Hauptstadt Berlin, und nach einigen Stunden wird [die] Abfahrt Treuen/Vogtland Auerbach angesteuert. Mit herzlichem ‚Glück auf' und freundlichem Winken begrüßen Männer und Frauen, in Mäntel gehüllt ihre lange erwarteten Gäste. Genossin Grotewohl begibt sich zum vereinbarten Vortrag in den Festsaal. Unter neuem Winken und Grüßen setzt Genosse Grotewohl, begleitet von Vertretern der Kreisparteileitung, des Rates des Kreises und von Mitarbeitern der ‚Wismut AG' die Reise nach Klingenthal fort, wo seine Frau noch in einer zweiten Veranstaltung zu den Einwohnern sprechen soll. In flotter Fahrt geht unsere Fahrt vorüber an den verschneiten Häuschen der Geigenbauer und Bogenmacher von Markneukirchen. Bald erreichen wir die volkseigenen Betriebe ‚Vermona' und die ‚Vereinigten Harmonikawerke', die den größten Teil der dort hergestellten Akkordeons und Mundharmonikas für unseren Inlandsbedarf und für den Export unserer Republik herstellen. Nach der Begrüßung durch den Werkdirektor, Genossen Krauße, die Partei- und Gewerkschaftsleitung streckten sich Otto Grotewohl die Hände vieler Einwohner entgegen, darunter auch einer Gruppe Schulkinder, die mit ihren Bretteln am Werktor stehen. ‚Ihr seid sicherlich Klingenthaler Nachwuchsspringer'[,] ruft Otto Grotewohl den lachenden, rotbäckigen Jungen und Mädchen entgegen. ‚Nee', antwortete ein besonders schlagfertiger Junge, ‚aus Klingenthal sin wa nich, aber aus Berlin'. Allgemeines Lachen quittiert die Antwort der sportfreudigen Jugend unserer Republik."[1]

Mit diesen Worten beginnt Hans Tzschorn seinen Erinnerungsbericht über die Arbeit im Sekretariat des Ministerpräsidenten und versucht einen Arbeitstag Otto Grotewohls anschaulich zu machen. Der langjährige enge Mitarbeiter beschreibt den Ministerpräsidenten als offenen, kommunikativen und humorvollen Menschen, der sich offenbar größter Beliebtheit in der ostdeutschen Bevölkerung erfreute. Tzschorn schildert seinen Chef als einen Politiker, der auf die Menschen zugehen und ihnen zuhören konnte. Während er Gespräche mit Arbeitern in Betrieben geführt habe, sei „manch kritisches Wort, das Veranlassung zum Nachdenken gibt", gefallen. Der Ministerpräsident habe daraufhin „manchen Hinweis im Notizblock [notiert], den er stets bei sich trägt"[2]. Der Bericht, der nie publiziert wurde, unterstrich somit das vermeintlich gute Vertrauensverhältnis zwischen Grotewohl und der DDR-Bevölkerung. Otto Grotewohl erscheint in dieser Beschreibung nicht nur als feinfühliger Zuhörer, der auf die Wünsche und Sorgen der Menschen eingeht, sondern auch als guter Ratgeber, der sich sowohl über Probleme der betrieblichen Arbeit als auch über weltpolitische Ereignisse ausließ. So

[1] SAPMO-BArch, SgY 30/1788, Bl. 5f., Erinnerungsbericht von Hans Tzschorn an seine Arbeit im Sekretariat des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vom September 1949 bis zum 21. September 1964, auf Band gesprochen am 29. 4. 1974.

[2] Ebenda, Bl. 7.

ging er beispielsweise ausführlich auf seine Asienreise von Ende 1959 ein und skizzierte kurz die außenpolitischen Ziele der SED-Führung, die auf die Anerkennung des ostdeutschen Teilstaates durch die Völkergemeinschaft hinausliefen. Der Tagesbesuch des Ministerpräsidenten endete stimmungsvoll und beinahe religiös: „Wie ein Gelöbnis vereint sich zum Schluß der vielhundertstimmige Chor aus dem inzwischen geöffneten Tor der Turnhalle in die sternenglänzende Stille der Nacht hinausklingend. ‚Brüder in eins nun die Hände!'"[3]

Grotewohls öffentliches Erscheinungsbild war in Deutschland zweigeteilt und äußerst kontrastreich. Generell versuchte die SED-Führung das Bild ihrer Spitzenpolitiker in den staatlich gelenkten Medien maßgeblich zu bestimmen. Um die fehlende Legitimation durch freie Wahlen zu kompensieren, wurden die führenden Genossen als Repräsentanten der Arbeiterklasse dargestellt. In dem Zusammenhang erschien Grotewohls Weg zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien 1946 als langfristig angelegter, geradliniger Prozess. Im Gegensatz dazu setzte sich in Westdeutschland bereits frühzeitig ein gänzlich anderes Bild vom ersten DDR-Ministerpräsidenten und Mitvorsitzenden der SED durch, das primär die biographischen Brüche betonte und anfangs sehr stark vom SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher geprägt wurde. Einen Tag nach dem Ableben Grotewohls am 21. September 1964 erschien in der SPD-nahen Tageszeitung ‚Telegraf' ein Nachruf mit der Überschrift „Der Versager" von Chefredakteur Arno Scholz[4]. Darin beschrieb Scholz das angespannte Verhältnis zwischen Schumacher und Grotewohl nach 1945, betonte aber gleichzeitig, dass der „junge Grotewohl [...] einstmals eine große Hoffnung" der SPD gewesen sei. An die Absprache mit dem SPD-Vorsitzenden, die sozialdemokratische Partei in der SBZ aufzulösen, wenn die Fusion mit der KPD nicht mehr zu verhindern wäre, habe sich der Vorsitzende des Berliner Zentralausschusses (ZA) jedoch nicht gehalten. Grotewohl wurde Selbstüberschätzung und Realitätsverlust vorgeworfen: Er habe die Illusion besessen, dass die SPD-Mitglieder in der neu gebildeten SED die Mehrheit und auch sukzessive die Führung stellen würden. An dieser Einschätzung hat sich in der Bundesrepublik kaum etwas geändert. Im Gegenteil: Im Laufe der Zeit verstärkte sich der negative Grundtenor noch weiter. Während also die DDR Grotewohl als entscheidenden Wegbereiter der Einheit der Arbeiterklasse feierte, wurde er im Westen Deutschlands als Totengräber der SPD in der sowjetischen Besatzungszone abgestempelt. So bezeichnete etwa Lord Ralf Dahrendorf den Co-Vorsitzenden der SED noch jüngst in einem Interview als „Steigbügelhalter", die seiner Meinung nach „noch verachtenswerter sind als die großen Verbrecher"[5]. Als Sechzehnjähriger hatte Dahrendorf im eigenen Elternhaus in Berlin die Gespräche von Mitgliedern des ZA der SPD mitbekommen und sich dabei einen Eindruck von Grotewohl verschaffen können. In seiner Erinnerung besaß vor allem eine Sitzung entscheidenden Charakter, in der ein sowjetischer Verbindungsoffizier mit der personellen Auswechslung des ZA drohte. Daraufhin habe sein Vater, Gustav Dahrendorf,

[3] Ebenda, Bl. 12.
[4] ‚Telegraf' vom 22. 9. 1964. Zitiert nach: SAPMO-BArch, NY 4090/116, Bl. 11. Scholz war unter anderem Mitherausgeber des zwischen 1952 und 1954 erschienenen, dreibändigen Erinnerungswerkes „Turmwächter der Demokratie. Ein Lebensbild von Kurt Schumacher".
[5] ‚Frankfurter Allgemeine Zeitung' vom 26. 3. 2005, S. 36.

eine klare Stellungnahme gefordert, der Grotewohl „die ganze Zeit" aus dem Weg gegangen sei.

Forschungsstand

In der DDR-Forschung ist das Genre der Biographie nach wie vor ein weißer Fleck. In seiner Gesamtdarstellung zur DDR-Geschichte listet Hermann Weber insgesamt 2115 Titel auf, darunter aber nur 60 biographische Einzeluntersuchungen[6]. Davon sind nur 27 nach 1990 erschienen; verfasst wurden sie zum Teil von Publizisten und Journalisten. Die wissenschaftlich fundierte Biographie fristet folglich ein Schattendasein in der gegenwärtigen zeithistorischen SBZ/DDR-Forschung. Dies steht im Widerspruch zur Tatsache, dass die Bilanz der DDR-Forschung allein quantitativ gesehen durchaus imposant ist. Eine bekannte Festschrift enthält beispielsweise 2066 Titel, vornehmlich aus den Jahren seit 1990[7]. Dafür gibt es mehrere Ursachen: Erstens trat die SED-Führung nach außen hin stets als Kollektiv auf, so dass Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Politbüros oder des ZK der SED kaum publik wurden. Zweitens wurde die schriftliche Hinterlassenschaft der einzelnen Spitzenpolitiker bereits zu DDR-Zeiten sorgsam angelegt und bewacht. Mit Hilfe der angehäuften Aktenberge sollte der einheitlich revolutionäre Weg nachgezeichnet werden, ohne Brüche oder Widersprüche zu berücksichtigen. Drittens war die Auslegung der Vergangenheit für Kommunisten stets mit Gefahren verbunden, wie die innerparteilichen Richtungskämpfe und Säuberungswellen in der Sowjetunion vor 1945 und den osteuropäischen Staaten nach 1945 deutlich machten. Das hatte Folgen für die Archivierung des partei- und staatseigenen Schriftgutes. Die Nachlässe der führenden SED-Politiker bieten daher auf den ersten Blick wenig Sensationelles, denn sie enthalten in der Regel keine persönlichen Mitschriften oder Notizen. Eine Ausnahme bilden die handschriftlichen Aufzeichnungen Wilhelm Piecks und Otto Grotewohls über Treffen mit den sowjetischen Führern in Moskau bzw. über einzelne Politbürositzungen, die in den neunziger Jahren publiziert wurden[8]. Außerdem befinden sich in den Nachlässen kaum persönliche Briefe, was die Abfassung einer Biographie zunächst einmal erheblich erschwert.

Die SBZ/DDR-Forschung hat in diesem Bereich also großen Nachholbedarf. Damit soll nicht behauptet werden, es gäbe überhaupt keine Biographien. Doch nur wenige halten einem kritischen Vergleich stand. Das gilt vor allem für die in den siebziger Jahren von der SED herausgegebenen offiziellen Darstellungen. Heinz Voßke porträtierte 1975 Wilhelm Pieck, 1978/79 Otto Grotewohl und 1987 Friedrich Ebert. Dabei wertete er die jeweiligen Nachlässe aus und besuchte für seine Grotewohl-Biographie sogar westdeutsche Archive. Dennoch wiesen diese Arbeiten zum Teil erhebliche Mängel auf: Es war nicht zu verkennen, dass es sich dabei um eine parteiamtliche Auftragsarbeit handelte, die im Falle Grotewohls ei-

[6] Weber, Die DDR, S. 215–324.
[7] Vgl. Eppelmann u. a., Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung.
[8] Vgl. Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik; Scherstjanoi, „Wollen wir den Sozialismus?"; Hoffmann/Schmidt/Skyba, Die DDR vor dem Mauerbau.

nen bruchlosen Lebenslauf zu dokumentieren hatte. Zweifel an der Richtigkeit der Vereinigung von SPD und KPD kamen beispielsweise nicht auf. Darüber hinaus machte Voßke seine Quellengrundlage nur unzureichend transparent. Stellt man die Tatsache in Rechnung, dass die genannten Werke in der DDR der Ära Honecker entstanden sind, so handelt es sich zweifellos um einen beachtlichen Fortschritt gegenüber der Geschichtspolitik in der Ära Ulbricht. Gleichwohl lassen sich Voßkes Studien in ihrem Ertrag nur begrenzt mit westdeutschen biographischen Werken vergleichen. In der Bundesrepublik veröffentlichte 1964 die bekannte Publizistin Carola Stern eine Biographie über Ulbricht, die nach wie vor sehr anregend ist[9]. Eine 1981 im Deutschland Archiv angekündigte Biographie über Grotewohl aus der Feder von Lutz Becht an der Universität Frankfurt am Main erschien dagegen nicht[10]. Im Rahmen des Forschungsprojekts „Führungsgruppen und ‚Apparate' des SED-Regimes" am Zentrum für Zeithistorische Forschung (Potsdam) hatte Jürgen Danyel 1995 eine kollektivbiographische Untersuchung über die „Pankower Machthaber" angekündigt, die leider auch nicht realisiert wurde[11].

In den Biographien, die nach 1989/90 erschienen sind, liegt der Schwerpunkt oftmals auf der DDR-Phase. Dagegen wird die Frage nach der politischen Sozialisation und nach den Prägungen in der Weimarer Republik sowie in der Emigration nach 1933 nicht systematisch untersucht. Das wird deutlich bei den Biographien zu Ernst Wollweber[12], Erich Mielke[13], Hilde Benjamin[14] oder auch Kurt Vieweg[15]. Mittlerweile liegen Biographien zu weiteren SED-Spitzenpolitikern vor, die jedoch auf unzureichender Quellenlage basieren[16]. Eine Ausnahme bilden die Studien von Mario Frank[17] und Wilfriede Otto[18], die sich bemüht haben, neu zugänglich gemachte Archivalien zu erschließen und auszuwerten. Eine Art Kollektivbiographie legte kürzlich Solveig Simowitsch vor, in der sie die Motive von vier Sozialdemokraten (Wilhelm Höcker, Carl Moltmann, Otto Buchwitz und Heinrich Hoffmann) im Hinblick auf ihre Mitarbeit in der SED untersuchte[19]. Die Studie leidet allerdings darunter, dass sie nicht systematisch, sondern sehr grob chronologisch (Kaiserreich, Weimarer Republik, Nationalsozialismus, SBZ/DDR) angelegt ist. Auf diese Weise können keine generalisierenden Aussagen zum Verhalten ehemaliger Sozialdemokraten gewonnen werden. Gleichwohl ist der Ansatz zu begrüßen, bei der Analyse der Zwangsvereinigung den Fokus nicht auf Grotewohl zu verengen, sondern auf weitere Spitzenfunktionäre der SPD zu erweitern.

[9] Stern, Ulbricht.
[10] Vgl. DA 14 (1981), S. 594.
[11] Bauerkämper/Danyel/Hübner, Führungsgruppen und „Apparate" des SED-Regimes, S. 41f.
[12] Flocken/Scholz, Wollweber.
[13] Lang, Mielke; Schwan, Mielke.
[14] Feth, Benjamin; Brentzel, Die Machtfrau.
[15] Scholz, Bauernopfer der deutschen Frage.
[16] Podewin, Ulbricht; ders., Ebert und Ebert.
[17] Frank, Ulbricht.
[18] Otto, Mielke.
[19] Simowitsch, „... werden als Wortbrüchige in die Geschichte der SPD eingehen ...". Dabei verwendet sie den dem Kirchenrecht entlehnten Begriff des Konvertiten, was als Kennzeichnung für atheistische Funktionäre aus der Arbeiterbewegung nicht sonderlich einsichtig ist.

Markus Jodl unternahm mit seiner 1997 gedruckten Dissertation den Versuch, eine „neue" Biographie über Otto Grotewohl zu schreiben. In der Tat stellt seine Studie eine erhebliche Verbesserung gegenüber den Arbeiten von Voßke dar. Dennoch bleibt die Arbeit eigentümlich blass. Die Darstellung von Grotewohls Zeit als Landesminister in Braunschweig ist knapp und geht über das bereits Bekannte kaum hinaus. Außerdem konzentrierte sich Jodl sehr stark auf Grotewohls Rolle bei der Zwangsvereinigung und seine Funktion als SED-Vorsitzender bis 1949. Die nachfolgenden Jahre bleiben dagegen völlig unterbelichtet. Darüber hinaus gelingt es ihm nicht, die staatliche Funktion – immerhin war er der erste Ministerpräsident der DDR – angemessen zu berücksichtigen. Letzteres hängt in erster Linie auch mit der unzureichenden Auswertung der Aktenüberlieferung des Ministerrates zusammen. Den Titel seiner Studie hat Jodl einer Rede entnommen, die Grotewohl auf der Goethefeier der Freien Deutschen Jugend (FDJ) am 22. März 1949 gehalten hat[20]. Mit dem Goethe-Zitat versucht er Grotewohls politische Leistung auf den Punkt zu bringen, was jedoch nicht sonderlich zu überzeugen vermag. Bewertungsmaßstab ist unausgesprochen Grotewohls Verhalten nach der SED-Gründung, d. h. während der Transformation der Partei zu einer kommunistischen Kaderpartei. Um Grotewohls Handeln angemessen beurteilen zu können, wäre es jedoch erforderlich gewesen, seine Zwangslagen und Handlungsspielräume systematisch auszuloten.

Neben der Arbeit von Jodl liegen noch zwei biographische Skizzen von Michael Lemke und Bernd Rother vor, wobei sich Letzterer auf Grotewohls Rolle in Braunschweig während der Weimarer Republik konzentrierte[21]. Bereits zu Lebzeiten Grotewohls publizierte das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED einige seiner Reden und Schriften[22]. Dabei handelte es sich aber um eine – aus Sicht der SED – sorgfältige Auswahl. Ein Vergleich mit den im Nachlass Grotewohl befindlichen Originalen zeigt, dass die gedruckten Dokumente zum Teil sprachlich und inhaltlich überarbeitet wurden. In den neunziger Jahren veröffentlichte Wolfgang Triebel eine zweibändige Dokumentation, die sich jedoch nur auf die Jahre der Besatzungszeit (1945–1949) konzentriert[23]. Otto Grotewohl wurde auch Gegenstand eines belletristischen Werkes: Mitte der zwanziger Jahre veröffentlichte Felix Riemkasten seinen Roman „Der Bonze", dessen Hauptfigur Karl Könnemann große Ähnlichkeiten mit dem damaligen braunschweigischen Landesminister Grotewohl aufwies[24]. Riemkasten war Beamter der Landesregierung und galt als Insider der politischen Szene Braunschweigs. Das Buch verkaufte sich sehr gut und wurde mehrmals neu aufgelegt.

Auch wenn zu Otto Grotewohl keine innovativen und empirisch fundierten Biographien vorliegen, wird die Einordnung seiner politischen Aktivitäten durch

[20] Grotewohl, Amboss oder Hammer.
[21] Vgl. Rother, Otto Grotewohl; Lemke, Otto Grotewohl.
[22] Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik (6 Bde.). Vgl. zur Entstehung dieser Werkausgabe Lokatis, Der rote Faden, S. 53–55. Nach Einschätzung von Lokatis las niemand in der SED Grotewohl-Reden; er belegt diese etwas sehr pauschale Aussage mit dem Hinweis auf den Verbreitungsgrad unter den höheren SED-Funktionären. Die Rezeption der offiziellen Redensammlungen in der SED bleibt m. E. aber immer noch ein Desiderat der Forschung.
[23] Otto Grotewohl und die Einheitspartei.
[24] Riemkasten, Der Bonze.

fundierte Forschungen zur Geschichte Braunschweigs vor 1945 und zur SBZ/DDR-Geschichte erleichtert. So profitierte die Arbeit außerordentlich von der organisationsgeschichtlichen Studie Bernd Rothers über die braunschweigische SPD, die vor allem auf der systematischen Auswertung der sozialdemokratischen Presse basiert[25]. Darüber hinaus existiert eine große Anzahl an politik- und sozialgeschichtlich ausgerichteten Publikationen zur Geschichte der Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Braunschweig und Hannover[26]. Auch die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft fand angemessene Berücksichtigung, was angesichts der kriegsbedingten Archivschäden keine Selbstverständlichkeit ist[27]. In dem Zusammenhang kann der nationalsozialistische Repressionsapparat als vergleichsweise gut erforscht gelten[28]. Einen weiteren Schwerpunkt der regionalgeschichtlichen Forschung bildet der Widerstand gegen das NS-Regime[29] sowie die Emigration aus Deutschland[30]. Abschließend sei noch auf das voluminöse und äußerst informative Handbuch zur Geschichte Braunschweigs hingewiesen, das chronologisch gegliedert ist und inhaltlich von der Frühgeschichte bis zur Gegenwart reicht[31].

Was die Geschichte der SBZ/DDR betrifft, so scheint der Forschungsstand gerade zur Entstehung und Entwicklung der SED-Diktatur im ersten Nachkriegsjahrzehnt umfassend, wenn nicht sogar erschöpfend zu sein. Zur Geschichte der SED liegen mittlerweile zahlreiche Studien vor, wobei die Zwangsvereinigung und die Frühgeschichte der Partei bis 1953 im Vordergrund stehen[32]. Dabei behandelt die Forschung nicht nur die zentrale, sondern auch die regionale Ebene[33]. Gleichzeitig ist auch die Geschichte des Zentralausschusses der SPD relativ gut erforscht[34]. Obwohl bereits einige Dokumentationen die Rolle Grotewohls im Vereinigungsprozess beleuchten[35], so bleibt nach wie vor sein überraschender Wechsel vom Kritiker zum Befürworter der Fusion erklärungsbedürftig. Einen weiteren Schwerpunkt der Forschung bildet die Stalinisierung der SED, d.h. die Transformation der Hegemonialpartei Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre

[25] Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig.
[26] Vgl. Bajohr, Uneheliche Mütter im Arbeitermilieu; Boll, Massenbewegungen in Niedersachsen; Erhardt, Rationalisierung und Wandel der Industriearbeit; Ludewig, Arbeiterbewegung und Aufstand; Niemann, Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung.
[27] Vgl. Ludewig, Nationalsozialismus als Protestbewegung; Pöls/Pollmann (Hrsg.), Moderne Braunschweigische Geschichte; Pollmann/Ludewig, Nationalsozialistische Wirtschaftspolitik im Lande Braunschweig (Teil 1 und Teil 2).
[28] Vgl. Ludewig/Kuessner, „Es sei also jeder gewarnt"; Wysocki, Die Geheime Staatspolizei im Land Braunschweig.
[29] Vgl. Herlemann/Sommer, Widerstand, Alltagsopposition und Verfolgung; Obenaus, Probleme der Erforschung des Widerstands.
[30] Vgl. Dähnhardt/Nielsen (Hrsg.), Exil in Dänemark.
[31] Jarck/Schildt (Hrsg.), Die Braunschweigische Landesgeschichte.
[32] Vgl. Malycha, Partei von Stalins Gnaden?; ders., Die SED. Zu diesem Thema hat Malycha außerdem noch eine sehr instruktive Quellenedition herausgegeben. Vgl. Malycha, Auf dem Weg zur SED; Pommerin, Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD. Ältere Studien sind: Kaden, Einheit oder Freiheit; Moraw, Die Parole der „Einheit" und die Sozialdemokratie.
[33] Vgl. Behring/Schmeitzner, Diktaturdurchsetzung in Sachsen; Schmeitzner/Donth, Die Partei der Diktaturdurchsetzung; Schmidt, „... Mitfahren oder abgeworfen werden."
[34] Vgl. Loeding, Führungsanspruch und Einheitsdrang; ders., Politische Weichenstellung im Vorfeld der SED-Gründung; Malycha, Der Zentralausschuß, Kurt Schumacher und die Einheit der SPD.
[35] Vgl. Caracciolo, Der Untergang der Sozialdemokratie in der Sowjetischen Besatzungszone; Loeding, Politischer Führungsanspruch, Reichs- und Parteieinheit; Malycha, „Hier stehe ich, ich kann nicht anders!".

zu einer kommunistischen Kaderpartei[36]. Auch hier ist der Einfluss Grotewohls noch nicht hinreichend systematisch untersucht worden. Der Kampf um die Zwangsvereinigung entschied sich auch in Berlin, denn im Westteil der Stadt konnte bekanntlich eine Mitgliederbefragung durchgeführt werden. Zur politischen Entwicklung Berlins in der Nachkriegszeit liegen mehrere gehaltvolle Studien vor; besonders hervorzuheben sind die Untersuchungen von Harold Hurwitz und Arthur Schlegelmilch[37].

Obwohl es bereits einige Studien zur Deutschland- und Außenpolitik der DDR gibt[38], fehlt noch eine Darstellung der deutschland- und außenpolitischen Ziele des ersten ostdeutschen Ministerpräsidenten. Da Wilhelm Pieck schon Anfang der fünfziger Jahre alters- und krankheitsbedingt als oberster Repräsentant der neuen Republik weitgehend ausfiel, kamen für Grotewohl zusätzliche Aufgabenfelder hinzu. Im ersten Jahrzehnt nach ihrer Gründung war die DDR darum bemüht, das Tor zur Welt aufzustoßen. Angesichts des Alleinvertretungsanspruches und der Hallstein-Doktrin der Bundesregierung stand sie von Anfang an vor fast unüberwindbaren Hindernissen. Die Reisen Grotewohls in die osteuropäischen Nachbarstaaten sollten die DDR innerhalb des Ostblocks salonfähig machen. Darüber hinaus versuchte die DDR, Staatsbesuche in die Länder zu organisieren, die sich dem Bonner außenpolitischen Druck widersetzten oder diesem nicht ausgesetzt waren. Für den ostdeutschen Teilstaat stellte dieses Unterfangen bis Anfang der siebziger Jahre eine Sisyphusarbeit dar. Einige wenige diplomatische Erfolge, wie etwa die Asienreise Grotewohls 1959[39], wurden von Ost-Berlin als Durchbruch gefeiert. Diese Biographie fragt nicht nur nach Grotewohls außen- und deutschlandpolitischen Vorstellungen und nach seinem Einfluss auf diesem Gebiet, sondern thematisiert auch sein Verhältnis zur sowjetischen Hegemonialmacht. Innerhalb der SED-Führung waren es letztlich nur Walter Ulbricht, Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck, die über einen fast regelmäßigen Kontakt zur SMAD/SKK in Karlshorst verfügten[40]. Vor allem diese drei Politiker nahmen im Übrigen an den Spitzenbegegnungen mit Stalin in Moskau teil[41]. Dieser Arbeit liegt die Hypothese zugrunde, dass Grotewohl im außenpolitischen Kalkül der Sowjetunion eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte. Da die sowjetische Führung bis zur Entscheidung für die

[36] Vgl. Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale; Bouvier, Ausgeschaltet!; Hurwitz, Die Stalinisierung der SED; Mählert, „Die Partei hat immer recht!".

[37] Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945 (4 Bde.); Schlegelmilch, Hauptstadt im Zonendeutschland.

[38] Vgl. Lemke, Einheit oder Sozialismus?; Spilker, The East German Leadership and the Division of Germany; Scholtyseck, Die Außenpolitik der DDR; Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen.

[39] Vgl. Lemke, Der Nahe Osten, Indien und die Grotewohlreise von 1959.

[40] Vgl. Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik. Zur Geschichte der sowjetischen Besatzungsverwaltung in der SBZ/DDR liegen mittlerweile einige gehaltvolle Studien vor, die das Verhältnis zur SED analysieren. Vgl. Creuzberger, Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ; Foitzik, Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD); Naimark, Die Russen in Deutschland; Scherstjanoi, SED-Agrarpolitik unter sowjetischer Kontrolle; dies., SKK-Statut.

[41] Einige Spitzentreffen sind inzwischen dokumentiert. Vgl. Bonwetsch/Bordjugov, Stalin und die SBZ; Bonwetsch/Bordjugov, Die SED und die guten Erfahrungen der Sowjetunion; Bonwetsch, Stalin und die Vorbereitung des 3. Parteitags der SED; Bonwetsch/Kudrjašov, Stalin und die II. Parteikonferenz der SED; Scherstjanoi/Semmelmann, Die Gespräche Stalins mit der SED-Führung (Teil 1 und 2).

Zweistaatlichkeit Mitte der fünfziger Jahre mehrere Optionen verfolgte, benötigte sie ostdeutsche Verhandlungspartner, die für den Westen akzeptabel erschienen. Dafür kam innerhalb der SED-Spitze nur Grotewohl in Frage. Diese Rolle spielte der DDR-Ministerpräsident etwa 1951 beim sogenannten Grotewohl-Brief.

Die vorliegende Studie wird außerdem noch angeregt von einigen Biographien westdeutscher Politiker. Dabei wird allein schon quantitativ gesehen die seit ungefähr zwanzig Jahren andauernde Konjunktur der Biographieforschung deutlich. Für die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts liegt mittlerweile eine beeindruckende Anzahl an innovativen und empirisch fundierten Einzelbiographien vor. Das gilt etwa für Politiker der Weimarer Republik[42] und des NS-Regimes. Dabei bilden die herausragenden Werke von Ulrich Herbert[43] oder Ian Kershaw[44] nur die „Spitze eines Eisberges". Gerade für diese beiden Epochen kann das Genre der Biographie auf eine lange Tradition zurückblicken: In dem Zusammenhang wären beispielsweise die Werke von Alan Bullock[45], Joachim C. Fest[46] oder von Hagen Schulze[47] zu nennen. In den letzten Jahren sind vor allem zur Geschichte der Bundesrepublik zahlreiche umfangreiche Biographien vorgelegt worden, wobei Hans-Peter Schwarz mit seiner voluminösen Adenauer-Biographie in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre den Anfang machte[48]. Seitdem ist ein regelrechter Boom zu beobachten. So liegen mittlerweile auch zu Adenauers Nachfolgern gewichtige Werke vor[49]. Bundespräsident Heinrich Lübke, der erste Vorsitzende der Nachkriegs-SPD Kurt Schumacher und der FDP-Vorsitzende und Bundesjustizminister Thomas Dehler sind ebenfalls Gegenstand von umfangreichen Biographien geworden[50]. Darüber hinaus sind noch zu weiteren bundesdeutschen Spitzenpolitikern wissenschaftliche Untersuchungen erschienen[51]. Seit einiger Zeit befassen sich Biographien in zunehmenden Maße nicht nur mit Politikern, sondern auch mit Unternehmern[52] und Wissenschaftlern[53].

Quellen

Die vorliegende Biographie basiert auf der systematischen Auswertung zahlreicher zentraler Aktenbestände[54]. Als Erstes wäre der umfangreiche Nachlass Otto Gro-

[42] Vgl. Mühlhausen, Friedrich Ebert; Pyta, Hindenburg; Hömig, Brüning (2 Bde.); Wright, Gustav Stresemann; Hörster-Philipps, Joseph Wirth; Wette, Gustav Noske; Schober, Der junge Kurt Schumacher.
[43] Herbert, Best.
[44] Kershaw, Hitler (2 Bde.).
[45] Bullock, Hitler.
[46] Fest, Hitler.
[47] Schulze, Otto Braun.
[48] Schwarz, Adenauer (2 Bde.).
[49] Hentschel, Ludwig Erhard; Gassert, Kurt Georg Kiesinger; Merseburger, Willy Brandt; Soell, Helmut Schmidt.
[50] Morsey, Heinrich Lübke; Merseburger, Kurt Schumacher; Wengst, Thomas Dehler.
[51] Vgl. Weber, Carlo Schmid; Gosewinkel, Adolf Arndt; Aders, Hermann Höpker Aschoff; Vogtmeier, Egon Bahr; Matz, Reinhold Maier; Henzler, Fritz Schäffer; Gniss, Der Politiker Eugen Gerstenmaier; Oppelland, Schröder; Lütjen, Karl Schiller.
[52] Vgl. Feldman, Hugo Stinnes; Gall, Hermann Josef Abs.
[53] Vgl. Lenger, Werner Sombart; Szöllösi-Janze, Fritz Haber.
[54] Vgl. dazu das Verzeichnis ungedruckter Quellen im Anhang der Studie.

tewohls zu nennen, der sich in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch) befindet und der zu den drei größten Nachlässen von SED-Politikern zählt. Umfangreicher sind nur noch der Nachlass von Walter Ulbricht und der von Wilhelm Pieck. Darüber hinaus wurden die Nachlässe der Politiker, die zur SED-Führung zählten und in Kontakt zu Grotewohl standen, ausgewertet. Wichtige Informationen gaben auch die SED-Kaderakten sowie die Sachakten der einzelnen ZK-Abteilungen. Für die Biographie waren des Weiteren die Protokolle der SED-Führungsgremien von zentraler Bedeutung: Parteivorstand[55] bzw. Zentralkomitee (ZK), Zentralsekretariat, Politbüro und Sekretariat des ZK. Besonders aufschlussreich war ebenfalls der Bestand „Erinnerungen", der Interviews und Erinnerungsberichte führender SED-Politiker ab den sechziger Jahren enthält. Im Bundesarchiv Berlin (BAB) wurde der Bestand des Ministerrates der DDR für die Jahre 1949 bis 1964 erstmals systematisch durchgesehen. Für die Jahre der Besatzungszeit waren außerdem zentrale Bestände im Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden von Interesse, denn Grotewohl hatte bis zur DDR-Gründung 1949 ein Abgeordnetenmandat im sächsischen Landtag inne. Um Grotewohls Wirken in der Berliner Stadtverwaltung in der unmittelbaren Nachkriegszeit herausarbeiten zu können, mussten die einschlägigen Bestände im Landesarchiv Berlin gesichtet werden. Als ergiebig erwiesen sich auch die Akten der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU): Hier waren unter anderem die Unterlagen des Spionageprozesses gegen Grotewohls Sekretärin, Elli Barczatis, von Bedeutung, die bereits Karl Wilhelm Fricke für seine Forschungen ausgewertet hat[56]. Zur Verifizierung der erhobenen Vorwürfe, sie habe zusammen mit ihrem Lebensgefährten für die Organisation Gehlen gearbeitet, wäre indes die Einsicht in Akten des Bundesnachrichtendienstes (BND) in Pullach notwendig gewesen, die aber verweigert wurde[57]. Im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) wurden die Akten des SPD-Ostbüros, des Bestandes Kurt Schumacher und des Nachlasses von Erich W. Gniffke eingesehen. Im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA) konnten die Akten des DDR-Außenministeriums systematisch ausgewertet werden. Dort lagern auch die Akten der Gesandtschaft Kopenhagen, die einen Beitrag zur Beantwortung der Frage leisten können, ob Grotewohl Kontakte zu Emigrantenkreisen in Dänemark hatte. Zur Untersuchung der deutschlandpolitischen Initiativen Grotewohls wurden schließlich im Bundesarchiv Koblenz (BAK) die Bestände „Bundeskanzleramt" und „Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen" gesichtet.

Um Grotewohls politische Entwicklung in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus analysieren zu können, waren längere Aufenthalte im Niedersächsischen Staatsarchiv Wolfenbüttel notwendig, denn dort lagern die staatlichen Aktenbestände des Landes Braunschweig, das bei der Gründung des Landes Nie-

[55] Parteivorstandsprotokolle sind bis jetzt nur vereinzelt ediert worden. Vgl. Entscheidungen der SED 1948.
[56] Fricke/Engelmann, „Konzentrierte Schläge", S. 181–191.
[57] Schreiben des Geheimschutzbeauftragten beim Bundesnachrichtendienst (BND) vom 2. 8. 2001 an den Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin, Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Horst Möller.

dersachsen 1946 aufgelöst wurde. Hier befindet sich außerdem noch die Personalakte Grotewohls mit den Unterlagen des Prozesses, den die nationalsozialistische Landesregierung Braunschweig 1932 gegen diesen in seiner Funktion als Präsident der Landesversicherungsanstalt (LVA) angestrengt hatte. Außerdem verfügt das Staatsarchiv über die Ermittlungsunterlagen der Gestapo, die zur Vorbereitung eines Hochverratsprozesses gegen Grotewohl vor dem Volksgerichtshof 1938/39 dienten. Die familiäre Herkunft Grotewohls wurde anhand des Melderegisters überprüft, das sich im Stadtarchiv Braunschweig befindet. Dort lagern des Weiteren Materialien zur Auseinandersetzung zwischen Grotewohl und Ministerpräsident Sepp Oerter, der nach Bestechungsvorwürfen 1921 von seinem Amt zurückgetreten war. Mit dessen Rücktritt verknüpfte sich der politische Aufstieg des jungen Grotewohl. Abschließend sei noch auf das Geheime Staatsarchiv Dahlem hingewiesen, in dem einige Unterlagen des preußischen Innenministeriums durchgesehen wurden.

Zur biographischen Methode

Biographieforschung wird bekanntlich nicht nur von Historikern, sondern seit geraumer Zeit unter anderem auch von Sozialwissenschaftlern, Soziologen, Politologen, Anthropologen und Ethnologen betrieben. Aus diesem Grunde gibt es auch eine Vielzahl von methodischen Zugängen. Dabei gewann in den vergangenen Jahren etwa die in der Soziologie und in den Sozialwissenschaften entwickelte Lebenslaufforschung zusehends an Bedeutung[58], deren Ansätze von der Geschichtswissenschaft zum Teil aufgegriffen wurden[59]. Im Gegensatz dazu war für Historiker das Methodenarsenal der Psychologie und Psychoanalyse nicht so weiterführend[60], was vor allem mit der Quellenüberlieferung zusammenhängt. So beschäftigen sich etwa Psychologen und Psychoanalytiker mit Individuen und ihren Selbstdeutungen, die aus zwei Gründen nicht ohne weiteres auf die Untersuchungsgruppe eines Historikers übertragen werden können[61]. Zum einen fehlt es dem Historiker an Fachwissen, um ein Zeitzeugengespräch psychologisch bzw. psychoanalytisch interpretieren zu können. Zum anderen liegen autobiographische Texte oftmals gar nicht vor. Letzteres trifft auch für Otto Grotewohl zu, der zu Lebzeiten keine Memoiren oder kaum andere auf die eigene Biographie bezogene Selbstzeugnisse verfasst hat, die ex post gedeutet werden könnten[62]. Außerdem

[58] Vgl. Alheit/Hoerning (Hrsg.), Biographisches Wissen; Fuchs-Heinritz, Biographische Forschung; Klein (Hrsg.), Grundlagen der Biographik; Kohli (Hrsg.), Soziologie des Lebenslaufs; Kohli/Robert (Hrsg.), Biographie und soziale Wirklichkeit.

[59] Vgl. Fischer-Rosenthal/Alheit (Hrsg.), Biographien in Deutschland; Gestrich u. a. (Hrsg.), Biographie – sozialgeschichtlich; Schröder (Hrsg.), Lebenslauf und Gesellschaft.

[60] Vgl. Wehler (Hrsg.), Geschichte und Psychoanalyse.

[61] Zu diesem grundsätzlichen Einwand Orth, Die Konzentrationslager-SS, S. 16f.

[62] Eine Ausnahme stellen seine nur wenige Seiten umfassenden Jugenderinnerungen dar, die 1955 erschienen sind. Darin beschrieb er nur seinen Weg zum Buchdruckerberuf. Vgl. Grotewohl, An die Jugend, S. 307–312. Darüber hinaus hat Grotewohl im Ersten Weltkrieg tagebuchähnliche Notizen verfasst, in denen er Auskunft über seine Kindheit gibt. Diese sind abgedruckt in: Triebel, Gelobt und geschmäht, S. 299–304. Vgl. zu Entstehung und Funktion von Autobiographien deutscher Politiker Depkat, Lebenswenden und Zeitenwenden.

lassen solche selbstreflexiven Texte keinerlei Rückschlüsse auf das konkrete politische Handeln der jeweils zu porträtierenden Person zu.

In der deutschen Geschichtswissenschaft hat sich die Biographieforschung mittlerweile als eigenständiges Genre fest etabliert. Während die Biographie in der englischen Geschichtsschreibung von jeher eine zentrale und unangefochtene Bedeutung besaß, war dies in der bundesdeutschen nicht immer so gewesen. Denn mit dem Aufkommen der historischen Sozialwissenschaft Anfang der siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts stand die historische Biographik mit dem Rücken zur Wand. Nun galt es, unter Heranziehung der systematischen Sozial- und Wirtschaftswissenschaften gesellschaftliche Strukturen und Prozesse zu analysieren. Die Untersuchung einzelner Ereignisse und Individuen schien dagegen überholt zu sein. Dieser Paradigmenwechsel wurde auf den Gegensatz von Struktur- und Ereignis- bzw. Personengeschichte zugespitzt[63]. Hans-Ulrich Wehler forderte 1974: „Kurzum, die historische Forschung sollte auf die gesellschaftlichen, überindividuellen Motive und Einflüsse, nicht jedoch auf die sog. individuellen Motive abzielen."[64] Die klassische Biographieforschung war demzufolge – so die Vertreter der sich neu etablierenden Fachrichtung – ein letztes Relikt des Historismus, den es abzulösen galt. Interessanterweise war für Werner Sombart, der den Begriff „historische Sozialwissenschaft" prägte und stets ihre theoretische Fundierung verlangte, die Biographie keineswegs überflüssig, sondern vielmehr gleichermaßen notwendig und legitim[65].

Im Kreuzfeuer der Kritik standen allerdings auch die erkenntnistheoretischen Grundlagen des Historismus, welche in der Biographik ganz besonders zu Tage traten. Konkret lautete der Vorwurf, dass diese Gattung auf der nicht hinterfragten Annahme beruhte, der einzelne Mensch sei eine „kleine Welt für sich"[66] und der Biograph könne quasi durch Intuition die Entwicklung der einzelnen Personen nachempfinden, d. h. sich in sie hineinversetzen. In dem Zusammenhang wurde im Übrigen zahlreichen Biographien eine fehlende theoretische Fundierung vorgeworfen. Es überraschte daher nicht, dass in der 1986/87 erschienenen Gedenkschrift für einen der Väter der westdeutschen Sozialgeschichtsschreibung, Werner Conze, die Biographieforschung nur ganz am Rande Erwähnung fand[67]. Zu diesem Zeitpunkt befand sich jedoch die historische Sozialwissenschaft selbst in der Defensive, da die immer mehr Zuspruch erfahrende Alltagsgeschichte eine Geschichte „von unten" einforderte. Nicht mehr Prozesse und Strukturen standen im Mittelpunkt des Interesses, sondern Individuen und Einzelbiographien. Dieser Entwicklung schien langfristig auch die Bielefelder Schule Rechnung zu tragen. Der vierte Band der Deutschen Gesellschaftsgeschichte von Hans-Ulrich Wehler mit seiner Darstellung Adolf Hitlers im nationalsozialistischen Herrschaftssystem zeigte, dass der Gegensatz zwischen beiden Richtungen nicht unüberwindlich sein musste. Bereits mit seiner Bismarck-Interpretation hatte sich Wehler im dritten

[63] Kocka, Struktur und Persönlichkeit als methodologisches Problem der Geschichtswissenschaft, S. 168f.
[64] Wehler, Zum Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Psychoanalyse, S. 22.
[65] Lenger, Werner Sombart, S. 14.
[66] Elias, Über den Prozess der Zivilisation. Bd. 1, S. IL.
[67] Vgl. Schieder/Sellin (Hrsg.), Sozialgeschichte in Deutschland.

Band von einer reinen Strukturgeschichte verabschiedet[68]. In dem Maße, in dem sich die Sozialgeschichte als eigenständige Fachrichtung etablieren konnte, verlor die Polemik an Schärfe. Umgekehrt haben Historiker, die sich der klassischen Politik- oder Diplomatiegeschichte verpflichtet sahen, Elemente der historischen Strukturanalyse in ihre Studien mit integriert. Die Tatsache, dass der noch in den achtziger Jahren schwelende Streit über die Interpretation des NS-Regimes zwischen Intentionalisten und Funktionalisten mittlerweile schon längst der Vergangenheit angehört, verdeutlicht diese Entwicklung anschaulich[69].

Die hier kurz skizzierten Grabenkämpfe innerhalb der historischen Zunft verdeckten allerdings die Tatsache, dass in den systematischen Sozialwissenschaften bereits frühzeitig eine alte Theoriediskussion erneut aufgekommen war, in deren Zuge die qualitative Sozialforschung sich mehr Gehör verschaffen konnte. Diese machte sich für eine Abkehr von großen Makrotheorien zur Erklärung der gesellschaftlichen Entwicklung stark[70]. In diesem Zusammenhang wurde etwa verstärkt auf kommunikationstheoretische und sprachanalytische Ansätze zurückgegriffen. Auf diese Weise erlangte die Biographieforschung in den Sozialwissenschaften eine neue Blüte und wurde schließlich auch von Gesellschaftshistorikern aufgegriffen, die sich bei der Verwendung des Begriffes „Agency" vermehrt mit der Frage nach der Rolle individuellen Handelns intensiv beschäftigten[71]. Das stärker werdende öffentliche Interesse an Biographien ging somit einher mit einer Weiterentwicklung des Methodenarsenals. So gesehen besteht inzwischen wohl Konsens darüber, dass bei der „neuen" Biographieforschung zwar „erneut das Individuum als Handlungsträger im Zentrum des Interesses [steht], jedoch nicht als vereinzelter ‚homo clausus', sondern in der Form einer konsequenten Analyse seiner Bezüge zur Umwelt"[72]. Damit konnten auch neue Themenfelder erschlossen werden, wie z. B. die historische Bildungs- und Sozialisationsforschung, die historische Anthropologie und die Mentalitätsgeschichte. Pierre Bourdieus grundsätzlicher Einwand[73], die Biographik konstruiere ex post das Leben eines Individuums als Einheit und wirke somit sinnstiftend, wird zwar weiterhin ernst genommen, aber nicht mehr als Ausschließungsgrund für biographische Forschungen verstanden.

Die vorliegende Studie begreift den biographischen Ansatz als hermeneutischen Rahmen, der einen Beitrag dazu leisten soll, die Geschichte der DDR durch die Einheit eines politischen Lebens in die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts einzubetten. Es geht um die Verknüpfung der biographisch-individuellen Herangehensweise, deren Vorzüge zum einen in der Konkretion eines Lebensentwurfs und zum anderen in der diachronen Perspektive beruhen[74], mit generalisierenden Fragestellungen. Mit einer Biographie wird also nicht nur ein individueller Lebenslauf dargelegt; sie kann vielmehr unter Berücksichtigung sozial-, erfahrungs-, mentalitäts- und kulturgeschichtlicher Fragestellungen weitergehende Ergebnisse

[68] Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 3.
[69] Vgl. Kershaw, Der NS-Staat.
[70] Gestrich, Einleitung, S. 6.
[71] Goschler, Virchow, S. 10.
[72] Gestrich, Einleitung, S. 7.
[73] Bourdieu, Die biographische Illusion.
[74] Herbert, Best, S. 19.

liefern. Letztlich geht es bei der biographischen Methode um den Versuch, eine Person in einen größeren historischen Kontext zu stellen und dabei die für den Untersuchungsgegenstand relevanten politik-, wirtschafts- und gesellschaftsgeschichtlichen Themenfelder – so weit wie möglich und so weit wie nötig – zu beleuchten. Damit ist erneut das methodologische Problem des Spannungsverhältnisses zwischen Individuum und Gesellschaft angesprochen. Daraus leiten sich weitere Fragen ab, denen im Verlauf dieser Biographie nachgegangen werden soll: Wie ist der Stellenwert einer Person in einer bestimmten historischen Konstellation zu gewichten? Wie veränderte sich dieses Verhältnis? Welche Zwangslagen bzw. welche Handlungsspielräume ergaben sich daraus für die zu untersuchende Einzelperson?

Die vorliegende Biographie sieht sich nicht nur der „neuen" Biographieforschung verpflichtet, sondern versucht auch, diese mit dem politikwissenschaftlichen Instrumentarium der Netzwerkanalyse[75] zu verknüpfen, um das Handeln unterschiedlicher Funktionärsgruppen stärker als bisher zu berücksichtigen sowie Funktionen und Defizite des politischen Systems zu erklären. Konflikte und Interessengegensätze lassen sich eben nicht nur auf institutionelle Strukturen zurückführen. Es ist das Ziel dieser Studie, Grotewohls Position in den jeweiligen Führungsgremien von SPD und SED herauszuarbeiten. So soll etwa der Politiker Grotewohl im Kollektiv der SED-Führung sichtbar gemacht werden. Indem Zusammensetzung und Aktivitäten der SED-Spitzengremien untersucht und interne Akteurskonstellationen analysiert werden, kann hinter die Fassade des scheinbar monolithischen Herrschaftssystems geblickt werden[76]. Mit Hilfe der Netzwerkanalyse kann auch Grotewohls Aufstieg in den zwanziger Jahren in Braunschweig deutlicher gemacht werden als bisher. Gerade in dem Kontext bietet der Begriff der „Politischen Generation" Chancen, um Kooperation und Konflikte sowie Verhaltensmuster in der SED-Führung erklären zu können. Auch wenn die Kategorie der Generation als universales Deutungskonzept nicht tragfähig ist, so erweisen sich doch bestimmte generationelle Erfahrungen als wichtige politische Prägungen, die sich auf das Leben eines Politikers auswirken können[77]. Die generationenspezifische Perspektive erlaubt es mitunter, „historische Sinnbildungsprozesse abzubilden"[78]. Auf diese Weise lassen sich „unterschiedliche Komplexe von Erfahrungen, Deutungen, Identifikationen und Zukunftserwartungen" rekonstruieren.

Für die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts hat Ulrich Herbert die idealtypische Einteilung in drei politische Generationen vorgeschlagen: die junge Frontgeneration, die Kriegsjugendgeneration und die Nachkriegsgeneration[79]. Die vorliegende Biographie versucht diese Einteilung in Anlehnung an das Modell von Detlev J. K. Peukert[80] weiter auszudifferenzieren. Im Falle Grotewohls lassen sich als prägende

[75] Vgl. Héritier (Hrsg.), Policy-Analyse; Marin/Mayntz (Ed.), Policy Networks; Schubert, Politikfeldanalyse; Jansen/Schubert (Hrsg.), Netzwerke und Politikproduktion.
[76] Bispinck u. a., Die Zukunft der DDR-Geschichte, S. 569.
[77] Herbert, Drei politische Generationen im 20. Jahrhundert, S. 95f.; für die DDR: Wierling, Erzieher und Erzogene.
[78] Ahbe, Deutsche Generationen nach 1945, S. 38.
[79] Herbert, Drei politische Generationen im 20. Jahrhundert, S. 97.
[80] Peukert, Die Weimarer Republik, S. 25–31.

Erfahrungen, die er mit zahlreichen Zeitgenossen seiner Generation teilte, die Spaltung der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und die nationalsozialistische Verfolgung festmachen. Dabei muss jedoch betont werden, dass in der vorliegenden Studie kein direkter kausaler Zusammenhang zwischen den politischen Erfahrungen Grotewohls vor 1945 und seinem politischen Handeln nach 1945 suggeriert werden soll. Vielmehr geht es nur darum, kollektive Erfahrungsräume und -horizonte auszuloten, um so möglicherweise Grotewohls Handeln in der SBZ/DDR verständlicher zu machen. So ließe sich etwa seine Entscheidung für die Zwangsvereinigung mit der KPD auch vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen mit der Gegnerschaft von SPD und KPD zwischen 1918/19 und 1933 interpretieren. Das Konzept der „Politischen Generation" hat hier allerdings auch seine Grenzen: Es kann die individuelle Entscheidung von Altersgenossen Grotewohls, die ebenfalls aus der Sozialdemokratie kamen, für bzw. gegen einen Beitritt zur SED nicht erklären. Gemeinsame politische Erfahrungen müssen also nicht zwangsläufig gemeinsames politisches Handeln nach sich ziehen. Abschließend sei noch darauf hingewiesen, dass nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in West- und Ostdeutschland die vor 1900 Geborenen zum Zuge kamen, denn Krieg und Gefangenschaft hatten in erster Linie die jüngeren Generationen dezimiert[81]. Das gilt für Konrad Adenauer (geb. 1876), Theodor Heuss (geb. 1884), Carlo Schmid (geb. 1896), Kurt Schumacher (geb. 1895), aber auch für Wilhelm Pieck (geb. 1876), Walter Ulbricht (geb. 1893) und eben auch für Otto Grotewohl (geb. 1894). In der vorliegenden Biographie wird also die politische Funktionselite in den Blick genommen: Mit Otto Grotewohl haben wir einen Politiker, der nicht erst nach 1945 zentrale politische Positionen einnahm, sondern der bereits vor der nationalsozialistischen Machtergreifung 1933 über Rang und Einfluss auf regionaler Ebene verfügte.

Fragestellung und Aufbau der Arbeit

Im Zentrum der Untersuchung steht die politische Bedeutung von Otto Grotewohl in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Dabei spielt die Frage nach den Kontinuitäten und Brüchen in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im letzten Jahrhundert eine wesentliche Rolle. Grotewohl kommt in diesem Zusammenhang eine Schlüsselposition zu, da er nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Zwangsvereinigung von SPD und KPD maßgeblich vorantrieb. Ohne seine Zustimmung wäre – so eine zentrale Hypothese – dieser Prozess, der langfristig betrachtet zu einer Beseitigung des sozialdemokratischen Milieus in der späteren DDR führte, konfliktreicher und langwieriger verlaufen. Grotewohl befürwortete die Vereinigung allerdings nicht von Anfang an, im Gegenteil: In den ersten Nachkriegsmonaten zählte er noch zu den schärfsten Kritikern einer raschen Verschmelzung der beiden Parteien. Diese Wandlung lässt sich nur dann verstehen, wenn Grotewohls politischer Aufstieg in der Weimarer Republik, seine persönlichen Netzwerke sowie sein konkretes politisches Handeln vor 1933 und nach 1945 eingehend analysiert werden. Daher geht es zunächst um die politische

[81] Wirsching, Politische Generationen, Konsumgesellschaft, Sozialpolitik, S. 48.

Sozialisation Otto Grotewohls in seiner Geburts- und Heimatstadt Braunschweig sowie seine politischen Aktivitäten in der Landesregierung Braunschweig während der zwanziger Jahre. Des Weiteren gilt es, seinen Einfluss innerhalb der SPD bis zur Zwangsvereinigung mit der KPD im April 1946 zu gewichten. Schließlich wird es darum gehen, Otto Grotewohls Position im DDR-Regierungsapparat und in der SED-Führung zu beleuchten. Dabei sollen auch mentalitäts- und kulturgeschichtliche Fragestellungen Berücksichtigung finden, etwa im Zusammenhang mit der Selbstdarstellung und der äußeren Repräsentation des SED-Regimes.

Zahlreiche Biographien, die in den vergangenen Jahren erschienen sind, bemühen sich darum, Persönlichkeit und gesellschaftliche Strukturen nicht als Gegensätze zu begreifen, sondern miteinander zu verbinden[82]. Ein Beispiel dafür bietet etwa die bereits erwähnte Hitler-Biographie von Kershaw, die auch als eine Darstellung des Dritten Reiches angesehen werden kann. Andere Biographen versuchen wiederum ihren Untersuchungsgegenstand in die Bürgertumsforschung oder die Wissenschaftsgeschichte einzubetten, wie die Studien über Werner Sombart oder Fritz Haber verdeutlichen. Dabei zeigt sich, dass Biographien generell die Möglichkeit bieten, verschiedene Methoden und Instrumente, die dem Historiker zur Verfügung stehen, zu kombinieren und gewinnbringend zu verwenden. Die vorliegende Studie möchte diesen Vorbildern folgen und verbindet die Biographie Otto Grotewohls mit der Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland. Dabei wird er als ein führender Repräsentant eines Teils der deutschen Sozialdemokratie verstanden, der nach 1945 die Vereinigung mit den Kommunisten ungeachtet des sowjetischen Drucks aus innerer Überzeugung heraus anstrebte. An zwei Parteivereinigungen war Grotewohl beteiligt: Anfang der zwanziger Jahre schloss er sich mit einer Minderheit in der USPD wieder der SPD an. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges bereitete er dann den Weg zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien entscheidend mit vor.

Die vorliegende Studie gliedert sich in sechs Kapitel, die sowohl chronologisch als auch sachthematisch geordnet sind. Da Selbstzeugnisse Grotewohls nahezu vollständig fehlen, stehen vor allem seine politischen Funktionen im Zentrum der Biographie: Das erste Kapitel befasst sich vorwiegend mit seiner politischen Sozialisation in Braunschweig am Ende des Kaiserreichs und seinen verschiedenen Positionen innerhalb der Landesregierung sowie des SPD-Bezirks Braunschweig bis 1933. Das anschließende Kapitel geht seinem Verhalten während der NS-Herrschaft nach. Die Zwangsvereinigung von SPD und KPD sowie die DDR-Staatsgründung stehen im Mittelpunkt des dritten Kapitels. Dabei werden unter anderem auch seine deutschlandpolitischen Aktivitäten und sein Anteil am Aufbau der ostdeutschen Planwirtschaft untersucht. Die beiden nachfolgenden Kapitel beschäftigen sich mit seiner Amtszeit als DDR-Ministerpräsident, wobei zunächst den innenpolitischen und anschließend den deutschland- und außenpolitischen Aspekten nachgegangen wird. Mit dieser Vorgehensweise geraten all die Politikfelder in den Fokus, bei denen eine aktive Mitwirkung Grotewohls nachweisbar ist. Dagegen lagen sicherheits- und militärpolitische Fragen nicht in seiner, sondern insbesondere in Walter Ulbrichts Zuständigkeit, was bereits erste Rückschlüsse

[82] Gallus, Biographik und Zeitgeschichte, S. 41.

auf die untergeordnete Bedeutung des ostdeutschen Regierungschefs für diesen Kernbereich der SED-Herrschaft zulässt. Schließlich sei nochmals betont, dass der Privatmensch Otto Grotewohl in der Untersuchung vergleichsweise blass bleiben muss, da wie bereits erwähnt entsprechende Quellen nicht vorliegen. Die vorliegende Biographie versteht sich deshalb primär als eine politische Biographie.

Abschließend danke ich dem Institut für Zeitgeschichte und seinem Direktor Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Horst Möller, der das Projekt stets gefördert hat. Meine Freunde und Kollegen PD. Dr. Dieter Pohl, Prof. Dr. Michael Schwartz, Prof. Dr. Hermann Wentker sowie mein Vater, Dipl.-Ing. Klaus-Dieter Hoffmann, haben das Manuskript in bewährter Weise kritisch gelesen und wichtige Hinweise für die Überarbeitung gegeben, wofür ich ganz herzlich danken möchte. Dank gebührt außerdem noch Frau Dr. Katja Klee, die die Endfassung gründlich Korrektur gelesen hat. Dem Wissenschaftlichen Beirat des Instituts sowie den Gutachtern danke ich für die rasche Aufnahme der Studie in die „Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte". Die vorliegende Studie wurde im Sommersemester 2009 von der Philosophischen Fakultät der Universität Potsdam als Habilitationsschrift angenommen. In dem Zusammenhang danke ganz herzlich Herrn Prof. Dr. Manfred Görtemaker und Herrn PD. Dr. Stefan Creuzberger, die mich dazu ermutigt und nachhaltig unterstützt haben.

I. Grotewohl im späten Kaiserreich und in der Weimarer Republik

1. Kindheit und Jugend (1894–1914)

Otto Franz Emil Grotewohl wurde am 11. März 1894 in Braunschweig geboren[1]. Die familiären Verhältnisse waren unübersichtlich, jedoch nicht untypisch für die Arbeiterschaft der damaligen Zeit: Sein Vater Heinrich Friedrich Wilhelm Grotewohl war ungelernter Arbeiter, später auch Händler, und hatte am 12. September 1891 zum zweiten Mal geheiratet, nachdem die erste Ehe mit Mathilde Elise Meier geschieden worden war[2]. Aus dieser ersten Beziehung stammte eine Tochter, Wilhelmine Margarete Mathilde, die am 12. Januar 1887 auf die Welt gekommen war. Otto Grotewohls Mutter, Louise Wilhelmine (geborene Helwich), war Tochter eines Tischlermeisters und hatte den Beruf einer Schneiderin gelernt[3]. Bei der Geburt ihres Sohnes Otto war sie 23 Jahre alt. Der Altersunterschied zu ihrem Mann, Otto Grotewohls Vater, betrug fast 18 Jahre. Die Ehe hielt offiziell knapp 21 Jahre und wurde am 17. Mai 1912 aufgelöst. Ein Blick auf die Meldekartei der Stadt Braunschweig zeigt allerdings, dass die Trennung der Eltern Ottos schon vorher begann. So war die Mutter 1893 und 1899 unter einem anderen Wohnsitz als der Vater gemeldet[4]. Otto Grotewohl hatte neben seiner Halbschwester noch einen älteren Bruder, der seit dem 3. Mai 1910 in Dessau registriert war, und vier jüngere Geschwister, die jedoch alle im Laufe des ersten bzw. zweiten Lebensjahres starben.

Laut Meldekartei bezogen die Eltern Otto Grotewohls erstmals am 1. Oktober 1895 eine gemeinsame Wohnung in Braunschweig, und zwar in der Kaiserstraße[5]. Dreimal wechselten sie mit den Kindern den Wohnsitz innerhalb der Braunschweiger Altstadt. Während Wilhelm Grotewohl bis zum 1. Oktober 1901 in der Weberstraße 47 wohnen blieb, hatte seine Frau seit dem 29. März 1899 eine eigene kleine Wohnung in der Langestraße 51. Aber schon nach wenigen Tagen zog sie zu ihrem Mann zurück; erst dreieinhalb Jahre später trennte sie sich endgültig von ihm. Zu diesem Zeitpunkt war Otto Grotewohl zehn Jahre alt und lebte fortan bei seinem Vater, der schon bald eine neue Beziehung einging und am 31. Januar 1915 zum dritten Mal heiratete. Louise Wilhelmine wechselte in Braunschweig noch mehrmals den Wohnsitz und zog 1911 nach Krefeld, wo sie 1919 wieder heiratete[6]. Ob Otto Grotewohl nach der Trennung der Eltern noch Kontakt zu seiner Mutter hatte, kann nicht geklärt werden. Entsprechende Aussagen seines Biographen Markus Jodl sind nach derzeitigem Kenntnisstand Spekulation. Fest steht zumin-

[1] StABS, D I 12, 246, Meldekartei bis 1928.
[2] StABS, H VIII A: 1472, Familien- und Stammbuch.
[3] Voßke, Otto Grotewohl. Biographischer Abriß, S. 16.
[4] StABS, H VIII A: 1472, Nachweis der Wohnsitze der Familie Grotewohl 1891–1919.
[5] Anders bei Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 14, der als Einzugstermin den 1. 10. 1893 und als ersten gemeinsamen Wohnort die Kannengießerstraße angibt.
[6] Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 14.

dest, dass Otto Grotewohl in nicht einfachen familiären Verhältnissen aufwuchs. Darauf weisen mehrere Indizien hin: Der häufige Wechsel des Wohnsitzes, der frühzeitige Auszug der Mutter aus der gemeinsamen Wohnung und die Tatsache, dass die vier jüngeren Geschwister die ersten beiden Lebensjahre nicht überlebten. Damit teilte Grotewohl das Schicksal von vielen Kindern aus Arbeiterfamilien am Ende des 19. Jahrhunderts.

Unter der Trennung der Eltern scheint Otto Grotewohl sehr gelitten zu haben. Während des Ersten Weltkriegs verfasste er einige tagebuchähnliche Notizen, in denen er seine zerrütteten Familienverhältnisse als „persönliche Schande" bezeichnete[7]. Im Rückblick vermisste er ein geregeltes Familienleben und vor allem „die liebende Hand einer Mutter"[8]. Folgt man den knappen Ausführungen Grotewohls, so war sein Vater zwar bemüht, sich nicht unterkriegen zu lassen. Gleichwohl fehlte ihm „der weitschauende beherrschende Blick des Mannes, von dem Ruhe und Kraftgefühl, Tatendrang und lebenswarme Liebe ausfließt". Offensichtlich war der Vater mit der eigenen wirtschaftlichen und sozialen Situation völlig überfordert und konnte für Otto den Verlust der Mutter nicht ausgleichen. Die neue Beziehung seines Vaters zu seiner späteren Stiefmutter hat Otto Grotewohl allem Anschein nach von Anfang an belastet. Seine persönliche Freiheit sei – so eine Eintragung im Tagebuch – beschnitten worden, denn er habe „zugunsten ‚ihrer' Kinder noch mehr zurücktreten" müssen[9]. Einen gewissen emotionalen Rückhalt gab ihm eigenen Angaben zufolge ein alleinstehender Lehrer, den er in unregelmäßigen Abständen in dessen Wohnung aufsuchte[10]. Bei diesen Aufenthalten las ihm der Lehrer offenbar Gedichte und Erzählungen vor und brachte ihm das Zeichnen bei. Zu diesem „alte[n] Junggeselle[n]" fühlte sich Otto Grotewohl hingezogen; in ihm sah er in gewisser Weise ein Vorbild. Diese quasi autobiographischen Notizen und der Erinnerungsbericht Martha Grotewohls, seiner ersten Ehefrau, bestätigen die Einschätzung, dass Otto keine wohlbehütete Kindheit verlebte, sondern seine ersten Lebensjahre in einem schwierigen sozialen Umfeld verbrachte.

Grotewohls Geburtsstadt war Ende des 19. Jahrhunderts in die Reihe der deutschen Großstädte aufgestiegen[11]. Die Einwohnerzahl Braunschweigs überstieg 1890 die Grenze von 100 000 und lag zehn Jahre später bei 128 226. Dieser Bevölkerungsanstieg war erst 1915 beendet, als 145 938 Menschen in der Stadt registriert waren[12]. Etwas langsamer stieg die Einwohnerzahl im Herzogtum – und zwar von 327 493 (1875) auf 464 333 (1900)[13]. Gleichzeitig hatte sich in der Stadt eine bleibende Industriestruktur herausgebildet, deren Schwerpunkte im Maschinenbau sowie in der Konserven- und Blechwarenindustrie lagen. Zeitweise arbeitete wohl auch Ottos Vater als ungelernter Arbeiter in einer Konservenfabrik[14]. Die Anfänge

[7] Triebel, Gelobt und geschmäht, S. 301.
[8] Ebenda, S. 300.
[9] Ebenda, S. 301.
[10] Ebenda.
[11] Bajohr, Vom bitteren Los der kleinen Leute, S. 9.
[12] Ebenda, S. 12 (Tabelle 1).
[13] Schildt, Das Wachstum der Braunschweiger Bevölkerung, S. 205 (Tabelle 1).
[14] SAPMO-BArch, SgY 30/1878, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Martha Grotewohl über ihre Erinnerungen an Otto Grotewohl vom 14. 12. 1976, S. 5.

des Maschinenbaus reichen in Braunschweig bis Mitte des 19. Jahrhunderts zurück: 1853 wurde die Braunschweigische Maschinenbau-Anstalt (BMA) gegründet, die anfangs Eisenbahnwaggons, später allerdings Anlagen für die Zuckerherstellung produzierte[15]. Einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebte die Stadt durch die Expansion der Maschinenfabrik Luther & Co, die ihren Firmensitz 1875 von Wolfenbüttel nach Braunschweig verlegte. Das Unternehmen produzierte zunächst Getreidespeicher und Transportanlagen. Nachdem drei Ingenieure die Maschinenfabrik Luther & Co verlassen hatten, um eine eigene äußerst erfolgreiche Firma zu gründen, kam es 1925 zum Zusammenschluss dieser und anderer metallverarbeitender Betriebe zur Mühlenbau- und Industrie AG (MIAG). Einen weiteren industriellen Schwerpunkt stellte Ende des 19. Jahrhunderts die Nähmaschinenproduktion dar; hier waren vor allem die Firmen Grimme, Natalis & Co. sowie Bremer & Brückmann bedeutsam, die jedoch ihre Produktion wegen der ausländischen Konkurrenz auf Rechenmaschinen bzw. Konservendosen umstellten. Außerdem gab es noch einige Unternehmen, die sich auf bestimmte Produktpaletten spezialisiert hatten, so z. B. die Braunschweigische AG für Jute- und Flachsindustrie, die Eisenbahnsignalbauanstalt Max Jüdel & Co., das LKW-Werk Büssing, die beiden Verlagshäuser Friedrich Vierweg & Sohn und Georg Westermann, die Pianofortefabriken Grotian-Steinweg und Zeitter & Winkelmann sowie die optische Fabrik Voigtländer & Sohn AG.

Bis zur Jahrhundertwende hatte sich Braunschweig zur Industriestadt entwickelt. 1907 arbeiteten 58 Prozent der Erwerbstätigen in Braunschweig im Wirtschaftssektor Industrie und Handwerk, 23 Prozent im Bereich Handel und Verkehr und 13 Prozent waren im Öffentlichen Dienst bzw. bei privaten Dienstleistungsunternehmen beschäftigt[16]. Dagegen fehlten in der Stadt wie im Herzogtum weitgehend Unternehmen aus der Schwerindustrie sowie der chemischen und elektrotechnischen Industrie[17]. Besonders auffallend war im übrigen auch der relativ hohe Frauenanteil an den Erwerbstätigen in Braunschweig, der teilweise über dem Reichsdurchschnitt lag und in erster Linie auf eine extrem hohe Anzahl an weiblichen Beschäftigten in der Blechwaren- und Konservenindustrie sowie in der Textilindustrie zurückzuführen war[18]. Der Großteil der Industriebetriebe befand sich im Norden (z. B. Jutefabrik, Konservenfabriken) bzw. Südwesten (z. B. Luther-Werke, BMA) der Stadt. Der Bau von Arbeiterwohnhäusern und Arbeiterwohnungen konnte mit der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung nicht Schritt halten, was letztlich zur Verschlechterung der Wohnverhältnisse bei Arbeitern und Handwerkern führte.

Die Stadt Braunschweig befand sich mitten im Herzogtum Braunschweig, das vor 1866 ein unförmiges Gebilde zwischen dem Königreich Preußen und dem Königreich Hannover war. Die Gesamtfläche betrug 3690 km² und war räumlich

[15] Zum folgenden Bajohr, Vom bitteren Los der kleinen Leute, S. 9–13.
[16] Ebenda, S. 12 (Tabelle 2).
[17] Pollmann, Zum Verhältnis von Staat und Wirtschaft in Braunschweig, S. 176.
[18] Bajohr, Vom bitteren Los der kleinen Leute, S. 12f. Dagegen wies das Herzogtum Braunschweig zwischen 1895 und 1907 einen deutlich geringeren Anstieg der Frauenerwerbsquote aus als der Reichsdurchschnitt. Dies kann durchaus als Indiz für die Verlangsamung der Industrialisierung im Herzogtum gesehen werden. Vgl. Pollmann, Zur Situation der Frauen im Herzogtum Braunschweig, S. 125f.

nicht geschlossen, sondern zersplittert: Sie bestand aus neun recht unterschiedlich großen und voneinander getrennten Teilflächen[19]. Diese stellten mitunter sogar Enklaven dar, die sich in Nachbarstaaten befanden. Die flächenmäßig größten Gebiete waren zum einen der Hauptteil um die Hauptstadt Braunschweig mit insgesamt 1 808 km², zum anderen ein Westteil mit den Städten Holzminden, Gandersheim und Seesen mit 1 107 km². Es folgten Gebiete im Unterharz (475 km²), die Amtsbereiche Harzburg (125 km²), Calvörde (102 km²), Thedinghausen (56 km²) sowie die Kleinflächen in Bodenburg-Östrum (10 km²), Ostharingen (4 km²) und Ölsburg (3 km²)[20]. Nach der Reichsgründung lag das Land Braunschweig zwischen den preußischen Provinzen Sachsen, Westfalen und Hannover. Die territoriale Zerrissenheit hatte äußerst negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche und verkehrstechnische Entwicklung des Landes. Die Landesgrenze entsprach nur in geringem Maße den natürlichen Landschaftsgrenzen, denn Flüsse oder Kammlinien der Höhenzüge dienten nur vereinzelt zur territorialen Abgrenzung gegenüber den Nachbarstaaten. Landschaftlich gesehen erstreckte sich das Land vom Mittelgebirge im Süden bis in die norddeutsche Tiefebene: Vom Harz und den bergigen Gebieten östlich der Weser über das nördliche Harzvorland, der fruchtbaren Lößbörde und dem Braunschweigischen Platten- und Hügelland hinein in das Tiefland mit der Aller-Niederung und der Heide[21]. Insgesamt lässt sich diese eigenartige Kulturlandschaft mit ihrer räumlichen Uneinheitlichkeit sowie dem unübersichtlichen Grenzverlauf nur als Ergebnis der komplexen historischen Entwicklung des Herzogtums seit dem Mittelalter verstehen[22].

Im 19. Jahrhundert befand sich das Herzogtum nicht nur geographisch, sondern auch politisch zwischen den Königreichen Preußen und Hannover. Von beiden Seiten drohte eine Übernahme[23]. Eine erste Zäsur bedeutete zunächst die Gründung des Norddeutschen Bundes 1866, denn das Herzogtum verlor die Selbständigkeit in der Militär-, Rechts-, Wirtschafts- und weitgehend auch in der Steuerpolitik. Nach dem Sieg Preußens im preußisch-österreichischen Krieg 1866 erfolgte die Annexion Hannovers, so dass Braunschweig nahezu vollständig vom größten deutschen Teilstaat umschlossen war. Dadurch schien sich der äußere Druck auf den Kleinstaat zu vergrößern. Diese schwierige Ausgangslage wurde zusätzlich noch verschärft durch die Ungewissheit der Thronfolge des kinderlosen Herzogs Wilhelm, der schließlich am 18. Oktober 1884 starb. Nachdem die braunschweigische Linie des Welfenhauses ausgestorben war, konnte sich die hannoversche Linie Hoffnungen auf das Erbe machen. Dies wollten jedoch weder Braunschweig noch Preußen akzeptieren. Ein vorab mit Berlin abgesprochenes Verfahren, das die befristete Einsetzung eines Regentschaftsrates bis zur Wahl eines neuen Regenten vorsah, erwies sich als brüchig, denn der Sohn des letzten hannoverschen Königs, Ernst August Herzog von Cumberland, machte seinerseits Erbansprüche geltend. Am Beispiel Braunschweigs entschied sich auch das weitere Verhältnis zwischen

[19] Meibeyer, Die Landesnatur, S. 21.
[20] Ebenda, S. 23 (Übersicht 1).
[21] Ebenda.
[22] Ebenda, S. 25.
[23] Zum folgenden Pollmann, Das Herzogtum im Kaiserreich.

Preußen und den anderen Bundesstaaten[24]. Bismarck wies die Rechtsansprüche des welfischen Thronprätendenten, der den britischen Titel eines Herzogs von Cumberland führte, zurück und spielte wohl bis 1884 mit dem Gedanken einer militärischen Besetzung des Herzogtums[25]. Wegen ihrer Absetzung im Königreich Hannover galt die preußenfeindliche hannoversche Linie nicht mehr als regierungsfähig. Preußen entschied die Machtprobe für sich und begründete eine preußische Sekundogenitur: 1885 wurde Prinz Albrecht von Preußen als Regent eingesetzt, der bereits ein militärisches Kommando in Hannover geführt hatte. Sein Nachfolger wurde 1907 völlig überraschend der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin, der bis 1913 regierte. In dieser Zeit verschärfte sich der Konflikt mit Preußen nochmals, denn der neue Regent sah sich als „Platzhalter der Welfen"[26] und suchte eine Annäherung gegenüber Hannover. Erst die Hochzeit des Königsenkels Ernst August von Hannover und der Kaisertochter Victoria Luise versöhnte Welfen und Hohenzollern und brachte die endgültige Lösung des Welfenproblems: Am 3. November 1913 konnte Ernst August als neuer Herzog feierlich in Braunschweig einziehen.

Das Herzogtum Braunschweig blickte Ende des 19. Jahrhunderts in eine ungewisse Zukunft. Das lag zum einen an der Hegemonie Preußens; des öfteren kursierten Gerüchte über eine bevorstehende Annexion durch den übermächtigen Nachbarn. Das lag zum anderen auch an den wirtschaftlichen Standortnachteilen des Herzogtums, die sich nach der Reichsgründung immer stärker bemerkbar machten. Sinkende Steuereinnahmen führten dazu, dass sich der Zustand der öffentlichen Finanzen deutlich verschlechterte. Der finanzpolitische Handlungsspielraum verengte sich zusehends. Hinzu kam eine rückständige verfassungsrechtliche Struktur des Landes. Braunschweig hatte im Zuge der Revolution von 1830 eine vergleichsweise fortschrittliche Verfassung erhalten. Mit der „Neuen Landschaftsordnung" vom 12. Oktober 1832 bekam das Herzogtum eine quasi konstitutionelle Staatsform, die erweiterte Rechte für die Ständeversammlung und einen Grundrechtskatalog aufwies[27]. Darüber hinaus gab es institutionelle Reformen: So wurden auf der mittleren Ebene der Verwaltung sechs Kreisdirektionen gebildet, die dem Staatsministerium direkt unterstanden. Mit der Bildung von Kreisgerichten wurde auf dieser Ebene die Trennung von Justiz und Verwaltung vollzogen. Aus der „Gunst der frühen Revolution"[28] mit einer modernen verfassungsrechtlichen Ordnung entwickelte sich in den folgenden Jahrzehnten eine „späte Last", denn die Strukturen blieben unverändert und passten sich den neuen politischen Rahmenbedingungen nicht an. Das restriktive Wahlrecht, das sich im Widerspruch zum liberalen Reichstagswahlrecht befand, schränkte die Partizipationsmöglichkeiten stark ein. So kam es, dass das politische System anachronistisch wirkte. Da die Revolution von 1848 nahezu spurlos an Braunschweig vorbeigezogen war, schwächte sich der Reformdruck noch weiter ab. Das einst liberale Herzogtum

[24] Philippi, Preußen und die braunschweigische Thronfolgefrage, S. 183f. Vgl. Hopf, Die deutsche Krisis des Jahres 1866, S. 532–590.
[25] Bringmann, Die braunschweigische Thronfolgefrage, S. 217.
[26] Pollmann, Das Herzogtum im Kaiserreich, S. 829.
[27] Schildt, Von der Restauration zur Reichsgründungszeit, S. 772–777.
[28] Pollmann, Die Gunst der frühen Revolution: eine späte Last.

strahlte um die Jahrhundertwende das Bild einer Festung aus, „die sich vergeblich dem Zug der Zeit entgegenstemmte“[29].

Die verfassungsrechtliche Ordnung mit ihren verkrusteten Strukturen beeinflusste auch die Entwicklung der Parteien im Herzogtum Braunschweig. Die Organisationsform der bürgerlichen Parteien war „vorpolitisch“ geprägt, denn der Typ des Berufspolitikers hatte sich nur vereinzelt durchsetzen können[30]. Bestimmend waren bis zur Reichsgründung die Nationalliberalen; eine konservative Partei existierte noch nicht. Auch in Braunschweig waren die Nationalliberalen als Honoratiorenpartei organisiert: Hier waren die oberen Mittelschichten überproportional vertreten, d.h. Kaufleute, Bankiers und Fabrikanten. Im Gegensatz zu den Reichstagswahlen galt bei den Wahlen zur Landesversammlung und zu den Kommunalorganen bis 1918 das Dreiklassenwahlrecht[31], das jedoch in Braunschweig den Aufstieg der SPD nur bremsen, nicht aber verhindern konnte. Eine konservative Partei existierte im Herzogtum Braunschweig nicht; in dieses Vakuum stieß 1892 der antisemitische „Deutsch-soziale Reformverein“[32]. Auch wenn der organisierte Antisemitismus zahlenmäßig kaum Gewicht besaß, so wurden doch hier Strukturen angelegt, an denen später der Nationalsozialismus gut anknüpfen konnte.

Die Anfänge der Braunschweiger SPD reichen bis ins Jahr 1865 zurück, als Wilhelm Bracke eine Gliederung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) gründete. Bis zu seinem frühen Tod am 27. April 1880 bestimmte er maßgeblich die Geschicke der Partei[33]. Bracke und mit ihm der Braunschweiger ADAV hatten über die Landesgrenzen hinaus große Bedeutung, denn sie gehörten 1869 zu den Gründern der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands (SDAP). Die Parteigründung beruhte auf einem Zusammenschluss der deutschen Sektionen der Internationale zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands, der Arbeitervereinsbewegung um August Bebel und Wilhelm Liebknecht und der lassalleanischen Sezession, zu der auch die von Bracke angeführten Braunschweiger Lassalleaner gehörten[34]. In Anerkennung dieser Verdienste wählte der Eisenacher Kongress Braunschweig-Wolfenbüttel zum ersten Sitz der Parteiführung[35]. In Braunschweig konnte sich die SDAP vor allem auf Facharbeiter, Handwerksgesellen und angelernte Arbeiter stützen[36]. Überregional bekannt wurde Bracke durch die Arbeiterfeste, die er professionell plante und die große Anziehungskraft ausübten. Allein am 19. Juli 1868 sollen etwa 10000 Menschen an einer solchen Veranstaltung teilgenommen haben[37]. Damit drückte Bracke der Arbeiterkultur nicht nur seinen Stempel auf. Er nutzte die Arbeiterfeste auch, um politische Ziele trans-

[29] Ebenda, S. 161. Vgl. zum Wahlrecht im Herzogtum Braunschweig: Bruhns, Wahlrechtsfragen, S. 204; Poensgen, Das Wahlrecht, S. 80.
[30] Pollmann, Das Herzogtum im Kaiserreich, S. 832.
[31] Schmuhl, Die Herren der Stadt, S. 432.
[32] Pollmann, Das Herzogtum im Kaiserreich, S. 835.
[33] Eckert, 100 Jahre Braunschweiger Sozialdemokratie, S. 51–86; Schildt, Tagelöhner, Gesellen, Arbeiter, S. 416–426.
[34] Schmuhl, Die Herren der Stadt, S. 442.
[35] Eckert, 100 Jahre Braunschweiger Sozialdemokratie, S. 103.
[36] Schildt, Tagelöhner, Gesellen, Arbeiter, S. 420–422.
[37] Dazu Welskopp, Das Banner der Brüderlichkeit, S. 373–378.

portieren zu können. Damit war er für die damalige Zeit durchaus ein moderner Parteiorganisator und Wahlkämpfer. So diente etwa das Arbeiterfest am 29. August 1869 in Harzburg dazu, den Schwenk der Braunschweiger Sozialdemokraten vom ADAV zur SDAP zu legitimieren[38]. Die Mitgliedschaft sollte mit der neuen Parteistruktur und den neuen Parteiführern vertraut gemacht werden. Selbst August Bebel und Wilhelm Liebknecht folgten der Einladung Brackes, der sich zu einer Leitfigur der frühen Sozialdemokratie entwickelt hatte. Seine herausragende Bedeutung zeigte sich auch bei seiner Beerdigung am 2. Mai 1880, der mehrere Tausend Menschen beiwohnten[39].

Das Sozialistengesetz von 1878 konnte den Aufstieg der SPD nicht verhindern. Zwar wurden in Braunschweig fast alle politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft verboten; das Verbot betraf auch die Partei- und Gewerkschaftspresse[40]. Die Parteiarbeit kam zum Erliegen: Innerparteiliche Konflikte konnten nicht ausgetragen werden und die personelle Erneuerung kam ins Stocken. Bei der Reichstagswahl 1890, die mit dem Ende der zwölfjährigen Unterdrückung zusammenfiel, meldete sich die Partei mit einem „imponierenden Erfolg" zurück[41]. Sie konnte nämlich einen Wahlkreis erobern und verzeichnete in ländlichen Gegenden einen großen Stimmenzuwachs. Noch vor dem Ersten Weltkrieg war es der SPD gelungen, große Teile der Industriearbeiterschaft zu gewinnen. Erleichternd kam hinzu, dass die Region ausschließlich protestantisch geprägt war, so dass eine Konkurrenz zur Zentrumspartei nicht bestand. Bei der Reichstagswahl 1912 konnten die beiden Wahlkreise Braunschweig-Blankenburg und Holzminden-Gandersheim erobert werden; in dem eher ländlich geprägten Kreis Helmstedt-Wolfenbüttel lag das SPD-Ergebnis immerhin über dem Reichsdurchschnitt[42]. Trotz dieser Wahlerfolge gelang es der SPD nicht, eine feste Parteiorganisation außerhalb der Landeshauptstadt aufzubauen[43]. Als besonders belastend für die politische Kultur des Landes erwies sich der Graben zwischen Staat und Bürgertum auf der einen Seite und der Sozialdemokratie auf der anderen Seite, der durch das Sozialistengesetz weiter vertieft wurde[44]. So unterstützten die Liberalen in Braunschweig die staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen.

Aufgrund des Wahlrechts war die braunschweigische Landesversammlung das einzige deutsche Landesparlament, in das die Sozialdemokraten bis 1918 nicht einziehen konnten[45]. Die politische Diskriminierung durch das umstrittene Wahlrecht auf Landesebene war Anlass für zahlreiche Massendemonstrationen und radikalisierte die SPD[46]. Auch deshalb entwickelten sich bereits im Kaiserreich Sozialdemokratie und Gewerkschaften zu Massenorganisationen. Beide einte das

[38] Ebenda, S. 373f.
[39] Eckert, 100 Jahre Sozialdemokratie, S. 244f.; Pollmann, Das Herzogtum im Kaiserreich, S. 838.
[40] Eckert, 100 Jahre Braunschweiger Sozialdemokratie, S. 256.
[41] Ludewig, Industriearbeiterschaft und Organisation, S. 166.
[42] Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 16.
[43] Ebenda.
[44] Pollmann, Das Herzogtum im Kaiserreich, S. 838.
[45] Schmuhl, Die Herren der Stadt, S. 503; Ludewig, Industriearbeiterschaft und Organisation, S. 158.
[46] Boll, Massenbewegungen in Niedersachsen, S. 131–144; Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 21.

Ziel, das Wahlrecht zu demokratisieren. Darüber hinaus boten natürlich Lohnkürzungen und schlechte Arbeitsbedingungen weitere Anlässe für Streiks und Arbeitsniederlegungen im Herzogtum. Schwere Arbeitskämpfe hatte es schon während des Sozialistengesetzes gegeben[47]. Statistiken deuten darauf hin, dass sich in Braunschweig die Arbeitskonflikte zwischen Arbeitern und Unternehmern 1906 erheblich verschärften[48]. Das betrifft die Anzahl der Streiks, aber auch die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten: Während 1905 nur elf Streiks durchgeführt wurden, waren es ein Jahr später bereits 41; die Zahl der Streikenden stieg von 639 (1905) auf 3072 (1906). Betrachtet man die Zahl der Arbeitstage, die durch Streiks verloren gingen, wird die Entwicklung noch dramatischer. Sie stieg nämlich von 7662 (1905) auf 131591 (1906). Gleichzeitig setzten die Unternehmer aber auch immer häufiger das Instrument der Aussperrung ein; die dadurch bedingte Verlustrate lag sogar bei 175363[49]. Auch wenn sich nur ein Teil der Arbeiterschaft an den Arbeitsniederlegungen beteiligte, so bleibt doch festzuhalten, dass in Braunschweig frühzeitig Interessenkonflikte auf betrieblicher Ebene offen ausgetragen wurden. Dabei erwiesen sich SPD und Gewerkschaften als treibende Kraft, wohingegen die politischen Strukturen des Herzogtums verkrustet blieben und politische Reformen verhinderten. Nicht nur die organisierte Arbeiterbewegung blieb in ihren Partizipationsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Auch die frühzeitig entstandene bürgerliche und proletarische Frauenbewegung, deren Anfänge bis ins Jahr 1868 zurückreichen[50], wurde durch das Vereins- und Versammlungsrecht erheblich beeinträchtigt[51]. Die Gesetzeslage sah vor, dass Frauen weder an politischen Vereinen noch an politischen Versammlungen teilnehmen durften. Damit bildete Braunschweig reichsweit das Schlusslicht; erst das neue Reichsvereinsgesetz von 1908 brachte eine gewisse Veränderung. Festzuhalten bleibt, dass sich das einstmals liberale Herzogtum auch in diesem Bereich der allgemeinen politischen Entwicklung, die trotz obrigkeitsstaatlicher Strukturen auf mehr Bürgerbeteiligung und Mitspracherechte hinauslief, widersetzte[52].

Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts müssen die Wohnverhältnisse im Braunschweiger Arbeiterviertel stellenweise katastrophal gewesen sein. Dieses Schicksal traf vor allem die ärmeren Arbeiterfamilien, die in beengten Wohnverhältnissen lebten, mitunter auf Notunterkünfte angewiesen waren und relativ häufig Armenunterstützung erhielten[53]. Obwohl Grotewohls Familie nicht direkt zu dieser Bevölkerungsgruppe zählte, lebte sie doch aufgrund der Stellung des Vaters als ungelernter Arbeiter, der des Öfteren den Arbeitsplatz wechseln musste, in einer prekären Lage. Ganz anders stellte sich die Situation bei Facharbeitern dar, denn sie waren in der Lage, die besseren Wohnungen in den Neubausiedlungen oder in den Baugenossenschaftshäusern zu mieten[54]. Insofern muss zwischen den

[47] Ludewig, Industriearbeiterschaft und Organisation, S. 159.
[48] Ludewig, Industriearbeiterschaft und Organisation, S. 163.
[49] Ebenda, S. 162 (Tabelle mit Streiks und Aussperrungen im Herzogtum Braunschweig 1899-1906).
[50] Pollmann, Das Herzogtum im Kaiserreich, S. 841.
[51] Pollmann, Zur Situation der Frauen im Herzogtum Braunschweig, S. 146.
[52] Pollmann, Das Herzogtum im Kaiserreich, S. 842.
[53] Händler-Lachmann, „'n Wochenlohn die Miete", S. 173.
[54] Ebenda, S. 181.

einzelnen Gruppen der Industriearbeiterschaft deutlich differenziert werden. In seiner offiziellen Biographie zitiert Heinz Voßke einen Bekannten Otto Grotewohls, der in der Retrospektive die Wohnungssituation zu beschreiben versuchte: „Ich sehe die Weberstraße noch vor mir, die eng beieinander liegenden Fachwerkhäuser, in deren Treppenhäusern es Tag und Nacht dunkel blieb, weil es wohl Türen zu den knapp zwei Meter hohen und in sich kleinen Wohnräumen gab, aber keine Fenster, durch die das Tageslicht hätte hereinfallen können."[55] Und weiter heißt es in dem Erinnerungsbericht: „Das Treppenhaus, die Stiege, war ein dunkler Schacht, der zwei bis drei Stockwerke hoch die von ihm abgehenden Wohnungen der Arbeiterfamilien miteinander verband. Und die Hinterhöfe waren eng und dunkel. Dort befanden sich die Werkstätten der Schmiede und Schlosser, der Klempner, Stellmacher und Schuhmacher, die bei der Ausübung ihres Handwerks nicht nur den unvermeidlichen Lärm verursachten, sondern auch allerhand ‚Wohlgerüche' verbreiteten." Mit diesen ärmlichen und beengten Verhältnissen dürfte auch Grotewohl in seiner Kindheit konfrontiert worden sein. Während er kaum über seine Herkunft in der Öffentlichkeit berichtete und diese auch nicht in schriftlicher Form festzuhalten suchte, machte seine Frau Martha zwölf Jahre nach seinem Tod einige diesbezügliche Andeutungen[56]. Dabei betonte sie, dass Grotewohl ein richtiges Elternhaus nicht besessen habe. Die Eltern seien sehr arm gewesen; auch später habe Otto seinen Vater noch finanziell unterstützen müssen.

Grotewohls Ablehnung, bei Anfragen über seine Kindheit und Jugendzeit zu berichten, begründete sein engster Mitarbeiter Hans Tzschorn mit dem Hinweis auf seine persönliche Bescheidenheit: „Immer wehrte er lachend ab und sagte, daß da nichts besonderes aufzuschreiben wäre, denn er sei genau wie alle anderen Arbeiterkinder gewesen."[57] Dahinter stand vermutlich auch der Konformitätsdruck innerhalb der SED-Führung, dem sich der Co-Vorsitzende ausgesetzt sah. Grotewohl war nach der Zwangsvereinigung sichtlich bemüht, sich dem Habitus der kommunistischen Mitstreiter in der Führungsspitze der Partei anzupassen, die auch keine ausführlichen Kindheitserinnerungen vorgelegt hatten. Gegenüber Hans Tzschorn hat Grotewohl seine Herkunft aus einer „Proletarierfamilie" besonders hervorgehoben[58]. Dabei deutete er auch die schwierigen Wohnverhältnisse seiner Eltern an: „Die außen sehr farbenprächtigen und interessanten Fachwerkhäuser waren für die Menschen, die dort wohnen mussten, nicht so interessant. Enge und dunkle Treppen, Korridore und Stuben, die oft nicht höher waren, als daß ein normaler Mensch mit ausgestrecktem Arm die Decke erreichen konnte."[59] Eine Bestätigung der Eindrücke Grotewohls lieferte 1984 Stefan Bajohr mit einer

[55] Zitiert nach Voßke, Otto Grotewohl. Biographischer Abriß, S. 18.
[56] SAPMO-BArch, SgY 30/1878, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Martha Grotewohl über ihre Erinnerungen an Otto Grotewohl vom 14.12.1976, S. 5.
[57] SAPMO-BArch, NY 4090/186, Bl. 102–107, hier Bl. 102, Artikel Otto Grotewohls vom 8.2.1954 für die Zeitschriften ‚Der Junge Pionier' und ‚Der Pionierleiter'. Der Artikel wurde ein Jahr später nochmals in einer Aufsatz- und Redensammlung abgedruckt, zu der Erich Honecker ein Vorwort verfasste. Vgl. Grotewohl, An die Jugend, S. 307–312. Dieser Aufsatz ist im Übrigen der einzige überlieferte und veröffentlichte Erinnerungsbericht Grotewohls über seine Jugendzeit.
[58] Grotewohl, An die Jugend, S. 307.
[59] Ebenda, S. 308.

Studie, die auf umfangreichen Interviews mit insgesamt 21 Arbeitern und Arbeiterinnen basierte, die vor Beginn des Ersten Weltkrieges in Braunschweig geboren waren und bis zum Ende der Weimarer Republik dort gelebt haben. So schilderte etwa ein Interviewpartner die Hinterhofsituation in der Weberstraße, in der auch Grotewohls Familie lebte: „Das waren vier kleine Hütten. [...] Eng zusammengepfercht auf engem Raum. Wo quasi immer acht Personen drin waren. [...] Zwei, drei in einem Bett."[60]

Sehr viel ausführlicher schilderte Grotewohl offenbar im Familienkreis sowie gegenüber engsten Vertrauten seine Liebe zu Büchern und zur Malerei, die ihn schließlich auch dazu veranlasste, den Beruf des Buchdruckers zu erlernen. Dabei betonte er, dass sich in seinem Elternhaus nur ein Buch befunden habe, und zwar eine Sammlung mit Gedichten von Friedrich Schiller. Diese habe er „mit großer Begeisterung" gelesen und „bei meinen damals noch sehr schwachen Schreibkenntnissen in ein riesiges Kontobuch" abgeschrieben[61]. Gleichzeitig habe er angefangen zu zeichnen. Notizhefte, Malhefte und Farbstifte habe er preisgünstig vom Hauswirt erhalten, der ihn offensichtlich mochte. Interessant sind die Ausführungen Grotewohls in zweierlei Hinsicht. Zum einen versuchte er ex post eine Begründung für seine Berufswahl zu geben. Zum anderen stilisierte er sich zu einem Arbeitersohn mit bildungsbürgerlichen Idealen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges übernahm Grotewohl die Aufgabe, in Reden und Schriften an die deutschen Klassiker anzuknüpfen und damit eine Traditionslinie zur SBZ/DDR zu ziehen. Diese Verbindung stellte er auch bei der Beschreibung des persönlichen Lebensweges her. Eigenen Angaben zufolge begann er auch frühzeitig damit, den ‚Braunschweiger Volksfreund', die wichtigste sozialdemokratische Zeitung in der größten Stadt des Herzogtums, zu lesen[62]. Sein Vater, der in der SPD organisiert war, las diese Zeitung regelmäßig. Die sozialdemokratische Überzeugung seines Vaters muss eine der ersten politischen Prägungen im Leben des jungen Otto gewesen sein. Sein Verhältnis zum Vater bleibt ansonsten unklar. Folgt man seinen eigenen knappen Erinnerungen, so betrachtete Otto seinen Vater respektvoll und sah in ihm offenbar auch ein Vorbild für sein eigenes Handeln. Dagegen betonte Martha Grotewohl in ihren Erinnerungen, dass sein Vater „völlig unpolitisch" war, nur „so dahin [lebte], ohne sich mit politischen Tagesfragen zu beschäftigen"[63].

Vor der Lehre kam die Schule. Von 1900 bis 1908 besuchte er die 4. Knabenschule an der Maschstraße[64]. Nach der Darstellung seines Biographen Voßke war Grotewohl ein begabter Schüler und brachte gute Zeugnisse nach Hause[65]. Eine weiterführende Schule besuchte er aufgrund der schwierigen finanziellen Verhältnisse seines Elternhauses nicht, denn das erforderliche Schulgeld konnte sein Vater

[60] Bajohr, Vom bitteren Los der kleinen Leute, S. 144–146. Auf diesen Interviews basiert auch die Studie von: Händler-Lachmann, „'n Wochenlohn die Miete".
[61] SAPMO-BArch, NY 4227/9, Bl. 26, Erinnerungen von Hans Tzschorn an Otto Grotewohl [handschriftlich: 2.3.66].
[62] Ebenda, Bl. 28.
[63] SAPMO-BArch, SgY 30/1878, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Martha Grotewohl über ihre Erinnerungen an Otto Grotewohl vom 14.12.1976, S. 3.
[64] SAPMO-BArch, NY 4090/49, Grotewohl am 29.4.1964 an den Apotheker Hermann Behme (Radebeul).
[65] Voßke, Otto Grotewohl. Biographischer Abriß, S. 19.

nicht aufbringen. Anschließend trat er eine Lehrstelle bei Joh. Heinrich Meyer in der Jakobstraße an, einer der ältesten Druckereien Braunschweigs[66], wobei sein Vater bei der Vermittlung sehr behilflich gewesen sein soll[67]. Dort erlernte er vom 28. April 1908 bis zum 27. April 1912 das Buchdruckerhandwerk[68]. Gleichzeitig besuchte er relativ erfolgreich eine Berufsschule in Braunschweig. Dabei bekam Grotewohl durchschnittlich gute Noten; nur in Französisch erhielt er im Schuljahr 1908/09 die Note ausreichend[69]. In den beiden folgenden Schuljahren konnte er sich in vielen Fächern verbessern; sein letztes Zeugnis aus dem Schuljahr 1910/11 wies nur noch gute bis sehr gute Noten aus – selbst in Französisch hatte er nun die Note „gut" erhalten[70]. Zum Abschluss der Lehre bekam Grotewohl ein sehr gutes Zeugnis von der Buchdruckerei, die er auf eigenen Wunsch verließ. Den Beruf des Buchdruckers übte er bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 aus, wechselte allerdings mehrmals den Arbeitgeber. Bis zum 27. Juli 1912 arbeitete er bei der Buchdruckerei Eduard Rink in der Poststraße[71]. Danach hatte er eine dreiwöchige Aushilfstätigkeit bei der Wilhelm Greven Buch-, Steindruckerei und Buchbinderei in Krefeld[72], wo damals seine Mutter lebte. Ob das der Grund für den Stellen- und Ortswechsel war, und ob Mutter und Sohn sich dort wieder begegneten, entzieht sich unserer Kenntnis. Vom 4. November 1912 bis zum 3. Mai 1913 arbeitete er in der Buchdruckerei Ernst Fischer in Wolfenbüttel[73]. Die zeitlich gesehen längste Anstellung hatte Grotewohl wieder in Braunschweig, bei der Buchdruckerei Julius Krampe, wo er bis zum 31. Juli 1914 ein Jahr lang beschäftigt war[74].

Über Grotewohls erste politische Aktivitäten wissen wir nicht viel. Sein im April 1949 ausgestelltes FDGB-Mitgliedsbuch enthält den Vermerk, dass er seit dem 11. März 1912 im Verband der deutschen Buchdrucker in Braunschweig organisiert war[75]. Zuvor hatte er sich bereits in der sozialistischen Arbeiterjugend Braunschweig einen Namen gemacht. Dort lernte ihn auch 1908 seine spätere Ehefrau Martha kennen. Zusammen mit Otto Grotewohl habe sie – so gab sie jedenfalls in ihren nicht veröffentlichen Erinnerungen an – regelmäßig Versammlungen durchgeführt, vor allem bei der Vorbereitung von Wahlen[76]. Dabei sei es nicht nur

[66] So die Einschätzung von Kurt Fricke in seinen Erinnerungen an Otto Grotewohl: SAPMO-BArch, NY 4090/99, Bl. 48–51.
[67] Grotewohl, An die Jugend, S. 309.
[68] SAPMO-BArch, NY 4090/1, Bl. 24, Zeugnis der Joh. Heinr. Meyer Buchdruckerei Braunschweig vom 27. 4. 1912.
[69] SAPMO-BArch, NY 4090/1, Bl. 19, Zeugnis der Städtischen gewerblichen Fortbildungsschule in Braunschweig für das Schuljahr 1908/09.
[70] Ebenda, Bl. 21, Zeugnis der Städtischen Fortbildungsschule zu Braunschweig für das Schuljahr 1910/11.
[71] SAPMO-BArch, NY 4090/1, Bl. 25, Zeugnis der Buchdruckerei Eduard Rink Braunschweig vom 27. 7. 1912.
[72] SAPMO-BArch, NY 4090/1, Bl. 26, Zeugnis der Wilhelm Greven Buch-, Steindruckerei und Buchbinderei Krefeld.
[73] SAPMO-BArch, NY 4090/1, Bl. 27, Zeugnis der Buchdruckerei Ernst Fischer Wolfenbüttel vom 3. 5. 1913.
[74] SAPMO-BArch, NY 4090/1, Bl. 28, Zeugnis der Buchdruckerei Julius Krampe Braunschweig vom 31. 7. 1914.
[75] SAPMO-BArch, NY 4090/4, Bl. 15, FDGB-Mitgliedsbuch Nr. 34338 vom April 1949.
[76] SAPMO-BArch, SgY 30/1878, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Martha Grotewohl über ihre Erinnerungen an Otto Grotewohl vom 14. 12. 1976, S. 1. Zum Eintrittsdatum kursieren unterschiedliche Angaben. Aus einer von Voßke abgedruckten SED-Mitgliedskarte geht

um politische Fragen gegangen; auch Spiele, Volkstänze, Feste und Wanderungen standen auf dem Programm. Zahlreiche Veranstaltungen verfolgten nach Angaben von Martha Grotewohl pädagogische Ziele: „Ich erinnere mich z.B., das[s] wir sehr oft Vorträge hörten über die Schädlichkeit des Alkoh[o]ls und des Rauchens." Sie berichtete in dem Zusammenhang auch über musikalische Fähigkeiten ihres späteren Mannes; er spielte demzufolge Gitarre oder Klampfe. Theoretische Schulungsveranstaltungen etwa zum Marxismus seien erst später hinzugekommen und von Otto Grotewohl geleitet worden. Erste Funktionen erhielt er offensichtlich im sogenannten Jugendausschuss, der unter anderem ein 1911 in Braunschweig eingeweihtes Jugendheim leitete. Rasch stieg Grotewohl zum Vorsitzenden des Jugendausschusses auf[77]. Angesichts seines Engagements in der sozialistischen Arbeiterjugend überraschte sein Parteieintritt in die SPD 1912 nicht[78].

Bei der Arbeiterjugend Braunschweig handelte es sich genau genommen um den Verein der Arbeiterjugend, der Ende 1907 auf Initiative der SPD als „Bildungsverein jugendlicher Arbeiter" gegründet worden war[79]. Dieser entwickelte sich rasch zu einer mitgliederstarken Organisation, die 1909 zunächst noch 240 und 1914 bereits 850 Mitglieder hatte. Mit dem Einzug in das neue Jugendheim im April 1914 bildete der Verein der Braunschweiger Arbeiterjugend – so Boll in seiner materialreichen Untersuchung – die „in sich kohärenteste sozialdemokratische Subkultur aus". Hier trafen sich Jugendliche, die politisch der SPD nahestanden, regelmäßig und schlossen sich zu einer Gruppe zusammen. Dieser Gruppe, die relativ große Bindungskräfte entwickelte, gehörte vermutlich auch Grotewohl als Vorsitzender des Jugendausschusses an. Über die personelle Zusammensetzung und die Diskussionsabläufe auf den Sitzungen ist nicht viel bekannt. Neben Grotewohl kann Boll nur noch Robert Wiebold, G. Kirchner und W. Römlich als weitere Mitglieder nennen, zu denen sich aber keine weiteren Angaben finden lassen. Die Jugendlichen verfügten offenbar über ein ausgeprägtes Selbstbewusstsein und gingen Konflikten mit der örtlichen SPD-Führung nicht aus dem Weg. Harte Auseinandersetzungen gab es beispielsweise bei der Frage der personellen Zusammensetzung des Jugendausschusses[80]. In Braunschweig konnten sich die Jugendlichen mit ihrer Forderung durchsetzen und die Hälfte der Sitze besetzen. Im Vergleich

das Jahr 1910 hervor. Vgl. Voßke, Otto Grotewohl. Biographischer Abriß, S. 172. Bei der Vernehmung durch die Gestapo gab Grotewohl am 17.8.1938 das Jahr 1909 an. NdsStAWF, 42 B Neu Fb. 7, Nr. 1287, Bl. 174.

[77] SAPMO-BArch, SgY 30/1878, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Martha Grotewohl über ihre Erinnerungen an Otto Grotewohl vom 14.12.1976, S. 2. Diese Information bestätigte der 1905 in Braunschweig geborene Heino Brandes, der Otto Grotewohl in dem Kontext als einen „revolutionäre[n] Held" bezeichnet. Vgl. SAPMO-BArch, SgY 30/1881, S. 3, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Dr. Heino Brandes über seine Erinnerungen an Otto Grotewohl am 29.4.1977.

[78] Nach eigenen Angaben trat Grotewohl am 11.3.1912, seinem 18. Geburtstag, in die SPD ein. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/v. 135, Notiz der SED-Abt. Kaderfragen vom 25.1.1963. Dies bestätigte auch Martha Grotewohl in ihren Erinnerungen. Vgl. SAPMO-BArch, SgY 30/1878, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Martha Grotewohl über ihre Erinnerungen an Otto Grotewohl vom 14.12.1976, S. 3. Auf diese Quellen beruft sich auch: Voßke, Otto Grotewohl. Biographischer Abriß, S. 27f. Dagegen gibt Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 18, ein anderes Datum an (14.3.1912).

[79] Zum folgenden Boll, Massenbewegungen in Niedersachsen, S. 221f.

[80] Dazu Boll, Massenbewegungen in Niedersachsen, S. 222.

zu anderen Städten[81] kann deshalb dem braunschweiger Jugendbildungsverein eine besonders große Autonomie bescheinigt werden. Obwohl Grotewohl Vorsitzender des Jugendausschusses war, zählte er nicht zu den Vorkämpfern dieser Autonomiebestrebungen. Fest steht aber auch, dass er hier erste Kontakte knüpfen konnte, die für seine weitere politische Karriere nicht unwichtig waren. Zu den wichtigsten Meinungsführern gehörte etwa August Merges, der von 1911 bis 1917 Redakteur des ‚Volksfreund' in Braunschweig war und von 1915 bis 1918 dem Braunschweiger Revolutionsklub angehörte und diesen de facto leitete[82].

Dem jungen Grotewohl müssen die ersten Veranstaltungen, die er bei der sozialistischen Arbeiterjugend besuchte, wie eine Offenbarung vorgekommen sein. In seinen tagebuchähnlichen Notizen, die er vermutlich während des Ersten Weltkrieges verfasste, beschrieb er anschaulich seine Eindrücke: „Von Anfang an verschrieb ich mich der Jugendbewegung mit Haut und Haaren, mit ganzer Seele. Ein dumpfes Gefühl sagte mir, dass hier die Wurzeln meiner Kraft liegen. Die Jugendbewegung wurde mir zur Lebensbedingung."[83] Die Arbeiterjugend bot Grotewohl allem Anschein nach Ansatzpunkte und Hilfestellungen zur politischen und persönlichen Selbstfindung. In der subjektiven Wahrnehmung interpretierte er seine Mitarbeit in der sozialistischen Arbeiterjugend als Folge eines Generationenkonflikts: „Ich fühlte nicht mehr die Leere um mich zu Haus, nicht mehr jenes halbe Gefühl den Alten gegenüber." Grotewohl schilderte in diesem Kontext auch seine eigene politische Radikalisierung, blieb aber bei der Darstellung immer recht vage: „Ich vergaß mich und mein Inneres [...]. Alle Schranken der Welt galten für mich nichts. Ich war ein Lebensanarchist schlimmster Sorte." In der Folgezeit distanzierte sich Grotewohl aber von einigen Mitstreitern, wie z. B. Wiebold, die ihm offenbar zu ungestüm agierten, wie er nachträglich seinem Tagebuch anvertraute[84].

Gleich zu Beginn des Ersten Weltkrieges verfasste Otto Grotewohl im Auftrag des Bezirksjugendausschusses einen Aufruf, der an alle Jugendausschüsse im Herzogtum gerichtet war[85]. Darin bezeichnete er den Krieg als „ein grausiges Schicksal", der eine „verzweifelte Lage" für die gesamte Arbeiterbewegung geschaffen habe. Grotewohl rief dazu auf, für die organisierte Arbeiterjugend „mit der ganzen Kraft der Persönlichkeit in dieser Zeit zu arbeiten". Im Einzelnen ging es darum, das bestehende kulturelle Programm aufrechtzuerhalten und die drohende Einstellung der vereinseigenen Zeitung ‚Arbeiterjugend' zu verhindern. Auf diese Weise sollten die Jugendausschüsse den Weltkrieg überdauern. Im Gegensatz zu

[81] Außerhalb Braunschweigs bestand eine Drittelparität, d. h. die Ausschüsse wurden zu gleichen Teilen mit Vertretern aus den Arbeiterjugendvereinen, der Gewerkschaft und der SPD besetzt.

[82] Zu den biographischen Angaben Herlemann (Hrsg.), Biographisches Lexikon niedersächsischer Parlamentarier, S. 238.

[83] Zum folgenden Triebel, Gelobt und geschmäht, S. 302. Die tagebuchähnlichen Notizen waren vermutlich ein Versuch, um die Fronterlebnisse und die Trennung von Martha Grotewohl zu verarbeiten. In dieser Zeit schrieb er auch häufig Briefe an seine spätere Frau. SAPMO-BArch, SgY 30/1878, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Martha Grotewohl über ihre Erinnerungen an Otto Grotewohl vom 14. 12. 1976, S. 3.

[84] Triebel, Gelobt und geschmäht, S. 302.

[85] SAPMO-BArch, NY 4090/262, Bl. 1, Bezirksleitung (i. A. Otto Grotewohl) im August 1914 an die Jugendausschüsse des Herzogtums Braunschweig [Abschrift]. Erstmals abgedruckt in: Grotewohl, An die Jugend, S. 11.

Wiebold und anderen Mitgliedern der sozialistischen Arbeiterjugend wurde Grotewohl zunächst noch nicht zum Fronteinsatz eingezogen. Anfang November 1914 meldete sich Grotewohl nochmals mit einem weiteren Aufruf des Bezirksjugendausschusses zu Wort[86]. Anlass war ein Erlass des braunschweigischen Staatsministeriums zur militärischen Jugendertüchtigung. Vergleichbare staatliche Maßnahmen gab es auch außerhalb des Herzogtums Braunschweig. Offensichtlich versuchten alle Bundesstaaten, die organisierte Jugendbewegung in die Mobilisierungsstrategien mit einzubeziehen. Daraufhin hatte die „Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands" am 25. Oktober 1914 eine Konferenz in Berlin organisiert, auf der alle Bezirksleitungen ihre Mitwirkung geschlossen ablehnten. Im Anschluss daran forderte Grotewohl die Mitglieder der Jugendausschüsse im Herzogtum Braunschweig auf, sich „unter keinen Umständen an den Bestrebungen dieses Erlasses [zu] beteiligen"[87]. Gleichzeitig kündigte er den Versand von Flugblättern an, die an die Jugendlichen zu verteilen waren. Außerdem sollten aufklärende Diskussions- und Vortragsabende veranstaltet werden, zu denen der Bezirksausschuss auf Nachfrage Redner zur Verfügung stellen wollte. Mit der Einberufung weiterer Funktionäre zum Kriegseinsatz kamen die Aktivitäten der sozialistischen Arbeiterjugend rasch zum Erliegen. Als Grotewohl von einem militärischen Lehrgang, der ihn auf den Fronteinsatz vorbereiten sollte, zurückkam, schieb er resigniert einem Freund, dass er viel Arbeit vorgefunden habe. Und weiter heißt es: „Um die Jugend bekümmert [sic] sich niemand. [M]eine schönen Pläne, die ich kurz vorher in die Wirklichkeit umgesetzt habe, drohten zusammenzufallen."[88] Unter den Folgen des Ersten Weltkrieges schien die Braunschweiger Arbeiterjugend und mit ihr ein sozialdemokratisches Teilmilieu zu zerfallen; aufgrund von Tod, Verwundung und Gefangenschaft drohten die geknüpften Netzwerke zu zerreißen.

Über den jungen Grotewohl wird viel spekuliert. Aus der Zeit vor 1914 haben wir keine Selbstzeugnisse, die Auskunft über seine politischen Überzeugungen geben könnten. Dennoch kommt Voßke in seiner Studie zu dezidierten Aussagen: So habe Grotewohl „als noch junger proletarischer Funktionär [...] das Wesen der damaligen innerparteilichen Auseinandersetzung in Fragen der Theorie, der Strategie und Taktik noch nicht" erfasst[89]. Sein Klassenbewusstsein und seine humanistische Bildung hätten ihn aber dazu befähigt, „wirkungsvoll alle Bestrebungen der imperialistischen Reaktion zu bekämpfen, die darauf hinausliefen, die Jugendlichen für ihre Kriegspolitik zu missbrauchen". Voßke versucht den späteren DDR-Ministerpräsidenten in das marxistisch-leninistische Geschichtsbild des Kaiserreichs einzubetten. Ohne Quellen anzugeben, stellt er ihn als jungen Politiker dar, der zwar noch kein überzeugter Marxist gewesen sei, der sich aber frühzeitig von der offiziellen SPD-Politik des Burgfriedens distanziert habe. Auch an anderer Stelle betont Voßke, dass Grotewohl „damals die großen Zusammenhänge

[86] SAPMO-BArch, NY 4090/262, Bl. 3, Rundschreiben des Bezirksjugendausschusses für das Herzogtum Braunschweig (i. A. Otto Grotewohl) vom 6.11.1914 [Abschrift]. Erstmals abgedruckt in: Grotewohl, An die Jugend, S. 12.
[87] Ebenda [Unterstreichung im Original].
[88] SAPMO-BArch, NY 4090/262, Bl. 5, Otto Grotewohl am 27.12.1914 an Adolf Dommick.
[89] Voßke, Otto Grotewohl. Biographischer Abriß, S. 29.

des aktuellen politischen Geschehens nicht" durchschaut habe[90]. Und er schreibt weiter: „Sein proletarisches Klassengefühl sowie sein Haß gegen den preußischen Militarismus veranlassten ihn jedoch, in Gegensatz zur offiziellen Politik der opportunistischen Parteiführer zu treten und gegen alle Bestrebungen der herrschenden Klasse zur intensiven militaristischen Erziehung und nationalistischen Verhetzung der Jugend zu kämpfen." Auch Grotewohls Biograph Jodl kritisiert unter Hinweis auf Voßke den jungen Otto Grotewohl, der eines „jener typischen Parteimitglieder [gewesen sei], die den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse zwar im Mund führten, aber keinen Grund sahen, in dieser Richtung wirklich aktiv zu werden"[91]. Obwohl beide Forscher unterschiedliche Geschichtsansätze verfolgen, ziehen sie doch aus der völlig unzureichenden Quellenlage ihre Schlussfolgerungen, die somit äußerst spekulativ bleiben. Während Voßke den Versuch unternimmt, Grotewohl als Kritiker der Berliner SPD-Führung darzustellen, sieht Jodl in ihm nur einen unpolitischen Parteifunktionär.

2. Erster Weltkrieg, Novemberrevolution und Gegenrevolution in Braunschweig (1914–1920)

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs war auch im Leben von Otto Grotewohl ein tiefer Einschnitt. Sein Militärpass, der vom Königlich Preußischen Oldenburger Infanterie-Regiment Nr. 91 ausgestellt wurde, enthält den Vermerk, dass er am 27. November 1914 eingezogen wurde[92]. Im Gegensatz zur Mehrheit seiner Generation hat er sich also nicht freiwillig zum Militärdienst gemeldet. Nach einer Rekrutenausbildung wurde er ungefähr zwei Wochen später mit dem Hinweis „garnisonsdienstfähig"[93] entlassen. Am 2. Mai 1915 erneut eingezogen[94], kam er zunächst zu einer weiteren Ausbildungseinheit und anschließend an die Ostfront nach Galizien[95], wo er in den folgenden Monaten dreimal versetzt wurde[96]. Während des Fronteinsatzes wurde Grotewohl eigenen Angaben zufolge zweimal verwundet[97], das erste Mal am 17. Juli 1916 in einem Gefecht bei Trzystok am rechten Unterarm[98]. Schwerwiegender war die zweite Verwundung im Sommer 1917, als er bei Kämpfen verschüttet wurde[99]. Durch die Explosion einer Granate hatte er einen Schock erlitten und vorübergehend das Sprachvermögen verloren. Erst nach

[90] Ebenda, S. 34.
[91] Jodl, Hammer oder Amboss?, S. 19.
[92] SAPMO-BArch, NY 4090/3, Bl. 29, Militärpass vom 24. 11. 1915.
[93] So Grotewohl in einem Brief vom 27. 11. 1914 an Adolf Dommick. Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/262, Bl. 5f., hier Bl. 5.
[94] SAPMO-BArch, NY 4090/3, Bl. 29, Militärpass vom 24. 11. 1915. Dieses Datum ist auch in der Braunschweiger Meldekartei vermerkt. Vgl. StABS, D I 12, Meldekartei bis 1928, Nr. 246 (Grote-Groth).
[95] Voßke, Otto Grotewohl. Biographischer Abriß, S. 40.
[96] SAPMO-BArch, NY 4090/3, Bl. 29, Militärpass vom 24. 11. 1915.
[97] SAPMO-BArch, NY 4090/1, Bl. 10–12, hier Bl. 10, Lebenslauf Grotewohls (o. D.).
[98] Voßke, Otto Grotewohl. Biographischer Abriß, S. 40.
[99] ‚Volksfreund' vom 18. 8. 1917. Zitiert nach Gast, Die Spaltung der SPD in Braunschweig, S. 73, in: StABS, H III 2, Nr. 114.

längeren Lazarettaufenthalten[100] konnte seine Gesundheit wiederhergestellt werden. In seinem Lebenslauf gab Grotewohl an, dass er nicht nur an der Ostfront, sondern auch an der Westfront eingesetzt worden sei[101]. Nach der biographischen Skizze Voßkes kam Grotewohl erst am 30. März 1918, fast einen Monat nach Abschluss des deutsch-russischen Friedensvertrages von Brest-Litowsk am 3. März 1918, an die Westfront[102]. In der Nähe der deutsch-niederländischen Grenze habe er das Kriegsende erlebt. Hier sei er auch Mitglied eines Soldatenrates geworden[103]. Otto Grotewohls genaue Aufenthalte und die jeweiligen Truppenteile, bei denen er zum Einsatz kam, lassen sich nicht mehr eindeutig rekonstruieren. Fest steht aber, dass er zuletzt beim Landsturmbataillon Nr. 613 im Rang eines Gefreiten war[104]. In einer Bescheinigung der Reichsversicherung für Angestellte ist der gesamte Zeitraum vom 2. Mai 1915 bis zum 20. Dezember 1918 als „Dauer militärischer Dienstleistungen" angegeben[105]. Die Frage, ob er nach seiner schweren Verletzung noch an Kampfhandlungen teilnehmen musste, lässt sich auch nicht mehr klären.

Die Kriegserlebnisse müssen bei Grotewohl einen tiefen Eindruck hinterlassen haben. Dem harten Rekrutenalltag scheint er nicht gewachsen gewesen zu sein. In seinen zeitgleich angefertigten tagebuchähnlichen Notizen vermerkte er allgemein, dass er „weich von Natur aus" sei[106]. In einem Brief an einen Braunschweiger Freund beschrieb er in literarischer Form seine Ängste während der Rekrutenausbildung, indem er sich mit einem Musikinstrument verglich: „Es gibt Menschen, auf deren Gefühlsmechanismus man geradezu einen Paukenschlag setzen muß, um auch nur die geringste Gefühlswirkung hervorzubringen. Bei anderen genügt manchmal der leiseste Hauch, um ein ‚zartbesaitetes Inneres' in vollen Akkorden ausklingen zu lassen. Zu vollen Akkorden – je nach der Geschicklichkeit des spielenden Musikanten. Einmal gibt es eine wunderbar erbauliche Musik, ein andermal aber schreckliche Misstöne, so dass einem dabei Hören und Sehen vergeht."[107] Und er fuhr fort: „Nun denke Dir einmal so ein Musikstück gespielt von der Hand eines ‚königlich preußischen Unteroffiziers', der im Zivilleben vielleicht das ehr-

[100] So wurde er vom 7.–24. 9. 1917 im Reserve-Lazarett II Braunschweig behandelt und erst am 29. 11. 1917 mit dem Vermerk „garnisonsverwendungsfähig" entlassen. Schreiben der Deutschen Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht (Berlin) vom 29. 10. 2001 an den Verfasser.

[101] SAPMO-BArch, NY 4090/1, Bl. 10–12, hier Bl. 10, Lebenslauf Grotewohls (o. D.).

[102] Voßke, Otto Grotewohl. Biographischer Abriß, S. 41.

[103] SAPMO-BArch, SgY 30/1878, Bl. 3, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Martha Grotewohl über ihre Erinnerungen an Otto Grotewohl am 14. 12. 1976. Das ZK der SED machte ihn 1957 sogar zum Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates der Grenztruppen an der deutsch-niederländischen Grenze. Diese Funktion habe er von November 1918 bis Januar 1919 ausgeübt. Dagegen spricht die Tatsache, dass Grotewohl wenige Tage vor Weihnachten 1918 nach Braunschweig zurückgekehrt ist. Ab Januar 1919 sei er bis zur Auflösung Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates Braunschweig gewesen. Auch dafür gibt es keine Beweise. Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/98, Bl. 42, Vermerk vom 24. 10. 1957.

[104] SAPMO-BArch, NY 4090/1, Bl. 41–43, hier Bl. 41 (Rückseite), Personalfragebogen des Magistrats der Stadt Berlin vom 8. 6. 1945.

[105] SAPMO-BArch, NY 4090/2, Bl. 5, Bescheinigung der Reichsversicherung für Angestellte vom 15. 11. 1919.

[106] Triebel, Gelobt und geschmäht, S. 300.

[107] SAPMO-BArch, NY 4090/262, Bl. 5f., hier Bl. 5, Grotewohl am 27. 12. 1914 an Adolf Dommick. Erstmals zitiert bei: Voßke, Otto Grotewohl. Biographischer Abriß, S. 37.

same Geschäft eines Ochsenknechtes oder Schweinehirten vertritt. Mit seinen ungeschickten, brutalen Fingern wird er in wilder Freude zupfen und zerren, jeder schrille Missklang versetzt ihn [in] eine vergnügliche Stimmung und er wird sein Spiel von Tag zu Tag ungestümer fortsetzen. Es dauert da nicht lange, und so ein Instrument ist vollständig ‚verstimmt'. [...] Sieh an, so ein Instrument war also auch ich. Auch ich war verstimmt und zwar so, da[ß] es schwer war, überhaupt noch einige vernünftige Töne herauszuholen. Und da wurde ich dann natürlich bald ‚unbrauchbar' und wieder weggeschickt. Und das war gut!" Von Kriegsbegeisterung ist in diesem Brief nichts zu spüren. Im Gegenteil: Otto Grotewohl kam mit dem militärischen Drill und Habitus seiner Vorgesetzten offensichtlich nicht zurecht. Ob er eine pazifistische Einstellung besaß, zu der er sich nur nicht offen bekannte, lässt sich aus diesen spärlichen Informationen nicht ablesen[108]. Wie er zur Burgfriedenspolitik seiner Partei stand, lässt sich ebenfalls nicht eindeutig bestimmen. Die Tatsache, dass er vermutlich weder zu den Kriegsbegeisterten noch zu den erklärten Kriegsgegnern gehörte, ist kein Indiz für eine dezidierte politische Überzeugung in dieser Frage. Bei der Beurteilung der öffentlichen Meinung während des Ersten Weltkriegs ist im Übrigen die historische Forschung in den letzten Jahren zu sehr differenzierten Ergebnissen gekommen. Dies zeigen jedenfalls einzelne regionalgeschichtliche Studien etwa zum Verhalten der Arbeiterschaft und der ländlichen Gesellschaft[109].

Aufgrund der massenhaften Einberufungen kam es innerhalb der braunschweigischen Industriearbeiterschaft zu erheblichen Umschichtungen[110]: Die Zahl der männlichen Arbeiter ging im Vergleich zum Deutschen Reich überdurchschnittlich stark zurück; dagegen stieg die Zahl der in Industrie und Handwerk beschäftigten Frauen und jugendlichen Arbeiter. Dabei hatte das Land einen stärkeren Arbeitskräfterückgang zu verzeichnen als die Stadt Braunschweig[111]. Eine wichtige staatliche Maßnahme stellte in dem Zusammenhang das Vaterländische Hilfsdienstgesetz vom 5. Dezember 1916 dar[112], das auch Folgen für das Herzogtum hatte. Für die Kriegswirtschaft sollten alle Ressourcen, und damit auch alle zur Verfügung stehenden Erwerbsfähigen mobilisiert werden, denn in den kriegswirtschaftlich wichtigen Industrien sowohl im Herzogtum als auch im Reich machte sich akuter Arbeitskräftemangel bemerkbar. Zur Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Produktion wurden auch verstärkt Kriegsgefangene eingesetzt[113]. Die sich verschlechternden Arbeitsbedingungen sowie eine völlig unzureichende Versorgungslage trugen zu einer Radikalisierung der Arbeiterschaft erheblich bei. Für die Entstehung einer starken und radikalen Massenbewegung waren jedoch nicht nur eine radikale lokale Parteitradition und ein enormer Zustrom an un- und ange-

[108] Diese These vertritt Jodl. Vgl. Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 21.
[109] Vgl. Ziemann, Front und Heimat.
[110] Boll, Spontaneität der Basis und politische Funktion des Streiks, S. 347.
[111] Ebenda, S. 348.
[112] Vgl. dazu: Feldman, Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland, S. 169–206; Kocka, Klassengesellschaft im Krieg, S. 151–154; Mai, Das Ende des Kaiserreichs, S. 95–105.
[113] Vgl zur Zwangsarbeit im Raum Hannover: Rund, Ernährungswirtschaft und Zwangsarbeit, S. 256–297.

lernten Arbeitern verantwortlich[114]. In Braunschweig kamen noch andere Faktoren zum Tragen: Nach Ansicht von Boll war entscheidend, dass die „potentiellen Kristallisationszentren der Gegenöffentlichkeit" – Parteiapparat, Gewerkschaftsführung, Presse sowie Vertrauensleute in wichtigen Industriebetrieben – in den Händen der Parteilinken lagen[115], was die Einheitlichkeit der Protestbewegung bis 1917 gewährleistete.

Der Durchbruch zur Massenbewegung kam mit dem Sparzwangstreik im Mai 1916, bei dem der vom Generalkommando in Hannover angeordnete Sparzwang für jugendliche Arbeiter zurückgenommen werden musste. An diesem Streik nahmen mehrere Tausend Demonstranten aus fast allen größeren Betrieben Braunschweigs teil. Dabei konnten in hohem Maße Jugendliche und Frauen mobilisiert werden. Insgesamt kann von einer allgemeinen Politisierung der städtischen und ländlichen Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterschaft gesprochen werden, die ihren Höhepunkt im August-Streik 1917 erreichte. Dieser bedeutete nämlich die Vorwegnahme der im ganzen Deutschen Reich erst Anfang 1918 ausbrechenden Antikriegsstreiks[116]. Dabei erhielten die Betriebsobleute größere Selbständigkeit, ohne dass der Einfluss der USPD gefährdet war. Eine Distanz zwischen Protestbewegung auf der einen und Partei- und Gewerkschaftsorganisationen auf der anderen Seite, die in vielen Städten des Deutschen Reiches zu beobachten war, gab es in Braunschweig nicht[117]. Die frühzeitige Etablierung der USPD als Mehrheitspartei trug zu dieser Entwicklung maßgeblich bei.

Für die politische Entwicklung Braunschweigs während des Ersten Weltkrieges wurde der Revolutionsklub bedeutsam. Dieser hatte sich aus Diskussionszirkeln gebildet und war ein Zusammenschluss von Braunschweiger Sozialdemokraten, die eine Beteiligung Deutschlands am Ersten Weltkrieg und damit den politischen Kurs der Mehrheitssozialdemokraten, insbesondere die Politik des Burgfriedens vehement ablehnten[118]. Die insgesamt 17 Mitglieder können drei unterschiedlichen Gruppen zugeordnet werden: hauptamtliche Funktionäre, Betriebsobleute und Vertreter der sozialistischen Arbeiterjugend[119]. Die Gewerkschaften spielten dagegen nur eine untergeordnete Rolle: Eine Analyse der Streikbewegung während des Ersten Weltkriegs zeigt, dass die Bedeutung der örtlichen Gewerkschaftsfunktionäre immer mehr sank, denn die Arbeitsniederlegungen wurden in erster Linie von Arbeitervertretern auf betrieblicher Ebene vorbereitet und durchgeführt[120]. Otto Grotewohl war nicht Mitglied des Revolutionsklubs, was aber vor allem auf seine Einberufung zurückzuführen war. Als er sich jedoch nach seiner schweren Verwundung vorübergehend in Braunschweig aufhielt, hatte er aufgrund seiner leitenden Stellung im Jugendausschuss wohl auch Kontakte zu einzelnen Mitgliedern des

[114] Feldman/Kolb/Rürup, Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland, S. 87. Zur Kritik an dieser Interpretation: Boll, Spontaneität der Basis und politische Funktion des Streiks, S. 348.
[115] Boll, Spontaneität der Basis und politische Funktion des Streiks, S. 349.
[116] Boll, Spontaneität der Basis und politische Funktion des Streiks, S. 361.
[117] Ludewig, Die Spaltung der Braunschweiger SPD, S. 47.
[118] Boll, Massenbewegungen in Niedersachen, S. 217–221.
[119] Ludewig, Die Spaltung der Braunschweiger SPD, S. 48; Boll, Massenbewegungen in Niedersachsen, S. 219.
[120] Boll, Spontaneität der Basis und politische Funktion des Streiks, S. 362.

Revolutionsklubs, der gegen Ende des Ersten Weltkrieges zunehmend an Bedeutung gewann. Aus diesem entwickelte sich der Spartakusbund Braunschweig, bei dem unterschiedliche parteipolitische Richtungen festzustellen sind. Während etwa die hauptamtlichen Funktionäre bis auf August Merges bei der USPD blieben, gingen die Jugendvertreter zur KPD; die Betriebsobleute tendierten mehrheitlich zur USPD. Bei den Streiks in Braunschweig während des Ersten Weltkrieges spielte der Revolutionsklub zunächst noch keine Rolle. Das änderte sich erst mit dem bereits erwähnten Sparzwangstreik im Mai 1916, als er „seine Funktion als Aktionszentrale der Massenbewegungen" erhielt[121]. Boll beschreibt den Revolutionszirkel auch als „kommunikative Verbindung" zwischen den einzelnen Gruppen, die alle der Arbeiterbewegung zuzuordnen sind, und den Trägern der Streikbewegung.

So hatte sich schon zu Beginn des Ersten Weltkrieges eine zahlenmäßig starke und einflussreiche Opposition gegen die Politik des Berliner SPD-Vorstands gebildet, die nicht nur auf Braunschweig beschränkt blieb, sondern auch die ländlichen Gegenden des Herzogtums erfasste. Die parteiinterne antimilitaristische Opposition gewann 1916 rasch an Zulauf, insbesondere unter der Arbeiterjugend. Der letztlich erfolgreiche Sparzwangstreik kann insofern nicht nur als Reaktion auf die Maßnahmen der militärischen Führung verstanden werden, sondern auch als Zeichen gegen die SPD-Führung in Berlin. Dieser Erfolg stärkte die nonkonformen Kräfte in der SPD Braunschweigs[122]. Die Parteispaltung im Februar 1917 ging schließlich nicht von Seiten der Parteioppositionellen, sondern von Anhängern des Parteivorstandes aus, die aus der alten Organisation austraten und kurzerhand eine neue gründeten, der sich jedoch nur rund 100 der insgesamt 3000 Ortsvereinsmitglieder anschlossen. Angeblich erfolgte die Spaltung im Auftrag der Berliner Parteileitung[123], was die Gemüter noch weiter anheizte und das Verhältnis zwischen den beiden neuen Parteien in Braunschweig erheblich belastete. Damit befanden sich die Mehrheitssozialdemokraten in Braunschweig in der Minderheit. Auf Reichsebene verlief die Entwicklung in entgegengesetzter Richtung. Hier traten die in der Minderheit befindlichen Unabhängigen aus der SPD aus und gründeten die USPD. Trotz der neuen Machtverhältnisse verfügte Braunschweigs MSPD über ein wirkungsvolles Instrument, die parteieigene Zeitung ‚Volksfreund'. Die Besetzung des Zeitungsgebäudes durch entlassene Redakteure und Mitarbeiter beantwortete die MSPD mit juristischen Mitteln. Sie erwirkte eine einstweilige Verfügung und konnte mit Hilfe der Polizei das Gebäude und die Druckerei in die eigenen Hände bringen. Das vertiefte wiederum die Kluft zwischen den beiden ungleichen Lagern. Es kam zu Schlägereien zwischen Mitgliedern der alten und der neuen Redaktion. Des Weiteren wurde die Zeitung in weiten Teilen der Arbeiterschaft offensichtlich nicht mehr gelesen, denn die Auflagenhöhe sank auf ca. 500[124]. Statt dessen gaben sich die Braunschweiger Unabhängigen ein neues Parteiblatt, denn fortan erschien das ‚Hallesche Volksblatt' mit einer eigenen Ausgabe

[121] Ebenda, S. 221. Aus dem Sparzwangstreik machte Erich Honecker in seinem Vorwort zur Reden- und Aufsatzsammlung Grotewohls einen Lehrlingsstreik. Vgl. Grotewohl, An die Jugend, S. 5.
[122] Zum folgenden Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 23f.
[123] Ludewig, Die Spaltung der Braunschweiger SPD, S. 37.
[124] Boll, Massenbewegungen in Niedersachsen, S. 242.

für das Herzogtum[125]. Schließlich wurden Funktionsträger der MSPD aus anderen Verbänden und Vereinen der Arbeiterbewegung ausgeschlossen. Wie bei der SPD-Gründung im 19. Jahrhundert so spielte Braunschweig auch bei der USPD-Gründung im April 1917 in Gotha eine tragende Rolle. Von den insgesamt 38 SPD-Bezirken gingen sechs mehrheitlich zur neu gebildeten Partei über, und zwar Braunschweig, Groß-Berlin, Leipzig, Halle, Erfurt und Frankfurt am Main[126].

Kurz vor Weihnachten 1918 kam Grotewohl zurück nach Braunschweig. Bereits im Herbst 1914 war er bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK) Braunschweig als Büroassistent eingestellt worden[127]. Hier konnte er nach dem Krieg beruflich wieder einsteigen und sozialpolitische Kenntnisse in den Bereichen Kranken- und Invalidenversicherung sammeln. Die Verwaltung der Krankenversicherung war bekanntlich schon während des Kaiserreichs ein beliebtes Arbeitsfeld für Sozialdemokraten gewesen. Vor allem in den Allgemeinen Ortskrankenkassen war der Anteil der SPD-Mitglieder relativ hoch. Grotewohl blieb bei der AOK Braunschweig bis zum 25. November 1921, als er im Braunschweiger Landtag zum Minister gewählt wurde. Ein Jahr nach seiner Rückkehr aus dem Ersten Weltkrieg änderten sich auch die familiären Verhältnisse Grotewohls: Am 20. Dezember 1919 heiratete Otto Grotewohl, der einige Wochen zuvor aus der evangelischen Kirche ausgetreten war[128], die knapp acht Monate jüngere Marie Martha Luise Ohst[129]. Trauzeugen waren die beiden Väter. Zwei Jahre später kam das erste gemeinsame Kind zur Welt, das jedoch an den Folgen einer Hirnhautentzündung starb[130]. Das zweite Kind, Hans Grotewohl, wurde am 11. Juli 1923 geboren[131].

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges wollte sich Otto Grotewohl vermutlich nicht sofort wieder politisch betätigen, wie seine Frau rückblickend hervorhebt[132]. Doch bereits wenige Tage nach seiner Rückkehr in Braunschweig seien Parteifreunde vom Zentralverband der Angestellten zu ihm gekommen und hätten ihn zur aktiven Mitarbeit aufgefordert. Zu diesem Zeitpunkt war die Revolution im Herzogtum Braunschweig auf ihrem Höhepunkt. Anders als in Hannover, wo in erster Linie Matrosen für den Umsturz verantwortlich waren, lag die Initiative in Braunschweig in mehreren Händen. Neben der Arbeiterschaft und dem bereits erwähnten Revolutionsklub gehörten demobilisierte Soldateneinheiten sowie der rasch gebildete Arbeiter- und Soldatenrat zu den Trägern der Revolution. Allerdings vermutet Boll, dass es in Braunschweig auch ohne die Initiative der Matrosen zu Unruhen gekommen wäre, wenn die Berliner USPD-Führung das Signal dazu gegeben hätte[133]. Eine der ersten großen Massenversammlungen mit einigen

125 Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 24.
126 Morgan, The Socialist Left and the German Revolution, S. 68.
127 Ein außerordentlich gutes Zeugnis der AOK Braunschweig vom 5. 9. 1922 gibt als ersten Arbeitstag den 14. 10. 1914 an. SAPMO-BArch, NY 4090/1, Bl. 29.
128 SAPMO-BArch, NY 4090/1, Bl. 17, Bestätigung durch das Amtsgericht Braunschweig.
129 SAPMO-BArch, NY 4090/1, Bl. 13, Heiratsurkunde vom 20. 12. 1919.
130 SAPMO-BArch, SgY 30/1878, Bl. 4, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Martha Grotewohl über ihre Erinnerungen an Otto Grotewohl am 14. 12. 1976.
131 SAPMO-BArch, NY 4090/1, Bl. 7f., Geburtsurkunde von Hans Grotewohl.
132 SAPMO-BArch, SgY 30/1878, Bl. 4, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Martha Grotewohl über ihre Erinnerungen an Otto Grotewohl am 14. 12. 1976.
133 Zum folgenden Boll, Massenbewegungen in Niedersachsen, S. 258f.; Ludewig, Der Erste Weltkrieg und die Revolution, S. 932f.; Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 27f.

tausend Menschen fand am 3. November 1918 – noch vor der Rückkehr Grotewohls – auf dem Leonhardplatz statt. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich die USPD und kleinere linke Splittergruppen auffallend zurückgehalten; jetzt wollten sie die Initiative an sich reißen. Nach der Versammlung, auf der zunächst Karl Liebknecht als Redner vorgesehen war, bildete sich ein Demonstrationszug, der zum symbolträchtigen Hagenmarkt zog – seit langem ein zentraler Ort der Auseinandersetzung zwischen Staat und Arbeiterschaft. Doch erstmals zog sich die Polizei zurück und überließ das Feld der anrückenden Braunschweiger Arbeiterschaft. Zwei Tage später reagierten die Mehrheitsparteien des Herzogtums (MSPD, Zentrum, Fortschrittspartei und Welfen) und bildeten einen Ausschuss, der die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts forderte. Der Versuch, die revolutionäre Entwicklung in geordnete Bahnen zu lenken, schlug jedoch fehl. Dabei hatte der Herzog in Braunschweig noch wenige Stunden vor dem Sturz der Monarchie eine Wahlrechtsreform in Aussicht gestellt[134].

Die Nachricht von den Ereignissen in Kiel und Wilhelmshaven, wo Matrosen gegen die militärische Führung rebelliert hatten, verbreitete sich in Braunschweig in Windeseile und trug zu einer weiteren Radikalisierung bei. Heimkehrende Matrosen versuchten, sich an die Spitze der Protestbewegung zu stellen[135]. In dieser Situation erhielt der Spartakusbund starken Zulauf, der in kurzer Zeit zahlreiche jugendliche Arbeiter gewinnen konnte[136]. Dadurch vergrößerte sich wiederum sein politischer Einfluss. Am 7. November kam es zu spontanen Demonstrationen, denen sich weitere Arbeiter, Soldaten und Jugendliche anschlossen. Eine einheitliche Demonstrationsleitung gab es im Übrigen nicht. Genauso fehlte es an klaren politischen Konzepten und Strategien, die von allen Demonstranten unterstützt wurden. Die Wut der Demonstranten richtete sich gegen Symbole der alten kollabierenden Herrschaft. Sie stürmten das Gefängnis Rennelberg, befreiten Gefangene, besetzten den Bahnhof und das Polizeipräsidium[137]. Die Staatsmacht löste sich auf und die bisher regierenden Kräfte leisteten keine Gegenwehr. Noch in der Nacht versuchten die Führer der Obleute und der Spartakusgruppe einen Maßnahmenplan für die folgenden Tage zu entwerfen. Gleichzeitig hatte sich ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, in dem jedoch kein hauptamtlicher Mitarbeiter der organisierten Arbeiterbewegung vertreten war[138].

Der politische Machtwechsel vollzog sich in Braunschweig am 8. November 1918: Nachdem das Zeitungsgebäude des ‚Volksfreunds' besetzt worden war, wurden ein Generalstreik verkündet und auf dem Schlossplatz die Republik ausgerufen[139]. Von den Schlosstürmen wehte die rote Fahne[140]. Noch am selben Tag dankte Herzog Ernst August als erster deutscher Reichsfürst auch formell ab und

[134] Schulthess' Europäischer Geschichtskalender. 34. Jahrgang 1918, S. 432. Diesen Hinweis verdanke ich meinem Arbeitskollegen Prof. Dr. Michael Schwartz.
[135] Kluge, Soldatenräte und Revolution, S. 185; Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 34f.
[136] Ludewig, Der Erste Weltkrieg und die Revolution, S. 933.
[137] Ebenda.
[138] Boll, Massenbewegungen in Niedersachsen, S. 260.
[139] Ebenda; Ludewig, Der Erste Weltkrieg und die Revolution, S. 933f.
[140] ‚Weser-Zeitung' vom 8.11.1918. Zitiert nach Ritter/Miller (Hrsg.), Die deutsche Revolution, S. 58.

übertrug die Regierungsgeschäfte dem Arbeiter- und Soldatenrat, in dem die Spartakisten besonders stark, die Gewerkschafts- und USPD-Führung Braunschweigs jedoch kaum vertreten waren[141]. Vertreter der MSPD fehlten völlig. Bis Ende 1920 trat mehr als die Hälfte der Arbeitervertreter im Arbeiter- und Soldatenrat der KPD bei. Kurz darauf traten die bisherigen Minister zurück. Obwohl die politische Atmosphäre in der Stadt aufgeheizt war, kam es zu keinen größeren Gewaltakten. Mit anderen Worten: Die Revolution verlief in Braunschweig relativ friedlich. Zwei Tage später hatte das ehemalige Herzogtum eine neue Regierung, denn der Arbeiter- und Soldatenrat wählte während einer „prunkvollen Sitzung" (Boll) im Landtagsgebäude August Merges zum Präsidenten der neuen sozialistischen Republik. Parallel dazu gab es einen Rat der Volksbeauftragten, den Sepp Oerter anführte, der zugleich noch Volkskommissar für Inneres und Finanzen war. Diese Machtaufteilung war letztlich ein Kompromiss zwischen Spartakisten und USPD. Oerter war erst am 8. November abends in Braunschweig eingetroffen und stellte sich sogleich an die Spitze der revolutionären Bewegung. Mit seiner Rückkehr erwachten Gewerkschaften und USPD aus ihrer Lethargie[142]. In den folgenden vier Jahren war er die zentrale politische Persönlichkeit in Braunschweig. Als Sohn eines bayerischen Feldwebels war Oerter am 24. September 1870 in Straubing zur Welt gekommen und erstmals 1916 nach Braunschweig gezogen. Dort hatte er binnen kurzer Zeit führende Positionen in der Arbeiterbewegung innegehabt[143]: Neben seiner beruflichen Tätigkeit als Redakteur des ‚Volksfreunds' gehörte er von April 1917 bis Dezember 1919 dem USPD-Beirat an. Darüber hinaus war er „Wortführer der Braunschweiger Linken"[144]. Die USPD stellte die Mehrheit der Volkskommissare[145]: Michael Müller (Handel und Verkehr), August Junke (Justiz), August Wesemeier (Belange der Stadt Braunschweig) und Gustav Gerecke (Ernährung). Dagegen wurde die Volkskommissarin für Volksbildung, Minna Fasshauer, dem Spartakusbund zugerechnet; der Volksbeauftragte für Arbeit, Karl Eckardt, war zunächst USPD-Mitglied und wechselte später zur KPD. Nur der Volkskommissar für revolutionäre Verteidigung Rosenthal sympathisierte mit der MSPD, die in Braunschweig 1918/19 einen schweren Stand hatte. Rasch zeigte sich Oerters unangefochtene Stellung im Rat der Volksbeauftragten, der in der braunschweiger Arbeiterschaft ein hohes Ansehen genoss. Die Art und Weise, wie der Machtwechsel in Braunschweig vollzogen wurde, war beispiellos, denn in ganz Deutschland – bis auf München – hatte die Revolution nicht unter sozialistischen Vorzeichen gewonnen.

Kennzeichnend für die politische Entwicklung Braunschweigs war die Tatsache, dass mit der USPD eine Partei die Geschicke des Landes bestimmte, die sich auf Reichsebene in der Minderheit befand. Das galt jedoch nicht für die unmittelbare Revolutionsphase. Auffallend war außerdem, dass Braunschweigs Unabhängige innerparteilich gesehen über ein besonderes Gewicht verfügte, denn sie zählte zu

[141] Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 29.
[142] Ebenda.
[143] Zur Biographie Oerters: Herlemann, Biographisches Lexikon niedersächsischer Parlamentarier, S. 263f.
[144] Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 23.
[145] Boll, Massenbewegungen in Niedersachsen, S. 261.

den Gründungsmitgliedern der neuen Partei auf Reichsebene. Im Gegensatz zu anderen Parteibezirken gaben sich Braunschweigs Unabhängige vergleichsweise moderat. Nach dem Sparzwangstreik von 1916 gab es zwar noch weitere Streiks und Arbeitsniederlegungen; insgesamt blieb es aber bis zur Novemberrevolution von 1918 recht ruhig[146]. Auch der Sturz des Herzogtums und die Errichtung der sozialistischen Republik vollzogen sich weitgehend gewaltfrei. Was das Führungspersonal der Partei betrifft, so gab es während des Ersten Weltkrieges keine großen Veränderungen. Es waren im Großen und Ganzen die gleichen Personen wie 1914, die im Oktober 1918 an der Spitze der organisierten Arbeiterbewegung von Braunschweig standen. Der einzige wichtige Unterschied bestand allerdings darin, dass sie sich nun in zwei feindlichen Lagern befanden[147]. Innerhalb der USPD gab es jedoch von Anfang an unterschiedliche, zum Teil rivalisierende Strömungen. Das hing damit zusammen, dass mit Robert Gehrke und Rudolf Sachs zwei Spartakisten in die Führungsmannschaft der USPD gelangten. Bei der Formulierung längerfristiger politischer Ziele, die über die Revolutionsphase hinausreichten, machten sich die unterschiedlichen Positionen deutlich bemerkbar. Während Gehrke eine Neuordnung der Machtverhältnisse nach dem Vorbild der russischen Oktoberrevolution forderte, sprach sich Oerter, als unbestrittener und schillernder Kopf der Partei, für die Konstituierung eines Landesparlaments aus[148]. Parlamentarische Demokratie und Räteherrschaft waren folglich die zwei Pole, zwischen denen sich die braunschweigische USPD in den folgenden Monaten bewegte. Dabei widerspricht Boll der Vorstellung, die Mehrheit der Arbeiterschaft und der Unabhängigen habe eine grundsätzlich antiparlamentarische und antidemokratische Einstellung besessen, und verweist auf die demokratischen Wurzeln der SPD in Braunschweig. Entscheidend für ein Liebäugeln mit der Räteherrschaft sei vielmehr die Enttäuschung über die Entwicklung auf Reichsebene gewesen.

Die neue Regierung kündigte in den ersten Wochen nach dem politischen Umsturz eine Reihe von Maßnahmen an, die eine Umgestaltung der bisherigen Ordnung bedeutet hätten. So sollte beispielsweise eine Landreform durchgeführt werden, die jedoch über das Planungsstadium nicht hinauskam[149]. Als weitaus schwieriger erwies sich anfangs, wie überall im Deutschen Reich, die Demobilmachung, d. h. die Wiedereingliederung der zurückkehrenden Soldaten in das zivile Leben[150]. Zunächst einmal ging es jedoch darum, den Konflikt zwischen der neu gebildeten Roten Garde und den heimkehrenden Fronttruppen zu entschärfen. Letztere weigerten sich nämlich, hinter den bewaffneten Einheiten der Revolution in die Stadt einzumarschieren. Bei Unruhen im Dezember 1918 starb ein kleiner Junge, das erste Revolutionsopfer in Braunschweig[151]. In einer breiten Öffentlichkeit wurde außerdem über die Stellung der Räte und ihr Verhältnis zum Rat der Volksbeauftragten diskutiert. Oerter sprach sich, wie bereits erwähnt, für die Wahl eines Par-

146 Boll, Massenbewegungen in Niedersachsen, S. 250.
147 Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 26.
148 Zum folgenden Boll, Massenbewegungen in Niedersachsen, S. 263.
149 Ludewig, Der Erste Weltkrieg und die Revolution, S. 934f.
150 Vgl. dazu Bessel, Germany after the First World War; Feldman, Economic and Social Problems of the German Demobilization; ders., Die Demobilmachung und die Sozialordnung der Zwischenkriegszeit; Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 68–96.
151 Ludewig, Der Erste Weltkrieg und die Revolution, S. 935.

laments aus, wobei die Rätevertretung seiner Meinung nach vorerst weiter bestehen sollte[152]. Allerdings vermied er eine genaue Abgrenzung der Kompetenzen und Zuständigkeiten zwischen beiden Organen. Ein entschiedener Verfechter des parlamentarischen Systems war hingegen Dr. Heinrich Jasper, der als Vizefeldwebel aus der Armee entlassen worden war[153] und erst am 11. November 1918 wieder in Braunschweig eintraf. Der Mehrheitssozialdemokrat lehnte eine Diktatur der Räte entschieden ab. Die ungeklärte Machtfrage führte dazu, dass sich die Gegensätze zwischen einer gemäßigten Richtung, wie sie Oerter vertrat, und den radikalen Spartakusleuten vergrößerten. Ein anderes Vorhaben der Revolutionsregierung, die Sozialisierung der Wirtschaft, war sofort stark umstritten und mobilisierte das Bürgertum[154]. Die Pläne waren zwar moderat gehalten und bedeuteten keineswegs eine Verstaatlichung der Produktionsmittel. Dennoch begannen die einzelnen Interessenverbände in der Folgezeit damit, sich neu zu organisieren und ihre eigenen Vorstellungen in die Debatte einzubringen. Damit zeigte sich frühzeitig eine fast geschlossene bürgerliche Abwehrhaltung gegen die Revolution in Braunschweig.

Die erste Landtagswahl am 22. Dezember 1918 brachte ein überraschendes Ergebnis[155]: Die USPD wurde mit 24,3 Prozent nur dritte politische Kraft, hinter der MSPD (27,7 Prozent) und dem bürgerlich-konservativen Landeswahlverband (26,2 Prozent); an vierter Stelle lag die linksliberale DDP mit 21,8 Prozent. Damit erhielt die in den Revolutionstagen dominierende USPD nur 14 der insgesamt 60 Sitze, die MSPD 17 und die beiden bürgerlichen Parteien, Landeswahlverband und DDP, 16 bzw. 13 Mandate. Um weiter regieren zu können, waren die Unabhängigen auf eine Koalition mit den Mehrheitssozialdemokraten angewiesen, die schließlich am 18. Februar 1919 zustande kam[156]. Unerwarteter Wahlsieger war also die MSPD, der es offenbar gelungen war, Stimmen bei den Landarbeitern, Kleinbauern und dem Kleinbürgertum zu gewinnen[157]. Während die MSPD auf dem Land stimmenmäßig vor der USPD lag, war die Reihenfolge in der Stadt, insbesondere bei den Industriearbeitern umgekehrt. Oerter und die USPD hatten fest mit einem Sieg der eigenen Partei gerechnet und mussten sich auf die neuen Machtverhältnisse erst noch einstellen. Die Hoffnung, eine gewählte linke Landesvertretung würde auf dem Weg zum Sozialismus vollendete Tatsachen schaffen können, war wie eine Seifenblase zerplatzt.

Von der Revolution, der Abdankung des Herzogs und dem Regierungswechsel bekam Otto Grotewohl kaum etwas mit, denn er kam erst einige Tage vor Weihnachten 1918 in seine Geburtsstadt zurück. Voßkes Behauptung, er sei unmittelbar nach seiner Rückkehr Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates und der „Volkswehr" geworden, einer Miliztruppe der neuen Regierung, ist quellenmäßig nicht belegt[158]. Grotewohl schloss sich wohl noch im Dezember 1918 der USPD an[159].

[152] Ludewig, Der Erste Weltkrieg und die Revolution, S. 935f.
[153] Herlemann, Biographisches Lexikon niedersächsischer Parlamentarier, S. 173.
[154] Dazu Ludewig, Der Erste Weltkrieg und die Revolution, S. 936f.
[155] Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 280 (Tabelle 3 a).
[156] Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 25.
[157] Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 37.
[158] Voßke, Otto Grotewohl. Biographischer Abriß, S. 45.
[159] Rother, Otto Grotewohl, S. 526.

Seine Anstellung bei der AOK Braunschweig als Kassenbeamter konnte er sofort wieder aufnehmen. Im April 1919 zog er aus der Wohnung des Vaters aus[160].

Der Arbeiter- und Soldatenrat fühlte sich bei der Vorbereitung der Landtagswahlen übergangen. Deshalb hatte sein Vorsitzender, Emil Schütz, Oerter noch zwei Tage vor den Wahlen aufgefordert, diese abzusagen[161]. Oerter ignorierte aber diese Aufforderung, und es entwickelte sich eine offene Kontroverse im Arbeiter- und Soldatenrat mit seinem schärfsten Widersacher Gehrke. Dieser stellte am 23. Dezember den Antrag, die Einberufung bis zur Grundsatzentscheidung des Reiches über die Zuständigkeiten der Landesparlamente zu vertagen, denn er wollte für den Arbeiter- und Soldatenrat die alleinige Macht in Braunschweig bewahren. Geschickt gelang es Oerter, diesen Vorstoß abzuwehren, indem er ein geschlossenes Auftreten des Gremiums, das er als Teil der Regierung ansah, nach außen hin verlangte. Dadurch setzte er seine Gegner unter Druck: „Ich erkläre, dass ich keine Stunde länger mein Amt als Volkskommissar bekleiden werde, solange innerhalb der einzelnen Abteilungen der Regierung Personen sind, welche, statt mit der Regierung zusammenzuarbeiten, zum Vorteile der Gegner der Revolution Einrichtungen der Regierung benützen, um gegen einzelne Kommissare mit allen, darunter verwerflichsten, Mitteln zu arbeiten."[162] Der entscheidenden Frage (Parlamentarismus versus Räteherrschaft) ging er allerdings erneut aus dem Weg. Zur gleichen Zeit ließ er zunächst den Arbeiter- und Soldatenrat des Landes, in dem er über eine komfortable Mehrheit verfügte, über die Einberufung des Landtages abstimmen. Das Ergebnis war eindeutig: Oerters Position wurde mit 249 zu 21 Stimmen gebilligt[163]. Damit kam es nicht mehr zu einer Abstimmung im Arbeiter- und Soldatenrat der Stadt Braunschweig, der mehrheitlich in der Hand Gehrkes und der Spartakisten war.

Mit den Landtagswahlen, eine Woche zuvor hatten auch Kommunalwahlen stattgefunden, war nicht nur der Machtwechsel, sondern auch die erste Phase der Revolution in Braunschweig weitgehend abgeschlossen[164]. Innerhalb des Staatsapparates hatte es in begrenztem Maße strukturelle und personelle Veränderungen gegeben. So wurde beispielsweise der bisherige Braunschweiger Polizeipräsident entlassen und durch ein USPD-Mitglied ersetzt[165]. Ansonsten zeigte sich hier wie übrigens im ganzen Reich, dass die Aufständischen nicht über ausreichend viele Fachexperten verfügten, um die Bürokratie rundum zu erneuern. Nun begann die entscheidende zweite Phase, in deren Verlauf die neu geschaffenen Organe, d. h. Arbeiter- und Soldatenrat sowie Landtag, institutionell voneinander abzugrenzen waren, und über die Sozialisierungsfrage beraten werden musste. Bei der ersten Frage ging es um die bereits angesprochene Machtfrage, die zwischen der USPD-Führung und den jüngeren Spartakus-Mitgliedern offen geblieben war. Die zweite Frage lief auf eine Auseinandersetzung mit dem Bürgertum, vor allem den Unternehmern, Betriebsinhabern und dem alten Mittelstand (selbständige Handwerker,

160 StABS, D I 12, 246, Meldekartei bis 1928. Erstmals zitiert bei Rother, Otto Grotewohl, S. 526.
161 Zum folgenden: Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 39.
162 NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 16, Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates Braunschweig am 28. 12. 1918 an das Volkskommissariat für Inneres und Finanzen (Oerter). Dieses Schreiben enthält die Erklärung Oerters im Wortlaut.
163 Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 40.
164 Ebenda, S. 38.
165 Ebenda, S. 33.

Inhaber von Einzelhandelsbetrieben) hinaus. Dabei ist erstens eine Radikalisierung der braunschweigischen Arbeiterschaft zu beobachten. Darüber hinaus vertieften sich zweitens die bereits bestehenden Gegensätze innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung weiter, die vorher noch unter dem Deckel gehalten werden konnten. Letztlich kam es drittens zu einer krisenhaften Zuspitzung des Verhältnisses zwischen Arbeiterbewegung und Bürgertum. Alle drei Faktoren belasteten die junge Republik erheblich und prägten die Entwicklung der folgenden Jahre.

Die Einberufung der Landesversammlung zögerte sich zunächst noch etwas heraus, so dass einige MSPD-Abgeordnete Oerter, der offenbar die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 abwarten wollte, an die Grundsatzentscheidung des Arbeiter- und Soldatenrates erinnerten[166]. Auf Druck der Mehrheitssozialdemokraten und der Bürgerlichen beschloss der Arbeiter- und Soldatenrat des Landes am 6. Februar 1919, den Landtag zum 10. Februar einzuberufen[167]. Der Beschluss sah weiterhin vor, dass dem Parlament der Sitzungssaal des Landtagsgebäudes und zwei Fraktionszimmer zur Verfügung zu stellen waren. Mittlerweile hatte sich die Stimmungslage in den im Land Braunschweig stationierten Truppen massiv verschlechtert. So kritisierten etwa einige Unteroffiziere, dass in den Arbeiter- und Soldatenräten zu wenig aktive Soldaten vertreten seien: „Es befinden sich in dem Soldatenrat zu Braunschweig nun Mitglieder, die wohl zu Beginn der Revolution Soldaten waren, die aber seitdem größtenteils aus dem Soldatenstande ausgeschieden sind und sich infolgedessen auch zu Unrecht sich [sic] im Soldatenrate befinden."[168] Sie verlangten die Neuwahl aller Soldatenräte, denen entlassene Soldaten nicht mehr angehören sollten.

Der Landtag musste sich unmittelbar nach seiner ersten Sitzung am 10. Februar 1919 mit der strittigen Frage beschäftigen, ob das Land Braunschweig nach parlamentarischen Prinzipien regiert oder in eine Räterepublik verwandelt werden sollte. Anlass bot die Erörterung einer Verfassungsvorlage, die der Vorsitzende des Landes-Arbeiter- und Soldatenrates eingebracht hatte[169]. Darin wurde die Unabhängigkeit der Räteorgane gegenüber der Landesversammlung betont. Nicht das Parlament, sondern der Landes-Arbeiter- und Soldatenrat, der aus Delegierten der örtlichen Räte gebildet worden war, sollte die oberste gesetzgebende Gewalt im Land sein. Darüber hinaus sah der Entwurf ausdrücklich vor, dass die Regierung der Volkskommissare vom Landes-Arbeiter- und Soldatenrat gewählt und auch abgewählt werden konnte. Bei der Gesetzgebung sollte die Landesversammlung als zweite Kammer mitwirken, ohne allerdings über ein Vetorecht zu verfügen. Dieses lag vielmehr beim Konkurrenzorgan, das mit seiner Zustimmung sogar für das Inkrafttreten der Gesetze sorgte. Damit war der Konflikt mit der MSPD, den beiden bürgerlichen Parteien, aber auch mit der Regierung Oerter vorprogram-

166 NdsStAWF, 12 A Neu Fb. 5, Nr. 586, Bl. 4, Otto Antrick u. a. am 25. 1. 1919 an Oerter.

167 NdsStAWF, 12 A Neu Fb. 5, Nr. 632, Bl. 8, Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates am 7. 2. 1919 an das Volkskommissariat für Inneres (Oerter). Rother datiert den Beschluss auf den 5. 2. 1919. Vgl. Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 57.

168 NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 18, Bund der aktiven Unteroffiziere der deutschen Armee, Marine und der Schutztruppen (Ortsgruppe Braunschweig) am 3. 2. 1919 an die braunschweigische Regierung.

169 Die folgende Darstellung der Verfassungsdiskussion im Landtag stützt sich auf: Spreen-Rauscher, Von der Sozialistischen Räterepublik zum Freistaat Braunschweig, S. 213f.

miert, die den Räten in der Machtfrage durchaus entgegengekommen war. Im Landtag brachte Oerter einen eigenen vorläufigen Verfassungsentwurf sowie einen Gesetzentwurf über die Arbeiterräte ein, die bereits am 22. Februar fast unverändert angenommen wurden. Dabei besaß die Landesversammlung die oberste Gesetzgebungsgewalt; dem Landes-Arbeiter- und Soldatenrat wurde nur ein aufschiebendes Vetorecht zugebilligt, wobei Konfliktfälle durch Volksabstimmungen zu lösen waren. Außerdem sah die vorläufige Verfassung – die endgültige Verfassung sollte noch ausgearbeitet werden – die Kontrolle der Regierung durch das Parlament vor. Damit waren die Mitwirkungsmöglichkeiten der Räte deutlich begrenzt. Obwohl die Verfassung auf den Grundsätzen einer parlamentarischen Demokratie beruhte, war der Einfluss des Landes-Arbeiter- und Soldatenrates nicht unerheblich. Erst in der Verfassungswirklichkeit musste sich das funktionierende Nebeneinander beider staatsrechtlicher Prinzipien erweisen.

Im März 1919 trennten sich die Spartakisten endgültig von der USPD und wirkten fortan bei der Gründung der KPD mit. Für die politische Entwicklung Braunschweigs besaßen die Befürworter einer Räterepublik immer noch eine hohe Bedeutung; schließlich zählte das Land während der Novemberrevolution reichsweit zu den Hochburgen der Spartakisten[170]. Bereits die Niederschlagung des Spartakusaufstandes in Berlin und die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht hatten den Bruch innerhalb der Arbeiterbewegung weiter vertieft. In Braunschweig war es deshalb am 20. Januar 1919 zu einer Demonstration gekommen, an der ungefähr 30000 Personen teilnahmen[171]. Mit Ausnahme des ‚Volksfreunds' waren alle Zeitungen verboten und eine nächtliche Ausgangssperre verhängt worden[172]. Lange Zeit hatten die Spartakisten versucht, innerhalb der USPD für das Ziel einer Räteherrschaft zu werben. Durch die Neuwahl der USPD-Vorstände am 25. Januar 1919 sahen sie sich in ihrer Position gestärkt, denn die Wahlen endeten mit einem vollständigen Sieg der Spartakisten. Die entscheidende Wende brachte die Besetzung Bremens durch Freikorps, die im Auftrag der Reichsregierung am 4. Februar 1919 eine kommunistische Räterepublik auflösten. Oerter war klar geworden, dass die Reichsregierung über entsprechende militärische Mittel verfügte, um Aufstände und separatistische Bewegungen niederzuschlagen. Daraufhin bahnte sich eine Annäherung von großen Teilen der USPD an die MSPD an, die ebenfalls Entgegenkommen signalisierte. Beide Parteien waren letztlich aufeinander angewiesen, denn Koalitionen mit den beiden anderen im Landtag vertretenen Parteien, DDP und Landeswahlverband, kamen nicht in Betracht.

Oerter, der kurzzeitig mit dem Gedanken gespielt hatte, als Gegengewicht zu Berlin eine Nordwestdeutsche Republik aus zehn sozialistischen Freistaaten zu gründen[173], wollte eine endgültige Entscheidung zwischen parlamentarischer Demokratie und Räteherrschaft aus machtpolitischen Überlegungen heraus noch

[170] Dazu Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik, S. 48; Morgan, The Socialist Left and the German Revolution, S. 56.

[171] Ludewig, Der Erste Weltkrieg und die Revolution, S. 938.

[172] Zum folgenden: Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 55.

[173] Spreen-Rauscher, Von der Sozialistischen Räterepublik zum Freistaat Braunschweig, S. 209f. Oerter regte 1921 ein Bündnis mit den sozialistisch regierten Ländern Sachsen und Thüringen an. Daraufhin kam es zu insgesamt vier Ministertreffen in Leipzig und Weimar, die aber ergebnislos endeten. Vgl. Rudolph, Die sächsische Sozialdemokratie, S. 288–291.

offen halten. Dagegen weigerten sich die Spartakisten, in dieser für sie zentralen Frage Zugeständnisse zu machen. Auch nach dem Auszug der Spartakisten aus den Vorständen der USPD besaß der linke Flügel der Unabhängigen immer noch eine starke Stellung[174]. Aus den Wahlen zum Landes-Arbeiterrat am 23. März 1919 ging die USPD als klarer Sieger hervor, während die MSPD eine schwere Niederlage erlitt. Während die USPD 42 Sitze erringen konnte, kam die MSPD nur auf 20, DDP und Landeswahlverband erhielten jeweils zwei Mandate[175]. Der Wahlsieg beflügelte nicht nur die USPD, sondern auch die Anhänger einer Räterepublik, die sich jetzt mehrheitlich in der KPD befanden. Sie wollten für den 9. April einen Generalstreik ausrufen, um die Regierung zu Fall zu bringen[176]. Obwohl der Streik gut vorbereitet war und mit Sympathien in der Arbeiterschaft rechnen konnte, versandete er doch rasch. Von entscheidender Bedeutung war der von bürgerlicher Seite ausgerufene Gegenstreik, an dem sich unter anderem Beamte, Ärzte und Bäcker beteiligten[177]. Die Regierung Oerter versuchte noch zu vermitteln und erreichte, dass die Streiks am 15. April abgebrochen wurden. Vor dem Hintergrund der kommunistischen Unruhen bzw. Aufstände in Bremen, München und im Ruhrgebiet sah sich Berlin zum Handeln gezwungen. Obwohl Oerter in einem Telegramm an die Reichsregierung von einem militärischen Eingreifen ausdrücklich abgeraten und auf die sich entspannende Lage in Braunschweig hingewiesen hatte, besetzte das Freikorps von Generalmajor Georg Maercker Braunschweig, der am 13. April einen entsprechenden Befehl von der Reichsregierung erhalten hatte[178]. Im Zuge der weitgehend unblutigen Besetzung wurden die Landesregierung suspendiert, der Landes-Arbeiterrat aufgelöst und Oerter verhaftet. Die zweite Phase der Revolution war beendet. Den neuen Machthabern gelang es allerdings nicht, eine neue Regierung zu bilden, so dass die alte vorerst im Amt blieb.

Da sich das Kabinett und die Landesversammlung nicht so schnell auf eine endgültige Verfassung einigen konnten, war die alte Verfassung vom 12. Oktober 1832 formalrechtlich gesehen noch nicht aufgehoben. De facto wurde allerdings die Verfassungsordnung in Braunschweig durch die bereits erwähnte vorläufige Verfassung sowie durch das Gesetz zur Änderung der Neuen Landschaftsordnung vom 20. Juni 1919 geregelt[179]. In den ersten Sitzungen beschäftigten sich die Landtagsabgeordneten mit der Besetzung Braunschweigs durch die Freikorpstruppen Maerckers und die Absetzung der alten Regierung Oerter. Letzterer nutzte die parlamentarische Bühne, um auf die Unrechtmäßigkeit dieses Umsturzes hinzu-

[174] Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 65.
[175] Ebenda, S. 67.
[176] Ebenda, S. 68.
[177] Boll, Massenbewegungen in Niedersachsen, S. 291.
[178] Diesen Befehl verlas Dr. Heinrich Jasper am 24. 4. 1919 vor dem Landtag. Vgl. Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1919/20, S. 970 (27. Sitzung am 24. 4. 1919). Maercker war mit seinen Truppen zuvor in Halle, Magdeburg und zum Schutz der Nationalversammlung in Weimar einmarschiert. Schumann, Politische Gewalt in der Weimarer Republik, S. 50. In seinen Erinnerungen schreibt Maercker, dass er am 12. 4. von Reichswehrminister Noske den Befehl erhalten hatte. Maercker, Vom Kaiserheer zur Reichswehr, S. 199.
[179] NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 174, Oerter am 20. 1. 1921 an den Staatsrat für Anhalt in Dessau.

weisen[180]. In der Folgezeit war es in erster Linie Oerter, der in der Landesversammlung für eine selbstbewusste Politik gegenüber der Reichsregierung eintrat. So wollte er mit einer Interpellation am 22. Mai vom Rat der Volksbeauftragten wissen, „was [er] zu tun [gedenkt], um unverzüglich die verfassungsmäßigen Zustände im Lande wieder herbeizuführen und besonders dem Landesarbeiterrat die Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte zu ermöglichen"[181]. Diese Anfrage verknüpfte er mit zwei Anträgen, die den Rat der Volksbeauftragten zu entsprechenden Verhandlungen mit der Berliner Reichsregierung ermächtigen sollten[182]. Im Einzelnen ging es nicht nur um die Beendigung des nach wie vor bestehenden Belagerungszustandes, sondern auch um den Abzug der Freikorpstruppen und um eine Amnestie für alle Verurteilten, die im Zusammenhang mit dem Generalstreik festgenommen worden waren sowie um eine Beendigung der laufenden Strafverfahren. Während Oerter gegenüber Berlin eine konfrontative Position vertrat, sprach sich Dr. Jasper, der die Rechtmäßigkeit des Vorgehens der Reichsregierung durchaus anzweifelte, für ein behutsames Vorgehen aus[183]. Es zeigte sich, dass er eine einvernehmliche Lösung mit dem Reich anstrebte, denn er berücksichtigte bei seinen Überlegungen auch die Gefährdung der inneren Sicherheit, die durch die zahlreichen regionalen Aufstände hervorgerufen worden war. Im Gegensatz zu Oerter versuchte Dr. Jasper, der seit dem 30. April 1919 Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten war[184], die subjektive Krisenwahrnehmung bei der Reichsregierung ernst zu nehmen. Während Oerter die zentrale politische Persönlichkeit der Revolutionsphase war, übernahm diese Rolle in den folgenden Jahren Dr. Jasper.

Durch sein forsches Auftreten hatte sich Oerter in der Landesversammlung schnell isoliert. Das zeigte sich bei der bereits erwähnten Interpellation am 27. Mai 1919, bei der sich Dr. Jasper und andere Redner dafür aussprachen, die Angelegenheit an den Rechtsausschuss zu überweisen. Dies lehnte wiederum Oerter kategorisch ab. Daraufhin entbrannte eine heftig geführte Debatte zur Geschäftsordnung, die insofern beispielhaft war, als sie das verbissene, letztlich aber hoffnungslose Bemühen Oerters zeigte, für seine Position eine Mehrheit im Landtag zu finden. Dabei ging es nicht mehr nur um inhaltliche Fragen. Die Debatte über seine eingereichten Anfragen bzw. Anträge waren nur Ausdruck der sich wandelnden Machtverhältnisse im Parlament. Oerter war nur noch Landtagsabgeordneter und sah sich von Seiten der MSPD und der beiden bürgerlichen Parteien angegriffen. Dabei war es vor allem Dr. Jasper, der Oerter in die Schranken wies. Diese Auseinandersetzung muss Oerter erheblich verbittert haben. Der Landtag lehnte einen Antrag mit großer Mehrheit ab: Nur 13 der insgesamt 14 USPD-Abgeordneten stimmten dafür, 40 Abgeordnete dagegen[185]. Der zweite Antrag wurde an den Rechtsaus-

[180] Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1919/20, Sp. 946–1007, hier Sp. 986–998 (27. Sitzung vom 24. 4. 1919).
[181] Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1919/20, Sp. 1361–1480, hier Sp. 1362 (38. Sitzung vom 27. 5. 1919).
[182] Ebenda, Sp. 1383f.
[183] Ebenda, Sp. 1384f.
[184] Herlemann, Biographisches Lexikon niedersächsischer Parlamentarier, S. 173.
[185] Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1919/20, Sp. 1481–1532, hier Sp. 1485 (39. Sitzung vom 28. 5. 1919). An der namentlichen Abstimmung nahmen offenbar sieben Abgeordnete nicht teil.

schuss weitergeleitet[186]. Da der Belagerungszustand vom Reichspräsidenten am 6. Juni aufgehoben wurde[187], war die Initiative Oerters hinfällig geworden. Dem waren Verhandlungen vorausgegangen, in denen Braunschweig zugesichert hatte, dass der Landesarbeiterrat die Reichsgesetze beachten würde[188].

Doch Oerter gab nicht klein bei: Eine Woche nach Dr. Jaspers Erklärung brachte er eine weitere Anfrage ein, die sich nunmehr mit der „angeblich beabsichtigte[n] erneute[n] Verhängung des Belagerungszustandes" beschäftigte[189]. Tonfall und Wortwahl Oerters hatten sich deutlich verschärft, denn er personalisierte den Konflikt. Sein Hauptgegner schien mit einem Mal Dr. Jasper zu sein, dem er völlig überraschend den Vorwurf machte, sich „zum Diktator" aufzuschwingen. Der Vorsitzende des Rates der Volksbeauftragten habe nämlich einsame Entscheidungen getroffen und nicht den kollegialen Beschluss des Rates herbeigeführt, d. h. letztlich die anderen Volksbeauftragten übergangen. In der Tat hatte Dr. Jasper einige Tage zuvor bei der Reichsregierung um die Ermächtigung gebeten, „nötigenfalls Belagerungszustand verhängen zu dürfen"[190]. Als Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten sah er die öffentliche Sicherheit im Lande Braunschweig durch angekündigte Demonstrationen der KPD ernsthaft gefährdet. Vor dem Landesparlament erläuterte er ausführlich seine Beweggründe, die ihn zu diesem Schritt veranlasst hatten. Gleichzeitig verwahrte er sich gegen den Vorwurf, eigenmächtig gehandelt zu haben, und verwies auf seine Richtlinienkompetenz. Auch Oerter habe bei Entscheidungen in seiner Regierungszeit nicht immer alle Volksbeauftragten konsultiert. Zugleich legte Dr. Jasper großen Wert auf die Feststellung, dass er in Berlin nur um eine Ermächtigung gebeten habe. Vor einer Entscheidung über die Verhängung des Belagerungszustandes würde er den Rat der Volksbeauftragten konsultieren und dessen Meinungsbild mit berücksichtigen[191]. In dem Zusammenhang kritisierte er indirekt den Volksbeauftragten für Justiz, August Junke (USPD), der in einem vertraulichen Gespräch zunächst keine Bedenken geäußert hätte. Dieser habe die Veröffentlichung des Telegramms politisch zu verantworten, denn „durch die Unzuverlässigkeit der Gewährsleute, die hinter Herrn Junke stehen, [sei es] dahin gekommen, dass von dem Inhalt [...] Kreise Kenntnis bekommen haben, für die es nicht bestimmt war"[192]. Am Ende der hitzig geführten Debatte, bei der der Vizepräsident des Landtags, Otto Behrens (Landeswahlverband), einige Ordnungsrufe verteilen musste, lehnte die Landesversammlung mit großer Mehrheit einen Misstrauensantrag Oerters ab und verweigerte auf Antrag der DDP – die MSPD-Abgeordneten enthielten sich der Stimme – den beiden Volksbeauftragten von der USPD (Junke und Gerecke) das Vertrauen[193]. Damit war der

[186] Ebenda, Sp. 1493.
[187] Dr. Jasper verlas das entsprechende Telegramm aus Berlin vor dem Landtag am 11. 6. 1919. Vgl. Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1919/20, Sp. 1621–1624, hier Sp. 1623 (42. Sitzung vom 11. 6. 1919).
[188] Das geht aus einem Schreiben Scheidemanns vom 4. 6. 1919 hervor, das Dr. Jasper auf der selben Sitzung der Landesversammlung vorlas. Vgl. ebenda.
[189] Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1919/20, Sp. 1926–2006, hier Sp. 1926 (47. Sitzung vom 19. 6. 1919).
[190] In der Debatte verlas Dr. Jasper das Telegramm. Vgl. ebenda, Sp. 1953.
[191] Ebenda, Sp. 1962.
[192] Ebenda, Sp. 1962f.
[193] Ebenda, Sp. 2004f.

Rat der Volksbeauftragten in zwei Lager gespalten, und USPD und MSPD standen sich scheinbar unversöhnlich gegenüber. Für diese Entwicklung trug Oerter letztlich die Hauptverantwortung, denn er hatte mit seinem Vorgehen, das von den bürgerlichen Parteien nicht unterstützt wurde, die Mehrheitssozialdemokraten provoziert und zur Eskalation entscheidend beigetragen. Vermutlich spekulierte Oerter darauf, die Regierung mit Hilfe der bürgerlichen Parteien zu Fall zu bringen, die ihm jedoch den Gefallen nicht taten. Zu guter Letzt war die USPD im Landtag isoliert.

Nach dem Ende des Bündnisses von MSPD und USPD, die trotz des Freikorpseinmarsches Mitte April weiterhin für eine Räterepublik eintrat, kam es zu einer Koalitionsbildung zwischen MSPD und DDP, an deren Spitze Dr. Jasper stand[194]. Beide Parteien verfügten aber nur über die Hälfte der Mandate im braunschweigischen Landtag. Die Situation änderte sich erst, als der Landeswahlverband in die Regierung eintrat; einzige Oppositionspartei war nunmehr die USPD. Eine politische Stabilisierung war dadurch aber nicht automatisch eingetreten, denn in den drei Parteien gab es zahlreiche Kritiker am neuen Regierungsbündnis. Bereits die Debatten über den von Seiten der MSPD eingebrachten Vorschlag einer Sondersteuer für Reiche sowie über die sogenannte Landfrage zeigten die Brüchigkeit des Bündnisses zwischen Sozialdemokraten und Bürgerlichen. In der Landesversammlung hatte vor allem der Auftritt Oerters das politische Klima nachhaltig belastet. MSPD und USPD hatten sich gegenseitig das Misstrauen ausgesprochen, und an eine einvernehmliche Zusammenarbeit im Rat der Volksbeauftragten war nicht mehr zu denken. Das anfängliche Vertrauensverhältnis war zerrüttet. Nachdem sich der Landtag am 5. September 1919 „bis auf weiteres vertagt" hatte[195], versuchte Oerter auch weiterhin die drohende Verhängung des Belagerungszustandes durch Berlin im Parlament zur Sprache zu bringen. Einen Vorwand dazu bekam er Anfang Januar 1920, als der Reichspräsident nach einem Eisenbahnerstreik und einer USPD-Massendemonstration, die mit einem Sturm auf das Reichstagsgebäude endete, über ganz Norddeutschland den Belagerungszustand verhängte[196]. Oerter wollte daher vom Staatsministerium[197] wissen, was sie zu tun gedenke, „um die Aufhebung des Belagerungszustandes sofort zu erwirken"[198]. Diese staatliche Maßnahme habe sich zu einem „Ausnahmezustande" gegen USPD und KPD entwickelt, in deren Folge die Parteipresse verboten und die Parteiführung verhaftet worden wäre. Vizepräsident Behrens verwies die Anfrage an den zuständigen Landtagsausschuss, ohne dass es zu einer erneuten Geschäftsordnungsdebatte kam. Auch Abgeordnete der USPD protestierten dieses Mal nicht gegen die Vorgehensweise der Versammlungsleitung. Eine Woche spä-

[194] Rother, Der Freistaat Braunschweig in der Weimarer Republik, S. 950.

[195] NdsStAWF, 12 A Neu Fb. 5, Nr. 632, Bl. 5, Schreiben des Präsidenten der Landesversammlung an den Rat der Volksbeauftragten (Zentralabt.).

[196] Kolb, Die Weimarer Republik, S. 36f.

[197] Die Landesversammlung hatte am 21. 10. 1919 die Umbenennung des Rats der Volksbeauftragten in „Staatsministerium" beschlossen. Die einzelnen Volksbeauftragten erhielten die Amtsbezeichnung „Minister". Gesetz- und Verordnungssammlung Nr. 131 vom 22. 10. 1919, in: NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 49.

[198] Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1919/20, Sp. 4365–4368, hier Sp. 4367 (94. Sitzung vom 27. 1. 1920).

ter lehnte die Landesversammlung den Antrag Oerters gegen die Stimmen der USPD ab[199].

Die Niederlage der Unabhängigen schien besiegelt zu sein, als der rechtsradikale Kapp-Lüttwitz-Putsch Anfang März 1920 das Blatt nochmals wendete[200]. Der von der Reichsregierung und den Gewerkschaften ausgerufene Generalstreik wurde auch in Braunschweig befolgt. Die in der Stadt Braunschweig stationierte Reichswehrgarnison sympathisierte zwar mit den Putschisten, hielt sich aber mit eigenen Aktionen auffallend zurück. Einzelne Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern, Armee und Einwohnerwehr forderten 13 Tote; die Einwohnerwehren konnten allerdings in vielen Orten von den Arbeitern entwaffnet werden. Den am 13. Januar 1920 verhängten Belagerungszustand hatten die Verschwörer um General Walther von Lüttwitz und den ostpreußischen Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp gegen die Reichsregierung, und damit gegen die republikanischen Kräfte eingesetzt. Deshalb beantragte der USPD-Abgeordnete August Wesemeier in der braunschweigischen Landesversammlung am 25. März, bei der Reichsregierung, die während des rechtsradikalen Putsches nach Dresden und Stuttgart geflohen war, die Aufhebung des Belagerungszustandes im Freistaat Braunschweig zu verlangen[201].

Da die Unabhängigen in den Arbeiterräten immer noch großen Rückhalt besaßen, strebte Dr. Jaspers langfristig deren Abschaffung an. So sah der Staatshaushaltsplan 1920/21 keine Mittel mehr für den Landesarbeiterrat vor[202]. Die Gemeinden hatten bereits die finanzielle Unterstützung der Ortsarbeiterräte teilweise eingestellt. In Verhandlungen lehnte es das Staatsministerium ab, eine Verfügung herauszugeben, nach der die Gemeinden angewiesen werden sollten, zumindest die bestehenden Auslagen der Räte zu übernehmen[203]. Das Betriebsrätegesetz, das die Betriebsrätebewegung in die Freien Gewerkschaften integrierte und dadurch deren Schlagkraft erhöhte[204], hatte auch Folgen für den Landesarbeiterrat, der vor der Auflösung stand. Die Vertreter der braunschweigischen Landesregierung machten unmissverständlich klar, dass mit Finanzspritzen nicht mehr zu rechnen sei. Die Verhandlungen zwischen Regierung und Landesarbeiterrat machten außerdem das veränderte Machtverhältnis deutlich. Die Vertreter des einst mächtigen Landesarbeiterrates traten als Bittsteller auf, während die Regierungsvertreter Zugeständnisse kategorisch ablehnten. So erwiderte etwa der Minister für Ernährung, Handel und Verkehr, Otto Antrick (MSPD), auf einen entsprechenden Vorstoß der Vertreter des Landesarbeiterrates, dass er „von der ruhmreichen Tätigkeit der O.A.R. [Ortsarbeiterräte] wenig oder gar nichts gespürt habe". Das Treffen endete ergebnislos, denn die Regierung war nicht bereit, der braunschweigischen Räte-

199 Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1919/20, Sp. 4618–4648, hier Sp. 4647 (98. Sitzung vom 4. 2. 1920).

200 Zum folgenden: Rother, Der Freistaat Braunschweig in der Weimarer Republik, S. 951 f.

201 Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1919/20, Sp. 5109–5154, hier Sp. 5152 f. (107. Sitzung vom 25. 3. 1920).

202 NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 41, Staatsministerium (Abt. für Inneres, Dr. Jasper) am 14. 2. 1920 an den Reichsratsbevollmächtigten (Boden).

203 NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 37, Niederschrift über Verhandlungen der Regierung mit dem Landesarbeiterrat am 18. 2. 1920, S. 2.

204 Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 420 f.

bewegung durch einzelne symbolische Gesten oder Maßnahmen entgegenzukommen.

Die anschließende Landtagswahl am 16. Mai 1920 endete für die USPD und den Landeswahlverband mit einem triumphalen Ergebnis. Beide Parteien konnten jeweils rund 30 000 neue Wähler dazugewinnen. Während die Unabhängigen 86 123 Stimmen erhielten, waren es für den Landeswahlverband 86 161 Stimmen[205]; damit war die konservativ-bürgerliche Partei erstmals stärkste Kraft im Freistaat Braunschweig. Zu den Verlierern gehörten MSPD und DDP, die jeweils etwa 24 000 Stimmen einbüßten. Somit waren die Mehrheitssozialdemokraten mit 34 237 Stimmen nur noch dritte politische Kraft im Land, gefolgt von den Liberalen (21 899 Stimmen). Mit dieser Wahl veränderte sich auch die Parteienlandschaft, denn zum ersten Mal trat die KPD an, die aber nur 2423 Stimmen gewinnen konnte. Der Stimmenanteil der MSPD hatte sich innerhalb von nur 17 Monaten von 27,7 auf 14,8 Prozent nahezu halbiert[206]; dagegen konnten USPD und Landeswahlverband ihren Stimmenanteil von 24,3 bzw. 26,2 auf 37,3 Prozent erhöhen. In der Landesversammlung, die auch weiterhin über 60 Sitze verfügte, stellten die beiden Wahlsieger jeweils 23 Abgeordnete. Die MSPD konnte nur noch neun, die DDP fünf Vertreter entsenden. Der Landeswahlverband hatte sich mittlerweile zu einem Bündnis unterschiedlicher Gruppierungen entwickelt, in dem die nationalliberale DVP mit 13 Mandatsträgern dominierte, gegen vier der eher monarchistisch orientierten DNVP und drei Welfen[207]. Die Landtagswahl in Braunschweig war ein Menetekel für die drei Wochen später stattfindende Reichstagswahl, denn auch hier gab es ein katastrophales Resultat für die regierende SPD sowie einen erheblichen Stimmenzuwachs für die USPD und die rechtskonservativen Parteien DNVP und DVP.

Die Regierungsbildung gestaltete sich in Braunschweig schwierig. Ein Zusammenschluss der beiden Wahlsieger USPD und Landeswahlverband kam für die Beteiligten nicht in Betracht. Eine Weimarer Koalition unter Einbeziehung von MSPD, DDP und Teilen des Landeswahlverbandes, wie sie von Dr. Jasper favorisiert wurde, war dagegen rechnerisch nicht möglich, denn sie verfügte im Landtag nicht über die Mehrheit der Sitze. Darüber hinaus gab es gegen eine Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien Widerstände in der MSPD, die von der Berliner Parteiführung mitgetragen wurden. So entschlossen sich die braunschweigischen Mehrheitssozialdemokraten zu einem Bündnis mit der USPD. Das sozialistische Lager verfügte im Landtag, der zur ersten Sitzung am 8. Juni einberufen wurde[208], über eine satte Mehrheit. Die Landesversammlung wählte Wesemeier (USPD) zu ihrem Präsidenten und Heinrich Wessel (DVP) und Dr. Jasper zum ersten bzw. zweiten Vizepräsidenten[209]. Pikanterweise wurde Oerter Regierungschef, der sich noch im Frühjahr eine polemische Auseinandersetzung mit Vertretern der MSPD

[205] Zu den Zahlen: NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 183, Übersicht zur Landtagswahl am 16. 5. 1920.
[206] Zu den Prozentangaben und zur Mandatsverteilung: Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 280 (Tabelle 3 a).
[207] Rother, Der Freistaat Braunschweig in der Weimarer Republik, S. 952.
[208] NdsStAWF, 12 A Neu Fb. 5, Nr. 633, Bl. 8, Vorsitzender des Hauptausschusses der Landesversammlung (Dr. Jasper) am 26. 5. 1920 an das Staatsministerium (Zentralabt.).
[209] NdsStAWF, 12 A Neu Fb. 5, Nr. 633, Bl. 7, Präsident der Landesversammlung am 8. 6. 1920 an das Staatsministerium (Zentralabt.).

geliefert hatte. Damit stellten die Unabhängigen nach Abschluss der Revolution nur noch in Braunschweig den Ministerpräsidenten[210]. Doch innerhalb der USPD war die Koalition sehr umstritten, und auch von Seiten der Berliner Zentralleitung gab es heftige Proteste[211].

Die Koalitionsregierung von USPD und MSPD stand von Anfang an unter keinem guten Stern. Vier Probleme waren entscheidend: Zum einen hatte sich die USPD vom Ziel einer Räteherrschaft noch nicht verabschiedet. Sie stand vor dem Dilemma, ihr utopisches Ziel mit der politischen Realität in Einklang bringen zu müssen, denn sie befand sich als größte Regierungspartei in einer bürgerlich-demokratischen Staatsordnung. Für diesen Fall besaßen Oerter und seine Gefolgsleute kein Programm. Andererseits weckte die Regierungsübernahme Begehrlichkeiten bei den Anhängern[212]. So traten beispielsweise die Landarbeiter in einzelnen Kreisen im Sommer 1920 in den Streik, um höhere Löhne durchzusetzen. Zweitens fehlte es in der USPD-Führung an Politikern, die über genügend Sachverstand verfügten, um den braunschweigischen Verwaltungsapparat lenken zu können. Im Gegensatz dazu verfügte die MSPD mit dem Volljuristen Dr. Heinrich Jaspers über einen ausgewiesenen Experten. Drittens belastete die zurückgestaute Inflation den finanzpolitischen Handlungsspielraum der Landesregierung. Zwar konnte 1920 der Beschäftigungsstand von 1913 erreicht werden; andererseits sanken die Reallöhne, und die Versorgungslage der Bevölkerung verschlechterte sich. Im Spätsommer 1921 gab es erste größere Demonstrationen gegen den Anstieg der Lebensmittelpreise, an denen etwa 60000 Arbeiter teilnahmen[213]. Viertens wurde die Regierungsarbeit durch die Debatte in der USPD um den Anschluss an die Kommunistische Internationale (KI) beeinträchtigt, worauf im folgenden Kapitel noch ausführlicher einzugehen sein wird. Die Mehrheit der Partei wollte offenbar die Regierungsbeteiligung nicht gefährden und verweigerte die Zustimmung zum Anschluss an die KI[214]. Obwohl daraufhin drei USPD-Landtagsabgeordnete zur KPD übertraten, kam es nicht zu einer innerparteilichen Radikalisierung. Dennoch schien diese Schicksalsfrage die Parteiführung so sehr zu beschäftigen, dass die Regierung keine Maßnahmen ergreifen konnte, die über die laufende Verwaltungsarbeit und die Haushaltsverhandlungen hinausgingen.

Abschließend seien nochmals einige zentrale Ergebnisse kurz zusammengefasst. Erstens: Anders als im Reich kam der USPD im Freistaat Braunschweig eine zentrale Rolle zu, denn sie war Regierungspartei und konnte die MSPD bei den Landtagswahlen 1920 deutlich überrunden. Im Vergleich zu anderen Bezirken verfolgte der USPD-Bezirk Braunschweig jedoch eine relativ gemäßigte Politik: So wurden etwa die Forderungen nach einer Bodenreform sowie nach einer Sozialisierung der Wirtschaft nicht ernsthaft weiter verfolgt. Dies hing wiederum mit der frühzeitigen Regierungsbeteiligung zusammen, die letztlich eine Radikalisierung der Unabhän-

[210] Rother, Der Freistaat Braunschweig in der Weimarer Republik, S. 952.
[211] Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 361.
[212] Rother, Der Freistaat Braunschweig in der Weimarer Republik, S. 952.
[213] Ebenda, S. 953.
[214] Damit gehörte der USPD-Bezirk Braunschweig zu den Hochburgen der Gegner eines Anschlusses. Vgl. dazu: Wheeler, Die „21 Bedingungen" und die Spaltung der USPD, S. 139f. (Tabelle 1); Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 473f.

gigen verhinderte. Darüber hinaus sprach sich die USPD in Braunschweig frühzeitig für die Ausschreibung von Landtagswahlen aus. Deshalb deutet vieles daraufhin, dass hier die Errichtung einer Räteherrschaft nicht drohte, auch wenn sich unter den Unabhängigen zahlreiche Spartakisten befanden, die dieses Ziel erklärtermaßen anstrebten. Zweitens: Anders als in den übrigen Regionen Deutschlands, wo kommunistische Aufstände von Freikorps niedergeschlagen und neue Machtverhältnisse hergestellt wurden, blieb die USPD in Braunschweig an der Macht. Verlierer war die KPD, die mit ihren Plänen zur gewaltsamen Errichtung der Räteherrschaft kläglich gescheitert war und in der Folgezeit zu einer „kleinen Sekte verkümmerte“[215]. Somit konnte sich die USPD als stärkste politische Kraft gegen KPD und MSPD vorerst behaupten. Während die beiden Konkurrenzparteien Abspaltungen des sozialistischen Lagers waren, konnte die USPD für sich in Anspruch nehmen, die Einheit der Arbeiterklasse zu verfolgen[216]. Oerters konfrontativer Kurs in der Landesversammlung gegen die MSPD und ihren politischen Kopf, Dr. Jasper, führte zeitweilig zu einer Isolierung der Unabhängigen im Parlament. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch brachte eine unerwartete Wende und beendete vorerst die Gegnerschaft zwischen den beiden sozialistischen Parteien in Braunschweig.

Grotewohls Verhalten in dieser revolutionären Umbruchphase ist nicht dokumentiert. Voßke behauptet, er habe an bewaffneten Kämpfen gegen Maerckers Freikorpstruppen teilgenommen, ohne aber Belege anzubringen[217]. Da die Besetzung Braunschweigs kampflos erfolgte, sind erhebliche Zweifel angebracht[218]. Voßke stützte sich bei seiner Darstellung vermutlich auf Aussagen Grotewohls von 1948, in denen er sich selbst als Mitglied der Roten Garde bezeichnete, auf die die einrückenden Truppen Maerckers geschossen hätten[219]. Immerhin spricht vieles dafür, dass dieses Ereignis zur politischen Radikalisierung Grotewohls geführt hat[220].

3. Grotewohls politischer Aufstieg (1920/21)

Landtagsabgeordneter

Nachdem Grotewohl vom Fronteinsatz im Ersten Weltkrieg heimgekehrt war, rückte er politisch deutlich nach links. Im Dezember 1918 schwenkte er von der MSPD zur USPD; außerdem kritisierte er die Kompromissbereitschaft der Gewerkschaften[221]. Auf einer Gewerkschaftskonferenz des Landes Braunschweig am 24. August 1919 in Bad Harzburg forderte er: „Die Arbeiterschaft muß aus der geistigen Beeinflussung der Gewerkschaften herausgeholt werden. Es ist ganz ausgeschlossen, mit dem Kapital ein[en] Kompromiß zu schließen.“[222] Nicht die Ge-

[215] Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 71.
[216] So auch das treffende Urteil von Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 72.
[217] Voßke, Otto Grotewohl. Biographischer Abriß, S. 47 und S. 336 (Chronik).
[218] Rother, Otto Grotewohl, S. 526.
[219] Vgl. Jodl, Hammer oder Amboss?, S. 28.
[220] Rother, Otto Grotewohl, S. 526.
[221] Zum folgenden: Rother, Otto Grotewohl, S. 526f.
[222] ‚Der Volksfreund‘ vom 25. 8. 1919. Zitiert nach: ebenda, S. 526.

werkschaften, sondern die Betriebsräte sollten die Interessen der Arbeiter vertreten. Deshalb lehnte er den Entwurf eines Betriebsrätegesetzes entschieden ab, welches im Reichstag diskutiert wurde, da es die Rechte der Betriebsräte deutlich einschränkte. Warum er diese gewerkschaftskritische Forderung gerade auf einem Gewerkschaftskongress stellte, bleibt sein Geheimnis. Unter den übrigen Konferenzrednern fand er dafür keine Unterstützung. Mit seiner linksradikalen Position passte er, wie Rother ausführt, eher zur KPD[223]. Die in Braunschweig dominierende USPD und vor allem Sepp Oerter sprachen sich hingegen für ein Nebeneinander von Gewerkschaften und Betriebsräten aus.

Doch trotz dieses Vorfalls machte Grotewohl in der USPD Braunschweigs weiter Karriere. Bereits im April 1920 wurde er in die Pressekommission der Partei gewählt, die unter anderem das parteieigene Organ ‚Freiheit' zu kontrollieren hatte[224]. Nur einen Monat später kandidierte er auf einem aussichtsreichen Listenplatz (Platz 14) für die Landtagswahl[225]. Da die USPD als Sieger aus der Wahl am 16. Mai 1920 hervorging und 23 Mandatsträger in der Landesversammlung hatte, zog auch Grotewohl erstmals in das Parlament ein. Bei der Eröffnungssitzung wurde er in den Finanzausschuss gewählt[226]. Seinen Aufstieg zum finanzpolitischen Sprecher der USPD-Fraktion verdankte er dem Umstand, dass die beiden anderen Fraktionsvertreter im Finanzausschuss kaum in Erscheinung traten, da sie mit anderen Parteiaufgaben beschäftigt waren[227]. Der Karrieresprung beruhte vor allem auf Grotewohls Verwaltungserfahrung und seinem rhetorischen Talent[228]. Funktionäre mit Verwaltungserfahrung gab es kaum in der USPD – eine Tatsache, die den Elitenwechsel nach 1918 fast unmöglich machte. Eine Ausnahme bildete Grotewohl, der als Kassenangestellter der AOK schon 1914 damit begonnen hatte, Kenntnisse in der Buchhaltung zu sammeln. Des Weiteren galt er in sozialpolitischen Fragen, insbesondere in der Kranken- und Invalidenversicherung als sehr bewandert. Freunde und Weggefährten schildern schließlich seine rednerische Gabe[229], die sich vor allem bei größeren Versammlungen bemerkbar machte. Darüber hinaus hatte er vor 1914 erste politische Erfahrungen in der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung gesammelt. Dies alles waren Hinweise auf Grotewohls politisches Talent, was in der USPD frühzeitig registriert wurde.

Grotewohl beteiligte sich von Anfang an regelmäßig an den Sitzungen der Landesversammlung mit eigenen Rede- und Diskussionsbeiträgen. Nach der Anzahl der gehaltenen Landtagsreden zu urteilen, stand er in der USPD – eine bemerkens-

223 Ebenda, S. 527.
224 Ebenda.
225 NdsStAWF, 23 Neu Fb. 1, Nr. 100, Wahlvorschlag der USPD zur Neuwahl der braunschweigischen Landesversammlung am 16. 5. 1920.
226 Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 14 (1. Sitzung vom 8. 6. 1920). In dem Zusammenhang macht Rother Grotewohl zum finanzpolitischen Sprecher der USPD-Fraktion, was nicht ganz zutreffend ist. Vgl. Rother, Otto Grotewohl, S. 527. Die Unabhängigen konnten aufgrund des Mandatsschlüssels insgesamt drei Vertreter in den Finanzausschuss entsenden. Die beiden anderen Fraktionsvertreter waren Sepp Oerter und Karl Koch.
227 Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 30.
228 So zutreffend Rother, Otto Grotewohl, S. 527.
229 SAPMO-BArch, SgY 30/1878, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Martha Grotewohl über ihre Erinnerungen an Otto Grotewohl am 14. 12. 1976, S. 6.

werte Leistung für einen Parlamentsneuling – auf dem vierten Platz[230]. Der eigentliche Senkrechtstarter[231] war bei den Unabhängigen jedoch nicht Grotewohl, sondern der 1893 geborene Lehrer Hans Sievers, der ebenfalls neu im Landtag saß und sogleich das Ministerium für Volksbildung übernahm. Sievers, der das Ministerium nur vier Monate leitete, war bei seinem Amtsantritt der jüngste Minister der Weimarer Republik[232]. Seinen ersten Auftritt als Debattenredner hatte Grotewohl am 22. Juni 1920, als er einen sozialpolitischen Antrag einbrachte, der auf eine Gleichstellung der bei den Landesbehörden beschäftigten Angestellten, Hilfsbeamten und Nichtfestangestellten mit den Beamten, Lehrern und Angestellten bei der Vorschusszahlung für den noch abzuschließenden Tarifvertrag abzielte[233]. In der sich daran anschließenden kurzen Debatte legten die Abgeordneten Heinrich Rönneburg (DDP), Henri Erdmann (MSPD) und Albert Brandes (DVP) dar, dass der Finanzausschuss eine entsprechende Verfügung ausarbeite[234]. Offenbar wurde auch in der Ministerialbürokratie an einer Verfügung gearbeitet, mit welcher die inflationsbedingte Verschlechterung des Lebensstandards der Verwaltungsmitarbeiter kompensiert werden sollte. Damit hatte sich Grotewohls Antrag erübrigt und er zog ihn folgerichtig zurück.

Bereits die ersten Landtagssitzungen verdeutlichten den nahezu unversöhnlichen politischen Gegensatz zwischen der USPD-MSPD-Koalition und der bürgerlich-konservativen Opposition, die mit allen Mitteln die Regierungsbildung zu verhindern versuchte. Landeswahlverband und DDP hatten nach der Wahl auf eine Fortsetzung der alten Koalition mit den Mehrheitssozialdemokraten gehofft. Um entsprechende Koalitionsverhandlungen nicht zu gefährden, griffen die bürgerlichen Parteien im Landtag zu einem Verfahrenstrick[235]. Da nach der Geschäftsordnung das Haus erst bei Anwesenheit von zwei Dritteln der Abgeordneten beschlussfähig war, blieben fast alle Parlamentarier des Landeswahlverbandes[236] der

230 Rother, Otto Grotewohl, S. 527. Rother hat dafür die Verhandlungsprotokolle der Landesversammlung 1920/21 ausgewertet.

231 So die treffende Beschreibung bei Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 30.

232 Dagegen behauptet Voßke fälschlicherweise, Grotewohl sei der jüngste Minister in der Weimarer Republik gewesen. Voßke, Otto Grotewohl. Biographischer Abriß, S. 59.

233 Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 146 (10. Sitzung vom 22. 6. 1920). Die ersten Sitzungen der neuen Wahlperiode verliefen zunächst etwas chaotisch, da bei der Wahl der Mitglieder des Staatsministeriums mehrere Landtagssitzungen wegen Beschlussunfähigkeit verschoben werden mussten. Vgl. Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 31–50 (3. Sitzung vom 10. 6. 1920), Sp. 51–54 (4. Sitzung vom 11. 6. 1920), Sp. 55–80 (5. Sitzung vom 15. 6. 1920).

234 Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 147–149 (10. Sitzung vom 22. 6. 1920).

235 Schelm-Spangenberg, Die Deutsche Volkspartei im Lande Braunschweig, S. 77.

236 Beim Landeswahlverband handelte es sich um den im Dezember 1918 erfolgten Zusammenschluss diverser bürgerlicher Parteien und Gruppierungen, wobei die DVP und die DNVP tonangebend waren. Zu den weiteren Gruppen zählten anfangs: Vereinigte Bezirksvereine der Stadt Braunschweig, Rat der selbständigen Erwerbszweige der Stadt Braunschweig, Vaterländische (welfische) Partei, Zentrumspartei, Bund der Handwerker, Christnationale Arbeiterschaft, Verein christlicher Arbeiterinnen, Verein ehemaliger Schülerinnen der städtischen höheren Mädchenschulen, Nationaler Frauendienst, Zwergverein Braunschweig des katholischen Frauenbundes und Frauengruppe für soziale Arbeit. Dieses heterogene Sammelbecken hatte sich als Antwort auf die Revolution gebildet und stellte sich gegen die Politik der sozialistischen Regierung. Vgl. Schelm-Spangenberg, Die Deutsche Volkspartei im Lande Braunschweig, S. 67.

Abstimmung fern, so dass die Landtagssitzung mehrmals verschoben werden musste. Damit konnte die Regierungsbildung zwar verzögert, nicht aber verhindert werden. Das Vorgehen der bürgerlichen Oppositionsparteien vergiftete freilich die politische Atmosphäre im Landtag; Gegenmaßnahmen der beiden Regierungsparteien ließen nicht lange auf sich warten. So konterten die Unabhängigen, indem sie eine Interpellation über Maßnahmen der Regierung zur Verhütung wirtschaftlicher Schädigungen „durch die Verbreitung unwahrer Gerüchte“[237] einbrachten. Diese Anfrage war von insgesamt neun Landtagsabgeordneten unterschrieben, auch von Otto Grotewohl. In der Begründung erklärte Paul Junke (USPD) im Namen seiner Fraktion, dass „in Braunschweig Kräfte am Werke sind, die alles daran setzen, das politische und wirtschaftliche Leben in Braunschweig zu vergiften“[238]. Damit meinte er den Landeswahlverband, dem er vorwarf, die neugebildete sozialistische Regierung agitatorisch bekämpfen zu wollen. Als Beleg zitierte Junke unter anderem einzelne Flugblätter sowie mehrere Artikel aus Presseorganen, die dem Landeswahlverband nahestanden. Darin wurde der Eindruck erweckt, als stünde in Braunschweig mit der Wahl der neuen Regierung ein kommunistischer Umsturz unmittelbar bevor. Auch die überregionale Presse berichtete über die politische Entwicklung im Freistaat und griff vor allem das Gerücht auf, in Braunschweig sei der Aufbau einer Roten Garde geplant[239]. Auf diese Weise werde – so Junke weiter – die öffentliche Meinung systematisch gegen Braunschweig „aufgeputscht“[240].

Nachdem Ministerpräsident Oerter eine umfassende Stellungnahme abgegeben hatte und dabei seinem Parteifreund zur Seite gesprungen war[241], meldete sich in der Debatte auch Grotewohl zu Wort. Er ging auf die Äußerungen der bürgerlichen Abgeordneten ein, die unter anderem die fehlende Abgrenzung der Unabhängigen von den Kommunisten beklagt hatten. Mit fast revolutionärem Pathos holte Grotewohl weit aus: „Die Geschichte lehrt uns, und die Not lehrt uns [...], dass der große Entscheidungskampf zwischen Kapital und Arbeit seinen Weg mit Naturnotwendigkeit gehen will, und dass er diesen Weg mit Naturnotwendigkeit geht über alle Parteiprogramme und über alle Aufrufe und über alle guten und schönen Reden aller parteipolitischen Führer hinweg“[242]. Dabei behauptete er sogar, dass die agitatorische Politik der Konservativen im Interesse der Arbeiterklasse liege: „Schlagen Sie ruhig weiter mit ihrem Lügenbeutel auf den Keil, der in unserem Volkskörper getrieben ist, Sie werden die Klassenscheidung nur noch schärfer eintreten lassen“[243]. Auf der Grundlage eines letztlich marxistischen Geschichtsbildes vertrat Grotewohl eine radikale Position, denn er erhoffte sich,

[237] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 16039, Interpellation mehrerer Landtagsabgeordneter vom 13.7.1920.
[238] Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 205 (12. Sitzung vom 14.7.1920), Sp. 206.
[239] ‚Frankfurter Zeitung‘ vom 6.7.1920. Zitiert nach: Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 212f. (12. Sitzung vom 14.7.1920).
[240] Ebenda, Sp. 215.
[241] Ebenda, Sp. 219–227.
[242] Ebenda, Sp. 249–253, hier Sp. 249.
[243] Ebenda, Sp. 252.

durch die krisenhafte Zuspitzung der innenpolitischen Lage der Revolution und damit der Herrschaft des Proletariats näherkommen zu können. Mit dieser Rede machte Grotewohl auf sich aufmerksam, denn er ergriff in der leidenschaftlich geführten Debatte unmittelbar nach dem Regierungs- und Parteichef Oerter das Wort. Aufschlussreich waren seine versteckten Spitzen gegen Dr. Heinrich Jasper, der sich ebenfalls dafür ausgesprochen hatte, dass sich die USPD endgültig vom Rätegedanken verabschieden und somit eine Trennungslinie zu den Kommunisten ziehen sollte. Nachdem bereits Oerter die indirekten Vorwürfe des Koalitionspartners zurückgewiesen hatte, sekundierte ihm Grotewohl: „Er [Dr. Jasper] hat uns liebenswerte Ausführungen angedeihen lassen, die sich Ihres freundlichen Beifalles erfreuen durften. Der Beifall ist für uns ausschlaggebend genug, dass die von ihm beliebten Hinweise für uns völlig hinfällig sind."[244] Damit zeigten sich auch die Risse in dem fragilen Bündnis zwischen den beiden sozialistischen Arbeiterparteien.

Grotewohl beschränkte sich als Landtagsabgeordneter aber nicht nur auf pointierte Debattenbeiträge; er versuchte auch frühzeitig, sich als Sachexperte zu profilieren. Gelegenheit dazu hatte er erstmals bei der Lesung des braunschweigischen Staatshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1920/21. In der Aussprache am 16. Juli 1920 betonte er, dass die Zwangsbewirtschaftung noch nicht aufgehoben werden könnte. Andernfalls drohe die Gefahr, dass „weite Kreise unseres Volkes in soziales Elend" gerieten, „dessen Grenzen heute schon kaum abzusehen sind"[245]. Im Einzelnen befürchtete Grotewohl einen sprunghaften Preisanstieg und damit verbunden einen Rückgang des Konsums. Diese Entwicklung würde der Volkswirtschaft schweren Schaden zufügen. Gleichwohl wollte er nicht aus dogmatischen Gründen an der Zwangswirtschaft festhalten: „Wir wissen ganz genau, dass wir nicht zur Aufhebung der Zwangswirtschaft kommen können, solange es uns nicht gelingt, die Produktion als solche zu heben. Wenn die Produktion gehoben ist, dann werden wir ohne weiteres die Zwangswirtschaft aufheben können."[246]

Da Ministerpräsident Oerter die Haushaltsdebatte zu einer allgemeinen Regierungserklärung nutzte, gingen auch die übrigen Redner auf andere Themen ein. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Abgeordneten begrüßte Grotewohl die angekündigte Auflösung der Einwohnerwehren, die nicht notwendig gewesen seien[247]. Die Justiz bezeichnete Grotewohl als Klassenjustiz, da sie bei der Verfolgung der Kapp-Putschisten versagt habe. Zur geplanten Übernahme der Sicherheitspolizei durch den Freistaat Braunschweig merkte er an, dass dem Reich eine „gewisse finanzielle Verpflichtung" weiterhin zukommen sollte. Bisher hatte Berlin vier Fünftel und das Land ein Fünftel der Kosten getragen. An diesem Verteilungsschlüssel müsse festgehalten werden, denn die Übertragung der Zuständigkeiten dürfe für Braunschweig keine Nachteile mit sich bringen[248]. Einen großen Teil seiner Rede widmete Grotewohl allerdings der Haushaltspolitik. So warb er dafür,

[244] Ebenda, Sp. 249.
[245] Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 353 (14. Sitzung vom 16. 7. 1920).
[246] Ebenda, Sp. 353f.
[247] Ebenda, Sp. 354.
[248] Ebenda, Sp. 355.

staatliche Ländereien zu veräußern bzw. die Pachtzahlungen zu erhöhen. Auf diese Weise könnten für das Land neue Einnahmequellen erschlossen werden, die jedoch längerfristig anzusparen seien, um etwa durch staatlich finanzierten Wohnungsbau die Wohnungsnot bekämpfen zu können. Darüber hinaus schloss er die Verstaatlichung von landwirtschaftlichen Gütern nicht aus: „Wir wissen, dass aus den Domänen mehr herauszuholen sein wird, wenn die Pachtverträge einer eingehenden Revision unterzogen werden. Wir verlangen diese Revision zunächst durch die zu schaffenden Pachteinigungsausschüsse, und wir werden uns vorbehalten, weitergehende Anträge, nämlich auf Verstaatlichung dieser Güter, später zu stellen."[249] Abschließend sprach sich Grotewohl erstens für eine „durchgreifende Änderung" der Kommunalvertretungen aus, da die bestehenden Kreisdirektionen „Herde reaktionäre[r] Umtriebe" seien, und er schlug eine stärkere Selbstverwaltung der Kreise vor. Zum Zweiten verlangte er im Namen seiner Fraktion die weitere Erhöhung der Staatsausgaben im schulischen Sektor sowie die Errichtung der „Staatsschule". Kommunalverfassung und Schulpolitik waren dann auch die beiden Themenfelder, denen er sich in den folgenden Jahren als Landesminister widmen sollte. Die fast ersatzlose Streichung der Fördergelder für den Landesarbeiterrat wurde zwar von ihm noch angesprochen, das Thema aber nicht weiter vertieft. Die Unabhängigen traten anscheinend für die institutionelle Errungenschaft der Revolution nicht mehr in dem Maße ein, wie sie das noch vor den Wahlen getan hatten. So bat Grotewohl nur noch um Aufklärung, „was mit dem Landesarbeiterrat geschehen soll"[250].

Kritik am vorgelegten Haushaltsentwurf kam aber nicht nur von der Opposition, sondern auch aus den Reihen der Koalition. Dabei fiel insbesondere der Mehrheitssozialdemokrat Dr. Heinrich Jasper auf, der sich zum wiederholten Male als ausgewiesener Sachkenner des Haushaltsrechts zu erkennen gab. Anders als seine Vorredner Grotewohl und Oerter äußerte er sich skeptisch zur Finanzlage des Freistaates: „Man meint, [...] wir schwimmen im Gelde, und es mochte manchmal den Abgeordneten sehr angenehm und lieblich klingen. Ich glaube jedoch, dass diese angenehme Vorrechnung nicht so angenehm ist, dass man darauf dauernd laufende Belastungen gründen könnte."[251] Vor allem die Lage in der Land- und Forstwirtschaft beurteilte er gänzlich anders; die von Oerter einkalkulierten Mehreinnahmen würden sehr viel geringer ausfallen. Der Streit drehte sich letztlich um die Frage, ob die festgesetzten Preise für Güter der staatlichen Forstwirtschaft realistisch waren oder auf lange Sicht wieder gesenkt werden mussten. Dr. Jasper warnte vor einer allzu optimistischen Prognose. Diese Bedenken führten bei ihm aber nicht zur grundsätzlichen Ablehnung des Staatshaushaltsplanes, denn die eingebrachte Vorlage orientierte sich offensichtlich in weiten Teilen an den Entwürfen der Vorgängerregierung: „Ich könnte es ja an sich als eine sehr große Anerkennung unserer Tätigkeit ansehen, dass der Haushalt uns unverändert vor-

[249] Ebenda.

[250] Ebenda, Sp. 355f. Für die zweite Lesung nahm Oerter den Landesarbeiterrat wieder in den Etat auf. Vgl. Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 2016 (47. Sitzung vom 2. 2. 1921).

[251] Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 359 (14. Sitzung vom 16. 7. 1920).

gelegt worden ist. Ich könnte das um so mehr, als aus den sonstigen Ausführungen hervorgeht, dass die Meinungsverschiedenheiten, die vor den Wahlen recht groß zu sein schienen, nach den heutigen Ausführungen des Ministeriums nicht gar so groß zu sein scheinen."[252] Am Ende seiner Ausführungen betonte er schließlich, „dass wir mit der Regierungserklärung durchaus zufrieden sind"[253].

Die endgültige Verabschiedung des Staatshaushalts 1920/21 zog sich in die Länge. Ungefähr ein halbes Jahr nach der ersten fand die zweite Lesung statt, bei der über die jeweiligen Haushaltsposten einzeln debattiert wurde. Dabei fiel Grotewohl die Aufgabe zu, einen eher unbedeutenden Teilhaushalt vorzustellen, der Nebeneinnahmen des Landes in Höhe von 123 000 Mark aus der Tätigkeit von Gärtnereien enthielt[254]. Eine Woche später konnte er den Haushalt der Finanzverwaltung sowie des Landtags verteidigen, der sich zwischenzeitlich deutlich erhöht hatte, was wiederum mit den gestiegenen Reisekosten und Tagegeldern der Abgeordneten sowie den erhöhten Sachkosten (Heizmaterialien, Druckkosten) zusammenhing[255]. Den Vorschlag eines DDP-Abgeordneten, den Landtag zu verkleinern, um auf diese Weise Personal- und Sachkosten einzusparen, lehnte Grotewohl mit dem Hinweis ab, dass die ohnehin bestehende Arbeitsüberlastung sich dann weiter zuspitzen werde. Dabei zog er einen Vergleich zu früheren Landesversammlungen: „Man darf auch nicht vergessen, dass die Staatsmaschinerie heute eine ganz andere Gangart angenommen hat, als es in dem vorrevolutionären Landtag der Fall gewesen ist."[256] Den Vorschlag des Abgeordneten Blasius (Landeswahlverband), eine Reduzierung der Zahl der Mandatsträger würde den Dauerreden Einhalt gebieten, gab er postwendend zurück: „Aber bedarf es eines besseren Beweises, woher die Dauerreden kommen, als diese Dauerrede des Herrn Blasius es ist, die heute morgen wieder gehalten worden ist." Daran zeigte sich, dass Grotewohl im Rededuell durchaus schlagfertig war und seine Position offensiv im Parlament vertreten konnte – eine Eigenschaft, die dazu beitrug, dass er von seiner Fraktion immer häufiger als Debattenredner aufgestellt wurde.

Die Auseinandersetzung über den Teilhaushalt Erziehung und Unterricht nutzte Grotewohl, um am 15. März 1921 erstmals allgemeine Ausführungen zur Schulpolitik zu machen. Dabei beklagte er die durch die Weimarer Verfassung verankerten Zuständigkeiten des Reiches, welche die Durchführung grundlegender Schulreformen in Braunschweig verhinderten[257]. Außerdem plante die Reichsregierung ein Reichsschulgesetz, das zwar noch nicht vorlag, das jedoch den Handlungsspielraum der Länder weiter einzuschränken drohte. Deshalb waren der braunschweigischen Landesregierung die Hände gebunden, denn sie konnte keine eigenen Gesetzentwürfe in der Landesversammlung einbringen. Die von Seiten der USPD-MSPD-Koalition vorgesehene Verstaatlichung des Schulwesens und die

252 Ebenda, Sp. 356.
253 Ebenda, Sp. 375.
254 Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 1743–1760, hier Sp. 1743 (42. Sitzung vom 25. 1. 1921).
255 Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 1996–2020, hier Sp. 1993 f. und Sp. 2017 f. (47. Sitzung vom 2. 2. 1921).
256 Ebenda, Sp. 2015.
257 Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 3344–3353, hier Sp. 3345 (70. Sitzung vom 15. 3. 1921).

Einführung der Einheitsschule mussten vorerst zurückgestellt werden. Statt dessen konzentrierte sich das sozialistische Regierungsbündnis darauf, in inhaltlich nachgeordneten Bereichen Weichenstellungen vorzunehmen. So war beispielsweise damit begonnen worden, die Volksschulen im Freistaat[258] zu Mittelschulen auszubauen. Des Weiteren war angeregt worden, verschiedene eng zusammenliegende Gemeinden zu Schulverbänden zusammenzufassen, um den Unterricht in den ländlichen Regionen zu verbessern. Diesem Ansinnen widersetzten sich allerdings die meisten Gemeinden, die gegen einen Zusammenschluss votierten und auf eigenen Schulen beharrten[259]. Hier deutete sich bereits ein Konfliktfeld im späteren schulpolitischen Kulturkampf an. Außerdem versuchte die Landesregierung, auf dem Lande „fliegende Hilfsschulklassen" einzurichten. Mit diesen Einzelmaßnahmen wurden zwei Ziele verfolgt: Zum einen ging es darum, das Angebot an Schulen zu erweitern und dadurch den Schulunterricht außerhalb der Städte zu intensivieren. Zum zweiten boten die Verbesserungsvorschläge die Möglichkeit, die schulpolitischen Reformideen in einem Teilbereich, nämlich auf der Ebene der Volksschulen, exemplarisch umzusetzen. Da eine grundlegende und umfassende Reform im Lande Braunschweig rechtlich nicht möglich war, beschränkte sich die von der USPD angeführte Regierung auf einzelne kleinere Pilotprojekte. Insgesamt war die Oerter-Regierung ernsthaft an einer Optimierung der Schulausbildung interessiert, was auch aus ihrem Einsatz für eine Weiterbildung der Lehrer hervorgeht.

In seiner Rede unternahm Grotewohl den Versuch, sich als schulpolitischer Sprecher seiner Fraktion zu präsentieren und skizzierte kurz die wesentlichen Merkmale der ins Visier genommenen Schulreform. Einleitend wies er auf die reglementierten Zugangsmöglichkeiten für den Besuch höherer Bildungseinrichtungen in Braunschweig hin. Dabei betonte er die geringen Aufstiegsmöglichkeiten für Kinder aus Arbeiterfamilien und nannte als ein wesentliches Hindernis die in der Weimarer Reichsverfassung vorgesehene Einführung des Schulgeldes. Deshalb forderte er im Namen der USPD-Fraktion die Landesregierung auf, bei der Reichsregierung mit Nachdruck für die Einführung der „weltliche[n] Schule" einzutreten: „Wir wissen, daß alle Schulreformen sich in einem Schneckentempo bewegen, weil die Schranken dafür in der Reichsverfassung gelegt sind."[260] Anschließend zählte er drei Punkte auf, die aus seiner Sicht wichtig waren für die zukünftige Reform des Schulwesens. Am weitesten vorangeschritten war erstens die Umwandlung der braunschweigischen Grundschulen zu Einheitsschulen. Hier habe die Koalition mit dem Grundschulgesetz bereits ein Fundament gelegt, betonte Grotewohl. Anschließend hob er zweitens die neu geschaffene Institution der Reichsschulversammlung hervor, die erstmals in Deutschland die Lehrer aller Fachrichtungen zusammenschloss: „Nur durch eine einheitliche Betrachtung aller Schulfragen wird es möglich sein, die Reform nach einheitlichen Gesichtspunkten

[258] In Braunschweig gab es 1921/22 insgesamt 429 öffentliche Volksschulen, darunter 427 evangelische und 2 katholische. Führ, Zur Schulpolitik der Weimarer Republik, S. 345 (Tabelle 3).

[259] Darauf wies in der Etatdebatte der Berichterstatter Dr. Ernst-August Roloff (Landeswahlverband) hin. Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 3343f. (70. Sitzung vom 15. 3. 1921).

[260] Ebenda, Sp. 3345.

durchzuführen."[261] Hier malte Grotewohl jedoch ein allzu rosiges Bild, denn er verschwieg die eingeschränkten Mitsprachemöglichkeiten des neuen Gremiums. Drittens nannte er die Verbesserung der Lehrerbesoldung, die „in keiner Weise [...] zureichend" sei. Vor allem müssten die Gehälter der Volksschullehrer „in späterer Zeit" angehoben werden. Mit dieser unverbindlichen Forderung stieß Grotewohl zweifelsohne auf Zustimmung unter der Lehrerschaft Braunschweigs. Darüber hinaus ist zu vermuten, dass sein Vorschlag zur Verbesserung der Einkommensverhältnisse der Lehrer darauf abzielte, einen neuen Bündnispartner für das gesamte Reformprojekt zu gewinnen. Allerdings wäre es zu kurz gegriffen, ihm in dieser Frage nur taktische Motive zu unterstellen. Für ihn waren vielmehr inhaltliche Gesichtspunkte entscheidend: Die Volksschule sollte nämlich nicht mehr länger eine „Armenschule" und die soziale Herkunft nicht mehr ein Inklusions- bzw. Exklusionskriterium sein. Aus diesem Grunde war auch die soziale Lage der Lehrer zu verbessern. Damit verband er die Forderung nach einer Professionalisierung der Lehrerausbildung und kritisierte die Pläne der Regierung, die Hilfslehrer in Kursen zusammenzufassen und sie mit einer geringen Anzahl von Schulstunden zu beschäftigen. Dadurch würde sich nur die Qualität des Unterrichts verschlechtern. Abschließend sprach er sich für eine Intensivierung der schulärztlichen Untersuchungen aus, um die Unterernährung von Kindern wirksam bekämpfen zu können.

Im zweiten Teil seiner Rede ging Grotewohl ausführlich auf den Religionsunterricht ein, der seiner Meinung nach aus den öffentlichen Schulen verbannt werden sollte[262]. Auf diesem Gebiet hatte die evangelisch-lutherische Kirche bis 1918 großen Einfluss ausgeübt. Eine wichtige Veränderung war zunächst mit dem Schulerlass von Kultusminister Sievers vom 14. September 1920 eingetreten, der sich aber auf eine allgemein gehaltene Forderung nach Toleranz beschränkte. Grotewohl formulierte nun einen Antrag, in dem die Landesregierung aufgefordert wurde, bei der Reichsregierung auf eine Streichung bzw. Änderung der entsprechenden Verfassungsartikel (Art. 146, 147, 149) hinzuwirken[263]. Gleichzeitig sollte aber den Religionsgemeinschaften das Recht eingeräumt werden, Religionsunterricht auf freiwilliger Basis anzubieten, sofern „ein geordneter Schulbetrieb nicht beeinträchtigt wird". In dem Zusammenhang kritisierte er Bestrebungen zahlreicher Schulleiter, Kinder von Dissidenten zur Teilnahme am Religionsunterricht zu zwingen. Den Vorwurf, USPD und MSPD seien gegenüber Religionsfragen feindlich eingestellt, wies er nachdrücklich zurück: „Wir stehen [...] auf dem Standpunkt, dass Religion Privatsache ist. [...] Die Gegnerschaft geht von uns aus nicht gegen die Religion, sondern unsere Gegnerschaft richtet sich gegen die Vermischung von Staat und Kirche." Damit unterbreitete Grotewohl zum ersten Mal im Landtag die Forderung, den bestehenden obligatorischen Religionsunterricht abzuschaffen. Dies entsprach der offiziellen USPD-Programmatik auf Reichsebene, die sich von der kompromissbereiten Haltung der MSPD deutlich abhob[264]. Am Ende seiner

[261] Ebenda, Sp. 3346.
[262] Zum folgenden: ebenda, Sp. 3347–3351.
[263] Ebenda, Sp. 3348.
[264] Wittwer, Die sozialdemokratische Schulpolitik in der Weimarer Republik, S. 49.

Rede verlangte er außerdem noch eine Neuausrichtung des Geschichtsunterrichtes, um den Kindern neue Geschichtsbilder vermitteln zu können, die sich nicht mehr am untergegangenen Kaiserreich orientieren sollten.

Mit seinen schulpolitischen Aussagen beschwor Grotewohl einen Streit mit dem nationalkonservativen Landeswahlverband, aber auch mit der bürgerlichen DDP herauf. Dieser Konflikt ging auf die Revolutionszeit zurück[265]: So war etwa am 21. November 1918 die geistliche Schulaufsicht aufgehoben und der staatlichen Volksschulkommission übertragen worden. Anfang 1919 wurde der Kirchenaustritt erleichtert und Ende April der Religionsunterricht auf zwei Stunden pro Woche reduziert. Ende 1919 kam schließlich das Gesetz über die Trennung von staatlichem und kirchlichem Vermögen. Die getroffenen Maßnahmen waren zwar nicht besonders radikal, sie verunsicherten aber in zunehmendem Maße die konservative Wählerklientel sowie die evangelische Landeskirche, die sich in ihrer Existenz bedroht sah. In den folgenden Jahren sollte sich die Kontroverse über die Trennung von Staat und Kirche zum zentralen kulturpolitischen Konflikt weiter zuspitzen, der das Verhältnis zwischen den Arbeiterparteien und den bürgerlichen Parteien in Braunschweig erheblich belastete[266]. Allerdings herrschte im bürgerlichen Lager keineswegs Einvernehmen in dieser Frage, denn die DDP vertrat anfangs eine gemäßigte Position, die sich von der des Landeswahlverbandes durchaus unterschied. Dabei spielte die parteipolitische Zusammensetzung des Landeswahlverbandes eine wichtige Rolle: Während etwa die nationalkonservativ Gesinnten eine Gemeinschaftsschule ablehnten, favorisierten die aus dem nationalliberalen Lager kommenden Mitglieder diesen Schultypus. Letztere kritisierte der ehemalige Kultusminister Heinrich Rönneburg (DDP)[267] in der Haushaltsdebatte und warf ihnen vor, sie hätten sich von einigen Grundsätzen der liberalen Weltanschauung verabschiedet und träten statt dessen für die Konfessionsschule ein: „Gerade die alte Nationalliberale Partei ist zur Forderung der Gemeinschaftsschule gekommen, weil sie darin die Sicherung der einheitlichen deutschen Schule erblickte. [...] Es ist lebhaft zu bedauern, dass man diesen Standpunkt heute in der Deutschen Volkspartei nicht mehr einzunehmen scheint, wobei ich allerdings zu meiner Freude sagen darf, dass es noch einzelne Schulmänner in der Volkspartei gibt, die diesen neuen Standpunkt sich nicht zu eigen gemacht haben"[268]. Die Gemeinschaftsschule biete die Möglichkeit, Konfessions- und Klassenschranken zu überwinden, denn sie basiere ausschließlich auf der „deutsche[n] Kultur". Rönneburg erklärte weiter: „Es gibt doch schließlich auch eine Kultur, die nicht katholisch, nicht protestantisch, nicht dissidentisch oder sonst irgendwie bestimmt und abgestempelt

[265] Zum folgenden: Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 142f.

[266] Darauf wird weiter unten noch ausführlicher eingegangen werden.

[267] Heinrich Rönneburg (1887-1949) war Mitbegründer der DDP in Braunschweig. Im November 1918 wurde er in die Schulabteilung des Staatsministeriums als Referent unter Minna Faßhauer berufen; 1919/20 war er Kultusminister. In der Wahlperiode von 1920 bis 1922 saß er unter anderem im Schul- und Kirchenausschuss der Landesversammlung. Herlemann, Biographisches Lexikon niedersächsischer Parlamentarier, S. 300f.

[268] Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 3430-3442, hier Sp. 3435 (72. Sitzung vom 17.3.1921). Die DVP trat im braunschweigischen Landtag von 1919 bis 1924 nicht als selbständige Fraktion auf, sondern im Rahmen des Landeswahlverbandes. Schelm-Spangenberg, Die Deutsche Volkspartei im Lande Braunschweig, S. 67.

ist, es gibt Gott sei Dank eine deutsche Kultur, schlechthin Namen wie Goethe, Schiller, Fichte usw. sind Sinnbilder und Träger diesen deutschen Geistes." Auf diese Weise könne eine „gemeinsame Grundlage für unser Volk und seine Jugend" gefunden werden.

Im Gegensatz zu Grotewohl sprach sich Rönneburg dafür aus, den Religionsunterricht zu erhalten. Deshalb lehnte er die Forderung der Unabhängigen nach Einführung der weltlichen Schule ab und verwies auf das Erziehungsrecht der Eltern. Den Vorwurf, Religionsunterricht dürfe nicht unter Zwang betrieben werden, gab er an Grotewohl und die USPD zurück: „Aber der Gewissenszwang [...] ist nicht nur dann vorhanden, wenn man Kinder, die keinen Religionsunterricht haben wollen, zwingt, doch daran teilzunehmen, sondern der Gewissenszwang ist andererseits auch dann vorhanden, wenn man den Eltern die Möglichkeit nimmt, ihre Kinder einer religiösen Erziehung zuführen zu können, obwohl sie der Meinung sind, dass diese religiöse Erziehung ein wesentliches Stück der Jugenderziehung überhaupt sein muß."[269] Gleichzeitig forderte er allerdings eine inhaltliche Neuausrichtung des Religionsunterrichts, der in der bestehenden Form zu intellektuell sei. Im einzelnen erklärte er: „Wir haben viel zu viel Intellektualismus im Religionsunterricht getrieben, wir haben zu viel an das Lernen dabei gesehen und haben zu wenig beachtet, dass der Religionsunterricht etwas ganz anderes bezwecken soll, nämlich Gefühle auszulösen und Gesinnungen zu erwecken." Er schob die Verantwortung dafür den Kirchen zu, die sich einzelnen Reformvorschlägen von Seiten der Pädagogen beharrlich widersetzt hätten. In Zukunft solle nicht mehr so viel Wert auf die Vermittlung religiöser Kenntnisse, sondern vielmehr auf die „Erweckung einer christlichen Gesinnung" gelegt werden[270]. Rönneburg beließ es aber bei diesen vagen Ausführungen und machte keine konkreten Verbesserungsvorschläge. Festzuhalten bleibt zum einen, dass die DDP am Religionsunterricht als Pflichtfach für alle Schüler festhalten wollte. Damit lehnte sie den von Grotewohl eingebrachten Vorschlag kategorisch ab und stand somit im Lager der Reformgegner. Auf der anderen Seite forderte sie die Einführung der Gemeinschaftsschule und grenzte sich dadurch von den Nationalkonservativen ab, was wiederum Chancen zu einer Annäherung mit der USPD-MSPD-Regierung eröffnete. Möglichkeiten zur begrenzten Kooperation mit den Arbeiterparteien boten sich auch noch in anderer Hinsicht, denn die Liberalen verlangten ebenfalls eine Öffnung des Bildungssystems, um Kinder aus unterprivilegierten Bevölkerungsschichten zu fördern. So sollte das Schulgeld für den Besuch der höheren Bildungseinrichtungen, auf das noch nicht vollständig verzichtet werden könne, nach dem Einkommen und der Kinderzahl der Eltern gestaffelt werden[271]. Am Ende der Debatte nahm der Landtag den Antrag Grotewohls mit der Mehrheit der Regierungskoalition an[272], die sich allerdings nicht in jeder Frage über die Bedenken der Opposition hinwegsetzte, sondern auch Kompromissbereitschaft signalisierte. Dies

269 Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 3430-3442, hier Sp. 3436 (72. Sitzung vom 17. 3. 1921).
270 Ebenda, Sp. 3437.
271 Ebenda, Sp. 3440.
272 Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 3626 (73. Sitzung vom 18. 3. 1921).

hatte sich beispielsweise im Spätsommer 1920 gezeigt, als es um die Auflösung der Landeseinwohnerwehren ging. Nach einer kontrovers geführten Debatte einigten sich die Landtagsfraktionen darauf, einen Ausschuss zu bilden, der sich eingehend mit dem vorliegenden Gesetzentwurf befassen sollte[273].

Unter dem Druck der alliierten Entente mussten im Deutschen Reich 1920 alle Einwohnerwehren aufgelöst werden. Darüber hinaus sahen die Bestimmungen des Versailler Vertrages eine Obergrenze für die Gesamtstärke der Polizeikräfte in den einzelnen Ländern vor. Auch zu Fragen der inneren Sicherheit nahm Otto Grotewohl in seinen Landtagsreden Stellung. Angesichts der Zunahme der Kriminalität, insbesondere von Bandenüberfällen, im Freistaat Braunschweig beantragte die Landesregierung im Parlament eine personelle Aufstockung der Schutzpolizei von 417 auf 600 Beamte[274]. Die USPD hatte stets grundsätzliche Vorbehalte gegenüber der Polizei, die sie als verlängerten Arm der Klassenjustiz und des alten Herrschaftsapparates betrachtete. Diese Bedenken wiederholte auch Grotewohl in seinem Debattenbeitrag zum Antrag der Landesregierung. Die Bewilligung der Personalaufstockung verknüpfte er mit der Forderung nach einer Neubestimmung der polizeilichen Aufgaben: „Wir werden, soweit es sich darum handelt, einen Schutz gegen das Verbrechertum, das sich gegen alle Bevölkerungsschichten wendet, zu schaffen, auch von unserer Seite dieser Erhöhung der Polizei zustimmen. Wir berufen uns aber auch auf die Erklärung der Regierung vom 16. Juli, in der es hieß, dass die Umwandlung der Einwohnerwehren, der Sicherheitspolizei und der Polizeiorgane aus Einrichtungen der Herrschaftssicherung der besitzenden Klasse zu Einrichtungen zum Schutze des Freistaates und des ganzen Volkes erfolgen soll."[275] Grotewohl schlug vor, in den Polizeieinheiten verstärkt Arbeiter einzustellen, um dadurch das Sozialprofil langfristig zu verändern.

Nachdem der Antrag an den Finanzausschuss überwiesen worden war, zeigte sich, dass innerhalb der Regierungskoalition unterschiedliche Rechtsauffassungen bestanden. Während Dr. Jasper auf eine Gesetzeslücke hinwies, die eine Verwendung der Schutzpolizei außerhalb der Stadt Braunschweig nicht zulasse, erblickten die Unabhängigen in der Vorgehensweise der Regierung keinen Gesetzesverstoß. Sie betonten vielmehr, dass die Verwendung der Schutzpolizei im Lande Braunschweig auf Anweisung des zuständigen Innenministeriums erfolgen könne. Darüber hinaus sei eine rasche Änderung der Polizeigesetze und des Beamtenrechts nicht möglich, denn in dieser Frage müsse sich die Landesregierung mit den übrigen Ländern und der Reichsregierung abstimmen. Entsprechende Verhandlungen stünden kurz vor dem Abschluss, betonte Grotewohl in seiner Funktion als Berichterstatter des Finanzausschusses[276]. Die rechtliche Unsicherheit war verbunden mit einer haushaltspolitischen Ungewissheit, denn es ging letztlich auch um die Verteilung der anfallenden Kosten zwischen dem Reich und dem Freistaat

[273] Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 485 (17. Sitzung vom 3. 9. 1920).
[274] Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 890f. (26. Sitzung vom 23. 12. 1920).
[275] Ebenda, Sp. 895.
[276] Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 1139 (31. Sitzung vom 5. 1. 1921).

Braunschweig. Ein Rückgang des Reichszuschusses bedeutete automatisch eine zusätzliche Belastung für den Landeshaushalt, was die bürgerliche Opposition genüsslich aufgriff, um die Landesregierung vorzuführen. Obwohl diese Fragen nach wie vor nicht geklärt waren, legte Grotewohl dem Landtag den Antrag nochmals vor, der aber mit dem Vorbehalt der Kostendeckung durch den Staatshaushalt versehen war. Damit sah sich die Regierung einem gewissen Handlungsdruck ausgesetzt: Sie wollte Maßnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit ergreifen, bevor die langwierigen Verhandlungen mit Berlin abgeschlossen waren.

In der Debatte über die personelle Aufstockung der Schutzpolizei setzte sich Grotewohl in der Landesversammlung erstmals öffentlich mit der KPD auseinander. Deren Redner Hans Sievers[277] hatte zuvor heftige Kritik an der Arbeit der sozialistischen Regierung geübt, der er im Einzelnen vorwarf, eine ernsthafte Polizeireform versäumt zu haben: „Es geht nicht an, dass man nur mit einer Änderung der Dienstordnung und Diensteinteilung vorgeht, sondern die bestehenden Einrichtungen, die durchaus bürgerlichen Charakter haben, müssen so abgeändert werden, dass sie tatsächlich proletarischen Charakter annehmen."[278] Grotewohl nahm diese Rede zum Anlass, um eine Trennungslinie zu den Kommunisten zu ziehen, denen er indirekt eine Abhängigkeit von Moskau vorwarf. Dabei spielten nicht so sehr inhaltliche Gegensätze eine Rolle, die in diesem Falle de facto gar nicht so groß waren, als vielmehr der Streit um die sogenannten 21 Bedingungen, welche die Kommunistische Internationale als Voraussetzung für die Aufnahme der USPD gestellt hatte. Dieser Konflikt war bereits 1920 ausgebrochen und hatte die Unabhängigen vor eine Zerreißprobe gestellt, in deren Folge sich die Mehrheit der braunschweigischen USPD gegen einen Beitritt aussprach. Grotewohls Rede zeigte, dass das politische Klima zwischen beiden Parteien nach wie vor vergiftet war. Er sparte nicht mit deutlichen Worten: „Es war das alte kommunistische Lied, das die kommunistischen Drehorgelmänner an jeder Straßenecke herunterleiern. Wir kennen die Melodie, wir kennen den geistigen Inhalt dieser Lieder"[279]. Gleichzeitig unterstrich er nochmals die Verpflichtung des Staates, die öffentliche Sicherheit zu garantieren. Auf diese Weise wollte er offenbar der Kritik des Landeswahlverbandes zuvorkommen. Da jedoch die Verhandlungen mit dem Reich noch nicht abgeschlossen waren, musste die Abstimmung über den Antrag ausgesetzt werden[280].

Durch seine aktive Tätigkeit im Finanzausschuss hatte sich Grotewohl in der braunschweigischen Landesversammlung rasch einen Namen gemacht. Er galt als sachkundig und kompetent. Nach Sepp Oerter war er einer der politischen Aktivposten in der USPD. So beteiligte er sich auch an der Debatte über den Haushalt der Staatsverwaltung 1921/22 und stellte unter anderem den Teilhaushaltsplan zum Staatsministerium vor. Dabei handelte er sich seine ersten Ordnungsrufe vom

[277] Hans Sievers (1893–1965) war 1920 von der USPD zur KPD gewechselt; zwei Jahre später kehrte er zur SPD wieder zurück. Von Juni bis Oktober 1920 war er Minister für Volksbildung in Braunschweig. Herlemann, Biographisches Lexikon niedersächsischer Parlamentarier, S. 341 f.

[278] Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 1159 (31. Sitzung vom 5. 1. 1921).

[279] Ebenda, Sp. 1160.

[280] Ebenda, Sp. 1185.

Landtagsvizepräsidenten ein, als er einen Redner als Verleumder bezeichnete[281]. Vorausgegangen war eine längere Rede des nationalkonservativen Abgeordneten Oskar Blasius (DNVP), der in einer tumultartigen Sitzung am 11. November 1921 schwere Vorwürfe gegen Ministerpräsident Sepp Oerter erhoben hatte, die schließlich zwei Wochen später zu dessen Rücktritt führten. Blasius nutzte die Haushaltsdebatte zu einer Generalabrechnung mit der Landesregierung und dem parlamentarischen System. Gleich zu Beginn seiner Rede fuhr er schweres Geschütz auf: „Die Unfähigkeit und Unproduktivität des parlamentarischen Systems, das wir von Anfang an bekämpft haben, zeigt sich immer mehr und mehr."[282] Überdies sei das Staatsministerium, das „nach der Pfeife der Regierungsparteien" zu tanzen habe, völlig machtlos. Gleichzeitig beklagte er die angebliche Unterdrückung des Landeswahlverbandes und insbesondere der DNVP: „Niemals sonst sind die Staatsbürger so unter Zwang gewesen, wie unter dieser jetzigen freiheitlichen Regierung." Anschließend warf er der Regierung Oerter „Gesinnungsschnüffelei"[283] vor, weil sie 54 Beamte der Schutzpolizei entlassen hatte, die sich offensichtlich geweigert hatten, Fragen nach der Mitgliedschaft im Stahlhelm bzw. in anderen rechtsgerichteten Kampfverbänden zu beantworten. Diese Entlassungen standen im Zusammenhang mit der Ermordung des prominenten Zentrumspolitikers Matthias Erzberger durch Rechtsradikale am 26. August 1921. Darüber hinaus verhängte die Landesregierung ein einwöchiges Publikationsverbot gegen eine bürgerliche Zeitung, die in einer Ausgabe Sepp Oerter verleumdet hatte[284]. Diese Versuche, die öffentliche Ordnung wiederherzustellen, stießen auf erbitterten Widerstand des Landeswahlverbandes. Blasius' Vorwürfe kulminierten in dem Satz, dass in Braunschweig „der Inquisitionsgeist Philipps II. von Spanien wieder eingezogen" sei. Mit solchen Äußerungen provozierte er ganz bewusst die Mitglieder der Regierungsfraktionen. Die Folge war, dass seine Rede von zahlreichen Zwischenrufen einzelner USPD-Abgeordneter unterbrochen wurde. Der Vizepräsident des Landtags, Dr. Heinrich Jasper, hatte große Mühe, für den ordnungsgemäßen Ablauf der Sitzung zu sorgen, und musste mehrere Ordnungsrufe verteilen. Die polemische Rede von Blasius war voller Widersprüche: Einerseits beklagte er die Machtlosigkeit der Regierung, andererseits kritisierte er die vermeintliche Alleinherrschaft Oerters, die er sogar als Diktatur bezeichnete[285]. Neben der Verschwendung von öffentlichen Geldern warf er Oerter Amtsanmaßung vor. Die Landtagssitzung musste geschlossen werden, nachdem der DNVP-Abgeordnete alle Regierungsmitglieder wegen der Finanzierung von Dienstfahrten der Bestech-

[281] Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 5117 (106. Sitzung vom 12. 11. 1921).
[282] Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 5099–5114, hier Sp. 5100 (105. Sitzung vom 11. 11. 1921).
[283] Ebenda, Sp. 5102.
[284] Rother, Der Freistaat Braunschweig in der Weimarer Republik, S. 953.
[285] Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 5099–5114, hier Sp. 5110 (105. Sitzung vom 11. 11. 1921). Als Blasius einen Tag später seine Rede fortsetzte, sprach er sogar von der „Diktatur Oerter". Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 5116–5131, hier Sp. 5124 (106. Sitzung vom 12. 11. 1921).

lichkeit bezichtigte[286]. Konkrete Belege konnte er für seine Behauptung nicht vorbringen. Dennoch war es ihm gelungen, die Mitglieder des Staatsministeriums und der Regierungsfraktionen – unter anderem auch Grotewohl – in Rage zu bringen.

Damit entwickelte sich die Etatdebatte zu einer beispiellosen Auseinandersetzung zwischen den beiden Arbeiterparteien auf der einen Seite und den beiden bürgerlichen Parteien auf der anderen Seite. Die von Blasius vorgebrachten Bestechlichkeitsvorwürfe beschäftigten den Landtag auch noch an den nachfolgenden Sitzungstagen. Das Verhältnis zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien war zerrüttet, die politische Kultur im Landtag hatte großen Schaden genommen. Hinzu kam, dass das sozialistische Regierungsbündnis Risse bekam, denn beide Fraktionen gaben im Landtag Erklärungen ab, in denen am jeweils anderen Partner harsche Kritik geübt wurde. So verurteilte die SPD-Fraktion „das Verhalten der Abgeordneten der U.S.P., die durch ungebührliches Lärmen die Verhandlungen störten und den Abgeordneten Blasius hinderten, seine Rede zu beenden"[287]. Ein solches Verhalten zeuge nicht von „politischer Reife", gefährde die verfassungsmäßig verbriefte Redefreiheit und erschüttere das Ansehen der Landesregierung. Daraufhin gab Otto Grotewohl für die USPD-Fraktion einen Tag später eine Erklärung ab, in der er „mit aller Entschiedenheit den schulmeisterischen Ton der Erklärung der SPD" ablehnte[288]. Der Protest einzelner Fraktionsmitglieder der USPD sei vielmehr angesichts der „provokatorischen Ausführungen" von Blasius gerechtfertigt gewesen. Deshalb falle der Vorwurf der „politischen Unreife" auf die Mitglieder der SPD-Fraktion zurück. Auch wenn beide Seiten den Willen zur weiteren Zusammenarbeit in der Regierung betonten, so war doch ein tiefergehendes gegenseitiges Misstrauen unübersehbar geworden.

Bis zu seinem Regierungseintritt Ende 1921 konnte sich Grotewohl binnen kurzer Zeit als Sozialpolitikexperte profilieren. Da er im Haushaltsausschuss saß, konnte er zahlreiche Anfragen und Anträge von einzelnen Abgeordneten aufgreifen und nach eingehender Prüfung in das Plenum des Landtages einbringen. So stellte er beispielsweise in der Landesversammlung den Antrag, dem Staatsministerium einen Betrag von 100000 Mark zur Verfügung zu stellen, um Personen zu unterstützen, die durch Arbeitslosigkeit in Not geraten waren und nicht von der Erwerbslosenfürsorge erfasst wurden. Da der Landeshaushalt nur über begrenzte Finanzmittel verfügte und zudem eine Kollision mit der Reichsverordnung über Erwerbslose befürchtet wurde, sollten bei der Reichsregierung zusätzliche Mittel beantragt werden[289]. Der Antrag fand im Übrigen eine deutliche Mehrheit im Landtag. Des Weiteren bat Grotewohl die Landesversammlung um Mittel zur Verbesserung der Jugendfürsorgeerziehung und zur Förderung der sogenannten

[286] Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 5099-5114, hier Sp. 5110 (105. Sitzung vom 11.11.1921).
[287] Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 5134 (107. Sitzung vom 14.11.1920).
[288] Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 5138f. (108. Sitzung vom 15.11.1920).
[289] Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 934-936 (27. Sitzung vom 28.12.1920).

Frauenschulen[290]. Auch hier zeigte sich Grotewohl als sachkundiger Parlamentarier, der die sozialpolitischen Debatten im Reichstag aufmerksam verfolgte. So verwies er auf entsprechende Beratungen in Berlin über ein neues Reichsfürsorgegesetz, mit dem dieser wichtige Sozialpolitikbereich „in der allernächsten Zeit [...] einer neuen Regelung entgegengeführt werden könne"[291]. Die Jugendsachverständigen des Reichstags hätten sich – so Grotewohl weiter – bereits in den Ausschusssitzungen mit dem Gesetzentwurf beschäftigt, so dass „diese ganzen Fragen der Jugendfürsorge in ein neues Fahrwasser" gelenkt werden müssten. Aus diesem Grunde seien nur Überbrückungsmaßnahmen erforderlich, die nicht besonders kostenintensiv für den Landeshaushalt seien.

Das wichtigste Gesetzeswerk in der Legislaturperiode 1920/21 des braunschweigischen Landtags war die neue Landesverfassung, die unter Federführung von Landgerichtsrat Dr. Ernst Ruben (MSPD) entstanden war[292]. Die verfassungsrechtliche Ordnung ruhte bekanntlich auf der vorläufigen Verfassung vom 1. März 1919 sowie dem Gesetz zur Änderung der Neuen Landschaftsordnung vom 20. Juni 1919. Die Mehrheit des Landtags vertrat zunächst den Standpunkt, dass eine endgültige Verfassung nicht notwendig sei, doch Artikel 17 der Weimarer Reichsverfassung verpflichtete alle Länder zu diesem Schritt. Die im Frühjahr 1920 neu gebildete Regierung von USPD und MSPD wollte dieser Verpflichtung endlich nachkommen und legte den Entwurf Ende April 1921 im Landtag vor. Bei der ersten Lesung ging Ministerpräsident Oerter kurz auf die Entstehungsgeschichte des Gesetzeswerkes ein und betonte die engen Handlungsspielräume der Landesregierung: „Wir mussten uns [...] darauf beschränken, eine Verfassung Ihnen vorzulegen, die sich im Rahmen der Reichsverfassung hält."[293] Damit wollte er euphorische Erwartungen in der eigenen Anhängerschaft dämpfen und der Kritik entgegentreten, die sozialistische Regierung habe keine sozialistische Verfassung vorgelegt. Oerter unterstrich, dass Braunschweig nicht in der Lage sei, „auf verfassungsmäßigem Wege sozusagen den Sozialismus durchzuführen". Die Landtagsdebatte konzentrierte sich auf die in Abschnitt I enthaltene Formulierung über den Staatszweck. Diese war vor allem für die USPD von großer Bedeutung, denn sie ließ die Möglichkeit einer sozioökonomischen Umgestaltung noch offen. Ministerpräsident Oerter zitierte dazu in seiner Landtagsrede den entsprechenden Paragraphen 2: „Der Zweck des Freistaates ist, alle Glieder des Staates auf die höchste Stufe körperlicher, geistiger und sittlicher Kultur emporzuheben und durch Umgestaltung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse alle Klassenunterschiede unter den Staatsbürgern zu beseitigen."[294] Insgesamt gesehen handelte es sich allerdings um eine unverbindlich gehaltene Absichtserklärung, die offensichtlich die Wählerklientel der Unabhängigen beruhigen sollte, denn im Gegen-

[290] Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 3742f. (75. Sitzung vom 20. 4. 1921). Während der erste Teil des Antrags die Zustimmung des Landtags fand, wurde der zweite Teil nach kurzer Beratung an den Finanzausschuss zurückverwiesen. Vgl. ebenda, Sp. 3746.

[291] Ebenda, Sp. 3742f.

[292] Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 138.

[293] Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 3876–3920, hier Sp. 3878 (78. Sitzung vom 28. 4. 1921).

[294] Ebenda, Sp. 3879.

satz zur vorläufigen Verfassung von 1919 war der Landesarbeiterrat in der verfassungsrechtlichen Ordnung Braunschweigs nicht mehr vorgesehen. Darüber hinaus sollte mit einer weiteren symbolischen Geste Kritik von links aufgefangen werden: Der Verfassungsentwurf sah eine Umbenennung des Staatsministeriums in Rat der Volksbeauftragten vor.

Während Landeswahlverband, DDP und die aus Teilen der USPD gebildete KPD aus unterschiedlichen Gründen den Verfassungsentwurf ablehnten[295], warb Otto Grotewohl eindringlich für das Gesetzeswerk. Im Namen der USPD-Fraktion begrüßte er den Entwurf, „weil er frei ist von aller verschrobenen und verdrehten Juristerei"[296]. Er bekannte sich zu dem Standpunkt, „dass gerade ein Werk wie eine Verfassung so allgemein faßlich sein muß, dass es inneres Erlebnis jedes einzelnen Volksgenossen wird"[297]. Das könne nur gelingen, wenn Inhalt und Struktur der Verfassung für die breite Öffentlichkeit verständlich seien. Den Vorwurf des Landeswahlverbandes, die Verfassung enthalte „Phrasen" und Forderungen wie z. B. das Recht auf eine „gleichmäßige" Ausbildung, die nicht realisierbar seien, wies er zurück. Diese Ziele und Begriffe seien ganz bewusst in der Verfassung verankert worden, „weil wir glauben, dass sie bei einer planmäßigen Gestaltung und einer planmäßigen Überführung in die Köpfe des Volkes sich vielleicht einmal verdichten zu dem Verlangen, nun das, was schriftlich dasteht, auch unter allen Umständen durchzusetzen"[298]. Zu den umstrittenen Verfassungszielen gehörte auch Paragraph 12, der festlegte, dass der Grundbesitz des Freistaates Braunschweig Eigentum der Bevölkerung sei. Dahinter stand die Auseinandersetzung über die Verwendung der herzöglichen Ländereien und Güter: Während MSPD und USPD für eine Sozialisierung eintraten, bestanden die bürgerlichen Parteien auf den alten Rechtstiteln. In dem Zusammenhang unterstrich Grotewohl die Bedeutung der Revolution von 1918, die in diesem Fall eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse nach sich gezogen habe. Das traditionelle Erbrecht wollte er als Begründung nicht gelten lassen: „Sie haben uns ja [...] bei dieser Aussprache alle diese Urkunden, in denen es verbrieft und versiegelt feststeht, dass das Kammergut Besitz des Herzogshauses ist, vorgehalten. Meine Herren, Ihr Recht, Ihr tönernes Recht der Geschichte, Ihre verstaubten Buchstaben sind überholt und werden überholt, und wenn Sie Ihre Gesetzesparagraphen, Ihre juristischen Zwirnsfäden noch so dicht ziehen, Sie können das, was ein gesunder Menschenverstand empfindet, nicht aus der Welt schaffen."[299] Für Grotewohl und die USPD hatte dieses Thema sehr große symbolische Bedeutung: Dem politischen Untergang des Herzogtums sollte nun auch der sozioökonomische folgen. Darin unterschieden sich die Unabhängigen von den Mehrheitssozialisten, die eine gemäßigte Position einnahmen, da sie das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit betonten.

[295] Die KPD-Vertreter lehnten die parlamentarische Demokratie rundweg ab. Die Kritik der bürgerlichen Parteien entzündete sich vor allem an dem im Verfassungsentwurf formulierten Staatszweck.
[296] Ebenda, Sp. 3915–3920, hier Sp. 3915.
[297] Ebenda, Sp. 3915f.
[298] Ebenda, Sp. 3916.
[299] Ebenda, Sp. 3917.

Nachdem Landeswahlverband und DDP ihre Ablehnung signalisiert hatten, beantragte Grotewohl, die Beratung des Verfassungsentwurfs einem neu zu bildenden Verfassungsausschuss zu übertragen[300]. Der Antrag wurde mit 26 zu 19 Stimmen angenommen[301]. Im neunköpfigen Verfassungsausschuss waren alle Parteien entsprechend ihrer Fraktionsstärke vertreten. Die zweite Lesung des Verfassungsentwurfs fand erst Ende 1921 statt und bedeutete das Ende der USPD-MSPD-Koalition. Da im Zusammenhang mit der Debatte über den Anschluss an die III. Internationale drei Abgeordnete Ende Oktober 1920 aus der USPD-Fraktion ausgeschlossen wurden[302], hatte die Regierung im Landtag keine Mehrheit mehr für die neue Verfassung. Deshalb war die MSPD bereit, auf die Oppositionsparteien zuzugehen und auf den umstrittenen Staatszweckparagraphen zu verzichten[303]. In der namentlichen Abstimmung sprachen sich am 22. Dezember 1921 nur 23 Abgeordnete für die Beibehaltung des Artikels aus, während sich viele Mehrheitssozialdemokraten entweder der Stimme enthielten oder ihn sogar ablehnten. Dieses Abstimmungsverhalten rief wiederum wüste Proteste auf Seiten des Regierungspartners USPD hervor, zumal Dr. Heinrich Jasper bereits zuvor in Einzelfragen mit dem Landeswahlverband gestimmt hatte. Schließlich wurde die Verfassung in der Landesversammlung mit 44 zu 9 Stimmen angenommen; die Neinstimmen kamen von 7 konservativen und zwei kommunistischen Abgeordneten. Aus Protest waren sechs USPD-Mandatsträger erst gar nicht zur Abstimmung erschienen, darunter auch Otto Grotewohl. Nachdem die Verfassung verabschiedet worden war, löste sich der Landtag auf.

Seit der Spaltung der USPD im Oktober 1920 besaß die sozialistische Regierung in der Landesversammlung keine eigene Mehrheit mehr und war von der im Freistaat Braunschweig neu gebildeten KPD abhängig, die weitgehend einen Tolerierungskurs verfolgte. Der Parteispaltung folgte eine Regierungsumbildung, denn Kultusminister Hans Sievers trat von seinem Amt zurück. Damit verschob sich das Kräfteverhältnis innerhalb der Regierung. Mit dem Rücktritt von Sievers, der später der KPD beitrat und deren Entwicklung maßgeblich prägte, verloren die Unabhängigen einen kompetenten Minister und damit langfristig an politischer Bedeutung. Das frei gewordene Ministerium übernahm nicht ein neuer USPD-Abgeordneter, sondern Sepp Oerter persönlich[304]. Diese Lösung war für Grotewohl von Vorteil, denn er konnte Sievers' Position in Partei und Fraktion übernehmen und sich somit als Fachmann für den Schulbereich profilieren[305].

Grotewohl entwickelte rasch Interesse auch für die anderen Arbeitsfelder des Volksbildungsministeriums. Ob er damit eine langfristige Strategie zur Übernah-

[300] Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 3930f. (79. Sitzung vom 29. 4. 1921).

[301] Ebenda, Sp. 3982. Das Landtagsprotokoll enthält keine Angaben zu Enthaltungen und nicht abgegebenen Stimmen. Da die Landesversammlung über 60 Sitze verfügte, fehlen somit Angaben zum Stimmverhalten von immerhin 15 Abgeordneten.

[302] Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 127.

[303] Zum folgenden Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 138f.

[304] Jodl spekuliert, dass sich Grotewohl bei der Besetzung des Ministerpostens übergangen gefühlt habe und daraufhin in das Lager der innerparteilichen Opposition gewechselt sei, ohne aber Belege dafür anzugeben. Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 33.

[305] Rother, Otto Grotewohl, S. 528.

me des Ministeriums verfolgte[306], muss jedoch bezweifelt werden. Dennoch begann er in der Landesversammlung damit, zu diversen kulturpolitischen Fragen Stellung zu beziehen. So äußerte er sich etwa im Rahmen der Haushaltsdebatte zur finanziellen Lage des braunschweigischen Landestheaters. Dabei betonte er, dass Theater „als Kunst und Kulturstätte [...] unsere Hilfe jederzeit finden"[307] werde. Kürzungen bei den Gehältern und Gagen von Theaterangestellten sowie die Erhöhung der Eintrittspreise lehnte er ab, was bei steigenden Kosten auf eine Erhöhung der staatlichen Zuschüsse hinauslief. Gleichzeitig unterstrich er den Bildungsaspekt von Kunst und versuchte inhaltliche Vorgaben zu formulieren, die sich zum Teil an den vermeintlichen Wünschen der Arbeiterschaft orientieren sollten. Er forderte den Wechsel vom primär höfisch geprägten Theater zum pädagogisch ausgerichteten seriösen Volkstheater: „Wir glauben aber, dass der Wert und die wirkliche Arbeit dieser [geschlossenen] Volksvorstellungen nicht erreicht werden kann, wenn geistlose Amüsierstücke in den Volksvorstellungen gespielt werden. Wir wissen, dass recht viele dieser Vereinigungen, Gewerkschaften und auch andere, selbst den Wunsch haben, dass diese Amüsierstücke gespielt werden." Anschließend ermahnte er die Theaterleitung „sowie weitere Kreise, die sich mit der Volksbildung befassen [...], in einem Sinne auf diese Volksvorstellungen einzuwirken, dass sie aus diesem Niveau emporgehoben werden und in den geschlossenen Vorstellungen das bieten, was wir von ihnen erwarten, eine seelische und sittliche Stärkung jedes Besuchers". In dem Zusammenhang sprach er sich für ein pädagogisches Begleitprogramm zu den einzelnen Theateraufführungen aus, das die erzieherische Funktion des Theaters stärken sollte. Auch wenn er diesen Punkt nur als Empfehlung für die Theaterintendantur formulierte, so bedeutete er doch letztlich einen gewissen Eingriff in die künstlerische Freiheit: „Aus diesem Grunde wären wir erfreut, wenn es gelingen möchte, durch eingehende kurze prägnante Vorträge vor den Vorstellungen jedem einzelnen Besucher ein Bild zu geben von dem, was er sieht. Wir glauben, dass diese geschlossenen Vorstellungen [...] sicherlich ein Mittel sein werden zur Erziehung der Theaterbesucher." Trotz dieser Vorschläge stellte Grotewohl die Autonomie des Theaters letztlich nicht in Frage. Eine Kontinuitätslinie zu Grotewohls kulturpolitischen Vorstellungen nach 1945 zu ziehen, ist daher unzulässig[308].

Für Grotewohl besaß Kunst zweifellos eine erzieherische Funktion. So unterstützte er in einer Landtagsrede die vom Staatsministerium eingereichte Vorlage über die staatliche Beteiligung an einer Kulturfilmbühne. Diese unterschied sich von den sonstigen Filmbühnen, denn sie sollte unter anderem Dokumentarfilme und künstlerische Filme zeigen. Deshalb legte die Landesregierung Wert auf die qualitative Ausrichtung des Programms. Auch Grotewohl knüpfte Bedingungen an die Bereitstellung öffentlicher Gelder und kritisierte die bisherigen Kinoangebote heftig: „Was bisher [...] auf diesem Gebiet geleistet wurde, ist [...] skandalös.

306 So zumindest Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 33.

307 Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 1412–1415, hier Sp. 1414 (35. Sitzung vom 12. 1. 1921).

308 Diese gewagte These stellt Jodl auf, der Grotewohl zudem unterstellt, er habe sich bereits Anfang der zwanziger Jahre dafür stark gemacht, die Kunst in den Dienst des Staates oder einer Partei zu drängen, um die Massen zu beeinflussen. Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 34.

Der Betrieb [gemeint ist das Kinotheater Schauburg] scheint mir für sich in Anspruch nehmen zu wollen, den Vogel abzuschießen und dem Publikum den Höhepunkt der sensationslüsternen und hochdramatischen Gehirnverkleisterung zu bieten."[309] Deshalb hielt er staatliche Reglementierung in diesem Sektor der Filmtheater für notwendig. Nur so war für ihn die inhaltliche Qualitätssicherung gewährleistet: „Wir alle werden überzeugt sein von der unbedingten Notwendigkeit, auf den Geschäftsfilm bessernd einzuwirken, und das ist natürlich nur möglich, wenn man hier eine Erziehungsarbeit leisten will, wenn finanzielle Opfer gebracht werden." Grotewohl erklärte weiter zur staatlichen Filmförderung, dass es niemals gelingen werde, „den Kreis der Kinobesucher anzuhalten, bessere Filme sich anzusehen, wenn nicht von irgend einem Träger, der imstande ist, für diese Erziehungszwecke Mittel aufzubringen, besondere Mittel bereitgestellt werden". Seine Aussagen deckten sich inhaltlich mit den Ausführungen von Dr. Heinrich Jasper, der die Vorlage im Landtag begründet hatte, und entsprachen weitgehend dem damaligen sozialistischen Kulturverständnis[310].

Durch den Rücktritt von Sievers und den damit verbundenen personellen Wechsel geriet zunächst die Regierungsarbeit merklich ins Stocken. Die Regierung Oerter konzentrierte sich nur noch auf die laufende Verwaltungsarbeit sowie auf die jährliche Erstellung des Staatshaushalts. Es gelang beispielsweise nicht einmal, den 9. November zum gesetzlichen Feiertag zu erklären, wofür erste Absichtsbekundungen bereits im April 1919 vorgelegen hatten. Am 9. November 1920 waren aber nur die öffentlichen Behörden, Verwaltungen, Betriebe und die Schulen geschlossen[311]. Warum die USPD-MSPD-Regierung erst Ende 1921 ein entsprechendes Gesetz im Landtag einbrachte, ist nicht ganz klar. Zur inhaltlichen Begründung gab Ministerpräsident Oerter an, dass es allgemein üblich sei, einen Tag, „der den ersten Anstoß dazu gegeben hat, eine Neugestaltung der staatlichen Verhältnisse herbeizuführen, zum Feiertage für das Volk" zu machen[312] und verwies auf den amerikanischen Unabhängigkeitstag sowie den französischen Nationalfeiertag. Er erklärte weiter: „Der 9. November war nun unstreitig jener Tag, der die alten Zustände in Deutschland beseitigte und jene freiheitlich republikanische Verfassung anbahnte, deren wir uns gegenwärtig erfreuen." Das Gesetz sah gleichzeitig die Aufhebung des Buß- und Bettages als gesetzlichen Feiertag vor, wobei es explizit der Kirche überlassen blieb, diesen kirchlichen Feiertag auf einen Sonntag zu verlegen. Oerter betonte, dass der Buß- und Bettag nicht „die Interessen des gesamten Volkes" berühre, sondern vielmehr „im Interesse der evangelischen Kirche gefeiert" werde. Auf diese Weise sollte zudem der Forderung nach Trennung von Kirche und Staat entsprochen werden. Die Landtagsdebatte war hoch emotionalisiert, denn sie entwickelte sich unversehens zu einer vergangenheitspolitischen

[309] Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 4688f., hier Sp. 4689 (96. Sitzung vom 15. 10. 1921).

[310] Vgl. hierzu die zeitgenössische Schrift des Volksbeauftragten im preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung: Haenisch, Sozialdemokratische Kulturpolitik. Aus der Sekundärliteratur: Emig, Die Verelendung des Arbeiters; Sandner, Die Natur und ihr Gegenteil.

[311] Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 129.

[312] Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 4967 (103. Sitzung vom 5. 11. 1921).

Debatte, in der die Bedeutung der Revolution von 1918 im Mittelpunkt stand. Es ging letztlich auch darum, die Ursachen für die Inflation und die wirtschaftliche Misere des Landes zu benennen. Dabei traten die Gegensätze zwischen den Vertretern der beiden Arbeiterparteien und des konservativen Landeswahlverbandes besonders deutlich hervor. So gab etwa August Hampe (Landeswahlverband) in seiner Erwiderung auf Oerter polemisch zu bedenken, „ob die Not der Zeit uns eher dazu Grund gibt, Feste zu feiern oder in ernster Selbstbuße einmal nachzudenken, was uns denn diese glorreiche Revolution alles gebracht hat"[313]. Zu Beginn seiner Rede hatte er der Regierungskoalition unterstellt, das illusionäre Ziel zu verfolgen, „durch einen derartigen Feiertag das Vertrauen weiter Kreise der Bevölkerung zu dem Guten, was die Revolution angeblich bringen sollte, wieder etwas stützen zu können"[314]. Den Gesetzesentwurf lehnte er zwar auch aus rechtlichen Gründen ab und forderte ein Reichsgesetz. Von entscheidender Bedeutung war jedoch der symbolträchtige Kampf um die Deutungshegemonie, der Folgen für das Verhältnis zwischen den Arbeiterparteien und den bürgerlichen Parteien hatte.

In diese parlamentarische Auseinandersetzung griff auch Otto Grotewohl ein, der die von Hampe vorgetragenen Kritikpunkte teilweise aufgriff. Diesem warf er eine antirepublikanische Gesinnung vor: „Nicht der Tag als solcher ist es, der ihm [Hampe] Schmerzen bereitet, sondern der Gedanke überhaupt an die Umwälzung der Staatsgewalt, der Gedanke, dass der Staat der Unterwürfigkeit, der Staat seiner Fürsten dahingeflossen ist. Alles, was aussieht nach Republik, alles, was aussieht wie Revolution, ist Ihrem Haß [...] verfallen, alles, was annähernd anklingen würde an eine festliche Begehung einer solchen Begebenheit, das werden Sie verfolgen."[315] Den kulturpolitischen Streit über die Abschaffung des Buß- und Bettages heizte er mit einer rhetorischen Frage noch weiter an: „Wer die Veranlassung fühlt zum Büßen, nun wohl, der mag es tun. Ist dazu nötig, [...] dass es mir gesetzlich patentiert wird, es an einem bestimmten Tag zu machen, oder kann ich es nicht mit mir selbst als Mensch ausmachen?"[316] Am Ende seiner Rede unterschied Grotewohl in quantitativer Hinsicht zwischen gesetzlichen und kirchlichen Feiertagen: Letztere würde nur die protestantisch gebundene Bevölkerung feiern, während der Revolutionsfeiertag als gesetzlicher Feiertag die gesamte Bevölkerung beträfe. Darüber hinaus sah er keine Veranlassung dazu, einen kirchlichen Feiertag gesetzlich zu schützen.

Die Landtagsdebatte machte aber auch deutlich, dass die bürgerliche Opposition nicht einer Meinung war. So lehnte zwar der DDP-Vertreter Rönneburg den eingebrachten Gesetzentwurf ab, sprach sich aber gleichzeitig für die Einführung eines republikanischen Gedenktages aus. Diesen wollte er mit der Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung in Verbindung bringen[317]. Die Landesversammlung konnte sich nach der ersten Lesung nicht auf das weitere Gesetzgebungsverfahren einigen, so dass die Gesetzesvorlage an den Rechtsausschuss überwiesen

313 Ebenda, Sp. 4968–4975, hier Sp. 4975.
314 Ebenda, Sp. 4970.
315 Ebenda, Sp. 4983–4986, hier Sp. 4983.
316 Ebenda, Sp. 4986.
317 Ebenda, Sp. 4986–4990, hier Sp. 4989.

werden musste. Mit den Stimmen von USPD, MSPD und KPD nahm der Landtag das Gesetz schließlich am 20. Dezember 1921 an[318]. DDP und Landeswahlverband votierten gegen die Aufhebung des Buß- und Bettages als gesetzlichen Feiertag und verwiesen zur Begründung auf die Weimarer Reichsverfassung. Dort sei in Artikel 139 festgelegt, dass es Aufgabe des Reiches sei, Feiertage festzulegen bzw. aufzuheben. Außerdem sahen die konservativen Abgeordneten der DVP und der DNVP durch das Gesetz die religiösen Empfindungen der überwiegend protestantischen Bevölkerung verletzt.

Von der USPD zur SPD

Während sich Otto Grotewohl in der USPD-Landtagsfraktion als haushaltspolitischer Sprecher rasch nach oben arbeiten konnte, bekleidete er innerhalb der Parteiorganisation anfangs keine leitenden Ämter oder Funktionen. Die braunschweigische USPD wurde ganz besonders von der Entwicklung der Gesamtpartei auf Reichsebene geprägt. Nach einer turbulenten Gründungs- und Aufbauphase befand sich die USPD im Frühsommer 1920 zunächst noch in einem ruhigen Fahrwasser. Im Gegensatz zu den Mehrheitssozialdemokraten hatten die Unabhängigen keine Wahlverluste hinnehmen müssen, sondern waren gestärkt aus den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 hervorgegangen. Die Partei bot auch nach außen ein weitgehend geschlossenes Bild: Innerparteiliche Kontroversen über das Rätesystem und den Parlamentarismus sowie die Diktatur des Proletariats entwickelten keine Sprengkraft für die USPD, sondern konnten stets entschärft werden[319]. Auch wenn die heftig erörterte Frage nach einer neuen militanten Internationalen nicht geklärt werden konnte, deutete doch nichts darauf hin, dass sich diese Partei binnen kurzer Zeit spalten würde. Das änderte sich erst, als Anfang Juli 1920 eine Delegation nach Russland reiste, um mit dem Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationalen (EKKI) über dieses Problem zu beraten. Eine einvernehmliche Lösung schien zunächst im Bereich des Möglichen zu liegen, denn der Wunsch, der III. Internationalen beizutreten, war in der USPD durchaus weit verbreitet. Gleichzeitig bestanden aber viele Parteimitglieder und -funktionäre auf der Unabhängigkeit der eigenen Partei von Moskau. Ende August kam eine gespaltene USPD-Delegation nach Deutschland zurück, die im Gepäck ein Programm zur Bolschewisierung der Internationalen hatte. Die sogenannten 21 Bedingungen, die im Wesentlichen aus der Feder Wladimir I. Lenins stammten, rissen innerparteiliche Gräben auf und führten zu einer dramatischen Zerreißprobe. Tatsächlich beabsichtigte Moskau mit diesem Programm erstens eine Disziplinierung der revolutionären Arbeiterbewegung, zweitens eine Zentralisierung der Organisationsstrukturen und drittens eine Unterordnung der nationalen kommunistischen Parteien, die somit weisungsabhängig wurden. Obwohl Lenin und die EKKI-Führung hofften, mit dieser Maßnahme eine Stärkung der revolutionären Linken zu erreichen, kam es langfristig doch zu einer deutlichen Schwächung des linken Flügels der Arbeiterbewegung.

[318] Schelm-Spangenberg, Die Deutsche Volkspartei im Land Braunschweig, S. 84f.
[319] Zum folgenden Wheeler, Die „21 Bedingungen", S. 118f.

In Braunschweig beschäftigte sich der USPD-Bezirksparteitag bereits am 7./8. August 1920 mit den 21 Bedingungen[320], die am 28. August im dortigen Parteiorgan ‚Die Freiheit' abgedruckt wurden. Dies löste wiederum eine breite innerparteiliche Debatte aus, die im Übrigen auch alle anderen Parteibezirke erfasste[321]. Bis Anfang September erschienen in der ‚Freiheit' Stellungnahmen prominenter USPD-Politiker, die sich wie etwa Ernst Däumig oder Walter Stöcker für die Annahme aussprachen, wohingegen Artur Crispien und Rudolf Hilferding dagegen votierten[322]. Nachdem Sepp Oerter in einem umfangreichen und mehrteiligen Artikel gegen die 21 Bedingungen argumentiert hatte, veröffentlichten auch noch 20 der insgesamt 23 USPD-Landtagsabgeordneten eine Erklärung, in der sie die Forderungen der EKKI ablehnten. Damit deutete sich im Freistaat schon frühzeitig eine klare Niederlage der Befürworter ab[323]. Nun schaltete sich auch Otto Grotewohl in die Diskussion ein und kritisierte Oerter auf einer Mitgliederversammlung des USPD-Ortsverbandes Braunschweig am 22. September. Dessen ablehnende Haltung zur Frage der Gewaltanwendung führe – so Grotewohl – „geradewegs in das Lager der Rechtssozialisten"[324]. Auf der Veranstaltung ging er sogar noch einen Schritt weiter und betonte: „Wenn die Umstände es erfordern, müssen wir zur Gewalt schreiten." Damit schien sich Grotewohl auf die Seite der Parteilinken zu stellen, die in diesem Punkt mit den Kommunisten einer Meinung waren. Im selben Atemzug machte er jedoch eine Kehrtwende und schloss sich der Mehrheit in der USPD Braunschweigs an: „Wir müssen uns auch die Selbstkritik bewahren. Wenn wir die Bedingungen annehmen, ist aber jede Opposition ausgeschlossen."[325] Unklar bleibt Grotewohls Motiv für diesen Zickzackkurs. Obwohl er Oerter scharf kritisierte, unterstützte er inhaltlich dessen Position.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass sich Grotewohl in dieser Frage den radikalen Lagern nicht anschloss, sondern vielmehr die Mehrheitsmeinung, die sich unter den Unabhängigen in Braunschweig herausgebildet hatte, mit übernahm. Damit zeigte sich Grotewohl als pragmatischer, d. h. ideologisch ungebundener Politiker[326]. Auffallend ist außerdem Grotewohls Eintreten für die Einheit und die Autonomie der USPD, die bis dahin ohnehin schon dezentral organisiert war[327]. Auch wenn er radikale Maßnahmen nicht ablehnte und beispielsweise den Einsatz von Gewalt befürwortete, so überwog doch auch bei ihm letztlich das Unbehagen, von einer ausländischen Partei fremdgesteuert zu werden. Diese Überlegung führte bei ihm, wie auch bei der großen Mehrheit der USPD Braunschweig zur Ablehnung der 21 Bedingungen. Die Tatsache, dass sich Grotewohl auf die Seite der Gegner geschlagen hatte, erklärte Voßke in seiner offiziellen Biographie

320 Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 119f.
321 Wheeler, Die „21 Bedingungen", S. 120.
322 Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 120.
323 Dieses eindeutige Meinungsbild zeigte sich bereits bei einer Mitgliederversammlung der USPD Braunschweig am 15. 9. 1920. Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 120.
324 ‚Die Freiheit' vom 24. 9. 1920. Zitiert nach Rother, Otto Grotewohl, S. 528. Nach Abschluss der Debatte nahm die Mitgliederversammlung der USPD Braunschweig am 22. 9. 1920 einen Antrag an, in dem die Aufnahmebedingungen der III. Internationale abgelehnt wurden. Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 121.
325 ‚Die Freiheit' vom 24. 9. 1920. Zitiert nach Rother, Otto Grotewohl, S. 528.
326 So auch Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 33.
327 Wheeler, Die „21 Bedingungen", S. 120.

unzureichend mit dessen fehlendem Klassenbewusstsein. Er sei „noch stark in parlamentarischen Traditionen befangen" gewesen und habe nicht erkennen können, dass „die Arbeiterklasse ihre historische Mission nur erfüllen kann, wenn sie von einer revolutionären marxistisch-leninistischen Kampfpartei geführt wird, die sich konsequent von allen opportunistischen Strömungen abgrenzt"[328].

Die innerparteiliche Willensbildung schritt nun von unten nach oben weiter fort. Der Bezirksparteitag der USPD tagte am 25./26. September 1920 und endete mit einem ähnlichen Votum: In namentlicher Abstimmung wurden 76 Stimmen gegen die Annahme der 21 Bedingungen und nur 20 Stimmen dafür gezählt[329]. Oerter hatte die Gunst der Stunde genutzt und seine Kritik wiederholt. Die Befürworter standen von Anfang an auf nahezu verlorenem Posten, zumal ein von der zentralen Parteileitung beauftragter Referent, der für die Annahme sprechen sollte, erst verspätet erscheinen konnte. Bei der Gelegenheit reagierte Oerter allem Anschein nach auf einzelne Kritikpunkte Grotewohls und betonte, dass eine vorübergehende Diktatur auf dem Weg zur sozialistischen Demokratie notwendig sei[330]. Damit war aber die Entscheidung über das Abstimmungsverhalten des USPD-Bezirks Braunschweig auf dem in Halle einberufenen Reichsparteitag noch nicht endgültig gefallen. Sie folgte erst mit der Urwahl der Delegierten, bei der zwei Listen gegeneinander antraten. Auf der Liste der Gegner befanden sich der Bezirksvorsitzende Gustav Gerecke, Bezirkssekretär Paul Junke, Ministerpräsident Sepp Oerter, die Kreisvorsitzenden von Holzminden und Helmstedt, Vertreter aus den Kreisen Gandersheim und Wolfenbüttel sowie Otto Grotewohl[331]. Die Befürworter konnten dagegen unter anderem den Reichstagsabgeordneten des zuständigen Wahlkreises Südhannover-Braunschweig, Kultusminister Hans Sievers und den Vorsitzenden des Landesarbeiterrates vorweisen. Da die Gegner auch noch über die Parteizeitung und den regionalen Parteiapparat verfügten, schien das Rennen gelaufen zu sein. Deshalb war es auch nicht sonderlich überraschend, dass die Urabstimmung, an der sich in Braunschweig nur etwa jedes dritte Parteimitglied beteiligte, eine überwältigende Mehrheit gegen die 21 Bedingungen erbrachte: 4154 Parteimitglieder stimmten gegen die 21 Bedingungen und 2173 dafür[332]. Dabei gab es keine nennenswerten Unterschiede im Abstimmungsverhalten zwischen den einzelnen Landkreisen und der Stadt Braunschweig. Nahezu zwei Drittel der Parteimitglieder, die sich an der Wahl beteiligten, stimmten also mit nein. Das Ergebnis machte auch deutlich, dass in Braunschweig Parteifunktionäre und Parteimitglieder übereinstimmend votierten, was im Vergleich zu anderen Bezirken eher die Ausnahme war[333]. Trotz der Niederlage zeigte das Ergebnis, dass auch in Braunschweig die kommunistische Internationale eine hohe Anziehungskraft auf die Mitgliedschaft ausübte. Anders als in Braunschweig zeichnete sich in den benachbarten Bezirken Hannover, Magdeburg und Halle eine Mehrheit für

328 Voßke, Otto Grotewohl. Biographischer Abriß, S. 57.
329 Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 123.
330 Ebenda, S. 122.
331 Ebenda, S. 123.
332 Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 125 (Tabelle G).
333 Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 125.

die Annahme der 21 Bedingungen aus. Die meisten mitteldeutschen Organisationseinheiten der USPD tendierten im Übrigen zu Moskau[334].

Nachdem die einzelnen USPD-Bezirke entsprechende Urwahlen durchgeführt hatten, tagte vom 12. bis 17. Oktober 1920 der Parteitag in Halle, der sich schließlich mit einer klaren Mehrheit für den Anschluss der Partei an die III. Internationale aussprach. Da die Parteitagsdelegierten mit einem gebundenen Mandat gewählt wurden, bestätigte der Parteitag letztlich nur die Ergebnisse der Urabstimmungen in den Bezirken. Von den schätzungsweise 851 650 Parteimitgliedern nahmen insgesamt 236 353 an der Wahl teil; davon stimmten 57,8 Prozent für und 42,2 Prozent gegen die Annahme[335]. Das bedeutete die Spaltung der Partei in zwei sich unversöhnlich gegenüberstehende Lager. Weder aus der Gruppe der Befürworter noch aus der der Gegner gab es ernsthafte Vermittlungsversuche zur Wiederherstellung der Einheit der Partei[336]. Unter den Delegierten in Halle befand sich übrigens auch Otto Grotewohl, von dem allerdings keine Meinungsäußerungen zum parteiinternen Konflikt überliefert sind. Dennoch kann festgehalten werden, dass er die auf dem Parteitag vollzogene Spaltung unmittelbar miterlebte. Während sich also die Mehrheit der Unabhängigen den Kommunisten anschließen wollte, versuchte die Minderheit, das Überleben der drastisch dezimierten Partei zu sichern. In der Folgezeit entbrannte zwischen den beiden Lagern ein Kampf um Mitglieder, Wähler, aber auch um den Besitz der alten Partei[337]. Da die Gegner der 21 Bedingungen von Anfang an über den größten Teil des Parteiapparates verfügten, hatte die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands (VKPD) große organisatorische Anlaufschwierigkeiten. Die Rechnung Lenins, mit der Spaltung der USPD eine erheblich gestärkte KPD zu erhalten, ging nicht auf. Im Deutschen Reich musste die USPD einen erheblichen Mitgliederschwund verkraften, denn jedes siebte USPD-Mitglied verließ enttäuscht die organisierte Arbeiterbewegung[338]. Des Weiteren wandten sich zwischen 20 und 30 Prozent der ehemaligen USPD-Wähler von den Parteien links von der SPD ab[339]. Auch in Braunschweig kam es zu erheblichen Veränderungen, denn aus der Landtagsfraktion wurden Ende Oktober Hans Sievers, Arno Krosse und Heinrich Röhrs ausgeschlossen, die daraufhin eine eigene linke Fraktion bildeten. Aus diesem Grunde verlor die braunschweigische Regierung ihre parlamentarische Mehrheit und war auf die Tolerierung durch die Kommunisten angewiesen.

Ein Zusammenschluss der MSPD mit den Resten der USPD stand zunächst nicht auf der politischen Tagesordnung. Eine vorsichtige Annäherung begann erst langsam in der zweiten Jahreshälfte 1921, als sich mit der galoppierenden Inflation, dem Mord am USPD-Fraktionsvorsitzenden im bayerischen Landtag Karl Gareis und ganz besonders der Ermordung des Zentrumspolitikers und ehemaligen Reichsfinanzministers Matthias Erzberger durch Rechtsradikale die politischen Rahmenbedingungen dramatisch wandelten. Die Folge war, dass beide Parteien

334 Wheeler, USPD und Internationale, S. 146.
335 Zu den Zahlen Wheeler, Die „21 Bedingungen", S. 140 (Tabelle 1).
336 Ebenda, S. 134.
337 Wheeler, Die „21 Bedingungen", S. 147.
338 Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 482.
339 Wheeler, Die „21 Bedingungen", S. 150.

enger zusammenrückten[340]. Diese Entwicklung konnte in vielen Teilen Deutschlands beobachtet werden: In Sachsen und Thüringen gingen die Unabhängigen im Oktober 1921 eine Koalition mit der MSPD ein[341]; in einzelnen Kreisen Braunschweigs hatte es bereits bei der Kommunalwahl im Mai 1921 Listenverbindungen zwischen USPD und MSPD gegeben[342]. Im Reichstag waren die Unabhängigen nicht mehr grundsätzlich gegen eine Regierungsbeteiligung eingestellt und retteten bei einer Vertrauensfrage durch ihr Stimmverhalten sogar das Kabinett von Joseph Wirth[343]. Der Annäherungsprozess beschränkte sich nicht auf die Führungsgremien, sondern erstreckte sich auch auf die Parteibasis, wobei die Unabhängigen in Braunschweig auf der Wiedervereinigung der gesamten sozialistischen Arbeiterbewegung, unter Einschluss der KPD, bestanden[344]. Diese Position vertrat im Übrigen auch Otto Grotewohl auf der Mitgliederversammlung des USPD-Ortsvereins Braunschweig am 31. August 1921. Er schlug „die Zusammenfassung der arbeitenden Massen unter vollständiger Wahrung der Selbständigkeit der einzelnen politischen Parteien zu einer Arbeitsgemeinschaft" vor[345]. Anschließend sollte die organisatorische Vereinigung der gesamten Arbeiterklasse erfolgen. Eine entsprechende Resolution wurde angenommen und vom Bezirksparteitag am 11. September 1921 ohne Gegenstimmen bestätigt[346]. Den entscheidenden Wendepunkt im Verhältnis zwischen Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen brachte allerdings die Ermordung des Reichsaußenministers Walther Rathenau am 24. Juni 1922[347]. Reichskanzler Joseph Wirth (Zentrum) prägte damals die anklagende Parole, der Feind stehe rechts. Über gemeinsam durchgeführte Aktionen kam es auf Initiative der MSPD zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft. Gleichzeitig erklärte die Berliner USPD-Führung die prinzipielle Bereitschaft, einer Koalitionsregierung unter bestimmten Bedingungen beizutreten. Während die Erweiterung des Regierungsbündnisses auf Reichsebene am Widerstand der bürgerlichen Parteien scheiterte, schritten die Einigungsgespräche zwischen den beiden Arbeiterparteien erfolgversprechend voran. Im Unterschied zur Berliner Parteileitung, die nur mit der MSPD Gespräche führte, strebten die Unabhängigen in Braunschweig immer noch eine Fusion unter Einbeziehung der KPD an. Dies lehnte wiederum die braunschweigische MSPD ab.

Aus Anlass der Ermordung Rathenaus kam es auch in Braunschweig am 27. Juni 1922 zu einer Protestkundgebung, bei der die Repräsentanten der drei Arbeiterparteien auftraten: für die USPD Grotewohl und Ewald Vogtherr, für die MSPD Otto Antrick und für die KPD Sievers[348]. Am 20. Juli schlossen sich die beiden sozialdemokratischen Landtagsfraktionen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusam-

340 Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 133.
341 Kastning, Die deutsche Sozialdemokratie, S. 89.
342 Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 133.
343 Kastning, Die deutsche Sozialdemokratie, S. 94.
344 Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 133.
345 ‚Die Freiheit' vom 2.9.1921. Zitiert nach Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 135.
346 Ebenda.
347 Zum folgenden Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 486f.
348 Zum folgenden Frommann, Die Entwicklung der SPD in Braunschweig, S. 15f., in: StABS, H III 2, Nr. 136.

men und folgten damit dem Berliner Vorbild. Nachdem MSPD und USPD auf getrennten Parteitagen in Augsburg bzw. Gera die Vereinigung beschlossen hatten, fand der Einigungsparteitag schließlich am 24. September 1922 in Nürnberg statt. Das Machtverhältnis war jedoch ungleich verteilt. Während die alte MSPD reichsweit eine stärkere politische Kraft darstellte als die alte USPD, war die Ausgangslage in Braunschweig genau umgekehrt. Hier lag die USPD auch in der Mitgliederzahl deutlich vor der MSPD. In Braunschweig wurde die Vereinigung auf dem Bezirksparteitag am 22. Oktober 1922 vollzogen. Dabei setzte sich Grotewohl in einer Eröffnungsrede dafür ein, dass die Meinungsfreiheit auch in der geeinten Partei gewahrt werden müsse. Von niemandem dürfe verlangt werden, dass er „etwas ‚widerrufen oder verbrennen' solle"[349]. Die Führungspositionen der neuen Partei wurden paritätisch besetzt: Erster Vorsitzender wurde der bisherige USPD-Bezirksvorsitzende Gustav Gerecke, zweiter Vorsitzender Henri Schuhmacher, der bis dahin als Vorsitzender des SPD-Bezirksvorstands Braunschweig amtiert hatte. Darüber hinaus stellten beide Parteien jeweils drei Mitglieder im Bezirksvorstand[350]. Sekretär des Bezirksverbandes wurde Paul Junke. Die Vereinigung war im Freistaat Braunschweig abgeschlossen, als die beiden Parteizeitungen ‚Die Freiheit' und der ‚Volksfreund' fusionierten. Dabei wurde das USPD-Blatt eingestellt; die redaktionelle Leitung des ‚Volksfreunds' übernahm der verantwortliche Redakteur der ‚Freiheit', Ewald Vogtherr[351]. Trotz der Versuche, keinen Bündnispartner bei der Besetzung der politischen Führungspositionen zu benachteiligen, kristallisierte sich doch rasch ein deutliches Übergewicht ehemaliger USPD-Funktionäre heraus. Ganz anders war die Lage in der Gesamtpartei und den meisten anderen Bezirken, denn hier übernahmen ehemalige Mehrheitssozialdemokraten die politische Führung.

Im Freistaat Braunschweig hielten sich die Mitgliederverluste in Grenzen und lagen leicht unter den Vergleichszahlen im Reich[352]. So registrierte die braunschweigische USPD im März 1922 rund 11 500 Mitglieder, die MSPD etwa 5 800. Ein Jahr später betrug die Mitgliederzahl der vereinigten SPD 15 500, was einem Rückgang von 10 Prozent gleichkam. Auch bei den folgenden Kommunalwahlen gab es für die vereinigte sozialdemokratische Partei keine katastrophalen Ergebnisse: Bei der Neuwahl der unbesoldeten Stadträte, die kurz vor den Vereinigungsparteitagen stattfand, erhielt die USPD in Braunschweig ca. 14 500 Stimmen, die MSPD 5 560, die KPD 4 800 und die bürgerlichen Parteien 25 300 Stimmen. Bei dieser Wahl waren die beiden sozialistischen Arbeiterparteien eine Listenverbindung eingegangen; sie verloren gegenüber der Stadtverordnetenwahl 1921 3 000 (USPD) bzw. 2 500 (MSPD) Stimmen. Dagegen konnte die KPD nur 700 Stimmen hinzugewinnen. Insofern spricht einiges für die Vermutung Rothers, dass nicht durch die Wiedervereinigung, sondern erst durch die sich verschärfende Inflation reihenweise USPD-Wähler in die Arme der Kommunisten getrieben wurden[353].

[349] ‚Die Freiheit' vom 23. 10. 1922. Zitiert nach Frommann, Die Entwicklung der SPD in Braunschweig, S. 17, in: StABS, H III 2, Nr. 136.
[350] Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 161.
[351] Frommann, Die Entwicklung der SPD in Braunschweig, S. 17, in: StABS, H III 2, Nr. 136.
[352] Zum folgenden Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 162f.
[353] Ebenda, S. 163.

Anders als im Reich trugen Braunschweigs Unabhängige die Verschmelzung der beiden Parteien also weitgehend mit, denn die neue Mehrheitspartei war für sie eine willkommene Gelegenheit, um ihre politischen Positionen besser durchsetzen zu können. In der Folgezeit gelang es dann auch der alten USPD-Führung, zu der neben Gerecke und Junke auch Grotewohl gehörten, ihren Kurs in der neuen Partei weitgehend durchzusetzen[354].

Der Zusammenschluss der beiden Arbeiterparteien beschleunigte Grotewohls politischen Aufstieg über die Landtagsfraktion, wo er sich eine Führungsposition als Haushalts- und Sozialpolitikexperte aufgebaut hatte. Als sich Anfang Oktober die beiden sozialistischen Fraktionen zur Fraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei zusammenschlossen[355], wurden auf der ersten Sitzung Grotewohl und Henry Schuhmacher zu gleichberechtigten Vorsitzenden gewählt[356]. Grotewohls politische Karriere wurde höchstwahrscheinlich vom einflussreichen Ministerpräsidenten Oerter gebilligt, wenn nicht sogar gefördert. Da jedoch die Aktenbestände des SPD-Bezirks Braunschweig wie auch der Kreisverbände von den Nationalsozialisten 1933 weitgehend vernichtet wurden oder den Bombenangriffen im Zweiten Weltkrieg zum Opfer fielen, sind über die parteiinterne Entscheidungsfindung, sofern sie nicht über die sozialdemokratische Presse erschlossen werden kann, keine definitiven Aussagen möglich. Ein wesentliches Ergebnis dieser parteiinternen Prozesse war indes, dass Grotewohl Ende 1921 im sozialdemokratischen Führungszirkel Braunschweigs angekommen und dort fest integriert war.

Der Sturz Oerters

Während der Haushaltsberatungen Anfang November 1921 hatte bekanntlich der Vertreter des Landeswahlverbandes Blasius den Ministerpräsidenten scharf attackiert und ihm Bestechlichkeit sowie Amtsmissbrauch vorgeworfen. Die Regierungsfraktionen wiesen diese Kritik zurück und erklärten, dass sie gewillt seien, die gemeinsame Regierungsarbeit fortzusetzen. Gleichzeitig wurden aber auch erste Risse im Bündnis deutlich, denn die MSPD nahm nur ihre Minister in Schutz. Oerter hatte nicht nur durch seinen eigenwilligen Regierungsstil, sondern auch durch seine publizistische Tätigkeit schon zuvor Angriffsflächen für die parlamentarische Opposition geboten. Der Rechtsausschuss der Landesversammlung musste sich erstmals im Frühjahr 1921 mit einem Strafantrag gegen Oerter auseinandersetzen. Anlass bot ein Artikel in der ‚Freiheit', in dem der Ministerpräsident eine Ärztin angegriffen hatte, „weil sie in einer ärmlichen Familie in einem dringenden Falle ärztliche Hilfe versagt haben sollte, bevor nicht ihre Forderung auf Zahlung eines für die Verhältnisse der beteiligten Familie hohen Honorars erfüllt sei"[357].

[354] Roloff, Braunschweig und der Staat von Weimar, S. 53; Frommann, Die Entwicklung der SPD in Braunschweig, S. 21, in: StABS, H III 2, Nr. 136.
[355] NdsStAWF, 23 Neu Fb. 1, Nr. 100, Grotewohl/Schuhmacher am 7. 10. 1922 an den Landtagspräsidenten.
[356] ‚Die Freiheit' vom 9. 10. 1922, in: StABS, G X 6, Nr. 20,1.
[357] Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 3669f. (74. Sitzung vom 19. 4. 1921).

Eine Gegendarstellung wurde nicht abgedruckt, so dass die betroffene Ärztin Strafanzeige erstattete, welche die Staatsanwaltschaft an das Parlament weiterreichte. Der zuständige Rechtsausschuss versagte schließlich die Genehmigung zur Strafverfolgung und sprach sich somit gegen die Aufhebung der Immunität aus. In diesem Fall hakte die bürgerliche Opposition noch nicht nach; die Landesversammlung stimmte einem entsprechenden Antrag des Rechtsausschusses zu.

Im Mittelpunkt der Haushaltsdebatte standen Ende 1921 schon bald nicht mehr die Einzelposten des Staatshaushalts, sondern die vermeintlichen Verfehlungen der Regierung Oerter. Auf weitere Angriffe reagierte der Ministerpräsident äußerst gereizt und musste im Landtag mehrmals zur Ordnung gerufen werden. Am 15. November 1921 nutzte er die Gelegenheit, um im Parlament mit seinen Kritikern abzurechnen. Dabei verschärfte er den Ton und heizte die ohnehin schon aufgeladene Atmosphäre weiter an, indem er den konservativen Landeswahlverband als „Landeslügenverband" bezeichnete[358]. Zuvor hatte er erklärt, dass alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe unbewiesene Behauptungen seien, „die durchaus getragen sind von reaktionärem Lügengeist"[359]. Oerter sah in den Angriffen gegen seine Person den Versuch, die republikanische Grundordnung in Frage zu stellen. Es sei nämlich das erklärte Ziel der Kritiker, „alles dasjenige, was als Errungenschaft der Revolution vorhanden ist, und alle diejenigen, die in treuer Gefolgschaft zur republikanischen Verfassung stehen, in treuer Gefolgschaft zu den sozialistischen Ideen stehen, alles das herabzusetzen und herabzuwürdigen". In den folgenden Tagen weitete sich jedoch ein Vorgang, den die Opposition angeprangert hatte, zu einem Skandal (‚Otto, Otto') aus, über den Oerter schließlich stürzen sollte. Im Sommer 1921 war dem Psychotherapeuten Otto Schlesinger durch eine Verfügung Oerters der Professorentitel verliehen worden. Nach einer internen Prüfung zog das Staatsministerium die Zusage aber wieder zurück, „weil die Voraussetzungen, unter denen die Berechtigung zur Führung des Professorentitels erteilt worden ist, nicht gegeben waren"[360]. Oerter musste damit indirekt einräumen, eigenmächtig und vorschnell gehandelt zu haben. Der Landeswahlverband brachte diesen Vorgang zunächst in der Haushaltsdebatte zur Sprache und stellte am 18. November einen Misstrauensantrag gegen Oerter, der mit 28 zu 27 Stimmen abgelehnt wurde[361]. Die Koalitionsparteien standen jedoch nicht mehr völlig geschlossen hinter dem Regierungschef; Dr. Heinrich Jasper war erst gar nicht zur Abstimmung erschienen. Wenige Tage später nahm der Fall eine unerwartete Wende, denn Schlesinger warf Oerter auf einer USPD-Veranstaltung am 19. November in Blankenburg Bestechlichkeit und Erpressung vor[362]. Daraufhin versuchte Oerter mit einer Anzeige wegen verleumderischer Beleidigung in die Offensive zu gehen. Zu diesem Zeitpunkt begannen aber schon einzelne Mitglieder der USPD-Landtagsfraktion, sich von ihm abzusetzen. Oerter verlor in kürzester Zeit die politische Unterstützung im eigenen Lager, die er seit der Novemberrevolution nahe-

[358] Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 5142–5168, hier Sp. 5144 (108. Sitzung vom 15. 11. 1921).
[359] Ebenda, Sp. 5142.
[360] Ebenda, Sp. 5152.
[361] Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 136.
[362] Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 37.

zu uneingeschränkt besessen hatte. Diese Entwicklung kam aber nicht völlig überraschend[363]: Bei der Kandidatenaufstellung für die Reichstagswahl im Juni 1920 hatte sich Oerter beworben, der bereits zu diesem Zeitpunkt Landtagsabgeordneter, Minister und Redakteur war. Innerhalb der USPD wurde diese Ämterhäufung kritisiert, was letztlich dazu führte, dass Oerters Gegenkandidat Karl Eckardt das Rennen machte und für die Reichstagswahl aufgestellt wurde. In dieser parteiinternen Auseinandersetzung kritisierten selbst Oerter-Anhänger dessen selbstherrliche Vorgehensweise. Auch wenn sich kein kausaler Zusammenhang zum Sturz Ende 1922 herstellen lässt, so zeigt dieser Vorfall doch, dass Oerters Herrschaftstechniken in den eigenen Reihen auch Misstrauen erzeugt hatten.

Die Entscheidung fiel in der dramatisch verlaufenden Landtagssitzung am 24. November 1921. Im Rahmen der Haushaltsdebatte ging der Abgeordnete Rudolf Kaefer vom Landeswahlverband nochmals auf die Affäre ‚Otto, Otto' ein und präsentierte einen belastenden Brief, in dem Oerter Schlesinger seine Dienste anbot. Dies galt als erster handfester Beweis für die unterstellte Bestechlichkeit des Ministerpräsidenten. Dabei versuchte Kaefer geschickt einen Keil zwischen Oerter und die USPD zu treiben: „Meine Damen und Herren, was ich sage, ist nicht ein Angriff auf ihre Partei, das ist eine Stellungnahme zu dieser Persönlichkeit. Führen Sie Ihre Koalition ruhig weiter, aber die Reinlichkeit verlangt es, daß wir Stellung gegen diese Persönlichkeit nehmen"[364]. Des Weiteren warf er Oerter vor, von Schlesinger für die Ernennung zum Professor ein Darlehen in Höhe von 20000 M entgegengenommen zu haben. Außerdem habe sich Oerters Sohn auf einer Kur befunden, die wiederum Schlesinger in Rechnung gestellt worden sei[365]. Mehrmals betonte er, dass sich der Kampf der Opposition nicht gegen die USPD-MSPD-Koalition, sondern nur gegen den „Schädling" Oerter richte. Am Ende seiner Rede stellte Kaefer den Antrag, dass Oerter seine Amtsgeschäfte als Ministerpräsident ruhen lassen sollte, bis die von Schlesinger erhobenen Vorwürfe durch ein Gericht entkräftet seien[366]. Daraufhin beantragte Otto Grotewohl die Unterbrechung der Landtagssitzung, um den Regierungsparteien Gelegenheit zu geben, zu den „außerordentlich heftige[n] und weittragende[n] Anklagen gegen einen Herren des Hauses, gegen einen Minister" Stellung zu nehmen. Interessanterweise erwähnte Grotewohl nicht einmal Oerters Namen. Wort- oder Ergebnisprotokolle sind von den sich anschließenden Fraktionssitzungen von USPD und MSPD nicht mehr überliefert. Es steht allerdings fest, dass die Mehrheitssozialdemokraten Oerter in der Pause das Misstrauen aussprachen[367]. Die USPD forderte Oerter auf, die Regierungsgeschäfte bis zum Abschluss der juristischen Auseinandersetzung mit Schlesinger ruhen zu lassen. Nach der Wiedereröffnung der Sitzung ergriff Oerter das Wort und erklärte seinen Rücktritt. Dabei wies er nochmals die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurück. Anschließend verließ er den Tagungssaal; die Abgeord-

[363] Zum folgenden Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 111.
[364] Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 5454–5459, hier Sp. 5457 (113. Sitzung vom 24. 11. 1921).
[365] Ebenda, Sp. 5458.
[366] Ebenda, Sp. 5459.
[367] Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 138. Das bestätigte Oerter indirekt in seiner Rücktrittserklärung. Vgl. Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 5468 (113. Sitzung vom 24. 11. 1921).

neten nahmen seine Rücktrittserklärung regungslos zur Kenntnis, wie das Sitzungsprotokoll ausdrücklich notierte[368]. Damit ging die Ära Oerter zu Ende.

Der Sturz Oerters war ein politischer Neuanfang, von dem besonders Otto Grotewohl profitierte. Die Hoffnung der bürgerlichen Opposition, nicht nur den Ministerpräsidenten, sondern auch die ganze Regierung zu Fall zu bringen, erfüllte sich nicht. USPD und MSPD verständigten sich rasch auf eine neue Regierung. Am 25. November 1921 wurde Otto Grotewohl zum neuen Minister gewählt. Er übernahm das Volksbildungsministerium, das zuvor Oerter in Personalunion geleitet hatte. Bei der Abstimmung erhielt er 30 Ja-Stimmen; 25 Abgeordnete enthielten sich der Stimme[369]. Damit war Grotewohl, der zum Zeitpunkt seiner Wahl 27 Jahre alt war, zweitjüngster Minister in der Weimarer Republik. Nur sein Vorvorgänger, Hans Sievers, war beim Amtsantritt noch etwas jünger gewesen. Oerters Nachfolger im Amt des Ministerpräsidenten wurde August Junke, der außerdem noch die Ressorts Justiz und Inneres mit übernahm. Die Regierungsparteien hatten die Regierungskrise, die durch den Rücktritt Oerters ausgelöst wurde, innerhalb eines Tages gemeistert und damit politische Führungsstärke bewiesen. Die Regierungsumbildung zog im Übrigen keinen politischen Richtungswechsel der USPD-MSPD-Koalition nach sich. Die Frage, ob Grotewohl an Oerters Sturz beteiligt war, lässt sich aufgrund mangelhafter Quellenlage nicht eindeutig beantworten. Ernst-August Roloff, der Anfang der zwanziger Jahre DNVP-Abgeordneter im braunschweigischen Landtag war und als Redakteur einer eigenen Wochenzeitung heftig gegen die sozialistische Regierung polemisiert hatte, behauptete 1964, dass Grotewohl in der Sitzungspause Oerter zum Rücktritt gezwungen habe[370]. Dabei stützte er sich offensichtlich auf Aussagen Oerters, auf die noch einzugehen sein wird. Diese Information übernahm auch Rother in seinem äußerst informativen und lesenswerten Beitrag[371]. Die einzige Quelle, die Grotewohl als entschlossenen und kaltherzigen Politiker zeigt, stammt also vom Opfer dieser Affäre, die mit Oerters Rücktritt nicht abgeschlossen war; sie weitete sich vielmehr zu einem inszenierten Skandal aus, in den die SPD und auch Grotewohl verwickelt wurden.

Das gegen Oerter eingeleitete Strafverfahren endete am 31. Januar 1922 mit einem Schuldspruch wegen Bestechlichkeit. Die verhängte viermonatige Gefängnisstrafe musste er jedoch nicht antreten, da die Landesregierung kurz zuvor eine allgemeine Amnestie verkündet hatte[372]. Das Urteil belastete die Regierungskoalition: Während sich die MSPD bestätigt sah, übten Teile der USPD deutliche Kritik. Sie fassten den Gerichtsspruch als Klassenurteil auf. Daran zeigte sich, dass Oerter in seiner Partei immer noch über zahlreiche Anhänger verfügte. Eine Rückkehr ins Staatsministerium war aber ausgeschlossen, denn MSPD und KPD weigerten sich, ihn zu wählen. Nachdem ein Briefentwurf auftauchte, in dem sich Oerter einem Fabrikanten als Berater angeboten hatte, obwohl er noch ein öffentliches Amt bekleidete, gab es kein Halten mehr. Die Mehrheitssozialdemokraten

368 Ebenda.
369 Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 5480 (114. Sitzung vom 25. 11. 1921).
370 Roloff, Braunschweig und der Staat von Weimar, S. 85.
371 Rother, Otto Grotewohl, S. 529.
372 Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 140.

verlangten nun seinen Ausschluss aus der USPD-Landtagsfraktion und drohten mit dem Bruch des Regierungsbündnisses. Vom Koalitionspartner in die Enge getrieben, schloss schließlich die USPD Oerter Anfang Februar 1922 aus der Fraktion und der Partei aus[373]. Doch dieser stellte sich stur und weigerte sich, das Mandat niederzulegen. Als das USPD-Schiedsgericht den Ausschluss Oerters mit vier zu drei Stimmen bestätigte, schien sein Sturz endgültig besiegelt zu sein.

Oerter gab sich jedoch nicht geschlagen, sondern ging in die Offensive. In Zeitungsartikeln erklärte er, dass er bei der entscheidenden Sitzung des USPD-Ortsvereins, die mit seinem Ausschluss endete, nicht zugelassen worden sei[374]. Deshalb habe er nicht die Möglichkeit besessen, auf die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zu reagieren. Darüber hinaus sei auch der Ausschluss aus der Landtagsfraktion hinter seinem Rücken erfolgt. Er warf Grotewohl eine bewusste Täuschung der Versammlungsteilnehmer vor, da er aus den Ermittlungsakten eine Quittung über 4 000,– M präsentiert hatte, die Oerter für seine Tätigkeit bei den Weser-Steinbrüchen erhalten haben soll. Nach Angaben Oerters handelte es sich dabei nur um die Erstattung von Fahrtkosten, die er privat vorgestreckt habe. Zwei Tage später antwortete Grotewohl und klagte darüber, dass Oerter die bürgerliche Presse für seine Angriffe nutze[375]. Gleichzeitig ließ er den umstrittenen Beleg abdrucken, der keinerlei Angaben zu persönlichen Auslagen enthielt und Grotewohls Ansicht zu stützen schien. Diese öffentlich ausgetragene Fehde spitzte sich noch weiter zu, denn Oerter kritisierte das Amtsverständnis des neuen Volksbildungsministers: „Der Minister Grotewohl fasst seine ministerielle Tätigkeit dahin auf, in Akten nachzuspüren, ob er gegen den früheren Minister Oerter nichts Belastendes finden könne. Er unterzieht sich dabei der Müheverwaltung [sic], eigenhändig aus den Akten Stücke zu entfernen, und sie in Parteiversammlungen zu verwenden."[376] Da Grotewohl Mitglied der Landesregierung war, konnte er die öffentlichen Angriffe des früheren Parteifreundes nicht unbeantwortet lassen. Dabei wurde Oerter die Übernahme zahlreicher Ämter und Funktionen zum Verhängnis, weil sich oftmals eine einwandfreie Trennung von öffentlichem und privatem Interesse nachträglich nicht mehr vornehmen ließ. Der Vorwurf der Interessenkollision erhärtete sich immer mehr. Oerters Attacken entwickelten sich zu einem persönlichen Rachefeldzug, bei dem er die Brücken zu den alten Parteifreunden abbrach, die ihm teilweise noch nach dem Rücktritt den Rücken gestärkt hatten.

Etwa zeitgleich fanden die Landtagswahlen statt. Diese waren notwendig geworden, da sich die Landesversammlung nach Verabschiedung der Verfassung aufgelöst hatte. Die Konfrontation zwischen den Arbeiterparteien auf der einen und den bürgerlichen Parteien auf der anderen Seite prägte den Wahlkampf[377]. Beide Seiten rechneten mit einem knappen Ergebnis und wollten deshalb die eigenen Anhänger zur Stimmabgabe mobilisieren. Bei einer Wahlbeteiligung von 86,4 Pro-

[373] Rother bezeichnet Grotewohl in dem Kontext als treibende Kraft, die hinter dem Beschluss gestanden habe. Die von ihm zitierte Rede Oerters in der Landesversammlung belegt diese Vermutung jedoch nicht direkt. Vgl. Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1922/24, Sp. 498f. (11. Sitzung vom 3. 5. 1922).

[374] ‚Kurier' vom 18. 2. 1922, in: StABS, G X 6, Nr. 24,2.

[375] ‚Braunschweiger Allgemeiner Anzeiger' vom 20. 2. 1922, in: StABS, G X 6, Nr. 24,2.

[376] ‚Braunschweiger Allgemeiner Anzeiger' vom 21. 2. 1922, in: StABS, G X 6, Nr. 24,2.

[377] Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 139.

zent, die deutlich über der der vorherigen Wahl lag (76,6 Prozent), sackten die Unabhängigen auf 27,6 Prozent ab, während sie bei der Landtagswahl 1920 noch stolze 37,3 Prozent erzielt hatten[378]. Dagegen konnten sich die Mehrheitssozialdemokraten von 14,8 auf 19,8 Prozent steigern; die KPD erhielt vier Prozent der abgegebenen Stimmen. Der Landeswahlverband konnte sein Ergebnis geringfügig um 0,6 auf 37,9 Prozent steigern und war die mit Abstand stärkste Fraktion in der Landesversammlung. Auch die DDP konnte zulegen, und zwar von 9,5 auf 10,7 Prozent. Nach der Stimmauszählung stand die Fortsetzung der Regierung Junke fest, auch wenn die sozialistische Koalition – unter Einschluss der KPD – nur über eine Mehrheit von zwei Stimmen verfügte. Die USPD verlor zwar sechs Mandate und stellte im neuen Landtag nur noch 17 Abgeordnete; dagegen konnte die MSPD drei Mandate hinzugewinnen und kam somit auf zwölf Abgeordnete[379]. Gleichzeitig zog die KPD erstmals mit zwei Abgeordneten ins Landesparlament ein. Bei den bürgerlichen Parteien kam der Landeswahlverband unverändert auf 23 und die DDP auf sechs Mandate. Trotz der herben Verluste der USPD war Braunschweig das einzige Land in Deutschland, wo die Unabhängigen auch nach dem Wechsel des linken Flügels zur KPD immer noch stärker waren als die Mehrheitssozialdemokraten[380].

Nach der Wahl schlossen sich USPD und MSPD erneut zu einer Koalition zusammen und bildeten gemeinsam die neue Regierung, die zunächst von der KPD toleriert wurde[381]. Ministerpräsident wurde wieder August Junke (USPD). Im Staatsministerium saßen außerdem für die MSPD Otto Antrick und Gustav Steinbrecher sowie Otto Grotewohl und August Wesemeier für die USPD. Die gestiegene politische Bedeutung Grotewohls lässt sich auch daran ablesen, dass er auf der Landesliste seiner Partei von Platz 14 auf Platz 5 vorgerückt war[382]. Von der Landesversammlung wurde er am 21. Februar 1922 zum Volksbildungsminister gewählt[383].

Der neugewählte Landtag musste sich schon bald mit dem Fall Oerter beschäftigen, denn dieser ließ keine Gelegenheit ungenutzt, um seine Angriffe öffentlich zu wiederholen. Hinzu kam, dass Oerter für die USPD erneut in den Landtag eingezogen war. Der Parteiführung war es also nicht gelungen, ihn auf einen unbedeutenden Listenplatz zu verdrängen. Vier Monate nach dem Sturz Oerters folgte der Sturz Junkes: Als Oerter publik machte, dass ihn Junke gebeten hatte, bei der Formulierung des Regierungsprogramms behilflich zu sein, kam es zum Eklat in der Landesversammlung, denn Oerter war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr Mitglied der USPD-Landtagsfraktion[384]. Daraufhin musste Junke am 28. März seinen

[378] Die Ergebnisse der Landtagswahl vom 22. 1. 1922 in: Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 280 (Tabelle 3 a).
[379] Zu den Zahlen Rother, Der Freistaat Braunschweig in der Weimarer Republik, S. 954.
[380] Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 139.
[381] Zur Regierungsbildung Rother, Der Freistaat Braunschweig in der Weimarer Republik, S. 954; ders., Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 140.
[382] NdsStAWF, 23 Neu Fb. 1, Nr. 100, Bekanntmachung des Wahlausschusses für die am 22. 1. 1922 erfolgte Neuwahl der braunschweigischen Landesversammlung.
[383] Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1922/24, Sp. 60 (3. Sitzung vom 21. 2. 1922).
[384] Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 141.

Hut nehmen. Nachfolger wurde zunächst kommissarisch Antrick; Grotewohl übernahm zusätzlich noch das Justizressort. Da er für den Rücktritt des Ministerpräsidenten verantwortlich gemacht wurde, besaß Oerter keine Fürsprecher mehr in der USPD-Fraktion. Nachdem der Landtagspräsident die Rücktrittserklärung des Ministerpräsidenten verlesen hatte, beschlossen die Parlamentarier noch am selben Tag die Einrichtung des Untersuchungsausschusses, um die schweren Anschuldigungen gegen die Mitglieder des Staatsministeriums zu klären. Auf diese Weise erhoffte man sich wohl auch langfristig die Rückkehr zu einer sachbezogenen Parlamentsarbeit, die akut gefährdet schien. Im Namen aller Abgeordneten erklärte Rudolf Kaefer (Landeswahlverband), dass es dringend notwendig sei, „für das Land und für dieses Haus" zu klären, ob die Vorwürfe des früheren Ministerpräsidenten zuträfen[385]. Damit betrat der Landtag Neuland, da erstmals von einem in der neuen Verfassung festgelegten Instrument Gebrauch gemacht wurde. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass die Einrichtung des Untersuchungsausschusses einstimmig, d. h. im Konsens aller im Landtag vertretenen Parteien erfolgte[386]. Offensichtlich befürchteten alle Fraktionen für Parlament und Regierung einen Vertrauensverlust in der Öffentlichkeit und sahen sich deshalb zum Handeln gezwungen. Der sonst so angriffslustige Abgeordnete Kaefer (Landeswahlverband) unterstrich in seiner Rede als Berichterstatter, dass er „an diesem Ausschuß zum erstenmal ein wirklich vorzügliches Zusammenarbeiten aller Mitglieder beobachtet" habe[387].

Der Untersuchungsausschuss trat erstmals am 31. März zusammen, um sich zunächst eine vorläufige Geschäftsordnung zu geben. Insgesamt gab es zwölf öffentliche Sitzungen sowie einige nichtöffentliche Beratungen. Gegenstand der parlamentarischen Untersuchung waren die Anschuldigen Oerters, die er am 21. März im ‚Braunschweiger Allgemeinen Anzeiger' sowie am 25. März im ‚Braunschweiger Kurier' erhoben hatte[388]. Neu war der Vorwurf, Grotewohl habe Oerter dazu gedrängt, sein Landtagsmandat niederzulegen und „diesen Schritt den Wählern gegenüber durch eine Lüge zu begründen"[389]. Der Bericht, den der Untersuchungsausschuss am 24. April 1922 vorlegte, entlastete Grotewohl weitgehend. So stellten die Ausschussmitglieder übereinstimmend fest, dass es sich bei den Anschuldigungen „im wesentlichen um innere Parteiangelegenheiten [handelt], die den Untersuchungsausschuss nach der ihm gestellten Aufgabe nicht interessieren". Darü-

385 Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1922/24, Sp. 116 (5. Sitzung vom 29. 3. 1922).

386 Die Parteien benannten die insgesamt neun Ausschussmitglieder entsprechend ihrer Fraktionsstärke. Die USPD entsandte drei Vertreter (Wilhelm Tostmann, Albert Genzen, Rudolf Löhr), die MSPD zwei (Dr. Heinrich Jasper, Henry Schuhmacher), die DDP einen (Heinrich Rönneburg) und der Landeswahlverband drei Vertreter (August Hampe, Albert Brandes, Dr. Ernst-August Roloff). Ebenda, Sp. 117.

387 Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1922/24, Sp. 474–491, hier Sp. 480 (11. Sitzung vom 3. 5. 1922).

388 Oerter fasste seine Vorwürfe nochmals in einer eigenen Schrift zusammen, die er im Selbstverlag publizierte. Interessanterweise tauchte im Titel der 32-seitigen Streitschrift als einziger Politiker nur Otto Grotewohl auf. Vgl. Oerter, Ich – Sepp Oerter – klage an.

389 Bericht des Untersuchungsausschusses vom 24. 4. 1922, S. 6, in: StABS, G X 6, Nr. 23,1. Der Bericht befindet sich außerdem noch in der Drucksachensammlung der Landesversammlung. Vgl. Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage 1922/24, Drucksache 74 (24. 4. 1922).

ber hinaus entkräftete der Ausschuss auch den Vorwurf Oerters, Grotewohl habe in einer USPD-Versammlung aus amtlichen Akten vorgelesen, um seinen Parteiausschluss zu erreichen. Zwar sei die Beratung und Beschlussfassung einer Parteiversammlung keine amtliche Angelegenheit, aber die Handlungsweise Grotewohls werde dadurch gedeckt, „dass ihm das Ministerium die Erlaubnis zu dieser Verwendung der Urkunde gegeben hatte"[390]. Eine entsprechende Begründung Grotewohls wurde jedenfalls nicht in Zweifel gezogen. Abschließend hob der Bericht nochmals hervor, dass bei der Untersuchung nichts zu Tage gekommen sei, was den Minister Grotewohl belasten könnte.

Damit war Grotewohl aber noch nicht aus der Schusslinie, denn der Untersuchungsbericht wurde Gegenstand mehrerer Landtagssitzungen. Bereits am 3. Mai 1922 wurde rasch deutlich, dass alle Redner versuchten, aus dem Untersuchungsausschuss politisches Kapital zu schlagen und den Ausschussbericht für die parteipolitische Auseinandersetzung zu instrumentalisieren. So nutzte etwa Kaefer die Gelegenheit, um auch mit dem zurückgetretenen Ministerpräsidenten Junke abzurechnen. Er nahm die Beratertätigkeit Oerters zum Anlaß, um Junke einen „große[n] Mangel an Verantwortungsgefühl" vorzuwerfen. Im selben Atemzug sprach er ihm auch noch „aus moralischen Gründen" die Befähigung zum Minister ab[391]. Oerter wiederum konzentrierte seine Angriffe immer mehr auf Grotewohl, dem er persönliche Motive unterstellte, als dieser ein belastendes Dokument in einer Versammlung des USPD-Ortsvereins präsentierte: „Das Privatinteresse, das damals für ihn [Grotewohl] in Frage kommen konnte, kann nur das eine gewesen sein, nämlich auf jeden Fall zu verhüten, daß er aus dem Ministerposten, den er bekleidete, wieder herauskomme."[392] Zum Vorwurf der Bestechlichkeit und des Amtsmissbrauchs äußerte er sich jedoch nicht. Statt dessen schilderte er geschickt die engen persönlichen Beziehungen zwischen beiden Familien und beschrieb Grotewohl als „intimste[n] Freund", den er in der Fraktion gehabt habe. Darüber hinaus entwarf er das Bild eines berechnenden und skrupellosen Politikers, der zielstrebig auf den Sturz Oerters hingearbeitet habe, um die eigenen Ziele verwirklichen zu können. Oerter spekulierte, dass nach dem Ultimatum der MSPD Grotewohls politische Zukunft auf dem Spiel gestanden habe: „Verschwand ich nicht aus Fraktion und Partei, dann war Herr Grotewohl seines Ministerpostens ledig."[393] Damit stand Grotewohl als Verräter da, der dem Ministerpräsidenten der eigenen Partei aus egoistischen Karrieregründen in den Rücken gefallen sei.

Am Ende der Rede verstand es Oerter auch noch, die Opposition in seiner Offensivstrategie einzubauen, denn er forderte indirekt eine Vertrauensabstimmung über die amtierende Regierung: „Was mich, möchte ich sagen, am meisten frappiert, das ist, daß in einer solchen Kernfrage [...] das Ministerium nicht wagt, die Vertrauensfrage zu stellen. Sie können sich erinnern, unter dem Ministerium, unter der Regierung des Herrn Oerter [...] habe ich wie oft die Vertrauensfrage gestellt,

[390] Ebenda.
[391] Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1922/24, Sp. 474–491, hier Sp. 481 (11. Sitzung vom 3. 5. 1922).
[392] Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1922/24, Sp. 491–507, hier Sp. 498 (11. Sitzung vom 3. 5. 1922).
[393] Ebenda, Sp. 499.

wiewohl wir nicht einmal eine Mehrheit in der Landesversammlung hatten, denn die drei Kommunisten wollten uns abwirtschaften lassen"[394]. Damit unterstrich er rückblickend seine Entscheidungsfreudigkeit, die er seinem Nachfolger Antrick absprach. Abschließend spitzte er die Vorwürfe nochmals zu: „Ich sage nun, ein Ministerium, das nicht mehr wagen darf, die Vertrauensfrage zu stellen, ein solches Ministerium hat überhaupt das Vertrauen nicht." Der konservative Landeswahlverband griff diese Anregung begierig auf und brachte den Antrag ins Plenum ein, über die Vertrauensfrage abstimmen zu lassen[395].

Oerters wichtigster parlamentarischer Widersacher war zum wiederholten Male Dr. Heinrich Jasper, der schon in den Jahren zuvor Kritik am Regierungsstil des früheren Ministerpräsidenten geübt hatte. Zu Beginn seiner Rede nahm er Grotewohl in Schutz und bescheinigte ihm ein untadeliges Verhalten. Der Ausschussbericht vom 24. April könne keinen Anlass geben, „einen Stein auf den Minister Grotewohl zu werfen"[396]. Gleichzeitig schloss er sich der in der Debatte geäußerten Kritik des Landeswahlverbandes an Junke an, um anschließend die Rechtmäßigkeit der gestellten Vertrauensfrage grundsätzlich anzuzweifeln. Die neu gewählte Regierung arbeite auf der Grundlage der neuen Verfassung, die zwar die gemeinsame Beschlussfassung durch das Staatsministerium, aber zugleich die eigenverantwortliche Tätigkeit der Minister vorsehe. Daher könne ein mögliches Fehlverhalten eines Ministers nicht der gesamten Regierung zur Last gelegt werden[397]. Resümierend erklärte Jasper am Ende seiner Rede für seine Fraktion: „Sie [die Fraktionsmitglieder] sehen keine Veranlassung, den gegenwärtigen Ministern das Vertrauen zu entziehen, und wenn sie fragen, ob sie noch das Vertrauen haben, so ist die Zustimmung meiner Freunde: Ja, sie haben das Vertrauen noch."[398] Anschließend machte der Redner der Unabhängigen, Rudolf Löhr, deutlich, dass es für Oerter kein Zurück mehr in die alte Fraktion und Partei geben könne: „Wenn gerade der Abgeordnete Oerter dem Minister Grotewohl so scharf ans Leder ging, daß er die Akten zu Privatzwecken benutzt habe, so muß ich sagen, daß wir als Partei, und, ich glaube, auch die ganze Menschheit, die ganze Bevölkerung Braunschweigs kann gerade Herrn Minister Grotewohl nicht dankbar genug sein, daß er einen derartigen Schädling von einem derartigen Posten entfernt hat und vor allen Dingen ihm die Möglichkeit genommen hat, sich jemals wieder irgendwie festsetzen zu können."[399]

Einen Tag später redete endlich Grotewohl in der Landesversammlung zum Thema. Dabei vermied er es geschickt, alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe en détail zu widerlegen. Statt dessen konzentrierte er sich auf zwei Punkte. Zunächst wies er darauf hin, dass er vom zuständigen Minister Antrick eine Abschrift aus der mehrfach erwähnten Akte erhalten habe, die er dann in der USPD-Versammlung präsentierte. Dabei sei „die gebührende Sorgfalt bei dem Umgang mit der Akte und in der Verwendung der Akte in der allerschärfsten Form im Ministerium

394 Ebenda, Sp. 506.
395 Ebenda, Sp. 507.
396 Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1922/24, Sp. 508–519, hier Sp. 511 (11. Sitzung vom 3. 5. 1922).
397 Ebenda, Sp. 516f.
398 Ebenda, Sp. 519.
399 Ebenda, Sp. 520.

gewahrt worden"[400]. Des Weiteren verwahrte er sich gegen Oerters Vorwurf, er habe ihn nur aus privaten Überlegungen heraus stürzen wollen, um weiterhin Minister bleiben zu können. In dem Zusammenhang sprach Grotewohl von einem „ideellen Privatinteresse", das er indirekt mit dem Interesse des Freistaates Braunschweig gleichsetzte: „[D]as ideelle Privatinteresse habe ich über eine Freundschaft gestellt und stelle es jederzeit über eine Freundschaft, wenn es sich für mich darum handelt, in einer Sache zu stehen, die, mag sie recht oder unrecht sein, wenn ich davon überzeugt bin, aber wenigstens rein sein soll."[401] Damit bestätigte er Oerters Angaben über die vergleichsweise enge Freundschaft zwischen beiden Politikern. Außerdem behauptete er, dass sich Oerter ein Jahr lang vergeblich darum bemüht habe, ihn zum Eintritt ins Kabinett zu bewegen, was Oerter in der Debatte heftigst bestritt. Nach eigenen Angaben hatte Grotewohl dieses Angebot „bis zum letzten Augenblicke, als die Pflicht mich an diesen Platz gerufen hat" abgelehnt. Am Ende der Debatte stand die namentliche Abstimmung über die Vertrauensfrage, welche die Landesregierung mit 29 zu 30 Stimmen verlor[402]. Da Sepp Oerter gegen die Regierung stimmte und ein USPD-Abgeordneter nicht anwesend war, besaß die Regierung keine Mehrheit mehr in der Landesversammlung. Daraufhin schlug der Ältestenrat vor, den Landtag bis auf weiteres zu vertagen. Nun kam die Stunde von Dr. Heinrich Jasper, dem es gelang, eine neue Regierung mit einer neuen Koalition zu bilden. Die Mehrheitssozialdemokraten schlossen nämlich ein Bündnis mit der DDP und der DVP; die Unabhängigen befanden sich nunmehr in der Opposition. Jasper war bereits zuvor schon ein Gegner Oerters gewesen und hatte mehrmals das Bündnis mit den Unabhängigen kritisiert. Die gescheiterte Vertrauensfrage nutzte er dazu, ein Bündnis mit den Bürgerlichen zu schmieden. Der Vorwurf Oerters, Grotewohl habe seinen Sturz beschleunigt, um im Amt zu bleiben, greift deshalb zu kurz. Die Frage, ob es Absprachen zwischen den Mehrheitssozialdemokraten und Teilen der USPD gegeben hat, um Oerter loszuwerden, lässt sich nicht mehr beantworten. Mit der Regierungsbildung durch Jasper befand sich aber Grotewohl auf den Oppositionsbänken. Er musste sein Ministeramt, das er kurz ausgeübt hatte, wieder aufgeben. Erst durch den Zusammenschluss von USPD und MSPD Ende 1922 gelang es Grotewohl, wieder in die Regierung zurückzukehren.

Oerter versuchte mit der bereits erwähnten Streitschrift von 1922 das Geschichtsbild zu beeinflussen. So schilderte er aus seiner Sicht ausführlich die Begleitumstände, die zu seinem Sturz geführt hatten. Der Text ist eine Mischung aus Dokumentation und Erinnerungsbericht. Dabei druckte Oerter auch Zeitungsartikel, Gesprächsnotizen und wörtliche Unterredungen ab, um den Eindruck der Authentizität und Objektivität zu erhöhen. Dennoch drängt sich beim Lesen dieser Rechtfertigungs- und Streitschrift der Eindruck auf, dass es ihm in erster Linie darum ging, sich zu entlasten und andere zu belasten. Der Text enthält nahezu keine selbstkritischen Äußerungen. Sein politisches Ende als Ministerpräsident

[400] Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1922/24, Sp. 606–608, hier Sp. 607 (12. Sitzung vom 4. 5. 1922).
[401] Ebenda, Sp. 608.
[402] Ebenda, Sp. 610f.

stellt er ausschließlich als Verschwörungswerk anderer Politiker aus der eigenen Regierungskoalition dar. Im Mittelpunkt seiner Anschuldigungen stand erneut Grotewohl, der ihn angeblich zum Rücktritt bewegt haben soll. Als Beweis führte Oerter ein Gespräch mit Grotewohl Mitte Februar 1922 an[403]. Kurz zuvor hatte die MSPD der USPD ein Ultimatum gestellt und mit der Veröffentlichung eines Schreibens gedroht, das Oerters Bestechlichkeit beweisen sollte[404]. In seiner Verteidigungsschrift bestritt Oerter, im eigenen privaten Interesse gehandelt zu haben, und verwies zur Begründung auf seine Aufgaben als Ministerpräsident. So habe er im Interesse des Freistaates Kontakt zu einzelnen Unternehmern aufgebaut. Die Fragen, warum und wofür er Geldzahlungen erhalten habe, ließ er jedoch weitgehend unbeantwortet. Folgt man der Darstellung Oerters, so gaben Grotewohl und die USPD-Spitze dem Druck der MSPD ohne Grund nach. Sie erhöhten diesen sogar, indem sie selber mit dem Austritt aus der Landtagsfraktion drohten[405]. Auf diese Weise sei das innerparteiliche Stimmungsbild umgeschlagen und sein politischer Rückzug von allen Ämtern erzwungen worden. Ausgiebig beschäftigt sich Oerter mit Detailfragen. So spekuliert er darüber, wie Grotewohl in Besitz des belastenden Materials gelangen konnte und unterstellt ihm eine rechtswidrige Entnahme aus den behördlichen Akten. Jodl kann nachweisen, dass nicht Grotewohl, sondern eine Sekretärin im Staatsministerium, die mit dem Aufräumen des Zimmers Oerters beauftragt war, das belastende Schreiben zufällig entdeckte und an den Leiter des staatlichen Presseamtes weitergab[406]. Da dieser Mitglied der MSPD war, erhielt auch bald die sozialdemokratische Partei- und Fraktionsleitung Kenntnis vom brisanten Inhalt des Dokuments.

Obwohl Grotewohl kein schuldhaftes und unehrenhaftes Verhalten nachzuweisen war, blieb Oerter bei seinen Behauptungen[407]. Bis zum Ende der Legislaturperiode blieb er partei- und fraktionsloser Abgeordneter im braunschweigischen Landtag und verfolgte äußerst kritisch die Regierungsarbeit, etwa bei der Verabschiedung des Staatshaushalts 1923[408]. Aufgrund seiner journalistischen und publizistischen Tätigkeit geriet er immer öfter ins Visier der Strafverfolgungsbehörden. So beschlagnahmte die Polizeidirektion eine Ausgabe des ‚Täglichen Anzeigers' in Holzminden, weil sie angeblich einen „unwahren" Bericht Oerters über eine Landtagssitzung enthielt. Dieser hatte in mehreren Zeitungsartikeln die Sparpolitik der Landesregierung scharf kritisiert. Das Staatsministerium vertrat den Standpunkt, dass in den Artikeln Regierungsmitglieder beleidigt würden, und beschloss deshalb am 8. Oktober 1923, ein Strafverfahren einzuleiten[409]. Drei Wochen später folgte eine weitere Strafanzeige wegen eines Artikels in derselben Zeitung[410]. Daraufhin

[403] Oerter, Ich – Sepp Oerter – klage an, S. 11f., in: StABS, G X 6, Nr. 23,1. Jodl geht in seiner Biographie auf die quellenkritische Problematik der Streitschrift nicht ein. Vgl. Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 42f.

[404] Oerter, Ich – Sepp Oerter – klage an, S. 12f., in: StABS, G X 6, Nr. 23,1.

[405] Ebenda, S. 13.

[406] Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 42f.

[407] Vgl. Oerter, Politischer Guckkasten für das deutsche Volk, S. 13.

[408] Vgl. ebenda, S. 3–10.

[409] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 13452, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums am 8. 10. 1923.

[410] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 13452, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums am 29. 10. 1923.

beantragte die Staatsanwaltschaft beim Landtag die Aufhebung der Immunität Oerters, um die Strafverfolgung aufnehmen zu können. Zunächst befasste sich der Rechtsausschuss eingehend mit dieser Angelegenheit und legte dem Parlament am 20. Dezember 1923 einen Bericht vor. Dabei betonte der vortragende Berichterstatter, Dr. Gerhard von Frankenberg und Ludwigsdorf (SPD), dass die Abgeordnetenimmunität in der Reichsverfassung nicht geschaffen worden sei, „um den Abgeordneten Schimpffreiheit zu gewähren oder gar eine Revolverjournalistik groß zu ziehen"[411]. Oerter habe seine Freiheiten als Mitglied der Landesversammlung systematisch missbraucht. Anschließend erklärte der Berichterstatter: „Der Ausschuß ist der Meinung, daß die Aufrechterhaltung der Immunität den Abgeordneten Oerter in seinem Treiben noch bestärken würde."[412] Deshalb schlug er im Namen des Rechtsausschusses dem Landtag vor, die Strafverfolgung Oerters durch die Staatsanwaltschaft zu genehmigen. Dagegen wollte der Redner des Landeswahlverbandes Hampe die Überprüfung weiterer Artikel Oerters abwarten und erst dann die Genehmigung zur Strafverfolgung erteilen[413]. Dahinter stand wohl die taktische Überlegung, den Streit zwischen Oerter und seinen früheren Parteifreunden weiter schwelen zu lassen, um dadurch auch das Regierungsbündnis zwischen SPD und DDP einer Belastungsprobe aussetzen zu können.

In der Landtagsdebatte am 20. Dezember 1923 verteidigte Oerter seine umstrittenen Zeitungsartikel. Gleichzeitig nutzte er die Gelegenheit zu einem politischen Bekenntnis, denn er hatte sich mittlerweile der NSDAP angeschlossen[414]. Diese existierte in Braunschweig seit Gründung der Ortsgruppe Wolfenbüttel im November 1922; Anfang 1923 etablierte sich die Partei in der Landeshauptstadt. Mit der Parteiaufnahme Oerters Ende 1923 war der NSDAP ein weiterer öffentlichkeitswirksamer Coup gelungen. Damit hatte Oerter seine politische Einstellung radikal gewandelt. Vor dem Landtag bezeichnete er sich als „nationale[n] Sozialist[en]"[415] und wetterte gegen das parlamentarische System. Dieses sei dafür verantwortlich, dass „Deutschland nach dem Kriege noch tiefer in das Unglück gebracht wurde, als es schon durch den Krieg gekommen ist". Daher strebe er an, „eine nationale Einheit herbeizuführen, die es ermöglicht, durch innere soziale und wirtschaftliche Erneuerung nach außen hin den Befreiungskampf vom Versailler Friedensvertrag vorzubereiten". Seine Rede war eine persönliche Bankrotterklärung, denn er distanzierte sich ausdrücklich von den politischen Ansichten, die er ein Jahr vorher noch vertreten hatte: „Ich bin nicht mehr ‚Klassenkämpfer' wie ich es früher war, weil ich eingesehen habe, daß das der Ruin unseres Volkes ist."[416] Dagegen hatte er noch wenige Monate nach seinem Fraktions- und Parteiausschluss unmissverständlich hervorgehoben: „Ich stehe zu der Partei [gemeint ist die USPD], die ich mitbegründete, mein Herz gehört ihr und mein Leben."[417] Von seinen politischen Überzeu-

411 Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1922/24, Sp. 4465–4469, hier Sp. 4467 (76. Sitzung vom 20. 12. 1923).
412 Ebenda, Sp. 4468.
413 Ebenda, Sp. 4469–4473, hier Sp. 4473.
414 Rother, Der Freistaat Braunschweig in der Weimarer Republik, S. 957.
415 Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1922/24, Sp. 4474–4482, hier Sp. 4474 (76. Sitzung vom 20. 12. 1923).
416 Ebenda, Sp. 4475.
417 Oerter, Ich – Sepp Oerter – klage an, S. 1.

gungen löste er sich jedoch schon bald: 1923 zeigte er sich demonstrativ als Gegner des Parlamentarismus und veröffentlichte unter anderem einen Plan zur Gründung „des deutschen Volksbundes der schaffenden Stände"[418]. Dabei verknüpfte er seine alten antikapitalistischen Vorstellungen mit völkischem Gedankengut. Von da aus war der Schritt zum Eintritt in die NSDAP nicht mehr weit. Dieses Staats- und Gesellschaftsmodell verteidigte Oerter auch offensiv in der Landtagsdebatte, in der es primär um die Aufhebung seiner Immunität ging. Da er für die „Diktatur der schaffenden Stände" eintrete, diskreditiere er den Parlamentarismus in seiner publizistischen Arbeit[419]. Er werde auch in Zukunft die parlamentarische Regierungsform „bei der Masse des Volkes" in Misskredit bringen. Seinen politischen Gegnern, die einst seine Parteifreunde waren, unterstellte er, dass sie persönliche Rachegefühle befriedigen wollten. Daraufhin entgegnete Grotewohl mit einem Zwischenruf: „Die könnte man nur durch Ohrfeigen [...] befriedigen."[420] Oerters Rede wurde mehrfach unterbrochen und zeigte anschaulich, wie sehr sich die politische Stimmung in der Landesversammlung zugespitzt hatte. Schließlich wurde der Antrag des Rechtsausschusses mit 33 zu 21 Stimmen angenommen, wobei sich zwei Parlamentarier – Alfred Dedekind (Landeswahlverband) und Oerter – der Stimme enthielten[421]. Auch Otto Grotewohl hatte dem Antrag zugestimmt.

Bis zum Frühjahr 1924 sammelte die braunschweigische Landesregierung systematisch Zeitungsartikel Oerters und verklagte ihn mehrmals wegen Beleidigung von Mitgliedern des Staatsministeriums[422]. Auf der Grundlage des Republikschutzgesetzes beantragte das Staatsministerium schließlich am 30. September 1924 beim Oberreichsanwalt, dass der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik das Strafverfahren gegen Oerter übernehmen sollte[423]. Darüber hinaus plante das Staatsministerium unter Leitung von Dr. Jasper, Oerter auf Zahlung von Schadensersatz zu verklagen[424]. Die vom Landgericht Braunschweig am 31. Januar 1922 gegen Oerter verhängte mehrmonatige Gefängnisstrafe wurde erst einige Jahre später von der rechtskonservativen Nachfolgeregierung unter Gerhard Marquordt (DVP) auf dem Gnadenwege erlassen[425].

Abschließend sollen noch einmal die wichtigsten Faktoren für Grotewohls politischen Aufstieg in Braunschweig Anfang der zwanziger Jahre genannt werden.

[418] Oerter, Politischer Guckkasten für das deutsche Volk, S. 48–52.
[419] Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1922/24, Sp. 4474–4482, hier Sp. 4475 (76. Sitzung vom 20. 12. 1923).
[420] Ebenda, Sp. 4474.
[421] Ebenda, Sp. 4499f.
[422] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 13452, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums am 10. 12. 1923; Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums am 18. 1. 1924; Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums am 9. 5. 1924; Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums am 19. 5. 1924.
[423] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 13452, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums am 30. 9. 1924. Im Kabinett wurde dieser Schritt erstmals am 1. 2. 1924 diskutiert. Vgl. ebenda, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums am 1. 2. 1924. Ein entsprechendes Schreiben arbeitete Dr. Heinrich Jasper aus. Vgl. ebenda, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums am 4. 2. 1924.
[424] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 13452, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums am 14. 3. 1924. Dieser Plan wurde erst Ende 1924 fallengelassen. Vgl. ebenda, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums am 21. 11. 1924.
[425] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 13453, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums am 6. 4. 1927.

Sein politisches Talent und seine rhetorischen Fähigkeiten ermöglichten es ihm kurz nach der Novemberrevolution, in der USPD auf sich aufmerksam zu machen und eine politische Karriere zu starten. Nach der Landtagswahl 1920 zog er erstmals in die braunschweigische Landesversammlung ein und wurde von seiner Fraktion in den Finanzausschuss delegiert. In dieser Funktion konnte der junge Parlamentarier erste Meriten sammeln, denn er zeigte rasch seine Fähigkeit, sich in komplexe haushaltsrechtliche Angelegenheiten einzuarbeiten. So wurde er schon bald haushalts- und finanzpolitischer Experte seiner Partei. Die beherrschende politische Persönlichkeit war zu dieser Zeit Sepp Oerter, der nicht nur die Entwicklung der USPD entscheidend prägte, sondern auch die Landespolitik maßgeblich gestaltete. Obwohl keine privaten Schriftstücke von ihm und Grotewohl vorliegen, deutet doch einiges darauf hin, dass der Ministerpräsident den Parlamentsneuling förderte. Grotewohls kometenhafter Aufstieg konnte nur mit Billigung und Unterstützung Oerters stattfinden. Erst beim Sturz Oerters, als sich die Wege beider Politiker trennten, unterstrichen beide die enge Freundschaft, die zwischen ihnen einst bestanden hatte. Im Windschatten Oerters konnte Grotewohl bei der Spaltung der USPD Eigenständigkeit demonstrieren. So kritisierte er einerseits seinen Förderer, folgte aber inhaltlich der Mehrheit des USPD-Bezirks und votierte gegen die 21 Bedingungen. Dabei zeigte sich Grotewohl als pragmatischer Politiker, der parteiintern keine politisch extremen Positionen vertrat und dennoch auf sich aufmerksam machen konnte. Die Spaltung der USPD und die Ende 1922 erfolgte Vereinigung der beiden Arbeiterparteien – eine Minderheit schloss sich den in Braunschweig bedeutungslosen Kommunisten an – begünstigte mittelfristig seine politische Karriere. Zunächst musste er jedoch einen Dämpfer hinnehmen, da nicht er, sondern Hans Sievers in das Kabinett Oerters aufrückte. Erst der Sturz Oerters Ende 1921 machte den Weg frei für Grotewohl, der als zweitjüngster Politiker der Weimarer Republik Volksbildungsminister im Freistaat Braunschweig wurde.

An Oerters Rücktritt als Ministerpräsident war Grotewohl nur indirekt beteiligt. Nachdem Vorwürfe über Bestechlichkeit des braunschweigischen Spitzenpolitikers in der Öffentlichkeit aufgetaucht waren, bestanden die Mehrheitssozialdemokraten auf seiner Demission. Treibender Akteur war zweifellos der führende MSPD-Politiker Jasper, der schon vorher unverhohlene Kritik am Regierungsstil Oerters geübt hatte. Aber auch innerhalb der USPD war Oerters Machtstellung erodiert, was vor allem auf seinen eigenwilligen Führungsstil zurückzuführen war, mit dem er sich zahlreiche innerparteiliche Widersacher geschaffen hatte. Nur so lässt sich erklären, dass eine politische Kettenreaktion ausgelöst wurde, als die ersten Anschuldigungen auftauchten. So wurde ihm Amtsmissbrauch und Verquickung von privaten und öffentlichen Interessen vorgeworfen. Obwohl die USPD ihren politischen Erfolg der Arbeits- und Organisationsleistung Oerters weitgehend verdankte, gelang es ihm nicht, die neue Parteiführung zu bilden. Das Ultimatum der MSPD bot schließlich den Anlass, um ihn zur Aufgabe der politischen Ämter zu bewegen. Dagegen besaß er an der Parteibasis nach wie vor zahlreiche Fürsprecher. Das führte letztlich dazu, dass die Parteileitung von einem Parteiausschlussverfahren zunächst Abstand nahm. Erst nachdem sich weitere Bestechlichkeitsvorwürfe angesammelt hatten, gelang es der Fraktionsleitung unter Beteili-

gung Grotewohls, Oerter aus der USPD-Landtagsfraktion auszuschließen. Wenig später erfolgte sein Parteiausschluss.

Die Tatsache, dass Grotewohl in der Öffentlichkeit nicht als Königsmörder wahrgenommen wurde, war letztlich ein ungewolltes Verdienst Oerters. Völlig verbittert über den erzwungenen Abgang sah er seine Aufgabe darin, die eigene Partei- und Fraktionsleistung und insbesondere Grotewohl öffentlich zu attackieren und zu diskreditieren. In zahlreichen Zeitungsartikeln wetterte er gegen seine früheren Parteifreunde und schien somit Munition für die konservative Opposition zu liefern. Damit brach Oerter die Brücken zu ehemaligen Weggefährten völlig ab; die USPD-Parteibasis ließ ihn rasch fallen. Er selber musste sich eine neue politische Heimat suchen und fand diese auch im Laufe des Jahres 1923 in der NSDAP. In der öffentlichen Wahrnehmung erschien Grotewohl immer mehr als Opfer einer persönlichen Kampagne Oerters. Das steigerte seinen Bekanntheitsgrad im Freistaat nochmals und führte offensichtlich auch dazu, dass der führende Kopf der MSPD, Dr. Heinrich Jasper, Vertrauen zu ihm fasste. Nach einer sechsmonatigen Pause und der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien gelangte Grotewohl Ende 1922 in das Regierungskabinett zurück.

4. Landesminister in Braunschweig: Im Volksbildungsministerium (1921/22)

Grotewohls Schulerlass

Einen Tag nach Oerters Sturz wurde Otto Grotewohl am 25. November 1921 zum Volksbildungsminister gewählt. Obwohl er dieses Ressort nur bis zur Regierungsbildung von MSPD, DVP und DDP am 22. Mai 1922 bekleidete, so hat er doch während seiner Amtszeit im Freistaat Braunschweig deutliche Spuren hinterlassen. Das hängt vor allem mit dem nach ihm benannten Schulerlass zusammen, der die Gemüter erhitzte und die politische Kultur des Landes bis 1933 nachhaltig beeinflusste. Worum ging es? Im Mittelpunkt stand der Religionsunterricht an den Schulen, der den Sozialdemokraten seit der Novemberrevolution ein Dorn im Auge war. Auf Seiten der sozialistischen Arbeiterparteien herrschte Konsens darüber, dass es zu einer strikten Trennung von Kirche und Staat kommen sollte. Außerdem wollten sie den Einfluss der evangelisch-lutherischen Landeskirche, die im Kaiserreich große Privilegien genossen hatte und faktisch eine Staatskirche gewesen war[426], zurückdrängen. Deshalb hob die Revolutionsregierung als erstes die kirchliche Schulaufsicht über die Volksschulen auf[427]. In die antikirchliche Politik reihte sich auch die bereits erwähnte und ebenfalls heftig umstrittene Abschaffung des Buß- und Bettages als Feiertag ein. Auf Antrag Oerters war Mitte Juli 1919 erstmals die Abschaffung des Religionsunterrichts beschlossen worden. Allerdings ging die Abstimmung im Landtag mit 27 zu 26 Stimmen äußerst knapp aus. Die Umsetzung des Landtagsbeschlusses scheiterte jedoch an der Weimarer Reichs-

[426] Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 142.
[427] Rother, Der Freistaat Braunschweig in der Weimarer Republik, S. 966.

verfassung, worauf der zuständige Volksbildungsminister Heinrich Rönneburg (DDP) am 16. September 1919 hinwies[428]. Damit blieb der Religionsunterricht erst einmal als fester und obligatorischer Bestandteil des Lehrplans bestehen. Das braunschweigische Staatsministerium ließ auch weiterhin nichts unversucht, um dem Ziel einer vollständigen Trennung von Staat und Kirche näher zu kommen. So wurde 1922 die Befreiung von Lehrern und Schülern untersagt, die am Buß- und Bettag an einem Gottesdienst teilnehmen wollten[429]. Gymnasialschülern drohte sogar der Verweis von der Lehranstalt, falls sie sich nicht an das Verbot hielten, wozu es allerdings de facto nie kam.

Mit Beginn der Amtszeit der USPD-MSPD-Koalition unter Sepp Oerter schien die staatliche Kirchenpolitik in etwas gemäßigteren Bahnen zu verlaufen. Die ersten Signale deuteten jedenfalls eine Abkehr vom bisherigen Konfrontationskurs an. Daran hatte Oerter großen Anteil, denn er suchte die Verständigung mit der Kirche. Von diesem Kurswechsel profitierte zunächst die katholische Kirche, mit der der Freistaat Braunschweig am 10. Oktober 1921 einen Vertrag abschloss, der die Übernahme der katholischen Privatschulen als Gemeindeschulen vorsah, ohne dass der katholische Charakter der Schulen aufgehoben wurde[430]. Verhandlungen mit der evangelischen Kirche führten zur Paraphierung eines Vertrages, in dem die Regierung die Synode anerkannte und finanzielle Unterstützung gewährte. Mit diesen Maßnahmen hatte das Staatsministerium auf den ersten Blick das auch in der Öffentlichkeit vorgetragene Ziel, die Trennung von Staat und Kirche zu erreichen, selber unterlaufen. Oerter betrieb eine widersprüchliche Politik. Ob er dadurch die Akzeptanz der sozialistischen Regierung in der mehrheitlich konfessionell gebundenen Bevölkerung erhöhen wollte, bleibt eine offene Frage. Im Landtag begründete Oerter die Anerkennung der Synode der evangelischen Kirche mit dem Hinweis, dass er „auch kirchlicherseits ein Organ" als Verhandlungspartner bräuchte[431]. Mit seiner Kirchenpolitik verunsicherte Oerter die eigene Anhängerschaft und provozierte Kritik aus den eigenen Reihen. So missbilligte etwa Otto Grotewohl wenige Tage vor Oerters Sturz im Landtag, dass sich ein Regierungsvertreter auf einer Tagung des Landes-Lehrervereins für die Gemeinschaftsschule, nicht aber für die weltliche Schule ausgesprochen habe[432]. Dafür machte er indirekt Oerter als zuständigen Minister verantwortlich, da er sich von den Äußerungen seines Mitarbeiters nicht distanziert habe. Der sozialdemokratische ‚Volksfreund' kommentierte diesen öffentlich ausgetragenen Konflikt zwischen den beiden Parteifreunden Oerter und Grotewohl mit den Worten, dass die USPD-Fraktion Oerter „das Vertrauen abgesprochen" habe[433].

[428] Schelm-Spangenberg, Die Deutsche Volkspartei im Land Braunschweig, S. 73.
[429] Rother, Der Freistaat Braunschweig in der Weimarer Republik, S. 966.
[430] Tilly, Schule und Kirche in Niedersachsen, S. 203; Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 143.
[431] Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1922/24, Sp. 2307 (46. Sitzung vom 6. 2. 1923). Zitiert nach: Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 143.
[432] Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 5414–5419, hier S. 5415 (112. Sitzung vom 23. 11. 1921).
[433] ‚Volksfreund' vom 29. 11. 1921. Zitiert nach Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 144.

Als Volksbildungsminister beendete Grotewohl den Verständigungskurs Oerters. Ein von Kultusminister Hans Sievers am 14. September 1920 veröffentlichter Erlass enthielt zunächst nur unverbindliche Regelungen für den schulischen Religionsunterricht. Das änderte sich mit dem Grotewohlschen Schulerlass vom 18. März 1922, der tief in die innere Struktur der braunschweigischen Gemeindeschulen eingriff, denn er untersagte religiöse Lesestücke, Schulgebete und -andachten außerhalb des Religionsunterrichts[434]. Des Weiteren legte der neue Erlass fest, dass die dabei von den Lehrern zu vergebenden Zensuren keinen Einfluss auf die Versetzung der Schüler haben durften. Mit dieser Maßnahme bewegte sich die Landesregierung auf dünnem Eis. So sah Artikel 174 der Weimarer Reichsverfassung vor, dass die Rechtslage in Schulfragen von den Ländern nicht verändert werden durfte, solange das angekündigte Reichsschulgesetz nicht vorlag. Grotewohl ging davon aus, dass „Länder mit einem reinen Konfessionsschulsystem [...] überhaupt nicht unter den Sperrartikel 174" fallen[435]. Da Braunschweig ein solches Schulsystem habe, das anders als die Bekenntnisschulen rechtlich nicht geschützt sei, könne es auch „jederzeit" umgebaut werden. Darüber hinaus glaubte das Volksbildungsministerium in Braunschweig die juristischen Hindernisse beiseite räumen zu können, indem es sich ausdrücklich auf Artikel 135 bezog, in dem die Glaubens- und Gewissensfreiheit garantiert wurde. Grotewohl wies die beiden Landesschulämter an, die von ihm erlassenen Bestimmungen den Schulen „zur Pflicht zu machen"[436]. Daraufhin setzte auf evangelischer Seite ein Sturm der Entrüstung ein. Die bürgerlichen Parteien begannen mit einer Pressekampagne[437], um die Bevölkerung gegen die sozialistische Landesregierung zu mobilisieren. Gleichzeitig formierte sich die bürgerlich-konservativ orientierte Elternschaft im Freistaat Braunschweig und protestierte unter Verweis auf die Reichsverfassung umgehend beim Reichsinnenminister in Berlin[438]. Mehrere Vereine legten beim braunschweigischen Staatsministerium Einspruch ein und verlangten die Rücknahme des Erlasses[439]. Bürgerliche Abgeordnete richteten im Landtag eine Interpellation an das Staatsministerium, dem sie vorwarfen, „die evangelische Bevölkerung [...] aufs neue herausgefordert und ihre Empfindungen aufs tiefste verletzt" zu haben[440]. Außerdem erklärten sie, dass der Erlass „den Grundsätzen der Gerechtigkeit [widerspreche], die verlangt, dass nicht eine überwiegende Mehrheit in ihrer Glaubens- und Gewissensfreiheit beeinträchtigt wird". Einige Wochen später beantragten konservative Landtagsabgeordnete in einem Minderheitenbericht des

434 Tilly, Schule und Kirche in Niedersachsen, S. 194.
435 NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 3584, handschriftlicher Vermerk Grotewohls vom 15. 3. 1922.
436 NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 3584, Staatsministerium (Abt. für Volksbildung) am 18. 3. 1922 an das Landesschulamt für das höhere Schulwesen und das Landesschulamt für das Volksschulwesen.
437 Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 145.
438 NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 3584, Hauptausschuss der Elternschaften der höheren Schulen des Landes Braunschweig am 16. 3. 1922 an den Reichsinnenminister. Das Datum kann nicht stimmen, da der Erlass vom 18. 3. 1922 stammte. Vermutlich handelt es sich um einen Tippfehler.
439 NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 3584, Braunschweigisches Landeskonsistorium am 28. 3. 1922 an das Staatsministerium (Abt. für Volksbildung); ebenda, Vorstand des Braunschweigischen Landes-Lehrervereins am 9. 4. 1922 an das Staatsministerium (Abt. für Volksbildung).
440 NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 3584, Interpellation von Steigerthal u. a. vom 30. 3. 1922.

Rechtsausschusses die Aufhebung des Schulerlasses[441]. Grotewohl hatte mit dem Schulerlass einen großen Teil des Bürgertums gegen sich und die Landesregierung aufgebracht. Die ohnehin schon bestehende Kluft zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum vergrößerte sich dramatisch.

Besonders einflussreich war in Braunschweig der Landeslehrerverein, dem 1924 96 Prozent der Lehrer im Freistaat angehörten[442]. Der Organisationsgrad in den Ländern hing im Übrigen sehr stark von der jeweiligen Konfessionsstruktur ab. Das führte dazu, dass in Ländern mit überwiegend protestantischer Bevölkerung (z. B. Sachsen, Thüringen, Braunschweig) die Mehrheit der Lehrer dem Landesverband des Deutschen Lehrervereins angehörte. In Braunschweig gelang es offensichtlich dem Lehrerverein, die Landesregierung in Bedrängnis zu bringen, denn er berief sich in seinem Protest gegen den Schulerlass auch auf die Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die Trennung von Staat und Kirche verpflichte den Staat zu „unbedingter Neutralität gegenüber allen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften"[443]. Der Schulerlass bevorzuge aber die Freidenkervereinigung und übe auf die Lehrer einen „unerträglichen Gewissenszwang" aus. Darüber hinaus sah der Vorstand des Landeslehrervereins das Erziehungsrecht der Eltern gefährdet und forderte, dass die Teilnahme der Kinder am Religionsunterricht „der freien Willenserklärung der Erziehungsberechtigten überlassen bleiben muss". Der Protestbrief endete mit einer pathetischen Feststellung: „Die staatliche Schule kann ihre Pflicht nur erfüllen, wenn sie von jeder Bevormundung der politischen, kirchlichen und Weltanschauungsgruppen frei gehalten wird"[444]. Ein weiterer wichtiger außerparlamentarischer Akteur war der evangelische Landeselternbund, der ebenfalls gegen den Schulerlass mobil machte. In diesem Interessenverband waren Ende 1923 ca. 21 000 Mitglieder in rund 110 Ortsvereinen organisiert[445].

Der Grotewohlsche Schulerlass wühlte jedoch nicht nur die bürgerlichen Schichten auf, sondern bewegte auch die Arbeiterschaft. Zahlreiche Arbeiter solidarisierten sich offensichtlich mit der Landesregierung in diesem Punkt und traten aus der Kirche aus. Allein im I. Quartal 1922 kehrten im Land Braunschweig 20 062 Personen der Evangelischen Kirche den Rücken; 1921 waren es nur 1 868 gewesen[446]. Die braunschweigische Landeskirche sah sich binnen kurzer Zeit in ihren Grundfesten erschüttert. Diese subjektive Wahrnehmung wurde noch durch eine Kürzung der staatlichen Zuschüsse an die Landeskirche, die über wenig Grundbesitz verfügte, weiter verstärkt. Der Konflikt zwischen Staat und Kirche lässt sich im Freistaat Braunschweig auch aus der angespannten Finanzlage der evangelischen Kirche ableiten[447]. USPD, MSPD und KPD warben in Kundgebungen und Zeitungsartikeln für den Austritt aus der Kirche. Parallel dazu kam es in den

[441] Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1922/24, Drucksache 99 (6. 5. 1922).
[442] Bölling, Volksschullehrer und Politik, S. 61.
[443] NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 3584, Vorstand des Braunschweigischen Landes-Lehrervereins am 9. 4. 1922 an das Staatsministerium (Abt. für Volksbildung), S. 1.
[444] Ebenda, S. 2.
[445] Tilly, Schule und Kirche in Niedersachsen, S. 290. Die Zahlenangaben sind etwas umstritten. Vgl. Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 145, Anm. 338.
[446] Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 145.
[447] Tilly, Schule und Kirche in Niedersachsen, S. 288.

Wohnorten der Industriearbeiter zur Neugründung von Ortsvereinen der Freidenker[448].

Die Proteste der Lehrer- und Elternschaft beeindruckten den Volksbildungsminister jedoch nicht. Eine Aufhebung des Erlasses kam für Grotewohl, der schon am 26. September 1919 aus der Kirche ausgetreten war, „selbstverständlich nicht in Frage"[449]. Gegenüber dem Reichsinnenminister wies er die Kritik an seinem Vorgehen zurück[450]. Im Einzelnen berief er sich auf die rechtlichen Bestimmungen des Gemeindeschulgesetzes vom 5. April 1913, die sich auf die evangelisch-lutherischen Gemeindeschulen erstreckten. Das Gesetz enthalte keine Angaben über den konkreten Umfang des Religionsunterrichts im schulischen Lehrplan. Diese Aufgabe habe anfangs das Konsistorium als Landesschulbehörde, später das Landesschulamt wahrgenommen. Durch diese institutionelle Kontinuität glaubte Grotewohl beweisen zu können, dass sein Erlass in Übereinstimmung stand mit der entsprechenden Landes- und Reichsgesetzgebung[451]. Das Reichsinnenministerium deutete zunächst Kompromissbereitschaft an und wollte Verhandlungen mit der braunschweigischen Landesregierung aufnehmen, „damit nicht die Behandlung aller religiösen Lieder, Lesestücke und Schulfeiern, sondern nur der bekenntnismäßigen auf den Religionsunterricht beschränkt bleibt"[452]. Zur Begründung wies Berlin daraufhin, dass „es Lieder mit religiösem Inhalt und religiöse Lesestücke gibt, die sich durchaus für den Unterricht an Kinder[n] eignen"[453]. Gleichzeitig hielt das Reichsinnenministerium die Bestimmung für zweckmäßig, dass über den Religionsunterricht erteilte Zensuren nicht versetzungsrelevant sein sollten, soweit es sich um Klassen handelte, in denen Schüler am evangelischen Religionsunterricht nicht teilnahmen[454]. Das Landesschulamt für das höhere Schulwesen, das dem Volksbildungsministerium unterstand, war im Frühjahr 1922 Adressat von Eingaben einzelner Gymnasien, die gegen den Schulerlass protestierten, der teilweise von Lehrern und Schülern als Beeinträchtigung der Glaubens- und Gewissensfreiheit empfunden wurde. Daraufhin schlug das Landesschulamt vor, die Genehmigung zu erteilen, „dass dort, wo diese Tatsache zutrifft, für diejenigen evangelischen Schüler, die das Bedürfnis gemeinsamer religiöser Erbauung haben, außerhalb der Unterrichtszeit eine kurze Andacht zu Beginn der Woche in der Aula oder sonstigen Räumen der betreffenden Anstalt a[b]gehalten werden darf"[455].

[448] Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 145. Vgl. zum Gesamtkontext: Kaiser, Arbeiterbewegung und organisierte Religionskritik.

[449] NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 3584, handschriftlicher Brief mit handschriftlichen Notizen Grotewohls vom 24. 4. 1922.

[450] NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 3584, Grotewohl am 24. 4. 1922 an den Reichsinnenminister, S. 1.

[451] Ebenda, S. 2. Dagegen protestierte das braunschweigische Landes-Konsistorium in einem umfangreichen Schreiben vom 22. 5. 1922 beim Reichsinnenminister. Vgl. ebenda.

[452] NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 3584, Beantwortung der Anfrage des Reichstagsabgeordneten Dr. Runkel durch das Reichsinnenministerium am 11. 5. 1922, S. 2.

[453] NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 3584, Reichsinnenministerium am 19. 5. 1922 an den Volksbildungsminister in Braunschweig.

[454] NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 3584, Beantwortung der Anfrage des Reichstagsabgeordneten Dr. Runkel durch das Reichsinnenministerium am 11. 5. 1922, S. 2.

[455] NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 3584, Landesschulamt für das höhere Schulwesen am 11. 5. 1922 an das Staatsministerium (Abt. f. Volksbildung).

Mit der Regierungsumbildung unter Dr. Heinrich Jasper und dem Regierungseintritt der DVP am 23. Mai 1922 endete Grotewohls Amtszeit als Volksbildungsminister. Nachfolger wurde Rudolf Kaefer (DVP). Dennoch gingen die Auseinandersetzungen um den Grotewohlschen Schulerlass weiter, da die MSPD nur bedingt zu Konzessionen bereit war. Der umstrittene Erlass sollte nur „insoweit abgeändert werden, als das Reich es verlangt", wie der ‚Volksfreund' zu berichten wusste[456]. Jasper und die MSPD wollten sogar den Staatsgerichtshof anrufen, falls die Änderungsvorschläge des Reichsinnenministeriums unannehmbar wären. Ende Mai kam es in Berlin zu ersten Verhandlungen zwischen Vertretern des Reichsinnenministeriums und dem neuen Volksbildungsminister Kaefer, bei denen das Reichsinnenministerium darauf drängte, den Schulerlass in einigen Punkten zu ändern bzw. zu ergänzen. So betonte etwa Staatssekretär Schulz, dass das bestehende Landesrecht die christliche Bildungsgrundlage für die Gemeindeschulen fordere[457]. Damit sei es „schlechthin unvereinbar", alle religiösen Lieder und Lesestücke aus dem Gesangs- und Deutschunterricht zu verbannen, „oder jede Möglichkeit zu untersagen, außerhalb der Religionsstunden Andachten oder Schulfeiern abzuhalten". Deshalb sollte der Erlass dahingehend geändert werden, dass „statt des religiösen Charakters lediglich der bekenntnismäßige eingeschränkt wird"[458]. Daraufhin überarbeiteten die Beamten im braunschweigischen Volksbildungsministerium den Schulerlass, ohne dass das Reichsinnenministerium zufrieden gestellt werden konnte[459].

Während die Verhandlungen zwischen dem Reich, das die Rechtmäßigkeit des Erlasses nicht grundsätzlich in Frage stellte, und der Landesregierung weitgehend sachlich geführt wurden, ebbte der Protest im Freistaat Braunschweig nicht ab. Der Rechtsausschuss des Landtags wies mehrere Bittschriften von Interessenverbänden sowie von einzelnen Bürgern mit dem Hinweis zurück, dass das Staatsministerium die Glaubens- und Gewissensfreiheit aller Schüler durchaus gesichert habe[460]. Der Landtagsausschuss stellte weiter fest: „Die Notwendigkeit der Verfügung vom 18. März 1922 muß anerkannt werden, ihre Aufrechterhaltung ist aus rechtlichen und schulpolitischen Gründen zu wünschen." In der Zwischenzeit hatte sich auch noch der Deutsche Evangelische Kirchenausschuss in die Angelegenheit eingeschaltet, der von der braunschweigischen Landeskirche gebeten worden war, seinerseits die Aufhebung des Grotewohlschen Schulerlasses zu verlangen[461]. Gegenüber dem Reichsinnenminister legte er „gegen die in all dem hervorgetretene Missachtung der Religion und ihres Einflusses auf deutsches Volksleben und öffentliche Sittlichkeit schärfste Verwahrung ein". In seinem Antwortschrei-

[456] ‚Volksfreund' vom 25. 5. 1922, in: StABS, G X 6, Nr. 15.
[457] NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 3584, Ergebnis der Verhandlungen im Reichsinnenministerium am 29. 5. 1922, S. 4.
[458] Ebenda, S. 5.
[459] NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 3584, Braunschweigischer Volksbildungsminister am 13. 6. 1922 an den Reichsinnenminister; ebenda, Reichsinnenministerium am 30. 6. 1922 an den Volksbildungsminister in Braunschweig.
[460] Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1922/24, Drucksache 146 (10. 6. 1922).
[461] NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 3584, Deutscher Evangelischer Kirchenausschuss am 9. 6. 1922 an den Reichsinnenminister.

ben verwies das Reichsinnenministerium auf die laufenden Gespräche mit dem braunschweigischen Volksbildungsministerium, die zu einem befriedigenden Ergebnis für alle Beteiligten führen würden, und versuchte die Gemüter zu beruhigen: „Was die erwähnte braunschweigische Verfügung wegen der Teilnahme von Kindern am lebenskundlichen Unterricht angeht, so kann keine Rede davon sein, dass durch sie die Lehrer, wie der Deutsche Evangelische Kirchenausschuss annimmt, zu offiziellen Agenten des lebenskundlichen Unterrichts herabgewürdigt werden."[462]

Obwohl zwischen dem Reichsinnenministerium und dem braunschweigischen Volksbildungsministerium keine gravierenden inhaltlichen Meinungsverschiedenheiten bestanden, zogen sich die Verhandlungen unerwartet in die Länge. Grotewohls Nachfolger, Rudolf Kaefer (DVP), Gustav Steinbrecher (SPD) und Dr. Heinrich Jasper (SPD), feilschten um jede Formulierung und zeigten sich nicht kompromissbereit. Aufgrund der großen Erwartungshaltung in der Arbeiterschaft Braunschweigs, die mehrheitlich hinter dem Grotewohlschen Schulerlass stand, sah sich die Landesregierung, die überdies von der Richtigkeit ihrer Schulpolitik überzeugt war, offenbar nicht in der Lage, weitergehende Zugeständnisse zu machen. Das führte letztlich zu dieser Hängepartie; der Erlass konnte nicht in Kraft treten. Das Reichsinnenministerium betonte zwar, es sei Aufgabe der Reichsregierung, darauf zu achten, dass „Form und Inhalt der Verordnung der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen bezw. Reichsverordnungen nicht widersprechen"[463]. Dieses scheinbar formale Vetorecht wurde jedoch de facto relativ weit ausgelegt, denn das Reichsinnenministerium monierte durchaus einzelne Bestimmungen, ja sogar einzelne Formulierungen[464]. Braunschweig war an einer raschen Einigung mit Berlin nicht mehr interessiert und hoffte allem Anschein nach auf ein Einlenken seitens des Reichsinnenministeriums. Zu der ursprünglich angekündigten Anrufung des Staatsgerichtshofes durch die Landesregierung kam es nicht. Mit gutem Grund: Das ebenfalls sozialdemokratisch regierte Land Sachsen war mit seinem Vorstoß gescheitert, den Religionsunterricht abzuschaffen. Am 4. November 1920 hatte das Reichsgericht entsprechende rechtliche Regelungen mit der Reichsverfassung für unvereinbar erklärt[465]. Ein ähnliches Schicksal drohte nunmehr auch dem Grotewohlschem Schulerlaß. Deshalb verwarf vermutlich das Staatsministerium in Braunschweig den Plan, das oberste Reichsgericht in dieser Angelegenheit anzurufen.

Anders als in Sachsen hielt die SPD in Braunschweig an der Trennung von Staat und Kirche und der vollständigen Zurückdrängung des kirchlichen Einflusses in den Schulen unverdrossen fest. Ministerpräsident Jasper versuchte den gordischen Knoten zu zerschlagen und war dabei bereit, den Änderungswünschen des Reiches entgegenzukommen. Allerdings konnte er sich im Kabinett nicht durchsetzen: Am 29. Dezember 1922 lehnte es die Landesregierung mit Stimmengleichheit ab, den

[462] NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 3584, Reichsinnenministerium (Staatssekretär Schulz) am 10. 7. 1922 an den Deutschen Evangelischen Kirchenausschuss.

[463] NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 3584, Vermerk über Besprechung im Reichsinnenministerium am 19. 7. 1922.

[464] Vgl. NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 3584, Vermerk über 2 Besprechungen im Reichsinnenministerium am 2. und 3. 10. 1922; ebenda, Reichsinnenministerium am 9. 10. 1922 an den braunschweigischen Volksbildungsminister.

[465] Heidenreich, Arbeiterkulturbewegung und Sozialdemokratie, S. 189.

Schulerlass entsprechend den Forderungen des Reichsinnenministeriums umzugestalten[466]. Jasper und Rönneburg hatten dafür, Steinbrecher und Vogtherr dagegen gestimmt. Damit blieb es bei der harten Haltung gegenüber Berlin. Mitte Februar 1923 beschäftigte sich der Landtag mit der Kontroverse und diskutierte über den Grotewohlschen Schulerlass. Dabei verteidigte Grotewohl seinen Erlass vehement und sprach in dem Zusammenhang von einem „Kampf um Weltanschauungen" sowie von einem „Kampf gegen die religiösen Ideen"[467]. Er betonte, dass Religion ausschließlich Privatsache sei, „die von Privatpersonen und Vereinen zu betreiben ist". Außerdem erhob er den Vorwurf, dass der Religionsunterricht „in vergangenen Jahren, in anderen staatsrechtlichen Formen, als polizeiliche Einrichtung[,] benutzt worden" sei[468]. Seine Kritik untermauerte er mit zahlreichen Zitaten aus reformpädagogischen Lehrbüchern, die angeblich ein vernichtendes Urteil über den Religionsunterricht fällten. Auf diese Weise konnte Grotewohl im Übrigen auch seine Belesenheit unter Beweis stellen. In seiner Rede unterstrich er die Verpflichtung des Staates, „die Jugend zum Guten zu erziehen"[469]. Seiner Meinung nach konnte der Religionsunterricht diese Aufgabe jedoch nicht erfüllen: „Die ganze alttestamentarische Lehre ist heute zu einem großen Teil überhaupt nur aus den Kulturzuständen ihrer Zeit verständlich. Unserer Zeit sind diese Dinge vollkommen fremd geworden. Die christliche Ethik, die christliche Religion in Verbindung mit der Sittlichkeit ist nicht auf das Leben auf der Erde eingestellt, sondern auf das Leben einer anderen, für sie schöneren und besseren Welt." Grotewohl schlussfolgerte daraus, dass die „Entfaltung und Vertiefung sittlichen Empfindens [...] nur aus der lebendigen Gemeinschaft der Menschen herauswachsen" könne. Ihm ging es vor allem darum, den kirchlichen Einfluss in den Schulen einzudämmen. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung sollte die Abschaffung des Religionsunterrichtes sein. Damit trug Grotewohl noch einmal die bekannten kirchenpolitischen Forderungen der SPD Braunschweigs vor und erhielt dafür lebhaften Beifall aus den eigenen Reihen. Gleichzeitig machte die Landtagsdebatte erneut den unüberbrückbaren Gegensatz zu den bürgerlich-konservativen Parteien deutlich, deren Abgeordnete Grotewohls Rede mehrmals unterbrachen.

Am Ende der dreitägigen Debatte beschloss der Landtag, das Staatsministerium aufzufordern, den Grotewohlschen Schulerlass im Sinne der Vorschläge des Reichsinnenministeriums zu ändern[470]. Die Landtagsmehrheit wollte in erster Linie eine rasche Lösung des lange schwelenden Konflikts und machte keine inhaltlichen Vorgaben. Der Beschluss kam auf Antrag der DDP-Abgeordneten Rönneburg und Alfred Volkland zustande und wurde begünstigt durch die Abwesenheit eines SPD-Parlamentariers und die Tatsache, dass Sepp Oerter mit der Opposition im

[466] NdsStAWF, 12 Neu 13, Nr. 13451, Bl. 64, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums am 29.12.1922.

[467] Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1922/24, Sp. 2602–2612, hier Sp. 2603 (50. Sitzung vom 15.2.1923).

[468] Ebenda, Sp. 2604.

[469] Ebenda, Sp. 2606.

[470] Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1922/24, Sp. 2665 (52. Sitzung vom 15.2.1923). Den Beschluss teilte der Landtagspräsident dem Volksbildungsminister noch am selben Tag mit. NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 3584, Landtagspräsident am 15.2.1923 an den Volksbildungsminister.

Landtag gestimmt hatte. Daraufhin wurde dieser im Übrigen aus dem Freidenkerverband ausgeschlossen[471]. Jasper sah sich durch den Landtagsbeschluss in seiner Position gestärkt. Da der Justiz- und Innenminister Ewald Vogtherr (SPD) am 13. Februar überraschend gestorben war und Grotewohl das Amt als Nachfolger erst am 28. Februar übernahm, nutzte Jasper die kurze Übergangsphase, um erneut einen Regierungsbeschluss herbeizuführen. Gegen die Stimme Steinbrechers beschloss das Kabinett am 26. Februar, den Schulerlass entsprechend dem Landtagsbeschluss zu ändern[472].

Aus unerklärlichen Gründen dauerte es noch einmal acht Monate, bis der Beschluss umgesetzt wurde[473]. Der Jaspersche Schulerlass vom 20. Oktober 1923 legte zunächst einmal fest, dass Kinder vor Vollendung des vierzehnten Lebensjahres von der Teilnahme am Religionsunterricht befreit werden konnten[474]. Dazu musste allerdings ein entsprechender Antrag der Erziehungsberechtigten vorliegen. Nach Vollendung des vierzehnten Lebensjahres konnten die Kinder selbst über ihre Unterrichtsteilnahme entscheiden. Eine Verschärfung gegenüber dem Grotewohlschen Schulerlass brachte eine neue Bestimmung, die vorsah, dass in den ersten beiden Grundschuljahren der „bekenntnismäßige" Religionsunterricht nicht mehr erteilt werden sollte. Auf der anderen Seite räumte der Erlass Lehrern und Schülern die Möglichkeit ein, während des Unterrichts an religiösen Veranstaltungen teilzunehmen, sofern der Unterrichtsbetrieb nicht gefährdet werde[475]. Vor allem dieser Punkt rief aber die evangelische Kirche und den Landeselternbund wieder auf den Plan, die die Verfassungsmäßigkeit erneut in Frage stellten[476].

Der Versuch Jaspers, einen Kompromiss zu finden, der alle Beteiligten zufrieden stellte, war gescheitert. Damit begann die Auseinandersetzung wieder von vorne, an der nicht nur die bekannten politischen Akteure des Freistaats, sondern auch das Reichsinnenministerium teilnahmen. Darüber hinaus schaltete sich auch der Reichstag in die Diskussion ein: Der DNVP-Parlamentarier Reinhard Mumm richtete zusammen mit anderen Reichstagsabgeordneten eine kleine Anfrage an das zuständige Reichsinnenministerium, in der er die Vorgehensweise der braunschweigischen Landesregierung kritisierte[477]. Das Reichsinnenministerium teilte die vorgetragenen Bedenken und kündigte an, das Reichsgericht anzurufen, falls in Braunschweig weiterhin nicht die Möglichkeit bestehen sollte, Religionsunterricht in den ersten beiden Grundschuljahren besuchen zu können[478]. Während Berlin auf einen baldigen Abschluss der Überarbeitung des Schulerlasses drängte, spielte

[471] Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 146, Anm. 348.
[472] NdsStAWF, 12 Neu 13, Nr. 13451, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums vom 26. 2. 1923.
[473] Das Reichsinnenministerium bat zweimal um Mitteilung über den Stand der Angelegenheit. Vgl. NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 3584, Reichsinnenministerium am 12. 4. 1923 und am 22. 6. 1923 an den braunschweigischen Volksbildungsminister.
[474] NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 3584, braunschweigischer Volksbildungsminister am 20. 10. 1923 an das Landesschulamt für das höhere Schulwesen und das Landesschulamt für das Volksschulwesen, S. 1.
[475] Ebenda, S. 2.
[476] Tilly, Schule und Kirche in Niedersachsen, S. 326f.
[477] NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 3584, Kleine Anfrage Nr. 2057 vom 26. 11. 1923.
[478] NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 3584, Reichsinnenministerium am 29. 12. 1923 an den Reichstagspräsidenten.

Braunschweig offenbar auf Zeit[479]. Daran konnte auch die Drohung des Reichsinnenministeriums nichts ändern, den Rechtsstreit notfalls vor dem obersten Reichsgericht auszutragen[480]. Jasper musste jedoch dem Druck schließlich nachgeben und hob die umstrittene Bestimmung im Sommer 1924 auf[481].

Ein kirchenpolitischer Kurswechsel ereignete sich Ende 1924 mit dem Amtsantritt einer bürgerlich-konservativen Regierungskoalition unter dem neuen Ministerpräsidenten Gerhard Marquordt (DVP), der gleichzeitig das Volksbildungsministerium übernahm. Dabei konnte die NSDAP, die erstmals im Landtag und in der Regierung vertreten war, einen großen Erfolg verbuchen. Dagegen befand sich die DDP zusammen mit der SPD in der Opposition. Die Regierungsbildung war ein deutliches Zeichen dafür, dass sich das Bürgertum im Freistaat Braunschweig eher nach rechts statt zur Mitte orientierte[482]. Die evangelische Landeskirche verband mit dem politischen Wechsel konkrete Hoffnungen. Als erstes forderte sie die Aufhebung des Grotewohlschen sowie des Jasperschen Schulerlasses[483]. Dies geschah dann am 19. September 1925 mit dem Marquordtschen Schulerlass. Von zentraler Bedeutung war die Definition der Gemeindeschulen als Bekenntnisschulen[484]. Daraus leiteten sich alle anderen Bestimmungen ab: So sollten etwa die Schul- und Klassenandachten wieder aufgenommen werden. Die Beschäftigung von Lehrern, die aus der Kirche ausgetreten waren, war davon abhängig zu machen, „dass sie gegen den Charakter der Schulen nicht verstoßen". Diese Lehrer durften in der Regel nicht mehr Deutsch, Geschichte und Gesang unterrichten. Außerdem waren die Noten, die im Religionsunterricht vergeben wurden, wieder versetzungsrelevant. Auch dieser Erlass trug nicht zur innenpolitischen Befriedung bei. Der Protest formierte sich dieses Mal auf Seiten der Lehrerschaft, der Freidenkerverbände und der organisierten Arbeiterschaft: Am 13. Oktober 1925 bildete sich in Braunschweig ein Ausschuss, der für eine Gemeinschaftsschule eintrat, die für alle Bekenntnisse offen sein sollte[485]. Auch der SPD-Bezirksausschuss erhob „entrüstet Protest gegen das Vorhaben des braunschweigischen Ministers für Volksbildung, mit einem Federstrich die allgemeinen Volksschulen unseres Landes zu Bekenntnisschulen umzugestalten"[486]. Mit dem Grotewohlschen Schulerlass begann 1922 die erbitterte Auseinandersetzung über die Trennung von Staat und Kirche in den Schulen, die sich rasch zu einem Kulturkampf zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft ausweitete. Mit der Rückkehr der SPD an die Regierung Ende 1927 erfolgte wieder ein Pendelschlag in die entgegengesetzte Richtung: Der

[479] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 13452, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums am 10. 6. 1924.
[480] NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 3584, Vermerk v. Stutterheims (braunschweigischer Gesandter in Berlin) vom 30. 6. 1924 an den Volksbildungsminister in Braunschweig.
[481] NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 3584, Volksbildungsminister am 18. 8. 1924 an den Reichsinnenminister, S. 3.
[482] Rother, Der Freistaat Braunschweig in der Weimarer Republik, S. 960.
[483] NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 3584, Kirchenregierung am 24. 3. 1925 an den Volksbildungsminister.
[484] NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 3584, braunschweigisches Volksbildungsministerium am 19. 9. 1925 an die beiden Landesschulämter.
[485] NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 3584, Richard V. am 14. 10. 1925 an den Landtag des Freistaats Braunschweig.
[486] NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 3584, Entschließung des SPD-Bezirksausschusses Braunschweig [Ende Oktober 1925].

Sievers'sche Schulerlass vom 7. Januar 1928 bedeutete eine „Verweltlichung"[487] des Schulwesens. Für den Zeitraum der Weimarer Republik besaß dieses Thema im Freistaat Braunschweig zentrale politische Bedeutung. Bezeichnend war die Tatsache, dass die politischen Lager polarisierten und zu einem tragfähigen Kompromiss nicht in der Lage waren.

Sozialistische Bildungsoffensive in Braunschweig?

Grotewohl versuchte in seiner sechsmonatigen Amtszeit als Volksbildungsminister nicht nur mit Blick auf den Religionsunterricht, sondern auch in anderen bildungspolitischen Fragen Weichenstellungen vorzunehmen. So präsentierte er kurz nach seinem Amtsantritt im Landtag einen Gesetzentwurf über die Schulgeldfreiheit in den Gemeinde- und öffentlichen Volksschulen[488]. Der vorgelegte Entwurf bewegte sich auf der Linie des Paragraphen 145 der Weimarer Reichsverfassung, welcher den unentgeltlichen Unterricht vorsah, und wurde von den Vertretern aller im braunschweigischen Landtag vertretenen Parteien grundsätzlich begrüßt. Gleichzeitig entsprach der Gesetzentwurf den schulpolitischen Vorstellungen der SPD[489], denn er zielte auf eine Öffnung des Zugangs zu den Bildungseinrichtungen des Freistaates für einkommensschwache Bevölkerungsschichten. Ungeklärt blieb allerdings die Frage, ob die Gemeinden eine finanzielle Ausgleichszahlung für die zu erwartenden Mindereinnahmen erhalten sollten[490]. Der DVP-Abgeordnete Bodo Steigertahl sprach sich in dem Zusammenhang für die Einführung einer allgemeinen Reichsschulsteuer aus und brachte damit den Reichstag als neuen politischen Akteur ins Spiel[491]. Dieser Vorschlag wurde jedoch in der Landtagsdebatte nicht weiter aufgegriffen. Darüber hinaus schaltete sich Grotewohl auch beim Ausbau einzelner Schulen und Turnhallen des Landes ein und beantragte etwa im Landtag am 7. Dezember 1921 Mittel für den Wiederaufbau der durch einen Brand zerstörten Turnhalle des Gymnasiums Blankenburg[492]. Aufgrund der galoppierenden Inflation bat er die Landtagsabgeordneten um eine rasche Entscheidung, damit die dafür benötigten Baumaterialen umgehend besorgt werden könnten. Nach kurzer Debatte nahm der Landtag die Regierungsvorlage an[493]. Grotewohl nutzte das Landesparlament auch als Forum, um seine schulpolitischen Vorstellungen zu wiederholen. Das gilt insbesondere für sein Bekenntnis zur weltlichen Schule. So beantragte er am 20. Dezember 1921, dass das Staatsministerium den Auftrag erhalten sollte, im Reichsrat für die Einheitsschule einzutreten. Wie zu erwarten, rief er

[487] Tilly, Schule und Kirche in Niedersachsen, S. 344.
[488] Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 5538f. (115. Sitzung vom 6. 12. 1921).
[489] Vgl. Wittwer, Die sozialdemokratische Schulpolitik, S. 199f.
[490] Steigertahl nannte in der Debatte eine Summe von 300 000 Reichsmark, wobei die Stadt Braunschweig den Löwenanteil trug (ca. 200 000 Reichsmark); der Restbetrag belastete die Kassen der Landgemeinden. Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 5539 (115. Sitzung vom 6. 12. 1921).
[491] Ebenda.
[492] Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 5598f. (116. Sitzung vom 7. 12. 1921).
[493] Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 5600 (116. Sitzung vom 7. 12. 1921).

damit den Widerspruch der konservativen Abgeordneten hervor. Zur Begründung führte er aus, dass die Forderung „nicht zur Zerspaltung und Zersplitterung des Schulwesens unseres Volkes, sondern [...] das Gegenteil bezwecken" werde[494].

Als Volksbildungsminister setzte sich Grotewohl für die verbesserte Ausstattung der Schulen mit Lehrmitteln[495] sowie für die bessere Bezahlung der Lehrer ein. Auch auf diese Weise wollte er das Bildungsangebot in den Volksschulen erhöhen. Die ursprünglich anvisierte einheitliche Lehrerbesoldung musste von der braunschweigischen Landesregierung jedoch teilweise wieder zurückgenommen werden, weil das Reichsfinanzministerium auf eine Umstellung der Besoldungsgruppen und eine gesonderte Einstufung der Berufsschullehrer drängte[496]. Da Braunschweig nur über wenige Berufsschulen verfügte, sah Grotewohl keinen Anlass für die Ausarbeitung eines eigenen Besoldungsgesetzes und wollte der Berliner Forderung nicht Folge leisten[497]. Nach entsprechender Beschlussfassung im Kabinett und Zustimmung durch den Hauptausschuss des Landtags verfügte Grotewohl schließlich eine einheitliche Anhebung der Lehrergehälter sowie der Ruhegehälter für ehemalige Lehrer[498]. Das Gesetz reihte damit die Lehrer des öffentlichen Volksschulwesens in der gleichen Weise wie insbesondere in Preußen in die Besoldungsgruppe der Staatsbeamten ein. Die Berufsschullehrer wurden dabei stillschweigend mit einbezogen und auf den Erlass eines gesonderten Berufsschullehrerbesoldungsgesetzes verzichtet[499]. Parallel dazu gab es auch auf Reichsebene eine Besoldungsreform, bei der die Sozialdemokratie mit den bürgerlichen Parteien kooperierte und sich in den traditionellen Bahnen der Beamtenpolitik bewegte[500]. Forderungen von USPD und KPD, die Neuordnung der Lehrerbesoldung zu einer grundsätzlichen Strukturreform zu nutzen, unterstützte die SPD nicht. Auch Grotewohl machte sich diese Forderung nicht zu eigen.

Auch nach seiner Amtszeit als Volksbildungsminister äußerte er sich öffentlich zu einzelnen bildungspolitischen Sachthemen und setzte sich insbesondere für die staatliche Förderung von öffentlichen Bibliotheken ein. Angesichts der angespannten Haushaltslage der Städte und Kommunen befanden sich vor allem die sogenannten Volkslesehallen in einem äußerst schlechten Zustand. So konnten oftmals neu erschienene Bücher und Zeitschriften nicht mehr angekauft werden. In

494 Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 6058 (123. Sitzung vom 20. 12. 1921).

495 Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1922/24, Sp. 92f. (4. Sitzung vom 28. 3. 1922).

496 Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1922/24, Sp. 450 (10. Sitzung vom 27. 4. 1922).

497 Eine grundlegende Reform der Berufsschulen erfolgte in Braunschweig erst 1929 mit dem Berufsschulgesetz. Dieses sah den Ausbau des beruflichen Schulwesens als leistungsfähiges drittes Standbein vor, neben Volksschulen und höheren Schulen. Die Umsetzung scheiterte jedoch vor dem Hintergrund der aufkommenden Weltwirtschaftskrise am Widerstand der bürgerlichen Parteien und der Wirtschaft. Gundler, Berufsschule und Berufsschulpolitik im Freistaat Braunschweig, S. 107. Entsprechende Reformvorschläge hatte Grotewohl Ende 1921 im Landtag erstmals formuliert. Ebenda, S. 116.

498 NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 3589, Minister für Volksbildung am 12. 5. 1922 an das Landesschulamt für das Volksschulwesen.

499 NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 3589, Minister für Volksbildung am 15. 4. 1922 an den Landtag (Urschrift).

500 Wittwer, Die sozialdemokratische Schulpolitik, S. 229.

Braunschweig hatte sich deshalb ein Verein zur Unterstützung der dortigen Volkslesehalle gebildet, der vom braunschweigischen Staatsministerium Zuschüsse erhielt, und in dessen Vorstand Grotewohl saß. Deshalb engagierte er sich in diesem Bereich sehr stark und warb Mitte 1922 im Landtag dafür, die staatlichen Zuschüsse für den Verein weiter zu erhöhen[501]. In einer längeren Stellungnahme beklagte er: „Wer heute einmal durch die Lesehalle und die Bücherei einen Gang macht, der wird mit Bedauern feststellen müssen, dass die in früheren Jahren so reichhaltige und so abwechslungsreiche Einrichtung und so überaus planmäßig ausgestaltete Bücherei und vor allen Dingen die Lesehalle heute einen erheblichen Rückgang durchgemacht hat."[502] Auch dieser Vorstoß wurde im Landtag mehrheitlich unterstützt, nachdem der Finanzausschuss grünes Licht gegeben hatte[503]. Diese Aktivitäten können allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Handlungsspielraum Grotewohls als Volksbildungsminister relativ begrenzt blieb. Das hing zum einen mit den immer knapper werdenden Finanzmitteln zusammen, die steigende Ausgaben im Bildungsbereich nahezu unmöglich machten. Ein weiterer Grund war sicherlich zum anderen der bereits mehrfach angesprochene Schulerlass, der das Ministerium langfristig beschäftigte und Anfang der zwanziger Jahre ein Hauptbestandteil der Verwaltungsarbeit war.

Grotewohl war davon überzeugt, dass Bildungsarbeit für die breite Öffentlichkeit eine zentrale Aufgabe des Staates war und der Emanzipation der unteren Bevölkerungsschichten diente[504], deren Zugang zu den Bildungseinrichtungen bis dahin stark begrenzt war. Dieses Ziel verfolgte er im Übrigen persönlich und versuchte sich selber weiterzubilden, obwohl er zu keinem Zeitpunkt einen akademischen Abschluss anstrebte. Nachdem er 1924 aus der braunschweigischen Landesregierung ausgeschieden war, schrieb er sich etwa an der Leibniz-Akademie in Hannover ein. Zwischen 1926 und 1930 war er Gasthörer an der Hochschule für Politik in Berlin sowie an der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin. Dabei besuchte er nach eigenen Angaben Vorlesungen und Seminare in Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftspolitik, Soziologie, Verkehrs- und Siedlungswesen sowie in Geld-, Bank- und Börsenwesen[505]. Zu dieser Zeit war er bereits Reichstagsabgeordneter und konnte nur noch sporadisch an den universitären Veranstaltungen teilnehmen. Die Deutsche Hochschule für Politik bescheinigte ihm immerhin für die beiden Wintersemester 1925/26 und 1926/27 sowie das Sommersemester 1926, dass er als ordentlicher Hörer eingeschrieben war[506].

501 Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1922/24, Sp. 1129–1131 (22. Sitzung vom 7.7.1922).

502 Ebenda, Sp. 1129.

503 Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1922/24, Sp. 1525–1530, hier Sp. 1530 (33. Sitzung vom 1.11.1922).

504 Diese Auffassung vertrat er beispielsweise in Zeitungsartikeln für die sozialdemokratische Presse. Vgl. Grotewohl, Wissen ist Macht!, in: ‚Die Freiheit' vom 31.10.1922. Zitiert nach: StABS, G X 6, Nr. 20,2.

505 SAPMO-BArch, NY 4090/1, Bl. 12, Lebenslauf Grotewohls (o.D.). Nach Angaben von Rother hat Grotewohl bereits vor oder während seiner Amtszeit als Minister Kurse an der Leibniz-Akademie besucht und sich so staatsrechtliche Kenntnisse angeeignet. Vgl. Rother, Otto Grotewohl, S. 529f. Dafür gibt er aber keine Belege an. Diese Einschätzung übernahm Jodl. Vgl. Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 50.

506 SAPMO-BArch, NY 4090/1, Bl. 35, Bescheinigung der Deutschen Hochschule für Politik Berlin vom 31.1.1928.

5. Erneut Landesminister in Braunschweig: Grotewohl als Justiz- und Innenminister (1923/24)

Am 23. Mai 1922 trat Grotewohl zusammen mit den übrigen Regierungsmitgliedern zurück, nachdem der Landtag dem Staatsministerium das Misstrauen ausgesprochen hatte. Das sozialistische Bündnis war geplatzt. Es folgte die Regierungsbildung zwischen MSPD, DDP und DVP unter Leitung von Heinrich Jasper. In den letzten zwei Monaten seiner Amtszeit bekleidete Grotewohl zusätzlich das Justizressort, denn der zuständige Minister Junke hatte angesichts der von Oerter erhobenen Korruptionsvorwürfe am 28. März seinen Rücktritt erklärt. Der Schwerpunkt seiner Arbeit lag aber nach wie vor bei der Leitung des Volksbildungsministeriums. Grotewohls Tätigkeit als Justizminister beschränkte sich offenbar auf die Behördenleitung, wobei er die Regelung der täglich anfallenden Dienstgeschäfte an die ihm unterstehenden Beamten und Verwaltungsangestellten delegierte. Aus dieser kurzen Amtszeit liegen kaum schriftliche Quellen vor. Grotewohl kehrte erst am 28. Februar 1923 wieder in die Regierung zurück und übernahm von Vogtherr, der völlig überraschend am 13. Februar gestorben war, das Justiz- und Innenressort. Bei der Abstimmung im Landtag, die Oerter zu einer persönlichen Abrechnung nutzte, stimmten 34 Parlamentarier für Grotewohl; 22 Stimmzettel waren ungültig[507]. Mit dem Amtsantritt, der am 1. März offiziell erfolgte[508], war für Grotewohl ein weiterer politischer Aufstieg verbunden, denn als Justiz- und Innenminister verfügte er fortan über ein noch größeres Gewicht innerhalb der Landesregierung, auch wenn das Polizeiwesen aus seinem Ressort ausgeklammert blieb.

Personalpolitik

Als Minister für Justiz und Inneres war Grotewohl zuständig für die Personalpolitik des Staatsministeriums[509]. Dabei musste er beispielsweise entsprechende Personalvorschläge für die Kabinettssitzungen vorbereiten und sich unter anderem auch mit laufenden Disziplinarverfahren beschäftigen[510]. Dabei ergaben sich des öfteren Konflikte mit den Gewerkschaftsvertretungen des Landes, die etwa gegen die Personaleinsparungen in den städtischen Betrieben protestierten. Hintergrund dafür war die sich verschlechternde Haushaltslage der Städte und Gemeinden, denn im Zuge der galoppierenden Inflation war seit dem Frühjahr die bis dahin niedrige Arbeitslosigkeit kräftig angestiegen[511]. Unter Hinweis auf das bestehende kommunale Selbstverwaltungsrecht lehnte es Grotewohl ab, die Stadt Braunschweig

[507] Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1922/24, Sp. 2927–2945, (55. Sitzung vom 28. 2. 1923).

[508] NdsStAWF, 12 Neu 13, Nr. 13451, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums vom 1. 3. 1923.

[509] Bei der Regierungsbildung war am 28. 11. 1922 festgelegt worden, dass das Polizeiwesen aus dem Innenressort ausgegliedert wurde. Hierfür war Minister Rönneburg zuständig, der zusätzlich das Wirtschaftsressort leitete. Vgl. Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 289.

[510] Vgl. NdsStAWF, 12 Neu 13, Nr. 13451, Notiz Grotewohls vom 7. 3. 1923 für Minister Dr. Jasper.

[511] Rother, Der Freistaat Braunschweig in der Weimarer Republik, S. 957.

zu zwingen, die ausgesprochenen Kündigungen zurückzunehmen[512]. Darüber hinaus sei die Stadtverwaltung wegen der „ungünstigen Finanzlage" gezwungen, „die größtmögliche Sparsamkeit walten zu lassen". Eine Verzögerung der beschlossenen Maßnahmen sei sogar „vom Standpunkte eines haushälterischen Finanzgebarens" nicht zu verantworten, betonte Grotewohl in seinem Antwortschreiben weiter.

Grotewohl hat zu keinem Zeitpunkt eine Personalpolitik betrieben, die darauf abzielte, einen Elitenwechsel im Verwaltungsapparat, insbesondere in der Beamtenschaft herbeizuführen. Dieser Funktionsbereich blieb weitgehend unangetastet. Versuche, Sozialdemokraten in höhere Positionen der Landesverwaltung zu hieven, sind kaum nachweisbar. Stattdessen beschränkte sich Grotewohl weitgehend darauf, die bis dahin von seinem sozialdemokratischen Amtsvorgänger verfolgte Personalpolitik fortzusetzen. Auch innerhalb des Staatsministeriums gab es keinerlei Reformbestrebungen. Vom Kabinett erhielt er beispielsweise den Auftrag, Vorschläge für die Weiterbildung der Regierungsassessoren und jungen Regierungsräte zu entwickeln[513]. Bei den Sitzungen des Staatsministeriums wurden mitunter auch personalpolitische Entscheidungen gegen Innenminister Grotewohl getroffen[514]. In einigen personalpolitischen Angelegenheiten ging Grotewohl einer Entscheidung aus dem Weg und überließ diese vielmehr dem Ministerpräsidenten Jasper[515].

Während die Kommunalverwaltung dazu überging, Verwaltungsangestellte teilweise zu entlassen und so den Personalbestand zu verringern, stellte die Landesverwaltung im Frühjahr 1923 zunächst noch weitere Beamten ein. So legte das Staatsministerium auf der Grundlage eines entsprechenden Landtagsbeschlusses die Zahl der außerplanmäßigen Beamten für die höhere Verwaltungslaufbahn auf sieben fest[516]. Dennoch blieb die braunschweigische Beamtenschaft von den Einsparungen nicht verschont. Als erstes beschloss das Kabinett am 23. Juli 1923, dass Beamte des Verwaltungsgerichts für ihre Tätigkeit im Oberversicherungsamt und im Versorgungsgericht keine zusätzlichen Vergütungen mehr erhalten sollten[517]. Auch hier fiel der Beschluss gegen die Stimme Grotewohls. Wenige Monate später, als die Inflation auf ihren Höhepunkt zusteuerte, traf der Personalabbau schließlich auch den Beamtenapparat. In dem Zusammenhang kam es zwar aus beamtenrechtlichen Gründen nicht zu Entlassungen, sondern vielmehr zu einem schleichenden Personalabbau. So konnte etwa eine frei gewordene Ministerialratsstelle im Justizministerium nicht mehr neu besetzt werden[518]. Ende Oktober fasste das Kabinett den Beschluss, dass „mit der Besetzung offener Stellen wegen der in Aus-

[512] NdsStAWF, 12 Neu 13, Nr. 5339, Grotewohl am 13. 3. 1923 an den Gewerkschaftsbund der Angestellten.
[513] NdsStAWF, 12 Neu 13, Nr. 13451, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums am 16. 4. 1923.
[514] Ebenda. Dabei handelte es sich um die Beförderung eines Rechnungsrates zum Betriebsdirektor der Landesversicherungsanstalt, die Grotewohl abgelehnt hatte.
[515] NdsStAWF, 12 Neu 13, Nr. 3978, Bd. 1 a, Notiz Grotewohls vom 13. 4. 1923 für Minister Dr. Jasper.
[516] NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 292, Innenminister Grotewohl am 22. 5. 1923 an den Vorsitzenden des braunschweigischen Staatsministeriums.
[517] NdsStAWF, 12 Neu 13, Nr. 13451, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums vom 23. 7. 1923.
[518] NdsStAWF, 12 Neu 13, Nr. 37786, Notiz Grotewohls vom 16. 9. 1924 für Dr. Jasper.

sicht stehenden Vorschriften über den Beamtenabbau" gewartet werden solle[519]. Gleichzeitig wurde aber die Besetzung frei gewordener Stellen nicht grundsätzlich ausgeschlossen.

Innerhalb des Staatsministeriums warnte Grotewohl vor einem weiteren Personalabbau und verwies dabei auf die Konsequenzen für die zukünftige Verwaltungsarbeit. Besondere Schwierigkeiten erblickte er bei den Kreisdirektionen, die seit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs „eine außerordentlich große Fülle neuer Aufgaben" erhalten hätten[520]. Deshalb könne eine Personalreduzierung nur verantwortet werden, wenn zugleich „eine dieser Verminderung entsprechende Geschäftsentlastung eintritt". Grotewohl forderte alle Ressorts des Staatsministeriums auf, „von jetzt ab die Inanspruchnahme der Kreisdirektionen auf das geringstmöglichste Maß" zu reduzieren. Damit machte er sich zum Fürsprecher der Landesbediensteten. Daraufhin antwortete ihm Ministerpräsident Jasper, der in einem ausführlichen Schreiben darlegte, in welchem Umfang die Kreisdirektionen von seinem Geschäftsbereich in Anspruch genommen werden. Abschließend kam er zum Ergebnis, dass die sich daraus ergebende Arbeitsbelastung relativ gering und eine weitere Entlastung nicht erforderlich sei[521]. Mit dem Ende der Inflation in Deutschland entspannte sich die Lage für die Beamtenschaft im Freistaat Braunschweig, denn von einem weiteren Personalabbau war keine Rede mehr. Dagegen sollten die Gemeinden ihren Personalbestand weiter verringern, da der Rückgang der Arbeitslosigkeit eine deutliche Arbeitsentlastung in diesem Verwaltungsbereich mit sich gebracht habe, wie Grotewohl in einem Rundschreiben hervorhob[522]. Andernfalls sei zu überlegen, „ob durch Umorganisation nicht eine Vereinfachung der Verwaltung erzielt werden kann".

In der Folgezeit beschritt die sozialdemokratisch geführte Landesregierung diesen Weg und versuchte langfristig, durch einen Umbau der staatlichen Verwaltung Personal abzubauen. So diskutierte das Kabinett am 8. Februar 1924 über Grundlinien der Umgestaltung, wobei bindende Beschlüsse noch nicht gefasst wurden[523]. Herausragende Bedeutung kam dabei Justiz- und Innenminister Grotewohl zu, denn er präsentierte erste Überlegungen, die jedoch als Anlage zu Kabinettsprotokollen nicht aufgeführt sind. Arbeitsminister Steinbrecher schlug vor, die Bauämter in die Kreisdirektionen einzugliedern. In der folgenden Kabinettssitzung sprach sich Wirtschaftsminister Rönneburg, der als Minister gleichzeitig für das Polizeiwesen zuständig war, dafür aus, Schutzpolizei, Landjägerei, Kriminalpolizei und Fremdenpolizei in einem Landespolizeiamt zusammenzufassen[524]. Ministerpräsident Jasper gab zu bedenken, dass eine solche Regelung nur auf gesetzlicher Grundlage möglich sei und nicht auf dem Verordnungswege erlassen werden

[519] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 13452, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums vom 29.10.1923.
[520] NdsStAWF, 12 A Neu Fb. 13, Nr. 37381, Vermerk Grotewohls vom 15.12.1923.
[521] NdsStAWF, 12 Neu 13, Nr. 3851, Jasper am 19.12.1923 an Grotewohl.
[522] NdsStAWF, 12 Neu 13, Nr. 3851, Grotewohl am 4.1.1924 an die Kreisdirektionen (außer Braunschweig).
[523] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 13452, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums vom 8.2.1924.
[524] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 13452, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums vom 11.2.1924.

könne. Gleichzeitig unterbreitete er den Vorschlag, die Landjägerei den Kreisdirektionen und die Kriminalpolizei der Staatsanwaltschaft zu unterstellen. Daraufhin sagte Grotewohl eine rechtliche Prüfung zu. Eine Woche später entwickelte Jasper einen Plan zum Personalabbau bei den Volks-, Mittel- und Berufsschulen und konnte bereits einen Referentenentwurf für ein entsprechendes Gesetz präsentieren[525]. Da jedoch Rönneburg diesen Vorschlag ablehnte und die beiden anderen Kabinettskollegen, Grotewohl und Steinbrecher, abwartend reagierten, musste Jasper seinen Plan wieder fallen lassen. Statt dessen versuchte er, zumindest einen Konsens über die Auflösung der Landesschulämter herbeizuführen. Zum Abschluss präsentierte er detaillierte Vorstellungen zum Personalabbau in der Finanzverwaltung. Konkrete Beschlüsse wurden allerdings nicht gefasst; die Gedankenspiele zogen letztlich keinerlei Konsequenzen nach sich. In der Folgezeit verabschiedete sich die braunschweigische Landesregierung vom eingeschlagenen Sparkurs und hob beispielsweise die in Absprache mit der Reichsregierung verhängte Beförderungssperre wieder auf[526].

Grotewohls Stellung im Kabinett

Als Minister für Justiz und Inneres war Otto Grotewohl zwangsläufig an der Vorbereitung zahlreicher Gesetzentwürfe beteiligt, die von der Landesregierung verabschiedet und dem Landtag zur Diskussion und Beschlussfassung vorgelegt wurden. Ein zentrales Arbeitsfeld war während seiner Amtszeit die Reform der Kommunalverfassung, die im Mittelpunkt des nächsten Abschnitts stehen wird. Darüber hinaus musste sich Grotewohl als Ressortminister bei der Entwurfberatung im Kabinett mit einer Reihe von anderen Sachthemen auseinandersetzen. Die überlieferten Sitzungsprotokolle zeigen nicht nur die inhaltliche Bandbreite, sondern vermitteln auch einen indirekten Eindruck über Grotewohls Verhältnis zu den übrigen Ministern der Landesregierung. Auf diese Weise lassen sich teilweise Rückschlüsse über Grotewohls Stellung innerhalb des Staatsministeriums ziehen. So stellte Grotewohl am 28. Mai 1923 ein Gesetz über die landwirtschaftlichen Berufsvertretungen vor, das in seinem Hause konzipiert wurde[527]. In der Debatte konnte er sich gegen Wirtschaftsminister Rönneburg durchsetzen, der zahlreiche Änderungswünsche eingebracht hatte. Vor dem Landtag machte Grotewohl deutlich, dass es sich hierbei um Landwirtschaftskammern handelt, „die als Organisation der Wirtschaftsräte nach Artikel 165 der Reichsverfassung anzusehen sind"[528]. Es bestehe kein Zweifel daran, dass die braunschweigische Landesregierung „landesrechtlich ohne Bedenken an die Schaffung eines solchen Gesetzes gehen" könne. Dadurch wollte er der Kritik entgegentreten, die Landesregierung habe ihre

[525] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 13452, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums vom 18.2.1924.

[526] NdsStAWF, 12 Neu 13, Nr. 3851, Vorsitzender des Staatsministeriums (i.V. Grotewohl) am 12.4.1924 an den Wirtschaftsminister.

[527] NdsStAWF, 12 Neu 13, Nr. 13451, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums vom 28.5.1923.

[528] Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1922/24, Sp. 3764–3768, hier Sp. 3765 (66. Sitzung vom 14.6.1923).

Kompetenzen überschritten. Das Gesetz konnte schließlich am 1. April 1924 in Kraft treten[529].

Außerdem befasste sich das Staatsministerium sehr ausführlich mit Fragen des Strafvollzugs sowie mit der Umwandlung von einzelnen Haftstrafen. Nach Vortrag von Otto Grotewohl stimmte das Kabinett beispielsweise am 6. Juli 1923 einer von der anhaltinischen Landesregierung vorgeschlagenen Vereinbarung zu, welche die gemeinsame Nutzung der Landesstrafanstalten in Wolfenbüttel und Coswig vorsah[530]. Des Weiteren konnte sich Grotewohl mit seinem Personalvorschlag bei der Besetzung der Direktorenstelle an der Landesstrafanstalt durchsetzen[531]. Dagegen hatte er zunächst keinen Erfolg, als er angesichts der Arbeitsüberlastung seiner Mitarbeiter versuchte, den Personalbestand im Justizressort zu erhöhen. Seine Kabinettskollegen erklärten sich zwar „grundsätzlich nicht abgeneigt", einen zweiten Hauptreferenten sowie einen Hilfsreferenten neu einzustellen[532]. Da die Landesregierung aber zuvor noch den Beschluss zum Stellenabbau bestätigt hatte, blieb es letztlich bei dieser Absichtserklärung. Auch bei der Verkündung von Gnadenerlassen gingen Grotewohls Vorstöße mitunter ins Leere. So hatte er anlässlich des Verfassungstages 1923 eine Amnestie angeregt, die aber innerhalb der Landesregierung keine Unterstützung fand[533]. Dagegen hatte er bei der Abstimmung über einzelne Gnadengesuche mehr Erfolg: Gegen die Stimme von Minister Rönneburg beschloss das Kabinett am 9. Mai 1924, die gegen einen Häftling verhängte Todesstrafe in eine lebenslange Zuchthausstrafe umzuwandeln[534]. Auf Antrag Grotewohls wurde ein halbes Jahr später die gegen ein Ehepaar ausgesprochene Todesstrafe in eine drei- bzw. fünfjährige Haftstrafe umgewandelt[535]. In diesem Fall gab es keinerlei Widerspruch von Seiten seiner Kabinettskollegen.

Einen breiten Raum nahmen bei den Kabinettssitzungen im Krisenjahr 1923 auch Fragen der inneren Sicherheit ein. So lagen den Polizeibehörden im Spätsommer Informationen über eine kriminelle Vereinigung im Freistaat Braunschweig vor, die sich angeblich die Beseitigung der Landesregierung zur Aufgabe gemacht hatte[536]. Daraufhin hatte es mehrere Hausdurchsuchungen in Helmstedt gegeben, bei denen unter anderem ein ehemaliger Offizier verhaftet wurde. Das dabei beschlagnahmte Material reichte jedoch nicht aus, um die Beschuldigten dem zuständigen Haftrichter beim Amtsgericht vorführen zu können. Bei den Recherchen stieß die Polizei auf einen Notizblock, in dem Namen und Adressen von Mitglie-

[529] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 13452, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums vom 2.11.1923.
[530] NdsStAWF, 12 Neu 13, Nr. 13451, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums vom 6.7.1923.
[531] NdsStAWF, 12 Neu 13, Nr. 13451, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums vom 14.9.1923.
[532] NdsStAWF, 12 Neu 13, Nr. 13451, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums vom 27.7.1923.
[533] NdsStAWF, 12 Neu 13, Nr. 13451, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums vom 10.8.1923.
[534] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 13452, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums vom 9.5.1924.
[535] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 13452, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums vom 21.11.1924.
[536] NdsStAWF, 12 Neu 13, Nr. 16185, Bericht der Polizeidirektion Braunschweig vom 7.9.1923.

dern des sogenannten Bundes der Geusen vermerkt waren. Diese Geheimorganisation wurde schließlich mit den Umsturzplänen in Verbindung gebracht. Obwohl die polizeilichen Untersuchungen in diesem konkreten Fall ergebnislos blieben, reagierte doch das Staatsministerium wenige Wochen später und beschloss gegen die Stimme des Ministerpräsidenten die personelle Aufstockung der Schutzpolizei[537]. Dazu sollten 80 Angehörige der preußischen Schutzpolizei, die aus dem Ruhrgebiet ausgewiesen worden waren, vorübergehend als geschlossener Verband übernommen werden. Auf Vorschlag von Grotewohl traf die Landesregierung diese Entscheidung allerdings unter der Maßgabe, dass die Beamten lediglich als Aushilfskräfte übernommen und jederzeit wieder abgeschoben werden könnten. Außerdem sollte das Reich 80 Prozent der dabei entstehenden Kosten übernehmen. Damit hatte sich Innen- und Justizminister Grotewohl im Kabinett erneut gegenüber dem Ministerpräsidenten durchsetzen können. Auch in den folgenden Monaten kam das Thema Innere Sicherheit immer wieder bei den Kabinettssitzungen zur Sprache, auch wenn es seine politische Brisanz mittlerweile erheblich verloren hatte. So unterrichtete Grotewohl etwa am 22. Februar 1924 das Staatsministerium über Waffenfunde in Blankenburg[538]. Die versammelten Minister nahmen die Information zur Kenntnis und sahen – entgegen dem Vorschlag des Innenministers – von einer Presseveröffentlichung ab.

Auch in Braunschweig hatten Hyperinflation und Arbeitslosigkeit die Arbeiterschaft im Sommer 1923 auf die Straßen getrieben[539]. In mehreren Orten und Städten des Freistaates kam es zu Unruhen und Demonstrationen, wobei die Protestaktionen nicht immer von SPD und Gewerkschaften gesteuert werden konnten. Andererseits konnte die KPD das entstehende Machtvakuum nicht füllen, so dass Spontaneität und Dezentralisierung die Straßenpolitik bestimmten. Daran konnte auch der am 26. September 1923 über das Deutsche Reich verhängte Ausnahmezustand nichts ändern. Ende Oktober kam es etwa in Schöningen zu Teuerungsunruhen, die nur mit Hilfe von Reichswehreinheiten beendet werden konnten. Anders als im Reich konnte die KPD aus der allgemein verbreiteten Unzufriedenheit mit dem politischen System kein Kapital schlagen, so dass die SPD die dominierende politische Kraft in Braunschweig blieb. In der Folgezeit ging die KPD verstärkt dazu über, proletarische Hundertschaften zu bilden, die wiederum vom Innenministerium aufmerksam beobachtet wurden. Angesichts der bei den Unruhen entstandenen Sachschäden musste sich das Kabinett verstärkt mit der Frage beschäftigen, wer die Kosten zu tragen hatte. Die Kommunen wollten diese finanzielle Belastung auf das Staatsministerium abwälzen, was wiederum den Finanzausschuss des Landtags auf den Plan rief, der dieses Ansinnen umgehend zurückwies. Grotewohl unterstützte die Position der Kreiskommunalverbände, konnte sich aber gegen die anderen Minister nicht durchsetzen[540]. Damit akzeptierte die Landesregie-

[537] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 13452, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums vom 5.11.1923.
[538] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 13452, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums vom 22.2.1924.
[539] Zum folgenden Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 170f.
[540] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 13452, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums vom 20.10.1924.

rung indirekt einen entsprechenden Beschluss des Finanzausschusses, der auch eine anteilsmäßige Verteilung der sogenannten Tumultschädenlasten ablehnte.

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass mit der Absetzung der linken Landesregierungen in Thüringen und Sachsen im Herbst 1923 die Hoffnung von Teilen der Arbeiterbewegung zerplatzte, eine zweite Revolution durchzuführen und erfolgreich zu beenden. Dagegen stabilisierte sich die politische Lage nach der Niederschlagung des Hitlerputsches am 9. November. Am 17. Dezember 1923 beschloss das Kabinett in Braunschweig, einen Antrag auf Beendigung des Ausnahmezustands im Freistaat im Reichsrat zu unterstützen[541]. Einen Monat später wollte Ministerpräsident Jasper den braunschweigischen Gesandten in Berlin anweisen, für ein Aufwertungsverbot hinsichtlich der Schulden der öffentlichen Haushalte einzutreten. Eine Einigung konnte jedoch nicht erzielt werden: Während Grotewohl Jaspers Plan unterstützte, lehnten ihn Rönneburg und Steinbrecher ab[542]. Der Staat ging aus der Inflation gestärkt hervor, denn die gesamten inneren Kriegsschulden des Deutschen Reiches reduzierten sich schlagartig[543]. Auch Länder und Gemeinden nutzten die Geldentwertung zur Schuldentilgung. Aufgrund drastischer Ausgabenkürzungen und einzelner Steuererhöhungen konnte der neue Reichsfinanzminister Dr. Hans Luther für 1924 einen weitgehend ausgeglichenen Haushalt vorlegen[544]. Auch für Braunschweig besaß die Konsolidierung des Landeshaushalts oberste Priorität. An Alleingänge war jedoch nicht zu denken. Stattdessen strebten Jasper und Grotewohl enge Absprachen mit Berlin an, was dazu führte, dass der braunschweigische Gesandte immer häufiger in die Planspiele des Staatsministeriums mit eingebunden wurde[545]. Aufschlussreich ist die Tatsache, dass Grotewohl in der Aufwertungsfrage den Kurs Jaspers unterstützte.

Bei der Regierungsbildung Ende 1922 war festgelegt worden, das Polizeiwesen nicht dem Innenminister, sondern dem Wirtschaftsminister zu unterstellen. Als Grotewohl nach dem Tode Vogtherrs das Innen- und Justizressort übernahm, wurde an den Zuständigkeiten nichts geändert. Der neue Ressortchef unternahm auch keinen Versuch, daran etwas zu ändern, obwohl vereinzelt Kompetenzkonflikte auftauchten. So überwachte Grotewohl als Innenminister zwar die politischen Veranstaltungen im Freistaat; diese mussten aber zuvor bei der zuständigen Polizei angemeldet werden, die wiederum Minister Rönneburg unterstand. Der Streit entbrannte schließlich, als die Ortsgruppe Braunschweig des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold am 2. August 1924 einen Straßenumzug anmeldete und von der Polizeidirektion Braunschweig die grundsätzliche Genehmigung erhielt. Da aber der tatsächliche Streckenverlauf mit dem Antrag nicht übereinstimmte, sah die Polizeidirektion ihre Autorität untergraben: Das „eigenmächtige, der aus-

[541] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 13452, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums vom 17. 12. 1923.
[542] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 13452, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums vom 11. 1. 1924.
[543] Blaich, Der Schwarze Freitag, S. 55.
[544] Ebenda, S. 50.
[545] Vgl. NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 13452, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums vom 4. 2. 1924.

drücklichen Genehmigung zuwiderlaufende Vergehen" müsse geahndet werden[546]. Grotewohl wurde um eine Stellungnahme gebeten. Die Nachforschungen ergaben, dass Ministerpräsident Jasper eine mündliche Zusage für einen anderen Streckenverlauf gegeben, dies aber nicht der Polizeidirektion mitgeteilt hatte[547]. Die Auseinandersetzung hatte keine unmittelbaren Folgen, da die Minister Grotewohl und Steinbrecher am Umzug teilgenommen hatten und das Kabinett kein Aufsehen in der Öffentlichkeit erregen wollte. Der Kompetenzkonflikt führte aber letztlich zu keiner Neuordnung der Zuständigkeiten im Staatsministerium, d. h. die Polizei kam nicht in den Zuständigkeitsbereich von Innenminister Grotewohl, der sich auch in der Folgezeit nicht nachhaltig darum bemühte. Stattdessen achtete die Landesregierung darauf, dass bei ähnlichen Demonstrationen die eingereichten Anträge genau eingehalten wurden, zumal der Stahlhelm mitunter Konkurrenzveranstaltungen organisierte[548]. Ein Zusammentreffen der beiden Organisationen sollte unter allen Umständen vermieden werden[549]. Grotewohl unterließ es, im Kabinett auf eine Erweiterung seines Aufgabenbereiches zu drängen, obwohl er dafür gute Gründe hätte anführen können. Vermutlich wollte er aber die kollegiale Zusammenarbeit im Staatsministerium nicht aufs Spiel setzen. Während er im Landtag Konflikten nicht aus dem Weg ging (z. B. beim Schulerlaß), strebte er innerhalb der Landesregierung einvernehmliche Lösungen an. Sein rascher politischer Aufstieg in Braunschweig Anfang der zwanziger Jahre schien diesen politischen Stil zu bestätigen.

Die Reform der Kommunalverfassung 1924

Im Mittelpunkt der Arbeit Grotewohls als Minister für Justiz und Inneres stand die Reform der Kommunalverfassung. Damit sollte die Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden nach sozialdemokratischen Vorstellungen optimiert werden. Inhaltlich ging es um den Ersatz des alten Zweikammersystems, bei dem Verwaltung und Stadtverordnete weitgehend gleichberechtigt waren, durch ein Einkammersystem, in dem die demokratisch gewählten Stadtverordneten eine herausragende Position einnahmen[550]. Des Weiteren sollten auf der Ebene der Gemeinden und Kreise plebiszitäre Elemente eingeführt werden, um die Bevölkerung an den

[546] NdsStAWF, 12 Neu 13, Nr. 16179, Polizeidirektion Braunschweig am 19. 8. 1924 an den braunschweigischen Innenminister.

[547] NdsStAWF, 12 Neu 13, Nr. 16179, Vermerk von Regierungsrat Dr. Graetz. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wies die geäußerte Kritik zurück und betonte, man habe sich stets der staatlichen Ordnung gefügt und die Maßnahmen der Landesregierung unterstützt. Vgl. ebenda, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (Ortsgruppe Braunschweig) am 22. 9. 1924 an Grotewohl.

[548] NdsStAWF, 12 Neu 13, Nr. 16179, Steinbrecher am 4. 9. 1924 an die Polizeidirektion.

[549] Gegenüber der Politisierung und Radikalisierung der braunschweigischen Beamtenschaft und Landesangestellten verfolgte das Staatsministerium einen ambivalenten Kurs. Auf der einen Seite wurde Schutzpolizeibeamten die Mitgliedschaft im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und im Stahlhelm nicht untersagt. Vgl. NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 13452, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums vom 15. 9. 1924; ebenda, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums vom 19. 9. 1924. Auf der anderen Seite verbot die Landesregierung ausdrücklich Staatsbeamten und Staatsangestellten das Tragen von Abzeichen im Dienst. Vgl. NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 13452, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums vom 30. 9. 1924.

[550] Rother, Der Freistaat Braunschweig in der Weimarer Republik, S. 958.

Entscheidungen der Kommunalverwaltungen stärker zu beteiligen. Beabsichtigt war also eine Demokratisierung und Stärkung der kommunalen Gremien gegenüber den Verwaltungsleitungen, in denen traditionell bürgerlich-konservative Beamte vorherrschend waren. In der Landesversammlung nannte Grotewohl erstmals am 10. Mai 1921 die Reform der Städte-, Landgemeinden- und Kreisordnung als vordringliche Aufgabe[551], die im Zusammenhang mit der Ende 1921 verabschiedeten Landesverfassung stand. Offensichtlich war bei der Ausarbeitung der neuen Verfassung ursprünglich daran gedacht gewesen, parallel dazu die gesetzliche Grundlage der kommunalen Gebietskörperschaften neu zu gestalten. Angesichts der langwierigen und komplizierten parlamentarischen Verhandlungen über die Formulierung des Staatszwecks hatte man vermutlich davon Abstand genommen. Bereits im Sommer 1921 debattierten die Parlamentarier über einen Gesetzentwurf, der die „Aufhebung der besonderen Gemeindeverfassungen in verschiedenen Landgemeinden" vorsah, ohne dass es aber zu einer Beschlussfassung kam[552]. Die Fertigstellung der Landesverfassung drängte die geplante Reform der Kommunalverfassung in den Hintergrund.

Mit seinem Amtsantritt als Minister für Inneres und Justiz machte Grotewohl das lange liegen gebliebene Reformpaket zur Chefsache. Da die neue Kommunalverfassung noch nicht vorlag, brachte er zunächst einmal am 27. Februar 1923 einen Antrag in den Landtag ein, der die Verlängerung der Amtsdauer der Mitglieder der Kreisversammlungen, Stadtverordnetenversammlungen und der Gemeinderäte bis zum 31. März 1924 vorsah[553], denn er erhoffte sich davon ein gründliches Gesetzgebungsverfahren, das nicht unter Zeitdruck stehen sollte. Die vom Landtag letztlich gewährte Fristverlängerung reichte jedoch nicht aus, weil die entsprechenden Gesetzentwürfe auch im Frühjahr 1924 noch nicht vorlagen. In der zweiten Jahreshälfte 1923 hatte sich die wirtschaftliche und politische Lage dramatisch zugespitzt: Hyperinflation, Arbeitslosigkeit und Hungerstreiks sowie die darauf folgende Verhängung des Ausnahmezustandes am 26. September 1923 im Reich[554] hatten die politische Arbeit nahezu zum Erliegen gebracht. In ganz Deutschland endete die sozioökonomische und die politische Krise Ende 1923 mit der Stabilisierung der Währung, der Absetzung der linken Regierungskoalitionen in Sachsen und Thüringen durch die Reichsregierung sowie der Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes nach dem gescheiterten Hitlerputsch und dem Verbot der KPD. In Braunschweig wurde der ‚Volksfreund', das SPD-Presseorgan, für einige Tage vom Militärbefehlshaber verboten[555]. Deshalb musste Grotewohl das Parlament ein weiteres Mal um die Verlängerung der Amtszeit der kommunalen Vertreter um maximal neun Monate bitten[556].

[551] Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 4092 (82. Sitzung vom 10. 5. 1921).
[552] Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21, Sp. 4459–4464 (91. Sitzung vom 29. 6. 1921).
[553] Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1922/24, Sp. 2908 (54. Sitzung vom 27. 2. 1923).
[554] Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 172.
[555] Rother, Der Freistaat Braunschweig in der Weimarer Republik, S. 958.
[556] Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1922/24, Sp. 4696 (80. Sitzung vom 4. 3. 1924).

Die Reform der Kommunalverfassung konnte sich auf Artikel 127 der Weimarer Reichsverfassung stützen, der den Gemeinden und Gemeindeverbänden ausdrücklich das Recht der Selbstverwaltung gewährte. Auch die braunschweigische Landesverfassung bestätigte dieses Recht explizit im Abschnitt VII. Vom ursprünglichen Ziel, eine einheitliche Kommunalordnung zu schaffen, verabschiedete sich das sozialdemokratisch geführte Staatsministerium jedoch bald. Grotewohl begründete diesen Kurswechsel mit dem Hinweis, dass die 14 Städte des Landes allein über die Hälfte und die Stadt Braunschweig über rund ein Drittel der Gesamteinwohnerzahl des Freistaates verfügten[557]. Anschließend gab er die entscheidende politische Begründung: „Von der Vereinigung der drei Gesetze zu einem ist trotz der vorhandenen Übereinstimmung vieler grundsätzlicher Fragen namentlich auch darum Abstand genommen, um von vornherein eine innige Verbindung der Bevölkerung mit den Gesetzen zu sichern." Grotewohl und die Landesregierung befürchteten offenbar einen Akzeptanzverlust in der Bevölkerung und wollten deshalb den lokalen Gegebenheiten Rechnung tragen. Darüber hinaus hätte die Vereinigung aller Bestimmungen zu einem Gesetz „das Werk für den Gebrauch in der Praxis nur schwerfällig und unübersichtlich gemacht". Grotewohl nannte im Wesentlichen drei Punkte, die ihm beim Reformvorhaben wichtig erschienen[558]: Während es zunächst einmal um die Regelung der organisatorischen Fragen, d. h. der Verfassung und Verwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände ging, sollte zum Zweiten das Verhältnis der Gemeinden zum Zentralstaat geklärt werden. Schließlich ging es drittens um Fragen der Aufsicht und des Rechtsschutzes der Gemeinden. Fragen der finanziellen Entlastung der Gemeindehaushalte, die sich im Zuge der Hyperinflation erheblich verschuldet hatten, blieben allerdings ausgespart, obwohl andere SPD-Kommunalexperten dies zum Teil angeregt hatten[559]. Die von Grotewohl maßgeblich beeinflussten Regierungsvorlagen betrachteten die Gesamtheit der Gemeindeangehörigen als Träger der öffentlichen rechtlichen Gewalt. Darauf basierte die Einführung der Gemeinde- und Kreisentscheide, wobei inhaltliche Barrieren errichtet wurden. Zu Fragen des Haushalts-, Finanz- und Steuerrechts durften keine Volksentscheide durchgeführt werden; außerdem blieben Besoldungsfragen grundsätzlich ausgenommen[560]. Insgesamt wurden die Rechte der wahlberechtigten Bevölkerung deutlich gestärkt. So konnte auf Antrag von einem Fünftel der Wählerschaft über die Auflösung der einzelnen Vertretungskörperschaften abgestimmt werden. Das System der unmittelbaren Demokratie kam im übrigen in den sogenannten Zwerggemeinden zum Tragen, die weniger als 50 wahlberechtigte Gemeindeangehörige hatten.

[557] Grotewohl, Die Reform des kommunalen Verfassungsrechts in Braunschweig, S. 483. Der Beitrag wurde in der 1924 neu gegründeten kommunalpolitischen Fachzeitschrift der SPD ‚Die Gemeinde – Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land' abgedruckt. Die Geschäftsführung der Zeitschrift übernahm im Übrigen Max Fechner. Rebentisch, Deutsche Sozialdemokratie und kommunale Selbstverwaltung, S. 37 und 39. Eine gekürzte Fassung erschien unter demselben Titel bereits am 12. 1. 1924 in der Beilage ‚Die Gemeinde' des ‚Volksfreund'. Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/265, Bl. 115.

[558] Grotewohl, Die Reform des kommunalen Verfassungsrechts in Braunschweig, S. 483.

[559] Vgl. Reuter, Kommunale Aufwertung.

[560] Grotewohl, Die Reform des kommunalen Verfassungsrechts in Braunschweig, S. 484.

Einen weiteren Schwerpunkt des Reformvorhabens bildete, wie Grotewohl nachdrücklich betonte, die Stärkung der gewählten Gemeindeorgane gegenüber der Verwaltung. Die Landesregierung habe an der Einführung des Einkammersystems gegen den erbitterten Widerstand der bürgerlichen Parteien nicht nur deswegen beharrlich festgehalten, weil es sich um die Durchführung einer alten sozialdemokratischen Forderung handelte, sondern weil es der allgemeinen verfassungsrechtlichen Entwicklung Deutschlands entspreche[561]. Grotewohl verwies darauf, dass in Braunschweig bereits nach dem alten Recht in den Landgemeinden und Kreisgemeindeverbänden dieses Einkammersystem bestehe. Es sei daher nicht nachvollziehbar, „der von der Einwohnerschaft einer Stadt gewählten Vertretung eine weniger autonome Stellung zu geben als den [...] gewählten Vertretungen anderer öffentlich-rechtlicher Verbände". Die bisherige Rechtslage benachteiligte demnach die städtische Bevölkerung. Obwohl Haushalts-, Finanz- und Steuerfragen weitgehend unberücksichtigt blieben, erhoffte sich Grotewohl von der neuen Kommunalverfassung positive Auswirkungen für die Gemeindehaushalte. Dazu diente etwa die Schaffung von Bezirksgemeinden, die eine Scharnierfunktion zwischen Land- und Kreisgemeinde übernehmen und die Selbstverwaltung auf dem Lande stärken sollten[562]. Die Aufgabe der Bezirksgemeinden bestehe darin, „die Erfüllung bestimmter Gemeindeaufgaben (Wohlfahrtspflege, Polizei u. a.) in großzügigere Bahnen zu lenken und gleichzeitig eine bessere Verteilung der Lasten sicherzustellen". Die Gründung dieser neuen Institutionen erfolgte jedoch auf freiwilliger Basis, d. h. als Ergebnis der gestärkten kommunalen Selbstverwaltung.

Die neue Kommunalverfassung diente auch der Vereinfachung der Rechtslage, denn sie ersetzte die Städteordnung von 1892. Diese war durch die Gesetze von 1918, 1919 und 1921[563], bei denen das Wahlrecht geändert sowie in begrenztem Maße Bürgerbegehren und Bürgerentscheide verankert worden waren, unübersichtlich und widersprüchlich geworden[564]. Nachdem ein erster Referentenentwurf am 22. September 1923 in der Zeitschrift ‚Gemeinde' veröffentlicht worden war, entwickelte sich eine lebhafte Debatte, an der vor allem zahlreiche braunschweigische Kommunalpolitiker beteiligt waren. Auf der Grundlage der vorgebrachten Kritik legte Grotewohl seinen Ministerkollegen am 21. Januar 1924 einen überarbeiteten Ressortentwurf vor[565]. Dieser unterschied sich inhaltlich allerdings kaum vom Referentenentwurf. Grotewohl schlug eine gemeinsame Besprechung im Kabinett für den 31. Januar vor und entschuldigte sich für die kurze Fristsetzung. Seinen Vorstellungen nach sollten lediglich grundsätzliche Fragen erörtert werden. Von einer eingehenden Besprechung der Einzelbestimmungen bat er abzusehen, da dies „Tage in Anspruch" nehmen würde. Gleichzeitig machte er darauf aufmerksam, dass die Kreisdirektionen „sehr beachtliche Gründe" gegen die Unterstellung der Städte unter das Innenministerium geltend gemacht hätten. Aus

[561] Ebenda. Als Vorbildfunktion verwies Grotewohl außerdem noch auf das preußische Gemeindeverfassungsrecht, das etwa zeitgleich reformiert wurde. Ebenda, S. 482f.
[562] Ebenda, S. 485.
[563] Dazu Grotewohl, Die Verfassung der Gemeinden und Kreise im Freistaat Braunschweig, S. 15f.; SAPMO-BArch, NY 4090/265, Bl. 286–292, hier Bl. 286, Bemerkungen zu einem Referentenentwurf einer neuen Kreisordnung für den Freistaat Braunschweig (o. D., o. Verf.).
[564] Pollmann, Sozialdemokratische Kommunalpolitik in Braunschweig, S. 174.
[565] SAPMO-BArch, NY 4090/266, Bl. 181, Grotewohl am 21. 1. 1924 an Steinbrecher.

diesem Grunde enthalte der Ressortentwurf nur noch die Bestimmung, dass ausschließlich die Städte unter die Aufsicht des Ministers des Innern gestellt werden, die mehr als 15000 Einwohner hatten.

Grotewohls Entwurf orientierte sich nicht nur sehr stark an der preußischen Gesetzgebung, sondern berücksichtigte auch die Entwicklungen in Thüringen, wo schon 1919 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in der Kommunalverfassung eingeführt worden waren[566]. Mit seiner Position konnte sich Grotewohl fast problemlos durchsetzen. Nachdem er den Ressortentwurf ausführlich vorgestellt hatte, beschloss das Kabinett, den Entwurf dem Landtag vorzulegen[567]. Nur Minister Rönneburg stimmte dagegen, denn er hielt das Zweikammersystem „unter den augenblicklichen Verhältnissen" für die „sachgemäße Städteverfassungsform". Ministerpräsident Jasper enthielt sich der Stimme. In der Frage der Staatsaufsicht waren sich alle Minister darin einig, dass die Städte nach Möglichkeit von staatlicher Bevormundung zu befreien seien. Nur die Stadt Braunschweig sollte dem Innenminister, die übrigen Städte aber den Kreisdirektoren unterstellt werden. Grotewohls Vorschlag, das bisherige Genehmigungsverfahren durch ein Einspruchsverfahren zu ersetzen, fand grundsätzliche Billigung. Dagegen wurde ein Antrag Jaspers, das Einspruchsverfahren auch auf die Ortsgesetze auszudehnen, abgelehnt[568]. Jasper konnte sich im Kabinett auch mit anderen Verbesserungsvorschlägen nicht durchsetzen: So äußerte er unter dem Blickwinkel des nach wie vor bestehenden Behördenabbaus vergeblich Bedenken gegen die Einrichtung einer Länderkammer. Nach längerer Aussprache einigte sich das Kabinett jedoch dahingehend, dass „einstweilen an dem Vorschlage des Entwurfes nichts geändert werden solle". Auch der vorgesehenen Aufnahme der Gemeindebescheide in die Gesetzesvorlage stimmten die Minister zu. Abschließend wurden die einzelnen Kapitel des Entwurfs entgegen Grotewohls Vorstellungen durchgesprochen[569]. Dabei konnte Jasper einige redaktionelle Änderungsvorschläge durchsetzen.

Nachdem das Kabinett den Ressortentwurf abgesegnet hatte, wies Grotewohl seine Verwaltungsbeamten an, die von Jasper nachträglich noch eingereichten schriftlichen Verbesserungen zügig einzuarbeiten[570]. Aufmerksam verfolgte er auch weiterhin die Fertigstellung des Gesetzentwurfs und gab noch einige Detailanweisungen[571]. Das Kabinett befasste sich noch einmal am 19. April 1924 mit dem Entwurf[572], verzichtete aber auf eine erneute allgemeine Aussprache. Stattdessen rief Jasper die überarbeiteten Bestimmungen auf und ließ darüber debattieren. Auch hierbei kam es nur zu geringfügigen redaktionellen Veränderungen. Im Anschluss daran konnte der Gesetzentwurf endlich im Landtag eingereicht werden.

566 Engeli, Volksbegehren und Volksentscheid im Weimarer Kommunalverfassungsrecht, S. 319.
567 NdsStAWF, 12 Neu 13, Nr. 4548, Protokoll der Kabinettssitzung am 31. 1. 1924, S. 1.
568 Ebenda, S. 2.
569 Ebenda, S. 3.
570 NdsStAWF, 12 Neu 13, Nr. 4574, Vermerk Grotewohls vom 27. 2. 1924 für Ministerialrat Dr. Kiesel.
571 NdsStAWF, 12 Neu 13, Nr. 4845, Notiz Grotewohls vom 1. 3. 1924 für Ministerialrat Dedekind; ebenda, Notiz Grotewohls vom 11. 4. 1924 für Ministerialrat Dedekind.
572 NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 13452, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums am 19. 4. 1924.

Die erste Beratung der drei Gesetzentwürfe (Städteordnung, Landgemeindeordnung und Kreisordnung) fand am 22. Mai 1924 statt. Vor den Landtagsabgeordneten betonte Minister Grotewohl erneut, dass die vorliegenden Entwürfe darauf abzielten, „eine Neuregelung des gesamten Gemeindeverfassungswesens im Lande Braunschweig überhaupt zu bringen"[573]. Diese gingen in ihren verfassungsrechtlichen Grundlagen über den Rahmen hinaus, der bisher durch die alte Rechtslage gezogen worden sei, und würden deshalb „neuen Raum für die Entwicklung neuer Gemeindegebilde" schaffen. Gleichzeitig unterstrich er die „Reformbedürftigkeit"[574] der alten Gemeindeverfassung, die im Laufe der Jahre immer zwingender und offensichtlicher geworden sei. An der Tatsache, dass diese Gesetze „einmal nach einem einheitlichen Gesichtspunkt überarbeitet werden und mit den tatsächlichen sonstigen gesetzlichen Grundlagen in Einklang" gebracht werden müssten, bestünde nun kein Zweifel mehr. Da die Gemeinden im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg „ungeheure[], große[] Pflichten und viele[] Aufgaben" übernommen hätten, wären sie berechtigt, vom Staat „das weitestgehende Recht auf Selbstverwaltung und auf die geringste staatliche Bevormundung" zu fordern. Anschließend kam er auf die zeitliche Verzögerung zu sprechen: „Wenn trotzdem die Vorlage jetzt erst erfolgt ist, so geschieht es aus dem Grunde, weil Braunschweig keine Insel ist und weil Braunschweig mit den ringsum vorgehenden anderen Dingen unbedingt Fühlung nehmen und ihnen Rechnung tragen muß." Damit meinte er insbesondere die genauso langwierige Entwicklung des kommunalen Verfassungsrechts in Preußen. Seinem Amtsvorgänger warf er bei dieser Gelegenheit vor, in dieser für die Städte und Gemeinden drängenden Frage untätig gewesen zu sein. Mit den Vorarbeiten, die er bei seinem Amtsantritt vorgefunden habe, sei „recht wenig" anzufangen gewesen[575]. Am Ende seiner Rede wies er nochmals darauf hin, dass die Landesregierung mit den drei Gesetzesvorlagen die kommunale Selbstverwaltung habe stärken wollen. Das Prinzip der Selbstverwaltung setzte sich zwar im Freistaat Braunschweig, anders als in Preußen, nahezu vollständig durch[576]. Eine wichtige Einschränkung blieb allerdings: Es kam zu keiner grundlegend neuen Verteilung der Zuständigkeiten im Polizeiwesen. Die Städteordnung, die in Braunschweig bis 1933 Bestand hatte[577], legte eine doppelte Aufsicht fest. Demzufolge lag die Kompetenz für Polizeiverordnungen mit Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung bei der Stadtpolizeibehörde; dagegen übte die staatliche Polizeidirektion die Ortspolizeigewalt aus[578].

Alle Debattenredner sprachen sich für eine Neuordnung der Kommunalverfassung sowie für eine politische Stärkung der Kommunalvertretungen aus. Während einzelnen Rednern der SPD die vorgelegten Entwürfe teilweise nicht weit genug gingen, signalisierte die DDP ihre Zustimmung. Inhaltliche Kritik äußerte vor allem

[573] Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1922/24, Sp. 5276–5285, hier Sp. 5276 (88. Sitzung vom 22. 5. 1924).
[574] Ebenda, Sp. 5277.
[575] Ebenda, Sp. 5278.
[576] Pollmann, Sozialdemokratische Kommunalpolitik in Braunschweig, S. 175.
[577] Engeli, Volksbegehren und Volksentscheid im Weimarer Kommunalverfassungsrecht, S. 319.
[578] Pollmann, Sozialdemokratische Kommunalpolitik in Braunschweig, S. 176.

Roloff (DNVP), der sich über die Ausführlichkeit der Gesetze beklagte[579]. Er sprach sich gegen die Abschaffung des Zweikammersystems aus; darüber hinaus monierte er auch noch die stärkere Verankerung der Volksentscheide im kommunalen Verfassungsrecht. Trotz dieser inhaltlichen Differenzen verlief die Landtagsdebatte recht friedlich, denn alle Parteien schienen an einer raschen Verabschiedung interessiert zu sein. In seinem Schlusswort unterstrich Grotewohl explizit die Bedeutung der neu zu schaffenden Bezirksgemeinden, denen er eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der kommunalen Selbstverwaltung zuschrieb. Diese sollten bekanntlich eine Scharnierfunktion zwischen Land- und Kreisgemeinden einnehmen. Damit war die erste Lesung beendet und die Gesetzentwürfe wurden an den Landtagsausschuss für Gemeindeangelegenheiten überwiesen[580].

Um das Gesetzgebungsverfahren zu beschleunigen, ermächtigte das Kabinett den Ressortminister Grotewohl dazu, mit der DDP Verhandlungen aufzunehmen „zwecks Gewinnung einer einheitlichen Grundlage für die 2. Lesung“[581]. In der Folgezeit tauchten aber noch einige inhaltliche Fragen auf, die zuvor geklärt werden mussten. So bat der braunschweigische Wirtschaftsminister Rönneburg in einem Schreiben eindringlich darum, bei der Beratung der Gesetzentwürfe im Landtagsausschuss darauf zu achten, dass „durch Einfügung der staatlichen Genehmigung für Veräußerung solcher Mitgliedschaftsrechte die Belange des Staates gewahrt werden“[582]. Rönneburg befürchtete, dass bei der kurz zuvor begonnenen Neustrukturierung einzelner kommunalen Versorgungsunternehmen im Freistaat Braunschweig der staatliche Einfluss verloren gehen könnte. Außerdem stellte sich die Frage nach den Zuständigkeiten der Kriminalpolizei, die zunächst nicht geklärt werden konnte[583]. Die zweite Lesung der Gesetzesvorlagen konnte somit erst Anfang November stattfinden. Zwei Tage lang debattierte der Landtag über die einzelnen rechtlichen Bestimmungen[584]. Nachdem der Landtag die Kommunalgesetze verabschiedet hatte, beschloss das Kabinett die kommentierte Herausgabe in einem privaten Verlag[585]. Auf diese Weise sollte offenbar ein größeres Publikum erreicht werden. Das Werk erschien schließlich ein Jahr später und musste aufgrund der großen Nachfrage 1928 nochmals aufgelegt werden[586].

Die Reform der Städte- und Gemeindeordnung sollte die Handlungsfähigkeit der kommunalen Gebietskörperschaften stärken. Diesem Ziel diente auch ein Zweckverbandsgesetz, das Grotewohl am 5. September 1924 im Kabinett einbrachte[587].

[579] Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1922/24, Sp. 5299–5308, hier Sp. 5299 (88. Sitzung vom 22. 5. 1924).
[580] Ebenda, Sp. 5323.
[581] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 13452, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums vom 22. 8. 1924.
[582] NdsStAWF, 12 Neu 13, Nr. 4548, Rönneburg am 4. 9. 1924 an Grotewohl.
[583] NdsStAWF, 12 Neu 13, Nr. 4548, Notiz Grotewohls vom 16. 10. 1924 für Minister Rönneburg.
[584] Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1922/24, Sp. 5649–5701, (95. Sitzung vom 5. 11. 1924); ebenda, Sp. 5711–5754 (96. Sitzung vom 6. 11. 1924).
[585] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 13452, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums vom 24. 11. 1924.
[586] Grotewohl, Die Verfassung der Gemeinden und Kreise im Freistaat Braunschweig.
[587] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 13452, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums vom 5. 9. 1924.

Nach kurzer Diskussion stimmten die Minister dem Entwurf zu, nachdem sie einige inhaltliche und stilistische Veränderungen vorgenommen hatten. Das geplante Gesetz sah vor, dass sich Landgemeinden, Bezirksgemeinden, aber auch Städte und Kreisgemeindeverbände „zur Erfüllung einzelner oder einer Gesamtheit von Selbstverwaltungsangelegenheiten [...] wie Auftragsangelegenheiten" zu Zweckverbänden zusammenschließen konnten[588]. Vor dem Landtag machte Grotewohl deutlich, dass diese Gesetzesvorlage eine Ergänzung zu der vor dem Abschluss stehenden neuen Gemeindeordnung sei[589]. Dieses Gesetz war notwendig geworden, denn der Entwurf der Kommunalverfassung enthielt keine entsprechenden Einzelbestimmungen zu diesem Themenkomplex[590]. Grotewohl wies ausdrücklich darauf hin, dass die Vereinigung zu Zweckverbänden nur auf freiwilliger Grundlage erfolgen konnte. Ein Zwang war nur für den Fall vorgesehen, wenn ein öffentliches Interesse vorlag und einer der Beteiligten seine Zustimmung erteilte[591]. In der Landtagsdebatte warf Roloff (DNVP) die Frage auf, wo genau die Aufgabentrennung zwischen Zweckverband und Bezirksgemeinde läge[592]. Grotewohl musste zunächst einräumen, dass dies eine Frage sei, die „ihre Beantwortung [...] in der Praxis finden" müsse[593]. Gleichzeitig bot er eine erste Definitionsbestimmung an, die aber nicht sehr überzeugend war: Demzufolge sollte der Zweckverband die Aufgaben übernehmen, die die einzelne Gemeinde nicht mehr tragen konnte. Die Bezirksgemeinde übernahm dagegen die Aufgaben, die die einzelnen Gemeinden entweder in Selbstverwaltung oder als Auftragsangelegenheit erfüllen müssen, allerdings mit einer „größeren Leistungsfähigkeit". Von entscheidender Bedeutung blieb daher die Frage, ob das Staatsministerium von seinem Interventionsrecht Gebrauch machen würde. Das Zweckverbandsgesetz passierte den Landtag und wurde zeitgleich mit der Kommunalverfassung am 15. November 1924 veröffentlicht.

Mit der neuen Kommunalverfassung lieferte Grotewohl sein Meisterstück ab. Was seinen Amtsvorgängern nicht geglückt war, gelang ihm innerhalb eines Jahres. Im Herbst 1923 lag der erste Entwurf vor; Ende 1924 konnte das Gesetzwerk in Kraft treten. Inhaltlich entsprachen die drei Teilordnungen, die nicht zu einem einheitlichen Gesetz zusammengeführt wurden, den kommunalpolitischen Vorstellungen der SPD im Deutschen Reich. Doch in kaum einem anderen Land gab es so weitreichende Mitwirkungsrechte für die wahlberechtigte Bevölkerung (Bürgerentscheid) wie in Braunschweig. Dass diese Bestimmungen nicht nachhaltig die politische Entwicklung während der Weimarer Republik beeinflussen konnten,

588 NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 13452, Entwurf Grotewohls für ein Zweckverbandsgesetz (§ 1).

589 Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1922/24, Sp. 5418–5420, hier Sp. 5418 (90. Sitzung vom 23. 9. 1924).

590 In den drei Teilordnungen wurde sogar die Verabschiedung eines gesonderten Gesetzes in Aussicht gestellt. Vgl. Städteordnung vom 15. 11. 1924 (§ 171, Abs. 2); Landgemeindeordnung vom 15. 11. 1924 (§ 180, Abs. 2); Kreisordnung vom 15. 11. 1924 (§ 148, Abs. 2). Abgedruckt in: Grotewohl, Die Verfassung der Gemeinden und Kreise im Freistaat Braunschweig, S. 134, 231 und 337.

591 Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1922/24, Sp. 5418–5420, hier Sp. 5419 (90. Sitzung vom 23. 9. 1924).

592 Ebenda, Sp. 5422–5425.

593 Ebenda.

steht auf einem anderen Blatt[594]. Grotewohl hatte jedoch vorerst, wie die anderen sozialdemokratischen Kommunalpolitiker auch, sein Ziel erreicht, die Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden zu stärken sowie Elemente der direkten Demokratie in das Verfassungsrecht des Freistaats einzubauen. In diesem Punkte folgte Braunschweig im übrigen dem Vorbild der Weimarer Reichsverfassung. Die Kommunalverfassung existierte de jure bis zur nationalsozialistischen Machtübernahme 1933[595], auch wenn sie bereits zuvor unter den bürgerlichen Landesregierungen sukzessive ausgehöhlt wurde.

Anders als der Grotewohlsche Schulerlass belastete die verabschiedete Kommunalverfassung das Verhältnis zwischen den Arbeiterparteien und den bürgerlich-konservativen Parteien im Freistaat nicht. Das zeigte sich bereits Ende 1924, als die neue bürgerliche Regierung die Städte- und Gemeindeordnung bestehen ließ. Im Gegensatz dazu war der von der USPD/SPD durchgesetzte Schulerlass umgehend zurückgenommen worden. Nichtsdestotrotz bestanden erhebliche inhaltliche Differenzen: So lehnten die Bürgerlichen die Abschaffung des Zweikammersystems zunächst einmal ab und standen der Einführung plebiszitärer Elemente in die Gemeindeverfassung eher ablehnend gegenüber. Grotewohl gelang es in dieser Frage, die eigene Partei, die SPD-Landtagsfraktion und auch das Staatsministerium hinter sich zu bringen. Dabei setzte er sich sogar gegen Ministerpräsident Jasper durch, dem der von Grotewohl eingereichte Entwurf in einigen Punkten zu weit ging. Insgesamt besaß die Debatte über die Neuregelung der Kommunalverfassung aber nicht dieselbe Sprengkraft wie die Kontroverse über das Verhältnis zwischen Staat und Kirche.

Die Verabschiedung durch den Landtag war für Grotewohl Höhepunkt und Wendepunkt seiner eigenen politischen Laufbahn, denn unmittelbar danach löste sich der Landtag auf. Da die Regierungskoalition bei den Reichstagswahlen im Mai die Mehrheit im Freistaat verloren hatte, forderten die bürgerlichen Parteien seitdem die Landtagsauflösung[596]. Die Landtagswahl, bei der Grotewohl auf der SPD-Landesliste auf Platz 3 kandidierte[597], endete mit einer schweren Niederlage für die Sozialdemokraten, die gegenüber der Wahl von 1922 zehn Prozent einbüßten[598]. Die DDP musste eine Halbierung ihres Stimmenanteils hinnehmen. Im Landtag verfügten die bürgerlich-konservativen Parteien (DNVP, DVP, Wirt-

[594] Engli, Volksbegehren und Volksentscheid im Weimarer Kommunalverfassungsrecht, S. 299f.
[595] Ebenda, S. 319.
[596] Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 181. Erste Initiativen zur Einleitung eines Volksbegehrens bzw. Volksentscheids, um den Landtag aufzulösen, gab es bereits Anfang 1924. Das Staatsministerium beschäftigte sich in unregelmäßigen Abständen seit Ende Februar mit dieser Thematik, die anfangs eher dilatorisch behandelt wurde. Vgl. NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 13452, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums vom 29.2.1924; ebenda, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums vom 21.3.1924. Erst nach der Reichstagswahl im Mai 1924 setzte sich die braunschweigische Landesregierung ernsthaft mit dem Volksentscheid auseinander. Vgl. ebenda, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums vom 19.5.1924. Im Landtag lehnte Grotewohl eine Auflösung vor der Verabschiedung der Kommunalverfassung ab. Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1922/24, Sp. 5332-5335 (89. Sitzung vom 19.8.1924).
[597] Die SPD-Landesliste wurde angeführt von Wesemeier und Steinbrecher. Jasper kandidierte auf dem 4. Platz. NdsStAWF, 23 Neu Fb. 1, Nr. 101, Bekanntmachung für die Landtagswahl am 7.12.1924 in der ‚Braunschweigischen Staatszeitung'.
[598] Zu den Wahlergebnissen: ebenda, S. 280 (Tabelle 3 a).

schaftliche Einheitsliste, Braunschweigisch-Niedersächsische Partei) über die Hälfte der Mandate. Da die NSDAP erstmals einen Sitz erringen konnte und dem neuen Bündnis beitrat, war die Regierungsbildung unter dem neuen Ministerpräsidenten Marquordt (DVP) perfekt. Mit dem Ende der sozialdemokratischen Regierung endete auch die Amtszeit des Landesministers Grotewohl.

6. Vom Landtagsabgeordneten zum Reichstagsabgeordneten (1924–1933)

An der Spitze des SPD-Bezirks Braunschweig

Nach der verlorenen Landtagswahl vom 7. Dezember 1924 musste die SPD erstmals seit der Revolution von 1918/19 in die Opposition. Sie war zwar mit Abstand stärkste Fraktion, konnte aber kein Regierungsbündnis gegen die bürgerlichen Parteien schmieden. Die SPD-Fraktion war mit einem Durchschnittsalter von etwa 40 Jahren vergleichsweise jung und hatte keinerlei Nachwuchsprobleme, denn sie verfügte mit Grotewohl und anderen Genossen über eine Reihe von talentierten Politikern[599]. Zu diesem Zeitpunkt befand sich Grotewohl schon auf dem Sprung nach Berlin: Er kandidierte für die Reichstagswahl am 4. Mai 1924. Da er auf Platz 6 der Liste der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stand und nur die ersten fünf Kandidaten gewählt wurden, verpasste er den Einzug in den Reichstag[600]. Sieben Monate später, bei der Reichstagswahl am 7. Dezember 1924, probierte er es erneut und scheiterte wieder knapp. Diesmal belegte er den siebten Listenplatz und musste mit der Funktion des Ersatzmannes vorliebnehmen, weil nur die ersten sechs Vertreter der SPD gewählt wurden[601]. Bei der Listenaufstellung hatte es offenbar Konflikte zwischen den beiden SPD-Bezirken Hannover und Braunschweig gegeben[602], denn im Mai hatten die Genossen aus Braunschweig noch die Plätze 2 und 6 erhalten. Ende 1924 gestand ihnen aber der mitgliederstärkere Bezirk Hannover nur noch Rang 7 als weiteren Platz zu.

Während Grotewohl frühzeitig in den Landtag eingezogen und rasch Minister geworden war, machte er in der SPD erst später Karriere[603]. Insbesondere durch seine Auftritte im Landtag und vor der SPD-Fraktion hatte sich Grotewohl einen Namen machen können. Doch erst am 2. November 1924 übernahm er von Gustav Gerecke das Amt des Vorsitzenden des SPD-Bezirks Braunschweig[604]. Diese

[599] Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 183f.

[600] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 4382, Ergebnis der Wahlen zum Reichstag am 4. 5. 1924 im 16. Wahlbezirk (Süd-Hannover-Braunschweig). Grotewohl wurde 1. Ersatzmann, der bei Ablehnung der Wahl durch einen Abgeordneten oder bei dessen Ausscheiden nachrücken konnte.

[601] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 4383, Ergebnis der Wahlen zum Reichstag am 7. 12. 1924 im 16. Wahlkreis (Südhannover-Braunschweig).

[602] So Rother, Die Sozialdemokratie in Braunschweig, S. 184.

[603] Nebenbei engagierte sich Grotewohl auch in der Gewerkschaftsbewegung und wurde im August 1922 Betriebsrätesekretär. ‚Die Freiheit' vom 22. 8. 1922, in: StABS, G X 6, Nr. 20, 1. Dabei erhielt er auch eine finanzielle Ausgleichszahlung. SAPMO-BArch, NY 4090/2, Bl. 11, Bescheinigung der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte von 1922.

[604] Voßke, Otto Grotewohl. Biographischer Abriß, S. 71; Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 52.

Funktion behielt er bis 1933. Braunschweigs Sozialdemokraten besaßen eine politische Doppelspitze, die in den folgenden Jahren die Entwicklung der Partei maßgeblich bestimmte[605]. Während Grotewohl die Partei führte, leitete Jasper ab Ende Dezember 1925 die SPD-Landtagsfraktion, bis er Ende 1927 nach der gewonnenen Landtagswahl wieder das Amt des Ministerpräsidenten übernahm. Beide Politiker hatten bereits seit 1922 vertrauensvoll zusammengearbeitet, wobei Grotewohl Jasper als Führungspersönlichkeit uneingeschränkt akzeptierte. Obwohl beide Politiker in den Kabinettssitzungen nicht immer einer Meinung waren, zeigte sich Grotewohl gegenüber dem Ministerpräsidenten stets loyal.

Da die Unterlagen des SPD-Bezirks Braunschweig verloren gegangen sind, wissen wir kaum etwas über Grotewohls politische Arbeit als Bezirksvorsitzender. So liegen beispielsweise keine Protokolle der Bezirksvorstandssitzungen vor[606]; auch die im Vorstand angefallenen Sachakten sind nach 1933 vollständig verloren gegangen. Grotewohls Biographie in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre lässt sich nur anhand weniger Dokumente und von Erinnerungen der Familienangehörigen aus den siebziger Jahren dokumentieren. Grotewohl war zunächst aufgrund seines enormem Fachwissens, das er sich als Minister angeeignet hatte, an die Spitze des SPD-Bezirks gelangt. In dieser Funktion konnte er seinen Bekanntheitsgrad erheblich steigern. Des Weiteren wäre nochmals auf seine große rhetorische Fähigkeit hinzuweisen, die auch zahlreichen Weggefährten nicht entgangen ist[607]. Schließlich nennt Rother zu Recht die Tatsache, dass Grotewohls politische Position stets repräsentativ für die Mehrheitsmeinung der Braunschweiger Sozialdemokraten war[608], was etwa für seine schulpolitische Position gezeigt werden konnte. Auch begleitete Grotewohl den Einigungsprozess von USPD und SPD in Braunschweig stets aktiv und setzte sich dafür ein, keine innerparteilichen Gräben aufreißen zu lassen. All dies führte dazu, dass Grotewohl offensichtlich der richtige Mann für die 89 Bezirksparteitagsdelegierten war, die ihn am 2. Dezember 1924 einmütig zum neuen Vorsitzenden wählten[609]. Als Vorsitzender hatte er zwei hauptamtliche Sekretäre an seiner Seite (Paul Junke, Hans Reinowski), die ihm bei der Leitung der Bezirksorganisation behilflich waren[610].

Da die Funktion des SPD-Bezirksvorsitzenden ein Ehrenamt war, und die Diäten des Landtags nicht sehr hoch ausfielen, verfügte Grotewohl nach dem Wechsel in die Opposition über kein geregeltes Einkommen. Deshalb musste er den Lebensunterhalt für seine Familie ab Anfang 1925 durch freiberufliche Tätigkeiten als Mitarbeiter von sozialpolitischen und gewerkschaftseigenen Fachzeitschriften verdienen[611]. Seine finanzielle Situation besserte sich grundlegend erst am 1. Oktober 1928, als er Präsident der Landesversicherungsanstalt (LVA) Braunschweig wurde. Damit verfügte er erstmals seit seinem Ausscheiden aus der Landesregierung Ende

605 Ebenda, S. 53.
606 Rother, Otto Grotewohl, S. 530.
607 SAPMO-BArch, SgY 30/1878, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Martha Grotewohl über ihre Erinnerungen an Otto Grotewohl am 14. 12. 1976, S. 14.
608 Ebenda.
609 Voßke, Otto Grotewohl. Biographischer Abriß, S. 71f.
610 SAPMO-BArch, SgY 30/1881, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Dr. Heino Brandes über seine Erinnerungen an Otto Grotewohl am 29. 4. 1977, S. 7.
611 Voßke, Otto Grotewohl. Biographischer Abriß, S. 72; Rother, Otto Grotewohl, S. 530.

1924 wieder über ein geregeltes Einkommen. Gleichzeitig versuchte er sich weiterzubilden. Er besuchte Vorlesungen und Kurse an der Leibniz-Akademie in Hannover sowie an der Hochschule für Politik in Berlin. Aus dieser Zeit liegen keine Selbstzeugnisse Grotewohls vor, die Auskunft über seine persönliche Lebensplanung geben könnten. Auffallend ist jedoch der Umstand, dass er die Zeit für eine Zusatzqualifizierung nutzte.

Die Arbeitsaufteilung zwischen dem Vorsitzenden und seinen beiden Sekretären sah so aus, dass sich Grotewohl unter der Woche hauptsächlich in Braunschweig aufhielt, wo das Landesparlament tagte. Mit seiner Berufung an die Spitze der LVA Braunschweig war er ab 1928 noch mehr an die Landeshauptstadt gebunden. Junke und Reinowski kümmerten sich dagegen um die Parteiarbeit auf dem Lande. Diese klare Aufgabenteilung zahlte sich offensichtlich aus, da innerparteiliche Konflikte oft im Vorfeld geklärt werden konnten. So berichtet Heino Brandes über einen „schroffen Gegensatz" zwischen der Parteiorganisation auf dem Lande und der Stadt, der sich bei einigen Bezirksdelegiertenkonferenzen zu entladen drohte[612]. Hier befanden sich nämlich die Delegierten der Stadt Braunschweig in der Minderheit, da sie nur ungefähr ein Drittel aller Delegierten stellten. Dass es nicht zu einer Zerreißprobe der Partei kam, war vermutlich ein Verdienst der beiden Sekretäre, die vor den Bezirkskonferenzen zahlreiche Gespräche mit den Delegierten und Funktionären führten. Doch auch innerhalb des SPD-Ortsvereins Braunschweig gab es Auseinandersetzungen, die etwa Ende 1926 bzw. Anfang 1927 offen ausgetragen wurden[613]. Dabei ging es nicht nur um inhaltliche Differenzen, sondern auch um Unzufriedenheit von Teilen der Parteimitgliedschaft mit der Parteibürokratie. Im Verlauf dieser Kontroverse konnten sich oppositionelle Parteiintellektuelle mit der Mehrheit des unteren Funktionärsapparates verbinden. Gemeinsamer Gegner war die lokale Funktionärsführung, der Unbeweglichkeit und mangelnde Effizienz vorgeworfen wurde. Grotewohl ergriff zwar nicht offen Partei; inhaltlich unterstützte er aber die Oppositionskräfte. Auf einer SAJ-Bezirkskonferenz am 30. Januar 1927 schloss er sich der Kritik an und beklagte den Zustand der Partei[614]. Bei seinem Verhalten spielte sicherlich auch die Überlegung eine Rolle, den verstärkt artikulierten Unmut zahlreicher Parteimitglieder über die Parteifunktionäre aufzugreifen und zu kanalisieren. Damit zeigte sich Grotewohl als geschickter Taktiker. In der Folgezeit kam es im Ortsverein Braunschweig zu einem Generationswechsel, der mit einem Linksruck einherging. Grotewohl war mit seinem Versuch erfolgreich, oppositionelle Gruppen zu integrieren, denn seine Machtposition blieb unangefochten.

In dem Zusammenhang ist auch Grotewohls kritische Beschäftigung mit der Jugendpolitik der eigenen Partei zu sehen. Auf der oben erwähnten Bezirkskonferenz am 30. Januar 1927 konstatierte er einen Gegensatz zwischen den Generationen in der Arbeiterbewegung: „Das alte Proletariat versteht nicht mehr das Wesen der Jugend. Der Einwand des Alters, die Jugend weiß ja nicht, was sie will,

612 SAPMO-BArch, SgY 30/1881, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Dr. Heino Brandes über seine Erinnerungen an Otto Grotewohl am 29. 4. 1977, S. 8.
613 Zum folgenden Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 189–204.
614 Ebenda, S. 193.

zeigt uns so recht die Kluft zwischen alt und jung."[615] Von der Partei verlangte er eine stärkere Hinwendung zur jungen Generation, denn „wir stehen heute bereits mitten in einer tiefgreifenden geistigen Umstellung im Sozialismus"[616]. Die Jugend werde Träger einer neuen Gemeinschaftskultur und dränge darauf, so Grotewohl weiter, dass sich „aus der Masse, die bisher nur Kulturdünger war, [ein] Kulturträger und Kulturschöpfer" entwickle.

Otto Grotewohl genoss bereits vor seiner Wahl zum Vorsitzenden des SPD-Bezirks das Vertrauen der Parteibasis, die ihn Ende Juli 1922 zum Delegierten für den USPD-Reichsparteitag gewählt hatte[617]. Die Kreiskonferenzen nutzte er dazu, um zu einzelnen Ereignissen in Berlin Stellung zu beziehen. Auf diese Weise wollte er sich der Unterstützung der braunschweigischen SPD vergewissern. So referierte er beispielsweise auf der Kreiskonferenz am 30. Juli 1922 ausführlich über die Folgen des Mordes an Reichsaußenminister Walther Rathenau und „wies mit Nachdruck auf die immer größer werdende Reaktion besonders in Bayern hin"[618]. In dem Zusammenhang verwies er auf die zu erwartende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland. Dies werde Folgen für die politische Stabilität haben: „Der kommende Winter [1922/23] bringe uns nackte rohe Kämpfe ums Dasein, darum verteidigen wir den augenblicklichen verfassungsmäßigen Zustand der Republik." Anschließend übte er scharfe Kritik am Verhalten der Kommunisten, die gegen das Gesetz gestimmt hatten. Auf einem Bezirksparteitag im Sommer 1923 sprach er sich gegen die Bildung einer großen Koalition in Berlin aus, die dann doch kurzzeitig erfolgte, und traf damit den Nerv der Delegierten[619]. Hier zeigte sich erneut, dass er es geschickt vermochte, entsprechende Stimmungen in der Parteibasis aufzugreifen und öffentlich zu formulieren. Grotewohl vertrat schließlich den SPD-Bezirk Braunschweig zusammen mit einigen anderen Delegierten auf den Reichsparteitagen der SPD in Heidelberg (1925)[620] und Kiel (1927)[621]. Als Redner trat er aber dort nicht hervor.

Als Landtagsabgeordneter in der Opposition

Die sozialdemokratische Landesregierung versuchte die Landtagswahl bis Ende 1924 hinauszuzögern, um die Kommunalverfassung verabschieden zu können. Seit dem Frühjahr gab es bei den bürgerlichen Parteien starke Bestrebungen, den Landtag aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben, denn diese erhofften sich dadurch einen Regierungswechsel im Freistaat. Auf das von den bürgerlich-konservativen Parteien getragene Volksbegehren zur Auflösung des Landtags reagierte Grotewohl lange nicht. Gegenüber Ministerialrat Dedekind betonte er noch Ende Okto-

615 ‚Junges Volk'. Mitteilungen der „Sozialistischen Arbeiter-Jugend" vom März 1927, in: SAPMO-BArch, NY 4090/124, Bl. 2f.
616 Ebenda, Bl. 3.
617 ‚Die Freiheit' vom 29. 8. 1922, in: StABS, G X 6, Nr. 20, 1.
618 ‚Volksfreund' von Anfang August 1922, in: StABS, G X 6, Nr. 20, 1.
619 ‚Vorwärts' vom 13. 8. 1923, in: StABS, G X 6, Nr. 20,2.
620 SAPMO-BArch, RY 20/II 144/1/7, Bl. 128 (Rückseite), Liste der Delegierten des SPD-Parteitags in Heidelberg 1925.
621 SAPMO-BArch, RY 20/II 144/1/8, Bl. 28, Liste der Delegierten des SPD-Parteitags in Kiel 1927.

ber 1924, dass in dieser Angelegenheit „zunächst nichts zu veranlassen" sei[622]. In der Landtagsdebatte am 19. August hatte er – wie bereits erwähnt – einen entsprechenden Antrag kategorisch abgelehnt. Einen Monat später wies er Oerters Vorwurf zurück, das Staatsministerium habe noch nicht die erforderlichen Schritte zur Durchführung des Volksbegehrens eingeleitet. Zuvor müsse der Landtag die Selbstauflösung mit einer Zweidrittelmehrheit beschließen, entgegnete Grotewohl auf die verbalen Attacken seines ehemaligen Parteifreundes[623].

Die letzte Kabinettssitzung der Regierung Jasper fand am 18. Dezember 1924 statt. Die Landesregierung beschloss, beim Zusammentritt des Landtags geschlossen zurückzutreten[624]. Der neu gewählte Landtag tagte erstmals am 23. Dezember. Dazu hatte Grotewohl einen Antrag eingereicht: Der Ältestenrat sollte beauftragt werden, „die Vorschriften der Geschäftsordnung über die Zahl der Ausschüsse und Ausschussmitglieder zu prüfen und dem Landtage etwaige Änderungsvorschläge zu unterbreiten"[625]. Da die Mehrheitsverhältnisse äußerst knapp waren, versuchte die SPD-Fraktion offenbar Sand in das Getriebe des neuen, scheinbar brüchigen Regierungsbündnisses zu streuen. Grotewohl hatte in den zurückliegenden Jahren den Umgang mit der Geschäftsordnung des Landtags gut gelernt und zeigte sich hier als gewiefter Taktiker, denn die angemessene Berücksichtigung der einzelnen Fraktionen in den Ausschüssen des Landtags würde vermutlich zeitraubend und ein erster Test für die neue Regierung Marquordt sein. Erschwerend kam hinzu, dass die Anzahl der Abgeordneten im neuen Landtag von 60 auf 48 reduziert wurde. Dies nahm Grotewohl zum Anlass, um auch eine Verringerung der Anzahl der Ausschüsse von neun auf fünf zu fordern[626], dem sich die übrigen Fraktionen nicht widersetzen konnten. Grotewohl wurde in den Ältestenrat gewählt, wo er mit seinen 30 Jahren jüngstes Mitglied war[627]. In der Aussprache stimmte der DNVP-Abgeordnete Roloff, der inzwischen Vorsitzender seiner Fraktion geworden war und hinter den Kulissen die Politik der Landesregierung maßgeblich bestimmte, dem Antrag Grotewohls grundsätzlich zu. Da er sich aber aus koalitionstaktischen Erwägungen heraus noch nicht festlegen lassen wollte, beantragte er die Überweisung des Antrags in den Ältestenrat. Die Zahl der Ausschüsse und der Ausschussmitglieder sei „doch gebunden an gewisse Zweckmäßigkeiten, die geprüft werden müssten"[628]. Und weiter erklärte er: „Welche Ausschüsse wegfallen und zusammengelegt werden können, darüber sind die Meinungen in meiner Fraktion noch geteilt, das müsste noch geklärt werden."

Grotewohls Taktik schien aufzugehen, denn die Wahl der Ausschüsse zog sich letztlich bis Mitte Januar hin. Damit signalisierte er auch, dass die SPD ihre Oppo-

622 NdsStAWF, 12 Neu 13, Nr. 4412, handschriftliche Notiz Grotewohls für Ministerialrat Dedekind vom 23. 10. 1924.
623 Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage 1922/24, Sp. 5541-5543, hier Sp. 5543 (93. Sitzung vom 25. 9. 1924).
624 NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 13452, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums vom 18. 12. 1924.
625 NdsStAWF, 12 Neu 9, Nr. 185, Unterlagen zur 1. Landtagssitzung am 23. 12. 1924.
626 Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage 1924/27, Sp. 6-9, hier Sp. 6f. (1. Sitzung vom 23. 12. 1924).
627 Ebenda, Sp. 6.
628 Ebenda, Sp. 9.

sitionsrolle anzunehmen bereit war. Bei der Wahl der Mitglieder des Staatsministeriums tat sich Grotewohl erneut hervor, denn er warf Marquordt indirekt ein fehlendes Regierungskonzept vor. Roloff hatte kurz zuvor eine personelle Verkleinerung der Landesregierung in Aussicht gestellt und erstmals Ministernamen genannt. Nachdem sich die Opposition im Vorfeld vergeblich darum bemüht hatte, Informationen über die Besetzung der Ministerien zu erhalten, protestierte Grotewohl nunmehr lautstark: „Wir haben uns gestern leider vergeblich den ganzen Tag bemüht, bei den nationalen und den weniger nationalen wirtschaftlichen Parteien die Namen der in Frage kommenden Herren zu erfahren. [...] Heute morgen tritt der Vertreter der bürgerlichen Fraktionen hierher wie der Weihnachtsmann, nennt uns drei Namen, die hier aufmarschieren wie die drei Könige aus dem Morgenlande."[629] Darauf konterte Roloff mit dem Hinweis, dass die SPD genauso vorgegangen sei, als sie in der Regierungsverantwortung war[630]. In der anschließenden hitzig geführten Debatte stellte Jasper die Regierungsfähigkeit des bürgerlich-konservativen Regierungsbündnisses in Zweifel. Die Neuwahl des Staatsministeriums, dem zukünftig nur noch drei Minister angehörten, konnte dadurch aber nicht verhindert werden[631]. Erst Mitte Januar 1925 stand fest, dass der Landtag in der laufenden Legislaturperiode nur noch sieben Ausschüsse haben würde. Grotewohl saß nicht nur im Ältestenausschuss, sondern auch im wichtigen Haushaltsausschuss[632].

Im braunschweigischen Landtag trat Grotewohl frühzeitig als Vorkämpfer für die Rechte der Opposition in Erscheinung. Bereits am 14. Januar 1925 wandte er sich gegen einen Abbruch der Debatte über die Tätigkeit des Rechtsausschusses, den die Regierungsparteien gefordert hatten[633]. Das widerspreche dem Grundsatz der Toleranz, gab Grotewohl zur Begründung an. Er machte darauf aufmerksam, dass „sonst leicht der Vorwurf" erhoben werden könnte, die Parlamentsmehrheit fürchte die Ausführungen der sozialdemokratischen Redner. Diesen Vorwurf wollte Roloff nicht auf sich sitzen lassen und willigte schließlich in eine Fortsetzung der Aussprache ein. Als Regierungsvertreter einen Tag später die Debatte über das vorgestellte Regierungsprogramm beenden wollten, protestierte Grotewohl erneut. Im Namen seiner Fraktion lehnte er einen entsprechenden Antrag ab und verwies auf die bisherige Parlamentspraxis: „Es kann doch unter gar keinen Umständen angehen, [...] dass wir eine Debatte von so tiefgreifender politischer Bedeutung für die Entwicklung des Landes Braunschweig dadurch zu Ende bringen, dass Sie Ihre knappe Mehrheit von einer Stimme ausnutzen, um uns zu vergewaltigen. [...] Sie führen damit ein Verfahren ein, das bisher nicht üblich gewesen ist und das wir auch in der Vergangenheit Ihnen gegenüber nie angewandt haben."[634] Doch dieses Mal konnte er sich nicht durchsetzen. Die verbündeten bür-

[629] Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage 1924/27, Sp. 14f. (2. Sitzung vom 24. 12. 1924).
[630] Ebenda, Sp. 15.
[631] Ebenda, Sp. 43.
[632] Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage 1924/27, Sp. 72 (3. Sitzung vom 13. 1. 1925).
[633] Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage 1924/27, Sp. 135 (4. Sitzung vom 14. 1. 1925).
[634] Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage 1924/27, Sp. 254 (5. Sitzung vom 15. 1. 1925).

gerlichen Parteien rückten von ihrem Antrag nicht ab, so dass der Landtagspräsident nach vorheriger Abstimmung zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehen musste.

Eine der ersten Amtshandlungen der Regierung unter Ministerpräsident Marquordt bestand darin, den ausgeschiedenen Ministern Übergangsgeld zu bewilligen. Vom 1. Januar 1925 an sollten die Minister a. D. Jasper, Grotewohl, Rönneburg und Steinbrecher für die ersten drei Monate ein Übergangsgeld in Höhe der bisherigen vollen Bezüge und für die nachfolgenden neun Monate in Höhe der Hälfte der bisherigen Bezüge gewährt bekommen[635]. Rechtliche Grundlage war das Gesetz über die Rechtsstellung und Besoldung der Minister vom 5. Januar 1922. Grotewohl musste aber rasch neue Einnahmequellen erschließen, um für sich und seine Familie den Lebensunterhalt zu sichern. Weder das Amt des Bezirksvorsitzenden noch das des Fraktionsvorsitzenden, zu dem Grotewohl Anfang Januar 1925 gewählt worden war[636], boten eine finanzielle Absicherung.

Zwischen Regierung und Opposition kündigte sich schon bald heftiger Streit an, da das Staatsministerium den 1. Mai und den 9. November als Feiertag abschaffte und gleichzeitig den Buß- und Bettag als gesetzlichen Feiertag wieder einführte[637]. Damit hatten sich Marquordt und Roloff als führende Köpfe des bürgerlich-konservativen Bündnisses dezidiert von der alten sozialdemokratischen Regierung abgegrenzt. Für die Anhänger der beiden linken Parteien waren damit freilich Errungenschaften der Revolution von 1918/19 beseitigt worden. Das wiederum musste das Arbeitsklima im Landtag vergiften und die ohnehin bestehende Konfrontation weiter verstärken. Ein weiterer symbolträchtiger Akt war die Aufhebung des Grotewohlschen Schulerlasses am 19. September 1925[638]. Die Regierung Marquordt war auch in diesem Punkte an einem Ausgleich nicht interessiert, sondern nutzte die Mehrheitsverhältnisse im Landtag, um den verhassten schulpolitischen Erlass zu revidieren. Das bedeutete, dass evangelische Schulandachten wieder die Norm und Zensuren im Religionsfach wieder versetzungsrelevant wurden. Lehrer, die aus der Kirche ausgetreten waren, durften nicht mehr Deutsch, Geschichte und musischen Gesang unterrichten.

Eine weitere Belastung stellte die Auseinandersetzung um den Prozess mit dem früheren herzoglichen Haus dar, der kurz vor dem Abschluss stand und bei dem es um Entschädigungsforderungen von Herzog Ernst August ging[639]. Dieser hatte im November 1921 eine Zivilklage gegen den Freistaat eingereicht. Im Frühjahr 1924 wäre es fast zu einer beiderseitigen Einigung gekommen, doch die SPD-Basis stellte sich nachdrücklich gegen einen Kompromiss. So befand sich die Regierung Jasper in der misslichen Lage, dem Landtag den Entwurf eines Vergleichs vorzulegen, ohne aber eine Beschlussempfehlung zu geben. Diese widersprüchliche Vorgehensweise überzeugte die Mehrheit des Parlaments nicht, die den Entwurf schließlich ablehnte. Eine vorläufige Entscheidung brachte der Regierungswechsel

635 NdsStAWF, 12 Neu 13, Nr. 25962, Marquordt am 29. 12. 1924 an das Haushaltsamt.
636 NdsStAWF, 23 Neu Fb. 1, Nr. 101, Grotewohl am 8. 1. 1925 an das Büro des Landtags.
637 Rother, Der Freistaat Braunschweig in der Weimarer Republik, S. 960.
638 Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 149; Tilly, Schule und Kirche in Niedersachsen, S. 338f.
639 Dazu: Rother, Der Freistaat Braunschweig in der Weimarer Republik, S. 961.

Ende 1924, denn die frisch gewählte Regierung Marquordt kam dem herzoglichen Haus weit entgegen. Im Namen der SPD-Landtagsfraktion lehnte es Grotewohl entschieden ab, „einem der reichsten Fürstenhäuser Europas für ein kurzes Gastspiel auf braunschweigischem Boden auf ewige Zeiten ein arbeitsloses Einkommen von Hunderttausenden von Mark zu sichern, ihm einen unersetzlichen Teil unserer Staatsgüter [...] auszuliefern und damit den Ruin unseres Freistaates einzuleiten oder gewaltige neue Steuerlasten auf die Schultern der gesamten Braunschweiger Bevölkerung zu wälzen“[640]. Nach Einschätzung der SPD-Opposition würde die jährliche Belastung des Staatshaushalts durch den neuen Vergleich enorm ansteigen und um ein Drittel über dem alten Vorschlag der Regierung Jasper liegen[641]. Diese neue Regelung billigte dann auch der Landtag mit 24 gegen 22 Stimmen; ein DDP-Mitglied und der NSDAP-Abgeordnete enthielten sich der Stimme[642]. Damit war die parlamentarische Auseinandersetzung jedoch nicht abgeschlossen. Als es Ende 1925 im Landtag zu einem Wortwechsel zwischen Jasper und Roloff kam, bei dem es um die Bewertung des Herzogsprozesses ging, handelte sich Grotewohl einen Ordnungsruf ein[643].

Von Anfang an standen sich Regierung und Opposition unversöhnlich gegenüber. Das Verhältnis zwischen den bürgerlichen Parteien und der SPD, das ohnehin seit der Revolution von 1918/19 problematisch gewesen war, verschlechterte sich mit dem Machtwechsel Ende 1924 zusehends. Aus Debatten über wichtige Gesetzesvorhaben wurden heftige Wortgefechte zwischen den Regierungs- und Oppositionsparteien. Das wurde bereits bei der Beratung des vorläufigen Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1925 deutlich. In der Aussprache unterstrich Grotewohl, dass „das hier vorliegende Gesetz unter gar keinen Umständen auch nur annähernd irgendwelche Unterstützung bei uns [SPD-Landtagsfraktion] finden kann“[644]. Denn mit dem Gesetz wurde der Versuch unternommen, „einen bisher überhaupt noch nicht beratenen oder vielmehr verabschiedeten Haushaltsplan [...] als Grundlage für die Ausgaben, die die Regierung bis längstens 1. Juli 1925 machen kann, zu nehmen“. Die Regierung könne nur den Haushaltsplan des Jahres 1924 als Berechnungsgrundlage hernehmen. Grotewohl monierte, dass die Rechte des Parlaments „so erheblich“ geschmälert würden, wenn die Regierung öffentliche Gelder ausgebe, die noch gar nicht bewilligt worden seien. Damit verteidigte er das Budgetrecht des Landtags, das er durch die Vorgehensweise der Regierung Marquordt ernsthaft gefährdet sah. In seiner Rede verwies Grotewohl darauf, dass die Haushaltsentwürfe, welche die sozialdemokratische Landesregierung in der Vergangenheit vorgelegt hatte, selbst in den Inflationsjahren rechtzeitig verabschiedet worden seien[645]. Der zuständige Finanzminister Hans-Udo von Grone begründete den eingeschlagenen Weg mit dem knappen Hinweis, dass „eine Reihe

640 Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage 1924/27, Sp. 2261 (32. Sitzung vom 17. 10. 1925).
641 Rother, Der Freistaat Braunschweig in der Weimarer Republik, S. 961.
642 Roloff, Braunschweig und der Staat von Weimar, S. 120.
643 Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage 1924/27, Sp. 2797 (40. Sitzung vom 22. 12. 1925).
644 Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage 1924/27, Sp. 467–470, hier Sp. 467 (9. Sitzung vom 20. 3. 1925).
645 Ebenda, Sp. 468.

von Ansätzen des Haushaltsplans für 1924 nicht ausreichend" gewesen seien[646]. Grotewohl, der diesen Einwand nicht gelten lassen wollte, widersprach umgehend und bestand darauf, den vom Landtag gebilligten Haushaltsplan für 1924 als Grundlage für die Aufstellung des neuen Haushaltsplans zu nehmen.

In den folgenden Monaten wurde Grotewohl der wichtigste parlamentarische Gegenspieler des politisch unerfahrenen Finanzministers, der erst 1926 der DNVP-Fraktion beitrat. Dabei konnte er sich zunächst in einem wichtigen Punkt durchsetzen, denn der Finanzausschuss des Landtags machte sich Grotewohls Meinung zu eigen, dass „man für die Genehmigung eines Notetats nicht das kommende Haushaltsjahr mit seinen im Haushaltsplan enthaltenen Ansätzen, sondern das zurückliegende Haushaltsjahr, nämlich 1924, zugrunde legen soll"[647]. Nachdem die Regierungsvorlage dahingehend geändert worden war, sprachen sich die Mitglieder des Finanzausschusses einstimmig für die Annahme im Landtag aus. Dagegen waren die kleineren inhaltlichen Veränderungen, die der Finanzausschuss während der Haushaltsberatungen vornahm, ohne größere Bedeutung. Grotewohl und der SPD-Landtagsfraktion ging es jedoch nicht nur darum, das Budgetrecht des Parlaments zu verteidigen. Ein weiteres Ziel war die Haushaltskonsolidierung, die auch schon im Mittelpunkt der Finanzpolitik unter der Regierung Jasper gestanden hatte. Das hinderte Grotewohl aber nicht daran, sich im Landtag für eine Erhöhung der Beamten- und Angestelltengehälter stark zu machen[648].

Grotewohl nutzte zunächst die große Haushaltsdebatte am 1. Juli 1925 dazu, um mit der Regierung abzurechnen, der er vorwarf, der evangelischen Kirche Steuervorteile zu gewähren, die nicht im Interesse des Landes seien[649]. Außerdem kritisierte er die Überlegungen, die Veranlagungssätze bei der Grund- und Gewerbesteuer zu senken und gleichzeitig im Sozial- und Schuletat zu kürzen. Im Hinblick auf die Personalpolitik der Regierung beklagte er, dass Verwaltungsangestellte, die der SPD nahe ständen, ausgewechselt worden seien[650]. In der Tat hatte das Staatsministerium Sozialdemokraten und Mitglieder der DDP auf unwichtige Positionen versetzt oder sogar entlassen; besonders betroffen waren das Kultusministerium sowie die allgemeine Verwaltung im Staatsministerium[651]. In der Landtagsdebatte ging Grotewohl ausführlich auf die beabsichtigte Versetzung des Regierungsrats Mühlenkamp ein, um die verfehlte Beamtenpolitik der neuen Landesregierung zu illustrieren[652]. Dieser sei in erster Linie aufgrund seiner Mitgliedschaft im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold versetzt worden. Da die bürgerlich-konservative Regierung ihre Personalpolitik unbeirrt fortsetzte, verlangte die SPD schließlich Ende 1926 die Einsetzung eines Landtagsausschusses „zur Untersu-

646 Ebenda, Sp. 470.
647 Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage 1924/27, Sp. 509-512, hier Sp. 509 (10. Sitzung vom 24. 3. 1925).
648 Grotewohls Antrag fand jedoch keine parlamentarische Mehrheit. Vgl. Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig aus dem Landtage 1924/27, Sp. 949 (17. Sitzung vom 2. 7. 1925).
649 Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage 1924/27, Sp. 857-878, hier Sp. 861f. (16. Sitzung vom 1. 7. 1925).
650 Ebenda, Sp. 868f.
651 Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 187.
652 Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage 1924/27, Sp. 857-878, hier Sp. 871f. (16. Sitzung vom 1. 7. 1925).

chung von Treibereien gegen republikanische Beamte"[653]. Führende Sozialdemokraten Braunschweigs wie etwa Jasper bedauerten es sogar, in der eigenen Amtszeit „nicht in größerem Umfange Republikaner eingestellt [zu] haben"[654]. Am Ende seiner Rede betonte Grotewohl nochmals, dass die SPD kein Vertrauen zu der Regierung habe, deren Politik den Interessen des Landes nicht gerecht werde. Er schloss seine Ausführungen mit einer Drohung, die das vergiftete politische Klima im Landtag erneut anschaulich machte: „Denken Sie bei all Ihrer Politik daran: je rücksichtsloser und eindeutiger Sie gegen uns vorgehen, umso besser ebnen Sie den Weg für das, was wir tun müssen, wenn wir wiederkommen. Sie machen also im Grunde genommen nichts weiter, als dass Sie in Braunschweig den Zustand der politischen Unruhe, des staatlichen Durcheinanders verewigen wollen. [...] Denken Sie daran: Wer Wind sät, wird Sturm ernten!"[655]

Grotewohl brachte im Rahmen der Haushaltsdebatte allerdings auch konstruktive Gegenvorschläge ein. Bei der Erörterung des Teiletats des Justizministers stellte er beispielsweise den Antrag, im Stellenplan des Staatsministeriums einen Fürsorgepfleger für den Strafvollzug einzustellen[656]. Vor den versammelten Landtagsabgeordneten beschäftigte er sich zunächst ausführlich mit der Flucht einzelner Strafgefangener aus den Haftanstalten des Freistaats. Anhand von Statistiken konnte er nachweisen, dass die Zahl der Ausbruchsversuche schon vor dem Amtsantritt der Regierung Marquordt stark rückläufig gewesen war[657]. Damit wollte er den Vorwurf der bürgerlich-konservativen Parteien entkräften, dass sich die Sicherheitslage erst durch den Regierungswechsel wesentlich gebessert habe. Da dieses Thema die Haushaltsberatungen der vergangenen Jahre erheblich belastet hatte, sah Grotewohl nunmehr eine Versachlichung der Diskussion: „Ich wünsche nur, [...] dass diese Wandlung nur auf sachlichen Gesichtspunkten begründet wäre und nicht zu einem sehr großen Teil ihr Fundament finden würde in der geänderten politischen Machtkonstellation, die wir heute sehen und die Sie zwingt, diese Dinge, die vernünftigerweise die Regierung weiter betreibt, zu stützen."[658] Am Ende seiner Rede appellierte Grotewohl an die Regierung, die Gefangenenfürsorge zu reformieren[659]. In dieser Angelegenheit waren SPD und DDP einer Meinung: Der DDP-Abgeordnete Regensburger hatte einen eigenen Antrag eingereicht, der eine Ausgabenerhöhung vorsah und der von Grotewohl unterstützt wurde. Beide Anträge wurden aber letztlich von der Regierungsmehrheit abgelehnt[660].

Die beiden Oppositionsparteien SPD und DDP hatten offiziell keine Absprachen über das Abstimmungsverhalten der eigenen Fraktionsmitglieder getroffen.

653 Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 187.
654 Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage 1924/27, Sp. 4872 (Sitzung vom 15. 12. 1926). Zitiert nach: Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 187.
655 Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage 1924/27, Sp. 857–878, hier Sp. 878 (16. Sitzung vom 1. 7. 1925).
656 Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage 1924/27, Sp. 1112f. (18. Sitzung vom 3. 7. 1925).
657 Ebenda, Sp. 1119.
658 Ebenda, Sp. 1118.
659 Ebenda, Sp. 1124.
660 Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage 1924/27, Sp. 1130 (19. Sitzung vom 4. 7. 1925).

Dennoch fällt auf, dass bei wichtigen Gesetzesberatungen (z.B. Haushaltsplan) Anträge der jeweils anderen Fraktion häufig mitgetragen wurden. So stellte der ehemalige Wirtschaftsminister Rönneburg (DDP) am 22.Mai 1925 einen Antrag, der das Recht des Landtags gegenüber dem Staatsministerium stärken sollte, „Grundsätze [...] über die Verwendung" von Haushaltsmitteln festzusetzen[661]. Auch Grotewohl zeigte sich besorgt über die Verwendung der öffentlichen Gelder, die offensichtlich ohne eingehende Beratung im Haushaltsausschuss erfolgte[662]. Die unnachgiebige Haltung der Regierungsfraktionen schweißte die beiden Parteien teilweise noch enger zusammen. Die Kooperation wurde auch dadurch erleichtert, dass SPD und DDP bis Ende 1924 gemeinsam in der Regierung saßen. Der Gegensatz zwischen der Regierung Marquordt und der von Grotewohl und Jasper angeführten SPD-Landtagsfraktion vergrößerte sich im Verlauf der Haushaltsberatungen weiter und führte dazu, dass sich Grotewohl im Landtag weigerte, einer Verlängerung des Nothaushaltsgesetzes die Zustimmung zu erteilen[663].

In einer parlamentarischen Demokratie bietet die Beratung des Staatshaushalts der Opposition generell die Möglichkeit, mit der ganzen Regierungspolitik hart ins Gericht zu gehen. Insofern erscheinen die Reaktionen Grotewohls und der SPD-Landtagsfraktion auf den ersten Blick nicht sonderlich überraschend. Bei näherem Hinsehen fallen aber die qualitativen Veränderungen in der politischen Kultur Braunschweigs besonders auf, die im Umgang von Regierung und Opposition deutlich hervortraten. Entgegen den bisherigen Gepflogenheiten verzichtete das bürgerlich-konservative Bündnis etwa darauf, der Opposition im Landtag rechtzeitig einen fertig ausgearbeiteten Staatshaushaltsplan vorzulegen. Der eingebrachte Nothaushalt fand jedenfalls nicht die Zustimmung von SPD und DDP. Am Ende der zweiten Lesung des Etats wiederholte Grotewohl seine grundsätzlichen Einwände: „Das Gesetz über den Staatshaushalt gibt uns an dieser Stelle nochmals Gelegenheit, zusammenhängend zum Ausdruck zu bringen, dass wir unsere Zustimmung [...] nicht geben können."[664] Er erklärte weiter: „Wir sind nicht in der Lage, zu der Regierung das nötige Vertrauen aufzubringen, das erforderlich ist, um ihr die hier beschlossenen Mittel zur Verfügung zu stellen." Anschließend warf er der Regierung einseitige Interessenpolitik zugunsten der Kirche, des herzoglichen Hauses, der Landwirtschaft und des Gewerbes vor[665]. Dagegen seien die sozialpolitischen Initiativen der SPD im Schulwesen sowie im Wohnungsbau abgelehnt worden. Als weitere Belastung kristallisierte sich immer mehr die Personalpolitik der neuen Landesregierung heraus, denn die SPD befürchtete nicht ohne Grund eine Zurückdrängung des ohnehin geringen sozialdemokratischen Einflusses im Beamtenapparat und in der öffentlichen Verwaltung. Dabei zog Grotewohl Parallelen zum Kaiserreich und warf Marquordt vor, seine Regierung wolle „mit rücksichtsloser Brutalität die Sozialdemokratie wieder in eine Stellung zurückdrängen, in der sie in

[661] Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage 1924/27, Sp. 685 (14. Sitzung vom 22. 5. 1925).
[662] Ebenda, Sp. 693.
[663] Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage 1924/27, Sp. 1443 (21. Sitzung vom 7. 7. 1925).
[664] Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage 1924/27, Sp. 1883–1886, hier Sp. 1883 (26. Sitzung vom 13. 7. 1925).
[665] Ebenda, Sp. 1885.

der Vorkriegszeit gestanden hat, bedrückt mit dem Stempel vaterlandsloser Gesellen"[666]. Unmittelbar danach trat Roloff ans Rednerpult und wies Grotewohls Vorwurf zurück, die Regierung betreibe Interessenpolitik: „Wir haben uns bemüht, auch allen Anregungen der Linken Rechnung zu tragen und im ganzen Umfange den kulturellen und sozialen Aufgaben des Staates zu genügen."[667] Die beschlossenen Vergünstigungen für die Landwirtschaft begründete er mit der bis dahin bestehenden „steuerlichen Überbelastung". Außerdem rechtfertigte er die steuerlichen Vorteile für die Kirche damit, dass in der Vergangenheit Unrecht geschehen sei: „Sie hat schwere Jahre hinter sich und erkämpft sich jetzt ihr Recht. Dem müssen wir vom finanziellen Standpunkt Rechnung tragen."[668]

Grotewohl äußerte sich im Landtag nicht nur zur Haushalts- und Finanzpolitik, sondern vereinzelt auch zu seinem früheren Arbeitsfeld als Minister, nämlich zur Schulpolitik. So begründete er beispielsweise eine Große Anfrage zur Einführung der vierjährigen Grundschulpflicht und übte in dem Zusammenhang Kritik am Verhalten des Staatsministeriums, das bei entsprechenden Beratungen des Reichsrats keine Stellungnahme abgegeben habe[669]. Auf der anderen Seite hielt er sich aber mit Kommentaren auffallend zurück, als die neue Regierung den Schulerlass der Regierung Jasper aufhob. Während er als Volksbildungsminister jede Gelegenheit nutzte, um für die strikte Trennung von Staat und Kirche in der Schule einzutreten, unterließ er es Ende 1925, den von Marquordt betriebenen Richtungswechsel zu kritisieren. Die ausbleibende Reaktion Grotewohls überrascht, denn das Thema besaß in der Öffentlichkeit nach wie vor einen hohen Symbolcharakter. Der Schulerlass Marquordts definierte die Schulen in Braunschweig jedoch nicht nur als evangelische Bekenntnisschulen, sondern bot auch die Option, neben diesen Regelschulen sogenannte Sammelschulen für konfessionslose Schüler einzurichten. Dadurch wurde die Einheitlichkeit der Volksschule in Frage gestellt und gleichzeitig ein Angebot für Freidenkervereine und Arbeiterparteien eröffnet. Der SPD-Abgeordnete Kuno Rieke, der während der Wahlperiode von 1924 bis 1927 dem Unterrichtsausschuss angehörte[670], lehnte diese Offerte im Landtag ab: Er werde weiterhin für die gemeinsame Schule kämpfen. Falls dies ohne Erfolg bleiben sollte, werde er einer der ersten Verfechter für die weltliche Schule sein[671]. Der Schulerlass vom 19. September 1925 hatte Folgen für die SPD Braunschweigs, denn er zementierte zunächst einmal den antikirchlichen Kurs der Partei. Darüber hinaus begünstigte er den innerparteilichen Aufstieg von Volksschullehrern und Intellektuellen, die sich vor allem im Weltlichen Elternbund organisierten und dort einen Namen machen konnten[672]. Nach Einschätzung von Rother sind die Verän-

666 Ebenda.
667 Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage 1924/27, Sp. 1886–1888, hier Sp. 1886 (26. Sitzung vom 13. 7. 1925).
668 Ebenda, Sp. 1886f.
669 Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage 1924/27, Sp. 647–649 (14. Sitzung vom 22. 5. 1925).
670 Herlemann, Biographisches Lexikon niedersächsischer Parlamentarier, S. 297.
671 Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage 1924/27, Sp. 2563 (Sitzung vom 25. 11. 1925). Zitiert nach Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 149.
672 Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 152.

derungen in den SPD-Ortsvereinen Braunschweig und Wolfenbüttel in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre nur unter Einbeziehung dieser neuen Netzwerkstrukturen verständlich[673].

Ende 1925 zog sich Grotewohl aus der Landespolitik allmählich zurück. Er blieb zwar nach wie vor Vorsitzender des SPD-Bezirks Braunschweig, legte allerdings als erstes den Fraktionsvorsitz nieder[674]. Sein Nachfolger wurde Dr. Jasper. Am 14. März 1926 teilte er dem Landtagspräsidenten mit, dass er sein Landtagsmandat niederlegen würde, und begründete diesen Schritt mit der Arbeitsbelastung als Reichstagsabgeordneter[675]. Der Wechsel nach Berlin wurde durch einen Todesfall ermöglicht: Als die SPD-Abgeordnete Elise Bartels starb, rückte Grotewohl am 20. November 1925 für den Wahlkreis 16 (Südhannover-Braunschweig) in den Reichstag nach[676]. Damit verschob sich Grotewohls Arbeitsschwerpunkt von der Landes- auf die Reichspolitik. Nachrücker im braunschweigischen Landtag wurde 1926 Otto Burgold[677]. Die Mandatsübernahme durch Grotewohl erhöhte im Übrigen die Zahl der Parlamentsneulinge im Reichstag, die 1924 mit insgesamt 35 schon einen Höchststand erreicht hatte[678].

Ende 1926 bzw. Anfang 1927 zeigten sich tiefe Risse im bürgerlich-konservativen Regierungsbündnis. Die Parlamentarische Arbeitsgemeinschaft, auf die sich die Regierung Marquordt stützte, zerbrach letztlich aufgrund divergierender Interessen. Da die Landwirtschaft steuerlich besonders entlastet und zugleich die Abgabenlast auf städtischem Grundbesitz erhöht worden war, verließen die vier Abgeordneten der Wirtschaftlichen Einheitsliste 1927 die Arbeitsgemeinschaft[679]. Von der wirtschaftlichen Konsolidierung, die sich auch im Freistaat Braunschweig bemerkbar machte, konnte die Koalition nicht mehr profitieren. Sie verfiel immer mehr in Agonie und war kaum noch handlungsfähig. Am 27. November 1927 standen turnusgemäß die Landtagswahlen an, von denen sich die Sozialdemokraten einen großen Erfolg versprachen. Die SPD wollte die Scharte von 1924, als sie eine herbe Niederlage bei den Landtagswahlen einstecken musste, wieder auswetzen und war hoch motiviert[680]. Der Wahlkampf war perfekt organisiert: Mit Hilfe von öffentlichen Diavorträgen und durch den Einsatz von Lautsprecheranlagen sollten verschiedene Bevölkerungsgruppen erreicht werden. Die SPD mobilisierte nicht nur die traditionelle Wählerschaft, sondern versuchte auch die Stimmen von Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern zu gewinnen. Des Weiteren wurden Rentner, Waldarbeiter, Staats- und Kommunalbeamte und Hausangestellte gezielt mit Wahlkampfpost angeschrieben. Im Wahlkampf engagierte sich auch Otto Grotewohl,

673 Ebenda, S. 152 und 190.
674 NdsStAWF, 23 Neu Fb. 1, Nr. 101, Grotewohl am 30. 12. 1925 an den Landtagspräsidenten.
675 NdsStAWF, 23 Neu Fb. 1, Nr. 101, Grotewohl am 14. 3. 1926 an den Landtagspräsidenten. Der SPD-Parteitag in Weimar 1919 untersagte die Ausübung von Doppelmandaten, wobei für führende Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion in Preußen Ausnahmen gemacht wurden (z. B. Ernst Heilmann, Otto Braun, Carl Severing). Schröder, Ausbildung und Karrieren von SPD-Reichstagsabgeordneten, S. 34 und Anm. 16.
676 Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 56.
677 NdsStAWF, 23 Neu Fb. 1, Nr. 101, Landtagspräsident am 15. 3. 1926 an Otto Burgold.
678 Schröder, Ausbildung und Karrieren von SPD-Reichstagsabgeordneten, S. 36. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass 1924 zwei Reichstagswahlen stattfanden.
679 Rother, Der Freistaat Braunschweig in der Weimarer Republik, S. 962.
680 Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 210.

der einige öffentliche Auftritte absolvierte[681]. Durch den Einsatz prominenter Redner wollte die SPD Braunschweig den politischen Wechsel erzwingen.

Die Landtagswahl endete mit einem großen Erfolg für die SPD, die ihren Stimmenanteil von 37,4 auf 46,2 Prozent erhöhen konnte[682]. Großer Verlierer war die DNVP, deren Stimmenanteil sich fast halbierte. Die DVP musste einen prozentualen Rückgang von 2,9 Prozent hinnehmen. Allen anderen Parteien (KPD, Zentrum, Wirtschaftliche Einheitsliste, NSDAP) gelang es, die Ergebnisse von 1924 zu wiederholen. Das bürgerliche Lager hatte sich noch weiter zersplittert, denn die Partei der Haus- und Grundbesitzer – eine Abspaltung der Wirtschaftlichen Einheitsliste – schickte zwei Abgeordnete in den braunschweigischen Landtag. Insgesamt verfügte das bürgerlich-konservative Lager (unter Einschluss des NSDAP-Vertreters) nur noch über 20 statt 25 Sitze. Im Gegensatz dazu gewann die SPD fünf Mandate hinzu und hatte im neuen Landtag 24 Sitze. Ihr fehlte jedoch zur absoluten Mehrheit ein Abgeordneter; als Mehrheitsbeschaffer boten sich entweder die Kommunisten oder die DDP an, die ihren politischen Niedergang in Braunschweig nicht aufhalten konnte. Die SPD entschied sich schließlich für eine Alleinregierung, was vor allem auf zwei Gründe zurückzuführen war[683]. Zum einen hatte die DDP die Einbeziehung der DVP zur Bedingung für den eigenen Regierungseintritt gemacht; zum anderen lehnte die SPD ein Verhandlungsangebot der KPD mit dem Hinweis auf die zahlreichen Anfeindungen von Seiten der Kommunisten ab. Obwohl das Verhältnis zwischen SPD und KPD in Braunschweig nicht spannungsfrei war, stimmten die beiden KPD-Abgeordneten für die neue Regierung. Heinrich Jasper wurde erneut Ministerpräsident und Finanzminister, Hans Sievers übernahm das Volksbildungs- und Justizressort und Gustav Steinbrecher das Innenministerium.

Hinterbänkler im Reichstag

Mit dem Einzug in den Reichstag setzte sich Grotewohls politische Karriere auf den ersten Blick weiter fort. Hier stieg er zwar schon bald zu einem der sozialpolitischen Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion auf[684], der Konkurrenzdruck war jedoch ungleich größer als im braunschweigischen Landtag. In Berlin musste er sich erst einen Namen machen. In der politischen Praxis erwies sich das als ein äußerst schwieriges Unterfangen, denn im Reichstag kam er bei weitem nicht so häufig zu Wort wie im Landesparlament des Freistaats. Die erste Gelegenheit erhielt er am 11. März 1927, knapp anderthalb Jahre nach der Übernahme des Reichstagsmandats. Im Rahmen der Haushaltsdebatte äußerte er sich zum Arbeits- und Unfallschutz und verwies auf die steigende Zahl der gemeldeten Arbeitsunfälle zwischen 1923 und 1925[685]. Nach dem Studium der Berichte der Gewerbeaufsichts-

681 SAPMO-BArch, NY 4090/99, Bl. 69f., Erinnerungen von Karl T. über den Wahlkampf 1927 [Juli 1961].
682 Zu den Zahlen: Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 280 (Tabelle 3 a).
683 Rother, Der Freistaat Braunschweig in der Weimarer Republik, S. 962.
684 Rother, Otto Grotewohl, S. 530.
685 Verhandlungen des Reichstags. III. Wahlperiode 1924, Bd. 392. Stenographische Berichte, S. 9362–9366, hier S. 9362 (282. Sitzung vom 11. 3. 1927).

ämter kam er auf eine jährliche Steigerung um rund 40 Prozent[686]. Anschließend wiederholte er die alte Forderung der SPD und der Gewerkschaften nach Einführung des Achtstundentages als Normalarbeitstag. Grotewohl setzte sich ausführlich mit dem von der Regierung eingebrachten Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes auseinander, der seiner Meinung nach den Bedürfnissen der Arbeiter nicht gerecht wurde. Statt dessen komme der Gesetzentwurf den Interessen der Unternehmer entgegen und sei deshalb vielmehr ein Arbeitgeberschutzgesetz[687]. Des Weiteren kritisierte er, dass der Schutz der Frauen- und Kinderarbeit „in absolut unbefriedigender Weise gelöst" sei. Grotewohl ging auf Einzelheiten nicht weiter ein, denn er wollte der noch ausstehenden Beratung des seit 1925 diskutierten Arbeitsschutzgesetzes[688] nicht vorgreifen. Während er allgemein den Jugendschutz bemängelte, lobte er ausdrücklich Reichsarbeitsminister Dr. Heinrich Brauns (Zentrum) für die Verabschiedung eines Berufsausbildungsgesetzes im Reichskabinett. Weniger erfreut zeigte er sich allerdings darüber, dass die Landwirtschaft wie auch bei anderen sozialpolitischen Gesetzen eine Ausnahmestellung erhielt[689]. Anschließend verlangte er die grundsätzliche Ausdehnung der Arbeitsschutzbestimmungen auf die Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren, für die eine wöchentliche Höchstgrenze von 48 Arbeitsstunden festgesetzt werden sollte[690]. Außerdem sprach er sich eindringlich für ein Verbot von Nachtarbeit und die Einführung fester Arbeitspausen aus. Der Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes sah dagegen eine wöchentliche Höchstarbeitszeit für Jugendliche von 14 bis 16 Jahren von 48 Stunden und für Jugendliche von 16 bis 18 Jahren von 58 Stunden vor. Diese Bestimmungen seien, so Grotewohl weiter, kein Arbeitsschutz, sondern „eine Barbarei". In dem Zusammenhang warf er der Reichsregierung vor, den Wünschen der Arbeitgeber zu folgen: „Es kann nicht angehen, dass die Zukunftsinteressen einer ganzen Nation vor der Profitsucht einzelner interessierter Unternehmerkreise zurücktreten sollen." Dabei übte er auch Kritik am Parlament: „In diesen Fragen der deutschen Jugend, die auf den ganzen Deutschen Reichstag blickt, nützen keine schönen Deklamationen, nützen auch nicht aalglatte Reden, die auf parlamentarischen Abenden gehalten werden. Hier hilft überhaupt kein Mundspitzen, hier muß vom Deutschen Reichstag endlich einmal gepfiffen werden."

Die Reichsregierung hatte bereits im Dezember 1926 einen ersten Entwurf in die parlamentarische Beratung eingebracht; zu einer Verabschiedung im Reichstag kam es jedoch nicht. Grotewohl trug seine Monita nochmals in einer kurzen Erklärung am 7. April vor, nachdem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns kein Entgegenkommen bei der Überarbeitung des Entwurfs gezeigt hatte[691]. Seine Kritikpunkte

686 Ebenda, S. 9364.
687 Ebenda, S. 9363.
688 Bethge, Arbeitsschutz, S. 219.
689 Verhandlungen des Reichstags. III. Wahlperiode 1924, Bd. 392. Stenographische Berichte, S. 9362–9366, hier S. 9363 (282. Sitzung vom 11. 3. 1927).
690 In dem Zusammenhang kritisierte Grotewohl auch die unzureichende Mitarbeit des Reichsarbeitsministeriums bei der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO). Die auf den Jahrestagungen der IAO in Washington (1919) und Genf (1920/21, 1925–1927) beschlossenen arbeitsschutzrechtlichen Übereinkünfte seien in Deutschland nicht ratifiziert worden. Grotewohl, Mehr Ratifikationen.
691 Verhandlungen des Reichstags. III. Wahlperiode 1924, Bd. 392. Stenographische Berichte, S. 10606 (308. Sitzung vom 7. 4. 1927).

können inhaltlich im Zusammenhang mit dem gewerkschaftlichen Gegenentwurf von Anfang 1928 gesehen werden, dem ein zweiter Arbeitsschutzgesetzentwurf im Januar 1929 folgte[692]. SPD und Gewerkschaften beharrten unter anderem auf der allgemeinen Durchsetzung des Achtstundentages, den die Unternehmer nach der Währungsstabilisierung Ende 1923, die die deutsche Wirtschaft wieder dem internationalen Wettbewerb aussetzte, massiv angegriffen hatten[693]. Die Weltwirtschaftskrise und das Aufkommen der Massenarbeitslosigkeit verdrängten schließlich das Thema von der politischen Agenda, so dass die Arbeiten am Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes mit der Reichstagsauflösung 1930 eingestellt wurden[694].

Obwohl Grotewohl Mitglied des Reichstags war, ließ ihn die braunschweigische Landespolitik nicht richtig los. So wurde er im Herbst 1927 als Zeuge in einem Verleumdungsprozess geladen, der vor einem Berliner Schöffengericht stattfand. Dabei hatte sich der verantwortliche Redakteur des ‚Vorwärts', Richard Bernstein, wegen Beleidigung des braunschweigischen Oberstaatsanwalts du Roi zu verantworten. In einem am 24. März 1926 abgedruckten Artikel war du Roi „unlauteres egoistisches und pflichtwidriges Verhalten" vorgeworfen worden, als dieser noch Vorsteher der Landesstrafanstalt in Wolfenbüttel war[695]. Im einzelnen soll du Roi Lebensmittel der Haftanstalt für sich abgezweigt und erst später dann mit „entwertetem Geld" bezahlt haben[696]. Daraufhin hatte der mittlerweile zum Generalstaatsanwalt in Braunschweig ernannte du Roi Strafanzeige wegen öffentlicher Beleidigung gestellt. Ein bereits zuvor gegen ihn eingeleitetes Dienststrafverfahren[697] war durch Beschluss der Braunschweiger Dienststrafkammer für Richter am 3. Juli 1925 eingestellt worden. Der Verteidiger Bernsteins, der SPD-Reichstagsabgeordnete und ehemalige Reichsjustizminister Dr. Otto Landsberg, benannte Grotewohl, der den Fall in einer Landtagsrede publik gemacht hatte[698], als Zeugen für das Verfahren vor dem Berliner Schöffengericht[699]. Da Grotewohl als Justizminister die Dienstaufsicht über das Justizwesen des Freistaats Braunschweig geführt hatte[700], war er über den Vorfall gut unterrichtet. Das Verfahren vor dem Berliner Schöffengericht verlief zwar ergebnislos, aber Grotewohl war zur Verteidigung eines sozialdemokratischen Journalisten herangezogen worden, was auch von der überregionalen Presse aufmerksam registriert wurde[701]. Darüber hinaus

692 Bethge, Arbeitsschutz, S. 219.
693 Vgl. dazu: Feldman/Steinisch, Die Weimarer Republik zwischen Sozial- und Wirtschaftsstaat.
694 Bethge, Arbeitsschutz, S. 219.
695 GStA PK, I. HA Rep. 84 a, Nr. 52952, Bl. 13, Abschrift aus 1 E.R. 218/26 – Bl. 1/1v.-
696 GStA PK, I. HA Rep. 84 a, Nr. 52952, Bl. 17, Abschrift aus der ‚Freien Presse' Nr. 244 vom 18. 10. 1927.
697 NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 13452, Bl. 195, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums vom 31. 3. 1924.
698 GStA PK, I. HA Rep. 84 a, Nr. 52952, Bl. 17, Abschrift aus der ‚Freien Presse' Nr. 244 vom 18. 10. 1927.
699 GStA PK, I. HA Rep. 84 a, Nr. 52952, Bl. 15, Schreiben von RA Otto Landsberg vom 27. 1. 1927.
700 Grotewohl hatte im Übrigen gegen die Ernennung des Oberregierungsrats du Roi zum Oberstaatsanwalt gestimmt, konnte sich aber mit dieser Meinung nicht im Kabinett durchsetzen. NdsStAWF, 12 Neu 13, Nr. 13451, Niederschrift der Sitzung des Staatsministeriums vom 27. 8. 1923.
701 So erschien unter anderem auch ein Artikel in der ‚Vossischen Zeitung'. Vgl. ‚Freie Presse' Nr. 244 vom 18. 10. 1927, in: GStA PK, I. HA Rep. 84 a, Nr. 52952, Bl. 17 (Abschrift).

blieb der Auftritt Grotewohls nicht ohne Folgen, denn die Berliner Strafverfolgungsbehörde beschäftigte sich 1937 nochmals mit dem Verfahren und bezeichnete die angefallenen Akten als „geschichtlich wertvoll“ [702]. Die sich aufdrängende Frage, ob seine damalige Zeugenaussage in das von der Gestapo 1938 eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen Grotewohl eingeflossen ist, kann jedoch nicht beantwortet werden.

Zwischen 1925 und 1933 trat Otto Grotewohl nur fünfmal an das Rednerpult des Reichstags – ein Indiz für seine untergeordnete Stellung innerhalb der eigenen Fraktion[703]. Im Vergleich dazu vollzog sich der parlamentarische Aufstieg Kurt Schumachers, der erst im September 1930 in den Reichstag gewählt worden war, sehr viel schneller. Bereits zwei Jahre später gelang diesem der Sprung in den Fraktionsvorstand[704]. Im Reichstag hatte sich Schumacher rasch den Ruf eines kompetenten, engagierten und scharfzüngigen Redners erworben. Anders als in Braunschweig gelang es Grotewohl in Berlin nicht, die Fraktionshierarchie zu überspringen und eine Führungsposition einzunehmen. Was waren die Gründe? Da in Braunschweig, aber auch in Preußen erst 1918/19 das allgemeine Wahlrecht eingeführt wurde, war der Anteil von SPD-Landtagsabgeordneten relativ hoch, die über keine Parlamentserfahrung verfügten. Im Gegensatz dazu waren 46 Prozent der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten bereits vor dem Ende des Ersten Weltkriegs Mitglieder des Reichstags gewesen[705]. Das hatte wiederum Auswirkungen auf die Hierarchiestrukturen in der SPD-Reichstagsfraktion: Der Aufstieg von jungen, unerfahrenen Parlamentariern war nicht ohne weiteres möglich. Eine wichtige Rolle spielten außerdem die Netzwerkstrukturen innerhalb der SPD-Reichstagsfraktion sowie im SPD-Parteivorstand. Hier gelang es Schumacher, Kontakt zu anderen, teilweise noch etwas jüngeren Parteigenossen aufzunehmen. Eine solche Gruppierung waren beispielsweise die „militanten Sozialisten“, zu denen Carl Mierendorff, Julius Leber, Theodor Haubach und Kurt Schumacher gehörten[706]. Ausgehend von der Krise des parlamentarischen Systems seit 1930 übten die genannten Jungpolitiker Kritik an der eigenen Parteiführung und deren politischem Kurs; gleichzeitig suchten sie nach Antworten auf die neuen, durch den Aufstieg der NSDAP ausgelösten Herausforderungen. Die politischen Vorstellungen, die sich nicht nur auf die Abwehr der nationalsozialistischen Gefahr beschränkten, liefen auf eine Stärkung der staatlichen Autorität hinaus und trugen dabei durchaus autoritäre Züge[707]. Auch wenn es sich bei den „militanten Sozialisten“ nicht um eine fest gefügte Gruppe handelte, die gemeinsam agierte[708], so bündelte sie doch Zukunftsplanungen von einigen jüngeren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten. Auf diese Weise konnte Schumacher innerparteilich auf

[702] GStA PK, I. HA Rep. 84 a, Nr. 52952, Bl. 18, Vermerk vom 30. 10. 1937.
[703] Über Grotewohls Stellung innerhalb der SPD-Reichstagsfraktion können kaum qualifizierte Aussagen gemacht werden, da die Protokolle der zentralen Parteiinstanzen (Reichstags- und Landtagsfraktionen sowie Parteivorstand) nahezu vollständig verloren gegangen sind. Vgl. Schulze, Anpassung oder Widerstand?, S. VII.
[704] Schober, Der junge Kurt Schumacher, S. 439.
[705] Schulze, Stabilität und Instabilität in der politischen Ordnung von Weimar, S. 423.
[706] Moraw, Die Parole der „Einheit“ und die Sozialdemokratie, S. 13f.
[707] Ebenda, S. 15.
[708] Beck, Theodor Haubach, Julius Leber, Carlo Mierendorff, Kurt Schumacher, S. 87.

sich aufmerksam machen. Obwohl er dabei oftmals bei der Partei- und Fraktionsführung aneckte, gelang ihm doch relativ rasch der innerparteiliche Aufstieg. Offensichtlich konnte sich Schumacher sowohl in der Reichstagsfraktion als auch in der Parteiführung als reformfreudiges Nachwuchstalent präsentieren, auf das sogar der sozialdemokratische Reichskanzler Hermann Müller aufmerksam wurde[709]. Entsprechende Netzwerkverbindungen und politische Aktivitäten außerhalb Braunschweigs lassen sich bei Grotewohl, der ein Jahr älter war als Schumacher, nicht nachweisen[710].

Es gibt noch weitere Gründe dafür, dass Grotewohl im Reichstag keinen durchschlagenden Erfolg hatte und sein politischer Aufstieg ins Stocken geriet. Dazu zählt seine Arbeitsüberlastung durch andere Tätigkeiten: Als Vorsitzender des SPD-Bezirks Braunschweig und als Präsident der Landesversicherungsanstalt (ab 1928) musste er sich beruflich häufig in Braunschweig aufhalten und konnte nicht alle Sitzungstermine in Berlin wahrnehmen. Da jedoch auch die anderen jüngeren SPD-Reichstagsmitglieder weitere berufliche Verpflichtungen hatten, muss dieser Faktor eher gering veranschlagt werden. Von sehr viel größerer Bedeutung war dagegen die Tatsache, dass Schumacher und Grotewohl in der Art und Weise, wie sie Politik betrieben, einem unterschiedlichen Politikertypus entsprachen. Schumacher ging Konflikten nicht aus dem Weg und suchte die direkte Auseinandersetzung mit innerparteilichen Konkurrenten, wie der langjährige Konflikt mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion im württembergischen Landtag, Wilhelm Keil, anschaulich zeigt[711]. Im Gegensatz dazu verfolgte Grotewohl eine Politik des Interessenausgleichs, wie er sie seit 1924 als SPD-Vorsitzender in Braunschweig betrieb. Seine Hörner hatte er sich als „junger Wilder" in der SPD schon vorher abgestoßen. So hatte er vor allem beim Sturz Oerters Entschlusskraft und Risikobereitschaft gezeigt, als er seinen politischen Ziehvater zum Rücktritt drängte.

Seine zweite Reichstagsrede hielt Grotewohl am 6. Juli 1927, als die Beratung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung anstand[712]. Eingangs seiner Rede zu diesem wichtigsten sozialpolitischen Gesetz der Weimarer Republik betonte er, dass der „ungeheure Druck, den ein gewaltiges Heer von Arbeitslosen in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht ausübt, [deutlich zeigt], dass die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit keine Privatangelegenheit der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber" sei[713]. Dies zwinge Staat und Wirtschaft dazu, „die Unterstützung der Erwerbslosen zu einer Angelegenheit des ganzen Volkes unter Heranziehung namhafter Mittel aus dem allgemeinen Steueraufkommen zu machen". Damit begrüßte Grotewohl grundsätzlich die Einführung der Arbeits-

709 Schober, Der junge Kurt Schumacher, S. 362.

710 In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre verfügte Grotewohl vermutlich über persönliche Kontakte zu Reichsinnenminister Carl Severing (SPD). Nach Angaben von Martha Grotewohl übernachtete Severing sogar einige Male im Hause Grotewohl. Darüber berichtete Voßke ohne weitere Angaben in einem Interview mit Dr. Heino Brandes. SAPMO-BArch, SgY 30/1881, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Dr. Heino Brandes über seine Erinnerungen an Otto Grotewohl vom 29.4.1977, S. 36.

711 Mittag, Wilhelm Keil, S. 248–254; Schober, Der junge Kurt Schumacher, S. 293–309.

712 Vgl. zur Entstehungsgeschichte dieses Gesetzes: Führer, Arbeitslosigkeit und die Entstehung der Arbeitslosenversicherung; Lewek, Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung.

713 Verhandlungen des Reichstags. III. Wahlperiode 1924, Bd. 392. Stenographische Berichte, S. 11303–11306, hier S. 11303 (335. Sitzung vom 6.7.1927).

losenversicherung als vierter Säule der Sozialversicherung in Deutschland[714]. Gleichzeitig kritisierte er aber auch die seiner Meinung nach unzureichende Finanzierungsgrundlage und forderte einen stärkeren Zuschuss des Reichshaushalts. Andernfalls drohe eine Kürzung der Versicherungsleistungen. Darüber hinaus stellte er einen kausalen Zusammenhang zwischen der Arbeitslosenversicherung und dem Gesamteinkommen der Arbeiterschaft her und berief sich dabei auf den Beitrag eines Sachverständigen in der Zeitschrift ‚Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt'. Dieser habe nämlich erklärt, dass sich das Einkommen der Arbeiterschaft aus der Summe der Löhne und dem Teil der Arbeitslosenunterstützung zusammensetze, der aus Steuermitteln finanziert werde. Daraus zog Grotewohl die Schlussfolgerung, dass bei Kürzung des Reichszuschusses das Gesamteinkommen der Arbeiterschaft automatisch sinken würde.

Vor dem Hintergrund des sozialdemokratischen Gesellschaftsbildes, das nach wie vor stark marxistisch geprägt war, entwarf Grotewohl das Bild einer Klassengesellschaft: „Aus dieser Tatsache ist der ganz logische Schluss zu ziehen, dass es sich bei jeder Gestaltung der Erwerbslosenfürsorge oder -versicherung um eine rein klassenmäßige Entscheidung handelt, in der letzten Endes die rein klassenmäßige Einstellung den entscheidenden Einfluß gibt."[715] Seine Feststellung spitzte er sogar noch weiter zu: „Die Klasseninteressen stehen einander schroff gegenüber, und es wird sich bei der Verabschiedung dieses Gesetzes zeigen, mit welcher sozialen Kampfgruppe das allgemeine Interesse sich letzten Endes verbunden fühlt." Im Hauptteil seiner Ausführungen ging er allerdings auf einzelne Bestimmungen des Gesetzes ein. So kritisierte er den im Gesetzentwurf enthaltenen Begriff der Arbeitswilligkeit, der einen wichtigen Bestandteil bei den Voraussetzungen zum Leistungsbezug darstellte. Aus diesem Begriff ergab sich nämlich im Gesetz eine Verpflichtung des Arbeitslosen, angebotene Arbeit anzunehmen, welche die SPD nicht grundsätzlich in Frage stellte. Der sozialdemokratische Protest richtete sich jedoch dagegen, dass im Falle der Weigerung die Unterstützung auf eine Dauer von vier Wochen entzogen wurde. Bereits im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags hatte sich Grotewohl vergeblich um eine Kürzung der Strafzeit bemüht[716]. Aus Sicht der SPD konnten nur vereinzelt Ausnahmeregelungen in den Gesetzestext eingearbeitet werden[717], denn die Regierungsparteien wehrten eine generelle Lockerung ab. Grotewohl plädierte dafür, dass „dem unverschuldet Erwerbslosen, der über eine hohe berufliche Qualifikation verfügt, die nötige Zeit zur Beschaffung einer anderen Stelle gelassen werden muß", denn hochqualifizierte Erwerbstätige könnten angesichts der bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland „nicht so schnell und leicht wieder in Arbeit kommen". An-

[714] Bereits Anfang 1927 hatte Grotewohl Kritik an den Arbeitsbeschaffungsprogrammen der Reichsregierung geübt. Dabei betonte er, dass die Erwerbslosigkeit ein gesamteuropäisches Phänomen sei, die nicht innerhalb der „nationalen Wirtschaft" bewältigt werden könnte. Grotewohl, Das verpuffte Arbeitsbeschaffungsprogramm, in: ‚Der Volksfreund' vom 28.1.1927. Zitiert nach StABS, G X 6, Nr. 66.2.

[715] Ebenda.

[716] Lewek, Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung, S. 349f.

[717] Für Erwerbslose, die eine „berufsungewohnte Arbeit" ablehnten, wurde die Frist von 6 auf 9 Wochen erhöht. Verhandlungen des Reichstags. III. Wahlperiode 1924, Bd. 392. Stenographische Berichte, S. 11303–11306, hier S. 11304 (335. Sitzung vom 6.7.1927).

dernfalls drohe ein sozialer Abstieg des Erwerbslosen, was nicht im Interesse der Gesamtwirtschaft sein könne, die hochqualifizierte Arbeitskräfte benötige. Anschließend lehnte er die geplante Einführung der Pflichtarbeit für Arbeitslose unter 21 Jahren ab, die sich nicht in einer Berufsfortbildung oder Berufsumschulung befanden: „Auch der Erwerbslose unter 21 Jahren wird nicht aus Gnade und Barmherzigkeit unterstützt, sondern weil er durch seine Beiträge einen Rechtsanspruch erworben hat."[718]

Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags konnte sich die SPD mit ihren Vorstellungen 1927 kaum durchsetzen; statt dessen behaupteten sich in fast allen wichtigen Fragen die Vertreter der Regierungskoalition[719]. Das ging sogar so weit, dass die meisten Veränderungen, die der Ausschuss an der eingereichten Regierungsvorlage vornahm, auf Anträge der Regierungsvertreter zurückgingen. Dennoch stimmten die Sozialdemokraten dem Gesetzentwurf letztlich zu, denn für sie war von entscheidender Bedeutung, dass die Absicherung der Erwerbslosen auf dem Versicherungsprinzip und nicht auf dem Fürsorgeprinzip basierte. Im Reichstagsplenum versuchten die SPD-Vertreter die Niederlage in einen Sieg zu verwandeln und betonten auffallend häufig, dass zahlreiche Veränderungen im Gesetzestext auf ihre Initiative zurückzuführen seien. Diese Bemühungen sind auch bei Grotewohl nicht zu übersehen, der einer unter mehreren sozialpolitischen Experten in der SPD-Reichstagsfraktion war. Mit ihm saßen unter anderem noch Siegfried Aufhäuser, August Brey und Gustav Hoch im sozialpolitischen Ausschuss, der wochenlang über die von der Regierung eingereichte Gesetzesvorlage beriet. Wichtigster SPD-Vertreter war allem Anschein nach Aufhäuser, der von 1921 bis 1933 Vorsitzender im zentralen Vorstand des ‚Allgemeinen freien Angestelltenbundes' war[720] und der in den Ausschusssitzungen am häufigsten zu Wort kam. Von Grotewohl liegen einige Wortmeldungen vor, mit denen er versuchte, die Regierungsvorlage im sozialdemokratischen Sinne zu verändern. So sprach er sich in der Ausschusssitzung am 19. Mai 1927 dafür aus, einen für das ganze Deutsche Reich einheitlichen Versicherungsbeitrag zu erheben, der zwischen den einzelnen Ländern und Bezirken keine Unterschiede aufweisen sollte[721]. Doch auch dieser Vorstoß scheiterte, denn das am 7. Juli verabschiedete Gesetz, das auf einer großen parlamentarischen Mehrheit von der SPD bis hin zur DNVP ruhte, sah großzügige Ausnahmeregelungen für einen Großteil der im primären Sektor beschäftigten Arbeitnehmer vor. Damit entsprach die bürgerliche Regierung des Reichskanzlers Wilhelm Marx (Zentrum) weitgehend den Wünschen der Landwirtschaft.

Grotewohls Reichstagsrede schwankte zwischen prinzipieller Zustimmung und deutlicher Kritik an Einzelbestimmungen des Gesetzes. Das verdeutlichte das Dilemma, in dem sich die SPD befand: Auf der einen Seite befürwortete sie vehement eine Versicherungslösung für diesen neu aufzubauenden Zweig des Systems sozialer Sicherheit; auf der anderen Seite ging sie mit dem vorgesehenen Finanzierungsmodell und den Versicherungsleistungen teilweise hart ins Gericht. Den

[718] Ebenda.
[719] Lewek, Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung, S. 355f.
[720] Schröder, Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen, S. 351.
[721] Lewek, Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung, S. 345.

Regierungsparteien war wiederum klar, dass die SPD bereit sein würde, viele Abstriche an ihrem Konzept vorzunehmen, um eine Gesamtlösung zu erreichen. Dies erklärt auch die detaillierte Einzelkritik, welche die zuständigen SPD-Vertreter im sozialpolitischen Ausschuss noch einen Tag vor der Schlussabstimmung vorbrachten. Die Einführung der Arbeitslosenversicherung, die auch institutionell eng mit der Arbeitsvermittlung gekoppelt wurde, bedeutete für die Partei aber nicht nur eine sozialpolitische Errungenschaft, für die man über Jahrzehnte hinweg gekämpft hatte. Grotewohl stellte in seiner Rede auch einen inhaltlichen Zusammenhang zwischen dem Gesetz und den ordnungspolitischen Vorstellungen der SPD her, die dem Staat von jeher eine zentrale Rolle einräumten. So unterstrich er am Beispiel der Arbeitslosenversicherung die zentrale Ordnungsfunktion des Staates: „Wenn nun aber die Wirtschaft selbst eine solche Arbeit und eine solche Ordnung nicht schaffen kann, wenn sie die ihr innewohnenden Bewegungsgesetze nicht regeln kann, dann muß der Staat, der sich durch seine Verfassung zum Garanten eines menschenwürdigen Daseins gemacht hat, durch seine Gesetzgebung zum wirksamen Korrektiv werden. Ein Schritt auf diesem Weg kann dieses Gesetz sein."[722] Das tröstete die Partei offensichtlich über die zahlreichen Zugeständnisse, die im Verlauf der Ausschussberatungen gemacht wurden, hinweg. Im weiteren Verlauf der Reichstagsdebatte entwickelte sich noch ein Wortgefecht zwischen Grotewohl und der prominenten KPD-Abgeordneten Martha Arendsee, die ihm vorhielt, den Klassencharakter der deutschen Gesellschaft übersehen zu haben[723]. Deshalb sei Grotewohls Forderung, die Regierung solle eine Vermittlerrolle einnehmen, völlig verfehlt. Dieser konterte mit dem Hinweis, dass nicht die Regierung, sondern der Staat ein ausgleichender Faktor sein müsse. Grotewohl betonte in seinem Zwischenruf: „Das sind zweierlei Dinge!" Der kleine parlamentarische Disput machte deutlich, dass Grotewohl nicht gewillt war, Angriffe von kommunistischer Seite unwidersprochen hinzunehmen.

Im Rahmen der Haushaltsdebatte 1928 setzte sich Grotewohl erneut kritisch mit der Sozialpolitik der Reichsregierung auseinander. Dabei nahm er zunächst das Reichsarbeitsministerium gegen Angriffe in Schutz, die angeblich von Teilen des deutschen Unternehmertums vorgetragen wurden: „Das Reichsarbeitsministerium, gegen dessen Bestand überhaupt noch große Teile unserer deutschen Wirtschaft immer wieder Widerspruch einlegen, ist eine derjenigen unserer Staatseinrichtungen, an der wir nicht rütteln lassen werden."[724] Angesichts der bestehenden sozialen Verhältnisse könne man auf „eine Zentralstelle, die diese für die gesamte Volksgesundheit so wichtigen Arbeiten zu erledigen hat, nicht verzichten". Seine Kritik spitzte er am Ende der Rede nochmals zu und warf den Arbeitgeberverbänden vor, die bisher getroffenen Kompromisse zwischen den Tarifparteien in Frage zu stellen: „Der Kampf gegen die Sozialpolitik, gegen den Tarifvertrag und die Schlichtungsordnung zeigt uns, dass es sich hier um nichts anderes als um den

[722] Verhandlungen des Reichstags. III. Wahlperiode 1924, Bd. 392. Stenographische Berichte, S. 11303–11306, hier S. 11306 (335. Sitzung vom 6. 7. 1927).
[723] Ebenda, S. 11210.
[724] Verhandlungen des Reichstags. III. Wahlperiode 1924, Bd. 394. Stenographische Berichte, S. 12725–12731, hier S. 12725 (378. Sitzung vom 10. 2. 1928).

Kampf gegen die organisierte Selbsthilfe der Arbeiterschaft handelt."[725] Damit würden die deutschen Unternehmer auch einen Kampf gegen die Grundsätze und Ziele der Weimarer Reichsverfassung führen.

Bereits vor der großen Reichstagsdebatte über den Haushalt waren die politischen Gegensätze innerhalb des Bürgerblocks unter Reichskanzler Marx unübersehbar geworden. Das Regierungsbündnis scheiterte letztlich, weil die Koalitionsfraktionen nicht mehr willens bzw. nicht mehr in der Lage waren, die Reichsregierung zu tragen. Mitte Februar 1928 zerbrach das Regierungsbündnis schließlich an der Schulfrage, denn Zentrum und DNVP strebten eine Rekonfessionalisierung der Volksschulen an, die von der liberalen DVP strikt abgelehnt wurde. Damit traten auch in anderen Politikfeldern die zum Teil stark gegenläufigen Interessen deutlich hervor. Ein halbes Jahr zuvor hatte etwa die DNVP der Einführung der Arbeitslosenversicherung nur widerwillig zugestimmt, wobei mehrere Reichstagsabgeordnete der Regierung die Gefolgschaft verweigert hatten. Grotewohl nutzte die Gelegenheit, um einen Keil in das sich auflösende Regierungsbündnis zu treiben und die SPD im Reichstag als sozialpolitische Vorkämpferin zu präsentieren. Dabei griff er geschickt die rüstungspolitischen Vorstellungen der Deutschnationalen auf: „Wir sind uns auch darüber klar, dass gerade diejenigen Kreise, die z. B. dem hier schon häufig erwähnten Wehretat eine große Liebe entgegenbringen, für die sozialen Belange, für den Ausbau der deutschen Sozialpolitik das allergeringste Interesse zeigen. Wir sehen auch, dass gerade in den Kreisen, die an der Soldatenspielerei und am Wehretat das größte Interesse haben, diejenigen sitzen, die häufig genug mit allem Nachdruck die deutsche Sozialpolitik zu schmähen wussten."[726]

Grotewohls Kritik richtete sich aber nicht nur gegen die DNVP, sondern auch gegen das Zentrum, das seit 1920 den Reichsarbeitsminister stellte. Er lobte zwar die Arbeitslosenversicherung als grundsätzlichen Fortschritt, beklagte aber zugleich die Höhe der Leistungen und die Festlegung der Wartezeiten. Darüber hinaus erinnerte er an die Auseinandersetzungen über den Achtstundentag und das geplante Arbeitszeitnotgesetz, das ursprünglich die Belange der Arbeitnehmer stärker berücksichtigen sollte. Gerade in der Frage der Arbeitszeitregelung habe man – so Grotewohl weiter – Erfahrungen gesammelt, „die uns in gar keiner Weise mit dem Herrn Reichsarbeitsminister zusammengehen lassen können"[727]. Und weiter: „Weder von diesem Reichstag noch von dieser Regierung erwarten wir in dieser Frage irgend etwas."

Die Reichstagswahl am 20. Mai 1928 endete mit einem klaren Erfolg der Linksparteien, während die DNVP gravierende Verluste einstecken musste. Die Folge war, dass das bürgerlich-konservative Lager in Bewegung geriet und einen partiellen Rechtsschwenk vollzog[728]. Andererseits war die Bildung einer neuen Regierung ohne die SPD, die im neu gewählten Reichstag fast ein Drittel der Abgeordneten stellte, praktisch unmöglich. Dennoch gestalteten sich die Verhandlungen

[725] Ebenda, S. 12731.
[726] Ebenda, S. 12725.
[727] Ebenda, S. 12729.
[728] Kolb, Die Weimarer Republik, S. 84f.

äußerst schwierig und zogen sich lange hin. Am Ende übernahm in der neuen Regierung des sozialdemokratischen Reichskanzlers Hermann Müller Rudolf Wissell (SPD) das Amt des Reichsarbeitsministers, obwohl das Zentrum nach wie vor an der Regierung beteiligt war. Dieses Mal schaffte Grotewohl direkt den Einzug in den Reichstag, denn er stand auf dem aussichtsreichen zweiten Platz der SPD-Liste für den Reichstagswahlkreis 16 (Südhannover-Braunschweig)[729]. Mit ihm zogen noch sieben weitere Genossen in den Reichstag ein. Bei der Reichstagswahl erzielte die SPD im Freistaat Braunschweig ihr bestes Ergebnis seit der Vereinigung der Rest-USPD mit der SPD[730] und erreichte außerdem noch die zweithöchste Zuwachsrate aller Landesverbände bei allen Reichstagswahlen der Weimarer Republik[731]. Otto Grotewohl behielt sein Reichstagsmandat bis 1933; bei den Wahlen 1930, 1932 (31. Juli und 6. November) sowie 1933 stand er jeweils auf Platz 2 der SPD-Landesliste[732].

Doch zurück zur Haushaltsdebatte von 1928: Einen weiteren inhaltlichen Schwerpunkt der Rede Grotewohls bildeten noch die anderen Zweige des Systems sozialer Sicherheit, insbesondere die Kranken- und Invalidenversicherung. In dem Zusammenhang sprach er sich für die Vereinheitlichung der Sozialversicherung aus: „Wir haben nichts Organisches und nichts Einheitliches, weder in der Fassade noch im Innern des Gebäudes, und es wird Zeit, dass diese Dinge einmal ernsthaft in Angriff genommen werden."[733] Auch damit entsprach er den Vorstellungen von SPD und Gewerkschaften in der Weimarer Republik[734]. Insgesamt gesehen trug Grotewohl bereits bekannte Forderungen der SPD vor und versuchte, die aufgetretenen Risse im Regierungsbündnis zu vertiefen.

Seine letzte Parlamentsrede hielt Otto Grotewohl am 14. April 1930, als der Reichstag über den Entwurf eines Gesetzes zur Vorbereitung der Finanzreform beriet. Mittlerweile befand sich die SPD wieder in der Opposition, nachdem das Kabinett Hermann Müller (SPD) am 27. März 1930 zurückgetreten und bereits zwei Tage später Heinrich Brüning (Zentrum) zum Reichskanzler ernannt worden war. Angesichts der sich verschärfenden Weltwirtschaftskrise kritisierte Grotewohl die Pläne des ersten Präsidialkabinetts, das über keine eigene parlamentarische Mehrheit mehr verfügte, die Finanzierungsgrundlage der Invalidenversicherung zu ändern. So beabsichtige die neue Reichsregierung, die Überschüsse aus dem Lohnsteueraufkommen und die Einzahlung von Zollmitteln in Höhe von 40 Mil-

[729] NdsStAWF, 12 Neu 13, Nr. 4384, ‚Braunschweigische Staatszeitung', 2. Beilage vom 14. 5. 1928.

[730] Schröder, Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen, S. 839.

[731] Ebenda, S. 293.

[732] NdsStAWF, 12 Neu 13, Nr. 4385, ‚Braunschweigische Staatszeitung', 2. Beilage vom 6. 9. 1930; NdsStAWF, 12 Neu 13, Nr. 4386, ‚Braunschweigische Staatszeitung', 1. Beilage vom 26. 7. 1932; NdsStAWF, 12 Neu 13, Nr. 4387, ‚Braunschweigische Staatszeitung', 1. Beilage vom 1. 11. 1932; NdsStAWF, 12 Neu 13, Nr. 4388, ‚Braunschweigische Staatszeitung' vom 16. 3. 1933. Bei der Märzwahl 1933 zogen für den Wahlkreis 16 zahlreiche prominente Politiker in den Reichstag ein: Adolf Hitler, Wilhelm Frick und Hermann Göring (NSDAP); Ernst Thälmann (KPD); Heinrich Brüning (Zentrum); Alfred Hugenberg (Kampffront Schwarz-Weiß-Rot).

[733] Verhandlungen des Reichstags. III. Wahlperiode 1924, Bd. 394. Stenographische Berichte, S. 12725–12731, hier S. 12730 (378. Sitzung vom 10. 2. 1928).

[734] Vgl. Hoffmann, Kontinuität und Wandel beim Aufbau der ostdeutschen Sozialversicherung, S. 264–268.

lionen Reichsmark pro Jahr zu kürzen[735]. Das entsprach im Übrigen der rigorosen Deflationspolitik, mit der die Regierung Brüning die Staatsfinanzen sanieren wollte. Wichtigste Bestandteile dieses neuen wirtschaftspolitischen Kurses waren einerseits eine Reduzierung der Staatsausgaben, andererseits eine Erhöhung der Steuern und Abgaben. Der finanzpolitische Handlungsspielraum des Staates hatte sich deutlich verringert, denn der Anteil der Sozialausgaben lag 1929 bei etwa 20 Prozent aller Staatsausgaben[736]. Insbesondere die Arbeitslosenversicherung blieb vom Leistungsabbau nicht verschont[737]. Davon war schließlich auch die Krankenversicherung betroffen, für die beispielsweise am 26. Juli 1930 eine Notverordnung erlassen wurde, die den Zugang zu den Leistungen erschwerte[738]. Grotewohl erinnerte im Reichstag daran, dass alle sozialpolitischen Maßnahmen langfristig angelegt sein müssen, „wenn sie plan- und wirkungsvoll sein sollen". Deshalb lehnte er einen Richtungswechsel ab: „Eine Sozialpolitik, die unter den krampfhaften Zuckungen finanzieller und politischer Kompromisse getrieben wird, kann ihrer Aufgabe nicht gerecht werden."[739] Erneut stellte er sich schützend vor die Arbeitslosenversicherung und ließ keinen Zweifel daran, dass die SPD an diesem Zweig des Systems sozialer Sicherheit nicht rütteln lassen würde. Einschränkungen im Leistungssystem der Arbeitslosen- und Invalidenversicherung lehnte er zum wiederholten Male ab.

Unmittelbar nach Grotewohl ergriff Wilhelm Pieck (KPD) das Wort, der die Auseinandersetzung zwischen Vertretern der SPD und der bürgerlichen Parteien über die Zukunft des deutschen Sozialstaats als „Redeplänkeleien" bezeichnete. Er machte sowohl die Regierung Müller als auch das Kabinett Brüning für die sozioökonomische Krise in Deutschland verantwortlich: „Die Redeplänkeleien [...] haben doch nur den einen Sinn, die Schuld und Verantwortung für die unerhörten Anschläge, die sowohl von der Hermann-Müller-Regierung als auch von der Brüning-Regierung gegen die Lebenshaltung der werktätigen Massen unternommen werden, sich gegenseitig zuzuschieben und die werktätigen Massen darüber zu betrügen, dass alle diese Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen die volle Schuld und Verantwortung für diesen Anschlag tragen."[740] In seiner Rede attackierte Pieck weniger die Regierung Brüning als vielmehr die oppositionelle SPD, der er Verrat an der Arbeiterklasse vorwarf. An mehreren sozial- und wirtschaftspolitischen Themenfeldern versuchte er deutlich zu machen, dass die Positionen von SPD und bürgerlichen Parteien nicht so weit auseinander lagen. Abschließend forderte er die Auflösung des Reichstags und die Errichtung der proletarischen Diktatur nach sowjetischem Vorbild[741]. In dem Zusammenhang warf er den übrigen im Reichstag vertretenen Parteien eine „Hetze gegen die Sow-

[735] Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 427. Stenographische Berichte, S. 4986–4990, hier S. 4986 (161. Sitzung vom 14. 4. 1930).
[736] Hentschel, Geschichte der deutschen Sozialpolitik, S. 129.
[737] Berringer, Sozialpolitik in der Weltwirtschaftskrise, S. 479.
[738] Hentschel, Geschichte der deutschen Sozialpolitik, S. 133f.
[739] Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 427. Stenographische Berichte, S. 4986–4990, hier S. 4989 (161. Sitzung vom 14. 4. 1930).
[740] Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 427. Stenographische Berichte, S. 4990–4993, hier S. 4990 (161. Sitzung vom 14. 4. 1930).
[741] Ebenda, S. 4992.

jetunion" vor, die vom Untergang des kapitalistischen Systems ablenken sollte. Die Arbeiter in den kapitalistischen Ländern, die den „Weg der russischen Arbeiter und Bauern verstehen", würden nämlich versuchen, den Sturz der herrschenden Ordnung herbeizuführen. Piecks Rede war von mehreren Zwischenrufen begleitet und zeigte die Feindseligkeit der KPD gegenüber der SPD. Auffallend war außerdem das offene Bekenntnis zur Sowjetunion, das Grotewohl schon 1921 bei der Diskussion über die 21 Bedingungen vom Übertritt zu den Kommunisten abgehalten hatte. Auch wenn er sich in den zwanziger Jahren nicht systematisch mit der KPD als politischem Gegner auseinandersetzte, so war doch für Grotewohl die politische Unabhängigkeit von Moskau ein hohes Gut, das ihn dazu bewog, der SPD treu zu bleiben.

Von Grotewohls letztem Parlamentsauftritt existiert ein Zeitzeugenbericht von Heinrich Hoffmann, der zu diesem Zeitpunkt Bundesredakteur des Reichsbunds der Kriegsbeschädigten und in dieser Funktion nach eigenen Angaben häufig Gast auf der Reichstagstribüne war: „Dadurch hatte ich Gelegenheit, schon damals mit Otto Grotewohl Bekanntschaft zu machen und gelegentlich mit ihm und anderen, jüngeren Mitgliedern der SPD-Reichstagsfraktion[,] zum Mittag oder Abend zu essen."[742] Hoffmann beschreibt Grotewohl als jungen Nachwuchspolitiker, der in der SPD-Reichstagsfraktion von den älteren und erfahrenen Fraktionskollegen ausgebremst worden sei, und stellt ihn in eine Reihe mit Carlo Mierendorff und Kurt Schumacher. So habe Grotewohl bei einer Fraktionssitzung interne Kritik geäußert und sei deshalb beim Fraktionsvorstand „völlig in Ungnade" gefallen. Quellenkritisch muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass Hoffmann seine Erinnerungen drei Jahre nach Grotewohls Tod verfasste. Der Anlass war eine in Planung befindliche Biographie über Otto Grotewohl, an der offensichtlich auch dessen Witwe Johanna mitwirkte[743]. Von daher spricht einiges dafür, dass Hoffmann Grotewohls Stellung und Bedeutung innerhalb der SPD-Reichstagsfraktion etwas überzeichnet hat. Andere Belege, die diesen Konflikt dokumentieren könnten, liegen im Übrigen nicht vor.

Obwohl Otto Grotewohl ein Karrieresprung innerhalb der SPD-Reichstagsfraktion nicht gelungen ist, scheint er zumindest einmal ein vielversprechendes Angebot von Reichskanzler Müller erhalten zu haben. Denn dieser lud Grotewohl Ende 1928 zu einem Treffen in die Reichskanzlei ein, um mit ihm eine „Angelegenheit, die dringend ist", zu besprechen[744]. Die Sache eilte offensichtlich, da Grotewohl unmittelbar nach den Weihnachtsfeiertagen erscheinen sollte. Am Ende seines kurzen Schreibens machte Müller deutlich, dass er dessen „Arbeitskraft in der Fraktion" sehr schätze. Die Hintergründe und der Verlauf dieser Zusammen-

[742] SAPMO-BArch, SgY 30/1365/1, Bl. 371-373, hier Bl. 371, Heinrich Hoffmann am 26. 8. 1967 an Johanna Grotewohl. Erstmals zitiert von: Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 56f. Hoffmann war zudem von 1924 bis 1933 Mitglied des Bundesvorstands des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurde er zunächst SPD-Landesvorsitzender in Thüringen; bis Dezember 1949 war er SED-Landesvorsitzender. Wer war wer in der DDR?, S. 367.

[743] Entsprechende quellenkritische Überlegungen stellt Jodl in seiner Biographie überhaupt nicht an. Er verwendet die Äußerungen Hoffmanns sogar als Beleg für einen angeblichen Karriereknick Grotewohls. Vgl. Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 56. Diese Interpretation findet sich im Übrigen erstmals bei Voßke, Otto Grotewohl. Biographischer Abriß, S. 74.

[744] AdsD, NL Hermann Müller, Müller am 21. 12. 1928 an Grotewohl.

kunft liegen nach wie vor im Dunkeln, so dass aufgrund fehlender Quellengrundlage nur Spekulationen angestellt werden können. Fest steht zumindest, dass Müller bei der Unterredung am 27. Dezember sein Interesse an Grotewohl bekundete und ihm ein Angebot unterbreitete. Ob er dabei Grotewohl anbot, in die Regierung einzutreten, die Anfang 1929 umgebaut wurde[745], bleibt unklar. Zu vermuten wäre auch, dass sich Müller dafür stark machen wollte, Grotewohl in den Fraktions- oder Parteivorstand einzubinden. Grotewohl bat jedenfalls in einem sehr persönlich gehaltenen Brief um Bedenkzeit[746]. Seine Formulierungen klangen etwas melodramatisch: „Sicher ist, dass die bloße Freude am Mandat dabei ausscheidet, denn was nützte es, wenn wir die ganze Erde gewönnen und doch Schaden nähmen an unserer Sache. Ein Mandat ohne innere Sauberkeit ist gerade für unseren Nachwuchs hundsföttisch [sic]."

Möglicherweise ging es in dem Gespräch aber auch um inhaltliche Fragen: Im Sommer 1928 beschäftigte der Streit um den Panzerkreuzer A die Republik und insbesondere die SPD. Am 10. August beschloss die Regierung der Großen Koalition den Bau der Kriegsschiffe, obwohl die SPD im Reichstagswahlkampf dagegen agitiert hatte. Damit stand die Partei vor einer Zerreißprobe, denn die Parteibasis wollte die Entscheidung der von ihr geführten Reichsregierung nicht mittragen. Am 22. August beschäftigte sich auch der Ortsverein Braunschweig mit dieser Thematik[747]: Dabei wurde das Verhalten der sozialdemokratischen Minister scharf kritisiert und ein Austritt aus der Regierung gefordert. Die lokalen Parteifunktionäre versuchten vergeblich, die Gemüter zu beruhigen und konnten sich auch nicht mit dem Vorschlag durchsetzen, einen außerordentlichen Reichsparteitag einzuberufen. Insbesondere der Chefredakteur des ‚Volksfreunds', Georg Fuchs[748], der auf einer stark besuchten Mitgliederversammlung ein Referat über das Thema hielt, sprach sich gegen eine weitere Regierungsbeteiligung seiner Partei aus. Diese habe der SPD nur Misserfolge gebracht. Erst als der Parteiausschluss der Minister verlangt wurde, beruhigte sich die Lage, denn der Mehrheit der versammelten SPD-Mitglieder ging diese Forderung zu weit. Interessanterweise wurde allerdings Grotewohl und Junke, die zur Versammlung nicht erschienen waren, das Misstrauen ausgesprochen[749]. Damit bahnte sich ein Konflikt zwischen Ortsvereinsbasis und Parteibezirksleitung an, die sich im Panzerkreuzerstreit sehr zurückhaltend zeigte. Grotewohl hatte die schlechte Stimmung unter Braunschweigs Sozialdemokraten offensichtlich unterschätzt, denn er bemühte sich in den folgenden Wochen, die Kritik an den SPD-Reichsministern aufzugreifen. Nachdem Grotewohl und Junke vor lokalen SPD-Funktionären das Verhalten der SPD-Minister eindeutig verurteilt hatten, war der Konflikt wieder beigelegt. Durch dieses Entgegenkommen gelang es Grotewohl, eine weitere Zuspitzung zu vermeiden. So wur-

745 Kolb, Die Weimarer Republik, S. 86.
746 AdsD, NL Hermann Müller, Grotewohl am 31. 12. 1928 an Müller.
747 Zum folgenden: Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 197.
748 Grotewohl hatte offenbar ein sehr persönliches Verhältnis zu Fuchs. Als dieser 1930 im Alter von 44 Jahren überraschend starb, übernahm Grotewohl auf Antrag der Witwe die Vormundschaft über die drei Kinder. NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 26451, Personalakte Otto Grotewohl, Hauptakte, Bl. 62, Grotewohl am 14. 7. 1930 an den braunschweigischen Innenminister.
749 Dieser Beschluss wurde am 19. 12. 1928 mit großer Mehrheit wieder aufgehoben. Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 199, Anm. 79.

de etwa die Forderung nach Einberufung eines Parteitages bzw. nach Austritt aus der Reichsregierung nicht mehr erhoben. In der Folgezeit versuchte sich Grotewohl als Militärkritiker zu profilieren. Auf Mitgliederversammlungen des Ortsvereins Braunschweig bzw. auf Kreiskonferenzen übte er Kritik am Wehretat, den er im Übrigen im Reichstag bereits 1927 abgelehnt hatte[750]. Das führte aber nicht dazu, dass Grotewohl auf Distanz zur SPD-Führung ging. Im Gegenteil: Auf dem SPD-Reichsparteitag in Magdeburg 1929 votierte er bei den wehrpolitischen Fragen mit dem Parteivorstand[751]. Insofern spricht vieles dafür, dass seine Kritik in der Panzerkreuzerdebatte rein taktisch motiviert war.

Der Besuch Grotewohls bei Müller im Dezember 1928 könnte somit als Bestandteil einer innerparteilichen Deeskalationsstrategie angesehen werden. Einen Monat zuvor hatte die SPD-Reichstagsfraktion beantragt, den Bau des Panzerkreuzers zu stoppen, und hatte damit den Kanzler gezwungen, gegen den ursprünglich gefassten Kabinettsbeschluss zu stimmen. Der Antrag scheiterte zwar im Reichstag, symbolisierte aber nach außen wieder die Einheit der Partei. Für die Glaubwürdigkeit der Regierung hatte dieser Vorgang allerdings verheerende Folgen, denn er zeigte die eingeschränkte Handlungsfähigkeit des Reichskanzlers und stellte die Glaubwürdigkeit der stärksten Regierungspartei in Frage[752].

Abgesehen von der Auseinandersetzung um den Bau des Panzerkreuzers A blieb Grotewohls Position als SPD-Bezirksvorsitzender und Reichstagsabgeordneter in Braunschweig bis 1933 unangefochten. Dieser Streit gefährdete kurzzeitig seine politische Position im Freistaat Braunschweig, wobei es ihm gelang, durch rechtzeitiges Handeln den Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Dazu musste er auf die aufgebrachte Parteibasis zugehen und die Bedenken gegen den militärpolitischen Kurs der Parteiführung artikulieren, ohne es zum Bruch mit der sozialdemokratisch geführten Reichsregierung kommen zu lassen. In Berlin beschränkte er sich ansonsten auf seine inhaltliche Arbeit als einer der sozialpolitischen Vertreter der SPD-Reichstagsfraktion im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags. Er bemühte sich nicht darum, ins Rampenlicht der Öffentlichkeit zu treten, sondern hielt sich eher im Hintergrund. Ein entsprechendes Angebot Müllers, wie immer es im Einzelnen ausgesehen hat, nahm er nicht an. Konflikte zwischen ihm und der Fraktions- und Parteiführung sind nicht nachweisbar. Für Grotewohl scheint die Sicherung der eigenen Machtbasis in Braunschweig wichtiger gewesen zu sein als ein weiterer Karrieresprung in der Reichshauptstadt. Vor allem nach der Beendigung des Konflikts über den Panzerkreuzerbau erhöhte er seine Präsenz in Braunschweig weiter. Davon zeugen jedenfalls die vielen Auftritte bei Parteiversammlungen und Wahlkampfveranstaltungen[753], die mit dazu beigetragen haben, dass er bei der Aufstellung der Reichstagskandidaten immer auf einen aussichtsreichen Listenplatz kam. Darüber hinaus machte ihm niemand die Position des Bezirksvorsitzenden ernsthaft streitig.

[750] Frommann, Die Entwicklung der SPD in Braunschweig, S. 46 und 53f., in: StABS, H III 2, Nr. 136.
[751] Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 200.
[752] Winkler, Der lange Weg nach Westen. Bd. 1, S. 476f.
[753] Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/99, Bl. 65–68, Bericht von Karl T. vom August 1961 über einen Wahlkampfauftritt Grotewohls Ende Oktober 1932 in Holzminden.

Präsident der Landesversicherungsanstalt Braunschweig

Am 1. Oktober 1928 ernannte das braunschweigische Staatsministerium Otto Grotewohl zum Präsidenten der Landesversicherungsanstalt (LVA). Mit der Übernahme dieser Leitungsposition änderte sich seine wirtschaftliche Lage schlagartig, denn ab sofort erhielt er ein regelmäßiges Einkommen. Zwei Faktoren dürften bei seiner Berufung eine Rolle gespielt haben: Zum einen glaubte die Regierung Jasper, mit Grotewohl den richtigen Mann für das Amt gefunden zu haben: Da Grotewohl zwischen 1914 und 1921 bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse beschäftigt war, verfügte er über ausreichende Fachkenntnisse zur Sozialversicherung. Zum anderen versuchte die SPD, als sie erneut in der Regierung war, den Beamtenapparat zu „republikanisieren"[754]. Insofern ist Grotewohls Berufung auch im Zusammenhang mit der Personalpolitik der SPD zu sehen, die seit dem 14. Dezember 1927 wieder die Landesregierung bildete. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich nach SPD-Angaben nur zehn Sozialdemokraten und 20 DDP-Mitglieder unter den rund 500 höheren Beamten des Landes[755]. Am Ende der Legislaturperiode hatte sich das Bild etwas gewandelt[756]: So waren vier von sechs Kreisdirektoren Sozialdemokraten, von 20 Schulräten besaßen sieben das Mitgliedsbuch der SPD, 13 der insgesamt 18 neu ernannten Volksschulrektoren gehörten der SPD an. An der Technischen Hochschule unterrichteten sechs sozialdemokratische Professoren und die Schutzpolizei erhielt einen Kommandeur mit SPD-Parteibuch. Unter den insgesamt 542 höheren Beamten des Landes gab es nunmehr 30 Sozialdemokraten. Dem sozialdemokratisch geführten Staatsministerium ging es bei dieser Personalentscheidung im Übrigen wohl auch um Grotewohls materielle Absicherung.

Nach einer mündlichen Aufforderung durch den braunschweigischen Innenminister Gustav Steinbrecher (SPD) reichte Otto Grotewohl am 1. September 1928 seine Bewerbung für die Stelle des Präsidenten der Landesversicherungsanstalt ein, die einen Monat später neu zu besetzen war[757]. Da der bisherige Präsident Husung in den Ruhestand trat[758], profitierte Grotewohl von der Personalpolitik der Regierung Jasper[759]. Zehn Tage später weihte Steinbrecher Ministerpräsident Jasper in seine Pläne ein und bat darum, einen entsprechenden Kabinettsbeschluss herbeizuführen. Zur Begründung verwies er auf Grotewohls Reputation: „Die Persönlichkeit des Herrn Grotewohl und seine Fähigkeiten sind ja durch sein Wirken als früherer Minister und Landtagsabgeordneter in Braunschweig bekannt."[760] Jasper stimmte dem Personalvorschlag sofort zu. Durch den im Zuge der Inflation auch in den Sozialversicherungsorganen erfolgten Personalabbau hatte Grotewohl seine Anstellung bei der AOK sowie die damit verbundene Ruhegehaltsberechtigung

754 Frommann, Die Entwicklung der SPD in Braunschweig, S. 39, in: StABS, H III 2, Nr. 136.
755 ‚Oberweser-Volkszeitung' vom 19.11.1927. Zitiert nach Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 219.
756 Zu den folgenden Zahlen Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 219.
757 NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 26451, Personalakte Otto Grotewohl, Hauptakte, Bl. 27. Grotewohl am 1.9.1928 an den braunschweigischen Innenminister.
758 NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 26451, Personalakte Otto Grotewohl, Beiakte II, Bl. 37–40, hier Bl. 37, Rede Steinbrechers zur Amtseinführung Grotewohls.
759 Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 59.
760 NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 26451, Personalakte Otto Grotewohl, Hauptakte, Bl. 28, handschriftliche Notiz Steinbrechers vom 11.9.1928 für Dr. Jasper.

verloren. Deshalb beantragte er, neben seinen im Staatsdienst als Minister zurückgelegten Dienstjahren noch zwei Besoldungsdienstjahre aus seiner Tätigkeit bei der Krankenkasse anzurechnen[761]. Auf diese Weise wollte er seine Altersversorgung aufbessern. Die Stellenbesetzung verlief weitgehend problemlos, denn bereits am 25. September wurde Grotewohl vom braunschweigischen Staatsministerium zum LVA-Präsidenten ernannt[762].

Bei der Amtseinführung, zu der unter anderem der Innenminister sowie der Landtagspräsident erschienen, dankte Grotewohl dem Staatsministerium für das in ihn gesetzte Vertrauen und betonte, dass er „nach reiflicher Erwägung" dem Ruf an die Spitze der Versicherungsanstalt gefolgt sei[763]. Schon immer hätten ihn die „mannigfaltigen sozialpolitischen Probleme unserer bewegten Zeit" beschäftigt, so Grotewohl weiter. Da er selbst aus der Arbeiterklasse komme, habe er immer gespürt, „wo weitesten Teilen unseres Volkes der Schuh drückt". Ausschlaggebend sei für ihn jedoch gewesen, mit dieser Berufung „die theoretisch gerichtete sozialpolitische, gesetzgeberische Tätigkeit in Zukunft durch praktische Erfahrung aus der Verwaltung [...] vertiefen zu können". Er unterstrich, dass die deutsche Sozialgesetzgebung das erste Stadium ihrer Nachkriegsentwicklung abgeschlossen hätte und nunmehr eine „lebensvolle Befruchtung [...] aus der Praxis" notwendiger denn je sei. In dem Zusammenhang verwies er auf den Ausbau des Leistungskatalogs der einzelnen Sozialversicherungszweige und forderte organisatorische Maßnahmen in der Gesundheitsfürsorge, und insbesondere eine Vereinfachung der Sozialversicherungsstrukturen. Geschickt brachte er die Selbstverwaltungsorgane ins Spiel: Eine erfolgreiche Durchführung der anstehenden organisatorischen Aufgaben, die allerdings erst einmal vom Gesetzgeber auf den Weg gebracht werden mussten, sei ohne ein „reibungsloses Arbeiten" der Selbstverwaltungsorgane der LVA und ohne Kooperationsbereitschaft der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter nicht möglich[764]. Mit gezielter Bescheidenheit betonte er, dass er sich nicht als Vorgesetzter, sondern als Mitarbeiter verstehe und bot allen Beschäftigten der LVA eine gute Zusammenarbeit an. Abschließend wies er ausdrücklich darauf hin, dass er als Sozialpolitikexperte und nicht als Politiker komme: „Politik bleibt draußen! Die Ehrfurcht vor dem Wert des Versicherungsgutes zwingt uns dazu."[765] Damit wollte er vermutlich Befürchtungen zerstreuen, seine Berufung sei primär politisch motiviert gewesen. Gleichzeitig versuchte er etwas theatralisch seine neuen Mitarbeiter zu motivieren: „Diese Ehrfurcht zwingt uns aber auch alle, un-

761 SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 12, Grotewohl am 16. 9. 1928 an den braunschweigischen Innenminister.

762 SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 13, Beschluss des braunschweigischen Staatsministeriums vom 25. 9. 1928. Der Beschluss war unterschrieben von Jasper und Steinbrecher, nicht aber von Volksbildungs- und Justizminister Sievers.

763 NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 26451, Personalakte Otto Grotewohl, Beiakte II, Bl. 35f., hier Bl. 35, Ansprache Grotewohls anlässlich seiner Amtseinführung (Redemanuskript mit handschriftlichen Korrekturen).

764 Ebenda, Bl. 36.

765 Jodl unterstellt, daß dies ein frommer Wunsch gewesen sei. Grotewohls Einstellung als LVA-Präsident sowie sein Rücktritt am 1. 4. 1933 seien demnach ausschließlich politisch motiviert gewesen. Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 59. Bei der Berufung spielten jedoch sowohl politische als auch inhaltliche Überlegungen eine Rolle. Das Präsidentenamt war insofern nicht nur ein Versorgungsposten für hochrangige Landespolitiker. Im Falle Grotewohls waren vielmehr auch seine profunden sozialpolitischen Kenntnisse entscheidend gewesen.

ser Bestes herzugeben, denn die Gesundung des Volkes liegt nicht zuletzt auf unseren Arbeitsgebieten. Dass wir diesen Weg begreifen und ihn beherzt gemeinsam gehen, darauf haben Millionen von Menschen[,] die ihre Opfer auf dem wirtschaftlichen Schlachtfelde bringen[,] ein Anrecht."

Grotewohls Amtszeit als LVA-Präsident fiel zusammen mit der Krise des Weimarer Sozialstaats, die sich mit der Weltwirtschaftskrise ab 1929 dramatisch verschärfte. Nunmehr ging es nicht mehr um Leistungsausbau und institutionelle Reform, wie dies auch Grotewohl bei seinem Amtsantritt gefordert hatte, sondern vielmehr um Bewahrung des Status quo. So stand denn auch Grotewohls Auftritt bei der Tagung des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen (Landesverband Niedersachsen) am 13./14. Juni 1931 in Norderney ganz im Zeichen der Angriffe der Arbeitgeberverbände gegen die sozialpolitischen Errungenschaften der jungen, krisengeschüttelten Republik. In seinem Vortrag betonte er zunächst, dass die Sozialversicherung „die stärkste Waffe der Gesundheitspolitik" sei und verwies dazu auf die gestiegene Lebenserwartung sowie die gesunkene Säuglings- und Kleinkindsterblichkeit[766]. Zu den in der publizierten Öffentlichkeit kursierenden Vorwürfen[767], die Sozialversicherung koste nur Geld und belaste die Volkswirtschaft, erklärte er, dass diese Einwände bereits bei der Einführung der Sozialversicherung unter Reichskanzler Otto von Bismarck vorgebracht worden seien: „Die Widerstände gegen die Sozialversicherung waren mit den gleichen Gründen bei ihrer Schaffung genau so stark wie heute."[768]. Anschließend nahm er vor allem die Arbeitslosenversicherung gegen Anfeindungen in Schutz und unterstrich in dem Zusammenhang, dass die Sozialversicherung gesamtwirtschaftlich gesehen keine „Belastung", sondern eine „Zwangssparkasse" sei, „die die Aufgabe hat, die besitzlose Arbeitskraft davor zu bewahren, dass sie bei jedem aus dem menschlichen oder dem Berufsleben stammenden Stoß ins Leere fällt"[769]. Grotewohl ging in seiner Argumentation noch einen Schritt weiter: Die Sozialversicherung sei nicht nur eine „Insel der Solidarität im Meere des Gewinnstrebens, sondern das Fundament für kulturellen, sozialen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Aufstieg in einer hoffentlich nicht mehr allzufernen besseren Zukunft des deutschen Volkes". Damit kehrte er die Kritik an der deutschen Sozialversicherung ins Gegenteil um.

Der berufliche Wechsel an die Spitze der Landesversicherungsanstalt verbesserte nicht nur Grotewohls Einkommenslage, sondern auch seine private Wohnsituation, denn er konnte zusammen mit seiner Familie in Braunschweig eine Dienstwohnung im Petritorwall 6 beziehen, die über fünf Zimmer und eine geräumige Küche verfügte[770]. Einer entsprechenden Vereinbarung stimmte der Gesamtvor-

766 Grotewohl, Probleme in der Sozialversicherung, S. 3.

767 Dabei ging Grotewohl unter anderem auf die 1928 erschienene Schrift von Gustav Hartz ein, der Mitglied im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband war. Dieser mitgliederstarke nichtsozialistische Angestelltenverband sperrte sich vehement gegen den Plan einer Vereinigung von Invaliden- und Angestelltenversicherung. Vgl. Hartz, Irrwege der deutschen Sozialpolitik.

768 Grotewohl, Probleme in der Sozialversicherung, S. 5.

769 Ebenda, S. 13.

770 SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 18, Bedingungen für die Abgabe einer Dienstwohnung an den Vorstandsvorsitzenden der LVA Braunschweig vom 11. 10. 1928 (Abschrift). Ein formeller Mietvertrag wurde nicht abgeschlossen, da es sich um eine Dienstwohnung handelte. Vgl. ebenda, Bl. 19, Vorlage zur nächsten Vorstandssitzung der LVA (o. D.).

stand am 24. Oktober 1928 zu[771]. Knapp zwei Monate später beschloss der Vorstand unter Leitung Grotewohls seine erste größere Investition: Die AOK Braunschweig hatte nämlich bei der LVA ein Darlehen beantragt, um ein neues Verwaltungsgebäude zu errichten, in dem auch medizinische Bäder und eine Zahnklinik integriert werden sollten. Im Namen des LVA-Vorstands zeigte Grotewohl großes Interesse am Bau dieser Anlage und war grundsätzlich bereit, ein Darlehen in Höhe von 200 000,– RM zu einer Verzinsung von 6 Prozent zu gewähren, das allerdings erst in den Jahren 1929 und 1930 ausgezahlt werden konnte[772].

Die bürgerlich-konservative Opposition im braunschweigischen Landtag nahm Grotewohls Ernennung zum Anlass, um die Personalpolitik der sozialdemokratischen Landesregierung zu kritisieren. Der Vorwurf lautete: Die Maßnahmen des Staatsministeriums sowie auch Einzelverfügungen des Justiz- und Volksbildungsministers hätten in der „breitesten Öffentlichkeit lebhafteste Beunruhigung wachgerufen, weil sie nicht das Gesamtinteresse des Landes wahren, sondern nur durch das Parteiinteresse diktiert" seien[773]. Mit einer Großen Anfrage wollte die DVP wissen, wie das Staatsministerium „diese die Interessen des Landes schwer schädigenden Maßnahmen rechtfertigen" wolle, und ob diese Personalpolitik fortgesetzt werden solle[774]. Dabei stellte Brandes die fachlichen Fähigkeiten Grotewohls in Frage und beanstandete das Berufungsverfahren[775]. Obwohl die anwesenden Vertreter der Staatsregierung, Jasper und Steinbrecher, die Kritik umgehend zurückwiesen, zeigte die parlamentarische Auseinandersetzung, dass Grotewohl polarisierend wirkte und seine Ernennung zum Präsidenten der Landesversicherungsanstalt auf den erbitterten Widerstand der Opposition stieß. Obwohl sich die SPD im Landtag schützend vor ihn stellte, wollten die Anschuldigungen doch nicht abreißen. So wiederholte der frühere Ministerpräsident Marquordt die von seinem Parteifreund vorgebrachten Bedenken: „Es mag sein, Herr Minister des Innern, dass Herr Präsident Grotewohl die Erwartungen, die Sie auf ihn setzen, erfüllen wird. Ich will es hoffen im Interesse des hohen Amtes, das Sie ihm übertragen haben. Aber waren denn für diese Stelle wirklich nicht auch andere Bewerber aus der normalen Beamtenlaufbahn da? Diese Frage, die Ihnen von Abgeordneten Brandes gestellt worden ist, haben Sie nicht beantwortet."[776] Zwei Monate später musste sich der Rechtsausschuss des Landtags erneut mit dieser Angelegenheit befassen, nachdem der Landesverband der oberen Verwaltungsbeamten die Personalpolitik der Regierung und insbesondere die Einstellung Grotewohls moniert hatte[777]. Dabei wurde gerügt, dass der Präsidentenposten mit einem Nichtakademiker besetzt

[771] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 19, Vorlage zur nächsten Vorstandssitzung (o. D.).
[772] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 22, Vorstand der LVA Braunschweig am 21. 12. 1928 an AOK Braunschweig (Abschrift).
[773] Verhandlungen des Landtages des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage 1927/30, Sp. 1144 (19. Sitzung vom 16. 10. 1928).
[774] Ebenda.
[775] Ebenda, Sp. 1150.
[776] Ebenda, Sp. 1204. Marquordt meinte vermutlich die in der LVA beschäftigten Beamten, die seiner Meinung nach für die Präsidentenstelle in Frage kamen. 1925 betrug die Zahl der Beamten in der LVA Braunschweig 22. Vgl. NdsStAWF, 12 A Neu Fb. 13, Nr. 37381, Auflistung (o. D., o. Verf.).
[777] Verhandlungen des Landtages des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage 1927/30, Sp. 1393 (22. Sitzung vom 18. 12. 1928).

worden sei. Der stellvertretende Vorsitzende im Rechtsausschuss, Wesemeier (SPD), wies darauf hin, dass auch Grotewohls Vorgänger kein Akademiker gewesen sei. Für die Ausschussmehrheit beantragte er die Zurückweisung des Antrags, den er für nicht genügend begründet hielt. Zunächst einmal konnte die sozialdemokratische Parlamentsmehrheit alle Attacken abwehren.

Die Angriffe gegen Grotewohl verstummten aber nur kurzfristig, denn die Landtagswahl am 14. September 1930, die parallel zur Reichstagswahl stattfand, brachte einen erneuten Regierungswechsel im Freistaat Braunschweig. Das letzte Jahr der Regierung Jasper war überschattet von der Weltwirtschaftskrise[778]. Nachdem der Landeshaushalt 1928 noch ausgeglichen gewesen war, entwickelte sich ein Jahr später ein Haushaltsdefizit, das aufgrund der Rezession über das Niveau der vorherigen bürgerlichen Regierung hinausging[779]. Nach Schließung der Wahllokale kam die SPD auf 41 Prozent der abgegebenen Stimmen; sie blieb damit zwar stärkste politische Kraft, musste jedoch einen Stimmenrückgang von 5,2 Prozent hinnehmen[780]. Gewinnerin der Wahl war die NSDAP, die nach den Wahlerfolgen in Sachsen (18,3 Prozent), Thüringen (19,5 Prozent) und Anhalt (19,8 Prozent) ein noch besseres Ergebnis in Braunschweig (22,2 Prozent) erzielte[781]. Die Bürgerliche Einheitsliste kam auf 26 Prozent. Völlig abgeschlagen waren DDP (3 Prozent) und KPD (6,8 Prozent). Letztere konnte aus der allgemeinen Wirtschaftskrise kein Kapital schlagen und blieb in Braunschweig relativ bedeutungslos. Im verkleinerten Landtag, der statt 48 nur noch 40 Sitze hatte, verfügte die SPD über 17 Mandate, die KPD über zwei und die DDP über einen Abgeordneten. Auf der anderen Seite kamen NSDAP und Bürgerliche Einheitsliste, die auch die Regierungsbildung übernahmen, auf neun bzw. elf Sitze. Die neue Regierung konnte bereits am 1. Oktober gewählt werden. Da zwischen beiden Lagern, die über jeweils 20 Sitze im Landtag verfügten, ein Patt herrschte, hätte der Regierungseintritt der Nationalsozialisten zumindest blockiert werden können. Nachdem aber bei der Wahl des Ministerpräsidenten der sozialdemokratische Gegenkandidat Jasper nicht die Stimmen von KPD und DDP erhalten hatte, war der DNVP-Politiker Werner Küchenthal gewählt, der zudem das Finanz- und Justizministerium übernahm. Nach Thüringen war Braunschweig das zweite Land, wo die NSDAP in der Regierung saß[782]. Im Herbst 1931 war Braunschweig sogar das einzige Land, in dem die Nationalsozialisten an der Regierung beteiligt waren[783]. Erster NSDAP-Minister in Braunschweig wurde der Jurist Dr. Anton Franzen aus Kiel, der das wichtige Ministerium für Inneres und Volksbildung erhielt. Dieser Politikerimport machte die dünne Personaldecke von Braunschweigs Nationalsozialisten deutlich[784].

778 Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 60.
779 Rother, Der Freistaat Braunschweig in der Weimarer Republik, S. 968.
780 Zu den Wahlergebnissen: Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 280 (Tabelle 3a).
781 Rother, Der Freistaat Braunschweig in der Weimarer Republik, S. 970. In Oldenburg konnte die NSDAP sogar 27,3 Prozent erzielen und übertraf damit das Ergebnis in Braunschweig. Vgl. ebenda.
782 Während sich die SPD auf Thüringen konzentrierte, widmete sie dem sehr viel kleineren Land Braunschweig nicht dieselbe Aufmerksamkeit. Pyta, Gegen Hitler und für die Republik, S. 154.
783 Winkler, Der Weg in die Katastrophe, S. 441.
784 Rother, Der Freistaat Braunschweig in der Weimarer Republik, S. 972.

Was waren die Ursachen für den raschen Erfolg der NSDAP[785], die auch noch den Posten des Landtagspräsidenten erhielt? Zum einen verloren DVP und DNVP früher als im Reich ihre Anziehungskraft, d.h. die bürgerlich-konservativen Wähler wandten sich von beiden Parteien ab und entschieden sich mehrheitlich für die aufkommende NSDAP. Diese Auflösung der Milieubindung ging Ende der zwanziger Jahre einher mit einem Übertritt mehrerer Ortsverbände des Stahlhelm zur NSDAP. Der Stahlhelm erhielt in Braunschweig eine Brückenfunktion, denn er bereitete die Abwanderung der bürgerlich-konservativen Wählerschichten mit vor. Ohne diese unterstützende Rolle hätte vermutlich der Aufstieg der Nationalsozialisten in Braunschweig länger gebraucht. Der rasche Zerfall der bürgerlichen Mitte[786] hatte aber noch eine tiefere Ursache: So ist in Braunschweig eine vergleichsweise starke Affinität der bürgerlichen Schichten zum Nationalsozialismus zu beobachten[787]. Dies hing wiederum damit zusammen, dass sich in der Weltwirtschaftskrise beim Bürgertum die traumatischen Erfahrungen aus der Revolutionszeit verstärkten: Erneut wurde die organisierte Arbeiterbewegung als Bedrohung empfunden. Die bürgerlichen Parteien boten offensichtlich keine überzeugenden Antworten auf die bestehenden Ängste mehr an, wie das Wahlergebnis von 1930 eindrucksvoll zeigt.

Bereits der Landtagswahlkampf 1930 war begleitet von Saalschlachten sowie von tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der politischen Lager[788]. In der Folgezeit verschlechterte sich das politische Klima weiter, denn die Zahl von politisch motivierten Gewalttaten nahm dramatisch zu. Diese gingen meist von Nationalsozialisten aus und waren nicht nur auf die Städte beschränkt, sondern erfassten auch das Land[789]. Ins Visier der braunschweigischen NSDAP gerieten schon bald die führenden Vertreter der Arbeiterparteien, insbesondere die verhasste SPD, die jahrelang Regierungsverantwortung übernommen hatte. Dies mag Grotewohl auch dazu bewogen haben, sich Ende 1930 eine Waffe zur Selbstverteidigung zuzulegen[790]. Vor dem Hintergrund des politischen Richtungswechsels muss der Konflikt zwischen Innenminister Dietrich Klagges (NSDAP), den der Landtag am 15. September 1931 zum Nachfolger von Franzen wählte, und Grotewohl über ein von der LVA gewährtes Darlehen gesehen werden. Klagges instru-

785 Ebenda, S. 971; Pollmann/Ludewig, „Machtergreifung" im Freistaat Braunschweig, S. 549–555.

786 Bein, Nationalsozialismus und Arbeiterbewegung im Freistaat Braunschweig, S. 286.

787 Ludewig, Nationalsozialismus als Protestbewegung, S. 189.

788 Rother, Der Freistaat Braunschweig in der Weimarer Republik, S. 969.

789 Die ‚Braunschweigischen Neuesten Nachrichten' brachten Grotewohl Ende Juli 1929 in Verbindung mit einer Schlägerei in Blankenburg, bei der am Rande eines informellen Treffens ein NSDAP-Mitglied von Mitgliedern des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold verletzt worden war. Vgl. ‚Braunschweigische Neueste Nachrichten' vom 23.7.1929, in: NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 26451, Personalakte Otto Grotewohl, Beiakte II, Bl. 50. In einer Gegendarstellung wies Grotewohl den Vorwurf, er sei am Überfall beteiligt gewesen, zurück und distanzierte sich gleichzeitig vom Verhalten der beteiligten Reichsbannermitglieder. Vgl. ‚Braunschweigische Neueste Nachrichten' vom 24.7.1929, in: ebenda, Bl. 57. Außerdem klagte Grotewohl beim Innenministerium gegen die Zeitung wegen rufschädigender Berichterstattung. Vgl. NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 26451, Personalakte Otto Grotewohl, Hauptakte, Bl. 49, Grotewohl am 22.7.1929 an Steinbrecher.

790 SAPMO-BArch, NY 4090/1, Bl. 36, Waffenschein Grotewohls für eine Selbstladepistole Walther Kal. 6,35 mit 50 Patronen, ausgestellt vom Polizeipräsidium Braunschweig am 31.12.1930.

mentalisierte nämlich die Auseinandersetzung, um gegen Grotewohl vorgehen zu können[791].

Bereits unter Innenminister Franzen (NSDAP) waren wichtige personalpolitische Entscheidungen der Vorgängerregierung unter Ministerpräsident Jasper revidiert worden[792]. So wurden die vier sozialdemokratischen Kreisdirektoren, der Kommandeur der Schutzpolizei und weitere Beamte, die das SPD-Parteibuch besaßen, entlassen. Darüber hinaus hob die neue Regierung vier Tage nach ihrem Amtsantritt den Schulerlass von Hans Sievers wieder auf. All diese Maßnahmen symbolisierten den politischen Richtungswechsel im Freistaat. Mit dem Amtsantritt von Klagges blies den Sozialdemokraten in Braunschweig der Wind richtig ins Gesicht. Einer, der das als Erstes zu spüren bekam, war Otto Grotewohl. Am 28. August 1931 unterrichtete das Reichsversicherungsamt Grotewohl über gegen ihn erhobene Korruptionsvorwürfe, die anonym vorgebracht wurden[793]. Darin wurde er unter anderem beschuldigt, Vereinen und Organisationen der Arbeiterbewegung bevorzugt Darlehen vermittelt zu haben[794]. Grotewohl reagierte umgehend und listete zunächst detailliert seine Dienstfahrten in den ersten acht Monaten des Jahres 1931 auf, um dem Vorwurf der Bestechlichkeit zu begegnen[795]. Darüber hinaus gab er Rechenschaft zu einzelnen Leistungsauszahlungen der LVA, die vom unbekannten Verfasser der Eingabe beim Reichsversicherungsamt moniert worden waren. Zum Vorwurf, einige vergebene Darlehen seien nicht satzungsgemäß erfolgt, verwies er auf die ordnungsgemäße Beschlussfassung innerhalb des LVA-Vorstands. Abschließend unterstrich Grotewohl unter ausdrücklichem Hinweis auf den von ihm geleisteten Diensteid, dass „die Geschäfte der Landesversicherungsanstalt Braunschweig nach bestem Wissen und Gewissen sauber und ehrlich geführt werden"[796].

Zentraler Streitpunkt war ein Darlehen in Höhe von 100 000,– RM für den größten Turnverein der Stadt Braunschweig ‚Freie Turnerschaft e.V.', das der LVA-Vorstand am 22. Januar 1929 bewilligt hatte. In dem Zusammenhang hatte die braunschweigische Stadtverwaltung vier Monate später eine Bürgschaftsverpflichtung übernommen[797], die aktiviert wurde, als der Schuldner Zahlungsschwierigkeiten anmeldete[798]. Daraus sollte Grotewohl nun ein Strick gedreht werden. Zunächst lief das Verfahren jedoch beim Reichsversicherungsamt, das eine Überprüfung der LVA durchführte und den Vorstand darum bat, den abgeschlossenen Darlehensvertrag, den Erbpachtvertrag sowie die Bürgschaftsverpflichtung der

791 Klagges ging insgesamt sehr viel brutaler gegen die SPD vor als sein thüringischer Kollege Wilhelm Frick. Pyta, Gegen Hitler und für die Republik, S. 156.

792 Rother, Der Freistaat Braunschweig in der Weimarer Republik, S. 973.

793 SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 37, Reichsversicherungsamt (Abt. f. Kranken- und Invalidenversicherung) am 28. 8. 1931 an Grotewohl mit Anlage (Bl. 38f.). Jodl vermutet, dass das braunschweigische Innenministerium hinter der anonymen Anzeige stand, nachdem es entsprechende Hinweise vom Landtagsabgeordneten Franz Groh (NSDAP) erhalten hatte. Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 63.

794 Ebenda, Bl. 38.

795 SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 40–51, hier Bl. 41f., Grotewohl am 31. 8. 1931 an Reichsversicherungsamt (Abt. f. Kranken- und Invalidenversicherung).

796 Ebenda, Bl. 51.

797 NdsStAWF, 37 A Neu 9, Nr. 57, Bl. 6, Rat der Stadt Braunschweig am 31. 5. 1929 an den LVA-Vorstand.

798 SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 32, Grotewohl am 8. 10. 1931 an das Reichsversicherungsamt.

Stadt Braunschweig vorzulegen[799]. Die Prüfung ergab, dass die Darlehensvergabe der Genehmigung der Aufsichtsbehörde und damit des Reichsversicherungsamts bedurft hätte, da es sich um eine Vermögensanlegung nach § 26 (Abs. 1, Nr. 11 und Abs. 2) der Reichsversicherungsordnung handelte[800]. Die nachträgliche Genehmigung könne – so das Reichsversicherungsamt weiter – schon mit Rücksicht auf die veränderten Rahmenbedingungen nicht erteilt werden. Statt dessen wurde der Vorstand aufgefordert, das Darlehen zu kündigen und für die baldige Rückzahlung zu sorgen. Noch am selben Tag informierte das Reichsversicherungsamt den neu gewählten Innenminister Klagges über die Angelegenheit und betonte, dass alle übrigen Vorwürfe keinen Anlass „zu einem Einschreiten im Aufsichtswege" boten[801]. Damit schienen die Anschuldigungen entkräftet zu sein; einziger Kritikpunkt war die Kreditvergabe an die ‚Freie Turnerschaft e.V.'.

Nun schaltete sich Innenminister Klagges ein. Am 10. Dezember 1931 forderte er Grotewohl auf, zu erklären, „wie es kommt, dass diese Angelegenheit nicht ordnungsgemäß behandelt [worden] ist"[802]. Daraufhin wies Grotewohl den versteckten Vorwurf zurück, „es sei unter absichtlicher Umgehung des Reichsversicherungsamtes aus politischen Gründen eine Begünstigung der Freien Turnerschaft beabsichtigt gewesen"[803]. Wenige Tage später antwortete Grotewohl mit dem kurzen, allerdings unverbindlichen Hinweis, dass der Vorstand der „Erwartung des Reichsversicherungsamtes [...] bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit entsprechen" werde[804]. Versuche Grotewohls, eine nachträgliche Genehmigung für das umstrittene Darlehen zu erhalten, scheiterten[805]. Mittlerweile hatte er seinen Standpunkt offensichtlich etwas verändert, denn er räumte die ausgebliebene Konsultation des Reichsversicherungsamtes indirekt als Fehler ein. Dieser „formelle Mangel in diesem Einzelfall" habe allerdings einer im Jahre 1929 im LVA-Vorstand vorhanden gewesenen Auffassung über die Auslegung der Reichsversicherungsordnung entsprochen, fügte Grotewohl zu seiner Entlastung hinzu[806]. Für das Reichsversicherungsamt bot die Kritik an der Vorgehensweise des LVA-Vorstands keinen Anlass, ein Dienststrafverfahren gegen Grotewohl einzuleiten. In einem Telefongespräch erhielt Grotewohl die Information, dass „der Vorgang [...] durchaus nicht vereinzelt" sei[807]. Es sei eben die Aufgabe der Berliner Aufsichtsbehörde, solche Vorfälle zu bereinigen.

[799] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 52, Reichsversicherungsamt (Abt. f. Kranken- und Invalidenversicherung) am 1.10.1931 an den LVA-Vorstand.
[800] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 58, Reichsversicherungsamt am 6.11.1931 an den LVA-Vorstand.
[801] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 26451, Personalakte Otto Grotewohl, Beiakte II, Bl. 14, Reichsversicherungsamt (Abt. f. Kranken- und Invalidenversicherung) am 6.11.1931 an den braunschweigischen Innenminister.
[802] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 59, Klagges am 10.12.1931 an Grotewohl.
[803] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Personalakte Otto Grotewohl, Beiakte II, Bl. 15–17, hier Bl. 15, Grotewohl am 24.12.1931 an Klagges.
[804] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 60, Grotewohl am 31.12.1931 an Klagges.
[805] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 26451, Personalakte Otto Grotewohl, Beiakte II, Bl. 19, Reichsversicherungsamt am 29.12.1931 an Grotewohl.
[806] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Personalakte Otto Grotewohl, Beiakte II, Bl. 15–17, hier Bl. 16, Grotewohl am 24.12.1931 an Klagges.
[807] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 62, handschriftliche Notiz Grotewohls vom 24.12.1931 über ein Telefonat mit Senatspräsident Dr. Reimer.

Nachdem Ministerpräsident Dr. Küchenthal den Vorfall in der ‚Braunschweigischen Staatszeitung' publik gemacht und damit eine öffentlichkeitswirksame Kampagne gegen Grotewohl ausgelöst hatte, beantragte Grotewohl die Einleitung eines Dienststrafverfahrens gegen sich selber, und zwar „zur Klärung der gegen mich erhobenen schweren Vorwürfe mit Rücksicht auf das Ansehen der von mir geleiteten Landesversicherungsanstalt"[808]. Der Vorstand stellte sich geschlossen hinter seinen Präsidenten und verteidigte Grotewohl gegen die erhobenen Vorwürfe[809]. In einer Erklärung, die der Presse zuging, bezeichnete er die Anschuldigungen als ungerechtfertigt. Darüber hinaus legte der Vorstand Wert auf die Feststellung, dass „die in der Öffentlichkeit behandelten Bewilligungen von Darlehn an die Allgemeine Ortskrankenkasse Braunschweig und die Freie Turnerschaft [...] nicht durch den Präsidenten Grotewohl, sondern ordnungsgemäß durch Beschlüsse des Gesamtvorstandes der Landesversicherungsanstalt erfolgt" seien. Gegenüber der Berliner Aufsichtsbehörde bedauerte es der Vorstand, dass er sich durch die mittlerweile öffentlich gemachte Debatte gezwungen sah, „sich in öffentliche Erörterungen über einen zur sachlichen Zuständigkeit des Reichsversicherungsamtes gehörenden Verwaltungsakt einlassen zu müssen"[810]. Daraufhin unterstrich das Reichsversicherungsamt nochmals, dass die Prüfung der Geschäftsführung der Landesversicherungsanstalt keinen Anlass gegeben habe, die Leitung durch den Vorsitzenden zu beanstanden[811]. Grotewohl schien dadurch erneut entlastet zu sein. Allerdings war die umstrittene Darlehensgewährung an die ‚Freie Turnerschaft e.V.' kein Einzelfall, wie Grotewohl auf der außerordentlichen Sitzung des LVA-Ausschusses am 18. Januar 1932 einräumen musste. So gab es noch ein weiteres Darlehen gegen Bürgschaft der Stadt Braunschweig, das dem ‚Schwimmverein Delphin' 1930 gewährt worden war[812]. Über diesen Vorgang unterrichtete Grotewohl nachträglich das Reichsversicherungsamt, ohne einen Genehmigungsantrag ex-post einzureichen[813].

Klagges schaltete sich erneut in das Verfahren ein und bestellte Grotewohl zu einer dienstlichen Vernehmung am 20. Januar 1932 in seinen Amtssitz. Durch gezielte Detailfragen versuchte er dem LVA-Präsidenten weitere Formfehler nachweisen zu können. Dabei beanstandete der Innenminister, dass die Zahlungsanweisung für das Darlehen an die ‚Freie Turnerschaft e.V.' nur eine Unterschrift von Seiten der LVA enthalte, obwohl bei Vermögenswerten über 100 000,– RM eine weitere Unterzeichnung durch ein Vorstandsmitglied satzungsgemäß erforderlich sei. Zu Recht wies jedoch Grotewohl darauf hin, dass diese Bestimmung zu

[808] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 26451, Personalakte Otto Grotewohl, Beiakte II, Bl. 21f., hier Bl. 22, Grotewohl am 8.1.1932 an Klagges.

[809] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 76, Erklärung des LVA-Vorstands vom 12.1.1932.

[810] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 72–75, hier Bl. 75, LVA-Vorstand am 12.1.1932 an das Reichsversicherungsamt.

[811] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 26451, Personalakte Otto Grotewohl, Beiakte II, Bl. 31, Reichsversicherungsamt (Abt. f. Kranken- und Invalidenversicherung) am 15.1.1932 an den LVA-Vorstand.

[812] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 81–85, hier Bl. 84, Protokoll der 55. außerordentlichen Sitzung des Ausschusses der LVA Braunschweig am 18.1.1932.

[813] Dabei ging es um ein Darlehen in Höhe von 20 000,– RM, das der Schwimmverein zum Ausbau einer Badeanstalt erhalten hatte. SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 87, Grotewohl am 25.1.1932 an das Reichsversicherungsamt.

einem späteren Zeitpunkt in die neue LVA-Satzung aufgenommen wurde, die erst nach der Darlehensvergabe, nämlich am 1. Januar 1930, in Kraft getreten sei[814]. Auf die zweite Frage konnte er aber nur noch ausweichend antworten: So trug die Bürgschaftserklärung der Stadt Braunschweig entgegen den Bestimmungen der Städteordnung nur eine, nicht aber die vorgesehenen zwei Unterschriften. Durch diesen Formfehler konnte die Erklärung als ungültig betrachtet werden. Grotewohl erwiderte, dass sich die LVA nicht als „Gemeindeaufsichtsbehörde"[815] verstanden habe und davon ausgegangen sei, dass die überreichte Bürgschaftserklärung den formellen rechtlichen Bedingungen entsprochen habe. Mit diesen Antworten gab sich Klagges nicht zufrieden, sondern hakte nach. Wenige Tage später vernahm er Grotewohl ein zweites Mal und suchte fieberhaft nach Verfehlungen einzelner Mitarbeiter der LVA[816]. So warf er einem Angestellten vor, Akten beseitigt und Gelder unterschlagen zu haben. Auf diese Weise sollte die Führungsschwäche Grotewohls und seine unzureichende Leitungstätigkeit demonstriert werden. In der Folgezeit riss Klagges das Untersuchungsverfahren immer mehr an sich und drängte das Reichsversicherungsamt in den Hintergrund. So bestand er darauf, alle erforderlichen Akten der Landesversicherungsanstalt vorgelegt zu bekommen, wogegen die Berliner Aufsichtsbehörde keine Einwände erheben konnte[817]. Parallel dazu führte die LVA eine Innenrevision durch, bei der kleinere Unregelmäßigkeiten einer Auszahlungskasse ans Tageslicht kamen[818]. Am 11. Juli 1932 musste Grotewohl ein weiteres Mal bei Klagges erscheinen, um die Vergabe eines hypothekarisch gesicherten Darlehns an die AOK Braunschweig zu rechtfertigen[819]. In diesem Fall konnte Grotewohl aber darauf verweisen, dass das Reichsversicherungsamt bei einer Nachprüfung keine Beanstandungen erhoben hatte.

Im Vorfeld der Reichstagswahl am 31. Juli 1932 ließ der braunschweigische Innenminister den noch amtierenden Präsidenten der LVA bei Wahlkampfauftritten überwachen[820]. All dies deutet darauf hin, dass Klagges bestrebt war, die Schlinge um Grotewohl enger zu ziehen. Dieser teilte nach der erfolgreichen Verteidigung

[814] Von dieser Vernehmung existieren zwei Aufzeichnungen, ein Vermerk Grotewohls und ein offizielles Protokoll, das Regierungsrat Dr. Behse angefertigt hat. In den zentralen Punkten stimmen die beiden Fassungen inhaltlich überein. NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 26451, Personalakte Otto Grotewohl, Beiakte II, Bl. 35f., Vernehmungsprotokoll Dr. Behses vom 20. 1. 1932; SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 88–90, Vermerk Grotewohls vom 20. 1. 1932.

[815] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 88–90, hier Bl. 88, Vermerk Grotewohls vom 20. 1. 1932.

[816] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 67–69, Vermerk (o. D., o. Verf.) über Vernehmung Grotewohls durch Minister Klagges am 4. 2. 1932.

[817] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 26451, Personalakte Otto Grotewohl, Beiakte II, Bl. 39, Reichsversicherungsamt (Abt. f. Kranken- und Invalidenversicherung) am 15. 2. 1932 an den LVA-Vorstand.

[818] So wurde bei der Markenverkaufsstelle Harlingerode ein Fehlbetrag in Höhe von 6433,– RM festgestellt, was zur Aufnahme eines Ermittlungsverfahrens durch die Staatsanwaltschaft gegen den zuständigen Gemeindevorsteher führte. NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 26451, Personalakte Otto Grotewohl, Beiakte II, Bl. 55, LVA-Vorstand am 4. 7. 1932 an Klagges.

[819] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 26451, Personalakte Otto Grotewohl, Beiakte II, Bl. 53, Vermerk von Regierungsrat Dr. Behse vom 11. 7. 1932.

[820] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 143f., Bericht des Polizeikommissars F. vom 16. 7. 1932 über einen Wahlkampfauftritt Grotewohls in Aue. Auf dieser Veranstaltung, die von ca. 600 Teilnehmern besucht wurde und die völlig friedlich verlief, hielt Grotewohl ein Referat zum Thema „Eiserne Front gegen Hitlerbarone". Der Polizeibericht enthielt allerdings keine inhaltlichen Angaben zur Rede Grotewohls.

seines Reichstagsmandats dem Innenminister mit, dass sich seine Abwesenheit vom Dienst in der LVA „auf das unmittelbar erforderliche Maß beschränken" würde[821]. Die Vertretung der Amtsleitung übernahm im Übrigen das zweite beamtete Vorstandsmitglied, Regierungsrat Dr. Ernst Hanka. Beim Landgericht Braunschweig leitete Klagges schließlich am 2. November 1932 ein förmliches Dienststrafverfahren gegen Grotewohl ein und beschuldigte ihn, seine Amtspflichten verletzt zu haben[822]. Dazu listete der Innenminister die bereits bekannten Anschuldigungspunkte auf und teilte die vorläufige Amtsenthebung Grotewohls mit sofortiger Wirkung mit. Klagges erteilte dem zuständigen Untersuchungsrichter den Auftrag, „die Untersuchung mit möglichster Beschleunigung zu führen und nach Abschluß der Voruntersuchung die Verhandlungen mir zur weiteren Entschließung vorzulegen"[823]. Daraufhin wandte sich der stellvertretende Vorsitzende Dr. Hanka im Auftrag des gesamten LVA-Vorstands an die Aufsichtsbehörde in Berlin, um „die Beendigung der vorläufigen Dienstenthebung des Präsidenten" zu erwirken[824]. Der beim Landgericht Braunschweig zuständige Untersuchungsrichter Dr. Röttcher eröffnete die Voruntersuchung im Dienststrafverfahren gegen Grotewohl am 4. November 1932[825].

Bereits einen Tag später berichtete Braunschweigs Tagespresse über die Amtsenthebung sowie das eingeleitete disziplinarrechtliche Verfahren[826]. Das ‚Berliner Tageblatt' machte darauf aufmerksam, dass die Entscheidung der braunschweigischen Regierung, zwei Tage vor der Reichstagswahl, wohl auf das Betreiben der NSDAP zurückgehe[827]. Auch die ‚Vossische Zeitung' betonte, dass es sich hierbei um ein politisch motiviertes Vorgehen handele[828]. Mit Grotewohl habe Klagges den letzten sozialdemokratischen Oberbeamten des Landes entlassen. In der Tat erfolgte die Entlassung nicht zufällig unmittelbar vor der Reichstagswahl, zu der Grotewohl wieder kandidierte. Die ‚Braunschweigische Tageszeitung' betitelte einen längeren Bericht mit der Überschrift: „Disziplinarverfahren gegen SPD-Reichstagskandidaten"[829]. Eine weitere Schlagzeile lautete: „Der Spitzenkandidat der SPD unter dringendem Verdacht der Begünstigung". Auf das Kesseltreiben gegen Grotewohl reagierte die sozialdemokratische Tageszeitung ‚Volksfreund' und wies alle Vorwürfe zurück. Gleichzeitig versuchte sie die Parteianhänger und

821 NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 26451, Personalakte Otto Grotewohl, Hauptakte, Bl. 76, Grotewohl am 23. 8. 1932 an Klagges.

822 NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 26451, Personalakte Otto Grotewohl, Beiakte II, Klagges am 2. 11. 1932 an den Untersuchungsrichter beim Landgericht Braunschweig.

823 Ebenda, S. 3. Zeitgleich erhielt Grotewohl die Mitteilung über seine Amtsenthebung, die mit einer Einbehaltung von zwei Fünfteln seiner gesamten Dienstbezüge mit Ausnahme der Kinderbeihilfe verbunden war. SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 92, Regierungsrat Dr. Behse am 2. 11. 1932 an Grotewohl.

824 NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 26451, Personalakte Otto Grotewohl, Beiakte II, Dr. Hanka am 9. 11. 1932 an das Reichsversicherungsamt.

825 SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 94f., Beschluss des Landgerichts Braunschweig vom 4. 11. 1932.

826 ‚Braunschweigische Staatszeitung' Nr. 261 vom 5. 11. 1932, in: SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 96; ‚Braunschweiger Allgemeiner Anzeiger' Nr. 261 vom 5. 11. 1932, in: ebenda.

827 ‚Berliner Tageblatt' Nr. 526 vom 5. 11. 1932, in: SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 96.

828 ‚Vossische Zeitung' Nr. 531 vom 5. 11. 1932, in: SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 97.

829 ‚Braunschweigische Tageszeitung' Nr. 258 vom 5. 11. 1932, in: SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 97.

Sympathisanten für die bevorstehende Wahl zu mobilisieren: „Achtung Wahlbombe! Nationalistische Hetze gegen den Arbeiterkandidaten Otto Grotewohl"[830]. Klagges' Rechnung, Grotewohl auf diese Weise politisch zu erledigen und seinen Wiedereinzug in den Reichstag zu verhindern, ging jedoch nicht auf. Auf der anderen Seite hatte sich aber die bürgerlich-konservative Presse nunmehr auf den ehemaligen LVA-Präsidenten eingeschossen, ganz zu schweigen von der NS-Parteipresse. Die Berichterstattung einzelner großer Regionalzeitungen blieb einseitig und schreckte auch vor polemischen Zuspitzungen nicht zurück: „Der Präsident der Landesversicherungsanstalt hat als verantwortlicher Leiter in diesem Falle alles unterlassen, um den Fall seines politischen Gesinnungsgenossen [Gemeindevorsteher in Harlingerode] aufzuklären und um die Landesversicherungsanstalt und damit die notleidenden Sozialrentner und Versicherten vor Schaden zu bewahren."[831]

Die Verteidigung Grotewohls übernahm sein politischer Ziehvater, Dr. Heinrich Jasper, der seit dem Regierungswechsel 1930 die SPD-Fraktion im Landtag anführte. Parallel dazu arbeitete dieser wieder als Rechtsanwalt und Notar[832]. Schon am 11. November 1932 nahm er Stellung zu den vom Untersuchungsrichter vorgetragenen Anschuldigungen[833]. In einem langen Schreiben wies er alle Vorwürfe minutiös zurück und gelangte zu der Schlussfolgerung, Grotewohl habe „in keiner Weise pflichtwidrig [, sondern] vielmehr pflichtgemäss gehandelt und die Belange der Landesversicherungsanstalt getreulich gewahrt[,] wie dies das Reichsversicherungsamt auch nicht verkannt hat"[834]. Zu einem Dienststrafverfahren liege keinerlei Veranlassung vor, auch nicht zu einem förmlichen Verfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung, so Jasper weiter in seinem Erwiderungsschreiben. Jasper bemühte sich sofort darum, Entlastungszeugen innerhalb der Ministerialbürokratie zu finden, die im bevorstehenden Untersuchungsverfahren für Grotewohl aussagen konnten. So kontaktierte er beispielsweise einen früheren Mitarbeiter von Innenminister Steinbrecher (SPD), der mittlerweile Direktor der Generalintendanz der Preußischen Staatstheater geworden war. Dieser signalisierte zwar seine grundsätzliche Bereitschaft, für Grotewohl auszusagen, konnte sich aber an Einzelheiten der beanstandeten Darlehensgeschäfte nicht mehr erinnern[835].

In seiner ersten Vernehmung durch Landgerichtsrat Dr. Röttcher am 15. November 1932 bezog sich Grotewohl ausdrücklich auf die Verteidigungsschrift seines Anwalts[836]. Dabei rechtfertigte er nochmals sein Verhalten bei der Kreditvergabe an die ‚Freie Turnerschaft e.V.' sowie den ‚Schwimmverein Delphin'. Die Vernehmung scheint weitgehend sachlich verlaufen zu sein; darauf deutet jeden-

830 ‚Volksfreund' Nr. 251 vom 5.11.1932, in: SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 98.
831 ‚Braunschweigische Landeszeitung' Nr. 302 vom 6.11.1932, in: SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 98.
832 SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 99, RA Dr. Jasper am 9.11.1932 an Grotewohl.
833 NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 26451, Personalakte Otto Grotewohl, Beiakte II, RA Dr. Jasper am 11.11.1932 an Landgerichtsrat Dr. Röttcher.
834 Ebenda, S. 6 (Rückseite).
835 SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 107–109, Direktor der Generalintendanz der Preußischen Staatstheater, Scheffels, am 12.11.1932 an Dr. Jasper.
836 NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 26451, Personalakte Otto Grotewohl, Beiakte II, Vernehmungsprotokoll des Landgerichts Braunschweig vom 15.11.1932. Gemeint ist das oben zitierte Schreiben Jaspers vom 11.11.1932 an Röttcher.

falls ein Vermerk Grotewohls hin, den dieser anschließend verfasste[837]. Nach Einschätzung Grotewohls plante der Untersuchungsrichter, noch den ehemaligen SPD-Innenminister Steinbrecher und weitere Mitglieder des LVA-Vorstands zu befragen[838]. Außerdem ließ sich Untersuchungsrichter Dr. Röttcher zwei Schuldscheine über die Vergabe von Darlehen in Höhe von 100000,– RM sowie 200000,– RM an die AOK Braunschweig vorlegen, um das Ermittlungsverfahren abschließen zu können[839]. Der LVA-Vorstand solidarisierte sich mit seinem Präsidenten und bat das Reichsversicherungsamt darum, beim braunschweigischen Staatsministerium „die Beendigung der vorläufigen Dienstenthebung des Präsidenten beschleunigt zu erwirken"[840]. Während des schwebenden Dienststrafverfahrens sollte Grotewohl seine Amtsgeschäfte weiterführen dürfen. Unterstützung erhielt Grotewohl auch vom Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), der sich „begierig" zeigte zu erfahren, „was aus diesem niederträchtigen Streich vor dem Disziplinarrat sich ergeben wird"[841].

Gegenüber Grotewohl bestätigte Klagges am 28. November 1932 die vorläufige Amtsenthebung sowie die Einziehung eines Teils der Gesamtdienstbezüge[842]. Ungefähr zeitgleich hatte Untersuchungsrichter Dr. Röttcher seine Ermittlungen abgeschlossen; die Schlussverhandlung wurde auf den 5. Dezember festgesetzt[843]. In den Augen Jaspers war das Verfahren damit aber noch lange nicht abgeschlossen, denn „ihm [Klagges] kommt es nicht auf die Sache als auf die Hatz an"[844]. Grotewohl musste sich also auf ein länger währendes Verfahren einstellen und stellte beim Zentralverband der Angestellten einen Rechtsschutzantrag, der für die erste Gerichtsinstanz am 7. Dezember 1932 bewilligt wurde[845]. Anfang Januar 1933 verstärkte Klagges den Druck auf Grotewohl, indem er öffentlich erklärte, der vorläufig des Amtes enthobene Präsident werde auf seinen Posten nicht mehr zurückkehren. Nachdem die braunschweigische Presse darüber berichtet hatte, protestierte Jasper beim Staatsministerium gegen diese Vorgehensweise, denn die endgültige Entschei-

837 SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 111f., Vermerk Grotewohls vom 15. 11. 1932.

838 Die Befragung der Mitglieder des LVA-Vorstands fand am 23. 11. 1932 statt. Dabei äußerten sich alle sehr positiv über Grotewohls Leitungstätigkeit. Der Arbeitgebervertreter Oskar Blasius betonte sogar, dass er es als sehr angenehm empfunden habe, als Grotewohl Präsident geworden war, „denn es wurde nach seiner Einarbeitung prompter, sachlicher und klarer gearbeitet als unter seinem Vorgänger". Darüber hinaus sei Grotewohl dem früheren Präsidenten Husung „geistig erheblich überlegen" gewesen. NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 26451, Personalakte Otto Grotewohl, Beiakte II, Bl. 30–35, hier Bl. 32, Vernehmungsprotokoll vom 23. 11. 1932. Der stellvertretende Vorsitzende des LVA-Vorstands (April 1927 bis April 1931), Dr. Erich Schneider, sagte bei der Vernehmung am 25. 11. 1932 aus, dass Grotewohl sich Mühe gegeben habe, „die Misswirtschaft, die unter Husung eingerissen war, abzustellen und zu bereinigen". Ebenda, Bl. 36–39, hier Bl. 36 (Rückseite), Vernehmungsprotokoll vom 25. 11. 1932.

839 NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 26451, Personalakte Otto Grotewohl, Beiakte II, Bl. 23 und 24f., AOK Braunschweig am 22. 11. 1932 an Untersuchungsrichter beim Landgericht Braunschweig mit Anlage (Abschrift der beiden Schuldscheine).

840 NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 26451, Personalakte Otto Grotewohl, Beiakte II, Bl. 22, LVA-Vorstand am 22. 12. 1932 an Reichsversicherungsamt. Eine Abschrift erhielt auch Klagges.

841 SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 114, ADGB-Bundesvorstand am 26. 11. 1932 an Grotewohl.

842 SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 115, Klagges am 28. 11. 1932 an Grotewohl.

843 Das teilte Jasper seinem Mandanten mit. SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 117, Jasper am 30. 11. 1932 an Grotewohl.

844 Ebenda.

845 SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 128, Zentralverband der Angestellten (Ortsgruppe Braunschweig) am 7. 12. 1932 an Grotewohl.

dung der Landesregierung stand immer noch aus[846]. Es sei „aussergewöhnlich und unzureichend, solche Mitteilungen in öffentlichen Versammlungen und durch die Presse zu machen, so dass der Beteiligte sie erst aus dritter Hand erfährt". Dieses Verfahren sei „um so mehr zu beanstanden, als der Beamte kaum in der Lage ist, sich in gleicher Weise gegen öffentliche Angriffe seines Vorgesetzten öffentlich zu wehren". Deshalb bat der Rechtsanwalt um eine rasche Klarstellung, ob die Entlassung Grotewohls aus dem Staatsdienst bereits beschlossen worden sei.

Aus der Sicht Klagges drohte das Verfahren gegen Grotewohl im Sande zu verlaufen, denn die Beweislage war zu dünn. Das Reichsversicherungsamt hatte mehrmals indirekt zu verstehen gegeben, dass es an der Arbeitsweise des LVA-Präsidenten nichts Wesentliches zu beanstanden hatte. Die Tatsache, dass der LVA-Vorstand in einem Fall einen Kredit vergeben hatte, ohne vorher die Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde einzuholen, wurde lediglich als Formfehler angesehen. Das von Klagges eingeleitete Dienststrafverfahren führte offenbar auch nicht weiter, denn der Verlauf des Untersuchungsverfahrens schien nicht auf eine Aburteilung Grotewohls hinzuweisen. So kam dem Innenminister die nationalsozialistische Machtergreifung am 30. Januar 1933 gerade recht, diente sie doch als Rechtfertigung für die nachfolgende Entlassung von missliebigen Beamten und Angestellten. Mit dem Gesetz über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 verloren ungefähr zehn Prozent der insgesamt 25715 Krankenkassenbediensteten ihren Arbeitsplatz[847]. In den Selbstverwaltungsgremien der Sozialversicherung nahm der Personalwechsel dramatische Formen an: So verloren ungefähr 75 Prozent der Arbeitnehmervertreter ihren Posten und wurden durch nationalsozialistische „alte Kämpfer" ersetzt[848]. Der personell neu zusammengesetzte Vorstand der Landesversicherungsanstalt machte Grotewohl bereits am 25. März 1933 für die unterlassene korrekte Bürgschaftserklärung der Stadt Braunschweig verantwortlich und erhob Schadensersatzansprüche gegen ihn[849]. Damit widersprach der neue Vorstand diametral der Beschlusslage der alten LVA-Leitung und eröffnete nunmehr ein zivilrechtliches Verfahren, um Grotewohl auch finanziell zu ruinieren.

Eine Woche später beantragte Grotewohl seine Entlassung aus dem braunschweigischen Staatsdienst[850]. Gegenüber der Landesregierung verwies er auf die „Änderung der politischen Verhältnisse", womit er auf die nationalsozialistische Machtübernahme im Reich anspielte, die auch Auswirkungen auf den Freistaat Braunschweig hatte. Unmittelbar nach dem 30. Januar wurde ein Versammlungs- und Zeitungsverbot erlassen, das sich in erster Linie gegen die organisierte Arbeiterbewegung richtete[851]. Darüber hinaus kamen anlässlich einer Demonstration von Nationalsozialisten durch die Arbeiterviertel der Landeshauptstadt eine Arbeiterin und ein Arbeiter ums Leben. Innenminister Klagges wollte sich als Exeku-

[846] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 26451, Personalakte Otto Grotewohl, Beiakte II, Bl. 29. Jasper am 19. 1. 1933 an den Vorsitzenden des braunschweigischen Staatsministeriums.
[847] Sachße/Tennstedt, Der Wohlfahrtsstaat im Nationalsozialismus, S. 58.
[848] Ebenda.
[849] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 260, LVA-Vorstand Braunschweig am 25. 3. 1933 an Grotewohl.
[850] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 26451, Personalakte Otto Grotewohl, Hauptakte, Bl. 80, handschriftlicher Vermerk Grotewohls vom 1. 4. 1933 an das braunschweigische Staatsministerium.
[851] Ludewig, Das Land Braunschweig im Dritten Reich, S. 981.

tor nationalsozialistischer Politik reichsweit einen Namen machen und legte die Notverordnungen der neuen Reichsregierung exzessiv aus, denn er wandte die Reichstagsbrandverordnung umgehend gegen die SPD und deren Organisationen an. Nach den Märzwahlen eskalierte die Gewalt im Freistaat: SS-Leute stürmten am 9. März 1933 den Sitz des sozialdemokratischen ‚Volksfreund'; dabei wurden Funktionäre misshandelt und ein Unbeteiligter erschossen[852]. In der Folgezeit waren fast alle sozialdemokratischen Mandatsträger Zielscheibe von Anfeindungen und Übergriffen. Diese von Klagges und der Landesregierung gezielt aufgeheizte Stimmung bewog Grotewohl letztlich zum Rücktritt, denn er musste um sein Leben fürchten. Andere führende Sozialdemokraten hatten den NS-Terror bereits am eigenen Leib zu spüren bekommen[853]: Heinrich Jasper wurde nach seiner Verhaftung schwer misshandelt; Braunschweigs Oberbürgermeister Ernst Böhme geriet vorübergehend in sogenannte Schutzhaft.

Ein weiterer entscheidender Punkt kam für Grotewohl hinzu. Mit der Klageerhebung durch den LVA-Vorstand befürchtete er finanzielle Folgelasten. So machte er die Leitung der Versicherungsanstalt in einem Schreiben explizit darauf aufmerksam, dass er weder über ein Vermögen noch über ein geregeltes Einkommen verfügte[854]. Die finanziellen Einbußen, die mit dem Ausscheiden aus dem Staatsdienst verbunden waren, schätzte er offensichtlich geringer ein als die Kosten, die aus dem anstehenden zivilrechtlichen Verfahren für ihn erwachsen würden, wenn er weiterhin im Amt bliebe. Außerdem erhoffte er sich von diesem Schritt die Einstellung des gegen ihn eingeleiteten Dienststrafverfahrens. Gleichzeitig unterstrich er aber gegenüber dem braunschweigischen Staatsministerium, dass sein Antrag „kein Anerkenntnis der im Dienststrafverfahren gegen mich erhobenen Vorwürfe" sei[855]. Wie zu erwarten, stimmte die Landesregierung dem Antrag Grotewohls zu und schlug vor, dass der in der Zwischenzeit ernannte Reichsstatthalter für das Land Braunschweig, der Magdeburger NSDAP-Gauleiter Wilhelm Friedrich Loeper, die Verabschiedungsurkunde ausstellen sollte[856]. Dieser verfasste noch am selben Tag das Entlassungsschreiben[857]. Mit der Entlassung stellte das braunschweigische Staatsministerium das immer noch nicht abgeschlossene förmliche Dienststrafverfahren ein, wobei Grotewohl die Verfahrenskosten übernehmen sollte[858].

Grotewohl und der Aufstieg des Nationalsozialismus

Anders als Kurt Schumacher nutzte Otto Grotewohl den Reichstag nicht als Bühne zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Während Schuma-

[852] Ebenda, S. 982.
[853] Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 259.
[854] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 262f., Grotewohl am 30. 3. 1933 an den LVA-Vorstand.
[855] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 26451, Personalakte Otto Grotewohl, Hauptakte, Bl. 80, handschriftlicher Vermerk Grotewohls vom 1. 4. 1933 an das braunschweigische Staatsministerium.
[856] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 26451, Personalakte Otto Grotewohl, Beiakte II, Bl. 83, braunschweigisches Staatsministerium am 19. 5. 1933 an Reichsstatthalter in Anhalt und Braunschweig.
[857] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 134, Reichsstatthalter in Anhalt und Braunschweig am 19. 5. 1933 an Grotewohl.
[858] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 26451, Personalakte Otto Grotewohl, Beiakte II, Bl. 84, Braunschweigisches Staatsministerium am 19. 5. 1933 an Grotewohl.

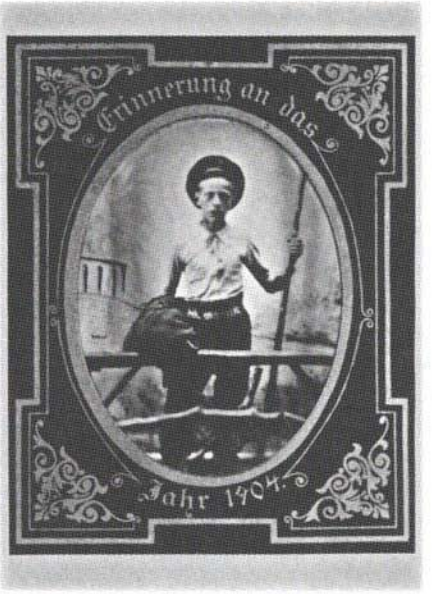
cher die NSDAP in einigen Reichstagsreden brillant attackierte[859], beschränkte sich Grotewohl auf sein Fachgebiet, die Sozial- und Wirtschaftspolitik. Dennoch erblickte auch er in der NSDAP den politischen Hauptgegner. Dabei unterschätzte Grotewohl anfangs aber, wie die Mehrheit in der SPD, die Entschlossenheit und den Machtwillen der nationalsozialistischen Bewegung. Nach dem gescheiterten Hitler-Ludendorff-Putsch in München am 8./9. November 1923 sagte Grotewohl den politischen Niedergang der Nationalsozialisten voraus und teilte damit die Meinung vieler Zeitgenossen. So erklärte er auf der Gautagung des Reichsbanners am 15. November 1924: „Der Zug abenteuernder Landsknechte, die mit Hitler und Ludendorff noch am 9. November 1923 durch die Straßen von München ziehen konnten, wird der letzte gewesen sein, der die Republik bedrohte. Niemals soll wieder die Zeit kommen, in der Pistole und Handgranate die gebräuchlichen politischen Kampfmittel sind."[860]

Erst Ende Juni 1932 äußerte sich Grotewohl wieder öffentlich zur NSDAP, die bereits bei der Reichstagswahl am 14. September 1930 starke Stimmengewinne verbucht hatte. Grotewohl und Braunschweigs Sozialdemokraten unterschätzten zwar nicht mehr die NSDAP, sie konnten sich aber den Terror nicht vorstellen, der nach dem 30. Januar 1933 über die Partei hereinbrechen sollte. Statt dessen wurden Parallelen zum Sozialistengesetz Bismarcks gezogen, wie Grotewohl in seiner Rede beim SPD-Bezirksparteitag am 26. Juni 1932 deutlich machte: „Eine Arbeiterklasse [...], die das blutige Sozialistengesetz überstand, wird sich heute nicht beschämen lassen durch den Heroismus der Vorfahren."[861] Der Bezirksvorsitzende Grotewohl gab sich gegenüber den Bezirksparteitagsdelegierten betont kämpferisch und erklärte, die deutsche Arbeiterklasse denke nicht daran, „zum Opferlamm der Faschisten" zu werden[862]. Seine Rede beendete er mit einem Schwur, der die Parteimitglieder noch einmal mobilisieren sollte: „Solange noch euer Arm sich zur Faust emporreckt, solange noch über unsere Lippen das Wort: Freiheit! kommt, solange wird in Deutschland der Faschismus nicht siegen."

Am 11. und 12. Februar 1933 fand der letzte SPD-Bezirksparteitag in Gandersheim statt, auf dem nicht Grotewohl, sondern Jasper die herausragende politische Persönlichkeit war, da er sich bereits im Mittelpunkt der nationalsozialistischen Hetze befand[863]. Insofern kann der stürmische Beifall der Delegierten für Jasper durchaus als Solidaritätsbekundung mit dem Fraktionsvorsitzenden und ehemaligen Ministerpräsidenten verstanden werden. Der Parteitag diente primär dazu, die Einheit der Arbeiterklasse zu beschwören und angesichts der dramatisch veränderten politischen Rahmenbedingungen die Geschlossenheit der Partei zu demonstrieren. Kontroverse Diskussionen wurden nicht mehr geführt. Statt dessen ging es darum, der eigenen Parteimitgliedschaft zu zeigen, dass man sich nicht unterkriegen lassen wollte. Zu diesem Zeitpunkt befand sich aber die SPD Braunschweigs bereits im Auflösungsprozess; zahlreiche Funktionäre und Mandatsträ-

[859] Schober, Der junge Kurt Schumacher, S. 413–423.
[860] ‚Der Volksfreund' vom 17.11.1924. Zitiert nach: Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 230f.
[861] ‚Der Volksfreund' vom 27.6.1932. Zitiert nach: ebenda, S. 227.
[862] ‚Der Volksfreund' vom 27.6.1932. Zitiert nach: ebenda, S. 252.
[863] Ebenda, S. 256.

ger waren entweder verhaftet worden oder standen kurz vor der Flucht ins Ausland bzw. vor dem Sprung in die Illegalität.



Otto Grotewohl 1904; Quelle: SAPMO-BArch, Bild Y10-1000-81.

„Am Grab des Kameraden", Bleistiftzeichnung Grotewohls von 1915; Quelle: SAPMO-BArch, Bild Y10-1930-84.

Otto Grotewohl und Hans Reinowski um 1925; Quelle: SAPMO-BArch, Bild Y10-282-83.

Otto Grotewohl um 1930; Quelle: SAPMO-BArch, Bild Y10-314-83.

II. Verfolgung und Innere Emigration: Otto Grotewohl im Dritten Reich (1933–1945)

1. Flucht aus Braunschweig

Der 9. März 1933 markiert einen tiefen Einschnitt in der Geschichte der SPD Braunschweigs[1]: An diesem Tag wurden das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und die Eiserne Front verboten sowie das Gebäude der parteieigenen Zeitung ‚Volksfreund' besetzt. In den folgenden Tagen verließen immer mehr Sozialdemokraten die Stadt oder versteckten sich bei Bekannten, denn sie hatten Angst vor dem nationalsozialistischen Terror. Die brutale Vorgehensweise von Innenminister Klagges gegen die organisierte Arbeiterbewegung, die bereits vor der nationalsozialistischen Machtergreifung deutlich geworden war, ließ Schlimmes befürchten. Zu den prominentesten Opfern nationalsozialistischer Gewaltexzesse zählten Dr. Heinrich Jasper und Braunschweigs Oberbürgermeister Ernst Böhme, die schwer misshandelt wurden[2]. Unter denjenigen, die sich rechtzeitig absetzen konnten, befand sich auch Otto Grotewohl[3]. Nach Angaben eines ehemaligen Parteifreundes gelang es ihm, zunächst im Landkreis Blankenburg unterzutauchen[4]. Am 7. März fand er Unterschlupf bei einem alten Bekannten in Timmenrode; kurze Zeit später wurde er von mehreren SPD-Mitgliedern in der Gaststätte ‚Mönchemühle' in der Nähe des Klosters Michaelstein versteckt gehalten. Am 23. März 1933 konnte er noch an der Reichstagssitzung teilnehmen und zusammen mit den verbliebenen 93 Fraktionskollegen gegen das Ermächtigungsgesetz Hitlers stimmen[5].

Diejenigen sozialdemokratischen Funktionäre und Mandatsträger, die sich in Freiheit befanden und den Freistaat Braunschweig noch nicht verlassen hatten, versuchten die Arbeit der Parteiorganisation weiter aufrechtzuerhalten. Da aber Braunschweig eine der Hochburgen des braunen Terrors war[6], verließen immer mehr Sozialdemokraten den Freistaat. Die Mitglieder des Bezirksvorstandes, die noch nicht verhaftet waren, trafen sich am 18. März in Hannover[7]. Dort versammelten sich neben Otto Grotewohl Wilhelm Neddermeier, Paul Junke, Hans

[1] Bein, Nationalsozialismus und Arbeiterbewegung im Freistaat Braunschweig, S. 293; Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 257.

[2] Bein, Nationalsozialismus und Arbeiterbewegung im Freistaat Braunschweig, S. 294; Ludewig, Das Land Braunschweig im Dritten Reich, S. 983 und 985.

[3] Zu dieser Gruppe gehörten auch Wolfgang Bartels, Paul Junke, Hans Reinowski und der Geschäftsführer des ‚Volksfreund', Gottlieb Cartal. Vgl. zu Cartal: Terror in Braunschweig, S. 13f. Nach 1945 hat Grotewohl kaum über seine Zeit im Nationalsozialismus gesprochen. SAPMO-BArch, SgY 30/1788, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Hans Tzschorn über seine Erinnerungen an Otto Grotewohl vom 7. 12. 1976, S. 50.

[4] SAPMO-BArch, NY 4090/99, Bl. 43, Niederschrift einer Aussage des Genossen Hermann Elfruth (o. D.).

[5] Verhandlungen des Reichstags. VIII. Wahlperiode 1933, Bd. 457. Stenographische Berichte, S. 43f. (2. Sitzung vom 23. 3. 1933).

[6] Ludewig, Das Land Braunschweig im Dritten Reich, S. 985.

[7] Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 260. Vgl. zum Widerstand der SPD Hannover: Obenaus, Probleme der Erforschung des Widerstands in der hannoverschen Sozialdemokratie.

Reinowski, Wolfgang Bartels und Gottlieb Cartal. Über den Sitzungsverlauf und die gefassten Beschlüsse liegen jedoch keine Informationen vor. Während die SPD im Bezirk Braunschweig schon führungslos war, konnte die Parteileitung im Nachbarbezirk Hannover zunächst noch weiterarbeiten. Sie vermittelte auch Privatquartiere für die auf der Flucht befindlichen Genossen aus Braunschweig[8]. Der genaue Termin, an dem Grotewohl seine Heimatstadt verlassen hat, sowie seine Stationen auf dem Weg nach Hamburg, wohin er Ende März[9] oder im Laufe des Monats April 1933[10] übersiedelte, sind unbekannt. So berichtet sein enger politischer Weggefährte Erich W. Gniffke, die sozialdemokratischen Spitzenfunktionäre hätten sich nach der ersten Terrorwelle in der Nähe von Helmstedt getroffen, um über das weitere Vorgehen zu beraten[11]. Grotewohl und die anderen Mitglieder des SPD-Bezirksvorstands waren von Tempo und Ausmaß der nationalsozialistischen Diktaturdurchsetzung überrascht; eine einheitliche politische Linie konnte nicht gefunden werden. Die Reaktionen reichten von Emigration, Aufrechterhaltung der Parteiarbeit bis hin zu Überlegungen, in die Illegalität zu gehen[12]. Damit teilten Braunschweigs Sozialdemokraten das Schicksal der Gesamtpartei, die sich nach dem 30. Januar 1933 in ganz Deutschland hilflos und verwirrt zeigte. Bereits vor dem reichsweit verhängten Verbot am 22. Juni 1933 befand sich die SPD, die auf eine Untergrundtätigkeit nicht vorbereitet war und stattdessen eine Defensivstrategie bzw. Legalitätspolitik verfolgte[13], in einem Auflösungsprozess.

Der nach Hannover geflohene Bezirksvorstand bemühte sich darum, Kontakte zu untergetauchten Parteigenossen in Braunschweig und Umgebung aufzunehmen. So hielt sich etwa Gniffke einige Male in Braunschweig auf und berichtete anschließend den in Hannover versammelten Parteifreunden über seine Fahrten[14]. Das Ergebnis war niederschmetternd, denn „die Partei gab es nicht mehr". Diesen Eindruck bestätigten einige Monate später SPD-Mitglieder in einem Bericht über die Lage in den einzelnen Bezirken: „In Braunschweig konnte ein fester Stützpunkt noch nicht gefunden werden, da die Verfolgungen dort besonders krass durchgeführt wurden."[15] Dagegen war es zu diesem Zeitpunkt in anderen Bezirken schon gelungen, die illegale Parteiarbeit wieder aufzunehmen. Grotewohl konnte nach Braunschweig nicht mehr zurückkehren, denn dort hatte das Landgericht am 12. April 1933 einen Arrestbefehl erlassen[16]. Da die SS angeblich in

[8] SAPMO-BArch, SgY 30/1881, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Dr. Heino Brandes über seine Erinnerungen an Otto Grotewohl vom 29. 4. 1977, S. 14.
[9] Ebenda, S. 15.
[10] Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 68.
[11] Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 19.
[12] Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 261.
[13] Ludewig, Das Land Braunschweig im Dritten Reich, S. 985.
[14] SAPMO-BArch, SgY 30/1881, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Dr. Heino Brandes über seine Erinnerungen an Otto Grotewohl vom 29. 4. 1977, S. 15.
[15] Bericht über die Besprechung mit den Genossen List, Weber, Lehmann und Fröhbrodt über die illegale SAJ-Arbeit am 29./30. 7. 1933, in: Buchholz/Rother (Hrsg.), Der Parteivorstand der SPD im Exil, S. 414–421, hier S. 417.
[16] NdsStAWF, 37 A Neu 9, Nr. 57, Bl. 9, Arrestbefehl des Landgerichts (II. Zivilkammer) vom 12. 4. 1933. Der Arrestbefehl war auf Antrag der LVA Braunschweig ausgestellt worden, die Grotewohl wegen des Darlehens an die ‚Freie Turnerschaft' verklagt hatte. NdsStAWF, 37 A Neu 9, Nr. 57, Bl. 1 f., RA Erich Nessig am 12. 4. 1933 an das Landgericht Braunschweig.

Hannover nach Sozialdemokraten suchte[17], musste Grotewohl erneut den Wohnsitz wechseln und zog nach Hamburg. Nachdem sich der nationalsozialistische Terror gegen die innenpolitischen Gegner und insbesondere gegen die Sozialdemokratie weiter verstärkt hatte, diskutierten die noch in Freiheit befindlichen Braunschweiger Genossen über die eigene Zukunft. Dabei wählten einige Parteimitglieder den Weg in die Emigration[18]; Grotewohl und Gniffke blieben dagegen in Deutschland[19]. Grotewohl entschied sich für einen Umzug nach Hamburg, da hier sein Schwager lebte[20]. In dessen Wohnung konnte er zunächst bleiben. Ende 1933 erfolgte schließlich der offizielle Umzug der Familie in die Hansestadt. In Hamburg formierte sich ein kleines sozialdemokratisches Netzwerk, dem Gewerkschaftsfunktionäre und Reichstagsabgeordnete angehörten. Nach Ansicht von Heinrich Hoffmann hatten die Mitglieder dieses Netzwerkes die illusionäre Hoffnung, „unter der liberalen Verfassung der Freien Hansestadt Hamburg Schutz vor dem faschistischen Terror gefunden zu haben"[21]. Doch auch hier waren sie nicht sicher: Am 2. Mai 1933 kam es zur Besetzung des Gewerkschaftshauses, bei der einige Sozialdemokraten verhaftet wurden.

Den Nationalsozialisten war es relativ rasch gelungen, die organisatorischen Strukturen der SPD Braunschweigs zu zerschlagen. Der zentrale politische Kopf, Dr. Heinrich Jasper, begab sich in Schutzhaft, „um weiteren Verletzungen zu entgehen"[22]; die übrigen sozialdemokratischen Spitzenpolitiker waren entweder nach Dänemark geflohen oder hatten zumindest den Freistaat verlassen. An eine gezielte Widerstandstätigkeit war zunächst gar nicht zu denken. Für die Sozialdemokraten Braunschweigs, die sich noch in Freiheit befanden, ging es vielmehr darum, den Alltag in der nationalsozialistischen Diktatur zu bewältigen. Da nahezu alle Funktionäre und Mandatsträger ohne geregeltes Einkommen waren, mussten als erstes neue Einnahmequellen erschlossen werden, um für die Familien den Unter-

[17] SAPMO-BArch, SgY 30/1881, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Dr. Heino Brandes über seine Erinnerungen an Otto Grotewohl vom 29. 4. 1977, S. 15.

[18] Emigrationsziel der braunschweigischen SPD-Politiker war Dänemark. Kuno Rieke (Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion 1927–1930) floh 1933 nach Dänemark, kehrte allerdings 1935 wieder zurück. Von 1935 bis 1945 befand er sich im KZ Dachau, wo er am 2. 3. 1945 starb. Gustav Steinbrecher emigrierte 1933 ebenfalls nach Dänemark und zog 1934 nach Deutschland zurück, wo er ab 1935 im KZ Dachau, anschließend im KZ Mauthausen inhaftiert war. Hier starb er am 30. 1. 1940. Hans Sievers floh 1933 nach Dänemark und 1940 nach Schweden; erst 1948 kehrte er nach Deutschland zurück. Nur Paul Junke emigrierte im Juni 1933 ins Saarland, dann nach Frankreich und später in die Schweiz. Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 274f.

[19] Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 19; SAPMO-BArch, SgY 30/1881, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Dr. Heino Brandes über seine Erinnerungen an Otto Grotewohl vom 29. 4. 1977, S. 18.

[20] SAPMO-BArch, SgY 30/1878, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Martha Grotewohl über ihre Erinnerungen an Otto Grotewohl vom 14. 12. 1976, S. 8f.

[21] SAPMO-BArch, SgY 30/1365/1, Bl. 371–373, hier Bl. 372, Hoffmann am 26. 8. 1967 an Johanna Grotewohl.

[22] NdsStAWF, 62 Nds. 2, Nr. 867, Bl. 10, Jasper am 28. 3. 1933 an Grotewohl. Zitiert nach: Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig, S. 259. Der Brief wurde durch die Polizeizensur abgefangen. Jasper war von Juni 1933 bis März 1935 im Kreisgefängnis Braunschweig inhaftiert, anschließend bis April 1938 im KZ Dachau und von April 1938 bis 1939 im KZ Oranienburg. Im Zuge der „Aktion Gewitter" wurde er im August 1944 erneut verhaftet und kam im September 1944 ins KZ Sachsenhausen. Am 19. 2. 1945 starb er im KZ Bergen-Belsen. Herlemann, Biographisches Lexikon niedersächsischer Parlamentarier, S. 173f.

halt zu sichern. Dabei zeigte sich Gniffke als Überlebenskünstler, der enormes kaufmännisches Geschick bewies. Von der Braunschweiger Herdfabrik ‚Heibacko', die einer Sozialdemokratin gehörte[23], hatte er den Auftrag erhalten, für den Vertrieb der Firmenprodukte (in erster Linie Grudeherde) zu sorgen[24]. Daraufhin richtete Gniffke in einigen größeren Städten Verkaufsbüros ein: Während Grotewohl die Generalvertretung für Norddeutschland in Hamburg übernahm, konzentrierte sich Gniffke auf den Großraum Berlin. Zuvor hatte Grotewohl weitgehend erfolglos versucht, sich mit dem Verkauf von Nasentropfen sowie von selbstgemalten Postkarten und Gemälden über Wasser zu halten. Auf diese Weise konnte allerdings der Lebensstandard der Familie nicht gehalten werden. Über Grotewohls Tätigkeit als Bezirksvertreter fällte Gniffke ein vernichtendes Urteil[25]: Er habe zwar schwungvolle Reden halten können, um „die Vorzüge des Herdes im besten Licht erscheinen zu lassen". Beim Abschluss von Verkaufsverträgen habe ihm aber die erforderliche Härte gefehlt. Als Verkäufer sei Grotewohl eine „Niete" gewesen. Dagegen besaß Gniffke nach Einschätzung von Heino Brandes „einen wachen Verstand und eine schnelle Denkungsart"[26]. Als ehemaliger Sekretär des Zentralverbandes der Angestelltengewerkschaft sei er vertraut gewesen mit Personalfragen und kaufmännischen Angelegenheiten. Und rückblickend erklärt Brandes: „Er war ganz was anderes als Otto Grotewohl."

Über den Erfolg des von Gniffke organisierten Vertriebssystems liegen unterschiedliche Meinungen vor. Während er selber Grotewohls mangelnden Geschäftssinn für den schleppenden Verkauf der Grudeherde verantwortlich machte, unterstrich Hans Grotewohl die schlechten wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, die seiner Meinung nach für den Misserfolg letztlich verantwortlich gewesen seien. Demzufolge seien auch weitere Geschäftsprojekte erfolglos geblieben, so z. B. der Versand von Fischkonserven sowie der Vertrieb von Feuerlöschern[27]. Festzuhalten bleibt allerdings, dass Gniffke die treibende Kraft war. Er entwickelte Ideen, die er dann zielstrebig umzusetzen suchte. Gniffke war es auch, der Grotewohl 1938 nach Berlin in sein Büro holte[28]. Ein geregeltes Einkommen konnte aber durch den Verkauf der Grudeherde nicht erzielt werden, so dass Grotewohl mehrere berufliche Tätigkeiten parallel laufen lassen musste. Nur so konnte der Lebensunterhalt der Familie gesichert werden[29]. Auch wenn der Versuch, mit Porträtzeichnungen, Fotografien und Postkarten Geld zu verdienen, schei-

[23] SAPMO-BArch, SgY 30/1878, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Hans Grotewohl über seine Erinnerungen an Otto Grotewohl vom 14.12.1976, S. 11.
[24] Zum folgenden: Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 19; SAPMO-BArch, SgY 30/1878, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Hans Grotewohl über seine Erinnerungen an Otto Grotewohl vom 14.12.1976, S. 11.
[25] Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 19.
[26] SAPMO-BArch, SgY 30/1881, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Dr. Heino Brandes über seine Erinnerungen an Otto Grotewohl vom 29.4.1977, S. 13.
[27] SAPMO-BArch, SgY 30/1878, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Hans Grotewohl über seine Erinnerungen an Otto Grotewohl vom 14.12.1976, S. 11f.
[28] Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 19.
[29] Voßke berichtet ohne Angaben von Quellen, dass die finanzielle Lage der Familie 1935 so schwierig gewesen sei, dass Grotewohl Wohlfahrtsunterstützung in Anspruch nehmen musste. Voßke, Otto Grotewohl. Biographischer Abriß, S. 100.

terte, so betrieb Grotewohl die Malerei doch weiterhin als Hobby[30]. Während des Zweiten Weltkrieges malte er Gemälde berühmter Maler ab, so z.B. den ‚Mann mit dem Goldhelm', das lange Zeit Rembrandt zugeordnet wurde. Gegen Kriegsende malte er fast nur noch Landschaftsbilder und Aquarelle sowie vereinzelt Porträtzeichnungen. Eine politische Aussage ist in seinen stark naturalistisch geprägten Werken, die durchaus Talent erkennen ließen, nicht zu finden. Seine in der NS-Zeit entwickelte Leidenschaft für die Malerei bedeutete aber einen Rückzug ins Private.

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass Braunschweigs Sozialdemokraten aufgrund der nationalsozialistischen Verfolgung nicht in der Lage waren, eine illegale Parteiarbeit fortzusetzen, geschweige denn eine koordinierte Widerstandstätigkeit aufzunehmen. Es gab zwar vereinzelte Treffen, zunächst in der Umgebung von Braunschweig (Helmstedt), danach in Hannover und schließlich in Hamburg, an denen jedoch nicht immer derselbe Personenkreis teilnehmen konnte. Diese Zusammenkünfte dienten in erster Linie nur dem Informationsaustausch; weitere inhaltliche und personelle Absprachen waren kaum möglich. So berichtet etwa Heinrich Hoffmann über die Tagung des Gaues Schleswig-Holstein des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten am 29. April 1933 in Hamburg, auf der die Auflösung der Organisation beschlossen wurde[31]. Da die Veranstaltung im Hamburger Gewerkschaftshaus stattfand, trafen sich am folgenden Morgen zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre und frühere Reichstagsabgeordnete aus dem Raum Norddeutschland, unter ihnen auch Otto Grotewohl, der erst seit einigen Tagen in Hamburg lebte. Unter dem Eindruck des nationalsozialistischen Terrors diskutierten die Teilnehmer die Möglichkeit der Emigration ins Ausland, die aber Grotewohl nie in Betracht zog. Das Gewerkschaftshaus wurde einige Tage später von SA-Einheiten besetzt, so dass die SPD ihre Arbeit auch in der Hansestadt nur noch konspirativ fortsetzen konnte.

Otto Grotewohl war wie alle sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten von Anfang an im Visier der Gestapo, die offensichtlich sehr aufmerksam seinen Lebensweg beobachtete und über den Umzug nach Hamburg genau informiert war[32]. Daraus ergab sich zunächst jedoch noch keine unmittelbare Bedrohung für Grotewohl und seine Familie. Seine freundschaftlichen Kontakte zu Heinrich Jasper führten dazu, dass Grotewohl in das Prozessverfahren gegen den früheren Ministerpräsidenten geriet. So sollte er 1934 vor dem Disziplinar-Ehrengericht der Anwaltschaft Berlin als Zeuge aussagen[33]. Jasper, der vor seiner Überführung in das KZ Dachau im Braunschweiger Gefängnis saß, sollte nämlich aus der Anwaltschaft ausgeschlossen werden.

[30] SAPMO-BArch, SgY 30/1878, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Hans Grotewohl über seine Erinnerungen an Otto Grotewohl vom 14.12.1976, S. 22f.
[31] SAPMO-BArch, SgY 30/1365/1, Bl. 371f., Hoffmann am 26.8.1967 an Johanna Grotewohl.
[32] BAB, R 58/3333, Bl. 1–192, hier Bl. 40, Informationsbericht „Die sozialdemokratischen Bestrebungen in Deutschland und die Entwicklung der Verhältnisse nach dem 2.5.1933" (Stand von Ende Dez. 1933); BAB, R 58/3340, Bl. 102–126, hier Bl. 108, Verzeichnis der SPD-Reichstagsmitglieder (o.D.).
[33] SAPMO-BArch, NY 4090/60, Bl. 39f., Bescheinigung Grotewohls vom 23.6.1945 für Herrn Scheffels (Direktor der Staatstheaterverwaltung Berlin).

2. Ein politisch inszenierter Gerichtsprozess: Die Landesversicherungsanstalt Braunschweig gegen Otto Grotewohl

Mit der Entlassung Grotewohls als Präsident der Landesversicherungsanstalt beendete das braunschweigische Staatsministerium zunächst das laufende Dienststrafverfahren. Damit war die Auseinandersetzung über die Vergabe eines Darlehens an die ‚Freie Turnerschaft e.V.' jedoch nicht wirklich abgeschlossen, sondern ging in eine neue Runde. Vermutlich auf Anweisung von Innenminister Klagges beschloss der neue LVA-Vorstand am 9. März 1933, „eine Schadensersatzforderung im Prozesswege gegen den Präsidenten Grotewohl geltend zu machen"[34]. Darüber hinaus wollte der stellvertretende Vorsitzende, Regierungsrat Dr. Kurt Schmincke, noch einen weiteren Schadensersatzprozess anstrengen, denn er hatte bei seinen Untersuchungen eine weitere, angeblich ungeklärte Kreditvergabe entdeckt[35]. Klagges drängte seinerseits darauf, dass sich der LVA-Vorstand „im Rahmen des Möglichen an dem Verantwortlichen [Grotewohl] schadlos hält"[36]. Für die Landesversicherungsanstalt reichte schließlich der Rechtsanwalt und Notar Erich Nessig am 10. April 1933 eine Klage beim Landgericht Braunschweig ein[37]. Dabei beantragte er, Grotewohl zur Zahlung eines Teilbetrages von 6500,– RM zu verurteilen, vorbehaltlich der Geltendmachung weitergehender Ansprüche. Zwei Tage später verlangte Nessig sogar die Verhaftung Grotewohls, um die finanzielle Forderung durchsetzen zu können[38]. In dem Zusammenhang verwies er auf die Flucht zahlreicher Sozialdemokraten: „Da sein Aufenthalt unbekannt ist, ist es auch bisher nicht gelungen, ihn durch Verhängung der Schutzhaft persönlich sicher zu stellen. Der Antragsgegner ist hierbei dem Vorbild anderer maßgebender Persönlichkeiten der sozialistischen Partei gefolgt." Als Beispiele nannte Nessig den früheren preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun sowie die ehemaligen Minister Braunschweigs, Steinbrecher und Sievers. Die Inhaftierung sei notwendig, da die LVA ansonsten „mit ihren namhaften Schadensersatzansprüchen gegenüber dem Antragsgegner nicht zum Zuge kommen würde".

Vor allem der neue LVA-Vorstand um Dr. Schmincke drängte auf ein entschlossenes Vorgehen gegen Grotewohl[39]. Das Landgericht handelte schnell und erließ noch am selben Tag einen Arrestbefehl gegen den ehemaligen LVA-Präsidenten[40]. Da Grotewohls Wohnadresse immer noch nicht vorlag, forderte das Gericht Rechtsanwalt Nessig auf, diese mitzuteilen[41]. Bereits Mitte April hatte Grotewohl

[34] NdsStAWF, 37 A Neu 9, Nr. 63, Bl. 46, Auszug aus dem Protokoll der LVA-Vorstandssitzung am 9. 3. 1933.
[35] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 26451, Personalakte Otto Grotewohl, Beiakte II, Bl. 38, LVA-Vorstand (Dr. Schmincke) am 31. 3. 1933 an Klagges.
[36] NdsStAWF, 37 A Neu 9, Nr. 63, Bl. 16, Innenminister Klagges am 4. 4. 1933 an den LVA-Vorstand.
[37] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 276–281, Nessig am 10. 4. 1933 an Landgericht Braunschweig.
[38] NdsStAWF, 37 A Neu 9, Nr. 57, Bl. 1 f., Nessig am 12. 4. 1933 an Landgericht Braunschweig.
[39] NdsStAWF, 37 A Neu 9, Nr. 57, Bl. 3–5, LVA-Vorstand am 8. 4. 1933 an RA Dr. Ritter. Ritter vertrat zusammen mit Nessig die Interessen der LVA im laufenden Strafverfahren.
[40] NdsStAWF, 37 A Neu 9, Nr. 57, Bl. 9, Arrestbefehl des Landgerichts Braunschweig, ausgefertigt am 12. 4. 1933.
[41] NdsStAWF, 37 A Neu 9, Nr. 57, Bl. 13, Mitteilung der Geschäftsstelle des Landgerichts Braunschweig vom 2. 6. 1933.

mehrere Rechtsanwälte in Hamburg mit seiner Verteidigung beauftragt[42]. Gegenüber dem LVA-Vorstand wies Grotewohl in einem Schreiben darauf hin, dass er finanziell nicht in der Lage sei, die erhobenen Ansprüche zu befriedigen[43]. In der gestellten Arrestklage erblickte er in erster Linie einen „restlosen Vernichtungswillen"; eine sachliche Beendigung des Verfahrens hielt er nun für ausgeschlossen. Damit warf er der Landesversicherungsanstalt vor, mit dieser Maßnahme auf seinen persönlichen finanziellen Ruin hinzuarbeiten. Mit dem Arrestbefehl des Landgerichts Braunschweig hätte nämlich die bisherige Wohnung Grotewohls in Braunschweig gepfändet werden können. Sein Anwalt versuchte, Grotewohls private Bibliothek aus der Pfändungsmasse herauszuholen und begründete dies mit der beruflichen Neuorientierung seines Mandanten[44].

Für das Verfahren vor dem Landgericht Braunschweig erhielt Grotewohl Rechtsschutzberatung durch den Zentralverband der Angestellten[45]. Zeitweilig beschäftigten sich bis zu fünf Rechtsanwälte mit seiner Verteidigung: Neben den drei in Hamburg niedergelassenen Anwälten gewann Dr. Philipps zentrale Bedeutung, denn er wurde Hauptprozessbevollmächtigter. Außerdem wirkte anfangs noch Dr. Jasper, der mittlerweile aus der Schutzhaft entlassen worden war, an der Verteidigung seines Parteifreundes mit[46]. All dies verdeutlicht, dass Grotewohl seine Lage im laufenden Prozessverfahren äußerst kritisch einschätzte und sich deshalb umfassenden Rechtsbeistand besorgte. Die Rechtsanwälte bereiteten sich intensiv auf den Prozessbeginn vor und standen untereinander in fast regelmäßigem Kontakt[47]. Als Erstes beantragte Dr. Philipps Einsicht in die Akten der Landesversicherungsanstalt und des Staatsministeriums[48], die aber nur teilweise gewährt wurde[49]. Bei der eingehenden Prüfung der Aktenlage fiel Dr. Philipps unter anderem ein Schreiben des Reichsversicherungsamts vom 15. Januar 1932 in die Hände, dem er erhebliche Bedeutung beimessen wollte. Darin hatte die Berliner Aufsichtsbehörde ausdrücklich betont, dass „zur Beanstandung der Führung der Geschäfte durch den Vorsitzenden [Grotewohl] im allgemeinen weder dieser Vorgang noch die sonstigen Ergebnisse der Prüfung Anlass gegeben hätten"[50]. Daraus

[42] NdsStAWF, 37 A Neu 9, Nr. 57, Bl. 16, Prozessvollmacht Grotewohls vom 15.4.1933 für die Rechtsanwälte Dr. M. Eichholz, Dr. H. Ruscheweyh und Dr. E. Häckermann. Ruscheweyh bat den in Braunschweig ansässigen Rechtsanwalt Dr. Philipps, die Vertretung Grotewohls vor Gericht mit zu übernehmen. SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 271, Ruscheweyh am 22.4.1933 an Philipps. Im Gerichtsverfahren wurde Dr. Philipps Hauptprozessbevollmächtigter Grotewohls. SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 148, Ruscheweyh am 11.5.1933 an Zentralverband der Angestellten (Hauptgeschäftsstelle Berlin).

[43] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 270, Grotewohl am 16.4.1933 an LVA-Vorstand (Abschrift).

[44] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 274, Ruscheweyh am 25.4.1933 an Nessig.

[45] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 147, Zentralverband der Angestellten am 3.5.1933 an RA Dr. Ruscheweyh.

[46] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 286, RA Dr. Jasper am 4.5.1933 an RA Ruscheweyh.

[47] Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 294, RA Dr. Philipps am 5.5.1933 an RA Dr. Ruscheweyh.

[48] NdsStAWF, 37 A Neu 9, Nr. 63, Bl. 7-13, hier Bl. 8, RA Dr. Philipps am 4.5.1933 an das Landgericht Braunschweig.

[49] So wurden zunächst nur die Akten der LVA vorgelegt. SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 300, RA Dr. Ruscheweyh am 22.5.1933 an Grotewohl.

[50] Zitiert nach: SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 302f., hier Bl. 303, RA Dr. Philipps am 24.5.1933 an Eichholz/Ruscheweyh/Häckermann.

zog er in seiner Stellungnahme gegenüber dem Gericht die hypothetische Schlussfolgerung, dass das Darlehen genehmigt worden sei[51].

Obwohl das Reichsversicherungsamt noch vor der nationalsozialistischen Machtergreifung mehrmals betont hatte, dass es keine Verfehlungen Grotewohls erkennen konnte, musste sich der frühere LVA-Präsident ernsthaft Sorgen machen, da der neue Vorstand das Darlehen an die ‚Freie Turnerschaft e.V.' im Prozess komplett zurückerhalten wollte. Die Zahlung von 6500,– RM stellte somit nur die erste Ratenzahlung dar. In einem Schreiben an den braunschweigischen Innenminister wurde unmissverständlich erklärt: „Je nach den Vermögensverhältnissen des Beklagten wird der Anspruch später bis zur Höhe von 100000,– RM erweitert werden."[52] Darüber hinaus beschäftigte sich das Innenministerium in Braunschweig mit der Frage, welche zusätzlichen Forderungen gegenüber Grotewohl erhoben werden könnten, um seine einbehaltenen Dienstbezüge nicht auszahlen zu müssen[53]. Der Rechtsstreit schien sich für Grotewohl zu einer existentiellen Bedrohung zu entwickeln. Am 2. Juni 1933 weitete die zuständige II. Zivilkammer beim Landgericht Braunschweig die Beweisaufnahme aus und ordnete die Vernehmung von weiteren Mitarbeitern der Landesversicherungsanstalt an[54]. Grotewohls Anwälten gelang es, eine gemeinsame Verteidigungslinie aufzubauen, wobei sich in Braunschweig Rechtsanwalt Dr. Philipps eingehend mit der Thematik beschäftigte und den Prozess beim Landgericht vorbereitete[55]. Nur Dr. Jasper, der etwas im Hintergrund agierte, verbreitete einen gewissen Zweckoptimismus, denn er unterstrich gegenüber Grotewohl, dass „die Zeit für und nicht gegen [ihn] arbeite[n]" würde[56].

Die Vernehmung von zwei LVA-Mitarbeitern, Dr. Erich Schneider und Otto Klingenberg, brachte am 21. Juni 1933 noch keine neuen Erkenntnisse, denn beide konnten sich zum Teil nur bruchstückhaft an das Darlehensverfahren erinnern, das immerhin schon vier Jahre zurücklag[57]. In einigen Punkten widersprachen sich allerdings die Aussagen der beiden geladenen Zeugen, ohne dass das Auswirkungen auf den weiteren Verlauf des Verfahrens hatte. Dennoch versuchte Rechtsanwalt Nessig, der Vertreter der Gegenseite, aus der gerichtlichen Vernehmung Kapital zu schlagen und sprach sich für eine weitere Befragung der Zeugen aus[58]. Für ihn stand im Übrigen die Schuld Grotewohls ohnehin schon fest. Daraufhin berieten Grotewohls Anwälte über die weitere Vorgehensweise und beantragten Akteneinsicht bei der Stadtverwaltung Braunschweig[59], die jedoch mit der Begründung verweigert wurde, dass es sich hierbei nicht um Akten des Landgerichts,

[51] NdsStAWF, 37 A Neu 9, Nr. 63, Bl. 19f., RA Dr. Philipps am 2.6.1933 an das Landgericht Braunschweig.
[52] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 26451, Personalakte Otto Grotewohl, Beiakte II, Bl. 87, LVA-Vorstand am 27.5.1933 an den Innenminister Braunschweigs.
[53] NdsStAWF, 12 A Neu 13, Nr. 26451, Personalakte Otto Grotewohl, Beiakte II, Bl. 89f., Vermerk vom 16.6.1933 für Ministerialrat Kiehne.
[54] NdsStAWF, 37 A Neu 9, Nr. 63, Bl. 22, Anlage zum Protokoll der II. Zivilkammer des Landgerichts vom 2.6.1933.
[55] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 306, RA Dr. Ruscheweyh am 6.6.1933 an Grotewohl.
[56] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 138-140, hier Bl. 139, Dr. Jasper am 12.6.1933 an Grotewohl.
[57] NdsStAWF, 37 A Neu 9, Nr. 63, Bl. 24-27, Protokoll der Beweisaufnahme vom 21.6.1933.
[58] NdsStAWF, 37 A Neu 9, Nr. 63, Bl. 30f., RA Nessig am 29.6.1933 an das Landgericht Braunschweig.
[59] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 319, RA Dr. Ruscheweyh am 4.7.1933 an Grotewohl.

sondern „um solche anderer Behörden handelt“[60]. Die Zeit drängte, denn das Landgericht hatte die Entscheidung im laufenden Verfahren für den 29. September festgesetzt. Die Untersuchungen konzentrierten sich mittlerweile auf den Beschluss der Stadt Braunschweig, die Bürgschaft für das ausgesprochene Darlehen zu übernehmen. Während Grotewohls Anwälte Abstimmungsprobleme zwischen den für die Auszahlung zuständigen Mitarbeitern der LVA ausmachten[61], zeigte sich die Gegenseite von der fehlerhaften Dienstaufsicht Grotewohls überzeugt. In einer ausführlichen Stellungnahme erklärte Rechtsanwalt Philipps gegenüber dem Landgericht Braunschweig, dass die Klage „ohne Zweifel abzuweisen“ sei, und machte formale, aber vor allem inhaltliche Gründe geltend[62]. Für die klagende Landesversicherungsanstalt kam Rechtsanwalt Nessig zu einer entgegengesetzten Einschätzung. Er machte Grotewohl für die vermeintlichen Verfahrensfehler verantwortlich und unterstellte dem früheren LVA-Präsidenten, die Verantwortung auf andere Mitarbeiter der Anstalt abwälzen zu wollen: „Wie armselig ist es aber, sich seiner eigenen Verantwortung mit der Begründung entziehen zu wollen, dass der Kassierer seine Pflicht verletzt habe.“[63] Angesichts der bevorstehenden Entscheidung des Gerichts verschärfte sich nochmals der Ton zwischen den beiden streitenden Parteien. In einer letzten Erwiderung wies Dr. Philipps erneut alle Vorwürfe zurück und unterstrich, dass sein Mandant alles getan habe, „was in seiner Pflicht stand“[64]. Deshalb treffe Grotewohl auch keine Schuld.

Das Landgericht musste die ursprünglich für den 29. September anberaumte Entscheidung vertagen, da es in der Zwischenzeit zu einer personellen Neubesetzung des Gerichts gekommen war[65]. Sowohl der Klägerin als auch dem Beklagten wurde die Gelegenheit eingeräumt, zum Rechtsstreit noch einmal Stellung zu beziehen[66]. Die 2. Zivilkammer des Landgerichts Braunschweig verurteilte Grotewohl schließlich am 24. November 1933 dazu, an die Landesversicherungsanstalt 6500,– RM und auf diese Summe rückwirkend vom 6. Juni 1929 sechs Prozent Zinsen zu zahlen[67]. Darüber hinaus musste er die Kosten des Verfahrens tragen. Das Gericht, das sich in der Urteilsbegründung nur mit der Bürgschaftserklärung für die Darlehensvergabe an die ‚Freie Turnerschaft e.V.‘ befasste, sah es als erwiesen an, dass Grotewohl in seiner Funktion als LVA-Präsident seine Sorgfaltspflicht verletzt hatte. Als Kommentator der Städteordnung von 1924 hätte Grotewohl – so das Gericht – so-

[60] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 321, RA Dr. Philipps am 5.7.1933 an Eichholz/Ruscheweyh/Häckermann.
[61] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 328f., hier Bl. 329, RA Dr. Philipps am 11.7.1933 an Eichholz/Ruscheweyh/Häckermann.
[62] NdsStAWF, 37 A Neu 9, Nr. 63, Bl. 35–37, hier Bl. 35, RA Dr. Philipps am 15.7.1933 an Landgericht Braunschweig.
[63] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 331f., RA Nessig am 18.7.1933 an Landgericht Braunschweig. Dieses Schreiben lag in Abschrift Grotewohl vor, der am Rand zahlreiche handschriftliche Kommentare anfertigte.
[64] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 333f., RA Dr. Philipps am 28.7.1933 an Landgericht Braunschweig.
[65] NdsStAWF, 37 A Neu 9, Nr. 63, Bl. 44, Anlage zur Niederschrift der II. Zivilkammer des Landgerichts vom 29.9.1933.
[66] Vgl. NdsStAWF, 37 A Neu 9, Nr. 63, Bl. 48, RA Nessig am 19.10.1933 an Landgericht Braunschweig; ebenda, Bl. 51, RA Dr. Philipps am 26.10.1933 an Landgericht Braunschweig.
[67] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 158–169, Urteil des Landgerichts Braunschweig im Prozess LVA Braunschweig ./. Grotewohl vom 24.11.1933 (Abschrift).

fort den formalen Fehler, nämlich die fehlende zweite Unterschrift der Stadtverwaltung Braunschweig, erkennen und für Abhilfe sorgen müssen[68].

Nach kurzer Bedenkzeit entschloss sich Grotewohl, gegen das Urteil Berufung einzulegen[69]. Da Rechtsanwalt Philipps beim Oberlandesgericht nicht zugelassen war, bat er einen anderen in Braunschweig zugelassenen Anwalt, ihn vor Gericht zu vertreten[70]. Dabei musste Grotewohl das Armenrecht in Anspruch nehmen, denn es gelang ihm nicht, eine neue Rechtsschutzversicherung abzuschließen[71]. Obwohl die Kostenübernahme nicht geklärt werden konnte, bereiteten seine Anwälte das Berufungsverfahren intensiv vor[72]. Das Oberlandesgericht wies am 26. Februar 1934 den Antrag auf Erteilung des Armenrechts für das Berufungsverfahren zurück, „weil die weitere Rechtsverteidigung keine Aussicht auf Erfolg bietet"[73]. Daraufhin zog Grotewohl, der nach wie vor über kein festes Einkommen verfügte, die Berufung zurück[74]. Ihm blieb letztlich kein anderer Ausweg, denn die anfallenden Prozess- und Anwaltskosten für das Berufungsverfahren in der zweiten Instanz konnte er alleine nicht tragen.

Gleich zu Beginn der NS-Herrschaft drohte Grotewohl zu verarmen: Das verlorene Gerichtsverfahren und die Erwerbslosigkeit führten zu einer wirtschaftlichen Existenzkrise der Familie. Er war auch Jahre später nicht in der Lage, seine eigenen Anwaltskosten zu begleichen[75]. In der zweiten Jahreshälfte 1933 arbeitete Grotewohl nur unregelmäßig in einem Hamburger Lebensmittelgeschäft und erhielt einen wöchentlichen Durchschnittslohn von 25,– RM[76]. Da er sich keine eigene Wohnung leisten konnte, wohnte er zusammen mit seiner Frau und seinem Sohn bei seinem Schwager[77]. Offiziell war Grotewohl beim Arbeitsamt Hamburg seit dem 1. April 1933 arbeitslos gemeldet[78]. Gleichzeitig bestand die LVA Braunschweig nach wie vor auf der Zahlung der in erster Instanz verhängten Kosten und stellte beim Amtsgericht Hamburg einen Antrag auf Ableistung des Offenbarungseides[79]. Ende 1934 wurde schließlich Grotewohls Privatbibliothek versteigert[80].

[68] Ebenda, Bl. 168.
[69] Die Berufung ist datiert auf den 5.1.1934. Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 66.
[70] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 150, Grotewohl am 16.12.1933 an RA Dr. Bracke.
[71] Der Zentralverband der Angestellten (ZdA) hatte nur für die 1. Instanz Rechtsschutz bewilligt. Nachdem der ZdA in anderen Verbänden aufgegangen war, trat Grotewohl dem Deutschen Handlungsgehilfenverband bei und bemühte sich dort vergeblich um eine Rechtsschutzgenehmigung. Zur Finanzierung der anfallenden Kosten beantragte Grotewohl letztlich ein Armutszeugnis. Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 353, RA Dr. Ruscheweyh am 22.12.1933 an RA Dr. Bracke; ebenda, Bl. 157, Deutscher Handlungsgehilfenverband am 3.1.1934 an Grotewohl.
[72] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 354–358, Entwurf der Berufungsbegründung vom 16.1.1934; ebenda, Bl. 360f., RA Dr. Bracke am 20.1.1934 an RA Dr. Ruscheweyh; ebenda, Bl. 363, RA Dr. Bracke am 24.1.1934 an RA Dr. Ruscheweyh; ebenda, Bl. 365–371, RA Dr. Ruscheweyh am 27.1.1934 an RA Dr. Bracke mit Anlage (Entwurf einer Berufungsbegründung).
[73] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 389, Beschluss des Oberlandesgerichts Braunschweig vom 26.2.1933 (Abschrift).
[74] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 391, RA Dr. Ruscheweyh am 6.3.1934 an RA Dr. Bracke; ebenda, Bl. 393, RA Dr. Ruscheweyh am 9.3.1934 an Grotewohl.
[75] Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 206, RA Dr. Ruscheweyh am 21.3.1934 an Grotewohl; ebenda, Bl. 415, RA Dr. Alberti-Probst am 29.1.1937 an Grotewohl.
[76] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 396, Bescheinigung von H. P. Kurscheid vom 18.12.1933.
[77] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 397, Bescheinigung von R. Ohst vom 16.12.1933.
[78] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 207, handschriftliches Schreiben Grotewohls vom 22.3.1934 an die Geschäftstelle des Oberlandesgerichts Braunschweig.
[79] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 406, RA Nessig am 17.5.1934 an Amtsgericht Hamburg.
[80] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 411, Abrechnung des Gerichtsvollziehers vom 2.11.1934.

Auch in den folgenden Jahren war Grotewohl nicht in der Lage, seine Schulden zu begleichen, die mit dem verloren gegangenen Prozess zusammenhingen. Er blieb weiterhin mittellos, d.h. er musste sich arbeitslos melden und bezog beispielsweise in Hamburg zwischen dem 1. Januar und dem 1. August 1935 Wohlfahrtsunterstützung[81]. Zusammen mit seinem Anwalt machte sich Grotewohl Gedanken über seine langfristige Entschuldung: So teilte ihm Rechtsanwalt Dr. Ruscheweyh nach eingehender rechtlicher Prüfung mit, dass das rechtskräftig gewordene Urteil erst nach 30 Jahren, also Ende 1964 verjähren würde[82]. Da Grotewohl 1937 an der Gründung einer Firma beteiligt werden sollte, die sich auf neue Werkstoffe (synthetische Holzplatten) „aus rein deutschen Rohstoffen" spezialisiert hatte, war ihm sehr daran gelegen, seine wirtschaftlichen Verhältnisse zu bereinigen[83]. Ohne Regelung des nach wie vor schwebenden Rechtsverhältnisses konnte er offensichtlich keine beruflichen Vertragsverhandlungen aufnehmen. Deshalb bat Ruscheweyh den amtierenden LVA-Präsidenten Kühne um eine Aufstellung über die „augenblickliche Restschuld" seines Mandanten, die sich aus dem Urteil noch ergaben[84]. Während die Klägerin (LVA Braunschweig) gesprächsbereit war und ein Moratorium der Zahlungsforderungen ernsthaft in Erwägung zog, blieb das braunschweigische Innenministerium strikt bei der getroffenen Entscheidung und lehnte eine nachträgliche Genehmigung der Darlehnsauszahlung an die ‚Freie Turnerschaft e.V.' ab. Grotewohls Entschuldung kam auch nach dem Umzug nach Berlin im Frühjahr 1938 nicht recht voran, obwohl sich seine berufliche Situation durch die enge Zusammenarbeit mit Gniffke beim Vertrieb der Grudeherde leicht verbessert hatte. Seinem Anwalt, der immer noch auf die Überweisung der Anwaltskosten von 1933 wartete, dankte er dafür, ihm dabei geholfen zu haben, „über diesen schwankenden Boden der letzten 5 Jahre ohne restlosen Zusammenbruch hinweggekommen zu sein"[85].

Erst Ende 1941 war eine Einigung in Sicht, nachdem LVA-Präsident Kühne zum wiederholten Male einen verbindlichen Vorschlag für die Tilgung der Restschulden angemahnt hatte[86]. Gleichzeitig drohte er damit, das Urteil vollstrecken zu lassen. Grotewohls neuer Anwalt, Dr. Bockler, traf sich mit Kühne am 20. November 1941, um auf die schwierige wirtschaftliche Lage seines Mandanten hinzuweisen[87]. Erneut zeigte sich der LVA-Präsident gesprächsbereit. Da jedoch das Innenministerium in Braunschweig weiterhin unnachgiebig blieb, musste Kühne auf der Schuldentilgung bestehen. Immerhin wollte er auf einen neuen Prozess zur Eintreibung der Gesamtsumme in Höhe von 100 000,– RM verzichten, sobald die vom

[81] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 418–422, hier Bl. 421, RA Dr. Ruscheweyh im April 1937 an den Präsidenten der LVA Braunschweig.
[82] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 416, RA Dr. Ruscheweyh am 19. 3. 1937 an Grotewohl.
[83] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 418–422, hier Bl. 422, RA Dr. Ruscheweyh im April 1937 an den Präsidenten der LVA Braunschweig.
[84] Ebenda, Bl. 420. Die Versteigerung von Grotewohls Privatbibliothek hatte 307,09 RM erbracht. Darüber hinaus war von seinem zuletzt noch ausstehenden Gehalt ein Betrag von etwa 1 000,– RM einbehalten worden. LVA-Präsident Kühne teilte RA Dr. Ruscheweyh bei einem Treffen am 13. 5. 1937 mit, dass Grotewohls Restschuld 5 151,53 RM betrug. Ebenda, Bl. 429–432, hier Bl. 429, RA Dr. Ruscheweyh am 14. 5. 1937 an Grotewohl.
[85] SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 237f., Grotewohl am 21. 3. 1938 an RA Dr. Ruscheweyh.
[86] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 434, Kühne am 4. 11. 1941 an Grotewohl.
[87] Zuvor hatte offenkundig Dr. Philipps die Verteidigung niedergelegt, so dass sich Grotewohl in Braunschweig einen neuen Anwalt suchen musste.

Gericht verhängte Zahlung beglichen war[88]. Dazu sollte Grotewohl einen konkreten Tilgungsplan vorlegen. Vermutlich auf Anraten seines Freundes und Geschäftspartners Erich W. Gniffke wählte Grotewohl nunmehr eine Hinhaltetaktik, denn er ging auf den Vorschlag überhaupt nicht ein[89]. Da sich seine Einkünfte etwas stabilisierten, befürchtete er offenbar, zu einer Ratenzahlung der Restschuld verpflichtet zu werden. Deshalb ging er einer konkreten Übereinkunft mit der LVA Braunschweig aus dem Weg und beantragte die Hinausschiebung der Zahlung „bis auf eine gewisse Zeit nach Kriegsende"[90]. Eigenen Angaben zufolge hatte er sich sowohl bei der Firma Heibacko, in der er mit Gniffke tätig war, als auch bei Privatleuten enorm verschuldet, um den Lebensunterhalt für seine Familie abzusichern[91]. Diese zusätzlich angehäuften Schulden wollte er nun durch die Abtretung eines Teils seines Gehaltes zurückzahlen.

Vor diesem Hintergrund betonte Dr. Bockler gegenüber dem LVA-Präsidenten, dass sein Mandant zu irgendwelchen Zahlungen nicht in der Lage sei. Weiter führte er aus: „Auch Pfändungen dürften augenblicklich zu keinem Erfolg führen"[92]. Gleichzeitig unterstrich er aber, dass Grotewohl durchaus zahlungswillig sei und bat, von Vollstreckungsmaßnahmen Abstand zu nehmen. Damit sprach der Anwalt indirekt ein mögliches Konkursverfahren an, bei dem das verbliebene Eigentum Grotewohls verpfändet worden wäre. Da Grotewohl von seiner Firma die Zusicherung für eine erhebliche Gehaltserhöhung in der Nachkriegszeit erhalten habe, sollte seinem Mandanten die Möglichkeit gegeben werden, die Schulden zu einem späteren Zeitpunkt zu tilgen. Grotewohl wollte wiederum einen weiteren Offenbarungseid unter allen Umständen vermeiden, denn er befürchtete unmittelbare Auswirkungen auf seine „berufliche Entfaltungsmöglichkeit", was auch nicht im Interesse der LVA Braunschweig sein könne. Die Hallenbäderbau-Gesellschaft, für die er zu diesem Zeitpunkt arbeitete, würde sich nicht mit einem kaufmännischen Geschäftsführer belasten, „dessen Schild mit einem Offenbarungseid neuesten Datums beschmutzt ist"[93]. Völlig überraschend unterbreitete der LVA-Präsident einige Wochen später einen Vermittlungsvorschlag[94], dem Grotewohl schließlich zustimmte. Dieses Einlenken sei allerdings nicht als Anerkennung der Schuldverpflichtung zu interpretieren, wie Rechtsanwalt Dr. Bockler ausdrücklich erklärte. Für Grotewohl war entscheidend, dass „die Aussetzung der Vollstreckung vorläufig bis zum Kriegsende erfolgt"[95]. Damit hatte sich Grotewohl zu

[88] SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 301–304, Bl. 303, RA Dr. Bockler am 20.11.1941 an Grotewohl.
[89] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 436, Grotewohl vermutlich an Dr. Bockler am 26.11.1941.
[90] SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 317–319, hier Bl. 319, Grotewohl am 6.12.1941 an RA Dr. Bockler.
[91] Ebenda, Bl. 318. Informationen eines Sachbearbeiters der LVA Braunschweig zufolge bezog Grotewohl Ende 1941 angeblich ein monatliches Gehalt in Höhe von 450,– RM. Vgl. ebenda, Bl. 301–304, Bl. 302 (Rückseite), RA Dr. Bockler am 20.11.1941 an Grotewohl.
[92] SAPMO-BArch, NY 4090/267, Bl. 323, RA Dr. Bockler am 24.12.1941 an den Präsidenten der LVA Braunschweig.
[93] SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 324, Grotewohl am 28.12.1941 an RA Dr. Bockler. Grotewohl unterzeichnete den Brief mit dem Zusatz „Heil Hitler!".
[94] Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 328, RA Dr. Bockler am 13.2.1942 an Grotewohl.
[95] SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 328 (Rückseite), handschriftliches Schreiben Grotewohls vom 15.2.1942 an RA Dr. Bockler; ebenda, Bl. 331, RA Dr. Bockler am 16.2.1942 an den Leiter der LVA Braunschweig.

einer monatlichen Ratenzahlung von 20,– RM verpflichtet; die erste Zahlung erfolgte am 1. März 1942[96]. Der Rechtsstreit war aber nicht abgeschlossen, sondern nur auf die Zeit nach dem Krieg verschoben. Gleichzeitig war es Grotewohl gelungen, eine für ihn existentielle Bedrohung abzuwenden, denn er konnte auch weiterhin beruflich tätig sein.

3. Beruflicher Wechsel von Hamburg nach Berlin

Grotewohls Ausflug in die Selbständigkeit war nicht vom Erfolg gekrönt. Das erklärt auch seine häufigen beruflichen Wechsel in der Anfangszeit. So war er im Sommer 1935 zunächst bei der Hamburger Polizeibehörde als freiberuflicher Kaufmann gemeldet[97]. Einige Monate später stieg er in die von Gniffke aufgebaute und geleitete Vertriebsorganisation ein, die für die Firma Heibacko Grudeherde verkaufte[98]. Beide einigten sich darauf, dass Grotewohl für Norddeutschland zuständig sein sollte[99]. Für diese Tätigkeit erhielt er 35 Prozent Provision. Doch auch hier liefen die Geschäfte schlecht. Bereits Anfang Mai 1936 klagte er gegenüber Gniffke: „Seit voriger Woche sitze ich in [sic] einer langen Pechsträhne."[100] Gniffke musste des öfteren psychologische Aufbauhilfe leisten und Grotewohl zur Weiterarbeit motivieren. So betonte er in einem privaten Antwortbrief, dass „im Augenblick [...] überall nicht allzu viel los" sei[101]. Zugleich ermunterte er Grotewohl dazu, flexibel zu sein und die Verkaufsgegend häufiger zu wechseln. Dazu führte er das Beispiel eines Mitarbeiters an, der nach einem Wechsel in den Oderbruch mehrere erfolgreiche Verkaufsabschlüsse melden konnte. Anschließend wiederholte Gniffke nochmals seinen Ratschlag: „Es kommt also immer sehr auf die Gegend an." Doch Grotewohl gelang es nicht, seine wirtschaftliche Lage zu verbessern. Resigniert schrieb er seinem Freund: „Die Arbeit draußen hat z. Zt. keinen Zweck mehr. Ich habe wieder Pleiten erlebt. Die Unkosten rollen wie ein Schneeball auf, und der Erfolg schmilzt wie die Butter an der Sonne."[102] Deshalb habe er sich entschlossen, die geplanten Vorführungen der Grudeherde in den folgenden Monaten abzusagen; auf diese Weise

[96] SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 273, Grotewohl am 9.3.1942 an RA Dr. Bockler. Nach einem Bombenangriff im Februar 1944 musste Grotewohl die Ratenzahlung für vier Monate unterbrechen. SAPMO-BArch, NY 4090/2, Bl. 83, Leiter der LVA Braunschweig am 23.6.1944 an Grotewohl (mit handschriftlichem Vermerk Grotewohls).

[97] SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 1, Gewerbeanmeldeschein Nr. 27440 der Polizeibehörde Hamburg (Abt. Gewerbepolizei) vom 13.8.1935.

[98] Zu den Abnehmern dieser Herde zählten anfangs in erster Linie Bäckereien und Konditoreien. Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 65, Zeugnis Gniffkes für Grotewohl vom 1.8.1936.

[99] SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 3–6, Vertrag zwischen Gniffke und Grotewohl vom 15.4.1936. Aufgrund des Einzelhandelsgesetzes musste er vorher eine Prüfung zur Genehmigung der Führung eines Einzelhandelsgeschäftes vor der Prüfungskommission der Detaillistenkammer Hamburg ablegen. Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 236, Lebenslauf Grotewohls [November 1937]. Die Detaillistenkammer war die amtliche Interessenvertretung des Hamburger Einzelhandels.

[100] SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 17, Grotewohl am 7.5.1936 an Gniffke.

[101] SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 28, Gniffke am 16.5.1936 an Grotewohl.

[102] SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 36, Grotewohl am 24.6.1936 an Gniffke.

komme er „noch am billigsten" über den Sommer. Zu dieser Zeit kümmerte sich Gniffke teilweise fürsorglich um Otto Grotewohl. Trotz schlechter Geschäftslage stellte er dem früheren LVA-Präsidenten ein glänzendes Zeugnis aus und attestierte ihm geschäftlichen Erfolg[103]. Von gut geordneten finanziellen Verhältnissen konnte aber keine Rede sein, denn Grotewohl übersandte in unregelmäßigen Abständen Hiobsbotschaften: „Geld – Macht mir schlimme Sorgen. Ich sitze eben natürlich doppelt in der Tinte."[104]

In Hamburg riss Grotewohls Pechsträhne nicht ab. Voller Hoffnung hatte er noch Mitte September 1936 einen kaufmännischen Laden neu eröffnet[105], musste aber einen Monat später wirtschaftliche Probleme beim Verkauf der Grudeherde einräumen, die er einem Mitarbeiter zuschob[106]. Dieser sei „zu weich", denn es fehle ihm „völlig die Initiative zu selbständigem Auftreten". Darüber hinaus seien die finanziellen Verhältnisse „leider auch sehr klamm". Auffallend sind dabei die inhaltliche Parallelen zur bereits erwähnten Beurteilung Grotewohls durch Gniffke. Der geschäftliche Misserfolg der von Grotewohl geleiteten Hamburger Dependance hatte auch Konsequenzen für die Berliner Zentralstelle. So beklagte sich Gniffke, er habe deswegen „in den letzten Wochen recht viel Verdruß gehabt"[107]. Um seine laufenden Sach- und Betriebskosten abdecken zu können, bat Grotewohl Gniffke um eine dauerhafte wöchentliche Finanzspritze in Höhe von 120,– RM, die Gniffke zur Verfügung stellen sollte[108], der diesem Vorschlag auch rasch zustimmte[109]. Ende 1936 drohte der Verkauf von Grudeherden in Norddeutschland völlig zusammenzubrechen, nachdem in einer Wohnsiedlung bei Hamburg Fälle von Vergiftungserscheinungen bekannt geworden waren[110]. Dies veranlasste die zuständige Polizeibehörde, den weiteren Verkauf zunächst einmal zu verbieten. Die Herstellerfirma wies in einem Rundschreiben alle Verkaufsstellen an, in Zukunft bei der Aufstellung und Anschließung der Herde Kontakt zum Bezirksschornsteinfeger vor Ort aufzunehmen. Recherchen hatten ergeben, dass die in der Wohnsiedlung befindlichen Schornsteine zu kurz und zu breit gebaut waren, so dass der Rauchabzug nicht gewährleistet werden konnte. Während Gniffke darauf reagierte[111], blieb Grotewohl allem Anschein nach weitgehend tatenlos. Das Verbot der Hamburger Polizeibehörde führte vermutlich zum Absatzrückgang in Norddeutschland und verschärfte die geschäftliche Krise Grotewohls weiter, der Gniffke mehrmals um weitere Vorschusszahlungen bitten musste[112].

[103] SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 65, Zeugnis Gniffkes für Grotewohl vom 1.8.1936.
[104] SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 67, Grotewohl am 10.9.1936 an Gniffke.
[105] SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 69, Grotewohl am 17.9.1936 an Gniffke.
[106] SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 89, Grotewohl am 15.10.1936 an Gniffke.
[107] SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 111, Gniffke am 16.11.1936 an Willi G.
[108] SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 114, Grotewohl am 18.11.1936 an Gniffke.
[109] SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 117, Gniffke am 19.11.1936 an Grotewohl.
[110] Zum folgenden: SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 169, Rundschreiben der Grudefeuerung GmbH vom 21.1.1937.
[111] Dieses Problem hatte Gniffke zum Anlass genommen, um die in Berlin verkauften Grudeherde mit einem Zusatzstutzen zu versehen, der angeblich auf schlecht ziehende Schornsteine Rücksicht nahm. Mit dieser Erneuerung warb er offensiv gegenüber der zuständigen Bauaufsichtsbehörde. SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 170, Gniffke am 22.1.1937 an Grotewohl.
[112] SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 183, Grotewohl am 2.2.1937 an Gniffke.

Darüber hinaus bereitete die Herstellerfirma Grudefeuerung GmbH Schwierigkeiten bei der Vorführung der Geräte durch Grotewohl und seine Mitarbeiter[113]. Diese Veranstaltungen waren nämlich ab Anfang Februar 1937 mit 14-tägiger Karenzzeit genehmigungspflichtig, was die Vorabplanung der Bezirksleitung in Hamburg erheblich behinderte. Gniffke protestierte vergeblich dagegen, musste letztlich aber einlenken, nachdem die Leipziger Firma mit einer Konventionalstrafe gedroht hatte[114]. In dieser Situation begann Grotewohl erstmals damit, neue Geschäftsideen zu entwickeln, die offensichtlich nicht direkt mit Gniffke abgestimmt waren. So plante er, dem Grudeherd ein mit Gas betriebenes Zusatzgerät anzugliedern, mit dem man kochen konnte[115]. In den Städten, die über ein weit verzweigtes Gasversorgungsnetz verfügten, schien dies eine gute Überlegung zu sein. Problematischer gestaltete sich die Lage dagegen in den ländlichen Regionen, die über kein vergleichbares Versorgungssystem verfügten und deshalb auf die Belieferung mit Propan-Gasflaschen angewiesen waren. Die Überlegung verlief letztlich jedoch im Sande, obwohl Grotewohl bei der IG Farben vorstellig geworden war, um einen technischen Ratschlag zu erhalten. So kam es, dass die Hamburger Vertriebsstelle von Heibacko am 1. Oktober 1937 geschlossen werden musste[116]. Von Gniffke erhielt er erneut ein ausgezeichnetes Zeugnis, das ihn als „unser[en] beste[n] Organisator und vorzüglichste[n] Werberedner" auswies[117].

In der Folgezeit verlegte Grotewohl seinen Arbeitsplatz nach Berlin. Obwohl er dort bereits eng mit Gniffke zusammenarbeitete, kam es erst am 19. März 1938 zum Umzug seiner Familie in die Reichshauptstadt[118]. Fortan lebte er zusammen mit seiner Frau und seinem Sohn in der Motzstrasse 22 in Berlin-Schöneberg. Der Umzug war mit zahlreichen Unannehmlichkeiten verbunden, denn seine Frau erkrankte. Außerdem gab es bei der Umschulung seines Sohnes erhebliche Probleme, die mit dem Fremdsprachenunterricht zusammenhingen. Während in Berlin mit Französisch und Latein begonnen wurde, lernten die Hamburger Schüler zuerst Englisch und Spanisch. Deshalb musste Grotewohl für seinen Sohn einen zusätzlichen Privatunterricht in den beiden Fremdsprachen organisieren und finanzieren, was für ihn mit erheblichen Zusatzkosten verbunden war. In der Heibacko-Zentralverkaufsstelle Berlin übte er vom 1. Februar 1938 bis zum 31. März 1940 die Funktion des Werbeleiters aus[119]. Offiziell war er sogar stellvertretender Betriebsleiter der GmbH[120].

113 SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 193, Gniffke am 9. 2. 1937 an Grudefeuerung GmbH (Leipzig).

114 Gniffke teilte Grotewohl die ablehnende Haltung der Grudefeuerung GmbH (Leipzig) mit. Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 196, Gniffke am 11. 2. 1937 an Grotewohl.

115 SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 224, Grotewohl am 9. 3. 1937 an die Hauptverwaltung der IG Farben (Karlsruhe).

116 SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 236, Lebenslauf Grotewohls [November 1937].

117 SAPMO-BArch, NY 4090/1, Bl. 32f., Zeugnis der Heibacko-Verkauf (Gniffke) vom 22. 11. 1937.

118 Zum folgenden: SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 237, Grotewohl am 21. 3. 1938 an RA Dr. Ruscheweyh. Dem Wehrmeldeamt Hamburg teilte er den 20. 3. 1938 als Umzugsdatum mit. SAPMO-BArch, NY 4090/3, Bl. 33, Grotewohl am 26. 3. 1938 an das Wehrmeldeamt Hamburg.

119 SAPMO-BArch, NY 4090/3, Bl. 21, Arbeitsbuch Nr. 88/481702 von Otto Grotewohl, ausgestellt am 7. 1. 1938 vom Arbeitsamt Hamburg.

120 SAPMO-BArch, NY 4090/1, Bl. 33, Zeugnis von Erich W. Gniffke für Grotewohl vom 29. 3. 1940.

Gleich zu Beginn des Zweiten Weltkrieges hatte Gniffke mit erheblichen Lieferschwierigkeiten zu kämpfen, die aus der Umstellung von der Friedens- auf die Kriegswirtschaft resultierten, so dass er gezwungen war, Personal zu entlassen. Grotewohl musste sich wiederum eine neue Beschäftigung suchen, da die Gestapo nach dem geplatzten Hochverratsprozess, auf den im folgenden näher einzugehen sein wird, auf eine geschäftliche Trennung der beiden bestand[121]. Zunächst arbeitete er 1940 zwei Monate bei der Firma Helmuth Websky Brauereibedarf Berlin als Verkaufsleiter; seine Haupttätigkeit lag in erster Linie bei der Bearbeitung der Abteilung Import/Export sowie bei der Erledigung von Organisationsaufgaben[122]. Da Websky angeblich aktives NSDAP-Mitglied war, kündigte Grotewohl schon bald wieder[123]. Am 1. Juni 1940 wurde er kaufmännischer Geschäftsführer bei der Hallenbäderbau GmbH; hier arbeitete er bis zum Kriegsende[124]. Das mittelständische Familienunternehmen beschäftigte zehn Angestellte und 50 Arbeiter[125]. Mit dieser Anstellung konnte Grotewohl seine wirtschaftliche Situation schlagartig verbessern, denn er verfügte über ein monatliches Grundgehalt von 800,– RM und war außerdem an den Gewinnen des Betriebes beteiligt[126].

Ob Gniffke diesen beruflichen Wechsel mit eingefädelt hat, lässt sich nicht mehr nachweisen. Fest steht allerdings, dass es Grotewohl gelang, auch im neuen Unternehmen eine Vertrauensbasis zu schaffen, denn er erhielt von Anfang an die Vollmacht, den Geschäftsführer der Hallenbäderbau GmbH vor Gericht zu vertreten[127]. Die Firma besaß auf dem Gebiet der Errichtung von Hallenbädern eine gewisse Monopolstellung, da sie vor allem Gemeinden kostengünstige Angebote unterbreiten konnte[128]. Bereits im Herbst 1940 lagen einige neue Vertragsabschlüsse sowie weitere Anfragen vor. Dabei gelang es Grotewohl, seinen Anwalt in Braunschweig, Dr. Bockler, zu einer Kapitalbeteiligung am Unternehmen in einer Größenordnung zwischen 30000,– und 50000,– RM zu bewegen[129]. Da er sich bei der Firma Heibacko-Verkauf insgesamt mit 7040,80 RM verschuldet hatte, konnte Grotewohl nunmehr mit der Schuldentilgung beginnen[130]. Dazu trat er sein monatliches Gehalt ab dem 1. Februar 1941 in Höhe von 160,– RM pro Monat an den früheren Arbeitgeber ab. Die Tilgungsvereinbarung wurde allerdings schon Ende März 1941 ausgesetzt, da Grotewohl zuerst Schulden begleichen musste, die er bei

121 Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 19.
122 SAPMO-BArch, NY 4090/1, Bl. 34, Zeugnis von Helmuth Websky Brauereibedarf Berlin vom 4. 6. 1940 für Grotewohl.
123 SAPMO-BArch, NY 4090/58, Bl. 140f., Grotewohl am 20. 3. 1950 an Reinhard H.
124 SAPMO-BArch, NY 4090/3, Bl. 21, Arbeitsbuch Nr. 88/481702 von Otto Grotewohl, ausgestellt am 7. 1. 1938 vom Arbeitsamt Hamburg.
125 SAPMO-BArch, NY 4090/2, Bl. 59–82, Unterlagen zur Allgemeinen Unfall-Versicherung ‚Victoria zu Berlin'.
126 SAPMO-BArch, NY 4090/1, Bl. 41, Personalfragebogen des Magistrats der Stadt Berlin vom 8. 6. 1945.
127 SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 241, Vollmacht des Geschäftsführers Hans-Otto Soiné vom 1. 6. 1940.
128 SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 252, Grotewohl am 11. 10. 1940 an RA Dr. Bockler.
129 SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 261–263, hier Bl. 261 (Rückseite), RA Dr. Bockler am 14. 10. 1940 an Grotewohl; ebenda, Bl. 265, Grotewohl am 3. 12. 1940 an RA Dr. Bockler.
130 SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 267, Abtretungserklärung Grotewohls vom 11. 1. 1941; ebenda, Bl. 268, Hallenbäderbau GmbH am 11. 1. 1941 an die Firma Heibacko-Verkauf.

seinem Bruder Wilhelm Grotewohl gemacht hatte[131]. Diese Schuldsumme betrug 3 260,– RM. Statt dessen übereignete er als Sicherheit das Eigentumsrecht an seiner Wohnungseinrichtung[132]. Dennoch gelang es ihm langfristig, seine finanziellen Verhältnisse wieder etwas zu ordnen.

Im Auftrag von Rechtsanwalt Dr. Bockler verwaltete Grotewohl offensichtlich auch einige Wohnungen in Berlin[133]. Dabei musste er sich unter anderem um den Abschluss von Mietverträgen kümmern, die er dann Dr. Bockler vorlegte. In diesem Zusammenhang berichtete Grotewohl Ende Februar 1941 über „behördliche Erschwerungen", da der Berliner Generalbauinspektor für sich das Recht in Anspruch nahm, frei werdende Wohnungen, in denen zuvor Juden lebten, neu zu belegen. Grotewohl verwaltete also auch Wohnungen, die von Juden verlassen bzw. zu deren Aufgabe sie gezwungen worden waren. Auffallend ist die Tatsache, dass er den offiziellen Sprachgebrauch weitgehend übernahm und offensichtlich keine Gedanken über das Schicksal der jüdischen Vormieter anstellte. Gegenüber Dr. Bockler betonte er nur die „Hürden der Bürokratie". Abschließend erklärte er noch: „Die nächste Juden-Wohnung werden wir wohl reibungsloser und schneller vermieten können, da wir nunmehr ja im Bilde sind." Angesichts der drakonischen Maßnahmen, die die Kommunalverwaltungen zur Gewinnung dieses Wohnraums einsetzten, überrascht die technokratische und scheinbar distanzierte Sprache Grotewohls.

4. In den Fängen der Gestapo: Verhaftung und Vorbereitung eines Hochverratsprozesses 1938/39

An 29. Juni 1938 wurde Erich Plumenbohm, Angestellter einer Wach- und Schließgesellschaft und bis 1933 Geschäftsführer der AOK Bad Gandersheim[134], von der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) verhaftet[135], die nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Österreich am 12. März dazu übergegangen war, den sozialdemokratischen und kommunistischen Widerstand im Reich endgültig zu brechen. Dies betraf beispielsweise den Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK), der zunächst in Hamburg und dann bis zum Spätsommer auch in Süddeutschland ausgeschaltet wurde[136]. Dabei nahm ein eigens dafür eingerichtetes Gestapo-Kommando über 100 Personen fest. Der „Anschluss" Österreichs beschleunigte im Übrigen die weitere Herausbildung des nationalsozialistischen Terrorapparates, denn hier kam es Mitte Juni zu einer „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung", die sich auch gegen sogenannte Arbeitsscheue richtete[137]. Bereits Anfang 1938 hat-

131 SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 289, Hallenbäderbau GmbH am 24.3.1941 an die Firma Heibacko-Verkauf; ebenda, Bl. 291, Heibacko-Verkauf am 28.3.1941 an Hallenbäderbau GmbH.

132 SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 294, Übereignungsvertrag zwischen Grotewohl und der Firma Heibacko-Verkauf vom 17.9.1941.

133 Zum folgenden: SAPMO-BArch, NY 4090/268, Bl. 286f., Grotewohl am 27.2.1941 an RA Dr. Bockler.

134 Ludewig/Kuessner, „Es sei also jeder gewarnt", S. 55.

135 Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 68.

136 Mehringer, Widerstand und Emigration, S. 132.

137 Frei, Der Führerstaat, S. 125.

te das Reichsinnenministerium einen Erlass herausgegeben, mit der die Schutzhaft über den bisherigen Kreis der politischen Gegner hinaus erweitert werden konnte[138]. Vor diesem Hintergrund muss auch der Schlag gegen die Sozialdemokratie Braunschweigs gesehen werden. Gegen Plumenbohm ermittelte die Staatsanwaltschaft anfangs wegen Verstoßes gegen das Heimtückegesetz. Kurze Zeit später wurde ihm vorgeworfen, Kontakt zu anderen früheren Parteifreunden aufgenommen zu haben, um den „organisatorischen Zusammenhalt der verbotenen SPD" aufrechtzuerhalten[139]. Damit befand sich die gesamte SPD Braunschweigs im Visier der nationalsozialistischen Verfolgungsbehörden. Während sich Plumenbohm in Untersuchungshaft befand, ermittelte die Gestapo weiter und leitete eine Verhaftungswelle in Braunschweig, Hamburg und Berlin ein, bei der am 18. August 1938 insgesamt fünfzehn Personen dem Haftrichter vorgeführt wurden[140]. Darunter befanden sich neben Grotewohl noch der frühere SPD-Stadtrat von Wolfenbüttel Otto Rüdiger, der frühere SPD-Reichstagsabgeordnete Hubert Schlebusch, der frühere SPD-Landtagsabgeordnete Heinrich Siems sowie der Bezirksleiter des Zentralverbandes der Angestellten (ZdA) in Braunschweig, Erich W. Gniffke. Otto Grotewohl wurde am 16. August um 6.30 Uhr in Berlin verhaftet[141] und noch am selben Tag gegen 23 Uhr ins Gefängnis Braunschweig eingeliefert[142].

Die Staatspolizeistelle Braunschweig[143] führte sofort die Vernehmung der verhafteten SPD-Funktionäre bzw. Gewerkschaftsvertreter durch. Bei diesen Verhören spielten auch Kontakte zu Sozialdemokraten eine Rolle, die 1933 ins Ausland geflüchtet waren. So wurde etwa der SPD-Stadtverordnete Willi Grauel nach dem Schicksal des früheren Kultusministers Hans Sievers befragt[144]. Dieser hatte sich einige Monate nach der nationalsozialistischen Machtergreifung nach Dänemark abgesetzt, wo er noch Ende 1936 polizeilich in Kopenhagen gemeldet war[145]. Zwei Jahre später wurden Sievers sowie weitere sozialdemokratische Funktionäre, wie z.B. der frühere SPD-Bezirkssekretär und Grotewohl-Vertraute Hans Reinowski[146], ausgebürgert und verloren die deutsche Staatsbürgerschaft[147]. In der Begründung gab die Staatspolizeistelle Braunschweig an, dass sich Sievers „seit

138 Ebenda, S. 127.
139 Zitiert nach Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 68.
140 NdsStAWF, 42 B Neu Fb. 7, Nr. 1290, Vermerk der Staatspolizeistelle Braunschweig vom 23. 8. 1938.
141 SAPMO-BArch, NY 4090/698, Bl. 1, Haftbefehl der Staatspolizeistelle Berlin vom 16. 8. 1938. Bei der Hausdurchsuchung beschlagnahmte die Gestapo einige Bücher Grotewohls zur Geschichte der Arbeiterbewegung. NdsStAWF, 42 B Neu Fb. 7, Nr. 1287, Bl. 180, Hausdurchsuchung bei Grotewohl durch Staatspolizeistelle Berlin am 16. 8. 1938, 6.30 Uhr, im Beisein Grotewohls.
142 NdsStAWF, 42 B Neu Fb. 2, Zg. 59/1982, Nr. 209, Kerker-Register des Gefängnisses Braunschweig.
143 Vgl. zum Aufbau und zur Struktur: Wysocki, Die Geheime Staatspolizei im Land Braunschweig.
144 NdsStAWF, 42 B Neu Fb. 7, Nr. 1287, Vernehmungsprotokoll der Staatspolizeistelle Braunschweig vom 16. 8. 1938.
145 PA AA, Gesandtschaft Kopenhagen, AZ: N, Bd. 4 (Karton 57), Botschaft Kopenhagen am 5. 11. 1936 (handschriftlich) an das Auswärtige Amt Berlin.
146 Zu Reinowski im dänischen Exil: Riskær Steffensen, Hans J. Reinowski.
147 PA AA, Gesandtschaft Kopenhagen, AZ: N, Bd. 8 (Karton 59), Staatspolizeistelle Braunschweig am 18. 7. 1938 an das Geheime Staatspolizeiamt Berlin betr. Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit des Hans Sievers; ebenda, Abschrift zu 83-76 22/10 (62. Liste): ‚Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger' Nr. 250 vom 26. 10. 1938.

seiner Flucht 1933 nach Dänemark als Sozialdemokrat deutschfeindlich" verhalten habe[148]. Dadurch verstoße er „gegen die Pflicht zur Treue zu Reich und Volk" und sei „nicht mehr würdig, die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen"[149]. Dänemark war von Anfang ein Fluchtziel deutscher Emigranten gewesen: Bis Ende 1934 wurden insgesamt 21 051 Einwanderer registriert[150]. Hier versammelten sich aber nicht nur Sozialdemokraten aus Braunschweig, sondern aus dem ganzen Reich. Zu den Prominentesten zählten etwa Otto Buchwitz und der frühere Reichsministerpräsident Philipp Scheidemann[151]. Darüber hinaus suchten auch zahlreiche Kommunisten Zuflucht in Dänemark, beispielsweise der spätere FDGB-Vorsitzende Herbert Warnke und der spätere Minister für Staatssicherheit Ernst Wollweber[152]. Die Gestapo verfolgte also aufmerksam die Entwicklung der Emigrantengruppen in Dänemark, ohne aber Nachforschungen über die Kooperation von SPD- und KPD-Vertretern anzustellen. Beide Parteien wurden in der Exilbeobachtung offensichtlich getrennt wahrgenommen. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Erkenntnisse der Gestapo in das aufgenommene Verfahren gegen Plumenbohm und die Braunschweiger SPD mit eingeflossen sind. Dabei konnten jedoch direkte und regelmäßige Kontakte mit dem Ziel des Aufbaus einer Widerstandsgruppe nicht nachgewiesen werden.

Bei den einzelnen Vernehmungsprotokollen fällt auf, dass nicht nur nach Kontakten zu Sozialdemokraten in Dänemark, sondern auch nach Verbindungen zu Grotewohl gezielt gefragt wurde. Der frühere Landesminister und LVA-Präsident scheint von Anfang an im Mittelpunkt der Ermittlungen gestanden zu haben. Grotewohl wurde erstmals am 17. August 1938 vernommen. Dabei musste er ausführlich seinen beruflichen Werdegang in Hamburg und seine Zusammenarbeit mit Gniffke beschreiben[153]. Seine Beziehungen zu Gniffke seien nach 1933 rein freundschaftlicher und geschäftlicher Art gewesen, so Grotewohl bei der Vernehmung[154]. Außerdem konnte bzw. wollte er keine Angaben darüber machen, ob Gniffke Verbindungen zu anderen Sozialdemokraten hatte. Der Polizeibeamte war mit den Antworten nicht zufrieden und stellte in einem internen Vermerk fest, die bisherigen Ermittlungen hätten „zweifelsfrei" ergeben, „dass bei Grotewohl unbedingt fast alle Fäden der Verbindungen zusammenliefen"[155]. Es sei bezeichnend, dass sich Grotewohl fast mit allen Personen gelegentlich getroffen oder diese besucht habe. Schon bei den ersten Vernehmungen wies Grotewohl alle gegen ihn erho-

148 PA AA, Gesandtschaft Kopenhagen, AZ: N, Bd. 8 (Karton 59), Staatspolizeistelle Braunschweig am 18.7.1938 an das Geheime Staatspolizeiamt Berlin betr. Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit des Hans Sievers, S. 1.

149 Ebenda, S. 2.

150 PA AA, Gesandtschaft Kopenhagen, AZ: N, Bd. 2 (Karton 57), ‚Nordschleswigsche Zeitung' vom 20.12.1934. Vgl. zur Bedeutung Dänemarks als Asylland während der NS-Herrschaft: Dähnhardt/Nielsen, Einleitung: Dänemark als Asylland.

151 PA AA, Gesandtschaft Kopenhagen, AZ: N, Bd. 9 (Karton 59), Bericht zum Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 15.12.1938.

152 PA AA, Gesandtschaft Kopenhagen, AZ: N, Bd. 9 (Karton 59), Bericht zum Schreiben B. Nr. 1891/37g – II A 4 –.

153 NdsStAWF, 42 B Neu Fb. 7, Nr. 1287, Bl. 174–179, Beschuldigtenvernehmung durch die braunschweigische Politische Polizei am 17.8.1938.

154 Ebenda, Bl. 176.

155 NdsStAWF, 42 B Neu Fb. 7, Nr. 1287, Bl. 178 (Rückseite) f., Vermerk (o. D.).

benen Vorwürfe zurück: „Ich bestreite es, irgendwie [sic] unternommen zu haben, den organisatorischen Zusammenhalt einer anderen politischen Partei als der NSDAP aufrechtzuerhalten oder eine neue politische Partei zu bilden. Ich habe vielmehr überall und jederzeit, wo sich mir Gelegenheit bot, auf das Unsinnige solcher Überlegungen hingewiesen."[156]

Die Gestapo begann frühzeitig damit, eine sozialdemokratische Widerstandsgruppe zu konstruieren, in deren Zentrum sich angeblich Grotewohl und Gniffke befanden. Dabei wurden die lange bestehenden geschäftlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen den einzelnen Betroffenen als Indiz für die versuchte Parteineubildung gewertet, die unter Strafe stand. Ein braunschweigischer Ermittlungsbeamter notierte nach Abschluss der ersten Vernehmungen, es sei zweifelsfrei erwiesen, „dass es sich hier um eine getarnte Aufrechterhaltung des organisatorischen Zusammenhalts der verbotenen SPD handelt"[157]. Fast alle Beschuldigten[158] hätten „unter dem Deckmantel der Freundschaft, des Geschäftes oder der Familie enge, oft sogar sehr enge Verbindungen" unterhalten. Die Ermittlungen standen jedoch erst am Anfang und sollten intensiviert werden. In dem Zusammenhang ging es insbesondere um die Aufdeckung weiterer Netzwerkstrukturen, so z. B. die Verbindungen zwischen Grotewohl und dem früheren Landesminister Steinbrecher. Ansonsten konnte die Staatspolizeistelle Braunschweig aber keine konkreten Beweise vorlegen, die den Vorwurf der geplanten Parteineugründung erhärteten. Statt dessen basierten die Anschuldigungen auf Indizien und Spekulationen. Grotewohl bat seinen Rechtsanwalt Dr. Bockler um einen baldigen Besuch in der Untersuchungshaftanstalt. Dieser sollte nicht nur seine Verteidigung übernehmen, sondern auch dringende Aufgaben in der Heibacko-Verkaufsstelle erledigen[159].

Erich W. Gniffke musste am 24. August 1938 eine ausführliche Vernehmung über sich ergehen lassen, in der er detailliert nach den verhafteten Sozialdemokraten, aber auch nach einigen untergetauchten Parteifreunden befragt wurde[160]. Dabei gelang es ihm, seine zahlreichen Reisen, die er nach 1933 in Deutschland, sowie jene nach Kopenhagen unternommen hatte, als reine Privatreisen darzustellen. Außerdem betonte er, dass er sich in keiner Weise politisch betätigt habe. Insbesondere habe er nichts unternommen, was als Tätigkeit zur Neugründung der SPD verstanden werden könnte. Nach Einschätzung der Staatspolizeistelle Braunschweig war Gniffke für die Gesamtgruppe von großer Bedeutung, denn „als reisender Kaufmann konnte er immer wieder unauffällig mit früheren Gesinnungsgenossen zusammentreffen und diesen angeblichen privaten Besuchen bei den ‚Freunden' nach außen hin einen harmlosen Anstrich geben"[161]. Vor allem seine

[156] SAPMO-BArch, NY 4090/698, Bl. 14–16, hier Bl. 16, Protokoll des Amtsgerichts Braunschweig vom 18. 8. 1938.

[157] SAPMO-BArch, NY 4090/698, Bl. 17–20, hier Bl. 17, Vermerk der Staatspolizeistelle Braunschweig vom 18. 8. 1938.

[158] Drei Personen mussten nach ihrer Vernehmung sofort aus der Haft entlassen werden. Vgl. ebenda.

[159] SAPMO-BArch, NY 4090/698, Bl. 22f., Grotewohl am 21. 8. 1938 an RA Dr. Bockler.

[160] NdsStAWF, 42 B Neu Fb. 7, Nr. 1290, Bl. 319–330, Beschuldigtenvernehmung der braunschweigischen Politischen Polizei vom 24. 8. 1938. Die Vernehmung wurde am 29./30. 8. 1938 fortgesetzt. Ebenda, Bl. 338f., 342f. und 344–346.

[161] NdsStAWF, 42 B Neu Fb. 7, Nr. 1290, Bl. 330f., Schlussbericht vom 26. 8. 1938 zur Vernehmung Gniffkes.

Urlaubsreise nach Kopenhagen im Sommer 1935, bei der er mit Hans Sievers und Hans Reinowski zusammenkam, erweckte Misstrauen. Obwohl seine Ausführungen und Erklärungen die Gestapo-Beamten nicht überzeugten, konnte ihm doch nichts im Sinne der Anklage nachgewiesen werden. Auch gegen Gniffke lagen keine konkreten Beweise vor. Da jedoch aus Sicht der ermittelnden Staatspolizeistelle Braunschweig Flucht- und Verdunkelungsgefahr bestand, blieb Gniffke weiterhin in Untersuchungshaft und teilte damit das Schicksal von Grotewohl und 13 weiteren Parteifreunden.

Anfang September 1938 hatte sich die Staatspolizeistelle Braunschweig einen Überblick über die Strukturen sowie die personellen Verbindungen gemacht[162]. Sie glaubte drei geographische Schwerpunkte bei der Gruppe um Gniffke und Grotewohl ausmachen zu können: Dazu gehörten zunächst einmal Braunschweig, wo sich die Mehrzahl der Verhafteten befand, ferner Berlin und Hamburg. Hier lebten und agierten die beiden Hauptprotagonisten. Nach Ansicht der Gestapo gab es Kontakte von Hamburg bzw. Berlin nach Kopenhagen, wo die Exilgruppe der SPD Braunschweigs lebte. Darüber hinaus gab es angeblich Verbindungslinien von Braunschweig in die umliegende Region, d. h. nach Hannover, Bad Harzburg, Helmstedt und sogar nach Magdeburg. Minutiös listeten die Ermittlungsbeamten die Kontakte der einzelnen Beschuldigten untereinander auf, um den Vorwurf der langfristig angestrebten Parteineugründung zu erhärten[163]. Während zuvor immer nur von Vergehen gegen das Gesetz gegen die Neubildung von Parteien vom 14. Juli 1933 die Rede war, tauchte jetzt erstmals der Begriff vom Hochverrat auf. Dazu wurden Gniffke und Grotewohl nochmals eingehend befragt[164]. Da sich Gniffke zweimal in Kopenhagen aufgehalten hatte, konzentrierten sich mittlerweile die Untersuchungen auf ihn, ohne dass Grotewohl aus dem Blickfeld der Gestapo geriet. Die Staatspolizeistelle Braunschweig sprach sich dafür aus, die Familienangehörigen Gniffkes zu vernehmen[165]. Die Gestapo nahm bereits am 6. September Gniffkes Tochter, seinen Vater sowie seine Ehefrau fest, die nach intensiven Befragungen in „Schutzhaft" genommen wurde[166]. Auf diese Weise sollte vermutlich der Druck auf Erich W. Gniffke erhöht werden. Seine Frau unternahm daraufhin am 11. September einen Selbstmordversuch im Polizeigewahrsam am Alexanderplatz (Berlin) und wurde in das Virchow-Krankenhaus eingeliefert[167]. In die Fänge der Gestapo geriet auch Herta Geiger, die geschiedene Frau des sozial-

[162] NdsStAWF, 42 B Neu Fb. 7, Nr. 1290, Bl. 347, graphische Übersicht vom 2. 9. 1938 über die Verbindungen der in der Untersuchungssache gegen Plumenbohm u. a. beschuldigten früheren SPD-Funktionäre.

[163] NdsStAWF, 42 B Neu Fb. 7, Nr. 1290, Bl. 349–358, Aufstellung über die in der Hochverratssache gegen den früheren Krankenkassengeschäftsführer Erich Plumenbohm u. a. vernommenen Beschuldigten und deren Verbindungen.

[164] NdsStAWF, 42 B Neu Fb. 7, Nr. 1290, Bl. 362, Protokoll der Vernehmung Gniffkes vom 5. 9. 1938; ebenda, Bl. 363 f., Protokoll der Vernehmung Grotewohls vom 5. 9. 1938.

[165] NdsStAWF, 42 B Neu Fb. 7, Nr. 1290, Bl. 364 (Rückseite), Vermerk vom 5./6. 9. 1938.

[166] NdsStAWF, 42 B Neu Fb. 7, Nr. 1290, Bl. 432 (Rückseite), vorläufiger Schlussbericht der Staatspolizeistelle Braunschweig vom 24. 9. 1938.

[167] Ebenda. Knapp vier Wochen später meldete das Gefängnis Braunschweig einen weiteren Selbstmordversuch eines Untersuchungsgefangenen. NdsStAWF, 42 B Neu Fb. 7, Nr. 1290, Bl. 506, Gefängnis Braunschweig am 4. 10. 1938 an Generalstaatsanwaltschaft in Braunschweig.

demokratischen Soziologen Theodor Geiger[168], der bis 1933 Professor an der TU Braunschweig gewesen war und sich zu diesem Zeitpunkt im Kopenhagener Exil aufhielt[169]. Für die weitere Entwicklung des Verfahrens war die Tatsache bedeutsam, dass das Geheime Staatspolizeiamt Berlin immer stärker in das Verfahren eingebunden wurde. Um sich besser verteidigen zu können, bestellte Gniffke Rechtsanwalt Dr. Bockler, der bereits die Interessen Grotewohls vor dem Amtsgericht vertrat, zu seinem Generalbevollmächtigten[170].

Die Gestapo versuchte ab Anfang September 1938 einen Hochverratsprozess gegen die verhafteten Sozialdemokraten vorzubereiten, obwohl die Beweislage nach wie vor dünn war. Die erhobenen Vorwürfe ruhten letztlich auf Vermutungen und Indizien. Erschwerend kam hinzu, dass sich Familienangehörige und Vorgesetzte für die Freilassung der Untersuchungshäftlinge stark machten. Dazu gehörte etwa der General der Infanterie a. D., Joachim von Stülpnagel, der sich für den früheren Geschäftsführer der Reichsarbeitsgemeinschaft der ‚Kinderfreunde', Hans Weinberger einsetzte, der zusammen mit Grotewohl und Gniffke verhaftet worden war[171]. Zur Begründung führte von Stülpnagel wirtschaftliche Gründe an, denn er benötigte Weinberger in seinem Verlag ‚Die Wehrmacht', wo dieser bis zu seiner Verhaftung in einer leitenden Position tätig gewesen war. Diese Petitionen hatten zunächst noch keine unmittelbaren Auswirkungen, lähmten aber langfristig den Ermittlungseifer der Staatspolizeistelle in Braunschweig. Von entscheidender Bedeutung war vielmehr, dass die Ausdehnung der Untersuchung keinerlei neue Erkenntnisse brachte.

Obwohl er ins Zentrum der Ermittlungen geraten war, zeigte sich Gniffke von den zahlreichen Vernehmungen relativ unbeeindruckt. So antwortete er auf die Frage, ob er noch weitere Angaben zu machen habe: „Ich habe alles gesagt."[172] Die Gestapo hielt ihm sogar einige Privatbriefe vor, die seinen Kontakt zu Sozialdemokraten aus dem Freistaat Braunschweig dokumentieren sollten. Daraufhin verwies er stets auf den privaten oder geschäftlichen Charakter dieser Verbindungen. In Einzelfällen berief er sich mitunter auch auf Erinnerungslücken. Politische Absichten wies Gniffke immer wieder weit von sich: „Es ist richtig, dass in den ersten Jahren nach der Machtübernahme mich sehr viele frühere Freunde aus Berlin und auch von ausserhalb aufgesucht haben. Viel[e] von ihnen wollten sich bei mir Rat holen, sie suchten Stellung und erkundigten sich bei mir nach allen möglichen wirtschaftlichen Fragen."[173] Anschließend betonte er: „Wir haben uns damals auch über politische Probleme unterhalten, ich kann aber dazu erklären[,] dass der Gedanke einer politischen Aktivität nicht mehr aufgekommen ist. Wir waren keine

[168] NdsStAWF, 42 B Neu Fb. 7, Nr. 1290, Vorführungsbefehl der Staatspolizeistelle Braunschweig vom 27. 9. 1938. Für Herta Geiger reichte die Frau des früheren deutschen Botschafters in Spanien ein Haftentlassungsgesuch ein. Vgl. ebenda, Bl. 560, Oberstaatsanwalt in Braunschweig am 30. 12. 1938 an den Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof.

[169] Ludewig/Kuessner, „Es sei also jeder gewarnt", S. 56.

[170] NdsStAWF, 42 B Neu Fb. 7, Nr. 1290, Bl. 497, RA Dr. Bockler am 6. 9. 1938 an das Amtsgericht Braunschweig.

[171] NdsStAWF, 42 B Neu Fb. 7, Nr. 1290, Bl. 484f., Joachim von Stülpnagel am 19. 9. 1938 an das Amtsgericht Braunschweig.

[172] NdsStAWF, 42 B Neu Fb. 7, Nr. 1290, Bl. 447–451, hier Bl. 447, Protokoll der Vernehmung Gniffkes vom 6./7. 10. 1938.

[173] Ebenda, Bl. 449.

Revolutionäre und ich habe selbst 1933/34 daran geglaubt, dass der Nationalsozialismus mit der Zeit abgewirtschaftet haben würde. Für mich stand der Entschluss fest, nie mehr Politik zu machen, ich wollte nur geschäftlich vorankommen."[174] In der Folgezeit konzentrierten sich die Ermittler auf Gniffkes Aktivitäten als ehemaliger Bezirksleiter des Zentralverbandes der Angestellten (ZdA). Für die Staatspolizeistelle Braunschweig war Gniffke Ende Oktober 1938 der Kopf eines illegalen Zirkels von früheren Funktionären des ZdA, die sich im Spätsommer 1934 in Braunschweig zu einer geheimen Zusammenkunft getroffen haben sollen[175]. In diesem Zusammenhang wurde sogar die Staatspolizeistelle München gebeten, einen im Konzentrationslager Dachau einsitzenden Häftling „eingehend zur Sache als Beschuldigten vernehmen zu lassen"[176]. Ein weiterer Abschlussbericht bestätigte die zentrale Rolle Gniffkes in der illegalen Gewerkschaftsgruppe. Außerdem stellte er fest, dass bei allen rekonstruierten Verbindungen der ZdA-Funktionäre Braunschweigs die klare Absicht zu erkennen sei, „aus dieser Gruppe miteinander in Fühlung zu bleiben und unter allen Umständen den Glauben an ihre wiederkommende sozialistische Arbeit wachzuhalten"[177].

Ende November 1938 waren die Ermittlungen endgültig abgeschlossen. Da die Gestapo aber keine neuen Ermittlungsergebnisse vorlegen konnte und bei der Mehrzahl der Beschuldigten keine Verdunkelungs- oder Fluchtgefahr mehr sah, wurden insgesamt acht Untersuchungshäftlinge entlassen[178]. Am 8. Dezember 1938 übergab der Oberstaatsanwalt in Braunschweig, der gleichzeitig Leiter der Anklagebehörde beim dortigen Sondergericht war, das Verfahren an den Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof in Berlin, da angeblich bei den noch einsitzenden Beschuldigten der Verdacht „der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmen[s]" bestand[179]. Erst sechs Wochen später bat der Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof das Amtsgericht Braunschweig, alle Postsendungen der Inhaftierten zur Stellungnahme zu übersenden[180]. Darüber hinaus wollte er sich zu allen Gesuchen um Besuchserlaubnis äußern. Gleichzeitig wurde das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin aufgefordert, mitzuteilen, ob weitere belastende Anhaltspunkte für die Vorbereitung eines Hochverratsprozesses vorliegen[181]. Nachdem diese Anfrage ergebnislos geblieben war[182], gab der Oberreichsanwalt das Ermittlungsverfahren wieder an den Oberstaatsanwalt in Braunschweig ab[183]. In einem internen Vermerk hielt der Ober-

[174] Ebenda, Bl. 449 (Rückseite).
[175] NdsStAWF, 42 B Neu Fb. 7, Nr. 1290, Bl. 486, Staatspolizeistelle Braunschweig am 24. 10. 1938 an Staatspolizeistelle München.
[176] Ebenda, Bl. 486 (Rückseite).
[177] NdsStAWF, 42 B Neu Fb. 7, Nr. 1290, Bl. 487–489, hier Bl. 488, Schlussbericht der Staatspolizeistelle Braunschweig vom 25. 10. 1938.
[178] NdsStAWF, 42 B Neu Fb. 7, Nr. 1290, Bl. 534, Vermerk vom 24. 11. 1938.
[179] NdsStAWF, 42 B Neu Fb. 7, Nr. 1290, Bl. 554–559, hier Bl. 559, Oberstaatsanwalt Braunschweig am 8. 12. 1938 an Oberreichsanwalt
[180] NdsStAWF, 42 B Neu Fb. 7, Nr. 1291, Bl. 563, Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof am 25. 1. 1939 an das Amtsgericht Braunschweig.
[181] NdsStAWF, 42 B Neu Fb. 7, Nr. 1291, Bl. 565, Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof am 25. 1. 1939 an das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin.
[182] NdsStAWF, 42 B Neu Fb. 7, Nr. 1291, Bl. 566, Geheimes Staatspolizeiamt Berlin am 10. 2. 1939 an den Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof.
[183] NdsStAWF, 42 B Neu Fb. 7, Nr. 1291, Bl. 614, Oberstaatsanwalt beim Volksgerichtshof am 23. 2. 1939 an den Vorsitzenden des 1. Senats des Volksgerichtshofs.

reichsanwalt fest, dass die Prüfung „keinen ausreichenden Verdacht einer zu meiner Zuständigkeit gehörigen Straftat ergeben" hätte[184]. Den Beschuldigten sei nicht „hinreichend" nachzuweisen, dass sie „im Rahmen der zwischen ihnen bestehenden Beziehungen oder durch Verbindungen zu anderen früher marxistisch gesinnten Personen hochverräterische Ziele verfolgt haben".

Der Versuch, einen Hochverratsprozess gegen Grotewohl und Gniffke vorzubereiten, war also gescheitert. Am 3. März 1939 hob das Amtsgericht Braunschweig die Haftbefehle gegen Grotewohl und Gniffke sowie gegen vier weitere Beschuldigte auf[185]. Einen Tag später wurde Grotewohl aus der Untersuchungshaft entlassen[186] und kehrte nach Berlin zurück. Gniffke war bereits einen Tag zuvor von der Untersuchungshaft in die Schutzhaft überführt worden[187]. Am 10. März teilte der Braunschweiger Oberstaatsanwalt, der die Ermittlungen stets mit großem Nachdruck geführt hatte, Otto Grotewohl mit, dass das Verfahren eingestellt werde[188]. Er musste eingestehen, dass Grotewohl und den übrigen Verdächtigen nichts nachgewiesen werden konnte, „was als Aufrechterhaltung oder Neuerrichtung einer illegalen politischen Organisation anzusehen wäre, obschon dieser Verdacht nicht von der Hand zu weisen ist"[189]. Als einziger blieb Plumenbohm in Haft, denn das Verfahren wegen Verstoßes gegen das Heimtückegesetz war noch nicht beendet. Nachdem auch dieses Verfahren eingestellt und der Haftbefehl aufgehoben wurde, geriet er im Sommer 1939 erneut in die Fänge der Gestapo, die ihn ins Konzentrationslager Sachsenhausen brachte[190].

Rechtsstaatliche Prinzipien wurden beim Ermittlungsverfahren verletzt, denn den Verteidigern wurde die Akteneinsicht verwehrt[191]. Dennoch gelang es den Ermittlungsbehörden nicht, die Beschuldigten zu einer Zuchthausstrafe zu verurteilen. Ein anvisierter Hochverratsprozess kam nicht zustande. Die Gestapo versuchte, den Eindruck zu vermitteln, es handele sich um eine sozialdemokratische Widerstandsgruppe, was letztlich nicht gelang. Die privaten und geschäftlichen Kontakte zwischen Grotewohl, Gniffke und den übrigen Sozialdemokraten aus

[184] NdsStAWF, 42 B Neu Fb. 7, Nr. 1291, Bl. 628, Vermerk des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof vom 23. 2. 1939.

[185] NdsStAWF, 42 B Neu Fb. 7, Nr. 1291, Bl. 629, Beschluss des Amtsgerichts Braunschweig vom 3. 3. 1939.

[186] NdsStAWF, 42 B Neu Fb. 7, Nr. 1291, Bl. 632, Vorstand des Gefängnisses Braunschweig am 4. 3. 1939; SAPMO-BArch, NY 4090/1, Bl. 37, Entlassungsschein vom Gefängnis Braunschweig vom 4. 3. 1939.

[187] NdsStAWF, 42 B Neu Fb. 7, Nr. 1291, Bl. 633, Vorstand des Gefängnisses Braunschweig am 3. 3. 1939. Gniffke drohte offensichtlich die Einlieferung in ein Konzentrationslager, was der Onkel seines Rechtsanwalts, Franz Fischer aus Uelzen, rechtzeitig verhindern konnte. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/4/379, Bl. 276, handschriftliche Bescheinigung Gniffkes vom 26. 9. 1945 für Herrn Fischer (Uelzen). Fischer war NSDAP-Mitglied und verfügte allem Anschein nach über einen gewissen Einfluss auf Parteidienststellen. Ebenda, Bl. 277, handschriftliche Bescheinigung für Franz Fischer, vermutlich von Otto Grotewohl [Herbst 1945].

[188] SAPMO-BArch, NY 4090/1, Bl. 38, Oberstaatsanwalt am 10. 3. 1939 an Otto Grotewohl.

[189] NdsStAWF, 42 B Neu Fb. 7, Nr. 1291, Bl. 639, Vermerk über die Einstellung des Ermittlungsverfahrens vom 10. 3. 1939.

[190] Ludewig/Kuessner, „Es sei also jeder gewarnt", S. 57. NdsStAWF, 42 B Neu Fb. 7, Nr. 1291, Bl. 653, Staatspolizeistelle Braunschweig am 10. 12. 1940 an den Oberstaatsanwalt beim Landgericht Braunschweig.

[191] NdsStAWF, 42 B Neu Fb. 7, Nr. 1291, Bl. 642, Oberstaatsanwalt in Braunschweig am 22. 3. 1939 an das Amtsgericht.

Braunschweig verfolgten allem Anschein nach zwei Ziele: Zum einen ging es darum, den Mitgliedern der Gruppe das wirtschaftliche Überleben während der NS-Zeit zu ermöglichen[192]. Zum anderen sollten zweifelsohne auch die persönlichen Verbindungen aufrecht erhalten werden. Die Ermittlungen zeigten jedoch, dass es für die regionale Führungsschicht der SPD nahezu unmöglich war, auch nur ansatzweise Widerstand gegen den nationalsozialistischen Herrschaftsapparat zu organisieren, der vor allem nach dem Anschluss Österreichs gefestigt war und überwältigende Zustimmung in der Bevölkerung erfuhr[193].

Über seine Haftzeit hat Otto Grotewohl nichts Schriftliches hinterlassen. Es liegen keine Aufzeichnungen oder Tagebuchnotizen vor, die Auskunft geben könnten darüber, wie er diese existentielle Bedrohung erlebt und wahrgenommen hat. Die wenigen Interviews, die er später in der DDR zu seinem Lebenslauf vor 1945 gegeben hat, erwähnen den Aufenthalt im Gefängnis Braunschweig 1938/39 nur kurz[194]. Auf der anderen Seite erscheint er in Voßkes biographischer Studie als Antifaschist und Widerstandskämpfer, der sich „aktiv am Aufbau einer sozialdemokratischen Widerstandsgruppe [beteiligte], die sich Gruppe ‚Heibacko' nannte"[195]. Damit übernahm die offizielle DDR-Geschichtsschreibung die Interpretation der Gestapo und gab der Gruppe sogar noch einen Namen. Anschließend schildert Voßke das Ermittlungsverfahren bis zur Entlassung Grotewohls aus der Untersuchungshaft am 4. März 1939. Dabei unterstellt er ihm „Standfestigkeit und menschliche Größe"[196]. Die Erinnerungen von Freunden und politischen Weggefährten sind in diesem Punkte eher blass. Seine Ehefrau beschreibt nur die zweite Verhaftung Grotewohls Ende 1939, auf die weiter unten noch eingegangen wird. Dabei schildert sie kurz ihre Besuche im Gefängnis[197]. Demzufolge konnte sie Otto Grotewohl des Öfteren besuchen; strenge Kontrollen gab es offenbar nicht am Eingang zur Untersuchungshaftanstalt. Insgesamt gewinnt man den Eindruck, dass Martha Grotewohl die Inhaftierung ihres Mannes nicht als lebensbedrohliche Krise empfunden hat.

Die einzigen zeitgenössischen Dokumente aus der Haftzeit sind zwei Briefe, die Otto Grotewohl am Neujahrstag 1939 an seinen Sohn adressiert hat[198]. In dem persönlich gehaltenen Brief, der die Gefängniszensur passierte, zog er zunächst ein kurzes Resümee des zurückliegenden Jahres: „Es [das Jahr 1938] hat uns viel Kummer und manchen harten Schlag versetzt." Anschließend versuchte er positiv in die Zukunft zu blicken und gab sich kämpferisch: „Trotzdem lasse ich den Kopf nicht hängen. Ein Mann muß auch hart im ‚Nehmen' sein." Den Hauptteil des Briefes

192 Schneider, Unterm Hakenkreuz, S. 822.
193 Ebenda, S. 748.
194 Er blieb auch gegenüber seinen engsten Mitarbeitern in den fünfziger Jahren sehr verschlossen und berichtete weder über seine Haftzeit noch über seine illegale Tätigkeit. SAPMO-BArch, SgY 30/1788, Erinnerungen von Hans Tzschorn an seine Arbeit im Sekretariat des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vom Sept. 1949 bis zum 21.9.1964, auf Band gesprochen am 29.4.1974, S. 50.
195 Voßke, Otto Grotewohl. Ein biographischer Abriß, S. 100.
196 Ebenda, S. 103.
197 SAPMO-BArch, SgY 30/1878, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Martha Grotewohl über ihre Erinnerungen an Otto Grotewohl am 14.12.1976, S. 13.
198 SAPMO-BArch, NY 4090/56, Bl. 1, handschriftlicher Brief Otto Grotewohls an Hans Grotewohl vom 1.1.1939.

widmete er jedoch seinem Sohn. So zeigte er sich hoch erfreut über das Schulzeugnis von Hans und erörterte dessen offensichtlich zuvor geäußerten Wunsch, Flugzeugkonstrukteur zu werden. Trotz der angespannten wirtschaftlichen Lage, in der er sich nach wie vor befand, wollte Grotewohl den Berufswunsch seines Sohnes, der mit einer weiteren schulischen Qualifizierung verbunden war, unterstützen. In dem Zusammenhang gab er ihm den Ratschlag, zusammen mit seiner Mutter ein Architektenbüro aufzusuchen, um sich einen Eindruck von der praktischen Arbeit eines Konstrukteurs bzw. technischen Zeichners zu verschaffen. In einem etwas ausführlicher gehaltenen Brief übte er verhaltene Kritik an der Schulnote seines Sohnes im Zeichnen und ermahnte ihn, Verantwortung zu übernehmen: „Ich nehme es auch nicht tragisch, wenn Du dem ‚Pauker' die ‚Schuld' daran gibst, obwohl es charaktervoller ist, eine Verantwortung immer selbst zu tragen."[199] Insgesamt geben die beiden Briefe mehr Auskunft über das Vater-Sohn-Verhältnis, das anscheinend harmonisch war, als über Grotewohls Gefängnisaufenthalt, über den er im Übrigen auch nicht freimütig berichten konnte.

5. Kriegsende in Berlin

Am Zweiten Weltkrieg nahm Otto Grotewohl aktiv nicht mehr teil. Trotzdem führte ihn das Wehrbezirkskommando Berlin nach einer Musterung in der Landwehr, was aber folgenlos blieb, weil er nicht mehr zum Dienst mit der Waffe eingezogen wurde[200]. Bis zum Kriegsende musste er zumindest jeden Wohnortwechsel und Berufswechsel sofort anzeigen. Im Einzelnen stellte das Wehrbezirkskommando Berlin ausdrücklich fest: „Sie stehen der Bedarfsstelle, für die Sie unabkömmlich gestellt sind, zur Verfügung und dürfen die Arbeit bei dieser Bedarfsstelle nicht ohne Einverständnis des zuständigen Arbeitsamtes aufgeben."[201] Da Grotewohl bis zum Kriegsende offiziell bei der Berliner Hallenbäderbau GmbH beschäftigt war, brauchte er sich zunächst keine ernsthaften Sorgen machen, einen Einberufungsbefehl zu erhalten. Voßke behauptet hingegen, dass Grotewohl in den letzten Kriegstagen zum Volkssturm eingezogen werden sollte, ohne aber Belege anzuführen[202].

Nach der Freilassung aus der Untersuchungshaft in Braunschweig währte Grotewohls Leben in Freiheit allerdings nicht lange, denn er wurde nach dem misslungenen Attentat Georg Elsers auf Hitler im Münchener Bürgerbräukeller am 8. November 1939 erneut verhaftet[203]. Mit ihm gerieten wieder einmal zahl-

[199] SAPMO-BArch, NY 4090/56, Bl. 6f., Brief Grotewohls an Hans Grotewohl vom 1.1.1939 (Abschrift).

[200] SAPMO-BArch, NY 4090/3, Bl. 35, Wehrpaß (Wehrnummer 94/84/7), ausgestellt am 15.6.1937 in Hamburg. In die Landwehr wurde er bereits am 29.5.1937 überführt.

[201] SAPMO-BArch, NY 4090/3, Bl. 32, Wehrpass-Notiz vom Wehrbezirkskommando Berlin VIII vom 15.11.1943.

[202] Voßke, Otto Grotewohl. Biographischer Abriß, S. 108. So auch Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 19f.

[203] SAPMO-BArch, NY 4090/1, Bl. 41, Personalfragebogen des Magistrats der Stadt Berlin vom 8.6.1945. Trotz intensiver Recherchen konnten im Landesarchiv Berlin keine Ermittlungsakten mehr gefunden werden, so dass sich die Darstellung ansonsten auf Selbstzeugnisse und Erinnerungen stützen muss.

reiche Sozialdemokraten ins Visier der Gestapo, die daraufhin zahlreiche Personen inhaftierte und zum Teil ins Konzentrationslager deportierte. Eine etwas andere Erklärung für die Verhaftung gibt Hans Grotewohl in seinen Erinnerungen, der sich im Wesentlichen auf die Aussagen seines Vaters stützt[204]: Demnach verkauften Grotewohl und Gniffke 1938/39 spezielle Feuerlöscher, die aus runden Papierbehältern bestanden, die wiederum mit einer chemischen Lösung (Natriumbikarbonat) gefüllt waren. In der Mitte des Behälters befand sich ein kleiner Sprengkörper mit einer Zündschnur, der nach der Explosion das Löschpulver zerstreute. Der Vertrieb dieser Feuerlöscher ‚Löschfix' war, wie die Herstellung, semiprofessionell, denn ein kleines Vorführhaus flog bei der Bedienung des Geräts beinahe auseinander. Die Firma hatte unter anderem einen Vertreter in München, der Grotewohl drei Tage vor dem Attentat auf Hitler um technischen Rat fragte. Otto Grotewohl vermutete, dass die Telefonüberwachung dieses Gespräch erfasste und an die Gestapo weitergab. So befand er sich insgesamt acht Wochen in Untersuchungshaft, und zwar in der Nähe des Berliner Alexanderplatzes, wo er oft Besuch von seiner Frau erhielt. Während der Haft lernte er den KPD-Funktionär und späteren FDGB-Vorsitzenden Hans Jendretzky kennen. Einige Monate nach der Haftentlassung forderte ihn der Berliner Polizeipräsident zu einer polizeiärztlichen Untersuchung auf[205]. Dabei sollte er seinen Wehrpass, das Arbeitsbuch sowie den Ariernachweis vorlegen.

Aufgrund der zahlreichen Berufswechsel und den beiden Inhaftierungen war nicht nur die finanzielle Lage des Familienhaushalts akut gefährdet, sondern auch Grotewohls Rentenansprüche in der Angestelltenversicherung. Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte forderte ihn deshalb auf, nachträglich Beiträge zu zahlen, wobei seine Anwartschaft aus den bis 1927 entrichteten Beiträgen offenbar erloschen war[206]. Da aber Grotewohl nach seinem Umzug nach Berlin in erster Linie damit beschäftigt war, private Schulden abzutragen, konnte er auf diese Offerte nicht ernsthaft eingehen.

Während des Zweiten Weltkrieges hielt sich Grotewohl fast ununterbrochen in Berlin auf. Aus geschäftlichen Gründen unternahm er einige Kurzreisen im Reichsgebiet, um vermutlich Verkaufsgespräche für die Berliner Firma Hallenbäderbau zu führen. In seinem Terminkalender, den er ab Anfang 1943 bis Ende März 1944 führte, notierte er außerdem akribisch die Luftangriffe der angelsächsischen Luftflottenverbände[207]. Die Eintragungen beschränken sich allerdings nur auf das Datum und die Uhrzeit der Angriffe; weitere Angaben fehlen[208]. Seine Kalenderaufzeichnungen brechen Ende März 1944 ab. Einige Monate später befiel Grotewohl erstmals wieder seit seinen Inhaftierungen 1938/39 das Gefühl von Un-

[204] SAPMO-BArch, SgY 30/1878, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Hans Grotewohl über seine Erinnerungen an Otto Grotewohl vom 14.12.1976, S. 13.

[205] SAPMO-BArch, NY 4090/3, Bl. 30, Polizeipräsident Berlin am 8.7.1940 an Grotewohl.

[206] SAPMO-BArch, NY 4090/2, Bl. 22, Einschreiben der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte an Otto Grotewohl vom 9.3.1940.

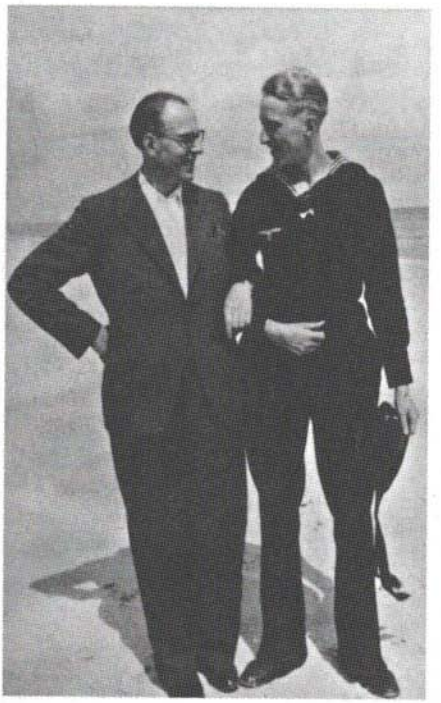
[207] Für 1943 notierte er an elf Tagen Luftangriffe, 1944 insgesamt 14 Angriffe. SAPMO-BArch, NY 4090/9, Bl. 1-91, Kalender Grotewohls von 1943 und 1944.

[208] Ausnahmen sind die Eintragungen am 28.1.1944 [„Schwerer Angriff"], 30.1.1944 [„Schwerster Angriff"], 1./5.2.1944 [„Angriff leicht"] und am 15.2.1944 [„Sehr schwerer Angriff (Westen)"]. SAPMO-BArch, NY 4090/9, Bl. 61, 61 (Rückseite), 62, 63 (Rückseite).

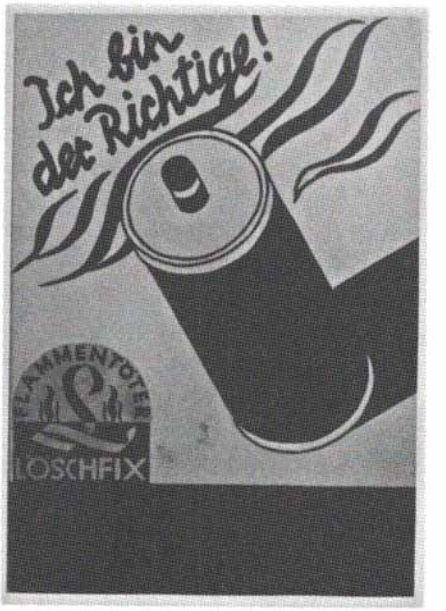
sicherheit und individueller Bedrohung durch den NS-Terrorapparat: Nach dem fehlgeschlagenen Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 tauchte er vorübergehend in die Illegalität ab, denn er befürchtete seine erneute Verhaftung im Zuge der „Aktion Gewitter", der rund 5000 Personen zum Opfer fielen[209]. Diese umfassende Verhaftungswelle richtete sich unter anderem gegen vermeintliche Regimegegner aus den Reihen der früheren Weimarer Parteien. Obwohl Grotewohl nicht zum Kreis der Verschwörer gehörte und auch keine Kontakte zu diesen unterhielt, fürchtete er offensichtlich um sein Leben. Einige Freunde und Bekannte boten ihm in Berlin Unterschlupf an[210]. Angeblich soll sich Grotewohl einige Wochen im Schwarzwald aufgehalten haben, bevor er wieder in die Reichshauptstadt zurückkehrte[211].

Es fällt schwer, Grotewohls Wirken im Dritten Reich abschließend zu beurteilen. Das hängt zum einen mit der schwierigen Quellenlage zusammen, die sehr disparat und äußerst dünn ist. Nur zu bestimmten Ereignissen liegen persönliche Aufzeichnungen, Tagebuchnotizen, Erinnerungen, aber auch amtliche Dokumente vor. Das betrifft insbesondere den von der Landesversicherungsanstalt Braunschweig angestrengten Prozess gegen Otto Grotewohl sowie das Ermittlungsverfahren vor dem Sondergericht Braunschweig. Darüber hinaus gibt es aber auch inhaltliche Gründe, die einer eindeutigen Verortung Grotewohls zwischen 1933 und 1945 im Wege stehen. So ist er auf der einen Seite ein Verfolgter des NS-Regimes gewesen, da er als ehemaliger SPD-Reichstagsabgeordneter unter Beobachtung der Verfolgungsbehörden stand und kurzfristig aus politischen Gründen auch inhaftiert war. Auf der anderen Seite sind, anders als die DDR-Geschichtsschreibung zu vermitteln versuchte, konkrete Widerstandsaktivitäten Grotewohls nicht nachweisbar. Es hat den Anschein, dass bei ihm Entpolitisierung und Orientierungslosigkeit überwogen, was wiederum auch mit der ungewissen finanziellen Lage der Familie zusammenhing. Insofern lässt sich sein Verhalten am ehesten noch als Anpassung durch einen Rückzug ins Private charakterisieren[212].

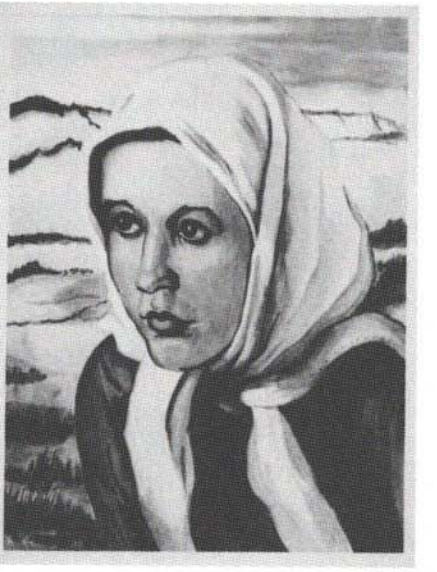
[209] Mehringer, Widerstand und Emigration, S. 228.
[210] SAPMO-BArch, NY 4090/58, Bl. 159, Bescheinigung Grotewohls für Prof. Douglas H. vom 12. 7. 1946; SAPMO-BArch, NY 4090/60, Bl. 102, Bescheinigung Grotewohls vom 1. 10. 1946 für Elisabeth S.
[211] Jäckel, Menschen in Berlin, S. 164.
[212] Vgl. zu diesem Phänomen: Schmiechen-Ackermann, Nationalsozialismus und Arbeitermilieus, S. 680. Martin Broszat subsumiert diese Verhaltensweise als eine Ausdrucksform des später inflationär verwendeten Begriffes der Resistenz. Broszat, Zur Sozialgeschichte des deutschen Widerstands, S. 300.



Otto Grotewohl besucht seinen Sohn Hans in Ueckeritz auf Usedom 1942; Quelle: SAPMO-BArch, Bild Y10-291-83.



Werbeplakat von Otto Grotewohl für den Feuerlöscher „Löschfix-Flammentöter" o. D.; Quelle: SAPMO-BArch, Bild Y10-2019-84



Aquarell aus dem Zyklus „Menschen der Stille" von Otto Grotewohl 1945; Quelle: SAPMO-BArch, Bild Y10-1875-84.

III. Euphorischer Neuanfang und gewaltsame Umgestaltung (1945–1949)

1. Auf dem Weg zur Zwangsvereinigung

Grotewohl im Bezirksamt Schöneberg

Otto Grotewohl hatte den Zweiten Weltkrieg und die nationalsozialistische Gewaltherrschaft unbeschadet überstanden. Die Angst, doch noch in die Fänge der Gestapo zu geraten, die ihn vor allem in der Schlussphase des Krieges umgetrieben hatte, gehörte endgültig der Vergangenheit an. Nach zwölf langen Jahren konnte er wieder die politische Arbeit aufnehmen. Doch die Erleichterung über sein persönliches Schicksal paarte sich mit erschütternden Eindrücken aus der weitgehend zerstörten, von sowjetischen Truppen eroberten ehemaligen Reichshauptstadt. Die lakonischen Notizen verweisen auf das Elend der Zivilbevölkerung infolge des Krieges: So hielt er beispielsweise fest, dass innerhalb von acht Wochen 300 000 Menschen nach Berlin gekommen seien, für die keinerlei Lebensmittel zur Verfügung standen[1]. Hinter diesen nackten Zahlen, die ja nur eine Momentaufnahme darstellten, stand das Schicksal von zahlreichen Flüchtlingen und Vertriebenen, die in den letzten Kriegswochen gekommen waren. Auf derselben Seite notierte Grotewohl, dass in Berlin-Schöneberg innerhalb von sechs Wochen 3 000 Tote und nur 219 Geburten registriert worden seien[2]. Die Anzahl der Todesfälle sei von 2 019 (Juni) auf 4 069 (Juli) angestiegen; bis zum 15. August 1945 weise die Sterbestatistik der Bezirksverwaltung Schöneberg bereits 2 127 Tote auf.

Diese kargen Aufzeichnungen zeigen nicht nur die katastrophalen Zustände bei der Versorgung der Berliner Bevölkerung mit Lebensmitteln und Medikamenten; sie sind darüber hinaus ein Indiz dafür, dass sich Grotewohl in den ersten Wochen nach Beendigung der Kriegshandlungen in Schöneberg aufhielt. Dort marschierten erst im Juli amerikanische Truppen ein, nachdem sich die vier Siegermächte über die Aufteilung Deutschlands und Berlins geeinigt hatten. In Grotewohls Arbeitsbuch, das noch das Arbeitsamt Hamburg Anfang 1938 ausgestellt hatte, befindet sich der Eintrag, dass er vom 6. Juni bis 31. August 1945 Dezernent für Finanzen und Steuer beim Bezirksbürgermeister Schöneberg war[3] – eine Angabe, die im Übrigen durch eine Mitteilung des Magistrats der Stadt Berlin vom Juli 1945 bestätigt wird[4]. Seine Ernennung war nicht außergewöhnlich, denn die sowjetische Besatzungsmacht griff bei der Besetzung von leitenden Positionen in der Kommunalverwaltung auch auf Sozialdemokraten und Bürgerliche zurück, die politisch unbelastet waren und

[1] SAPMO-BArch, NY 4090/9, Bl. 93 (Rückseite), Taschenkalender Grotewohls für 1945.
[2] Ebenda.
[3] SAPMO-BArch, NY 4090/3, Bl. 21, Arbeitsbuch Nr. 88/481702 von Otto Grotewohl, ausgestellt am 7. 1. 1938 vom Arbeitsamt Hamburg.
[4] LAB, Rep. 211, Nr. 321, Mitteilung des Magistrats der Stadt Berlin (Abt. für Finanz- und Steuerwesen) vom Juli 1945 betr. neue Funktionsbezeichnung der Vollziehungsbeamten.

über entsprechende Berufserfahrung verfügten. Beides konnte Grotewohl vorweisen. Im übrigen unterschied sich die Personalpolitik der SMAD zunächst noch nicht grundlegend von der der drei westlichen Besatzungsbehörden. Als Finanzdezernent saß Grotewohl in der Bezirksverwaltung an einer Schlüsselposition, denn er verfügte mit über die Verteilung der knappen Ressourcen. Dabei konnte er jedoch nicht in eigener Verantwortung agieren, sondern musste sich mit der Besatzungsverwaltung abstimmen, die letztlich das Sagen hatte. Wichtigste Tagesordnungspunkte bei den regelmäßig stattfindenden Aussprachen der Finanzdezernenten waren die Lebensmittelversorgung, der Arbeitseinsatz von Frauen bei den Enttrümmerungsarbeiten, die Arbeitskräfteanforderungen der amerikanischen Besatzungsbehörde sowie die laufenden Besatzungskosten[5]. In diesem Zusammenhang befasste sich Grotewohl eingehend mit Ernährungsfragen, insbesondere mit der Begleichung sogenannter Mehlrechnungen, deren Erlös von Kleinhändlern bei den Bezirksbanken eingezahlt und von dort an die Zentrale Stadtbank weitergeleitet wurde[6]. Dabei handelte es sich offenbar um Lieferungen durch die sowjetische Besatzungsmacht, die von der Berliner Bezirksverwaltung bezahlt werden mussten. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt Grotewohls bildeten die Mietzahlungen bei beschädigten Wohnungen[7]. Hier legte eine Anordnung des Magistrats fest, dass Mietminderungen nur noch dann gewährt werden konnten, wenn entweder die Außenwände fehlten oder die Benutzung von Wohnräumen aus baupolizeilichen Gründen verboten wurde. Nachdem sich darüber der Unmut in der Bevölkerung vergrößert hatte, schlossen sich die Finanzdezernenten dem Vorschlag Grotewohls an und stellten eine Überprüfung der rechtlichen Bestimmungen in Aussicht.

Ungefähr zeitgleich versuchte Grotewohl, die Kontakte zu Freunden und Bekannten wiederherzustellen. Wie vielen anderen ging es auch ihm in erster Linie darum, nach Jahren der Verfolgung und inneren Emigration ein erstes Lebenszeichen zu geben. Auf diesem Wege wollte er mitunter auch Informationen über andere politische Weggefährten erhalten, die er für vermisst hielt. In den überlieferten Briefen schilderte er außerdem die Schwierigkeiten beim Aufbau in Berlin und verbreitete gleichzeitig einen gewissen Zweckoptimismus: „Da in Berlin immer noch die denkbar schlechtesten Verkehrsverhältnisse herrschen und man nur auf das Auto angewiesen ist, könnt Ihr Euch denken, mit welcher Arbeit ich mich zur Zeit herumschlagen muss, aber ich tue es gerne und freudig, denn nun hat doch unsere Arbeit wieder einen bestimmten Schwung bekommen."[8] Er schreibt weiter: „Dabei ist es leider allerdings so, dass die wirtschaftlichen und sonstigen Lebensverhältnisse des Volkes und jedes Einzelnen in so undurchsichtigen und traurigen Dunst gehüllt sind, dass man bei näherem Zusehen glaubt, verzweifeln zu müssen. Aber, würde man sich solchen Stimmungen hingeben, dann wäre das Leben überhaupt jeglichen Sinnes beraubt und man sollte es dann lieber von sich werfen. Also, wir müssen arbeiten, weil wir leben müssen."

[5] LAB, Rep. 211, Nr. 321, Protokoll Grotewohls über Aussprache der Finanzdezernenten am 20.7.1945.
[6] Ebenda.
[7] Ebenda.
[8] SAPMO-BArch, NY 4090/58, Bl. 175, Grotewohl am 14.7.1945 an Familie Dr. Hocotz (Halberstadt).

Grotewohls Wohnung hatte die alliierten Bombenangriffe nahezu unbeschadet überstanden. Verluste waren nur bei ausgelagerten Sachgegenständen zu verzeichnen. Die Familie behielt den Wohnsitz in der Motzstrasse bis nach dem Vereinigungsparteitag der SED. Grotewohl meldete sich erst am 19. Juni 1946 beim Polizeirevier 179 ab; ab sofort wohnte er mit seiner Frau und seinem Sohn in Berlin-Pankow (Friedrich Wilhelm Strasse 4)[9]. Mit dem Umzug wechselte auch die Zuständigkeit des Arbeitsamtes: Während er zuvor beim Bezirksarbeitsamt Schöneberg als Parteivorsitzender registriert war, übernahm in der Folgezeit das Arbeitsamt Pankow die Betreuungsfunktion[10]. Seine Gemäldesammlung war vollständig erhalten geblieben. Bei der befreundeten Familie Hocotz, einem Zahnarztehepaar aus Halberstadt[11], bedankte sich Grotewohl ganz besonders, denn hier hatte er die von ihm angefertigten Bilder sowie seine Farben eingelagert, die sich nach dem Kriegsende in einem unversehrten Zustand befanden: „Was das für mich bedeutet, könnt Ihr vielleicht gar nicht vollständig ermessen. Ich bin jedenfalls außerordentlich froh darüber."[12] Obwohl nur ein Teil der privaten Korrespondenz überliefert ist, lässt sich dennoch festhalten, dass der Kontakt zur Familie Hocotz in der Folgezeit erhalten blieb. Grotewohl besuchte sie des Öfteren in Halberstadt und legte stets großen Wert auf den privaten Charakter seiner Besuche: „Es muss doch irgendwo in der Welt noch Menschen geben, die sich das Talent erhalten haben, einem auf einfacher und schlichter Basis zu begegnen. Das ist es, was ich brauche, was ich suche und womit man mich erfreuen kann."[13] Doch die private Zuversicht wurde getrübt durch die Tatsache, dass sich Grotewohls Sohn Hans in britischer Gefangenschaft befand[14].

In seiner Funktion als Dezernent der Bezirksverwaltung Schöneberg wurde Grotewohl bereits in den ersten Nachkriegswochen gebeten, politische Unbedenklichkeitsbescheinigungen zu erteilen. Anfragen kamen beispielsweise von früheren Mitarbeitern der Landesverwaltung Braunschweig[15] sowie der Hallenbäderbau GmbH[16], mit denen Grotewohl in den zwanziger Jahren bzw. während des Zweiten Weltkrieges zusammengearbeitet hatte. Dabei handelte es sich jedoch nicht um Anfragen, die im Zusammenhang mit Spruchkammer- und Entnazifizierungsverfahren standen. Oftmals baten die Fragesteller Grotewohl um eine Bescheinigung

[9] SAPMO-BArch, NY 4090/1, Bl. 62, Abmeldung bei der polizeilichen Meldebehörde (Polizeirevier 179) vom 19. 6. 1946; ebenda, Bl. 65, Anmeldung bei der polizeilichen Meldebehörde (Polizeirevier 283) vom 25. 6. 1946. Nach Mitteilung von Martha Grotewohl erfolgte der Umzug wenige Tage nach dem 1. 5. 1946. SAPMO-BArch, SgY 30/1878, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Martha Grotewohl über ihre Erinnerungen an Otto Grotewohl vom 14. 12. 1976, S. 16.

[10] SAPMO-BArch, NY 4090/1, Bl. 64, Bescheinigung des Bezirksarbeitsamtes Schöneberg vom 19. 6. 1946.

[11] Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 107.

[12] SAPMO-BArch, NY 4090/58, Bl. 175 (Rückseite), Grotewohl am 14. 7. 1945 an Familie Dr. Hocotz (Halberstadt).

[13] SAPMO-BArch, NY 4090/58, Bl. 202f., hier Bl. 202, Grotewohl am 3. 1. 1948 an Dr. Hocotz.

[14] SAPMO-BArch, NY 4090/58, Bl. 175, Grotewohl am 14. 7. 1945 an Familie Dr. Hocotz (Halberstadt).

[15] Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/60, Bl. 39f., Bescheinigung Grotewohls vom 23. 6. 1945 für den Direktor der Staatstheaterverwaltung, Scheffels.

[16] Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/278, Bl. 61, Bescheinigung Grotewohls vom 25. 6. 1945 für August J.

ohne erkennbaren Anlass. Andere wollten ihre Hilfestellung für Otto Grotewohl während der nationalsozialistischen Herrschaft schriftlich bestätigen lassen[17]. Mit großer Wahrscheinlichkeit spielte auch die Tastsache, dass Grotewohl zugleich Vorsitzender des Zentralausschusses der SPD war, eine nicht unerhebliche Rolle. Diejenigen, die sich also an Grotewohl wandten, erhofften sich von einem Schreiben, das seine Unterschrift trug, offensichtlich eine positive Wirkung. Bei einigen Antragstellern war die Tatsache ausschlaggebend, dass sich Familienangehörige in Kriegsgefangenschaft befanden. Eine Unbedenklichkeitsbescheinigung Grotewohls sollte – so die Hoffnung der Angehörigen – den Weg in die Freiheit ebnen. In der Regel ging es um deutsche Kriegsgefangene in sowjetischen Lagern[18]; nur in Einzelfällen standen Gefangene in westalliierten Lagern im Mittelpunkt der Petitionen[19]. Grotewohl beendete seine Tätigkeit in der Bezirksverwaltung Schöneberg im Spätsommer 1945, da ihn seine Funktion als Vorsitzender des Zentralausschusses der SPD zeitlich immer mehr in Anspruch nahm[20]. Seine finanziellen Verhältnisse verbesserten sich im Übrigen, denn als Vorsitzender der SPD in der sowjetischen Besatzungszone verfügte er über ein festes Gehalt[21].

Die Gründung des Zentralausschusses der SPD

Der Zentralausschuss der SPD konstituierte sich zwar aus verschiedenen Gründungszirkeln[22]; von entscheidender Bedeutung war allerdings das Netzwerk um Erich W. Gniffke und Otto Grotewohl. Dieses hatte sich in Berlin bereits 1938/39 herausgebildet und war aus dem gemeinsamen Vertriebsprojekt der Grudeherde ‚Heibacko' hervorgegangen. Hier waren bekanntlich keine Widerstandspläne gegen das nationalsozialistische Herrschaftssystem geschmiedet, sondern vielmehr geschäftliche und private Kontakte ehemaliger Sozialdemokraten gepflegt worden. So war es nicht weiter verwunderlich, dass der Firmensitz in der Bülowstrasse gegen Kriegsende einen gewissen Bekanntheitsgrad erzielt hatte, der sogar über die zerstörte Reichshauptstadt hinausreichte[23]. Wichtige Verbindungsleute waren in diesem Zusammenhang Toni Wohlgemuth und Otto Meier, der den Kontakt zu einer Gruppierung um Max Fechner, Richard Weimann und Karl Germer herstell-

[17] SAPMO-BArch, NY 4090/278, Bl. 38, Bescheinigung Grotewohls vom 8.10.1945 für Franz Fischer (Uelzen). Fischer war mit RA Dr. Bockler verwandt und hatte sich für die Freilassung Gniffkes 1939 eingesetzt.

[18] SAPMO-BArch, NY 4090/60, Bl. 114, Grotewohl am 24.3.1947 an die Hermann Lietz-Schule Haubinda (Thüringen). Grotewohls Fürsprache bei den zuständigen sowjetischen Stellen konnte durchaus zur Entlassung einzelner Kriegsgefangener führen. SAPMO-BArch, NY 4090/60, Bl. 125, Grotewohl am 25.6.1947 an Lisl S.

[19] SAPMO-BArch, NY 4090/278, Bl. 35, Bescheinigung Grotewohls vom 22.3.1946 für Irma B.

[20] Gniffke behauptete, er habe im Zentralausschuss erfolglos versucht, Grotewohl zum Ausscheiden zu bewegen. Ein entsprechender Beschluss wurde jedoch nicht gefasst. Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 68.

[21] Ende Oktober erhielt er monatlich 800,– RM. Dieses Gehalt bezogen auch Fechner, Klingelhöfer und Gniffke. Dagegen musste sich Friedrich Ebert mit 500,– RM im Monat zufriedengeben. SAPMO-BArch, DY 28/II 2/2, Bl. 4f., Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden SPD-Vorstandes vom 29.10.1945.

[22] Malycha, Die SED, S. 63.

[23] Moraw, Die Parole der ‚Einheit' und die Sozialdemokratie, S. 82. Zum folgenden: Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 25f.

te. Des Weiteren hatte sich in Berlin ein Gewerkschaftsausschuss unter Leitung von Bernhard Göring und Hermann Schlimme gebildet, die auf die Zulassung der Gewerkschaften durch die alliierten Siegermächte warteten. Gleichberechtigte Vorsitzende des Zentralausschusses wurden Fechner, Gniffke und Grotewohl, wobei letzterer rasch die Führungsrolle im Triumvirat übernahm und die Partei nach außen repräsentierte[24].

Fechner, der vor 1933 Abgeordneter des Preußischen Landtags und Geschäftsführer der Kommunalpolitischen Zentralstelle beim SPD-Parteivorstand war, suchte als einer der ersten prominenten Sozialdemokraten Kontakt zu den Kommunisten. So wandte er sich in einem Brief bereits Anfang Mai 1945 an den gerade aus dem Moskauer Exil zurückgekehrten Walter Ulbricht und bot die Mitarbeit beim Aufbau der Kommunalverwaltung an. Darüber hinaus regte er gemeinsame Gespräche an, um „endlich die so ersehnte Einheitsorganisation der deutschen Arbeiterklasse zu schaffen"[25]. Fechner vertrat explizit den Standpunkt, dass beide Arbeiterparteien in Zukunft nicht nur punktuell kooperieren, sondern gemeinsam politisch handeln sollten. Diese besondere Zusammenarbeit sollte umgehend erfolgen, sobald die politischen Rahmenbedingungen gewährleistet waren: „Ich möchte sagen, dass es bei Beginn der politischen Tätigkeit leichter sein wird, die Einheit zu schaffen, als wenn wir erst bei den Nachwirkungen der Kriegshandlungen angelangt sind". Auf dieses Angebot hat Fechner nie eine Antwort erhalten; möglicherweise hat Ulbricht den Brief auch nie bekommen. Festzuhalten bleibt, dass es zunächst einzelne Sozialdemokraten waren, die Verbindung zu den Kommunisten suchten. Zugleich drängt sich der Eindruck auf, dass die KPD-Führung in den ersten Nachkriegswochen dem Zentralausschuss bewusst aus dem Weg gegangen ist: Ein mit Arthur Pieck für den 17. Mai 1945 vereinbartes Treffen in der Bülowstrasse, an dem einige ZK-Mitglieder teilnehmen sollten, ließen die ostdeutschen Kommunisten platzen[26]. Ein weiteres Treffen kam nicht zustande, weil die KPD-Funktionäre erneut nicht erschienen. Eine Abordnung des Zentralausschusses besuchte am 29. Mai Arthur Pieck, ohne ihn sprechen zu können. Im Namen der KPD-Führung lehnte Ulbricht das Einheitsangebot ab, das Fechner stellvertretend für viele Sozialdemokraten abgegeben hatte, und begründete dies mit dem Hinweis, dass „vor einem organisatorischen Zusammenschluss erst eine ideologische Klärung unter den Mitgliedern beider Parteien erfolgen müsse"[27].

[24] Zu den Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstands gehörten ab 19.6.1945 Grotewohl, Fechner, Gniffke, Gustav Dahrendorf, Helmut Lehmann und Fritz Neubecker. Beisitzer, und damit Mitglieder des ZA, waren Karl Germer, Bernhard Göring, Hermann Harnisch, Käthe Kern, Karl Litke, Otto Meier, Josef Orlopp, Hermann Schlimme, Richard Weimann und Toni Wohlgemuth. Zur personellen Zusammensetzung der Führungsgremien des ZA der SPD: SBZ-Handbuch, S. 474.

[25] LAB, E Rep. 200-23, Nr. 29-31, Brief Fechners (o. D.) an Ulbricht. Als Faksimile mit anderer Signatur abgedruckt in: Keiderling (Hrsg.), „Gruppe Ulbricht" in Berlin, S. 287f. Der Brief ist fälschlicherweise auf den 28.4.1945 datiert, da Ulbricht erst zwei Tage später in Deutschland eintraf. Fechners Brief wurde am 20.12.1945 auf der sogenannten Sechziger-Konferenz von Grotewohl zitiert. Vgl. Moraw, Die Parole der ‚Einheit' und die Sozialdemokratie, S. 84, Anm. 68; Kaden, Einheit oder Freiheit, S. 31f.

[26] Zum folgenden: Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 24f.

[27] Zitiert nach Malycha, Die SED, S. 64.

Der Gründungsaufruf der KPD vom 11. Juni entsprach im Wesentlichen den Festlegungen, die kurz zuvor noch in Moskau mit der Kreml-Führung getroffen worden waren[28], und enthielt die formale Absage an eine Übernahme des sowjetischen Modells. Stattdessen sprach sich die KPD dafür aus, „die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen"[29]. Nicht von der Errichtung der Diktatur des Proletariats war die Rede, sondern vom Aufbau einer „parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk"[30]. Für die Sozialdemokraten kam die programmatische Erklärung, die Gniffke als „nicht kommunistisch, noch nicht einmal sozialistisch" beschrieb[31], völlig überraschend. Das hing sowohl mit dem frühen Zeitpunkt als auch mit der auf den ersten Blick gemäßigten Ausrichtung des Dokuments zusammen. Da jedoch zum einen in der Kommunistischen Internationale in den vierziger Jahren das Konzept der Volksdemokratie entwickelt worden war, das auf ein von Kommunisten angeführtes Bündnis aller gesellschaftlich relevanten Kräfte abzielte[32], zum anderen die deutschen Kommunisten sich dem Machtanspruch Moskaus vorbehaltlos unterworfen hatten, war an eine eigenständige Entwicklung der KPD nach 1945 nicht zu denken. Die Kernaussagen des Gründungsaufrufes waren demzufolge taktisch motiviert und entsprachen im Übrigen der damaligen Linie Stalins[33]. Die KPD hatte sich mit ihrem Aufruf einen Vorteil verschafft und den Zentralausschuss unter Zugzwang gesetzt[34]. Dadurch schien das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten frühzeitig belastet zu sein. Während sich die deutschen Kommunisten um Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck jahrelang in Moskau auf die Rückkehr nach Deutschland und den politischen Wiederaufbau nach kommunistischen Vorstellungen gezielt vorbereiten konnten, wirkte vieles beim Zentralausschuss improvisiert und unvorbereitet. Darüber hinaus hatten die drei KPD-Initiativgruppen, die noch vor der Kapitulation auf dem Gebiet der späteren sowjetischen Besatzungszone abgesetzt wurden, einen strategischen Standortvorteil, nämlich den zum Teil direkten Kontakt zur sowjetischen Besatzungsmacht.

Die Mitglieder des Zentralausschusses diskutierten unter großem Zeitdruck eine programmatische Erklärung, mit der die SPD an die Öffentlichkeit gehen wollte. Entsprechende Entwürfe legten Lehmann, Gniffke, Grotewohl, Dahrendorf, Germer und Kleikamp vor, bis der Zentralausschuss schließlich am 15. Juni einen Aufruf verabschiedete, der sich aber nicht nur auf die Vorarbeiten Lehmanns und Grotewohls stützte[35]. Letzterer ging zustimmend auf den KPD-Aufruf ein und

[28] Erler/Laude/Wilke (Hrsg.), „Nach Hitler kommen wir", S. 120–123; Badstübner/Loth (Hrsg.), Wilhelm Pieck, S. 50–53; Laufer, „Genossen, wie ist das Gesamtbild?".
[29] Aufruf des ZK der KPD vom 11. 6. 1945, in: Benser/Krusch (Hrsg.), Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Bd. 1, S. 227–233, hier S. 230.
[30] Ebenda, S. 231.
[31] Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 27.
[32] Vgl. zur Bündnispolitik der KPD nach 1945: Sattler, Bündnispolitik als politisch-organisatorisches Problem.
[33] Malycha, Die SED, S. 59; Weber, Geschichte der DDR, S. 72.
[34] Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus. Bd. IV/1, S. 140.
[35] So jedenfalls Malycha, Die SED, S. 63. Nach Ansicht von Bouvier basierte der Aufruf vom 15. 6. sogar im Wesentlichen nur auf dem Entwurf Grotewohls. Bouvier, Antifaschistische Zusammenarbeit, Selbständigkeitsanspruch und Vereinigungstendenz, S. 425.

unterstrich, dass „der Weg für den Neubau Deutschlands von den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen Deutschlands abhängig ist, und dass die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage die Aufrichtung eines antifaschistisch demokratischen Regimes und einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk erfordere“[36]. Gleichzeitig unterstützte der Zentralausschuss die von der KPD in ihrem Aufruf formulierten Nahforderungen „rückhaltlos und ohne Einschränkung“[37]. Anschließend forderte die Führungsgruppe um Grotewohl „eine einheitliche politische Kampforganisation“, ohne allerdings konkrete Vorschläge für den Zusammenschluss der beiden Arbeiterparteien zu machen. Der kommunistische Vorschlag, einen Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien zu schaffen, wurde nur als erste Stufe der Entwicklung zu einer „völligen organischen Einheit der gesamten werktätigen Bevölkerung“ angesehen.

Bei der Fertigstellung des Entwurfs ergaben sich Meinungsverschiedenheiten über die schnelle Bildung einer Einheitspartei. Während etwa Dahrendorf, der vor 1933 zu der sozialdemokratischen Jungen Rechten gehört hatte[38], besonders hartnäckig für eine organisatorische Verschmelzung mit den Kommunisten eintrat, um auf diese Weise sozialdemokratische Forderungen einbringen und durchsetzen zu können, riet Grotewohl zu einem vorsichtigen Taktieren[39]. Er sprach sich dafür aus, die eigenen Vorstellungen eher zurückhaltend zu formulieren und ansonsten den Aufruf inhaltlich an dem der KPD auszurichten. Dagegen wollte Gniffke sehr viel stärker die sozialdemokratischen Traditionen betonen und dadurch eine größere Distanz zum kommunistischen Parteienverständnis zu erkennen geben. Der veröffentlichte Aufruf[40] unterschied sich in einigen Punkten vom Entwurf Grotewohls. Da war zum Ersten der Staatsgedanke, der unter dem Einfluss der lassalleanischen Tradition ausdrücklich betont wurde[41]. Darin spiegelte sich im Übrigen auch die langjährige Regierungspraxis der SPD in der Weimarer Republik auf Reichsebene, aber auch auf Landesebene (vor allem in Preußen) wider. In diesem wichtigen Punkt unterschied sich der sozialdemokratische Aufruf vom kommunistischen Pendant, in dem das Wort ‚Staat‘ überhaupt nicht vorkam. Darüber hinaus enthielt der Aufruf zweitens einen Katalog mit neun Forderungen, die etwa die Entnazifizierung betrafen, die aber auch konkrete wirtschafts- und sozialpolitische Zielvorgaben enthielten. Darunter befand sich die Forderung nach Verstaatlichung der Banken, Versicherungen und der Schwerindustrie. Auffallend waren die detaillierten sozialpolitischen Vorstellungen zur Ernährungslage der Bevölkerung, zur Neuregelung des Sozialrechts, zur Förderung der Wohnungsfürsorge, aber auch

[36] Entwurf Grotewohls für den Aufruf der SPD vom 15.6.1945, in: Otto Grotewohl und die Einheitspartei. Bd. 1, S. 65–68, hier S. 66.
[37] Ebenda, S. 67.
[38] Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus. Bd. IV/1, S. 143; Vogt, Nationaler Sozialismus und Soziale Demokratie, S. 87. Dahrendorf (geb. 1901) gehörte seit 1927 der Hamburger Bürgerschaft und seit 1932 dem Reichstag an. Im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 wurde er verhaftet und vom Volksgerichtshof zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt. Schumacher (Hrsg.), Die Reichstagsabgeordneten, S. 235.
[39] Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus. Bd. IV/1, S. 149.
[40] Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe III, Bd. 1, S. 28–31.
[41] Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus. Bd. IV/1, S. 151.

zum Aufbau einer Einheitssozialversicherung[42]. Wenngleich die beiden Arbeiterparteien in einigen Punkten miteinander übereinstimmten, stellte die SPD der KPD damit ein eigenes inhaltliches Konzept gegenüber. Im Zentralausschuss setzte sich letztlich wohl die Meinung durch, dass es notwendig sei, in der Öffentlichkeit mit einem eigenen Profil zu erscheinen, das sich von dem kommunistischen deutlich unterschied. Durch die Betonung sozialistischer Forderungen, die im Aufruf rund ein Drittel an Platz einnahmen, verlor der Einheitswunsch etwas an Gewicht, der in den Entwürfen von Dahrendorf und Grotewohl noch an erster Stelle rangiert hatte. Insgesamt gesehen stellte sich die SPD als jene Arbeiterpartei dar, die radikalere Positionen vertrat als die KPD[43], denn sie verlangte demonstrativ: „Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft!"[44]

Welchen Einfluss hatte nun Grotewohl beim Zustandekommen des SPD-Aufrufs? Nach Ansicht von Harold Hurwitz, der die einzelnen Entwürfe sehr differenziert untersucht hat, zeichneten sich Grotewohls Vorschläge zwar durch rhetorisches Können, nicht aber durch konzeptionelle Durchschlagskraft aus[45]. Insofern habe er letztlich wenig beigetragen zu der ersten öffentlichen programmatischen Erklärung. Hurwitz attestiert ihm sogar politische Feigheit, da er die Auseinandersetzung mit den Kommunisten frühzeitig gescheut habe. Auch Jodl bescheinigt Grotewohls Entwurf inhaltliche Unschärfe[46]. Damit wird die Rolle des Vorsitzenden des Zentralausschusses aber nur unzureichend beschrieben. Von entscheidender Bedeutung war bei ihm zweifellos der Wunsch, vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Verfolgung vor 1945 die Teilung der deutschen Arbeiterbewegung zu überwinden[47]. Auf diese Weise glaubte er Lehren aus der Geschichte, insbesondere aus der Machtergreifung Hitlers 1933 ziehen zu können. Dieser Grundgedanke war in den ersten Nachkriegswochen bei vielen Sozialdemokraten weit verbreitet, so dass er sich zu einem der Fürsprecher dieser Grundströmung machen konnte. Dabei ging Grotewohl jedoch nicht so weit wie anfangs Dahrendorf und Fechner, die dafür plädierten, rasch die Einheitspartei zu bilden[48]. In dieser Hinsicht nahm Grotewohl eher eine vermittelnde Position ein. Dagegen kann die Tatsache, dass sein Entwurf keine eigenen inhaltlichen Forderungen enthielt, sondern sich an dem KPD-Gründungsaufruf anlehnte, zu Recht kritisiert werden. Zu seiner Entlastung sei jedoch angeführt, dass sich Grotewohl bis dahin noch nie als versierter Parteitheoretiker gezeigt hatte. Solchen Debatten war er bereits in der Weimarer Republik aus dem Weg gegangen. Seine damalige Stellungnahme zu den 21 Bedingungen der Kommunistischen Internationale stellten eine Ausnahme dar, zumal er mit seiner Position im Mehrheitstrend der braunschweigischen USPD lag.

[42] Dazu ausführlicher: Hoffmann, Sozialpolitische Neuordnung, S. 29f.
[43] Sattler, Bündnispolitik als politisch-organisatorisches Problem, S. 134.
[44] Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe III, Bd. 1, S. 28–31, hier S. 28.
[45] Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus. Bd. IV/1, S. 152.
[46] Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 78f.
[47] Vgl. Malycha, Der Aufruf des Zentralausschusses der SPD, S. 610. So auch Hans Grotewohl über seinen Vater. SAPMO-BArch, SgY 30/1878, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Hans Grotewohl über seine Erinnerungen an Otto Grotewohl vom 14. 12. 1976, S. 33.
[48] Malycha, Die SED, S. 63f.

Während Lehmann, Gniffke und Dahrendorf die entscheidenden konzeptionellen Köpfe des neu gebildeten Zentralausschusses waren, vertrat Grotewohl die ostzonale SPD nach außen. Dabei konnte er rasch sein rhetorisches Talent unter Beweis stellen, das ihm schon im Freistaat Braunschweig in den zwanziger Jahren zugute gekommen war. Seinen ersten öffentlichen Auftritt hatte er bei einer Funktionärsversammlung am 17. Juni 1945 im Prenzlauer Berg (Berlin)[49]. Eingangs begrüßte er die Zulassung der Parteienbildung durch die sowjetische Besatzungsmacht, „weil sie uns die schmachvollen Ketten von Händen und Füßen streift, die wir 12 lange, tieftraurige Jahre getragen haben"[50]. Dadurch werde dem deutschen Volk die Möglichkeit eröffnet, „unter Beweis zu stellen, dass es von dem ernsten Willen beseelt ist, sich durch Wiedergutmachung und innere Reinigung vor der Welt zu rehabilitieren, vor der Deutschlands Name entehrt und geschändet ist". Anschließend äußerte er sich selbstkritisch, denn Deutschland habe die Befreiung vom Faschismus nicht selbst errungen, sondern sie „als ein Geschenk der siegreichen Armeen entgegennehmen müssen"[51]. Gleichzeitig nahm er aber den deutschen Widerstand gegen das NS-Regime in Schutz und verwies auf die brutale und rücksichtslose Herrschaftspraxis, die erst unter den „eiserne[n] Hammerschläge[n] der Roten Armee und der Alliierten von außen" zusammengebrochen sei. Aus dieser Niederlage zog Grotewohl rhetorisch geschickt Selbstbewusstsein für den Teil der Funktionseliten in Deutschland, die weder Hitler gestützt noch mit dem nationalsozialistischen Regime kollaboriert hatten: „Gerade diese besten Kreise und Schichten im Deutschen Volke gebrauchen wir, um die innere Reinigung des durch die geistlose und hasserfüllte Nazilehre irregeführten und entwurzelten Volkes vorzubereiten und durchzuführen."[52] Damit wandte er sich gegen eine pauschale Kollektivschuldthese und unterstrich zugleich den Anspruch der politisch unbelasteten Deutschen, bei der zukünftigen Gestaltung Deutschlands entscheidend mitzuwirken[53]. In klarer Abgrenzung zum nationalsozialistischen Überlegenheitswahn betonte er die Notwendigkeit einer Verständigung mit den anderen Völkern Europas, was freilich langfristig Gleichberechtigung voraussetzte: „Wir wollen nicht über anderen Völkern, sondern neben ihnen stehen."[54]

Mit seiner Rede griff Grotewohl zentrale Passagen aus dem Aufruf des Zentralausschusses auf und forderte unter anderem die „restlose Vernichtung aller Spuren des Hitler-Regimes auch in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung", die eine wichtige Voraussetzung für die friedliche Zusammenarbeit mit den anderen Staaten in der Zukunft sei[55]. Ferner betonte er, dass es die historische Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse sei, „Trägerin des neuen Staatsgedankens" zu werden[56].

[49] SAPMO-BArch, NY 4090/125, Bl. 29–41. Abgedruckt bei: Otto Grotewohl und die Einheitspartei. Bd. 1, S. 69–76. Die Rede wurde in der DDR 1979 auszugsweise abgedruckt in: Grotewohl, Über Politik, Geschichte und Kultur, S. 21–27.
[50] SAPMO-BArch, NY 4090/125, Bl. 29–41, hier Bl. 29.
[51] Ebenda, Bl. 30f.
[52] Ebenda, Bl. 31.
[53] Diese doppelte Bedeutung kommt bei Jodl zu kurz. Vgl. Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 80f.
[54] SAPMO-BArch, NY 4090/125, Bl. 29–41, hier Bl. 31, Rede Grotewohls vor einer SPD-Funktionärversammlung am 17. 6. 1945 im Prenzlauer Berg (Berlin).
[55] Ebenda, Bl. 33.
[56] Ebenda, Bl. 37.

In dem Zusammenhang stellte er jedoch die oberste Autorität der Besatzungsmächte nicht in Frage. Im Gegenteil: Der politische Weg des deutschen Volkes in eine bessere Zukunft ergebe sich aus den Befehlen der Siegermächte, insbesondere aus der Deklaration vom 5. Juni 1945, mit der die vier Alliierten die oberste Regierungsgewalt in Deutschland übernommen hatten. Für Grotewohl war die Entnazifizierung eng verbunden mit der Wiedergutmachung für die Schäden und Verwüstungen, die Hitler-Deutschland über ganz Europa gebracht habe. Diese müssten sich allerdings an der materiellen Leistungsfähigkeit Deutschlands orientieren.

Breiten Raum nahm in seiner Rede die Zukunft der Parteienlandschaft in Deutschland ein. Grotewohl sprach sich gegen ein zersplittertes Parteiensystem wie in der Weimarer Republik aus: „Wir werden es zu verhindern wissen, dass sich in dieser Republik wieder Dutzende von Parteien und Grüppchen etablieren, die ihre engstirnigen Interessen den großen Aufgaben des Volkes voranstellen wollen."[57] Statt dessen beschwor er die vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Parteien, die die „antifaschistisch-demokratische Republik" rückhaltlos anerkennen sollten. Dazu kam es am 14. Juli 1945, denn die von der SMAD zugelassenen Parteien (KPD, SPD, CDU, LDP) schlossen sich zum Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien zusammen[58]. Daran schloss sich sein Appell zur organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterbewegung an, die er in seiner Rede stärker akzentuierte, als es der Zentralausschuss in seinem Gründungsaufruf tat. Die Bildung einer Einheitsorganisation sah er jedoch am Ende eines zeitlich nicht näher festgelegten Prozesses, wobei das Ergebnis für ihn schon feststand: „Das höchste und wertvollste Gut der Arbeiterklasse ist die Einheit, wir wollen sie einmal unbefleckt und rein in die Hände der uns folgenden Generation legen, damit sie uns nicht einmal sagt: Ihr habt Euch in großer Stunde klein gezeigt!"[59] Die Einheit der beiden Arbeiterparteien wollte er aber nicht um jeden Preis, denn er sprach der SPD eine leitende Funktion zu. Ihr sollte nämlich die Aufgabe zufallen, „frei von allen Schatten der Vergangenheit zu klären und zu sammeln"[60].

Die Tatsache, dass Grotewohl in seiner ersten öffentlichen Rede einen Führungsanspruch für die SPD reklamierte, machte auch deutlich, dass er gegenüber den sozialdemokratischen Funktionären die Entschlossenheit des frisch gebildeten Zentralausschusses demonstrieren wollte. Was die Zusammenarbeit mit den Kommunisten betraf, so blieben seine Aussagen jedoch vage. Er griff zwar den Einheitswunsch zahlreicher Mitglieder auf, vermied aber konkrete Aussagen über Inhalte und zeitliche Vorstellungen. Die Versammlungsteilnehmer waren, wenn man der Schilderung Gniffkes folgt, von Grotewohl und seiner Rede begeistert[61]. Nachdem Fechner die einzelnen Mitglieder des Zentralausschusses vorgestellt hatte, bat er um die Zustimmung, den Zentralausschuss als Führungsgremium der Partei zu bestätigen. Die versammelten Funktionäre folgten Fechner und stimm-

[57] Ebenda, Bl. 36.
[58] Kommuniqué über die Bildung der antifaschistisch-demokratischen Parteien am 14. 7. 1945, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe III, Bd. 1, S. 60f.
[59] SAPMO-BArch, NY 4090/125, Bl. 29–41, hier Bl. 39, Rede Grotewohls vor einer SPD-Funktionärversammlung am 17. 6. 1945 im Prenzlauer Berg (Berlin).
[60] Ebenda, Bl. 41.
[61] Zum folgenden: Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 31f.

ten seinem Antrag zu; Widerspruch kam nicht auf. Grotewohl konnte mit dem Ausgang der Versammlung zufrieden sein, denn es war im Wesentlichen sein Verdienst, dass der Zentralausschuss eine so breite Unterstützung erhalten hatte.

Die Entwicklung in Berlin kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich der Aufbau der SPD auf kommunaler und regionaler Ebene völlig unterschiedlich vollzog und nicht zentral angeleitet oder beeinflusst wurde[62]. Im Unterschied zur KPD, die von Anfang an durch die drei Initiativgruppen von oben nach unten durchorganisiert wurde, handelte es sich bei der SPD um eine Partei, deren Stärke auf ihren Landesverbänden beruhte[63]. Auf der einen Seite hatte dies den Vorteil, dass innerhalb kurzer Zeit zahlreiche neue Mitglieder gewonnen werden konnten, die mit verschiedenen Interessen und Zielen in die SPD eintraten. Zählte der Bezirksverband Groß-Berlin im Juli 1945 28680 Mitglieder, waren es Ende Oktober bereits 55000. Noch deutlicher fiel der Mitgliederzuwachs in den Traditionshochburgen, nämlich den Bezirken Dresden (7500/27000 Mitglieder), Chemnitz (4500/22000 Mitglieder) sowie Leipzig (3000/15800 Mitglieder) aus[64]. Der Vorsprung der SPD bei den Mitgliederzahlen gegenüber der KPD vergrößerte sich von 13000 (September) auf rund 52000 (Oktober 1945)[65]. Auf der anderen Seite entwickelte sich daraus auch ein Nachteil, denn die Partei verfügte nicht über die inhaltliche Geschlossenheit und die klare Organisationsstruktur wie die KPD, was die bevorstehenden gemeinsamen Gespräche durchaus beeinflusste. Hinzu kamen Kommunikationsprobleme zwischen dem Zentralausschuss und den Parteigliederungen auf Landes- und Kreisebene, die sich schon bald als strukturelles Defizit erwiesen[66].

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass der Zentralausschuss mit dem Aufruf vom 15. Juni 1945 seinen Führungsanspruch unterstrich, für die SPD in der sowjetischen Besatzungszone zu sprechen. Dieses Vorgehen wurde aber nicht in allen Ländern und Provinzen sofort akzeptiert. So lehnten führende Sozialdemokraten in Thüringen die Wiedergründung ihrer alten Partei ab und schlossen sich im Juli 1945 unter Federführung von Hermann Brill zum Bund demokratischer Sozialisten zusammen, in dem auch einzelne Kommunisten mitwirkten[67]. Erst nach dem Abzug der Amerikaner kam es zum Verbot durch die sowjetische Besatzungsmacht und zur Gründung des thüringischen SPD-Bezirksverbandes. Der spätere SPD-Landesvorsitzende Heinrich Hoffmann, der als sehr viel moderater galt als Brill, musste sich anlässlich eines Besuchs in Berlin deutliche Worte von Grotewohl gefallen lassen. Dieser habe – so Hoffmann in seinen nicht veröffentlichten Erinnerungen – die Auflösung des Bundes gefordert: „Über Eure Lage in Thüringen bin ich bereits durch den Genossen Dr. Brill informiert. Ändert schleunigst die Bezeichnung ‚Bund demokratischer Sozialisten' um in ‚Landesverband Thüringen der SPD', schließt Euch unserem Aufruf an, unterstellt Euch dem Zentralausschuß und

[62] Malycha, Die SED, S. 65.
[63] Vgl. Bouvier, Antifaschistische Zusammenarbeit, Selbständigkeitsanspruch und Vereinigungstendenz, S. 427–465; Malycha, Auf dem Weg zur SED.
[64] Zu den Zahlen die Tabelle über die Mitgliederbewegung in: SBZ-Handbuch, S. 479.
[65] Errechnet nach der Tabelle bei Malycha, Die SED, S. 74.
[66] Malycha, Auf dem Weg zur SED, S. XXXI.
[67] Vgl. dazu: Ehnert, Alte Parteien in der „neuen Zeit". Zu Brill (1895–1959) liegt eine Biographie vor, die mit der SED-Gründung in Thüringen endet. Vgl. Overesch, Hermann Brill.

der Satzung der SPD."[68] Nach einem Besuch Brills in Berlin soll Grotewohl gesagt haben: „Man wird sich um die Thüringer recht bald kümmern müssen."[69]

Am 19. Juni 1945 konstituierte sich nicht nur der geschäftsführende Vorstand des Zentralausschusses, an dessen Spitze die drei gleichberechtigten Vorsitzenden Otto Grotewohl, Max Fechner und Erich W. Gniffke standen, sondern auch der zentrale Arbeitsausschuss von SPD und KPD[70]. Zur ersten gemeinsamen Sitzung kamen von sozialdemokratischer Seite Dahrendorf, Gniffke, Grotewohl, Lehmann und Otto Meier; das ZK der KPD schickte Anton Ackermann, Ottomar Geschke, Hans Jendretzky, Walter Ulbricht und Otto Winzer. Beide Parteien hatten sich zuvor auf die paritätische Besetzung des Gremiums geeinigt. Die Vereinbarung zählte insgesamt fünf Aufgabenbereiche auf, denen sich der gemeinsame Arbeitsausschuss zuwenden sollte. Dazu gehörten vor allem die Entnazifizierung und die Bildung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien, die knapp einen Monat später erfolgte. Darüber hinaus galt es, allgemeine politische und ideologische Fragen zu besprechen sowie gemeinsame Veranstaltungen durchzuführen.

Das Treffen fand in einer angespannten Atmosphäre statt[71], denn Ulbricht lehnte eine rasche Gründung einer einheitlichen Arbeiterpartei ab und wollte sich zudem inhaltlich nicht festlegen lassen. So kritisierte er den Aufruf des Zentralausschusses, insbesondere das Bekenntnis zum Aufbau von „Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft". Im Gespräch machte er deutlich, dass der Sozialismus seiner Meinung nach nicht ganz oben auf der Tagesordnung stehen sollte. Damit entsprach er inhaltlich dem kommunistischen Gründungsaufruf. Folgt man der Darstellung Gniffkes, zeigten sich die sozialdemokratischen Spitzenpolitiker erneut verunsichert. Grotewohl hakte nach und stellte die Frage, ob die KPD andere Vorstellungen von Demokratie und Sozialismus habe als die SPD. Auch hier wich Ulbricht aus und erklärte nur, dass „bestimmte Maßnahmen der kommunalen Wirtschaftsführung [...] mit Sozialismus nichts zu tun" hätten[72]. Die von beiden Parteien geschlossene Vereinbarung basierte im Wesentlichen auf einem Entwurf Ackermanns, den dieser für das Treffen bereits vorbereitet hatte. Gniffke, der eigentlich mit ihm zusammen das Dokument ausarbeiten sollte, war völlig überrumpelt und konnte nur noch einige Änderungen vornehmen. Nach Beendigung des Gesprächs zeigten sich die SPD-Vertreter deutlich irritiert, denn die KPD hatte sich in zahlreichen Punkten durchsetzen und dem Treffen ihren Stempel aufdrücken können. In dem Zusammenhang machte Grotewohl auch seine Vorbehalte gegenüber Ulbricht deutlich: „Ein gefährlicher Bursche, dieser Ulbricht, der wird uns noch zu schaffen machen."[73] Neben dieser formellen Zusammenarbeit gab es in der Folgezeit noch zahlreiche informelle Kon-

[68] SAPMO-BArch, SgY 30/1365/1, Bl. 391, Erinnerungen Heinrich Hoffmann. Der Besuch muss vor der Gründungsversammlung des SPD-Bezirksverbandes Thüringen am 8.7.1945 stattgefunden haben.
[69] Ebenda.
[70] Vereinbarung des ZA der SPD und des ZK der KPD vom 19.6.1945 über die Bildung eines gemeinsamen zentralen Arbeitsausschusses, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe III, Bd. 1, S. 41f.
[71] Dazu die anschauliche Schilderung bei: Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 32–34.
[72] Ebenda, S. 33.
[73] Ebenda, S. 34.

takte zwischen führenden Sozialdemokraten und Kommunisten, etwa auf der Ebene der am 27. Juli 1945 gebildeten Zentralverwaltungen[74].

Der Eindruck vom ersten Zusammentreffen mit der KPD-Führung bestätigte sich Ende Juni bzw. Anfang Juli 1945, als der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands gebildet wurde. Obwohl die Organisation überparteilich sein sollte, war der kommunistische Einfluss unübersehbar[75]. Nur durch Zufall erfuhr Dahrendorf von der geplanten Gründungsversammlung, die am 3. Juli im Großen Sendesaal des Rundfunkhauses in Berlin stattfand. Der Zentralausschuss war also vorab nicht informiert worden und beriet daraufhin über das weitere Vorgehen gegenüber der KPD. In seinen Erinnerungen schildert Gniffke, dass Grotewohl die Auffassung vertrat, die SPD müsse „den Anfängen wehren" und dürfe die Ausschaltung der Partei bei der Gründung nicht hinnehmen[76]. Daraufhin protestierte der Zentralausschuss in einem Schreiben an das ZK der KPD gegen die Vorgehensweise und sah die Grundlagen der Aktionsgemeinschaft gefährdet. Angeblich wurde sogar damit gedroht, den kurz zuvor geschlossenen zentralen Arbeitsausschuss zwischen beiden Parteien aufzukündigen. Im Namen des ZK betonte Ackermann, dass die KPD selber von den Gründungsvorbereitungen überrascht worden sei und sich zunächst nicht einschalten wollte. Dies sei der Grund dafür gewesen, dass innerhalb der Aktionsgemeinschaft keine Diskussion zu diesem Thema geführt worden sei. Der Zentralausschuss war also gewarnt: Frühzeitig begannen die Kommunisten damit, wichtige Weichenstellungen in zahlreichen Bereichen von Politik und Gesellschaft einzuleiten, ohne dies mit dem neuen Partner abzustimmen.

Für die weitere Entwicklung der SPD in der sowjetischen Besatzungszone war nicht nur das Verhältnis zur KPD von entscheidender Bedeutung, sondern auch das zur sowjetischen Besatzungsmacht. Die sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), die ihren Sitz in Berlin-Karlshorst hatte, besaß die oberste Entscheidungsgewalt in der SBZ. Sie genehmigte die Bildung von Parteien und Gewerkschaften; sie erteilte die Lizenzen für die Zeitungen und Zeitschriften. Dabei besaß die KPD einen Startvorteil, da die drei Initiativgruppen auf Weisung Moskaus in Deutschland operiert hatten und die kommunistische Führung über direkte und indirekte Kontakte nach Karlshorst verfügte, welche die SPD nicht besaß. Am 21. Juni 1945, zwei Tage nach der Vereinbarung mit der KPD, trafen die Mitglieder des Zentralausschusses erstmals führende Vertreter der SMAD in Karlshorst, darunter General Fjodor J. Bokow, den ersten Stellvertreter des Politischen Beraters, Wladimir S. Semjonow, und den Chef der Propagandaverwaltung, Sergej I. Tjulpanow[77]. Da die Sozialdemokraten um Grotewohl über keine Erfahrungen im Umgang mit sowjetischen Funktionären verfügten und darüber hinaus keine russischen Sprachkenntnisse hatten, holten sie bei Ulbricht Rat ein, der ihnen emp-

[74] Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/277, Bl. 73, Dahrendorf am 30. 10. 1945 an Grotewohl.
[75] Vgl. hierzu Heider, Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, in: SBZ-Handbuch, S. 714–725.
[76] Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 56.
[77] Aus Sicht eines Zeitzeugen und Teilnehmers: Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 40–43. Zur historischen Einordnung: Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945. Bd. 4/1, S. 156f.

fahl, seine Lebensgefährtin und spätere Frau, Lotte Kühn, als Dolmetscherin mitzunehmen[78].

Zwei Tage später kam es zu einem weiteren Treffen, dieses Mal mit dem Obersten Chef der SMAD, Marschall Georgi K. Schukow, der die sozialdemokratischen Spitzenfunktionäre in seine am Müggelsee bei Köpenick gelegene Residenz einlud. Vor allem diese Zusammenkunft hinterließ bei den Vertretern des Zentralausschusses einen nachhaltigen Eindruck, denn Schukow zeigte Verständnis für die Stimmung in der deutschen Bevölkerung, die durch den Besatzungsalltag spürbar litt. Nach Angaben von Gniffke hörte er sich die vorgetragenen Berichte über Plünderungen, Vergewaltigungen und Übergriffe sowjetischer Soldaten aufmerksam an und beschönigte nichts[79]. Die Sozialdemokraten schienen Vertrauen zum Marschall gewonnen zu haben. Grotewohl berichtete bei einem Treffen mit SPD-Funktionären in Leipzig am 26. August 1945 über dieses Gespräch: „Wir haben bei der Anmeldung der Partei beim Marschall Schukow eine Äußerung von ihm erhalten, die für die gesamte parteipolitische Entwicklung von erheblicher Bedeutung ist. Marschall Schukow hat uns erklärt: ‚Meine Herren, ich bin hier mit dem Auftrag nach Berlin und in das Okkupationsgebiet geschickt und habe den Auftrag aus Moskau, hier ein demokratisches Staatsleben zu entwickeln. Ich weiß genau, daß ich mich dabei in erster Linie nicht auf die Kommunistische Partei stützen kann, sondern daß ich auf Sie angewiesen bin, denn ich weiß, daß Sie die Massen hinter sich haben.'"[80] Mit dieser Aussage konnte der sowjetische Marschall einige Sorgen des SPD-Zentralausschusses, der eine Majorisierung durch die KPD befürchtete, zumindest kurzfristig zerstreuen. Es hatte den Anschein, als ob die sowjetische Besatzungsmacht die SPD als gleichberechtigten Partner auf deutscher Seite akzeptieren würde.

Zu diesem Zeitpunkt hatte der Zentralausschuss den organisatorischen Aufbau eines parteieigenen Apparates noch längst nicht abgeschlossen. So beschloss das sozialdemokratische Führungsgremium am 3. Juli 1945, Gustav Klingelhöfer, der in den ersten Nachkriegsmonaten einer der wichtigsten Berater und Redenschreiber Grotewohls war, als hauptamtlichen Referenten für Wirtschaftspolitik einzustellen[81]. In dieser Funktion hielt Klingelhöfer beispielsweise am 31. August ein Referat, das sich mit der „Analyse der Weltlage 1945 und ihrer wahrscheinlichen Entwicklung" beschäftigte[82]. Dahrendorf beantragte Mitte September die „sofortige Schaffung eines Politischen Sekretariats", das dem geschäftsführenden Vorstand für die politische Führung der Partei zur Verfügung stehen sollte[83]. Dabei nannte er die Namen von Klingelhöfer und Ernst Niekisch, einem Nationalbolschewisten und Mitbegründer des Kulturbundes. Zwei weitere Parteigenossen

[78] Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 41.
[79] Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 44.
[80] Zitiert nach: Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 86.
[81] LAB, E Rep. 200-23, Nr. 21, der geschäftsführende SPD-Vorsitzende am 9. 7. 1945 an Klingelhöfer. Diese Mitarbeit wurde Klingelhöfer noch Anfang der fünfziger Jahre vom Westberliner SPD-Landesvorsitzenden Franz Neumann vorgehalten. LAB, E Rep. 200-23, Nr. 29–31, Mitteilung Klingelhöfers vom 14. 5. 1952 an die Mitglieder der SPD-Fraktion und die Kreisvorstände (West-Berlin).
[82] LAB, E Rep. 200-23, Nr. 22, Protokoll der 2. Sitzung des wirtschaftspolitischen Ausschusses des Zentralausschusses am 31. 8. 1945.
[83] LAB, E Rep. 200-23, Nr. 21, Dahrendorf am 17. 9. 1945 an den geschäftsführenden SPD-Vorstand.

sollten zur Mitarbeit herangezogen werden, um die politische Arbeit der Partei systematisch zu verbessern. Außerdem schlug er vor, dass ein informeller Zirkel des Öfteren zusammenkommen sollte[84], um „alle einschlägigen Fragen zu besprechen und notwendige Beschlüsse vorzubereiten bzw. zu treffen". Dahrendorfs Vorschläge, die im Zentralausschuss nicht weiter verfolgt wurden, zeigten, dass die Partei offensichtlich Nachholbedarf bei der Klärung organisatorischer Fragen hatte. Während die KPD im Sommer 1945 schon gezielte Kaderpolitik betrieb, um einen zuverlässigen parteieigenen Funktionärsapparat zu erhalten, schien die Rekrutierungspolitik der SPD weitgehend dem Zufallsprinzip zu folgen. So beklagten sich einzelne Parteifreunde, dass sie zunächst für die Mitarbeit in der Partei vorgesehen waren, dann aber wieder fallen gelassen wurden[85].

Im Gegensatz zur KPD wuchs bei der SPD die Anzahl der hauptamtlich beschäftigten Mitarbeiter nur langsam: Erst im November 1945 verfügte der Zentralausschuss über neun sogenannte Hauptsekretäre[86]. Neben Klingelhöfer waren dies Friedrich Ebert, Paul Löbe, Erich Lübbe, Dr. Otto Ostrowski, Fritz Schreiber, Louise Schröder, Karl Vollmershaus und Theo Wiechert. Während Dr. Ostrowski das Referat für Kommunalpolitik leitete, war Louise Schroeder, die 1948 amtierende Oberbürgermeisterin von Berlin wurde, für das Frauensekretariat zuständig[87]. Die Abteilung Gewerkschafts- und Genossenschaftspolitik leiteten Lübbe und Vollmershaus gemeinsam; für das Jugendsekretariat war Schreiber zuständig. Zur wichtigsten Abteilung des Zentralausschusses entwickelte sich jedoch die Abteilung Wirtschaft unter der Leitung Klingelhöfers. Zusammen mit Ernst Niekisch entwickelte er zahlreiche Denkschriften, unter anderem eine Analyse über die politische Orientierung der SPD, die eine sehr starke Hinwendung zur Sowjetunion enthielt. Grotewohl, Fechner und Gniffke hatten offenbar große Bedenken gegen die Veröffentlichung der Expertise, so dass sie erst einmal unter Verschluss gehalten wurde[88].

Das von Klingelhöfer maßgeblich ausgearbeitete Konzept der Ostorientierung[89] entstand vor dem Hintergrund der Verhandlungen der Siegermächte in Potsdam

[84] Diesem Zirkel sollten Grotewohl, Fechner, Gniffke, Lehmann und Dahrendorf angehören.
[85] SAPMO-BArch, NY 4090/278, Bl. 72–74, Josef L. am 24. 9. 1945 an Zentralausschuss der SPD.
[86] Müller, Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: SBZ-Handbuch, S. 474.
[87] Zum folgenden: Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 46f. Grotewohl unterstützte die Arbeit des Frauensekretariats von Anfang an und befürwortete den Plan, eine Frauenzeitschrift vom Zentralausschuss herausgeben zu lassen. Dabei scheute er keine Mühen und Kosten: „Ist das der Fall [gemeint ist die Bewilligung durch die SMAD], dann ist das Beste gerade gut genug, d. h. die Zeitschrift muss mit besten Illustrationen usw. ausgestattet werden, wobei ich keine Bedenken hege, dass für die Abdeckung der entstehenden Kosten durch hervorragendste Ausstattung der Zeitschrift einige Seiten Inserate zum Schluss eingefügt werden können". SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/17/10, Bl. 10, Grotewohl am 12. 11. 1945 an das Frauensekretariat.
[88] Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 48.
[89] Nach Ansicht von Jodl vertrat auch Carlo Schmid ein solches Konzept, das angeblich der Stimmungslage der schwäbischen Bevölkerung im Juli 1945 entsprach. Zu Beginn seiner Denkschrift vom 19. 7. 1945 betonte jedoch Schmid, dass sich „so gut wie alle Menschen dieses Landes" dem Westen zugehörig fühlen und eine Anlehnung an Frankreich für wünschenswert erachten. Zitiert nach Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung, S. 371. Diese wichtige Passage übergeht allerdings Jodl, da sie nicht in seine Argumentation passt. Vgl. Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 95. Schmid gab in seiner Denkschrift im Übrigen nur die Bedenken der Bevölkerung über die zukünftige politische Entwicklung wieder, die unter anderem auch durch die beginnende Ernährungskrise gekennzeichnet war. Auch diese Zusammenhänge verschweigt Jodl in seiner Biographie. Im Juli 1945 spielte Schmid im Übrigen die antikommunistische Karte aus, um die Amerikaner zu einem stärkeren Engagement zu bewegen. Weber, Carlo Schmid, S. 211f.

und war in vielen Punkten recht allgemein gehalten. Das Kernstück bildete die Überlegung, dass die geographische Lage Deutschlands in der Mitte Europas und die beherrschende Position der USA und der UdSSR eine politische Neuausrichtung der deutschen Politik erfordere[90]. Darüber hinaus war Klingelhöfer davon überzeugt, dass langfristig für den deutschen Wiederaufbau eine Ostorientierung notwendig sei, denn von den Westmächten, die primär an der Eroberung neuer Wirtschaftsmärkte interessiert seien, erwartete er keine Kapitalhilfen[91]. Grotewohl schien diese Ansicht nicht zu teilen, da er stärker die vermittelnde Funktion der SPD zwischen den beiden entstehenden weltpolitischen Lagern betonen wollte und deshalb eine Entscheidung für eine West- bzw. Ostorientierung ablehnte[92]. Diese Überlegung sollte sich auch später in seinen bedeutsamen Reden am 14. September sowie am 11. November widerspiegeln. So gesehen legte Grotewohl den Begriff der Ostorientierung pragmatisch aus, denn ihm ging es darum, gegenüber der sowjetischen Militäradministration eine Trumpfkarte zu besitzen, um den sozialdemokratischen Führungsanspruch im ungeteilten Deutschland behaupten zu können[93]. Ähnlich äußerte sich auch später der Urheber der Denkschrift nach seinem Wechsel in den Westen Deutschlands: „Deren [der Ostorientierung] einziger Zweck und Sinn [...] war, bei passender Gelegenheit die oberste russische Stelle davon zu überzeugen, daß sie [sic] nicht nötig habe, auf die Kommunisten zu bauen, um aus Deutschland keine Bedrohung für Sowjetrussland werden zu lassen."[94] Dennoch stellte die Denkschrift, die in unterschiedlichen Varianten vorliegt, nicht nur ein taktisches Instrument für den Vorsitzenden des Zentralausschusses dar. Angesichts der Ungewissheit, wie sich die interalliierten Beziehungen nach Potsdam und die politische Lage Europas in der Zukunft entwickeln würden, sah die ostzonale SPD-Führung um Grotewohl zweifelsohne die Notwendigkeit, eigene Überlegungen anzustellen und Optionen für das politische Handeln zu entwickeln. Schließlich war die Denkschrift Klingelhöfers Gegenstand von mehreren Beratungen des Zentralausschusses[95].

Während die Mehrheit im Zentralausschuss kaum Vertrauen zu Ulbricht hatte, war das Verhältnis zu Wilhelm Pieck anscheinend unkompliziert und ohne Belastungen. Dazu trug im Wesentlichen die Person des 1876 in Guben geborenen KPD-Vorsitzenden bei, der auch von vielen Sozialdemokraten als Vaterfigur wahrgenommenen wurde. Ganz anders als bei den Unterredungen mit Ulbricht herrschte bei den Treffen mit Pieck eine lockere, teilweise sogar herzliche Atmosphäre. Pieck war es auch, der am 14. Juli 1945 jeweils fünf Vertreter aller Parteien ins Berliner Stadthaus einlud, um die Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Par-

[90] Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945. Bd. 4/1, S. 335.
[91] Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 660.
[92] Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945. Bd. 4/1, S. 336.
[93] So das Urteil bei Caracciolo, Der Untergang der Sozialdemokratie, S. 294.
[94] Klingelhöfer am 7. 8. 1946 an Schumacher. Zitiert nach: Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945. Bd. 4/1, S. 338f.
[95] Obwohl entsprechende Protokolle und Aufzeichnungen nicht mehr vorhanden sind, konnte die interne Diskussion ansatzweise rekonstruiert werden. Vgl. Loeding, Führungsanspruch und Einheitsdrang, S. 215–234; Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945. Bd. 4/1, S. 333–341.

teien zu bilden[96]. Sein Vorschlag, diesem Gremium, das er völlig missverständlich als „Parlamentsersatz" bezeichnete, den Namen „Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien" zu geben, stieß jedoch auf Widerspruch und wurde geändert. Zum zentralen Ausschuss gehörten von Seiten der KPD Pieck, Ulbricht, Dahlem, Ackermann und Winzer. Die CDU schickte Andreas Hermes, Walther Schreiber, Jakob Kaiser, Theodor Steltzer und Ernst Lemmer; die LDP Waldemar Koch, Eugen Schiffer, Wilhelm Külz, Artur Lieutenant. Für die SPD saßen Grotewohl, Dahrendorf, Lehmann, Meier und Gniffke im neu gebildeten Gremium, das sich zweimal im Monat treffen sollte. Beschlüsse mussten einstimmig getroffen werden. Die Gründungserklärung legte zwar die inhaltlichen Hauptaufgaben fest[97]; dagegen blieben die programmatische Arbeit sowie zahlreiche organisatorische Fragen weitgehend ungeklärt[98]. Blockausschüsse gab es nicht nur auf zentraler Ebene in Berlin, sondern auch in den Ländern, Bezirken, Kreisen und Gemeinden. Das Gremium entsprach der kommunistischen Bündnispolitik und sollte durch die bereits gebildete Arbeitsgemeinschaft der beiden Arbeiterparteien eine Hinwendung der SPD zu den bürgerlichen Parteien verhindern[99]. Darüber hinaus diente es natürlich auch der Einbindung von CDU und LDP in das politische System der SBZ. Der KPD-Vorstoß zur Gründung der Blockausschüsse wurde von den übrigen Parteien bereitwillig mitgetragen. Entscheidende Motive waren die Erfahrungen mit dem parlamentarischen System der Weimarer Republik sowie die schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Problemlagen der unmittelbaren Nachkriegszeit.

Der Wiederaufbau der SPD in Deutschland, der dezentral verlief, erzeugte auch einen gewissen Konkurrenzdruck zwischen den einzelnen Gründungsgruppen. Die bekannteste und bedeutsamste Rivalität war zweifellos die zwischen dem Berliner Zentralausschuss und der Gruppe um Kurt Schumacher in Hannover, die sich im Verlauf des Spätsommers 1945 langsam herausschälte. Aus Sicht des Zentralausschusses ging es aber auch darum, gegenüber dem Londoner Exilvorstand den eigenen Führungsanspruch anzumelden. So wies etwa Erich W. Gniffke in einem internen Schreiben auf die Notwendigkeit hin, die Widerstandsaktivitäten der Partei im Deutschen Reich während der NS-Herrschaft öffentlich zu thematisieren: „Es ist eine dringende und zwingende Notwendigkeit, möglichst bald dem Ausland eine Dokumenten- und Tatsachensammlung zu übergeben, die mit dem Märchen aufräumt, dass es in Deutschland keine ernsthaften Gegner gegen das militärische System gegeben hat"[100]. Dieser Appell diente der Selbstvergewisserung und richtete sich indirekt gegen die Londoner Gruppe um Hans Vogel und Erich Ollenhauer. Er sollte unter anderem dazu beitragen, die Legitimität des Zentralausschusses nach außen zu demonstrieren[101]. Dazu sollte innerhalb der SPD nach ei-

[96] Zum ersten Treffen: Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 52f.
[97] Abgedruckt in: Suckut (Hrsg.), Blockpolitik, S. 64f.
[98] Bauer, Blockpartei und Agrarrevolution von oben, S. 39.
[99] Suckut, Block-Ausschüsse, in: SBZ-Handbuch, S. 595.
[100] SAPMO-BArch, DY 28/II 2/13, Bl. 1, Gniffke am 18. 7. 1945 an Fechner, Grotewohl, Dahrendorf und Meier.
[101] Grotewohl übersandte Vogel den Aufruf des Zentralausschusses zur Information. SAPMO-BArch, NY 4090/60, Bl. 217, Grotewohl am 17. 8. 1945 an Vogel (London). Der Londoner Parteivorstand hatte am 11. 7. 1945 eine Erklärung herausgegeben, die sich stark auf die Traditionen vor 1933 berief. Vgl. Mit dem Gesicht nach Deutschland, S. 701f.

ner „geeigneten Persönlichkeit" gesucht werden, „die von allen anderen Aufgaben freizustellen ist". Grotewohl unterstützte Gniffkes Vorstoß und plädierte dafür, einen „brauchbare[n]" Archivar mit der Durchführung zu beauftragen, denn es ging zunächst einmal um die Zusammenstellung von entsprechenden Dokumenten sowie um die Auswertung von bereits vorliegenden Fragebögen[102]. Zur Begründung führte Grotewohl an, dass viele Denkschriften und Vorschläge, die ehemals aktive Parteimitglieder dem Zentralausschuss vorgelegt hätten, „in erschreckender Weise" zeigten, „welche geistige Entwurzelung und Verwirrung der Nationalsozialismus angerichtet hat"[103]. Der Erfolg der politischen Parteiarbeit liege, so seine Schlussfolgerung, nicht allein in einem „tadellos funktionierenden, eisernen Organisationsapparat, sondern darüber hinaus auch in der sieghaften und souveränen Entfaltung weltanschaulicher Werte". Obwohl bei Gniffke einzelne Personalvorschläge eingingen[104], verlief die Angelegenheit letztlich im Sande[105], was vermutlich damit zusammenhing, dass der Zentralausschuss drängende organisatorische Fragen und vor allem sein Verhältnis zur erstarkenden KPD zu klären hatte. Dabei ging es der Führung um Grotewohl auch darum, eigene Parteifreunde in der Berliner Bezirksverwaltung unterzubringen[106].

Während Grotewohl in seinem Entwurf für den Aufruf des Zentralausschusses die große inhaltliche Übereinstimmung mit der KPD betonte, modifizierte er seine Position in den folgenden Wochen etwas. Am 12. August 1945 hielt er im Rahmen einer Kundgebung der Einheitsfront eine Ansprache im Berliner Funkhaus, die in zweierlei Hinsicht bemerkenswert war[107]. Zunächst unterstrich er, dass die KPD „das Kriegsbeil" zwischen beiden Parteien begraben und damit die ideologischen Voraussetzungen zur „Beseitigung des Bruderkampfes" geschaffen habe. Auf diese Weise schob er die Verantwortung für die teilweise heftigen Auseinandersetzungen in der Vergangenheit den Kommunisten indirekt in die Schuhe. Außerdem verteidigte er die Schaffung der ‚Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien', indem er darauf hinwies, dass damit die einzelnen Parteien nicht überflüssig würden. Hierbei zeigte sich ein gesteigertes Harmoniebedürfnis: „Bei der Zusammenarbeit der einzelnen Parteien ist es wie beim Wohlklang einer Leier. Jede Saite gibt ihren besonderen, bestimmten Ton, das Zusammenspiel aller aber gibt erst den klangvoll abgerundeten Akkord. Fehlte auch nur eine Saite in diesem Zusammenspiel, so gäbe es eine Dissonanz."[108] Grotewohl lehnte das pluralistische Parteiensystem der Weimarer Republik ab, dem er „zentrifugale Fliehkraft" attestier-

[102] SAPMO-BArch, DY 28/II 2/13, Bl. 1, Notiz Grotewohls vom 22.7.1945.
[103] SAPMO-BArch, DY 28/II 2/13, Bl. 2f., hier Bl. 2, Vermerk Grotewohls vom 23.7.1945 für Dahrendorf, Klimpel, Klingelhöfer, Lehmann, Meier, Ostrowski, Weimann, Fechner und Gniffke.
[104] SAPMO-BArch, DY 28/II 2/13, Bl. 4, Notiz (o. Verf.) für Gniffke.
[105] Zum sechsten Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen hielt Grotewohl am 1.9.1945 einen Rundfunkvortrag, in dem er sich ganz allgemein zum Kriegsausbruch und zur Kriegsschuld Deutschlands äußerte. Dabei thematisierte er den sozialdemokratischen Widerstand jedoch nicht. Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/125, Bl. 29–31, Rundfunkvortrag Grotewohls am 1.9.1945.
[106] SAPMO-BArch, NY 4090/278, Bl. 90, Grotewohl am 8.8.1945 an Gottlob M. (Berlin-Spandau).
[107] SAPMO-BArch, NY 4090/125, Bl. 10–19, hier Bl. 11, Ansprache Grotewohls im Funkhaus am 12.8.1945. Vgl. Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 66; Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 87.
[108] SAPMO-BArch, NY 4090/125, Bl. 10–19, hier Bl. 18, Ansprache Grotewohls im Funkhaus am 12.8.1945.

te[109]. Im Gegensatz dazu stelle die neu geschaffene Einheitsfront eine „zentripetale Sammelkraft" dar. Die Kundgebung im Rundfunkhaus, die auf eine Initiative der KPD zurückging, fand im Übrigen einige Tage nach Abschluss der Potsdamer Konferenz statt und sollte nach außen die einvernehmliche Haltung der Parteien in der SBZ zu den Beschlüssen der Siegermächte demonstrieren. Der Zentralausschuss, der kurz darauf tagte, sah jedoch die Notwendigkeit, die sozialdemokratische Position in einer eigenen Veranstaltung öffentlich zu machen und beauftragte Klingelhöfer, eine entsprechende Denkschrift vorzubereiten[110], die schließlich Grundlage für Grotewohls berühmte Rede am 14. September 1945 werden sollte.

Sozialdemokratische Selbstbehauptung und kommunistische Vereinigungskampagne

Die KPD beobachtete von Anfang an sehr aufmerksam die Entwicklung der SPD in der sowjetischen Besatzungszone, insbesondere des Zentralausschusses in Berlin. Ein Informationsbericht, der Anfang September 1945 dem Leiter der ZK-Abteilung Kaderfragen, Franz Dahlem, vorlag, registrierte unter den Berliner Sozialdemokraten „eine weitere Vertiefung" gegen die Bildung einer Einheitspartei[111]. Am stärksten würden Teile des mittleren Funktionärsapparates die Kooperation mit den Kommunisten sabotieren. Obwohl der Widerstand noch nicht organisiert auftrete, sei eine „breite Oppositionsstimmung gegen hervorragende Vertreter des Zentralausschusses" vorhanden. Der Bericht unterstrich die wachsende Kluft zwischen dem mittleren Funktionärsapparat, der einer Vereinigung mit der KPD zunehmend kritisch gegenüberstand, und der Parteileitung um Grotewohl, die eine organisatorische Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien anvisierte. In der Analyse kam der SPD in den westlichen Besatzungszonen eine tragende Rolle zu: „Ein grosser Teil der sozialdemokratischen Funktionäre erhofft [sich] von den ausserhalb der sowjetischen Besatzungszone entstehenden neuen Organisationen der SPD eine Wende der offiziellen Politik" des Zentralausschusses. Dort würden bereits einige Genossen an einem solchen Politikwechsel mitwirken, wie z. B. Litke, Göring, Schlimme, aber wohl auch Lehmann und Otto Meier[112]. Der unbekannte Verfasser des Informationsberichts kam zu der Schlussfolgerung, dass die KPD ihre Gewerkschaftsarbeit intensivieren müsste, um die sozialdemokratischen Funktionäre auf diesem Wege von der Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit der KPD-Politik zu überzeugen: „Gelingt es uns, auf der Grundlage einer entschlossenen einheitlichen Gewerkschaftsarbeit an die sozialdemokratischen Funktionäre heranzukommen, sie von der Ehrlichkeit unserer Arbeit zu überzeugen, wird auch die Auswirkung auf die allgemeine politische Arbeit nicht ausbleiben."[113]

[109] Ebenda, Bl. 12.
[110] Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 66.
[111] SAPMO-BArch, NY 4072/209, Bl. 20–23, hier Bl. 20, Informationsbericht für Genossen Dahlem [4. 9. 1945].
[112] In dem Zusammenhang wurde auch eine kritische Äußerung Fechners zitiert, die angeblich die Stimmungslage der SPD insgesamt treffend beschreibe: „Ja, der alte Wilhelm Pieck meint es sicher ehrlich, davon bin ich überzeugt; aber die KPD wird sich bei dem Versuch des ZK, die neue Linie durchzusetzen, in kurzer Zeit zerfleischen. Es gibt heute schon drei Richtungen in der KPD." Vgl. ebenda, Bl. 23.
[113] Ebenda.

Der Bericht der Kaderabteilung des ZK hatte die Stimmungslage der Berliner Sozialdemokraten offenbar richtig getroffen. Bereits nach der gemeinsamen Kundgebung der ‚Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien' am 12. August hatte der Zentralausschuss erkannt, dass er sich darum bemühen musste, eigenes politisches Profil zu gewinnen, um sich von der KPD etwas abzusetzen. Gelegenheit dazu bot eine SPD-Kundgebung am 14. September in der ‚Neuen Welt', einem historischen Veranstaltungsort der SPD im traditionsreichen Bezirk Neukölln. Die Hauptrede, die Otto Grotewohl hielt, war zuvor im Zentralausschuss intensiv besprochen worden. Vor einigen Tausend Zuhörern zog Grotewohl unter der Überschrift „Wo stehen wir – Wohin gehen wir?"[114] Bilanz über die zurückliegenden drei Monate seit der Parteineugründung. Zu Beginn seiner Rede äußerte sich Grotewohl zum Untergang der Weimarer Republik und zur Mitverantwortung der deutschen Arbeiterbewegung: „Die Schuld der Arbeiterklasse am Hitlersystem ist nicht nur, dass sie 1932 oder 1933 sein Kommen nicht verhindert hat, sondern dass sie von der Geburtsstunde der Demokratie an nur politische Taktik betrieb, ohne zu wissen, dass es ihre Aufgabe war, auch eine politische Strategie zu betreiben."[115] Es sei versäumt worden, Angehörige des alten und des neuen Mittelstandes, die durch die Inflation proletarisiert und deklassiert wurden, als Wähler oder Mitglieder zu gewinnen. So hätten sich weite Teile der deutschen Bevölkerung zu „politischem Treibholz"[116] entwickelt, das letztlich Hauptklientel der NSDAP geworden sei. Deshalb habe die Sozialdemokratie eine strategische Chance vertan und sich statt dessen damit begnügt, in den gewohnten Bahnen der parlamentarischen Demokratie und des „Wirtschaftsparlamentarismus" zu operieren. Auf dieser Analyse basierte im Übrigen auch Grotewohls Kritik an den Parteifreunden, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges vorbehaltlos an den sozialdemokratischen Traditionen vor 1933 anknüpfen wollten.

Bei aller Selbstkritik machte Grotewohl aber auch kein Hehl daraus, wer seiner Meinung nach der Hauptschuldige für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges war: „Die deutsche Großindustrie und die NSDAP sind schlechthin schuldig am Kriege. Das deutsche Reich als Staat und das deutsche Volk als Staatsbevölkerung mögen für verantwortlich erklärt werden; das ist das Recht des Siegers. [...] Große Teile der Arbeiterklasse aber können nicht als schuldig erklärt werden. Sie haben sich innerlich Hitler nie gebeugt und nie dem Kriege zugestimmt. Sie haben im Kampf gegen Hitler die schwersten Opfer gebracht."[117] Er ging sogar noch einen Schritt weiter und erklärte, dass die organisierte Arbeiterbewegung in Deutschland ihr Haupt ebenso frei erheben könne wie die Österreichs, der Tschechoslo-

[114] Unter diesem Titel erschien die Rede Grotewohl als eigenständige Beilage in der parteieigenen Zeitung ‚DAS VOLK'. Zu den Rahmenbedingungen der Veranstaltung und zum historischen Kontext ausführlich: Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945. Bd. 4/1, S. 322-353. Grotewohls Rede wird sehr ausführlich untersucht und in weiten Teilen paraphrasiert wiedergegeben bei: Loeding, Führungsanspruch und Einheitsdrang, S. 234-260.

[115] Die Publikation der Rede unterlag der sowjetischen Zensur, die einige kritische Aussagen Grotewohls strich. Im folgenden wird aus dem 1994 von Hans-Joachim Fieber, Maren Franke und Wolfgang Triebel veröffentlichten Redetext zitiert. Otto Grotewohl und die Einheitspartei. Bd. 1, S. 123-174, hier S. 123f.

[116] Ebenda, S. 125.

[117] Ebenda, S. 131.

wakei, Frankreichs, Italiens und Jugoslawiens[118]. Der gegen das NS-Regime geführte Widerstandskampf von Angehörigen der Arbeiterklasse, der mit zahlreichen Opfern verbunden gewesen sei, rechtfertige diese Haltung.

Anschließend wandte er sich in seiner Rede den brennenden tagespolitischen Fragen zu und sprach sich als erstes für eine einheitliche Planung und Lenkung der Wirtschaft aus. Die Forderung nach staatlichen Eingriffen und planwirtschaftlichen Instrumenten wurde allerdings in der unmittelbaren Nachkriegszeit von fast allen zugelassenen Parteien in den vier Besatzungszonen erhoben[119]. Damals war die Überzeugung weit verbreitet, dass es eine Rückkehr zum liberalkapitalistischen Wirtschaftssystem nicht geben könne[120]. Breiten Raum nahm auch die Schulpolitik ein: Hier konnte Grotewohl an seine Politik als Kultusminister in Braunschweig Anfang der zwanziger Jahre anknüpfen, denn er verlangte eine klare Trennung von Staat und Kirche[121]. Er betonte die Notwendigkeit der staatlichen Schulaufsicht und lehnte kirchliche Einflüsse im schulischen Bereich ab. Unter Verweis auf die Glaubens- und Gewissensfreiheit sprach er sich dafür aus, die Eltern entscheiden zu lassen, ob ihre Kinder am Religionsunterricht teilnehmen, den die Kirchen an den Schulen weiterhin anbieten dürften.

Im weiteren Verlauf seiner Rede sprach Grotewohl relativ ausführlich zentrale Problemfelder an, welche die deutsche ‚Zusammenbruchgesellschaft'[122] erheblich belasteten, insbesondere die Flüchtlings- und Kriegsgefangenenfrage. Dabei nahm er kein Blatt vor den Mund, was schließlich dazu führte, dass vor allem diese Textpassagen der sowjetischen Zensur zum Opfer fielen und nicht veröffentlicht werden durften[123]. Zunächst beschrieb er detailliert die von den Siegermächten beschlossenen Grenzen Deutschlands und sprach in dem Zusammenhang von einer Amputation des deutschen Staatsgebiets[124]. Gleichzeitig betonte er aber, dass es sich um eine „vorläufige Grenze" handele, was eine spätere Grenzrevision im Rahmen des noch ausstehenden Friedensvertrages offenbar nicht ausschließen sollte. Anschließend ging er auf die große Not der Flüchtlinge und Vertriebenen ein: „Herzzerreißende Hilferufe erreichen uns von den Flüchtlingen aus allen Teilen des Landes. Mit großer Sorge erfüllt uns das grausige Elend der aus den östlichen Gebieten kommenden Deutschen, deren Zahl die Hunderttausende überschreitet."[125] Grotewohl bezeichnete die Vertreibung der Deutschen als Flüchtlingstragödie, die entsprechende staatliche Maßnahmen verlange. Einige Jahre später wollte er davon nichts mehr wissen und akzeptierte die Grenzziehung vorbehaltlos, was insbesondere die sowjetische Führung mit Genugtuung zur Kenntnis nahm,

118 Ebenda, S. 132.
119 Steiner, Von Plan zu Plan, S. 37.
120 Ambrosius, „Sozialistische Planwirtschaft" als Alternative, S. 12f.
121 Otto Grotewohl und die Einheitspartei. Bd. 1, S. 123–174, hier S. 154f.
122 Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung, S. 37.
123 Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 67. Die Zensur erfolgte offensichtlich nicht einheitlich für die ganze SBZ. So berichtete Klingelhöfer, dass eine in Halle gedruckte Broschüre der Rede „bis auf wenige durchaus nicht wichtige Stellen [eine] fast wörtliche Wiedergabe" sei. Daraus schloss er, dass die sowjetische Zensur in Berlin ganz anders verfahre und letztlich weitaus strenger sei. LAB, E Rep. 200-23, Nr. 29-31, Notiz Klingelhöfers vom 18.10.1945 an Grotewohl.
124 Otto Grotewohl und die Einheitspartei. Bd. 1, S. 123–174, hier S. 138.
125 Ebenda, S. 139.

die dem Ko-Vorsitzenden der SED noch Anfang 1947 „Wankelmütigkeit und Inkonsequenz" in dieser Frage vorwarf[126]. In seiner Rede vom 14. September 1945 ging er ausführlich auf die Bodenreform ein, zu der die Provinzialverwaltung Sachsen bereits am 3. September 1945 eine Verordnung erlassen hatte. Durch die Enteignung und Aufteilung des Großgrundbesitzes sollten Kleinbauern, Landarbeiter und eben auch die sogenannten Umsiedler Land zur Bewirtschaftung erhalten[127]. Diese ordnungspolitische Weichenstellung hatte nicht nur eine sozialpolitische Komponente, sondern diente mindestens ebenso sehr der symbolträchtigen Entmachtung der verhassten Junker, die als eine tragende Stütze des NS-Regimes angesehen wurden. Eine solche Begründung lieferte auch Grotewohl in seiner Rede: „Die politische Seite der Bodenreform ist die Beseitigung des verderblichen Einflusses der Junker auf die Geschicke Deutschlands."[128] Auch wenn die SPD der Bodenreform grundsätzlich zustimmte, so war ihr doch das von der KPD forcierte Tempo entschieden zu schnell[129]. Darüber hinaus fand die geplante Aufteilung in Kleinparzellen zunächst nicht die Zustimmung der Sozialdemokraten im zentralen Einheitsfrontausschuss[130]. Erst am 13. September, und damit einen Tag vor der SPD-Veranstaltung in Neukölln, konnte eine Resolution zur Bodenreform einstimmig verabschiedet werden[131].

Als letztes nannte Grotewohl die Kriegsgefangenenfrage, die „ein außerordentlich wichtiges Problem für unsere Gegenwart und für unsere Zukunft" sei[132]. Seiner Meinung nach waren die deutschen Kriegsgefangenen in der Mehrzahl keine Nazis gewesen: Diejenigen, die politisch nicht zuverlässig schienen, seien als erstes zum Militärdienst einberufen worden. Im Zusammenhang mit der Reparationsfrage sprach er sich für eine rasche Entlassung der unschuldigen Kriegsgefangenen aus und verwies beiläufig auf seinen Sohn, der sich zu diesem Zeitpunkt noch in britischer Gefangenschaft befand: „Aber unsere Kriegsgefangenen sind ja nicht schuldiger an den Verbrechen der Hitlerherrschaft als die meisten der deutschen Männer, die frei in der Heimat leben dürfen. Ja, sie sind ganz bestimmt unschuldiger als die Pgs. und die Offiziere, die hier sind."[133] Diese Redepassagen müssen besonders den Unmut der sowjetischen Zensoren hervorgerufen haben, denn

[126] Lebenslauf Grotewohls von der ZK-Abt. für Außenpolitik der KPdSU (o. D.), in: Bonwetsch/Bordjugow, Stalin und die SBZ, S. 289.

[127] Vgl. dazu aus der neueren Literatur: Bauer, Blockpartei und Agrarrevolution von oben, S. 41-56; Bauerkämper (Hrsg.), „Junkerland in Bauernhand"?; Schwartz, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik", S. 637-689. Mit dem Schwerpunkt auf Brandenburg: Bauerkämper, Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur.

[128] Otto Grotewohl und die Einheitspartei. Bd. 1, S. 123-174, hier S. 140.

[129] Malycha, Die SED, S. 68.

[130] Sattler, Bündnispolitik als politisch-organisatorisches Problem, S. 154.

[131] Protokoll der Sitzung vom 13. 9. 1945, in: Suckut (Hrsg.), Blockpolitik, S. 88f. Die Resolution ist abgedruckt in: ebenda, S. 89f.

[132] Otto Grotewohl und die Einheitspartei. Bd. 1, S. 123-174, hier S. 143.

[133] Ebenda, S. 144. Fieber/Franke/Triebel behaupten, dass Hans Grotewohl zum Jahreswechsel 1945/46 aus der britischen Kriegsgefangenschaft entlassen wurde, nachdem die SMAD bei der britischen Militärverwaltung interveniert hatte. Ebenda, Anm. 203. Einer anderen Quelle zufolge kam Grotewohls Sohn mit Hilfe des persönlichen Verbindungsoffiziers des Stabschefs für die britische Zone frei. Thomas, Deutschland, England über alles, S. 153. Grotewohl bedankte sich persönlich beim Obersten Chef der SMAD, Marschall Schukow, für die „freundliche Initiative". SAPMO-BArch, NY 4090/314, Bl. 16, Grotewohl am 6. 12. 1945 an Schukow.

Grotewohls Stellungnahme entsprach in keiner Weise der offiziellen Position Moskaus, die eine differenzierte Betrachtung der Kriegsgefangenen nicht vorsah.

Wilhelm Pieck, der als Gast an der SPD-Veranstaltung in der ‚Neuen Welt' teilnahm, wurde hellhörig, als sich Grotewohl schließlich der Vereinigungsfrage zuwandte. Dabei sprach sich der Vorsitzende des Zentralausschusses zunächst einmal für eine Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien aus, um dann zu betonen, dass die Voraussetzungen für eine organisatorische Vereinigung vorläufig noch nicht erfüllt seien[134]. Dies entsprach zweifellos der offiziellen Linie von KPD und SPD zu diesem Zeitpunkt. Grotewohl zitierte aus dem Gründungsaufruf, in dem sich die KPD zur Errichtung einer parlamentarisch-demokratischen Republik bekannt hatte, und sah ein Demokratiedefizit bei der KPD: „Wir verkennen die Schwierigkeit nicht, die unsere Freunde aus dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei haben, um den letzten Mann und die letzte Frau davon zu überzeugen, dass die Erkenntnis von der Anwendung der Demokratie eine geschichtliche Notwendigkeit geworden ist. In diesem Punkte haben wir es mit unseren Anhängern leichter."[135] Dagegen bestünde die Schwierigkeit für die SPD darin, die eigene Anhängerschaft vom guten Willen der Kommunisten zu überzeugen: „Wer aufmerksam und mit Verantwortung sein Ohr auf das Herz der Organisation legt, wird hören, dass noch manche unreine Schläge da sind. Den kommunistischen Arbeitern muss rückhaltlos gesagt werden, dass eine erfolgreiche Zusammenarbeit nur möglich ist, wenn sie sich grundsätzlich daran gewöhnen, in ihrem sozialdemokratischen Kameraden nicht mehr den Verräter an den Klasseninteressen zu sehen." Damit griff Grotewohl in seiner Rede, die oft von großem Beifall der Versammlung unterbrochen wurde, die Ängste zahlreicher sozialdemokratischer Mitglieder und Funktionäre auf[136]. Bemerkenswert war das Selbstbewusstsein, das Grotewohl auch in dieser Frage demonstrierte, denn er untermauerte den sozialdemokratischen Führungsanspruch. Die SPD habe die Aufgabe, „für die politische Willensbildung als Sammellinse zu wirken, in der sich die Ausstrahlungen der übrigen Parteien und Anschauungen des politischen Lebens in Deutschland treffen"[137]. Der sozialdemokratische Beitrag „zur Veränderung der Geschichte und der Welt besteht in der Aufgabe, den Neubau des Staates zu vollziehen".

Während die Redeabschnitte zur Rolle der SPD in der sowjetischen Besatzungszone abgedruckt werden konnten, strichen die sowjetischen Zensoren einen wichtigen Abschnitt, in dem sich Grotewohl zur Einheit Deutschlands und zu einer möglichen SPD-Gründung über die Zonengrenzen hinweg äußerte. Die erste Stufe zur Wiederherstellung der politischen Einheit Deutschlands müsse in der Schaf-

[134] Otto Grotewohl und die Einheitspartei. Bd. 1, S. 123–174, hier S. 158. Auf die insgesamt doch verhaltene Kritik an der KPD geht Voßke in der offiziellen Biographie nicht ein. Stattdessen stellt er allgemein fest, dass die Rede Grotewohls widersprüchliche Formulierungen enthalte, die „unter dem Druck opportunistischer Kräfte" im Zentralausschuss der SPD aufgenommen worden seien. Voßke, Otto Grotewohl. Biographischer Abriß, S. 137.

[135] Otto Grotewohl und die Einheitspartei. Bd. 1, S. 123–174, hier, S. 159.

[136] Die Vorbehalte gegenüber der KPD hatte Gniffke noch bei seinem Besuch des SPD-Bezirksverbandes Leipzig am 10. 9. 1945 registriert. Vgl. Auszug aus dem Bericht Gniffkes über seinen Aufenthalt in Leipzig vom 15. 9. 1945, in: Malycha, Auf dem Weg zur SED, S. 80–86, hier S. 80. Vgl. Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 80f.

[137] Otto Grotewohl und die Einheitspartei. Bd. 1, S. 123–174, hier S. 162.

fung einer einheitlichen sozialdemokratischen Partei liegen, erklärte Grotewohl und wandte sich damit gezielt an die Sozialdemokraten in den westlichen Besatzungszonen, wo die Zulassung von Parteien und Gewerkschaften erst im August bzw. September 1945 erfolgt war: „Die Reichseinheit setzt die Reichspartei" voraus[138]. Der Berliner Zentralausschuss wolle keinen alleinigen Führungsanspruch geltend machen, sondern lediglich als Treuhänder und Sachverwalter auftreten, „bis andere und bessere Genossen berufen werden, unsere Plätze einzunehmen". Mit Blick auf die bevorstehende Konferenz im Kloster Wennigsen bei Hannover Anfang Oktober richtete er an die westlichen Parteifreunde den Appell, eine einheitliche Partei für alle vier Besatzungszonen zu bilden. Dieses Ziel rangierte deutlich vor der von ihm in Aussicht gestellten und grundsätzlich befürworteten Vereinigung mit der KPD.

Dies war die bis dahin bedeutsamste programmatische Rede Otto Grotewohls[139]. Nachdem die KPD mit ihrem Gründungsaufruf vorgeprescht war und die SPD unter Zugzwang gesetzt hatte, konnte der Zentralausschuss mit der Kundgebung am 14. September öffentlichkeitswirksam Eigenständigkeit demonstrieren. Auf den ersten Blick gab es keine großen Überraschungen: Grotewohl sprach sich zwar grundsätzlich für die Einheit der Arbeiterbewegung aus, eine Fusion mit der KPD lehnte er aber zunächst noch ab. Er bekräftigte den Führungsanspruch des Zentralausschusses und unterbreitete erstmals den Vorschlag, die SPD als einheitliche Partei für ganz Deutschland zu bilden. Damit konnte er etwas Zeit gegenüber den kommunistischen Einheitsbemühungen gewinnen und sich zugleich als Vertreter gesamtdeutscher Interessen präsentieren. Außerdem bezog Grotewohl in einigen sensiblen Fragen Stellung, so z. B. zur Vertriebenen- und Kriegsgefangenenproblematik, ohne auf direkten Konfrontationskurs zur sowjetischen Besatzungsmacht zu gehen.

Mit dieser Rede stieg er endgültig zur politischen Führungspersönlichkeit des Zentralausschusses auf. Sichtbares Zeichen war der nicht endende Applaus der Versammlungsteilnehmer, deren Stimmungslage er offenbar mit seinen Ausführungen gut erfasst hatte. Die Verbreitung der Rede verstärkte diesen Effekt, auch wenn zahlreiche Passagen zensiert wurden[140]. Grotewohls Rede zielte aber nicht nur auf die politische und sozioökonomische Entwicklung in der SBZ ab, sondern hatte auch eine Stoßrichtung gegen den Westen: Zwei Wochen vor dem geplanten Treffen mit Schumacher hatte Grotewohl ein Zeichen gesetzt und seinen Bekanntheitsgrad auch jenseits der Grenzen der sowjetischen Besatzungszone deutlich erhöht. Seine Rede war ein Zeichen für das gewachsene Selbstbewusstsein der Berliner Parteigruppierung, die sich als gleichberechtigter Partner neben dem Büro Schumacher und der Londoner Gruppe und eben nicht als Juniorpartner der KPD

[138] Ebenda, S. 161.

[139] Kaden und Klotzbach vergleichen die Rede Grotewohls mit Schumachers „Politischen Richtlinien", die er Ende August mit einer Einladung zur Konferenz in Wennigsen (5.–7. 10. 1945) an alle wiedererstandenen Bezirksorganisationen verschickt hatte. Kaden, Einheit oder Freiheit, S. 74; Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei, S. 47.

[140] Grotewohl hielt die Rede nochmals auf einer Großkundgebung der SPD in Magdeburg am 15. 9. 1945. Vgl. Auszug aus dem Protokoll über die Sitzung des SPD-Vorstandes der Provinz Sachsen am 18. 9. 1945, in: Malycha, Auf dem Weg zur SED, S. 52.

verstand. Diesem Ziel dienten schließlich auch die eigenen inhaltlichen und programmatischen Vorstellungen.

Zu diesem Zeitpunkt beobachtete Schumacher die Entwicklung der SPD in der sowjetischen Besatzungszone bereits mit Argusaugen. In einem Rundschreiben an die Bezirksvorstände hielt er fest, dass es eine große Interessenübereinstimmung zwischen „unseren politischen und organisatorischen Anschauungen und denen der Londoner Emigration" gebe[141]. Er zeigte sich erleichtert über die „herzliche Allianz" mit der Exilgruppe um Hans Vogel, Erich Ollenhauer, Fritz Heine und Erwin Schöttle. Gleichzeitig lehnte er einen Führungsanspruch des Berliner Zentralausschusses ab[142] und äußerte seine Besorgnis über die politische Zukunft in der SBZ, wo „unsere Genossen [...] ihre Politik unter ganz anderen Voraussetzungen machen als wir"[143]. Damit sprach er indirekt die Abhängigkeit von der sowjetischen Besatzungsmacht an. Im Büro Schumacher ging man davon aus, dass die SMAD Grotewohl aus taktischen Gründen heraus politischen Handlungsspielraum gewähren würde[144]. Grotewohls Rede vom 14. September und die Tatsache, dass die Berliner Führung einen Gestaltungsanspruch angemeldet hatte, sei letztlich mit den Sowjets abgesprochen und somit kein Zeichen für politische Selbständigkeit. Nach Einschätzung des Büros Schumachers verschlechterte sich die Situation der KPD in Berlin sowie den fünf ostdeutschen Ländern, so dass Karlshorst verstärkt die Zusammenarbeit mit Grotewohl suche.

Die Antwort der KPD auf die SPD-Veranstaltung vom 14. September ließ nicht lange auf sich warten, denn Pieck hielt bereits fünf Tage später eine viel beachtete Rede, in der er den Zentralausschuss indirekt kritisierte. Dabei wiederholte er den bekannten kommunistischen Vorwurf, die SPD-Führung habe im Juli 1932 und im Januar 1933 das Angebot ausgeschlagen, gemeinsam einen Generalstreik auszurufen. Vor diesem Hintergrund forderte er, dass Lehren für die Zukunft gezogen werden müssten. Diese Fehler dürften nämlich nicht wiederholt werden; vielmehr müssten „Sicherungen" geschaffen werden, damit die Arbeiterschaft nicht noch einmal auf den „Weg der Passivität und des Abwartens" gelenkt werde[145]. Pieck warnte davor, dass sich die sozialdemokratischen Arbeiter damit abfinden könnten, „dass solche Gestalten wie Noske, Severing, Stampfer und ähnliche wieder an die Spitze der Sozialdemokratischen Partei treten, die vor Hitler das Zustandekommen der Einheit und den einheitlichen Kampf der Sozialdemokraten und Kommunisten zur Abwehr der Schläge der Reaktion sabotierten, die statt dessen den Hauptkampf gegen die Kommunisten und die Hetze gegen die Sowjetunion betrieben"[146]. Piecks Ausführungen widersprachen diametral Grotewohls Plädoyer, die Kommunisten sollten in den Sozialdemokraten nicht mehr den Verräter der Klasseninteressen sehen. Der Zustand der SPD war auch Gegenstand interner Be-

[141] AdsD, Bestand Büro Kurt Schumacher, Mappe 162, Bl. 109–111, hier Bl. 110, Rundschreiben vom 15. 9. 1945.
[142] Ebenda, Bl. 111.
[143] Ebenda, Bl. 110.
[144] AdsD, Bestand Kurt Schumacher, Mappe 155, Aktennotiz vom 20. 9. 1945.
[145] Rede Piecks über „Die demokratische Bodenreform, Deutschlands Aufbauproblem, die Kraft der demokratischen Einheit" vom 19. 9. 1945 in Berlin, in: Pieck, Reden und Aufsatze. Bd. II, S. 11–27, hier S. 25.
[146] Verkürzt zitiert bei Malycha, Die SED, S. 72.

ratungen der KPD-Spitze. So bemängelte etwa Fred Oelßner allgemein auf einer Sitzung der Sekretariats- und Agitpropleiter am 28. September den „ideologischen Wirrwarr in der SPD“[147]. Anton Ackermann wurde sogar noch deutlicher, als er davon sprach, dass Grotewohls Rede „in sehr vielen Punkten eine starke Belastung für die Einheitsfront darstellt“[148].

Die KPD hatte allen Grund zur Sorge, denn Grotewohls Rede schien die Mitglieder und Funktionäre der SPD wachzurütteln und zu mobilisieren. Der Vorsitzende des Provinzialverbandes Sachsen-Anhalt, Ernst Thape, erklärte auf einer Vorstandssitzung, die wenige Tage nach der Kundgebung in Neukölln stattfand, dass Grotewohl der Mann sei, „den die Sozialdemokratische Partei als Führer braucht“[149]. Er sei „eine ganz große politische Persönlichkeit“. Vorstandsmitglied Werner Bruschke wies darauf hin, „wie wichtig diese Tat [gemeint ist die Kundgebung vom 14. September] war, die Gen[osse] [Otto] Grotewohl und der Zentralausschuss im richtigen Moment vollbracht haben“. Grotewohls Rede animierte den sächsischen SPD-Landesvorsitzenden Otto Buchwitz dazu, eine ähnlich kritische Rede für den geplanten Landesparteitag am 6./7. Oktober vorzubereiten[150]. Obwohl er von Anfang an zu den Befürwortern der organisatorischen Vereinigung beider Arbeiterparteien gehörte, verurteilte Buchwitz die Personalpolitik in Sachsen, die offenbar dazu geführt hatte, dass in den Stadtverwaltungen sowie in der Polizei zahlreiche Sozialdemokraten durch Kommunisten ersetzt wurden. Eine Fusion mit der KPD könne nur geschehen unter völliger Gleichberechtigung beider Parteien: „Wir wollen unter keinen Umständen 5. Rad am Wagen werden.“

Die KPD zweifelte im Herbst 1945 teilweise an den Führungsqualitäten Grotewohls und traute ihm nicht so recht zu, die unterschiedlichen Parteiströmungen zusammenzuführen, die vor allem in der alten Reichshauptstadt ausgemacht wurden. Ein weiterer interner Bericht vom Oktober 1945 betonte, dass Grotewohl, der zusammen mit Fechner für die organisatorische Einheit der Arbeiterbewegung eintrete, „weitesten Funktionärkreisen unbekannt“ gewesen sei[151]. Deshalb sei es den „später auftretenden Saboteuren der Einheitsfront“ leicht gefallen, ehemals populäre SPD-Politiker „als Gegenspieler auftreten zu lassen“. In dem Zusammenhang wurde der frühere Reichstagspräsident Paul Löbe genannt. Die KPD registrierte den Widerstand innerhalb der Berliner SPD, der sich nach Einschätzung der ZK-Kaderabteilung immer stärker formierte und sich in erster Linie auf zahlreiche Kreisleiter stützen konnte. Der Bericht enthielt detaillierte Angaben über die Entwicklung in einzelnen Bezirken, was auf einige gut unterrichtete Informanten hindeutet. Besonders aufschlussreich war die Feststellung, dass nach Einschätzung der ZK-Kaderabteilung die Hinwendung der KPD zur SPD von zahl-

147 Stenographische Niederschrift über die erweiterte Sekretariatssitzung am 28. 9. 1945, in: Benser/Krusch (Hrsg.), Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Bd. 2, S. 54–146, hier S. 62.

148 Ebenda, S. 135.

149 Aus dem Protokoll über die Sitzung des SPD-Vorstandes der Provinz Sachsen am 18. 9. 1945, in: Malycha, Auf dem Weg zur SED, S. 52.

150 Schreiben von Otto Buchwitz an Otto Grotewohl vom 23. 9. 1945, in: Malycha, Auf dem Weg zur SED, S. 86–88, hier S. 87.

151 SAPMO-BArch, NY 4072/209, Bl. 24–42, hier Bl. 29, Bericht der ZK-Kaderabt. über das Verhältnis KPD-SPD in Berlin [Okt. 1945].

reichen Sozialdemokraten als unglaubwürdig kritisiert wurde. Zu tief saßen demnach die Verletzungen, die der Kampf der KPD in der Weimarer Republik gegen die SPD hinterlassen hatte. Beispielhaft wurde auf die bekannte kommunistische Verunglimpfung der Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten" verwiesen, die auch nach Kriegsende bei vielen SPD-Mitgliedern und Funktionären noch lange nachwirkte. Selbstkritisch gab der Bericht zu bedenken, dass in der kommunistischen Parteiorganisation, „besonders in den unteren Einheiten, noch sektiererische Elemente wirksam sind, die den einheitsfeindlichen Funktionären der SP[D] die Arbeit erleichtern"[152]. Im Bericht wurde daher die Schlussfolgerung gezogen, dass mit allen Mitteln der Versuch unternommen werden müsse, „die sozialdemokratischen Mitglieder selbst in engste Gemeinschaft mit unseren Genossen zu bringen"[153]. Dafür bot sich aus Sicht der Berichterstatter die Gewerkschaftsarbeit besonders an; sie wiederholten damit den einen Monat zuvor unterbreiteten Vorschlag noch einmal.

Die gesamtdeutsche Stoßrichtung Grotewohls, die in seinen Vorschlag mündete, die SPD als Reichspartei zu konstituieren, schien die KPD zu beunruhigen. Da sich die West-SPD unter Schumacher stark an der britischen Labourpartei orientierte, sah die ZK-Kaderabteilung politische Gefahren auf die eigene Partei zukommen: „Der reaktionäre Einfluss der Labour-Party macht sich vor allem in dem Bestreben bemerkbar, die deutsche Sozialdemokratie an den Westen zu binden, um damit die Gefahr einer aussenpolitischen Orientierung auf die SU zu verhindern. Der deutschen Sozialdemokratie ist damit die Funktion einer Hilfstruppe des westlichen Imperialismus zugedacht."[154] In dieser Auseinandersetzung seien die führenden Genossen des Zentralausschusses „nicht frei von Schwankungen". Die Rede Grotewohls vom 14. September wurde deshalb als Rückschritt in den Bemühungen zur Herstellung der organisatorischen Einheit der Arbeiterbewegung interpretiert. Insbesondere die sozialdemokratischen Unabhängigkeitsbekundungen wurden als störend empfunden.

Die KPD reagierte prompt: Die einsetzende Distanzierung großer Teile der SPD vom zukünftigen kommunistischen Bündnispartner, die Reklamierung des politischen Führungsanspruchs in der SBZ durch Grotewohl sowie das gewachsene Selbstbewusstsein der Sozialdemokraten infolge des rasant zunehmenden Mitgliederbestandes läuteten den politischen Kurswechsel bei der KPD-Führung ein. Diese setzte nun die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien ganz oben auf die Agenda und versuchte, die eigene Mitgliedschaft auf die Fusion einzuschwören. Auf diese Weise sollten Widerstände der kommunistischen Parteibasis im Vorfeld ausgeschaltet werden. Darüber hinaus nahmen kommunistische Spitzenpolitiker direkten Kontakt zu einzelnen Vertretern des Zentralausschusses auf. So kam es am 25. September zu einer Unterredung zwischen Pieck und Grotewohl, auf der unter anderem die Bildung einer Einheitspartei besprochen wurde[155]. Dabei übergab Pieck einen Bericht mit kritischen Bemerkungen von SPD-Funktionären der

[152] Ebenda, Bl. 34.
[153] Ebenda, Bl. 35.
[154] Ebenda, Bl. 37.
[155] Notiz Piecks über Besprechung mit Grotewohl am 25. 9. 1945, in: Benser/Krusch (Hrsg.), Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Bd. 2, S. 596f.

unteren Ebene und bat Grotewohl, über die SPD-Bezirksleitung Berlin „Feststellungen über diese Äußerungen [...] machen [zu] lassen"[156]. Über das Ergebnis des Spitzentreffens liegen leider keine schriftlichen Angaben vor. Es deutet allerdings einiges darauf hin, dass der Politische Berater des Obersten Chefs der SMAD, Semjonow, bereits am 21. September ein klärendes Gespräch mit Grotewohl geführt hatte[157]. Gleichzeitig intensivierte die KPD den Ausbau des zentralen Parteiapparates[158]; eine Pressekampagne für die Einheitspartei sollte die Gegnerschaft als Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse abstempeln[159]. Zu den Maßnahmen der KPD gehörte auch der Versuch, unterschiedliche Strömungen im Zentralausschuss, insbesondere kritische Stimmen zur Rede Grotewohls auszumachen. Einem Informationsbericht zufolge waren angeblich Dahrendorf und Gniffke mit der zum Teil kritischen Haltung Grotewohls gegenüber der Sowjetunion nicht einverstanden[160].

Eine weitere wichtige Zäsur für die Vereinigung von SPD und KPD bildete die bereits erwähnte Konferenz von Wennigsen am 5./6. Oktober 1945, zu der Schumacher eingeladen hatte[161]. Im Vorfeld hatte der in London lebende Hans Vogel Otto Grotewohl indirekt aufgefordert, eine Delegation nach Wennigsen zu schicken. Seiner Meinung nach sollte die zukünftige organisatorische Gestaltung und Führung der Gesamtpartei sowie deren programmatische Ausrichtung einer „Vertretertagung" auf gesamtdeutscher Ebene vorbehalten bleiben. Eindringlich betonte er: „Bis dahin sollte jeder an seinem Platz versuchen, das Beste für die Partei zu tun, ohne in wichtigen Fragen der letzten Entscheidung durch die Gesamtpartei vorzugreifen"[162]. Die sozialdemokratische Gruppe um Vogel, der am 6. Oktober starb und nicht mehr an der Konferenz in Wennigsen teilnehmen konnte, verfügte zu diesem Zeitpunkt offensichtlich nur über eingeschränkte Informationen zur Entwicklung der SPD in der sowjetischen Besatzungszone. Deshalb verwundert es nicht, dass sein freundschaftlich gehaltener Brief keine Reaktion auf die zwei Tage zuvor gehaltene Rede Grotewohls enthielt.

Die Konferenz von Wennigsen konnte nur unter erschwerten Bedingungen stattfinden, da die britische Militärregierung mit der grundsätzlichen Erlaubnis einige gravierende Auflagen verknüpfte[163]. So gestattete sie lediglich zwei voneinander getrennte Konferenzen, eine für die Delegierten aus der britischen Zone und eine weitere für die aus den anderen Besatzungszonen. Zunächst tagten am 5. und 6. Oktober 1945 die 38 Delegierten der britischen Zone. Dabei musste Schumachers Bevollmächtigter, Herbert Kriedemann, eine Verpflichtungserklärung unter-

156 SAPMO-BArch, NY 4036/634, Bl. 79f., Pieck am 27. 9. 1945 an Grotewohl.
157 Sattler, Bündnispolitik als politisch-organisatorisches Problem, S. 168.
158 Vgl. hierzu Kubina, Der Aufbau des zentralen Parteiapparates.
159 Malycha, Die SED, S. 74.
160 SAPMO-BArch, NY 4036/631, Bl. 107, Bericht von Martin Sch. vom 23. 9. 1945 über eine Unterredung mit Gustav Dahrendorf.
161 Zur Vorbereitung der Konferenz: Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945. Bd. 4/1, S. 354–380. Die Darstellung des Konferenzverlaufs stützt sich in der Sekundärliteratur vor allem auf Briefe und Erinnerungsberichte. Ein offizielles Konferenzprotokoll liegt dagegen nicht vor. Vgl. Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei, S. 49, Anm. 57; Loeding, Führungsanspruch und Einheitsdrang, S. 289f., Anm. 100.
162 SAPMO-BArch, NY 4101/12, Bl. 1f., Vogel am 16. 9. 1945 an Grotewohl.
163 Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei, S. 49.

schreiben, die unter anderem festlegte, dass Abgesandte aus der amerikanischen, französischen oder sowjetischen Zone nicht an der Versammlung teilnehmen durften[164]. Eine Ausnahme bildeten die Vertreter der Londoner Gruppe, von der Erich Ollenhauer, Heine und Schoettle zur Konferenz geflogen wurden. Zwei der drei wichtigsten sozialdemokratischen Gruppierungen konnten somit gleich zu Beginn der Konferenz direkten Kontakt aufnehmen und offizielle Gespräche führen. Dagegen wurde der Zentralausschuss, für den Grotewohl, Fechner und Dahrendorf angereist waren, aufgrund der britischen Anweisung vom Konferenzbeginn ausgeschlossen. Die Mehrzahl der Konferenzteilnehmer war im Übrigen schon vor 1933 politisch aktiv gewesen und nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges am Wiederaufbau der Partei beteiligt[165]. Schumacher hatte die Konferenz in seinen Politischen Richtlinien zunächst noch als „Reichskonferenz" bezeichnet, war aber im Laufe der Zeit immer mehr davon abgerückt[166]. Zwei Gründe waren für ihn ausschlaggebend[167]: Zum einen die Vorbehalte der westlichen Besatzungsmächte, die zu diesem Zeitpunkt eine zentrale Parteiarbeit über die Zonengrenzen hinweg nicht genehmigen wollten, und zum zweiten der Führungsanspruch des Berliner Zentralausschusses, den Schumacher nicht anerkannte.

Grotewohls Ziel, die SPD für Gesamtdeutschland aufzubauen, um dadurch der staatlichen Einheit Deutschlands einen Schritt näher zu kommen, erwies sich unter diesen Umständen rasch als Illusion. Dies wurde bereits bei der Vorbereitung der Konferenz von Wennigsen deutlich. Im Mittelpunkt der Beratungen stand ein Referat Schumachers, der seine politischen Vorstellungen skizzierte und dabei auch auf das Verhältnis zum Zentralausschuss einging. Angesichts der bestehenden Besatzungsbedingungen lehnte er es ab, die SPD für alle vier Besatzungszonen zu bilden. Außerdem sei es unmöglich, die SPD „als Ganzes zentral von Berlin aus zu leiten"[168]. Damit wies er den Führungsanspruch des Zentralausschusses zurück und konnte sich mit dieser Position auch in der Aussprache mit Grotewohl am 7. Oktober durchsetzen, bei der es zu folgenden Abmachungen kam: „Solange das Deutsche Reich in einzelne getrennte Besatzungszonen zerfällt und es die Vorschriften der Militärregierungen nicht gestatten, ist eine organisatorische Einheit der Sozialdemokratischen Partei nicht gegeben."[169] Außerdem verständigten sich beide Seiten darauf, bis zur Verwirklichung der Reichs- und Parteieinheit den Zentralausschuss als die Führung der SPD in der sowjetischen Besatzungszone anzusehen. Im Gegenzug war Schumacher anerkannter politischer Beauftragter der drei Westzonen. Abschließend wurde vage vereinbart, dass „über alle gemeinsame Interessen berührenden Fragen [...] durch möglichst häufige persönliche Rücksprache und sonstigen Kurierverkehr die größtmögliche Übereinstimmung und Abstimmung der gegenseitigen Politik" durch Grotewohl und Schumacher erfolgen sollte. Grotewohl hatte zuvor noch versucht, die anwesenden Delegierten davon

164 Kaden, Einheit oder Freiheit, S. 131.
165 Kaden, Einheit oder Freiheit, S. 133.
166 Moraw, Die Parole der „Einheit" und die Sozialdemokratie, S. 121.
167 Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei, S. 49.
168 Rede Dr. Schumachers in Hannover [Wennigsen] am 5.10.1945, in: Albrecht (Hrsg.), Kurt Schumacher, S. 301–319, hier S. 318.
169 Zitiert nach: Kaden, Einheit oder Freiheit, S. 149.

zu überzeugen, den Zentralausschuss als vorläufige Reichsleitung der SPD anzuerkennen[170]. Auch wenn in der Aussprache versucht wurde, das Verbindende zwischen Ost und West zu betonen, so überwog doch letztlich der Eindruck einer Aufteilung von Interessensphären. Die Bemühungen Grotewohls und des Zentralausschusses, eine gesamtdeutsche Parteiführung zu bilden, scheiterten daher an Schumacher, weil dieser unter den gegebenen politischen Rahmenbedingungen in der SBZ einen solchen Schritt ablehnte. Das Ergebnis hatte Folgen für die ostdeutschen Sozialdemokraten, denn Grotewohls taktisches Kalkül, mit dem gesamtdeutschen Vorstoß gegenüber der KPD Zeit zu gewinnen, war nicht aufgegangen. Nach der Rückkehr von Wennigsen erhöhte sich der kommunistische Einheitsdruck. Schumacher unterrichtete umgehend die westdeutschen SPD-Bezirksvorstände über die Ergebnisse von Wennigsen und wies insbesondere auf die zwischen Grotewohl und ihm getroffene Abmachung hin, die offensichtlich Dank der Vermittlung von Wilhelm Knothe zustande gekommen war[171]. Mittlerweile hatte sich das Verhältnis zwischen Grotewohl und Schumacher deutlich abgekühlt. So soll der Vorsitzende des Zentralausschusses über den Chef der West-SPD gesagt haben, dieser habe nichts dazu gelernt, obwohl er Häftling im Konzentrationslager gewesen sei[172]. Grotewohl habe Schumacher sogar als einen Betrüger bezeichnet.

Dennoch wäre es völlig verfehlt, Schumacher als Hauptschuldigen darzustellen, der die Bedeutung einer gesamtdeutschen SPD nicht begriffen hatte und nur seine eigene Machtposition absichern wollte[173]. Eine solche Betrachtungsweise wird den historischen Gegebenheiten, in denen sich Deutschland Anfang Oktober 1945 befand, aber auch der politischen Persönlichkeit Schumachers, der bereits vor 1933 zu den schärfsten Kritikern der KPD gezählt hatte, nicht gerecht. Die britische Besatzungsmacht hatte klare Vorgaben für die Konferenz gegeben, die eingehalten werden mussten. Dass diese den Planungen Schumachers entgegenkamen, steht auf einem anderen Blatt. Bei einer angemessenen Würdigung der SPD-Interzonentagung muss auch berücksichtigt werden, dass sich die politischen Parteien in den einzelnen Zonen unterschiedlich weit entwickelt hatten. In dieser Hinsicht nahm der Zentralausschuss eine Vorreiterrolle ein, was in erster Linie auf die früh getroffene Entscheidung der sowjetischen Besatzungsmacht zurückzuführen war, in ihrer Zone politische Parteien zuzulassen. Während Grotewohl diesen organisatorischen Vorsprung bei den Gesprächen in Wennigsen in die Waagschale werfen wollte, war Schumacher bestrebt, den Parteiaufbau in den westlichen Besatzungszonen zunächst einmal voranzutreiben. Beide Politiker mussten die Interessen der jeweiligen Besatzungsmacht in ihrem politischen Kalkül berücksichtigen. Hinzu kam, dass Schumacher der KPD bereits in der Weimarer Republik stark misstraut und ihr eine allzu große Abhängigkeit von der Sowjetunion vorgehalten hatte.

[170] Loeding, Führungsanspruch und Einheitsdrang, S. 296. Ein vertrauliches Gespräch mit der Londoner Delegation zu Beginn der Konferenz hatte auch keinen Erfolg gebracht, denn die Mitglieder des Exilvorstandes lehnten eine Unterstützung von Grotewohls Position ab. Ebenda, S. 291 f.

[171] AdsD, Bestand Kurt Schumacher, Mappe 162, Bl. 94 f., Mitteilung des Büros Schumacher [Oktober 1945].

[172] SAPMO-BArch, SgY 30/1879, Bl. 29, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Ludwig Eisermann über seine Erinnerungen an Otto Grotewohl vom 30. 3. 1977.

[173] So das etwas harsche Urteil bei Loeding, Führungsanspruch und Einheitsdrang, S. 418.

Schumachers entschiedene Haltung gegenüber dem Führungsanspruch des Zentralausschusses resultierte somit nicht so sehr aus eigenen machtpolitischen Bestrebungen, sondern wird erst vor dem Hintergrund seiner vor 1933 gewonnenen Erfahrungen verständlich.

Nicht nur die KPD-Führung, sondern auch die kommunistische Parteibasis nahm die Ereignisse von Wennigsen aufmerksam zur Kenntnis. Einzelne Ortsgruppen forderten das ZK der KPD auf, eine öffentliche Stellungnahme abzugeben, „um eine Einheit der Arbeiterschaft für die Zukunft zu gewährleisten"[174]. Da der Versuch des Zentralausschusses gescheitert war, als Repräsentant der SPD für Gesamtdeutschland aufzutreten, gelang es der KPD immer mehr, den sozialdemokratischen Selbständigkeitsbestrebungen propagandistisch entgegenzutreten. Auch wenn sich die ostzonale SPD-Führung um Grotewohl noch zierte, wurden die unteren Parteigliederungen der SPD in zunehmendem Maße unter Druck gesetzt[175]. Insbesondere die innerparteilichen Kritiker fühlten sich bestärkt, die von Anfang an vor einer allzu engen Zusammenarbeit mit der KPD gewarnt hatten. Dazu gehörte vor allem der ehemalige thüringische Regierungspräsident Dr. Hermann Brill, der in einem Rundschreiben darauf hinwies, dass „die KPD zu ihrer alten sogenannten ‚Einheitsfronttaktik' zurückgekehrt" sei[176]. Damit habe die KPD stets das Ziel verfolgt, die SPD zu zerstören und zur alleinherrschenden Arbeiterpartei aufzusteigen. Als Belege nannte er zwei Veranstaltungen in Erfurt und Gera, auf denen Pieck bzw. Ackermann die Behauptung aufgestellt hätten, die SPD stehe erneut unter der Führung von Noske, Stampfer und Severing. Diese Vorwürfe waren nicht aus der Luft gegriffen, wie das Beispiel der KPD-Bezirksleitung Brandenburg zeigte, die auf einer Sekretariatssitzung am 12. Dezember die Mitglieder des SPD-Landesvorstandes Brandenburg in rechte und linke Vertreter aufteilte[177]. Grundlage dieser Strategie war der alte kommunistische Vorwurf, die SPD habe keine Lehren aus der Geschichte gezogen. Brill sprach sich zwar für die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse aus, allerdings sollte diese Einigung in allen vier Besatzungszonen erfolgen. In diesem Punkte griff er eine Forderung Grotewohls auf und verwies auf einen entsprechenden Beschluss des Landesparteitages vom 28. Oktober. Daraus ergab sich für Brill die Schlussfolgerung, dass „andere Bindungen gegenüber der KPD als Fraktionsgemeinschaften [...] nicht zulässig sind"[178].

Die Handlungsspielräume des Zentralausschusses verringerten sich somit sukzessive; nach Wennigsen war der Führungskreis um Grotewohl wieder in die Defensive geraten. In einem Interview mit der ‚Täglichen Rundschau', der sowjetischen Tageszeitung für die ostdeutsche Bevölkerung, antwortete Fechner im Auftrag Grotewohls auf die Frage, ob sich die gemeinsame Arbeit der Parteien in

[174] SAPMO-BArch, NY 4036/631, Bl. 109, KPD-Ortsgruppe Glienicke am 24. 10. 1945 an das ZK der KPD.
[175] Malycha, Die SED, S. 84.
[176] SAPMO-BArch, NY 4090/279, Bl. 14f., hier Bl. 14, Rundschreiben Nr. 18 des SPD-Landesverbandes Thüringen an alle Kreisverbands- und Ortsvereinsvorstände.
[177] Malycha, Die SED, S. 75. Das Sitzungsprotokoll ist abgedruckt bei: Malycha, Auf dem Weg zur SED, S. 145–148.
[178] SAPMO-BArch, NY 4090/279, Bl. 15, Rundschreiben Nr. 18 des SPD-Landesverbandes Thüringen an alle Kreisverbands- und Ortsvereinsvorstände.

der sogenannten Einheitsfront bewährt habe, etwas ausweichend. Er bejahte zwar grundsätzlich die Zusammenarbeit in dem Gremium, gab aber kritisch zu bedenken: „Es darf sich weder eine neue Dolchstosslegende bilden, noch darf mit dem Schlagwort der ‚Schuldlüge' ein neuer Revanchekrieg vorbereitet werden."[179] Das Unbehagen gegenüber dem kommunistischen Partner und dessen Vorgehensweise in der Einheitsfrage war nicht zu überhören.

Ein Ereignis, das die KPD-Führung dazu bewog, das Tempo der Einheitskampagne zu beschleunigen, war die Rede Grotewohls vom 11. November 1945, die er anlässlich des Jahrestages der deutschen Novemberrevolution von 1918 hielt. Mit dieser Ansprache versuchte er ein letztes Mal, Meinungsführerschaft zu signalisieren und gegenüber der KPD wieder in die Offensive zu gelangen. Ausgangspunkt war erneut die KPD, die den geschäftsführenden SPD-Vorstand bei einer gemeinsamen Sitzung aufforderte, zum Jahrestag der russischen Oktoberrevolution und der deutschen Novemberrevolution eine Veranstaltung der Aktionseinheit SPD/KPD durchzuführen[180]. Auf diese Weise sollte wahrscheinlich auch öffentlichkeitswirksam der Einigungswille beider Parteien demonstriert werden. Doch die sozialdemokratische Führungsspitze lehnte ab, denn sie fühlte sich durch die Vorgehensweise zum wiederholten Male überrumpelt. Stattdessen wollte der Zentralausschuss eine eigene Revolutionsfeier veranstalten, um die Unabhängigkeit vom ZK der KPD deutlich zu machen[181]. Grotewohl schlug vor, umgehend den Zentralausschuss zusammenzurufen und ihm zu empfehlen, von einer Jubelveranstaltung mit der KPD Abstand zu nehmen[182]. Ein entsprechender Beschluss wurde am 2. November einstimmig gefasst; gleichzeitig liefen die Vorbereitungen für eine eigene Großveranstaltung auf Hochtouren. Da die Kommunisten den ‚Palast' am Bahnhof Friedrichstrasse, den damals größten Saal in der zerstörten Stadt mit insgesamt 3000 Sitzplätzen, für ihre Feier am 9. November belegt hatten, konnte die SPD-Veranstaltung erst am 11. November stattfinden[183]. Trotz der getrennten Feierlichkeiten konnte die KPD-Führung ein Minimalziel erreichen, denn auf jeder Veranstaltung sollte ein führender Vertreter der jeweils anderen Partei sprechen dürfen. Während Fechner am 9. November bei der kommunistischen Revolutionsfeier redete, hielt Pieck am 11. November eine kurze Ansprache[184].

Vor rund 2000 Teilnehmern[185] unterstrich der Vorsitzende des Zentralausschusses im ersten Teil seiner Rede, die im Wesentlichen auf den Vorarbeiten Klingelhöfers basierte und die Hurwitz als „Sternstunde" Grotewohls bezeichnet

[179] SAPMO-BArch, NY 4090/125, Bl. 85-89, hier Bl. 87, Fragen der ‚Täglichen Rundschau' vom 26.10.1945 an Grotewohl und die Antworten Fechners vom 27.10. Erstmals abgedruckt in: Suckut (Hrsg.), Blockpolitik, S. 98f. Die ‚Tägliche Rundschau' hatte den Fragenkatalog auch der KPD, CDU und LDP vorgelegt.

[180] Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus. Bd. IV/1, S. 527; Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 102.

[181] Malycha, Rede Otto Grotewohls am 11. November 1945, S. 169.

[182] Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 103.

[183] Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus. Bd. IV/1, S. 528.

[184] Malycha, Rede Otto Grotewohls am 11. November 1945, S. 170.

[185] Da in Berlin wenige Tage zuvor der Winter begonnen hatte und der große Saal nicht geheizt wurde, waren die Sitzreihen nur zu zwei Dritteln besetzt. Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus. Bd. IV/1, S. 529.

hat[186], dass die Veranstaltung eine Gedenkstunde und kein Fest sei: „Feste feiern kann nur eine gewonnene Revolution, nicht eine verlorene."[187] Gleichzeitig hob er die Verdienste der SPD hervor, die sie sich während der Weimarer Republik erworben habe, auch wenn der Untergang der ersten deutschen Demokratie nicht mehr verhindert werden konnte. Nach einigen selbstkritischen Äußerungen zur Mitverantwortung der SPD für die letztlich gescheiterte Revolution von 1918 versuchte er das sozialdemokratische Selbstverständnis zu stärken und erinnerte an die einmalige Gelegenheit, nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs am Wiederaufbau Deutschlands mitzuwirken. Anschließend erläuterte Grotewohl die wirtschaftspolitische Position der SPD, die wenig Neues zu bieten hatte und die er prägnant auf den Punkt brachte: „Durch Sozialismus zum wirtschaftlichen Wiederaufbau, nicht durch Kapitalismus."[188]

Pieck, der als einziger Vertreter des ZK der KPD der Veranstaltung beiwohnte, hörte dann mit wachsender Unruhe[189] die Ausführungen zur Einheit der Arbeiterbewegung, denn Grotewohl lehnte den kommunistischen Vereinigungskurs erneut ab. Dabei nannte er insgesamt vier Bedingungen, die vor der organisatorischen Vereinigung von SPD und KPD erfüllt sein müssten. So sollte die Einheit der Arbeiterbewegung erstens „kein Beschluss von Instanzen", sondern vielmehr „der eindeutige und überzeugte Wille aller deutschen Klassengenossen" sein[190]. Außerdem müsse die Fusion zweitens „aus dem Bewusstsein völliger freier Selbstbestimmung auch des letzten und einfachsten Klassengenossen zustande kommen". Damit lehnte Grotewohl äußeren Druck oder die Anwendung von Zwang ausdrücklich ab und betonte stattdessen die Grundprinzipien von Freiheit und Gleichberechtigung. Drittens nannte er den demokratischen Charakter der geplanten Vereinigung, die er grundsätzlich befürwortete. Als letztes wiederholte Grotewohl seine Forderung, zunächst einmal KPD und SPD auf gesamtdeutscher Ebene zu bilden. Zur Begründung führte er an: „Eine zonenmäßige Vereinigung würde vermutlich die Vereinigung im Reichsmaßstab nicht fördern, sondern nur erschweren und vielleicht das Reich zerbrechen." Den Zusammenhang zwischen der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien und der politischen Einheit Deutschlands, die für ihn Vorrang hatte, erläuterte er noch weiter. Dabei stellte er ein Junktim auf: „Die Einheit und die Einheitlichkeit des gesamten Staats- und Wirtschaftsgebiets Deutschlands zu wahren und zu erhalten, ist aber eine der höchsten Aufgaben der deutschen Arbeiterklasse. Für diese zukünftige Einheit und Einheitlichkeit

[186] Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus. Bd. IV/1, S. 532.

[187] SAPMO-BArch, NY 4090/125, Bl. 96a–96f, Redemanuskript Grotewohls zum 9. November 1945. Die Rede wurde erstmals veröffentlicht bei Malycha, Rede Otto Grotewohls am 11. November 1945, S. 173–180. Das Zitat stammt aus: ebenda, S. 173f. Im Original befindet sich die Unterstreichung. In den in der DDR veröffentlichten Reden- und Aufsatzsammlungen sucht man diese Rede vergebens. Vgl. Otto Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. I; Otto Grotewohl, Über Politik, Geschichte und Kultur. Voßke erwähnt die Rede nur am Rande; Voßke, Otto Grotewohl. Biographischer Abriß, S. 136f.

[188] Malycha, Rede Otto Grotewohls am 11. November 1945, S. 173–180, hier S. 175.

[189] Ein britischer Beobachter der Veranstaltung hielt Piecks Reaktionen fest. Demzufolge applaudierte der Vorsitzende des ZK der KPD nicht mehr, als Grotewohl die vierte Bedingung für die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien nannte. Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus. Bd. IV/1, S. 530.

[190] Malycha, Rede Otto Grotewohls am 11. November 1945, S. 173–180, hier S. 179.

[...] ist die Schaffung einheitlicher Reichsparteien der deutschen Arbeiterbewegung schlechthin die entscheidende Voraussetzung."

Zum Abschluss seiner Rede wagte sich Grotewohl noch auf außenpolitisches Terrain, indem er indirekt die Abtrennung der deutschen Ostgebiete sowie die sowjetische Demontagepraxis kritisierte: „Aber diese Bitte richten wir an die Welt, man lasse uns genügend Land, um uns zu ernähren, genügend Rohstoffe zur Produktion unseres eigenen Bedarfs, und man lasse uns den Großbetrieb, der nicht der Kriegswirtschaft dient, als einzige Form zur rationellen Verwertung der Arbeitskraft, um einmal zur Sicherung unserer zu schmalen Ernährungsgrundlage wieder zu einer Aus- und Einfuhr zu kommen."[191] Mit großer Aufmerksamkeit wird Pieck wohl auch Grotewohls Bündnisangebot gegenüber den bürgerlichen Parteien registriert haben. Der Vorsitzende des Zentralausschusses war sich des riskanten Balanceaktes bewusst, den er mit dieser Rede vollführte, denn er endete mit einem klassischen Zitat: „Die hier heute ausgesprochenen Erkenntnisse sind weder Anmaßung noch Anspruch auf politische Priorität, sie sind uns mehr: sie sind uns höchste innerste Verpflichtung aus demselben Geiste, den einst der Reformator und Kirchenrevolutionär Luther gegen eine Welt von Widersachern in die schlichten Worte legte: ‚Hier stehe ich, ich kann nicht anders!' Auch wir können nicht anders! Es bleibt uns keine andere Wahl!"[192]

Bei einem Treffen mit dem geschäftsführenden Vorstand des Zentralausschusses bezeichnete Pieck die Rede Grotewohls einen Tag später als Provokation[193]. Pieck kam direkt von einer Zusammenkunft der KPD-Spitze, wo er ausgiebig über die SPD-Revolutionsfeier und die Rede Grotewohls, die weder im Rundfunk übertragen[194] noch in der parteieigenen Zeitung veröffentlicht werden konnte[195], berichtet hatte. Im Einzelnen warf Pieck Grotewohl vor, dass er die gemeinsame politische Linie verlassen habe, und wies dessen Forderung zurück, zunächst einmal die beiden Arbeiterparteien auf gesamtdeutscher Ebene zu bilden. Dabei war Piecks Wortwahl eindeutig, denn er unterstellte dem Vorsitzenden des Zentralausschusses, das noch im SPD-Aufruf vom 15. Juni formulierte Vereinigungsziel aus den Augen verloren zu haben: „Statt Einigung der deutschen Arbeiterbewegung, um die Kräfte der Reaktion zu schlagen und den sozialistischen und demokratischen Aufbau zu vollziehen, macht Grotewohl zur Voraussetzung der Einigung den sozialistischen und demokratischen Aufbau."[196] Pieck stellte die Vermutung auf, Grotewohl habe die KPD überraschen wollen, und bezeichnete den Vorstoß als Propagandaaktion[197]. Gleichzeitig warnte er die SPD davor, die gleichen Fehler wie nach der Novemberrevolution von 1918 zu begehen. Auf der erweiterten Se-

[191] Ebenda, S. 179f. Gniffkes wörtliche Wiedergabe der Rede entspricht nicht dem Redemanuskript Grotewohls. Vgl. Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 105.
[192] Malycha, Rede Otto Grotewohls am 11. November 1945, S. 173–180, hier S. 180.
[193] Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 107. Pieck bezeichnete Grotewohl auf dem Rückweg von der SPD-Veranstaltung sogar als „Gegner der Einheit". Leonhard, Die Revolution entlässt ihre Kinder, S. 524. Leonhard hatte zusammen mit Pieck an der sozialdemokratischen Feierstunde teilgenommen.
[194] LAB, E Rep. 200-23, Nr. 30, Vermerk des wirtschaftspolitischen Referats vom 19. 11. 1945.
[195] Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 106.
[196] Malycha, Rede Otto Grotewohls am 11. November 1945, S. 181–184, hier S. 182.
[197] Ebenda, S. 183.

kretariatssitzung des ZK am 19. und 20. November wiederholte Pieck seine Kritik und sprach im Zusammenhang mit Grotewohls Rede vom 11. November von einem „plumpe[n] Agitationsmanöver", mit dem die SPD das Ziel verfolge, „sich für die bevorstehenden Wahlen eine Plattform zur Irreführung der Massen und zum Stimmenfang zu schaffen"[198].

Während die KPD-Führung nach der Rede Grotewohls sichtlich verstört wirkte, kamen von einigen sozialdemokratischen Funktionsträgern Zustimmungsbekundungen. Obwohl die Rede nicht publiziert werden konnte, hatten offenbar zahlreiche, vor allem kritische Passagen schnell Verbreitung gefunden. So hielt etwa der Präsident der Deutschen Zentralverwaltung für Handel und Versorgung, Dr. Hugo Buschmann, die Ansprache Grotewohls für außerordentlich wertvoll[199]. Insbesondere die Redepassagen zur Einheitsfrage sollten seines Erachtens „unbedingt bindend" für die Partei seien. Außerdem unterstrich er in einem Gespräch mit Klingelhöfer den „einmaligen historischen Charakter" der Rede und erklärte weiter, dass „Deutschland seit Stresemann u[nd] Brüning [sic] keinen Parteiführer wie Grotewohl" gehabt habe[200]. Dagegen übten einige Mitglieder des Zentralausschusses Kritik an der Vorgehensweise Grotewohls, dem sie vorwarfen, eigenmächtig gehandelt zu haben[201]. Während Dahrendorf und Gniffke mit den Textpassagen zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien einverstanden waren, da sie der im Zentralausschuss festgelegten Linie entsprachen, lehnten sie Grotewohls Aussagen zur Grenzziehungs- und Demontageproblematik aus taktischen Gründen ab[202]. Aus ihrer Sicht sollte ein offen ausgetragener Konflikt mit Karlshorst unter allen Umständen vermieden werden.

Sowjetische Einflussnahme und Grotewohls Einlenken

Grotewohls Rede trug dazu bei, dass sich in der Folgezeit die Einheitskampagne der KPD weiter beschleunigte und intensivierte. Darüber hinaus trat nunmehr die SMAD verstärkt in Erscheinung, die zuvor die Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien nur aufmerksam beobachtet hatte. Auslöser dafür war unter anderem auch der Ausgang der ungarischen Parlamentswahl vom 11. November, bei der die Kleinlandwirtepartei immerhin 57 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielt, wohingegen die Kommunisten nur auf 17 Prozent kamen[203]. Das hatten Stalin und der Kreml offenbar nicht erwartet. Für Moskau riss jedoch die Kette von Hiobsbotschaften nicht ab, denn bei den österreichischen Parlamentswahlen am 25. November erlitt die KPÖ ebenfalls eine vernichtende Niederlage. Während dort die bürgerlich-konservative ÖVP und die SPÖ 85 bzw. 76 Sitze erhielten, kamen Ös-

198 Stenographische Niederschrift der erweiterten Sekretariatssitzung des ZK der KPD am 19./20. 11. 1945, in: Benser/Krusch (Hrsg.), Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Bd. 2, S. 152-361, hier S. 169. Da in der SBZ 1945 noch keine Wahlen stattfanden, ist unklar, welche Wahlen Pieck genau meinte.

199 LAB, E Rep. 200-23, Nr. 29-31, Buschmann am 23. 11. 1945 an Klingelhöfer.

200 LAB, E Rep. 200-23, Nr. 29-31, Bericht Klingelhöfers vom 26. 11. 1945 an Grotewohl, S. 4f.

201 Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus. Bd. IV/1, S. 532.

202 Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 105.

203 Klimó, Ungarn seit 1945, S. 62 (Tabelle 2).

terreichs Kommunisten nur auf vier Mandate[204]. Die Sowjetunion musste handeln, um zu verhindern, dass sich diese Entwicklung in anderen Ländern ihres Machtgebietes fortsetzte. In der SBZ ging die sowjetische Militärverwaltung dazu über, den kommunistischen Einheitskurs nachdrücklich zu unterstützen, den sie bis dahin eher dilatorisch behandelt hatte.

Bei einer Versammlungsreise durch Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen musste Gniffke den sowjetischen Kurswechsel erstmals zur Kenntnis nehmen[205]. Während einer Unterredung übte der Stellvertreter für Zivilangelegenheiten der SMA in Sachsen-Anhalt, Generalmajor Alexander G. Kotikow, deutliche Kritik an der Rede Grotewohls. Die Frage nach der Einheit der Arbeiterklasse sei „niedergetreten" worden; stattdessen verfolge Grotewohl „hartnäckig" das Prinzip, eine gesamtdeutsche Vereinigung herbeizuführen[206]. Dem sowjetischen Offizier missfielen außerdem noch die Aussagen des Vorsitzenden des Zentralausschusses zum wirtschaftlichen Aufbau, insbesondere zur Rohstoffversorgung sowie zur Grenzziehung. Ferner warnte er vor angeblich rechten Kräften im SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt, die durch ihr politisches Verhalten „starke Unruhe" in der Provinz ausgelöst hätten. Die Rede sei ein Beweis für die „Rechtsentwicklung" Grotewohls[207]. Die Äußerungen Kotikows zeigten deutlich, dass nicht nur Karlshorst, sondern auch die SMA auf Landesebene großen Argwohn gegenüber den sogenannten rechten Sozialdemokraten hegten, zu denen nunmehr auch Grotewohl gezählt wurde[208]. Nicht umsonst sprach Gniffke in dem Zusammenhang von „Gewitterwolken", die sich über seinem Parteifreund zusammenbrauten[209]. Gegenüber der SPD-Provinzialleitung Sachsen-Anhalt hatte Kotikow, der sich bis dahin mit Kritik am sozialdemokratischen Landesverband zurückgehalten hatte[210], bereits einen Tag nach der Veranstaltung am 11. November einen „Anstieg der Tendenzen in Bezug auf eine westliche Orientierung" innerhalb der ostdeutschen Sozialdemokratie konstatiert[211]. Der Wille der SPD zur Einheit der Arbeiterklasse habe sich deutlich verringert.

Mit der unmittelbaren und harschen Reaktion der sowjetischen Militärverwaltung hatte Grotewohl, der sich Ende November mit Dahrendorf auf einer zweiwöchigen Reise durch die amerikanische Besatzungszone befand[212], offenbar nicht

[204] Zur Sitzverteilung im österreichischen Parlament: Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus. Bd. IV/1, S. 468.

[205] Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 109–111.

[206] GARF, f. 7133, o. 1, d. 8, ll. 203–210, Protokoll vom 19. 11. 1945 des Gesprächs zwischen Kotikow und Gniffke. Eine Kopie dieses und der beiden folgenden Dokumente aus dem Moskauer Archiv habe ich von Herrn Dr. Matthias Uhl erhalten, dem mein besonderer Dank gilt. Die Übersetzung hat freundlicherweise Frau Melanie Arndt angefertigt, der ich hierfür danken möchte.

[207] Das berichtete Gniffke nach seiner Rückkehr Klingelhöfer. LAB, E Rep. 200-23, Nr. 29-31, Notiz Klingelhöfers vom 26. 11. 1945.

[208] Malycha, Die SED, S. 86.

[209] Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 106.

[210] Schmidt, „... Mitfahren oder abgeworfen werden.", S. 103.

[211] GARF, f. 7133, o. 1, d. 8, ll. 211–219, Protokoll vom 12. 11. 1945 des Gesprächs zwischen Kotikow und der SPD-Provinzialleitung Sachsen-Anhalt.

[212] Bei dieser Reise hatte er nach Mitteilung Gniffkes den Eindruck gewonnen, dass sich die Beziehungen zwischen den drei Westmächten und der Sowjetunion abkühlen würden. Entsprechende Informationen erhielt er von einem amerikanischen Offizier bei einer Unterredung am Starnberger See. Vgl. Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 112.

gerechnet und war bestürzt[213]. Als er auf einer SPD-Veranstaltung in Sachsen-Anhalt eine Rede halten wollte, wurde er zu Kotikow bestellt. Da er sich bereits vor dem Gespräch auf deutliche Kritik des sowjetischen Offiziers eingestellt hatte, fragte Grotewohl gleich zu Beginn des Treffens wie ein kleines Kind, das etwas angestellt hatte: „Sind Sie auf mich böse, Genosse General?"[214] Darauf entgegnete der leitende Vertreter der SMA Sachsen-Anhalt: „Sehr, ich werde heute mit Ihnen schimpfen." Kotikow wiederholte gegenüber Grotewohl seine Kritik an der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Sachsen-Anhalt. In einzelnen Kreisen hätte eine Gruppierung „eine spalterische Tätigkeit" entwickelt und ihm (Kotikow) seien die Hintergründe dafür immer noch unklar, auch nach dem Gespräch mit Gniffke. Zu diesem Zeitpunkt hatte Grotewohl seinen Standpunkt modifiziert, denn er erklärte, dass eine Vereinigung der beiden Arbeiterparteien in der SBZ die Spaltung der deutschen Sozialdemokraten, nicht aber die Spaltung Deutschlands bedeuten würde. Letztlich lief es aber auf die altbekannte Forderung hinaus, die Einheit auf gesamtdeutscher Ebene zu vollziehen. Anschließend ging Grotewohl auf sein Verhältnis zur SMAD ein, das sich nach seiner Rede am 11. November spürbar verschlechtert hatte, und sprach in dem Zusammenhang von Missverständnissen und Kommunikationsproblemen. Dabei beklagte Grotewohl geschickt, dass er das im Zentralausschuss verabschiedete Konzept der Ostorientierung nicht offen in der Presse vertreten könne. Seine eigenen inhaltlichen Bedenken ließ er dagegen unter den Tisch fallen. Auf diese Weise gelang es ihm, auf einen Widerspruch aufmerksam zu machen: Auf der einen Seite würden sich die Sozialdemokraten in internen Expertisen inhaltlich und programmatisch der Sowjetunion annähern, auf der anderen Seite propagierten sie öffentlich die Bildung der Partei auf gesamtdeutscher Ebene.

Gegenüber Kotikow kündigte er an, dass er nach seiner Rückkehr Generalleutnant Fjodor J. Bokow und den stellvertretenden Politischen Berater der SMAD Semjonow in Karlshorst aufsuchen werde, um ihnen das von Klingelhöfer erarbeitete Konzept der Ostorientierung zu überreichen[215]. Dazu kam es dann tatsächlich. Grotewohl wollte der sowjetischen Besatzungsmacht zeigen, dass der Zentralausschuss der SPD nicht antisowjetisch eingestellt war und verstand diesen Schritt als vertrauensbildende Maßnahme[216]. Hatte sich Grotewohl verspekuliert? Hatte er die SMAD als politische Ordnungsmacht unterschätzt? Hatte er sich selber überschätzt? Im Rückblick drängt sich der Eindruck auf, dass Grotewohl eine

[213] Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 111.

[214] Zum folgenden: GARF, f. 7133, o. 1, d. 8, ll. 234–238, Protokoll vom 28.11.1945 des Gesprächs zwischen Kotikow und Grotewohl. Am Gespräch nahmen auch die Vertreter des SPD-Provinzialverbandes Sachsen-Anhalt, Bruno Böttge und Paul Verdieck, teil, die allerdings auf Veranlassung Grotewohls das Zimmer verlassen mussten, als dieser mit Kotikow über seine umstrittene Rede auf der Revolutionsfeier sprach. Gegen diese Vorgehensweise protestierte Böttge einen Tag später heftig: „Welches Mandat berechtigt Dich überhaupt, geheime Verhandlungen mit den Russen zu führen […]?" Vgl. Schreiben von Böttge an Grotewohl vom 29.11.1945, in: Malycha, Auf dem Weg zur SED, S. 154f.

[215] Dabei kam Kotikow, der die Ankündigung Grotewohls ausdrücklich begrüßte, eine Vermittlerrolle zu, da er Pieck und Ulbricht vorab über den bevorstehenden Besuch Grotewohls informiert hatte. Daraufhin kam es zu einem längeren, kontrovers geführten Gespräch zwischen Grotewohl und Ulbricht in Magdeburg. Über den Inhalt der Unterredung ist nichts bekannt. Vgl. dazu Sattler, Bündnispolitik als politisch-organisatorisches Problem, S. 176.

[216] Malycha, Die SED, S. 86.

Doppelstrategie verfolgte: Annäherung an die Sowjetunion und Verständigung mit dem Westen. Dies hatte er in seinen Reden am 14. September und am 11. November zu erkennen gegeben. Vieles deutet aber darauf hin, dass er einer klaren Entscheidung aus dem Weg ging und deshalb das Konzept der Ostorientierung zunächst einmal liegen ließ. Während einige Parteifreunde wie Lehmann, Litke und Josef Orlopp damit begannen, sich auf den politischen Kurs der KPD einzulassen, wollte er sich so lange wie möglich alle Optionen offenhalten[217]. Dadurch verfestigten sich Meinungsverschiedenheiten im Zentralausschuss. Die innerparteiliche Diskussion nach dem 11. November zeigte auch eine gewisse Führungsschwäche Grotewohls, der sich erst nach der sowjetischen Kritik an seinem Verhalten zu einer klaren Positionierung durchringen konnte. Grotewohl, der die mehrfach erwähnte Denkschrift über einen Verbindungsoffizier nach Karlshorst weiterleitete[218], wollte somit verloren gegangenes Vertrauen in seine Person zurückgewinnen. Er hatte erkannt, dass er sich ansonsten mit seinem bisherigen Kurs politisch isolieren würde. Grotewohl, dem der Ernst der Lage bewusst war, erklärte gegenüber Kotikow: „Ich muß diese Frage zuerst mit Gen. Semjonow in Berlin diskutieren. Das muß ich deshalb tun, damit in keinem Fall ein Schaden für die Außenpolitik der Sowjetunion entsteht."[219]

Die sowjetische Militäradministration blieb nicht untätig, sondern verfasste vermutlich im November 1945 einen Bericht an Stalin. Darin unterstrich die SMAD die Bedeutung einer raschen Vereinigung von SPD und KPD, da sich ansonsten bei Wahlen eine kommunistische Niederlage wiederholen würde[220]. Für diese pessimistische Einschätzung boten die Ergebnisse der Parlamentswahlen in Ungarn und Österreich genügend Anhaltspunkte. Auf Grotewohl kamen neue Aufgaben zu: Er musste sich nicht nur um ein engeres und vor allem besseres Verhältnis zu den führenden sowjetischen Besatzungsoffizieren bemühen, sondern auch den anstehenden politischen Kurswechsel innerhalb der eigenen Partei kommunizieren. Dazu besuchte er etwa am 9. Dezember 1945 die Sitzung des SPD-Landesvorstandes Mecklenburg-Vorpommern und berichtete zunächst über die Konferenz von Wennigsen und die dort mit Schumacher getroffene Übereinkunft. Im Anschluss daran befasste sich Grotewohl mit der organisatorischen Einheit der Arbeiterbewegung und beklagte dabei, dass die SPD „in hohem Maße ihre Bewegungsfreiheit verloren" habe[221]. Er griff die zahlreichen Eingaben von sozialdemokratischen Funktionären auf, die sich über die Zusammenarbeit mit den Kommunisten beklagten. Aufschlussreich war die Tatsache, dass in der Aussprache viele Vorstandsmitglieder die weitere Entwicklung pessimistisch einschätzten und die Frage auf-

[217] Sattler, Bündnispolitik als politisch-organisatorisches Problem, S. 175.
[218] Ebenda, S. 176.
[219] GARF, f. 7133, o. 1, d. 8, ll. 234–238, Protokoll vom 28. 11. 1945 des Gesprächs zwischen Kotikow und Grotewohl.
[220] Das berichtete der Chef der SMAD-Verwaltung für Propaganda und Information, Sergei I. Tjulpanow, rückblickend. Vgl. Stenogramm des politischen Lageberichts Tjulpanows vor der Kommission des ZK der KPdSU (B) zur Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD vom 16./17. 9. 1946 (Auszug), in: Bonwetsch/Bordjugov/Naimark (Hrsg.), Sowjetische Politik in der SBZ, S. 71–92, hier S. 73. Die Fusion der beiden Arbeiterparteien stand spätestens seit diesem Zeitpunkt ganz oben auf der Agenda der SMAD.
[221] Aus dem Protokoll über die Sitzung des SPD-Landesvorstandes Mecklenburg-Vorpommern am 9. 12. 1945, in: Malycha, Auf dem Weg zur SED, S. 129–132, hier S. 131.

warfen, „ob eine Weiterexistenz der Partei angesichts dieser Situation noch zu verantworten wäre". Bezeichnend für den kritischen Zustand der Partei war das Schlusswort des Landesvorsitzenden Carl Moltmann, der einen gequälten Zweckoptimismus verbreitete, als er seine Parteifreunde dazu aufrief, das Volk hochzureißen, „dass es wieder Freude am Leben empfindet und das Leben wieder lebenswert erscheint"[222].

Auch in Sachsen gab es zwischen KPD und SPD Differenzen[223], die der SMAD über Otto Grotewohl mitgeteilt wurden[224]. Dabei habe der Vorsitzende des Zentralausschusses angeblich eine klare Stellungnahme von den Russen verlangt[225]. Diese Information sollte jedoch eher die Parteifreunde im sächsischen Landesvorstand beruhigen und entsprach sehr wahrscheinlich nicht der Wirklichkeit. Für Thüringen beschrieb Brill das Verhältnis der beiden Parteiorganisationen zueinander als „geradezu entsetzlich"[226]. So sei ein Ortsvereinsvorstand von der sowjetischen Geheimpolizei gefragt worden, warum es überhaupt einen sozialdemokratischen Ortsverein gebe. Dies sei in den Augen der Geheimpolizei eine gegen die KPD gerichtete Maßnahme, wie Brill in seinem ausführlichen Bericht zusammenfassend resümierte. In der zweiten Dezemberwoche wurde Grotewohl zweimal nach Karlshorst bestellt, wo ihm mitgeteilt wurde, dass Stalin nunmehr großes Interesse an einer Einigung von SPD und KPD habe[227]. Bis zu diesem Zeitpunkt hoffte Grotewohl noch, die Sowjetunion für einen sozialdemokratischen Führungsanspruch in ganz Deutschland gewinnen zu können. Diese Hoffnung zerplatzte jetzt endgültig. In einem Rundfunkinterview, das am 11. Dezember aufgenommen und drei Tage später in der Reihe ‚Tribüne der Demokratie' ausgestrahlt wurde, hob Grotewohl den angeblich schnelleren Wirtschaftsaufschwung in der sowjetischen Besatzungszone hervor[228]. Auf die Frage, ob die Zonengrenzen in absehbarer Zeit beseitigt werden, gab er sich zurückhaltend und verwies auf die Verhandlungen der vier Siegermächte. Von einer sozialdemokratischen Vermittlungsfunktion war keine Rede mehr. Aufschlussreich war seine Bemerkung, bei den Differenzen zwischen SPD und KPD handele es sich um „Reibungen [...] von untergeordneter Bedeutung, die sich oft nur aus menschlicher Unzulänglichkeit entwickeln" würden[229]. Grotewohl rechtfertigte die enge Kooperation zwischen beiden Parteien, indem er eine neue Sprachregelung traf: „Und je enger diese Zusammenarbeit ist, desto geringer sind die Chancen der Reaktionäre für die Restaurierung ihrer überlebten Ansichten, desto größer sind aber auch die Voraussetzungen, den wirtschaftlichen Aufbau in Deutschland erfolgreich zu gestalten."

222 Ebenda, S. 132.
223 Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/279, Bl. 173, Buchwitz am 14. 12. 1945 an Grotewohl. In diesem Schreiben listete Buchwitz einige Zwischenfälle auf, die Grotewohl für seine Verhandlungen in Karlshorst verwenden sollte.
224 Aus der Niederschrift über die Sitzung des SPD-Landesvorstandes Sachsen am 12. 12. 1945, in: Malycha, Auf dem Weg zur SED, S. 177-179, hier S. 178.
225 Ebenda.
226 SAPMO-BArch, NY 4090/279, Bl. 146a-146h, hier Bl. 146g, Brill am 17. 12. 1945 an Grotewohl.
227 Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus. Bd. IV/1, S. 579.
228 Rundfunkinterview mit Grotewohl am 14. 12. 1945, in: Otto Grotewohl und die Einheitspartei. Bd. 1, S. 221-225.
229 Ebenda, S. 225.

Dem Druck der KPD konnte er standhalten, nicht aber dem der SMAD, die am 19. Dezember den CDU-Vorsitzenden Andreas Hermes und seinen Stellvertreter Walther Schreiber wegen Meinungsverschiedenheiten in der Bodenreformfrage absetzte. Inwieweit Grotewohl von den sowjetischen Offizieren genötigt und möglicherweise auch physisch bedroht wurde, lässt sich nicht mehr rekonstruieren. Vieles deutet allerdings darauf hin, dass für den Vorsitzenden des Zentralausschusses die Reaktion der SMAD in Karlshorst ein Schlüsselerlebnis darstellte, denn zum ersten Mal wurde unverhohlene Kritik an seiner Vorgehensweise geübt. Vermutlich gewann er in den Gesprächen sogar den Eindruck, dass mit einem Mal auch seine Person zur Disposition stand. In dieser Situation entschied er sich, die sowjetischen Interessen zum Maßstab seines Handelns zu machen. Die von ihm vorgetragene Mittlerrolle der SPD zwischen Ost und West und die Forderung nach Bildung einer gesamtdeutschen SPD ließ er fallen. Dabei kann ein genaues Datum für den Richtungswechsel nicht angegeben werden; vielmehr muss es sich hierbei wohl um einen längeren Prozess handeln, d. h. Grotewohl verabschiedete sich in der zweiten Novemberhälfte bzw. spätestens Anfang Dezember von seiner bisherigen Strategie des relativen Offenhaltens. Eine Flucht in den Westen kam für ihn dagegen nicht in Frage.

Grotewohls Rede vom 11. November löste bei Schumacher keinen Meinungsumschwung aus, denn dieser misstraute nach wie vor dem politischen Kurs des Zentralausschusses. Schon vorher unternahm der unbestrittene Kopf der westdeutschen Sozialdemokratie alles, um Einheitsbestrebungen in den westlichen Besatzungszonen zu unterbinden. Nachdem bekannt geworden war, dass sich in München angeblich eine Einheitspartei gebildet hatte und dafür eigens Grotewohl in die bayerische Landeshauptstadt geflogen war, bat Schumacher die Münchener Parteifreunde, dieses Ereignis vor dem Hintergrund der Entwicklung der KPD zu einer Hegemonialpartei in der SBZ kritisch zu überdenken[230]. Nach dem Scheitern der Gespräche in Wennigsen unternahm jedoch der Zentralausschuss einen erneuten Anlauf, um mit Schumacher eine Verständigung zu erzielen. Grotewohl stimmte einem entsprechenden Vorschlag Gniffkes zu, der die illusorische Hoffnung hatte, Schumacher dazu bewegen zu können, Mitglied des Zentralausschusses zu werden[231]. Kurz zuvor hatte Erich Rossmann, der spätere Generalsekretär des westdeutschen Länderrats, eine längere Unterredung mit Grotewohl und Gniffke, in der er vor zu großen Erwartungen warnte. Er behauptete, dass Schumacher in Grotewohl in erster Linie einen Konkurrenten im Kampf um das noch zu bildende Amt des SPD-Parteivorsitzenden sehe. Eine Übereinkunft schloss er deshalb aus. Obwohl die Ausgangslage schlecht war, fuhren Gniffke und Grotewohl zunächst nach Braunschweig. Am 17. Dezember traf Gniffke in Hannover ein, um mit Schumacher zu konferieren[232]. In der Unterredung, deren Zustandekommen mit großer Wahrscheinlichkeit von der sowjetischen Besatzungsmacht abgesegnet worden war, zeigte Schumacher nach Darstellung Gniffkes kein Interesse an einer

[230] Schumacher am 3.11.1945 an die Leitung der Münchener Sozialdemokratie (Thomas Wimmer), in: Albrecht (Hrsg.), Kurt Schumacher, S. 323–326.
[231] Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 117.
[232] Dazu ausführlich: Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus. Bd. IV/1, S. 580f.

gemeinsamen Absprache, sondern ließ sich nur über die politische Entwicklung in der SBZ informieren[233]. Gniffkes Versuch, die Position des Zentralausschusses unter Verweis auf die sowjetischen Vorgaben plausibel zu machen, scheiterte. Schumacher schien kein Verständnis für die Berliner Parteileitung aufzubringen. Zu diesem Zeitpunkt verfolgte auch Grotewohl nicht mehr ernsthaft das Ziel, eine Übereinkunft mit dem westdeutschen SPD-Führer zu erzielen. Stattdessen nutzte er die Reise zu privaten Zwecken, denn er wollte seinen aus der Kriegsgefangenschaft entlassenen Sohn abholen. Die Verhandlungen mit der westdeutschen SPD waren letztlich keine Trumpfkarte mehr, die Grotewohl gegenüber der SMAD oder der KPD einsetzen konnte.

Von der Sechziger-Konferenz zum Gründungsparteitag der SED

Nachdem die sowjetische Besatzungsmacht den Druck massiv erhöht hatte und alle Versuche des Zentralausschusses gescheitert waren, eine Verständigung mit der West-SPD zu erzielen, fand sich Grotewohl mit dem sofortigen Zusammenschluss der beiden Arbeiterparteien ab. Nun ging es darum, die sozialdemokratischen Funktionäre in der SBZ von der Richtigkeit dieses Weges zu überzeugen. Deshalb lud der Zentralausschuss Vertreter der Parteiorganisation aus den Ländern und Provinzen zu einer zentralen Konferenz am 4. Dezember in Berlin ein[234]. Dort wurde ein Parteiausschuss gebildet, der sich aus den Mitgliedern des Zentralausschusses und den Landes- und Bezirksvorsitzenden zusammensetzte. Hinzu kamen weitere Vertreter der Landes- und Bezirksvorstände. Dieses Gremium, das im Organisationsstatut vom Juni 1945 nicht vorgesehen war, diente als oberste Instanz der ostdeutschen SPD zwischen den Parteitagen. Auf der Konferenz thematisierten erstmals einige SPD-Funktionäre die Frage der Selbstauflösung der Partei[235]. Gleichzeitig verstärkte die KPD die Einheitskampagne, um den Zentralausschuss dazu zu bewegen, der Aufstellung gemeinsamer Wahllisten endlich zuzustimmen. Am 10. Dezember 1945 verständigten sich Pieck und Grotewohl darauf, für den 20. Dezember eine gemeinsame Konferenz durchzuführen[236], bei der beide Parteien mit der gleichen Anzahl an Delegierten vertreten sein sollten. Die KPD bestimmte nunmehr das Tempo und die Richtung des Geschehens: Sie übermittelte der SPD einen Tag vor der ersten sogenannten Sechziger-Konferenz einen Entschließungsentwurf, der eine Verschmelzung der beiden Parteiorganisationen auf Landes- bzw. Provinzialebene vorsah[237]. Zu diesem Zeitpunkt hatte Grotewohl die Strategie des Zentralausschusses, dem Einheitsdruck der KPD so

[233] Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 118f.
[234] Zum folgenden: Malycha, Die SED, S. 89.
[235] Bei Debatten im ZA hatte Dahrendorf wahrscheinlich schon im November die Selbstauflösung der SPD für den Fall gefordert, dass für die Vereinigung mit der KPD Druck auf die SPD ausgeübt werden sollte. Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus. Bd. IV/2, S. 659. Von der Tagung am 4.12.1945 ist kein Wortprotokoll überliefert. Vgl. Malycha, Die SED, S. 89.
[236] So Voßke, Otto Grotewohl. Biographischer Abriß, S. 146. Dieses Datum nennt auch Kaden unter Hinweis auf eine mündliche Information von Klingelhöfer. Kaden, Einheit oder Freiheit, S. 196, Anm. 436.
[237] Entschließungsentwurf der KPD, in: Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung?, S. 40–48.

lange wie möglich auszuweichen, noch nicht völlig aufgegeben[238]. Während die KPD erstmals offen einen zonalen Zusammenschluss anvisierte, reagierte die SPD zunächst zurückhaltender. In einer Beratungsgrundlage des Zentralausschusses bekannten sich zwar die Sozialdemokraten zur Vereinigung zu einer „einheitlichen deutschen sozialistischen Arbeiterpartei", betonten aber gleichzeitig die organisatorische Selbständigkeit bis zum Vollzug der Fusion[239]. Zusätzlich sprach sich die ostdeutsche SPD-Führung für getrennte Wahllisten bei den ersten kommenden Wahlen aus[240]. Obwohl das Dokument zahlreiche Punkte enthielt, die eine Abgrenzung von der KPD bedeuteten, trug die Beratungsgrundlage insgesamt doch einen eher defensiven Charakter. Der von der KPD forcierte Weg schien unumkehrbar zu sein; die SPD lehnte die Bildung einer Einheitspartei nicht mehr ab. Das zeigte letztlich auch der vom Zentralausschuss aufgestellte Grundsatzkatalog[241], der nochmals die Eigenständigkeit und die Traditionslinien der SPD unterstrich, die in der einheitlichen Arbeiterpartei bewahrt werden sollten.

Wie vereinbart begann die erste sogenannte Sechziger-Konferenz, an der von jeder Partei nicht 30, sondern 34 Vertreter teilnahmen[242], am 20. Dezember 1945. Drei Themen standen im Mittelpunkt: die Einheit der Arbeiterklasse, die Wahlen in der US-Zone und der Aufbau der Gewerkschaften. Pieck, der zusammen mit Fechner die Sitzung leitete, gab sich in seiner Begrüßungsansprache versöhnlich. So erinnerte er an die „unglückselige" Spaltung der SPD am Ende des Ersten Weltkriegs, die nunmehr überwunden werden sollte[243], und vermied eine Fehlerdiskussion, die in der Vergangenheit von zahlreichen Sozialdemokraten als ehrenrührig betrachtet worden war. Pieck beendete seine Einführung mit dem Hinweis, dass die Aufgabe, Nationalsozialismus, Militarismus und Imperialismus zu beseitigen, so gewaltig sei, dass sie nur von einer einheitlichen Arbeiterpartei erfüllt werden könnte.

Anschließend ergriff Grotewohl das Wort, der gleich zu Beginn erklärte, dass die Einheit der Arbeiterklasse historisch notwendig sei[244]. Er skizzierte kurz die Entwicklung der organisierten Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, ohne allerdings die gegenüber der KPD strittigen Punkte anzusprechen. Danach analysierte er die weltpolitische Lage nach dem Zusammenbruch des nationalsozialisti-

238 Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus. Bd. IV/1, S. 578.

239 Beratungsgrundlage der SPD vom 15. 12. 1945, in: Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung?, S. 49–52, hier S. 50.

240 Richtlinien für die Gemeindewahlen am 27. 1. 1946, in: Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung?, S. 53f. Anlass waren die bevorstehenden Gemeindewahlen in der amerikanischen Besatzungszone. Verfasser der Richtlinien für die Gemeindewahlen war Helmut Lehmann. Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus. Bd. IV/2, S. 661.

241 Beratungsgrundlage der SPD vom 15. 12. 1945, in: Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung?, S. 49–52, hier S. 51.

242 Teilnehmerliste zur ersten gemeinsamen Konferenz des ZK der KPD und des ZA der SPD mit den Vertretern der Bezirke am 20./21. 12. 1945 in Berlin, in: Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung?, S. 55f. Tagungsort war das Parteihaus der SPD in der Behrenstrasse.

243 Stenographische Niederschrift über die gemeinsame Konferenz des ZK der KPD und des ZA der SPD mit den Vertretern der Bezirke am 20./21. 12. 1945, in: Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung?, S. 58–155, hier S. 58. Gruner und Wilke veröffentlichten erstmals 1981 das stenographische Protokoll, das aber an einigen Stellen vom Originalmanuskript abweicht. Vgl. Gruner/Wilke (Hrsg.), Sozialdemokraten im Kampf um die Freiheit, S. 61–187. Zur Quellenkritik: Malycha, Die SED, S. 90, Anm. 148.

244 Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung?, S. 60–75, hier S. 60.

schen Regimes und wiederholte sein Bekenntnis zur Einheit der deutschen Arbeiterklasse. Grotewohl versuchte mit dieser Rede den Eindruck zu zerstreuen, der Zentralausschuss habe sich nur widerwillig zur Zusammenarbeit mit dem ZK der KPD durchgerungen. Stattdessen hob er den sozialdemokratischen Einigungswillen in den ersten Nachkriegswochen und die kommunistische Abwehrhaltung hervor. Dazu zitierte er ausführlich aus dem Brief Fechners vom 28. April 1945, den Ulbricht nach eigenen Angaben nicht erhalten hatte. Als weitere Belege führte er eine Erklärung Dahrendorfs vom 12. Juni, den Aufruf der SPD vom 15. Juni und seine eigene Rede vom 17. Juni an. Der Vorsitzende des Zentralausschusses kam zu dem Ergebnis: „Man erkennt [...], daß die Sozialdemokratische Partei die Initiative zur Einheit ergriffen hatte und daß sie sich sehr viel Mühe geben musste, um mit der Komm. Partei überhaupt zu einer Unterhaltung zu kommen."[245]

Im zweiten Teil seiner Rede listete Grotewohl nochmals in einem 10-Punkte-Katalog, der von Dahrendorf stammte[246], die Bedenken auf, die zahlreiche SPD-Mitglieder und Funktionäre gegen eine Kooperation mit der KPD hatten. Im Einzelnen beklagte er vor allem die Bevorzugung der Kommunisten durch die sowjetische Besatzungsmacht und den „undemokratischen" Druck auf Sozialdemokraten[247]. Erst nach „voller Beseitigung der Vorzugsstellung der KPD und nach vorbehaltloser Aufgabe aller unzulässigen Einflussnahme auf die SPD und auf einzelne Sozialdemokraten" sei die Vorbereitung der Einheit beider Parteien möglich. Darüber hinaus sprach er sich zum wiederholten Male für die Bildung der SPD auf gesamtdeutscher Ebene aus und wies die kommunistische Forderung nach einer einheitlichen Wahlliste zurück. Was auf den ersten Blick als Standfestigkeit Grotewohls gewertet werden konnte, erwies sich bei näherem Hinsehen als Halbherzigkeit. Denn er betonte eindringlich, dass er die sozialdemokratischen Bedenken, die keine Verhandlungsgrundlage seien, „nur wegen des materiellen Inhalts" vortrage. Damit erwies sich Grotewohl als zahnloser Tiger, der zwar bestrebt war, auf die in der SPD-Parteibasis weit verbreiteten Sorgen einzugehen, der aber gleichzeitig deutlich machte, dass er die vorgetragenen Einwände nicht zur Vorbedingung für die Herstellung der Einheit mit den Kommunisten machen werde. Obwohl er damit sein grundsätzliches Einverständnis für den Einheitskurs signalisiert hatte, brachte Grotewohl im weiteren Verlauf seiner Ansprache eine Reihe von Einwänden gegen das konkrete Vorgehen der Kommunisten auf dem Weg zur Einheitspartei vor. Die SPD, so wollte er damit verdeutlichen, hatte sich keineswegs dem kommunistischen Führungsanspruch unterworfen. So betonte er: „Wir sind aber nicht überzeugt davon, daß der Weg, den das ZK der KPD für die Herbeiführung der Einheit der deutschen Arbeiterklasse vorgeschlagen hat, der richtige ist."[248] Diese Kritik bezog sich auf den kommunistischen Vorschlag, einheitliche Wahllisten zu bilden, den der Zentralausschuss bereits vor der ersten Sechziger-Konferenz abgelehnt hatte. Grotewohl begründete seinen Einwand damit, dass erst durch die Wahl mit getrennten Listen das Kräfteverhältnis der beiden Arbeiter-

[245] Ebenda, S. 66.
[246] Malycha, Die SED, S. 91.
[247] Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung?, S. 60–75, S. 67
[248] Ebenda, S. 70.

parteien festgestellt werden könnte. Außerdem machte er in dem Zusammenhang darauf aufmerksam, „dass wir durch gemeinsame Listen die Stimmenzahl nicht erreichen können, die wir bei getrennten Listen [...] erreichen können“[249].

Dagegen konnte seine Forderung nach Vereinigung von SPD und KPD auf Reichsebene nicht dieselbe Wirkung erzielen, denn die alliierten Siegermächte, aber auch beispielsweise Schumacher lehnten dies mehr oder weniger ab. In einer Entschließung begründete die SPD der britischen Zone ihre Ablehnung mit dem Hinweis, dass die Sozialdemokratie kein „Blutspender für den geschwächten Parteikörper der Kommunistischen Partei“ sein wolle[250]. Gleichzeitig wurde die Trennungslinie zur KPD nunmehr scharf gezogen, denn den Kommunisten wurde vorgehalten, die Hauptschuld am Aufstieg des Nationalsozialismus zu haben. Damit drehte die SPD in den westlichen Besatzungszonen – zwei Tage später schlossen sich die Teilnehmer einer Versammlung von Funktionären aus der amerikanischen und französischen Zone der Entschließung an – den Spieß um und ging gegen den altbekannten Vorwurf der KPD offensiv vor: „Die geschichtliche Schuld der deutschen Arbeiterklasse beruht darin, daß ihr kommunistischer Teil die klassenpolitische Rolle der Demokratie verkannt und zusammen mit den Nazis, den Deutschnationalen und den anderen kapitalistischen Feinden der Demokratie den Parlamentarismus sabotiert hat. Ohne diese kommunistische Haltung wären die Nazis nicht an die Macht gekommen.“[251] Damit war das Tischtuch zwischen den beiden Arbeiterparteien im Westen endgültig zerschnitten und es drängte sich die Frage auf, wie eine Einigung langfristig überhaupt noch aussehen konnte. Und weiter: Hat Grotewohl die programmatische Entwicklung der West-SPD nicht mehr zur Kenntnis genommen oder hat er sie ignoriert? Warum hielt er trotz der deutlichen Absage von Schumacher an einer gesamtdeutschen Lösung noch fest? Glaubte er damit ernsthaft, Zeit gewinnen zu können, um in den Verhandlungen mit der KPD und der SMAD eine Vereinigung erzielen zu können, die den Vorstellungen des Zentralausschusses noch einigermaßen entsprach?

Nach Grotewohl sprach Pieck, der das von der KPD forcierte Tempo der Einheitskampagne vehement verteidigte. Mit dem Zusammenschluss könne nicht länger gewartet werden. Seine Partei sei davon überzeugt, dass diese Einigung „das einzige Mittel ist, mit der zusammengeballten Kraft der beiden Parteien nicht nur die reaktionären Versuche bereits im Keim zu ersticken, sondern damit vor allem die Möglichkeit zu geben [sic], die größten Notstände schnell zu beseitigen und das Vertrauen zum Aufbau eines neuen demokratischen Staates im deutschen Volk zu stärken“[252]. Als zentraler Streitpunkt zwischen beiden Politikern erwies sich die Wahllistenfrage[253]. Während Grotewohl einen gemeinsamen Wahlaufruf beider Parteien befürwortete, die Aufstellung gemeinsamer Listen jedoch ablehnte, verstand es Pieck, die keineswegs einheitliche Position des Zentralausschusses als inhaltlichen Widerspruch darzustellen: „Wenn wir aber schon ein gemeinsames

[249] Ebenda, S. 71.
[250] Entschließung der Konferenz der SPD der britischen Zone vom 3./4.1.1946, in: Albrecht (Hrsg.), Kurt Schumacher, S. 327–329, hier S. 328.
[251] Ebenda, S. 328f.
[252] Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung?, S. 75–87, hier S. 77.
[253] Zu dieser Einschätzung gelangt auch Malycha, Die SED, S. 91.

Wahlprogramm aufstellen, wer wird dann verstehen, daß wir bei der Wahl getrennt auftreten!"[254] Deshalb bezeichnete er Grotewohls Vorschlag als politischen Unsinn[255]. Geschickt setzte er Grotewohl und den Zentralausschuss unter Druck: „Wenn wir schon ein gemeinsames Wahlprogramm haben und wenn in dieser Konferenz nicht nachgewiesen wird, daß wir getrennte, entgegengesetzte Wahlprogramme brauchen, dann besteht auch keinerlei Grund, nicht gemeinsame Kandidaten zu nominieren." Nun lag es also bei den Sozialdemokraten, sich zu entscheiden: Entweder sie akzeptierten den von der KPD vorgeschlagenen Einheitskurs oder sie gingen auf Konfrontationskurs, was angesichts der Entwicklung seit dem 11. November immer schwieriger wurde. Während Grotewohl in der Einheitsfrage offensichtlich lavierte und innerhalb des Zentralausschusses unterschiedliche Positionen erkennbar wurden, verfolgten die Kommunisten eine aus ihrer Sicht klare Linie. Dazu bestand auch Anlass: Vor dem Hintergrund der Parlamentswahlen in Ungarn und Österreich wollte die KPD-Führung um Pieck und Ulbricht einem offenen Wettbewerb zwischen beiden Parteien unter allen Umständen aus dem Weg gehen[256]. Hinzu kam die Tatsache, dass sich die Mitgliederzahlen der SPD zum Jahreswechsel 1945/46 nochmals sprunghaft erhöhten. Die KPD drohte ins Hintertreffen zu geraten und strebte deshalb den raschen organisatorischen Zusammenschluss an.

Ohne Grotewohl namentlich zu erwähnen, wies Pieck den Vorwurf zurück, die KPD setze in der Einheitskampagne unlautere Mittel ein und habe Nachholbedarf bei der Einübung demokratischer Regeln und Gepflogenheiten. Dabei deutete er die kommunistische Kritik am Verhalten der SPD nach dem Untergang des Kaiserreiches an: „Es wird gesagt, daß die Sozialdemokratie mehr der Prätendent der Demokratie sei, ohne einen Blick in die Vergangenheit zu werfen."[257] Erneut warnte er vor einem Demokratieaufbau in der SBZ nach dem Vorbild der Weimarer Republik. In dem Zusammenhang gebrauchte er den Begriff der „kämpferischen Demokratie", bei der die werktätige Bevölkerung den entscheidenden Einfluss auf die Innen- und Außenpolitik des Landes ausübe. Diese Aussage verband er mit einer knappen historischen Analyse, welche die Geradlinigkeit der Politik der KPD deutlich machen sollte: „Hätten wir sie [die ‚kämpferische Demokratie'] in Weimar geschaffen, wäre der Faschismus niemals zur Macht gekommen. Es ist ein Irrtum, daß wir die Demokratie von Weimar bekämpft haben, weil sie eine Demokratie war. Wir haben die Entmachtung der Demokratie bekämpft, wie sie betrieben wurde."[258] Daraus zog Pieck wiederum die Rechtfertigung für die in der sowjetischen Besatzungszone eingeleitete Entmachtung der alten Eliten. Dagegen erteilte er einer rückwärtsgewandten Fehlerdiskussion eine klare Absage: „Ich will nicht bestreiten, daß hier Fehler gemacht worden sind. Wo wären sie nicht gemacht, bei beiden Parteien!" Zum Abschluss seiner Rede versuchte er den Zentralausschuss zu beruhigen, indem er betonte, dass die Zusammenarbeit zwischen

[254] Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung?, S. 60–75, hier S. 85f.
[255] Ebenda, S. 86.
[256] Malycha, Die SED, S. 91.
[257] Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung?, S. 75–87, hier S. 86.
[258] Ebenda, S. 87.

beiden Arbeiterparteien auch in Zukunft nach demokratischen Spielregeln erfolgen sollte.

Deutlicher als Grotewohl wies Dahrendorf in seinem Redebeitrag auf die bestehenden Differenzen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten hin. Er sprach sich zwar ebenfalls für die organisatorische Einheit der Arbeiterbewegung aus, legte aber gleichzeitig großen Wert auf das sozialdemokratische Parteienverständnis, das sich grundsätzlich von dem der Kommunisten unterscheide: „Wir sind eine demokratische Partei. Ihr könnt es vielleicht zentralistisch regeln, aber wir sind dazu nicht imstande."[259] Für Furore sorgte am Ende des ersten Konferenztages noch Klingelhöfer, der die Ungleichbehandlung beider Parteien etwa bei der Auflagenstärke der Zeitungen anprangerte und zugleich auf zahlreiche Bedrohungen bzw. Einschüchterungsversuche gegenüber lokalen SPD-Funktionären hinwies. Während seine Parteifreunde erleichtert waren über seine Rede, empfanden einige KPD-Funktionäre sie als unerhörte Provokation[260]. Klingelhöfer stellte nämlich die Frage, warum die SPD in diesen strittigen Punkten stets alleine mit der SMAD verhandeln müsste. Er spitzte die Frage sogar noch weiter zu und forderte die KPD indirekt zu solidarischem Handeln auf: „Wenn wir eine gemeinsame Aktion machen, warum vertreten wir diese Gesichtspunkte nicht auch gemeinsam bei der Sowjetadministratur, daß hier Gerechtigkeit und gleichmäßige Behandlung sichergestellt wird?"[261] Eine solche Unterstützung würde seiner Meinung nach dazu beitragen, die Bedenken zahlreicher Sozialdemokraten gegenüber der KPD zu zerstreuen. Mit seiner Rede sprach Klingelhöfer – aber eben nicht Grotewohl – offensichtlich das aus, was viele SPD-Funktionäre dachten, aber nicht zu sagen wagten[262].

Als Fechner den ersten Verhandlungstag schloss, schien eine Einigung so gut wie ausgeschlossen, denn Dahrendorf und Klingelhöfer hatten mit ihren Beiträgen die nahezu unüberwindlichen Gegensätze zwischen beiden Parteien deutlich gemacht. Umso überraschter waren die Delegierten der Sechziger-Konferenz, als sie am nächsten Tag wieder zusammenkamen und von einer gemeinsamen Beschlussvorlage erfuhren, die offenbar das Ergebnis einer Einigung im kleinsten Führungskreis war. Vorausgegangen waren getrennte Besprechungen der Parteiführungen bei der SMAD in Karlshorst, die vermutlich den Druck auf die ostdeutschen Sozialdemokraten weiter erhöhte[263]. Walter Ulbricht berichtete am 22. Dezember in Karlshorst über die Konferenz und ließ sich vermutlich den von der KPD-Führung eingeschlagenen Kurs absegnen[264]. Dabei wurde wohl vereinbart, den Vereinigungsprozess aus Rücksicht auf die Westalliierten zunächst nicht weiter zu beschleunigen. Aufgrund der guten Kontakte zur SMAD und der Tatsache, dass Moskau mittelfristig an einem erfolgreichen Abschluss der Einheitskampagne in-

259 Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung?, S. 102–105, hier S. 104.
260 Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus. Bd. IV/2, S. 673.
261 Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung?, S. 123–125, hier S. 124.
262 Germer, Von Grotewohl bis Brandt, S. 121. Germer, der zunächst Mitglied des Zentralausschusses war, wurde zusammen mit Franz Neumann und Curt Swolinzky auf dem 2. SPD-Landesparteitag am 7. 4. 1946 zum gleichberechtigten Vorsitzenden der SPD in Berlin gewählt.
263 Malycha, Die SED, S. 92. Malycha stützt sich bei der Darstellung der Ereignisse auf einen Erinnerungsbericht von Richard Gyptner, den dieser am 23. 1. 1964 anfertigte.
264 Information von Walter Ulbricht über ein Gespräch mit Bokow, Tulpanow, Wolkow am 22. 12. 1945, in: Badstübner/Loth (Hrsg.), Wilhelm Pieck, S. 62.

teressiert war, gelang es den Kommunisten schließlich, eine gemeinsame Entschließung vorzulegen, die von den Konferenzteilnehmern am 21. Dezember verabschiedet wurde[265]. Sie enthielt erstmals Grundsätze für den Zusammenschluss von SPD und KPD und basierte, was Grotewohl bei ihrer Vorstellung einräumte, auf einem kommunistischen Entwurf[266]. Um der SPD entgegenzukommen, hatte sich die KPD-Spitze dazu bereit erklärt, einige Passagen aus der vorgeschlagenen Entschließung zu streichen, die besonders den großen Unmut vieler Sozialdemokraten erregt hatten. Dazu gehörte etwa die Aufstellung gemeinsamer Wahllisten für die bevorstehenden Wahlen sowie ein konkreter Zeitpunkt für die Vereinigung. In einem Punkt blieben Pieck und Ulbricht aber hart: Denn die umstrittene Frage der Einberufung von Reichsparteitagen wurde in dem Dokument nicht erwähnt.

Grotewohl konnte einige seiner wichtigsten Forderungen nicht durchsetzen, insbesondere den Vorschlag nach Bildung der Arbeiterparteien auf gesamtdeutscher Ebene, die anschließend über die Vereinigung entscheiden sollten. In seinem Schlusswort war davon aber keine Rede mehr, auch wenn er allgemein darauf hinwies, dass die „aufgeworfene Frage der Schaffung der Reichsparteien [...] von eminent großer und entscheidender Bedeutung" sei[267]. Beim Vorsitzenden des Zentralausschusses war ein klarer politischer Kurs immer weniger zu erkennen. Er hatte offensichtlich nicht den Mut, seine inhaltlichen und zeitlichen Vorstellungen zur geplanten Parteienfusion prägnant zu formulieren und dabei klar Position zu beziehen, auch auf die Gefahr hin, die KPD-Führung zu verärgern. Stattdessen klammerte er sich an die vage Hoffnung, die politische Situation in den drei Westzonen könnte sich mit Hilfe der britischen Labour-Regierung ändern und eine neue Beschlusslage erzwingen: „Wir werden noch weiterkommen, wir werden auch viele Widerstände im Westen noch zu überwinden haben, die Ihr nicht habt. Aber Genossen, verlasst Euch darauf: Wir werden sie überwinden."[268] Während Dahrendorf, Klingelhöfer, aber auch Gniffke der Entschließung letztlich zustimmten, verweigerten zwei SPD-Delegierte die Unterschrift: der Bezirksvorsitzende von Chemnitz, Hans Hermsdorf, und Karl J. Germer[269]. Beide verließen kurze Zeit später die sowjetische Besatzungszone und zogen nach Westdeutschland.

Pieck, der ganz besonders darüber verärgert war, dass Grotewohl auf der Konferenz die 10 Punkte Dahrendorfs vorgetragen hatte[270], übermittelte dem Vorsitzenden des Zentralausschusses wenige Tage später ein Exemplar der stenographischen Niederschrift und bat ihn darum, es in „persönliche Verwahrung zu nehmen"[271]. Da das Protokoll Informationen über die Beziehungen der beiden Parteien zu den Besatzungsbehörden enthalte, sollte es nämlich nicht in „andere

[265] Entschließung der gemeinsamen Konferenz des ZK der KPD und des ZA der SPD mit den Vertretern der Bezirke am 20./21.12.1945 in Berlin, in: Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung?, S. 156–163.
[266] Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung?, S. 126.
[267] Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung?, S. 135.
[268] Ebenda, S. 136.
[269] Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus. Bd. IV/2, S. 680. Grotewohl versuchte vergeblich Germer umzustimmen. Germer, Von Grotewohl bis Brandt, S. 122f.
[270] Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung?, S. 81.
[271] LAB, E Rep. 200-23, Nr. 32, Pieck am 27.12.1945 an Grotewohl. Der Brief wurde erstmals abgedruckt bei: Gruner/Wilke (Hrsg.), Sozialdemokraten im Kampf um die Freiheit, S. 59.

Hände außerhalb Eures engeren Kreises" gelangen. Doch auch innerhalb des Zentralausschusses sah sich Grotewohl Kritik ausgesetzt. So bemängelte etwa Klingelhöfer, dass zentrale Positionen der SPD in der Entschließung nicht ihren Niederschlag gefunden hätten[272]. Dadurch erscheine die Veröffentlichung der Konferenzergebnisse „als volle Kapitulation vor einem kommunistischen Angriff"[273]. In dem Zusammenhang sprach er von Regiefehlern, die von Seiten der ostzonalen SPD-Spitze gemacht worden seien. Gleichzeitig rief er Grotewohl dazu auf, offensiv in die weiteren Gespräche mit Pieck und Ulbricht zu gehen. Er ging davon aus, dass die SPD bei freien Wahlen 70 Prozent der Arbeiterstimmen erhalten würde, die KPD dagegen nur 30 Prozent. Daraus leitete er den sozialdemokratischen Führungsanspruch ab und reklamierte den Vorsitz der noch zu bildenden Einheitspartei für die SPD, und damit indirekt für Grotewohl, dem er unterschwellig vorwarf, als „ein anständiger und vor allem versöhnlicher Mensch" zu konfliktscheu zu sein[274]. Klingelhöfer warnte davor, in den bevorstehenden Verhandlungen mit der KPD nachzugeben: „Wir müssen das Tempo der Einheit bestimmen, den Zeitpunkt nach eigenem Ermessen bestimmen und die Führung haben und behalten; davon hängt alles ab für uns, sehr viel für Deutschland und viel für Europa und die Welt."[275] Für den Fall, dass der SPD die Umsetzung dieser Ziele nicht gelingen sollte, prophezeite er seiner Partei eine unheilvolle Zukunft: „Gingen wir davon ab, hätten wir [...] die Schlacht verloren und könnten einpacken."[276]

Im zweiten Teil seines Briefes berichtete dann Klingelhöfer ausführlich über ein Gespräch, das er mit einem britischen Besatzungsoffizier über die Deutschlandpolitik der Regierung von Premierminister Clement R. Attlee geführt hatte. Dabei habe er den Eindruck gewonnen, so der Vertraute Grotewohls, dass London eine Einheitsbewegung der Arbeiterschaft in ganz Deutschland keineswegs ablehne, sofern sie dem freien Willen der Arbeiter entspringe und alle vier Besatzungszonen erfasse[277]. Das war der Strohhalm, an den sich Klingelhöfer klammerte, denn auf diese Weise schien die Bildung der SPD auf gesamtdeutscher Ebene wieder möglich zu sein. Voraussetzung war allerdings, alle Besatzungsmächte davon zu überzeugen, dass es in ihrem jeweiligen Interesse lag, eine einheitliche Arbeiterpartei für Gesamtdeutschland zuzulassen. Obwohl er damit die sich verschärfenden Interessengegensätze zwischen den Alliierten deutlich unterschätzte, glaubte er einen gewissen Verhandlungsspielraum für den Zentralausschuss in den anstehenden Verhandlungen mit der KPD-Führung und Karlshorst erkennen zu können. Diese Sichtweise machte sich auch Grotewohl zu eigen. In einem Interview, das die sozialdemokratische Tageszeitung ‚Das Volk' am 9. Januar 1946 abdruckte, erinnerte Grotewohl die Mitglieder und Funktionäre von SPD und KPD zunächst daran, dass sie lernen müssten, sich nicht als Rivalen, sondern als Kameraden zu betrachten[278]. Anschließend wiederholte er seine bereits mehrfach geäußerte Forderung,

272 LAB, E Rep. 200-23, Nr. 29–31, Klingelhöfer am 3. 1. 1946 an Grotewohl.
273 Ebenda, S. 4.
274 Ebenda, S. 1.
275 Ebenda, S. 2.
276 Ebenda, S. 1.
277 Ebenda, S. 2f.
278 SAPMO-BArch, NY 4090/126, Bl. 32–34, hier Bl. 32, Interview von Werner Klein vom 4. 1. 1946 mit Otto Grotewohl, veröffentlicht in ‚Das Volk' vom 9. 1. 1946.

dass die SPD „schleunigst zu einer einheitlichen Reichspartei gestaltet werden muss, die in Ihrer Gesamtheit auf einem Reichsparteitage die Entscheidung über die Vereinigung der beiden Parteien fällt"[279]. Grotewohl knüpfte an die organisatorische Vereinigung von SPD und KPD auch die Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Aufstieg in der SBZ, da durch die „Zusammenballung der geeinten Kräfte die politische und wirtschaftliche Dynamik für den Wiederaufbau Deutschlands erfolgreich" entfaltet werden könnte[280].

Der Zentralausschuss versuchte nachträglich, die gemeinsame Entschließung mit der KPD vom 21. Dezember inhaltlich zu präzisieren und Versäumtes nachzuholen. So nannte der geschäftsführende Vorstand auf seiner Sitzung am 10. Januar 1946 vier Bedingungen, die vor einer organisatorischen Vereinigung erfüllt sein müssten[281]. Demzufolge kam für die ostzonale SPD-Führung eine Fusion, die zudem durch einen Parteitagsbeschluss herbeigeführt werden musste, nur auf gesamtdeutscher Ebene in Frage. Des Weiteren bildeten getrennte Wahllisten und faire Zusammenarbeit unumstößliche Forderungen, von denen der geschäftsführende Vorstand nicht abweichen wollte. Außerdem schlug Dahrendorf vor, zu den Parteifreunden in den Westzonen Kontakt aufzunehmen, um einen gemeinsamen Ausschuss zu bilden, in dem aus jeder Besatzungszone jeweils vier Vertreter sitzen sollten. Daraufhin wurden Grotewohl und Fechner als Vertreter des Zentralausschusses vorgeschlagen. Wenige Tage später unternahm der Zentralausschuss den Versuch, die eigene Position gegenüber den einzelnen Parteigliederungen deutlich zu machen. In einem Rundschreiben an die Bezirksverbände wiederholte die Parteiführung die oben genannten Forderungen[282], denn in der Zwischenzeit hatten zahlreiche Funktionäre mit Unverständnis auf die Haltung des Zentralvorstandes in der Sechziger-Konferenz reagiert[283]. Der Parteiausschuss der SPD bestätigte, dass die Vereinigung mit der KPD „durch den Willen der Mitglieder der beiden Parteien auf Reichsparteitagen endgültig" beschlossen werden müsste[284].

Die KPD-Führung beriet schon am 22. Dezember über die Ergebnisse der Sechziger-Konferenz. Dabei gab Pieck die Richtlinien für die zukünftige Einheitspolitik der kommunistischen Partei aus und erklärte, dass durch eine Beeinflussung der „fortgeschrittenen" Landes- bzw. Provinzialvorstände Druck auf den Zentralausschuss ausgeübt werden könnte, damit dieser endlich die Forderung nach Einberufung von Reichsparteitagen fallen ließe. In dem Zusammenhang nannte er explizit die Landesvorstände von Sachsen und Sachsen-Anhalt[285]. Aus Sicht der KPD tat sich besonders der sächsische SPD-Landesvorsitzende Otto Buchwitz hervor, der selber einräumen musste, dass sein Tempo in der Einheitsfrage „vielen

279 Ebenda, Bl. 33.
280 Ebenda, Bl. 34.
281 SAPMO-BArch, NY 4090/275, Bl. 3, Beschlüsse des geschäftsführenden Vorstandes vom 10. 1. 1946. Dieser Beschluss war Grundlage für die Entschließung vom 15. 1. 1946. Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung?, S. 172f.
282 Malycha, Die SED, S. 94.
283 Vgl. Lüdemann am 31. 12. 1945 an den ZA der SPD, in: Malycha, Auf dem Weg zur SED, S. 247–249.
284 Zitiert nach Malycha, Die SED, S. 94.
285 Stenographische Niederschrift über die Sitzung mit den Bezirkssekretären am 22. 12. 1945, in: Benser/Krusch (Hrsg.), Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Bd. 1, S. 364–376, hier S. 371f.

Genossen zu schnell" war[286]. Gegenüber Grotewohl vertrat er die Meinung, dass die Einberufung eines Reichsparteitages nur die Verschiebung der Einheit bedeute, zumal der Westen mit allen Mitteln versuchen werde, eine solche Veranstaltung zu verhindern. Deshalb schlug er vor, einen Parteitag für die sowjetische Besatzungszone einzuberufen, an der möglichst viele Vertreter aus dem Westen teilnehmen sollten. Da er die Chance einer Einigung für Gesamtdeutschland nicht sah, plädierte er für eine zonale Lösung, d.h. die Vereinigung der Arbeiterparteien in der SBZ. Den Vorschlag, die Parteimitglieder in einer Urabstimmung zu befragen, hielt er zwar für demokratisch und populär, nicht aber für politisch durchführbar. Zwei Drittel der Parteibasis setzte sich aus Mitgliedern zusammen, die vor 1933 nicht in der SPD organisiert waren und deshalb „kein Klassenbewusstsein" hätten. Aufgrund der Erfahrungen während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft war Buchwitz die Einheit der Arbeiterbewegung offensichtlich wichtiger als die Bewahrung sozialdemokratischer Wertvorstellungen. Zu Recht ist er durchaus als konsequenter Verfechter der Vereinigung von SPD und KPD bezeichnet worden[287].

Bei öffentlichen Veranstaltungen nährte Grotewohl die illusionäre Hoffnung, die SPD könnte ihr Profil im Einigungsprozess bewahren und habe die KPD zu Zugeständnissen bewegen können. So behauptete er, wie aus Notizen Wilhelm Piecks hervorgeht, in einer Rede in Berlin-Charlottenburg, dass die Kommunisten angeblich aufgrund der veränderten weltpolitischen Lage von ihren früheren Vorstellungen der Diktatur des Proletariats Abstand nehmen und stattdessen demokratisch werden müssten[288]. In einem anderen Versammlungsbericht wurden die Distanzierungsversuche Grotewohls gegenüber den Kommunisten sowie seine Forderung nach Einberufung eines gesamtdeutschen Parteitages festgehalten[289]. Die KPD-Führung verfolgte also mit großer Aufmerksamkeit die öffentlichen Auftritte der Mitglieder des Zentralausschusses, vor allem von Otto Grotewohl. Ende Januar meldeten sich auch westdeutsche SPD-Vertreter kritisch zu Wort: Erich Ollenhauer, der erst Anfang Februar von London nach Hannover reisen konnte, befürchtete in einem Schreiben an Grotewohl, dass „euer Stand immer schwerer werden wird"[290]. Zu Grotewohls Versuch, einen gemeinsamen Parteitag mit der West-SPD zu organisieren, gab er zu bedenken: „Eine solche Konferenz kann nur dann einen klärenden Erfolg haben, wenn die Vorbereitungen für sie, ihre Einladung und ihre Durchführung[,] gemeinsam von Euch und den Vertrauensleuten der Westzonen durchgeführt werden. Jede andere Form der einseitigen Einladung durch Euch ohne vorherige Verständigung mit den Genossen aus dem Westen muss zu einem Fehlschlag und zu einer Verschärfung der Gegensätze führen." Obwohl er nicht an den Erfolg von Grotewohls Initiative glaubte, schlug

286 SAPMO-BArch, NY 4095/56, Bl. 4f., Buchwitz am 23.1.1946 an Grotewohl.
287 So auch Hans Grotewohl in seinen Erinnerungen. SAPMO-BArch, SgY 30/1878, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Martha, Hans und Mädi Grotewohl über ihre Erinnerungen an Otto Grotewohl am 14.12.1976, S. 33.
288 SAPMO-BArch, NY 4036/631, Bl. 29, handschriftliche Notizen Piecks über eine Rede Grotewohls in Charlottenburg am 13.1.1946.
289 SAPMO-BArch, NY 4036/631, Bl. 31f., Bericht der KPD Charlottenburg über eine Rede Grotewohls auf einer SPD-Versammlung in Charlottenburg am 13.1.1946.
290 SAPMO-BArch, NY 4090/278, Bl. 98, Ollenhauer am 26.1.1946 an Grotewohl.

er eine persönliche Aussprache zwischen Vertretern des Zentralausschusses und des Büros Schumacher vor. Zu diesem Zeitpunkt bereiteten Grotewohl und Pieck bereits die erste Ausgabe der theoretischen Zeitschrift ‚Die Einheit' vor. In einem Brief an den Vorsitzenden des ZK der KPD beschwerte sich Grotewohl über die kommunistischen Angriffe auf Schumacher und andere westdeutsche Führungspersönlichkeiten der SPD, wobei er nochmals unterstrich, wie wichtig ihm die Verhandlungen mit den Parteifreunden in den westlichen Besatzungszonen waren[291]. Deshalb könne der Zentralausschuss Attacken gegen diese SPD-Spitzenpolitiker nicht zulassen. Gleichzeitig stimmte er Kürzungsvorschlägen Piecks zu seinem eigenen Beitrag in der ‚Einheit' über den deutschen Imperialismus bereitwillig zu. Der Brief zeigte, dass Grotewohl immer noch auf Zeit spielte, denn er hoffte, durch die Gespräche mit Schumacher den Handlungsspielraum des Zentralausschusses vergrößern zu können. Dagegen machte er letzte redaktionelle Arbeiten für die neue Parteizeitschrift und war zu Konzessionen gegenüber der KPD-Führung bereit. Grotewohls politischer Kurs blieb somit hilflos lavierend: Während er einerseits gegenüber der kommunistischen Parteiführung deutliche Zugeständnisse machte, klammerte er sich andererseits an vage Hoffnungen, die schon bald wie eine Seifenblase zerplatzten.

Die KPD verstärkte in der Folgezeit die Einheitskampagne weiter und nutzte dazu die Gewerkschaftswahlen in der SBZ, die als Bühne für Einheitsbekundungen instrumentalisiert wurden[292]. Außerdem bedrängten einzelne kommunistische Ortsgruppen SPD-Ortsvereine, gemeinsame Veranstaltungen durchzuführen und gemeinsame Resolutionen zur in Aussicht gestellten Parteienfusion zu verabschieden[293]. Die Strategie zielte jedoch nicht nur auf die sozialdemokratische Parteibasis ab, sondern auch auf die kommunistischen Parteimitglieder, die erst noch von der Richtigkeit des Annäherungskurses an die SPD überzeugt werden mussten[294]. Dem Zentralausschuss gelang es immer weniger, die eigene Parteibasis gegen die aggressiven Werbungsversuche der KPD in Schutz zu nehmen. Hinzu kam, dass die Führungsgruppe um Grotewohl immer mehr in die Defensive geriet, dessen einziger Hoffnungsschimmer potentielle Gespräche mit westdeutschen Sozialdemokraten waren. Damit verschloss der Vorsitzende des Zentralausschusses die Augen vor der Realität, da Ollenhauer und vor allem Schumacher diesem Ansinnen bereits frühzeitig eine Absage erteilt hatten. Als entscheidender politischer Faktor erwies sich die sowjetische Besatzungsmacht, die die Diskussion über die Fusion der beiden Arbeiterparteien immer stärker überwachte und kontrollierte. Sie hatte während der Sechziger-Konferenz die Einigung zwischen beiden Parteispitzen erzwungen, die schließlich zur gemeinsam verabschiedeten Resolution führte und die Grotewohl noch als Erfolg verkaufen wollte. In der Einheitsfrage zählten zu den entscheidenden politischen Akteuren aber nicht nur die leitenden Funktionsträger in der SBZ (SMAD, SPD, KPD), sondern auch die westdeutsche SPD-Führung; innerhalb dieses politischen Kräftefeldes hatte sich Grotewohl

[291] SAPMO-BArch, NY 4036/632, Bl. 70f., Grotewohl am 30.1.1946 an Pieck.
[292] Malycha, Die SED, S. 97.
[293] Vgl. Schreiben der SPD-Ortsgruppe Woltersdorf an den ZA der SPD am 19.12.1946, in: Malycha, Auf dem Weg zur SED, S. 281f.
[294] Malycha, Die SED, S. 95.

durch sein taktisches Lavieren immer mehr ins politische Abseits manövriert. In der Einheitsfrage war er schon lange nicht mehr Herr des Geschehens, sondern Getriebener.

Ende 1945 reagierten große Teile der SPD-Mitglieder auf das kommunistische Drängen mit der Forderung, eine Urabstimmung durchzuführen[295]. Viele Ortsvereine[296] fühlten sich vom Zentralausschuss übergangen oder sogar im Stich gelassen und konnten sich dabei auf eine Forderung stützen, die Grotewohl bei seiner viel beachteten Rede am 11. November 1945 vorgetragen hatte. Erstmals griff Fechner öffentlich den Gedanken einer Urabstimmung in einem Artikel für die ‚Tägliche Rundschau' am 1. Januar 1946 auf. Innerhalb der ostdeutschen Sozialdemokratie waren die Meinungen aber geteilt. In diesem Zusammenhang unterscheidet Malycha zwischen drei Gruppen, die allerdings nicht gleich groß waren[297]. Zu den ersten beiden zählten die Befürworter bzw. Gegner einer Vereinigung mit der kommunistischen Partei. Bei der Mehrheit der Parteimitglieder sowie den Funktionären auf mittlerer und unterer Ebene habe dagegen das Misstrauen gegenüber der KPD überwogen, obwohl auch hier die grundsätzliche Zustimmung zur Einheit der Arbeiterbewegung weit verbreitet war. Bei einer differenzierten Betrachtung wird man den jeweiligen Zeitpunkt genau berücksichtigen müssen, denn die Stimmungslage unter den SPD-Mitgliedern und -Funktionären war angesichts der KPD-Einheitskampagne keineswegs stabil und wird sich nach der Sechziger-Konferenz nochmals deutlich verschlechtert haben. Auf den ersten Blick scheint Grotewohl die Mehrheitsmeinung vertreten zu haben. Von entscheidender Bedeutung wurde allerdings, dass die SPD von der KPD mehrheitlich ein überzeugendes Bekenntnis zur parlamentarischen und innerparteilichen Demokratie erwartete. Wie würde der Zentralausschuss entscheiden, wenn die KPD diesen Beweis schuldig blieb?

Zum Jahreswechsel professionalisierte die KPD-Führung die Berichterstattung über die SPD in der sowjetischen Besatzungszone[298]. Dabei trat insbesondere Hans Seigewasser in Erscheinung, der seit August 1945 Mitarbeiter im Apparat des Sekretariats der KPD und ein Vertreter der Partei in der Berliner Arbeitsgemeinschaft war. Auch er teilte die sozialdemokratische Parteibasis sowie den Funktionärsapparat in drei Gruppen ein und lenkte die Aufmerksamkeit auf die indifferente Mehrheit, bei der die Skepsis gegenüber einer Vereinigung nach wie vor überwog. Es verwunderte daher nicht, dass die KPD-Führung ihre Anstrengungen verstärkte, diese verhältnismäßig große Gruppe in ihrem Sinne zu beeinflussen. Darüber hinaus versuchte die kommunistische Parteiführung zwischen die Parteibasis, die angeblich die Fusion der beiden Arbeiterparteien befürwortete, und die Funktionäre, die eine solche Entscheidung ablehnten, einen Keil zu treiben[299]. Ziel der Strategie war eine Schwächung und Isolierung des Zentralausschusses, damit sich dieser langfristig dem Einheitswillen nicht mehr widersetzen konnte.

[295] Hierzu ausführlich Malycha, Die SED, S. 98f.
[296] Vgl. Entschließung der Mitgliederversammlung der SPD-Ortsgruppe Rostock vom 6.1.1946, in: Malycha, Auf dem Weg zur SED, S. 255. Nach Einschätzung von Malycha wurde das Ausmaß dieser Protesthaltung bisher unterschätzt. Malycha, Die SED, S. 98, Anm. 176.
[297] Malycha, Die SED, S. 99.
[298] Detailliert dazu: Sattler, Bündnispolitik als politisch-organisatorisches Problem, S. 182–184.
[299] Ähnlich in der Beurteilung: Malycha, Die SED, S. 100.

Als Vorsitzender des Zentralausschusses konnte sich Grotewohl nicht zu besonders energischen Protesten bei der SMAD gegen die Benachteiligung von sozialdemokratischen Funktionären auf lokaler oder regionaler Ebene durchringen. Nach seiner Rede am 11. November 1945 kam für ihn offener Widerspruch gegenüber der Besatzungsmacht nicht mehr in Frage. Die Gespräche in Karlshorst im Anschluss an seine Rede haben ihm offenbar die Zwangslage deutlich gemacht, in der er sich nunmehr befand, denn Moskau bestand auf der Fusion von SPD und KPD und lehnte somit eine weitere organisatorische Eigenständigkeit der ostdeutschen Sozialdemokratie ab. Einen offenen Konflikt wollte er in der Folgezeit nicht provozieren. Gleichwohl hat er auch nicht den Versuch unternommen, die Grenzen seines Handlungsspielraumes auszuloten. Darüber hinaus drängt sich der Eindruck auf, dass Grotewohl bei den wenigen schriftlichen Interventionen, die er bei der SMAD einlegte, einer Selbsttäuschung erlag, wenn er sich etwa auf diesem Wege eine Gleichbehandlung von SPD und KPD erhoffte. Am 6. März 1946 verwahrte er sich gegen Eingriffe örtlicher Besatzungsoffiziere und erinnerte an eine Erklärung Schukows, in der dieser eine Anweisung in Aussicht gestellt hatte, wonach sich alle Kommandanten in der Einheitsfrage zurückhalten sollten[300].

Zu diesem Zeitpunkt stand die Zwangsvereinigung unmittelbar bevor. Bereits am 23. Januar hatte Bokow der KPD-Führung in einer Besprechung mitgeteilt, dass die Vereinigung bis spätestens Ende Mai, am besten am 1. Mai vollzogen werden sollte[301]. Gleichzeitig wurden von dem sowjetischen Offizier die Versuche der SPD, einen Reichsparteitag einzuberufen, als Manöver abgetan, um die Vereinigung zu verhindern. Grotewohls Hinhaltetaktik war also nicht aufgegangen. Bokow forderte Pieck auf, für eine „scharfe" Kampagne gegen rechte Sozialdemokraten Sorge zu tragen, um Opponenten zu „entlarven" und die innerparteilich „Schwankende[n]" zu gewinnen[302]. Dieser Ratschlag war zweifelsohne mit Stalin und der Kreml-Führung abgestimmt worden. Moskau wollte die Parteienfusion vor den für Mai terminierten Gemeindewahlen über die Bühne bringen, die schließlich auf den Herbst verschoben wurden[303].

Ende Januar bzw. Anfang Februar 1946 hatte sich der Zentralausschuss, wie aus dessen Vorbereitungen zu den konkreten Verhandlungen hervorgeht, mit der bevorstehenden Vereinigung mit der KPD abgefunden. Dabei kam nach den Gewerkschaftswahlen der Zusammensetzung der Gewerkschaftsgremien eine Pilotfunktion zu, da hier das Paritätsprinzip erstmals Anwendung fand. So beschloss der geschäftsführende Vorstand auf seiner Sitzung am 6. Februar, dass bei der Besetzung der Gewerkschaftsleitungen und der Delegiertenkonferenzen „unbedingt" auf Parität zwischen den Vertretern beider Parteien geachtet werden müsse[304]. Darüber hinaus legte die SPD-Führung Wert darauf, dass SPD und KPD die gleiche Anzahl an Vertretern in den FDGB-Verwaltungsausschuss schickten. Die

[300] SAPMO-BArch, NY 4090/314, Bl. 28, Grotewohl am 6.3.1945 an Generalleutnant Bokow. Erstmals zitiert bei: Malycha, Die SED, S. 104.
[301] Besprechung am 23.1.1946 in Karlshorst bei Bokow, in: Badstübner/Loth (Hrsg.), Wilhelm Pieck, S. 63.
[302] Ebenda, S. 63f.
[303] Creuzberger, Die sowjetische Besatzungsmacht, S. 44f.
[304] SAPMO-BArch, NY 4090/275, Bl. 10, Beschlüsse des geschäftsführenden Vorstandes des ZA der SPD vom 6.2.1946.

Zusammenstellung von „Verfehlungen" bei der Durchführung der Delegiertenwahlen, die der KPD-Führung zugestellt wurden, war ein letztes Aufbäumen gegen die aggressiv geführte Umarmungsstrategie der Kommunisten. Währenddessen begannen engste Mitarbeiter Grotewohls damit, vom Einheitskurs Abstand zu nehmen. So bestand Klingelhöfer in einer umfangreichen Denkschrift, die er als sein „Testament zur Einheitsfrage" bezeichnete, auf der freiwilligen Zustimmung der SPD, ohne sich allerdings für eine Urabstimmung auszusprechen, die er als Flucht des Zentralausschusses aus der Verantwortung ansah[305]. Außerdem warnte er davor, dem Druck der KPD nachzugeben und einer Verschmelzung der Parteien zuzustimmen, bevor die Frage der staatlichen Einheit Deutschlands geklärt sei[306].

Nun überschlugen sich die Ereignisse: Am 8. Februar 1946 trafen Grotewohl und Dahrendorf mit Schumacher in Braunschweig zusammen, um über die Einberufung eines Reichsparteitages der SPD zu verhandeln. Schumacher lehnte die Forderung erneut ab und verlangte, dass sich die SPD in der sowjetischen Besatzungszone auflösen sollte, falls sie dem von Kommunisten und sowjetischer Besatzungsmacht gleichermaßen erzeugten Druck nicht mehr standhalten könne[307]. Dabei gaben die beiden Vertreter des Zentralausschusses offen zu, dass sie die Entwicklung zur Einheitspartei nicht mehr beeinflussen konnten[308]. Während Schumacher den Rückzug der SPD auf die westlichen Sektoren in Berlin vorschlug, sprachen sich Grotewohl und Dahrendorf gegen diesen Schritt aus, da sie eine Zustimmung der sowjetischen Militärregierung für ausgeschlossen hielten. Auf die Frage Schumachers, ob noch die Möglichkeit zur Ablehnung der Vereinigung bestünde, erwiderten die beiden ostdeutschen Sozialdemokraten, dass dieser Weg nicht mehr realistisch sei[309]. Eine Ablehnung würde vielmehr zur Isolierung des Zentralausschusses führen, da einzelne Bezirksverbände schon den Zusammenschluss mit der KPD angekündigt hätten. Die Vereinigung könne nicht mehr verhindert werden, stattdessen gehe es nur noch darum, mit den Kommunisten über zeitliche und inhaltliche Vorgaben zu verhandeln. Im Gegensatz zu Schumacher äußerten Grotewohl und Dahrendorf die vage Hoffnung, dass sich der politische Druck „aus einer Veränderung der zonalen Situation noch einmal" etwas lockern werde. Beide zeigten sich zuversichtlich, dass es ihnen gelingen werde, sozialdemokratischen Einfluss in der Einheitspartei zu sichern[310].

Nach ihrer Rückkehr diskutierte der Zentralausschuss zusammen mit den Landesvorsitzenden am 10. Februar das weitere Vorgehen[311]. Während Grotewohl

[305] LAB, E Rep. 200-23, Nr. 29-31, Denkschrift Klingelhöfers vom 3.2.1946, S. 8 und 14. Diesem Dokument ist ein handschriftliches Schreiben Klingelhöfers vom 8.2.1946 an Grotewohl beigefügt.

[306] Ebenda, S. 16.

[307] Vgl. Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 138; Merseburger, Der schwierige Deutsche, S. 293–297.

[308] AdsD, Bestand Kurt Schumacher, Mappe 155, Bericht über Treffen zwischen Grotewohl/Dahrendorf und Schumacher am 8.2.1946 in Braunschweig, S. 1.

[309] Ebenda, S. 2.

[310] Ebenda, S. 4 und 6.

[311] Ein Protokoll dieser Beratung ist nicht überliefert. Die Memoiren und Erinnerungsberichte weichen in der Darstellung dieses Treffens teilweise ab. Vgl. die atmosphärische Schilderung bei Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 139–145. Außerdem: SAPMO-BArch, SgY 30/1365/1, Bl. 167f., Erinnerungen von Heinrich Hoffmann. Die SED-Führung hat ungefähr 25 Jahre später versucht, eine kurze Chronik über die Vereinigung von SPD und KPD zusammenzu-

völlig apathisch wirkte und gegenüber der KPD einlenken wollte, sprachen sich unter anderem Dahrendorf, Germer und Otto Meier gegen einen Vereinigungstermin am 1. Mai aus. Grotewohls Position wurde dagegen unterstützt von den Landesvorsitzenden Böttge, Buchwitz und Hoffmann. Bei einer ersten Abstimmung, die Fechner beantragt hatte, gab es eine knappe Mehrheit, die den Antrag der KPD ablehnte, einen Vereinigungsparteitag zu Ostern oder zum 1. Mai einzuberufen. Als daraufhin die Landesvorsitzenden damit drohten, sich vom Zentralausschuss loszusagen und die Vereinigung in den Ländern durchzuführen, änderten einige Anwesende ihr Stimmverhalten nachträglich, so dass sich eine Pattsituation zwischen Anhängern und Gegnern ergab. Damit brach Fechner die Sitzung ab und verlegte sie auf den folgenden Tag.

Unter dem Druck einiger SPD-Landesvorsitzender, die sich für eine rasche Vereinigung aussprachen, beschloss der Zentralausschuss am 11. Februar 1946, in der SBZ einen Parteitag einzuberufen, der die formale Entscheidung treffen sollte[312]. Kurz vor Beginn der Sitzung hatte Grotewohl Gniffke seine endgültige Entscheidung mitgeteilt: Trotz zahlreicher Bedenken willigte er in eine Fusion von SPD und KPD ein. Dabei gab er vor, als Vorsitzender des Zentralausschusses in der Pflicht gegenüber den sozialdemokratischen Parteimitgliedern zu sein, die er angeblich nicht alleine lassen wollte[313]. Innerhalb des Zentralausschusses gab es nun eine Mehrheit für die Vereinigung mit der KPD[314]. Während Dahrendorf seinen Rücktritt kurzfristig zurücknahm[315], sah Gniffke gewaltige Probleme auf die SPD zukommen[316], da sich die KPD mit einem gut ausgebauten Apparat in einer sehr viel besseren Ausgangsposition befand als die Sozialdemokratie. Anschließend fuhr Grotewohl zum Gewerkschaftskongress in den Berliner Admiralspalast, um den soeben gefällten Beschluss zu verkünden[317]. Darüber hinaus erklärte er vor den versammelten Gewerkschaftsfunktionären, dass die Einberufung eines Reichsparteitages zur Zeit nicht möglich sei. Dem Vereinigungsparteitag sollten Bezirks- und Landesparteitage vorangehen. Damit hatte sich die KPD mit ihren Forderungen auf ganzer Linie durchsetzen können. Der SPD-Parteiausschuss bestätigte die Entscheidung des Zentralausschusses am 19. Februar. Damit waren die Weichen unwiderruflich in Richtung Vereinigung gestellt, auch wenn der für den 19./20. April einberufene Parteitag die Aufgabe erhielt, einen endgültigen Beschluss zu fassen. Auf diese Weise blieb formal der äußere Anschein gewahrt, die ostdeutsche Sozial-

stellen und konnte sich dabei offenbar auf zahlreiche Informanten aus der SPD stützen. Die Chronik ging teilweise kritisch auf die einzelnen Überlieferungen, d. h. Erinnerungen ein. Vgl. SAPMO-BArch, NY 4072/209, Bl. 47–54, Notiz (o. D., o. Verf.) für Franz Dahlem.

312 Malycha, Die SED, S. 112.

313 Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 144.

314 Vgl. zu den unterschiedlichen Positionen und Motiven der Mitglieder des ZA der SPD: Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus. Bd. IV/2, S. 814–829.

315 Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 145. Dahrendorf legte schließlich am 17. 2. 1946 sein Amt als Mitglied des Zentralausschusses nieder. SAPMO-BArch, NY 4090/275, Bl. 12, Dahrendorf am 17. 2. 1946 an den ZA der SPD. Ein Abschiedsbrief an Gniffke und Grotewohl, in dem er seinen Wechsel in den Westen Deutschlands begründete, ist abgedruckt in: Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 150.

316 Malycha, Die SED, S. 112.

317 Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 145.

demokratie habe sich aus freien Stücken für den Zusammenschluss mit den Kommunisten entschieden[318].

Grotewohls Entscheidung für die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien muss als Ergebnis eines längeren Prozesses betrachtet werden. Ein Schlüsseldokument gibt es nicht, aus dem die Motive und der genaue Zeitpunkt für den Meinungsumschwung des Vorsitzenden des Zentralausschusses klar hervorgehen[319]. Vielmehr deutet vieles darauf hin, dass sich Grotewohl sukzessive von einigen Forderungen verabschiedet hat, die er zunächst noch öffentlich aufgestellt hatte, etwa in seinen Reden am 14. September und 11. November. Dazu gehörten die Gleichberechtigung der ostdeutschen Sozialdemokratie beim Aufbau der politischen Ordnung in der SBZ und die Bildung der SPD auf gesamtdeutscher Ebene. Nachdem mit der Konferenz von Wennigsen klar geworden war, dass er von Schumacher keine Hilfe erwarten konnte, hatte der Verweis auf die Einberufung eines Reichsparteitages nur noch eine taktische Funktion. Grotewohl wollte auf diese Weise Zeit gewinnen und hoffte offenbar auf einen Meinungsumschwung bei den alliierten Siegermächten. Deren allgemein gehaltenes Postulat, Deutschland als politische Einheit zu behandeln, bestärkte ihn in der Hoffnung, die West-SPD langfristig für das Ziel gewinnen zu können. In diesem Zusammenhang besaßen seine Kontakte zu einzelnen Vertretern der Besatzungsverwaltungen in Berlin eine erhebliche Bedeutung, denn sie bestärkten ihn in der Selbsteinschätzung, ein von nahezu allen Seiten umworbener Politiker zu sein.

Während es ihm nur langsam gelang, ein Vertrauensverhältnis zur SMAD aufzubauen, verfügte er allem Anschein nach über gute Kontakte zu Mitarbeitern der britischen Militärregierung, die über die Treffen mit dem Vorsitzenden des Zentralausschusses ausführlich nach London berichteten. Dort schien Grotewohl zeitweise beliebter gewesen zu sein als Schumacher, der mit seinen selbstbewusst vorgetragenen politischen Vorstellungen oftmals den Unmut der Labour-Regierung hervorgerufen hatte. Noch am 20. Dezember 1945 schrieb der Leiter der politischen Abteilung der britischen Militärregierung, Christopher Steel, an das Foreign Office: „The chairman of the Berlin Committee is the reverse of Schumacher. One is first impressed by Otto Grotewohl's charm; he is friendly and open in manner, with an easy smile, rather negligent in his dress and appearance, and of an independent frame of mind and of great integrity."[320] Auch Vertreter der französischen Besatzungsmacht waren von Grotewohl angetan. Anders als die kommunistische Führungsriege um Pieck und Ulbricht betrachteten die westlichen Siegermächte Grotewohl insgesamt positiv[321].

Die Zwangsvereinigung kam für die britische Besatzungsmacht nicht überraschend, denn sie wurde von Grotewohl über die entscheidende Wendung Anfang Februar 1946 unterrichtet. Bei dieser Unterredung nahm Grotewohl kein Blatt vor den Mund und redete Klartext: So berichtete er am 4. Februar 1946 über den wachsenden Druck auf Sozialdemokraten und sprach von einem „Eisernen Vorhang",

[318] Malycha, Die SED, S. 112.
[319] Sattler, Bündnispolitik als politisch-organisatorisches Problem, S. 192.
[320] Zitiert nach: Caracciolo, Der Untergang der Sozialdemokratie, S. 284.
[321] Ebenda.

der jetzt fallen werde[322]. Gegenüber der britischen Militärverwaltung betonte Grotewohl, dass er bei der Einheitsfrage keine Wahl habe. In den folgenden Tagen zeichneten die britischen Analysen ein düsteres Bild über die politische Zukunft der sowjetischen Besatzungszone und verwiesen auf die geringer werdenden Handlungsspielräume der SPD, aber auch der bürgerlichen Parteien[323]. Kurz vor der Zwangsvereinigung im April hatte sich das britische Bild über den Vorsitzenden des Zentralausschusses völlig gewandelt: Während zuvor der politische Stil Grotewohls gewürdigt wurde, überwog nunmehr der Gesamteindruck, er sei ein schwacher Politiker, der dem sowjetischen Druck nicht gewachsen sei. Eine britische Denkschrift vom April 1946 hielt fest: „Er ist zunächst und zuallererst ein politischer Boss und verfügt nicht über die moralische Struktur, dem Druck in einer Krise zu widerstehen."[324]

Am 21. Februar 1946 kam Schumacher nach Berlin, um sich noch einmal mit Grotewohl und anderen Vertretern des Zentralausschusses zu treffen. Beide Seiten wiederholten ihre bereits bekannten Positionen. Dabei soll angeblich Schumacher von Grotewohl die Zusage erhalten haben, dass die SPD in der sowjetischen Besatzungszone aufgelöst werde, wenn die Zwangsvereinigung mit der KPD nicht mehr zu verhindern sei[325]. Anlässlich einer gemeinsamen Sitzung mit dem Zentralausschuss am 22. Februar, an der Grotewohl, Fechner und Dahrendorf nicht teilnehmen konnten, kam es zu einem Disput zwischen Schumacher und Gniffke, der die Rechtmäßigkeit der Übereinkunft von Wennigsen in Frage stellte[326]. Der Zentralausschuss würde sich auch in Zukunft nicht verbieten lassen, für alle vier Besatzungszonen zu sprechen. Rückblickend beschrieb ein enger Vertrauter Schumachers, Arno Scholz, den Vorsitzenden des Zentralausschusses als einen Politiker, der „die Zeichen der Zeit nicht verstanden [und] seine Kräfte falsch eingeschätzt habe"[327]. Grotewohl habe die Illusion gehabt, die Sozialdemokratie würde in der mit den Kommunisten vereinigten Partei die Mehrheit und allmählich auch die Führung stellen. Die Zusammenkunft mit Schumacher endete ergebnislos, was angesichts der früheren Treffen in Wennigsen und Braunschweig nicht weiter überraschte.

Erste Reaktionen von Mitgliedern und Funktionären der SPD schienen zunächst deutlich zu machen, dass die Partei nach den turbulenten Tagen der Entscheidung die Flucht nach vorne antrat. Einige Funktionäre waren offensichtlich davon überzeugt, dass die Sozialdemokratie aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke dazu in der

322 Bericht von C. Steel an Foreign Office am 7.2.1946, in: Die Ruhrfrage 1945/46, S. 486–490, hier S. 486. Zitiert bei Maier, Das Verschwinden der DDR, S. 45. Churchill hielt seine berühmte Rede, in der er erstmals vom „Eisernen Vorhang" sprach, am 5.3.1946 in Fulton (Missouri). Vgl. The Cold War, S. 73–82.

323 Memorandum von C. O'Neill vom 12.2.1946, in: Die Ruhrfrage 1945/46, S. 511–516.

324 Pommerin, Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD, S. 332.

325 Arno Scholz im ‚Telegraf' vom 22.9.1964, in: SAPMO-BArch, NY 4090/116, Bl. 11. In den Erinnerungen von Gniffke findet sich diese mündliche Vereinbarung jedoch nicht. Vgl. Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 151–154. Nach Angaben von Schumacher machte Grotewohl diese Ankündigung bereits in Wennigsen sowie Ende Januar 1946 gegenüber Besatzungsoffizieren und anderen Parteiführern. LAB, E Rep. 200-17, Nr. 49, Rede Schumachers über „Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie" vom 9.5.1946.

326 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/4/379, Bl. 114f., Gniffke am 23.2.1946 an Grotewohl.

327 Arno Scholz im ‚Telegraf' vom 22.9.1964, in: SAPMO-BArch, NY 4090/116, Bl. 11.

Lage wäre, sich in der Einheitspartei behaupten zu können[328]. Es gab allerdings auch gegenteilige Stimmen: Der SPD-Bezirksverband Groß-Berlin kritisierte beispielsweise die Grundsatzentscheidung des Zentralausschusses und nahm Schumacher vor Angriffen in Schutz[329]. Bei einer Urabstimmung am 31. März 1946, die von der innerparteilichen Opposition in Berlin veranlasst und durchgeführt wurde, lehnten 82,6 Prozent der abstimmenden SPD-Mitglieder einen sofortigen Zusammenschluss mit der KPD ab, wobei 61,5 Prozent für eine Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien votierten[330]. In der Folgezeit spaltete sich zunächst die Berliner SPD, denn am 7. April konstituierte sich in Zehlendorf ein unabhängiger Landesverband, dem sich alle Westberliner Kreisorganisationen anschlossen[331]. Am 13. April sprach sich ein SPD-Bezirksparteitag, in dem vor allem Delegierte aus Ostberlin vertreten waren, für den Zusammenschluss aus. Diese Parallelentwicklung verdeutlichte, dass der Zentralausschuss schon vor dem Vereinigungsparteitag über keine geschlossene Organisationsbasis mehr verfügte. Gleichwohl blieb der zuletzt genannte Beschluss ohne weitere Folgen, denn die Amerikaner und Engländer verhinderten in Berlin durch ihr Veto die Zulassung der SED. Das änderte sich erst am 28. Mai, als sich die Alliierte Stadtkommandantur auf die gleichzeitige Zulassung der SED innerhalb der Berliner Stadtgrenzen sowie der SPD im Ostteil der Stadt einigen konnte[332].

Grotewohl berichtete öffentlich über sein letztes Treffen mit Schumacher. Dabei bestritt er, dass Schumacher bei seiner Beurteilung der Einheitsfrage die Mehrheit der Arbeiter hinter sich habe[333]. Damit reklamierte Grotewohl erneut den Führungsanspruch innerhalb der SPD für den Zentralausschuss; außerdem schob er die politische Verantwortung für die Spaltung der SPD Schumacher in die Schuhe. Während die Entwicklung in den SPD-Landesverbänden kaum Anlass zur Sorge bot, befand sich der Berliner Landesverband, wie bereits erwähnt, in einer Zerreißprobe. Grotewohl bekam dies bei Versammlungen zu spüren: So war seine Rede vor der Betriebsgruppen-Funktionärversammlung am 15. März von zahlreichen Unmutsäußerungen begleitet. Nach Einschätzung eines Informanten, der einen Bericht für die KPD-Führung aufsetzte, waren ein Drittel der knapp 2000 anwesenden Sozialdemokraten für die Vereinigung mit der KPD, ein Drittel dagegen und ein weiteres Drittel „schwankend“[334].

Währenddessen gingen die Vorbereitungen für den Vereinigungsparteitag unvermindert weiter. Dazu gehörte auch die Erarbeitung einer gemeinsamen programmatischen Grundlage durch eine paritätisch besetzte Studienkommission,

328 Malycha, Die SED, S. 113.
329 SAPMO-BArch, NY 4090/279, Bl. 163–165, SPD-Bezirksverband Groß-Berlin am 25. 2. 1946 an Grotewohl.
330 Die Wahlbeteiligung lag bei 71,8 Prozent. Ausführlich zur Urabstimmung und den langfristigen Folgen: Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus. Bd. IV/2, S. 1220–1370.
331 Malycha, Die SED, S. 121.
332 Vgl. Heimann, Sonderentwicklung der SPD in Ost-Berlin; ders., Im Osten schikaniert, im Westen vergessen?; Wolle, Die SPD in Ostberlin.
333 SAPMO-BArch, NY 4090/126, Bl. 24–27, hier Bl. 25, Interview von Werner Klein vom 28. 2. 1946 mit Grotewohl. Das Interview wurde am 1. 3. 1946 in der ‚Tribüne‘ veröffentlicht.
334 SAPMO-BArch, NY 4036/634, Bl. 140–143, hier Bl. 143, Bericht über die Betriebsgruppen-Funktionärversammlung vom 15. 3. 1946 im Berliner Admiralspalast.

deren Bildung die erste Sechziger-Konferenz gebilligt hatte[335]. Auch hier konnte sich die KPD weitgehend durchsetzen, denn das Grundsatzdokument basierte auf einem kommunistischen Entwurf, den Grotewohl am 11. Februar 1946 von Pieck erhielt. Die Erklärung enthielt Grundsätze und Ziele der neu zu bildenden Partei, die den Namen Sozialistische Einheitspartei tragen sollte[336], und wurde von der zweiten Sechziger-Konferenz am 26. Februar angenommen[337]. Ein gleichzeitig verabschiedetes Parteistatut sowie ein Organisationsbeschluss legte zum Einen fest, dass der Zusammenschluss der beiden Parteien von unten nach oben erfolgen sollte. Des Weiteren wurde die paritätische Besetzung der noch zu wählenden Vorstände auf allen Parteiebenen schriftlich fixiert, um den Eindruck zu erwecken, die Bildung der Einheitspartei vollziehe sich nach fairen Regeln[338]. In den folgenden Wochen konstituierte sich die Einheitspartei zunächst auf der Kreisebene und schließlich am 6./7. April auf der Landesebene. Schlusslicht bildete Berlin, wo am 13. April ein Bezirksparteitag stattfand, der die Vereinigung von KPD und der abgespaltenen Rest-SPD beschloss, in der sich die Minderheit der Berliner Einheitsbefürworter zusammengefunden hatte. Bei diesen vorgeschalteten Vereinigungsparteitagen war der Druck, der auf nonkonforme Sozialdemokraten ausgeübt wurde, unübersehbar. Dies war das letzte Mal, dass sich Kritiker der Zwangsvereinigung öffentlich zu Wort melden konnten.

Mit dem Rückzug Dahrendorfs aus dem Zentralausschuss und vor dem Hintergrund des bevorstehenden Vereinigungsparteitages setzte innerhalb der ostdeutschen SPD-Führung eine selbstkritische Diskussion über die weitere politische Mitarbeit ein. So warnte Ernst Niekisch, Mitbegründer des Kulturbundes und Mitglied des Berliner Landesvorstandes, seinen Freund Klingelhöfer davor, Grotewohl zu verlassen: „In der gegenwärtigen Lage ist Grotewohl innerhalb der Berliner Partei sicher der einzige Mann, der ein Gefühl für das wahre Schwergewicht der politischen Dinge hat. Ihn im Stich zu lassen würde bedeuten, sich für den politischen Unverstand zu entscheiden. Davor möchte ich Dich warnen."[339] Der gelernte Volksschullehrer, der 1945 von der SPD zur KPD übergetreten war, appellierte eindringlich an den engen Vertrauten Grotewohls: „Wer gegen diese Wendung der Dinge ist, steht in der reaktionären Front. Als Sozialdemokrat wird er Menschewik. Ich beschwöre Dich, hüte Dich vor dem Menschewismus."[340] Nachdem sich Klingelhöfer, der im Übrigen an der Konferenz der West-SPD in Zehlendorf teilnahm, in der Öffentlichkeit kritisch zur Vereinigung von SPD und KPD geäußert hatte, löste der Zentralausschuss das Arbeitsverhältnis mit ihm auf[341]. Der Bruch war irreversibel, denn der Zentralausschuss unterstrich in dem Kündi-

[335] Mitglieder der Studienkommission waren Grotewohl, Fechner, Dahrendorf, Lehmann, Pieck, Ackermann, Dahlem und Ulbricht. Anfang Februar rückte Gniffke an Stelle von Dahrendorf nach. Malycha, Die SED, S. 113, Anm. 233.

[336] Pieck am 11. 2. 1946 an Grotewohl, in: Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung?, S. 174.

[337] Stenographische Niederschrift über die gemeinsame Konferenz des ZA der SPD und des ZK der KPD mit den Bezirksvertretern zu Berlin am 26. 2. 1946 im SPD-Parteihaus, in: Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung?, S. 193–259, hier S. 256.

[338] Malycha, Die SED, S. 114.

[339] LAB, E Rep. 200-23, Nr. 29–31, Niekisch am 4. 3. 1946 an Klingelhöfer, S. 1.

[340] Ebenda, S. 2.

[341] LAB, E Rep. 200-23, Nr. 29, ZA der SPD am 10. 4. 1946 an Klingelhöfer.

gungsschreiben: „Ein formeller Ausschluss aus der Partei erübrigt sich wohl heute, da die Geister sich ja jetzt sowieso scheiden." Damit hatte Grotewohl nach dem Rückzug Dahrendorfs einen weiteren politischen Freund und Berater verloren. Das politische Netzwerk Grotewohls, das sich so schnell am Ende des Zweiten Weltkrieges gebildet hatte, begann sich mehr und mehr aufzulösen.

Der Zentralausschuss ging hart gegen innerparteiliche Kritiker des Einheitskurses vor. So wurden am 19. März 1946 einige Parteimitglieder wegen „Fraktionsbildung" und Herausgabe von Flugblättern „parteizersetzenden Inhaltes" aus der Partei ausgeschlossen[342]. Darüber hinaus wurde die Kreisleitung Tempelhof ihres Amtes enthoben, da sie „keine Gewähr für eine ordnungsgemäße Durchführung der Parteiarbeit" biete. Das gleiche Schicksal ereilte die Kreisleitung Berlin-Spandau. Der Zentralausschuss begründete die Maßnahmen mit dem Hinweis, dass beide Organisationseinheiten parteischädigende Flugblätter verteilt und eine Stellungnahme zum Statutenentwurf der Einheitspartei verhindert hätten. Der Beschluss erfolgte im Übrigen einstimmig; eine lange, kontrovers geführte Diskussion scheint nicht mehr stattgefunden zu haben. Außerdem versuchte die ostdeutsche Parteiführung Einfluss zu nehmen auf die Urabstimmung über die Vereinigung von SPD und KPD. Am 28. März rief der Zentralausschuss in der sozialdemokratischen Tageszeitung ‚Das Volk' alle Parteimitglieder in Berlin dazu auf, an der Urabstimmung am 31. März nicht teilzunehmen, wogegen der kommandierende General der amerikanischen Streitkräfte und Militärgouverneur des amerikanischen Sektors, R. W. Barker, heftig protestierte[343].

Die Inszenierung der Einheit

Nachdem die Würfel gefallen waren und die grundsätzliche Entscheidung für eine Vereinigung von KPD und SPD feststand, bemühte sich die SMAD zunächst einmal darum, den Entscheidungsprozess beim Zentralausschuss weiter zu beeinflussen, um ein Auseinanderbrechen der Partei zu verhindern. Die Berliner Funktionärsversammlung am 1. März, auf der die Durchführung einer Urabstimmung mehrheitlich beschlossen worden war, hatte gezeigt, dass die Führungsgruppe um Grotewohl nicht immer Herr des Geschehens war, denn die Kritik an der Vorgehensweise des Zentralausschusses wollte nicht abreißen. Deshalb trafen sich Ulbricht und Pieck wenige Tage später mit Generalleutnant Bokow in Karlshorst, um das weitere Vorgehen abzustimmen. Dabei forderte Bokow, eine neue Konferenz vorzubereiten und eine Propagandakampagne zu führen[344]. Ziel war es offensichtlich, den Beschluss vom 1. März zu kippen. Allem Anschein nach arbeitete Grotewohl einen Plan aus, der entsprechend der sowjetischen Anweisung vorsah,

[342] SAPMO-BArch, NY 4090/275, Bl. 13, Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes des ZA der SPD vom 19. 3. 1946. Der Parteiausschluss war zuvor mit der SMAD in Karlshorst abgestimmt worden. Badstübner/Loth (Hrsg.), Wilhelm Pieck, S. 71 und 73.

[343] SAPMO-BArch, NY 4090/278, Bl. 109, Barker am 29. 3. 1946 an Fechner und Grotewohl. Daraufhin antwortete Grotewohl einige Tage später und versicherte, „dass auch wir das größte Interesse daran haben, die Stellungnahme der Mitgliedschaft in der [SPD] zur Frage der Vereinigung nach den satzungsgemäßen Bestimmungen unbedingt zu sichern". Ebenda, Bl. 111, Grotewohl am 4. 4. 1946 an Barker.

[344] Besprechung bei Bokow (o. D.), in: Badstübner/Loth (Hrsg.), Wilhelm Pieck, S. 70f.

dass Zentralausschuss, zentraler KPD-Parteiapparat und SMAD einen „straffen und reibungslos arbeitenden" Organisationsapparat für die sogenannte Berliner Aktion bilden sollten, den Fechner und Lehmann zu übernehmen hatten[345]. Auf diese Weise wurde der renitente SPD-Bezirksvorstand entmachtet. Als Bokow am 18. März Ulbricht, Pieck, Grotewohl, Fechner und Lehmann zu einer Krisensitzung empfing, hatte sich die Lage in Berlin aus sowjetischer Sicht weiter verschärft. Der leitende SMAD-Vertreter führte bei der abendlichen Besprechung aus, dass die „Gegner mit Überzeugung nicht zu gewinnen" seien[346]. Deshalb müssten die beiden Parteiführungen noch entschiedener und „schärfer" vorgehen, denn ein zu schwaches Auftreten ermutige die Gegner der Einheitsbewegung.

Dem Vereinigungsparteitag ging also eine Propagandaschlacht voraus, bei der es darum ging, die Kritiker des Einheitskurses als kleine Minderheit darzustellen. Auslöser war die bevorstehende Urabstimmung am 31. März, die von Seiten der SMAD und der KPD-Führung nicht verhindert werden konnte. Die kargen Aufzeichnungen Wilhelm Piecks signalisieren, dass die politisch Verantwortlichen bei der bevorstehenden Urabstimmung in Berlin mit einer Niederlage rechneten, die schließlich auch eintrat. Deshalb versuchte die KPD-Führung, den Ausgang der Abstimmung propagandistisch auszuschlachten und als Niederlage Schumachers zu interpretieren. In völliger Verdrehung der Tatsachen behauptete ein Beitrag, der nach dem Willen des Sekretariats des ZK veröffentlicht werden sollte: „Selbst in den Westbezirken Berlins nur eine Minderheit der SPD-Mitglieder gegen die sofortige Vereinigung. Nur 5559 Stimmen für die Schumacher-Fraktion."[347] Diese propagandistische Außenwirkung zielte auch in Richtung Westen, denn Grotewohl erhoffte sich von der bevorstehenden SED-Gründung eine Stärkung der vereinzelt auftretenden Vereinigungsbestrebungen in den westlichen Besatzungszonen[348]. Das Büro Schumacher reagierte auf den Zusammenschluss von SPD und KPD und ließ programmatische Manuskripte an die SPD-Funktionäre verteilen, in dem sich die Parteispitze nochmals kritisch mit der KPD und der geplanten Zwangsvereinigung auseinandersetzte: „Wir halten die Führung der KPD nicht für vertragstreu und sind der Ansicht, dass alle Zusicherungen nur auf die Erreichung ihrer Ziele abgestellt sind."[349] Die sozialdemokratische Position sei in der SBZ „eine bloße Attrappe ohne effektiven Machtinhalt". Zur Begründung verwies das Büro Schumacher auf den quantitativen Umfang des kommunistischen Presseimperiums. In der Folgezeit erwähnte der Vorsitzende der West-SPD Grotewohls Namen kaum noch in seinen öffentlichen Reden. So sprach er etwa in einer Rede am 9. Mai 1946 von dem „nicht aus der Kommunistischen Partei kommende[n] Vorsitzende[n] der SED"[350].

[345] Sattler, Bündnispolitik als politisch-organisatorisches Problem, S. 203.
[346] Aufzeichnungen vom 18. 3. 1945, in: Badstübner/Loth (Hrsg.), Wilhelm Pieck, S. 72f.
[347] Beilage zum Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK am 1. 4. 1946, in: Benser/Krusch (Hrsg.), Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Bd. 1, S. 205f.
[348] SAPMO-BArch, NY 4090/58, Bl. 56, Grotewohl am 22. 3. 1946 an Albert H. (Wolfshagen).
[349] LAB, E Rep. 200-17, Nr. 49, Programmatisches Manuskript vom Frühjahr 1946 für die SPD-Funktionäre, S. 2.
[350] LAB, E Rep. 200-17, Nr. 49, Rede Schumachers vom 9. 5. 1946 über „Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie".

Auf getrennten Parteitagen beschlossen SPD und KPD am 19./20. April die Fusion der beiden Parteien. Pikanterweise hatte der Zentralausschuss Vertreter des Büros Schumacher zum letzten SPD-Parteitag eingeladen[351]. Am Abend des 20. April gab es noch eine Festveranstaltung, auf der Grotewohl eine denkwürdige Rede hielt, die er mit Bezug auf die Uraufführung der 9. Symphonie im Mai 1824 in Wien dem Komponisten Ludwig van Beethoven widmete. Grotewohls Rede stellte den Versuch dar, an die Traditionslinien der deutschen Klassik anzuknüpfen, um Gründe für die Zwangsvereinigung der beiden Arbeiterparteien zu liefern. Er betonte, dass auch Beethoven ein Revolutionär gewesen sei, schien sich dabei aber auf die 3. Symphonie zu beziehen: „Während Staaten und Staatenformen in Fürstentümern erstarrten, rauscht der Flügelschlag der französischen Revolution durch die Tonschöpfung Beethovens."[352] Anschließend stellte er einen waghalsigen Brückenschlag zur Gegenwart des unmittelbar anstehenden Vereinigungsparteitages her: „Das verbindet uns mit Beethoven. Wo überall in der Welt Menschen weinen, wo das Unglück sie drückt, wo Kummer und Sehnsucht sind, da ist Beethoven. Aber dieser Geschlagene resigniert nicht, er kämpft und siegt durch seinen Glauben an das Gute und an die Freude."[353] Die theatralische Rede sollte die historische Tragweite der Zwangsvereinigung in positiver Hinsicht unterstreichen und Begeisterung unter den versammelten Parteitagsdelegierten erzeugen. In der Folgezeit unternahm Grotewohl in weiteren Reden den Versuch, das Erbe der deutschen Klassik für die SED, später auch für die DDR zu reklamieren, um Legitimität vorzutäuschen. Die Festveranstaltung am Abend des 20. April stellte somit den Auftakt zum Vereinigungsparteitag dar.

Am 21. April 1946 war es dann so weit. Das Orchester der Staatsoper intonierte im Berliner Admiralspalast die Fidelio-Ouvertüre von Ludwig van Beethoven. Als die letzten Töne verklungen waren, betraten Pieck und Grotewohl die Bühne. Pieck kam von links, Grotewohl von rechts. In der Mitte trafen sie sich und reichten einander „unter minutenlangem stürmischen Beifall" der Delegierten und Gäste, die sich von ihren Plätzen erhoben hatten, die Hände[354]. In einer kurzen Begrüßung rief Grotewohl die Feier zum 70. Geburtstag des KPD-Vorsitzenden Anfang Januar 1946 in Erinnerung, bei der „wir uns die Hände für Hunderttausende von Sozialdemokraten und Kommunisten reichten". Und der Vorsitzende des Zentralausschusses fuhr salbungsvoll fort: „Ich wünschte damals schon den Tag herbei, an dem sich unsere Hände nicht mehr zu trennen brauchen. Dieser Tag ist heute da."[355] Auch wenn sich Grotewohl hier als Erfinder des historischen Händedrucks präsentierte[356], so war dieses symbolische Zeichen keineswegs neu. Der Händedruck als Vereinigungssymbol tauchte erstmals wohl während der Französischen

[351] AdsD, Bestand Kurt Schumacher, Mappe 155, ZA der SPD am 26.3.1946 an SPD-Büro der Westzonen in Hannover.
[352] SAPMO-BArch, NY 4090/126, Bl. 123–126, hier Bl. 123, Rede Grotewohls bei der Festveranstaltung am 20.4.1946.
[353] Ebenda, Bl. 124.
[354] Protokoll des Vereinigungsparteitages, S. 10.
[355] Ebenda, S. 10f.
[356] Dieser Zusammenhang wird nach wie vor in der Presse reproduziert, ohne auf den Gesamtzusammenhang zu verweisen. Vgl. Reißmüller, Händedruckerfinder, in: ‚Frankfurter Allgemeine Zeitung' Nr. 80 vom 3.4.2004, S. 41.

Revolution 1789 auf und wurde fester Bestandteil der politischen Symbolsprache der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert[357]. Schon damals zierte das Bild Vereinsembleme und Fahnen. Insofern ist es kein Zufall, dass sich die SED dieser Symbolik bediente, um sich in jene Tradition zu stellen. Zusammen mit seinem Sohn hatte Otto Grotewohl freilich schon vor dem Vereinigungsparteitag das SED-Emblem entworfen, und zwar bewusst in enger Anlehnung an die sozialdemokratische Symbolik[358].

Nachdem die Delegierten die Vereinigung der beiden Parteien, die Wahl der Parteispitze und das SED-Statut per Akklamation beschlossen hatten, hielt Grotewohl eine längere Rede, in der er die historische Aufgabe der Einheitspartei hervorhob und die Bevölkerung zu mobilisieren versuchte: „So tritt die [SED] heute vor die deutsche Arbeiterklasse und vor das ganze deutsche Volk. Wir erwarten keinen ‚Glauben, der Berge versetzt', wir appellieren nur an den gesunden Menschenverstand aller ernsten und verantwortungsvollen Menschen in Deutschland und rufen ihnen zu: Helft uns! Kommt zu uns!"[359] Zum Abschluss des Parteitages bemühte er sich, die Veranstaltung etwas aufzulockern, und zog einen gewagten Vergleich, den viele Sozialdemokraten angesichts der zurückliegenden Monate der Einschüchterung als Provokation empfinden mussten: „Wir haben heute gewissermaßen ein Begräbnis erster Klasse veranstaltet, indem wir endlich dreißig Jahre Bruderkrieg beerdigt haben."[360] In Anspielung auf westliche Kritik, die SPD sei durch die Zwangsvereinigung ans Kreuz genagelt worden, antwortete Grotewohl, dass mit der vollzogenen Vereinigung die „herrliche Auferstehung" der deutschen geeinten Arbeiterklasse erfolgt sei[361].

Die von den ostdeutschen Zeitungen verbreiteten Fotos zum Vereinigungsparteitag am 21./22. April 1946 beschränken sich weitgehend auf Innenaufnahmen. Nach den Schwierigkeiten, die die KPD und der Zentralausschuss mit der bevorstehenden Parteienfusion in Berlin hatten, und die bei der Urabstimmung im Westteil der Stadt offenkundig wurden, vermied es die neue SED-Führung, Veranstaltungen in öffentlichen Räumen durchzuführen. Stattdessen gab sie einen Propagandafilm in Auftrag, der die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien als Ergebnis einer Bewegung von unten darstellen sollte. Ein im März oder April 1946 erstellter Film mit dem Titel ‚Einheit KPD – SPD' von Kurt Maetzig begründete den Mythos der angeblich freiwilligen Vereinigung von SPD und KPD[362]. In einer gestellten Filmszene sind etwa zwei verschiedene Menschenströme zu sehen, die sich vor dem Hintergrund von zerbombten Gebäuden schließlich vereinigen.

Im weiteren Verlauf der Geschichte der SBZ/DDR gewann der Vereinigungsparteitag für die SED eine ähnlich große Bedeutung wie der Tag von Potsdam für das NS-Regime, in dessen Zentrum ja der Händedruck Hitlers und Hindenburgs gestanden hatte. Während am 21. März 1933 mit einem feierlich inszenierten Fest-

[357] Klotz, Foto – Montage – Plakat, S. 38.
[358] Ahbe/Gibas/Gries, Der Handschlag, S. 314.
[359] Protokoll des Vereinigungsparteitages, S. 142.
[360] Ebenda, S. 162.
[361] Ebenda, S. 165. Die SPD hatte der Vereinigung auf einem Parteitag am Karfreitag zugestimmt. Der Vereinigungsparteitag fand wiederum am Osterwochenende statt.
[362] Parteiauftrag: Ein neues Deutschland, S. 17 (Abbildung 11).

akt in der Potsdamer Garnisonkirche die Einheit zwischen der nationalsozialistischen Bewegung und den konservativen Eliten des Deutschen Reiches zelebriert wurde, sollte der Parteitag im Admiralspalast am 21./22. April 1946 die Überwindung der Teilung der Arbeiterklasse symbolisieren. Dabei bezog sich die SED direkt auf die deutsche Geschichte vor 1945, denn sie behauptete, die vermeintlich richtigen Konsequenzen aus dem von Deutschland angezettelten Weltkrieg gezogen zu haben. Beide Ereignisse dienten letztlich der Legitimationsbeschaffung für die beiden neuen Regimes – nicht nur gegenüber der eigenen Bevölkerung, sondern auch gegenüber dem Ausland bzw. dem anderen Teil Deutschlands.

2. Ko-Vorsitzender der SED

Grotewohls Position innerhalb der Parteispitze

Zusammen mit Wilhelm Pieck hatte Otto Grotewohl den Parteivorsitz der SED inne. Von großer politischer Bedeutung waren daneben die höchsten Parteigremien, d. h. der Parteivorstand und das Zentralsekretariat. Auf dem Gründungsparteitag wurden nicht nur die beiden Vorsitzenden, sondern auch die Mitglieder des Parteivorstandes gewählt, laut Statut das höchste Gremium zwischen den Parteitagen. Der aus 40 ehemaligen Kommunisten und 40 ehemaligen Sozialdemokraten zusammengesetzte Parteivorstand bestimmte auf seiner ersten Sitzung am 23. April 1946 das ebenfalls paritätisch besetzte Zentralsekretariat, in dem von sozialdemokratischer Seite Otto Grotewohl, Max Fechner, Erich Gniffke, Helmut Lehmann, Otto Meier, August Karsten und Käthe Kern, von kommunistischer Seite Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Franz Dahlem, Paul Merker, Anton Ackermann, Hermann Matern und Elli Schmidt vertreten waren. Innerhalb des Zentralsekretariats, das de facto die Politik der SED maßgeblich bestimmte, gab es eine Arbeitsteilung, bei der jeweils zwei Spitzenpolitiker einem oder mehreren Aufgabenbereichen zugeordnet waren. Auch hier herrschte das formale Prinzip der paritätischen Besetzung. In dem Zusammenhang war Grotewohl zusammen mit Pieck zuständig für die „Allgemeine Politik" sowie für die Leitung des Zentralorgans ‚Neues Deutschland' und die Zeitschrift ‚Einheit'[363]. Nach mehreren personellen Ergänzungen kam es Anfang 1949 zu einer grundlegenden strukturellen Veränderung, als entsprechend dem sowjetischen Vorbild ein sogenanntes Politisches Büro, das Politbüro, gebildet wurde. Das Zentralsekretariat bzw. das Politbüro und das 1949/50 geschaffene Sekretariat des Zentralkomitees (ZK) der SED bildeten das Machtzentrum der zweiten deutschen Diktatur, denn hier fielen die zentralen politischen, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen, aber auch kulturpolitischen Entscheidungen. Hier wurde auch die kaderpolitische Entwicklung der Einheitspartei und der staatlichen Verwaltung festgelegt.

Um Grotewohls politische Position als SED-Vorsitzender beurteilen und angemessen gewichten zu können, ist ein genauer Blick auf die Führungsspitze der Partei notwendig. Woher kamen Grotewohls neue und alte Genossen? Wie wurden

[363] Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale, S. 26.

sie politisch sozialisiert? Welche Funktionen hatten sie vor 1933 und wo befanden sie sich während der NS-Herrschaft? Dabei geht es nicht nur darum, nach der jeweiligen Parteizugehörigkeit vor der Zwangsvereinigung, sondern auch nach der Generationenzugehörigkeit zu fragen. Um längerfristige Entwicklungen in der SED-Spitze berücksichtigen zu können, wird der gesamte Zeitraum bis zum Ableben Grotewohls 1964 in den Blick genommen. Auf eine getrennte Untersuchung von Zentralsekretariat, Politbüro und Sekretariat des ZK wird in diesem Zusammenhang verzichtet, da die personellen Kontinuitäten zwischen den genannten Gremien nicht verwischt werden sollen. Die Ausrichtung der Untersuchung auf die Mitglieder des Politbüros ist nicht nur dem politischen Stellenwert dieses Gremiums geschuldet, sondern vereinfacht auch den Aufbau der folgenden Darstellung. Da die wichtigsten SED-Politiker in den oben genannten Gremien saßen, erübrigt sich eine gesonderte Analyse des Parteivorstandes bzw. ab 1950 des ZK, in dem Grotewohl natürlich auch Mitglied war. Darüber hinaus wurde auf eine Einbeziehung der Kandidaten des Politbüros in die Untersuchung verzichtet.

Das Politbüro des ZK der SED hatte zwischen 1949 und 1964, dem Todesjahr Grotewohls, insgesamt 22 Vollmitglieder[364]. Diese lassen sich in Anlehnung an das Modell der politischen Generationen von Detlev J. K. Peukert in vier Gruppen unterteilen[365]. Die folgende Untergliederung, die Peukerts Modell partiell übernimmt und etwas erweitert, erhebt keinen Anspruch, repräsentativen Charakter für die DDR-Funktionseliten zu besitzen, sondern versucht vielmehr eine erste Typologie für die Führungsriege der SED zu entwerfen, die für die Beantwortung der eingangs gestellten Fragen behilflich sein kann. Dabei werden einzelne Jahrgänge zu einer Generation zusammengefasst. Die so gebildeten Gruppen stellen keine eindeutig und nach objektiven Kriterien klar voneinander abzugrenzenden Einheiten dar. Der zugrunde gelegte Generationenbegriff thematisiert vielmehr das Verbindende zwischen den einzelnen Geburtsjahrgängen mit gemeinsamen Sozialisationserfahrungen. Folgende Gruppen lassen sich identifizieren:

- die Gründerzeitgeneration, die im Jahrzehnt nach der Reichsgründung 1871 zur Welt kam,
- die Frontgeneration, deren Vertreter in den achtziger und neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts geboren wurden,
- die sogenannte überflüssige Generation der Anfang des 20. Jahrhunderts Geborenen
- und die Generation, die kurz vor bzw. während des Ersten Weltkriegs geboren wurde[366].

Einziger Vertreter unter den SED-Politbüromitgliedern der Gründerzeitgeneration war Wilhelm Pieck (1876–1960), der von 1949 bis zu seinem Tod Präsident der

[364] Eine erste kollektivbiographische Skizze habe ich bereits für den Zeitraum bis zum Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker 1971 vorgenommen, auf die ich im folgenden Abschnitt zum Teil zurückgreife. Vgl. Hoffmann, Die DDR unter Ulbricht, S. 135–156.

[365] Peukert, Die Weimarer Republik, S. 25–31.

[366] Im Gegensatz dazu fasst Peter Hübner die zwischen 1890 und 1914 Geborenen zu einer Generation zusammen. Diese grobschlächtige Unterteilung wird jedoch den unterschiedlichen Sozialisationserfahrungen der einzelnen Politiker nicht gerecht und ist deshalb von geringem heuristischen Wert. Hübner, Norm, Normalität, Normalisierung, S. 29f.

DDR war und in der wilhelminischen Zeit sozialisiert wurde[367]. Nach einer Ausbildung zum Tischler schloss er sich 1894 dem Deutschen Holzarbeiterverband und ein Jahr später der SPD an. 1899 wurde er Stadtbezirksvorsitzender der SPD in Bremen. Innerhalb der Partei stieg er noch vor 1914 weiter auf und war von 1905 bis 1910 Mitglied der Bremer Bürgerschaft. Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges versuchte er zusammen mit Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Franz Mehring die linken Kräfte in der SPD zu sammeln. Nach der Vorbereitung und Durchführung einer Frauendemonstration gegen den Krieg kam Pieck 1915 in Haft; anschließend wurde er zum Militärdienst bei der Infanterie an der Neiße sowie an der Westfront eingezogen. Im April 1917 nahm er am Gründungsparteitag der USPD in Gotha teil und geriet im Sommer 1917 in Untersuchungshaft. Nach Desertion von der Truppe tauchte Pieck kurzzeitig unter und emigrierte im Februar 1918 nach Amsterdam. Noch vor Kriegsende kehrte er am 26. Oktober 1918 nach Berlin zurück und wurde Mitglied des illegalen Vollzugsausschusses der Berliner revolutionären Obleute. Seit Bildung des Spartakusbundes war er Mitglied der zentralen Führung und für die Agitationsarbeit in Berlin verantwortlich. In der Ende Dezember 1918 bzw. Anfang Januar 1919 gegründeten KPD, die sich schon früh zu einer Massenpartei entwickelte und sich dem Moskauer Führungsanspruch bereitwillig unterordnete, machte er rasch Karriere: Pieck war von Beginn an Mitglied der zentralen Parteiführung (ab 1925 ZK)[368]. Im Herbst 1921 unternahm er im Parteiauftrag seine erste Russlandreise, um vor dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) Bericht zu erstatten, und um sich mit Wladimir I. Lenin und der Führung der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki) zu beraten. In den zwanziger Jahren wurde er Mitglied des Preußischen Landtags (1921–1928), des Preußischen Staatsrats (1930–1933) sowie des Deutschen Reichstags (1928–1933). Vom 18. November 1926 bis zu dessen Auflösung im März 1937 war er Mitglied des KPD-Politbüros. Auf Anweisung der Kommunistischen Internationale baute er seit Ende Mai 1933 mit Franz Dahlem und Wilhelm Florin die illegale Auslandsabteilung der KPD in Paris auf[369] und übernahm nach der Verhaftung Ernst Thälmanns die Leitung der Partei in der Emigration. Ende 1933 häuften sich seine Reisen nach Moskau zur Teilnahme an Sitzungen des EKKI. Auf der sogenannten Brüsseler Parteikonferenz 1935 bei Moskau hielt er das Hauptreferat und folgte der taktischen Neuorientierung der Kommunistischen Internationalen auf die Einheits- und Volksfrontpolitik. Dort wurde er dann auch zum Parteivorsitzenden gewählt. Nach kurzen Aufenthalten in Paris 1936 und 1938/39 lebte er während des Zweiten Weltkriegs in der Sowjetunion. Die Stalinisierung der KPD vor 1933[370], vor allem aber die Säuberungen unter deutschen Kommunisten im Moskauer Exil überstand Pieck unbeschadet.

[367] Wer war wer in der DDR?, S. 657–660.

[368] Schröder, Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen, S. 652f.

[369] Schumacher (Hrsg.), Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus, S. 367f.

[370] Vgl. hierzu die unterschiedlichen und teilweise gegensätzlichen Interpretationen bei: Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik; Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus; Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg. Neuerdings: Hoppe, In Stalins Gefolgschaft.

Zur zweiten Gruppe – der Frontgeneration – gehörten im SED-Politbüro insgesamt acht Personen: Franz Dahlem (1892–1981), Friedrich Ebert (1894–1979), Otto Grotewohl (1894–1964), Helmut Lehmann (1882–1959), Hermann Matern (1893–1971), Paul Merker (1894–1969), Walter Ulbricht (1893–1973) und Wilhelm Zaisser (1893–1958). Die Vertreter dieser Generation wurden Ende des 19. Jahrhunderts geboren und erlebten im vergleichsweise jungen Alter die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, an dem sie mehrheitlich als Soldaten teilnahmen. In der Weimarer Republik mussten sie sich mit einer Position in der zweiten Reihe zufrieden geben, d. h. hohe Staats- und Regierungsämter blieben ihnen verwehrt. Das traf die beiden Arbeiterparteien im unterschiedlichen Maße: Während sich die KPD durch ihre enge Bindung an Moskau und durch ihr taktisches und strategisches Vorgehen frühzeitig selber isoliert hatte, entwickelte sich innerhalb der SPD-Führung in gewisser Weise ein Generationenkonflikt zwischen den Vertretern der Gründerzeitgeneration und denen der Frontgeneration. Dies wird deutlich bei Otto Grotewohl, der zwar innerhalb der Landespartei in Braunschweig rasch aufsteigen konnte, dem aber auf Reichsebene der große politische Durchbruch versagt blieb. Profilierungsversuche gegen die alte Führungsriege der Partei, wie sie etwa der fast gleichaltrige Kurt Schumacher unternahm, führten nicht zum gewünschten Erfolg. Die nationalsozialistische Machtübernahme am 30. Januar 1933 bildete einen markanten Einschnitt, denn sie beendete für die SPD-Vertreter der Frontgeneration schlagartig alle Karrierechancen.

Einer der wichtigsten Vertreter der Frontgeneration im SED-Politbüro war zweifelsohne der spätere SED-Generalsekretär und DDR-Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht, der nach dem Besuch der Volksschule eine Tischlerlehre absolvierte[371]. 1908 trat er der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) bei und erfuhr seine politische Sozialisation in den letzten Friedensjahren des Kaiserreichs. Seit 1910 war er wie Wilhelm Pieck Mitglied des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Zwei Jahre später wurde er SPD-Mitglied und besuchte 1913/14 die SPD-Bezirksparteischule in Leipzig. Am Ersten Weltkrieg nahm Ulbricht als Soldat teil, und zwar von 1915 bis 1918 in Polen, Serbien und Belgien. Im November 1918 wurde er Mitglied des Soldatenrates des XIX. Armeekorps. Nachdem er sich zunächst der USPD angeschlossen hatte, gehörte er bereits im Januar 1919 zu den Mitbegründern der KPD in Leipzig. Ulbricht wurde daraufhin Mitglied der Bezirksleitung Mitteldeutschland. In den zwanziger Jahren durchlief er eine steile politische Karriere in der KPD: Zwischen 1921 und 1923 war er Politischer Leiter der Bezirksleitung Groß-Thüringen. Im November/Dezember 1922 nahm er am IV. Weltkongress der Kommunistischen Internationale in Moskau teil; 1923/24 war er Mitglied der KPD-Zentrale. Im Mai 1924 besuchte Ulbricht die Lenin-Schule in Moskau und arbeitete anschließend als Instrukteur des EKKI. Ähnlich wie Pieck sammelte auch Ulbricht parlamentarische Erfahrungen: als Landtagsabgeordneter in Sachsen von 1926 bis 1929 und danach als Reichstagsabgeordneter. 1927 wurde er Kandidat und 1929 Mitglied des Politbüros des ZK der KPD; von 1928 bis 1943 war er Mit-

[371] Die folgenden biographischen Angaben stammen aus: Wer war wer in der DDR?, S. 868f.; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/v. 2038, Bl. 40–45, Karteikarte für Mitglieder und Kandidaten mit Ergänzungsblättern (o. D.).

glied des EKKI, ab August 1928 sogar Mitglied der KPdSU. Ende 1929 übernahm er die Funktion des Politischen Leiters des KPD-Bezirks Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark[372], die er bis zur gewaltsamen Auflösung der Partei 1933 ausfüllte. Wenige Monate vor der nationalsozialistischen Machtübernahme wurde er Mitglied des Sekretariats des ZK der KPD. In der Folgezeit musste er untertauchen und wurde mit Haftbefehl gesucht. Anfang Oktober 1933 emigrierte er nach entsprechendem Parteibeschluss nach Paris[373]; dort war er bis 1935 Mitglied der KPD-Auslandsabteilung. Ulbricht nahm 1935 am VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale sowie an der Brüsseler Parteikonferenz teil. Im Auftrag der Partei leitete er von 1935 bis 1938 die Operative Abteilung bzw. das Sekretariat des ZK in Prag bzw. Paris. In den folgenden Jahren vertrat er bis 1943 das ZK der KPD beim EKKI in Moskau. Zwischen 1941 und 1945 arbeitete er unter anderem für Einheiten der Roten Armee an der Ostfront[374]. Außerdem war er nicht nur hauptamtlicher Funktionär des Nationalkomitees „Freies Deutschland" (NKFD), sondern leitete dort auch die operative Abteilung[375]. In dem Kontext war er an der Ausarbeitung zentraler programmatischer Nachkriegsplanungen maßgeblich beteiligt. Hervorzuheben ist die Tatsache, dass Ulbricht – wie auch Pieck – bereits in den zwanziger Jahren zum Teil enge Kontakte nach Moskau geknüpft hatte. Dort verbrachten beide auch im Kreise anderer Kommunisten das Exil, nachdem sie sich noch bis 1938 um den Aufbau der Exil-Partei in Prag und Paris bemüht hatten.

Bei zwei weiteren Politbüromitgliedern lässt sich ein in vielen Punkten vergleichbarer Lebenslauf feststellen, nämlich bei Hermann Matern und Wilhelm Zaisser. Matern, der ab 1948 die Zentrale Parteikontrollkommission der SED leitete, absolvierte nach der Volksschule zunächst eine Ausbildung als Gerber[376]. 1907 trat er der SAJ, 1909 dem deutschen Lederarbeiterverband und 1911 der SPD bei. Aus Protest gegen die Bewilligung der Kriegskredite trat er aus der SPD aus. Während des Ersten Weltkriegs war Matern Soldat an der Westfront. 1918 wurde er Mitglied der USPD, ein Jahr später wechselte er zur KPD. Zwischen 1926 und 1928 war er KPD-Gewerkschaftssekretär und besuchte 1928/29 die Internationale Lenin-Schule in Moskau. Innerhalb der KPD konnte er – im Vergleich zu Ulbricht – keinen Karrieresprung vorweisen. Gleichwohl übte er auf Bezirksebene leitende Funktionen aus. So war Matern von 1929 bis 1931 Politischer Leiter in Magdeburg sowie anschließend in Ostpreußen (1931–1933). 1932/33 war er außerdem Mitglied des Preußischen Landtags. Ab April 1933 arbeitete er als Leiter der illegalen Bezirksparteiorganisation Pommern, bis er am 14. Juli 1933 verhaftet wurde. Im September 1934 gelang ihm die Flucht aus dem Gefängnis Altdamm (Stettin), und er emigrierte nach Rücksprache mit der Partei in die Tschechoslowakei. Im Mai 1935 reiste er nach Paris. Dort blieb Matern bis Februar 1936 und emigrierte anschließend nach Norwegen, wo er sich bis April 1940 aufhielt. Nach einem kurzen Zwischenaufenthalt in Stockholm erfolgte im Frühjahr 1941 die Übersiedlung nach Moskau, wo er Mitglied des NKFD und Lehrer an der Zentralen Antifa-Schule in Krasnogorsk wurde.

372 Frank, Walter Ulbricht, S. 83.
373 Stern, Ulbricht, S. 77.
374 Frank, Walter Ulbricht, S. 159.
375 Morré, Hinter den Kulissen des Nationalkomitees, S. 57.
376 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/v. 1354, Bl. 56–58, Lebenslauf Materns vom 12. 6. 1963.

Wilhelm Zaisser, der zwischen 1950 und 1953 das Ministerium für Staatssicherheit leitete, besuchte nach der Volksschule ein evangelisches Lehrerseminar in Essen (1910–1913) und war anschließend Volksschullehrer[377]. Mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs wurde er zum Militärdienst eingezogen und im November 1916 zum Leutnant befördert. 1919 trat er der KPD bei. Da sich Zaisser während des Kapp-Putsches 1920 als einer der militärischen Leiter der Roten Ruhrarmee betätigt hatte, wurde er Anfang 1921 verhaftet und von einem Militär-Sondergericht zu vier Monaten Gefängnis verurteilt[378]. Kurz darauf musste er den Schuldienst quittieren, um danach Parteiangestellter der KPD zu werden, zunächst als Zeitungsredakteur, ab August 1923 im Nachrichtendienst der Partei. Von Juli 1923 bis Juni 1924 war er Mitglied der KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet. Im Frühjahr 1924 absolvierte er schließlich einen militärpolitischen Lehrgang an der Militär-Schule der Kommunistischen Internationale in Moskau. In der Folgezeit arbeitete er unter anderem im Auftrag des Generalstabs der Roten Armee, des militärischen Nachrichtendienstes der UdSSR (GRU) und des EKKI. Zu seinen Einsatzgebieten gehörten bis 1932 Syrien, China und die Tschechoslowakei. Von Januar 1932 bis August 1936 war Zaisser Lehrer an der Internationalen Lenin-Schule in Moskau. Am Spanischen Bürgerkrieg nahm er als militärischer Berater auf Seiten der spanischen Volksarmee teil. Während dieser Zeit wurde er zum Brigadegeneral befördert und war schließlich Kommandeur der XIII. Internationalen Brigade. Noch vor dem Sieg Francos kehrte er 1938 nach Moskau zurück und erhielt 1940 die sowjetische Staatsbürgerschaft. Zaisser wurde 1943 Lehrer an der Antifa-Schule in Krasnogorsk, wo er schließlich Leiter des deutschen Sektors wurde. Seine zum Kriegsende geplante Rückkehr nach Deutschland verzögerte sich bis zum Februar 1947.

Während die bisher vorgestellten KPD-Mitglieder ihre Exilzeit während der NS-Herrschaft zu großen Teilen in Moskau verbrachten, trifft dies für die beiden folgenden Politbüromitglieder nicht zu: Franz Dahlem und Paul Merker. Dahlem, der bis zum Volksaufstand am 17. Juni 1953 als Rivale Ulbrichts in der SED-Führung galt, ließ sich nach dem Besuch der Volks- und Mittelschule in Vic-sur-Seine und in Château-Sallins (Frankreich) zum Exportkaufmann in Saarbrücken ausbilden[379]. 1913 wurde er Mitglied und Vorsitzender der SAJ in Köln; von 1913 bis 1917 gehörte er der SPD an. Auch er war Soldat während des Ersten Weltkriegs. 1917 trat er der USPD bei, 1920 wechselte er zur KPD. Mitglied des Preußischen Landtags war er zwischen 1920 und 1924. Seine enge Bindung an Frankreich zeigte sich auch in seiner Beratertätigkeit für die Kommunistische Partei Frankreichs (KPF) in Paris 1922. Ein Jahr später wurde er Instrukteur des ZK der KPD für die Bezirke Hessen, Baden, Pfalz und Saarland. 1923/24 war er Mitarbeiter der Abteilung Organisation des ZK der KPD, 1928 rückte er ins Politbüro der KPD auf. Im selben Jahr wurde er Abgeordneter des Reichstags, dem er bis 1933 angehörte. Im April 1933 emigrierte Dahlem nach Paris und war dort bis 1937 Mitglied der KPD-Leitung. 1934 erhielt er die französische, 1941 die sowjetische Staatsbürgerschaft.

[377] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/v. 519, Bl. 63f., Kurzbiographie Zaissers vom 8.6.1949.
[378] Müller-Enbergs, Wilhelm Zaisser, S. 38.
[379] Wer war wer in der DDR?, S. 137f.; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/v. 5280/1, Bl. 17–24, SED-Fragebogen vom 9.6.1970; ebenda, Bl. 135–137, Kurzbiographie Dahlems (o. D.).

1937 war er Mitglied der Delegation der Exekutive der Kommunistischen Internationale (KI) beim Generalstab der Internationalen Brigaden in Spanien. Dahlem wurde 1939 in Frankreich interniert und 1942 der Gestapo übergeben. Ein Jahr später kam er als Häftling ins Konzentrationslager Mauthausen, wo er Mitglied des illegalen Internationalen Lagerkomitees wurde.

Paul Merker arbeitete nach dem Besuch der Volksschule als Kellner und Hotelangestellter[380]. Am Ersten Weltkrieg nahm er als Soldat teil. 1918 trat er der USPD, im Dezember 1920 der KPD bei. Innerhalb der KPD stieg er vergleichsweise zügig auf: 1923/24 war er Sekretär des KPD-Bezirks Westsachsen und seit 1927 Mitglied des ZK der KPD und des Politbüros. Für die kommunistische Partei saß er zwischen 1924 und 1932 als Abgeordneter im Preußischen Landtag. Im Auftrag der Kommunistischen Internationale reiste er in die USA und hielt sich nach der nationalsozialistischen Machtübernahme illegal in Deutschland auf. Merker emigrierte 1935 nach Frankreich und wurde im Februar 1937 Mitglied des Sekretariats des ZK der KPD-Auslandsleitung in Paris. Aus einem französischen Internierungslager, in dem er sich seit 1940 befand, konnte er 1942 fliehen und emigrierte nach Mexiko. Dort beanspruchte er die politische Führung unter den Emigranten für sich und gründete die Bewegung Freies Deutschland (BFD)[381]. Erst im Juli 1946 kehrte er nach Deutschland zurück. Die Emigration in ein westliches, und vor allem nicht kommunistisch geführtes Land sollte beiden Politikern nach 1945 zum Verhängnis werden. Sowohl Dahlem als auch Merker verloren im Zusammenhang mit der Noël-Field-Affäre Anfang der fünfziger Jahre ihre Parteiämter. Merker wurde sogar in einem Geheimprozess zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt.

Zur letzten Teilgruppe der Frontgeneration im Politbüro gehörten diejenigen, die Anfang der zwanziger Jahre nicht zur KPD übergetreten, sondern in der SPD verblieben waren: Otto Grotewohl, Helmut Lehmann und Friedrich Ebert. Diese sozialdemokratische Gruppe war innerhalb der SED-Führung anfangs noch sehr viel größer, da bei der Zwangsvereinigung von KPD und SPD Parität bei der Besetzung der Leitungsebenen vereinbart worden war. Das galt auch für das Zentralsekretariat, dem noch Max Fechner, Erich W. Gniffke, August Karsten, Käthe Kern und Otto Meier angehörten. Diese ehemaligen Sozialdemokraten schafften jedoch aus den unterschiedlichsten Gründen nicht den Sprung ins Politbüro. Das gleiche Schicksal teilten im Übrigen die beiden ehemaligen Kommunisten Elli Schmidt und Walter Beling. Gleichwohl blieb die paritätische Zusammensetzung des Zentralsekretariats bis zum Ende seiner Tätigkeit bestehen, auch wenn sich die tatsächliche Machtverteilung sukzessive zugunsten der ehemals kommunistischen Funktionsträger verschob[382]. Im Politbüro saßen Anfang 1949 nur noch die drei oben genannten früheren SPD-Politiker. Wichtigster Exponent war der spätere DDR-Ministerpräsident Grotewohl.

Helmut Lehmann, der nach 1945 die ostdeutsche Sozialversicherung aufbaute und Präsident der Volkssolidarität war, absolvierte nach dem Besuch der Volks-

[380] Wer war wer in der DDR?, S. 573.
[381] Hartewig, Zurückgekehrt, S. 355.
[382] Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale, S. 27.

schule eine Ausbildung zum Zimmermann[383]. Diesen Beruf übte er allerdings nicht lange aus, denn er arbeitete bereits mit 18 Jahren als Stenotypist bei Rechtsanwälten und ab 1903 bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK) Berlin. Der SPD trat er 1903 bei. Ein Jahr später wurde er Leiter der Rechtsabteilung der Kasse. Von 1914 bis 1933 war er geschäftsführender Vorsitzender des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen in Dresden bzw. Berlin und avancierte rasch zum „Krankenkassenkönig" der Weimarer Republik. Im Zuge der nationalsozialistischen Machtübernahme wurde er gemaßregelt und inhaftiert. Er schloss sich einer Widerstandsgruppe aus Sozialdemokraten und Gewerkschaftern in Berlin an. Nach dem fehlgeschlagenen Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 wurde er erneut verhaftet und zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Friedrich Ebert, Oberbürgermeister von Ost-Berlin (1948–1967) und gleichnamiger Sohn des ersten Reichspräsidenten, war wie Grotewohl gelernter Buchdrucker[384]. Der SAJ trat Ebert 1910, der SPD 1913 bei. Zwischen 1915 und 1918 war auch er Soldat im Ersten Weltkrieg. Während der Weimarer Republik arbeitete er als Redakteur verschiedener sozialdemokratischer Zeitungen. Von 1928 bis 1933 war er Reichstagsabgeordneter der SPD. 1933 wurde er verhaftet und befand sich mehrere Monate in verschiedenen Konzentrationslagern. Ebert wurde 1939 zur Wehrmacht eingezogen; ab 1940 war er im Reichsverlagsamt beschäftigt[385]. Bis zum Kriegsende befand er sich unter Polizeiaufsicht.

Zu einer Alterskohorte, und damit zur dritten Gruppe im SED-Politbüro, zählten folgende neun Personen: Bruno Leuschner (1910–1965), Erich Mückenberger (1910–1998), Alfred Neumann (1909–2001), Albert Norden (1904–1982), Fred Oelßner (1903–1977), Heinrich Rau (1899–1961), Karl Schirdewan (1907–1998), Paul Verner (1911–1986) und Herbert Warnke (1902–1975). Die Mehrzahl von ihnen wurde erst 1958 ins Politbüro aufgenommen. Oelßner und Schirdewan, die auf der 35. Tagung des ZK der SED 1958 aus dem Führungsgremium ausgeschlossen wurden, waren bereits 1950 bzw. 1953 gewählt worden. Dagegen stieg Verner erst 1963 ins Politbüro auf. Die Vertreter dieser politischen Gruppe, die in Anlehnung an Peukert als „überflüssige Generation" bezeichnet werden kann, wurden fast alle im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts geboren. Die Jugendphase fiel in die Zeit des Ersten Weltkriegs: Die Mitglieder dieser Generation mussten häufig die Erfahrung machen, dass ihre Väter zum Waffendienst eingezogen wurden und aus dem Krieg nicht zurückkehrten. Die Demobilisierung nach Kriegsende und die Inflation führten zur zunehmenden Verarmung der Arbeiterschaft, die prägend wirkte für die heranwachsende Generation. Von der Weltwirtschaftskrise und der damit zusammenhängenden Massenarbeitslosigkeit waren sie in besonderem Maße betroffen.

Bruno Leuschner, der in den fünfziger Jahren die Staatliche Plankommission leitete, absolvierte zunächst eine Ausbildung zum Industriekaufmann[386]. 1928 wurde er Mitglied des Zentralverbandes der Angestellten und 1931 der KPD in

[383] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/v. 261, Bl. 29, Lebenslauf Lehmanns vom 20. 1. 1950.
[384] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/v. 5286, Bl. 208 f., Lebenslauf Eberts vom Juni 1979.
[385] Podewin, Ebert und Ebert, S. 399.
[386] Wer war wer in der DDR?, S. 521 f.; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/v. 271, SED-Fragebogen vom 1. 8. 1945.

Berlin. Dort war er nach 1933 am Aufbau einer illegalen Parteiorganisation beteiligt. Leuschner wurde 1936 verhaftet und zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Haftzeit verbrachte er im Zuchthaus Brandenburg-Görden, wo er Kontakte zu anderen kommunistischen Mitgefangenen aufbaute. Nachdem er denunziert worden war, kam er ins Zuchthaus Sonnenburg, ab 1942 ins Arbeitslager Wuhlheide, später ins Konzentrationslager (KZ) Sachsenhausen. Er wurde 1944 strafweise ins KZ Mauthausen überstellt. Erich Mückenberger, einziger Sozialdemokrat in dieser Gruppe und gelernter Maschinenschlosser, trat 1924 der SAJ und 1927 der SPD bei[387]. Innerhalb dieser Generation war er das einzige ehemalige SPD-Mitglied im SED-Politbüro. Im August 1935 wurde er verhaftet und in das KZ Sachsenburg eingeliefert, in dem er ungefähr zehn Monate gefangen gehalten wurde. 1938 verurteilte ihn die große Strafkammer Chemnitz zu zehn Monaten Gefängnis wegen Hochverrats. Im September 1942 wurde Mückenberger erneut inhaftiert und geriet in ein Strafbataillon der Wehrmacht. Zwischen April und August 1945 befand er sich in britischer Kriegsgefangenschaft. Alfred Neumann, der 1961 Minister und Vorsitzender des Volkswirtschaftsrates wurde, war gelernter Tischler und trat 1929 der KPD bei[388]. Während der Weimarer Republik engagierte er sich im Deutschen Holzarbeiterverband. Im Oktober 1934 emigrierte er zunächst nach Dänemark, anschließend über Schweden und Finnland in die UdSSR. Von dort wurde er im Februar 1938 ausgewiesen und reiste über Frankreich nach Spanien, wo er Mitglied der Internationalen Brigaden wurde. Seine Odyssee setzte sich weiter fort: Anfang 1939 wurde er in Frankreich inhaftiert und 1941 an die Gestapo ausgeliefert. Der Volksgerichtshof verurteilte ihn im Februar 1942 wegen Hochverrats zu acht Jahren Zuchthaus. In den letzten Kriegswochen floh er aus einem Strafbataillon und schloss sich der Roten Armee an. Bis 1947 war er in diversen sowjetischen Kriegsgefangenenlagern in Deutschland und in der UdSSR. Der SED-Chefideologe Albert Norden – er leitete nach 1945 in der SED die ZK-Abteilung Agitation und Propaganda sowie die Westkommission – trat 1919 dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD) und zwei Jahre später der KPD bei[389]. Zwischen 1920 und 1923 absolvierte er eine Lehre als Schreiner. In den zwanziger Jahren arbeitete er als Redakteur bei verschiedenen, zumeist kommunistischen Presseorganen. Im März 1933 emigrierte er nach Dänemark, wenige Monate später nach Frankreich, das er 1935 verließ, um nach Prag zu ziehen. Während dieser Zeit arbeitete er bei mehreren Exilzeitungen. 1938 kehrte er nach Paris zurück und wurde 1939/40 in Frankreich interniert. Er arbeitete in der Illegalität für die KPD und reiste 1941 in die USA aus, wo er bis zum Kriegsende als Fabrikarbeiter tätig war. Parallel dazu setzte er seine journalistische Arbeit fort und war 1944 Mitbegründer des Council for a Democratic Germany.

Fred Oelßner, gelernter Kaufmann und Müller, trat 1917 der SAJ und ein Jahr später der Freien Sozialistischen Jugend (FSJ) bei[390]. Im Mai 1919 wurde er Mitglied der USPD, im Dezember 1920 der KPD. Ähnlich wie Norden arbeitete auch

[387] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/v. 5414, Bl. 193–195, Lebenslauf Mückenbergers vom 6.12.1948.
[388] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/v. 5425, Bl. 137–145, Lebenslauf Neumanns vom 18.5.1950.
[389] Wer war wer in der DDR?, S. 628.
[390] Wer war wer in der DDR?, S. 634f.

Oelßner als Zeitungsredakteur. Im April 1926 wurde er von der Partei nach Moskau delegiert. Dort war er Schüler und Aspirant an der Lenin-Schule und kehrte 1932 nach Deutschland zurück. Im KPD-Apparat war er anschließend Mitarbeiter der Abteilung für Agitation und Propaganda sowie Lektor an der KPD-Schule ‚Rosa Luxemburg' in Fichtenau bei Berlin. Er emigrierte Ende 1933 ins Saarland und danach nach Frankreich, wo er als persönlicher Sekretär von Walter Ulbricht arbeitete. Oelßner wurde Leiter von Parteischulungskursen in Amsterdam, Zürich und Prag. Ab März 1935 hielt er sich in der UdSSR auf, wo er Dozent an der Lenin-Schule wurde. Nach seiner Entlassung – wegen angeblicher ideologischer Abweichungen – arbeitete er in einer Papierfabrik in Moskau. Zwischen Juni und Herbst 1944 war er Redakteur, schließlich Chefredakteur der deutschen Redaktion des Moskauer Rundfunks. Er beteiligte sich an den kommunistischen Planungen für die Nachkriegszeit und wurde 1944 Lehrer an der KPD-Parteischule bei Moskau. Innerhalb der späteren SED-Führung verfügte er wohl über die besten Russisch-Sprachkenntnisse und fungierte deshalb bei den zahlreichen Moskau-Reisen der SED-Führung nach 1946 als Dolmetscher. Seine enge persönliche Verbindung zu Ulbricht beruhte offensichtlich auf der gemeinsamen Exilzeit in Frankreich.

Heinrich Rau, der Anfang der fünfziger Jahre Vorsitzender der Staatlichen Plankommission wurde, ließ sich in seiner Jugend zum Stanzer und Metallpresser ausbilden und wurde 1913 Mitglied der SAJ[391]. 1916 trat er der USPD, 1919 der KPD bei. Rau war – als einziger Vertreter dieser Politbürogruppe – Soldat im Ersten Weltkrieg. Er war Mitarbeiter des ZK der KPD und von 1928 bis 1933 Abgeordneter des Preußischen Landtags. Am 23. Mai 1933 wurde Rau verhaftet und vom Volksgerichtshof Ende 1934 unter dem Vorwurf der Vorbereitung zum Hochverrat zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach der Haft emigrierte er in die Tschechoslowakei und danach in die UdSSR. Im Spanischen Bürgerkrieg wurde er 1938 Kommandeur der XI. Internationalen Brigade. Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs erfolgte seine Verhaftung durch die französische Polizei; 1942 wurde er an die Gestapo ausgeliefert. Von März 1943 bis zum Ende des Krieges war er Häftling im KZ Mauthausen, wo er sich an kommunistischen Widerstandsaktivitäten beteiligte. Karl Schirdewan, der spätere Leiter der ZK-Abteilung Leitende Organe der Partei und der Massenorganisationen und zeitweilige Gegenspieler Ulbrichts im Politbüro, absolvierte zunächst eine kaufmännische Ausbildung und trat 1923 dem KJVD, 1925 der KPD bei[392]. Innerhalb des kommunistischen Jugendverbandes machte er rasch Karriere. Ende 1933 bzw. Anfang 1934 war er im ZK des illegalen KJVD verantwortlich für ‚Agitation und antimilitaristische Arbeit'. Nach seiner Verhaftung verurteilte ihn der Volksgerichtshof wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu drei Jahren Zuchthaus, die er in Coswig verbrachte. Anschließend war er bis zum Kriegsende Häftling im KZ Sachsenhausen[393] und Flossenbürg.

Paul Verner, gelernter Maschinenschlosser, trat 1925 dem KJVD und 1929 der KPD bei[394]. Von 1932 bis 1934 hielt er sich in Moskau auf und arbeitete als Kor-

[391] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/v. 366, Bl. 142f., Lebenslauf Raus vom 16. 12. 1946.
[392] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/v. 5142, Bl. 125–128, SED-Fragebogen vom 29. 8. 1951.
[393] Schirdewan, Ein Jahrhundert Leben, S. 144.
[394] Wer war wer in der DDR?, S. 873f.

respondent bei einer sowjetischen Zeitung. Für die kommunistische Jugendinternationale (KJI) war er nach 1933 in Skandinavien und Westeuropa tätig. Ende 1936 kam er nach Spanien und kämpfte für die Internationalen Brigaden gegen Franco. Anfang 1939 reiste er wiederum im Parteiauftrag über Frankreich, Amsterdam und Kopenhagen nach Schweden, wo er im Oktober 1939 verhaftet wurde. Die folgenden zwei Jahre musste er in einem Internierungslager verbringen. Ab August 1943 konnte er unter Auflagen als Metallarbeiter in Schweden arbeiten. In den fünfziger Jahren war Verner unter anderem Leiter der Westabteilung des ZK der SED. Herbert Warnke, der den FDGB von 1948 bis zu seinem Tod 1975 leitete, übte nach einer Nieterlehre verschiedene Parteifunktionen innerhalb der KPD aus, der er 1923 beigetreten war[395]. 1932/33 war er Mitglied des Reichstags und hielt sich nach Hitlers Machtübernahme in Saarbrücken, Paris, Moskau und Dänemark auf. 1938 emigrierte er im Parteiauftrag nach Schweden, wo er berreits 1939 verhaftet und bis Ende 1943 interniert wurde. Anschließend betätigte er sich in Gewerkschafts- und Emigrantengruppen. An dieser politischen Generation fällt auf, dass alle Mitglieder bis auf Mückenberger frühzeitig dem kommunistischen Jugendverband beitraten und bis Anfang der dreißiger Jahre eine kommunistische Jungfunktionärskarriere vorweisen konnten, die 1933 jäh unterbrochen wurde. Die NS-Zeit verbrachten die Vertreter dieser Gruppe entweder im Exil in West- und Nordeuropa sowie in der Sowjetunion oder im Zuchthaus bzw. im KZ.

Zur vierten Gruppe zählten schließlich Paul Fröhlich (1913–1970), Kurt Hager (1912–1998), Erich Honecker (1912–1994) und Willi Stoph (1914–1999). Die Gemeinsamkeit bestand darin, dass die Mitglieder dieser Gruppe kurz vor bzw. während des Ersten Weltkriegs geboren wurden und ihre Jugend in der Weimarer Republik verbrachten, d.h. sie waren zum Zeitpunkt der nationalsozialistischen Machtübernahme höchstens Anfang zwanzig. Wichtigster Vertreter war zweifelsohne der spätere SED-Generalsekretär und Staatsratsvorsitzende Erich Honecker, der Anfang der dreißiger Jahre seine Dachdeckerlehre abbrach, um eine politische Laufbahn beginnen zu können[396]. Bereits 1926 wurde er Mitglied des KJVD; 1930 trat er der KPD bei. Seit 1929 war er zudem hauptamtlicher KJVD-Funktionär. 1930/31 besuchte er die Internationale Lenin-Schule in Moskau. Seit Ende 1930 war er Politischer Leiter der Bezirksleitung des KJVD im Saargebiet und zugleich Mitglied des Sekretariats der KPD-Bezirksleitung. Nach 1933 war er im Auftrag der Partei zunächst Instrukteur für den illegalen Wiederaufbau der kommunistischen Jugendorganisation im Ruhrgebiet. Nach kurzzeitiger Festnahme und anschließender Flucht nach Holland kehrte er im Herbst 1934 ins Saarland zurück und beteiligte sich am Kampf gegen den Anschluss des Saargebiets an das Deutsche Reich. Honecker wurde am 4. Dezember 1935 verhaftet und vom Volksgerichtshof Anfang Juni 1937 zu zehn Jahren Haft verurteilt. Während der Verhöre durch die Gestapo belastete Honecker vermutlich andere Kommunisten durch seine Aussagen[397], die er später teilweise widerrief. Er war im Zuchthaus Branden-

[395] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/v. 2175, Lebenslauf Warnkes (o.D.).
[396] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/v. 5344, Bl. 172, Lebenslauf Honeckers vom 12.5.1945. Vgl. Eberle, Anmerkungen zu Honecker.
[397] Przybylski, Tatort Politbüro. Die Akte Honecker, S. 55.

burg-Görden inhaftiert und einer Baukolonne zugeteilt. Aus diesem Arbeitskommando floh er im März 1945, kehrte jedoch wenig später wieder zurück und wurde zusammen mit den anderen Häftlingen durch die Rote Armee befreit.

Die übrigen Mitglieder dieser Politbürogruppe, die anders als Honecker erst Anfang 1963 in das Führungsgremium aufgenommen wurden, waren ebenfalls KJVD- und/oder KPD-Mitglieder. Paul Fröhlich arbeitete nach einer Ausbildung zum Koch als Bergarbeiter in Oelsnitz und trat 1929 dem KJVD sowie 1930 der KPD bei[398]. Im März 1933 wurde er für einige Wochen inhaftiert. Zwischen 1935 und 1939 war Fröhlich Gelegenheitsarbeiter beim Autobahnbau und ab September 1939 Feldkoch bei der Wehrmacht. Ende 1944 desertierte er und wurde von der Schweizer Grenzpolizei interniert. Von Februar bis Juni 1945 befand er sich in amerikanischer Kriegsgefangenschaft. Kurt Hager wurde ebenfalls 1929 Mitglied des KJVD und 1930 der KPD[399]. 1932 war er Mitarbeiter der Abteilung Agitation und Propaganda der KPD-Bezirksleitung Württemberg. Anfang März 1933 wurde Hager verhaftet und kam kurzzeitig ins KZ Heuberg. Ein Jahr später reiste er in die Schweiz und wurde Kurier des ZK des KJVD in der Schweiz sowie in der Tschechoslowakei. Nach einem Aufenthalt in Paris 1936 nahm er von 1937 bis 1939 am Spanischen Bürgerkrieg teil. Anschließend hielt er sich wieder in Frankreich auf, wo er interniert wurde. 1939 ging er ins Exil nach Großbritannien, wo er sich bei der KPD-Auslandsorganisation engagierte und zu deren Politischem Leiter avancierte. 1940/41 wurde er in Großbritannien interniert, konnte aber schon bald seine politischen Aktivitäten in der KPD wieder aufnehmen. Mitte der fünfziger Jahre stieg Hager zum ZK-Sekretär für Wissenschaft, Volksbildung und Kultur auf und leitete ab 1963 die Ideologische Kommission beim Politbüro. Der spätere Vorsitzende des Ministerrates (1964–1973 und 1976–1989) und des Staatsrates (1973–1976) Willi Stoph, ein gelernter Maurer, trat dem KJVD und der KPD 1931 bei[400]. Zwischen 1931 und 1934 war er Mitarbeiter des KPD-Nachrichtendienstes. Seinen Lebensunterhalt bestritt er, wenn er nicht arbeitslos war, mit Gelegenheitsarbeiten. Von 1935 bis 1937 sowie von 1940 bis 1945 war Stoph Soldat, zuletzt im Dienstrang eines Unteroffiziers. Stoph unterhielt Verbindungen zu einer Widerstandsgruppe und befand sich von April bis Juli 1945 in sowjetischer Kriegsgefangenschaft.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus den vorgestellten Kurzbiographien der Politbüromitglieder während der Amtszeit Grotewohls ziehen? Auch wenn kein kausaler Zusammenhang zwischen der biographischen Prägung der vorgestellten SED-Spitzenpolitiker vor 1945 und ihrer politischen Ausrichtung sowie ihrer Funktion innerhalb der Hegemonialpartei nach 1946 festgestellt werden kann, so bleibt doch festzuhalten, dass die Jahre der Weimarer Republik und des Dritten Reiches prägenden Einfluss auf jeden Einzelnen hatten. Alle Mitglieder der vier genannten Alterskohorten standen unter dem unmittelbaren Eindruck der Weltwirtschaftskrise ab 1929, dem Aufstieg der NSDAP sowie der Machtübernahme Hitlers am 30. Januar 1933. Auch auf diesen Erfahrungshorizont lässt sich

[398] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/v. 5299. Bl. 5f., Kurzbiographie Fröhlichs vom 8.12.1954.
[399] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/v. 5319, Bl. 175–177, Lebenslauf Hagers vom 9.7.1949.
[400] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/v. 5495, Bl. 137f., SED-Fragebogen vom 8.10.1946.

zurückführen, dass sie später für den Aufbau der Planwirtschaft in der SBZ/DDR eintraten. Die Forderungen nach Planbarkeit und zentraler Steuerung der Wirtschaft sowie nach Übernahme der Schlüsselindustrien durch den Staat, die unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges auch von bürgerlichen Parteien partiell unterstützt wurden, begründeten die Kommunisten stets mit dem Hinweis auf das Versagen des Staates in der Zwischenkriegszeit. Darüber hinaus spielte auch das sowjetische Vorbild eine entscheidende Rolle. Die frühzeitig aufgebauten Kontakte zum Land der Oktoberrevolution und zu den Bolschewiki sowie die zahlreichen Besuchsreisen in die Sowjetunion in den zwanziger und dreißiger Jahren bestärkten offenbar die KPD-Vertreter schon vor 1933 im Glauben, eine Lösung für die ökonomischen Probleme der Zeit gefunden zu haben. Bereits während der Weltwirtschaftskrise hatte die Sowjetunion damit begonnen, eine Zentralverwaltungswirtschaft zu errichten. Auffallend ist ebenso die Selbstunterwerfung der KPD gegenüber der KPdSU (B). Dieses einseitige Verhältnis überdauerte nicht nur die Zäsur von 1933, sondern verstärkte sich in den Folgejahren noch weiter. Vor allem die Exilzeit in Moskau während des Zweiten Weltkriegs führte letztlich dazu, dass ein Großteil der deutschen Kommunisten, die die Säuberungen überlebt hatten, bereit war, Stalin bedingungslos zu folgen. Vermeintliche Opposition konnte sogar tödlich sein, wie die Verhaftung und Ermordung zahlreicher Kommunisten durch den sowjetischen Geheimdienst zeigt[401].

Von den insgesamt 22 Politbüromitgliedern verbrachten sieben die Zeit des Exils in der Sowjetunion, sechs befanden sich während des Zweiten Weltkriegs in Nordeuropa oder Amerika, vier Personen saßen im Zuchthaus oder im KZ, fünf weitere Personen waren Soldaten der Wehrmacht oder hatten sich in die innere Emigration zurückgezogen. Die wichtigsten SED-Funktionäre gehörten bis auf Grotewohl der ersten oder der dritten Gruppe an. Westemigranten hatten dagegen nach der DDR-Gründung einen äußerst schweren Stand, wie der Sturz Merkers und Dahlems 1950 bzw. 1953 anschaulich zeigen. In der letzten Gruppe befanden sich vor allem Sozialdemokraten. Der Karriereverlauf in der SED-Führung hing somit auch von der Zugehörigkeit zu einer der genannten Gruppen ab. Der individuelle Aufenthaltsort vor 1945 konnte Anfang der fünfziger Jahre mit entscheidend sein für den politischen Aufstieg oder Absturz. Über die besten Netzwerkbeziehungen scheinen die Vertreter der ersten Gruppe, d.h. die Emigranten in der Sowjetunion verfügt zu haben. Sie wurden von der sowjetischen Besatzungsmacht häufig bevorzugt behandelt und unmittelbar vor Kriegsende von der Roten Armee nach Deutschland gebracht.

Die ehemaligen Sozialdemokraten unter den Politbüromitgliedern verfügten nicht über den Erfahrungshintergrund der Moskauer Politemigranten, die sich auch unter ideologischen Gesichtspunkten als verschworene Gemeinschaft, ja als politische Avantgarde verstanden. Langfristig sollte sich dieser Umstand für sie als Nachteil erweisen, denn in den politischen Machtkämpfen der frühen DDR zeigten sich die Vertreter dieser Gruppe als resolut und durchsetzungsfähig. Insbesondere Ulbricht zeigte diese Fähigkeiten während des Herrschaftsaufbaus der SED und verstand es, sich in den politischen Krisen der frühen DDR zu behaupten. Zwi-

401 Vgl. Müller, „Wir kommen alle dran"; ders., Herbert Wehner.

schen ehemaligen Sozialdemokraten und ehemaligen Kommunisten im SED-Politbüro gab es noch ein weiteres Unterscheidungsmerkmal: Im Gegensatz zu den KPD-Funktionären, die ausschließlich in der Partei verwurzelt waren und nur eine Funktionärslaufbahn einschlugen, nahmen die Sozialdemokraten schon in den zwanziger Jahren staatliche Ämter (z. B. Grotewohl) oder Funktionen in der Selbstverwaltung der Sozialversicherung (z. B. Lehmann) wahr. Das dabei erworbene Expertenwissen mag ausschlaggebend dafür gewesen sein, dass beim Aufbau staatlicher Strukturen in der SBZ zunächst verstärkt auf diese ehemaligen Sozialdemokraten zurückgegriffen wurde. So gestaltete etwa Lehmann die Neuordnung der ostdeutschen Sozialversicherung nach 1945[402].

Wie entwickelte sich die Zusammenarbeit Grotewohls mit den anderen Politbüromitgliedern? Lassen sich daraus Schlüsse über seine Stellung im Führungsgremium ziehen? Auf welche Mitarbeiter konnte sich der Ko-Vorsitzende innerhalb des SED-Parteiapparates stützen? Die Beantwortung dieser Fragen wird dadurch erschwert, dass die Politbüroprotokolle nahezu ausschließlich Ergebnisprotokolle sind und somit keinen Einblick in den Diskussionsverlauf der einzelnen Sitzungen geben. Auseinandersetzungen und Konflikte innerhalb der Parteiführung lassen sich deshalb nur vereinzelt an Hand von handschriftlichen Notizen einzelner Politbüromitglieder nachzeichnen. Darüber hinaus stellen die verstärkt in den siebziger Jahren angefertigten Erinnerungsberichte führender SED-Politiker eine wichtige Quelle dar, die bei allen quellenkritischen Vorbehalten Auskunft über die sich wandelnden machtpolitischen Konstellationen im Politbüro geben kann. Vor diesem Hintergrund tragen folgende Aussagen nur vorläufigen Charakter.

Grotewohl hatte dem Anschein nach ein besonders gutes, teilweise sogar herzliches Verhältnis zu Pieck. So betonte Ludwig Eisermann, der 1949/50 als persönlicher Mitarbeiter Grotewohls im ZK der SED tätig war, dass sein Chef immer mit großer Hochachtung vom späteren DDR-Präsidenten gesprochen habe. Eisermann führte das vor allem auf die guten Umgangsformen zurück, die beide Politiker geschätzt und praktiziert hätten: „Otto Grotewohl hielt nämlich sehr viel auf gute Umgangsformen und kameradschaftliches Gespräch und Verhalten, so daß er von den Funktionären im Politbüro Wilhelm Pieck am höchsten einschätzte."[403] Seiner Meinung nach beruhte diese Wertschätzung auf Gegenseitigkeit, denn Pieck suchte offensichtlich auch den Kontakt zu Grotewohl. Als weitere Vertrauenspersonen nennt der persönliche Mitarbeiter noch Erich Mückenberger. Obwohl Grotewohl anfangs über gute Verbindungen zu Ebert, Gniffke, Lehmann und Fechner verfügt habe, sei er mit der Zeit zu den ehemaligen Sozialdemokraten auf Distanz gegangen. Eisermann begründete dieses Verhalten mit dem Hinweis, Grotewohl habe in der neu gebildeten Partei schon frühzeitig versucht, den sozialdemokratischen Stallgeruch loszuwerden[404]. Sehr viel schwieriger gestaltete sich dagegen Grotewohls Verhältnis zu Ulbricht, dem er nicht über den Weg traute: „Er [Grotewohl] achtete wohl seine Arbeit und ihn auch persönlich, aber die Form und

[402] Vgl. Hoffmann, Sozialpolitische Neuordnung.
[403] SAPMO-BArch, SgY 30/1879, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Ludwig Eisermann über seine Erinnerungen an Otto Grotewohl vom 30. 3. 1977, S. 4.
[404] Ebenda, S. 5.

Methoden, mit der Genosse Ulbricht vorging, die passte[n] ihm gar nicht." Heino Brandes, ein politischer Weggefährte aus den Braunschweiger Jahren, der den Kontakt zu Grotewohl auch nach Kriegsende weiter pflegte, bestätigte diesen Eindruck und hob die Bedeutung des Verhältnisses zu Pieck besonders hervor: „Die Beziehungen Otto Grotewohl[s] zu Wilhelm Pieck waren auch eine der entscheidenden Voraussetzungen gewesen, dass Otto mitgegangen ist. Es gab manche Dinge, die ihm gar nicht gefielen."[405] Dabei deutete Brandes die Unzufriedenheit Grotewohls mit der politischen Entwicklung in der SBZ/DDR aber nur vage an und nannte keine konkreten Beispiele. Grotewohls Ehefrau Martha verwies in ihren Erinnerungen auf das freundschaftliche Verhältnis zwischen beiden Familien[406]. Auch der persönliche Mitarbeiter Grotewohls im Büro des Ministerpräsidenten, Hans Tzschorn, beschrieb rückblickend die enge Freundschaft, die zwischen den beiden Vorsitzenden der SED von Anfang an bestanden habe[407].

Während sich Grotewohl gegenüber Dritten weder öffentlich noch privat über sein Verhältnis zu Pieck äußerte, bedauerte dieser in einem Zeitungsartikel, dass sich beide Politiker nicht schon vor 1933 angefreundet hätten, als sie Abgeordnete im Berliner Reichstag waren: „Ich hätte eigentlich Otto Grotewohl schon sehr viel früher während unserer gleichzeitigen Tätigkeit als Mitglieder des Reichstages kennenlernen müssen, aber wie das so in der Hast der vielseitigen Arbeit eines Parteimenschen geht, wo die Parlamentsarbeit nicht immer die Hauptsache ist, unsere Wege haben sich damals nicht berührt."[408] Abgesehen davon, dass Pieck sein kommunistisches Verständnis vom Stellenwert der Parlamentsarbeit offenlegte, unterschlug er, dass er am 14. April 1930 direkt auf eine Parlamentsrede Grotewohls scharf geantwortet hatte. Grotewohl übernahm häufig die Aufgabe, Pieck im Namen der Parteiführung zum Geburtstag zu gratulieren, und zwar erstmals am 3. Januar 1946. Ein Jahr später entwarf er das Glückwunschschreiben des Zentralsekretariats zum 71. Geburtstag des Ko-Vorsitzenden der SED, in dem er Pieck als „Vater der Einheit" bezeichnete[409], womit er die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien meinte. In den privaten Korrespondenzen wird Grotewohls Hochachtung vor der Arbeits- und Lebensleistung Piecks deutlich, den er offenbar als väterlichen Freund ansah. Darin unterstrich er etwa „unsere tiefgegründete Freundschaft und das Geheimnis für unsere gute und nicht erfolglose Zusammenarbeit"[410]; noch in späteren Jahren drückte er seine tiefe Verehrung und „innige Zuneigung" gegenüber Pieck aus[411]. So weit ging Pieck wiederum nicht, der Grotewohl zwar

[405] SAPMO-BArch, SgY 30/1881, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Dr. Heino Brandes über seine Erinnerungen an Otto Grotewohl vom 29.4.1977, S. 27.
[406] SAPMO-BArch, SgY 30/1878, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Martha Grotewohl über ihre Erinnerungen an Otto Grotewohl vom 14.12.1976, S. 29.
[407] SAPMO-BArch, SgY 30/1788, Bl. 52–55, Erinnerungen von Hans Tzschorn an seine Arbeit im Sekretariat des Ministerpräsidenten vom 29.4.1974.
[408] Wilhelm Pieck zum 53. Geburtstag von Otto Grotewohl in der ‚Sächsischen Zeitung' Nr. 41 vom 12.3.1947, S. 1. Zitiert nach SAPMO-BArch, NY 4090/395, Bl. 24.
[409] SAPMO-BArch, NY 4090/128, Bl. 5–7, Glückwunschschreiben des Zentralsekretariats zum 71. Geburtstag von Pieck am 3.1.1947.
[410] SAPMO-BArch, NY 4036/658, Bl. 7, Widmung von Grotewohl an Pieck in Bd. I der Reden und Aufsätze von Otto Grotewohl [18.3.1948].
[411] SAPMO-BArch, NY 4036/232, Bl. 26, handschriftliches Glückwunschschreiben von Grotewohl an Pieck vom 1.7.1955.

als Freund bezeichnete, ansonsten aber in seinen privaten Schreiben eher Distanz wahrte[412].

Ein besonderes Vertrauensverhältnis bestand außerdem zu Fechner und Buchwitz, die Grotewohls Kurs während der im SPD-Zentralausschuss geführten Debatte über die Vereinigung mit der KPD unterstützt hatten. Darüber hinaus sind von den sozialdemokratischen Weggefährten Gniffke und Lehmann zu nennen, die jedoch schon Ende der vierziger Jahre nicht mehr dem Führungszirkel der SED angehörten. Mit seiner Flucht in den Westen 1948 schied Gniffke zwangsläufig aus dem engen Umfeld Grotewohls aus, und Lehmann wurde nach dem 3. Parteitag 1950 offensichtlich aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in das Politbüro gewählt[413]. Über informelle Kontakte zwischen den ehemaligen Sozialdemokraten im Zentralsekretariat ist wenig bekannt. Erich W. Gniffke berichtet in seinen Erinnerungen über eine Zusammenkunft Ende Mai 1948 in Fichtenau, einem östlichen Vorort Berlins, wo Max Fechner ein Einfamilienhaus erworben hatte[414]. Zu diesem Treffen kamen Otto Meier, Helmut Lehmann, Käte Kern und Gniffke; Friedrich Ebert war nicht erschienen, und Grotewohl nicht eingeladen worden. Die versammelten Politiker analysierten kritisch die Zwangsvereinigung und kamen zum Ergebnis, dass die organisatorische Vereinigung von SPD und KPD gescheitert sei. Im Mittelpunkt der Kritik stand Ulbricht mit seinem Führungsstil. Praktische Konsequenzen hatte dieses Treffen jedoch nicht, konkrete Vereinbarungen wurden nicht getroffen. Zu diesem Zeitpunkt war bei Grotewohl, der offensichtlich von der SMAD über das informelle Treffen unterrichtet worden war, die Selbsttäuschung[415] schon weit fortgeschritten: Gegenüber Gniffke zeigte er sich optimistisch, den politischen Einfluss Ulbrichts im Zentralsekretariat zurückdrängen zu können[416].

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass sich Grotewohl gegenüber Ulbricht eher zurückhaltend verhielt. Dies zeigte sich bereits bei den Gesprächen zwischen den Spitzen der beiden Arbeiterparteien 1945, als die sozialdemokratische Führung Anstoß an Ulbrichts Vorgehensweise in der Einheitsfrage nahm. Daraus resultierten bei den Mitgliedern des Zentralausschusses wachsende Vorbehalte gegen den KPD-Funktionär, die nie ausgeräumt werden konnten. Grotewohl respektierte letztlich Ulbrichts politischen Führungsanspruch innerhalb der SED-Führung. Deshalb suchte er auch häufig die inhaltliche Abstimmung, um Meinungsverschiedenheiten im Vorfeld ausräumen zu können. So kam es des Öfteren zu Vieraugengesprächen, in denen etwa Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Preispolitik, aber auch brisante Probleme wie z. B. zum Uranbergbau im Erzgebirge erörtert wurden[417]. In den Politbürositzungen scheint Grotewohl kaum offen Partei gegen Ulbricht ergriffen zu haben; die internen Debatten während des

[412] SAPMO-BArch, NY 4036/658, Bl. 20f., Glückwunschschreiben Piecks vom 11.3.1959 an Grotewohl.
[413] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/v. 261, Lehmann am 30.10.1955 an Schirdewan.
[414] Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 306–308.
[415] So Bouvier, Ausgeschaltet, S. 102.
[416] Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 312.
[417] Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/301, Bl. 45, Notiz Grotewohls über Besprechung mit Ulbricht [1951].

Volksaufstandes am 17. Juni 1953 bilden daher eine Ausnahme[418]. Ulbricht legte bei seiner Abwesenheit die Arbeitsteilung im Politbüro fest[419], das letztlich auch der DDR-Regierung übergeordnet war[420].

Grotewohl vermied politische Alleingänge und stimmte sich im Politbüro sogar bei der Terminfestsetzung seiner öffentlichen Auftritte sorgfältig ab. So teilte er etwa dem FDGB-Kreis Chemnitz mit, dass er an der dortigen Festveranstaltung zum 1. Mai teilnehmen könne, nachdem das Politbüro beschlossen hätte, ihn dafür „nun doch freizugeben"[421]. Außerdem besprach Grotewohl mit den übrigen Politbüromitgliedern im Vorfeld seine geplanten Volkskammerreden, indem er diese auf die Tagesordnung setzen ließ[422]. In dem Zusammenhang segnete das Politbüro in den fünfziger Jahren auch die von Grotewohl eingereichten Entwürfe seiner Regierungserklärungen ab, die dort teilweise inhaltlich und stilistisch überarbeitet wurden[423]. Grotewohl bemühte sich darum, bei Aussprachen über Eingaben aus der DDR-Bevölkerung alle relevanten Mitglieder des Führungsgremiums mit einzubeziehen und dabei vor allem die Terminwünsche Ulbrichts zu berücksichtigen[424]. In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre intensivierte sich diese Form der informellen Abstimmung, wobei die Initiative immer mehr von Ulbricht[425] und einigen anderen Politbüromitgliedern ausging[426].

Obwohl das Politbüro den Eindruck eines kollektiven Führungsgremiums vermittelte, blieben die Machtverteilung und die persönlichen Konflikte auswärtigen Beobachtern nicht völlig verborgen. Der Versuch der SED-Führung, Meinungsverschiedenheiten nicht nach außen dringen zu lassen, bot vielmehr Anlass für zum Teil wilde Spekulationen über das Verhältnis zwischen Grotewohl und Ulbricht. Angesichts der Verfolgungsmaßnahmen gegen ehemalige Sozialdemokraten und der ostdeutschen Militarisierung berichtete etwa die westdeutsche Zentrale für Heimatdienst am 4. August 1950 von einem „Sieg der radikalen Kommunisten unter Führung Walter Ulbrichts in der Parteileitung der SED über die Anhänger einer gemäßigten Taktik um Grotewohl"[427]. In diesem ausführlich gehaltenen Be-

[418] Darauf wird ausführlicher weiter unten eingegangen.

[419] Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/3290, Bl. 4, Ulbricht am 1. 8. 1952 an Otto Schön (Büro des Politbüros).

[420] Beschluss des Sekretariats des Politbüros vom 17. 10. 1949 über die Steuerung und Kontrolle der Arbeit von Regierung und Volkskammer durch die Organe der SED. Auszugsweise abgedruckt in: Die DDR vor dem Mauerbau, S. 46–48. Diese eindeutige Machtverteilung zeigte sich etwa beim Antrag der Provisorischen Regierung um Aufnahme der DDR in den RGW, denn auch hier lag zuerst ein entsprechender Beschluss des Politbüros vor. Dokumente zur Deutschlandpolitik. Bd. II/3, S. 923–930.

[421] SAPMO-BArch, NY 4090/167, Bl. 183, Grotewohl am 12. 4. 1952 an den FDGB-Kreis Chemnitz.

[422] SAPMO-BArch, NY 4090/302, Bl. 11, Grotewohl am 29. 1. 1953 an Ulbricht.

[423] Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/203, Bl. 175, Otto Schön am 5. 5. 1955 an die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros; SAPMO-BArch, NY 4090/239, Bl. 51, SED-Hausmitteilung Nordens an Grotewohl vom 4. 10. 1958.

[424] SAPMO-BArch, NY 4090/434, Bl. 4, Notiz Plenikowskis vom 5. 11. 1955 für Grotewohl betr. Aussprache am 7. 11. 1955 über den Brief der Kleinbauern des Kreises Wittstock.

[425] Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/209, Bl. 250, Ulbricht am 16. 1. 1956 an Grotewohl; SAPMO-BArch, NY 4090/254, Bl. 321 f., Ulbricht am 3. 10. 1960 an Grotewohl.

[426] SAPMO-BArch, NY 4090/231, Bl. 328–331, Bemerkungen des Politbüros zu einem Redeentwurf Grotewohls [10. 12. 1957].

[427] Dokumente zur Deutschlandpolitik. Bd. II/3, S. 902–907, hier S. 902.

richt wurde weiter betont, dass die entscheidende politische Gewalt beim neu ernannten SED-Generalsekretär, Walter Ulbricht, beim Sekretär Piecks, Walter Bartel, und beim sowjetischen Botschafter Puschkin liege. Ulbrichts Machtfülle wurde mit dem Hinweis auf seine Zuständigkeiten (Polizei, Staatssicherheit und kasernierte Volkspolizei) begründet. Einige Wochen später sah ein erneuter Informationsbericht der Zentrale für Heimatdienst die politische Stellung Grotewohls stark erschüttert, der sich innerhalb des Politbüros isoliert habe[428]. Der Vorläufer des späteren Bonner Verteidigungsministeriums, ein dem Bundeskanzleramt unterstelltes und von Graf von Schwerin geleitetes Expertengremium, stellte sogar indirekt Mutmaßungen über die Absetzung des Ko-Vorsitzenden der SED an: „Es besteht die Möglichkeit, daß Ulbricht noch vor der Wahl [Volkskammerwahlen] den seit Wochen erwarteten Schlag gegen die Minister mit SPD-Vergangenheit führen wird." Der drohende Machtverlust Grotewohls war vermutlich auch ein Gesprächsthema in den Parteispitzen der bürgerlichen Parteien in der DDR. So enthielt ein Spitzelbericht des Ministeriums für Staatssicherheit Ende 1951 eine entsprechende Äußerung, die angeblich der CDU-Generalsekretär Gerald Götting in einem vertraulichen Gespräch mit sächsischen Parteifreunden in Dresden gemacht haben soll[429]. Götting habe erklärt, dass Ulbricht nach seiner Rückkehr aus Moskau Grotewohl absetzen werde.

Im Zusammenhang mit der Juni-Krise 1953 gab es in der Bundesrepublik erneut Spekulationen über einen Machtkampf zwischen Grotewohl und Ulbricht. So berichtete das Ostbüro der SPD, Grotewohl sei das einzige Politbüromitglied, das Ulbricht vor der 2. Parteikonferenz widersprochen hätte[430]. Dabei habe es sich um Meinungsverschiedenheiten über das taktische Vorgehen bei der Bildung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) gehandelt. Bei dieser Auseinandersetzung sei es sogar zu Handgreiflichkeiten gekommen, „so daß Ulbricht und Grotewohl durch andere Mitglieder [des Politbüros] auseinander gerissen werden mussten". Der Bericht des Ostbüros kam ohne Angaben von Quellen zum Ergebnis: „Grotewohl fürchtet sehr für sich und seine Stellung und führt jetzt alles widerspruchslos aus, was Ulbricht von ihm fordert." Ende 1953 glaubte das SPD-Ostbüro erkennen zu können, dass sich beide Politiker auf eine Aufgabenteilung im Politbüro geeinigt hätten. Während Ulbricht gesamtdeutsch ausgerichtete Reden halte, konzentriere sich Grotewohl in seinen Reden darauf, die „Bolschewisierungsfortschritte" zu betonen[431]. Neun Monate später hatte sich laut den Berichten des Ostbüros die Position Grotewohls wieder etwas stabilisiert[432]. Dagegen wurde erneut auf die bestehenden Spannungen zwischen beiden Spitzenpolitikern hingewiesen: „Man rechnet damit, daß einer der beiden Experten [sic] nach der Wahl am 17. Oktober verschwinden wird." Die Informationsberichte zeigen zweierlei: Zum einen wurde die isolierte Position Grotewohls im SED-Politbüro nach der Verdrängung der ehemaligen Sozialdemokraten

[428] Politische und militärische Informationen der Zentrale für Heimatdienst vom 21.9.1950, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Bd. II/3, S. 1022f., hier S. 1022.
[429] BStU, MfS, AOP, 1194/57. Bd. 1, Bl. 15, Vermerk Davids vom 6.11.1951.
[430] AdsD, Ostbüro der SPD, Aktenordner Otto Grotewohl I, Bericht [1. Halbjahr 1953].
[431] Ebenda, Bericht vom 20.12.1953.
[432] Ebenda, Bericht über Spannungen im ZK der SED vom 22.9.1954.

im Führungsgremium der Hegemonialpartei durchaus richtig erkannt. Auf der anderen Seite wurde jedoch der Konflikt zwischen Ulbricht und Grotewohl als Konflikt zweier feindlicher Lager hochstilisiert. Daran knüpften sich zahlreiche, zum Teil widersprüchliche Vermutungen, die vom raschen Absturz Grotewohls bis hin zur möglichen Demission Ulbrichts reichten, denn der Bericht des Ostbüros nannte Fred Oelßner als potentiellen Nachfolger[433]. So gesehen zeigen die Berichte auch, dass das Ostbüro der SPD über immer weniger Informanten verfügte, die verlässlich über das Innenleben der SED-Führung berichten konnten.

Otto Grotewohl konnte sich in seiner Funktion als Ko-Vorsitzender[434] der SED nur auf einen kleinen, loyal eingestellten Mitarbeiterstab stützen. Dazu zählte unter anderem Hugo Gräf, der 1892 in Rehestädt (Thüringen) als Sohn eines Maurers zur Welt kam[435]. Gräf, der zwischen 1928 und 1933 für die KPD im Reichstag saß, emigrierte am 4. Dezember 1938 nach Zwischenaufenthalten in Prag und Frankreich nach Großbritannien. Nach einer kurzzeitigen Internierung auf der Isle of Man wurde er Mitglied der KPD-Landesleitung in England und kehrte erst am 14. August 1946 nach Deutschland zurück. Bereits Ende August 1946 war er Hauptreferent in der Abteilung Arbeit und Sozialfürsorge des Zentralsekretariats. Vier Jahre später wurde er Vorsitzender der Industriegewerkschaft (IG) Gesundheitswesen. Zusammen mit dem aus Königsberg stammenden Abteilungsmitarbeiter Rudolf Weck unterstützte er Lehmann bei der Neuordnung des Systems sozialer Sicherheit in der SBZ und war ein wichtiger sozialpolitischer Berater Grotewohls. Ein weiterer wichtiger Mitarbeiter war Wilhelm Meißner, der fünf Jahre als persönlicher Referent bei Grotewohl arbeitete[436]. Die Anstellung im Herbst 1945 hatte Gniffke vermittelt, der Meißner aus gemeinsamen Tagen in Ostpreußen kannte. In den zwanziger Jahren hatte sich Meißner als SPD-Funktionär in Königsberg einen Namen gemacht[437]. Meißners Aufgabe bestand darin, Entwürfe für Artikel, Reden und Erklärungen Grotewohls zu den aktuellen politischen Ereignissen auszuarbeiten[438]. Darüber hinaus bereitete er Pressegespräche auch mit westlichen Journalisten vor. Am 1. Oktober 1950 wechselte er ins Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, wo er die Leitung der Presse- und Informationsabteilung übernahm[439]. Dagegen gelang es Grotewohl nicht, einzelne politische Weggefährten, die er noch aus Braunschweig kannte, für die Mitarbeit im Apparat des Zentralsekretariats zu gewinnen. Ein solches Beispiel boten die Verhandlungen

[433] Ebenda.

[434] In den Kurznachrichten des ‚Berliner Rundfunks' wurde Grotewohl am 21. 11. 1946 als „zweiter Vorsitzender der SED" bezeichnet. Daraufhin gab es sofort eine Anweisung an alle Redaktionsmitglieder, in der die Formulierung scharf kritisiert wurde. Diese dürfe unter keinen Umständen mehr vorkommen. SAPMO-BArch, NY 4090/380, Bl. 47, Umlauf Krutsches vom 21. 11. 1946 an die Redaktionsmitglieder.

[435] Zu den biographischen Daten: Die SED. Ein Handbuch, S. 957; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/v. 129.

[436] SAPMO-BArch, SgY 30/1918, Bl. 140, Erinnerungen Meißners (o. D.).

[437] Die SED. Ein Handbuch, S. 1027.

[438] SAPMO-BArch, SgY 30/1918, Bl. 135, Erinnerungen Meißners (o. D.).

[439] Zwischen 1961 und 1967 war er Botschafter der DDR in Ungarn. 1982 wurde er Inoffizieller Mitarbeiter des MfS (IM Berger). BStU, AIM 5150/91, Bl. 222, handschriftliche Verpflichtungserklärung von Wilhelm und Hildegard Meißner vom 2. 9. 1982.

mit Heino Brandes[440], die bereits vor der Zwangsvereinigung begannen[441] und sich bis Ende Februar 1947 hinzogen[442].

Westkontakte und Westreisen

Grotewohls Kontakte in die westlichen Besatzungszonen Deutschlands setzten bereits kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges ein. Dabei handelte es sich anfangs vor allem um den Versuch von SPD-Funktionären in Braunschweig, Grotewohl über die Entwicklung der Parteiarbeit in seiner Vaterstadt auf dem Laufenden zu halten. Vereinzelt spielte wohl auch die Hoffnung eine Rolle, Grotewohl zur Rückkehr an seine alte Wirkungsstätte bewegen zu können[443]. Wie in einigen anderen Städten westlich der Elbe hatte sich auch in Braunschweig eine Bewegung gebildet, die eine Fusion der beiden Arbeiterparteien forderte[444]. Grotewohl hielt sich zunächst zurück und reagierte auf diese Anfragen nicht; stattdessen nahm er nur Verbindung zu einigen politischen Weggefährten sowie zu seinem Rechtsanwalt Dr. Bockler wieder auf[445]. Darüber hinaus erhielt Grotewohl in seiner Funktion als Vorsitzender des Zentralausschusses der SPD Berichte über den Aufbau anderer Landesverbände, so z. B. der bayerischen Sozialdemokratie sowie der dortigen KPD[446].

Grotewohls erste Westreise nach dem Krieg fand im Zusammenhang mit der Konferenz von Wennigsen statt. Bei der Gelegenheit besuchte er am 4. Oktober 1945 erstmals wieder Braunschweig[447]. Der Privatbesuch sowie die Teilnahme an der überregionalen Zusammenkunft mit anderen SPD-Politikern mussten von den Besatzungsmächten genehmigt werden. Da die Reisen deutscher Politiker von einer in die andere Besatzungszone in der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht spontan erfolgen konnten, sondern strengen Auflagen der Siegermächte unterlagen, musste der Zentralausschuss zunächst die Genehmigung der SMAD, anschließend die der britischen Besatzungsmacht einholen. Bereits sechs Wochen später unternahm Grotewohl eine zehntägige Besuchsreise durch die US-Zone[448]. Zusammen mit Gustav Dahrendorf reiste er zuerst nach Frankfurt am Main, um dann an-

[440] Brandes war in den zwanziger Jahren Lehrer in Helmstedt und SPD-Mitglied. SAPMO-BArch, SgY 30/1881, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Dr. Heino Brandes über seine Erinnerungen an Otto Grotewohl am 29. 4. 1977, S. 6. Nach Angaben Grotewohls haben sich beide 1930 „oder noch früher" kennen gelernt. SAPMO-BArch, NY 4090/57, Bl. 210, Grotewohl am 24. 2. 1949 an die DEFA Berlin.

[441] SAPMO-BArch, NY 4090/57, Bl. 161, Brandes am 6. 4. 1946 an Grotewohl.

[442] SAPMO-BArch, NY 4090/57, Bl. 171, SED-Hausmitteilung von Otto Meier vom 27. 2. 1947 an Grotewohl.

[443] AdsD, Bestand Kurt Schumacher, Mappe 111, Karl B. am 22. 9. 1945 an Grotewohl.

[444] SAPMO-BArch, NY 4090/279, Bl. 203–208, Denkschrift über Vorbereitung einer Sozialistischen Einheitspartei im Lande Braunschweig mit Anschreiben vom 5. 7. 1945.

[445] SAPMO-BArch, NY 4090/57, Bl. 88, Rundschreiben Grotewohls vom 17. 8. 1945 an Freunde und Verwandte in Braunschweig.

[446] SAPMO-BArch, NY 4090/279, Bl. 245 f., Vermerk Grotewohls vom 3. 9. 1945 über Gespräche mit Willi (Wilhelm) Buch. Dieser verfasste Informationsberichte über die politische Lage in Bayern, die er Grotewohl zuschickte. Vgl. ebenda, Bl. 259–261, Politischer Bericht Nr. 2.

[447] SAPMO-BArch, NY 4090/60, Bl. 43, Grotewohl am 2. 10. 1945 an Schlebusch (Braunschweigisches Staatsministerium).

[448] Die Reise war mehrmals verschoben worden. SAPMO-BArch, NY 4090/58, Bl. 349, Grotewohl am 9. 11. 1945 an Nora K. (Braunschweig).

schließend noch Stuttgart, München und Regensburg zu besuchen[449]. Einer der politischen Höhepunkte war eine SPD-Kundgebung in Regensburg am 25. November 1945, auf der auch der Vorsitzende des Zentralausschusses sprechen konnte[450]. Bei einer sogenannten Informationsbesprechung für die angereisten sozialdemokratischen Delegierten aus der Oberpfalz durfte Grotewohl das Hauptreferat halten. Grotewohls Rede vom 14. September hatte sich auch hier schnell herumgesprochen und war sogar in einer Auflage von immerhin 50000 Stück gedruckt worden. Der Reisebericht, den vermutlich Dahrendorf angefertigt hat, hielt fest, dass die beiden Politiker überall sehr herzlich aufgenommen wurden. Schumacher verfolgte die Westreise Grotewohls offensichtlich mit Argwohn, denn der Bericht enthält Hinweise auf Interventionsversuche des unumstrittenen Sprechers der West-SPD: „Es ist allerdings kein Zweifel darüber möglich, dass vom Genossen Schumacher, Hannover, her Einflüsse erfolgen, die gegen den Zentralausschuss wirken sollen. So ist bekannt geworden, dass Schumacher eine Anfrage nach Süddeutschland wegen der ihm bekannt gewordenen Reise von Grotewohl und Dahrendorf gerichtet hat, die nicht etwa in den Stil einer herzlichen Begrüßung, sondern vielmehr einer misstrauischen Kontrolle nach Zweck und Sinn der Reise gekleidet war."[451] Nachdem zwischen beiden Politikern in Wennigsen die politischen Ziele abgesteckt worden waren, achtete Schumacher auf die Einhaltung der gemeinsamen Absprache.

Mit der Zwangsvereinigung der beiden Arbeiterparteien in der SBZ veränderten sich Inhalte und Funktion von Grotewohls Westkontakten, denn der Ko-Vorsitzende der SED hoffte, dass der Zusammenschluss von SPD und KPD auf die westlichen Besatzungszonen ausstrahlen würde, die langfristig diesem Schritt folgen sollten[452]. Dazu wollte Grotewohl seine Reisetätigkeit in den Westen Deutschlands wieder aufnehmen, um für die Einheit der Arbeiterklasse, die angeblich in der sowjetischen Besatzungszone verwirklicht war, nachhaltig zu werben. Die Ausgangslage war zunächst günstig, denn führende Sozialdemokraten sprachen sich dafür aus, „im Interesse der Gesamtpartei" den Gesprächsfaden zwischen Grotewohl und Schumacher nicht abreißen zu lassen[453]. Diese Befürworter wollten keineswegs die in Wennigsen getroffenen Absprachen aushebeln, sondern hielten primär an der Idee einer gesamtdeutschen SPD fest, die jedoch mit der Zwangsvereinigung in weite Ferne gerückt war[454]. Angesichts der veränderten politischen Rahmenbedingungen waren die Beweggründe einiger westdeutscher Sozialdemokraten vergleichsweise unterschiedlich. Grotewohl erkannte diese Motivlage und wollte den immer noch weit verbreiteten Wunsch nach Bildung einer Gesamtpar-

[449] LAB, E Rep. 200-23, Nr. 29–31, Bericht über die Reise Grotewohls und Dahrendorfs (17.–26. 11. 1945).
[450] Ebenda, S. 9.
[451] Ebenda, S. 9f.
[452] SAPMO-BArch, NY 4090/60, Bl. 81f., Grotewohl am 28. 5. 1946 an Karl S. (Bad Gandersheim).
[453] AdsD, Bestand Kurt Schumacher, Mappe 134, SPD-Bezirksvorsitzender von Hessen-Frankfurt, Wilhelm Knothe, am 7. 5. 1946 an das Büro Schumacher Hannover.
[454] Ende November 1945 hatte sich der hessische Innenminister noch für die Bildung einer gemeinsamen Plattform beider Parteien ausgesprochen, um „in prinzipiellen Fragen gemeinschaftlich vorzugehen". SAPMO-BArch, NY 4090/279, Bl. 243, Großhessisches Staatsministerium (Minister des Innern), Hans Venedey, am 24. 11. 1945 an den ZA der SPD.

tei nutzen, um sich für den Zusammenschluss mit der KPD im Westen einzusetzen. Vor dem Parteivorstand erklärte er, dass sich die Spannungen in der SPD angesichts der schwierigen Ernährungslage sowie der Föderalismusdebatte „von Tag zu Tag" verschärfen würden[455]. Grotewohl stellte eine gewagte Prognose auf: Der Wunsch nach einem einheitlichen Deutschland sei in der westdeutschen Arbeiterschaft so lebendig, „dass er durch keinen Schumacher und durch keinen Beschluss eines Parteitages irgendwie erschüttert werden könnte".

Die anvisierte Gründung der SED im Westen, die frühzeitig am Veto der westlichen Besatzungsmächte scheiterte, war eng verbunden mit der Frage nach einer möglichen Wiederzulassung der SPD in der sowjetischen Besatzungszone. Ein entsprechendes Junktim hatte erstmals der Kommandant des sowjetischen Sektors in Berlin, Generalleutnant Alexander G. Kotikow, formuliert[456]. Grotewohl sprach sich für die Gründung von Aktions- bzw. Arbeitsgemeinschaften aus, mit denen der organisatorische Zusammenschluss der beiden Arbeiterparteien in Westdeutschland vorangetrieben werden sollte. Eine Zulassung von SED-Ortsgruppen durch die britische Besatzungsmacht, die im Sommer 1946 im Gespräch war, lehnte er mit der Begründung ab: „Die Frage der Einheit der Arbeiterklasse in Deutschland hat zur Voraussetzung, dass es darauf ankommt, aus zwei Parteien eine Partei zu machen und nicht aus zwei Parteien drei."[457] Dabei nahmen Grotewohl und andere Mitglieder des Zentralsekretariats eine Spaltung der West-SPD bewusst in Kauf[458], wobei einige frühere Sozialdemokraten wie z. B. Lehmann durchaus Skrupel hatten[459]. Vor dem Parteivorstand erteilte Grotewohl der Wiederzulassung der SPD in der sowjetischen Besatzungszone eine klare Absage, denn das Ziel sei nicht die „Spaltung im Osten, sondern [die] Sammlung und Vereinigung im Westen" [460]. Dabei äußerte er aber auch Selbstzweifel: „Ich habe in dieser Frage vor einigen Monaten einmal geschwankt und habe immer überlegt, [...], ob es nicht doch richtig ist, die Entwicklungsmöglichkeit der Sozialistischen Einheitspartei organisatorisch im Westen vorzubereiten."[461] Im selben Atemzug verwarf er jedoch den Gedanken und rief die Parteivorstandsmitglieder auf, nur Geduld in dieser Frage zu haben. Grotewohl war davon überzeugt, dass die vermeintlich gute ökonomische und politische Entwicklung der SBZ Anziehungskraft auf die Bevölkerung in den Westzonen ausüben würde. Damit stellte er der Magnettheorie Schumachers und Adenauers ein eigenes Modell mit umgekehrten Vorzeichen gegenüber[462].

[455] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/4, Bl. 200, Stenographisches Protokoll über die 3. Sitzung des SED-Parteivorstandes (18.–20. 6. 1946).

[456] Darüber hatte Grotewohl in seinem Bericht über die Arbeit des Zentralsekretariats vor dem Parteivorstand berichtet. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/2, Stenographische Niederschrift über die 2. Sitzung des SED-Parteivorstandes am 14./15. 5. 1946.

[457] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/6, Bl. 164, Stenographische Niederschrift über die 4. Tagung des SED-Parteivorstandes am 16./17. 7. 1946.

[458] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/16, Bl. 89, Stenographische Niederschrift der 9. Sitzung des SED-Parteivorstandes am 14. 2. 1947.

[459] Ebenda, Bl. 58.

[460] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/14, Bl. 66, Stenographische Niederschrift über die 8. Sitzung des SED-Parteivorstandes am 22./23. 1. 1947.

[461] Ebenda, Bl. 132.

[462] So auch Spilker, The East German Leadership, S. 94.

Darüber hinaus versuchte Grotewohl, Einfluss auf die politische Entwicklung in den Westzonen zu nehmen. So unterstützte er bereits Ende 1945 den Einspruch der Länderkonferenz in der amerikanischen Zone hinsichtlich der Verschiebung der Gemeindewahlen bis zum März 1946[463]. In einem gemeinsamen Schreiben an das US-Hauptquartier hatten der Zentralausschuss der SPD und das ZK der KPD auf den „außerordentlich geringen Grad der Organisationsentwicklung" hingewiesen und um die Lizenzierung von Parteizeitungen gebeten. Zu den Instrumenten der politischen Einflussnahme gehörte auch die Bereitstellung finanzieller Mittel für westdeutsche Verbände und Organisationen. So setzte sich Grotewohl beispielsweise dafür ein, der Freien Jugendbewegung in Braunschweig mit 3000,– Reichsmark unter die Arme zu greifen[464].

Die SED-Parteiführung bereitete die nächste Reise Grotewohls sorgfältig vor, auf der ihn Wilhelm Pieck begleiten sollte. Das Auftreten der beiden SED-Vorsitzenden sollte offensichtlich die Außenwirkung der fünftägigen Rundreise verstärken. Nachdem die technischen Fragen geklärt waren und eine Interzonen-Reisegenehmigung vorlag[465], machte sich die hochrangige ostdeutsche Delegation am 20. Juli 1946 auf den Weg. Geplant waren öffentliche Auftritte der beiden Spitzenpolitiker bei Großkundgebungen in der britischen Zone, bei denen die westdeutsche Bevölkerung davon überzeugt werden sollte, dass der Zusammenschluss der beiden Arbeiterparteien im Westen unbedingt notwendig sei[466]. Auf Wunsch von Pieck nahm Richard Stahlmann an der Reise teil, der für den Personenschutz zuständig war und im ZK-Apparat die Aufgabe hatte, beim Aufbau der KPD in Westdeutschland mitzuwirken. Er galt als äußerst verlässlicher Parteimitarbeiter, der sich selbst als „kompromissloser und unerbittlicher Revolutionär" verstand[467]. Stahlmann, der Mitte der zwanziger Jahre als Agent in Moskau ausgebildet worden war und für die Nachrichtendienstliche Hauptverwaltung des Generalstabs der sowjetischen Streitkräfte (GRU) gearbeitet hatte, baute Anfang der fünfziger Jahre den DDR-Auslandsgeheimdienst auf. Die britischen Behörden verknüpften die Zusage für Piecks und Grotewohls Auftritte mit der Auflage, dass die Kundgebungen in Essen, Köln, Düsseldorf und Braunschweig unter der Schirmherrschaft der KPD stattfinden mussten, was den Propagandaeffekt deutlich senkte[468]. Es durfte unter keinen Umständen der Eindruck entstehen, dass die SPD in irgendeiner Weise mit den Versammlungen in Verbindung stand. Außerdem war zu diesem Zeitpunkt noch nicht entschieden, ob die SED auch im Westen Deutsch-

[463] SAPMO-BArch, NY 4090/278, Bl. 102, Grotewohl am 13. 12. 1945 an Minister des Innern von Württemberg-Baden, Fritz Ullrich (Stuttgart). Die ersten Nachkriegswahlen gab es in der US-Zone. So fanden in Bayern am 27. 1. 1946 die Gemeindewahlen statt, bei denen die KPD nur auf 2,3 % kam. Dagegen fiel das Ergebnis in Hessen und Württemberg-Baden besser aus und lag zwischen 5 und 8 %. Potthoff/Wenzel, Handbuch politischer Institutionen und Organisationen, S. 334.

[464] SAPMO-BArch, NY 4090/299, Bl. 14, Grotewohl am 3. 4. 1947 an die Freie Jugendbewegung in Deutschland.

[465] SAPMO-BArch, NY 4090/3, Bl. 11, Interzonen-Reisegenehmigung Nr. 11004 für Otto Grotewohl vom 13. 6. 1946.

[466] SAPMO-BArch, NY 4036/752, Bl. 56–60, hier Bl. 56, Reisebericht Stahlmanns vom Januar 1962.

[467] Zur Selbstkennzeichnung: Uhl, Richard Stahlmann, S. 84.

[468] Spilker, The East German Leadership, S. 77.

lands gebildet werden könnte oder ob es nur zur Herstellung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen der ostdeutschen SED und der westdeutschen KPD kommen würde.

In allen vier westdeutschen Städten hielt Otto Grotewohl, der hier im Übrigen das erste Mal seit der nationalsozialistischen Machtergreifung wieder öffentlich auftrat, eine Rede über „Deutschlands Zukunft". Darin verteidigte er erneut die Vereinigung mit der KPD und warf Schumacher vor, durch sein Veto die Bildung einer gesamtdeutschen SPD verhindert und damit die Einheit des Landes aufs Spiel gesetzt zu haben: „Eine einheitliche Sozialdemokratie und eine einheitliche Kommunistische Partei im Reichsmaßstabe wären damals noch in der Frage des einheitlichen Deutschlands die eisernen Korsettstangen für Deutschland geworden."[469] Dadurch sei die West-SPD in der „Lebensfrage Deutschlands zum Schaden des deutschen Volkes völlig auseinander gefallen" und habe statt dessen einen partikularistischen Weg eingeschlagen[470]. Diesen setzte Grotewohl mit dem Föderalismusprinzip gleich, das letztlich zum Separatismus führe. Anschließend behauptete er, dass die SED „als unabhängige Partei für die wahren Interesse ihres Volkes" kämpfe und setzte sich ausführlich mit dem Vorwurf auseinander, die SED sei keine demokratische Partei[471]. Dabei versuchte er zwischen zwei demokratischen Herrschaftsformen zu unterscheiden: der formalen und der realen Demokratie. Die formale Demokratie, und damit meinte er das politische System in den drei westlichen Besatzungszonen, begnüge sich mit dem Grundsatz der Rechtsgleichheit und schließe aufgrund der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung Unterdrückung und Ausbeutung der Schwachen nicht aus. Dagegen gehe die reale Demokratie in der SBZ einen entscheidenden Schritt weiter, denn sie beruhe auf dem „tiefen Gefühl für die Würde und das Lebensrecht eines jeden Menschen"[472]. Für Grotewohl war in dem Kontext die Beseitigung des kapitalistischen Privateigentums von entscheidender Bedeutung, weil dieses zwangsläufig wirtschaftliche Abhängigkeiten von Privatinteressen einzelner Unternehmer nach sich ziehen würde. Insofern handele es sich – so Grotewohl weiter – um eine soziale Demokratie. Implizit sprach er damit die Bodenreform vom September 1945 an; die sogenannte Industriereform und die damit verbundene Verstaatlichung der Schwerindustrie setzte erst im Oktober 1946 ein. Mit dieser Argumentation rechtfertigte Grotewohl die begonnene Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft in der SBZ, denn sie diene letztlich der Herstellung der realen bzw. sozialen Demokratie. Abschließend unterstrich er die historische Notwendigkeit zur Gründung der SED, denn nur so könnten „alle Schichten unseres Volkes zur einheitlichen Willensbildung" gelangen, die ansonsten „durch Werbeparolen zweier Arbeiterparteien von Zweifeln über die Richtigkeit des Weges hin- und hergetrieben" würden[473].

[469] SAPMO-BArch, NY 4090/126, Bl. 302–352, hier Bl. 325. Grotewohls Rede ist stark verkürzt und sprachlich verändert abgedruckt in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. I, S. 53–66. Deshalb wird im folgenden aus der im Archiv befindlichen Manuskriptfassung zitiert.
[470] Ebenda, Bl. 326.
[471] Ebenda, Bl. 334.
[472] Ebenda, Bl. 336.
[473] Ebenda, Bl. 345f.

Nach der Rückkehr nach Berlin am 24. Juli 1946 ließ die SED-Führung die Rede Grotewohls in einer Propagandabroschüre abdrucken[474]. Auch die SPD reagierte: Sie druckte Flugblätter mit kritischen Fragen an die SED-Führung und organisierte in Braunschweig eine Gegenkundgebung, auf der der sozialdemokratische Ministerpräsident Alfred Kubel auftrat[475]. In den folgenden Monaten waren weitere Besuchsreisen vorerst nicht mehr möglich, denn die britische Besatzungsmacht erteilte keine Genehmigungen mehr[476]. So hatten Pieck und Grotewohl bei einem Besuch der ehemaligen Hermann-Göring-Werke in Salzgitter den Betriebsrat am 23. Juli zu einem Gegenbesuch in die sowjetische Besatzungszone eingeladen, der zunächst nicht stattfinden konnte. Schließlich brachte Stahlmann die westdeutsche Delegation nach eigenen Angaben illegal über die Grenze und organisierte ein Treffen mit Pieck in Berlin, bezeichnenderweise im Haus der Einheit, dem späteren Sitz des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED[477].

Der SED-Parteivorstand plante intensiv auch die nächste Westreise[478]: Vor dem Hintergrund der Moskauer Außenministerkonferenz, bei der es neben Reparationsfragen auch um die Ausarbeitung eines Friedensvertrages mit Deutschland ging[479], hielten sich Grotewohl und Pieck zwischen dem 12. und 15. März 1947 in der US-Zone auf und sprachen unter anderem auf einer Großkundgebung in den Stuttgarter Zirkusbauten Althoff und Schulte vor etwa 7000 Menschen[480]. Drei Monate zuvor hatte das Zentralsekretariat im Übrigen den Versuch unternommen, Schumacher unter Zugzwang zu setzen, indem der SED-Verfassungsentwurf veröffentlicht wurde[481]. Die SED wollte damit ein Zeichen setzen und nach außen sichtbar demonstrieren, dass sie im Wettbewerb mit der West-SPD deutlich vorne lag. Pieck und Grotewohl gingen jedoch in ihren Reden auf die Verhandlungen in Moskau ein und betonten allgemein die Notwendigkeit der Wiederherstellung der deutschen Einheit sowie die Vereinigung der Arbeiterparteien. Dabei griff Grotewohl den sowjetischen Vorschlag auf, eine Volksabstimmung über die staatliche Ordnung Deutschlands (Föderalismus versus Zentralismus) durchzuführen. Damit widersprach er den Vorstellungen der drei Westmächte, die auf einen föderativen Staatsaufbau hinausliefen. Obwohl westliche KPD-Vertreter seit dem Sommer 1946 eine größere Eigenständigkeit der KPD gegenüber der SED forderten[482], scheint das Verhältnis zwischen den beiden ungleichen kommunistischen Parteien nicht Gegenstand dieser Reise gewesen zu sein. Der SPD-Parteivorstand beobach-

474 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.02/115, Bl. 51 und 55–57.
475 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/4/379, Bl. 205–214, offener Brief Gniffkes an Kubel (o. D.).
476 Grotewohl erhielt auf Anfrage Ende September 1946 auch keine persönliche Einreisegenehmigung. SAPMO-BArch, NY 4090/57, Bl. 94, Aktennotiz der Allg. Abt. (Bischoff) vom 2. 10. 1946.
477 Dazu: SAPMO-BArch, NY 4036/752, Bl. 56–60, Bl. 60, Reisebericht Stahlmanns vom Januar 1962.
478 Einen entsprechenden Beschluss fasste der Parteivorstand am 14. 2. 1947. SAPMO-BArch, NY 4090/633, Bl. 26–48, hier Bl. 26, Stenographische Niederschrift der Pressekonferenz von Pieck und Grotewohl am 18. 3. 1947.
479 Kessel, Westeuropa und die deutsche Teilung, S. 249–252.
480 ‚Stuttgarter Zeitung' vom 15. 3. 1947. Zitiert nach: SAPMO-BArch, NY 4090/633, Bl. 16–20, hier Bl. 16, Zusammenstellung der westdeutschen Pressestimmen.
481 AdsD, Bestand Kurt Schumacher, Mappe 155, SED-Parteivorstand am 10. 3. 1947 an das Büro Schumacher.
482 Dazu ausführlicher: Kössler, Abschied von der Revolution, S. 117f.

tete mit großem Misstrauen die zweite gemeinsame Westreise von Pieck und Grotewohl, die von Gniffke und Fechner begleitet wurde, und versuchte gemeinsame Treffen mit SPD-Vertretern zu verhindern. So musste sich der sozialdemokratische Frankfurter Oberbürgermeister Walter Kolb schwere Vorwürfe gefallen lassen, da er die beiden SED-Vorsitzenden offiziell ins Rathaus eingeladen hatte[483].

Obwohl die Reise keine greifbaren Ergebnisse erbrachte, wollte die SED-Führung den mehrtägigen Aufenthalt in der US-Zone propagandistisch ausschlachten und hielt dazu am 18. März 1947 eine Pressekonferenz in Berlin ab[484]. Nach längeren Ausführungen von Grotewohl, der den Westalliierten den Bruch des Potsdamer Abkommens vorwarf und die Reiseziele skizzierte, konzentrierten sich zahlreiche Fragen der westlichen Pressevertreter auf die Bildung der SED in den westlichen Besatzungszonen bzw. die Wiederzulassung der SPD in der SBZ. Dem entgegnete Pieck, der im Übrigen fast alle Fragen alleine beantwortete, mit dem formalen Hinweis, Schumacher habe bei der sowjetischen Besatzungsmacht noch keinen Antrag auf Zulassung der SPD gestellt[485]. Von großer Bedeutung waren allerdings Grotewohls Bemerkungen zur Arbeitsgemeinschaft zwischen SED und KPD, die bereits auf der Parteivorstandssitzung am 14. Februar 1947 als Nukleus einer gesamtdeutschen SED ins Leben gerufen wurde[486]. Dabei versuchte Grotewohl den Eindruck zu vermitteln, die SED sei einem Wunsch der KPD gefolgt, was jedoch die Genese auf den Kopf stellte. Auch bei der Schilderung der Aufgaben und Zuständigkeiten blieb der Ko-Vorsitzende der SED ungenau: Demnach sollte die Arbeitsgemeinschaft die „grundsätzlichen politischen Auffassungen im Westen popularisieren" und dafür sorgen, dass „ein einheitliches Handeln der Arbeiterorganisationen gesichert" ist[487]. Durch die Mitwirkung in der Arbeitsgemeinschaft wandelten sich die Aufgaben der westdeutschen KPD, die in der Öffentlichkeit moderater auftreten sollte. Bereits im Sommer 1946 hatte Grotewohl die bei der Parteivorstandssitzung anwesenden KPD-Vertreter davor gewarnt, die direkte Konfrontation mit dem politischen Gegner zu suchen. In dem Zusammenhang hatte er sich für eine neue Taktik ausgesprochen: „Ihr müsst [...] im Westen den ‚Palmwedel' unbedingt in der Hand behalten. Es wäre vollkommen falsch, ihn wegzulegen, weil ihr glaubt, dass mal gerauft werden müsse. Das würde die gesamte politische Situation unter gar keinen Umständen gebrauchen können."[488] Nur auf diesem Wege ließen sich – so Grotewohl – die Massen in Westdeutschland für die Einheit Deutschlands gewinnen.

Auf der Pressekonferenz am 18. März 1947 ging Grotewohl sehr ausführlich auf die Entscheidungsfindung der westdeutschen kommunistischen Partei ein und

[483] Die SPD unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer. Bd. 1, S. 175, Sitzung des Parteivorstandes am 13./14. 3. 1947 in Hannover.

[484] SAPMO-BArch, NY 4090/633, Bl. 26–48, Stenographische Niederschrift über die Pressekonferenz am 18. 3. 1947.

[485] Ebenda, Bl. 42.

[486] Kubina, „Was in dem einen Teil verwirklicht werden kann mit Hilfe der Roten Armee, wird am anderen Teil Kampffrage sein.", S. 431; Spilker, The East German Leadership, S. 112.

[487] SAPMO-BArch, NY 4090/633, Bl. 26–48, hier Bl. 29, Stenographische Niederschrift über die Pressekonferenz am 18. 3. 1947.

[488] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/4, Bl. 196, Stenographisches Protokoll über die 3. Sitzung des SED-Parteivorstandes (18.–20. 6. 1946).

sprach detailliert über den KPD-Parteitag in Offenbach[489], auf dem der hessische Landesverband die Mitwirkung an der Arbeitsgemeinschaft grundsätzlich begrüßt und die Durchführung einer Mitgliederbefragung beschlossen habe. Außerdem gab er bekannt, dass für die US-Zone in Stuttgart ein Verbindungsbüro der Arbeitsgemeinschaft eingerichtet worden sei, in dem Vertreter der SED, KPD, aber auch Parteilose und einige Sozialdemokraten saßen[490]. Es deutet einiges darauf hin, dass sich Grotewohl noch nicht endgültig von der Schaffung einer gesamtdeutschen SPD verabschiedet hatte, denn er betonte in der Öffentlichkeit die angebliche Zusammenarbeit mit zahlreichen Sozialdemokraten in den Westzonen, die an den Verhandlungen zur Bildung der Arbeitsgemeinschaft teilgenommen hätten[491].

Ein weiteres wichtiges Thema der Pressekonferenz war die Grenzfrage, zu der sich auch Grotewohl äußerte, indem er auf die offiziellen Stellungnahmen des Parteivorstandes vom 12. August und 19. September 1946 verwies[492]. Darin betonte die SED-Führung zwar, dass der gewaltige deutsche Gebietsverlust eine Folge der „verbrecherischen Hitlerpolitik" sei. Auf der anderen Seite wurde aber von einer „vorläufigen" Ostgrenze gesprochen und zugleich an die Siegermächte appelliert, bei der endgültigen Grenzziehung „eine weitsichtige Politik [zu] verfolgen und so [zu] entscheiden, dass der neu zu schaffenden Demokratie in Deutschland und ihrer Regierung eine Lebens- und Entfaltungsmöglichkeit zum Wohle des Friedens und der Verständigung der Völker gegeben wird". Diese vorsichtige Formulierung, die Veränderungen nicht grundsätzlich ausschloss, entsprach zu diesem Zeitpunkt durchaus der Position der beiden SED-Vorsitzenden[493], während Ulbricht die abgetrennten deutschen Gebiete schon im Juni 1945 für unwiderruflich verloren erklärt hatte[494]. Im SED-Parteivorstand plädierte Grotewohl noch Ende März 1947 für eine einheitliche Sprachregelung in der Öffentlichkeit, die sich an der Position Piecks orientieren sollte. Im Namen des Zentralsekretariats bat er die Parteivorstandsmitglieder eindringlich, darauf zu achten, dass „die Formulierungen über die Grenzfragen von den einzelnen Genossen nicht mehr so ‚nach Schnauze' gemacht werden"[495].

Die Arbeitsgemeinschaft zwischen SED und KPD lag Grotewohl sehr am Herzen. Am 4. April fuhr er erneut in die amerikanische Besatzungszone, um auf dem Landesparteitag der bayerischen KPD aufzutreten. Auch diese Reise wurde zuvor in der SED-Führung abgesprochen, die offensichtlich die westdeutsche Bevölke-

[489] An dem Parteitag nahmen Pieck, Grotewohl, Dahlem und Gniffke teil. Grotewohl hielt ein politisches Referat, das jedoch nicht überliefert ist. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/18, Bl. 6, Stenographische Niederschrift über die 10. Tagung des SED-Parteivorstandes am 26./27. 3. 1947.

[490] SAPMO-BArch, NY 4090/633, Bl. 26–48, hier Bl. 29f., Stenographische Niederschrift über die Pressekonferenz am 18. 3. 1947.

[491] SAPMO-BArch, NY 4090/128, Bl. 123–128, hier Bl. 126, Beitrag Grotewohls für das ‚Neue Deutschland' vom 20. 3. 1947 über die Reise in die US-Zone.

[492] SAPMO-BArch, NY 4090/633, Bl. 26–48, hier Bl. 31f., Stenographische Niederschrift über die Pressekonferenz am 18. 3. 1947; Beschluss des SED-Parteivorstandes zur Grenzfrage vom 19. 9. 1946, in: Dokumente der SED. Bd. I, S. 98f.

[493] Schwartz, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik", S. 272f.

[494] Malycha, „Wir haben erkannt, dass die Oder-Neiße-Grenze die Friedensgrenze ist", S. 195.

[495] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/18, Bl. 171, Stenographische Niederschrift über die 10. Tagung des SED-Parteivorstandes am 26./27. 3. 1947.

rung erneut mobilisieren wollte, denn in Moskau tagten nach wie vor die Außenminister der vier Siegermächte. In seiner Rede vor den Delegierten, in der er sich vorwiegend mit der allgemeinen politischen Lage beschäftigte, wies Grotewohl den Vorwurf Schumachers zurück, die SED würde mit ihrer Deutschlandpolitik einen nationalkommunistischen Kurs verfolgen[496]. Zur Kennzeichnung der Einheitspartei als „Agenten der Sowjetunion" bzw. als „rotlackierte Nazis" bemerkte er: Der westdeutsche SPD-Führer verwende häufig solche Beschimpfungen, da er „gegen den sachlichen Inhalt unserer Politik beim besten Willen nichts einzuwenden hat"[497]. Im Gegenzug stellte Grotewohl die rhetorische Frage, ob denn Molotow als Agent des deutschen Volkes zu bezeichnen sei, da er bei der Moskauer Außenministerkonferenz „alle entscheidenden Lebensinteressen des deutschen Volkes" vertreten habe.

In der Folgezeit gelang es der SED-Führung nicht mehr, hochkarätige Delegationen in die westlichen Besatzungszonen zu entsenden, da die dortigen Besatzungsverwaltungen keine Einreiseerlaubnis mehr erteilten. So konnte Grotewohl im April 1947 nicht in Dortmund auftreten, nachdem er eine entsprechende Einladung der KPD erhalten hatte. Deshalb wandte er sich am 16. April über den Rundfunk an die westdeutsche Bevölkerung, um sich zur Frage der deutschen Einheit zu äußern[498]. Zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich bereits das Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz ab und Grotewohls Ansprache muss als Bestandteil der Propagandaschlacht gewertet werden, bei der es der SED-Führung vor allem darum ging, den Westen für diesen Fehlschlag verantwortlich zu machen. Auch die drei Westmächte gingen auf Konfrontationskurs, denn sie untersagten die geplante Fusion von SED und KPD und sprachen ein Einreiseverbot für SED-Delegationen in ihre Zonen aus[499]. Das Verhältnis zwischen den vier Alliierten hatte sich nach der Außenministerkonferenz in Moskau spürbar abgekühlt und tangierte sofort das Verhältnis der ostdeutschen Hegemonialpartei zu den Westmächten. Für die SED-Spitzenpolitiker blieben die Zonengrenzen vorerst verschlossen, so dass eine direkte Einflussnahme, etwa durch Kundgebungen und Großveranstaltungen, nicht mehr möglich war. Da das Einreiseverbot für Grotewohl auch noch im Herbst 1947 galt, konnte er beispielsweise nicht zu einer Zeugenaussage vor dem Entnazifizierungsausschuss des Stadtkreises Mülheim an der Ruhr im Falle Hugo Stinnes jr. erscheinen[500]. Erst Anfang 1948 unternahm er

[496] SAPMO-BArch, NY 4037/132, Protokoll über den KPD-Parteitag (4.–7.4.1947), S. 12.

[497] Ebenda, S. 25. Die westlichen Tageszeitungen verfolgten kritisch die inhaltlich harte und zum Teil auch polemisch geführte Auseinandersetzung zwischen Schumacher und Grotewohl. In dem Zusammenhang wurde Grotewohl vorgehalten, Schumacher persönlich beleidigt zu haben. Grotewohl wies diese Anschuldigungen zurück und vermutete dahinter eine von Schumacher gesteuerte Kampagne. Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/641, Bl. 22, ‚Hessische Nachrichten' am 10.4.1947 an Grotewohl; ebenda, Bl. 25, Grotewohl am 23.4.1947 an den Chefredakteur der ‚Hessischen Nachrichten'; ebenda, Bl. 33, Grotewohl am 29.8.1947 an Hans W. (München).

[498] SAPMO-BArch, NY 4090/129, Bl. 3–9, Rundfunkrede Grotewohls vom 16.4.1947.

[499] Das berichtete Pieck dem Parteivorstand. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/20, Bl. 7, Stenographische Niederschrift über die 11. Tagung des SED-Parteivorstandes am 21./22.5.1947.

[500] Ausschlaggebend für die Absage Grotewohls waren allerdings die Vorbereitungen für den 2. SED-Parteitag (20.–24.9.1947). SAPMO-BArch, NY 4090/1, Bl. 127, Büro des SED-Zentralsekretariats am 18.9.1947 an den Entnazifizierungsausschuss Stadtkreis Mühlheim. Einen Monat später wurde Stinnes vom Entnazifizierungsausschuss vorläufig in die Kategorie II (Hauptbeschuldigte) eingereiht. Ebenda, Bl. 129, Zeitungsnotiz vom 21.10.1947.

wieder Reisen in die westlichen Besatzungszonen, die allerdings privaten Charakter hatten[501].

Den Höhepunkt der ostdeutschen Besuchsreisen in den Westen stellte jedoch zweifelsohne die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz Anfang Juni 1947 dar, bei der allerdings keine offizielle SED-Delegation, sondern vielmehr die fünf Ministerpräsidenten der SBZ anwesend waren, von denen allerdings vier Mitglied der Einheitspartei waren[502]. Gleichwohl war auch die Fahrt in die bayerische Landeshauptstadt erst zustande gekommen, nachdem SED-Führung und SMAD ihre Zustimmung erteilt hatten. Vorausgegangen war eine Einladung des bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard (CSU), der am 7. Mai alle Ministerpräsidenten der vier Besatzungszonen zu einer Besprechung nach München für den 6./7. Juni einlud. Die Konferenz sollte den alliierten Militärregierungen Maßnahmen vorschlagen, „um ein weiteres Abgleiten des deutschen Volkes in ein rettungsloses wirtschaftliches und politisches Chaos zu verhindern". Und weiter heißt es in dem von Presseagenturen verbreitetem Einladungsschreiben: „Das deutsche Volk ist physisch und seelisch nicht mehr fähig, einen neuen Winter mit Hunger und Frieren im Wohnungselend zerstörter Großstädte, in wirtschaftlicher Auszehrung und in politischer Hoffnungslosigkeit abzuwarten."[503] Anlass boten zum einen die bereits mehrfach erwähnte Moskauer Außenministerkonferenz sowie die immer noch ungelöste Versorgungslage der deutschen Bevölkerung. Mit einer gesamtdeutschen Initiative sollten die festgefahrenen Gespräche der Alliierten aus der Sackgasse geführt werden. Darüber hinaus wollte Bayern mit diesem Treffen einen „nachdrücklichen föderalistischen Akzent"[504] setzen, zumal die Ministerpräsidenten zu diesem Zeitpunkt die einzigen demokratisch legitimierten Akteure auf deutscher Seite waren, nachdem im Herbst 1946 bzw. Frühjahr 1947 in allen Ländern bzw. Provinzen Landtage gewählt worden waren. Kurz nach Bekanntmachung der Einladung zeigten sich jedoch rasch die unterschiedlichen Zielvorstellungen der politischen Akteure in Ost und West: So konnte eine Einigung über die Tagesordnung bis zum Schluss nicht erzielt werden. Während die westdeutschen Ministerpräsidenten nur über Wirtschafts- und Ernährungsfragen beraten wollten, verlangten die ostdeutschen Vertreter nach enger Abstimmung mit der SMAD und der SED-Führung eine Diskussion über die politische Zukunft Deutschlands.

Zahlreiche Hindernisse galt es daher aus dem Weg zu räumen, um das Zustandekommen der Konferenz sicherzustellen. Lange Zeit sträubten sich etwa die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, ein Jahr nach der Zwangsvereinigung mit SED-Vertretern zusammenzutreffen. Schließlich erwiesen sich die Ministerpräsidenten aus der SBZ als unsichere Kantonisten, denn sie zögerten ihre Zusage lange Zeit hinaus und schlugen unter anderem die Verlegung des Tagungsortes nach Berlin vor, was wiederum der bayerische Ministerpräsident unter Hinweis auf die weit fortgeschrittene Konferenzvorbereitung ablehnte[505]. Zwei Tage vor Beginn der

[501] So besuchte er etwa am 15.1.1948 Bremen und Braunschweig. SAPMO-BArch, NY 4090/9, Bl. 197, Taschenkalender Grotewohls von 1948.
[502] Vgl. ausführlicher zum folgenden: Hoffmann, 1987 – Honecker in Bonn.
[503] Abgedruckt in: Grünewald, Die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz 1947, S. 499.
[504] Kielmansegg, Nach der Katastrophe, S. 60.
[505] ‚Süddeutsche Zeitung' vom 31.5.1947, S. 1.

Konferenz war die Teilnahme der ostdeutschen Spitzenpolitiker immer noch unklar[506]. Als diese dann doch kurz vor Tagungsbeginn erschienen, verlangten sie, dass vordringlich über die „Bildung einer deutschen Zentralverwaltung durch Verständigung der demokratischen Parteien und Gewerkschaften zur Schaffung eines deutschen Einheitsstaats" gesprochen werden müsse[507]. Auf der dramatisch verlaufenden Vorbesprechung der Ministerpräsidenten am 5. Juni wiesen die westdeutschen Vertreter die ostdeutsche Forderung zurück. Der ostdeutsche Verhandlungsführer Karl Steinhoff (SED), ein früherer Sozialdemokrat und damaliger Ministerpräsident in Brandenburg, erklärte, dass man die weitere Teilnahme an der Konferenz ablehnen müsse. Nachdem die fünf Ministerpräsidenten der SBZ ein gemeinsames Kommuniqué für die Presse[508] verfasst hatten, reisten sie unverrichteter Dinge wieder ab.

Noch während der Konferenz – die westdeutschen Vertreter tagten weiter – entbrannte der öffentlich ausgetragene Streit, wer denn nun für das Scheitern verantwortlich sei. Dabei zeigte sich ein geteiltes Presseecho. Westdeutsche Medien schoben den ostdeutschen Ministerpräsidenten und insbesondere der SED, die im Hintergrund die Strippen zu ziehen schien, die Hauptschuld zu. Das Nachrichtenmagazin ‚Der Spiegel' meldete beispielsweise unter Berufung auf eine Pressekonferenz der vier SED-Ministerpräsidenten in Berlin, dass diese bereits bei ihrer Ankunft in München den Entwurf des „Absagekommuniqués" in der Tasche gehabt hätten. Der Auftritt der ostdeutschen Spitzenpolitiker bei der nächtlichen Vorbesprechung erscheint in diesem Lichte als ein von Anfang an inszenierter Abgang. Auch die Hamburger Wochenzeitung ‚Die Zeit' übte deutliche Kritik: Die Ministerpräsidenten seien „als eine kollektive Einheit" aufgetreten und hätten sich für ihre Forderungen die „Fernprogrammpunkte zu eigen gemacht, die auf der Moskauer Konferenz von der Sowjetunion und in Deutschland von der SED vertreten werden"[509]. Ganz anders waren die Reaktionen in der sowjetischen Besatzungszone. Hier versuchte die SED mit Hilfe der eigenen Zeitungen den Spieß umzudrehen und dem Westen die Schuld in die Schuhe zu schieben. Bereits am 12. Juni veröffentlichte die SED-Führung eine Erklärung zusammen mit Führungskadern der westdeutschen KPD, um den eigenen gesamtdeutschen Anspruch propagandistisch zu untermauern[510]. Darin verlangten die Einheitssozialisten auch in den Westzonen eine Bodenreform sowie eine Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, denn nur so könne der Kampf gegen die Wintersnot gewonnen werden. Während westdeutsche Kommentatoren die intransigente Rolle der SED hervorhoben, verwies der Chefredakteur des ‚Neuen Deutschland', Lex Ende, süffisant auf die SPD-Ministerpräsidenten, die in München „vom heiligen Geist Dr. Schumachers erleuchtet" gewesen seien[511]. Die Hoffnung, mit dem innerdeutschen Spitzentreffen die Uneinigkeit der Alliierten auf den Außenministerkonferenzen kompensieren zu können, hatte sich nicht erfüllt, da angesichts der gegebenen internationalen Rahmenbedingungen ein deutscher Son-

506 ‚Süddeutsche Zeitung' vom 3.6.1947, S. 1.
507 Steininger, Zur Geschichte der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz 1947, S. 425.
508 ‚Der Spiegel' vom 14.6.1947, S. 1.
509 ‚Die Zeit' vom 5.6.1947, S. 2.
510 Dokumente der SED. Bd. I, S. 200–203.
511 ‚Neues Deutschland' vom 29.6.1947, S. 1.

derweg unrealistisch war. Die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz, die eine zukunftsweisende Perspektive für die Einheit Deutschlands eröffnen sollte, mutierte somit zu einem Symbol der Teilung des Landes.

Grotewohl kritisierte scharf den Verlauf der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz und sprach in einer vom Rundfunk übertragenen Rede von einem „Fehlschlag", für den in erster Linie die westliche Seite verantwortlich sei[512]. Dabei attackierte er auch allgemein die westdeutsche Öffentlichkeit: „Anstatt nun eine sachliche Würdigung der objektiven Gründe vorzunehmen, die zwangsläufig zu einem Versagen [...] führen mussten, verfallen leider viele Deutsche in einen alten deutschen Erbfehler, nämlich einen Prügelknaben zu suchen und auf ihm herumzuschlagen." Daraus leitete er den Vorwurf der politischen Unreife ab: „Ein Blick in einen großen Teil unserer Presse zeigt uns, wie weit viele Deutsche noch entfernt sind von der Eigenschaft, einen politischen Vorgang sachlich und nüchtern zu beurteilen." Für das Scheitern des Treffens, bei dem erstmals deutsche Spitzenpolitiker aus allen vier Zonen an einem Tisch zusammengekommen waren, um über die Zukunft Deutschlands zu beraten[513], waren für ihn an erster Stelle die Militärbehörden – wobei er die sowjetische aussparte – und die westdeutschen Regierungschefs verantwortlich. Darüber hinaus gelang ihm aber auch eine stellenweise einfühlsame Diagnose des Zustands der deutschen Nation, denn er machte auf die bereits eingesetzte Teilung des Landes aufmerksam: „Wir sind dabei, uns immer weiter auseinander zu leben. Die Deutschen sprechen zwar noch eine Muttersprache, aber sie verstehen einander nicht mehr."[514] Jede Weiterentwicklung dieses „tragischen" Zustandes führe dazu, die Gräben zwischen den Deutschen immer mehr zu vertiefen. Grotewohl nutzte die Gelegenheit, um die altbekannte Forderung der SED nach Bildung einer deutschen Zentralverwaltung, welche die westdeutschen Vertreter in München einstimmig abgelehnt hatten, erneut zu präsentieren. Abschließend sprach sich Grotewohl für die Durchführung einer Volksabstimmung über die Einheit Deutschlands aus und griff damit einen entsprechenden Aufruf des SED-Parteivorstandes vom 1. März 1947 wieder auf[515]. In dem Zusammenhang unterstrich er, dass über die Zukunft des Landes nicht die 16 Ministerpräsidenten, sondern nur die Gesamtbevölkerung entscheiden könne[516].

Trotz der ablehnenden Reaktion der drei Westmächte hielt das Zentralsekretariat weiter an dem Ziel fest, die SED auch im Westen Deutschlands zu bilden. Dabei schloss die SED-Führung die Gründung einer neuen, dritten Partei kategorisch aus[517]. Vielmehr sollten die Widerstände durch den „unentwegten Einsatz

[512] SAPMO-BArch, NY 4090/129, Bl. 116–124, hier Bl. 116, Rundfunkansprache Grotewohls (7./8. 6. 1947).

[513] Ein erster Anlauf des Bremer Senatspräsidenten Wilhelm Kaisen (SPD) vom 6. Februar 1946 war bekanntlich fehlgeschlagen, denn die Ministerpräsidenten der französischen und sowjetischen Zone durften nicht anreisen. Kaisen wiederholte die Einladung am 4. Oktober, mit demselben Resultat. Grünewald, Die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz 1947, S. 8f.

[514] SAPMO-BArch, NY 4090/129, Bl. 116–124, hier Bl. 117, Rundfunkansprache Grotewohls (7./8. 6. 1947).

[515] Dokumente der SED. Bd. I, S. 162–167.

[516] SAPMO-BArch, NY 4090/129, Bl. 116–124, hier Bl. 124, Rundfunkansprache Grotewohls (7./8. 6. 1947).

[517] SAPMO-BArch, NY 4090/59, Bl. 168, Büro des Zentralsekretariats am 8. 9. 1947 an Heinrich M. (Hannover).

aller für die Bildung der SED entschlossenen Frauen und Männer überwunden werden". Die Versuche, die Arbeitsgemeinschaft zwischen SED und KPD im politischen System der Westzonen zu installieren, stießen nicht nur auf die Abwehrhaltung der Angelsachsen und Franzosen, sondern riefen auch den erbitterten Widerstand der SPD hervor, die die Mitarbeit von eigenen Parteimitgliedern in der Arbeitsgemeinschaft unter allen Umständen verhindern wollte[518]. Dazu wurde abtrünnigen Genossen sogar mit dem Parteiausschluss gedroht, der später in Einzelfällen durchaus vollzogen wurde[519]. Gleichzeitig verstärkte die SED ihre Verbalattacken gegen die SPD. Grotewohls Rede vor dem Parteivorstand am 1. Juli 1947, bei der er erneut Schumachers unnachgiebige Haltung kritisierte, mit der SED nicht zusammenzuarbeiten[520], war der Probelauf für den am 20. September beginnenden SED-Parteitag, auf dem er das außenpolitische Grundsatzreferat hielt[521].

Nach dem 2. SED-Parteitag debattierte der Parteivorstand weiter über die Zukunft der Arbeitsgemeinschaft: Grotewohl, der in seinen Ausführungen auf eine bereits stattgefundene Tagung der Arbeitsgemeinschaft verwies, erklärte, dass „die Frage der weiteren Entwicklung der Organisation im Westen nach den für die einzelnen Zonen gegebenen Gesichtspunkten zu behandeln" sei[522]. Außerdem kritisierte er den Umgang der eigenen Partei mit der SPD und forderte ein Umdenken. Auf dem zurückliegenden Parteitag hätten nicht alle Delegierten „die richtige Sprache zu den Sozialdemokraten gefunden"[523]. Grotewohl verwies darauf, dass es von zentraler Bedeutung sei, die Mitglieder der West-SPD richtig anzusprechen, um die Frage der Einheit der Arbeiterklasse „in einer geschickten Form" erneut im Westen aufzuwerfen. Dieser auf den ersten Blick moderat erscheinende Kurs bedeutete allerdings nicht, dass er nicht gleichzeitig offen Wahlwerbung für die westdeutsche KPD betrieb, wie etwa seine Rundfunkansprache am 2. Oktober 1947 anlässlich der bevorstehenden Saarabstimmung zeigte[524]. Es drängt sich der Eindruck auf, als ob der Ko-Vorsitzende der SED stellenweise ein politisches Doppelspiel betrieb. Bei näherem Hinsehen wird jedoch deutlich, dass Grotewohl stets in Übereinstimmung mit der SED-Führung handelte, so auch in der Saarfrage[525].

Aufgrund des Einreiseverbots, das die britische Militärregierung verhängt hatte, konnte Grotewohl auch im Herbst 1947 nicht in die Westzonen fahren. Allem Anschein nach erteilte auch die amerikanische Militärverwaltung OMGUS keine Einreiseerlaubnis, so dass Grotewohl Kundgebungen in der US-Zone nicht mehr besuchen konnte. Trotzdem versuchte Grotewohl in unregelmäßigen Abständen Einfluss auf die öffentliche Meinung in Westdeutschland zu nehmen. Einen ersten

518 Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/641, Bl. 69, SED-Hausmitteilung für Pieck und Grotewohl vom 9.2.1948.
519 SAPMO-BArch, NY 4090/59, Bl. 178, Büro Grotewohl am 1.4.1948 an Heinrich M. (Hannover).
520 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/22, Bl. 17–50, Stenographische Niederschrift über die 12. Tagung des SED-Parteivorstandes (1.–3.7.1947).
521 Protokoll der Verhandlungen des 2. Parteitages, S. 241–294.
522 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/28, Bl. 14, Stenographische Niederschrift über die 1. Sitzung des SED-Parteivorstandes am 15.9.1947.
523 Ebenda, Bl. 15.
524 SAPMO-BArch, NY 4090/131, Bl. 64f.
525 Vgl. den SED-Aufruf an die Saarbevölkerung vom 2.10.1947, in: Dokumente der SED. Bd. I, S. 242f.

Anlass bot die letzte Außenministerkonferenz der vier Siegermächte, die zwischen dem 25. November und 15. Dezember 1947 in London stattfand. Im Vorfeld gab Grotewohl einem der führenden Kommentatoren des ostdeutschen Rundfunks, Herbert Gessner, ein Interview, in dem er zum wiederholten Male eine Volksabstimmung über die Frage verlangte, ob Deutschland nach den Grundsätzen eines Einheitsstaates oder eines Bundesstaates organisiert werden sollte[526]. Diese Forderung richtete die SED-Führung im Übrigen auch direkt an den Alliierten Kontrollrat.

Gleichzeitig grenzte sich Grotewohl in seinen Reden immer mehr vom Westen ab und unterstützte uneingeschränkt die Position der Sowjetunion. Deutlich wurde dies bei der Parteivorstandssitzung am 12./13. November, auf der sich der Ko-Vorsitzende intensiv mit außenpolitischen Fragen beschäftigte und dabei die USA besonders heftig angriff[527]. Im Einzelnen bezeichnete er die Truman-Doktrin und den Marshall-Plan als Elemente einer imperialistischen Politik der westlichen Supermacht gegenüber Osteuropa. Aufschlussreich war seine unmissverständliche Ostorientierung, die eine Übereinstimmung zwischen ostdeutschen und sowjetischen Interessen beinhaltete. Er bezeichnete es sogar rückblickend als Fehler, dass die SED zu sehr darauf geachtet habe, als unabhängige Partei zu erscheinen, die in keinem Abhängigkeitsverhältnis zur Sowjetunion stehe. Zu Recht verwies er zwar auf die oberste Regierungsgewalt, die in Deutschland seit Kriegsende von den vier Besatzungsmächten ausgeübt wurde. Daran schloss sich aber ein überraschend neuer Gedankengang an, denn Grotewohl behauptete, dass die sowjetische Politik der Friedenssicherung diene. Deshalb sei die SED verpflichtet, Moskau zu unterstützen: „[W]ir als Sozialisten haben die Aufgabe, uns an die Seite einer solchen Politik, die einzig und allein im wirklichen Interesse Deutschlands liegt, zu stellen."[528] Mit dieser eigenwilligen Argumentation wollte Grotewohl dem westlichen Vorwurf begegnen, die SED sei zuallererst eine Partei der sowjetischen Besatzungsmacht. Unter Anspielung auf Schumachers politischen Kurs gegenüber den angelsächsischen Mächten hob Grotewohl hervor, es sei ein erheblicher Unterschied, „ob sich der Vertreter einer sozialistischen Partei auf die Hochzeitsreise nach Amerika zum Monopolkapitalismus begibt, oder ob wir als Sozialisten uns an die politische Konzeption einer sozialistischen Macht halten und mit ihr Verständigung suchen." Dabei unterschlug er allerdings geflissentlich, dass der Vorsitzende der West-SPD stets auf die eigene politische Unabhängigkeit achtete und dabei möglichen Konflikten mit den Westalliierten nicht aus dem Weg ging.

Um aus der deutschlandpolitischen Sackgasse herauszukommen, entschloss sich die SED-Führung Ende 1947, einen Deutschen Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden nach Berlin einzuberufen. Drei Gründe waren ausschlaggebend: Zum einen sollte die sowjetische Haltung auf der Londoner Außenministerkonferenz unterstützt und zum anderen der Einfluss der beiden bürgerlichen Parteien im politischen System der SBZ weiter begrenzt werden. Wachsende Spannungen zwischen der SMAD und der CDU-Führung, die eine Beteiligung am Volkskon-

526 SAPMO-BArch, NY 4090/132, Bl. 83–89, Pressedienst vom 7. 11. 1947.
527 SAPMO-BArch, NY 4090/132, Bl. 90–110.
528 Ebenda, Bl. 101.

gress strikt ablehnte, führten letztlich dazu, dass die beiden Parteivorsitzenden Jakob Kaiser und Ernst Lemmer am 20. Dezember 1947 abgesetzt wurden. Darüber hinaus war die Volkskongressbewegung aber auch eine Reaktion auf die Abwehrhaltung der westdeutschen Sozialdemokratie unter Schumacher. Die SED musste sich eingestehen, dass ihre bisherigen Annäherungsversuche ins Leere gelaufen waren. Es war ihr nämlich nicht gelungen, in der Deutschlandfrage Teile der SPD für eine wie immer geartete Plattform zu gewinnen[529]. Im Gegenzug verlor die Arbeitsgemeinschaft von SED und KPD immer mehr an Bedeutung. Als die SED-Führung Mitte Februar 1948 nochmals öffentlich gegen die Verbotsmaßnahmen der westlichen Besatzungsmächte protestieren ließ[530], war das Schicksal der Arbeitsgemeinschaft schon längst besiegelt. Damit musste die SED einen herben Rückschlag hinnehmen, denn die Kampagne für die Zulassung der SED in den Westzonen war letztlich gescheitert[531].

Mit dem Abbruch der Verhandlungen im Alliierten Kontrollrat über ein gesamtdeutsches Parteiengesetz stellten die Parteien kaum noch eine gesamtdeutsche Klammer dar; sie waren in gewisser Hinsicht keine verlässlichen Ansatzpunkte mehr für deutschlandpolitische Initiativen der Einheitspartei. Diese musste nunmehr ihre Vorgehensweise neu überdenken. Ein Jahr nach dem Aufruf der Arbeitsgemeinschaft vom 17. Februar 1947 machten Vertreter der amerikanischen Militärregierung in einem Gespräch mit Gniffke und Fechner nochmals deutlich, dass eine Vereinigung von SPD und KPD im Westen von der Zustimmung beider Parteileitungen abhinge[532]. Die beiden früheren Sozialdemokraten erhielten den Hinweis, die Einheitspartei müsse zunächst einmal gewisse Vorleistungen erbringen und z. B. für die Einhaltung des Paritätsprinzips sorgen.

Deutschlandpolitische Initiativen Grotewohls?

Westkontakte und Westreisen scheinen Bestandteil einer deutschlandpolitischen Konzeption der SED gewesen zu sein, die in den ersten Nachkriegsjahren zwar noch nicht ausgereift war, die aber grundsätzlich das Ziel verfolgte, auf die politische Entwicklung in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands Einfluss zu nehmen. Hatte auch Grotewohl zu diesem Zeitpunkt bereits eine eigenständige Deutschlandpolitik, und welche Rolle spielte seine Position im Rahmen der deutschlandpolitischen Bemühungen der SED? Grundsätzlich gilt, dass für den Ko-Vorsitzenden der SED die deutsche Frage einen zentralen Stellenwert besaß. Dies machte er von Anfang an in seinen öffentlichen Reden, aber auch im Führungskreis der Einheitspartei deutlich. Bereits auf der 3. Sitzung des SED-Parteivorstandes entwickelte er im Juni 1946 eine eigene Magnettheorie, mit der er die Überlegenheit des ostdeutschen, planwirtschaftlichen Systems gegenüber dem

[529] SAPMO-BArch, NY 4090/132, Bl. 166–173, hier Bl. 166f., Rede Grotewohls auf der 4. (18.) außerordentlichen Tagung des SED-Parteivorstandes am 26. 11. 1947.

[530] Aufruf der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD an die Besatzungsbehörden vom 17. 2. 1948, in: Dokumente der SED. Bd. I, S. 280f.

[531] Kubina, „Was in dem einen Teil verwirklicht werden kann mit Hilfe der Roten Armee, wird im anderen Teil Kampffrage sein.", S. 435.

[532] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/4/379, Bl. 254–258, hier Bl. 257, Bericht Gniffkes über das Treffen am 11. 2. 1948.

westdeutschen Kapitalismus demonstrieren wollte. In Anspielung auf die angespannte Ernährungslage in den Westzonen, die sich allerdings nicht grundsätzlich von der Situation in der SBZ unterschied[533], erklärte Grotewohl: „Aber wenn sie [die Westmächte] nicht imstande sein werden, die wirtschaftlichen Fragen der Ernährung, der Wohnung und der Ankurbelung der Wirtschaft zu meistern, wird sich der politische Druck und die Spannungen, die von unserer Zone ausgehen, in den westlichen Zonen bemerkbar machen." Anschließend wagte er eine kühne Prognose: „Die Sicherung der Ernährung in unserer Zone wird dann geradezu als Magnet wirken. Dasselbe gilt bezüglich der uns gewährten politischen Freiheiten: Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit, die auf die Arbeiterklasse im Westen die gleiche magnetische Wirkung ausüben werden [...]. Auch die Planmäßigkeit des Wirtschaftsaufbaus wird ihre Wirkung ausüben."[534]

Auch auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs waren westdeutsche Politiker von der Überlegenheit und Ausstrahlungskraft des eigenen Wirtschaftssystems überzeugt. So gesehen gab es bereits vor der Gründung der beiden deutschen Staaten 1949 eine deutsch-deutsche Auseinandersetzung über die vermeintlich richtigen, d.h. effektiveren wirtschaftspolitischen Konzeptionen, die funktionale Bedeutung für die Deutschlandpolitik hatte. Für die westlichen Besatzungszonen entwickelten bekanntlich Kurt Schumacher und Konrad Adenauer eine Magnettheorie, wonach der erwartete wirtschaftliche Aufschwung im Westen eine Sogwirkung auf den Osten entfalten würde. So erklärte Schumacher am 31. Mai 1947 vor den politischen Spitzengremien der SPD: „Die Prosperität der Westzonen [...] kann den Westen zum ökonomischen Magneten machen. Es ist realpolitisch vom deutschen Gesichtspunkt aus kein anderer Weg zur Einigung der deutschen Einheit möglich als diese ökonomische Magnetisierung des Westens."[535] Ähnlich äußerte sich auch Adenauer in einem Interview am 6. Juli 1949: „Was nun die deutsche Bevölkerung in der Ostzone anlangt, so glaube ich, dass sie bei einer durch die Westmächte unterstützten Aufwärtsentwicklung des westdeutschen Staates schwerlich der geplanten Sowjetisierung erliegen wird. Am Beispiel Westdeutschlands wird sie sich aufraffen und diesem System der Unfreiheit und Verelendung entschlossenen Widerstand entgegensetzen."[536] Dabei unterschätzte freilich der spätere Bundeskanzler die Entschlossenheit der Sowjetunion, am Status Quo festzuhalten, wie die blutige Niederschlagung des Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni 1953 zeigen sollte. Trotz unterschiedlicher wirtschaftspolitischer Auffassungen, wie etwa in der Sozialisierungsfrage, einte Schumacher und Adenauer doch die Überzeugung, dass für die Westzonen die wirtschaftliche Eingliederung in den Westen unverzichtbar war und dass die ökonomische Konsolidierung im Westen das Herrschaftssystem in der SBZ langfristig erodieren lassen würde. Diese Überzeugung äußerte Grotewohl mit umgekehrten Vorzeichen bereits Mitte

[533] Vgl. Gries, Die Rationen-Gesellschaft.
[534] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/4, Bl. 198, Stenographisches Protokoll über die 3. Sitzung des SED-Parteivorstandes (18.–20. 6. 1946). Zum Teil erstmals zitiert bei: Spilker, The East German Leadership, S. 94.
[535] Zitiert nach: Abelshauser, Zur Entstehung der „Magnet-Theorie" in der Deutschlandpolitik, S. 661.
[536] Zitiert nach: Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 479.

1946. Alle drei Politiker waren also von der Überlegenheit des eigenen Wirtschaftssystems überzeugt und wollten einem direkten Wettbewerb nicht aus dem Weg gehen. Im Gegenteil: Mit einem zuweilen missionarischen Eifer suchten sie damit auch die Zustimmung der Bevölkerung im jeweils anderen Teil Deutschlands zu erreichen. Grotewohls Äußerungen lassen sich im Übrigen mit der Aufbruchstimmung erklären, die vom zwei Monate zuvor stattgefundenen Vereinigungsparteitag der SED ausging.

Zusammen mit den anderen Mitgliedern der SED-Führung lehnte Grotewohl die Pläne der Westmächte zur Gründung eines Weststaates ab, die etwa mit der bekannten Rede des amerikanischen Außenministers James F. Byrnes in Stuttgart vom 6. September 1946 erheblichen Auftrieb erhalten hatten. In der Folgezeit kam es schließlich zum wirtschaftlichen Zusammenschluss der amerikanischen und britischen Zone zur Bizone. In einem schriftlichen Interview mit der US-Zeitung ‚Chicago Tribune' erklärte Grotewohl, dass die SED „in dem Byrnes-Plan keine Regelung [sieht], die unseren eigenen Wünschen für Deutschland entspricht"[537]. Insbesondere kritisierte er die seiner Meinung nach geplante föderale Gliederung, durch welche die langfristige Friedenssicherung erschwert werde, und sprach sich für einen deutschen Einheitsstaat aus. Dabei stellte er die Behauptung auf, dass der Föderalismus „die Gefahr in sich berge, chauvinistischen Bestrebungen in Deutschland den Boden zu bereiten". Wenige Wochen vor Beginn der New Yorker Außenministerkonferenz beklagte der Ko-Vorsitzende der SED in einem Rundfunkbeitrag das „immer stärkere Auftauchen einer separatistischen und partikularistischen Gefahr"[538]. In dem Zusammenhang machte er den staatlichen Aufbau von der Größe des jeweiligen Landes abhängig. Demnach seien Staaten wie die USA oder die Sowjetunion durch die geographischen und ethnischen Gegebenheiten gezwungen, einer föderalistischen Staatsstruktur den Vorzug zu geben, denn ein Zentralismus würde dort „zweifellos unheilvoll wirken"[539]. Die Verhältnisse in Deutschland lägen hingegen ganz anders, so Grotewohl weiter. Deutschland sei weder großräumig noch im „Bevölkerungscharakter" so unterschiedlich, dass eine föderalistische Staatsstruktur begründet sei. Zentralistisch aufgebaut seien auch andere europäische Länder wie Frankreich und Italien. Deshalb warf Grotewohl den beiden Westmächten vor, mit der Bildung der Bizone „einer einheitlichen staatsrechtlichen Regelung für das gesamte Deutschland vorzugreifen"[540]. Die Interessen Gesamtdeutschlands kämen dabei zu kurz.

Im Vorfeld der Außenministerkonferenzen beschäftigte sich der SED-Parteivorstand besonders intensiv mit deutschlandpolitischen Themen. Dabei ging es nicht nur um die inhaltliche Abstimmung mit der sowjetischen Besatzungsmacht, sondern auch um den Versuch, Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen. Da die Treffen stets mit großem Interesse verfolgt wurden, waren sie schon bald

[537] SAPMO-BArch, NY 4090/126, Bl. 246. Auf die Frage, welche Auswirkungen der sogenannte Byrnes-Plan auf die Zusammenarbeit der vier Siegermächte und die Außenministerkonferenz in New York (25. 11.–16. 12. 1946) haben könnte, gab Grotewohl keine Antwort.

[538] SAPMO-BArch, NY 4090/127, Bl. 107–112, hier Bl. 107, Rundfunkbeitrag Grotewohls zum Thema „Die Grundrechte des deutschen Volkes" in der Sendereihe „Tribüne der Demokratie".

[539] Ebenda, Bl. 108.

[540] Ebenda, Bl. 107.

Teil der Propagandaschlacht in der sich herausbildenden bipolaren Welt. Vor der Moskauer Konferenz, die vom 10. März bis zum 25. April 1947 stattfand, stellte Grotewohl Überlegungen an, die darauf hinausliefen, eine deutsche Delegation in die sowjetische Hauptstadt zu entsenden. Im Namen der SED-Führung sprach er sich dagegen aus, die Ministerpräsidenten bzw. Beauftragte der Landesregierungen „als Anwalt des deutschen Volkes" in Moskau auftreten zu lassen[541]. Stattdessen sollten vielmehr Vertreter der „antifaschistisch-demokratischen Parteien" ausgewählt werden. Gleichzeitig betonte er die deutsche Zuständigkeit in dieser Frage: Die SED vertrete den Standpunkt, dass „die Auswahl der deutschen Vertreter, die in Moskau angehört werden sollen, nicht die Aufgabe der Besatzungsmächte sein kann, sondern selbstverständlich nur die Aufgabe des deutschen Volkes und der politischen Parteien in Deutschland". Hintergrund für Grotewohls Aversion gegen die Berufung der Ministerpräsidenten bildete möglicherweise auch die wenige Tage zuvor fehlgeschlagene Initiative des Bremer Bürgermeisters Kaisen, die Spitzenpolitiker der Länder zu einem Treffen in die Hansestadt einzuladen. Auf derselben Parteivorstandssitzung bezog Grotewohl noch zu der zwischen den Siegermächten heftig umstrittenen Frage Stellung, ob es zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung kommen sollte. Dabei verteidigte er die sowjetische Position, die sich grundsätzlich positiv dazu geäußert habe[542]. Der gesamtdeutschen Regierung kam nach sowjetischen Vorstellungen die Aufgabe zu, Verhandlungen über einen Friedensvertrag zu führen. Für die SED-Führung hingen beide Fragen eng zusammen, denn eine zukünftige gesamtdeutsche Regierung sollte den anvisierten Friedensvertrag ratifizieren. Grotewohl verlangte, bei einer Regierungsbildung die Gewerkschaften einzubinden.

In einer Rede auf der Leipziger Großkundgebung für die Einheit Deutschlands am 6. März 1947, die anlässlich der Leipziger Messe stattfand, forderte Grotewohl die Schaffung einer zentralen deutschen Verwaltung für ganz Deutschland, die im Einklang mit dem Potsdamer Abkommen stehe[543]. Da sich seitdem die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen in den vier Besatzungszonen geändert hätten, hielt er die sofortige Bildung einer „koordinierten deutschen Zentralverwaltung für wünschenswert". Um die Rechte der vier Alliierten in diesem Prozess angemessen zu berücksichtigen, schlug Grotewohl vor, dass der Kontrollrat eine deutsche einheitliche Zentralverwaltung errichten sollte. Dagegen fiel den deutschen Akteuren – er nannte Parteien, Gewerkschaften und „andere demokratische Organisationen" – die Aufgabe zu, inhaltliche und vor allem wohl personelle Vorschläge zu unterbreiten. Die zu diesem Zeitpunkt bereits in der US-Zone und in der SBZ gebildeten Landesparlamente und Länderregierungen blieben somit unberücksichtigt. Grotewohl versuchte den Eindruck zu vermitteln, dass auf diesem Wege „die Auflösung und Beseitigung der Zonengrenzen vorbereitet und durchgeführt werden" könne. Seine Rede enthielt insgesamt gesehen viele unverbindliche Absichtserklärungen, die inhaltlich belanglos waren. So bekundete er bei-

[541] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/16, Bl. 13, Stenographische Niederschrift der 9. Sitzung des SED-Parteivorstandes am 14. 2. 1947.
[542] Ebenda, Bl. 19.
[543] SAPMO-BArch, NY 4090/128, Bl. 114–120, hier Bl. 119, Rede Grotewohls auf der Leipziger Großkundgebung am 6. 3. 1947.

spielsweise die Bereitschaft der SED, „unter Zurückstellung ihrer besonderen Parteiinteressen auf dem gekennzeichneten Boden" mit den anderen Parteien und Organisationen zusammenzuarbeiten[544]. Insgesamt drängt sich der Eindruck auf, dass der Auftritt Grotewohls auf der Leipziger Großkundgebung bereits Teil der propagandistischen Auseinandersetzung war, mit der öffentlicher Druck auf die westlichen Regierungen ausgeübt werden sollte.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen in Moskau verstärkte die SED ihre Angriffe auf die USA. Grotewohl unterstellte der westlichen Führungsmacht vor dem SED-Parteivorstand, dass sie mit „Dollaranleihen" den Fernen und Mittleren Osten sowie Mitteleuropa infiltrieren würde[545]. Zu diesem Zeitpunkt hatte die US-Administration unter Präsident Harry S. Truman die Containment-Politik entwickelt, die auf die Eindämmung des sowjetischen Einflusses abzielte. Wichtigste Instrumente waren die Truman-Doktrin sowie der am 5. Juni 1947 verkündete Marshall-Plan, der amerikanische Finanzmittel zum wirtschaftlichen Aufbau Europas bereitstellte. In dem Zusammenhang kritisierte Grotewohl westdeutsche Politiker scharf, denen er Kollaboration mit der westlichen Supermacht vorwarf: „Es ist ein beschämendes Zeugnis für unser Volk, dass ausgerechnet deutsche Liebedienerei bei der Entwicklung solcher Pläne eine ausschlaggebende Rolle spielen kann"[546]. Namentlich nannte er den hessischen Ministerpräsidenten Christian Stock (SPD), der auf einer Parteiveranstaltung in Frankfurt am Main die Pläne zur Gründung eines Weststaates begrüßt habe. Die heftige Kritik an den USA spielte unter anderem eine Rolle bei der Beurteilung der bevorstehenden Ministerpräsidentenkonferenz in München durch Grotewohl, denn auch hier vermutete er den langen Arm Washingtons: „Dahin gehört auch das Bestreben, die Ministerpräsidentenkonferenz nach München einzuberufen mit dem ausgesprochenen Ziel, die Auffassung der Amerikaner über die Gestaltung der deutschen Verhältnisse und ihre Prinzipien in den Vordergrund zu spielen und so in ihrem Sinne die politische Entwicklung Deutschlands zu beeinflussen."[547] Die Tatsache, dass die westdeutschen Länderchefs in München den ostdeutschen Vorschlag abgelehnt hatten, über die Errichtung von Zentralverwaltungen in ganz Deutschland zu diskutieren, führte er auf die Einflussnahme der westlichen Besatzungsmächte zurück[548].

Grotewohl wiederholte später immer wieder seine Kritik an den westlichen Föderalismusplänen und unterstützte Ende September öffentlich den Vorschlag des sowjetischen Außenministers Wjatscheslaw M. Molotow, eine Volksabstimmung in dieser Frage durchzuführen[549]. Parteiintern wies der Ko-Vorsitzende der SED auf die angeblichen propagandistischen Folgen der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz in der SBZ hin, welche die Standfestigkeit mancher Parteifreunde erschüttert hätten: „Es kam weiter hinzu, dass viele Genossen die grosse Frage der

[544] Ebenda, Bl. 120.
[545] SAPMO-BArch, NY 4090/129, Bl. 76–104, hier Bl. 80, Rede Grotewohls auf der 11. Tagung des SED-Parteivorstandes am 22. 5. 1947.
[546] Ebenda, Bl. 84.
[547] Ebenda, Bl. 85.
[548] SAPMO-BArch, NY 4090/129, Bl. 116–124, hier Bl. 121, Rundfunkansprache Grotewohls vom 7. 6. 1947.
[549] SAPMO-BArch, NY 4090/131, Bl. 18–30, hier Bl. 29, Rede Grotewohls auf dem Berliner Bebelplatz am 23. 9. 1947.

Einheit Deutschlands infolge des in den letzten Monaten einsetzenden Trommelfeuers der Gegner vielleicht nicht mehr so klar sahen, wie wir das für wünschenswert hielten. Die Münchener Konferenz wurde als ein föderalistisches Manöver in das deutsche Volk hineingetragen, verfehlte aber an vielen Stellen seine Wirkung, um so mehr als das Ergebnis der Moskauer Konferenz die grossen Erwartungen, die viele Menschen in Deutschland an sie geknüpft hatten, nicht erfüllte."[550] Damit gab Grotewohl indirekt zu, dass die SED-Führung von der Initiative des bayerischen Ministerpräsidenten überrumpelt worden war. Die Einheitspartei, die bis dahin die deutschlandpolitische Position der Sowjetunion offensiv vertreten hatte, war zeitweilig in die Defensive geraten. Um die Parteifunktionäre wieder hinter sich zu bringen, gab das Zentralsekretariat am 10. Oktober 1947 ein Rundschreiben an alle Landesvorstände heraus, das die Unterschrift von Pieck und Grotewohl trug, und mit dem zunächst einmal über die „dringendsten Aufgaben" nach dem 2. Parteitag informiert werden sollte. Unter der Überschrift „Sicherung des Friedens und Kampf um die Einheit Deutschlands" wurde versucht, die dichotome Welt wiederherzustellen, in der sich auf der einen Seite die „reaktionären Kräfte des deutschen Monopolkapitalismus" und auf der anderen Seite die „demokratischen Kräfte" befanden[551]. Die politische Konfrontation zwischen den beiden von den USA bzw. der UdSSR angeführten Blöcken wurde somit als unversöhnlicher Gegensatz beschworen. Auf diese Weise sollten die Funktionäre und die Parteimitglieder für die ideologische Auseinandersetzung mobilisiert werden. Darüber hinaus ging es auch hier wieder einmal um die Gewinnung der westdeutschen Arbeiterklasse, die von den deutschlandpolitischen Zielen der SED zu überzeugen war.

Vor der letzten Außenministerkonferenz, die am 25. November 1947 in London eröffnet wurde, besaß Otto Grotewohl kaum noch Hoffnungen auf eine Einigung der vier Siegermächte. Bei aller deutschlandpolitischen Propaganda, die die SED in der Vergangenheit verbreitet und an der sich Grotewohl durchaus beteiligt hatte, schätzte er letztlich die internationale Lage doch realistisch ein. So erklärte er vor den versammelten Parteivorstandsmitgliedern: „Deutschland ist bereits so weit auseinander manövriert, dass die in Deutschland agierenden politischen Kräfte nicht mehr über das Geschick und den Willen verfügen, eine einheitliche deutsche Stimme zu Gehör zu bringen."[552] Als Hauptschuldigen nannte er nicht nur die USA, sondern auch Kurt Schumacher, dem er vorwarf, eine innerdeutsche Einigung gezielt verhindert zu haben: „Eine gesamtdeutsche Äußerung herbeizuführen, ist deshalb nicht mehr möglich, weil derjenige, der den Hauptwiderstand in dieser Frage leistet, Schumacher in Hannover, im westlichen Deutschland bereits zu einer diktatorischen Vollmacht gelangt zu sein scheint." Grotewohl behauptete, dass die anderen westdeutschen Parteien Schumachers deutschlandpolitische Position mittlerweile widerwillig übernommen hätten, denn sie hätten nicht mehr die Kraft, gegen die „Kaprizen" des SPD-Vorsitzenden politisch wirksam aufzutreten.

[550] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/28, Bl. 12-23, hier Bl. 12f., Stenographische Niederschrift über die 1. Sitzung des SED-Parteivorstandes am 25. 9. 1947.
[551] SAPMO-BArch, NY 4090/296, Bl. 54-60, hier Bl. 54, Rundschreiben Nr. 22/47 an die SED-Landesvorstände vom 10. 10. 1947.
[552] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/32, Stenographische Niederschrift über die 3. (17.) Tagung des SED-Parteivorstandes am 12./13. 11. 1947.

Dabei vergaß der Ko-Vorsitzende der SED, die westdeutsche KPD zu erwähnen, die sich zum verlängerten Arm der Einheitspartei entwickelt hatte und die eine andere Deutschlandpolitik verfolgte als Schumacher. Darüber hinaus konstruierte er einen inhaltlichen Gegensatz in der Deutschlandpolitik zwischen SPD und CDU, der zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht bestand.

Vermutlich verfolgte er bis zur Londoner Außenministerkonferenz das Ziel, Teile der SPD für eine gemeinsame deutschlandpolitische Initiative gewinnen zu können, die inhaltlich jedoch recht vage blieb. So sollte das propagandistische Trommelfeuer der SED in dem Zusammenhang zunächst die westdeutsche Arbeiterschaft beeinflussen und langfristig die SPD-Führung unter Druck setzen. Das beharrliche Nein Schumachers schien Grotewohl erst Ende 1947 zu akzeptieren[553]. Beides, die Zuspitzung des Ost-West-Gegensatzes und die unnachgiebige Haltung Schumachers, haben Grotewohl und die SED-Führung dazu bewogen, die deutschlandpolitischen Ziele neu zu definieren. In einer Rundfunkansprache zum Jahreswechsel 1947/48 mussten die beiden Vorsitzenden einräumen, dass das zurückliegende Jahr weder den angestrebten Friedensvertrag noch die erhoffte Einheit des Landes gebracht habe[554]. Pieck und Grotewohl sprachen sogar von der „akute[n] Gefahr der Zerreißung Deutschlands". Obwohl Grotewohl zu diesem frühen Zeitpunkt keine eigene, in sich geschlossene deutschlandpolitische Konzeption entwickelt hatte, sorgte er doch beharrlich dafür, dass das Thema ein zentraler Gegenstand der Beratungen der SED-Führungsgremien wurde. Auffallend sind vor allem seine deutlichen Attacken gegen die USA und die SPD ab dem Frühjahr 1947 sowie seine politische Hinwendung zur Sowjetunion. Im ersten Jahr nach der Zwangsvereinigung war Grotewohl offensichtlich noch damit beschäftigt, seine Position innerhalb der SED-Führung zu finden. Die Auseinandersetzung mit der KPD und der SMAD im Vorfeld der sogenannten Sechziger-Konferenzen hatten ihm wahrscheinlich seine begrenzten Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt. Offene Konflikte wollte er deshalb nicht riskieren, um seine eigene politische Zukunft in der SBZ nicht zu gefährden.

Spätestens nach dem Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz erwartete Grotewohl die Teilung Deutschlands[555]. Die SED hatte es letztlich nicht vermocht, einen politischen Stimmungsumschwung in den westlichen Besatzungszonen herbeizuführen. Auch mit Hilfe der KPD sowie der ins Leben gerufenen Arbeitsgemeinschaft zwischen SED und KPD konnte sie die Vorbehalte nicht zerstreuen, die bei den bürgerlichen Parteien und der SPD gegenüber den deutschlandpolitischen Offensiven der ostdeutschen Hegemonialpartei nach wie vor bestanden. Resigniert stellte Grotewohl vor SED-Funktionären am 24. Februar 1948 fest, dass es noch nicht einmal gelungen sei, eine deutsche Delegation zur Konferenz der Außenminister in London zu entsenden[556]. Das Vorhaben, das von Molo-

[553] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/34, Protokoll der 4. (außerordentlichen) Tagung des SED-Parteivorstandes am 26.11.1947.

[554] SAPMO-BArch, NY 4090/296, Bl. 66f., Rundfunkansprache von Pieck und Grotewohl zum Jahreswechsel 1947/48.

[555] So Grotewohl auf der Tagung des SED-Parteivorstands am 14./15.1.1948. Spilker, The East German Leadership, S. 142.

[556] SAPMO-BArch, NY 4090/134, Bl. 181–215, hier Bl. 189, Referat Grotewohls auf einer SED-Funktionärsversammlung am 24.2.1948 in Berlin.

tow unterstützt worden war, sei am Widerstand der drei Westmächte gescheitert. Damit war allerdings für Grotewohl die SED-Westarbeit keineswegs fehlgeschlagen, denn die Propagandaaktivitäten sollten fortgesetzt werden: „Das darf uns aber nicht abhalten, durch eine große Unterschriftensammlung in allen Teilen und Zonen Deutschlands das deutsche Volk zu dem entschlossenen Willen aufzurufen, vor den Alliierten und der Welt von sich aus zu dokumentieren, was es will und wohin seine Wünsche gehen."[557] Seine Rede muss vor dem Hintergrund der laufenden Volkskongressbewegung gesehen werden, die schließlich auch eine deutschlandpolitische Stoßrichtung enthielt. Während Grotewohl oft mit dem Vorwurf zu kämpfen hatte, die SED sei eine undemokratische Partei, versuchte er nunmehr den Spieß umzudrehen. So beklagte er das Verbot von Büchern durch die britische Besatzungsmacht; als Beispiel nannte er Werke von Friedrich Engels[558]. Der amerikanischen Militärregierung warf er vor, Anträge auf Durchführung von Wahlen zum Volkskongress abgelehnt zu haben[559]. Nur in Niedersachsen und in Schleswig-Holstein konnten offenbar Anfang März 1948 Veranstaltungen des Volkskongresses durchgeführt werden[560].

Grotewohl und der „Kampf gegen den Sozialdemokratismus" 1948

Bereits wenige Wochen nach der Zwangsvereinigung lobte Grotewohl die angeblich reibungslose Zusammenarbeit von ehemaligen Sozialdemokraten und ehemaligen Kommunisten in der SED. Vor dem Parteivorstand behauptete er, dass sich „von der ersten gemeinsamen Verhandlung bis auf den heutigen Tag auch nicht die geringsten sachlichen grundsätzlichen oder menschlichen Schwierigkeiten gezeigt" hätten[561]. In seinem Schlusswort betonte Grotewohl, dass sich die Partei nunmehr praktischen Fragen zuwenden werde: In den zurückliegenden Monaten habe nämlich „unsere Arbeit vorwiegend unter propagandistisch orientierten Gesichtspunkten" geleistet werden müssen[562]. Mit der Parteivorstandssitzung, auf der Beschlüsse zur Ernährungsfrage, zu den Betriebsrätewahlen, zur Bildung von beratenden Körperschaften bei den Landes- und Selbstverwaltungen sowie zum Aufbau der Parteimitgliederschulung gefasst wurden[563], sei die Partei „aus der Theorie heraus[ge]kommen und zu einer wirklich befruchtenden Praxis über[ge]gangen". Gleichzeitig warnte er vor Überheblichkeit: „Wir dürfen uns da nicht täuschen lassen von großen propagandistischen Wirkungen unserer gewaltigen Kundgebungen. Wenn wir nicht das sichere und feste Gefühl haben, den inneren Menschen [sic] gewonnen zu haben, werden wir nicht zum Ziele kommen."[564]

[557] Ebenda, Bl. 192.
[558] Ebenda, Bl. 193.
[559] Ebenda, Bl. 196.
[560] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/42, Bl. 16, Stenographische Niederschrift über die 8. (22.) Tagung des SED-Parteivorstandes am 20. 3. 1948.
[561] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/2, Bl. 14, Stenographische Niederschrift über die 2. Sitzung des SED-Parteivorstandes am 14./15. 5. 1946.
[562] Ebenda, Bl. 252.
[563] Abgedruckt in: Dokumente der SED. Bd. I, S. 34–43.
[564] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/2, Bl. 252, Stenographische Niederschrift über die 2. Sitzung des SED-Parteivorstandes am 14./15. 5. 1946.

In der Folgezeit sah Grotewohl seine Aufgabe unter anderem darin, die Außendarstellung der Partei zu verbessern. Zusammen mit anderen aus der Parteiführung, wie z. B. Walter Ulbricht, versuchte er, das seit der Zwangsvereinigung angeschlagene Image der SED in der Öffentlichkeit zu verbessern. So unterstrich er etwa auf der Parteivorstandssitzung Mitte Juni 1946: „Die Dekoration unserer Parteihäuser, das gesamte Auftreten unserer Partei darf nicht den Eindruck erwecken, als wenn wir Filialstellen der russischen Besatzungsmacht sind. Wir sind vielmehr eine deutsche Partei und eine sozialistische Partei, die auch unter dem entsprechenden Gesicht der Bevölkerung gegenüber treten muss."[565] In seinen Reden und Ansprachen behandelte Grotewohl jedoch das Verhältnis zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten nur noch am Rande. Die Sorgen, die zahlreiche Sozialdemokraten vor der Zwangsvereinigung hatten, wurden von ihm jetzt nicht mehr öffentlich angesprochen. Statt dessen lobte er vor der Parteiführung am 25. September 1947, einen Tag nach dem 2. Parteitag, die innere Geschlossenheit der Einheitspartei und verwies auf das Abstimmungsverhalten bei der Wahl des Parteivorstandes. Damit wollte Grotewohl die anhaltende Kritik aus dem Westen an der demokratischen Verfasstheit der SED zurückweisen: „Wenn eine Partei, die wie unsere vor 1 ½ Jahren durch die Vereinigung von zwei großen Gruppen gebildet wurde, nach einer solchen Tagung in einer geheimen Abstimmung in völliger Geschlossenheit ihr persönliches und damit auch politisches Vertrauen zu ihrer Führung dokumentiert, so liegt darin ein wirklicher Vertrauensbeweis unserer gesamten Partei zu der von uns betriebenen Politik."[566]

Schon kurz nach der Zwangsvereinigung kursierten Flugblätter in der SBZ, in denen illegal agierende Sozialdemokraten ihre Enttäuschung am Vereinigungskurs des Zentralausschusses artikulierten. Im Mittelpunkt der Kritik stand in erster Linie Grotewohl, an den einige Flugblätter direkt adressiert waren, wie das folgende Beispiel zeigt: „Kennst Du eigentlich die wirkliche Meinung Deiner Parteigenossen in den kleinsten Ortsvereinen? Wir müssen es auf Grund Deines bisherigen Verhaltens bezweifeln, sonst hättest Du Dich nicht so leichtsinnig von der KPD ins Schlepptau nehmen lassen. Wir haben uns in Berlin im Admiralspalast persönlich davon überzeugen müssen, ein welch frevelhaftes Spiel Du mit unserem Dir geschenkten Vertrauen treibst."[567] Die Flugblätter wurden Grotewohl vorgelegt und von ihm auch gelesen, wobei er vereinzelt Unterstreichungen vornahm. In den anonym verfassten Flugblättern wurde der SED-Führung auch offen mit Vergeltung gedroht[568]. Die sowjetische Besatzungsmacht schlug frühzeitig Alarm: Ende Mai 1946 warnten führende SMAD-Vertreter (Fjodor J. Bokow, Wassili A. Sdorow und Sergej I. Tjulpanow) die SED-Führung vor „trotzkistischen Elemen-

[565] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/4, Bl. 140, Stenographische Niederschrift über die 3. Sitzung des SED-Parteivorstandes (18.–20. 6. 1946).

[566] SAPMO-BArch, NY 4090/131, Bl. 41–52, hier Bl. 42f., Rede Grotewohls auf der 12. (15.) Tagung des SED-Parteivorstandes am 25. 9. 1947.

[567] SAPMO-BArch, NY 4090/641, Bl. 13f., Flugblatt einer SPD-Oppositionsgruppe in der SBZ [1946].

[568] SAPMO-BArch, NY 4090/641, Bl. 15, Flugblatt der SPD Ostzone, illegale Sektion der Provinz Sachsen [1946].

ten" und illegalen Organisationen in der Partei[569]. Nicht nur die SED-Führung, sondern auch die SMAD ermittelte gegen die oftmals unbekannten Urheber der Flugblätter und nutzte dabei die Gelegenheit aus, um gegen missliebige SED-Funktionäre mit sozialdemokratischer Vergangenheit vorzugehen[570]. Nahezu zeitgleich eröffnete die Einheitspartei die Kampagne gegen das Ostbüro der SPD[571], das oftmals hinter den Flugblattaktionen vermutet wurde.

Mit Hilfe der Gründung des Informationsbüros der kommunistischen und Arbeiterparteien (Kominform) im September 1947 in Polen wollte die KPdSU (B) die kommunistischen Parteien in Osteuropa straffer anleiten[572]. Obwohl die SED nicht beteiligt war[573], musste sie die neue politische Konzeption übernehmen, die vor dem Hintergrund des beginnenden Kalten Krieges, der Blockbildung und des Konflikts zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien gesehen werden muss[574]. Titos Vorstellung vom eigenen Weg zum Sozialismus wurde verworfen, und Moskau versuchte den eigenen Herrschaftsanspruch durchzusetzen. Die SED musste sich binnen weniger Monate zu einer ‚Partei neuen Typus' entwickeln, was wiederum umfangreiche Parteisäuberungen nach sich zog. Die SED befand sich in dem Dilemma, die weitere Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft mit der von ihr proklamierten Einheit Deutschlands in Übereinstimmung bringen zu müssen. Nach einem entsprechenden Beschluss des Parteivorstandes vom 29. Juli 1948 wurden vermeintlich oppositionelle Mitglieder ausgeschlossen und eine Veränderung der Parteistruktur vorgenommen[575]. In der Folgezeit verabschiedete sich die SED immer mehr vom Prinzip der paritätischen Besetzung der Führungsgremien, denn der Anteil ehemaliger Sozialdemokraten in den Vorständen ging rapide zurück. Gleichzeitig wurde die von Anton Ackermann formulierte These vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus offiziell zurückgenommen.

Bereits auf der 11. (25.) Parteivorstandssitzung am 29. Juni 1948 rechtfertigte Grotewohl die Umwandlung der SED zu einer Partei Stalins. In seinem Schlusswort am ersten Verhandlungstag unterstrich er die neue, von Moskau ausgegebene Marschrichtung und akzeptierte die Führungsrolle der Sowjetunion, die durch den Sieg der Roten Armee die Bildung von Volksdemokratien erst ermöglicht habe[576]. Außerdem erklärte er, dass sich alle Volksdemokratien „ideologisch klar und ein-

[569] Notiz über Besprechung am 29.5.1946 (22^{00} Uhr) im SED-Parteihaus. Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 74.

[570] Das geht aus einem Protestschreiben eines betroffenen SED-Funktionärs aus Thüringen hervor. SAPMO-BArch, NY 4090/314, Bl. 52f., Thüringische Grundstücks- und Vermögensverwaltung GmbH am 14.5.1947 an Grotewohl.

[571] Vgl. Buschfort, Das Ostbüro der SPD.

[572] Vgl. zur Gründung der Kominform: Foitzik, Fragen der sowjetischen Außenpolitik; ders., Die Bildung des Kominform-Büros.

[573] Die SED-Führung beantragte am 18.12.1948 in Moskau die Aufnahme in die Kominform, die aber von Stalin mit dem Hinweis abgelehnt wurde, sie sei „noch nicht [...] genügend reif". So die Notizen Piecks über das nächtliche Gespräch im Kreml. Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 271. Das Zentralsekretariat beschloss deshalb am 27.12.1948, von einem offiziellen Aufnahmeantrag abzusehen. Entscheidungen der SED 1948, S. 166, Anm. 204.

[574] Vgl. zur Bedeutung des Kalten Krieges für die weitere Entwicklung der SED: Malycha, Die SED, S. 278–291. Zum Jugoslawien-Konflikt: Stöver, Der Kalte Krieg, S. 92–94.

[575] Dokumente der SED. Bd. II, S. 83–88.

[576] Stenographische Niederschrift der 11. (25.) Parteivorstandssitzung am 29./30.6.1948. Zitiert nach: Entscheidungen der SED 1948, S. 144.

deutig" auf den Marxismus-Leninismus ausgerichtet hätten. Abschließend sprach er sich für eine enge Kooperation zwischen den volksdemokratischen Staaten aus. Damit übernahm er vorbehaltlos, wie auch andere Vertreter der SED-Führung, die Ergebnisse der Gründungskonferenz der Kominform vom September 1947. Gleichzeitig äußerte er sich vage zur künftigen Personalpolitik der SED, ohne das Thema der Parteisäuberung offen anzusprechen. So forderte er, dass die Partei es als „ihre große Aufgabe" erkennen müsse, „freie Bahn für junge Kräfte zu schaffen"[577]. Die Besetzung von Leitungspositionen dürfe daher nicht mehr nur von der langjährigen Parteierfahrung der Funktionäre abhängig gemacht werden. Vielmehr gehe es darum, „die Kühnheit und den Mut [zu] besitzen, jungen Kräften Platz zu geben". Im Anschluss daran wurde er aber doch noch deutlicher: „Für uns ist in diesem Moment entscheidend, dass wir die nahezu zwei Millionen Mitglieder zu einer zuverlässigen Gruppe unseres Kampfes machen und dass wir uns klar werden, dass die Massen in die Massenorganisationen verlegt werden müssen"[578]. Grotewohl unterstützte also den Umbau der SED zu einer Kaderpartei und befürwortete indirekt einen Aufnahmestopp bzw. eine Reduzierung der Mitgliederzahl, ohne sich Gedanken über die konkrete Durchführung zu machen. Darüber hinaus sprach er sich sogar für die Verdrängung ehemaliger Sozialdemokraten aus der SED aus: „Ich für meinen Teil muss sagen, wenn solche Krankheitskeime durch Leute in unsere Organisation hineingetragen sind, zu denen ich einmal gehörte und die heute bei uns wirken, dann werde ich meine Ehrenpflicht darin sehen, eine solche Marodeur-Politik in unserer Partei unmöglich zu machen."[579]

Ab Sommer 1948 wurde unübersehbar, dass Grotewohl seine sozialdemokratischen Wurzeln kappte. Dieser Wandel seiner politischen Grundanschauungen zeigte sich nicht nur inhaltlich durch die oben belegte demonstrative Annäherung an Moskau, sondern auch durch die Wahl der Sprache und Begrifflichkeiten in seinen Reden. So hielt er auf der 12. (26.) Tagung des Parteivorstandes am 28. Juli 1948 ein ausführliches Referat zum Thema „Die November-Revolution und die Lehren aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", in dem er sich anlässlich des 30. Jahrestages dieser Revolution kritisch mit der Politik der SPD in der Weimarer Republik auseinandersetzte und in kommunistischer Manier den politischen Kurs der sozialdemokratischen Parteiführung geißelte[580]. Dabei erteilte er der Vorstellung eine Absage, bei der Vereinigung der Arbeiterklasse müssten die ehemaligen Sozialdemokraten etwas radikaler und die ehemaligen Kommunisten etwas zahmer in ihrem Auftreten und ihren Forderungen werden. Grotewohl übernahm das kommunistische Vokabular, denn er verlangte von seinen früheren sozialdemokratischen Parteifreunden in der SED eine völlige Abkehr vom „Opportunismus". Dagegen sollten die Kommunisten in der Einheitspartei „sektiererische" Tendenzen bekämpfen. Während Grotewohl bisher in seinen Reden durch eine vorsichtige Wortwahl aufgefallen war, verwendete er nun eine unmissver-

[577] Ebenda, S. 145.
[578] Ebenda, S. 146f.
[579] Ebenda, S. 150.
[580] Das Referat ist mit Auslassungen abgedruckt in: Entscheidungen der SED 1948, S. 202–246. Grotewohls Vortrag wurde 1948 in der SBZ leicht verändert publiziert. Vgl. Grotewohl, Dreißig Jahre später.

ständliche, teilweise sogar martialische Sprache: „Wenn wir, die früheren Sozialdemokraten, den Opportunismus restlos begriffen haben und ausrotten können, und wenn die früheren kommunistischen Genossen den aus ihrer Partei stammenden Geist des Sektierertums restlos unter ihre Füße bekommen und totkriegen, dann kann auf diesem Boden die Sozialistische Einheitspartei die wirkliche Voraussetzung für eine fruchtbringende Einheit der deutschen Arbeiterbewegung schaffen."[581] Mit der einseitigen historischen Analyse versuchte Grotewohl nicht nur die Zwangsvereinigung nachträglich zu rechtfertigen, sondern auch den von der West-SPD vorgetragenen Vorwurf zu entkräften, er sei ein Renegat[582].

Die beiden Parteivorstandssitzungen vom 29./30. Juni und 28./29. Juli 1948 bildeten den Startschuss für eine beispiellose Kampagne gegen den sogenannten Sozialdemokratismus, zu der Grotewohl die politische und ideologische Begründung geliefert hatte. Scharfe Kritik musste sich der Ko-Vorsitzende der SED von Gustav Klingelhöfer gefallen lassen, der den Zentralausschuss der SPD kurz vor der Zwangsvereinigung verlassen hatte. In einem privaten Schreiben machte er Grotewohl für die Verfolgung von ehemaligen Sozialdemokraten verantwortlich und forderte deshalb eine Porträtzeichnung zurück, die er 1945 dem früheren Vorsitzenden des Zentralausschusses übergeben hatte: „Menschlich bedauere ich, Ihnen diese Nachricht nicht ersparen zu können; aber es geht um das Leben gutgläubiger Genossen, und Ihre Verantwortlichkeit wiegt zu schwer."[583] Nach dem veröffentlichten Beschluss des Parteivorstandes vom 29. Juli 1948 über die „organisatorische Festigung der Partei und [die] Säuberung von feindlichen und entarteten Elementen" zeigten sich zahlreiche Parteimitglieder beunruhigt. So musste das Büro Grotewohl auf Anfrage klarstellen, dass „schwarze Listen in unserer Partei überhaupt nicht geführt werden"[584]. Gleichzeitig wiesen die Mitarbeiter des Ko-Vorsitzenden der SED die von einem Parteifreund geäußerte Auffassung zurück, Grotewohl stehe bereits auf einer „schwarzen Liste". Auch im Ostbüro der SPD gab es Mutmaßungen über die politische Zukunft Grotewohls. In einem namentlich nicht gezeichneten Informationsbericht wurde behauptet, Grotewohl habe auf einer Sitzung des Zentralsekretariats Anfang 1948 eine Säuberungsaktion zunächst noch abgelehnt[585]. Erst nachdem Ulbricht, Pieck und Tjulpanow erheblichen Druck auf ihn ausgeübt hätten, habe er schließlich eine entsprechende Vorlage für den Parteivorstand widerspruchslos akzeptiert.

Grotewohls Motive, der „Sozialdemokratismus"-Kampagne zuzustimmen und damit die Verfolgung ehemaliger Sozialdemokraten abzusegnen, lassen sich nach wie vor nicht abschließend klären. War Grotewohl von seinen Redebeiträgen auf den beiden vorgestellten Parteivorstandssitzungen inhaltlich überzeugt, oder musste er gegenüber Ulbricht und der SMAD Zugeständnisse machen, um seine eigene politische Zukunft nicht zu gefährden? Zweifellos übten die Kommunisten

[581] Entscheidungen der SED 1948, S. 241. In der publizierten Fassung ist diese Passage sprachlich etwas entschärft worden. Grotewohl, Dreißig Jahre später, S. 138.
[582] Entscheidungen der SED 1948, S. 239.
[583] LAB, E Rep. 200-23, Nr. 88, Klingelhöfer am 9. 8. 1948 an Grotewohl.
[584] SAPMO-BArch, NY 4090/611, Büro Grotewohl am 29. 10. 1948 an R. J. (Hohndorf, Kreis Glauchau).
[585] AdsD, Ostbüro der SPD, Aktenordner Otto Grotewohl I, Aktennotiz vom 21. 12. 1949, S. 1.

in der SED-Führung, aber auch Karlshorst erheblichen Druck auf ihn aus, den anstehenden Umbau der SED zu einer Kaderpartei mitzutragen. Die Sowjetunion hatte mit der Gründung der Kominform 1947 deutlich gemacht, dass sie die Zügel anziehen und Sonderwege in ihrem Herrschaftsraum nicht dulden werde. Auf diese Weise verringerten sich die Handlungsspielräume der SED, insbesondere Grotewohls, der auf eine gesamtdeutsche Lösung setzte und eine Einigung der vier Siegermächte für ein einheitliches Deutschland erhoffte. Dieses Ziel rückte erst einmal in weite Ferne, denn die Hegemonialpartei sah sich mit zahlreichen politischen Fragen konfrontiert, die mit der Transformation der eigenen Partei, aber auch mit der Anpassung der SBZ an das volksdemokratische Modell zusammenhingen. Bereits bei der Zwangsvereinigung hatte Grotewohl die Erfahrung machen müssen, dass er von sowjetischen Vorgaben völlig abhängig blieb. Eine wichtige Erkenntnis war deshalb wohl für ihn, dass politische Handlungsspielräume abrupt verschwinden konnten. So hatte letztlich die SMAD den Zeitpunkt der Vereinigung diktiert. Auch 1947/48 erkannte er dieses Abhängigkeitsverhältnis, das ihn vermutlich davon abgehalten hat, offen Kritik zu äußern und Widerstand zu leisten, der ihm zudem aussichtslos erschien. Dennoch bleibt die Frage bestehen, warum er sich an die Spitze der Kampagne stellte und zum Kampf gegen die ehemaligen Parteifreunde aufrief. Entscheidend war für ihn die Einheit der Arbeiterbewegung und das Festhalten an der 1946 vollzogenen organisatorischen Vereinigung der beiden Arbeiterparteien, die er vor allem gegenüber westlichen Kritikern verteidigte. Insofern stellte sein Plazet zur Verfolgung ehemaliger Sozialdemokraten im Jahr 1948 keinen Wendepunkt seiner politischen Auffassungen dar[586], sondern erscheint vielmehr in Kontinuität zu seinem politischen Handeln seit der Zwangsvereinigung 1946. Die SED-Gründung war insofern nicht der eigentliche Bruch in Grotewohls politischer Biographie. Darüber hinaus wollte er möglicherweise den ehemaligen Kommunisten in der SED beweisen, dass er einen persönlichen Beitrag zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien geleistet und das ideologische Gedankengut des Marxismus-Leninismus übernommen hatte. Auf diese Weise konnte er, so ließe sich weiter spekulieren, das eigene politische Überleben absichern. In der Literatur werden außerdem noch sein starker politischer Ehrgeiz und Karrieregründe genannt, die zweifellos mit ausschlaggebend waren[587]. Für Grotewohl kam ein Wechsel in die westlichen Besatzungszonen nicht in Frage[588], denn hier wäre er auf Schumacher gestoßen, der eine politische Karriere im Westen sicher verhindert hätte.

586 Ähnlich argumentiert auch Malycha, Die SED, S. 321.

587 Caracciolo, Der Untergang der Sozialdemokratie, S. 317f.

588 Die amerikanische Zeitschrift ‚Time' berichtete am 19. 12. 1949, Grotewohl habe ein Jahr zuvor amerikanischen und britischen Beamten angeboten, für den Westen zu arbeiten. Seine einzige Bedingung sei die Aufnahme in die SPD gewesen, was Schumacher jedoch abgelehnt habe. ‚Time' vom 19. 12. 1949, S. 18. Drei Tage später berichtete der ‚Telegraf' unter Berufung auf den Time-Artikel über diese Angelegenheit, die nunmehr als Fluchtversuch Grotewohls interpretiert wurde. ‚Telegraf' vom 22. 12. 1949, S. 1. Dagegen berichtete die Schwiegertochter Grotewohls nicht sehr glaubhaft, die britische Regierung habe versucht, Grotewohl abzuwerben. Als Quelle nannte sie ihre Mutter, die zu dieser Zeit aktive SPD-Funktionärin in West-Berlin gewesen sei und im britischen Auftrag das Angebot unterbreitet habe. Grotewohl habe diesen Vorfall umgehend dem Parteivorstand gemeldet. SAPMO-BArch, SgY 30/1878, Erinnerungen von Hans, Martha und Mädi Grotewohl, S. 34.

Das Verhalten anderer Sozialdemokraten im Umfeld Grotewohls sowie in der SED-Führung macht aber deutlich, dass sich die politische Anpassung Grotewohls stufenweise entwickelte und mit der Zwangsvereinigung keineswegs abgeschlossen war. Zu diesem frühen Zeitpunkt hatten bekanntlich einige politische Weggefährten wie Dahrendorf und Klingelhöfer die Partei verlassen und waren in den Westen Deutschlands gegangen. Im Zuge des 1948 ausgerufenen Kampfes gegen den „Sozialdemokratismus" sollten weitere Parteifreunde folgen. Prominentestes Beispiel ist Erich W. Gniffke, Grotewohls engster Freund und Berater. Anders als Grotewohl lehnte Gniffke die Ausrichtung der SED am sowjetischen Vorbild ab[589]. Bei öffentlichen Veranstaltungen distanzierte er sich vom neuen politischen Kurs und erinnerte statt dessen an sozialdemokratische Traditionen: Auf der Festveranstaltung zum 100. Jahrestag des Erscheinens des Kommunistischen Manifests am 12. März 1948 bezeichnete er die SPD als eine revolutionäre Arbeiterpartei und brüskierte damit ehemalige Kommunisten in der SED[590]. Vor allem Ulbricht empfand diesen Auftritt rückblickend als Provokation[591]. Gniffke wiederholte seine Position in einem Artikel, der am 10. September im ‚Pressedienst' erschien. Darin sprach er sich dafür aus, die SED zu einer „wahrhaften Volkspartei" zu entwickeln und kritisierte die Funktionäre, die „aus selbstsüchtigen Gründen jede Kritik" unterbinden würden[592]. Mittlerweile sammelte die SED-Führung belastendes Material gegen Gniffke, dem unter anderem vorgeworfen wurde, auf der 1. Landeskonferenz des Volkskongresses Thüringen in Eisenach betrunken gewesen zu sein. Ein Mitglied des Landesvorstandes der FDJ Thüringen hatte das Zentralsekretariat am 12. August auf das „unsozialistische und unmoralische Verhalten" hingewiesen und damit den Stein ins Rollen gebracht[593]. Gniffke wies die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen zurück und äußerte sich befremdlich über das Verfahren, das er als ungewöhnlich bezeichnete[594]. Er betonte, dass es im Interesse der Wahrheitsermittlung „doch wohl richtiger" gewesen wäre, zunächst einmal Franz Dahlem oder einen anderen Vertreter aus der Parteiführung mit der Nachprüfung zu beauftragen. Im sogenannten Fall Eisenach wurde auch noch der thüringische Ministerpräsident Werner Eggerath – ein SED-Politiker mit kommunistischer Vergangenheit – mit hineingezogen, gegen den dieselben Vorwürfe erhoben wurden[595]. Obwohl sich die Anschuldigungen schon bald als weitgehend haltlos erwiesen[596], war Gniffkes Integrität in Frage gestellt.

589 Malycha, Die SED, S. 321 f.
590 ‚Neues Deutschland' vom 13. 3. 1948, S. 3.
591 Protokoll der 15. (Außerordentlichen) Tagung des SED-Parteivorstandes am 30. 10. 1948, in: Entscheidungen der SED 1948, S. 484–498, hier Bl. 492.
592 Zitiert nach: ebenda, S. 48.
593 Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/4/379, Bl. 269, Pieck am 4. 9. 1948 an den Landesvorstand der SED Thüringen.
594 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/4/379, Bl. 266 f., SED-Hausmitteilung Gniffkes vom 3. 9. 1948 an Pieck und Grotewohl.
595 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/4/379, Bl. 264, Eggerath am 30. 8. 1948 an Pieck.
596 Ende Oktober bemühte sich Gniffke immer noch um die restlose Aufklärung, da Grotewohl ihm mitgeteilt hatte, dass die Recherchen nur eine „Abschwächung" der Vorwürfe ergeben hätten. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/4/379, Bl. 270, Notiz Gniffkes vom 26. 10. 1948 für Pieck und Grotewohl.

Am 27. September schlug das Zentralsekretariat schließlich zu und entband Gniffke von seinen Aufgaben, die er als Mitglied des Führungsgremiums hatte[597]. Bis dahin war er zusammen mit Franz Dahlem für die Organisations- und Personalpolitik sowie die Leitung der Parteibetriebe verantwortlich gewesen[598]. Gniffke verstand diese Entscheidung zu Recht als ersten Schritt zu seiner politischen Demontage und kam dem endgültigen Ausschluss aus der SED-Führung durch seine Flucht in die Westsektoren Berlins zuvor[599]. Die beiden SED-Vorsitzenden besuchten Gniffke am 29. Oktober in dessen Westberliner Wohnung[600], um ihn vom Austritt aus der Einheitspartei abzuhalten. Der Konflikt sollte allem Anschein nach parteiintern gelöst werden: Eine öffentliche Debatte wollten die übrigen Mitglieder des Zentralsekretariats offenbar unter allen Umständen vermeiden, denn die viel beschworene Geschlossenheit der Partei hätte ansonsten in Frage gestellt werden können. Bei dieser Unterredung wiederholte Gniffke seine Kritik an Ulbricht, der seiner Meinung nach von der sowjetischen Besatzungsmacht als Diktator installiert werde[601]. Folgt man der Schilderung Gniffkes, versuchte Pieck die Gesprächsinitiative zu übernehmen, während sich Grotewohl auffallend zurückhielt.

Nach dem aus Sicht Piecks und Grotewohls erfolglos verlaufendem Gespräch schlug das Zentralsekretariat dem Parteivorstand vor, Gniffke wegen „Parteibetrugs" aus der SED auszuschließen. Diesem Vorschlag stimmten die versammelten Parteivorstandsmitglieder am 30. Oktober 1948 auf einer außerordentlichen Tagung einstimmig zu[602]. Kurz zuvor hatten Pieck und Grotewohl bei einer Lagebesprechung in Karlshorst über das weitere Vorgehen beraten[603] und waren zum Schluss gekommen, dass „der Angriff in diesem Fall die beste Parade für die Partei ist und dass die Partei diese Vorgänge nicht über ihren Kopf hinwegrollen lassen darf", wie Otto Grotewohl vor dem Parteivorstand berichtete[604]. Es war bezeichnend, dass auf dieser eilig einberufenen Sitzung Grotewohl als Berichterstatter auftrat[605], der die undankbare Aufgabe übernahm, gegen seinen Freund und politischen Weggefährten Stellung zu beziehen. Nach der ausführlichen Schilderung des Vorfalls skizzierte der Ko-Vorsitzende der SED die politischen Folgen für die Partei: „In dieser Angelegenheit ist offensichtlich geworden, dass der Angriff des Gegners, der aus vielen Rohren gegen uns schießt, bis tief in die Reihen unserer Partei hineingeht und dass es viele Genossen bei uns gibt, die durch diese unerhörten Angriffe und die Verleumdungskampagne, die jetzt auf vollen Touren läuft, leicht in Zweifel und ins Schwanken gebracht werden können."[606] Deshalb habe

597 Entscheidungen der SED 1948, S. 48.
598 Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale, S. 26 (Tabelle 1).
599 Entscheidungen der SED 1948, S. 48.
600 Das bestätigt auch Hans Grotewohl, der behauptet, bei dem Gespräch anwesend gewesen zu sein. SAPMO-BArch, SgY 30/1878, Erinnerungen von Hans Grotewohl, S. 29.
601 Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 355.
602 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/58, Bl. 1, Protokoll der außerordentlichen Tagung des SED-Parteivorstandes am 30. 10. 1948.
603 Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 241f.
604 Protokoll der 15. (Außerordentlichen) Tagung des SED-Parteivorstandes am 30. 10. 1948, in: Entscheidungen der SED 1948, S. 484–498, hier S. 488.
605 Ebenda, S. 484–491.
606 Ebenda, S. 490.

der Parteivorstand das Zentralsekretariat beauftragt, eine Untersuchung einzuleiten über die „parteiunzulässigen geschäftlichen Manipulationen und über die Verbindungen Gniffkes mit parteifeindlichen Elementen". In einem umfangreichen Schreiben, das an die Partei neuen Typus adressiert war, rechtfertigte Gniffke seine Entscheidung einen Tag vor dem abschließenden Gespräch mit Pieck und Grotewohl[607]. Einige Tage später richtete er noch ein persönlich gehaltenes Schreiben an Pieck, in dem er den Vorwurf der Illoyalität zurückwies[608]. Dabei unterstrich er, dass er in der Vergangenheit jederzeit bereit gewesen sei, die Politik der SED mitzutragen. Gleichzeitig warf er Pieck Wortbruch vor, denn unmittelbar nach seiner Flucht in den Westen seien seine Privatwohnung durchsucht und sein Sohn verhaftet worden. Zwei Wochen später protestierte er bei Grotewohl gegen die polizeilichen Maßnahmen[609]. Der Bruch Gniffkes mit der SED kam auch für Grotewohl überraschend, der nunmehr in der Parteispitze nur noch auf Lehmann und Fechner vertrauen konnte. Gegenüber engsten Mitarbeitern zeigte er später nur Unverständnis über die private und politische Flucht seines Freundes: „Otto Grotewohl hielt Erich W. Gniffke für einen Gauner. Er sagte, das ist überhaupt kein Mensch, der hat überhaupt kein Verständnis für gar nichts, der weiß nicht, was er will."[610]

Dem SED-Parteivorstand gelang es mit dem Beschluss vom 30. Oktober nicht mehr, die öffentliche Meinung in den Westzonen zu beeinflussen. Hier wurde frühzeitig über den Weggang Gniffkes berichtet. So meldete die Zeitung ‚Sozialdemokrat' in ihrer Ausgabe vom 1. November, dass Gniffke dem Parteiausschluss zuvorgekommen sei und stellte die Frage, ob als nächstes Grotewohl folgen werde[611]. Die Zeitung berichtete ohne Angaben von Quellen von Mutmaßungen, dass auch der Ko-Vorsitzende der SED in Verdacht stehe, „seine sozialdemokratische Vergangenheit nicht ganz vergessen zu haben" und deshalb abgesetzt werde. Des Weiteren glaubte das Blatt Hinweise dafür zu haben, dass Grotewohl bei seiner bevorstehenden Reise nach Moskau von der sowjetischen Führung Anweisungen zur „Reinigung" der Einheitspartei von ehemaligen Sozialdemokraten erhalten werde. Das Hamburger Nachrichtenmagazin ‚Der Spiegel' berichtete, dass Gniffke vor dem „deutschen Lenin", nämlich Ulbricht geflohen sei[612]. Gleichzeitig wurde erwähnt, der geflohene SED-Spitzenpolitiker bereite ein Buch vor, in dem er über seine Erfahrungen im Umgang mit den Kommunisten schreiben werde[613]. Gniff-

[607] Abgedruckt in: Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 364–372.
[608] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/4/379, Bl. 17f., Gniffke am 4. 11. 1948 an Pieck.
[609] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/4/379, Bl. 27–33, Gniffke am 20. 11. 1948 an Grotewohl. Im Westen machte ‚Der Spiegel' die Verhaftung von Gniffkes Sohn publik und erwähnte in dem Zusammenhang, dass Grotewohl sein Ehrenwort gegeben habe, dafür zu sorgen, dass dem Inhaftierten nichts passiere. ‚Der Spiegel' vom 14. 12. 1948 (Abschrift), in: ebenda, Bl. 36–38, hier Bl. 37. Ende Februar 1949 war der Sohn Gniffkes allerdings immer noch nicht freigelassen. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/4/379, Bl. 41f., SED-Hausmitteilung von Franz Dahlem vom 28. 2. 1949.
[610] SAPMO-BArch, SgY 30/1879, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Ludwig Eisermann über seine Erinnerungen an Otto Grotewohl am 30. 3. 1977, S. 26.
[611] ‚Sozialdemokrat' vom 1. 11. 1948, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/4/379, Bl. 361.
[612] ‚Der Spiegel' vom 14. 12. 1948 (Abschrift), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/4/379, Bl. 36–38, hier Bl. 36.
[613] Ebenda, Bl. 38.

kes Erinnerungen kamen allerdings erst 1966 heraus, zwei Jahre nach seinem Tod. Dennoch äußerte er sich bereits Anfang der fünfziger Jahre in den westdeutschen Medien zur politischen Entwicklung in der DDR. Einige Monate nach der Staatsgründung am 7. Oktober 1949 warnte Gniffke in der Hamburger Wochenzeitung ‚Die Zeit' vor Ulbricht, den er als Vertrauten des sowjetischen Geheimdienstchefs Lawrentj P. Berija charakterisierte[614]. Jener sei eigentlich der politisch starke Mann in Ostdeutschland und „persönlich [...] ein ‚deutscher Lenin'".

Als Pieck, Grotewohl und Ulbricht Ende 1948 nach Moskau reisten, war der Fall Gniffke auch Gegenstand der fast vierstündigen Unterredung bei Stalin am 18. Dezember[615]. Dabei mussten sich die ostdeutschen Spitzenpolitiker deutliche Kritik gefallen lassen. Als Pieck erklärte, Gniffke habe von Anfang an ein „doppeltes Spiel" betrieben und sei von der SPD zur SED „mit feindlichen Absichten" gewechselt, stellte der sowjetische Diktator die Personalpolitik der SED grundsätzlich in Frage[616]. Daraufhin erläuterte Pieck, dass Gniffkes Mitgliedschaft im Zentralsekretariat auf die paritätische Besetzung der Positionen in den Leitungsgremien zurückzuführen sei. Stalin gab sich mit dieser Antwort nicht zufrieden und hakte nach. Er wollte wissen, „warum sie [die Mitglieder der SED-Delegation] nicht einen besseren, zuverlässigeren Menschen gefunden haben". Und dann schob er eine entscheidende Frage nach: „Heißt das, dass Sie die Menschen schlecht prüfen?" Pieck beeilte sich darauf hinzuweisen, dass unmittelbar nach dem Parteiausschluss von Gniffke die Leitungsorgane der SED überprüft worden seien. Im Übrigen sei die Schaffung eines Politbüros vorgesehen, so dass das noch bestehende Zentralsekretariat keine entscheidende Rolle mehr spielen werde. Für die engere Parteiführung werde man in Zukunft nur noch „zuverlässigere Menschen" auswählen. Mit dieser Antwort gab sich schließlich der Kreml-Chef zufrieden und wechselte das Thema. In der Folgezeit tat die SED-Führung alles, um die Tätigkeit der Parteikontrollorgane zu intensivieren[617]. So berichtete Grotewohl auf der 1. Parteikonferenz Ende Januar 1949, dass „bisher über 400 aktive Schumacherleute aus der Partei entfernt" worden seien[618]. Darüber hinaus war offensichtlich ein zahlenmäßig nicht genannter Teil dem Parteiausschluss durch Austritt zuvorgekommen. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich bereits der „Kampf gegen den Sozialdemokratismus" zu einem „Kampf gegen das Schumachertum"[619] entwickelt. Bei diesem ersten Anlauf zur „Ausmerzung von schädlichen und feindlichen Elementen" in der Partei waren über 5000 Mitglieder aus der SED ausgeschlossen und über 400 Sozialdemokraten verhaftet worden, wobei die zuletzt genannte Zahl

614 ‚Die Zeit' vom 2.2.1950, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/4/379, Bl. 355f.

615 Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation, f. 45, o. 1, d. 303, l. 53–79. Erstmals abgedruckt in: Istoritscheskij Archiv, Nr. 5, 2002, S. 5–23. Eine deutsche Übersetzung lieferten Elke Scherstjanoi und Rolf Semmelmann 2004 in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. Vgl. Scherstjanoi/Semmelmann, Die Gespräche Stalins mit der SED-Führung (Teil I). Im folgenden wird aus der deutschen Übersetzung zitiert. Die sogenannten Pieck-Notizen enthalten nur äußerst kurze Angaben zum besprochenen Fall Gniffke. Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 259–263, hier S. 259.

616 Scherstjanoi/Semmelmann, Die Gespräche Stalins mit der SED-Führung (Teil I), S. 148.

617 Klein, „Für die Einheit und Reinheit der Partei", S. 112.

618 Protokoll der 1. Parteikonferenz (25.–28.1.1949), S. 363.

619 So Grotewohl in seiner Rede vor den Delegierten der 1. Parteikonferenz. Ebenda.

offenbar mit den Angaben Grotewohls übereinstimmt[620]. Schätzungsweise 37 000 Parteimitglieder hatten es aus unterschiedlichen Gründen vorgezogen, die Partei zu verlassen.

Grotewohls Auslandsreisen bis 1949

Die SED-Führung bemühte sich ab Anfang 1948 intensiv darum, Kontakte zu anderen kommunistischen Parteien Europas aufzunehmen[621]. Nachdem sie eine Einladung der englischen KP erhalten hatte, am geplanten Parteitag am 25. Februar teilzunehmen, beschloss das Zentralsekretariat, Grotewohl als Abgesandten zu schicken. In seinem Bericht über die Arbeit des Führungsgremiums betonte Grotewohl: „Wir sehen also an diesen Vorgängen, dass die Eingliederung der Sozialistischen Einheitspartei in die internationalen Bestrebungen des Proletariats sich auf durchaus aufsteigender Linie bewegt."[622] Die Stimmungslage innerhalb des Parteivorstandes muss trotz der internationalen Rahmenbedingungen, die zuvor noch einmal beklagt worden waren, so gut gewesen sein, dass sich ein Funktionär zu einem Zuruf hinreißen ließ, der für viel Heiterkeit sorgte: „Wilhelm [Pieck] soll sogar nach Kalkutta kommen!" Grotewohl griff die etwas flapsige Bemerkung auf und entwickelte seinerseits eine Pointe, die großes Gelächter in der großen Runde hervorrief: „Da aber [...] der Genosse Gandhi zu einer neuen Fastenkur übergegangen ist, hält er [Wilhelm Pieck] es doch nicht für richtig, dieser Einladung zu folgen." Diese scheinbar belanglose Episode zeigte das neue Selbstbewusstsein der SED-Führung angesichts einer Einladung aus dem kapitalistischen Ausland. Die Freude währte jedoch nicht lange, denn Grotewohl erhielt keine Einreisegenehmigung von der britischen Militärregierung[623]. Eine Einladung der Kommunistischen Partei Schwedens[624] musste allem Anschein nach auch abgesagt werden, obwohl das Zentralsekretariat Pieck und Grotewohl als Delegierte nominiert hatte[625].

Die beiden SED-Vorsitzenden traten am 11. Juni 1948 ihre erste gemeinsame Auslandsreise an[626], wobei die bereits angesprochenen Fahrten in die westlichen Besatzungszonen sowie die Moskau-Reisen an dieser Stelle unberücksichtigt blei-

620 Zu den Zahlen: Mählert, „Die Partei hat immer recht!", S. 358.

621 Die Tatsache, dass auf dem II. SED-Parteitag im September 1947 Delegierte von zehn „Bruderparteien" aus Osteuropa begrüßt werden konnten, veranlasste Grotewohl im Parteivorstand zu der gewagten Äußerung: „Wir haben also mit dem ganzen Europa Fühlung gehabt." Zitiert nach: Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 60.

622 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/38, Bl. 18, Stenographische Niederschrift über die 6. Tagung des SED-Parteivorstandes am 14./15. 1. 1948.

623 Das Büro des Zentralsekretariats hatte die Einreiseerlaubnis am 7. 2. 1948 beantragt. SAPMO-BArch, DY 30/3632, Bl. 1, Büro des Zentralsekretariats am 7. 2. 1948 an die britische Militärregierung für Deutschland (Berlin). Im Auftrag des SED-Parteivorstandes mussten Pieck und Grotewohl zwei Tage vor Beginn des Parteitages dem ZK der KP Englands (Harry Pollit) die bereits angekündigte Teilnahme Grotewohls wieder absagen. Ebenda, Bl. 7, Telegramm vom 23. 2. 1948 an Harry Pollit.

624 SAPMO-BArch, NY 4090/489, Bl. 40, KP Schweden am 11. 2. 1948 an Pieck.

625 Ebenda, Bl. 41, Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Zentralsekretariats vom 1. 3. 1948.

626 Folgt man dem Taschenkalender Grotewohls, so war er bereits Gast auf dem Parteitag der Sozialdemokraten Ungarns am 7. 3. 1948. SAPMO-BArch, NY 4090/9, Bl. 204. Dazu liegen allerdings keine weiteren Unterlagen vor. Seinem Notizkalender von 1949 ist zu entnehmen, dass er sich zum KPČ-Parteitag am 25. 5. 1949 in Prag aufhielt. Doch auch hier gibt es keine weiteren aussagekräftigen Quellen. SAPMO-BArch, NY 4090/9, Bl. 287, Notizkalender 1949.

ben. Bei der Vorbereitung und Durchführung der Besuchsreise war die sowjetische Besatzungsmacht unmittelbar beteiligt, denn sie stellte ein Flugzeug zur Verfügung, mit dem Pieck und Grotewohl ihre Rundreise antreten konnten[627]. Anlass für die zwölftägige Reise, die zunächst nach Budapest und anschließend nach Bukarest, Sofia, Prag und Wien führte, war eine Einladung zum Vereinigungsparteitag der Kommunisten und Sozialdemokraten in Ungarn[628]. Die Fusion war dort zustande gekommen, nachdem die Sozialdemokratische Partei unter Führung von Árpád Szakasitis und dem politischen Kopf des linken Flügels, György Marosán, zahlreiche innerparteiliche Kritiker mundtot gemacht hatte[629]. Für Pieck war der Besuch eine Reise in die Vergangenheit, denn er kannte zahlreiche Kommunisten in den genannten Ländern aus der Zeit der Illegalität bzw. der Kommunistischen Internationale. Dagegen betrat Grotewohl mit dieser Reise durch Südosteuropa politisches Neuland, da er selbst die sozialdemokratischen Parteifreunde zuvor nicht kennen gelernt hatte. Beide Spitzenpolitiker besuchten das erste Mal Volksdemokratien im sowjetischen Machtbereich und konnten sich somit persönlich einen direkten Eindruck von der politischen und sozioökonomischen Lage in den jeweiligen Staaten verschaffen. Auf dem Parteitag in Budapest, der vom 12. bis 14. Juni stattfand, erhielt Grotewohl sogar die Gelegenheit, eine kurze Rede vor den versammelten Delegierten zu halten, in der er die zwei Jahre zuvor vollzogene Vereinigung der beiden deutschen Arbeiterparteien skizzierte[630]. Dies sei der „entscheidende Schritt" für die Rückkehr Deutschlands in die internationale Staatengemeinschaft gewesen[631]. Abschließend dankte er nochmals für die ausgesprochene Einladung, die er offensichtlich sehr hoch einschätzte: „Ihr habt uns trotz aller schweren Schuld, die noch auf dem Namen Deutschland lastet, die proletarische Bruderhand entgegengestreckt."[632] Auf einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz, an der ungarische und ausländische Journalisten teilnahmen, sahen sich die beiden SED-Vorsitzenden zum Teil unangenehmen Fragen ausgesetzt. Während Pieck noch über seine Erfahrungen mit der ostdeutschen Einheitspartei plaudern konnte, musste Grotewohl die Frage beantworten, ob die SED auf die deutschen Ostgebiete verzichtet habe. In seiner Antwort wies er darauf hin, dass die SED weder den Zweiten Weltkrieg noch die sich daraus ergebenden Folgen zu verantworten habe[633]. An den in Potsdam beschlossenen Grenzen werde die Einheitspartei nicht rütteln, denn eine Veränderung des Status quo würde für Europa

627 So Pieck auf der 11. Tagung des SED-Parteivorstandes am 30.6.1948. Entscheidungen der SED 1948, S. 169.

628 Bei einer siebentägigen Besuchsreise nach Polen Mitte Oktober 1948 nahmen die beiden SED-Vorsitzenden nicht teil. Stattdessen reisten Ulbricht, Bernard Koenen, Bruno Leuschner, Willi Stoph und Josef Orlopp nach Warschau, um Verbindungen mit der polnischen Arbeiterpartei aufzunehmen. Vgl. Bericht Orlopps über die Reise nach Polen auf der 14. Tagung des SED-Parteivorstands am 20./21.10.1948, in: Entscheidungen der SED 1948, S. 441f.

629 Vgl. Fischer, Eine kleine Geschichte Ungarns, S. 205f.; Roman, The Stalin Years in Hungary, S. 51–70.

630 SAPMO-BArch, NY 4090/137, Bl. 26–28, Rede Grotewohls auf dem Vereinigungsparteitag in Ungarn.

631 Ebenda, Bl. 26.

632 Ebenda, Bl. 28.

633 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/20/58, Bl. 13f., hier Bl. 14, Bericht über die Pressekonferenz in Budapest am 11.6.1948.

Krieg bedeuten. Eine Politik, an deren Ende eine neue kriegerische Auseinandersetzung stünde, lehne aber die SED-Führung ab.

Nächste Station der Reise war Bukarest, wo die ostdeutsche Delegation mit der rumänischen Regierung Gespräche über die Aufnahme von Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern führte[634]. Bei einer Pressekonferenz am 15. Juni betonte Grotewohl, der diese Reise nicht nur als „Höflichkeitsbesuch"[635] verstand, dass sie die ersten Deutschen seien, die nach Kriegsende in „halboffizieller Mission [...] Fühlung mit dem rumänischen Volk" aufnehmen würden[636]. Gleichzeitig nahm er für sich das Recht in Anspruch, stellvertretend für ein anderes, d.h. besseres Deutschland zu sprechen. Die Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Rumäniens, Dr. Petru Groza, einem pro-kommunistischen und anpassungsfähigen Landarbeiterführer, war für die hochrangige SED-Delegation in dreifacher Hinsicht von großer Bedeutung[637]. Erstens einigten sich beide Seite darauf, in „nicht allzu ferner Zeit" einen bilateralen Handelsvertrag abschließen zu wollen. In dem Zusammenhang sollte zweitens ein Handelsattaché dauerhaft nach Bukarest entsandt werden, wobei unklar war, ob es sich hierbei um einen Vertreter der SED oder der 1947 geschaffenen Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) handeln sollte. Schließlich wurde der SED die Einrichtung einer „Pressevertretung" in Aussicht gestellt, mit der alle relevanten „publizistischen Fragen" zwischen beiden Seiten besprochen werden sollten. Als letzten Punkt nannte Grotewohl noch eine Erklärung Grozas, die die Minderheitensituation der in Rumänien noch lebenden Deutschen betraf. Grotewohls Angaben zufolge gab die rumänische Regierung eine unverbindliche Zusage, „diese Frage im Geiste einer wahren demokratischen Auffassung lösen" zu wollen. Bevor allerdings die Pressevertreter ihre Fragen stellen konnten, musste die am Abend abgehaltene Pressekonferenz abgebrochen werden, da Pieck und Grotewohl zum offiziellen Regierungsbankett abfahren mussten.

Vordringliches Ziel der Südosteuropareise war die Wiederherstellung von Vertrauen: Der SED-Führung ging es letztlich darum, das durch den Zweiten Weltkrieg stark belastete Verhältnis zu den nach 1945 entstandenen Volksdemokratien zu verbessern. Dabei wollten Pieck und Grotewohl als Repräsentanten eines anderen Deutschlands erscheinen. Das zeigten auch die Ansprachen der beiden SED-Vorsitzenden anlässlich des Empfangs bei Ministerpräsident Groza am 16. Juni[638]. Die Reaktion der Gastgeber war verhalten. Immerhin wurde die ostdeutsche Delegation in Budapest, Bukarest und Sofia von den jeweiligen kommunistischen Par-

[634] Beim Aufbau von Handelsbeziehungen zu den ostmittel- und südosteuropäischen Staaten wollte die Sowjetunion behilflich sein. Das sagte Stalin bei einem Gespräch mit den beiden SED-Vorsitzenden am 26.3.1948 in Moskau zu. Vgl. Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation, f. 45, o. 1, d. 303, l. 24–49, Mitschrift des Gesprächs Stalins mit Pieck und Grotewohl am 26.3.1948 (19^{00} Uhr). Das Dokument wurde erstmals abgedruckt in der Zeitschrift Istoritscheskij Archiv, Nr. 2, 2002, S. 9–27, hier S. 23. Eine Übersetzung fertigte Frau Melanie Arndt an, der ich an dieser Stelle besonders danken möchte.

[635] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/20/58, Bl. 19–21, hier Bl. 20, Bericht über die Pressekonferenz am 15.6.1948 in Bukarest.

[636] Ebenda, Bl. 19.

[637] Ebenda, Bl. 20.

[638] SAPMO-BArch, NY 4036/713, Bl. 37–45, Bericht über Empfang bei Ministerpräsident Groza am 16.6.1948.

teiführern bzw. den Ministerpräsidenten offiziell empfangen. In Sofia durften Pieck und Grotewohl sogar an einer Sitzung des Ministerrates der bulgarischen Regierung unter Leitung von Georgi Dimitroff, der Deutschland und wohl auch Pieck persönlich kannte, teilnehmen[639]. Die Reise brachte aber keine handfesten Ergebnisse, sondern nur vage Absichtserklärungen.

Nach ihrer Rückkehr feierten Pieck und Grotewohl in Ost-Berlin die gemeinsame Auslandsreise als vollen Erfolg und berichteten ausführlich auf einer Pressekonferenz am 26. Juni[640]. Dabei wies Pieck darauf hin, dass im Auftrage der DWK „in allernächster Zeit" Handelsdelegationen nach Bulgarien und Rumänien fahren würden. Darüber hinaus seien Wirtschaftsverhandlungen mit der ungarischen Regierung im Gange. Die Reise war auch ein Thema auf der 11. Tagung des SED-Parteivorstandes, bei der der Wirtschaftsplan 1948 sowie der Zweijahresplan 1949/50 im Mittelpunkt stand. Pieck erstattete Bericht über die einzelnen Stationen der Rundreise. Bei der Darstellung des ungarischen Vereinigungsparteitages konnte er sich einen Seitenhieb gegen einzelne Delegierte des zurückliegenden 2. SED-Parteitages nicht verkneifen: „Keiner von ihnen hat während der Beratungen seinen Platz verlassen, wie das leider bei uns zu einer üblen Gewohnheit geworden ist, indem sich manchmal bei der Diskussion die Hälfte der Delegierten draußen herumdrückt. (Zustimmung.) Sogar bei uns im Parteivorstand können wir diese Beobachtung machen."[641] Vor dem Parteivorstand begrüßte Pieck die Tatsache, dass die ehemaligen Kommunisten in der vereinigten Arbeiterpartei Ungarns den Ton angaben und auch über den entscheidenden Einfluss in der neuen Parteiführung verfügten[642]. Es sei erfreulich gewesen zu sehen, dass die ehemaligen Sozialdemokraten „diese Priorität der Kommunisten offen [...] anerkannten". Pieck schien damit andeuten zu wollen, dass er eine solche Form der Zusammenarbeit auch in der SED bevorzugen würde.

Grotewohl in Moskau

Grotewohl reiste in seiner Eigenschaft als SED-Vorsitzender am 31. Januar 1947 zum ersten Mal in die Sowjetunion, um zusammen mit Pieck, Ulbricht, Fechner und Oelßner Gespräche mit Stalin zu führen[643]. Im Gegensatz zu den ehemaligen Kommunisten in der Einheitspartei kannte er die sowjetischen Spitzenfunktionäre in Moskau noch nicht persönlich. Seine Kontakte beschränkten sich bis zu diesem Zeitpunkt auf die führenden Vertreter der SMAD in Berlin-Karlshorst. Dagegen hatten Pieck und Ulbricht während des Zweiten Weltkriegs in Moskau gelebt und

639 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/20/58, Bl. 43–47, Bericht über Sitzung des Ministerrates der bulgarischen Regierung am 18.6.1948. Dabei beschloss die bulgarische Regierung, Vertragsverhandlungen über einen Warenaustausch mit der DWK aufzunehmen. Ebenda, Bl. 46.

640 ‚Neues Deutschland' vom 27.6.1948, S. 3.

641 Bericht Piecks über die Reise der Parteivorsitzenden in die südosteuropäischen Länder auf der 11. Tagung des SED-Parteivorstandes am 29./30.6.1948, in: Entscheidungen der SED 1948, S. 165–169, hier S. 165.

642 Ebenda, S. 166.

643 Sein Notizkalender von 1947, der im Gegensatz zu den nachfolgenden Jahren nur wenige Angaben aufweist, enthält auch keine Hinweise auf die Moskau-Reise. SAPMO-BArch, NY 4090/9, Bl. 131–185, Notizkalender Grotewohls von 1947.

in dieser Zeit enge Kontakte geknüpft. Sie kannten bereits führende Vertreter der sowjetischen Nomenklatura und waren mit dem politischen Führungsstil im Kreml vertraut. Im Auftrag Stalins waren drei kommunistische Initiativgruppen noch vor Kriegsende nach Deutschland ausgeflogen worden. Auch in der unmittelbaren Nachkriegszeit hatten die Kommunisten einen privilegierten Zugang zum Kremlchef: Bis Anfang Februar 1946 war die KPD-Führung insgesamt viermal in die sowjetische Hauptstadt gereist, um Stalin zu treffen. Dabei kam Ulbricht eine Schlüsselposition zu, denn er war als einziger bei allen Treffen anwesend[644].

Obwohl Grotewohl keinen kommunistischen Stallgeruch besaß und sich während des Zweiten Weltkriegs nicht in Moskau der rigiden Kaderüberwachung unterziehen musste, nahm er für die sowjetische Führung doch keine Statistenrolle ein. Im Gegenteil: Es deutet vieles darauf hin, dass Grotewohl im sowjetischen deutschlandpolitischen Kalkül der ersten Nachkriegsjahre eine wichtige Funktion einnahm. Zur Vorbereitung des Besuchs Ende Januar bzw. Anfang Februar 1947 erstellte die ZK-Abteilung für Außenpolitik der KPdSU (B), die von Michail A. Suslow geleitet wurde, ausführliche Lebensläufe der vier ostdeutschen Delegationsmitglieder[645], die der sowjetischen Führung um Stalin, Molotow und Andrej A. Schdanow zugeleitet wurden[646]. Die drei sowjetischen Führer erhielten sogar einen Auszug aus der Rede Grotewohls, die er vor dem 6. Plenum des SED-Parteivorstandes am 24. Oktober 1946 gehalten hatte, in der er sich unter anderem zur Deutschlandpolitik der Einheitspartei äußerte und seine Magnettheorie wiederholte. Darüber hinaus hatte Suslow einen Bericht über die SPD anfertigen lassen, der die Popularität der Partei und ihre Entschlossenheit betonte, für die Einheit Deutschlands einzutreten. Dieses Papier mag Stalin dazu bewogen haben, bei der Unterredung mit der SED-Führung die Wiederzulassung der SPD als eigenständige Partei in der SBZ ernsthaft in Erwägung zu ziehen[647]. Im Einzelnen beschrieb die ZK-Abteilung Außenpolitik Grotewohl als einen der einflussreichsten SED-Politiker, der ein guter Redner und erfahrener Journalist sei[648]. Außerdem wurden seine hohen Popularitätswerte in der SBZ, insbesondere unter ehemaligen SPD-Mitgliedern hervorgehoben. Für die ZK-Abteilung hatte Grotewohl somit eine beträchtliche integrative Funktion, da er für die vergleichsweise reibungslose Vereinigung der Arbeiterparteien maßgeblich verantwortlich gewesen war. Seine Rolle bei der Zwangsvereinigung wusste Suslows Abteilung zu würdigen. So betonten die Autoren der biographischen Kurzbeschreibung, dass sich der frühere Vorsitzende des SPD-Zentralausschusses für die Vereinigung mit der KPD stark gemacht habe, wobei jedoch offenblieb, ob seine persönliche Entscheidung mit der Zustimmung bzw. Ablehnung innerhalb der sozialdemokratischen Mitgliedschaft direkt zusammenhing.

Wie bei den übrigen Mitgliedern der SED-Delegation wurde auch bei Grotewohl Kritisches vermerkt, denn der Lebenslauf enthielt den Hinweis, dass er in

[644] Vgl. die Aufstellung der Delegationsreisen bei: Wolkow, Die deutsche Frage aus Stalins Sicht.
[645] Über Oelßner, der in Moskau als Dolmetscher fungierte, wurde keine Kurzbiographie angefertigt.
[646] Bonwetsch/Bordjugov, Stalin und die SBZ, S. 283.
[647] So die Einschätzung von Bonwetsch und Bordjugov. Vgl. ebenda.
[648] Auskunft über Otto Grotewohl, in: ebenda, S. 289.

der praktischen Arbeit oft „Wankelmütigkeit und Inkonsequenz" zeige. Damit spielte die ZK-Abteilung auf Grotewohls umstrittene Rede vom 11. November 1945 und auf seine Äußerungen zur deutschen Kriegsschuld sowie zur Oder-Neiße-Grenze an. Außerdem monierten die Mitarbeiter Suslows Grotewohls Verhalten während der sogenannten Sechziger-Konferenzen, da er sich anfangs gegen die Vereinigung von SPD und KPD ausgesprochen habe. Des Weiteren wurden Zweifel an seiner ideologischen Haltung geäußert: „In seinen Reden und Aufsätzen erlaubte er sich verworrene und zweifelhafte Ansichten, die den Marxismus verzerren."[649] Abschließend hielt die Kurzbeschreibung allerdings noch fest, dass er im Februar und März 1946 erneut als entschiedener Vereinigungsbefürworter aufgetreten sei und zudem „einige organisatorische Maßnahmen gegen rechte Sozialdemokraten" ergriffen habe[650]. Insgesamt erhielt Grotewohl eine recht wohlwollende Beurteilung, denn er wurde politisch wichtiger eingeschätzt als etwa Fechner oder sogar Pieck. Nur Ulbricht erhielt etwas bessere Noten[651].

Die SED-Führung hatte sich sorgfältig auf das Treffen mit Stalin vorbereitet und ein Memorandum ausgearbeitet, dessen Inhalt der sowjetischen Parteiführung von Grotewohl am 31. Januar 1947 fast wortwörtlich vortragen wurde. Dabei sprach er Fragen an, die aus Sicht der ostdeutschen Einheitspartei von zentraler Bedeutung waren, denn es ging unter anderem um einen möglichen Friedensvertrag mit Deutschland, die Reaktion auf die Bildung der Bizone sowie um die Situation in der SED. Stalin unterbrach den Vortrag Grotewohls mehrmals mit Zwischenbemerkungen, die sowohl Nachfragen als auch Kommentierungen enthielten[652]. Im Einzelnen sprach sich Grotewohl für den Abschluss eines Friedensvertrages und die Bildung von gesamtdeutschen Zentralverwaltungen aus. Anschließend lehnte er die amerikanische Forderung ab, eine Volksabstimmung über den Friedensvertrag abzuhalten. Zur Begründung führte er an, dass eine solche Maßnahme „im Hinblick auf die Ostgrenzen eine starke chauvinistische Kampagne und Demagogie hervorrufen" würde, welche die Demokratisierung Deutschlands beeinträchtigen und die ohnehin komplizierte außenpolitische Lage weiter erschweren würde[653]. Stattdessen forderte er, den Friedensvertrag von einer deutschen Zentralregierung unterschreiben zu lassen. Während die SED in diesem Punkt einer Volksabstimmung aus dem Weg ging, trat sie andererseits dafür ein, zur Frage eines deutschen Einheitsstaates eine Volksabstimmung durchführen zu lassen, da auf diesem Wege die „reaktionären Kräfte" geschwächt und eine breite demokratische Bewegung entfaltet werden könnten. In dem Spitzengespräch unterstützte der sowjetische Diktator die ablehnende Haltung der SED gegenüber den amerikanischen Föderalismuskonzepten für Westdeutschland. In der Aufzeichnung des Gesprächs hielt Suslow eine entsprechende Einschätzung Stalins wörtlich fest: „Der Föderalismus in Deutschland ist gegenwärtig ein Mittel, mit

649 Ebenda.
650 Ebenda, S. 290.
651 Vgl. ebenda, S. 288f.
652 Pieck listete die Zwischenbemerkungen Stalins in seinen Notizen über die Moskau-Reise auf. Vgl. Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 111f.
653 Bonwetsch/Bordjugov, Stalin und die SBZ, S. 295. Von der Unterredung fertigte Suslow eine Aufzeichnung an, die sehr viel aussagekräftiger ist als die Pieck-Notizen.

dessen Hilfe die reaktionären Klassen ihre Privilegien zu bewahren und sich vor dem Sozialismus zu retten suchen."[654]

Während Stalin in den außen- und deutschlandpolitischen Fragen weitgehend Zustimmung signalisierte, nahm er beim letzten Gesprächsthema eine andere Position ein. Es ging um die Zusammenarbeit von SED und KPD sowie um das Ziel, die SED in den westlichen Besatzungszonen zu bilden. Die SED-Führung befürchtete, dass die drei Westalliierten im Gegenzug die Wiederzulassung der SPD in der sowjetischen Besatzungszone verlangen würden. Einen offenen Wettbewerb mit der SPD um Mitglieder und Wähler wollte die ostdeutsche Einheitspartei unter allen Umständen vermeiden. Doch Stalin sah das anders. Auf die Erklärung Grotewohls, es bestehe keine Notwendigkeit, die sozialdemokratische Partei in der SBZ zuzulassen, entgegnete der Diktator: „Man muß sie zulassen."[655] Die SED-Spitzenpolitiker waren sichtlich betroffen, denn Stalin hatte damit die Existenz der SED zur Disposition gestellt. In den Augen Stalins sollte sich die SED im Wettstreit mit der SPD behaupten und durchsetzen: „Wenn Sie ohne die Besatzungsmacht gegen Schumacher nicht bestehen können, dann sind Sie schwach." Wilhelm Pieck fasste die Position Stalins mit einer telegrammartigen Frage zusammen: „Ob SED Angst hat vor SPD"[656]. Als Antwort notierte er, man müsse die Sozialdemokraten politisch schlagen, und schien sich damit selber Mut einzureden. Was beabsichtigte Stalin? Hatte er den Ausgang der Urabstimmung in den Berliner Westsektoren schon vergessen? Oder hatte er weitergehende deutschlandpolitische Pläne, bei denen die SED keine Rolle mehr spielte?

Grotewohl konnte auf den ersten Blick mit der Reise zufrieden sein. Ihm war die wichtige Aufgabe zugefallen, der sowjetischen Parteiführung die SED-Position vorzutragen. Den positiven Eindruck der ZK-Abteilung Außenpolitik bestätigte er offensichtlich auch während der Gespräche in Moskau. Suslow registrierte in einem Memorandum vom 12. Februar 1947 das Auftreten des früheren Vorsitzenden des Zentralausschusses der SPD als Loyalitätsbekundung gegenüber der sowjetischen Führung. Grotewohl sei ganz begeistert gewesen von dem Besuch bei Stalin, den er als den „größte[n] Sozialist[en] der Welt" und sogar als „Vater der Welt" bezeichnet habe. Im Gegensatz zu Ulbricht sei er außerdem sehr interessiert gewesen am kulturellen Rahmenprogramm (Museen, Lenin-Bibliothek, Theater- und Kinoaufführungen). Nach der Besichtigung der Moskauer Metro soll Grotewohl gesagt haben: „Ja! Das ist wirkliche Zivilisation. Und dies alles ist nur hier möglich, in einem sozialistischen Staat."[657] Gleichzeitig war Suslow aber nicht die Reaktion der ostdeutschen Delegation auf den Vorschlag Stalins entgangen, in der SBZ wieder die Sozialdemokratie entstehen zu lassen. So hielt er schriftlich fest, dass die SED-Führung, die Schumacher politisch und menschlich hasse, offenkundig Unruhe gezeigt habe[658]. Mit der Ungewissheit über die eigene politische Zu-

[654] Ebenda, S. 296.
[655] Ebenda, S. 299.
[656] Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 112.
[657] Memorandum Suslows vom 12. 2. 1947, in: Bonwetsch/Bordjugov, Stalin und die SBZ, S. 301–303, hier S. 302.
[658] Ebenda, S. 303.

kunft traten die führenden Vertreter der ostdeutschen Einheitspartei am 7. Februar 1947 wieder ihre Heimreise an.

Bis zur nächsten Moskau-Reise dauerte es über ein Jahr. Erst am 25. März 1948 besuchten Pieck, Grotewohl und Oelßner erneut die sowjetische Hauptstadt. Dies war bis 1952 das einzige Spitzentreffen, an dem Ulbricht nicht beteiligt war[659]; außerdem fehlte Fechner in der ostdeutschen Delegation. Ausgangspunkt der Reise war die von der SED-Führung angestrebte Abgrenzung der Kompetenzen zwischen SMAD und DWK für den Halbjahresplan 1948. Der Aufbau der Zentralverwaltungswirtschaft in der SBZ machte eine zentrale Planung und Lenkung erforderlich, die nach den Vorstellungen der SED bei der am 4. Juni 1947 offiziell gegründeten DWK liegen sollte. Dazu hatten die beiden SED-Vorsitzenden ein Memorandum mitgebracht, das sie zunächst dem stellvertretenden Leiter der ZK-Abteilung für Außenpolitik, L. S. Baranow, mit der Bitte übergaben, es an Stalin weiterzuleiten[660]. Das Memorandum lief auf eine erhebliche politische Stärkung der DWK hinaus und versuchte, die wilden Demontagen und planlosen Reparationsforderungen der sowjetischen Besatzungsmacht einzudämmen[661]. Die SMAD sollte dafür sorgen, dass keine Wirtschaftsaufträge ohne Absprache mit der DWK erteilt würden. Des Weiteren sollten nur die Produktionsentnahmen genehmigt werden, die auch im allgemeinen Wirtschaftsplan vorgesehen waren.

Bereits am 26. März fand eine zweieinhalbstündige Unterredung mit Stalin statt, die lange Zeit nur durch die sogenannten Pieck-Notizen dokumentiert war. Diese Aufzeichnungen haben begrenzte Aussagekraft, denn sie enthielten ausschließlich Angaben über einen politischen Bericht, den Pieck gegenüber dem sowjetischen Diktator abgab[662]. Darin ging es vornehmlich um die politische Entwicklung in der SBZ, den Zustand der SED und insbesondere um die Volkskongressbewegung. Dagegen übernahm Grotewohl im Spitzengespräch die Aufgabe, Wirtschaftsfragen anzusprechen[663], wobei er zunächst auf die politischen und wirtschaftlichen Folgen der gescheiterten Londoner Außenministerkonferenz Ende 1947 näher einging[664]. Grotewohl berichtete dann ausführlich über die Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft und unterstrich, dass die Industrieproduktion bereits 56 Prozent des Niveaus von 1936 erreicht habe[665]. Anschließend präsentierte er einige Planziele des Halbjahrplanes, um auf die gestiegene Nachfrage nach Rohstoffen hinzuweisen. So seien für den vorgesehenen Anstieg der Industrieproduktion um

659 Bisher gibt es keine schlüssige Erklärung dafür, dass Ulbricht an diesem Moskau-Besuch nicht beteiligt war. Vgl. Kubina, „Was in dem einen Teil verwirklicht werden kann mit der Hilfe der Roten Armee, wird im anderen Teil Kampffrage sein.", S. 438.

660 Bonwetsch/Bordjugov, Die SED und die guten Erfahrungen der Sowjetunion, S. 96.

661 Memorandum Piecks und Grotewohls über den Wirtschaftsplan der sowjetischen Besatzungszone für 1948, in: Bonwetsch/Bordjugov, Die SED und die guten Erfahrungen der Sowjetunion, S. 98f.

662 Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 190–202.

663 Damit ist die Vermutung widerlegt, bei dem Gespräch der SED-Führung mit Stalin am 26. März 1948 sei es nicht um wirtschaftliche Fragen gegangen. So noch Bonwetsch/Bordjugov, Die SED und die guten Erfahrungen der Sowjetunion, S. 96.

664 Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation, f. 45, o. 1, d. 303, l. 24–49, Mitschrift des Gesprächs Stalins mit Pieck und Grotewohl am 26. 3. 1948 (19^{00} Uhr). Veröffentlicht in: Istoritscheskij Archiv, Nr. 2, 2002, S. 9–27, hier S. 18f.

665 Ebenda, S. 20.

zehn Prozent zusätzlich 250 000 Tonnen Walzgut und Stahl, 300 000 Tonnen Steinkohle, 22 000 Tonnen Baumwolle, 1 700 Tonnen Wolle, 3 000 Tonnen Leinen und 1 200 Tonnen Hanf erforderlich, erklärte Grotewohl dem Kremlchef. Geschickt lenkte der Ko-Vorsitzende der SED das Gespräch auf die Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG), denn er hielt es für notwendig, aus der SAG-Produktion 38 000 Tonnen künstliche Wolle und 5 000 Tonnen künstliche Seide abzuzweigen, um die ostdeutschen Wirtschaftsziele verwirklichen zu können. Grotewohl stellte damit keine direkten Forderungen auf, sondern versuchte Stalin nur die Zwangslage der ostdeutschen Wirtschaft deutlich zu machen. Eine Verbesserung der Wirtschaftslage in der SBZ war, so die nicht ausgesprochene Schlussfolgerung Grotewohls, ohne sowjetische Unterstützung bzw. ohne Abstriche bei den deutschen Reparationen für die Sowjetunion nahezu ausgeschlossen.

Grotewohl thematisierte in seinem Vortrag auch die angespannte Versorgungslage der Bevölkerung und betonte, dass der durchschnittliche Tagesverbrauch pro Kopf von 1 500 auf 2 600 Kalorien im Jahr 1950 erhöht werden müsste[666]. Aufgrund der starken Kriegszerstörungen in der Landwirtschaft sei dieses mittelfristige Ziel nur durch Lebensmittelimporte aus dem Ausland zu realisieren. Deshalb sei es dringend geboten, 280 000 Tonnen Getreide, 120 000 Tonnen Futter, 1 200 Tonnen Ölkuchen einzuführen. Außerdem bestehe bei der Versorgung mit Fleisch und Fetten ein Defizit von rund 400 000 Tonnen. Bei den Bedarfszahlen von Ölkuchen bohrte Stalin allerdings nach und vertrat die Meinung, dass Grotewohl „zu große Zahlen" nenne. Sofort räumte der SED-Vorsitzende „mögliche Fehler" ein, um jedoch anschließend auf weitere Versorgungsengpässe aufmerksam zu machen. So erklärte er, dass sich der Bedarf an stickstoffhaltigen Düngemitteln auf 150 000 Tonnen belaufen würde, den man aus der laufenden SAG-Produktion abdecken könne. Darüber hinaus sei es notwendig, zusätzlich 120 000 Tonnen Phosphate zu importieren, denn nur die Gewährung dieser Düngemittel garantiere eine „normale Ernte" im Jahr 1950[667]. Obwohl Grotewohl selber einräumte, dass die von ihm genannten Zahlen nur vorläufigen Charakter hätten, so bat er Stalin doch gleichzeitig darum, keine Reparationsentnahmen bei der Landwirtschaft durchzuführen.

Grotewohl sprach aber nicht nur die Versorgungsengpässe in der sowjetischen Besatzungszone sowie die erheblichen Reparationslasten an, sondern äußerte sich auch zu sicherheitspolitischen Themen. Auf die Frage Stalins nach dem Zustand der ostdeutschen Polizei unterbreitete Grotewohl der anwesenden sowjetischen Führung den Wunsch, Unterstützung bei der Ausbildung der Polizeieinheiten zu erhalten[668]. Der SED-Vorsitzende machte damit auf die nach wie vor bestehenden Rekrutierungsprobleme aufmerksam, denn die ostdeutsche Einheitspartei konnte nicht den Zielkonflikt lösen, einerseits für einen raschen personellen Ausbau der Polizeikräfte zu sorgen und dabei andererseits ausschließlich politisch zuverlässige Kader zu verwenden. Stalin, der zwar großes Interesse an der Polizeifrage bekundete, kam den SED-Vorsitzenden nur insoweit entgegen, als er die Bereitstellung

[666] Ebenda.
[667] Ebenda, S. 21.
[668] Ebenda, S. 22.

von Ausrüstungsmaterialien in Aussicht stellte. Zur Ausbildungsproblematik äußerte er sich dagegen überhaupt nicht und ließ Grotewohl somit im Regen stehen. Im Anschluss daran kam Grotewohl noch einmal auf das heikle Reparationsproblem zu sprechen und bat um strikte Einhaltung des abgesprochenen Reparationsplanes[669]. Anders seien Anreize für die Entwicklung von Produktionsinitiativen der Arbeiter nicht zu schaffen. Stalin stimmte dem deutschen Vorschlag, die DWK politisch zu stärken, unter der Bedingung zu, dass dadurch die Reparationszahlungen nicht beeinträchtigt werden. Grotewohl, der die DWK als Keimzelle einer zukünftigen Regierung bezeichnete, verwies darauf, dass die SED-Führung die Gründung eines Parlaments und einer Regierung zunächst einmal verschoben habe. Diesen Entschluss unterstützte Stalin, der zugleich aber anregte, „Surrogate" bzw. „Keime" einer staatlichen Zentralleitung zu schaffen. Des Weiteren sprach sich der sowjetische Diktator dafür aus, eine Verfassung durch „irgendein Organ des Volkskongresses" ausarbeiten zu lassen[670]. Dabei waren für ihn in erster Linie strategische Gesichtspunkte von Bedeutung: „Diese Verfassung sollte nicht sehr demokratisch sein, um die Leute nicht zu verschrecken, aber sie sollte schon demokratisch genug sein, dass sie die besten Elemente des Westens und des Ostens annehmen können."

Grotewohl trat im Gespräch mit Stalin äußerst diplomatisch auf, denn es ging letztlich um hochsensible Fragen, die das Verhältnis zwischen der UdSSR und der SBZ tangierten. Insgesamt gesehen gelang es ihm, nicht nur das Thema Reparationen, sondern auch Fragen anzusprechen, die die Wirtschaftsordnung in der sowjetischen Besatzungszone betrafen. So wollte er wissen, „ob es eine Möglichkeit [...] gibt, im nächsten Jahr einen Zwei- oder Dreijahresplan der Wirtschaftsentwicklung zu haben"[671]. Dagegen hatte Stalin grundsätzlich nichts einzuwenden, wollte dies aber vom weiteren Ausbau der DWK abhängig machen. Bei vielen Themen hielt sich der Kremlchef bedeckt und gab auf die Anfragen Grotewohls keine Antworten. Obwohl die beiden SED-Vorsitzenden zahlreiche kritische Punkte in Moskau angesprochen hatten, mussten sie doch mit weitgehend leeren Händen nach Ost-Berlin zurückkehren. Stalin war offensichtlich noch nicht bereit, einen Prozess in Gang zu setzen, der auf eine Staatsgründung hinauslief. Vieles deutet darauf hin, dass er sich trotz einer grundsätzlichen Zustimmung weiterhin alle Optionen offenhalten wollte. Auch Grotewohls Insistieren konnte den sowjetischen Diktator nicht aus der Reserve locken: „Um schwimmen zu lernen, muss man ins Wasser gehen." Darauf entgegnete Stalin der Gesprächsaufzeichnung nach etwas kryptisch: „Wir lernen alle [...]. Wir konnten früher auch nichts, aber dann haben wir es gelernt. Die Deutschen sind fähige Leute. Sie werden es nicht schlechter als wir lernen."

Während Grotewohl im Verlauf der Unterredung relativ gelassen erschien, war bei Pieck eine gewisse Unsicherheit nicht zu übersehen. Nachdem alle Fragen besprochen waren, erkundigte er sich nämlich bei Stalin, ob nach ihrer Rückkehr in Ost-Berlin die Reise in der Öffentlichkeit besprochen werden sollte. Bereits vor Reiseantritt hatte er mit Sokolowski vereinbart, die Mitglieder des SED-Zentral-

669 Ebenda, S. 23.
670 Ebenda.
671 Ebenda.

sekretariats über den Besuch in Moskau zu unterrichten. Stalin reagierte ziemlich desinteressiert und erklärte laut Protokoll, „dass das uns egal ist, ob sie die Reise verkünden oder nicht“[672]. Gleichzeitig spannte er Pieck etwas auf die Folter, indem er ein Argument nannte, das gegen eine Publizität sprach: „Für Sie wird Durchsichtigkeit vielleicht ein bisschen schädlich sein. Sie werden sagen, seht, sie sind nach Moskau gefahren, haben die Anweisung Moskaus erhalten, und es gibt nichts Eigenes bei den Sozialisten, sie handeln auf Anweisung.“ Kurz darauf schloss er die Debatte mit der Bemerkung: „Erörtern Sie das und entscheiden Sie selbst.“ Die kleine Episode sagt einiges aus über das ungleiche Verhältnis zwischen Stalin und der SED-Führung sowie über die Herrschaftstechnik des Kremlchefs, der Pieck und Grotewohl im Unklaren ließ und auf diese Weise die Abhängigkeit der beiden ostdeutschen Parteiführer nochmals unterstrich.

Die wirtschaftlichen Fragen, die der SED auf den Nägeln brannten, wurden vermutlich auch mit dem Minister für Außenhandel, Anastas I. Mikojan, am 31. März in einem Gespräch erörtert, über das allerdings kein Bericht vorliegt[673]. Ein weiteres Treffen fand im Übrigen am 29. März mit Suslow statt, bei dem es aber nur um die Gründung eines Sportverbandes in der sowjetischen Besatzungszone, um die Einführung des Faches „Wissenschaftlicher Sozialismus“ an den Universitäten und um eine Teilfinanzierung der SED aus Überschüssen der DEFA ging[674]. Ein Referent der ZK-Abteilung Außenpolitik der KPdSU (B) äußerte sich rückblickend positiv über den Besuch von Pieck und Grotewohl in der sowjetischen Hauptstadt. Dabei hob er besonders das gute Arbeitsverhältnis zwischen beiden Politikern hervor, das offensichtlich einen bleibenden Eindruck bei den sowjetischen Gastgebern hinterlassen hatte. Obwohl Grotewohl Pieck „als älteren Genossen“ sehr verehre, sei er doch sehr bestrebt, auch eigene politische Positionen zu vertreten[675]. Darüber hinaus stellte der sowjetische Referent allgemein eine weitere politische Annäherung Grotewohls an Moskau fest.

Das nächste Treffen zwischen Stalin und der SED-Führung fand am 18. Dezember 1948 in Moskau statt und fiel mitten in die erste Berlin-Krise, die sich oberflächlich betrachtet an der Währungsreformfrage entzündet hatte. Seit dem 24. Juni waren die Zufahrtswege zu den Westsektoren Berlins abgesperrt; der Westteil der Stadt konnte nur noch durch eine Luftbrücke versorgt werden. Die Sowjetunion stellte mit dieser Maßnahme, die ein letzter massiver Versuch war, die mittlerweile weit vorangeschrittene Gründung eines westdeutschen Staates zu verhindern, das Aufenthaltsrecht der drei Westmächte in der ehemaligen Reichshauptstadt grundsätzlich in Frage. Vor diesem Hintergrund muss der Besuch der SED-Führung in der sowjetischen Hauptstadt gesehen werden, die gleich zu Beginn des Gesprächs

672 Ebenda, S. 24.

673 Bonwetsch/Bordjugov, Die SED und die guten Erfahrungen der Sowjetunion, S. 96. Grotewohl hat nach dem Gespräch mit Mikojan eine zweiseitige Notiz angelegt, die inhaltlich jedoch sehr knapp gehalten ist. Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/471, Bl. 7f.

674 Aufzeichnung des Gesprächs zwischen Suslow und den SED-Vorsitzenden am 29. 3. 1948, in: Bonwetsch/Bordjugow, Die SED und die guten Erfahrungen der Sowietunion, S. 99–102. Vgl. dazu auch die äußerst knappen handschriftlichen Notizen Grotewohls über das Gespräch, in: SAPMO-BArch, NY 4090/471, Bl. 6.

675 Informationsbericht von G. Korotkewitsch vom 10. 4. 1948, in: Bonwetsch/Bordjugow, Die SED und die guten Erfahrungen der Sowietunion, S. 102–107, hier S. 106.

die Frage nach der weiteren Vorgehensweise in der Deutschlandproblematik aufwarf. Pieck betonte allgemein, dass die Lage in Deutschland kompliziert sei und dass die Einheitspartei „oft einen Rat" bräuchte[676]. Anschließend schilderte er aus seiner Sicht die politische Entwicklung in den Westzonen und betonte, dass es Aufgabe der SED sei, „eine breitere Basis für den Kampf um die Einheit Deutschlands zu schaffen"[677]. In dem Zusammenhang entwickelte sich eine Kontroverse zwischen dem SED-Vorsitzenden und dem sowjetischen Diktator über die Zukunft der Arbeitsgemeinschaft von SED und KPD. Während Pieck dafür plädierte, noch engere Beziehungen zwischen beiden Parteien aufzubauen, forderte Stalin eine neue taktische Vorgehensweise, bei der das ungleiche Bündnis nur noch konspirativ tätig werden sollte. Zur Begründung gab er an: „Bei der Aufrechterhaltung offener, zur Schau gestellter Verbindungen der SED zu Westdeutschland wird man die Kommunisten als russische Agenten betrachten. Um den Feinden diese Waffe aus der Hand zu nehmen, ist es notwendig, die Beziehungen zwischen der SED und der KPD der Westzonen offiziell zu beenden." Stalin schlug vor, Kommunisten in die westdeutsche SPD einzuschleusen, die dann „von innen heraus die SPD zu zersetzen beginnen"[678]. Bereits nach dem 2. SED-Parteitag im September 1947 war die Westarbeit neu organisiert worden, in deren Folge es nach enger Absprache mit der SMAD zu einer formellen Verselbständigung der KPD gekommen war[679]. Nach der Rückkehr der SED-Führung aus Moskau wurde die Arbeitsgemeinschaft SED/KPD schließlich am 3. Januar 1949 aufgelöst[680].

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen außerdem noch Wirtschaftsfragen, insbesondere zur Eigentumsordnung in der SBZ. Bei dieser Gelegenheit lehnte Stalin weitere Enteignungen ab, welche die SED in vorher eingereichten Papieren zur Sprache gebracht hatte[681]. Der sowjetische Diktator bremste den Drang der SED-Führung zur weiteren sozioökonomischen Umgestaltung und wies darauf hin, dass „der Weg zur Volksdemokratie" noch verfrüht sei[682]. Die Kontrolle über Privatbetriebe müsse auf andere Weise hergestellt werden. Stalin stellte keineswegs den bisher verfolgten politischen Kurs in der SBZ in Frage, sondern verlangte nur eine Änderung der taktischen Vorgehensweise. So erläuterte er den ostdeutschen Genossen, dass in Deutschland eine „komplizierte Lage" bestehe, die einen direkten Weg zum Sozialismus nicht zulasse – man müsse vielmehr einen Zickzackkurs zum Sozialismus verfolgen. Daher schlug er vor, ein Gesetz gegen Spekulation zu erlassen, mit dem einzelne Spekulanten bestraft werden könnten, die Gesamtgruppe der sogenannten Kapitalisten aber unangetastet bleiben sollte. Hinter diesem Vorstoß standen vermutlich bündnispolitische Überlegungen in Moskau, denn Stalin ging davon aus, dass ein solches Gesetz sowohl den Arbeitern als auch den Bauern gefallen werde. Bei Enteignungen der Privatbetriebe drohten nämlich

676 Zitiert nach der deutschen Übersetzung der Gesprächsmitschrift. Scherstjanoi/Semmelmann, Die Gespräche Stalins mit der SED-Führung, S. 148.
677 Ebenda, S. 150.
678 Ebenda, S. 151.
679 Kubina, „Was in dem einen Teil verwirklicht werden kann mit Hilfe der Roten Armee, wird im anderen Teil Kampffrage sein.", S. 436.
680 Ebenda, S. 446.
681 Scherstjanoi, SED-Agrarpolitik unter sowjetischer Kontrolle, S. 103.
682 Zitiert nach: Scherstjanoi/Semmelmann, Die Gespräche Stalins mit der SED-Führung, S. 154.

nach den Worten Stalins umfangreiche Entlassungen, so dass „die Anzahl der Schumacher-Anhänger unter den Arbeitern" wachsen werde. Der Kremlchef beließ es nicht dabei, sondern schob noch weitere Vorschläge nach, die alle darauf abzielten, den Handlungsspielraum der Großbauern zu verkleinern. In dem Zusammenhang nannte er ein Landarbeiterschutzgesetz[683] sowie die restriktive Vergabe von Benzin.

Breiten Raum nahmen in der Spitzenunterredung auch noch Themen ein, die die Parteiarbeit, die Entwicklung der Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) in der Landwirtschaft und die Industrie- und Handelskammern (IHK) betrafen. Dabei fällt auf, dass sich Grotewohl mit Äußerungen sehr zurückhielt. Während er bei der Reise im Mai 1948 gemeinsam mit Pieck das Wort geführt und vor allem wirtschaftspolitische Probleme gegenüber Stalin angesprochen hatte, schaltete er sich Ende 1948 nur in wenigen Fällen in die Diskussion ein. Ansonsten überließ er das Feld Pieck und Ulbricht, der nunmehr offen für sich beanspruchte, auf ostdeutscher Seite zu wirtschaftspolitischen Fragen Stellung zu beziehen. Erst als Stalin die Bildung einer ostdeutschen Regierung als Antwort auf eine Regierungsbildung in Westdeutschland in Aussicht stellte, meldete sich Grotewohl mit einem inhaltlich substanziellen Beitrag zu Wort[684]. Der sowjetische Diktator hatte sich dafür ausgesprochen, eine mögliche ostdeutsche Regierung als provisorische deutsche Regierung zu bezeichnen, um deutlich zu machen, dass dies nur bis zur Vereinigung Deutschlands gelte. In diesem Zusammenhang stellte Stalin die Frage, ob die SED-Führung Angst vor dem Ausgang freier Wahlen habe. Daraufhin riet Grotewohl von einer sowjetischen Intervention zugunsten der SED ab, z. B. durch Anordnung einer einheitlichen Wahlliste, denn diese Maßnahme würde keinen guten Einfluss auf den Westen haben. Es müsse vielmehr im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien eine Übereinkunft erzielt werden, und zwar ohne direkte Einmischung der SMAD. Des Weiteren sprach sich Pieck dafür aus, die ostdeutsche Regierung nicht aus Wahlen hervorgehen zu lassen, sondern von einer „Volkskammer" bilden zu lassen, die sich aus Vertretern der Landtage und der gesellschaftlichen Organisationen zusammensetzen sollte. Bei dieser Variante würde die SED etwa 55 Prozent der Stimmen haben[685]. Die sowjetische Führung wollte aber bei der Regierungsbildung nicht den gesamtdeutschen Anspruch unter den Tisch fallen lassen und bestand darauf, dass der Volksrat in diesen Prozess eingebunden werden müsse. Nach Ansicht von Grotewohl konnte dagegen eine gesamtdeutsche Regierung, von der bis dahin noch keine Rede gewesen war, nur durch die gemeinsame Beteiligung von Volksrat und DWK zustande kommen[686].

Die Unterredung bei Stalin, die fast vier Stunden dauerte, wechselte zwischen wichtigen, allgemeinpolitischen Themen und Detailfragen hin und her. So wurde beispielsweise noch die Reorganisation der Parteispitze (Politbüro und kleines Sekretariat) und die Bildung von Sicherheitsorganen in der SBZ besprochen, wobei

683 Dazu ausführlicher: Bauer, Blockpolitik und Agrarrevolution von oben, S. 316–326; Scherstjanoi, SED-Agrarpolitik unter sowjetischer Kontrolle, S. 128–145.
684 Scherstjanoi/Semmelmann, Die Gespräche Stalins mit der SED-Führung, S. 154.
685 Ebenda, S. 161.
686 Ebenda, S. 162.

Ulbricht großen Wert darauf legte, die Erlaubnis zum Aufbau von deutschen „Staatssicherheitsorganen" zu erhalten[687]. Wenig später regte Pieck die Aufnahme der SED in die Kominform an, wobei Stalin die demonstrative Frage stellte, ob es für die ostdeutsche Einheitspartei sinnvoll sei, dem Bündnis der kommunistischen Arbeiterparteien zu diesem Zeitpunkt beizutreten[688]. Pieck reagierte stark verunsichert und bat den sowjetischen Diktator um eine Stellungnahme. Zwischen diesen beiden Themenkomplexen wurde noch schnell über die Tagesordnung für die erste SED-Parteikonferenz beraten, die vom 25. bis 28 Januar 1949 in Ost-Berlin stattfinden sollte. Pieck erläuterte, dass auf dieser Veranstaltung ein Referat Grotewohls „zur Festigung der SED" vorgesehen sei[689]. Der Titel des Referats musste geändert werden, denn Stalin gab zu bedenken, dass ansonsten der Eindruck entstehen könnte, dass die Partei schwach und nicht gefestigt sei. Dem Einwand wurde Rechnung getragen: Pieck schlug eine neue Überschrift[690] vor, gegen die Stalin nichts mehr einzuwenden hatte.

Grotewohl in Karlshorst

Bereits als Vorsitzender des Zentralausschusses der SPD hatte Grotewohl intensiven Kontakt zur SMAD in Karlshorst. So führte er beispielsweise am 4. September 1945 Verhandlungen mit Generalleutnant Bokow über die Herausgabe parteieigener Zeitungen[691]. Dabei ging es sowohl um die Auflagenhöhe, als auch um das Format der Zeitung ‚Das Volk' sowie der Zeitungen der SPD-Landes- bzw. Provinzialvorstände. Grotewohl nutzte vermutlich die in unregelmäßigen Abständen stattfindenden Besprechungen in Karlshorst aber auch dazu, um über seine Reisen in Länder und Provinzen der SBZ zu berichten, bei denen er sich einen direkten Eindruck über den Aufbau der Parteigliederungen verschaffte[692]. Auf diesem Wege hoffte er, auf Versorgungsengpässe bei der Verteilung von Papier oder anderen Sachmitteln hinweisen zu können, die für die Parteiarbeit vor Ort dringend benötigt wurden. Da die SMAD sehr aufmerksam die öffentlichen Auftritte sozialdemokratischer Spitzenpolitiker verfolgte, war Grotewohl des Öfteren gefragt, um Missverständnisse aus dem Weg zu räumen. So hatte sich Friedrich Ebert nach Angaben der sowjetischen Militäradministration in Potsdam missverständlich zur Schuldfrage der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg geäußert, was Grotewohl unter Verweis auf ein Entlastungsschreiben der dortigen SPD-Kreisleitung entkräften konnte[693]. Seine guten Beziehungen zur SMAD-Führung setzte Grotewohl auch für private Ziele ein, etwa bei der Entlassung seines Sohnes Hans aus der englischen Kriegsgefangenschaft[694]. Im Vorfeld der Zwangsvereinigung von SPD und KPD häuften sich die Gespräche Grotewohls in Karlshorst, bei denen er

687 Ebenda, S. 163.
688 Ebenda, S. 164f.
689 Ebenda, S. 163f.
690 Diese Veränderung wurde sofort in das Tagungsprogramm übernommen. Vgl. Protokoll der 1. Parteikonferenz, S. 5.
691 SAPMO-BArch, NY 4090/314, Bl. 2, Grotewohl am 5. 9. 1945 an Bokow.
692 Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/314, Bl. 5, Grotewohl am 27. 9. 1945 an Kotikow.
693 SAPMO-BArch, NY 4090/314, Bl. 12, Grotewohl am 14. 10. 1945 an Bokow.
694 SAPMO-BArch, NY 4090/314, Bl. 16, Grotewohl am 6. 12. 1945 an Schukow.

sich durchaus kritisch zum Verhalten einzelner Kommandanten äußerte, die versucht hatten, gewaltsamen Druck auf einzelne SPD-Funktionäre auf lokaler Ebene auszuüben[695]. Schließlich waren auch allgemeine humanitäre Fragen Gegenstand der Unterredungen in der SMAD-Zentrale. In dem Zusammenhang bemühte er sich, einen Kontakt zwischen Karlshorst und dem Internationalen Roten Kreuz herzustellen, um etwa dringend benötigte Lebensmittel und Medikamente in die Mark Brandenburg liefern zu lassen[696].

Ein weiteres zentrales Thema war die Kriegsgefangenenproblematik, die die SED-Führung unter Zugzwang setzte, denn bei den westlichen Besatzungsmächten setzten die Entlassungswellen sehr viel früher ein als bei der sowjetischen. Die Abteilung Werbung, Propaganda und Rundfunk des SED-Parteivorstandes befürchtete deshalb Anfang 1948 negative Auswirkungen auf das Stimmungsbild in der ostdeutschen Bevölkerung[697]. Neben der Besatzungspolitik belastete der sowjetische Umgang mit den Kriegsgefangenen das Ansehen von SMAD und SED in der deutschen Öffentlichkeit. Dabei befanden sich die beiden Vorsitzenden Pieck und Grotewohl in einem Dilemma, denn sie mussten die brisante Frage diplomatisch in Karlshorst ansprechen, ohne einen offenen Konflikt zu riskieren. Anlässlich des Gesprächs mit Stalin in Moskau am 18. Dezember 1948 versuchte Grotewohl auf die Bedeutung der Kriegsgefangenenfrage in der Propagandaschlacht des Kalten Krieges hinzuweisen, allerdings ohne Erfolg. Molotow erklärte, „dass man über diese Angelegenheit nachdenken" müsse[698]. Deshalb vermied es Grotewohl, auf eine grundsätzliche Klärung der Frage in Karlshorst zu drängen. Stattdessen setzte er sich für einzelne Kriegsgefangene ein, deren Freilassung er in Karlshorst beantragte, wobei es sich allerdings häufig um Angehörige prominenter SED-Genossen handelte[699]. Vereinzelt bemühte sich Grotewohl auch noch 1947 darum, Hilfsgesuchen von ehemaligen sozialdemokratischen Parteifreunden aus Braunschweig nachzukommen[700].

Eine vollständige Aufstellung von Grotewohls Gesprächen in Karlshorst ist nicht möglich, weil seine Notizkalender erhebliche Lücken aufweisen. Daher müssen ergänzend andere Quellen hinzugezogen werden, insbesondere die sogenannten Pieck-Notizen, die aber unter anderem den Nachteil besitzen, dass sie nicht bei jeder festgehaltenen Sitzung alle Teilnehmer namentlich erfasst haben. Insofern kann an dieser Stelle nur eine unvollständige quantitative Erhebung präsentiert werden. Bei der Auswertung der angegebenen Quellen, d. h. der Kalendernotizen Grotewohls und der veröffentlichten Niederschriften Piecks, lassen sich für das Jahr 1946 insgesamt drei Besprechungen festmachen, an denen Grotewohl nachweislich teilgenommen hat. Die Anzahl der Treffen stieg demzufolge in den fol-

695 Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/314, Bl. 28, Grotewohl am 6. 3. 1946 an Bokow.
696 SAPMO-BArch, NY 4090/314, Bl. 34, Grotewohl am 10. 4. 1946 an Bokow.
697 SAPMO-BArch, NY 4090/308, Bl. 53 f., SED-Hausmitteilung vom 13. 1. 1948 an Grotewohl.
698 Zitiert nach: Scherstjanoi/Semmelmann, Die Gespräche Stalins mit der SED-Führung, S. 165.
699 So z. B. im Fall der beiden Söhne des Präsidenten des thüringischen Landtags, August Fröhlich. SAPMO-BArch, NY 4090/57, Bl. 277, Grotewohl am 27. 5. 1947 an Tjulpanow.
700 SAPMO-BArch, NY 4090/58, Bl. 312, Grotewohl am 18. 10. 1947 an den Stadtdirektor von Eschershausen (Kreis Holzminden), August Klages.

genden Jahren an: von 7 (1947)[701], 13 (1948)[702] auf 15 (1949)[703]. Aus den überlieferten Schriftwechseln zwischen Grotewohl und der SMAD geht allerdings hervor, dass er wesentlich öfter in Karlshorst war. Vermutlich hat er in erster Linie die Gespräche in seinem Notizkalender vermerkt, die er alleine in Karlshorst führte. Außerdem lässt sich feststellen, dass im Zusammenhang mit Moskau-Reisen der SED-Führung sowie anderen Großveranstaltungen (Parteitag, Parteikonferenz) die Anzahl der deutsch-sowjetischen Gespräche in Karlshorst zunahm. Dieses Ergebnis überrascht kaum, denn es ging dabei schließlich um die sorgfältige Planung und Abstimmung zwischen der SED-Führung und der SMAD.

Zwischen Zwangsbewirtschaftung und beginnender Planwirtschaft

Die ersten Nachkriegsjahre waren in der sowjetischen Besatzungszone von der Zwangsbewirtschaftung und dem beginnenden Übergang zur Planwirtschaft geprägt. Dieser Prozess vollzog sich jedoch nicht geradlinig und setzte nicht gleich nach Ende des Zweiten Weltkrieges ein. Dennoch gab es in der unmittelbaren Nachkriegszeit einige Weichenstellungen, die die weitere Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft nachhaltig prägten. Dazu zählten insbesondere die Bodenreform, die Sequestrierung und Beschlagnahmung von Bankguthaben sowie die sogenannte Industriereform, bei der die Schwerindustrie enteignet und verstaatlicht wurde. Damit war aber noch nicht automatisch die Ausformung des planwirtschaftlichen Systems verbunden, das sich erst im Verlauf der fünfziger Jahre zu einem komplexen und ausdifferenzierten Lenkungssystem herausbildete. Am Anfang stand die Zwangsbewirtschaftung durch die sowjetische Besatzungsmacht, die in ihrer Zone die uneingeschränkte Herrschaftsgewalt besaß und die Rahmenbedingungen für die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung festlegte. Dies galt im Übrigen auch für die drei westlichen Besatzungsmächte in den Westzonen. Kurz nach Kriegsende erließ die SMAD einen Lohn- und Preisstopp. Darüber hinaus nahm sie beträchtliche Eingriffe in die Eigentumsordnung vor, die sich nicht nur auf den primären Sektor beschränkten. Zahlreiche Betriebe der Grundstoff- und Schwerindustrie wurden beschlagnahmt[704]. Große Teile der mittelständischen Industrie gingen in Staatsbesitz über. Die im Sommer 1946 gebildeten Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) arbeiteten vorwiegend im Rahmen des Reparationsprogramms der UdSSR[705]. Welche Rolle spielte Grotewohl in dieser sozioökonomischen Transformationsphase? Vertrat er eigene wirtschaftspolitische Ansichten in der SED oder passte er sich weitgehend den Vorstellungen der früheren Kommunisten an?

Während Grotewohl seit den zwanziger Jahren als Sozialpolitiker sehr aktiv gewesen war, musste er sich nach 1945 in wirtschaftspolitische Themen ganz neu

[701] SAPMO-BArch, NY 4090/9, Bl. 131–185, Notizkalender Grotewohls für 1947; Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 97–187.
[702] SAPMO-BArch, NY 4090/9, Bl. 186–255, Taschenkalender Grotewohls für 1948; Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 187–274.
[703] SAPMO-BArch, NY 4090/9, Bl. 256–327, Notizkalender Grotewohls für 1949; Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 274–322.
[704] Steiner, Von Plan zu Plan, S. 40.
[705] Karlsch/Bähr, Die Sowjetischen Aktiengesellschaften, S. 214.

einarbeiten. Dies galt umso mehr nach der SED-Gründung: Fortan saß er nämlich mit ehemaligen Kommunisten in der Führungsspitze der Partei zusammen[706], die dezidierte Vorstellungen über die zukünftige Wirtschaftsordnung in der SBZ hatten. Eine erste Kostprobe seiner Lernfähigkeit lieferte Grotewohl am 16. Juli 1946 vor dem SED-Parteivorstand, als es um den Volksentscheid in Sachsen über die Enteignung der Großbetriebe von „Kriegsverbrechern und Naziaktivisten" ging. Dabei hatten sich nach offiziellen Zahlen am 30. Juni 2,6 Millionen (77,6 Prozent) für und 571 000 (16,5 Prozent) gegen die Enteignung ausgesprochen. Vor den versammelten Parteivorstandsmitgliedern attackierte Grotewohl die CDU-Führung unter Jakob Kaiser und Ernst Lemmer, die ein Einspruchsrecht für die Betroffenen forderte. Das sei ein „unverschämter politischer Angriff" auf den Volksentscheid, der auf diese Weise „torpediert und durchlöchert" werde[707]. Grotewohl sprach sich für eine Aussprache im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien aus, um „diese merkwürdige Auffassung der CDU über die Wertung demokratischer Prinzipien in Sachsen in das entsprechende Licht setzen" zu können. Damit wies er die rechtsstaatlichen Bedenken der Christdemokraten gegen die Verstaatlichung der schwerindustriellen Betriebe zurück[708].

Obwohl sich Ulbricht schon bald als wirtschaftspolitischer Experte im Zentralsekretariat herauskristallisierte, der Max Fechner immer mehr an den Rand drängte, war Grotewohl über die ökonomische Entwicklung in Ostdeutschland gut unterrichtet. Als der Erste Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD, Konstantin I. Kowal, auf einer Konferenz am 24. Januar 1947 den Präsidenten und Vizepräsidenten der Zentralverwaltungen mitteilte, dass diese ab dem I. Quartal 1947 die volle Leitung über einige zentrale Industriezweige übernehmen sollten[709], erhielt Grotewohl umgehend ein Protokoll der Sitzung zur Information. Darüber hinaus schaltete er sich in Debatten innerhalb der SED-Führung ein, die im Zusammenhang mit Reparationen und Demontagen standen. Hier sah er zu Recht das Ansehen der Einheitspartei stark gefährdet und setzte sich ab 1947/48 sehr vorsichtig für einen Strategiewechsel bei der SMAD ein. Auf der anderen Seite reagierte er allerdings nicht auf entsprechende Anfragen von einzelnen SED-Kreisleitungen, wenn es sich um Betriebe handelte, die von erheblicher Bedeutung für die sowje-

[706] Im Zentralsekretariat waren Fechner und Ulbricht gemeinsam für die Landes- und Wirtschaftspolitik zuständig. Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale, S. 26. Das Verhältnis zwischen beiden Politikern muss besonders schwierig gewesen sein, denn Ulbricht habe Fechner stets seine politische und intellektuelle Überlegenheit spüren lassen. Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 181.

[707] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/6, Bl. 160, Stenographische Niederschrift über die 4. Tagung des SED-Parteivorstandes am 16./17. 7. 1946.

[708] Die CDU hatte auf der Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien am 9. 7. 1946 eine entsprechende Einspruchsverordnung eingebracht. Suckut (Hrsg.), Blockpolitik, S. 157f. Diese war von der SMAD nicht gebilligt worden. Daraufhin legte die Partei einen neuen Entwurf vor, der eine Überprüfung „in Fällen unverkennbaren Fehlentscheids" vorsah. Ebenda, S. 161.

[709] Dabei handelte es sich um folgende Bereiche: Chemische Industrie, Erzeugung medizinischer Instrumente, Chemisch-pharmazeutische Industrie, Gummi- und Asbesterzeugung, Baumaterialienindustrie, Holzverarbeitende Industrie, Leichtindustrie, Erzeugung für Kulturbedarf und Teile der Lebensmittelindustrie. SAPMO-BArch, NY 4090/314, Bl. 44–51, Konferenzbericht (o. D., o. Verf.)

tische Besatzungsmacht waren[710]. Hier ging er einem möglichen Konflikt von vornherein aus dem Weg. Dagegen hatte er offensichtlich keine großen Bedenken, Privatbetriebe unter Sequester zu stellen. So empfahl er dem sächsischen Ministerpräsidenten Anfang 1947, einen Betrieb zu liquidieren. Auftretende juristische Schwierigkeiten sollte Dr. Friedrichs, ebenfalls ein alter Sozialdemokrat, „in geeigneter Weise" beheben[711].

Grotewohl beteiligte sich auch am personalpolitischen Neuaufbau der für Wirtschaftsfragen zuständigen Zentralverwaltungen. So hatte etwa der geschäftsführende Präsident der Deutschen Zentralverwaltung der Brennstoffindustrie, Gustav Sobottka (SED), die beiden SED-Vorsitzenden um Mithilfe bei der Übernahme von „politisch zuverlässigen" Fachkräften gebeten[712]. Bisher sei es ihm nicht gelungen, die bürgerlichen Mitarbeiter seines am 12. September 1946 von der SMAD entlassenen Vorgängers, Ferdinand Friedensburg (CDU)[713], durch „geeignete Genossen" zu ersetzen. Sobottka begründete seinen Vorstoß mit dem eindringlichen Hinweis, er müsse sämtliche Verwaltungsarbeit alleine erledigen, da er nicht wolle, „dass mir die Herrschaften Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten bereiten". Es sei unmöglich, eine Verwaltung zu leiten, die „zu 80 und mehr Prozent aus Elementen [aufgebaut wurde], die dem gegenwärtigen Staat feindlich gegenüber stehen". Nachdem ein erster Versuch fehlgeschlagen war, einen Verwaltungsjuristen zu gewinnen, der sein Vertrauen hatte, aber in der mecklenburgischen Landesverwaltung unabkömmlich schien, wandte er sich nunmehr an Pieck und Grotewohl. Diese sollten einen entsprechenden Kaderbeschluss im Zentralsekretariat herbeiführen. Dabei wollte er sich sogar über Ulbricht hinwegsetzen, der in diesem Einzelfall eine Abberufung abgelehnt hatte. Damit hatte Sobottka offensichtlich Erfolg, denn wenige Tage später antwortete das Büro Grotewohl und erklärte, die Angelegenheit sei im Zentralsekretariat besprochen und bereits Verhandlungen mit der Landesregierung in Schwerin aufgenommen worden[714]. Sobottka intervenierte im Übrigen nicht nur in kaderpolitischen Angelegenheiten bei der SED-Führung, sondern versuchte auch, die Demontage einzelner Kohlebetriebe hinauszuzögern, um die Energieversorgung in der SBZ sicherzustellen[715].

Der wirtschaftliche Wiederaufbau wurde in den ersten Nachkriegsjahren vor allem durch drei Faktoren belastet: Sowohl die unkontrollierten Demontagen als auch die willkürlichen Beschlagnahmungen durch die sowjetische Besatzungsmacht legten die Produktion ganzer Wirtschaftsbranchen lahm[716]. Hinzu kamen die Kriegszerstörungen, die zwar insgesamt gesehen niedriger als in den Westzo-

[710] Das galt z. B. für die Zeiss-Betriebe in Jena. Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/337, Bl. 42–46, FDGB-Bundesvorstand am 26. 10. 1946 an Bokow; ebenda, Bl. 62, Notiz über Telefonat mit der SED-Kreisleitung in Jena vom 10. 1. 1947.

[711] SAPMO-BArch, NY 4090/57, Grotewohl am 29. 1. 1947 an Dr. Friedrichs.

[712] SAPMO-BArch, NY 4090/341, Bl. 1, Sobottka am 25. 1. 1947 an Pieck und Grotewohl.

[713] Friedensburg, Es ging um Deutschlands Einheit, S. 92.

[714] SAPMO-BArch, NY 4090/341, Bl. 2, Büro Grotewohl am 29. 1. 1947 an Sobottka.

[715] SAPMO-BArch, NY 4090/337, Bl. 76, Sobottka am 15. 2. 1947 an Grotewohl. Daraufhin schlug Bruno Leuschner vor, durch die Parteispitze einen Demontageaufschub um zwei Monate zu beantragen. Ebenda, Bl. 76, SED-Hausmitteilung der Abt. Wirtschaft (Leuschner) vom 18. 2. 1947 an das Sekretariat Ulbricht/Fechner, Grotewohl und Pieck.

[716] Steiner, Von Plan zu Plan, S. 44.

nen waren, in einzelnen Branchen jedoch ungleich höher lagen[717]. Vor dem SED-Parteivorstand forderte Grotewohl eine Steigerung der Arbeitsproduktivität in den verstaatlichten Betrieben. Die Tatsache, dass von den 3 000 bis 4 000 Betrieben, die sich in landeseigener Verwaltung befänden, der größte Teil unprofitabel arbeite, sei untragbar „für die Gesamtentwicklung unserer wirtschaftlichen Ideen"[718]. Damit spielte Grotewohl auf die nach wie vor bestehenden Privatbetriebe an, die eine höhere Leistung an den Tag legen würden. Der Ko-Vorsitzende der SED verknüpfte den Ausgang des Wettbewerbs zwischen verstaatlichten und privaten Betrieben mit dem politischen Überleben der SED: Wenn es nicht gelinge, „den Beweis für die Richtigkeit unserer wirtschaftlichen Auffassung zu erbringen, d. h. wenn es uns nicht gelingt, den Arbeitswillen unserer Arbeiter entsprechend zu steigern, so werden wir einen ideologischen und tatsächlichen Rückschlag erleiden, den wir dann nur sehr schwer werden überwinden können".

Grotewohl wurde auch über die Demontagearbeiten auf dem Laufenden gehalten. Dabei bekam er sowohl Demontagepläne und -listen[719] als auch einzelne Berichte von Inspektoren vorgelegt, die im Auftrag der SED entsprechende Betriebe besuchten und anschließend einen ausführlichen Bericht für die SED-Führung anfertigten. So wurde Grotewohl etwa über die katastrophalen Zustände im Kreis Borna Ende März 1947 unterrichtet[720]. Dort waren auf Befehl der SMA Sachsen ca. 16 000 Arbeiter zur Demontage der Schwefelwerke Regis-Breitingen zusammengezogen worden. Die Arbeiter, die zuvor von verschiedenen sächsischen und thüringischen Arbeitsämtern mobilisiert wurden, waren mehrheitlich Vertriebene, Heimkehrer, entlassene Kriegsgefangene sowie Jugendliche. Da entsprechender Wohnraum fehlte, mussten viele in notdürftigen Massenquartieren untergebracht werden, was zur schnellen Verschlechterung der Stimmungslage beitrug. Die ungeklärte Unterbringungsfrage führte unter anderem dazu, dass zahlreiche Arbeiter in ihre Heimatorte zurückkehrten. Außerdem listete der Bericht Versorgungsengpässe bei Arbeitskleidung und Medikamenten auf. Abschließend empfahl der Autor des Berichts dem SED-Landessekretariat, einen Parteifunktionär in das Demontagegebiet zu entsenden, der dort für einen längeren Zeitraum die Betriebsgruppenarbeit durchführen solle, um „systematisch die Partei- und Gewerkschaftsarbeit wieder auf das richtige Gleis zu bringen"[721]. Zur Begründung verwies er darauf, dass bei Diskussionen unter den Arbeitern und der einheimischen Bevölkerung in erster Linie die SED für die Missstände verantwortlich gemacht werde.

Obwohl der Inspektionsbericht keine unmittelbaren Folgen hatte, trug er doch langfristig mit dazu bei, dass bei der SED-Führung ein Lernprozess einsetzte. Letzter Auslöser waren die immer zahlreicheren Berichte über die katastrophalen

[717] Das betraf etwa den Flugzeugbau, die elektrotechnische Industrie, den Druck- und Werkzeugmaschinenbau sowie die Holzindustrie. Steiner, Von Plan zu Plan, S. 22.

[718] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/16, Bl. 10, Stenographische Niederschrift der 9. Sitzung des SED-Parteivorstandes am 14. 2. 1947.

[719] Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/337, Bl. 81–85, Demontageplan (Stichtag: 28. 8. 1947); ebenda, Bl. 93–95, Bericht der DWK-Hauptverwaltung Metallurgie vom 21. 7. 1949 über die wichtigsten demontierten Anlagen der metallurgischen Industrie.

[720] SAPMO-BArch, NY 4090/337, Bl. 79f., Bericht Erich S. vom 29. 3. 1947.

[721] Ebenda, Bl. 80.

Arbeits- und Lebensbedingungen im Uranbergbau im Erzgebirge. Nachdem sich der SED-Landesvorstand Sachsen am 30. Juli 1947 hilfesuchend an die Berliner Parteiführung gewandt hatte[722], beschäftigte sich das Zentralsekretariat verstärkt mit den unhaltbaren sozialen Verhältnissen in der Wismut AG. In einer Vorlage für Grotewohl fasste Helmut Lehmann am 12. August die chaotischen Zustände im Uranbergbau kurz und prägnant zusammen: So seien vielfach „körperlich und gesundheitlich ungeeignete Personen" zur Arbeit eingewiesen worden[723]. Die Verpflegung und Unterbringung sei angesichts der schweren Arbeit „völlig unzulänglich". Zugesagte Lebensmittelzuteilungen würden die in den Urangruben eingesetzten Arbeiter oftmals nicht erreichen. Hinzu komme, dass der „größte Teil der Beschäftigten berufsfremd" eingesetzt werde. Die mit der gesundheitlichen Versorgung beauftragten Ärzte hätten zudem Anweisung erhalten, „entgegen ihrer Überzeugung die von ihnen Untersuchten für arbeitsfähig zu erklären, obwohl sie es nicht sind". Da die Arbeitsämter laufend neue Arbeitskräfteanforderungen erhielten und die Zahl der Freiwilligen sehr gering sei, würden mittlerweile Arbeitskräfte „aus den Betrieben und Büros" zu der schweren Arbeit untertage herangezogen. Nach Einschätzung Lehmanns blieben die für die SED negativen politischen Auswirkungen keineswegs nur auf das Erzgebirge beschränkt, sondern hatten bereits die gesamte SBZ erfasst.

Ungefähr ab Herbst 1947 setzte sich zuerst auf deutscher, dann auch auf sowjetischer Seite die Erkenntnis durch, dass die bisher praktizierte Arbeitseinweisung beträchtliche Folgen für das Herrschaftssystem der SED hatte und deshalb durch wirtschaftliche Anreize zu ersetzen war. Mit Hilfe einer verbesserten Entlohnung, eines zusätzlichen Prämiensystems, einer besseren Versorgung mit Wohnraum und Gütern des täglichen Bedarfs sollten zukünftig Arbeiter für den Uranbergbau gewonnen werden. Letztlich hatten die zahlreichen Proteste gegen die soziale Lage vieler Wismut-Arbeiter zu diesem Politikwechsel geführt[724], auch wenn die SMAD zunächst die Notwendigkeit für einen Einsatz neuer arbeitsmarktpolitischer Instrumente noch nicht ganz einsah. Noch Ende August 1947 beklagte sich ein Vertreter der sowjetischen Besatzungsmacht darüber, dass die Einweisungen zur Wismut AG „zu langsam vor sich gehen"[725]. Falls die neue Politik keine Erfolge zeitige, müsse wieder zur Zwangseinweisung geschritten werden. Einen qualitativen Wandel brachte in dieser wichtigen Frage erst der SMAD-Befehl Nr. 234 über „Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter und Angestellten in der Industrie und im Verkehrswesen" vom 9. Oktober 1947[726]. In der Folgezeit bestand die SMAD nicht mehr in dem Maße auf dem Instrument der Arbeitseinweisung und ließ den verantwortlichen deutschen Stellen relativ freie Hand bei der Erprobung verschiedener Werbemaßnahmen. Auch auf sowjetischer Seite schien sich die Erkenntnis durchzusetzen, dass die Steigerung der Arbeitsproduktivität in den Betrieben sehr

722 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.027/25, Bl. 5.
723 SAPMO-BArch, NY 4090/359, Bl. 4. Erstmals zitiert bei Hoffmann, Aufbau und Krise der Planwirtschaft, S. 131.
724 Ausführlicher hierzu: Hoffmann, Aufbau und Krise der Planwirtschaft, S. 126–153.
725 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.027/25, Bl. 54f.
726 Abgedruckt in: ‚Arbeit und Sozialfürsorge' 2 (1947), S. 452f.

viel besser auf dem Weg freiwilliger Anwerbung als über Zwangsmaßnahmen zu erreichen war.

Im Laufe des Jahres 1947 entwickelte sich Grotewohl zum Ansprechpartner für mittelständische Unternehmer und Betriebsinhaber, die zu den Verlierern der wirtschaftlichen Neuordnung in der SBZ gehörten. So protestierte die thüringische Handwerkskammer beim SED-Vorsitzenden gegen das geplante Berufsausbildungsgesetz, bei dem die Wünsche der Kammer nicht berücksichtigt worden seien[727]. Der Widerspruch bezog sich sehr wahrscheinlich darauf, dass sich die Handwerkskammer bei der Gründung von Ausbildungswerkstätten nicht angemessen vertreten sah[728]. Während die SED-Führung um eine einvernehmliche Lösung mit den Handwerkskammern bemüht war, strich die SMAD die neu getroffenen Vereinbarungen wieder aus dem Entwurf heraus[729]. Nachdem Merker, der zusammen mit Lehmann im Zentralsekretariat für die Sozialpolitik zuständig war, erfolglos in Karlshorst protestiert hatte, trat die ursprüngliche Fassung vom Frühjahr 1947 in Kraft, die zwischen den SED-Landtagsfraktionen und der Berliner Parteizentrale ausgehandelt worden war.

Grotewohl versuchte allem Anschein nach zwischen den Handwerkern und der Einheitspartei zu vermitteln: So traf er sich am 18. August 1947 mit den im Beirat für Handwerkerfragen organisierten Handwerkskammerpräsidenten, die sich darüber beklagten, dass sie „in den verschiedensten Fragen des Handwerks zu wenig gehört werden"[730]. Der SED warfen sie generell vor, dass sie „in Handwerkerfragen nicht eindeutig genug sei". Dagegen wies Grotewohl auf die öffentlichen Stellungnahmen der Partei in dieser Frage, die Bildung des Beirats sowie auf die Schaffung einer Handwerkerzeitschrift hin, um deutlich zu machen, dass die SED das Problem sehr wohl erkannt habe. Im Verlauf der Unterredung wurde vereinbart, dass durch gutachterliche Anhörung des Beirats seine Autorität gestärkt werden sollte, wobei eine inhaltliche Präzisierung ausblieb[731]. Außerdem sollte überprüft werden, ob im Zentralsekretariat, in den Zentralverwaltungen und in der Landesregierung „wirklich sachverständige Genossen" die Handwerkerfragen bearbeiten. Darüber hinaus ging es aber auch um die Lösung von Versorgungsengpässen: So sollten die von den Handwerkern benötigten Rohmaterialien nicht mehr über die Konsumgenossenschaften, sondern über die Handwerkergenossenschaften geliefert werden. Auch über die zum Teil großen Zahlungsverpflichtungen der sowjetischen Besatzungsmacht gegenüber zahlreichen Handwerksbetrieben wurde diskutiert. Diese sollten zunächst einmal aufgelistet und dann der SMAD übergeben werden. Des Weiteren sagte Grotewohl den verärgerten Handwerksvertretern zu,

[727] SAPMO-BArch, NY 4090/299, Bl. 12, Telegramm der Handwerkskammer Thüringen am 24.11.1947 an Grotewohl.

[728] Vgl. ebenda, Bl. 11, Entwurfsantrag der SED-Landtagsfraktionen für ein Berufsausbildungsgesetz. Der Entwurf war bereits von den zuständigen Experten im Zentralsekretariat (Lehmann, Merker und Ackermann) gebilligt worden. Ebenda, Bl. 10, SED-Hausmitteilung der Abt. Jugend vom 15.3.1947 an Pieck und Grotewohl.

[729] SAPMO-BArch, NY 4090/299, Bl. 13, SED-Hausmitteilung Merkers vom 27.11.1947 an Grotewohl.

[730] SAPMO-BArch, NY 4182/959, Bl. 33, SED-Hausmitteilung Grotewohls vom 18.8.1947 an Ulbricht.

[731] Zu den vereinbarten Punkten: ebenda.

dass die SED Bildungsabende veranstalten und dafür ein Bildungsheft mit dem vorläufigen Titel „Die wirtschaftliche und politische Rolle des Handwerks" vorbereiten werde, um die Parteiarbeit besser auf die Interessen des Berufsstandes ausrichten zu können. Ulbricht war offenbar nur zum Teil bereit, die getroffene Vereinbarung umzusetzen. Einer seiner Mitarbeiter hielt vor allem die unbezahlten Reparationslieferungen für das gravierendste Problem[732]. Dagegen wurden die ersten beiden Forderungen (gutachterliche Anhörung und Handwerksspezialisten im Parteiapparat) dilatorisch behandelt. Dieser Linie folgte auch eine Vorlage der Abteilung Wirtschaft des Parteivorstandes, die Ulbricht zugeleitet wurde[733]. Darin sprachen sich die Wirtschaftsexperten der Parteiführung dafür aus, die zuständigen Abteilungen in der Zentralverwaltung Industrie und in den Wirtschaftsministerien der Länder personell zu verstärken. Dagegen sahen sie für das Zentralsekretariat keinen Handlungsbedarf.

Grotewohl übernahm auch in Einzelfragen, die von nachgeordneter wirtschaftlicher Bedeutung waren, eine Vermittlungsrolle. Bei einer Kundgebung in Oelsnitz (Vogtland) trugen lokale SED-Funktionäre dem anwesenden Parteivorsitzenden ihre Sorgen über das Bauplanungsvorhaben einer Brücke in der Region vor[734]. Das sächsische Wirtschaftsministerium hatte zuvor die Bewilligung zum Bau aus formalen Gründen nicht erteilt. Dagegen protestierte der betroffene SED-Bürgermeister und wies Grotewohl auf die wirtschaftliche Bedeutung des geplanten Projekts hin. Nach seiner Rückkehr in Berlin bat Grotewohl seinen Parteifreund Fritz Selbmann, der Minister für Wirtschaft und Wirtschaftsplanung in Sachsen war, die Angelegenheit „persönlich zu überprüfen und falls eine Möglichkeit besteht, die Genehmigung zum Bau ohne Rücksicht auf formale Bestimmungen zu erteilen"[735]. Der sächsische SED-Landesvorstand lehnte jedoch ein Einlenken ab und verwies auf bestehende Reparationsverpflichtungen im Straßenbau, die vordringlich zu erfüllen seien[736]. Darüber hinaus machte er für die ablehnende Haltung ordnungspolitische Gründe geltend: Die mit dem Brückenbau bereits beauftragte Firma habe sich Baumaterialien auf dem Wege von Kompensationsgeschäften beschafft und damit die bestehenden Bewirtschaftungsbestimmungen in Sachsen verletzt. Dieses Beispiel zeigt letztlich die Grenzen des politischen Einflusses von Grotewohl, der sich angesichts der inhaltlichen Einwände der sächsischen Parteileitung geschlagen geben musste. Er akzeptierte die in Dresden getroffene Entscheidung und hakte in dieser Angelegenheit nicht weiter nach. Bei Kompetenzstreitigkeiten zwischen einzelnen Landesregierungen, gegen die sich die DWK aufgrund ihrer beschränkten Zuständigkeiten immer noch nicht durchzusetzen vermochte, hielt er sich auffallend zurück und schaltete in der Regel die Wirtschaftsabteilung des SED-Parteivorstandes ein[737]. So hatte ihn die thüringische Landesregierung darum gebeten, im sächsischen Landtag einen Antrag einzubringen, mit dem das Eigen-

732 SAPMO-BArch, NY 4182/959, Bl. 35, Notiz vom 26. 8. 1947.
733 SAPMO-BArch, NY 4182/959, Bl. 44, Vorlage der Abt. Wirtschaft zu den Anregungen Grotewohls vom 28. 8. 1947 für Ulbricht.
734 Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/615, Grotewohl am 26. 8. 1947 an Selbmann.
735 Ebenda.
736 SAPMO-BArch, NY 4090/615, SED-Landesvorstand (Abt. Wirtschaft) am 18. 11. 1947 an Grotewohl.
737 Zum folgenden: SAPMO-BArch, NY 4090/356, Bl. 8, Vermerk Grotewohls vom 10. 10. 1947.

tum an den Dresdner Werken der Zeiss-Ikon AG sowie am Pirnaer Werk der Vereinigten Farbenglaswerke AG auf die Carl Zeiss-Stiftung Jena zurückübertragen werden sollte. Selbmann lehnte dies ab und konnte die Berliner Parteileitung mit seinen vorgebrachten Argumenten vermutlich überzeugen.

Anfang 1948 bahnte sich eine wirtschaftspolitische Wende an, denn die sowjetische Besatzungsmacht suchte nach Antworten auf die Wirtschaftskrise des Jahres 1947[738], bei der Allokationsprobleme sowie erhebliche Versorgungsmängel offenkundig geworden waren. Eine Ursache war der ungelöste Konflikt zwischen den Ländern mit ihren wirtschaftlichen Eigeninteressen und der DWK, welche von Anfang an auf eine Zentralisierung der Wirtschaftspolitik in der SBZ hinarbeitete. Deshalb entschloss sich Moskau, dem Drängen der SED-Führung nachzugeben und die DWK neu zu strukturieren. Gleichzeitig war eine Erweiterung der Zuständigkeiten vorgesehen. Bereits am 8. Januar 1948 hatten sich die beiden SED-Vorsitzenden mit Ulbricht zusammengesetzt und über die wirtschaftlichen Probleme in der SBZ und die damit zusammenhängende Stimmungslage in der Parteiorganisation beraten[739]. Alle drei Spitzenpolitiker stimmten darin überein, die institutionelle Zentralisierung entscheidend voranzutreiben und die Rechte der Länder in Wirtschaftsfragen erheblich zu beschneiden. Besonders bedrohlich erschien der SED-Führung die Situation in der Landwirtschaft: Die Frühjahrsaussaat bei Kartoffeln reiche nicht aus, um die Nachfrage zu befriedigen[740]. Sobald Klarheit über einen allgemeinen Wirtschaftsplan herrsche, müsse dies in der Öffentlichkeit offensiv propagiert werden, um dadurch auch die schlechte Stimmungslage an der Parteibasis zu verbessern. Beim Spitzengespräch zwischen der SED-Führung und Stalin in Moskau am 26. März sondierte Grotewohl bereits die Möglichkeit eines Zwei- oder Dreijahrplanes[741]. In Moskau erreichte die SED-Führung schließlich ihr Ziel, denn hier fiel die Entscheidung zugunsten des Aufbaus der Zentralplanwirtschaft in der SBZ: Am 31. März 1948 genehmigte der sowjetische Ministerrat grundsätzlich einen Zweijahrplan, der noch auszuarbeiten war, und bestimmte gleichzeitig, dass Änderungen bei den Wirtschaftsplänen nur noch mit Zustimmung der DWK möglich sein sollten[742]. Zwei Wochen später verkündete Grotewohl den Erfolg vor dem SED-Parteivorstand in Berlin und unterstrich, dass die sowjetische Führungsspitze dem Übergang zur langfristigen Wirtschaftsplanung zugestimmt habe[743]. Damit waren – so der Ko-Vorsitzende der SED weiter – Rohstofflieferungen verbunden, welche die ostdeutsche Wirtschaft dringend benötige, insbesondere Steinkohle, Stahl und Baumwolle[744]. Die in Mos-

738 Steiner, Von Plan zu Plan, S. 52.

739 SAPMO-BArch, NY 4036/686, Bl. 90–92, handschriftliche Notizen Piecks über die Besprechung mit Grotewohl und Ulbricht am 8. 1. 1948.

740 Ebenda, Bl. 91.

741 Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation, f. 45, o. 1, d. 303, l. 24–49, Mitschrift des Gesprächs Stalins mit Pieck und Grotewohl am 26. 3. 1948 (19[00] Uhr). Veröffentlicht in: Istoritscheskij Archiv, Nr. 2, 2002, S. 9–27, hier S. 23.

742 Foitzik, Sowjetische Militäradministration in Deutschland, S. 222.

743 Sattler, Wirtschaftsordnung im Übergang, S. 678.

744 Im Auftrag der SMAD verhandelte Jürgen Kuczynski Mitte 1948 mit schwedischen Stellen über den Abschluss eines Handelsvertrages, bei dem es um die Lieferung von hochwertigen Erzen in einem Gesamtwert von rund 12 Millionen schwedischen Kronen ging. SAPMO-BArch, NY 4090/314, Bl. 77, SED-Hausmitteilung Fechners vom 3. 6. 1948 an Pieck und Grotewohl.

kau herbeigeführte Entscheidung war von grundsätzlicher Bedeutung, denn erstmals hatte die sowjetische Führung keine Bedenken gegen die Errichtung zentralstaatlicher Strukturen in ihrer Besatzungszone geltend gemacht. Nach außen konnte dieser Schritt als Reaktion auf die Deutschland-Konferenz in London verkauft werden, auf der die Westalliierten die Bildung eines westdeutschen Separatstaates auf den Weg gebracht hatten. Für die Sowjetunion, die am 20. März 1948 unter lautstarkem Protest aus dem Alliierten Kontrollrat ausgezogen war, lag somit die Verantwortung für die Teilung Deutschlands bei den ehemaligen Kriegsverbündeten.

Trotz dieser Richtungsentscheidung verlief der Aufbau der ostdeutschen Planwirtschaft nicht reibungslos. Vielmehr war die Wirtschaftspolitik der SED-Führung nach wie vor von zahlreichen Ad-hoc-Maßnahmen gekennzeichnet, mit denen die Hegemonialpartei auf neu auftretende ökonomische Probleme zu reagieren versuchte. So musste sich Grotewohl immer wieder mit einzelnen Sequesterverfahren beschäftigen, die zu Konflikten zwischen der Berliner Parteileitung und lokalen Parteiorganisationen geführt hatten[745]. Während sich also die SED-Vorsitzenden auf der einen Seite mit den Details des ostdeutschen Wirtschaftsalltags herumschlagen mussten, versuchten sie auf der anderen Seite, die konzeptionellen Planungen für den Zweijahrplan voranzutreiben. Zu diesem Zeitpunkt ist bei Grotewohl eine weitere Radikalisierung seiner politischen Anschauungen zu beobachten, denn er verteidigte nicht nur die Bodenreform als einen „Akt der Gerechtigkeit", sondern auch die Verstaatlichung der schwerindustriellen Betriebe, die bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs vor allem „den großen Monopolherren Göring, Siemens, Flick und anderen" gehört hätten[746]. Gleichzeitig gab er bekannt, dass mit dem Ende der Sequestrierung die DWK die Aufgabe erhalten habe, „schnellstens ein Programm von Maßnahmen für die möglichst rationelle Ausnutzung und rasche Entwicklung der im Volkseigentum übergegangenen Betriebe, sowie eine Ordnung für die Benutzung auch der anderen dem Volke übergebenen Sachwerte auszuarbeiten und durchzuführen"[747]. Mit der Ausarbeitung der zentralen Wirtschaftspläne verknüpfte er das Ziel der Produktionssteigerung: „Diese Aufgabe müssen wir dem Volk klarmachen." Als Vorbild nannte er die Sowjetunion und den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes nach Beendigung des Bürgerkrieges Anfang der zwanziger Jahre, ohne allerdings auf die sozialen Kosten dieses Modernisierungsprozesses einzugehen. Im Gegensatz dazu verurteilte er die Politik der Westmächte, insbesondere die Marshall-Plan-Hilfe für Westeuropa.

Seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen vom Übergang zur Planwirtschaft führte Grotewohl auf der 1. Kulturtagung der SED am 5. Mai 1948 weiter aus[748].

[745] In einem Fall wurde sogar die Zuständigkeit der SED-Führung von einem Kreisvorstand in Zweifel gezogen. Grotewohl antwortete daraufhin mit einem wütenden Brief, in dem er das Recht des Parteivorsitzenden unterstrich, in Streitfällen eingreifen zu können. SAPMO-BArch, NY 4090/610, Büro Grotewohl am 8.5.1948 an SED-Kreisvorstand Nordhausen.

[746] SAPMO-BArch, NY 4090/135, Bl. 135–157, hier Bl. 141, Stenographische Niederschrift der Rede Grotewohls auf der Groß-Berliner Funktionärkonferenz am 21.4.1948 im Berliner Friedrichstadtpalast.

[747] Ebenda, Bl. 142.

[748] In der veröffentlichten Rede fehlt der wirtschaftspolitische Teil. Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. I, S. 189–201.

Dabei musste er sich von einem hauptamtlichen Mitarbeiter des FDGB-Bundesvorstandes vorwerfen lassen, angeblich irreführende Thesen vertreten zu haben: „Deine Auffassung, die volkseigenen Betriebe als Staatswirtschaften und die Enteignung selbst als eine Verstaatlichung zu bezeichnen, erscheint mir darum unrichtig, weil die Form der Verwaltung keineswegs durch Staatsorgane, sondern durch sehr breite demokratische Körperschaften, wie sie die Hauptverwaltungen [der DWK] darstellen, vollzogen wird."[749] Dieser Brief zeigte, dass die bevorstehende Neustrukturierung der Wirtschaftsverwaltung gegenüber der eigenen Anhängerschaft noch stärker propagandistisch zu vermitteln war. Insbesondere der Vorwurf, seine Formulierungen würden an die Auffassungen Klingelhöfers erinnern, der noch vor der Zwangsvereinigung in den Westen gegangen war, kränkten Grotewohl[750].

Bei der Neuordnung der Länderkompetenzen bot die SED kein einheitliches Bild, denn die Landesverbände der Partei unterstützten zeitweise die Position der Landesregierungen, die sich vehement gegen eine Zentralisierung der wirtschaftspolitischen Zuständigkeiten in der Hand der DWK aussprachen. Eine solche Klage führte beispielsweise der sächsische SED-Landesvorstand bei einer Unterredung mit Grotewohl an[751]. Grotewohl griff den dabei geäußerten Vorschlag auf, nach der abschließenden Besprechung des Zweijahrplanes im Zentralsekretariat eine Aussprache anzuberaumen, an der die SED-Landesvorsitzenden, die Ministerpräsidenten und einzelne DWK-Vertreter teilnehmen sollten. Auf diese Weise sollte eine grundsätzliche Abstimmung mit der Berliner Parteizentrale erfolgen, um zu einem „reibungsloseren Arbeiten" der DWK mit den Ländern zu gelangen. Dennoch gelang es bis zur DDR-Gründung 1949 nicht, die durch den geschilderten Kompetenzkonflikt hervorgerufenen Reibungsverluste bei der zentralen Lenkung der Gesamtwirtschaft abzubauen. Erst bei der Durchführung des Zweijahrplanes, vor allem aber dann mit dem ersten Fünfjahrplan (1951–1955) konnte dieses retardierende Moment beseitigt werden. Mit der Beseitigung der Länder 1952 löste sich das Problem schließlich automatisch[752], wobei sich aber die dabei errichteten Bezirksverwaltungen teilweise als neuer Sand im Getriebe der Planwirtschaft erweisen sollten.

Nachdem auf der 9. Parteivorstandstagung die Zusage der Sowjetunion zur Errichtung der Planwirtschaft verkündet worden war, konnten die Vorarbeiten für die zentralen Wirtschaftspläne zügig abgeschlossen werden. Zweieinhalb Monate später wurde bereits das Ergebnis präsentiert: Im Mittelpunkt der 11. Parteivorstandstagung stand am 29. Juni 1948 das Referat Ulbrichts zum Wirtschaftsplan für 1948 sowie zum Zweijahresplan 1949/50[753]. Von entscheidender Bedeutung war

[749] SAPMO-BArch, NY 4090/136, Bl. 180, FDGB-Bundesvorstand (HA 2 Wirtschaftspolitik) am 10. 5. 1948 an Grotewohl.

[750] SAPMO-BArch, NY 4090/136, Bl. 182–184, Grotewohl am 14. 5. 1948 an Hermann Rakow. Nachdem Rakow in der Sache eingelenkt hatte, betrachtete Grotewohl die Angelegenheit „im kameradschaftlichen Sinne als erledigt". SAPMO-BArch, NY 4090/512, Bl. 201, Grotewohl am 7. 7. 1948 an Rakow.

[751] SAPMO-BArch, NY 4090/325, Bl. 13, Aktenvermerk Grotewohls vom 2. 6. 1948.

[752] Der seit Anfang 1948 nach wie vor bestehende Konflikt zwischen Zentrale und Länder beim Aufbau der Planwirtschaft wird in wirtschaftsgeschichtlichen Gesamtdarstellungen immer noch stiefmütterlich behandelt. Vgl. Steiner, Von Plan zu Plan, S. 35–38 und 52–63.

[753] Auszugsweise abgedruckt in: Entscheidungen der SED 1948, S. 121–128.

die Tatsache, dass die Parteiführung die Durchführung des Zweijahresplanes mit dem Kampf gegen vermeintliche Wirtschaftssaboteure verknüpfte[754]. In seinem Schlusswort zeigte sich Grotewohl optimistisch, dass es gelingen werde, die aufgestellten Produktionsziele erreichen zu können[755]. Dabei machte er deutlich, dass er eine Einigung mit dem Westen nach der Londoner Konferenz vorerst für ausgeschlossen hielt. Stattdessen forderte er die Partei auf, sich bei der Durchführung der Wirtschaftspläne „eindeutig und ohne jeden Rückhalt nach dem Osten zu orientieren"[756]. Die Parteivorstandssitzung hatte unter anderem die Aufgabe, den Parteiapparat mit den Wirtschaftsplänen vertraut zu machen und auf die damit zusammenhängenden Aufgaben einzuschwören. Auffallend war das Bekenntnis Grotewohls zur Sowjetunion, das bei ihm jedoch eine Reaktion auf die bevorstehende Weststaatsgründung darstellte. Da aus seiner Sicht die Westmächte als Verhandlungspartner vorübergehend ausfielen, musste er sich zwangsläufig der sowjetischen Besatzungsmacht weiter zuwenden.

Obwohl Grotewohl innerhalb des Zentralsekretariats nicht für Wirtschaftsfragen zuständig war, befasste er sich doch auch weiterhin mit wirtschaftspolitischen Angelegenheiten. Auslöser waren entweder Einzelanfragen oder Besuchsreisen, die er des Öfteren in die Länder der sowjetischen Besatzungszone unternahm, um sich persönlich ein Bild über den Wiederaufbau des Landes zu machen. Bei einem Besuch im Reichsbahnausbesserungswerk Meiningen musste sich Grotewohl am 3. Juni 1948 bittere Klagen der Werksarbeiter über die völlig unzureichende Versorgung mit Arbeitskleidung anhören[757]. Da in diesem Fall die Gewerkschaft für die Verteilung zuständig war, wandte sich Grotewohl direkt an den FDGB-Bundesvorstand und bat diesen darum, Einfluss auf die zuständige Stelle der Gewerkschaftsorganisation in Thüringen zu nehmen. Gleichzeitig musste er im Zusammenhang mit der ostdeutschen Währungsreform Entwürfe zur Neuprägung von 50-Pfennigmünzen sichten: Ein im Auftrag des Direktoriums der Deutschen Notenbank vorgelegter Entwurf, der rauchende Fabrikschornsteine mit einer Pflugschar im Vordergrund als Versinnbildlichung von Industrie und Landwirtschaft vorsah, fand schließlich seine Zustimmung[758].

Obwohl die SED-Führung einen Instrumentenwechsel bei der Arbeitskräftegewinnung und damit eine Abkehr von der Zwangseinweisung durchgeführt hatte, änderte sich das öffentliche Meinungsbild kaum. Bei einer Besuchsreise Grotewohls im Herbst 1948 durch das Erzbergbaugebiet Aue berichteten aufgebrachte Arbeiter und Funktionäre dem SED-Vorsitzenden, dass der Uranbergbau selbst innerhalb der SED und des FDGB immer noch als eine Strafkolonie angesehen werde[759]. Viele Genossen, die von der Partei gemaßregelt worden seien, würden der Wismut AG mit der Begründung zugeteilt, es handele sich um eine „Strafver-

[754] Ebenda, S. 125.
[755] Ebenda, S. 141–151.
[756] Ebenda, S. 144.
[757] SAPMO-BArch, NY 4090/616, Grotewohl am 7.7.1948 an den FDGB-Bundesvorstand (Jendretzky und Göring).
[758] SAPMO-BArch, NY 4090/332, Bl. 20, Grotewohl an den Leiter der SMAD-Finanzverwaltung Pawel A. Maletin [1948].
[759] SAPMO-BArch, NY 4090/607, Notiz Grotewohls vom 14.10.1948 an die Personal-Politische Abt.

schickung". Dieser Ruf eile ihnen im Übrigen voraus und würde dazu beitragen, dass die Zusammenarbeit mit den Wismutarbeitern erheblich belastet sei. Nach seiner Rückkehr nach Berlin setzte sich Grotewohl dafür ein, die Zusammenarbeit zwischen der sächsischen SED-Landesleitung und den SED-Kreisvorständen Aue I und Aue II zu verbessern. Dagegen äußerte er sich nur vage zur sozialen Lage der Arbeiterschaft im sächsischen Uranbergbau, die sich seiner Ansicht nach wohl verbessert hatte: „Es ist ein schwieriges, aber heute nicht mehr undankbares Arbeitsgebiet, bei dem sorgfältige Behandlung und Unterstützung der Genossen erforderlich ist." Während er also in Einzelfällen, wie etwa nach dem Besuch des Reichsbahnausbesserungswerkes Meiningen, deutliche Worte fand und auf eine Änderung der Missstände drängte, hielt er sich bei einem der gravierendsten sozialen Brennpunkte Ende der vierziger Jahre auffällig zurück, weil die Wismut AG. in den sowjetischen Zuständigkeitsbereich fiel.

Die erste Berlin-Krise hatte bekanntlich Auswirkungen auf den legalen Interzonenhandel, der fast vollständig zum Erliegen kam[760]. Das wiederum beeinträchtigte die Wirtschaftspläne in der SBZ, denn die ausbleibenden Lieferungen aus dem Westen mussten kompensiert werden. So gab es beispielsweise eine akute Nachfrage nach Senderöhren, die für den Rundfunkbetrieb benötigt wurden, da der einzige Hersteller auf diesem Gebiet (Siemens) mit seinen Produktionsstätten in Westdeutschland saß[761]. Hier schaltete sich nun Grotewohl ein, der den DWK-Vorsitzenden Heinrich Rau (SED) darum bat, die „eilbedürftige Angelegenheit" unbürokratisch zu regeln[762]. Daraufhin fühlte sich der für die Industrie zuständige stellvertretende DWK-Vorsitzende, Fritz Selbmann, übergangen und beklagte sich leicht säuerlich bei Grotewohl über die Vorgehensweise sowie über den dadurch entstandenen Zeitverlust. Anschließend schilderte er ausführlich die Bemühungen der DWK, die Eigenproduktion von Senderöhren in Gang zu setzen und erklärte, dass die für große Sendeanlagen benötigten Röhren noch nicht geliefert werden könnten, „weil einige Organe der Ostzonenverwaltung große Fehler gemacht haben"[763]. Grotewohl registrierte die Empfindlichkeiten Selbmanns, mit dem er im Übrigen eng befreundet war, und versuchte ihn in einem kurzen persönlichen Schreiben zu beruhigen: „Du solltest nicht beleidigt sein. Es geht hier nicht um Empfindlichkeiten, sondern wir müssen wirklich eine große Sorge beseitigen."[764] Gelinge es nicht, so Grotewohl weiter, mit der neuen Röhrenproduktion „den Anschluss zu gewinnen", so drohe der Zusammenbruch der gesamten „Propagandabasis". Das Beispiel zeigt anschaulich das Bemühen Grotewohls, auftretende Versorgungsengpässe unter Umgehung der zuständigen Verwaltungen zu beseitigen. Gleichzeitig wird aber auch die Wirkungsmächtigkeit bürokratischer Verwaltungsstrukturen deutlich, die seine Einflussmöglichkeiten spürbar begrenzten.

Mit dem SMAD-Befehl Nr. 234 rückten bekanntlich Leistungsanreize ins Zentrum der Arbeitskräftelenkung. Diesem Ziel diente auch der Ausbau von soge-

[760] Fässler, Durch den „Eisernen Vorhang", S. 43.
[761] Das geht aus einem Schreiben Grotewohls an Rau hervor. SAPMO-BArch, NY 4090/312, Bl. 6, Grotewohl am 7. 1. 1949 an Rau.
[762] Ebenda. Den Brief erhielt Walter Ulbricht zur Kenntnis.
[763] SAPMO-BArch, NY 4090/312, Bl. 7, Selbmann am 13. 1. 1949 an Grotewohl.
[764] SAPMO-BArch, NY 4090/312, Bl. 8, Grotewohl am 13. 1. 1949 an Selbmann.

nannten Feierabendheimen für Arbeiter der volkseigenen Industrie, die schon bald vom FDGB geleitet wurden. Welch große Bedeutung die stabilisierende Funktion von Sozialpolitik für die SED-Führung bereits vor der DDR-Staatsgründung hatte, lässt sich auch daran ablesen, dass Spitzenpolitiker der Einheitspartei bei feierlichen Eröffnungen anwesend waren. Dabei achtete die Berliner Parteizentrale sorgfältig auf den zeremoniellen Ablauf der Veranstaltungen. So beklagte sich etwa Otto Grotewohl über die Einweihungsfeier des Feierabendhauses in Leuna am 28. November 1948, die der Kulturausschuss des Chemiewerks organisiert hatte[765]. Im Einzelnen monierte er die gewählte Platzordnung, denn bei der Veranstaltung habe sich im vorderen Teil des Saales ein Teil der Angestellten des Werks befunden, während die Arbeitervertreter auf den hinteren Stuhlreihen hätten Platz nehmen müssen. Eine derartige Vorgehensweise zeige „einen unentschuldbaren Mangel an Klassenbewusstsein und Selbstbewusstsein [...], den man unter keinen Umständen ungerügt vorübergehen lassen darf"[766]. Auch bei der Festlegung der Rednerliste sei die führende Rolle der Partei unberücksichtigt geblieben: „Das ganze Programm war so schön überparteilich und farblos, dass es seinem ganzen Charakter nach wohl den fortschrittlichen Arbeiterbildungsvereinen um 1865 Ehre gemacht hätte, niemals aber in unsere Zeit hineinpasst." Auch die Broschüre, die aus Anlass der Festveranstaltung gedruckt und verteilt wurde, blieb von Grotewohls Kritik nicht verschont, denn sie enthielt zahlreiche „bürgerliche" Beiträge. Auf diese Weise drohe eine „völlige Versumpfung unserer Kulturarbeit" in den Betrieben, so Grotewohl weiter, der abschließend den Landesvorstand aufforderte, die Kulturarbeit in Sachsen-Anhalt und insbesondere in den Großbetrieben einer ernsten Prüfung zu unterziehen und den zuständigen Parteigenossen in Leuna Hilfe zu gewähren. Trotz mehrmaliger Aufforderung reagierte die SED-Landesleitung lange Zeit überhaupt nicht[767]. Erst Ende Juni 1949, sieben Monate nach der von Grotewohl beanstandeten Einweihungsfeier, lag eine Stellungnahme vor, in der bei aller Selbstkritik auf die allgemeinen Anlaufschwierigkeiten der betrieblichen Kulturarbeit hingewiesen wurde[768].

Mit der Ausarbeitung des Halbjahrplanes und des Zweijahrplanes rückten auch für Grotewohl die schwerindustriellen Betriebe sowie die SAG-Betriebe, die Vorbildcharakter für den allgemeinen Wirtschaftsaufbau in der SBZ gewinnen sollten, in den Mittelpunkt des Interesses. Dabei befasste sich die SED-Führung nicht nur mit kulturpolitischen Fragen, sondern in sehr viel stärkerem Maße mit der Allokation der Ressourcen. Arbeitskräfte standen nämlich wie die übrigen Produktionsfaktoren (Boden und Kapital) nicht unbegrenzt zur Verfügung. Daher sah sich die noch im Aufbau befindliche ostdeutsche Planwirtschaft mit der Aufgabe konfrontiert, für eine bedarfsgerechte Zuteilung der Produktionsfaktoren zu sorgen. Dieses grundsätzliche Problem bestand im Übrigen auch in den osteuropäischen Staaten. SED und DWK standen bei der Arbeitskräftelenkung vor der fast unlösbaren Aufgabe,

765 SAPMO-BArch, NY 4090/356, Bl. 81–83, Grotewohl am 7.12.1948 an SED-Landesvorstand Sachsen-Anhalt in Halle (Saale).
766 Ebenda, Bl. 82.
767 SAPMO-BArch, NY 4090/356, Bl. 98, Büro Grotewohl an Landesverband Sachsen-Anhalt.
768 SAPMO-BArch, NY 4090/356, Bl. 100f., SED-Landesvorstand Sachsen-Anhalt (Abt. Kultur und Erziehung) am 15.6.1949 an Büro Grotewohl.

mit dem richtigen Arbeitskräfteangebot zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort zu sein. Hieraus ergaben sich von Anfang an grundsätzliche Schwierigkeiten, die sich zum Teil aus dem Anspruch, die Gesamtwirtschaft mit zentralen, bürokratischen Koordinierungsinstrumenten planen und steuern zu können, erklären lassen[769].

Erschwerend kam hinzu, dass die sowjetische Besatzungsmacht als oberster Dienstherr der SAG-Betriebe fungierte und oftmals ostdeutsche Steuerungsversuche konterkarierte. So empfing Grotewohl im Frühjahr 1949 eine Delegation aus dem SAG-Betrieb Espenhain, die ihn nachdrücklich auf die Ausbildungsproblematik im Werk hinwies[770]. Der dortige Betriebsberufsschulleiter schilderte in Berlin, dass geplant sei, die Anzahl der im Betrieb vorhandenen Lehrlinge von 370 auf 500 anwachsen zu lassen, obwohl die DWK eine Sollstärke von 1 071 Lehrlingen festgelegt habe. Die Durchführung der Berufsausbildung scheitere am Fehlen einer eigenen Betriebsberufsschule sowie am Mangel an Maschinen und Werkzeug. Dabei machte er die sowjetische Werksleitung und ihren Generaldirektor verantwortlich, der sich weigere, die nötigen Mittel zur Erfüllung der gestellten Aufgaben zu bewilligen. Daraufhin stellte Grotewohl eine Kommission zusammen, der Mitarbeiter der zuständigen Abteilungen des Zentralsekretariats angehörten, um die durch die Delegation „aufgezeigten Mängel und Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Berufsausbildung und der Zusammenarbeit zwischen der Partei und den auf verschiedenen Gebieten arbeitenden Genossen im Betrieb und der sowjetischen Generaldirektion zu beheben“[771]. In diesem Einzelfall diente die Einsetzung einer Kommission der Konfliktvermeidung, denn der Bericht stellte zusammenfassend fest, dass die betriebliche Berufsausbildung gar nicht so schlecht sei[772]. Eine Kontroverse mit der sowjetischen Werksleitung sollte offenbar unter allen Umständen verhindert werden. Darüber hinaus wurde das von der DWK vorgegebene Ziel von 1 071 Lehrlingen, die im Betrieb auszubilden waren, als durchaus realistisch eingeschätzt. Gleichzeitig mahnte die Kommission aber auch einige bauliche Maßnahmen an, um die Lehrlinge besser unterbringen zu können. Während die sowjetische Leitung vom Vorwurf entlastet wurde, sie behindere die Aufbauarbeiten, schob der Abschlussbericht der Betriebsparteileitung den Schwarzen Peter zu[773]. Dieses Ergebnis kam etwas überraschend, da die Mitglieder der Kommission nur eine kurze Besprechung mit dem ostdeutschen Direktor sowie mit einem Politoffizier der sowjetischen Werkleitung gehabt hatten.

In der Folgezeit beschäftigte sich die SED-Führung nicht nur eingehend mit Grundsatzfragen der Zentralverwaltungswirtschaft, sondern regte auch separate Vorbesprechungen der SED-Mitglieder des DWK-Plenums an[774]. Auf diese Weise

769 Vgl. Buchheim, Die Wirtschaftsordnung als Barriere des gesamtwirtschaftlichen Wachstums.
770 SAPMO-BArch, NY 4090/299, Bl. 96, Vermerk über das Treffen bei Grotewohl am 16. 5. 1949.
771 So lautete auch der Auftrag der Untersuchungskommission. SAPMO-BArch, NY 4090/299, Bl. 99–102, Bericht über die Tätigkeit der von Grotewohl vorgeschlagenen Kommission im Kombinat Espenhain am 24. 6. 1949.
772 Ebenda, Bl. 100.
773 Ebenda, Bl. 102.
774 SAPMO-BArch, NY 4090/325, Bl. 101, SED-Hausmitteilung der Abt. Staatliche Verwaltung (Plenikowski) am 16. 6. 1949 an die SED-Mitglieder des DWK-Plenums. Die SED-Mitglieder des DWK-Plenums waren sogar in einer eigenen SED-Arbeitsgemeinschaft organisiert. Ebenda, Bl. 149, SED-Hausmitteilung der Abt. Staatliche Verwaltung (Plenikowski) am 23. 7. 1949 an Grotewohl.

sollten Beschlüsse der Wirtschaftskommission gezielt vorbereitet werden. Darüber hinaus versuchte die Parteispitze im Zusammenhang mit der nach Adolf Hennecke benannten Aktivistenbewegung die Ingenieure und Techniker für ihre wirtschaftspolitischen Ziele zu instrumentalisieren[775]. Die vom Büro Grotewohl in Gang gesetzte Mobilisierungsoffensive stieß jedoch bei den angefragten Betriebsgruppen auf Unverständnis, denn diese verwiesen auf die große Arbeitsbelastung und die Kommunikationsprobleme mit den sowjetischen Werksleitungen. Bezeichnend dafür war der Schlusssatz eines gemeinsamen Antwortschreibens der SED-Betriebsgruppe und der Betriebsgewerkschaftsleitung im Berliner Bremsenwerk, machte es doch das Selbstbewusstsein der Arbeitervertreter gegenüber dem Zentralsekretariat deutlich: „Wir würden es begrüßen, einmal mit dem Briefschreiber persönlich diskutieren zu können, damit in Zukunft ähnliche Fälle vermieden werden und er sich über die innerbetrieblichen Verhältnisse die richtigen Informationen holt."[776] Die Abwehrhaltung einzelner Betriebsgruppen konnte sogar so weit gehen, dass mitunter Parteiaufnahmeanträge von Fabrikdirektoren nicht unterstützt oder zumindest dilatorisch behandelt wurden[777].

Im Zusammenhang mit der von ihm aufgestellten Magnettheorie hatte Grotewohl der Lösung der Ernährungsfragen große Bedeutung eingeräumt[778]. Doch erst bei einem Spitzengespräch mit Pieck und Ulbricht Anfang 1948[779] wandte er sich dieser zentralen Problematik wieder zu, die im Übrigen über die Wettbewerbsfähigkeit der sowjetischen Besatzungszone gegenüber den drei Westzonen mit entscheiden sollte. Auslöser war das Protokoll einer Beiratssitzung, die die Abteilung Kommunalpolitik des Zentralsekretariats in Alexisbad organisiert hatte. Anschließend war Grotewohl über die Sitzungsergebnisse informiert worden. Dabei nahm der Ko-Vorsitzende der SED Anstoß an den abgedruckten Ausführungen eines Mitarbeiters des Zentralsekretariats zur Landwirtschaftspolitik und wies in dem Zusammenhang auf widersprüchliche Zahlenangaben zur Kartoffelernte in der SBZ hin. Da eine Publikation des Protokolls geplant war, machte Grotewohl auf nicht intendierte Folgen aufmerksam: „Wenn das Protokoll den tatsächlichen Ausführungen des Genossen Scholz entspricht, so sind diese Ausführungen von einem Sachbearbeiter des Zentralsekretariats von einer unglaublichen Leichtfertigkeit und müssen angesichts der Bedeutung, die der Ernährungsfrage heute beizumessen ist, eine geradezu katastrophale Wirkung in der Partei und bei den Kommunalbeamten auslösen."[780] In einem Antwortschreiben machte der gescholtene Mitarbeiter Hör- bzw. Schreibfehler der Stenotypistin für die fehlerhaften Zahlen-

[775] SAPMO-BArch, NY 4090/560, Bl. 8, Büro Grotewohl am 20.6.1949 an die SED-Betriebsgruppe des Berliner Bremsenwerkes.

[776] SAPMO-BArch, NY 4090/560, Bl. 9, Berliner Bremsenwerk (SED-Betriebsgruppe und BGL) am 29.6.1949 an SED-ZS (Meißner).

[777] SAPMO-BArch, NY 4090/560, Bl. 14, Büro Grotewohl am 20.6.1949 an SED-Betriebsgruppe beim SAG Waggonbau Weimar; ebenda, Bl. 15, Betriebsgruppensekretär Bornemann (Waggonbau Weimar) am 7.7.1949 an Büro Grotewohl.

[778] Grotewohl prägte diesen Begriff erstmals auf der 3. Sitzung des SED-Parteivorstands (18.–20.6.1946). SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/4, Bl. 198.

[779] SAPMO-BArch, NY 4036/686, Bl. 90–92, Notizen Piecks über Gespräch mit Grotewohl und Ulbricht am 8.1.1948.

[780] SAPMO-BArch, NY 4090/361, Bl. 174, Grotewohl am 23.1.1948 an Abt. Kommunalpolitik (Fechner).

angaben verantwortlich und reagierte leicht vorwurfsvoll gegenüber Grotewohl: „Ich bedaure, dass Du die Möglichkeit eines Schreibfehlers nicht in den Kreis Deiner Erwägungen gezogen hast, der bei der ungeheuerlichen Differenz auf der Hand lag." [781] Das gleichzeitig unterbreitete Rücktrittsangebot lehnte Grotewohl jedoch ab, der das Recht der Parteileitung unterstrich, Kritik an der Arbeit von Parteifunktionären zu üben: „Wo käme eine Partei hin, die die notwendige sachliche Kritik an ihren Arbeiten so weit aufgeben würde, dass jeder betroffene Genosse im geeigneten Augenblick ‚den Bettel' hinwerfen wollte."[782] Die Korrespondenz verdeutlichte, dass es Grotewohl sehr viel mehr um formale als um inhaltliche Fragen ging, denn er beschränkte sich weitgehend auf die Forderung, Parteibroschüren vor der Publikation genau zu überprüfen.

Gemeinde-, Kreis- und Landtagswahlen 1946

Im Herbst 1946 fanden in der SBZ die ersten Wahlen statt, zunächst Anfang September die Gemeindewahlen und dann einen Monat später zeitgleich die Wahlen zu den Kreis- und Landtagen. Auch dabei war die sowjetische Besatzungszone den drei Westzonen, abgesehen von den Wahlen zu den Kommunalvertretungen[783], einen Schritt voraus. Die sowjetische Besatzungsmacht plante, die im Frühjahr 1946 aus der Zwangsvereinigung von SPD und KPD hervorgegangene SED als führende Staatspartei in der SBZ demokratisch bestätigen zu lassen[784]. Da der Vereinigungsparteitag jedoch erst auf den 21./22. April festgesetzt werden konnte, mussten die sowjetischen Überlegungen zur Durchführung von Kommunalwahlen, die als Antwort auf die Entwicklung in der amerikanischen Zone betrachtet wurden, modifiziert werden. Der ursprüngliche vorgesehene Zeitplan konnte somit nicht eingehalten werden.

Bereits Ende April präsentierte Tjulpanow dem Politischen Berater und Generalleutnant Bokow einen vorläufigen Maßnahmenplan, der ein vom SED-Zentralsekretariat noch zu bildendes Sonderkomitee unter Leitung Grotewohls vorsah. Dieses sollte dann mit der Führung der Wahlkampagne beauftragt werden und in dem Zusammenhang eine Wahlordnung sowie ein Wahlprogramm für die Einheitspartei entwerfen[785]. Obwohl der Wahlkampfauftakt erst auf den 1. Juli festgesetzt wurde, war die SED-Führung offensichtlich frühzeitig über die sowjetischen Pläne unterrichtet. Bereits auf der 2. Parteivorstandssitzung äußerte sich Grotewohl in seinem Schlusswort indirekt zu den in Aussicht gestellten Wahlen. Dabei warnte er vor übertriebenen Hoffnungen und forderte eine realistische Einschätzung der bevorstehenden SED-Propagandaaktivitäten. Es sei vielmehr von entscheidender Bedeutung, das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen: „Wir können unsere Wahlpropaganda noch so wirkungsvoll gestalten, wenn es uns nicht gelungen ist [sic], das wirkliche Vertrauen zu erringen [...]. Wir dürfen uns da nicht täuschen lassen

[781] SAPMO-BArch, NY 4090/361, Bl. 176, SED-Hausmitteilung von Abt. IV c (Landwirtschaft; Fritz Scholz) vom 27. 1. 1948 an Grotewohl.
[782] SAPMO-BArch, NY 4090/361, Bl. 177, Grotewohl am 28. 1. 1948 an Scholz.
[783] Diese fanden in der US-Zone bereits zwischen dem 20. und 27. 1. 1946 statt.
[784] Creuzberger, Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, S. 44.
[785] Ebenda, S. 45.

von großen propagandistischen Wirkungen unserer gewaltigen Kundgebungen."[786] Deshalb sprach er sich dafür aus, Korruptionsfälle, die in einzelnen Orten der sowjetischen Besatzungszone aufgedeckt wurden, öffentlich zu machen und dadurch die Entschlossenheit der SED zu demonstrieren, „den berühmten Augiasstall ausräumen" zu wollen. Auf diese Weise sollte die Hegemonialpartei als Sprachrohr und Interessenvertreter der ostdeutschen Bevölkerung erscheinen.

Vor dem Parteivorstand berichtete Grotewohl ausführlich über die Vorbereitungen zu den Gemeindewahlen und teilte den Gremienmitgliedern beispielsweise am 18. Juni 1946 den von der SMAD anberaumten Wahltermin mit[787]. Frühzeitig stand fest, dass die Wahlen zunächst einmal nur in Sachsen durchzuführen waren. Als Begründung gab er die Wahlchancen seiner Partei an, die er in Sachsen für besonders gut hielt: „Wir wählen in Sachsen zuerst, weil wir glauben, dass Sachsen die beste Position ist, wo wir ein Wahlergebnis zu erzielen glauben, das eine steigernde Wirkung auf die 8 Tage später stattfindenden Wahlen in Thüringen u[nd] der Provinz Sachsen ausüben wird." Deshalb wurde der Wahltermin in Brandenburg und Mecklenburg erst für den 15. September angesetzt, da sich die SED-Führung hier geringere Erfolgsaussichten ausrechnete. Bei der Gelegenheit unterstrich Grotewohl die politische Bedeutung der Gemeindewahlen, die Signalwirkung für die politische Entwicklung in der SBZ, aber auch für Gesamtdeutschland haben sollten. Der Ko-Vorsitzende der SED erklärte weiter, dass es für die ostdeutsche Einheitspartei nicht nur darauf ankäme, als Siegerin aus den Wahlen hervorzugehen: „Genossen, wir brauchen einen Wahlausgang, der uns nicht gerade eben eine Mehrheit sichert, sondern wenn wir wirklich eine weithin tragende Bedeutung erlangen und den Gedanken der Vereinigung der Arbeiterparteien fördernd beeinflussen wollen, so brauchen wir in unserer Zone einen sichtbaren Mehrheitserfolg, der eine überzeugende Kraft auf unsere Organisationen im Reich ausstrahlt"[788]. Die Bestrebungen zur Vereinigung von SPD und KPD in Westdeutschland, die von der SED gezielt gefördert worden waren, sollten dadurch Auftrieb erhalten. Darüber hinaus erhoffte sich Grotewohl vom Ausgang der Gemeindewahlen auch positive Auswirkungen auf die Verhandlungen der alliierten Außenminister, die in Paris am 15. Juni zu einer zweiten Sitzungsrunde zusammengekommen waren. Abschließend äußerte sich Grotewohl erstmals zu Fragen der Wahlkampfstrategie und warnte vor einer kompromisslosen Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Parteien, die auf gar keinen Fall „durch eine unkluge taktische Haltung [der SED] in die Opposition" gedrängt werden dürften[789]. Um die Wahlen erfolgreich bestehen zu können, empfahl der Ko-Vorsitzende seiner Partei, sich für andere Bevölkerungsgruppen zu öffnen. In dem Kontext nannte er allgemein die Frauen als Wählergruppe. Des Weiteren sollten bei der Kandidatenaufstellung auch Parteilose mit berücksichtigt werden[790].

[786] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/2, Bl. 252, Stenographische Niederschrift der 2. Sitzung des SED-Parteivorstandes am 14./15. 5. 1946.
[787] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/4, Bl. 55, Stenographische Niederschrift der 3. Parteivorstandssitzung (18.–20. 6. 1946).
[788] Ebenda, Bl. 58.
[789] Ebenda, Bl. 62.
[790] Ebenda, Bl. 72.

Im Auftrag Grotewohls arbeitete Franz Dahlem am 22. Juni 1946 einen ersten Entwurf für ein Rundschreiben aus, das in Massenauflage an alle Parteigliederungen verschickt werden sollte[791]. Bereits einige Tage später sprach Grotewohl vor einer großen Funktionärskonferenz, um den Parteiapparat auf den unmittelbar bevorstehenden Wahlkampf einzuschwören[792]. Dabei konnte er sich auf die zentralen Aussagen seines Referats vor dem Parteivorstand stützen. Außerdem enthielt seine Rede einige kommunal-, sozial- und schulpolitische Forderungen, um die Wählerschaft zu gewinnen. Am 9. Juli beauftragte das Zentralsekretariat Rudolf Appelt und Erwin Brillke mit der Aufgabe, einen Maßnahmenplan zu erstellen und diesen dann mit Grotewohl zu besprechen[793]. Darin sollten konkrete Angaben zur Papierbeschaffung, zu den Druckereien und Buchbindereien sowie zum Transport des Werbematerials aufgelistet werden. Während die Herstellung von Wahlplakaten und Broschüren durch die Abteilung Werbung und Schulung des Parteivorstands rasch anlief, gab es offensichtlich Probleme bei der Drucklegung, so dass Grotewohl mehrere Male eingeschaltet werden musste[794]. Mitte Juli nutzte Grotewohl erstmals den Rundfunk für den SED-Wahlkampf zu den Gemeindewahlen[795]. Mittlerweile hatte das Zentralsekretariat einen operativen Ausschuss gebildet, der in Zusammenarbeit mit den zuständigen Abteilungen der Parteiführung (Kommunal- und Organisationsabteilung, Abteilung Werbung, Schulung und Presse) für den „praktischen und reibungslosen Ablauf des Wahlkampfes" zu sorgen hatte[796]. Dem Ausschuss gehörten Fechner, Dahlem, Meier, Gniffke und Grotewohl an; letzterer leitete vermutlich das kurzfristig eingesetzte Gremium.

Karlshorst war mit den Vorbereitungen zu den Gemeindewahlen unzufrieden und übte besonders deutliche Kritik an der Lage in Sachsen-Anhalt, so dass die SED-Führung gezwungen war, ihre Arbeiten dort zu intensivieren[797]. Insbesondere mussten die Wahlvorschläge überholt und die Agitationsarbeit verstärkt werden. Darüber hinaus ging aus internen SED-Berichten hervor, dass die Partei im Wahlkampf mit Gegenpropaganda des SPD-Ostbüros rechnete[798]. Zum Wahlkampfabschluss trat Grotewohl am 30. August in der Kongresshalle des Leipziger Zoos auf und versuchte weit verbreitete Ängste zu zerstreuen, der Volksentscheid über die Enteignung der Großindustrie vom 30. Juni 1946 in Sachsen werde auch

791 SAPMO-BArch, NY 4090/383, Bl. 69f., Vorschläge Dahlems für ein Rundschreiben vom 22. 6. 1946.

792 SAPMO-BArch, NY 4090/126, Bl. 252–290, Rede Grotewohls auf einer SED-Funktionärskonferenz am 25. 6. 1946.

793 SAPMO-BArch, NY 4090/383, Bl. 24, Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Zentralsekretariats vom 9. 7. 1946.

794 SAPMO-BArch, NY 4090/383, Bl. 25, ZS-Abt. Kultur und Erziehung (Ackermann) am 12. 7. 1946 an Grotewohl.

795 SAPMO-BArch, NY 4090/126, Bl. 292–294, Rundfunkansprache Grotewohls zu den Gemeindewahlen (16. 7. 1946).

796 Das geht aus dem Bericht Grotewohls vor dem Parteivorstand am 16. 7. 1946 hervor. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/6, Bl. 157, Stenographische Niederschrift über die 4. Tagung des SED-Parteivorstandes am 16./17. 7. 1946.

797 Besprechung Piecks mit Nasarow am 2. 8. 1946 im SED-Parteihaus, in: Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 77.

798 Das SPD-Ostbüro plante angeblich Wahlplakate, auf denen die Anfangsbuchstaben der drei Spitzenpolitiker Grotewohl, Pieck und Ulbricht zum Kürzel für den sowjetischen Geheimdienst GPU zusammengefasst wurden. SAPMO-BArch, NY 4090/383, Bl. 32f., Aktennotiz der Abt. Landwirtschaft vom 30. 8. 1946.

andere Wirtschaftsbereiche treffen: „Der Sozialismus sieht die Verstaatlichung von Produktionsmitteln nach unseren Grundsätzen nur vor, soweit sie kapitalistisches Eigentum sind. Das Eigentum des Handwerks ebenso wie das des Bauern ist kein kapitalistisches Eigentum. [...] Von sozialistischer Seite wird deshalb gar nicht daran gedacht, die handwerkliche oder die bäuerliche Kleinproduktion zu enteignen."[799] Damit folgte er seiner bereits vor dem Parteivorstand vorgetragenen politischen Linie, andere Bevölkerungsgruppen, die bisher nicht zu ihrer Wählerklientel gehörten, für die SED zu gewinnen oder wenigstens zu beruhigen. Deshalb verzichtete er auf konfrontative Aussagen.

Die Gemeindewahlen waren die ersten Nachkriegsabstimmungen in der sowjetischen Besatzungszone und stießen auf reges Interesse der Bevölkerung. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung lag mit 93,2 Prozent außerordentlich hoch[800]. Besatzungsmacht und SED konnten mit dem Wahlausgang zufrieden sein, denn die Einheitspartei hatte mit Abstand das beste Ergebnis erzielt: In Mecklenburg-Vorpommern kam sie auf 69,6 Prozent, in Brandenburg und Sachsen-Anhalt auf 59,8 bzw. 59,2 Prozent der abgegebenen Stimmen. Auch in Sachsen und Thüringen erzielte sie mit 53,7 bzw. 50,5 Prozent die absolute Mehrheit, wobei das sächsische Ergebnis hinter den ursprünglichen Erwartungen zurückblieb, obwohl der Wettbewerb unter den Parteien durch die ungleiche Lizenzierung der Ortsgruppen erheblich zu Lasten der bürgerlichen Parteien beeinträchtigt worden war. Zweitstärkste politische Kraft wurde die LDP, die in der SBZ auf durchschnittlich 21,1 Prozent kam, gefolgt von der CDU, die 18,7 Prozent erreichte. Dagegen sah das Ergebnis der Kreistagswahlen aus Sicht der SED nicht ganz so rosig aus, denn sie erzielte nur in Mecklenburg-Vorpommern (54 Prozent), Thüringen (51,5) sowie in Sachsen (50,8) eine absolute Mehrheit. In Brandenburg und Sachsen-Anhalt kam sie nur auf 45,6 bzw. 49,1 Prozent. Hinter der SED kam die CDU auf den zweiten Platz, die auf durchschnittlich 25,2 Prozent kam, während die LDP 18,6 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielt. Ihre besten Ergebnisse erzielte die SED vorwiegend in den ländlichen Regionen, was vor allem auf die Bodenreform zurückzuführen sein dürfte. Dagegen konnten die bürgerlichen Parteien in den größeren Städten punkten.

Die Landtagswahlen, die am 20. Oktober 1946 stattfanden, erbrachten aus der Sicht der SMAD weitaus weniger Erfolg, denn in keinem Land erreichte die Hegemonialpartei die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Die besten Resultate erzielte die SED noch in Mecklenburg-Vorpommern (49,5 Prozent), Thüringen (49,3) und Sachsen (49,1). Im Gegensatz dazu kamen die beiden bürgerlichen Parteien auf über 50 Prozent der abgegebenen Stimmen in Brandenburg und Sachsen-Anhalt und waren somit zusammen stärker als die SED. Nur durch den Anschluss der Abgeordneten der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) an die SED-Fraktion verfügte die ostdeutsche Einheitspartei in drei Parlamenten (Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen) über die absolute Mehrheit

[799] SAPMO-BArch, NY 4090/126, Bl. 375-402, hier Bl. 382, Rede Grotewohls auf der Wahlabschlusskundgebung des SED-Kreises Leipzig am 30. 8. 1946 in der Kongresshalle des Leipziger Zoos.

[800] Zu den folgenden Zahlen: SBZ-Handbuch, S. 396f.

der Mandate[801]. In Sachsen-Anhalt führte selbst der Übertritt eines LDP-Abgeordneten zur SED am 1. Dezember 1946 sowie die Nichtbesetzung eines LDP-Sitzes zu keiner parlamentarischen Mehrheit für die SED. Katastrophal war der Ausgang der Stadtverordnetenwahl in Groß-Berlin, denn die SED wurde nur drittstärkste politische Kraft mit 19,8 Prozent[802]. Wahlsieger war die SPD, die 48,7 Prozent erzielte, während die CDU auf immerhin 22,2 Prozent kam. Auf die LDP entfielen 9,3 Prozent der abgegebenen Stimmen. Besonders niederschmetternd war für die SMAD die Tatsache, dass die SED im sowjetischen Sektor der Stadt nur auf 29,9 Prozent kam, weit abgeschlagen hinter der SPD (43,6 Prozent). Der Versuch des SED-Parteivorstandes, mit Hilfe der Herbstwahlen die Vereinigung der Arbeiterparteien im Westen Deutschlands voranzutreiben, war kläglich gescheitert. Nur in der ehemaligen Reichshauptstadt hatte die Bevölkerung die Wahlmöglichkeit zwischen SED und SPD; selbst im Ostteil der Stadt entschied sich jedoch eine deutliche Mehrheit gegen die ostdeutsche Einheitspartei.

Für das Wahlergebnis in den Ländern machte die sowjetische Besatzungsmacht die SED verantwortlich, der sie organisatorische und innerparteiliche Schwächen sowie schlechte Parteidisziplin vorhielt[803]. Die nicht erwartete Wahlniederlage in Berlin führte sie auf die vermeintliche Entfremdung der SED-Führung von den Arbeitermassen und unteren Funktionärsschichten zurück. Dagegen feierte Grotewohl die Gemeindewahlen vor dem Parteivorstand als politischen Sieg der SED und als Akklamation der Bevölkerung zur vollzogenen Zwangsvereinigung im Frühjahr 1946[804]. Dabei zog er gewagte Analogien zu den Ausgangsbedingungen, unter denen die letzten Wahlen in der Weimarer Republik stattgefunden hatten, und unterschlug geflissentlich die sowjetische Einflussnahme: „Selbst die Weltwirtschaftskrise vor 1932 und die 7 Millionen Arbeitslosen 1932 und 1933 sind ein Kinderspiel gegen die psychologischen Belastungen der Wählermassen, unter der wir in diesem einen Jahr zu leiden hatten und die wir in den Wahlkämpfen paralysiert haben."[805] Überraschend war allerdings seine kritische Prognose des Ausgangs der noch ausstehenden Landtagswahlen, denn er ging von einem größeren Wählerpotential der bürgerlichen Parteien aus. Dazu berücksichtigte er die Anzahl der ungültigen Stimmen, die seiner Einschätzung nach mehrheitlich bürgerlich wählen würden. Darüber hinaus stellte er noch die Tatsache in Rechnung, dass CDU und LDP nicht in allen Ortschaften Kandidaten aufstellen konnten. Deshalb erwartete Grotewohl bei den Landtagswahlen einen Stimmenanteil von etwa 40 Prozent für die SED[806]. Daraus zog er wiederum die Schlussfolgerung, dass „wir mindestens 10 – 15 % neue Stimmen gewinnen [müssen], um [...] das Verhältnis herzustellen, das wir für die politische Entwicklung gebrauchen". Dieses Szenario malte Grotewohl auch vor den Delegierten der SED-Landeskonferenz in Sachsen

801 Zur Sitzverteilung in den Landtagen 1946: SBZ-Handbuch, S. 330.
802 SBZ-Handbuch, S. 422.
803 Creuzberger, Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, S. 95.
804 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/8, Bl. 11, Stenographische Niederschrift über die 5. Tagung des SED-Parteivorstands am 18./19. 9. 1946.
805 Ebenda, Bl. 12.
806 Ebenda, Bl. 13.

am 28. September 1946 an die Wand[807]. In dem Zusammenhang gab er zu bedenken, dass sich die zuvor beschlossenen sozialpolitischen Maßnahmen (z. B. Verbesserung des Mutterschutzes und der Lebensmittelversorgung), für die er der Besatzungsmacht ausdrücklich dankte, nicht im Wahlergebnis niedergeschlagen hätten[808]. Die diesbezüglichen Erwartungen der SED hätten sich nicht erfüllt, so der Ko-Vorsitzende der SED in seiner teilweise selbstkritischen Wahlanalyse.

Der Ausgang der Landtagswahlen dämpfte zunächst einmal die euphorischen Hoffnungen der SED-Führung und schien Grotewohls Befürchtungen im Nachhinein zu bestätigen. Vor den versammelten Parteivorstandsmitgliedern warb er wenige Tage nach den Wahlen dafür, die Eigenständigkeit der Partei in der Öffentlichkeit stärker zu betonen[809]. Vor allem das Berliner Wahlergebnis zeige, dass das Verhältnis der SED zur sowjetischen Besatzungsmacht einen negativen Einfluss auf den Ausgang der Wahlen gehabt habe. In der Öffentlichkeit dürfe sich jedoch nicht der Eindruck festsetzen, die SED sei eine Kollaborateurin der SMAD: „Es darf unter keinen Umständen in Erscheinung treten, dass wir etwa Quisslinge [sic] sind."[810] Beschwörend fuhr er in seiner Rede fort: „Das ist die Partei nicht; das braucht sie nicht zu sein, das wird auch von niemand gewünscht." Während sich Grotewohl intensiv mit den Symptomen des Stimmungswandels in der Bevölkerung auseinandersetzte, ging er auf die tieferen Ursachen nicht weiter ein, die das Verhältnis zwischen der ostdeutschen Bevölkerung und der sowjetischen Besatzungsmacht belasteten[811]. Damit befand er sich zweifelsohne in einem Dilemma, das er nicht auflösen konnte. Einerseits sprach er sich für die Stärkung der Eigenständigkeit der SED aus, die er explizit als eine deutsche Partei bezeichnete, auf der anderen Seite sah er sich offensichtlich nicht in der Lage, Kritik am politischen Verhalten der SMAD zu äußern. Letztlich wollte er einen Konflikt mit Karlshorst nicht riskieren.

Grotewohl als sächsischer Landtagsabgeordneter

Da Grotewohl auf einem der vorderen Listenplätze der SED für den sächsischen Landtag kandidiert hatte, wurde er vom Landeswahlleiter am 5. November 1946 davon unterrichtet, dass er ein Abgeordnetenmandat erhalten habe[812]. Eine Woche später nahm Grotewohl die Wahl an[813]. Ließ sich diese neue Funktion mit Grotewohls Tätigkeit als Parteivorsitzender vereinbaren, der seinen Arbeitsmittelpunkt in Berlin und nicht in Dresden hatte? Vor diesem Problem standen auch andere SED-Spitzenpolitiker. Um ein möglichst gutes Ergebnis zu erzielen, hatte die Ein-

[807] SAPMO-BArch, NY 4090/127, Bl. 322-348, hier Bl. 324, Referat Grotewohls auf der SED-Landeskonferenz in Sachsen am 28. 9. 1946.
[808] Ebenda, Bl. 326f.
[809] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/10, Bl. 33f., Stenographische Niederschrift der 6. Tagung des SED-Parteivorstands am 24./25. 10. 1946.
[810] Ebenda, Bl. 33. Erstmals zitiert – allerdings mit falscher Archivsignatur – bei: Creuzberger, Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, S. 96.
[811] Das wird auch bei Privatbriefen deutlich. Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/615, Grotewohl am 4. 11. 1946 an Louis P. (Berlin-Tempelhof).
[812] SAPMO-BArch, NY 4090/393, Bl. 1, Landeswahlleiter Sachsen am 5. 11. 1946 an Grotewohl.
[813] SAPMO-BArch, NY 4090/393, Bl. 2, Grotewohl am 12. 11. 1946 an Landeswahlleiter Sachsen.

heitspartei ihre prominentesten Politiker auf den Landeslisten kandidieren lassen. Nach der Wahl ergaben sich daraus technische Probleme, denn Grotewohl musste beispielsweise seine Fahrten in die sächsische Landeshauptstadt mit anderen Parteifreunden abstimmen. Angesichts der wenig verfügbaren Personenkraftwagen musste sogar der SED-Ko-Vorsitzende Fahrgemeinschaften bilden[814]. Hinzu kam die Tatsache, dass sich die Abgeordnetentätigkeit nicht nur auf die Teilnahme der Plenarsitzungen beschränkte, sondern auch die Anwesenheit bei Ausschussberatungen und Fraktionssitzungen erforderlich machte. Da Grotewohl einen dicht gedrängten Terminkalender hatte, der zahlreiche Gremiensitzungen der Parteispitze in Berlin enthielt, musste er mit anderen SED-Politikern etwa die Teilnahme an der Beratung der sächsischen Landesverfassung im Landtag absagen[815].

Einen seiner wenigen Auftritte hatte Grotewohl am 17. Januar 1947, als der Landtag in Dresden über den von der Landesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Sicherung der Durchführung des Wirtschaftsplanes debattierte. Dabei unterstrich er die besonderen Beziehungen der SED zur sowjetischen Besatzungsmacht und erklärte, dass eine „konsequente Haltung [...] die Voraussetzung für ein wirkliches Vertrauensverhältnis" zur SMAD sei[816]. Den Vorwurf, die SED sei der Handlanger der Sowjetunion, wies er erneut weit von sich und betonte stattdessen, ein gutes Verhältnis zur sowjetischen Besatzungsmacht sei die einzige Voraussetzung, um „überhaupt zu einem normalen Leben wieder zurückkehren [zu] können". Grotewohls Debattenbeitrag wurde einige Tage später im offiziellen Organ des SED-Landesverbandes Sachsen, der ‚Sächsischen Zeitung', auszugsweise abgedruckt und als „große Rede" gefeiert[817].

Bei der Verabschiedung von Gesetzen musste der Landtag in Dresden Rücksicht auf die sowjetische Besatzungsmacht nehmen, die etwa die Ausarbeitung der Landesverfassung stoppte. Der Chef der SMA, Generaloberst Michail J. Katukow, befürchtete offensichtlich eine „Kollision" mit dem geplanten Gesetzesvorhaben zur Enteignung der Bodenschätze, das daraufhin nicht bestätigt wurde[818]. Als offizielle Begründung für die Verschiebung der anberaumten Plenarsitzung wollte die SED-Landesleitung jedoch nicht die sowjetische Intervention angeben, sondern suchte einen Vorwand. Dazu wurden Grotewohl, Ackermann und Matern nachdrücklich gebeten, ihre Teilnahme an der Landtagssitzung mit dem Hinweis auf wichtige Termine in Berlin abzusagen. Die erforderliche Entschuldigung lag schließlich dem Landtagspräsidenten vor[819].

Grotewohl nahm an den Sitzungen des Landtags bis zum 19. Mai 1950, als er sein Mandat niederlegte[820], nur selten teil. Die Anwesenheitslisten der im Landtag ver-

814 SAPMO-BArch, NY 4090/394, Bl. 1, Grotewohl am 9.12.1946 an Ackermann und Matern.
815 SAPMO-BArch, NY 4090/394, Bl. 3, Matern, Hanisch und Grotewohl am 10.2.1947 an den Präsidenten des sächsischen Landtags.
816 Akten und Verhandlungen des Sächsischen Landtages. Bd. I/1, S. 86–90, hier S. 90.
817 ‚Sächsische Zeitung' vom 21.1.1947, S. 1, in: SAPMO-BArch, NY 4090/395, Bl. 22.
818 SAPMO-BArch, NY 4090/394, Bl. 4, handschriftliche Notiz Wilhelm Koenens vom 15.2.1947 an Grotewohl. Das Datum der handschriftlichen Notiz kann allerdings nicht stimmen, da die Plenarsitzung bereits für den 11./12.2.1947 angesetzt war.
819 SAPMO-BArch, NY 4090/395, Bl. 3, Grotewohl u.a. am 10.2.1947 an den Präsidenten des sächsischen Landtags.
820 SAPMO-BArch, NY 4090/393, Bl. 531, Grotewohl am 19.5.1950 an den Präsidenten des sächsischen Landtags (Buchwitz). Vorausgegangen war ein entsprechender Beschluss des Se-

tretenen Fraktionen zeigen, dass er bei allen Sitzungen zwischen dem 29. September 1947 und dem 9. Dezember 1948 fehlte[821]. Einzige Ausnahme war vermutlich die Plenarsitzung am 28. November 1947, als der Landtag über Notstandssachleistungen debattierte[822]. Dagegen hat Grotewohl in seinem Notizkalender alle Landtagssitzungen eingetragen, die ihm relevant erschienen, obwohl er an den meisten nachweislich nicht teilgenommen hat. So hielt er für 1947 insgesamt 33 Sitzungstermine fest[823], 1948 waren es nur noch zwölf[824] und 1949 acht[825]. Obwohl Grotewohl von der SED-Landtagsfraktion in einigen Fällen gebeten wurde, an Abstimmungen des Landtags teilzunehmen[826], gab er dem Drängen der sächsischen Parteifreunde nicht nach. Rasch hatte sich nämlich gezeigt, dass der Ko-Vorsitzende der SED der Mehrfachbelastung in Partei und Parlament nicht gerecht werden konnte. Die DDR-Staatsgründung und die damit verbundene Wahl Grotewohls zum Ministerpräsidenten gaben letztlich den Anstoß, dass er sich aus der sächsischen Landespolitik völlig zurückzog, die er zuvor schon kaum aktiv mitgestaltet hatte.

Grotewohl als Kulturpolitiker

Der deutsch-deutsche Systemwettstreit, der mit der Auseinanderentwicklung der beiden Teile Deutschlands einsetzte, fand nicht nur auf der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen, sondern auch auf der kulturellen Bühne statt. Dabei verfolgte die SED-Führung zwei große Ziele: Zum einen ging es ihr darum, die Überlegenheit des ostdeutschen Modells gegenüber dem vermeintlichen westdeutschen Irrweg auch in der Kulturpolitik zu demonstrieren. Zum anderen sollte eine Kontinuitätslinie aufgebaut werden, in der die DDR-Gründung im übertragenen Sinne als folgerichtiges Ergebnis der preußischen Reformtradition Anfang des 19. Jahrhunderts, aber auch der Weimarer Klassik erschien. Die ostdeutsche Einheitspartei eröffnete daher bereits Ende der vierziger Jahre nicht nur einen Kampf um die kulturelle Deutungshoheit, sondern auch um das deutsche Kulturerbe. Dabei kam dem Goethejubiläum 1949 eine herausragende Bedeutung zu, denn die SED wollte mit dieser Veranstaltung in der gesamtdeutschen Öffentlichkeit demonstrieren, dass sie als Sprachrohr der Arbeiterschaft die einzig rechtmäßige kulturelle Erbin und Vollstreckerin des klassischen deutschen Humanismus sei[827].

Innerhalb der SED-Führung galt Grotewohl, der erst am 5. Mai 1947 dem Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands beigetreten war[828], schon

kretariats des Politbüros. Ebenda, Bl. 528, SED-Hausmitteilung der Abt. Staatliche Verwaltung vom 16. 5. 1950 an Grotewohl.

821 SächsHStA, Sächsischer Landtag 1946–1952, Bd. 395, Anwesenheitslisten der Fraktionen 1947–1948.

822 Das Sitzungsprotokoll enthält einen Kurzbeitrag Grotewohls. Akten und Verhandlungen des Sächsischen Landtages. Bd. I/1, S. 688–706, hier S. 705.

823 SAPMO-BArch, NY 4090/9, Bl. 131–185, Notizkalender Grotewohls für 1947.

824 SAPMO-BArch, NY 4090/9, Bl. 186–255, Taschenkalender Grotewohls von 1948.

825 SAPMO-BArch, NY 4090/9, Bl. 256–327, Notizkalender Grotewohls für 1949.

826 Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/394, Bl. 53, Fernschreiben der SED-Landtagsfraktion (Fraktionssekretär Jatzke) vom 29. 11. 1948 an Grotewohl u. a.

827 Vgl. dazu ausführlich: Weber, Thomas Mann in Frankfurt, Stuttgart und Weimar.

828 SAPMO-BArch, NY 4090/3, Bl. 63, Kulturbund am 22. 1. 1948 an Grotewohl; SAPMO-BArch, NY 4090/4, Bl. 24, Mitgliedskarte des Kulturbundes Nr. 51657.

frühzeitig als belesener Schöngeist, der sich nicht nur für die Literatur, sondern als passionierter Hobbymaler auch für die bildende Kunst interessierte. Dabei bemühte er sich mitunter, den Wünschen der ehemaligen Kommunisten in der neu gebildeten Einheitspartei entgegenzukommen. So lieferte er einen Beitrag für eine geplante Thälmann- und Breitscheid-Gedenkstunde, die im Berliner Rundfunk ausgestrahlt werden sollte. Grotewohl protestierte allerdings beim Intendanten gegen Veränderungen und Kürzungen, die an seinem Manuskript vorgenommen worden waren: „Selbstverständlich ist eine Anordnung der russischen Zensurbehörde hinzunehmen oder durch Verhandlungen zu beheben. Die Zensur eines Redaktionsbüros kann ich mir jedoch grundsätzlich, ohne mit mir vorher zu verhandeln, nicht gefallen lassen."[829] Daraufhin entschuldigte sich Seydewitz bei Grotewohl für die Vorgehensweise und kündigte an, dass die Anweisungen, „dass an keinem Manuskript eines Verfassers ohne dessen Genehmigung etwas verändert wird, verschärft" worden seien[830]. Gleichzeitig setzte er sich vereinzelt für Projekte von kommunistisch orientierten Künstlern ein, die in Westdeutschland lebten. Im Zusammenhang mit dem Landesparteitag der bayerischen KPD Anfang April 1947 in München lernte Grotewohl den Bildhauer Fritz Koelle persönlich kennen, den er anschließend im Sekretariat des Politbüros für die Bebauung des Ehrenfriedhofs sozialistischer Kämpfer in Friedrichsfelde vorschlug[831]. Der westdeutsche Bildhauer sollte dazu eine Skulptur entwerfen und herstellen. Das Projekt platzte aber schließlich, nachdem bekannt geworden war, dass Koelle 1940 im Rahmen einer von den Nationalsozialisten organisierten Kunstausstellung ein Bronzebildnis von Horst Wessel geliefert hatte[832].

Bei offiziellen kulturpolitischen Veranstaltungen beschränkte sich Grotewohl zunächst darauf, kurze Ansprachen zu halten, in denen er weitgehend auf die aktuelle politische und weltpolitische Lage einging[833]. Erst Anfang 1948 begann er damit, sich eingehender mit dem Verhältnis zwischen SED und Kultur zu befassen. Auffallend ist sein Bemühen, den für Kulturfragen offiziell zuständigen Kulturbund in die Entscheidungsfindung der SED mit einzubeziehen. Dabei spielten bei ihm jedoch weniger inhaltliche Gründe eine Rolle; stattdessen war der Wunsch vorherrschend, ein scheinbar kooperatives Verhältnis aufzubauen. Grotewohl schien davon überzeugt zu sein, dass die neu geschaffenen Massenorganisationen, zu denen der Kulturbund ohne Zweifel gehörte, formal einzubinden waren. Auf diese Weise sollten sie als wichtige Bestandteile des neuen politischen Systems erscheinen und zwei Funktionen erfüllen: Sie legitimierten das SED-Regime nach außen und entfalteten nach innen Stabilitäts- und Integrationskräfte. Auf Vorschlag Grotewohls beschloss das Zentralsekretariat Anfang Januar 1948, für die nächste Sitzung des Parteivorstandes einen eigenen Tagesordnungspunkt zum

[829] SAPMO-BArch, NY 4090/547, Bl. 116f., Grotewohl am 28.8.1946 an Max Seydewitz.
[830] Ebenda, Bl. 118, Seydewitz am 12.9.1946 an Grotewohl.
[831] SAPMO-BArch, NY 4090/545, Bl. 36, Grotewohl am 21.4.1947 an Koelle (München).
[832] SAPMO-BArch, NY 4090/545, Bl. 38f., Grotewohl am 7.5.1947 an die KPD-Landesleitung in München.
[833] Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/310, Bl. 177–180, Grußwort Grotewohls bei der vom ‚Neuen Deutschland' organisierten kulturpolitischen Aussprache am 20.12.1946.

Thema „Partei und Intellektuelle" aufzunehmen[834]. Zur Begründung führte er an: „In der hinter uns liegenden Berichtszeit haben wir einige Vorkommnisse gehabt, die das Verhältnis der Partei zum Kulturbund etwas unfreundlich gestaltet haben, weil es bei der Zusammensetzung bestimmter Körperschaften der Partei oder im Volkskongress nicht immer möglich war, die Wünsche des Kulturbundes in der wünschenswerten Weise zu berücksichtigen."[835] In der Folgezeit bemühte sich Grotewohl auch darum, Verlage, die sich nicht unmittelbar in SED-Hand befanden, durch eigene Beiträge zu fördern[836] und für deren finanzielle Unterstützung zu sorgen[837]. Außerdem vermittelte er Autoren für SED-Kulturveranstaltungen auf dem Lande[838].

Zum 130. Geburtstag von Karl Marx fand vom 5. bis 7. Mai 1948 im Berliner Admiralspalast der Erste SED-Kulturtag statt, der das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz propagieren sollte[839]. Grotewohl hielt das Hauptreferat und hob damit die politische Bedeutung der Kultur für die SED demonstrativ hervor. Nachdem er die bürgerliche Kultur unter Hinweis auf den Imperialismus des wilhelminischen Reiches und die deutsche Katastrophe des Zweiten Weltkrieges grundsätzlich in Frage gestellt hatte, versuchte er an kulturelle Traditionen der Arbeiterbewegung anzuknüpfen[840]. Gleichzeitig räumte Grotewohl der Kultur eine sinnstiftende Funktion ein: Sie helfe dem Volk, „die wirklichen Probleme der Zeit zu erkennen" und hebe es dadurch aus „seiner geistigen Knechtschaft" und mache es frei[841]. Wahre Kultur müsse die großen gesellschaftlichen, politischen und geschichtlichen Fragen einer Zeit aufwerfen, Lösungsangebote unterbreiten und zugleich „diese großen Probleme in das alltägliche Dasein der Menschen projizieren"[842]. Das bürgerliche Kulturverständnis, das der Kultur weitgehende Autonomie zubilligte, verwarf er: „das schöngeistige Ideal: die Kunst um der Kunst, die Wissenschaft um der Wissenschaft, die Kultur um der Kultur willen, ist längst in ihrer völligen Fragwürdigkeit entlarvt als der Ausdruck der Dekadenz, der Lebensfremdheit und der Volksfeindlichkeit." Kultur hatte sich demzufolge höheren Zielen unterzuordnen, die letztlich die SED bestimmte. Kunst und Wissenschaft müssten, so Grotewohl weiter, nicht nur Stellung nehmen zu den „brennenden Problemen der Zeit", sondern auch den „Befreiungskampf des Volkes" unterstützen. Der Ko-Vorsitzende der SED gab deutlich zu verstehen, dass er nicht bereit war, der Kultur eine von der Politik autonome Stellung zuzubilligen. Kunst um

[834] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/38, Bl. 14f., Stenographische Niederschrift über die 6. (20.) Tagung des SED-Parteivorstands am 14./15. 1. 1948.
[835] Ebenda, Bl. 14.
[836] SAPMO-BArch, NY 4090/313, Bl. 39, Grotewohl am 10. 2. 1948 an den Deutschen Frauen-Verlag.
[837] Ebenda, Bl. 40, Grotewohl am 26. 5. 1948 an Arthur Pieck (DWK).
[838] SAPMO-BArch, NY 4090/8, Bl. 31, Büro Grotewohl am 9. 4. 1949 an Stefan Heymann.
[839] Dies betonte Grotewohl später auf einer DWK-Vollsitzung. SAPMO-BArch, NY 4090/142, Bl. 189–201, hier Bl. 200, Rede Grotewohls auf der DWK-Vollsitzung am 31. 3. 1949.
[840] SAPMO-BArch, NY 4090/286, Bl. 14–34, Rede Grotewohls auf dem 1. SED-Kulturtag (5.–7. 5. 1948). Die Rede trug den Titel „Die geistige Situation der Gegenwart und der Marxismus" und wurde wenig später in etwas abgeänderter Form veröffentlicht. Vgl. Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. I, S. 189–201.
[841] Ebenda, Bl. 21.
[842] Ebenda, Bl. 22.

ihrer selbst willen war demzufolge ein Relikt des bürgerlichen Zeitalters, das mit der Niederlage Hitler-Deutschlands endgültig zu Ende gegangen sei. Gleichzeitig sprach sich Grotewohl nachdrücklich dafür aus, die deutsche Klassik für die politischen Ziele der SED zu instrumentalisieren. Als erster Schritt in diese Richtung schlug Grotewohl vor, die Werke von Gotthold Ephraim Lessing, Friedrich von Schiller und Johann Wolfgang von Goethe neu zu interpretieren, denn bisher hatte an den Schulen und Universitäten angeblich eine einseitig bürgerliche Sichtweise vorgeherrscht: „Aber gerade in der Betrachtung etwa unserer klassischen Literatur müssen wir sehr auf der Hut sein und dürfen uns keineswegs auf das Niveau drängen lassen, auf dem sich unsere amtlich bürgerliche Gesellschaft und die von ihr gezüchtete und genährte, allgemeine und akademische Lehrmeinung bewegt." Und weiter: „Wir müssen sehen, dass unsere klassische Literatur hier einem ganz systematisch geführten Verfälschungsprozess unterworfen worden ist, einem Verfälschungsprozess, dessen innere Tendenz es war, unsere klassische Literatur zur Rechtfertigung der antidemokratischen autoritären Gesellschafts- und Staatsentwicklung in Deutschland zurechtzustutzen." Der bürgerlichen Literaturkritik warf er vor, die Werke Lessings, Schillers und Goethes nach formalen und ästhetischen, nicht aber nach politischen und gesellschaftlichen Gesichtspunkten, „unter denen sie allein richtig zu verstehen sind"[843], beurteilt zu haben. Grotewohl übernahm letztlich die kommunistische Kulturkritik, denn er forderte eine marxistische Ausrichtung des gesamten Kulturbereichs, und zwar nach dem sowjetischem Vorbild[844]. Darüber konnte auch sein Hinweis nicht hinwegtäuschen, dass die in der Sowjetunion gemachten Erfahrungen nicht einfach auf die SBZ übertragen werden könnten.

Die SED-Führung hatte das historische Gedenkjahr 1948 mit Kundgebungen zum 100. Jahrestag des Erscheinens des kommunistischen Manifestes eröffnet. Dazu wurde eine zentrale Veranstaltung am 20. Februar organisiert. Es folgte die Tagung des 2. Volkskongresses am 17./18. März 1948 in Berlin, die unter anderem an die Märzgefallenen der Revolution von 1848 erinnern sollte. Während bürgerliche und sozialdemokratische Redner in den Westzonen an die parlamentarischen Traditionen der Frankfurter Nationalversammlung erinnerten, rückte die SED bewusst das Gedenken an die Märzkämpfe der Volksmassen in den Mittelpunkt[845]. Die Feierlichkeiten zeigten, dass Deutschland drei Monate vor den Währungsreformen erinnerungspolitisch bereits ein geteiltes Land war. Der Erste SED-Kulturtag, der mit dem 130. Geburtstag von Karl Marx zusammenfiel, war ein weiterer Höhepunkt dieses Gedenkjahres, mit dem die ostdeutsche Einheitspartei die Deutungshoheit über die Interpretation der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts gewinnen wollte. Innerhalb des Apparates des Parteivorstands wurden minutiös alle relevanten Gedenktage aufgelistet und ideologische Argumente für die öffentlichen Inszenierungen geliefert[846]. Dabei betonte die zuständige Abteilung Kultur und Erziehung: „Für die SED muss das ganze Jahr im Zeichen des Jubiläums ste-

[843] Ebenda, Bl. 23.
[844] Ebenda, Bl. 24 und 32.
[845] Dietrich, Politik und Kultur in der SBZ, S. 117.
[846] SAPMO-BArch, NY 4090/300, Bl. 2–6, Vorschlag der Abt. Kultur und Erziehung vom 24. 12. 1947 für Veranstaltungen im Jahre 1948.

hen, das uns Gelegenheit zur Politisierung des deutschen Volkes gibt. Für uns sind besonders wichtig vor allem jene Daten und Ereignisse, die mit dem Entstehen der sozialistischen Bewegung verbunden sind, in eindrucksvollen Feiern und Kundgebungen zu würdigen [sic]."[847]

Grotewohl wiederholte seine Kritik am bürgerlichen Kunstverständnis sowie sein Bekenntnis zur marxistischen Interpretation von Kultur noch einige Male, so etwa am 9. Juni 1948 im Leipziger Capitol[848] oder am 24. September bei der Eröffnung der Erfurter Kulturwoche[849]. Darüber hinaus bemühte er sich, seine kulturpolitischen Reden in einer Sammlung zu veröffentlichen, um dadurch ein größeres Publikum zu erreichen[850]. Grotewohl besaß kein in sich geschlossenes kulturpolitisches Konzept. Dies mag auch eine Erklärung dafür sein, dass er in seinen eben vorgestellten Reden sowohl die Hoch- als auch die sogenannte Volkskultur zu bestimmen suchte. Eine klare Abgrenzung nahm er dabei nicht vor. Vielmehr ging es ihm letztlich um die volkspädagogischen Aspekte der Vermittlung von Literatur, Musik und bildende Kunst für ein breites Laienpublikum. Im Mittelpunkt stand nicht die Vermittlung von Kunst, sondern deren Instrumentalisierung für die politischen Ziele der Hegemonialpartei.

Höhepunkt von Grotewohls kulturpolitischen Aktivitäten vor der DDR-Gründung war zweifellos sein Auftritt bei den am 21. und 22. März 1949 in Weimar durchgeführten „Goethefeiern der Jugend", auf denen außerdem noch der FDJ-Vorsitzende Erich Honecker und der bekannte kommunistische Literaturwissenschaftler Hans Mayer auftraten, um die gesamtdeutsche Bedeutung des Dichters zu betonen[851]. Darüber hinaus wurde Goethe bei dieser Veranstaltung, die ganz bewusst einen Kontrapunkt zu den zurückliegenden völkischen und nationalsozialistischen Erinnerungsfeierlichkeiten bilden sollte, für den ostdeutschen Wiederaufbau nach sozialistischen Vorzeichen vereinnahmt. Von der Traditionslinie, welche die Nationalsozialisten aufgebaut hatten, versuchte sich Grotewohl zu distanzieren, als er betonte, in Goethe fände die deutsche Nation „nach langer Wirrnis jenen geistigen Mittelpunkt, der jeden als Volksfeind kennzeichnet, der sich ihm zu entziehen sucht"[852]. Indem er Goethe als Dichter beschrieb, der angeblich auf gesellschaftlichen und politischen Wandel gedrängt habe, machte er ihn zum Kronzeugen gegen die bürgerliche Welt: „Dass die bürgerliche, die kapitalistische Gesellschaftsordnung, so wie sie war, so wie sie ihm entgegentrat, nicht den Boden für die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit in der ganzen Fülle ihrer verborgenen Kraft in sich barg, darüber hat sich Goethe kaum einer Illusion hingegeben, obwohl er eigentlich der vollendetste künstlerische Repräsentant der

[847] Ebenda, Bl. 2.
[848] SAPMO-BArch, NY 4090/137, Bl. 223–243. Dabei handelte es sich um eine Veranstaltung der Universität Leipzig. Ebenda, Bl. 220.
[849] SAPMO-BArch, NY 4090/137, Bl. 150–182, Referat Grotewohls zur Eröffnung der Kulturwoche der Stadt Erfurt am 24. 9. 1948.
[850] Dabei war die Herausgabe eines Büchleins mit dem Titel „Gedanken zur Kultur" geplant, das im Frühjahr 1949 in einer Auflagenstärke von 10000 Stück erscheinen sollte. SAPMO-BArch, NY 4090/8, Bl. 20. Grotewohl am 10. 9. 1948 an Verlag Werden und Wirken in Weimar (Dr. Reiche).
[851] Zum Kontext der Feierlichkeiten: Cleve, Der Goethe-Pakt, S. 436f.
[852] Grotewohl, Amboss oder Hammer, S. 77f.

bürgerlichen Klasse war."[853] Der Glaube an den unaufhaltsamen Fortschritt der Menschheit verbinde Goethe mit Karl Marx und Friedrich Engels: „Das Gesetz der gesellschaftlichen Entwicklung, das Goethe zeit seines Lebens gesucht, dessen Bestehen er dunkel geahnt haben mag, war gefunden; das Gesetz des Handelns war auf diejenigen übergegangen, die es entdeckt hatten."[854] In Anlehnung an eine Zeile des Dichters rief er abschließend die Jugend auf, „nicht Amboss, sondern Hammer zu sein". Auf diese Weise verband Grotewohl geschickt die kulturpolitischen Ansichten der SED mit dem Versuch, die heranwachsende Generation für den im Aufbau befindlichen ostdeutschen Staat zu gewinnen. Mit Hilfe der inszenierten Goethe-Feierlichkeiten, zu denen noch der aufsehenerregende Auftritt Thomas Manns am 1. August 1949 und seine Teilnahme an der zentralen Gedenkveranstaltung am 28. August gehörten, wurde der Erinnerungsort ‚Weimar' neu besetzt. Grotewohl leistete seinen Beitrag dazu, dass es der SED scheinbar gelang, mit diesem kulturellen Gründungsakt[855] zwei Ziele soziokulturell zu verankern, nämlich die Legitimation der eigenen Herrschaft und die Forderung nach gesellschaftlichem Wandel[856].

3. Auf dem Weg zur Staatsgründung

Ausarbeitung der DDR-Verfassung

Die Vorarbeiten für eine Verfassung reichten bis in den Sommer 1946 zurück, als die SMAD das Thema gegenüber der SED-Führung erstmals ansprach. Die Motive sind nach wie vor nicht restlos geklärt, hängen aber vermutlich stark mit den sowjetischen deutschlandpolitischen Überlegungen zusammen. Nach der Pariser Außenministerkonferenz, auf der sich ein engeres Zusammengehen der beiden angelsächsischen Siegermächte angekündigt hatte, schien Moskau die weitere Vorgehensweise kritisch zu überdenken. Das beinhaltete etwa eine Diskussion und Neubewertung der verschiedenen Optionen in der Deutschlandpolitik. Vor diesem Hintergrund spielte sich möglicherweise das vertrauliche Gespräch am 26. Juli 1946 ab, bei dem die sowjetische Besatzungsmacht die Bildung einer einheitlichen Regierung für Gesamtdeutschland und die Ausarbeitung einer „Reichsverfassung" ins Gespräch brachte[857]. Daneben verfolgte Moskau aber auch inhaltliche Ziele, denn die Sowjetunion lehnte die Föderalismusbestrebungen der Westmächte ab und plädierte stattdessen für einen zentralistischen Einheitsstaat[858]. So gesehen stellte der ostdeutsche Verfassungsentwurf einen programmatischen Gegenentwurf zu den westdeutschen Planungen dar. Die in den Ländern der amerikanischen Zone angelaufenen Verfassungsdebatten sollten durch einen von der SED noch

[853] Ebenda, S. 37.
[854] Ebenda, S. 54.
[855] Weber, Thomas Mann in Frankfurt, Stuttgart und Weimar.
[856] Cleve, Der Goethe-Pakt, S. 440.
[857] Besprechung am 26. 7. 1946 in Karlshorst um 9 Uhr abends, in: Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 76. Die Teilnehmer der Unterredung werden namentlich nicht genannt.
[858] Amos, Die SED-Entwürfe zu einer Reichs- und Länderverfassung 1946/47, S. 169.

auszuarbeitenden Entwurf konterkariert werden. Auf diese Weise konnte sich die Einheitspartei, so die sowjetischen Überlegungen, als erste deutsche Partei mit gesamtdeutschem Gestaltungsanspruch präsentieren. Schließlich standen im Herbst 1946 Kommunal- und Landtagswahlen an, die durch ein solches Grundsatzdokument beeinflusst werden sollten.

Bereits am 10. August 1946 übergab Walter Ulbricht der SMAD-Führung in Karlshorst zwei Entwürfe, die konkrete Vorschläge zum verfassungsrechtlichen Aufbau Deutschlands enthielten[859]. Während sich das erste Dokument mit der „Bildung einer einheitlichen deutschen Staatsregierung" befasste, bei dem die SED ihren Führungsanspruch unterstrich, stellte das zweite Dokument den eigentlichen Verfassungsentwurf dar, der zuvor nur im engsten Kreis der SED-Führung besprochen worden war[860]. Die sowjetische Besatzungsmacht reagierte zunächst zurückhaltend und nahm von einer ursprünglich geplanten Veröffentlichung Abstand. Der Verfassungsentwurf stammte aus der Feder des SED-Kronjuristen Dr. Karl Polak, der unmittelbar vor der Zwangsvereinigung eine Justizabteilung im KPD-Parteiapparat aufgebaut und dadurch das bisherige unprofessionelle Handeln der kommunistischen Partei in Justizfragen schlagartig verbessert hatte[861]. Nach dem Vereinigungsparteitag im April 1946 wurde er Leiter der Justizabteilung im Zentralsekretariat der SED. Der von ihm Anfang August vorgelegte Entwurf war so ausgearbeitet worden, dass sich auch die politischen Parteien in den drei Westzonen in ihm wiederfinden konnten. Die weitgehende inhaltliche Anlehnung an die Weimarer Reichsverfassung war unübersehbar, was wiederum einem weit verbreiteten Anliegen in allen Besatzungszonen entsprach. Gleichzeitig bekannte sich Polak aber explizit zum Aufbau eines zentralistischen Einheitsstaates; sein Entwurf spiegelte insofern die bereits zuvor erhobenen Forderungen der Sowjetunion und der SED wider. Darüber hinaus schrieb Polaks Verfassungsentwurf die bis dahin durchgeführten „antifaschistisch-demokratischen" Maßnahmen fest, die vor allem die Bodenreform, die Schulreform und die Verstaatlichung der Schwerindustrie beinhalteten. Zu guter Letzt übernahm der Entwurf einige grundlegende Verfassungsvorstellungen der SED, wie z. B. die Aufhebung der Gewaltenteilung sowie die Festschreibung sozialer Grundrechte[862], die zum Teil eine erhebliche Abkehr vom Weimarer Vorbild bedeuteten.

Zwischen September und November 1946 feilten die SED-Spitzenpolitiker zusammen mit der SMAD-Führung am Verfassungsentwurf. Da die Länderparlamente Ende November bzw. Anfang Dezember ihre Arbeiten an den Landesverfassungen aufnahmen, legte Karlshorst größten Wert auf eine inhaltliche Abstimmung mit dem SED-Entwurf für eine gesamtdeutsche Verfassung[863]. Das Zentralsekretariat behandelte erstmals am 8. November 1946 den von Grotewohl eingebrachten Entwurf einer Reichsverfassung und beschloss die Bildung eines

[859] Ausführlich dazu: Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 37–58.
[860] Dazu zählten die beiden SED-Vorsitzenden, Pieck und Grotewohl sowie Ulbricht und Fechner. Amos, Die SED-Entwürfe zu einer Reichs- und Länderverfassung 1946/47, S. 170.
[861] Dazu ausführlicher: Wentker, Justiz in der SBZ/DDR, S. 34f.
[862] Amos, Die SED-Entwürfe zu einer Reichs- und Länderverfassung 1946/47, S. 171. Die SED-Führung veröffentlichte bereits am 19. 9. 1946 einen Katalog mit Grundrechten. Dokumente der SED. Bd. I, S. 91–97.
[863] Creuzberger, Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System, S. 124.

Verfassungsausschusses, der sich am 11. November konstituierte[864]. Das Gremium bestand aus insgesamt 16 Mitgliedern, die sowohl aus dem zentralen Parteiapparat als auch aus den SED-Landesvorständen kamen. Vorsitzender wurde Otto Grotewohl, der sich von Polak eng beraten ließ. Dieser hatte am 9. November eine dritte, überarbeitete Fassung fertiggestellt[865], die zunächst auch als Diskussionsgrundlage diente. In seiner Begrüßungsansprache skizzierte Grotewohl, der in der SED-Führung mittlerweile die Rolle des Verantwortlichen für Verfassungsfragen übernommen hatte[866], nochmals die internationale Entwicklung, um auf den Handlungsbedarf hinzuweisen, dem die SED Rechnung tragen musste: „Die etwas überfallartige Einladung wegen dieses äußerst wichtigen Punktes hat vielleicht etwas überrascht, aber die äußere Abwicklung konnte nicht anders sein, weil eine Reihe von Einflüssen vorhanden sind, über die wir selbst nicht bestimmen können. Der wichtigste und entscheidendste liegt darin, dass sich das internationale politische Spielfeld so schnell und fast sprunghaft verändert hat, dass wir gezwungen sind, in der wichtigen Frage der Verfassung aus dem Handgelenk Stellung zu nehmen."[867] Grotewohls Erklärung war jedoch nicht überzeugend, da sich die SED-Führung bereits seit einigen Monaten mit dem Verfassungsentwurf beschäftigte. Anschließend ging er ausführlich auf die Rede des amerikanischen Außenministers James F. Byrnes am 6. September in Stuttgart ein und betonte die politischen Folgen für die westdeutsche Verfassungsdebatte. Dabei räumte er ein, dass die SED-Forderung nach Errichtung eines zentralistischen Einheitsstaates nur von sowjetischer Seite Unterstützung bekommen hatte. Schließlich gab Grotewohl bekannt, dass auf der Sitzung nur prinzipielle Fragen geklärt werden könnten[868]. Der Entwurf sollte dann an ein Expertengremium zur redaktionellen Fertigstellung weitergeleitet werden.

Die Ausführungen Grotewohls, insbesondere zur weiteren Vorgehensweise, stießen allerdings auf geteilte Zustimmung der Parteivorstandsmitglieder, obwohl eine kontrovers geführte Debatte nicht zu befürchten war[869]. So wies etwa Käthe Kern auf die fehlende Verankerung der Gleichberechtigung von Mann und Frau im vorliegenden Entwurf hin[870]. Daraufhin befürchtete Grotewohl, dass ihm die Tagungsleitung aus den Händen gleiten könnte, und lehnte es ab, auf Detailkritik näher einzugehen. Zur Begründung gab er an: „Mit diesen Vorschlägen wären wir schon genau dort angelangt, wohin ich nicht gern wollte, nämlich dass jeder bei der Aussprache sein Häppchen aus dem Kuchen, das ihm besonders schmeckt, herauspflückt und Zusatz- und Streichungsanträge stellt, durch die das große Bild vollends verwischt wird."[871] Helmut Lehmann sekundierte ihm, indem er Vorschläge zur Geschäftsordnung unterbreitete. Seiner Meinung nach sollte der Schwer-

[864] Amos, Die SED-Entwürfe zu einer Reichs- und Länderverfassung 1946/47, S. 174.
[865] SAPMO-BArch, NY 4090/379, Bl. 118–162, III. umgearbeitete und von Polak am 9. 11. 1946 fertiggestellte Fassung (nach Besprechung am 7. 11. 46).
[866] Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 59.
[867] SAPMO-BArch, NY 4090/379, Bl. 15–59, hier Bl. 15, Stenographische Niederschrift über die Sitzung des Verfassungsausschusses am 11. 11. 1946.
[868] Ebenda, Bl. 18.
[869] So das etwas überzogene Urteil bei: Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 64.
[870] SAPMO-BArch, NY 4090/379, Bl. 15–59, hier Bl. 31, Stenographische Niederschrift über die Sitzung des Verfassungsausschusses am 11. 11. 1946.
[871] Ebenda, Bl. 32. Erstmals zitiert bei: Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 64.

punkt der Debatte auf fünf Grundsatzfragen gelegt werden, die Grotewohl anschließend unter systematischen Gesichtspunkten zusammenfasste: Länder- oder Reichsgewalt, Gewaltenteilung, Stellung des Parlaments, Selbstverwaltung sowie „Sicherung gegen Auswüchse oder Fehlleitungen des parlamentarischen Staates"[872]. Der letzte Punkt beinhaltete die Rechte und Pflichten der parlamentarischen Mehrheit und die damit verbundenen Rechte der Parlamentsminderheit. Obwohl Grotewohls Vorschlag bei den versammelten Parteivorstandsmitgliedern keinen Widerspruch hervorrief, so ließ sich doch die Erörterung von Einzelthemen nicht gänzlich unterbinden. Wilhelm Koenen wollte beispielsweise den Entwurf dahingehend ändern, dass den Ländern kaum Gestaltungsmöglichkeiten zugebilligt wurden. Brandenburgs Ministerpräsident Dr. Karl Steinhoff monierte, dass der Entwurf zu viele Kompromisse enthalte, und verwies in dem Zusammenhang auf die vorgeschlagenen Bestimmungen zum Parlamentspräsidium. Trotz dieser Einwände gelang es Grotewohl rasch, die Generaldebatte im Parteivorstand zu beenden und den Entwurf an eine Redaktionsgruppe zu delegieren[873].

Der SED-Parteivorstand verabschiedete bereits am 14. November den eingereichten Verfassungsentwurf einstimmig[874], der kurze Zeit später als Broschüre öffentlich in Umlauf gebracht wurde[875]. In seinem Schlusswort griff Grotewohl nochmals einige Verfassungsbestimmungen auf, die ihm besonders wichtig erschienen. So befürwortete er zuallererst das Recht der Kirche, Körperschaft des öffentlichen Rechts zu sein. Er entgegnete auf die Versuche einzelner SED-Funktionäre, der Kirche dieses Recht streitig zu machen, mit dem warnenden Hinweis: „Denn wir wollen ja eine Verfassung machen, die nicht das Ergebnis einer sozialistischen Parteikonferenz ist, sondern die das gesamte Volk betrifft."[876] Die Kirche und die Religionsfreiheit seien innerhalb der deutschen Bevölkerung von einer „so tiefgreifenden Auswirkung, dass es geradezu töricht wäre, auf diesem Gebiet Formulierungen zu treffen, die das Gesamtwerk des Aufbaus der Demokratie" gefährden würden. Mit derselben Begründung wies er den Vorstoß zurück, in der Verfassung das Recht der SED zu verankern, ihre Abgeordneten abberufen zu können. Diese Forderung ging Grotewohl offensichtlich zu weit, denn er gab zu bedenken: „Das hieße, den Willen des Wählers endgültig [zu] beseitigen und an seine Stelle die nackte Parteidiktatur zu setzen."[877] Der Einwurf Piecks, dann bräuchte man keine Wahlen mehr, zeigte aber, dass die SED-Führung in dieser Frage vorrangig taktische Überlegungen verfolgte[878]. Grotewohl betonte außerdem noch die Unterschiede zur Weimarer Reichsverfassung, die direkt mit der Bodenreform und dem

[872] SAPMO-BArch, NY 4090/379, Bl. 15-59, hier Bl. 33, Stenographische Niederschrift über die Sitzung des Verfassungsausschusses am 11.11.1946.

[873] Der neu gebildeten Kommission gehörten folgende SED-Politiker an: Helmut Lehmann, Wilhelm Koenen, Dr. Heinrich Acker, Erich Schlobach, Erich Behnke, Dr. Karl Polak und Anton Plenikowski. Ebenda, Bl. 59.

[874] SAPMO-BArch, NY 4090/287, Bl. 21-56, hier Bl. 56, Stenographische Niederschrift über die außerordentliche 7. Tagung des SED-Parteivorstandes am 14.11.1946.

[875] Die Broschüre trug den Titel „Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik" und erschien im Dietz-Verlag Berlin. SAPMO-BArch, NY 4090/379, Bl. 63.

[876] SAPMO-BArch, NY 4090/287, Bl. 21-56, hier Bl. 52, Stenographische Niederschrift über die außerordentliche 7. Tagung des SED-Parteivorstandes am 14.11.1946.

[877] Ebenda, Bl. 53.

[878] Grotewohl stimmte dieser Aussage Piecks ausdrücklich zu. Ebenda.

sächsischen Volksentscheid zusammenhingen, denn es gehe letztlich um die Beseitigung der alten Herrschaftsstrukturen[879]. Verfassungsfragen waren nicht nur für die ehemaligen Kommunisten, sondern auch für den alten Sozialdemokraten Grotewohl immer auch Machtfragen.

Grotewohl stellte den Verfassungsentwurf nicht nur im Parteivorstand, sondern auch auf Veranstaltungen und Pressekonferenzen vor. Auf diese Weise wurde auch in der breiten Öffentlichkeit der Name des Ko-Vorsitzenden der SED mit der Ausarbeitung der Verfassung in Verbindung gebracht. Dazu schien sich Grotewohl besonders zu eignen, denn innerhalb der SED-Führung verfügte er durchaus über profunde verfassungsrechtliche Kenntnisse. Mit der Ausarbeitung der Kommunalverfassung hatte er sich bekanntlich 1924 nicht nur in Braunschweig einen Namen gemacht. Bei der eigens dafür anberaumten Pressekonferenz am 16. November 1946 musste sich Grotewohl zahlreiche kritische Fragen von westlichen Journalisten gefallen lassen. So wollte beispielsweise ein Fragesteller wissen, welche parteipolitischen Erfolge sich die Einheitspartei von der angestoßenen verfassungsrechtlichen Debatte erhoffe[880]. Ein amerikanischer Pressevertreter wollte wissen, inwieweit der SED-Verfassungsentwurf für die Einheit Deutschlands stehe, die vorgelegten Verfassungen in den Ländern der amerikanischen Besatzungszone jedoch dagegen. Grotewohl hatte etwas Mühe, schlüssige Antworten zu finden. So wies er zunächst die in der Frage enthaltene Behauptung zurück, die SED habe ganz bewusst einen Entwurf vorgelegt, der für Gesamtdeutschland Geltung erlangen sollte. Gleichzeitig beklagte er, dass in Westdeutschland einige Verfassungen entstanden seien, die seiner Meinung nach keine großen inhaltlichen Gemeinsamkeiten aufwiesen: „In dieser großen und starken Unterschiedlichkeit, die sich vermutlich bei der Schaffung von weiteren Verfassungen in der britischen Besatzungszone noch stärker entwickeln würde, sehen wir eine Gefahr für die zukünftige Gesamtentwicklung Deutschlands."[881] Außerdem dementierte er Vermutungen, die SED verfolge mit dem Verfassungsentwurf parteipolitische Ziele, obwohl er dabei nicht sonderlich überzeugend wirkte[882]. Drei Tage später stellte Grotewohl den Entwurf erstmals der Parteibasis vor[883].

Die SED-Führung konnte sich letztlich mit ihrer Linie durchsetzen, denn der für Gesamtdeutschland konzipierte Verfassungsentwurf hielt nicht nur an der sozioökonomischen Neuordnung in der SBZ fest, sondern knüpfte zumindest auf den ersten Blick auch an Bestimmungen der Weimarer Reichsverfassung an[884]. Auf diese Weise sollte eine polarisiert geführte Debatte in der Öffentlichkeit vermieden werden. Die sowjetische Einflussnahme beschränkte sich hingegen auf wenige Punkte: So entfiel etwa ein Verfassungsabschnitt zu den Ländern, deren formale Kompetenzen jedoch an anderer Stelle durchaus erwähnt wurden. Auch die Streichung der Beamten im Verfassungsentwurf und deren Ersetzung durch den

[879] Ebenda, Bl. 54.
[880] SAPMO-BArch, NY 4090/380, Bl. 1–15, hier Bl. 10, Stenographische Niederschrift über die Pressekonferenz am 16. 11. 1946.
[881] Ebenda, Bl. 12f.
[882] Ebenda, Bl. 13.
[883] SAPMO-BArch, NY 4090/380, Bl. 24–49, Stenographische Niederschrift von der Kundgebung der SED Groß-Berlin am 19. 11. 1946.
[884] Detailliert dazu: Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 71f.

Angestellten im öffentlichen Dienst geht wohl auf eine sowjetische Intervention zurück[885]. Grotewohl betonte die deutschen Traditionen, in die er den SED-Verfassungsentwurf stellte, und distanzierte sich ausdrücklich von ausländischen Vorbildern[886]. Nachdem innerhalb weniger Tage die inhaltliche Diskussion in der SED-Führung über den Verfassungsentwurf abgeschlossen werden konnte, plante das Zentralsekretariat eine öffentliche Debatte, die sie generalstabsmäßig in Angriff nahm[887]. Dazu sollten alle SED-Spitzenpolitiker in Großveranstaltungen über den Entwurf berichten. Darüber hinaus veröffentlichten Mitglieder des Zentralsekretariats Beiträge zum Verfassungsentwurf in Zeitungen und Zeitschriften, wobei Grotewohl sogar die sowjetische Verfassung von 1936 als Vorbild propagierte[888]. Grotewohl, dem im Übrigen als Fernziel eine Volksabstimmung vorschwebte[889], nutzte erneut den Rundfunk als Medium, um die verfassungsrechtliche Position der SED zu verbreiten[890]. Währenddessen reichten die Abteilungen des SED-Parteivorstands noch Verbesserungsvorschläge ein, die sich aber im Wesentlichen auf Details beschränkten[891].

Obwohl der SED-Verfassungsentwurf als Vorschlag für Gesamtdeutschland entworfen wurde, blieb die erhoffte Resonanz aus, denn im Westen Deutschlands hatte sich schon längst eine eigenständige Verfassungsdebatte entwickelt. Für den Zonenausschuss der CDU in der britischen Zone bedankte sich Konrad Adenauer höflich für die Übersendung des Entwurfs, gab aber deutlich zu erkennen, dass er von ihm nicht allzu viel hielt: „Die Aufmachung Ihres Entwurfes mit dem breiten Notizrand ist sehr zweckmäßig."[892] Nicht nur westdeutsche Politiker, sondern auch renommierte Rechtsgelehrte kritisierten den Entwurf in wesentlichen Teilen. Der Heidelberger Rechtsprofessor Gustav Radbruch, der Anfang der zwanziger Jahre sozialdemokratischer Reichsjustizminister gewesen war, kritisierte in einem Gutachten die fehlende Unabhängigkeit der Justiz im Verfassungsentwurf der SED. In einem privaten Schreiben teilte er Grotewohl am 8. Mai 1947 mit: „Nehmen Sie es nicht für ungut, dass ich wiederum nur die Ablehnung laut werden lasse und die Zustimmung in den anderen Punkten schweigend übergehe."[893] Letztlich fand eine gesamtdeutsche Debatte über den SED-Vorstoß nicht statt. Mit der unspektakulären Verabschiedung der Landesverfassungen, für die die SED eine zentrale Mustervorlage erarbeitet hatte[894], endete zunächst einmal diese erste Phase der ostdeutschen Verfassungsdiskussion. Dabei war es der SED mit Hilfe

[885] Ebenda, S. 71.
[886] Ebenda, S. 73.
[887] SAPMO-BArch, NY 4090/379, Bl. 61f., Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Zentralsekretariats vom 3. 12. 1946.
[888] SAPMO-BArch, NY 4090/127, Bl. 241-246, Artikel Grotewohls „Zehn Jahre Verfassung der Sowjetunion" im ‚Vorwärts' vom 5. 12. 1946.
[889] Laufer, Die Verfassungsgebung in der SBZ, S. 33.
[890] SAPMO-BArch, NY 4090/127, Bl. 247-261, Manuskript des Rundfunkbeitrags. Der Beitrag wurde am 7. 12. 1946 im Berliner Rundfunk gesendet.
[891] Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/379, Bl. 13f., SED-Hausmitteilung der Abt. Kultur und Erziehung vom 3. 12. 1946 an Ackermann/Meier.
[892] Adenauer am 13. 1. 1947 an Pieck und Grotewohl. Zitiert nach: Laufer, Die Verfassungsgebung in der SBZ, S. 34.
[893] Zitiert nach: Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 78.
[894] Amos, Die SED-Entwürfe zu einer Reichs- und Länderverfassung, S. 177.

der SMAD gelungen, ihre Zielvorstellungen durchzudrücken[895]. Eine Mitwirkung Grotewohls bei der Erstellung der Vorlage für die Landesverfassungen, die im Gegensatz zum Verfassungsentwurf nicht öffentlich diskutiert wurden, ist nicht nachweisbar[896].

Die eingeschlafene Verfassungsdebatte erhielt erst durch die Londoner Außenministerkonferenz Ende 1947 neuen Auftrieb, denn die SED versuchte, die Diskussion der alliierten Siegermächte über die Deutschlandfrage, die in der Öffentlichkeit aufmerksam verfolgt wurde, in ihrem bzw. im sowjetischen Sinne zu beeinflussen. Die SED-Führung hatte bereits am 1. März 1947 eine neue Kampagne gestartet und einen Volksentscheid für die Einheit Deutschlands gefordert, den die ostdeutsche CDU-Führung unter Jakob Kaiser allerdings nicht mittragen wollte. Schließlich forderte die SED am 26. November die Einberufung eines Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden[897], mit dem zwei Ziele verknüpft waren. Zum einen sollte damit die sowjetische Position bei der Londoner Außenministerkonferenz unterstützt werden, zum anderen ging es aber auch darum, die Blockparteien zu disziplinieren[898]. Mit dem Aufruf lud die SED gleichzeitig zur ersten Sitzung des Volkskongresses am 6. und 7. Dezember 1947 in die Berliner Staatsoper ein. Als Kaiser und Lemmer eine Beteiligung der CDU ablehnten, wobei Otto Nuschke und andere CDU-Spitzenpolitiker diese Ablehnungsfront eigenmächtig durchbrachen und am Volkskongress teilnahmen, spitzten sich die zuvor schon vorhandenen Spannungen mit der SMAD weiter zu. Karlshorst fackelte nicht lange und setzte Kaiser und Lemmer am 20. Dezember als Parteivorsitzende ab. Grotewohl schloss sich den verbalen Angriffen auf Kaiser während der Parteivorstandstagung am 26. November vorbehaltlos an[899]. In der Öffentlichkeit verteidigte er die Einberufung des Volkskongresses, die er mit der festgefahrenen deutschlandpolitischen Debatte in London in Verbindung brachte[900]. Nahezu zeitgleich unterbreiteten Sokolowski und Semjonow Molotow einen Vorschlag zur Bildung eines auf die SBZ beschränkten „Deutschen Konsultativrats", der Vorschläge für eine provisorische Verfassung ausarbeiten sollte[901]. Obwohl der Volkskongress nicht namentlich erwähnt wurde, so war doch die Diskussion über eine ostdeutsche Verfassung in eine neue Phase getreten. Nachdem Moskau die soziale und politische Zusammensetzung des Volkskongresses gerügt hatte, begannen offensichtlich die Vorbereitungen zur Einberufung eines zweiten Volkskongresses, der aus Anlass der Feierlichkeiten zum 100. Jahrestag der März-Revolution am 18. März 1948 zusammenkommen sollte. Diese Maßnahme verteidigte Grotewohl vor dem Parteivorstand und wies zur Begründung auf die politische Entwicklung in Westdeutschland hin, die seiner Meinung nach auf eine Spaltung

[895] Dazu ausführlicher: Creuzberger, Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System, S. 124–133.
[896] Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 86.
[897] Aufruf des SED-Parteivorstandes vom 26. 11. 1947, in: Dokumente der SED. Bd. I, S. 260f.
[898] Die innenpolitische Funktion der Volkskongressgründung betont auch Laufer, Die Verfassungsgebung in der SBZ, S. 36.
[899] SAPMO-BArch, NY 4090/132, Bl. 166–173, hier Bl. 167–169, Rede Grotewohls auf der 4. (18.) außerordentlichen Tagung des SED-Parteivorstands am 26. 11. 1947.
[900] SAPMO-BArch, NY 4090/133, Bl. 94–100, Rundfunkansprache Grotewohls vom 18. 12. 1947.
[901] Der Vorschlag stammte vom 21. 12. 1947. Laufer, Die Verfassungsgebung in der SBZ, S. 37.

des Landes hinauslief: „An der Zerreißung Deutschlands in zwei Zonen kann nicht mehr gezweifelt werden."[902]

Obwohl der Versuch der SED gescheitert war, eine Delegation zur Londoner Außenministerkonferenz zu entsenden, um die eigenen deutschlandpolitischen Überlegungen präsentieren zu können, ließ die Einheitspartei nicht von weiteren Propagandamaßnahmen ab. So sprach sich Grotewohl bei einer SED-Funktionärversammlung in Berlin für die Durchführung einer Unterschriftensammlung in allen Besatzungszonen aus, mit deren Hilfe die gesamtdeutsche Bevölkerung aufgefordert werden sollte, „vor den Alliierten und der Welt von sich aus zu dokumentieren, was [sie] will und wohin [ihre] Wünsche gehen"[903]. Gleichzeitig beklagte er sich über das rigide Vorgehen der drei Westmächte gegen Aktivitäten der SED westlich der Elbe: „Wir finden bei dieser Arbeit im Westen Deutschlands und bei den westlichen Besatzungsmächten nicht viel Freundlichkeit und nicht viel Freundschaft. Im Gegenteil, es hagelt Verbote über Verbote."[904] Allein in der britischen Besatzungszone seien 22 Bücher regulär verboten und aus dem Buchhandel gezogen worden. Darunter befände sich auch ein Buch, das Friedrich Engels in der englischen Emigration verfasst habe. Des Weiteren habe die amerikanische Militärverwaltung, so Grotewohl vor den Versammlungsteilnehmern, Anträge zur Erlaubnis von Wahlen zum neuen Volkskongress abgelehnt. Diese Maßnahmen würden zeigen, „was Demokratie und Freiheit der Persönlichkeit im Westen bedeuten".

Die Hauptaufgabe des zweiten Volkskongresses bestand bekanntlich darin, den Deutschen Volksrat zu wählen, der insgesamt 400 Mitglieder hatte, 300 aus der SBZ sowie 100 aus den westlichen Besatzungszonen. Damit wollte die SED den gesamtdeutschen Anspruch des neuen Gremiums, dessen parteipolitische Zusammensetzung das Zentralsekretariat schon am 11. Februar 1948 festgelegt hatte[905], unter Beweis stellen. Auf den ersten Blick stellte die SED mit 85 Vertretern eine überschaubare Minderheit im Deutschen Volksrat dar. Bei näherer Betrachtung konnten ihr aber noch die Vertreter der Massenorganisationen (70) sowie des VdgB (10) zugeschlagen werden[906]. Die bürgerlichen Parteien CDU und LDPD verfügten nur über 42 bzw. 43 Mandate. Hinzu kam die Gruppe der Parteilosen (50), die jedoch auch SED- und CDU-Mitglieder erfasste. Die 100 Volksratsmitglieder aus den drei westlichen Besatzungszonen waren über das Kooptationsverfahren aufgenommen worden[907]. Der Volksrat bildete anschließend sechs ständige Fach-

[902] SAPMO-BArch, NY 4090/134, Bl. 67–83, Rede Grotewohls auf der 6. (20.) Tagung des SED-Parteivorstandes am 14.1.1948.

[903] SAPMO-BArch, NY 4090/134, Bl. 181–215, hier Bl. 192, Referat Grotewohls auf der SED-Funktionärversammlung am 24.2.1948 in Berlin.

[904] Ebenda, Bl. 193.

[905] Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 139.

[906] Zu den Zahlen: Ebenda. Die Zusammensetzung des Volksrats wurde offensichtlich beim Besuch der SED-Führung in Moskau mit Stalin besprochen. Gesprächsnotiz Piecks über die Unterredung mit Stalin am 26.3.1948 in Moskau, in: Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 190–202, hier S. 193. Die Zahlenangaben von Laufer, der die parteipolitische Zugehörigkeit jedes Volksratsmitglieds ermittelt hat, weichen davon ab. Vgl. Laufer, Die Verfassungsgebung in der SBZ, S. 38. Die unterschiedlichen Zahlenangaben hängen vermutlich mit den Doppelfunktionen einzelner Politiker zusammen.

[907] Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 139.

ausschüsse, darunter einen unter Leitung Grotewohls zur Ausarbeitung der Verfassung. Ein Wirtschaftsausschuss, der von Ulbricht geleitet wurde, war an der Vorbereitung des Zweijahrplanes beteiligt, wobei die eigentliche inhaltliche Arbeit im SED-Parteiapparat erfolgte. Das Präsidium des Volksrats wurde geleitet von den drei Vorsitzenden Pieck (SED), Otto Nuschke (CDU) und Dr. Wilhelm Külz (LDPD); das Sekretariat des Volksrats leitete Gniffke (SED)[908].

War nun der Deutsche Volksrat bereits ein Vorparlament? Vertreter der bürgerlichen Parteien lehnten dies aus deutschlandpolitischen Gründen ab, obwohl sich der Volksrat mit seinem Präsidium und den Ausschüssen sehr stark an parlamentarische Strukturen anlehnte. Dagegen verband die SED mit dem Volksrat sehr viel weitergehende Ziele, dem sie sogar Funktionen einer parlamentarischen Volksvertretung zukommen lassen wollte. Diese Überzeugung vertrat auch Grotewohl vor dem SED-Parteivorstand am 20. März 1948, wobei er an der gesamtdeutschen Ausrichtung nach wie vor festhalten wollte: „Die Bildung des Volksrates gibt uns die Möglichkeit, eine praktische Politik für Gesamtdeutschland zu gestalten und nach den Methoden eines Parlaments zu arbeiten und so die staatsrechtliche Konstruktion für Deutschland zu schaffen, zunächst besonders für die östliche Besatzungszone Deutschlands, da die Aussichten für den Westen im Augenblick leider nur gering sind."[909] Gegenüber den Blockparteien trat Grotewohl aber scheinbar diplomatisch auf und leugnete die Ziele der Einheitspartei. Auf der Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses der antifaschistisch-demokratischen Parteien betonte er am 5. August 1948, dass „der Versuch der Schaffung eines Zonenparlaments in diesem Augenblick in völligem Widerspruch mit der allgemeinen Arbeit des Deutschen Volkskongresses und des Deutschen Volksrates für die Einheit Deutschlands stehen würde"[910]. Eine solche Maßnahme wäre nur dazu geeignet, „in der Geburtsstunde eines westdeutschen Staates" als Alibi für die dortigen Parteien zu dienen. Deshalb sollten sich, so Grotewohl in etwas verklausulierter Form weiter, die ostdeutschen Parteien und Massenorganisationen an „keinerlei separaten Parlaments- oder Regierungsbildungen [...] beteiligen, solange nicht [...] eindeutig erkennbar [...] ist, dass solche Maßnahmen [...] als eine Zwangsmaßnahme, die uns durch die Entwicklung des Westens aufgedrängt worden ist, angesehen werden können". Allerdings gibt es auch Hinweise, dass Grotewohl in dieser Frage eher die Position der bürgerlichen Parteien teilte. So hielt etwa Gniffke in seinen Erinnerungen die Bedenken Grotewohls fest, der sich zwar über die vollziehende staatliche Teilung des Landes keine Illusionen machte. Auf der anderen Seite legte er aber offensichtlich großen Wert auf den Provisoriumscharakter des Deutschen Volksrates: Es müsse vermieden werden, Institutionen zu schaffen, die eine spätere Vereinigung Deutschlands verhindern könnten[911]. Versuche der SED, die Volks-

[908] Auf einer außerordentlichen Sitzung des Zentralsekretariats hatte Pieck versucht, diese Position paritätisch mit Gniffke und Ulbricht zu besetzen. Nachdem die ehemaligen Sozialdemokraten in der SED-Führung den Vorschlag abgelehnt hatten, zog Pieck seinen Antrag wieder zurück. Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 299.

[909] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/42, Bl. 15–34, hier Bl. 34, Referat Grotewohls über die „Aufgaben der Partei nach dem II. Deutschen Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden" auf der 8. (22.) Tagung des SED-Parteivorstands am 20. 3. 1948.

[910] Suckut (Hrsg.), Blockpolitik, S. 257–282, hier S. 262.

[911] Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 298.

kongressbewegung auch westlich der Elbe in Gang zu setzen, scheiterten, da nur in Niedersachsen und Schleswig-Holstein ein Volkskongress gebildet werden konnte[912]. Die amerikanische Militärverwaltung hatte in ihrer Zone ein generelles Verbot verhängt.

In seiner Rede vor dem zweiten Volkskongress präsentierte Grotewohl einen stark gerafften Überblick über die deutsche Geschichte seit dem 16. Jahrhundert, die er als Sonderweg in der Geschichte Westeuropas beschrieb: „Warum hat Deutschland nicht ein gleiches oder ähnliches Schicksal erleben dürfen wie die Mächte der liberalen westlichen Welt?"[913] Für das Scheitern der Einheit Deutschlands in der Revolution von 1848 machte er das fehlende Bündnis zwischen der organisierten Arbeiterbewegung und dem Bürgertum verantwortlich. Die Bündnispolitik der SED entspringe daher „tiefster politischer Einsicht, Ehrlichkeit und der Sorge um die Zukunft der ganzen deutschen Nation"[914]. Dadurch wollte er der Befürchtung der bürgerlichen Parteien entgegentreten, sie würden im Deutschen Volksrat majorisiert. Stattdessen kaschierte er die herausgehobene Position der SED, indem er die angebliche Überparteilichkeit des neu gebildeten Gremiums betonte: „Es gibt gewisse Dinge, die so hoch über den Parteien stehen, dass die Parteifarben verschwimmen."[915]

Der Verfassungsausschuss tagte am 15. April 1948 das erste Mal und wählte Otto Grotewohl zum Vorsitzenden[916]. Während Polak die inhaltliche Arbeit des Ausschusses maßgeblich prägte, repräsentierte Grotewohl das Gremium nach außen und erwies sich als geschickter Moderator. Vor dem Präsidium des Deutschen Volksrates skizzierte Letzterer kurz die laufenden Arbeiten am Verfassungsentwurf[917] und unterstrich dabei die große öffentliche Bedeutung, welche die SED-Führung der geplanten Verfassung einräumte: „Wir waren übereinstimmend der Auffassung, dass gerade unter den gegenwärtigen staatsrechtlichen Zuständen, in denen Deutschland lebt, es notwendig sei, in diesem Verfassungsentwurf ein Werk zustande zu bringen, das nicht nur die Arbeit einer Anzahl von Abgeordneten oder Delegierten darstellt, sondern das durch seine öffentliche Behandlung gleichsam eine Widerspiegelung des demokratischen Empfindens unseres ganzen Volkes sein soll."[918] Anschließend stellte er ein vorläufiges Arbeitsprogramm vor und erklärte, dass zunächst einmal geplant sei, Grundsätze für eine gesamtdeutsche Verfassung auszuarbeiten, die nach ihrer Fertigstellung Ausgangspunkt für eine groß angelegte Propagandaaktion sein sollte[919]. Um die Öffentlichkeit in den vier Besatzungszonen für Verfassungsfragen zu sensibilisieren, habe sich der Verfassungsausschuss dazu durchgerungen, weitere sachverständige Mitglieder zu kooptieren,

[912] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/42, Bl. 16, Stenographische Niederschrift über die 8. (22.) Tagung des SED-Parteivorstands am 20. 3. 1948.
[913] SAPMO-BArch, NY 4090/135, Bl. 1–10, Rede Grotewohls auf dem 2. Deutschen Volkskongress am 17. 3. 1948 in Berlin.
[914] Ebenda, Bl. 8.
[915] Ebenda, Bl. 10.
[916] Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 146.
[917] SAPMO-BArch, NY 4090/135, Bl. 116–129, Bericht Grotewohls auf der 2. Tagung des Präsidiums des Deutschen Volksrates am 15. 4. 1948.
[918] Ebenda, Bl. 116.
[919] Stalin schien diesen politischen Kurs bei seiner Unterredung mit Pieck und Grotewohl am 26. 3. 1948 in Moskau gebilligt zu haben. Vgl. Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 192f.

die an den Ausschusssitzungen teilnehmen sollten. Dabei nannte er insgesamt drei ostdeutsche Staats- und Verfassungsjuristen und einen Arbeitsrechtler. Darüber hinaus war sogar vorgesehen, westdeutsche Verfassungsexperten einzubeziehen[920]. Seinen Ausführungen war auch zu entnehmen, dass die SED-Führung die von ihr initiierte Verfassungsdebatte als Gegenentwurf zur verfassungsrechtlichen Entwicklung in Westdeutschland betrachtete, obwohl die SED den verantwortlichen westdeutschen Ministerpräsidenten in dieser Frage einen Schritt voraus war. Dort tagte nämlich nach der Übergabe der sogenannten Frankfurter Dokumente an die Regierungschefs der elf Länder am 1. Juli 1948 der Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee vom 10. bis 23. August. Zur Ausarbeitung des Grundgesetzes trat schließlich am 1. September der Parlamentarische Rat in Bonn zusammen. Im Schatten der Berlin-Krise fand letztlich ein öffentlich ausgetragener Wettstreit über die bessere Verfassung statt, bei dem die SED einen zeitlichen Vorsprung zu besitzen schien.

Die Mitglieder des Verfassungsausschusses einigten sich unter Grotewohls Vorsitz rasch auf einige allgemeine Grundsatzüberlegungen, welche die weiteren Arbeiten am Verfassungsentwurf bestimmen sollten. Dazu gehörte das Demokratieverständnis der Einheitspartei, das unabdingbar sei für die Einheit Deutschlands, sowie die Stärkung der Legislative gegenüber der Exekutive[921]. Grotewohl nahm auf den ersten Blick eine widersprüchliche Haltung ein, denn er vertrat auf der einen Seite im Verfassungsausschuss durchaus die inhaltlichen Positionen der SED. Auf der anderen Seite plädierte er aber für die Unabhängigkeit der Ausschussmitglieder von der Einheitspartei. Dahinter stand vermutlich die Überlegung, mit dem Verfassungsentwurf die gesamtdeutsche Bevölkerung gewinnen zu können. Grotewohl war offenbar davon überzeugt, dass es der SED gelingen werde, über eine breit angelegte Kampagne eine „Volksbewegung aus[zu]lösen, durch die eine solche allgemeine, breite Verfassung auf den Weg gebracht wird"[922]. Für den Ko-Vorsitzenden der SED hatte somit die Verfassungsdebatte eine gesamtdeutsche Stoßrichtung, die er offenbar als Antwort auf die sich vertiefende Teilung des Landes verstand. Ungefähr zeitgleich beschäftigte er sich mit Einzelbestimmungen der bereits vorliegenden ostdeutschen Landesverfassungen, so z. B. mit dem Verbot der Rassenhetze. Um eine unterschiedliche Anwendung dieser Verfassungsbestimmung zu unterbinden, forderte er die Abteilung Landespolitik des Zentralsekretariats auf, einen Gesetzesvorschlag auszuarbeiten, der eine einheitliche Regelung in den Ländern der SBZ anstreben sollte[923].

Grotewohls Arbeitsplan sah im Einzelnen vor, dass in den ersten Sitzungen fünf Referate zu verfassungsrechtlichen Grundsatzfragen gehalten werden sollten. Nach anschließender Diskussion sollte ein Unterausschuss gebildet werden, der auf der Basis der vorangegangenen Diskussion Grundsätze für einen Verfassungs-

[920] In dem Zusammenhang nannte Grotewohl Prof. Dr. Alfred Weber (Heidelberg), Prof. Dr. Reinhard Strecker (Gießen) und Prof. Teiner. Die beiden zuerst Genannten sagten ihre Teilnahme jedoch ab. Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 157.

[921] Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 161.

[922] So Grotewohl auf der 9. Tagung des SED-Parteivorstands am 14. 4. 1948. Zitiert nach: Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 154.

[923] SAPMO-BArch, NY 4090/380, Bl. 117, Grotewohl am 20. 5. 1948 an Abt. Landespolitik.

entwurf aufzustellen hatte. Zügig einigten sich die Ausschussmitglieder auf Referatsthemen und Referenten[924]: Der Historiker Prof. Dr. Alfred Meusel (SED) sollte zunächst einmal einen historischen Überblick über die Verfassungsdebatte in Deutschland im 19. Jahrhundert geben[925]. Als nächster Referent war der Professor für Öffentliches Recht an der Humboldt-Universität zu Berlin, Peter A. Steiniger (SED), vorgesehen, der vor dem Verfassungsausschuss über die Frage von Souveränität und Staatlichkeit unter der Besatzungsherrschaft berichten sollte. Im Anschluss daran war ein Referat von Polak über die Vorzüge und Mängel der Weimarer Reichsverfassung eingeplant. Auch die Blockparteien wurden im Vortragszyklus mit berücksichtigt, denn der sächsische Justizminister Johannes Dieckmann (LDP) erhielt die Gelegenheit, über die Länderverfassungen in Deutschland zu sprechen, und der Jurist Dr. Dr. Helmut Brandt (CDU) sollte die Verfassungspläne der deutschen Parteien vorstellen. Auch wenn sich die sowjetische Besatzungsmacht nicht nachweislich in die Debatte des Verfassungsausschusses direkt einschaltete, so wurde sie doch über den Fortgang der Diskussion auf dem Laufenden gehalten[926]. Generell beklagte sich die SMAD darüber, dass bei den Sitzungen des Deutschen Volksrates oft nicht mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend seien[927]. Daraufhin ließ Grotewohl eine Statistik über die Anwesenheit der Mitglieder des Verfassungsausschusses bei den Sitzungen anfertigen[928].

In den Aussprachen wurden frühzeitig Meinungsverschiedenheiten zwischen Polak und Brandt deutlich[929]: Letzterer betonte das Prinzip der Gewaltenteilung und die Unantastbarkeit der Grundrechte in der Verfassung. Grotewohl äußerte in der Diskussion seine Zustimmung in der Grundrechtsfrage, überging aber geflissentlich die Einwände des CDU-Verfassungsexperten gegen die Aushöhlung des Prinzips der Gewaltentrennung. Damit gelang es Grotewohl, einen sich anbahnenden Konflikt vorzeitig zu entschärfen, ohne die politische Linie der SED aufzugeben. Im Gegenteil: Grotewohl reagierte erst gar nicht auf die Kritik Brandts und ließ sie ins Leere laufen[930]. Helmut Brandts Vortrag erschien im Übrigen als einziges der fünf Grundsatzreferate nicht in der Schriftenreihe des Deutschen Volksrats, was aber vor allem darauf zurückzuführen war, dass Brandt kein überarbeitetes Manuskript eingereicht hatte[931]. Am Ende bestimmte der Verfassungsausschuss die Mitglieder des Unterausschusses, der die Ergebnisse zusammenfassen und ein Grundsatzpapier vorlegen sollte. Dem Gremium gehörten Polak, Steiniger und Brandt an, die dem Verfassungsausschuss am 1. Juli 1948 einen zehn

[924] Dazu ausführlicher: Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 155–157.
[925] Meusel zog jedoch seine Zusage zurück, so dass Polak auch dessen Referatsthema mit übernahm. Ebenda, S. 159.
[926] Vgl. Notiz über Besprechung bei Semjonow am 24. 6. 1948, in: Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 124.
[927] Laufer, Die Verfassungsgebung in der SBZ, S. 38.
[928] Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 177, Anm. 240.
[929] Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 161 und 169. Vgl. zu Brandt: Wentker, Ein deutsch-deutsches Schicksal.
[930] Diese Vorgehensweise wiederholte Grotewohl mehrmals. So reagierte er etwa in der 5. Sitzung des Verfassungsausschusses am 8. 6. 1948 auf einige Formulierungsvorschläge Brandts erst, als dieser nochmals nachhakte. SAPMO-BArch, NY 4090/644, Bl. 212–227, hier Bl. 215 und 224.
[931] Dagegen wurde sein Vortrag zusammen mit den übrigen Referaten im Informationsdienst des Deutschen Volksrates publiziert. Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 171f.

Punkte umfassenden Plan für die Generaldebatte vorlegen konnten. Im Unterausschuss, aber auch im Verfassungsausschuss entwickelte sich Brandt immer mehr zum Gegenpol zu Polak, der wiederum über ausgezeichnete Kontakte zu Grotewohl verfügte. Über diese persönliche Schiene konnten die SED-Vertreter rasch Vorabsprachen treffen und Regieanweisungen für bevorstehende Ausschusssitzungen vereinbaren[932].

In der Zwischenzeit unterstrich Grotewohl bei öffentlichen Veranstaltungen die unterschiedlichen Verfassungskonzepte in Ost und West und bereitete die Zuhörerschaft auf die in Arbeit befindliche ostdeutsche Verfassung langsam vor. Dabei hob er das Öffentlichkeitsverständnis der SED-Führung hervor, das sich von dem westlichen deutlich unterscheide: Im Westen würden am laufenden Band Verfassungsentwürfe hinter verschlossenen Türen ausgearbeitet, die sich in erster Linie an den Interessen der westlichen Besatzungsmächte orientierten. Die SED lehne es daher ab, sich mit diesen eingebrachten Entwürfen überhaupt ansatzweise zu beschäftigen. Und weiter erklärte er: „Es genügt nicht, ein Volksbegehren über die Einheit auszuschreiben, sondern dazu ist es nötig, in einer klaren und sicheren umgrenzten Form dem ganzen deutschen Volke den Entwurf einer Verfassung zu unterbreiten, die nicht in geheimen Sitzungen zusammengeschustert wird, sondern die in großen Versammlungen des Volkes, in Betrieben und überall behandelt und besprochen wird, damit die Verfassung nicht ein Parteiwerk, sondern das Werk des ganzen deutschen Volkes wird."[933] In dem Zusammenhang wiederholte er seine alte Forderung, ein Volksbegehren über die Einheit Deutschlands durchzuführen, wobei er bürgerliche Demokratievorstellungen zu vertreten schien[934]. Vor allem in Berlin blieben aber die propagandistischen Aktivitäten des Deutschen Volksrates nicht ohne Reaktion, denn die SPD organisierte im Westteil der Stadt am 18. März und am 1. Mai 1948 Gegenkundgebungen und überließ der SED somit nicht das Feld im Kampf um die öffentliche Meinung[935].

Nachdem der Verfassungsausschuss seine Generaldebatte in drei Sitzungen abgeschlossen hatte, kam am 3. August 1948 der Deutsche Volksrat zu seiner vierten Tagung zusammen. Einziger Tagesordnungspunkt war die Beratung von Richtlinien für eine Verfassung der „deutschen demokratischen Republik"[936]. Dabei berichteten unter der Tagungsleitung von Otto Nuschke (CDU) die Ausschussmitglieder Dr. Hildegard Heinze (SED), Polak (SED) und Brandt (CDU) über die bisherigen Arbeiten am Verfassungsentwurf. Da einige christdemokratische Vertreter im Deutschen Volksrat Kritik an den vorgestellten Richtlinien äußerten, beeilte sich Grotewohl, in seinem Schlusswort zu betonen, dass der Entwurf immer

[932] Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 175.

[933] SAPMO-BArch, NY 4090/135, Bl. 135–157, hier Bl. 155, Stenographische Niederschrift der Rede Grotewohls auf der Groß-Berliner Funktionärskonferenz am 21.4.1948 im Friedrichstadtpalast.

[934] Das bezog sich vor allem auf die Absage an den Einparteienstaat und die Zusicherung der Durchführung von freien und geheimen Wahlen. SAPMO-BArch, NY 4090/136, Bl. 149–153 und 156f., Rede Grotewohls auf der Kundgebung am Käthe-Kollwitz-Platz in Berlin am 21.5.1948.

[935] So der Berliner SPD-Landesvorsitzende Franz Neumann auf der Sitzung der SPD-Führungsgremien am 29./30.6.1948 in Hamburg, in: Die SPD unter Kurt Schumacher. Bd. 1, S. 397–439, hier S. 423f.

[936] Zitiert nach: Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 188.

noch offen sei für Anregungen und Ergänzungen[937]. Auf diese Weise gelang es dem Ko-Vorsitzenden der SED, eine einstimmige Annahme der Entschließung zu erreichen. Des Weiteren betonte er den gesamtdeutschen Charakter der Verfassungsrichtlinien und konnte damit die Akzeptanz der verabschiedeten Richtlinien noch weiter erhöhen. Nach der sechseinhalbstündigen Volksratstagung trat der Verfassungsausschuss erneut zusammen, um eine Unterkommission zu bilden[938], die auf der Grundlage des bisherigen Entwurfs sowie der Diskussionsbeiträge einen vollständigen Verfassungsentwurf bis zum 15. September fertigstellen sollte. Mit der Bestätigung der Verfassungsrichtlinien durch den Deutschen Volksrat endete am 3. August 1948 eine weitere Phase auf dem Weg zur ostdeutschen Verfassungsgebung.

Knapp zwei Wochen später nahmen die leitenden SMAD-Vertreter Wladimir S. Semjonow und Alexander G. Russkich das Schlusswort Grotewohls zum Anlass, um ihm in Abwesenheit „Objektivismus" vorzuwerfen[939]. Karlshorst hatte vermutlich Anstoß genommen an der Aussage Grotewohls, das Verfassungswerk dürfe nicht von den Auffassungen der Besatzungsmächte bestimmt werden, sondern müsse sich vielmehr „nach den spezifisch deutschen Gesichtspunkten orientieren"[940]. Ein Vergleich mit den Reden Grotewohls im Verfassungsausschuss lässt aber die Schlussfolgerung zu, dass die sowjetischen Sorgen eher unbegründet waren. Das beanstandete Schlusswort, das aus Sicht der SMAD „viele schiefe Darstellungen"[941] enthielt, verfolgte stattdessen taktische Ziele, denn es sollte die teilweise widerstrebenden bürgerlichen Parteien in den weiteren Prozess der Verfassungsausarbeitung mit einbinden. Diesem Ziel diente letztlich die Betonung der deutschen Eigenverantwortung und die Abgrenzung von den Besatzungsmächten.

Nach der Tagung des Deutschen Volksrats am 3. August 1948 setzte erneut eine große Pressekampagne zur Popularisierung der verabschiedeten Verfassungsrichtlinien ein, die jedoch etwas im Schatten der öffentlich gelenkten Diskussion über den Zweijahresplan stand[942]. Während sich Grotewohl im Urlaub befand, ließ die SED die Richtlinien in zahlreichen Zeitungen und Zeitschriften abdrucken. Der Deutsche Volksrat veröffentlichte die Tagung vom 3. August sogar als eigenständige Broschüre[943]. Mit der Fertigstellung der Verfassung wollte sich die Einheitspartei mehr Zeit lassen. So teilte Pieck dem abwesenden Grotewohl in einem Brief

[937] Schlusswort Grotewohls auf der 4. Sitzung des Deutschen Volksrats am 3. 8. 1948, in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. I, S. 217–227.

[938] Der Unterkommission gehörten folgende Mitglieder an: Dr. Karl Polak, Prof. Alfons Steiniger, Käthe Kern und Dr. Karl Schultes (alle SED), Dr. Dr. Helmut Brandt und Georg Dertinger (CDU) sowie Dr. Hans Loch (LDPD). Die Hauptarbeit leisteten Polak und Schultes. Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 195.

[939] Notiz Piecks von der Besprechung mit Semjonow und Russkich am 16. 8. 1948, in: Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 236. Grotewohl befand sich bereits seit dem 8. 8. im Urlaub. SAPMO-BArch, NY 4090/9, Bl. 226 (Rückseite), Taschenkalender Grotewohls von 1948.

[940] Schlusswort Grotewohls auf der 4. Sitzung des Deutschen Volksrats am 3. 8. 1948, in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. I, S. 217–227, hier S. 221.

[941] Notiz Piecks von der Besprechung mit Semjonow und Russkich am 16. 8. 1948, in: Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 236.

[942] Der SED-Parteivorstand hatte am 30. 6. 1948 den Zweijahresplan für 1949/50 beschlossen. Vgl. Dokumente der SED. Bd. II, S. 22–74.

[943] SAPMO-BArch, NY 4090/643, Informationsdienst des Deutschen Volksrates Nr. 3 vom August 1948.

mit, die SED-Führung sei zur Auffassung gekommen, „dass es nicht zweckmäßig ist, schon im Herbst den Volkskongress zur Verabschiedung der Verfassung einzuberufen"[944]. Zur Begründung gab er an: „Wir wissen nicht, was die nächsten Monate noch an besonderen Ereignissen bringen werden, zu denen es zweckmäßig ist, den Volkskongress einzuberufen." Diese Meinung teilte offensichtlich auch Semjonow.

Nach Grotewohls Rückkehr aus dem Urlaub beschäftigte sich der Verfassungsausschuss mit dem redaktionell überarbeiteten Entwurf. Dabei monierte der Ausschussvorsitzende einige inhaltliche Neuerungen, die offensichtlich vorab nicht abgestimmt worden waren, und die in erster Linie auf Empfehlungen von Karl Polak und Karl Schultes zurückgingen. So sah der Entwurf die Aufnahme der Staatssekretäre als Vertreter der Minister im Abschnitt über die Regierung vor; diese sollten wie die Minister gegenüber dem Parlament verantwortlich sein. Auf diese Weise werde eine breitere Regierungsbasis geschaffen, gab der SED-Rechtsexperte Polak zur Begründung an[945]. Dagegen gab Grotewohl zu Bedenken, dass in dem Fall eine „doppelte Regierung" gewählt werden müsse, was wiederum nicht den SED-Richtlinien zur geplanten Verfassung entspreche. Außerdem äußerte er grundsätzliche Zweifel: „Wir haben Bindungen zur Gestaltung der Verfassung auf den Weg bekommen, und ich weiß nicht, ob wir befugt sind, das einseitig zu verändern."[946] Mit diesem Einwand konnte sich der Ko-Vorsitzende der SED offensichtlich durchsetzen, denn die DDR-Verfassung vom 7. Oktober 1949 enthielt keinerlei qualifizierende Angaben zu den Staatssekretären, denen nur die Teilnahme an den Regierungssitzungen mit beratender Stimme zugebilligt wurde[947]. Sie stellten jedoch keinen eigenständigen Bestandteil der Regierung dar. Auch der Formulierungsvorschlag „Reichsrecht bricht Landesrecht", der das Gesetzgebungsrecht der noch zu schaffenden Volkskammer und der Länderparlamente gewichten sollte, fand nicht die Zustimmung Grotewohls. Unter Hinweis auf die Verfassungsdebatte im Bonner Parlamentarischen Rat machte er aber vor allem taktische Gründe geltend: „Das war doch ein politischer [Ausgangspunkt], nämlich der, dass man in Westdeutschland zu leicht geneigt ist, uns vorzuwerfen, wir erstreben eine totale Zentralisierung."[948] Stattdessen konnte er erreichen, dass die ursprüngliche Fassung („Gesamtdeutsches Recht geht dem Recht der Länder vor") wieder Einzug in den Verfassungstext fand[949]. Diese Formulierung, so Grotewohl, sei „doch nur ein politisch-psychologischer Versuch, durch größere Elastizität eine Gegnerschaft im Westen wegzuräumen"[950]. Die Diskussion im Verfassungsausschuss zeigte, dass sich Grotewohl zum Gralshüter des SED-Verfassungsentwurfs ent-

[944] SAPMO-BArch, NY 4036/658, Bl. 10f., Pieck am 19.8.1948 an Grotewohl.
[945] SAPMO-BArch, NY 4090/645, Bl. 29, Protokoll der 11. Sitzung des Verfassungsausschusses am 27.9.1948.
[946] Ebenda, Bl. 30.
[947] Die Verfassung der DDR vom 7.10.1949 (Art. 91–100), in: Gesetzblatt der DDR 1949, S. 5–16, hier S. 12f.
[948] SAPMO-BArch, NY 4090/645, Bl. 35, Protokoll der 11. Sitzung des Verfassungsausschusses am 27.9.1948.
[949] Die Verfassung der DDR vom 7.10.1949 (Art. 114), in: Gesetzblatt der DDR 1949, S. 5–16, hier S. 14.
[950] SAPMO-BArch, NY 4090/645, Bl. 35, Protokoll der 11. Sitzung des Verfassungsausschusses am 27.9.1948.

wickelt hatte und auf die Einhaltung der von der SED-Führung vorgegebenen Marschroute achtete. Darüber hinaus spielten bei ihm immer wieder gesamtdeutsche Aspekte eine nicht unwichtige Rolle, wobei er insbesondere auf die Außendarstellung der ostdeutschen Verfassungsdebatte großen Wert legte, die für ihn ein Bestandteil des deutsch-deutschen Systemwettstreits war. Der überarbeitete Entwurf konnte auf der 11. Sitzung des Verfassungsausschusses aber nicht verabschiedet werden, denn Hugo Hickmann (CDU) bestand auf einer weiteren Ausschusssitzung, um neu aufgeworfene Sachfragen zu klären[951].

Grotewohl, der stets bemüht war, die Beratungen im Verfassungsausschuss zügig voranzutreiben, gab sich als Moderator nur einmal eine Blöße, als er die Fixierung der allgemeinen Wirtschaftsplanung im Verfassungsentwurf ansatzweise in Frage stellte. Für seine offenkundige Unsicherheit waren gesamtdeutsche Gesichtspunkte ausschlaggebend, denn eine gesamtdeutsche Verfassung konnte seiner Meinung nicht an der Tatsache vorbeigehen, dass die bis dahin in der SBZ vollzogene sozioökonomische Neuordnung in den westlichen Besatzungszonen weitgehend abgelehnt wurde. Im Einzelnen führte er aus: „Die Durchführung eines öffentlichen Wirtschaftsplanes setzt voraus, dass ein bestimmter Teil der Wirtschaft sich in öffentlicher Hand oder in den Händen des Volkes befindet; sonst kann man eine öffentliche Wirtschaftsplanung nicht durchführen. Diese Voraussetzungen sind zwar in der sowjetischen Besatzungszone vorhanden, nicht aber in dem übrigen Deutschland."[952] Ausgerechnet der Christdemokrat Dertinger machte ihn darauf aufmerksam, dass der Ausschuss in dieser Frage an die vom Volksrat verabschiedeten Richtlinien gebunden sei und signalisierte damit indirekt seine Zustimmung zum vorgesehenen Artikel. Daraufhin zog Grotewohl seine Frage sofort wieder zurück: „Ich halte meine Bedenken zwar sachlich für gerechtfertigt; aber ich streiche die Segel, weil ich einen Beschluss des Volksrates nicht außer Kraft setzen kann." Nachdem Dieckmann (LDPD) den Gedanken Grotewohls aufgegriffen hatte und die verfassungsrechtliche Verankerung der Planwirtschaft deutlich abschwächen wollte, verwies der brandenburgische Ministerpräsident Dr. Karl Steinhoff (SED) auf einen entsprechenden Artikel, der recht vage gesamtdeutsche Vorbehalte enthielt[953]. Grotewohl befürchtete ein Ausufern der Diskussion und ließ umgehend über den Verfassungsartikel abstimmen, der in seiner vorliegenden Form mehrheitlich angenommen wurde. Artikel 21 der DDR-Verfassung sah schließlich vor, dass der Staat zur „Sicherung der Lebensgrundlagen und zur Steigerung des Wohlstandes seiner Bürger" einen öffentlichen Wirtschaftsplan aufstellen sollte.

Obwohl Grotewohl seine Funktion als Ausschussvorsitzender durchaus ernst nahm, würde es zu weit gehen, ihm zu unterstellen, er hätte die Volkskongressbe-

951 Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 210f.

952 SAPMO-BArch, NY 4090/645, Bl. 130, Protokoll der 12. Sitzung des Verfassungsausschusses am 8. 10. 1948. Vgl. Laufer, Die Verfassungsgebung in der SBZ, S. 38.

953 SAPMO-BArch, NY 4090/645, Bl. 131, Protokoll der 12. Sitzung des Verfassungsausschusses am 8. 10. 1948. Dabei handelte es sich in der Verfassung vom 7. 10. 1949 um den Artikel 25, der die Überführung aller Bodenschätze sowie der Betriebe der Schwerindustrie in Volkseigentum vorsah. Die Nutzung unterstand der Aufsicht der Länder und, „soweit gesamtdeutsche Interessen in Frage kommen", der Zentralregierung in Berlin. Die Verfassung der DDR vom 7. 10. 1949 (Art. 25), in: Gesetzblatt der DDR 1949, S. 5–16, hier S. 8.

wegung und den Deutschen Volksrat als Gegengewicht zum SED-Apparat unter Ulbricht ausgebaut[954]. Für diese Spekulationen gibt es keine Belege. Darüber hinaus widersprach es den politischen Vorstellungen Grotewohls, gegen Ulbricht, den er zweifellos nicht sympathisch fand, zu arbeiten und somit einen Machtkampf mit dem führenden Strategen der Einheitspartei zu riskieren. Entscheidend war für den Ko-Vorsitzenden der SED vielmehr die gesamtdeutsche Dimension der ostdeutschen Verfassungsdebatte. Ausgehend von seiner Magnettheorie war er offensichtlich davon überzeugt, dass eine ostdeutsche Verfassung Anziehung auf die Menschen in Westdeutschland ausüben könnte.

Eine Kontroverse entwickelte sich bei der Erörterung der entschädigungslosen Enteignung von Großgrundbesitz über 100 Hektar, die im Verfassungsentwurf festgeschrieben wurde. Helmut Brandt warb in dem Zusammenhang dafür, den Zusatz „ohne Entschädigung" zu streichen, konnte sich aber mit diesem Vorstoß gegen Grotewohl und die anderen Ausschussmitglieder nicht durchsetzen[955]. Zwischen Vertretern der bürgerlichen Parteien und der SED gab es auch Meinungsverschiedenheiten in der Behandlung der Schulfrage. Während die bisherigen Richtlinien und Entwürfe keine Angaben zu Privatschulen enthielten, brachte Grotewohl am 8. Oktober einen Vorschlag des Kulturausschusses des Volksrates ein, der auf das Verbot von Privatschulen hinauslief. Dagegen argumentierten nun Dieckmann und Brandt, wobei Letzterer vor einem Imageschaden in Westdeutschland warnte[956]. Doch Grotewohl blieb hart und bestand auf einer strikten Trennung von Staat und Kirche. Damit konnte er im Übrigen an alte Forderungen der Sozialdemokratie aus der Weimarer Republik anknüpfen, die er bekanntlich schon als braunschweigischer Kultusminister offensiv vertreten hatte. Grotewohl setzte die bürgerlichen Parteien im Verfassungsausschuss unter Druck und unterbreitete ein Angebot, das sie fast nicht abschlagen konnten: „Aber wenn ich das Ganze als Kompromiss Kirche und Schule gegenüber sehe, so möchte ich meinen, wir sollten uns verständigen, dass Sie diesen Satz über die Privatschulen hineinnehmen und wir Ihnen dafür das Besteuerungsrecht der Kirche und das Austrittsrecht aus der Kirche von uns aus zugestehen."[957] Grotewohl konnte sich letztlich mit seiner Position durchsetzen: Nachdem der Entwurf ausdrücklich die Unzulässigkeit von Privatschulen als Ersatz für öffentliche Schulen festgelegt hatte, kam es bis zum Abschluss der Verfassungsarbeiten noch zu geringfügigen Modifikationen. So machte Artikel 36 nur noch Aussagen zum öffentlichen Schulwesen; die Privatschulen wurden namentlich gar nicht mehr genannt[958]. Am Ende der 12. Sitzung beauftragten die Mitglieder des Verfassungsausschusses Grotewohl damit, auf der nächsten Tagung des Deutschen Volksrates zum Entwurf Stellung zu nehmen[959]. Den Redeentwurf lieferte allem Anschein nach Polak.

[954] So Moraw unter Berufung auf den früheren Leiter des Jugendsekretariats beim ZA der SPD, Fritz Schreiber. Moraw, Die Parole der „Einheit" und die Sozialdemokratie, S. 224.
[955] Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 213.
[956] SAPMO-BArch, NY 4090/645, Bl. 144 f., Protokoll der 12. Sitzung des Verfassungsausschusses am 8. 10. 1948.
[957] Ebenda, Bl. 144. Erstmals zitiert bei Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 214.
[958] Die Verfassung der DDR vom 7. 10. 1949 (Art. 36), in: Gesetzblatt der DDR 1949, S. 5–16, hier S. 8.
[959] Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 214.

Die Moskauer Führung war über den Fortgang der Diskussion im Verfassungsausschuss in groben Zügen unterrichtet. Der sowjetische Außenminister Molotow informierte Stalin sogar am Vorabend des erneuten Zusammentritts des Volksrats über den aktuellen Stand der Dinge und hielt dabei die letzte vorgelegte Entwurffassung für „prinzipiell" annehmbar[960]. Gegenüber dem Ko-Vorsitzenden der SED hatte Molotow zuvor noch darauf gedrängt, einen Satz aus Artikel 5 zu streichen, der bestimmte, dass kein Bürger an „kriegerischen Handlungen teilnehmen [darf], die der Unterdrückung eines Volkes dienen"[961]. Grotewohl konnte den Vorschlag abwehren, indem er Molotow davon überzeugte, dass eine solche Veränderung weitere Änderungsvorschläge von Seiten der bürgerlichen Parteien nach sich ziehen würde. Die Büchse der Pandora wollte Grotewohl offenbar nicht mehr öffnen, was vermutlich auch der sowjetischen Führung einleuchtete. Molotow wies gegenüber Stalin darauf hin, dass Korrekturen erst im Verlauf der öffentlichen Debatte über den Verfassungsentwurf vorgenommen werden sollten[962].

Am 22. Oktober 1948 kam der Deutsche Volksrat zu seiner fünften Sitzung zusammen, um über den überarbeiteten Verfassungsentwurf zu debattieren. Im Mittelpunkt stand ein Referat des Vorsitzenden des Verfassungsausschusses Grotewohl, der den Entwurf erneut als Gegenentwurf zu den Bonner Verfassungsplänen präsentierte. Er kritisierte den Parlamentarischen Rat, dem er vorwarf, einen „westdeutschen Vasallenstaat aus der Taufe" zu heben[963]. Grotewohl stellte den Parlamentarischen Rat als verlängerten Arm der Westmächte dar: „Der ‚Bonner Rat' ist heute der Ausdruck der vollendeten Kapitulation deutscher Menschen vor den Annexionsgelüsten der westlichen Besatzungsmächte." Bei der Gelegenheit machte er wieder einmal die Regierungen in Washington, London und Paris für die Teilung Deutschlands verantwortlich. Anschließend stellte er einige Artikel des Verfassungsentwurfs vor, um zu zeigen, dass die SED die Konsequenzen aus der deutschen Geschichte gezogen habe. Das bezog sich unter anderem auf die vermeintlich exponierte Stellung der Volkskammer im ostdeutschen Verfassungsgefüge. Dabei unterstrich Grotewohl: „Will man die wesentlichsten Differenzen des vorliegenden Entwurfes gegenüber der Weimarer Verfassung bestimmen, so kann man sie darin sehen, dass in dem hier vorliegenden Entwurf das Parlament aus seinem Schattendasein zum höchsten Willensträger erhoben wurde."[964] Offensiv verteidigte er die faktische Beseitigung der Gewaltenteilung mit der Behauptung, dass an die Stelle eines „nur juristisch abgezirkelten Organisationsmechanismus der höchsten Gewalten im Staate, der wirkliche Wille des Volkes" getreten sei[965].

960 Laufer, Die Verfassungsgebung in der SBZ, S. 39.
961 Die Verfassung der DDR vom 7. 10. 1949 (Art. 5, Abs. 3), in: Gesetzblatt der DDR 1949, S. 5–16, hier S. 6.
962 Laufer, Die Verfassungsgebung in der SBZ, S. 40.
963 SAPMO-BArch, NY 4090/138, Bl. 251–258, hier Bl. 254, Rede Grotewohls vor dem Deutschen Volksrat am 22. 10. 1948 in Berlin. Erstmals zitiert bei: Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 216. Grotewohls Rede wurde als Sonderdruck des Informationsdienstes des Deutschen Volksrats publiziert und erschien außerdem noch in einer stark veränderten Form in seiner Schriften- und Redensammlung. Vgl. Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. I, S. 247–280.
964 SAPMO-BArch, NY 4090/138, Bl. 251–258, hier Bl. 255 (Rückseite), Rede Grotewohls vor dem Deutschen Volksrat am 22. 10. 1948 in Berlin.
965 Ebenda, Bl. 256 (Rückseite).

Damit sei die formale von der realen Demokratie abgelöst worden, so Grotewohl weiter. Dahinter verbarg sich im Übrigen auch ein anderes Verständnis vom Stellenwert der Justiz im politischen Kräftefeld. Grotewohl folgte auch in diesem Punkte dem marxistisch-leninistischen Weltbild, das die systemkonservierende Funktion der richterlichen Gewalt in der bürgerlichen Staatsordnung kritisierte. Deshalb bezeichnete Grotewohl die westdeutsche Justiz auch als „de[n] geschworene[n] Gegner alle[n] politischen, gesellschaftlichen und sozialen Fortschritts"[966].

Da im Volksrat erwartungsgemäß keine kontroverse Debatte über den vorgelegten Verfassungsentwurf geführt wurde, konnte bereits am selben Tag eine entsprechende Entschließung einstimmig verabschiedet werden[967]. Weder das Gesamtdokument noch die einzelnen Artikel wurden zur Abstimmung gestellt; neun Tage später veröffentlichte das ‚Neue Deutschland' den Entwurf. Laufer vermutet in dem Zusammenhang, dass die zeitliche Verzögerung mit der noch ausstehenden Zustimmung aus Moskau zusammenhing, ohne allerdings Belege anzuführen[968]. Ungefähr zeitgleich initiierte die SED-Führung eine weitere Propagandakampagne, die nicht nur die ostdeutsche Bevölkerung mobilisieren, sondern auch die westdeutsche Verfassungsdebatte beeinflussen sollte. Da zwischen den einzelnen Entwürfen kaum noch gravierende inhaltliche Veränderungen erkennbar sind, stellt sich die Frage, warum die Einheitspartei in Abstimmung mit der SMAD nicht bereits früher die Verfassungsdebatte abschließen konnte. Der Entwurf, den der Volksrat im Oktober 1948 vorlegte, stimmte in zentralen Punkten mit dem von der SED knapp zwei Jahre früher veröffentlichten Verfassungsentwurf überein. Zwei Gründe mögen dafür ausschlaggebend gewesen sein: Zum einen beobachtete das Zentralsekretariat der SED aufmerksam die am 1. September begonnene Diskussion im Parlamentarischen Rat, die offensichtlich noch abgewartet werden sollte. Obwohl der ostdeutsche Verfassungstext im Herbst 1948 fast vollständig vorlag, dauerte es noch einmal sieben Monate, bis es zur offiziellen Verabschiedung durch den dritten Volkskongress kam. Zum zweiten hing die Verabschiedung der Verfassung aufs engste mit der geplanten Staatsgründung zusammen, bei der noch zahlreiche Absprachen mit der sowjetischen Hegemonialmacht getroffen werden mussten. Die SED-Führung musste vor allem in dieser Frage Rücksicht nehmen auf die Moskauer Führung, die nach wie vor mehrere deutschlandpolitische Optionen gleichzeitig verfolgte.

Gleichwohl nutzte die SED die Zeit, um Veränderungsvorschläge von Seiten der SMAD oder der bürgerlichen Parteien in den Verfassungsentwurf einzubauen. Während sich Karlshorst weitgehend zurückhaltend in dieser Frage verhielt, gab es durchaus beträchtliche Unterschiede zu den Vorstellungen der CDU- und LDPD-Vertreter im Verfassungsausschuss. Soweit die Grundpfeiler des SED-Verfassungsentwurfs nicht tangiert wurden, versuchte Grotewohl als Ausschussvorsitzender auf die Vorschläge der bürgerlichen Juristen bzw. Verfassungsexperten einzugehen. Das betraf allerdings nicht die Übernahme des Blockprinzips, die auf

[966] Ebenda, Bl. 257.
[967] Dazu: Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 218.
[968] Laufer, Die Verfassungsgebung in der SBZ, S. 40.

konkrete Vorschläge Steinigers und Polaks zurückging[969]. Dagegen hatte sich die CDU für die Schaffung eines Präsidentenamtes eingesetzt und dabei Unterstützung bei der SED gefunden, die aber den christdemokratischen Vorstoß abschmettern konnte, den zukünftigen Präsidenten vom Volk direkt wählen zu lassen. Auch die Einführung einer zweiten Kammer, der Länderkammer, ging auf eine Idee der CDU zurück, die in dieser Angelegenheit überraschenderweise von Molotow Unterstützung erfuhr[970]. Dadurch veränderte sich das Verhältnis zwischen Republik und Ländern nicht, denn die Mitwirkungsmöglichkeiten der Länderkammer blieben eng begrenzt. Da die Einheitspartei auf der Aufhebung der Gewaltentrennung beharrte, konnte die richterliche Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen, die von Seiten der CDU und LDPD gefordert wurde, nur in Form der Bildung eines Verfassungsausschusses bei der Volkskammer verwirklicht werden[971].

Mit der Sitzung des Deutschen Volksrats am 22. Oktober endete eine weitere Phase der ostdeutschen Verfassungsdiskussion, die dann für einige Monate unterbrochen wurde. Die SED, die zuvor öffentliche Debatten initiiert hatte, um die angebliche Fortschrittlichkeit des eigenen Verfassungsentwurfs deutlich zu machen, ließ die redaktionelle Arbeit am Gesetzeswerk einstweilen ruhen. Bestandteil der sogenannten Popularisierungskampagne war zweifellos die Reise einer von Grotewohl angeführten Delegation in die Sowjetunion, die an den Feierlichkeiten zum 31. Jahrestag der Oktoberrevolution in Moskau teilnahm. Die Delegation hielt sich vom 2. bis 21. November 1948 in der Sowjetunion auf und absolvierte ein dicht gefülltes Programm, das von der Teilnahme am diplomatischen Empfang aller Delegationen aus dem sowjetischen Einflussbereich über den Besuch von sozialen Einrichtungen und Großbaustellen bis hin zum Theaterbesuch reichte. Die Tatsache, dass es sich nicht um eine SED-Delegation, sondern um eine Delegation des Deutschen Volksrats handelte, mag kein Zufall gewesen sein. Vermutlich sollten die Delegationsmitglieder aus den bürgerlichen Parteien mit dem politischen Leben in der Sowjetunion vertraut gemacht werden. Nach der Rückkehr veranstaltete die SED eine internationale Pressekonferenz, auf der Grotewohl ganz allgemein über die Ergebnisse der Reise berichtete[972]. Zwei Tage später hielt der Ko-Vorsitzende der SED eine Rede auf der Kundgebung des Volkskomitees für Einheit und gerechten Frieden in Leipzig, in deren Mittelpunkt die zurückliegenden Feierlichkeiten in Moskau standen[973].

Zwei Wochen später stellte Grotewohl den ostdeutschen Verfassungsentwurf in eine Traditionslinie zur sowjetischen Verfassung vom 5. Dezember 1936: „Der fortschrittliche Charakter des Verfassungsentwurfs des Deutschen Volksrates ist nicht zuletzt auch eine Folge des bahnbrechenden Charakters der sowjetischen Staatsverfassung."[974] Während Grotewohl in der Verfassungsdiskussion bis dahin

[969] Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 219.
[970] Ebenda, S. 222.
[971] Ebenda, S. 223.
[972] SAPMO-BArch, NY 4090/139, Bl. 8–17, Stenographische Niederschrift über die Pressekonferenz am 22. 11. 1948.
[973] SAPMO-BArch, NY 4090/139, Bl. 18–39, Rede Grotewohls am 24. 11. 1948 in Leipzig.
[974] „Die Verfassung der UdSSR und die Verfassung des Deutschen Volksrates" vom 5. 12. 1948, in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. I, S. 288–294, hier S. 293.

die deutschen Wurzeln betont hatte, sprach er sich nunmehr für eine Übernahme des sowjetischen Modells aus, das er in den höchsten Tönen lobte: „Die sowjetische Verfassung beschränkt sich nicht auf die Festlegung formaler Rechte und Versprechungen für den Staatsbürger, sondern sie schafft gleichzeitig Garantien für die Erfüllung dieser Rechte und weist die Wege für die Verwirklichung."[975] Und weiter erklärte er mit Blick auf die von der SED maßgeblich bestimmten Verfassungsrichtlinien in der SBZ: „Das sozialistische Wirtschaftssystem und das sozialistische Eigentum an Produktionsmitteln sind verfassungsmäßig gesichert." Wie erklärt sich dieser Meinungsumschwung[976]? Hat es im Zusammenhang mit der Moskau-Reise der Delegation des Deutschen Volksrates Gespräche zwischen der Kremlführung und Grotewohl gegeben, bei denen Letzterer zur Aufgabe eines deutschen Verfassungs-Sonderweges bewogen wurde? Diese Fragen lassen sich aufgrund fehlender Quellen nicht beantworten. Fest steht aber, dass Grotewohl Anfang Dezember 1948 einen anderen Kurs in der Verfassungsdebatte verfolgte, der sich deutlich am sowjetischen Modell, d. h. an der sowjetischen Verfassung aus dem Terrorjahr 1936 orientierte.

Im ‚Neuen Deutschland' feierte Grotewohl am 18. Februar 1949 die Propagandakampagne für den ostdeutschen Verfassungsentwurf als großen Erfolg[977]. Am selben Tag, über vier Monate nach dem letzten Zusammentreffen, versammelten sich die Mitglieder des Verfassungsausschusses zu einer weiteren Sitzung. Der Termin war mit Bedacht gewählt worden, denn in Bonn war die zweite Lesung des Hauptausschusses zum Grundgesetz beendet worden, bei der viele strittige Fragen immer noch ungeklärt geblieben waren. Insbesondere die drei Westmächte übten Kritik am ausgehandelten Kompromiss, der ihnen bei der Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern und bei der Finanzverfassung zu zentralistisch erschien[978]. Die SED-Führung versuchte offensichtlich die Krisensituation, in der sich die westdeutsche Verfassungsdebatte im Frühjahr 1949 befand, auszunutzen und setzte die von ihr weitgehend gesteuerte Ausarbeitung der Verfassung weiter fort. Dagegen nahm der Parlamentarische Rat die Verfassungsdiskussion im Deutschen Volksrat nur am Rande wahr[979].

Im Mittelpunkt der Sitzung des Verfassungsausschusses am 18. Februar 1949 stand die Erörterung der zurückliegenden Propagandakampagne sowie die eingegangenen Änderungsvorschläge, die Grotewohl auf ca. 500 bezifferte[980]. Anders als der Parlamentarische Rat in Bonn strebte der Deutsche Volksrat eine öffentlich geführte Diskussion über den Verfassungstext an, die den Eindruck einer demokratischen Legitimation verbreiten sollte. Da jedoch entscheidende Bestandteile

[975] Ebenda, S. 289.
[976] Dagegen erscheint die Erklärung von Amos, Grotewohl habe mit dem Vergleich die bürgerlichen Parteien und Politiker beruhigen wollen, wenig plausibel. Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 260. Die Delegationsreise in die Sowjetunion erwähnt sie in dem Zusammenhang nicht.
[977] Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 264.
[978] Kielmansegg, Nach der Katastrophe, S. 69; Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg, S. 597; Wolfrum, Die geglückte Demokratie, S. 40f.
[979] Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 269.
[980] SAPMO-BArch, NY 4090/645, Bl. 187, Protokoll der 13. Sitzung des Verfassungsausschusses am 18. 2. 1949.

von der SED-Führung frühzeitig vorgegeben wurden, wie z. B. die Abschaffung der Gewaltenteilung sowie die Verankerung der Planwirtschaft, waren die Grenzen letztlich eng gesteckt, innerhalb derer Veränderungen überhaupt möglich waren. Auch die zurückliegenden Debatten im Verfassungsausschuss hatten anschaulich gezeigt, dass Initiativen der bürgerlichen Parteien frühzeitig abgeblockt wurden. Das betraf etwa die Vorschläge von CDU und LDPD, die Enteignungen mit Entschädigungszahlungen zu verbinden oder die Privatschulen neben den öffentlichen Schulen bestehen zu lassen. Während also Grotewohl die Mitwirkung aller politischen und gesellschaftlichen Gruppen an der Ausarbeitung der Verfassung nach außen hin betonte, bremste er zusammen mit den anderen SED-Vertretern entsprechende Vorstöße im Verfassungsausschuss weitgehend ab. Daran änderte sich auch in der Folgezeit wenig. So wies etwa am 18. Februar 1949 der parteilose Prof. Dr. Theodor Brugsch, der Delegierter des Kulturbundes war, auf die Bedeutung des westdeutschen Grundgesetzentwurfes hin. Seiner Meinung nach hatte der Deutsche Volksrat einen Verfassungsentwurf vorgelegt, der nicht ohne weiteres auf den Westen übertragen werden könnte. Daher sei es notwendig, den ostdeutschen Entwurf „von den klügsten und weitschauendsten Politikern" diskutieren zu lassen[981]. Prof. Dr. Ernst Niekisch (SED), der ebenfalls für den Kulturbund im Verfassungsausschuss saß, unterstützte diesen Vorschlag, wobei er aber von vornherein davon ausging, dass der Volksrat bei einem Vergleich günstig abschneiden würde[982]. Grotewohl reagierte leicht gereizt auf diese versteckte Kritik und beeilte sich, die Vorreiterrolle des Deutschen Volksrates in der gesamtdeutschen Verfassungsdebatte zu betonen. Aus dieser subjektiven Bestandsaufnahme leitete er schließlich die Schlussfolgerung ab, dass weitere inhaltliche Verbesserungen am vorliegenden Entwurf des Verfassungsausschusses nicht erforderlich seien: „Unsere Verfassung ist ein in sich völlig geschlossenes und logisch ablaufendes System einer staatsrechtlichen Konstruktion. Ich möchte sogar so vermessen sein, zu sagen, auf diese Arbeit kann der Verfassungsausschuss ein wenig stolz sein. Wir brauchen wirklich nicht zu glauben, dass wir grundlegende Veränderungen vornehmen müssen."[983] Am Ende folgten die Mitglieder des Verfassungsausschusses dem Vorschlag Grotewohls und übergaben die Materialien aus der öffentlichen Debatte dem bereits bestehenden Unterausschuss, der um jeweils einen Vertreter der Ende April bzw. Ende Mai 1948 neu gebildeten Parteien DBD und NDPD erweitert werden sollte[984]. Für den Unterausschuss wurden ansonsten keine inhaltlichen Vorgaben festgelegt[985]; dieser sollte vielmehr freie Hand haben und stand letztlich nur unter der Kontrolle der SED-Führung.

Unter der Leitung Grotewohls kam der Verfassungsausschuss bereits am 2. März 1949 wieder zusammen. Es sollte die letzte Sitzung des Gremiums sein. Obwohl die Ausschussmitglieder fast acht Stunden lang über die vorab ausgewählten 129

981 Zitiert nach: Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 275.
982 SAPMO-BArch, NY 4090/645, Bl. 213, Protokoll der 13. Sitzung des Verfassungsausschusses am 18. 2. 1949.
983 Zitiert nach: Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 277.
984 SAPMO-BArch, NY 4090/645, Bl. 212, Protokoll der 13. Sitzung des Verfassungsausschusses am 18. 2. 1949.
985 Ebenda.

Änderungsanträge berieten, von denen 70 Berücksichtigung fanden[986], änderte sich doch nichts an den verfassungspolitischen Grundsätzen und inhaltlichen Vorgaben des vom Volksrat beschlossenen Verfassungsentwurfs. Die vorgenommenen Veränderungen an insgesamt 52 Verfassungsartikeln beschränkten sich weitgehend auf stilistische und redaktionelle Korrekturen sowie juristische Präzisierungen[987]. Im Verlauf der Beratung versuchte der Ausschussvorsitzende Grotewohl, eine Grundsatzdebatte über die Wirtschaftsordnung in der sowjetischen Besatzungszone, die im Artikel 21 fixiert wurde, von vornherein zu unterbinden. Verwundert stellte er die Frage: „Warum rollen wir hier grundsätzliche Fragen auf, über die wir bereits eine feste Marschroute in Form eines Beschlusses unseres Auftraggebers haben?"[988] Daraufhin musste er sich von seinem Parteifreund Heinrich Acker Kritik gefallen lassen, der den bisherigen Entwurf keineswegs als sakrosankt betrachtete: „Was die Behandlung der Sache im Ganzen anlangt, verstehe ich den Herrn Vorsitzenden nicht ganz. Ich hatte angenommen, dass der Unterausschuss die Aufgabe hat, aufgrund der Kritik aus dem Volke [...] seinerseits Änderungsvorschläge zu machen, die auch an den früheren Beschlüssen rütteln können."[989] In der Diskussion ging es erneut um die Gleichbehandlung von volkseigenen und privaten Betrieben, für die sich ursprünglich die Liberalen eingesetzt hatten. Diese Position vertrat am 2. März nur noch der Christdemokrat Dertinger; dagegen unterstützten Dr. Heinze (SED und VVN) und Paul Peschke (SED und FDGB) Grotewohls Auffassung. Letztlich blieb es erwartungsgemäß bei der alten Formulierung, denn bei der Abstimmung votierten fast alle Ausschussmitglieder gegen eine Änderung des entsprechenden Verfassungsartikels[990]. Kompromissbereit zeigte sich Grotewohl jedoch bei der Frage, inwieweit Religionsgemeinschaften das Recht zugestanden werden sollte, Stellungnahmen zu politischen Themen abgeben zu können. Während dies führende SED-Vertreter wie Karl Steinhoff vehement ablehnten[991], kam der Ausschussvorsitzende den bürgerlichen Parteien in dieser Frage entgegen und sorgte dafür, dass ein entsprechender Zusatz aufgenommen wurde[992].

Im ‚Neuen Deutschland' betonte Grotewohl am 5. März 1949 erneut die Unterschiede zwischen dem ostdeutschen Verfassungsentwurf und dem Bonner Grundgesetz[993], das der Parlamentarische Rat am 8. Mai 1949 in dritter Lesung verabschiedete. Die Tatsache, dass das Grundgesetz am 23. Mai in Kraft trat, war ein Zeichen für das Scheitern der Bemühungen der SED-Führung, bis zum Schluss Einfluss auf die westdeutsche Verfassungsdebatte zu nehmen. Parallel dazu liefen nach der sechsten Volksratstagung, auf der Grotewohl seine Angriffe auf die

986 Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 284.
987 Ebenda.
988 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/13/245, Bl. 99, Protokoll der 14. Sitzung des Verfassungsausschusses vom 2. 3. 1949.
989 Ebenda. Erstmals unter anderer Signatur zitiert bei: Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 286.
990 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/13/245, Bl. 104, Protokoll der 14. Sitzung des Verfassungsausschusses vom 2. 3. 1949.
991 Ebenda, Bl. 119.
992 Die Verfassung der DDR vom 7. 10. 1949 (Art. 41, Abs. 2), in: Gesetzblatt der DDR 1949, S. 5–16, hier S. 9.
993 Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 290f.

westdeutschen Verfassungsväter und -mütter wiederholte[994], die Vorbereitungen für den Dritten Deutschen Volkskongress, der erstmals nach dem Prinzip der Einheitsliste gewählt werden sollte[995]. Darauf hatten SED und SMAD bestanden, die bei einer freien Wahl nach getrennten Parteilisten eine Niederlage der Einheitspartei befürchteten[996]. Der SED-Parteivorstand bereitete die Volkskongresstagung sorgfältig vor[997]. Schließlich bestätigte am 30. Mai der Dritte Deutsche Volkskongress mit nur einer Gegenstimme den vom Deutschen Volksrat am 19. März beschlossenen Entwurf einer Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik[998]. Bei Grotewohl hing die Desillusionierung jedoch nicht nur mit der erfolgreich abgeschlossenen Verfassungsdebatte in Westdeutschland zusammen. Da die Sowjetunion die Berlin-Blockade am 12. Mai aufgehoben und damit die Anwesenheit der Westmächte in der früheren Reichshauptstadt anerkannt hatte, musste der Ko-Vorsitzende der SED davon ausgehen, dass die verabschiedete ostdeutsche Verfassung in absehbarer Zeit in ganz Deutschland nicht in Kraft gesetzt werden konnte. Die Abgeordneten des Dritten Volkskongresses wählten außerdem noch den neuen Volksrat, dem die Aufgabe zufiel, die Verfassung zu verkünden. Das Ende der Verfassungsdebatte verzögerte sich jedoch in der sowjetischen Besatzungszone, weil die SED-Führung mit Moskau noch die konkreten Modalitäten der Staatsgründung abstimmen musste. Die Veröffentlichung der Verfassung fiel nämlich zeitlich gesehen zusammen mit den Vorarbeiten zur DDR-Gründung.

Für die SED-Führung bedeutete die Bestätigung des Verfassungsentwurfs durch den Dritten Deutschen Volkskongress nicht das Ende der Verfassungsdiskussion, denn es ging ihr in der Folgezeit darum, die öffentliche Meinungsschlacht um die vermeintlich bessere Verfassungsstruktur im geteilten Deutschland für sich zu entscheiden. Dazu versuchte Grotewohl zunächst, die Jugend in der sowjetischen Besatzungszone zu mobilisieren, und redete etwa vor dem Jugendparlament der FDJ am 5. Juni 1949 in Leipzig[999]. Ende des Monats sprach er auf dem NDPD-Parteitag in Halle. Bei der Gelegenheit sprach er sich im Übrigen vorsichtig für die Integration der nominellen NSDAP-Mitglieder in die ostdeutsche Staatsordnung aus: „Sie dürfen vor allem dabei nicht vergessen, dass doch fast vier Jahre vergangen sind, seit jener gesellschaftlichen Umstellung, in der wir uns befinden und in dem

[994] SAPMO-BArch, NY 4090/142, Bl. 125–163, hier S. 148–150, Rede Grotewohls auf der 6. Tagung des Deutschen Volksrates am 19. 3. 1949.

[995] Laufer, Die Verfassungsgebung in der SBZ, S. 40.

[996] Die Wahlen stellten für die SED eine Niederlage dar. Bei einer Wahlbeteiligung von 95,2 Prozent hatten nur 66,1 Prozent mit Ja und 33,9 Prozent mit Nein gestimmt. Staritz, Geschichte der DDR, S. 31. Der SED-Parteivorstand beschäftigte sich eingehend mit diesem Wahlergebnis. Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/145, Bl. 160–203, hier Bl. 161, Rede Grotewohls vor dem SED-Parteivorstand am 20. 7. 1949.

[997] SAPMO-BArch, NY 4090/288, Bl. 159–176, Stenographische Niederschrift über die 19. (33.) Tagung des SED-Parteivorstandes am 27. 5. 1949. Dazu hielt Grotewohl das Hauptreferat.

[998] SAPMO-BArch, NY 4090/642, Bl. 2–37, hier Bl. 34, auszugsweises Protokoll der Sitzung des Dritten Deutschen Volkskongresses am 30. 5. 1949. Die Rede Grotewohls wurde in einer deutlich überarbeiteten Fassung in seiner Reden- und Aufsatzsammlung veröffentlicht. Vgl. Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. I, S. 419–443.

[999] SAPMO-BArch, NY 4090/145, Bl. 12–22, Rede Grotewohls vor dem Jugendparlament am 5. 6. 1949 in Leipzig.

Prozess, der es ermöglichen kann, diese früheren nationalsozialistischen Teile Deutschlands nun wirklich praktisch und erfolgreich einzugliedern."[1000]

Planung und Inszenierung des Gründungsaktes

Es ist bereits mehrfach darauf hingewiesen worden, dass die Ausarbeitung der Verfassung aufs engste mit der Frage eines zentralen Staatsaufbaus verbunden war. In der Forschung ist nach wie vor umstritten, wann sich Moskau für die Separatstaatsgründung entschied. Die Sowjetunion verfolgte nämlich in der Deutschlandpolitik immer noch verschiedene Optionen. Eine wichtige Weichenstellung war jedoch die Neuorganisation der DWK im Februar 1948, denn diese stellte fortan die Keimzelle für eine Zentralregierung in der SBZ dar, wie Grotewohl gegenüber Stalin am 26. März 1948 in Moskau erläuterte[1001]. Dem sowjetischen Diktator erklärte er, dass die ostdeutsche Einheitspartei keine Maßnahmen einleiten werde, die als Auftakt zur Gründung eines ostdeutschen Staates angesehen werden könnten. Deshalb sei, so Grotewohl weiter, die Einberufung eines Parlaments und die Errichtung einer Regierung auf zentraler Ebene verschoben worden. In dieser Frage zogen offensichtlich beide Politiker an einem Strang: Stalin und Grotewohl befürchteten negative Auswirkungen im Westen Deutschlands. Während der Ko-Vorsitzende der SED nach wie vor an seinen gesamtdeutschen Überlegungen festhalten wollte, lehnte der Moskauer Kremlchef die Entscheidung zugunsten einer einzigen deutschlandpolitischen Option noch ab. Stalin sprach sich in dem Gespräch zwar für vorbereitende Maßnahmen, insbesondere für die Stärkung der DWK gegenüber den Ländern aus, erteilte aber weitergehenden Plänen eine Absage. Dabei ging es der sowjetischen Führung auch darum, den Westen für die Spaltung Deutschlands verantwortlich machen zu können. Beim nächsten Treffen im Kreml am 18. Dezember 1948 legte Molotow den SED-Spitzenpolitikern nahe, die noch zu schaffende Zentralregierung als provisorische Regierung zu bezeichnen. Diesem Vorschlag stimmte Stalin sofort zu und unterstrich nochmals, dass auf diese Weise deutlich gemacht werden könnte, „dass die Regierung provisorisch existiert, solange es keine Vereinigung Deutschlands geben wird"[1002]. Bei den Unterredungen zwischen führenden Vertretern der SMAD und der SED in Karlshorst war bereits Ende Oktober die Bildung einer ostdeutschen Regierung und eines Parlaments ins Auge gefasst worden, und zwar als Reaktion auf den im Westen eingeschlagenen Kurs zur Bildung eines Weststaats[1003].

Ungefähr ab Mitte 1948, im Zusammenhang mit den Londoner Empfehlungen und der Übergabe der Frankfurter Dokumente, schien die SED-Führung endgültig davon überzeugt zu sein, dass die sowjetische Bereitschaft, auf den Westen weiter-

[1000] SAPMO-BArch, NY 4090/145, Bl. 135–143, hier Bl. 136, Beitrag Grotewohls auf dem NDP-Parteitag am 23. 6. 1949 in Halle.

[1001] Mitschrift [von Semjonow und Korotkewitsch] über das Gespräch Stalins mit den SED-Vorsitzenden Pieck und Grotewohl am 26. 3. 1948 in Moskau, in: Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation, f. 45, o. 1, d. 303, l. 24–49. Erstmals abgedruckt in: Istoritscheskij Archiv, Nr. 2 (2002), S. 9–27, hier S. 22.

[1002] Scherstjanoi/Semmelmann, Die Gespräche Stalins mit der SED-Führung, S. 161.

[1003] Notiz über Besprechung bei Sokolowski am 30. 10. 1948, in: Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 242.

hin Rücksicht zu nehmen, nicht mehr in dem Maße vorhanden war wie bisher[1004]. Damit wuchs in Ost-Berlin die Hoffnung, Moskau werde einer ostdeutschen Staatsgründung nicht mehr länger abgeneigt sein. Dennoch dauerte es noch einige Monate, bis sich die ostdeutsche Hegemonialpartei eingehend mit den Vorbereitungen zur Gründung eines eigenen Teilstaates beschäftigen konnte. Wenige Tage vor dem Dritten Deutschen Volkskongress kam der SED-Parteivorstand am 27. Mai 1949 zusammen, um die bevorstehende Tagung zu planen. Dabei wich Grotewohl der Frage aus, inwieweit der Aufbau des Sozialismus in der SBZ mit der Einheit Deutschlands vereinbar sein konnte. Stattdessen betonte er wieder einmal die Bedeutung, die der ostdeutschen Verfassung im deutsch-deutschen Systemwettstreit zukam. Einen Automatismus zwischen Verfassungsgebung und Staatsgründung schien er dagegen indirekt abzulehnen: „Denn jetzt wird es darauf ankommen, unser Verfassungswerk als die Grundlage einer wirklichen wirtschaftlichen und politischen friedfertigen Entwicklung Deutschlands eindeutig und scharf gegenüber dem Bonner Verfassungswerk noch einmal gegenüberzustellen, also weniger in einer staatsrechtlich-juristischen Form als in einer wirklich politischen Form vor dem 3. Volkskongress die Auswirkungen unserer Verfassung darzulegen."[1005] Im Gegensatz dazu waren die ehemaligen Kommunisten in der SED-Führung schon einen Schritt weiter: Obwohl sich Wilhelm Pieck vom 14. April bis zum 21. Mai 1949 nur zur ärztlichen Behandlung in der Sowjetunion aufhielt, nutzte er die Gelegenheit, um drei Tage vor seiner Abreise ein Gespräch mit Georgi Dimitroff zu führen, über das keine Aufzeichnungen vorliegen. Darüber hinaus bemühte er sich um ein Treffen mit Molotow, das zwar nicht zustande kam, für das er aber handschriftliche Notizen anfertigte. Dabei fällt auf, dass Pieck für den Fall des Scheiterns der bevorstehenden Außenministerkonferenz in Paris (23. Mai bis 20. Juni 1949) die Bildung einer deutschen Regierung durch den Volksrat vorschlug und in dem Zusammenhang Grotewohl als Ministerpräsidenten nannte[1006].

Der Ausgang der ersten Bundestagswahl am 14. August 1949 dämpfte die Erwartungen der Sowjetunion, mit Hilfe einer gesamtdeutschen Massenbewegung in Deutschland die Gründung der Bundesrepublik und ihre Integration in die westlichen Bündnissysteme verhindern zu können. Das Wahlergebnis der KPD konnte von Stalin nur als katastrophal bewertet werden, denn die Partei erzielte lediglich 5,7 Prozent der abgegebenen Stimmen. Das SED-Politbüro befasste sich gleich in mehreren Sitzungen eingehend mit dem Ausgang der Bundestagswahlen. Dabei stellte Wilhelm Pieck fest, dass es „dem amerikanischen Imperialismus gelungen ist, einen großen Massenbetrug durchzuführen, so wie es Hitler 1933 gelungen ist, die Massen zu betrügen und für den Krieg zu gewinnen"[1007]. Gleichzeitig betonte

[1004] Suckut, „Wenn die Nation erhalten bleibt, werden alle administrativen Spaltungsmaßnahmen eines Tages zergehen und zerfallen.", S. 119.

[1005] SAPMO-BArch, NY 4090/288, Bl. 159–176, hier Bl. 166, Rede Grotewohls auf der 19. (33.) Tagung des SED-Parteivorstandes am 27. 5. 1949.

[1006] Notizen zum Brief Wilhelm Piecks an Molotow sowie Disposition zur vorgesehenen Besprechung bei Molotow am 11. 5. 1949, in: Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 277–280, hier S. 279. Die Besprechung fand jedoch nicht statt.

[1007] Auszug aus dem Protokoll über die Sitzungen des Politbüros des Parteivorstandes der SED am 19., 20. und 22. 8. 1949, in: DzD. II/2 (unveröffentlichte Dokumente), S. 399–419, hier S. 402.

er selbstkritisch, die SED habe es nicht vermocht, „den Massen darzulegen, was die progressive Politik der Sowjetunion für Deutschland darstellt". Im Gegenzug sei es dem politischen Gegner gelungen, eine „große Hetze" gegen die Sowjetunion und die sowjetische Besatzungszone zu entfalten, dem die ostdeutsche Einheitspartei nicht Einhalt geboten habe. Das Wahlresultat nahm er zum Anlass, um die unzureichende Parteiarbeit der SED zu bemängeln: „25-30 % haben gearbeitet und 70 % haben zugesehen." Auch Walter Ulbricht beanstandete den zurückliegenden Wahlkampf der KPD, der mit der Westkommission der SED detailliert abgesprochen war. Seiner Meinung hätte der „Hauptstoß" der Kampagne gegen die USA und nicht gegen die bürgerlichen Parteien in Westdeutschland geführt werden müssen, die im Übrigen mit der SPD zu Unrecht in einen Topf geworfen worden seien[1008].

Das schlechte Wahlergebnis der KPD und die rasche Regierungsbildung in Bonn beschleunigten den Meinungsumschwung auf Seiten der Sowjetunion, die nunmehr grünes Licht für die zuvor bereits geplante Staatsgründung gab. Einen Tag nach der Wahl Konrad Adenauers (CDU) zum ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik flog eine SED-Delegation nach Moskau, um mit Stalin die Einzelheiten für die Ausrufung des ostdeutschen Teilstaates abzustimmen. Im Gepäck hatte die Delegation, der Pieck, Grotewohl, Ulbricht und Oelßner angehörten, mehrere Dokumente, die sie dem sowjetischen Diktator vorlegen wollte, unter anderem einen Zeitplan für die Regierungsbildung[1009]. Bereits am 17. September gab es eine Unterredung mit den Politbüromitgliedern der KPdSU (B) Georgi M. Malenkow, Lawrenti P. Berija, Nikolai A. Bulganin, Wjatscheslaw M. Molotow, Anastas I. Mikojan und Lasar M. Kaganowitsch, an der auch von Seiten der SMAD Wassili I. Tschuikow, Wladimir S. Semjonow sowie zwei leitende Mitarbeiter aus dem ZK-Apparat der KPdSU (B) teilnahmen[1010]. Am 19. September legte die SED-Delegation einen an Stalin gerichteten Brief vor, der offenbar als Beratungsgrundlage für weitere Gespräche gedacht war. Diese Vorgehensweise war allem Anschein nach zwischen der deutschen und sowjetischen Seite abgestimmt worden. In dem Brief schlugen die ostdeutschen Genossen unter anderem die Bildung einer provisorischen Regierung vor[1011]. Eine abschließende Besprechung im Politbüro der KPdSU (B) am 27. September brachte offensichtlich den Durchbruch, denn die Kremlspitze stimmte den Vorschlägen formal zu. Einen Tag später flogen die vier SED-Spitzenpolitiker zurück nach Ost-Berlin.

Der Brief der SED-Führung vom 19. September 1949 sah im Einzelnen vor, dass sich zunächst der noch bestehende Volksrat zur provisorischen Volkskammer umbilden sollte, die die bereits beschlossene Verfassung zu verabschieden hatte. Danach war geplant, von der provisorischen Volkskammer die Einberufung einer Länderkammer der fünf Länder mit insgesamt 35 Vertretern beschließen zu lassen. Beide Kammern sollten dann den Präsidenten wählen. Die Verfassung sah vor,

[1008] Ebenda, S. 402f.
[1009] Aufzeichnung vom 15. 9. 1949 über die kurzfristige Prozedur für die Regierungsbildung in der SBZ, in: DzD. II/2 (unveröffentlichte Dokumente), S. 456f.
[1010] Vgl. zu den Teilnehmern dieses Treffens die Notizen Piecks. Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 293. Über diese Beratung liegen keine Aufzeichnungen vor.
[1011] Staritz, Die SED, Stalin und die Gründung der DDR, S. 10–12.

dass die SED als stärkste Fraktion den Ministerpräsidenten stellte. Neben diesen formalen Regelungen – dazu zählte auch die personelle Besetzung der Regierung unter Berücksichtigung der Blockparteien – wurden drei inhaltliche Schwerpunkte der ersten Regierungserklärung von Ministerpräsident Otto Grotewohl in den wesentlichen Grundlinien skizziert. Dabei handelte es sich um die Verurteilung des Besatzungsstatuts der Westmächte, das „die berechtigte Okkupation in eine unberechtigte bewaffnete Intervention in Westdeutschland auf unbegrenzte Zeit verwandelt" habe[1012], eine Nichtanerkennung der Bundesregierung und die Umwandlung der SMAD in eine Sowjetische Kontrollkommission (SKK).

Des Weiteren wurden im Brief an Stalin noch andere zentrale Politikfelder abgehandelt, die sich nicht nur auf die Regierungsbildung beschränkten: So sollte beispielsweise die SED ihre Propagandatätigkeit in Richtung Westen intensivieren und die Arbeit der KPD in der Bundesrepublik verstärkt unterstützen. Die beim Politbüro gebildete Westkommission, die von Franz Dahlem geleitet wurde, war deshalb personell zu verstärken[1013]. Breiten Raum nahmen im Dokument auch Wirtschaftsfragen ein, die sich ganz auf die Erfüllung des Zweijahrplanes konzentrierten. Die Sowjetunion wurde gebeten, bei der Bewältigung von auftretenden Versorgungsengpässen mit Rohstoffen behilflich zu sein[1014]. Diese Bitte bezog sich konkret auf die Lieferung von 200 000 Tonnen Walzwerkerzeugnissen in die DDR bis Ende 1949, die Lieferung von 13 000 Tonnen (1949) und 30 000 Tonnen (1950) Baumwolle sowie von 1 000 schweren Lastkraftwagen. Für die geplante Erhöhung der Lebensmittelrationen zum 1. Januar 1950 wurde die sowjetische Führung des Weiteren um insgesamt 380 000 Tonnen Brotgetreide und 20 000 Tonnen Fett gebeten. Außerdem formulierte die SED-Führung Fragen zur weiteren Durchführung der Parteiarbeit: So sollte noch vor den für Herbst 1950 geplanten Volkskammerwahlen ein Parteitag anberaumt und eine Überprüfung der Mitgliedsbücher durchgeführt werden. Abschließend regten die führenden SED-Funktionäre an, „Personen, denen durch Beschluss der Entnazifizierungskommissionen oder durch Urteil von Strafkammern aufgrund der Befehle Nr. 24 oder 38 [gemeint sind die Kontrollrats-Direktiven Nr. 24 vom 12. Januar 1946 und Nr. 38 vom 12. Oktober 1946] das aktive und passive Wahlrecht entzogen wurde, das aktive und passive Wahlrecht wiederzugeben"[1015]. Das Berufsverbot für diesen Personenkreis sollte zudem aufgehoben werden; Ausnahmen blieben jedoch die als politisch neuralgisch angesehenen Bereiche Polizei, Innen- und Justizverwaltung. Zwei weitere, für die Akzeptanz des SED-Regimes in der Bevölkerung zentrale Punkte, betrafen die Rückkehr der Kriegsgefangenen sowie die Auflösung der Straflager[1016]. Der Brief machte deutlich, dass die SED-Führung wichtige Entscheidungen, welche die weitere politische und sozioökonomische Entwicklung nach der Staatsgründung betrafen, mit dem sowjetischen Diktator abstimmen wollte. Obwohl der Moskau-Besuch in der zweiten Septemberhälfte den Anschein erweckte, als habe die ostdeutsche Einheitspartei die Initiative ergriffen, behielt doch die Moskauer

[1012] Ebenda, S. 10.
[1013] Ebenda, S. 10f.
[1014] Ebenda, S. 11.
[1015] Ebenda.
[1016] Ebenda, S. 11f.

Führung das Geschehen stets fest in der Hand. Sie legte letztlich den Zeitplan und die Inhalte der Gespräche fest.

Vorschlägen des Politbüros des ZK der KPdSU (B) an den SED-Parteivorstand, die kurz darauf ausgearbeitet wurden, ist zu entnehmen, dass die sowjetische Seite den zuvor schon abgestimmten Brief inhaltlich weitgehend akzeptierte und nur geringfügige Korrekturen vornahm. So war beispielsweise nur noch von der Bildung einer Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Rede, womit die sowjetischen Vorbehalte erneut zum Ausdruck kamen[1017]. Des Weiteren war der Ablauf der Regierungsbildung bis ins Detail geplant, bis hin zur namentlichen Nennung der Regierungsmitglieder[1018]. Demzufolge sollten Wilhelm Pieck (SED) Präsident, Otto Grotewohl (SED) Ministerpräsident sowie Walter Ulbricht (SED), Otto Nuschke (CDU) und Prof. Dr. Hermann Kastner (LDP) stellvertretende Ministerpräsidenten werden. Die Regierung sollte sich – so die Vorschläge des Politbüros – aus acht SED-, drei CDU-, drei LDP-Vertretern und jeweils einem NDPD-, DBD- sowie einem parteilosen Politiker zusammensetzen. Allerdings erfolgten bis Anfang Oktober noch einige personelle Veränderungen, so dass letztlich folgende Minister ernannt wurden: Georg Dertinger (Minister für Auswärtige Angelegenheiten, CDU), Dr. Karl Steinhoff (Minister des Innern, SED). Heinrich Rau (Minister für Planung, SED), Dr. Hans Loch (Minister für Finanzen, LDP), Fritz Selbmann (Minister für Industrie, SED), Ernst Goldenbaum (Minister für Land- und Forstwirtschaft, DBD), Georg Handke (Minister für Außenhandel und Materialversorgung, SED), Dr. Karl Hamann (Minister für Handel und Versorgung, LDP), Luitpold Steidle (Minister für Arbeit und Gesundheitswesen, CDU), Prof. Dr. Hans Reingruber (Minister für Verkehr, parteilos), Friedrich Burmeister (Minister für Post- und Fernmeldewesen, CDU), Dr. Lothar Bolz (Minister für Aufbau, NDPD), Paul Wandel (Minister für Volksbildung, SED), Max Fechner (Minister für Justiz, SED)[1019].

Wenige Stunden nach der Rückkehr aus Moskau beauftragte das SED-Politbüro die beiden Parteivorsitzenden damit, Verhandlungen mit den anderen Blockparteien über die Regierungsbildung aufzunehmen[1020]. In diesen Gesprächen versuchte die CDU teilweise, eigenständige Positionen in einzelnen Politikfeldern zu beziehen, etwa in der Frage der Oder-Neiße-Grenze oder bei der Terminfestsetzung für die Volkskammerwahlen. Darüber hinaus wollte der CDU-Hauptvorstand in der Regierung personell stärker vertreten sein. So forderte die Parteispitze einen dritten Staatssekretärposten, was Grotewohl jedoch ablehnte[1021]. Außerdem vertraten die christdemokratischen Spitzenpolitiker gegenüber dem Ko-Vorsitzenden der SED den Standpunkt, dass ihre Partei den Posten des Volkskammerpräsi-

[1017] Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 302–306, hier S. 302. Erstmals zitiert bei: Staritz, Die SED, Stalin und die Gründung der DDR, S. 14–16.
[1018] Dazu: Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 302–306, hier S. 303f.
[1019] SBZ-Handbuch, S. 289f.
[1020] Protokoll der Politbürositzung vom 28. 9. 1949, in: DzD. II/2 (unveröffentlichte Dokumente), S. 482f.
[1021] Aktennotiz über die Besprechung zwischen den Mitgliedern des CDU-Hauptvorstandes (Dertinger und Nuschke) und Grotewohl am 3. 10. 1949, in: DzD. II/2 (unveröffentlichte Dokumente), S. 508f.

denten besetzen sollte[1022]. Auch mit dieser Forderung konnte sich die CDU letztlich nicht durchsetzen, denn mit Johannes Dieckmann wurde ein führender LDP-Politiker zum Präsidenten der Volkskammer ernannt, der bereits zuvor im Verfassungsausschuss des Deutschen Volksrats tätig gewesen war. Am Ende wurden die Christdemokraten mit dem nahezu bedeutungslosen Posten des Länderkammerpräsidenten abgespeist. Bei der Regierungsbildung mussten auch innerhalb der SED verschiedene Gruppierungen berücksichtigt werden. Dabei spielte aber das längst aufgehobene Prinzip der paritätischen Besetzung der Ämter und Funktionen zwischen ehemaligen Kommunisten und ehemaligen Sozialdemokraten keine Rolle mehr. Dagegen musste Grotewohl in der Parteivorstandssitzung am 4. Oktober 1949 die wenigen Frauen in der SED-Führung beruhigen, die sich benachteiligt sahen. Seine Antwort war aber auch ein Zeichen von Hilflosigkeit, denn er wies allgemein auf äußere Sachzwänge hin: „Es gibt Gebundenheiten und Gegebenheiten, über die wir nicht hinwegspringen können, aber, Genossinnen, was wir tun können, wird geschehen. Erschwert nur diese Arbeit nicht durch die stereotype Frage: wo sind die Frauen? Natürlich sind sie da, und wir werden alles tun, um sie einzuspannen."[1023] Wichtige Gründe, die auch Grotewohl kurz nannte, waren zum einen die Übernahme eines Großteils des DWK-Apparates in die neue Regierung sowie zum anderen die Berücksichtigung aller Parteien im Regierungsapparat. Beides zusammen führte dazu, dass die Möglichkeiten für personelle Neubesetzungen stark eingeschränkt blieben. Im Parteivorstand versuchte Grotewohl den Eindruck zu vermitteln, als ob die SED in dieser Frage über keinerlei Handlungsspielraum verfüge. Auf diese Weise wollte er jedoch in erster Linie Begehrlichkeiten von SED-Spitzenpolitikerinnen abwehren. Im Gegensatz dazu hatte sich die Einheitspartei durchaus über Wünsche der anderen Parteien hinwegsetzen können, wie oben gezeigt werden konnte. Die ostdeutsche Regierungsbildung war überhaupt nicht vergleichbar mit dem westdeutschen Procedere, das schon bei der Zusammensetzung des ersten Bundeskabinetts der Koalitionsarithmetik und dem Proporzdenken folgen musste[1024]. Bei der Regierungsbildung kamen aus der SED letztlich nur vier Frauen zum Zuge, und zwar unterhalb der Minister- und Staatssekretärsebene im Regierungsapparat: Greta Kuckhoff wurde Hauptabteilungsleiterin im Außenministerium, Hilde Benjamin Vizepräsidentin des Obersten Gerichts, Käthe Kern Hauptabteilungsleiterin im Arbeitsministerium und Erna Trübenbach Hauptabteilungsleiterin im Ministerium für Handel und Versorgung[1025]. Die einzige Frau in der Provisorischen DDR-Regierung war die LDP-Politikerin Ruth Fabisch, die Staatssekretärin im Volksbildungsministerium wurde.

Vor den versammelten Parteivorstandsmitgliedern setzte sich Grotewohl ausführlich mit dem Vorwurf auseinander, die DDR-Gründung basiere nicht auf demokratischen Wahlen. Zunächst betonte er den Provisoriumscharakter des ost-

[1022] CDU-Generalsekretär Dertinger am 3. 10. 1949 an Grotewohl, in: ebenda, S. 509.
[1023] Stenographische Niederschrift über die 22. (36.) Tagung des SED-Parteivorstandes am 4. 10. 1949. In Auszügen abgedruckt in: Suckut, Die Entscheidung zur Gründung der DDR, S. 146–169, hier S. 163.
[1024] Vgl. dazu die Quellenedition: Auftakt zur Ära Adenauer. Außerdem: Wengst, Staatsaufbau und Regierungspraxis, S. 109–134.
[1025] Jenny Matern wurde erst 1950 Staatssekretärin im Gesundheitsministerium.

deutschen Staatsgebildes, der sich sogar in der Bezeichnung niederschlug[1026]. Dies sei staatsrechtlich gesehen derselbe Vorgang wie im Westen, wo der Parlamentarische Rat auch als provisorische Einrichtung geschaffen worden sei. Zugleich versuchte er einen wesentlichen Unterschied hervorzuheben: Dieser bestehe nämlich darin, dass „der Akt der Verfassungsschöpfung bei uns am Anfang des Provisoriums steht, während er im Westen am Ende des Provisoriums gestanden hat"[1027]. Grotewohl ging sogar in die Offensive und behauptete, der Volksrat sei wie die Kommunal- und Landtagswahlen im Herbst 1946 aus freien Wahlen hervorgegangen. Dabei unterschlug er allerdings die Wahlen zum III. Deutschen Volkskongress am 15./16. Mai 1949, die erstmals nach dem Prinzip der Einheitslistenwahlen durchgeführt worden waren, sowie die pseudodemokratische Zusammensetzung des Deutschen Volksrats.

Seine Ausführungen über den Wahlmodus zeigten, wie weit sich der Ko-Vorsitzende der SED von den Demokratievorstellungen der SPD entfernt hatte. Dabei verwies er indirekt auf die prinzipiell bestehende Möglichkeit des Machtwechsels in der sowjetischen Besatzungszone, die auch in der ausgewogenen Verteilung der Ministerposten zum Ausdruck komme. Seinen Angaben zufolge standen zehn bürgerliche Minister acht SED-Vertretern gegenüber, wobei er die Mitglieder von DBD, NDPD sowie den parteilosen Verkehrsminister der bürgerlichen Seite zuschlug. Auf der anderen Seite unterstrich Grotewohl unmissverständlich die herausragende Stellung der SED im politischen System des ostdeutschen Staates: „Wir werden mit den 10 übrigen Kollegen schon so freundschaftlich zusammenarbeiten, dass die führende Rolle unserer Partei gewahrt bleibt. Aber unsere Aufgabe wird darin bestehen, über diese Dinge in Zukunft weniger zu reden, dafür um so mehr zu handeln."[1028] Der Führungsanspruch wurde aber nicht nur gegenüber den Blockparteien, sondern auch gegenüber der Verwaltung geltend gemacht. So hatte Grotewohl bereits auf der 2. Staatspolitischen Konferenz der SED am 13. März 1949 erklärt, „dass es für unsere Verwaltungsarbeit keine Trennung von den Gesamtaufgaben der Partei gibt". Es könne keine Verwaltungsarbeit geben, „die als sachliches oder fachliches Gebiet ein Eigenleben" führe. Parteifreunde, die eine Funktion in der Verwaltung bekleideten, warnte er davor, „sich unabhängig und losgelöst von der Partei zu bewegen und den Versuch zu machen, nach seinen Erkenntnissen, Auffassungen und Vorstellungen von der Verwaltungspraxis allein von sich aus zu schalten und zu walten"[1029].

Vor dem SED-Parteivorstand zeigte sich Grotewohl zuversichtlich, dass die DDR-Gründung „der erste entscheidende Schritt" zur Wiedererlangung der deutschen Souveränität sei[1030]. Obwohl die verabschiedete Verfassung nur für den ost-

[1026] Stenographische Niederschrift über die 22. (36.) Tagung des SED-Parteivorstandes am 4. 10. 1949. In Auszügen abgedruckt in: Suckut, Die Entscheidung zur Gründung der DDR, S. 146–169, hier S. 163.
[1027] Ebenda, S. 164.
[1028] Ebenda.
[1029] SAPMO-BArch, NY 4090/142, Bl. 40–66, hier Bl. 40, Referat Grotewohls auf der 2. Staatspolitischen Konferenz am 13. 3. 1949. Erstmals zitiert bei: Lemke, Einheit oder Sozialismus?, S. 37f.
[1030] Stenographische Niederschrift über die 22. (36.) Tagung des SED-Parteivorstandes am 4. 10. 1949. In Auszügen abgedruckt in: Suckut, Die Entscheidung zur Gründung der DDR, S. 146–169, hier S. 164.

deutschen Teilstaat galt, hielt er am gesamtdeutschen Anspruch nach wie vor fest. Bereits zuvor hatte die SED mit ihrer Westarbeit versucht, die politische Entwicklung in Westdeutschland in ihrem Sinne zu beeinflussen. Dahinter verbarg sich auch das Ziel, Bündnispartner im Westen zu finden. Diese Strategie konzentrierte sich nicht nur auf die westdeutschen Gewerkschaften und die SPD, sondern erfasste auch die bürgerlichen Parteien in den Westzonen bzw. der Bundesrepublik. In Anlehnung an die Bildung der Volksfront in Frankreich und Spanien in der Zwischenkriegszeit rief die SED-Führung die Nationale Front ins Leben, in der alle verfügbaren politischen und gesellschaftlichen Kräfte organisiert und mobilisiert werden sollten[1031]. Auch diese Entscheidung war aufs engste mit Stalin abgestimmt worden. Die Nationale Front bot der Einheitspartei eine „Plattform"[1032], um ihre deutschlandpolitischen Ziele unter dem Deckmantel eines parteiübergreifenden Bündnisses zu propagieren. Allerdings bestanden von Anfang an keine allzu großen Erfolgsaussichten, denn die westdeutschen Parteiführer hatten frühzeitig die Annäherungsversuche entschieden abgeblockt. Dabei waren bei allen Gegensätzen Adenauer und Schumacher einer Meinung. So betonte der SPD-Vorsitzende im Deutschen Bundestag, dass die deutsche Einheit nicht möglich sei „in der Form einer russischen Provinz oder eines sowjetischen Satellitenstaates"[1033]. In Anspielung auf die Beteiligung der bürgerlichen Parteien an der ostdeutschen Regierungsbildung rief er polemisch aus: „[N]un, wir haben Grotewohl hinausgeschmissen, aber ihr seid noch immer dieselben Nuschkoten." Gleichzeitig erteilte er einer Politik, die auf der „missionarische[n] Illusion der Brückentheorie" basierte, eine klare Absage. Der letztlich antikommunistische Wettbewerb unter den beiden großen westdeutschen Volksparteien dürfte der SED-Führung nicht entgangen sein. Dennoch hatte sie weiterhin die Hoffnung, Teile von SPD und CDU für die eigenen deutschlandpolitischen Überlegungen gewinnen und funktionalisieren zu können.

Die beiden SED-Vorsitzenden waren am 4. Oktober 1949 noch damit beschäftigt, Gespräche mit Spitzenpolitikern von LDP und CDU zu führen, in denen es um letzte inhaltliche und personelle Abstimmungen für die Regierungsbildung ging. Während Pieck mit neuen Personalforderungen der Liberalen konfrontiert wurde[1034], musste sich Grotewohl grundsätzliche Bedenken von Seiten des CDU-Hauptvorstandes gegen die geplante Umwandlung des Volksrates zur Provisorischen Volkskammer anhören. In einer längeren Unterredung stellten Georg Dertinger, Hugo Hickmann und Reinhold Lobedanz die staatsrechtliche Legitimität des Volksrates in Frage, der sich nicht „aus eigenem Recht" zur Volkskammer ernennen könne[1035]. Stattdessen schlugen sie vor, die Landtage zu einer „Volksvertretung

[1031] Lemke, Einheit oder Sozialismus?, S. 51.

[1032] So Grotewohl vor dem SED-Parteivorstand. Stenographische Niederschrift über die 22. (36.) Tagung des SED-Parteivorstandes am 4. 10. 1949. In Auszügen abgedruckt in: Suckut, Die Entscheidung zur Gründung der DDR, S. 146–169, hier S. 164.

[1033] Aus der Rede Schumachers in der 6. Sitzung des Deutschen Bundestags am 21. 9. 1949, in: DzD. II/2 (veröffentlichte Dokumente), S. 46–53, hier S. 47.

[1034] Notizen Piecks über Besprechung mit Karl Hamann und Hermann Kastner am 4. 10. 1949, in: DzD. II/2 (unveröffentlichte Dokumente), S. 544f.

[1035] Aktennotiz über Besprechung zwischen Grotewohl und Mitgliedern des CDU-Hauptvorstandes (Dertinger, Hickmann, Lobedanz) vom 4. 10. 1949, in: DzD. II/2 (unveröffentlichte Dokumente), S. 545–548, hier S. 545.

zusammenzuziehen" und diese mit der Bildung einer provisorischen Regierung zu beauftragen. Dieses Ansinnen lehnte jedoch Grotewohl mit dem Argument ab, „die Beschränkung auf eine Heranziehung der Länder bzw. Länderparlamente würde praktisch und grundsätzlich eine Anerkennung der vollzogenen deutschen Spaltung bedeuten"[1036]. Auf die Frage, welche Reaktionen er denn im Westen erwarte, erklärte Grotewohl, dass er sich persönlich verpflichtet fühle, alles zu tun, was der Einheit diene, und alles zu unterlassen, was sie gefährde. Anschließend sprach er sich nochmals gegen die Einbeziehung der Landtage bei der Staatsgründung aus, denn dadurch würde nicht nur die Legitimationsgrundlage der neu gebildeten Regierung eingeengt, sondern auch der „Anspruch auf Sicherung der gesamtdeutschen Souveränität gefährdet".

Die Parteivorstandssitzung vom 4. Oktober 1949 machte deutlich, dass für die SED das zukünftige Wahlverfahren nach dem Prinzip der Einheitsliste feststand, die bereits im September in Moskau vereinbart worden war. Die Parteiführung zog damit die Konsequenzen aus den Herbstwahlen von 1946, die nicht wunschgemäß verlaufen waren. Grotewohls Äußerungen zur Möglichkeit eines Regierungswechsels, die er allgemein an die Adresse bürgerlicher Kritiker gerichtet hatte, waren rein taktischer Natur und sollten insbesondere die Blockparteien besänftigen. Vor den Parteivorstandsmitgliedern sprach Wilhelm Pieck von einem Plan, die Wahlen im Herbst 1950 auf der Basis von Einheitslisten durchzuführen[1037]. In der Aussprache hatten zuvor Gerhart Eisler und Walter Ulbricht klargestellt, dass die SED die Macht nicht mehr aus den Händen geben wollte. Eisler, ein gelernter Journalist und späterer Mitbegründer des Amtes für Information bei der DDR-Regierung, erklärte im Einzelnen: „[D]enn als Marxisten wissen wir: wenn wir eine Regierung gründen, geben wir sie niemals wieder auf, weder durch Wahlen noch andere Methoden."[1038] Diese Feststellung unterstrich auch Ulbricht in einem Zwischenruf: „Das haben einige noch nicht verstanden!"

CDU und LDP akzeptierten scheinbar stillschweigend den Standpunkt, den die SED in der Einheitslistenfrage einnahm, denn sie artikulierten bei der gemeinsamen Sitzung des Präsidiums des Deutschen Volksrates und des Demokratischen Blocks am 5. Oktober keinen grundsätzlichen Widerspruch. Die Führungsgremien der beiden bürgerlichen Parteien hatten zu diesem Zeitpunkt bereits die SED-Position vorbehaltlos akzeptiert, auch wenn eine endgültige formale Entscheidung noch nicht herbeigeführt worden war. Darauf drängte die SED offensichtlich nicht, da sie den weiteren Ablauf der Staatsgründung nicht gefährden wollte. Entsprechende Sondierungsgespräche, die von Seiten der Einheitspartei ausgingen, hatten aber die Führungsspitzen von CDU und LDP in dieser Frage bereits gefügig gemacht[1039]. Andererseits klammerten sich viele CDU- und LDP-Funktionäre daran fest, dass

[1036] Ebenda, S. 546.

[1037] Stenographische Niederschrift über die 22. (36.) Tagung des SED-Parteivorstandes am 4. 10. 1949. In Auszügen abgedruckt in: Suckut, Die Entscheidung zur Gründung der DDR, S. 146–169, hier S. 166.

[1038] Ebenda, S. 161.

[1039] Nach Angaben von Suckut fand ein solches klärendes Gespräch noch am Vorabend der gemeinsamen Beratungen von Block und Volksratspräsidium am 5. 10. 1949 statt. Über die Teilnehmer der Unterredung sowie deren Inhalte macht er jedoch keine weiteren Angaben. Suckut, Die Entscheidung zur Gründung der DDR, S. 131.

in Kürze die in der Verfassung verbrieften allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen „nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes“[1040] stattfinden mussten, aus denen dann die beiden bürgerlichen Parteien als Sieger hervorgehen würden[1041]. Doch diese Hoffnung war ein gravierender Selbstbetrug, denn angesichts des Wahlausgangs von 1946 sowie des Bundestagswahlergebnisses vom August 1949 war nicht ernsthaft davon auszugehen, dass die Einheitspartei das Risiko einer erneuten Wahlniederlage hinzunehmen bereit war. In diesem Punkt unterschätzten große Teile der bürgerlichen Blockparteien die Lernfähigkeit der SED, was sich im Nachhinein als großer politischer Fehler herausstellen sollte.

In seinem einführenden Referat bei der gemeinsamen Sitzung des Volksratspräsidiums und des Demokratischen Blocks beschwor Pieck, der zugleich als Versammlungsleiter fungierte, mehrfach die Gefahren, die von der westdeutschen Staatsgründung ausgingen. In dem Zusammenhang sprach er von einem „Notstand“, der eine rasche Regierungsbildung auf der Grundlage der beschlossenen Verfassung erfordere[1042]. Dazu gehöre die Umwandlung des Volksrats in eine provisorische Volkskammer, da Wahlen momentan nicht durchgeführt werden könnten. In der Aussprache ging es nur noch um die Verschiebung des Wahltermins; dagegen stand die von der SED favorisierte Einheitslistenwahl nicht zur Disposition. Nur Hugo Hickmann, zweiter CDU-Vorsitzender und späterer Vizepräsident der Provisorischen Volkskammer, brachte verfassungsrechtliche Einwände vor, die sich aber in erster Linie auf die vorgesehene Terminverlegung der Landtagswahlen bezogen, die ursprünglich ebenfalls im Herbst 1949 stattfinden sollten. Dies stelle eine „sehr schwere Belastung“ dar, erklärte Hickmann unmittelbar im Anschluss an die Rede Piecks[1043]. Gleichzeitig signalisierte er Kompromissbereitschaft, denn auch er sah die „politische Notwendigkeit“, die Durchführung der Wahlen zu verschieben. Schließlich bat er darum, den Wahltermin „so früh wie möglich“ zu setzen. Als Ausweg schlug der Christdemokrat eine Erklärung der sowjetischen Besatzungsmacht vor, auf die sich die Landtage berufen könnten. Dieser Vorstoß stieß aber auf fast einhellige Ablehnung. Helmut Lehmann (SED) reagierte als erster und wies auf negative Außenwirkungen hin: „Ich glaube, das wäre ein schlechtes Verfahren, der Demokratie bei uns Geltung zu verschaffen, wenn wir damit anfangen, mit einem Befehl zu arbeiten.“[1044] Für die Hegemonialpartei handelte es sich hierbei im Übrigen auch nicht so sehr um eine verfassungsrechtliche als vielmehr um eine grundlegende politische Frage, wie Lehmann explizit betonte: „Ich bin aber der Meinung, wir befinden uns in einem nationalen Notstand, und in einem nationalen Notstand müssen die Juristen schweigen.“ Damit verdeutlichte der ehemalige Sozialdemokrat das Rechtsverständnis der SED auf prägnante Art und Weise, denn der von der Einheitspartei beschworene Notstand, der von den üb-

[1040] Verfassung der DDR vom 7.10.1949 (Art. 51, Abs. 2), in: Gesetzblatt der DDR 1949, S. 5–16, hier S. 9.
[1041] Suckut, Innenpolitische Aspekte der DDR-Gründung, S. 371.
[1042] Aus der stenographischen Niederschrift der gemeinsamen Sitzung des Präsidiums des Deutschen Volksrates und des Demokratischen Blocks vom 5.10.1949, in: DzD. II/2 (unveröffentlichte Dokumente), S. 552–578, hier S. 555.
[1043] Ebenda, S. 559.
[1044] Ebenda, S. 562.

rigen Rednern nicht bestritten wurde, wischte berechtigte juristische Bedenken vom Tisch und rechtfertigte Ausnahmeregelungen.

Hickmann verwickelte sich in Widersprüche, die von Grotewohl genüsslich ausgebreitet wurden. Der CDU-Politiker hatte nämlich grundsätzliche Bedenken gegen die Verschiebung der Wahlen geäußert, aber gleichzeitig sein Einverständnis bekundet, falls die SMAD den Notstand ausrufen würde, der in der Verfassung gar nicht vorgesehen war. Grotewohl betonte: „Für diese Ihre Darlegungen sehen wir keinerlei staatsrechtliche Grundlage, und ich glaube, es wird Ihnen auch nicht ganz leicht fallen, diesen Standpunkt als unantastbar hier unter Beweis zu stellen."[1045] Dabei zog er die Diskussion sogar ins Lächerliche und rief große Heiterkeit bei den Sitzungsteilnehmern hervor: „Ich bitte Sie also, wenn Sie einer Jungfrau ein kleines Kind genehmigen, dann genehmigen Sie ihr auch gleich ein großes." Dann schloss sich Grotewohl den Ausführungen Lehmanns an und lehnte eine offizielle Erklärung der SMAD zur Wahlverschiebung ab. Diese könne erst nach einem entsprechenden Beschluss des Volksrats erfolgen, um nach außen hin die politische Handlungsfähigkeit der ostdeutschen Seite zu dokumentieren. Anschließend unterbreitete er einen vorbereiteten Gesetzesentwurf, der den Landtagen zur Abstimmung vorgelegt werden sollte[1046]. Auf dieser Grundlage präsentierte schließlich Pieck nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung eine Beschlussvorlage, die letztlich auch die Billigung von CDU und LDP fand. Diese sah eine Empfehlung für den am 7. Oktober tagenden Volksrat vor, „den Landtagen der sowjetischen Besatzungszone vorzuschlagen, in einem Gesetz zu beschließen, die im Herbst dieses Jahres ablaufende Wahlperiode zu verlängern, damit die Neuwahlen gemeinsam mit den Wahlen zur Volkskammer und den Wahlen zu den Kreistagen und Gemeindevertretungen an dem durch die Volkskammer gesetzlich festzulegenden Wahltermin durchgeführt werden"[1047]. Ein konkreter Wahltermin wurde zunächst noch nicht genannt.

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung zeigten außerdem, dass sich das Verhältnis zwischen der SED und den bürgerlichen Parteien CDU und LDP deutlich abgekühlt hatte. Auf der Parteivorstandssitzung am 9. Oktober sprach Grotewohl das aus, was viele seiner Parteifreunde dachten. Insbesondere die vorgetragenen personellen Wünsche hatten die SED-Führung verärgert, die den Postenschacher mit Argusaugen beobachtete. Noch am Abend des 6. Oktobers hatte Grotewohl eine Besprechung mit den CDU-Politikern Brandt und Dertinger, bei der die Vertreter der Blockpartei erneut Personalwünsche äußerten[1048]. Im Parteivorstand waren deutliche Worte des Ko-Vorsitzenden zu vernehmen: „Diese persönlichen Wünsche wurden oft in einer solchen Form vorgebracht, dass wir, die wir gewohnt sind, Politik der Politik wegen und für unser Volk zu machen, oft in

[1045] Ebenda, S. 565.
[1046] Ebenda, S. 567f.
[1047] Ebenda, S. 571.
[1048] Aktennotiz über die Besprechung zwischen Grotewohl, Brandt und Dertinger am 6. 10. 1949, in: DzD. II/2 (unveröffentlichte Dokumente), S. 608. Einen Tag später teilte Grotewohl der CDU-Führung formal die Aufteilung der Kabinettsposten mit und bat um schriftliche Zustimmung. Grotewohl am 7. 10. 1949 an CDU, in: ebenda, S. 616. Am selben Tag erteilten die beiden LDP-Vorsitzenden ihre Zustimmung zur Regierungsbildung. Hamann/Kastner am 7. 10. 1949 an Grotewohl, in: ebenda, S. 617.

der Tat nur von tiefstem Ekel erfasst werden mussten."[1049] Für Grotewohl stellten CDU und LDP politische Gegner dar, die es zu bekämpfen galt: „In den persönlichen Wünschen, die uns in den Verhandlungen unterbreitet wurden, konnten wir oft in so erschreckender Weise den Verfall des deutschen Bürgertums erkennen, dass man andererseits doch wieder mit einem Gefühl der Beruhigung und der eigenen Kraft gegenüber diesen Schwächen sagen musste: mit diesem Gegner werden wir schon fertig werden!" Die Frage, inwieweit Grotewohl mit diesen Äußerungen das Stimmungsbild der SED-Führung wiedergab oder nur seinem Ärger über die unerwartet schwierigen Verhandlungen mit den Blockparteien Luft machte, muss offenbleiben. Festzuhalten bleibt allerdings seine von Anfang an bestehende Abneigung gegenüber den christ- und liberaldemokratischen Regierungspartnern.

Gleichwohl war die SED-Führung auf die Mitarbeit von CDU und LDP angewiesen. Darauf drängten nicht nur die SMAD und die Moskauer Führung. Es gab vor allem inhaltliche Gründe, welche die Einheitspartei davon abhielten, einen politischen Bruch mit den Blockmitgliedern zu riskieren. Schließlich sollte die DDR-Gründung als Gegenmodell zur westdeutschen Staatsbildung erscheinen. Dabei wollte die SED als Hüterin nationaler Interessen erscheinen, die bereit war, mit allen politischen und gesellschaftlichen Kräften zusammenzuarbeiten. So gesehen musste die ostdeutsche Hegemonialpartei aus deutschlandpolitischen Gründen in der Öffentlichkeit ein politisches Bündnis präsentieren, das breit angelegt erschien. Hinzu kam, dass CDU und LDP über westdeutsche Pendants verfügten. Auf diese Weise konnte eine gesamtdeutsche Klammer suggeriert werden, auch wenn die gemeinsamen Arbeitsgemeinschaften der beiden Parteien bereits ein Jahr zuvor vom Westen aufgekündigt worden waren[1050]. Die Einbeziehung der bürgerlichen Parteien in die Regierungsbildung war somit Teil der Legitimationsstrategie der SED. Gegenüber den Blockparteien wahrte Grotewohl im Übrigen den Schein, denn er besprach mit ihnen bereits am 8. Oktober das von ihm vorgelegte Regierungsprogramm[1051]. Das schloss die Vorbereitungen zur offiziellen Vorstellung der Regierung bei der SKK, die Vereidigung der Minister vor der Volkskammer, aber auch inhaltliche Schwerpunkte seiner Regierungserklärung mit ein. Nachdem die SED-Führung bereits zuvor zahlreiche Details mit den übrigen Parteispitzen abgesprochen hatte, kam es nun nicht mehr zu einer kontrovers geführten Diskussion. Das Protokoll verzeichnete die Zustimmung der versammelten Regierungsmitglieder zu den von Grotewohl vorgetragenen Punkten. Vor dem Parteivorstand sprach sich Grotewohl am 9. Oktober für einen differenzierten Umgang mit den Blockparteien aus, „d. h. mit den fortschrittlichen und gutgewillten Kräften gut und fortschrittlich zusammenzuarbeiten, aber die reaktionären Kreise in den Reihen dieser Kontrahenten abzusondern und wahrscheinlich in nicht allzu ferner Zeit ernsthaft aufs Haupt zu schlagen, um eine klare politische Linie für die Zu-

[1049] Stenographische Niederschrift über die 23. (37.) erweiterte Parteivorstandssitzung der SED am 9. 10. 1949. In Auszügen abgedruckt in: Suckut, Die Entscheidung zur Gründung der DDR, S. 169–175, hier S. 172.

[1050] Engelmann, Brüchige Verbindungen, S. 17; Richter, Die Ost-CDU, S. 126f.

[1051] Protokoll der Vorberatung Grotewohls mit den von den Parteien vorgeschlagenen Regierungsmitgliedern am 8. 10. 1949, in: DzD. II/2 (unveröffentlichte Dokumente), S. 620–622.

sammenarbeit zu bekommen"[1052]. Die Partei rief er dazu auf, politisch flexibel zu reagieren. Aufgabe der zukünftigen Blockpolitik sei es, „die guten und schlechten Schafe voneinander zu trennen, mit den guten Schafen gut zu arbeiten".

Die Diskussionen im SED-Parteivorstand am 4. und 9. Oktober 1949 machten zweierlei deutlich. Zum einen dokumentieren sie die Bereitschaft Grotewohls, sich den Inhalten und der Sprache der ehemaligen Kommunisten weiter anzunähern. Besonders markant erscheinen in dem Zusammenhang seine Äußerungen zur Einheitslistenfrage, zur Verschiebung des Wahltermins sowie zum Verhältnis der Einheitspartei zu den bürgerlichen Blockparteien. Grotewohl teilte zweifellos die Ansicht der anderen Mitglieder der SED-Führung, dass die Einheitspartei ihre errungene Macht nicht mehr hergeben würde, erst recht nicht durch freie, gleiche und geheime Wahlen. Die SED-Spitzenpolitiker, und damit auch Grotewohl, wollten nie wieder eine politisch marginalisierte Minderheit darstellen. Damit hatte sich der Ko-Vorsitzende der SED endgültig von Demokratievorstellungen verabschiedet, die er als Vorsitzender des Zentralausschusses der SPD nach 1945 zunächst nicht in Frage gestellt hatte. Dieser grundlegende Einstellungswandel lässt sich auch weiterhin nicht schlüssig erklären. Ausschlaggebend dürfte bei ihm aber nicht nur der SED-Machterhalt, sondern auch das Festhalten am Ziel der Einheit der Nation gewesen sein, dem er bei der Staatsgründung alles unterordnete. Dabei sah er die neu geschaffene Nationale Front als Basis für eine gesamtdeutsche Einigungsbewegung an: „Das gesamte öffentliche wirtschaftliche und politische Leben in der Ostzone muss in Zukunft ein überzeugendes Beispiel für die Möglichkeit einer breiten Zusammenfassung und Vereinigung aller deutschen Patrioten im Kampfe um ein einheitliches Deutschland werden."[1053] Nachdem die Schaffung einer gesamtdeutschen SPD im Frühjahr 1946 endgültig gescheitert war, stellte für ihn die Nationale Front eine neue politische Bühne dar, mit der er seine gesamtdeutschen Zielvorstellungen zu verwirklichen suchte. Gesamtdeutschland blieb somit in seinen Augen die politische Richtschnur seines Handelns, wobei er auf diesem Wege zu immer größeren politischen Zugeständnissen bereit war. Zum anderen zeigte sich aber auch bei der SED-Führung die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit, denn die Parteiführung wurde immer mehr Gefangener der eigenen Propaganda[1054]. Grotewohl, Pieck und Ulbricht waren allem Anschein nach vom langfristigen Erfolg der eigenen Deutschlandpolitik überzeugt und erblickten in der westdeutschen Staats- und Regierungsbildung nur eine Übergangslösung. In der Tat erlebte die junge Bundesrepublik angesichts der gewaltigen sozialen Folgelasten des Zweiten Weltkrieges eine Gründungskrise[1055], welche die Legitimation des demokratischen Staatswesens in Frage zu stellen schien. Dabei übersah die SED-Führung jedoch das eindeutige Wahlergebnis der ersten Bundestagswahl, bei der die KPD abgeschlagen blieb, und die Tatsache, dass sich auch die DDR erst

[1052] Stenographische Niederschrift über die 23. (37.) erweiterte Parteivorstandssitzung der SED am 9.10.1949. In Auszügen abgedruckt in: Suckut, Die Entscheidung zur Gründung der DDR, S. 169–175, hier S. 172.

[1053] Aus der stenographischen Niederschrift über die 23. (37.) erweiterte Sitzung des SED-Parteivorstandes am 9.10.1949, in: DzD. II/2 (unveröffentlichte Dokumente), S. 643–667, hier S. 647f.

[1054] Suckut, Die Entscheidung zur Gründung der DDR, S. 146.

[1055] Vgl. Hockerts, Integration der Gesellschaft.

noch bewähren musste. Obwohl die SED-Spitzenpolitiker stets den Eindruck vermittelten, das ostdeutsche Modell befände sich auf der Siegerstraße, standen doch letztlich die Erfolgsaussichten im deutsch-deutschen Systemwettstreit keineswegs von Anfang an so deutlich fest.

Am 7. Oktober 1949 titelte das ‚Neue Deutschland' auf der ersten Seite: „Tag der Geburt der Deutschen Demokratischen Republik"[1056]. An diesem Tag konstituierte sich der Deutsche Volksrat als Provisorische Volkskammer und nahm die Verfassung an. Damit war die Spaltung Deutschlands faktisch abgeschlossen. Kurz vor seiner Metamorphose hatte der Volksrat noch ein Manifest der Nationalen Front verabschiedet, das Grotewohl als Ausdruck der gesamtdeutschen Zielrichtung aller im Block versammelten Parteien feierte[1057]. Bei der anschließenden ersten Sitzung der Provisorischen Volkskammer wurden im Eilverfahren und ohne weitere Aussprache mehrere grundlegende Gesetze angenommen[1058]. Darüber hinaus beschloss die neue Volksvertretung, den Provisoriumscharakter von Volks- und Länderkammer sowie von der Regierung bis zur Durchführung der auf den 15. Oktober 1950 verschobenen Wahlen zu befristen. Einen Tag später hielt Grotewohl in seinem Notizkalender fest: „Das Provisorium hat Gültigkeit für längstens 1 Jahr."[1059] Obwohl die Staatsgründung mit Moskau[1060] und der SMAD abgestimmt worden war, bat Grotewohl nochmals förmlich um die Zustimmung der sowjetischen Besatzungsmacht zu den ersten Grundsatzentscheidungen der Provisorischen Volkskammer[1061].

In den folgenden Tagen zelebrierte die SED-Führung den Gründungsakt: So veranstaltete die FDJ zu Ehren des neu gebildeten Staates und seines am 11. Oktober gewählten Präsidenten, Wilhelm Pieck, einen Fackelzug auf dem geschichtsträchtigen August-Bebel-Platz in Berlin[1062], auf dem die Nationalsozialisten am 10. Mai 1933 die Bücher verfemter Autoren öffentlich verbrannt hatten. Das ‚Neue Deutschland' berichtete tagelang über die Regierungsbildung und stellte deren Mitglieder vor. In der Folgezeit entwickelte sich der 7. Oktober zu einem zentralen Staatsfeiertag der DDR[1063], der nach den Vorstellungen der Einheitspartei identitätsstiftend wirken sollte[1064]. Bei den jährlichen Feierlichkeiten ging es um die inszenierte Zustimmung der Ostdeutschen zum SED-Staat als Gegenentwurf zur Bundesrepublik.

[1056] ‚Neues Deutschland' vom 7.10.1949 (Ausgabe B), S. 1.

[1057] Protokoll der 9. Tagung des Deutschen Volksrats vom 7.10.1949, in: DzD. II/2 (veröffentlichte Dokumente), S. 91–107, hier S. 92f. Das Manifest enthielt insgesamt 20 Forderungen, die an den Westen gerichtet waren. Beziehungen DDR-UdSSR. 1. Halbband, S. 87–92.

[1058] Dabei handelte es sich um das Gesetz über die Konstituierung der Provisorischen Volkskammer, das Gesetz über die Provisorische Regierung der DDR, das Gesetz über die Bildung einer Provisorischen Länderkammer der DDR sowie das Gesetz über die Verfassung der DDR. Aus der 1. Sitzung der Provisorischen Volkskammer am 7.10.1949, in: DzD. II/2 (veröffentlichte Dokumente), S. 112–121.

[1059] SAPMO-BArch, NY 4090/9, Bl. 256–327, hier Bl. 307, Notizkalender Grotewohls von 1949. Erstmals zitiert und kurz erläutert bei: Scherstjanoi (Hrsg.), „Provisorium für längstens ein Jahr", S. 11.

[1060] Notizen Piecks in Moskau (16.–28.9.1949) betr. Regierungsbildung, in: Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 314f.

[1061] SAPMO-BArch, NY 4090/397, Bl. 82, Grotewohl am 8.10.1949 an Tschujkow.

[1062] Parteiauftrag: Ein neues Deutschland, S. 64 (Abbildung 63).

[1063] Gesetz über die Einführung der Feiertage „Tag der Befreiung" und „Tag der Republik" vom 21.4.1950, in: Gesetzblatt der DDR 1950, S. 355.

[1064] Gibas/Gries, Die Inszenierung des sozialistischen Deutschland, S. 13.

Otto Grotewohl auf dem SED-Gründungsparteitag am 21./22. 4. 1946 im Admiralspalast; Quelle: SAPMO-BArch, Bild Y10-18816.

Otto Grotewohl auf dem 1. Deutschen Volkskongress in der Deutschen Staatsoper (Admiralspalast) am 6./7. 12. 1947; Quelle: SAPMO-BArch, Bild Y10-1806-84.

Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck auf einer Sitzung des SED-Zentralsekretariats 1946/47; Quelle: SAPMO-BArch, Bild Y10-23-79.

IV. An der Spitze der Regierung (1949–1964)

1. Grotewohls Regierungsapparat in der frühen DDR

Das Büro des Ministerpräsidenten

Mit der Gründung der DDR und der Wahl zum Ministerpräsidenten stand Grotewohl auf dem Höhepunkt seiner Macht[1], denn er hatte die langjährige Ausarbeitung der Verfassung zum Abschluss gebracht und sich bei der Regierungsbildung als geschickter Taktiker gegenüber den Blockparteien präsentiert. Innerhalb der SED-Führung war seine Stellung als Parteivorsitzender unangefochten, nachdem er sich als unnachgiebiger Verteidiger der SED-Politik profiliert hatte. Sein diplomatisches Vorgehen gegenüber den bürgerlichen Parteien hatte er innerhalb des Parteivorstandes als taktische Vorgehensweise verkaufen können und dadurch jede Kritik, er habe noch sozialdemokratischen Stallgeruch, im Keim ersticken zu können. Seine Anbiederung bei den Kommunisten in der Parteispitze wirkte offenbar überzeugend. Hinzu kam sein enges, vertrauensvolles Verhältnis zu Wilhelm Pieck, wodurch seine politische Position noch zusätzlich gestärkt wurde. Über allem wachte aber die sowjetische Besatzungsmacht, was sich nicht nur an den zahlreichen Unterredungen in Karlshorst, sondern auch im Moskau-Besuch im September 1949 niederschlug. Die Details der Regierungsbildung wurden in der sowjetischen Hauptstadt abgesegnet. Die Sowjetunion kontrollierte und beeinflusste weiterhin die außenpolitischen Verlautbarungen und Aktivitäten der SED. Allem Anschein nach wurden auch die entsprechenden Regierungserklärungen Grotewohls mit den sowjetischen Stellen abgesprochen[2]. Eine Disposition für die erste Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten stammte vom 8. September 1949[3] und dürfte auch Gegenstand der Besprechungen zwischen der SED-Führung und der Kremlspitze gewesen sein. Darüber hinaus kommentierte die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) vereinzelt die eingereichten Arbeitsprogramme der DDR-Regierung[4].

[1] Grotewohl wurde bereits am 7.10.1949 von der SED-Fraktion der Provisorischen Volkskammer für das Amt des Ministerpräsidenten vorgeschlagen. SAPMO-BArch, NY 4090/397, Bl. 73, SED-Fraktion am 7.10.1949 an Präsidenten der Provisorischen Volkskammer. Die Bestätigung erfolgte am 12.10.1949. In der Verfassung war eine Wahl nicht vorgesehen. Stattdessen benannte die stärkste Fraktion, d.h. die SED, den Ministerpräsidenten, der dann die Regierung bilden sollte. Verfassung der DDR vom 7.10.1949 (Art. 92, Abs. 1), in: Gesetzblatt der DDR 1949, S. 5–16, hier S. 12. Stellvertretende Ministerpräsidenten wurden Walter Ulbricht (SED), Hermann Kastner (LDP) und Otto Nuschke (CDU). Bei der Regierungsumbildung Ende 1950 verlor Kastner sein Amt. Stattdessen rückten Heinrich Rau (SED), Hans Loch (LDP) und Lothar Bolz (NDPD) als Stellvertreter nach. Gleichzeitig wurde die Provisorische Regierung in Ministerrat der DDR umbenannt, der aus dem Ministerpräsidenten, seinen fünf Stellvertretern und 17 Fachministern bestand. Wichtigste Neuschaffung war die Staatliche Plankommission. Gesetz über die Regierung der DDR vom 8.11.1950, in: Gesetzblatt der DDR 1950, S. 1135f.

[2] Lemke, Prinzipien und Grundlagen der Außenbeziehungen der DDR, S. 246.

[3] SAPMO-BArch, NY 4090/146, Bl. 174–185, Disposition für die Regierungserklärung Grotewohls vom 8.9.1949. Erstmals veröffentlicht in: DzD. II/2 (unveröffentlichte Dokumente), S. 448–450.

[4] SAPMO-BArch, NY 4090/153, Bl. 172–177, Bemerkungen und Ergänzungen zum Plan (Übersetzung: Zaisser vom 2.11.1950).

Die unmittelbare Abhängigkeit der DDR-Regierung von der Sowjetunion zeigte sich auch bei der ersten Regierungserklärung am 12. Oktober 1949, als Grotewohl mehrfach auf die Verbundenheit mit der östlichen Großmacht hinwies und in fast devoter Weise lobende Worte für die Moskauer Führung, insbesondere für Stalin fand[5]. Das Abhängigkeitsverhältnis zeigte sich auch, als Grotewohl vor der Volkskammer auf die äußeren Grenzen der DDR zu sprechen kam. Moskau wollte Grenzstreitigkeiten unter den Vasallen des eigenen Herrschaftsgebietes von vornherein unterbinden. Deshalb betonte Grotewohl, wie schon Ulbricht 1948, dass die Grenze zur Volksrepublik Polen eine „Friedensgrenze" sei, „die ein freundschaftliches Verhältnis mit dem polnischen Volk" ermögliche. Und an die westdeutsche Seite gerichtet erklärte er: „Wer übrigens dem Besatzungsstatut zugestimmt und damit seine Bereitschaft bewiesen hat, ganz Deutschland als Kolonie an die imperialistischen Mächte auszuliefern, hat jedes Recht verloren, über Grenzfragen im Osten zu zetern."[6] Diese Eindeutigkeit war keineswegs selbstverständlich, denn innerhalb der SED-Führung war die Oder-Neiße-Grenze lange Zeit umstritten gewesen[7]. Wilhelm Pieck, der in der Grenzstadt Guben geboren und aufgewachsen war, aber auch Otto Grotewohl hatten bekanntlich noch vor der Staatsgründung des Öfteren Zweifel an der Endgültigkeit der östlichen Grenzziehung zu Polen geäußert. Aber nicht nur die Parteispitze, sondern auch die Basis und der mittlere und untere Funktionärsapparat waren in dieser Angelegenheit gespalten, was häufig aus der individuellen Herkunft und dem damit verbundenen Heimatverlust herrührte. Angesichts der über vier Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen, die sich Ende 1949 in der DDR aufhielten, enthielt die rasche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze politischen und sozialen Sprengstoff. Die Einheitspartei befand sich als Parteigängerin der sowjetischen Besatzungsmacht in einem Dilemma, denn sie musste der Grenzziehung letztlich zustimmen und nahm dabei die zunehmende Ablehnung in der Partei, vor allem aber in der Bevölkerung in Kauf. Noch Anfang der fünfziger Jahre gab es zahlreiche Stimmungsberichte, in denen die ablehnende Haltung von Teilen der Bevölkerung zur von oben oktroyierten Grenze festgehalten wurde[8]. Die enge Verbundenheit der DDR-Regierung mit der Sowjetunion zeigte sich aber auch, als Grotewohl am 21. Oktober 1949 offizielle Feierlichkeiten anlässlich des Jahrestages der russischen Oktoberrevolution ankündigte[9]. Während in allen Ministerien Gedenkfeiern vorgesehen waren, hielt er am 7. November eine Rede

[5] Protokolle der Provisorischen Volkskammer 1949/50, S. 21–25. Zwei Tage zuvor hatte Grotewohl in einem Schreiben an Tschujkow die Potsdamer Beschlüsse sowie die Reparationsverpflichtungen gegenüber der Sowjetunion ausdrücklich anerkannt. Darüber hinaus kündigte er einen „entschlossenen Kampf gegen den Geist des Faschismus und Militarismus" an. SAPMO-BArch, NY 4090/146, Bl. 75, Grotewohl am 10. 10. 1949 an Tschujkow.

[6] Protokolle der Provisorischen Volkskammer 1949/50, S. 22.

[7] Vgl. Malycha, „Wir haben erkannt, dass die Oder-Neiße-Grenze die Friedensgrenze ist."; Schwartz, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik", S. 269–283.

[8] Vgl. Aktennotiz für den CDU-Landesgeschäftsführer in Thüringen vom 6. 2. 1950 über eine Inspektionsreise von SKK-Offizieren, in: Hoffmann/Schmidt/Skyba (Hrsg.), Die DDR vor dem Mauerbau, S. 56f.

[9] Aus dem Protokoll der 2. Sitzung der Provisorischen Regierung der DDR vom 21. 10. 1949, in: DzD. II/2 (unveröffentlichte Dokumente), S. 697–700, hier S. 700.

in der Staatsoper, in der er sich bei der sowjetischen Führung regelrecht anbiederte[10].

Die neue DDR-Regierung gab sich rasch eine Geschäftsordnung, die das Arbeitsverhältnis zwischen Ministerpräsident und Ministern regelte[11]. Diese legte als erstes die Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten fest, der sich alle Minister zu unterwerfen hatten. Des Weiteren wurden die Minister verpflichtet, gegenüber dem Regierungschef Bericht über die eigene Arbeit zu erstatten. Eine wichtige Funktion nahm der Chef der Staatskanzlei ein, denn er koordinierte die Regierungsarbeit und nahm zugleich die Geschäfte eines Staatssekretärs der Regierung wahr. Außerdem bestimmte die Geschäftsordnung, dass der Schriftverkehr zwischen der Regierung und der Provisorischen Volks- und Länderkammer über die Kanzlei des Ministerpräsidenten erfolgen sollte. Als einziges Ministerium wurde das Außenministerium namentlich erwähnt, das dadurch eine vermeintliche Aufwertung erfuhr: So durften andere Ministerien nur nach vorheriger Zustimmung des Außenressorts Verhandlungen mit dem Ausland aufnehmen. Darüber hinaus sollten auswärtige Gesandte und andere ausländische Regierungsvertreter nur nach Rücksprache mit dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten empfangen werden. Zugleich durften Interviews, welche die Außenpolitik betrafen, „nur nach vorherigem Benehmen" mit dem Außenministerium gegeben werden. Die exponierte Stellung dieses Ministeriums sollte den angeblich größeren außenpolitischen Handlungsspielraum der DDR-Regierung gegenüber dem westdeutschen Pendant demonstrieren. Auf diese Weise wollte die sowjetische Führung signalisieren, dass sie bereit war, der DDR scheinbar ein größeres Maß an Eigenständigkeit einzuräumen als die drei Westmächte der jungen Bundesrepublik[12]. Dort wurde nämlich erst am 15. März 1951 mit dem Aufbau des Auswärtigen Amtes begonnen, denn die westlichen Besatzungsmächte hatten mit dem Besatzungsstatut vom 21. September 1949 die Gestaltung der auswärtigen Beziehungen ausdrücklich sich selbst vorbehalten.

Ähnlich wie bei den Kabinettssitzungen der Bundesregierung in Bonn nahm auch bei den Regierungssitzungen in Ost-Berlin der Staatssekretär des DDR-Präsidenten regelmäßig teil[13]. Ein eigener Abschnitt der Geschäftsordnung war dem Verhältnis zwischen der Regierung und dem ostdeutschen Staatsoberhaupt gewidmet[14]. Dieser sah unter anderem vor, dass der Präsident über die Politik der Regierung durch den Ministerpräsidenten laufend unterrichtet werden sollte. Das ging sogar so weit, dass ihm Regierungsvorlagen an die Volkskammer sowie schriftliche Berichte einzelner Ministerien einschließlich der Vorlagen des Außenamtes gleichzeitig zu übermitteln waren. Auch bei der Vorbereitung von Staatsverträgen musste er eingebunden werden. Die in der Geschäftsordnung enthaltenen Bestimmungen sprachen dem Außenministerium und dem Präsidenten eine nicht unbedeutende

[10] SAPMO-BArch, NY 4090/146, Bl. 249–268, Rede Grotewohls am 7.11.1949 in der Staatsoper Berlin.
[11] SAPMO-BArch, NY 4090/397, Bl. 25–36, Geschäftsordnung der DDR-Regierung (o. D.).
[12] Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 36f.
[13] SAPMO-BArch, NY 4090/397, Bl. 25–36, hier Bl. 33 (§ 22), Geschäftsordnung der DDR-Regierung (o. D.).
[14] Ebenda (§§ 25–29).

Rolle bei der Formulierung und Durchführung der Regierungspolitik bei. Doch in der politischen Praxis zeigte sich rasch eine beträchtliche Kluft zwischen Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit. Dazu machte die Provisorische Regierung bereits auf ihrer zweiten Sitzung am 21. Oktober 1949, auf der die Geschäftsordnung verabschiedet wurde, beträchtliche Einschränkungen, denn die Politik gegenüber Westdeutschland wurde von den auswärtigen Beziehungen ausgeklammert und der Zuständigkeit des Ministerpräsidenten unterstellt[15]. Darüber hinaus erfolgte eine weitere Schwächung des Außenministeriums insofern, als die Regierungskanzlei eine koordinierende Rolle beim Kontakt mit Vertretern ausländischer Regierungen zugeteilt bekam. Die provisorische Regierung gab sich nicht nur eine Geschäftsordnung, sondern legte auch die Gehälter der Regierungsmitglieder fest[16]. Dabei wurden Präsident Pieck monatlich 3300,– DM (Ost) zugebilligt; Ministerpräsident Grotewohl erhielt 2750,– DM (Ost). Während die stellvertretenden Ministerpräsidenten 2500,– DM (Ost) bekommen sollten, betrug das Gehalt eines Ministers 2300,– DM (Ost). Unklar ist, ob die Regierungsmitglieder mit SED-Parteibuch noch eine zusätzliche Entlohnung für ihre Leitungstätigkeit im Politbüro bzw. im ZK erhielten.

Die Regierungsbildung und die damit verbundene Einbindung der Blockparteien, die bereits für die Zusammenarbeit in der DWK charakteristisch gewesen war, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich das eigentliche politische Machtzentrum nach wie vor bei der SED-Führung befand, die in der vorgestellten Geschäftsordnung mit keinem Wort erwähnt wurde. In dem Zusammenhang kam dem Beschluss des Sekretariats des Politbüros vom 17. Oktober 1949 entscheidende Bedeutung zu, denn er hatte gravierende Folgen für die Regierungspraxis. In dem Beschluss hieß es: „Gesetze und Verordnungen von Bedeutung, Materialien sonstiger Art, über die Regierungsbeschlüsse herbeigeführt werden sollen, weiterhin Vorschläge zum Erlass von Gesetzen und Verordnungen müssen vor ihrer Verabschiedung durch die Volkskammer oder die Regierung dem Politbüro beziehungsweise Sekretariat des Politbüros zur Beschlussfassung übermittelt werden."[17] Darüber hinaus war bei allen anderen, als wichtig erachteten Verwaltungsmaßnahmen „vor ihrer Durchführung die Entscheidung der zuständigen Abteilung beim Parteivorstand herbeizuführen". Damit waren die Regierung und die Ministerien der SED-Führung untergeordnet und von ihr weisungsabhängig. Nach außen hin sollte jedoch der Schein der Trennung von Partei und staatlicher Verwaltung gewahrt bleiben. So wies das Sekretariat in seinem Beschluss darauf hin, dass „Parteischreiben an Genossen im Regierungsapparat [...] nur im Ausnahmefall zulässig" seien. Beim Schriftverkehr mit der Regierung, aber auch mit der Volks- und Länderkammer und dem Präsidenten sollte vielmehr der „offizielle

[15] Aus dem Protokoll der 2. Sitzung der Provisorischen Regierung der DDR vom 21. 10. 1949, in: DzD. II/2 (unveröffentlichte Dokumente), S. 697–700, hier S. 698.

[16] BAB, DC 20/I/3/1, Bl. 65, Anlage zum Protokoll der 4. Sitzung der Provisorischen Regierung vom 3. 11. 1949. Das Innen- und Finanzministerium hatten bei einer Vorbesprechung im kleinen Kreis einen entsprechenden Vorschlag eingebracht. BAB, DC 20/3859, Bl. 14, Beschlussprotokoll über Vorbesprechung einiger grundsätzlicher Fragen beim Ministerpräsidenten am 2. 11. 1949.

[17] Auszugsweise abgedruckt in: Hoffmann/Schmidt/Skyba (Hrsg.), Die DDR vor dem Mauerbau, S. 46–48, hier S. 46. Vgl. Kaiser, Die Zentrale der Diktatur, S. 78–80.

Charakter" gewahrt werden[18]. Daneben besaß noch die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) direkte Eingriffsmöglichkeiten in die Arbeit der DDR-Regierung, denn sie konnte bereits erlassene Gesetze aufheben und mit Zustimmung der Moskauer Führung Anordnungen vornehmen[19]. Dieses Interventionsrecht besaßen im Übrigen auch die drei Hohen Kommissare auf dem Petersberg bei Bonn, allerdings mit dem wichtigen Unterschied, dass das Besatzungsstatut einen deutlich erkennbaren rechtlichen Rahmen bot, während das unveröffentlichte SKK-Statut kein Dokument war, auf das sich die DDR-Regierung berufen konnte.

Der Aufbau des Regierungsapparates war mit mehreren Schwierigkeiten verbunden. Das hing zum einen damit zusammen, dass es keine entsprechende Vorgängereinrichtung in der DWK gab[20]. Das Sekretariat der DWK unter der Leitung von Heinrich Rau (SED) hatte in erster Linie der Arbeitskoordinierung der einzelnen wirtschaftlichen Hauptverwaltungen gedient. Zum anderen herrschten anfangs Personalknappheit und mangelnde Professionalität, denn die gezielte Kaderrekrutierung befand sich noch ganz in den Anfängen. Auf wen stützte sich nun Grotewohl im Regierungsapparat? Wer waren seine engsten Mitarbeiter? An erster Stelle ist Hans Tzschorn zu nennen, der vom 16. Oktober 1949 bis zum Tode Grotewohls persönlicher Referent im Sekretariat des Ministerpräsidenten war[21]. Geboren am 27. Februar 1904 in Dresden schlug Tzschorn Anfang der zwanziger Jahre eine Verwaltungslaufbahn im Freistaat Sachsen ein. Zunächst war er bei der Dresdener Stadtverwaltung beschäftigt; anschließend arbeitete er in der sächsischen Staatskanzlei[22]. 1924 wurde er Verwaltungsanwärter bei der Amtshauptmannschaft Dresden. Sechs Jahre später wechselte Tzschorn, der von 1923 bis zum NS-Parteienverbot 1933 Mitglied der SPD war, in die Versicherungsverwaltung und wurde Oberregierungssekretär bei der Landesversicherungsanstalt (LVA) Sachsen. Während der nationalsozialistischen Herrschaft verdiente er seinen Lebensunterhalt als Zeitschriftenagent bzw. kaufmännischer Angestellter bei einem mittelständischen Betrieb. Wenige Wochen nach Kriegsende trat er am 1. Juli 1945 erneut in den Staatsdienst ein, und zwar bei der sächsischen Landesregierung. Einen Monat später wurde er Mitglied der KPD.

Nach dem Besuch der Parteihochschule ‚Karl Marx' in Kleinmachnow erhielt Tzschorn von der sächsischen SED-Landesleitung zunächst die Aufgabe, als Ministerialdirektor im Dresdener Finanzministerium Minister Gerhard Rohner (CDU) die Verwicklung in Manipulationen nachzuweisen[23]. Rohner, der sich

[18] Hoffmann/Schmidt/Skyba (Hrsg.), Die DDR vor dem Mauerbau, S. 46–48, hier S. 47f.

[19] Notizen Wilhelm Piecks über eine Besprechung mit Tschujkow, Iljitschow, Grotewohl und Ulbricht in seiner Wohnung am 11. 11. 1949, in: ebenda, S. 51. Außerdem noch abgedruckt in: Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 316f. Vgl. Zum SKK-Statut: Scherstjanoi, Das SKK-Statut.

[20] In einer vergleichbaren Lage befand sich das DDR-Außenministerium. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 37.

[21] BStU, MfS, AKK 1519/77 (Hans Tzschorn), Personalfragebogen des Sekretariats des Ministerpräsidenten (o. D.). Für diese Position war ursprünglich Erwin Lampka (SED) vorgesehen, der das Büro des DWK-Sekretariats leitete. Wegen angeblicher Verletzung der Schweigepflicht wurde jedoch Lampka fallen gelassen und statt dessen Tzschorn zum persönlichen Referenten Grotewohls ernannt. SAPMO-BArch, SgY 1788, Bl. 22, Erinnerungen von Hans Tzschorn vom 29. 4. 1974.

[22] BStU, MfS, AKK 1519/77 (Hans Tzschorn), Bl. 3–6, Personalbogen des Sekretariats des Ministerpräsidenten vom 10. 1. 1950.

[23] SAPMO-BArch, SgY 1788, Bl. 14, Erinnerungen von Hans Tzschorn vom 29. 4. 1974.

schließlich Anfang 1950 den gegen ihn laufenden Untersuchungen durch Flucht in den Westen entzog[24], wurde vorgeworfen, illegale Geschäfte mit westdeutschen Großbetrieben getätigt zu haben. Tzschorn hatte sich offenbar bewährt, denn Anfang September 1949 wurde er durch die Vermittlung des Leiters der Kaderabteilung bei der sächsischen Landesregierung, Egon Dräger, zu einem Gespräch bei Grotewohl in Berlin eingeladen. Der Ko-Vorsitzende der SED hatte Tzschorn bei einer Abschlusslektion der Parteihochschule über „Aufgaben und Arbeitsweise des Politbüros unserer Partei" im Mai 1949 erstmals persönlich kennen gelernt[25]. Auf Wunsch Grotewohls wechselte Tzschorn noch vor der DDR-Gründung von Sachsen nach Ost-Berlin[26], zunächst ins Parteihaus in der Wilhelm-Pieck-Straße. Zu seinen Aufgaben gehörte anfangs die organisatorische Mitarbeit bei der Regierungsbildung sowie die redaktionelle Fertigstellung der ersten Regierungserklärung[27], an der inhaltlich nicht nur das SED-Politbüro, sondern auch Karlshorst mitwirkte. An dieser Aufgabenteilung wurde in der Folgezeit weitgehend festgehalten: Während das Politbüro die Regierungserklärungen und Volkskammerreden von Regierungsmitgliedern inhaltlich besprach, war die Regierungskanzlei letztlich dafür zuständig, die Reden auszuformulieren[28]. Grotewohl überließ die Ausarbeitung seiner Reden aber nicht nur seinen Mitarbeitern und dem Politbüro, sondern beteiligte sich rege an der Fertigstellung der Entwürfe und legte dabei größten Wert auf sprachliche Formulierung sowie inhaltlichen Aufbau[29]. Tzschorn arbeitete also von Anfang an im Büro des Ministerpräsidenten, das im Gebäude des ehemaligen Preußischen Landtags in der Leipziger Straße untergebracht war. Dort befanden sich im Übrigen auch die Büroräume des 1. Stellvertreters des Ministerpräsidenten, Walter Ulbricht, des Staatssekretärs der Regierung, Dr. Fritz Geyer, sowie der weiteren Stellvertreter Grotewohls.

In seinen Erinnerungen berichtet Tzschorn ausführlich über die großen Schwierigkeiten, die sich bei der Suche nach politisch zuverlässigen und fachlich geeigneten Mitarbeitern für die Regierungskanzlei ergaben[30]. So hatte der persönliche Referent Grotewohls eine Mitarbeiterin aus dem sächsischen Finanzministerium nach Ost-Berlin mitgenommen, die allerdings nach drei Monaten ihren Dienst als Sekretärin auf Wunsch des Ehemannes quittierte, denn dieser wollte seinen Arbeitsplatz in Dresden nicht aufgeben. Als Sekretärin des Ministerpräsidenten konnte schließlich Vera Görsch gewonnen werden, die zuvor im Ministerium für Leichtindustrie beschäftigt war[31]. In den ersten Wochen nach Regierungsantritt

[24] In Westdeutschland wurde Rohner rasch Verkaufsdirektor der Maximilianshütte Sulzbach-Rosenberg. SBZ-Handbuch, S. 1007.
[25] SAPMO-BArch, SgY 1788, Bl. 15, Erinnerungen von Hans Tzschorn vom 29. 4. 1974.
[26] BStU, MfS, AP 531/65 (Hans Tzschorn), Bl. 8, Lebenslauf Tzschorns vom 26. 10. 1949.
[27] SAPMO-BArch, SgY 1788, Bl. 17, Erinnerungen von Hans Tzschorn vom 29. 4. 1974.
[28] SAPMO-BArch, SgY 30/1879, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Ludwig Eisermann über seine Erinnerungen an Otto Grotewohl am 30. 3. 1977, S. 13.
[29] Dies wird von mehreren Quellen übereinstimmend berichtet. Vgl. SAPMO-BArch, SgY 30/1878, Bl. 23, Erinnerungen von Hans Grotewohl an seinen Vater; SAPMO-BArch, SgY 30/1788, Bl. 65, Erinnerungen von Hans Tzschorn vom 29. 4. 1974. Die rhetorische Wirkung seiner öffentlichen Reden unterstreicht Eisermann. SAPMO-BArch, SgY 30/1879, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Ludwig Eisermann über seine Erinnerungen an Otto Grotewohl am 30. 3. 1977, S. 19f.
[30] SAPMO-BArch, SgY 1788, Bl. 18f., Erinnerungen von Hans Tzschorn vom 29. 4. 1974.
[31] Deren Nachfolgerin wurde 1952 Elli Barczatis. Ebenda, Bl. 23.

arbeitete auch noch die Ehefrau des Ministerpräsidenten, Johanna Grotewohl, aushilfsweise mit. Erst zu einem späteren Zeitpunkt konnten qualifizierte „Hochschulkader" der Verwaltungsakademie Potsdam-Babelsberg eingestellt werden. Das Aufgabenfeld erweiterte sich schlagartig, denn das Büro des Ministerpräsidenten war schon bald Anlaufstelle für unzufriedene DDR-Bürger, die in Briefen über Mängel der Verwaltung und über Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Lebensmitteln klagten. Insofern gehörte zum Aufgabenbereich Tzschorns bereits frühzeitig die Sichtung und Beantwortung von Eingaben der Bevölkerung[32]. Nicht nur die Personalbesetzung bereitete der neuen DDR-Regierung Kopfzerbrechen, sondern auch die Ausstattung mit Büromöbeln ließ zu wünschen übrig. Nach Angaben von Hans Tzschorn erhielt die Regierungskanzlei angeblich sogar Schreibtische, Schränke, Tische und Stühle des am 3. Mai 1945 versenkten Schiffes ‚Cap Arcona', sehr zum Unwillen von Grotewohl[33].

Die engsten Mitarbeiter des Ministerpräsidenten wurden Ende 1953 bzw. Anfang 1954 eingehend vom Staatssekretariat für Staatssicherheit observiert, wobei nach wie vor unklar ist, ob die Überwachungen im Zusammenhang mit der allgemeinen Kontrolle des Staatsapparates oder des Spionagefalls Elli Barczatis standen, auf den weiter unten noch ausführlicher einzugehen sein wird[34]. Bei diesen Personalüberprüfungen konnte offenbar nichts Auffälliges festgestellt werden. So bescheinigte etwa ein Informationsbericht dem persönlichen Referenten des Ministerpräsidenten ein „gutes kameradschaftliches Verhältnis" zu den übrigen Büromitarbeitern[35]. Einschränkend wurde allerdings allgemein darauf hingewiesen, dass sich Tzschorn bei Personalentscheidungen „von persönlichen Neigungen leiten" lasse. Ein weiterer Bericht von Mitte 1954 bestätigte diesen ersten Eindruck, betonte aber gleichzeitig die fachliche Kompetenz: Tzschorn sei „auf allen Gebieten sehr beschlagen" und kenne sich in der bestehenden Gesetzeslage sehr gut aus[36]. Rückblickend hielt der Bericht fest, dass sich Tzschorn während des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 „sehr mutig" verhalten habe, was ihm sogar „Prügel der Rowdys" eingebracht habe. Für den Ministerpräsidenten würde er „durchs Feuer" gehen; außerdem dulde er keinerlei Kritik an den von Grotewohl getroffenen Anordnungen. Dagegen monierte der Bericht kritisch die Zusammenarbeit mit Ludwig Eisermann, der seit dem 1. Juni 1950 persönlicher Referent Grotewohls im ZK der SED war und seit dem 15. November 1951 als weiterer persönlicher Referent in der Regierungskanzlei eingestellt wurde[37]. Im Zusammenhang mit dem Spionage-

[32] Ebenda, Bl. 19.

[33] Tzschorn schreibt die Versenkung des Schiffes fälschlicherweise den „Faschisten" zu. SAPMO-BArch, SgY 1788, Bl. 17 und 28, Erinnerungen von Hans Tzschorn vom 29. 4. 1974. Tatsächlich wurde das mit KZ-Häftlingen völlig überfüllte Schiff von Jagdfliegern der Royal Air Force bombardiert. Diese Schiffskatastrophe forderte ungefähr 5 000 Menschenleben.

[34] Nach den Unruhen in Polen und dem Ungarn-Aufstand 1956 wurde das Büro des Präsidiums des Ministerrates nochmals Gegenstand einer eingehenden Untersuchung durch das MfS, das in einem Bericht auf „Schwankungen [...] unter den wissenschaftlich arbeitenden Kadern" hinwies. BStU, MfS, HA XX, Nr. 2278, Bl. 239–242, Bericht der HA VII vom 2. 5. 1958.

[35] BStU, MfS, AP 531/65 (Hans Tzschorn), Bl. 41, Abschrift eines GI-Berichts vom 9. 12. 1953.

[36] BStU, MfS, AP 531/65 (Hans Tzschorn), Bl. 53f., Abschrift eines GI-Berichtes von Grundmann (HA PS, Abt. I) vom 24. 6. 1954.

[37] BStU, MfS, AP 1694/64 (Ludwig Eisermann), Bl. 8–10, hier Bl. 9f., Lebenslauf Eisermanns vom 27. 11. 1951.

fall Elli Barczatis gerieten die Mitarbeiter der Regierungskanzlei auch ins Visier sowjetischer Kontrolleure, die Belastungsmaterial sammelten und es dabei auf Hans Tzschorn abgesehen hatten. Ihm warfen sie vor, dass er überfordert sei und sich in der Arbeit als Sozialdemokrat zeige, „der keine Kritik verträgt und versöhnlerisch ist"[38]. Trotz der deutlichen Worte hatte der Bericht aber keine Folgen für den persönlichen Referenten Grotewohls, dessen Position im Regierungsapparat nicht in Frage gestellt wurde.

Die Konkurrenzsituation schien Tzschorn zu belasten, da Eisermann, der aufgrund eines Beschlusses des Sekretariats des ZK vom mecklenburgischen Volksbildungsministerium in die Regierungskanzlei versetzt worden war, umgehend die Zügel in die Hand nahm. So konstatierte der Bericht des ostdeutschen Geheimdienstes: „Sein [Tzschorns] Verhältnis zum Genossen Eisermann grenzt an Unterwürfigkeit, er traut sich nicht, ihm zu widersprechen, selbst wenn Genosse Eisermann ihn in Gegenwart der Sekretärinnen lächerlich macht."[39] Vieles deutet darauf hin, dass die Doppelbesetzung des Referentenpostens den Einfluss der Partei im Büro des Ministerpräsidenten stärken sollte. Tzschorn wurde vermutlich von der SED-Führung immer noch als früherer Sozialdemokrat angesehen, obwohl er unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs der KPD beigetreten war[40]. In seinen Erinnerungen streute Eisermann das Gerücht aus, Grotewohl habe sich von Tzschorn trennen wollen, um seine eigene sozialdemokratische Vergangenheit ablegen zu können, die er auch nach der DDR-Gründung noch als Belastung empfunden habe[41]. Eine kritische Sichtung des Erinnerungsberichts lässt jedoch die Schlussfolgerung zu, dass Eisermann, der zweifelsohne eine zentrale Position im Büro des Ministerpräsidenten einnahm, seine eigene Bedeutung maßlos überschätzte. Unter diesem Vorbehalt sind auch seine Angaben zur internen Zusammenarbeit in der Regierungskanzlei zu sehen. Anders als Tzschorn kam Eisermann aus der mecklenburgischen Landesverwaltung erst nach der DDR-Gründung nach Ost-Berlin. Bis zu diesem Zeitpunkt war er in Schwerin im dortigen Ministerium für Volksbildung beschäftigt gewesen[42]. Eisermann konnte sich zu den Opfern der NS-Herrschaft zählen: Der gelernte Drogist war aufgrund seiner KPD-Mitgliedschaft von 1934 bis 1937 im Zuchthaus Hamburg-Fuhlsbüttel inhaftiert. Anschließend saß er drei Jahre im Konzentrationslager Sachsenhausen; zwischen 1942 und 1944 wurde er erneut im Untersuchungsgefängnis Fuhlsbüttel festgehalten. Im Büro des Ministerpräsidenten arbeitete Eisermann seit Ende 1951 bis zum Juli 1956, wobei die Gründe für seine spätere Versetzung im Dunkeln bleiben[43].

[38] BStU, MfS, HA XX, Nr. 2278, Bl. 32–34, Bericht (o. Verf.) aus dem Russischen [1954].
[39] BStU, MfS, AP 531/65 (Hans Tzschorn), Abschrift eines GI-Berichtes von Grundmann (HA PS, Abt. I) vom 24. 6. 1954.
[40] Grotewohl lernte Eisermann in der Parteihochschule ‚Karl Marx' kennen. Bei einem Gespräch soll der Ko-Vorsitzende der SED zu Eisermann gesagt haben, er wolle „endlich einmal einen ehemaligen Kommunisten als Mitarbeiter haben, der auch im KZ gewesen ist". SAPMO-BArch, SgY 30/1879, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Ludwig Eisermann über seine Erinnerungen an Otto Grotewohl am 30. 3. 1977, S. 1.
[41] SAPMO-BArch, SgY 30/1879, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Ludwig Eisermann über seine Erinnerungen an Otto Grotewohl am 30. 3. 1977, S. 3f.
[42] Zum folgenden: BStU, MfS, AP 1694/64, Personalfragebogen Eisermanns vom 22. 11. 1951.
[43] Selbst das MfS scheint darüber nicht informiert gewesen zu sein. BStU, MfS, AP 1694/64, Bericht (o. Verf.) vom 14. 5. 1956.

Aus Sicht des Staatssekretariats für Staatssicherheit war er im Krisenjahr 1953 ein äußerst zuverlässiger Mitarbeiter Grotewohls. So hielt ein Informationsbericht ausdrücklich fest: „Er ist der theoretisch stärkste Genosse im Sekretariat des Min.-Präs. und allen anderen Mitarbeitern dadurch weit überlegen."[44] Die Aufgabenteilung zwischen den beiden Vertrauten Grotewohls sah schließlich vor, dass Tzschorn für den persönlichen Schriftwechsel sowie für die allgemeine Leitung zuständig wurde, wohingegen Eisermann Artikel, Aufsätze und Reden vorbereiten sollte[45]. Dennoch verbesserte sich in der Folgezeit das angespannte Arbeitsverhältnis nicht, wie Tzschorn und Eisermann übereinstimmend ex post berichten.

Chef der Regierungskanzlei bzw. Leiter des Büros des Ministerpräsidenten wurde der 1888 geborene Fritz Geyer. Der ausgebildete Verwaltungsjurist war mit der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 aus dem sächsischen Justizministerium entlassen und in der Folgezeit mehrmals in „Schutzhaft" genommen worden[46]. Nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes war Geyer im Büro des Ministerpräsidenten von Sachsen, Rudolf Friedrichs (SED), tätig, das er seit Ende 1946 leitete. Mit der Gründung der DDR übernahm er die Leitung der Ost-Berliner Regierungskanzlei. Geyer, der 1924 von der KPD zur SPD übergetreten war, koordinierte die Regierungstätigkeiten und bereitete die Kabinettssitzungen vor. Im Frühjahr 1951 hatte er erstmals mit erheblichen gesundheitlichen Problemen zu kämpfen[47], doch erst fünf Jahre später endete seine Tätigkeit als Leiter des Ministerpräsidentenbüros[48]. Anschließend wurde er Professor für Völkerrecht an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften ‚Walter Ulbricht'; dort wurde er 1962 Prorektor für die Ausbildung leitender Funktionäre für den Auswärtigen Dienst der DDR[49].

Zum erweiterten Mitarbeiterstab Grotewohls gehörten außerdem noch Wilhelm Meißner, der allerdings im Oktober 1950 als Hauptabteilungsleiter ins Außenministerium wechselte[50], und Fred Stempel, der 1949/50 noch persönlicher Mitarbeiter des thüringischen Ministerpräsidenten Werner Eggerath war. Erst 1951 wechselte er in den SED-Parteiapparat und blieb bis 1960 persönlicher Mitarbeiter Grotewohls[51]. In dieser Funktion verfügte er auch über enge Kontakte zum Büro des Ministerpräsidenten. Auf diese Weise konnte unter anderem die Zusammenarbeit zwischen der Partei- und Regierungsspitze weiter professionalisiert werden. Bei der Personalauswahl für die Regierungskanzlei musste Grotewohl allerdings

[44] BStU, MfS, AP 1694/64, Abschrift eines GI-Berichts [1953].
[45] SAPMO-BArch, SgY 1788, Bl. 34, Erinnerungen von Hans Tzschorn vom 29.4.1974.
[46] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/v.544 (Kaderakte Fritz Geyer), Charakteristik Geyers vom 17.1.1949.
[47] SAPMO-BArch, NY 4090/58, Bl. 7, Genesungsschreiben Grotewohls an Geyer vom 2.3.1951.
[48] BAB, DC 20/7876, Rücktrittsschreiben Geyers an Grotewohl vom 25.1.1956.
[49] SBZ-Handbuch, S. 910. Zur Person Geyers: Richter/Schmeitzner, „Einer von beiden muß so bald wie möglich entfernt werden", S. 137f.
[50] BStU, MfS, AIM 5150/91, Bl. 29, Lebenslauf Meißners vom 20.8.1982. Meißner war im Übrigen von 1961 bis 1967 Botschafter in Ungarn. 1982 wurde er inoffizieller Mitarbeiter des MfS. Ebenda, Bl. 222, handschriftliche Verpflichtungserklärung von Wilhelm und Hildegard Meißner vom 2.9.1982. Darauf geht Lutz Heuer in seiner einseitigen und apologetischen Kurzbiographie nicht ein. Vgl. Heuer, Wilhelm Meißner.
[51] Stempel, Erinnerung an Otto Grotewohl, S. 155f.

auch Kompromisse eingehen, denn er konnte nicht alle Mitarbeiter selber auswählen, sondern bekam Einzelne mitunter auch zugeteilt. Ein solcher Fall war Hans Schaul (SED), der im Oktober 1949 zum Leiter der Hauptabteilung Regierungsangelegenheiten ernannt wurde[52]. Damit verfügte Schaul im Ministerpräsidentenbüro über eine einflussreiche Stellung. Der ausgebildete Rechtsanwalt[53] und Spanienkämpfer war zuvor persönlicher Referent Heinrich Raus bei der DWK gewesen, obwohl sich die Abteilung Personalpolitik des SED-Zentralsekretariats ursprünglich gegen ihn ausgesprochen hatte[54].

Da Grotewohl nach übereinstimmenden Angaben seiner engsten Mitarbeiter stets an einer harmonischen Zusammenarbeit im Regierungsapparat interessiert war und einen vertrauensvollen Umgang mit seinen Untergebenen pflegte, konnte sich Schaul mühelos integrieren. Der Personalleiter der Regierungskanzlei bescheinigte ihm Mitte August 1950 „gute juristische Kenntnisse", die ihn dazu befähigten, seine Aufgaben zu erfüllen[55]. Darüber hinaus wirke „[s]ein initiatives und operatives Geschick [...] befruchtend auf den Arbeitsablauf der HA". Als einer der wenigen juristischen Experten im Regierungsapparat war Schaul jedoch schon bald mit Arbeit völlig überlastet, denn er wurde in zunehmendem Maße auch noch von Staatssekretär Geyer in Anspruch genommen. Deshalb sprach sich der Personalleiter indirekt dafür aus, einen persönlichen Referenten für den Staatssekretär einzustellen, um Schaul für seine eigentliche Aufgabe als Hauptabteilungsleiter zu entlasten. Dazu kam es aber nicht mehr: Am 25. Juli 1951 wurde Schaul aus der Regierungskanzlei entlassen[56], nachdem der ‚Telegraf' am 11. Februar statistisches Material über Verurteilte bei Wirtschaftsstrafvergehen im I. Quartal 1950 veröffentlicht hatte[57]. Das Ministerium für Staatssicherheit äußerte in dem Zusammenhang den Verdacht, dass Schaul der Informant gewesen sein könnte, was eine längere Überprüfung seiner vermeintlichen Westkontakte nach sich zog. Der Verdächtigte wurde als Professor an die Hochschule für Planökonomie abgeschoben[58]. Die Staatssicherheit stellte den Untersuchungsvorgang erst vier Jahre später ein[59]. Der Posten Schauls wurde nicht neu besetzt; dessen Aufgaben übernahm in der Folgezeit vermutlich Staatssekretär Geyer.

Grotewohls Verhältnis zu seinem 1. Stellvertreter, Walter Ulbricht, war von Anfang an wohl nicht besonders gut gewesen. So berichtet Eisermann, dass der Ministerpräsident die Arbeit und Persönlichkeit Ulbrichts zwar geachtet, dessen

[52] BStU, MfS, AOP, 403/55 (Hans Schaul), Bl. 6, Auskunft (o. Verf.) vom 18. 5. 1951.
[53] Die Nationalsozialisten entzogen ihm jedoch 1933 aufgrund seiner jüdischen Herkunft die Zulassung zum Rechtsanwalt. Daraufhin emigrierte Schaul zunächst nach Frankreich. Wer war wer in der DDR?, S. 733.
[54] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/v. 4537 (Hans Schaul), Notiz Schlörs vom 23. 4. 1948 an Personalstelle Berlin.
[55] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/v. 4537 (Hans Schaul), Beurteilung des Personalleiters der Regierungskanzlei vom 14. 8. 1950, S. 2.
[56] BStU, MfS, AOP, 403/55 (Hans Schaul), Bl. 32, Aktennotiz Böhms (Abt. VI) vom 31. 7. 1951.
[57] Ebenda, Bl. 6f., Auskunft (o. Verf.) vom 18. 5. 1951. Grotewohl hielt offensichtlich noch lange Zeit an Schaul fest, der für ihn zu einem unverzichtbaren Mitarbeiter geworden war. Ebenda, Bl. 31, Aktennotiz Böhms (Abt. VI) vom 22. 7. 1951.
[58] Schaul wurde 1956 Chefredakteur des theoretischen SED-Organs ‚Einheit'. SBZ-Handbuch, S. 733.
[59] BStU, MfS, AOP, 403/55 (Hans Schaul), Bl. 36, Beschluss zum Einstellen des Vorgangs vom 1. 8. 1955.

Arbeitsmethoden aber des Öfteren intern missbilligt habe[60]. Bereits beim ersten Treffen der beiden Politiker 1945 hatte Grotewohl Vorbehalte gegenüber Ulbricht gehabt, dem er offensichtlich nicht über den Weg traute. Insofern verwundert es nicht, dass das Verhältnis zwischen den beiden SED-Spitzenpolitikern eher unterkühlt und nie so herzlich war wie das zwischen Grotewohl und Pieck[61]. Während Grotewohl im Zusammenhang mit dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 noch vorsichtige Kritik am SED-Generalsekretär geäußert hatte, akzeptierte er in der Folgezeit vorbehaltlos dessen führende Stellung in der Parteihierarchie. Dies zeigte sich unter anderem daran, dass der DDR-Ministerpräsident Interviews zu politisch neuralgischen Themen vor dem Abdruck von Ulbricht absegnen ließ[62]. Ulbrichts Mann im Regierungsapparat war zunächst einmal Otto Gotsche (SED), der 1949 die Leitung des Sekretariats beim 1. Stellvertreter des Ministerpräsidenten übernahm[63]. Der ausgebildete Klempner gehörte bereits in der Weimarer Republik zum kommunistischen Funktionärsapparat[64]. Gotsche war im März 1933 verhaftet und ein halbes Jahr später aus dem Konzentrationslager Sonnenburg entlassen worden. Seitdem stand er unter polizeilicher Beobachtung; während des Zweiten Weltkrieges arbeitete er im Buna-Werk Schkopau bzw. im Treibstoffwerk Lützkendorf. Nach Kriegsende war er zunächst Landrat in Eisleben, danach Regierungspräsident von Merseburg und schließlich Ministerialdirektor im Innenministerium von Sachsen-Anhalt. Von dort wechselte er unmittelbar nach der DDR-Gründung in die Regierungszentrale.

Grotewohls persönliche Mitarbeiter betonen in ihren Erinnerungen den kollegialen Führungsstil ihres Chefs. Fundierte Meinungen habe er ohne weiteres angehört, ohne allerdings seine Autorität als Ministerpräsident in Frage stellen zu lassen[65]. Grotewohl sei immer an einem guten, menschlichen Umgang in der Regierungskanzlei interessiert gewesen und habe seine Mitarbeiter auch zu sich nach Hause eingeladen. Außerdem habe sich Grotewohl täglich von Tzschorn und Eisermann einen aktuellen Presseüberblick geben lassen, auch unter Berücksichtigung der Westpresse[66]. Als Vorbild für die Informationsbeschaffung habe Grotewohl die Administration des US-Präsidenten genannt, wobei er in dem Kontext realitätsferne Vorstellungen besaß: „Genosse Grotewohl erwähnte, dass in den Vereinigten Staaten ein Stab von ungefähr 60 000 [sic] Mitarbeitern an einer Zeitung arbeiten, die täglich in einem Umfang von 2 Seiten dem Präsidenten vorgelegt wird, der über das wichtigste informiert sein muss."[67] Daraufhin unternahmen

[60] SAPMO-BArch, SgY 30/1879, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Ludwig Eisermann über seine Erinnerungen an Otto Grotewohl am 30.3.1977, S.5. Auch in der Wahl der Terminologie habe sich Grotewohl ganz bewusst von Ulbricht abgegrenzt. Ebenda, Bl.7f.

[61] Vgl. die atmosphärische Schilderung bei: Stempel, Erinnerung an Otto Grotewohl, S.156f.

[62] SAPMO-BArch, NY 4090/251, Bl.1, Ulbricht am 8.1.1960 an Grotewohl. Dabei ging es um ein ADN-Interview über das Berlin-Ultimatum Chruschtschows, das im ‚Neuen Deutschland' mit einer prägnanten Überschrift („Grotewohl: In Westberlin hat Bonn nichts zu suchen") abgedruckt wurde. ‚Neues Deutschland' vom 9.1.1960, S.1f.

[63] SAPMO-BArch, SgY 30/0291, Tonbandaufnahmen der Erinnerungen von Otto Gotsche am 5.4.1978, S.83.

[64] Zum folgenden: Wer war wer in der DDR?, S.266.

[65] SAPMO-BArch, SgY 30/1879, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Ludwig Eisermann über seine Erinnerungen an Otto Grotewohl am 30.3.1977, S.32.

[66] SAPMO-BArch, SgY 1788, Bl.44, Erinnerungen von Hans Tzschorn vom 29.4.1974.

[67] Ebenda.

wohl die Mitarbeiter im Büro des Ministerpräsidenten den letztlich erfolglosen Versuch, ein vergleichbares Berichtswesen in Zusammenarbeit mit dem Leiter des Amtes für Information bei der DDR-Regierung, Gerhart Eisler (SED), und einem seiner Mitarbeiter, Kurt Blecha (SED), aufzubauen[68]. Zur Vorbereitung seiner Reden ließ sich Grotewohl auch statistisches Material vorlegen, das von der Zentralverwaltung für Statistik entsprechend aufbereitet worden war[69]. Dadurch konnten unter anderem Produktionsberichte von Betrieben in Einzelfällen kritisch überprüft werden. Auf Empfehlung von Hans Tzschorn führte der Ministerpräsident ein Taschenbuch mit sich, das er bequem in der Mantel- oder Jackentasche einstecken konnte. Dieses war offenbar mit einem Klemmhefter versehen, in dem kleinere statistische Blätter abgeheftet waren, die ständig aktualisiert und ergänzt werden konnten. Auf diese Weise verschaffte sich Grotewohl einen groben wirtschaftlichen Überblick, auf den er angeblich auch bei Verhandlungen in der Sowjetunion zurückgriff. Nach Angaben von Eisermann war Grotewohl teilweise übertrieben ordnungsliebend, zuweilen auch pedantisch: Seine Sekretärinnen hätten darunter zu leiden gehabt, denn sie mussten sogar die Bleistifte mit der Spitze nach oben auf ihren Schreibtischen ordnen[70]. Dabei handelte es sich allerdings nicht um einen stringenten Charakterzug, sondern vielmehr um eine zeitweilige Marotte Grotewohls, wie Eisermann selber einräumt. Die regelmäßigen Sitzungen der Regierung leitete Grotewohl straff, wie Tzschorn, der nur in den ersten Monaten nach der DDR-Gründung an den Kabinettssitzungen teilnahm und anschließend von Staatssekretär Geyer abgelöst wurde, zu berichten wusste[71]. So habe er ausschweifende Redebeiträge nicht zugelassen und sich statt dessen darum bemüht, die vorgesehenen Tagesordnungspunkte zügig und ergebnisorientiert abzuhandeln.

Vor der Berufung Eisermanns zum zweiten persönlichen Referenten wies der Stellenplan für das Sekretariat des Ministerpräsidenten insgesamt 22 Stellen aus, inklusive Grotewohls Position[72]. Zu diesem Zeitpunkt war der personelle Aus- und Umbau in der Regierungskanzlei immer noch nicht vollständig abgeschlossen, was sich auch daran ablesen lässt, dass drei Stellen vakant blieben. In der Frühphase der DDR scheint es allgemein eine gewisse Fluktuation gegeben zu haben, die mit der Abwerbung innerhalb der Verwaltungsapparate zusammenhing[73]. Erst Ende 1951 bzw. Anfang 1952 scheint sich die Situation beruhigt zu haben, was nicht nur mit der Neueinstellung Eisermanns zu tun hat, sondern auch mit der verstärkten Anbindung an die SED-Führung. Diese war allein schon durch die

[68] Das Amt für Information wurde zum 31.12.1952 aufgelöst und stattdessen das Presseamt beim Vorsitzenden des DDR-Ministerrates gebildet. Die Mitarbeiter wurden zum Teil übernommen. SAPMO-BArch, NY 4090/296, Bl. 209, SED-Hausmitteilung von Hermann Axen an Grotewohl vom 23.12.1952. Diese Umstrukturierung wurde vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen als Auftakt für eine systematische Gegenpropaganda angesehen. Bericht von Ministerialdirigent Magen auf der Sitzung des Ausschusses für gesamtdeutsche Fragen am 11.2.1953, in: Der Gesamtdeutsche Ausschuss. Sitzungsprotokolle 1949–1953, S. 603–627, hier S. 626.

[69] SAPMO-BArch, SgY 1788, Bl. 29, Erinnerungen von Hans Tzschorn vom 29.4.1974.

[70] SAPMO-BArch, SgY 30/1879, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Ludwig Eisermann über seine Erinnerungen an Otto Grotewohl am 30.3.1977, S. 13.

[71] SAPMO-BArch, SgY 1788, Bl. 41f., Erinnerungen von Hans Tzschorn vom 29.4.1974.

[72] SAPMO-BArch, NY 4090/410, Bl. 1, Stellenplan 1951: Sekretariat des Ministerpräsidenten.

[73] Zu diesem generalisierenden Urteil gelangt jedenfalls Boyer, „Die Kader entscheiden alles ...", S. 31.

Personalunion von Regierungs- und Parteiführung in der Hand Grotewohls gegeben, denn dieser berichtete bei den Politbürositzungen ausführlich über die laufenden Regierungsgeschäfte und konnte von dort Instruktionen mitnehmen. 1952 setzte eine verstärkte Kontrolltätigkeit durch Parteiinstrukteure ein[74], bei der unter anderem die Arbeitsweise des neu ernannten Ministerrates und des Büros des Ministerpräsidenten eingehend unter die Lupe genommen wurde[75]. Um die Regierungsarbeit noch besser auf die politischen Ziele der Einheitspartei auszurichten, fanden zu diesem Zeitpunkt vor den Kabinettssitzungen bereits Fraktionsbesprechungen der SED-Mitglieder im Ministerrat statt[76].

Bereits der Instrukteurbericht von 1952 machte auf erhebliche Mängel bei den von den Ministerien und Staatssekretariaten zur Ministerratssitzung eingereichten Vorlagen aufmerksam[77]. Hintergrund war die nach der II. Parteikonferenz im Sommer 1952 erfolgte Bildung von vier Koordinierungs- und Kontrollstellen der Regierung, denen die Ministerien bzw. Staatssekretariate zugeordnet wurden, was mit einem erheblichen organisatorischen Mehraufwand verbunden war. Insofern war die Kritik auf die besondere institutionelle Neuordnung gemünzt, und weniger auf den Verwaltungsablauf innerhalb der Regierungsstellen. Zu diesem Zeitpunkt gliederte sich das Büro des Ministerpräsidenten in sechs sogenannte Instrukteurreferate, die sich mit Kernaufgaben einer Zentralregierung beschäftigten[78]. Eine weitere Arbeitsrichtlinie von Ende 1952 legte den Arbeitsablauf für das Sekretariat des Ministerpräsidenten im Detail fest, wobei sich die Bestimmungen vorrangig auf das interne Kontroll- und Berichtswesen konzentrierten[79]. Im Zuge der organisatorischen Umgestaltung des Ministerrates, die sich am sowjetischen Vorbild orientierte und zur Bildung eines Präsidiums des Ministerrates führte[80], kam es auch zum Aufbau einer eigenständigen Kontrollabteilung, die vom SED-Funktionär Korn geleitet wurde[81]. Auf diese Weise wurde die Überprüfung der Verwaltungstätigkeit der Regierungskanzlei weiter institutionalisiert. Dabei ergaben sich jedoch Zuständigkeitsüberschneidungen, da die SED-Führung in Einzelfällen die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle (ZKSK) noch einschaltete. In den Kontrollberichten wurde in erster Linie die Einhaltung der vorgegebenen Arbeitsrichtlinien angemahnt, was mitunter auch zu einer unspezifischen Pauschalkritik führen konnte: „Gemeint ist das Kanzleiunwesen, das den Arbeitsstil

[74] Diese Einrichtung geht offenbar auf einen Vorschlag Ulbrichts vom Oktober 1949 zurück. Kaiser, Die Zentrale der Diktatur, S. 77. Am 9.5.1952 beschloss der Ministerrat eine Richtlinie über die Tätigkeit der Kontrollstellen in den Ministerien, Staatssekretariaten und zentralen Einrichtungen. SAPMO-BArch, NY 4090/430, Bl. 14f.

[75] SAPMO-BArch, NY 4090/430, Bl. 3–13, Bericht [1952] über Mängel in der Vorbereitung und Durchführung der Sitzungen des Ministerrates.

[76] Ebenda, Bl. 6.

[77] Ebenda, Bl. 4.

[78] Im Einzelnen handelte es sich um die Bereiche Planung und Finanzen; Staatliche Verwaltung, Justiz und Volksbildung; Industrie, Verkehr und Außenhandel; Sozialpolitik und Gesundheitswesen, Landwirtschaft; operative Statistik. Ebenda, Bl. 7.

[79] SAPMO-BArch, NY 4090/410, Bl. 9–12, Arbeitsrichtlinie für das Sekretariat des Ministerpräsidenten vom 6.12.1952. Die Richtlinie war von Eisermann unterschrieben worden.

[80] Das Sekretariat des Ministerpräsidenten wurde durch die vorgenommene Arbeitsabgrenzung zum Büro des Präsidiums des Ministerrates spürbar entlastet. SAPMO-BArch, NY 4090/410, Bl. 78–80, Vermerk Jeromins [1955].

[81] Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/430, Bl. 83, Korn am 26.2.1954 an Grotewohl.

einer großen Zahl leitender Staatsfunktionäre völlig beherrscht und sie daran hindert, das wirkliche Leben zu sehen."[82]

In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre ging die Anzahl der Ministerratssitzungen deutlich zurück. Während es 1956 insgesamt noch zwölf Sitzungen des Ministerrats und 25 Sitzungen des Präsidiums gab, waren es ein Jahr später nur noch neun bzw. 17 Sitzungen[83]. Damit war auch ein Rückgang der gefassten Beschlüsse zu verzeichnen: Ein interner Bericht listete für das Jahr 1955 noch 520 Beschlüsse auf, 1956 waren es 400 und 1957 sogar nur noch 235. Darunter fielen auch zahlreiche Routinebeschlüsse, wie etwa die Ernennung von Kadern im Staatsapparat, die Verleihung staatlicher Auszeichnungen sowie die Vergabe von Ehrenpensionen. Das politische Machtzentrum, das schon bei der Staatsgründung zu großen Teilen bei den Führungsgremien der SED lag, hatte sich weiter dorthin verschoben. Darüber hinaus war die Gesetzgebungsarbeit stark zurückgegangen, denn 1957 wurden nur elf Gesetzentwürfe und 46 Verordnungen im Ministerrat beraten. Die unbekannten Verfasser des Berichts stellten resümierend fest, dass sich die Arbeitsweise der DDR-Regierung gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert habe und begründeten dies mit dem Hinweis, dass sich der Ministerrat nur noch auf Fragen „von grundlegender Bedeutung" konzentriere[84].

Der verstärkte Ausbau des regierungseigenen Kontrollapparates diente auch der Reduzierung der Haushaltsausgaben. Der sogenannte Feldzug für strenge Sparsamkeit erfasste alle Ministerien und die nachgeordneten staatlichen Einrichtungen und sollte der vermeintlichen Verschwendung von Finanzmitteln Einhalt gebieten. Dazu wurden zahlreiche Konferenzen bei Ministerpräsident Grotewohl durchgeführt, bei denen die jeweiligen Ressortchefs Rechenschaft ablegen mussten[85]. Insbesondere die Industrieministerien wurden angehalten, den Aufruf zum sparsamen Umgang mit öffentlichen Geldern und Ressourcen an die ihnen unterstehenden Betriebe weiterzugeben, um langfristig die Produktionskosten zu senken[86]. Des Weiteren beabsichtigte der DDR-Ministerrat, das Dispatcher-System flächendeckend einzuführen, um einen Überblick über die Produktionsabläufe zu erhalten. Abschließend wurden die zuständigen Minister ermahnt, zur Senkung der Baukosten beizutragen und für einen sparsamen Materialverbrauch zu sorgen. Dazu sollten die Betriebspläne effizienter gestaltet und der Verbrauch der Zwischenprodukte normiert werden. Bei diesen Maßnahmen handelte es sich um den verzweifelten Versuch der SED-Führung, den aus den Fugen geratenen Volkswirtschaftsplan wieder ins Gleichgewicht zu bringen: Während auf der einen Seite ein Rückgang der Produktion zu konstatieren war, der wiederum zu Einbrüchen beim Export und bei den Investitionen führte, belasteten auf der anderen Seite die Reparationskosten sowie die sich steigernden Militärausgaben den Gesamthaushalt erheblich[87]. In

[82] SAPMO-BArch, NY 4090/430, Bl. 97f., Fritz Lange (ZKSK) am 29.3.1954 an Eisermann.
[83] SAPMO-BArch, NY 4090/699, Bl. 160f., Bericht (o. Verf.) über die Einschätzung der Tätigkeit des Ministerrates [1957].
[84] Ebenda, Bl. 160.
[85] BAB, DC 20/154, Bl. 99–101, Notiz Dr. Geyers über Besprechung am 17.4.1953 bei Grotewohl.
[86] BAB, DC 20/154, Bl. 80 und 81–86, Staatssekretär Geyer am 12.5.1953 an Staatssekretär Haffrang.
[87] Steiner, Von Plan zu Plan, S. 75f.

dieser Situation entschied sich das Politbüro für eine Senkung der Sozial- und Konsumausgaben, was fatale Folgen für das politische System haben sollte.

Der Aufbau neuer institutioneller Strukturen hatte jedoch nicht intendierte Folgen, denn es kam ab Mitte der fünfziger Jahre vermehrt zu Kompetenzkonflikten zwischen einzelnen Ministerien, die von der Regierungskanzlei mit neuen Anweisungen entschärft werden mussten. So protestierte Kulturminister Johannes R. Becher Anfang 1956 gegen die Unterstellung seines Ressorts unter die Aufsicht von Volksbildungsminister Fritz Lange[88], der gleichzeitig Mitglied des Präsidiums des Ministerrates war. In dieser Funktion war er laut einer Arbeitsordnung berechtigt, Weisungen zu erteilen, da er im Präsidium den Geschäftsbereich Kultur und Volksbildung vertrat. Becher befürchtete, dass ihm somit alle Möglichkeiten eröffnet würden, „sich in jede Arbeit des Ministeriums einzumischen, sich über alles und jedes informieren zu lassen und jede Art von ihm als erforderlich angesehene Auskünfte zu verlangen". Die Kritik war nicht aus der Luft gegriffen, denn Lange bemühte sich offenbar auch darum, die Deutsche Akademie der Künste in seine Einflusssphäre zu bringen. Beides hielt Becher, der auf das zerrüttete Arbeitsverhältnis zu Lange hinwies, für „verhängnisvoll". Das Büro des Ministerpräsidenten versuchte den eskalierten Streit zwischen beiden Ministern zu entschärfen und wies darauf hin, dass die kritisierte Arbeitsordnung nicht das Ziel verfolge, die Verantwortlichkeit der Minister einzuengen[89]. Die Regierungskanzlei nahm diesen Streit schließlich zum Anlass, um allgemein auf das angeblich klare Verhältnis der Präsidiumsmitglieder zu den ihrem Geschäftsbereich angehörenden Ministern aufmerksam zu machen[90].

Die Auswertung von Eingaben aus der Bevölkerung entwickelte sich Anfang der fünfziger Jahre zu einer zentralen Aufgabe im Sekretariat des Ministerpräsidenten, das Mitte 1954 über sechs Hauptreferate verfügte[91]. Angesichts der fehlenden Legitimation des politischen Systems durch demokratische Wahlen kam dieser Form der Meinungsäußerung besondere Bedeutung zu, denn sie gab nicht nur gewisse Einblicke in die Zustimmung bzw. Unzufriedenheit von Teilen der Bevölkerung mit der Allokation von knappen Ressourcen, sondern auch zur SED-Herrschaft in der DDR. Gleichzeitig stellen diese Eingaben aber nur Momentaufnahmen dar, hatten keinerlei repräsentativen Charakter und lassen deshalb keine gesicherten Rückschlüsse über die politische Stimmungslage der DDR-Bevölkerung zu[92]. Deshalb erinnern sie in ihrer Funktion sehr stark an Petitionen in autoritären bzw. monarchischen Staaten des vorindustriellen Europa.

[88] SAPMO-BArch, NY 4090/430, Bl. 271f., Becher am 19.1.1956 an Grotewohl. Lange war 1954 als Vorsitzender der ZKSK abgelöst worden und an die Spitze des Volksbildungsministeriums gerückt. Wer war wer in der DDR?, S. 500.

[89] SAPMO-BArch, NY 4090/430, Bl. 273, Bemerkungen zum Briefwechsel Minister Lange mit Minister Dr. h. c. Becher (o. D.).

[90] SAPMO-BArch, NY 4090/430, Bl. 274–277, Bemerkungen vom 30.1.1956.

[91] Neu hinzugekommen war das Hauptreferat Presse. SAPMO-BArch, NY 4090/410, Bl. 34–36, Arbeitsbericht des Sekretariats des Ministerpräsidenten für Juli 1954.

[92] Nach Ansicht von Beatrix Bouvier stellen die Eingaben eine kanalisierte Form des Protests der Bevölkerung in der Geschichte der DDR dar. Bouvier, Die DDR – ein Sozialstaat?, S. 17. Dabei muss allerdings in Rechnung gestellt werden, dass die Eingaben unter dem Eindruck des Mauerbaus 1961 eine ganz andere Bedeutung erhielten, denn bis dahin gab es für die ostdeutsche Bevölkerung noch die Möglichkeit der Flucht in den Westen.

Die DDR-Regierungskanzlei legte im Frühjahr 1952 eine erste Analyse über die innerhalb eines Monats (April) eingegangenen 1048 Briefe vor[93]. Der weitaus größte Teil bezog sich demnach auf individuelle Rentenangelegenheiten sowie Wohnungsfragen[94]. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten außerdem Anträge zur Ausstellung von Interzonenpässen. In der Folgezeit professionalisierte sich die monatliche Berichterstattung, was allein schon an der Zunahme des quantitativen Umfangs abzulesen ist. Enthielt die oben vorgestellte Analyse noch zwei Seiten, waren es im Berichtsmonat Juni 1953 bereits sieben Seiten[95]. Die Berichterstattung wurde immer differenzierter und fragte nicht nur nach den Inhalten der Eingaben, sondern auch nach der regionalen Verteilung der Absender. Für die SED-Führung wurde diese Form der Meinungsumfrage immer wichtiger, denn seit dem Herbst 1952 mehrten sich die Hinweise auf eine wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit den sozioökonomischen, aber auch politischen Rahmenbedingungen in der DDR. Hinzu kam die Tatsache, dass die Zahl der monatlichen Eingaben nicht nur unter dem Eindruck des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 stetig zunahm[96]. Während das Sekretariat von Grotewohl mehrheitlich Anfragen zu allgemein innen- und sozialpolitischen Themenfeldern erhielt, wandten sich die Bittsteller mit ihren Eingaben zu Versorgungs- und Wohnungsfragen eher an das Büro des 1. Stellvertretenden Ministerpräsidenten, Walter Ulbricht. Im Verlauf des zweiten Halbjahrs 1953 stieg allerdings die Gesamtzahl der beim Büro Grotewohl eingegangenen Eingaben rasant an und überrundete deutlich die Zahl der Petitionen, die an Ulbricht gerichtet waren[97]. Der Ausbau des sogenannten Eingabewesens zog auch personelle Begehrlichkeiten nach sich, da die Masse der eingehenden Briefe und die Anforderungen einer regelmäßigen, systematischen Analyse mit dem zur Verfügung stehenden Personalbestand nicht bewältigt werden konnten. Deshalb enthielten die Monatsberichte schon frühzeitig Hinweise auf den sich vergrößernden Bearbeitungsstau[98]. Nachdem das Sekretariat des Ministerpräsidenten wegen der zeit- und personalaufwendigen Briefauswertung um Amtshilfe beim Sekretariat Ulbricht gebeten hatte, kam es binnen eines Monats zur Neueinstellung von drei Bearbeitern, sieben Stenotypistinnen und einem Hilfssachbearbeiter[99]. Dennoch reichte diese Personalaufstockung nicht aus, um die anfallenden Arbeiten bei der Beantwortung und Untersuchung der Eingaben zu leisten, so dass der zuständige Abteilungsleiter weitere Mitarbeiter forderte.

[93] SAPMO-BArch, NY 4090/410, Bl. 2f., Analyse von Abteilungsleiter Ambrée (o. D.).

[94] Ende der fünfziger Jahre befassten sich fast 40 Prozent der Eingaben, die an das Büro des Ministerpräsidenten gerichtet waren, mit Problemen der Wohnraumlenkung, gefolgt von 18,6 Prozent zu „inneren Angelegenheiten" und nur noch 7,4 Prozent zu Fragen der Sozialversicherung. SAPMO-BArch, NY 4090/628, Bl. 53–67, hier Bl. 54, Informationsbericht der Zentralen Beschwerdeabteilung für November 1959.

[95] SAPMO-BArch, NY 4090/628, Bl. 7–13, Statistischer Überblick für Juni 1953.

[96] SAPMO-BArch, NY 4090/628, Bl. 46–51, Statistischer Überblick über die Posteingänge in den Monaten Mai bis Oktober 1954.

[97] SAPMO-BArch, NY 4090/628, Bl. 14–25, Statistischer Überblick über die Posteingänge im Monat Juli 1953; ebenda, Bl. 39–44, Statistischer Überblick über die Posteingänge im Monat August 1953.

[98] SAPMO-BArch, NY 4090/628, Bl. 7–13, hier Bl. 13, Statistischer Überblick über die Posteingänge im Juni 1953.

[99] SAPMO-BArch, NY 4090/628, Bl. 14–25, hier Bl. 25, Statistischer Überblick über die Posteingänge im Monat Juli 1953.

Das Büro des Förderungsausschusses beim Ministerpräsidenten: Funktion und Arbeitsweise

Das SED-Politbüro hatte am 13. September 1949 einen Beschluss gefasst über die Gewährung lebenslänglicher Personalpensionen für „hervorragende Wissenschaftler, Techniker, Schriftsteller und Kunstschaffende sowie für hervorragende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens“[100]. Das war der Startschuss für die spätere sogenannte Intelligenzrente, mit der die Rentenleistungen für bestimmte Berufsgruppen weiter ausdifferenziert wurden. Während das dem DWK-Sekretariat unterstellte Büro des Förderungsausschusses jeden Antrag einzeln prüfte, bewilligte das Sekretariat der DWK die Personalpension und legte deren Höhe fest. Mit der Gründung der DDR wanderte das Büro des Förderungsausschusses in den Zuständigkeitsbereich von Ministerpräsident Grotewohl, der im Übrigen anfangs wenig Verständnis dafür zeigte, die Gehälter von Mitgliedern der ‚Intelligenz‘ bzw. von Wissenschaftlern zu erhöhen[101]. Er befürchtete offensichtlich eine Kettenreaktion, in deren Folge Begehrlichkeiten bei anderen Berufsgruppen geweckt werden könnten, und sprach sich zeitweise nur für eine symbolische Aufwertung in Form von Auszeichnungen aus[102]. Deshalb einigte sich die Regierung zunächst auf eine Verbesserung der Altersversorgung, wobei Grotewohl die Verbesserung der Einkommenslage der ‚Intelligenz‘ durch Gehaltserhöhungen nicht verhindern konnte[103]. Langfristiges Ziel der rentenpolitischen Maßnahme war eine Bindung der genannten Berufsgruppen an die neue Staats- und Parteiführung. Unter dem Eindruck der bis zum Mauerbau nach Westen offenen Grenze stellte die ‚Intelligenzrente‘ eine Art Bleibeprämie dar[104]. Grotewohl musste seine skeptische Position in der Folgezeit revidieren, zumal der sowjetische Botschafter Semjonow indirekt Kritik an der ‚Intelligenz‘-Politik der SED-Führung geäußert hatte[105]. Bereits im Frühsommer 1951 hatte der DDR-Ministerrat Verordnungen erlassen, die den Abschluss von Einzelverträgen mit „hervorragenden Angehörigen der Intelligenz“ vorsahen. Am 21. April 1952 wies Grotewohl alle Minister und Staatssekretäre an, in ihrem Zuständigkeitsbereich für die erfolgreiche Umsetzung dieser Verordnungen zu sorgen[106]. Damit schritt die Privilegierung ausgewählter Berufsgruppen, die für die Staats- und Partei-

[100] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2/44, Bl. 5–14, Protokoll der Politbürositzung vom 13. 9. 1949. Ausführlicher zur Entstehung und Entwicklung der ‚Intelligenzrente‘ Hoffmann, Sozialpolitische Neuordnung, S. 269–277.

[101] SAPMO-BArch, SgY 1788, Bl. 45, Erinnerungen von Hans Tzschorn vom 29. 4. 1974.

[102] SAPMO-BArch, NY 4090/152, Bl. 344–357, Rede Grotewohls am 5. 10. 1950 anlässlich der Verleihung der Ehrenbezeichnung „Verdienter Arzt des Volkes“ im Deutschen Theater Berlin.

[103] Vgl. Kommuniqué des SED-Politbüros über die „Verbesserung der Lage der Intelligenz“ vom 25. 4. 1951, in: Dokumente der SED. Bd. III, S. 479–481.

[104] Hockerts, Grundlinien und soziale Folgen der Sozialpolitik, S. 529.

[105] Semjonow überreichte Grotewohl während einer Sitzung des ZK der SED Mitte Februar 1952 einen Leserbrief, den Ärzte aus dem Krankenhaus Küchwald (Chemnitz) an die ‚Tägliche Rundschau‘ gerichtet hatten. Darin hatten sich die Mediziner über die uneinheitliche Verteilung von Sonderrationen (‚Intelligenzkarten‘) an das Krankenhauspersonal beklagt. Daraufhin regte Grotewohl eine Sonderuntersuchung der sächsischen Landesregierung an, in deren Folge die Forderungen der klagenden Ärzte erfüllt wurden. BAB, DC 20/141, Bl. 73, Semjonow am 19. 2. 1952 an Grotewohl; ebenda, Bl. 74, Grotewohl am 26. 2. 1952 an Semjonow; ebenda, Bl. 75, sächsischer Ministerpräsident Seydewitz am 10. 3. 1952 an Grotewohl.

[106] BAB, DC 20/3869, Bl. 57, Grotewohl am 21. 4. 1952 an alle Minister und Staatssekretäre mit eigenem Geschäftsbereich.

führung von zentraler Bedeutung für den erhofften Wirtschaftsaufschwung waren, weiter voran. Diese Besserstellung ruhte auf zwei Säulen, denn sie betraf sowohl die Festsetzung der Gehälter als auch die Ausgestaltung der Altersversorgung.

Dem Förderungsausschuss gehörten laut Arbeitsordnung von Anfang 1951 bis zu 35 Mitglieder an, die alle Berufe der ‚Intelligenz' vertreten sollten[107]. An der Spitze stand ein Vorstand, der sich aus einem Vorsitzenden und fünf gleichberechtigten Stellvertretern zusammensetzte. Die Arbeitsordnung bestimmte ferner, dass das beim DDR-Ministerpräsidenten gebildete Büro die Beschlüsse des Ausschusses durchzuführen hatte[108]. Bereits Ende 1950 war es im Zuge der Regierungsumbildung zu einer ersten personellen Neubesetzung gekommen: Der bisherige Ausschussvorsitzende Anton Ackermann (SED) war auf eigenen Wunsch aus dem Amt ausgeschieden und wurde durch Hermann Kastner (LDPD) ersetzt[109], der im September 1956 nach angeblich mehrjähriger Tätigkeit für die Organisation Gehlen bzw. den Bundesnachrichtendienst in die Bundesrepublik flüchtete[110]. Zum neuen Büroleiter stieg der bisherige Abteilungsleiter Walter Freund auf[111], der zuvor die Amtsführung Kastners überwacht und Grotewohl Bericht erstattet hatte[112]. In den folgenden Jahren gab es keine weiteren personellen Veränderungen in der Leitungsebene[113]. Ende 1951 bekam der Förderungsausschuss für die ‚Deutsche Intelligenz' ein repräsentatives Gebäude im Zentrum Ost-Berlins, in der Friedrichstraße, zugewiesen, nachdem sich Kastner mehrmals darum bemüht hatte[114]. Der Förderungsausschuss verfügte am 1. März 1951 über einen Stab von etwa 200 Mitarbeitern, von denen 160 in den Kreisen und Städten sowie 40 in der Zentrale, d. h. beim Büro des Ministerpräsidenten tätig waren[115].

Das Büro des Förderungsausschusses wurde trotz anfänglicher Geheimhaltung mit Anfragen regelrecht überhäuft, da sich die Einführung der ‚Intelligenzrente' unter den Beschäftigten der in Frage kommenden Berufsgruppen rasch herumgesprochen hatte[116]. Einige Antragsteller wandten sich sogar hilfesuchend an das Büro des Ministerpräsidenten[117], nachdem ihnen keine Personalpension bewilligt worden war. Daraufhin musste der Leiter des Büros des Förderungsausschusses,

[107] Arbeitsordnung des Förderungsausschusses für die deutsche Intelligenz beim Ministerpräsidenten der DDR vom 1. 1. 1951, in: Malycha, Geplante Wissenschaft, S. 334–336, hier S. 335.

[108] Ebenda, S. 336.

[109] SAPMO-BArch, NY 4090/418, Bl. 64f., Politbürovorlage des Sekretariats des ZK der SED vom 18. 12. 1950.

[110] Wer war wer in der DDR?, S. 412. Der Personalvorschlag kam offensichtlich von Ulbricht. SAPMO-BArch, NY 4090/398, Bl. 35, Ulbricht am 29. 11. 1950 an Grotewohl.

[111] BAB, DC 20/141, Grotewohl am 14. 12. 1950 an Kastner.

[112] Die Berichte wurden zum Teil an das Ministerium für Staatssicherheit weitergeleitet, da Freund behauptete, Kastner empfange in seinen Diensträumen westliche Besucher. SAPMO-BArch, NY 4090/418, Bl. 179, Freund am 2. 2. 1953 an Grotewohl.

[113] SAPMO-BArch, NY 4090/418, Bl. 153f., Freund am 5. 12. 1951 an Grotewohl; ebenda, Bl. 166, Grotewohl am 12. 12. 1951 an Freund.

[114] SAPMO-BArch, NY 4090/418, Bl. 155, Kastner am 6. 12. 1951 an Grotewohl.

[115] SAPMO-BArch, NY 4090/418, Bl. 85–89, hier Bl. 85, Vermerk des Förderungsausschusses vom 1. 3. 1951 über die bisherige Tiefen- und Breitenwirkung seiner Arbeit. Abgedruckt mit anderer Archivsignatur bei: Malycha, Geplante Wissenschaft, S. 352–356.

[116] SAPMO-BArch, NY 4090/418, Bl. 42, Kurzbericht Glücksmann vom 20. 7. 1950 an Tzschorn.

[117] In öffentlichen Reden wies Grotewohl mitunter auf die beim Förderungsausschuss eingegangenen Beschwerden hin, ohne jedoch Details zu nennen. Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/168, Bl. 1–21, hier Bl. 10, Rede Grotewohls auf dem Kongress des Vorstandes bildender Künstler am 9. 6. 1952.

Anselm Glücksmann, dem persönlichen Referenten von Ministerpräsident Grotewohl zusichern, dass alle Anträge genauestens überprüft würden[118]. Glücksmann erläuterte, es gäbe allerdings zahlreiche Fälle, „in denen ein positives Ergebnis schlechterdings wegen der in Frage stehenden Persönlichkeiten nicht erreicht werden kann". Mit anderen Worten: Die Mehrzahl der Antragsteller erfüllte zu diesem Zeitpunkt nicht die Auswahlkriterien des Förderungsausschusses, die gesetzlich nicht eindeutig festgelegt waren. Die Regierungseinrichtung vergab außerdem noch Darlehen und einmalige Beihilfen für die Angehörigen der ‚Intelligenz' und vermittelte Plätze in Sanatorien und Ferienheimen. Der Personenkreis, der auf diese Weise gefördert wurde, weitete sich sukzessive aus: Von seiner Gründung im März 1949 bis zum 1. März 1951 erhielten insgesamt 1 148 ‚Intelligenzler' ein Darlehen sowie 662 eine Beihilfe, über deren konkrete Höhe aber keine näheren Angaben vorliegen[119]. Nach Berechnungen des Ausschusses entfielen auf jeden Geförderten durchschnittlich rund 900,– DM (Ost). Der Bericht enthielt allerdings keine Informationen über die Anzahl der genehmigten Pensionen, was als Indiz dafür angesehen werden kann, dass diese Form der Altersabsicherung noch in den Kinderschuhen steckte. Nur 0,7 Prozent der insgesamt 250 000 Beschäftigten[120], die der Förderungsausschuss der ‚Intelligenz' zurechnete, kamen anfangs in den Genuss staatlicher Unterstützungszahlungen. Selbstkritisch musste der Ausschuss einräumen, dass dieses Ergebnis unbefriedigend sei, da es nicht gelungen sei, die Gesamtgruppe mit den Fördermaßnahmen zu erreichen. Daher könne die Tätigkeit des Ausschusses auch von anderen Einrichtungen und Organisationen übernommen werden[121].

Die schwierige Anlaufphase zeigte, dass die Ziele der SED-Führung nicht erreicht werden konnten und ein Politikwechsel notwendig war, um die angestrebte Zusatzaltersversorgung für die ‚Intelligenz' doch noch zu verwirklichen. Obwohl sich Grotewohl nicht direkt in das Tagesgeschäft des Förderungsausschusses einschaltete, war er doch über den Umfang der Unterstützung sowie die damit verbundenen Schwierigkeiten gut unterrichtet. In dem Zusammenhang scheint er auch die Mitte 1950 vorgenommenen rechtlichen Veränderungen maßgeblich protegiert zu haben. So befasste sich das Sekretariat des ZK erstmals am 4. August 1950 mit einer zusätzlichen Altersversorgung für die „technische Intelligenz in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben" und beschloss einen entsprechenden Verordnungsentwurf, der anschließend dem Politbüro vorgelegt wurde[122]. Nachdem das Politbüro dem Verordnungsentwurf zugestimmt hatte[123], erfolgte anschließend die Beschlussfassung durch die Provisorische DDR-Regierung[124].

118 SAPMO-BArch, NY 4090/418, Bl. 42, Kurzbericht Glücksmann vom 20. 7. 1950 an Tzschorn.
119 SAPMO-BArch, NY 4090/418, Bl. 85–89, hier Bl. 85, Vermerk des Förderungsausschusses vom 1. 3. 1951 über die bisherige Tiefen- und Breitenwirkung seiner Arbeit. Abgedruckt mit anderer Archivsignatur bei: Malycha, Geplante Wissenschaft, S. 352–356.
120 Darunter befanden sich allein schon 140 000 Lehrer.
121 SAPMO-BArch, NY 4090/418, Bl. 85–89, hier Bl. 86, Vermerk des Förderungsausschusses vom 1. 3. 1951 über die bisherige Tiefen- und Breitenwirkung seiner Arbeit.
122 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/3/129, Bl. 14f. und 98, Protokoll der Sekretariatssitzung vom 4. 8. 1950.
123 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2/103, Bl. 3f., Protokoll der Politbürositzung vom 8. 8. 1950.
124 BAB, DC 20 I/3-27, Sitzungsprotokoll der Provisorischen Regierung vom 17. 8. 1950. Die Verordnung ist abgedruckt in: Gesetzblatt der DDR 1950, S. 844f.

Mit der sogenannten technischen Intelligenz[125] wurde erstmals eine zunächst noch nicht näher eingegrenzte Personengruppe aus dem Pflichtversichertenkreis herausgehoben, die zwar weiterhin pflichtversichert blieb, für die jedoch ein Rechtsanspruch für eine Zusatzversorgung geschaffen wurde, den es bei den Personalpensionen nicht gab.

Trotz der getroffenen Maßnahme verbesserte sich die soziale Lage der technischen ‚Intelligenz' nur langsam, was auch damit zusammenhing, dass das Politbüro die Verabschiedung der für die Umsetzung der Verordnung relevanten Durchführungsbestimmungen aus nicht erkennbaren Gründen vor sich herschob. Auf Anweisung von Ministerpräsident Grotewohl besuchten Mitarbeiter des Förderungsausschusses Anfang 1951 sogenannte Schwerpunktbetriebe in der DDR, um sich ein eigenes Bild über die Lebensbedingungen der genannten Personengruppe vor Ort zu machen. In ihrem Bericht hielten die Mitarbeiter des Förderungsausschusses fest, dass bei den Gesprächen die Frage der Altersversorgung an erster Stelle gestanden habe[126]. Die technische ‚Intelligenz' orientierte sich allerdings mehrheitlich am westdeutschen Referenzmodell, wie die Mitarbeiter des Förderungsausschusses übereinstimmend berichteten. Die Leistungen der ostdeutschen Rentenversicherung waren demzufolge eine Ursache für die Abwanderung in den Westen Deutschlands. Die Unzufriedenheit wurde offensichtlich dadurch noch vergrößert, dass die bestehende Verordnung über die zusätzliche Altersversorgung aufgrund der darin enthaltenen „Kann-Vorschriften" nicht als verbindliche Grundlage für eine einheitliche Zusatzversicherung angesehen wurde, die deshalb nicht allen Beschäftigten zugutekommen konnte. So waren nach Angaben der Mitarbeiter des Förderungsausschusses bis zum 1. März 1951 nur 525 Beschäftigte der ‚Intelligenz' registriert worden, die eine zusätzliche Altersversorgung erhielten[127].

In dem Bericht wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass zahlreiche Beschäftigte in den Gesprächen die Einführung einer gesetzlich garantierten Altersversorgung für alle Angehörigen der ‚Intelligenz' gefordert hätten. Diesen Schritt wollte aber die SED-Führung unter allen Umständen vermeiden, denn er durchbrach das bereits 1946 postulierte Ziel einer einheitlichen Volksversicherung. Darüber hinaus gab es auch finanzpolitische Überlegungen, die einer zusätzlichen Sonderversorgung im Wege standen. Doch über die Kosten, die mit dem Aufbau einer Zusatzversicherung für die schätzungsweise 250 000 Beschäftigten der ‚Intelligenz' verbunden waren, machte sich der Förderungsausschuss keine weiteren Gedanken, denn er verschob die Finanzierungsfrage in die ferne Zukunft: Die Leistungsauszahlung werde ja erst in „5, 10, 20, ja 30 Jahren" anfallen[128]. Bis dahin werde auch der Staat „mit der weiteren Entwicklung ständig reicher [...] und dadurch auch immer besser in die Lage versetzt [...], das Problem der Altersversorgung umfassender zu lösen". Damit unterstellten Grotewohls Mitarbeiter eine stetig steigende Wirtschaftsentwicklung, die dann automatisch die Finanzierungs-

[125] Darunter fielen in der Folgezeit zunächst nur die Beschäftigten der Ingenieurberufe.
[126] SAPMO-BArch, NY 4090/418, Bl. 90–92, Vermerk des Förderungsausschusses vom 1.3.1951 über die gegenwärtige Lage der Altersversorgung der Intelligenz in der DDR.
[127] Ebenda, Bl. 91.
[128] Ebenda, Bl. 92.

probleme der Zusatzversicherung lösen sollte. Die SED-Führung, die durch die Berichte des Förderungsausschusses aufgeschreckt worden war, nahm im Frühjahr 1951 endlich die Arbeit an der geplanten Durchführungsbestimmung auf, die schließlich am 24. Mai vorlag und den zu fördernden Personenkreis genau absteckte[129]. Zur technischen ‚Intelligenz' zählten nunmehr die „Ingenieure, Konstrukteure, Architekten und Techniker aller Spezialgebiete". Besonders hervorgehoben wurden Ingenieure und Techniker, die im Bergbau, in der Stahlindustrie, im Maschinenbau, in der chemischen Industrie oder im Bauwesen beschäftigt waren. Damit lag der Schwerpunkt der Förderung eindeutig auf den schwerindustriellen Produktionszweigen. Als Angehörige der technischen ‚Intelligenz' galten außerdem noch leitende Angestellte in den oben genannten Wirtschaftszweigen, z. B. Werksleiter, Verwaltungsdirektoren, Hauptabteilungs- und Abteilungsleiter sowie Lehrer von technischen Fächern an den Fach- und Hochschulen der DDR. Dagegen wurden Facharbeiter im Gegensatz zu einem Entwurf des Sekretariats des ZK vom 26. April 1951[130], der ansonsten vollständig übernommen wurde, nicht mehr erwähnt. Die rentenpolitische Maßnahme wurde flankiert von Steuererleichterungen. Beides zusammen sollte nach dem Willen der SED-Führung einen Mobilisierungsschub bei den betroffenen Beschäftigten auslösen und somit eine Steigerung der Arbeitsleistung in den Betrieben bewirken.

Vor dem Ministerrat unterstrich Otto Grotewohl am 12. Juli 1951, dass der „Intelligenz für den friedlichen Aufbau und die Errichtung der Ziele des Fünfjahrplanes" eine besondere Bedeutung zufalle[131]. Daher sei es auch notwendig, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der ‚wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz' zu verbessern. Im Anschluss an seine Rede verabschiedete die Regierung die Verordnung über die Altersversorgung der „Intelligenz an wissenschaftlichen, künstlerischen, pädagogischen und medizinischen Einrichtungen der DDR"[132]. Bei dem Personenkreis, der unter diese Verordnung fiel, handelte es sich wiederum nicht um eine sozial homogene Gruppe. Stattdessen wurde eine ganze Reihe von Berufen aus den Bereichen Wissenschaft, Medizin, Schul- und Erziehungswesen sowie Kunst und Kultur aufgelistet, die lediglich eine Gemeinsamkeit hatten: Es ging ausschließlich um leitende Positionen, die an keine berufliche oder akademische Qualifikation gebunden waren. So reichte das bunte Spektrum von Hochschullehrern, Ärzten, leitenden Mitarbeitern von Film und Theater über Chefredakteure, Regisseure, leitende Schwestern und Pfleger in Krankenhäusern bis hin zu Garderobeinspektoren oder Beleuchtungsoberinspektoren an den Theaterbühnen. Die Bestimmungen zum Beitrags- und Leistungssystem entsprachen in wesentlichen Teilen der 2. Durchführungsbestimmung zur Altersversorgung der ‚technischen Intelligenz'. Damit hatte sich das Prinzip der Zusatzversicherung

[129] BAB, DC 20 I/3-53, Sitzungsprotokoll der Provisorischen Regierung vom 24. 5. 1951. Kurz darauf erschien die 2. Durchführungsbestimmung, mit der die allgemein gehaltene 1. Durchführungsbestimmung vom 26. 9. 1950 außer Kraft gesetzt wurde, in der offiziellen Gesetzessammlung. Gesetzblatt der DDR 1951, S. 487f.

[130] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/3/190, Bl. 6 und 19-22 (Anlage Nr. 4), Protokoll der Sekretariatssitzung vom 26. 4. 1951.

[131] BAB, DC 20 I/3-59, Sitzungsprotokoll der Provisorischen Regierung vom 12. 7. 1951.

[132] Ebenda, Anlage 3 des Protokolls. Die Verordnung wurde veröffentlicht in: Gesetzblatt der DDR 1951, S. 675–677.

endgültig im ostdeutschen System sozialer Sicherheit etabliert. Deren Leistungen wurden fortan zusätzlich zu denen der Einheitssozialversicherung ausgezahlt. Die einzige Veränderung gegenüber den ersten Entwürfen bestand darin, dass für den Bezug beider Renten eine Obergrenze eingeführt wurde, die bei 90 Prozent des bisherigen Netto-Arbeitseinkommens lag.

Nachdem anfangs die Etablierung der ‚Intelligenzrente' grundlegende Fragen des Versichertenkreises und der Leistungsgewährung aufgeworfen hatte, drängten Ministerpräsident Grotewohl und der gesamte Ministerrat auf die zügige Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen. Die Organisationsprobleme, die mit der ungeklärten Rechtslage zusammenhingen und die zu einer erheblichen Bearbeitungszeit der eingereichten Anträge geführt hatten, sollten sich nicht noch einmal wiederholen[133]. Im Auftrag des Ministerrats legten die Ministerien im Herbst 1951 Einzelberichte über den Förderungsstand in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich vor, die vom Büro des Förderungsausschusses gebündelt wurden. Während die Einzelberichte verschwunden sind, liegt zumindest eine Kompilation des Zahlenmaterials vom 11. Dezember 1951 vor, die vom Förderungsausschuss stammte[134]. Die mit Abstand meisten Zusatzversicherungen (8812) meldete das Ministerium für Schwerindustrie. Mit einigem Abstand folgte das Ministerium für Volksbildung, das im November 1951 den Abschluss von 2840 Zusatzversicherungen bekannt gab. Einige Ministerien bzw. Staatssekretariate konnten dagegen keine zusätzlichen Altersversicherungen für Angehörige der ‚Intelligenz' vorweisen, so z. B. das Staatssekretariat für Berufsausbildung, das Staatssekretariat für Hochschulwesen und vor allem das Ministerium für Gesundheitswesen, das sowohl für die Betreuung der Ärzte als auch für das Pflegepersonal an den Krankenhäusern zuständig war. Andere Ministerien meldeten dagegen nur eine kleine Anzahl von abgeschlossenen Zusatzversicherungen[135]. Es liegen aber keine genauen Angaben über die Gesamtzahl der beschäftigten ‚Intelligenz' vor, so dass sich zur prozentualen Verteilung der Zusatzversicherungen in den einzelnen Wirtschaftsbranchen kaum etwas sagen lässt. Auffallend ist aber die Konzentration auf die Schwer- und Grundstoffindustrie. Festzuhalten bleibt außerdem die Tatsache, dass es der DDR-Regierung offensichtlich gelungen war, die Anlaufschwierigkeiten zu meistern, was sich unter anderem an der Gesamtzahl von 12084 abgeschlossenen Zusatzaltersversicherungen ablesen lässt. Des Weiteren war deutlich geworden, dass das personell gut ausgestattete Büro des Ministerpräsidenten mit der Organisation einer sozialen Besserstellung der ‚Intelligenz' überfordert war. Das hing nicht nur mit der unzureichenden Rechtsgrundlage, auf die bereits mehrfach hingewiesen wurde, sondern auch mit der umfangreichen Aufgabe zusammen, ging es doch letztlich um die Versorgung von schätzungsweise 250000 Beschäftigten in verschiedenen Wirtschaftszweigen.

[133] Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/418, Bl. 115–119, Bericht Freunds vom 19. 10. 1951 an Grotewohl.

[134] Zu den folgenden Zahlen: SAPMO-BArch, NY 4090/418, Bl. 159–164, Kontrollbericht (o. Verf.) vom 11. 12. 1951.

[135] Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten (32 Zusatzaltersversicherungen), Staatliche Plankommission (51), Ministerium des Innern (98), Staatssekretariat für Nahrungs- und Genussmittelindustrie (10), Ministerium für Land- und Forstwirtschaft (105), Ministerium für Leichtindustrie (112), Ministerium für Aufbau (19) sowie Ministerium für Verkehr (5). Ebenda.

Neben den Sonderversorgungssystemen der Einheitssozialversicherung, die in den fünfziger Jahren aufgebaut wurden, und der ‚Intelligenzrente' gab es noch die sogenannten Ehrenpensionen, die von der DDR-Regierung vergeben wurden. Auch hierbei wurde der Förderungsausschuss aktiv und sammelte Vorschläge der einzelnen Fachministerien, die er dann nach eingehender Prüfung an den Ministerrat weiterleitete. Für die Vergabe der ‚Ehrenpensionen' existierte zunächst keine gesetzliche Grundlage. Das Sekretariat des ZK legte erst am 7. August 1952 Richtlinien über die Gewährung von Zusatz- und Ehrenrenten fest[136] und griff dabei auf Vorschläge zurück, die das Sekretariat des FDGB-Bundesvorstandes am 11. September 1951 verabschiedet hatte[137]. Das Sekretariat grenzte den Berechtigtenkreis ein: Die Zusatz- und Ehrenrente konnte an DDR-Bürger vergeben werden, die keine zusätzliche Altersversorgung besaßen und auch keine ‚Intelligenzrente' erhielten. Im Gegensatz zum Gewerkschaftsmodell wurden die Leistungssätze beachtlich angehoben, und zwar auf monatlich 100,– Mark (Minimum) bzw. 400,– Mark (Maximum). Das SED-Führungsgremium hielt in den Richtlinien ausdrücklich daran fest, dass kein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zusatz- bzw. Ehrenrente bestand, die vielmehr jederzeit zurückgenommen werden konnte. Schließlich beschloss das Politbüro am 19. August 1952 eine Verordnung über die Bewilligung von Ehrenpensionen und beendete damit eine fast zweijährige Diskussion innerhalb der SED-Führung[138]. Die Verordnung garantierte einem nicht näher fixierten Personenkreis eine erhebliche Verbesserung der Altersversorgung, deren Höhe im Einzelfall zwischen 600,– Mark und 1 500,– Mark liegen konnte[139]. Ende November gab das Büro des Ministerpräsidenten eine Verfügung Grotewohls heraus, mit der das Büro des Förderungsausschusses beauftragt wurde, eingegangene Anträge und Vorschläge zu prüfen[140]. Die Ehrenrenten sollten aus den für soziale Zwecke zur Verfügung stehenden Mitteln des sogenannten Kulturfonds, über den das Büro des Förderungsausschusses verfügte, gewährt werden.

Das Büro des Förderungsausschusses, das sich seit dem Frühjahr 1953 auch mit dem Thema „Republikflucht" beschäftigte und in dem Zusammenhang sporadisch über die Flucht von Angehörigen der ‚Intelligenz' nach Westdeutschland berichtete[141], sollte Mitte 1956 aufgelöst werden. Entsprechenden Überlegungen, die vom Büro des Präsidiums des Ministerrats angestellt und insbesondere von Anton Plenikowski und Paul Wandel kontrovers diskutiert wurden[142], erteilte Grotewohl jedoch rasch eine Absage[143]. Er hielt die Idee für abwegig und forderte stattdessen

136 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/3/314, Bl. 2, Protokoll der Sekretariatssitzung vom 7. 8. 1952.
137 SAPMO-BArch, DY 34/A-4118.
138 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2/227, Bl. 4 und 23–25, Protokoll der Politbürositzung vom 19. 8. 1952.
139 Verordnung über die Gewährung von Ehrenpensionen vom 28. 8. 1952, in: Gesetzblatt der DDR 1952, S. 823f.
140 BAB, DC 3/31, Bl. 140, Verfügung Grotewohls vom 24. 11. 1952 über die Gewährung von Renten (Abschrift).
141 Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/418, Bl. 192–195, Bericht Freunds vom 8. 4. 1953 an Grotewohl; ebenda, Bl. 203–205, Bericht Günthers vom 26. 7. 1955 an Grotewohl.
142 SAPMO-BArch, NY 4090/418, Bl. 215–218, Leiter des Büros des Förderungsausschusses (Günther) am 10. 4. 1956 an Kurt Hager.
143 BAB, DC 3/31, Bl. 269, Aktennotiz Günthers vom 20. 6. 1956 über eine Besprechung mit Grotewohl.

ganz allgemein eine Verbesserung der inhaltlichen Arbeit. Nachdem er die Unterstützung von Kurt Hager eingeholt hatte, teilte Grotewohl dem Leiter des Büros des Förderungsausschusses mit, er solle die Diskussion um die Auflösung als erledigt ansehen. Hager war zu diesem Zeitpunkt ZK-Sekretär für Wissenschaft, Volksbildung und Kultur. Auch der wenige Monate später ventilierte Plan, den Förderungsausschuss in einen „Beirat für Fragen der Intelligenz" umzuwandeln, kam letztlich nicht zustande. Grotewohl sprach sich dafür aus, „es bei dem bisherigen Zustand im wesentlichen zu belassen und allmählich die dem Förderungsausschuss verbleibenden Aufgaben auf die Fachministerien, Staatssekretariate und andere Stellen des Staatsapparates zu verlagern"[144]. Auf diese Weise sollte der Ausschuss nach und nach überflüssig werden. Damit begann das schleichende Ende, denn Anfang April 1957 wurden erstmals frei gewordene Planstellen nicht mehr neu besetzt[145]. Grotewohl wollte eine sofortige Schließung des Förderungsausschusses verhindern, da er negative Auswirkungen für die Stimmungslage der ostdeutschen Intellektuellen befürchtete. Die zuständigen Funktionäre in der Regierung sowie im ZK-Apparat kamen ihm entgegen und schlugen eine erneute Grundsatzdebatte über die weitere Zukunft des Gremiums im Zusammenhang mit der geplanten Neuregelung der Kulturverordnung für das Jahr 1958 vor[146]. Die Debatte über die „Intelligenzrente" machte das Dilemma deutlich, in dem sich die DDR-Regierung befand: Der Verbesserung der Altersversorgung waren durch die Haushaltslage enge Grenzen gesteckt. In diesem Fall waren auch Ministerpräsident Grotewohl, der ansonsten ein offenes Ohr für die Belange der ostdeutschen Künstler, Intellektuellen und Akademiker hatte, die Hände gebunden, da es ihm nicht gelang, die dem Büro des Förderungsausschusses zur Verfügung stehenden Finanzmittel aufzustocken.

„Demokratisierung der Staatsverwaltung" und die Kompetenzkonflikte mit den Landes- und Bezirksverwaltungen

Obwohl die DDR-Verfassung den Ländern Mitspracherechte einräumte und dafür eigens eine Länderkammer schuf, war das Verhältnis zur DDR-Regierung in Ost-Berlin eindeutig geregelt. Die Verfassungsartikel 109 bis 116 legten eine klare Hierarchie fest, bei der die Länder das Nachsehen hatten[147]. So besaßen die Provisorische Regierung und die Provisorische Volkskammer das Gesetzgebungsrecht in allen wesentlichen Politikfeldern. Die spärlichen föderalistischen Elemente der Verfassung konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die DDR zentralistisch aufgebaut war. Doch bereits lange vor dem Inkrafttreten der Verfassung hatte die SED-Führung im Zuge der Einführung des Zweijahrplanes die Kompetenzen der Länder bei der Verteilung von Ressourcen und knappen Gütern drastisch eingeschränkt[148]. Der Kompetenzkonflikt war mit der DDR-Gründung keineswegs

[144] BAB, DC 3/31, Bl. 158, Aktennotiz Günthers über eine Unterredung mit Grotewohl am 8.2.1957.
[145] SAPMO-BArch, NY 4090/418, Bl. 271, Günther am 2.4.1957 an Wandel.
[146] BAB, DC 3/31, Bl. 157, Wandel am 17.5.1957 an Grotewohl.
[147] Verfassung der DDR vom 7.10.1949, in: Gesetzblatt der DDR 1949, S. 5–16, hier S. 13f.
[148] Vgl. dazu: Steiner, Zwischen Länderpartikularismus und Zentralismus.

beigelegt, sondern schwelte noch etwas weiter, da die Landesregierungen vereinzelt gegen die zunehmende Ausgabenbelastung, die vor allem im Zusammenhang mit der kriegsfolgenbedingten Sozialpolitik stand, sowie gegen die Verringerung der Einnahmequellen protestierten[149]. Deshalb beantragte die sächsische Landesregierung die Einberufung einer Konferenz aller Ministerpräsidenten und Finanzminister, um die entstandenen haushaltspolitischen Probleme gemeinsam zu erörtern. Die DDR-Regierung ging auf diese Wünsche scheinbar ein und lud in unregelmäßigen Abständen zu solchen Konferenzen nach Ost-Berlin ein[150]. Dennoch änderte sich beim weiteren Aufbau der Planwirtschaft kaum etwas an der haushaltspolitischen Benachteiligung der Länder. Bei der Ausarbeitung der Verfassung hatten sich die ostdeutschen Länder nicht zu Wort gemeldet und auf eine ausgewogene Finanzverfassung gedrängt, wie es sie beispielsweise im Westen Deutschlands gab. Hier hatten die Westmächte im November 1948 die föderalistischen Strukturen nachhaltig gestärkt.

Am 4. November kam es zur ersten Arbeitsbesprechung bei Ministerpräsident Grotewohl, an der die fünf Ministerpräsidenten sowie die Stellvertreter Grotewohls teilnahmen. Außerdem wurden Finanzminister Loch, Staatssekretär Willi Rumpf sowie der Chef der Regierungskanzlei Geyer zum Gespräch hinzugezogen[151]. Nach einem einleitenden Referat Geyers einigten sich die versammelten Teilnehmer auf acht Punkte, bei denen die Länder weitreichende Zugeständnisse machten. So wurde etwa beschlossen, dass die Angleichung der Länderverfassungen an die DDR-Verfassung ausschließlich Angelegenheit des Verfassungsausschusses der Volkskammer sein sollte. Allem Anschein nach drängten die Länder nicht auf eine inhaltliche Präzisierung dieses doch recht allgemein gehaltenen Beschlusses, so dass den zentralen Instanzen erhebliche Interventionsmöglichkeiten eingeräumt wurden. Auf der anderen Seite verpflichteten sich die Länder zur Zurückhaltung bei der Gesetzgebung. Staatssekretär Geyer führte aus, dass alle Kräfte auf die Durchführung der für die gesamte Republik wichtigen Aufgaben, insbesondere den Volkswirtschaftsplan konzentriert werden sollten. Deshalb müsse ein „bürokratisches Hineinreißen in die Verwaltung auf den unteren Verwaltungsebenen" vermieden werden[152]. Aus Sicht der Zentrale in Ost-Berlin sollte der Verwaltungsapparat weiter zentralisiert und gestrafft werden, um eine zentrale Wirtschaftslenkung ohne Reibungsverluste zu ermöglichen. Des Weiteren unterstrich Geyer die Bedeutung der sowjetischen Befehle sowie der nach wie vor geltenden DWK-Anordnungen. Rechtliche Veränderungen könnten nur in Absprache mit Karlshorst vorgenommen werden, „sobald ein Bedürfnis sachlicher Änderung hervortritt". Schließlich wies Geyer darauf hin, dass die Geschäftsordnung der Provisorischen Regierung die Beziehungen zwischen Ländern und Zentrale regele. Dagegen konnten die Länder in der strittigen Finanzfrage keinen Erfolg verbu-

[149] SAPMO-BArch, NY 4090/400, Bl. 1, stellvertretender sächsischer Ministerpräsident am 29.10.1949 an Grotewohl.

[150] SAPMO-BArch, NY 4090/400, Bl. 8, Staatssekretär Geyer am 23.1.1950 an alle Ministerpräsidenten; ebenda, Bl. 42, Staatssekretär Geyer am 21.8.1950 an die Ministerpräsidenten.

[151] SAPMO-BArch, NY 4090/400, Bl. 5f., Protokoll über Arbeitsbesprechung mit den Ministerpräsidenten der Länder bei Grotewohl am 4.11.1949.

[152] Ebenda, Bl. 6.

chen, denn das Protokoll vermerkte nur lapidar, die Lösung der Finanzprobleme der einzelnen Länder sei eine vordringliche Aufgabe.

Die Durchführung der zentralen Wirtschaftspläne stand auch im Mittelpunkt der ostdeutschen Ministerpräsidentenkonferenz vom 16. September 1950, die Grotewohl erneut leitete. Gleich zu Beginn wies der Minister für Planung, Heinrich Rau (SED), auf die ungleichmäßige Erfüllung des Industrieproduktionsplanes in den einzelnen Ländern hin und forderte sie im Hinblick auf die sowjetischen Reparationsforderungen auf, „auf eine gleichmäßige Erfüllung der Pläne auf allen Gebieten der Produktion unter Anwendung aller zur Verfügung stehenden Möglichkeiten der Kontrolle und Aufklärung mehr als in der Vergangenheit hinzuwirken“[153]. Doch auch in der Landwirtschaft gab es nach den Worten Raus erheblichen Handlungsbedarf. So gefährde die mangelhafte Erfüllung der Aussaat von Ölsaaten – nur 88,3 Prozent der Zielvorgaben – die gesamte Ernte im Jahr 1951[154]. Da der Verwaltungsapparat „wegen seiner Schwerfälligkeit“ nicht zu gebrauchen sei, übernehme die Partei die Verantwortung für die Durchführung der Produktionspläne. Entsprechende Beschlüsse habe das ZK der SED bereits vorbereitet. Rau ging anschließend auf den Investitionsplan ein und erklärte, dass vor allem der sächsische Uranbergbau bevorzugt mit Ressourcen versorgt werden müsste. Zu diesem Zeitpunkt stellte das Wismutgebiet immer noch die größte Baustelle der jungen Republik dar. Der Arbeitskräftebedarf war nach wie vor enorm und auch bei der Versorgung mit Sachgütern, Baumaterialien etc. gab es gravierende Probleme. Bei der Ministerpräsidentenkonferenz am 16. September stand die Wasserversorgung der Wismut AG und der damit in Zusammenhang stehende Talsperrenbau auf der Agenda. Der sächsische Ministerpräsident Max Seydewitz (SED) wurde beauftragt, umgehend persönliche Verhandlungen mit dem sowjetischen Generaldirektor Andrej M. Malzew zu führen, um die Zusammenarbeit zwischen den deutschen und sowjetischen Stellen zu verbessern.

Grotewohl schaltete sich in die Diskussion ein und kritisierte überraschend deutlich die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern, der er vorwarf, eine schlechte Haushaltspolitik betrieben zu haben. So fehle nach wie vor ein ausführlicher Bericht über die Haushaltslage des Landes, obwohl die Landesregierung mehrmals dazu aufgefordert worden sei[155]. Grotewohl nutzte die Gelegenheit und richtete einen Appell an alle Landesregierungen, ihren Beitrag zur Erfüllung der Wirtschaftspläne zu leisten: „Hier handelt es sich um einen sehr ernsten Vorwurf, und es kann keineswegs geduldet werden, dass darüber hinweggegangen wird. Die Ministerpräsidenten der Länder tragen die politische Verantwortung für das, was in ihren Ländern geschieht. Dabei sind die Finanzfragen von ganz besonderer Bedeutung.“ Dabei richtete Grotewohl das Augenmerk auch auf die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern: Die Ministerpräsidenten sollten darauf hinwirken, dass in den Lagern der Konsumgenossenschaften und der Handelsorganisation (HO) kein „Warenstau“ erzeugt werde. Deshalb seien die Vertriebssysteme

[153] SAPMO-BArch, NY 4090/400, Bl. 60–67, hier Bl. 60, Protokoll der Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder am 16. 9. 1950.
[154] Ebenda, Bl. 61.
[155] Ebenda, Bl. 64.

des Handels zu verbessern, um die Bevölkerung am Wirtschaftsaufschwung partizipieren zu lassen. Die Zusammenarbeit der zuständigen Ressorts auf Landes- und Zentralebene konnte in der Folgezeit jedoch nicht verbessert werden, sondern ließ nach wie vor zu wünschen übrig. So beklagte sich etwa der thüringische Landwirtschaftsminister über die schleppende Behandlung von veterinärmedizinischen Maßnahmen seitens des Landwirtschaftsministeriums in Ost-Berlin[156]. Dabei wurde sogar der Vorwurf der Sabotage laut. Der Ressortkonflikt konnte aber nicht beigelegt werden, denn Landwirtschaftsminister Ernst Goldenbaum (DBD) wies die Vorwürfe sofort zurück und verlangte personelle Konsequenzen im thüringischen Landwirtschaftsministerium[157]. Dieses Beispiel zeigt, dass die in unregelmäßigen Abständen durchgeführten Ministerpräsidentenkonferenzen Kompetenzkonflikte zwischen den Ländern und Ost-Berlin nicht verhindern konnten. Dabei agierte Grotewohl jedoch nicht als Vermittler, sondern übernahm in der Regel inhaltliche Positionen der Zentralinstanzen.

Die Regierungsumbildung Ende 1950 hatte indirekt Folgen für die Länderkammer, deren Mitgliederzahl sich von 34 auf 50 erhöhte. Dabei erhielten die bevölkerungsarmen Länder Mecklenburg und Thüringen vergleichsweise mehr Abgeordnete als etwa Sachsen[158]. So stellten Mecklenburg und Brandenburg sieben (vorher: vier) bzw. neun (fünf) Abgeordnete. Sachsen stellte mit 13 Vertretern (vorher: elf) die größte Ländergruppe in der Kammer. Einen Sonderstatus hatte weiterhin Ost-Berlin, das mit 13 (vorher: sieben) Abgeordneten vertreten war, die aber nur eine beratende Funktion besaßen. Dagegen änderte sich an der inhaltlichen Funktionsweise und der Stellung im politischen System der DDR nichts: Die Länderkammer war auch weiterhin so gut wie bedeutungslos[159]. Ihre Existenz basierte in erster Linie auf den deutschlandpolitischen Überlegungen der SED-Führung, die mit dem ostdeutschen Staatsaufbau auch institutionelle Vorbereitungen für den Fall einer Wiedervereinigung Deutschlands treffen wollte. Der Regierungsumbildung waren die Wahlen zur Volkskammer vorausgegangen, die nach dem Einheitslistenprinzip durchgeführt wurden, zu dem sich Grotewohl ausdrücklich bekannte. Vor dem SED-Parteivorstand erklärte er am 14. März 1950, dass die Wahlen „nicht nach den Spielregeln der Weimarer Verfassung", sondern nach dem Grundprinzip der Nationalen Front, d. h. „der absoluten und geschlossenen Einmütigkeit" durchzuführen seien[160]. Den Blockparteien müsse klargemacht werden, dass in der DDR „ein anderes Prinzip des politischen Arbeitens gilt, als es in der Weimarer Republik der Fall war, dass wir nicht nach den Regeln wie im Westen Deutschland[s] unsere politische Willensbildung bestimmen". In der umstrittenen Frage der „Einheitsliste" wichen CDU und LDP schrittweise zurück und gaben ihren Wiederstand schließ-

[156] SAPMO-BArch, NY 4090/424, Bl. 381 f., Eggerath am 25. 9. 1950 an Grotewohl. Daraufhin wurde Goldenbaum um eine Stellungnahme gebeten. Ebenda, Bl. 384, Tzschorn am 6. 10. 1950 an Goldenbaum.

[157] SAPMO-BArch, NY 4090/424, Bl. 385 f., Goldenbaum am 18. 10. 1950 an Grotewohl.

[158] Gesetz über die Zusammensetzung der Länderkammer der DDR vom 8. 11. 1950, in: Gesetzblatt der DDR 1950, S. 1135.

[159] Vgl. Schwießelmann, Die DDR-Länderkammer.

[160] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/78, Bl. 51, Stenographische Niederschrift über die 25. (39.) Tagung des SED-Parteivorstandes am 14./15. 3. 1950.

lich auf. Nach umfangreichen Vorbereitungen durch die SED-Führung[161] beteiligten sich am 15. Oktober 1950 nach offiziellen Angaben 98,5 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung an den Volkskammerwahlen, bei denen die SED auch zum Mittel der Wahlfälschung griff[162]. Die Zustimmung zur vorgelegten Einheitsliste lag offiziell bei 99,72 Prozent[163]. Parallel dazu fanden noch Wahlen zu den Land- und Kreistagen sowie zu den Gemeindevertretungen statt.

Bereits vor ihrer Auflösung im Sommer 1952 hatten die Länder an Einfluss verloren. Obwohl es nach wie vor noch gemeinsame Treffen bei Grotewohl gab, die eine politische Mitwirkung der Länder suggerierten, bezog die DDR-Regierung die SED-Ministerpräsidenten in die Entscheidungsprozesse schon lange nicht mehr ein. Diese beklagten sich mitunter über die Hinhaltetaktik Ost-Berlins. So beschwerte sich der thüringische Ministerpräsident Werner Eggerath darüber, dass sich Vertreter der Landesregierung und anderer Landesbehörden „durch zu langes Warten, Anforderung von überflüssigen Berichten und Statistiken und ähnlicher Vorgänge ungerecht behandelt und in Anspruch genommen fühlen"[164]. Auf Nachfrage Grotewohls bekräftigte der sächsische Ministerpräsident Max Seydewitz die Klage seines Amtskollegen[165].

Am 23. Juli 1952 war es dann soweit: Mit dem Gesetz über die „weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der Deutschen Demokratischen Republik" wurden die Reste des Föderalismus endgültig beseitigt[166]. Die Staatsverwaltung wurde neu organisiert, und die Bildung von 14 Bezirksverwaltungen bedeutete eine weitere Zentralisierung der Verwaltungsstrukturen. Die Landesregierungen und -verwaltungen wurden aufgelöst; neue staatliche Organe auf der mittleren Verwaltungsebene wurden der Bezirkstag und der Rat des Bezirkes[167]. Letzterer war dabei das zentrale Verwaltungsorgan; der Vorsitzende und der Sekretär des Rates übten die Leitungsfunktion aus. Außerdem erhielten auch die Kreise eine neue Organisationsstruktur[168]. Die neu gebildeten Bezirksverwaltungen verfügten über noch geringere Mitspracherechte als die aufgelösten Landesverwaltungen. Parallel dazu verfügte die SED über eine gut ausgebaute Parteiorganisation auf bezirklicher Ebene, die Einflussmöglichkeiten auf den staatlichen Verwaltungsapparat eröffnete. In der Folgezeit entwickelten sich einige SED-Bezirkssekretäre zu Provinzfürsten.

Die SED-Führung vermied es, die staatliche Neuorganisation als das zu bezeichnen, was sie faktisch war, nämlich als Beseitigung der Länder. Der stellvertretende Leiter der ZK-Abteilung Staatliche Verwaltung, Willi Barth, unterstrich in einer

[161] Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/301, Bl. 5–9, Arbeitsplan für die Vorbereitung der Wahlen am 15. 10. 1950 aufgrund des Politbürobeschlusses vom 14. 2. und des Sekretariatsbeschlusses vom 17. 2. 1950. Abgedruckt in: DzD. II/3 (unveröffentlichte Dokumente), S. 598–601.

[162] Dazu: Laufer, Das Ministerium für Staatssicherheit und die Wahlfälschungen, S. 23–27.

[163] Zu den Prozentangaben: Staritz, Geschichte der DDR, S. 83.

[164] SächsHStA, Landesregierung Sachsen, Ministerpräsident, Bd. 435, Bl. 110, Grotewohl am 6. 3. 1952 an Seydewitz.

[165] Ebenda, Bl. 111, Seydewitz am 19. 3. 1952 an Grotewohl.

[166] Gesetzblatt der DDR 1952, S. 613f.

[167] Ordnung für den Aufbau und die Arbeitsweise der staatlichen Organe der Bezirke vom 24. 7. 1952, in: Gesetzblatt der DDR 1952, S. 621–623.

[168] Ordnung für den Aufbau und die Arbeitsweise der staatlichen Organe der Kreise vom 24. 7. 1952, in: Gesetzblatt der DDR 1952, S. 623–625.

Denkschrift, es sei notwendig, „in der Begründung [...] das Hauptgewicht nicht gegen die Länder zu richten“[169]. Stattdessen sollte die Notwendigkeit zur weiteren „Demokratisierung des Staatsapparates“ betont werden. Das bedeutete, dass die Länder nach außen als territoriale Einheiten bestehen bleiben sollten. Darüber hinaus sollten auch die Länderverfassungen formell nicht aufgehoben werden. In dem Zusammenhang plädierte Barth dafür, die Länderkammer weiter bestehen zu lassen. Diese Position setzte sich zunächst auch durch, denn die Länderkammer wurde erst am 8. Dezember 1958 aufgelöst[170]. Vor den Delegierten der II. SED-Parteikonferenz, die vom 9. bis 12. Juli 1952 stattfand, rechtfertigte Grotewohl die bereits beschlossene Neuordnung und bezeichnete die Länder als „Barrieren“, die einer effizienten Verwaltungsarbeit im Wege stünden[171]. Zur Begründung verwies Grotewohl auf die veränderten wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, die seit dem Inkrafttreten des ersten Fünfjahrplanes neue Anforderungen an die Verwaltung stellen würden: „Mit der Aufgabenentwicklung aus dem Fünfjahrplan sind die eigentlichen Länderaufgaben praktisch immer mehr zusammengeschrumpft.“ Deshalb seien die Landesverwaltungen immer mehr in die Rolle eines „technischen Vermittlers“ gedrängt worden. Grotewohl kritisierte, dass die Zusammenarbeit zwischen den Fachministerien der DDR-Regierung und den beteiligten Länderministerien zu einer zunehmenden Bürokratisierung der Verwaltungsarbeit geführt habe. Viele praktische Aufgaben seien auf diese Weise „immer theoretischer und für viele unverständlicher“ geworden, da die Ministerien auf Länderebene die „Papierflut“ auf die Kreise abgewälzt hätten. Grotewohl griff die zu diesem Zeitpunkt von der SED-Führung häufig geäußerte Kritik am „Bürokratismus“ auf und instrumentalisierte sie, um die Verwaltungsreform zu rechtfertigen: „Wer kann da noch von Arbeit reden! Die vielfältigen und umfangreichen Papiere führten zur Unverständlichkeit und von da zur Undurchführbarkeit.“ Und weiter: „Man kann also wirklich sagen: Von der Wiege bis zur Bahre – Formulare, Formulare!“ Das Protokoll der Parteikonferenz verzeichnete daraufhin Heiterkeit und starken Beifall. Offensichtlich hatte Grotewohl mit seinem populistischen Diskussionsbeitrag den Nerv der Delegierten getroffen. Auf der anderen Seite ging er aber stillschweigend über die Tatsache hinweg, dass mit dem Aufbau der Staatlichen Plankommission eine neue Mammutbehörde geschaffen wurde, die vergleichbare Verwaltungsabläufe produzierte, welche er noch bei den Ländern kritisiert hatte.

Obwohl der staatliche Verwaltungsapparat nunmehr weitgehend zentralisiert war, ergaben sich in der Folgezeit weitere Abstimmungsprobleme mit den im Aufbau befindlichen Bezirksverwaltungen. Zunächst hatte unmittelbar vor der faktischen Länderauflösung die Zentrale Regierungskommission, die Ministerpräsident Grotewohl unterstand, damit begonnen, die Schaffung der neuen Verwaltungsstäbe in enger Absprache mit der SKK vorzubereiten[172]. Dazu übernahmen

[169] SAPMO-BArch, NY 4090/432, Bl. 81–88, hier Bl. 81, Denkschrift Barths über „Grundsätze der Gesetzesvorlagen über die Neuorganisation im Staatsapparat (o. D.).
[170] Gesetz über die Auflösung der Länderkammer der DDR vom 8. 12. 1958, in: Gesetzblatt der DDR 1958, Teil I, S. 867.
[171] Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz, S. 334–347, hier S. 341.
[172] BAB, DC 20/135, Bl. 263–266, hier Bl. 263, Protokoll über die Sitzung der Zentralen Regierungskommission am 20. 7. 1952.

einige leitende Mitarbeiter der DDR-Regierung die Kontrollaufsicht über die einzelnen Länder[173]. Während Eggerath, der kurz zuvor von Weimar nach Ost-Berlin gewechselt war und sofort die Leitung der Regierungskommission übernommen hatte, für Thüringen zuständig war, überwachte der Staatssekretär im Innenministerium, Hans Warnke, die Neustrukturierung in Mecklenburg. Für Sachsen-Anhalt, Sachsen und Brandenburg waren wiederum Ernst Lange, Anton Plenikowski sowie Willi Rumpf zuständig. Bei der technischen Durchführung der neuen gesetzlichen Bestimmungen schaltete sich Grotewohl im Übrigen nicht mehr selber ein, sondern überließ die Anleitung und Kontrolle seinen Mitarbeitern im Büro des Ministerpräsidenten bzw. den zugeteilten Staatssekretären aus dem Innen- und Finanzministerium. So eröffnete er zwar am 15. August 1952 die Konferenz der Vorsitzenden und Sekretäre der Räte der Bezirke, die das erste Treffen nach der Länderauflösung war und der Verbesserung der Zusammenarbeit dienen sollte, hielt aber im Anschluss an das Hauptreferat von Staatssekretär Eggerath nur eine ganz allgemein gehaltene Rede[174]. Eine entscheidende Rolle übernahm in diesem Zusammenhang der frühere thüringische Ministerpräsident und neu ernannte Staatssekretär Eggerath, der sich noch wenige Wochen zuvor über die herablassende Behandlung durch die Ost-Berliner Regierungsspitze beklagt hatte.

Aus der Zusammenarbeit zwischen dem Ministerrat und den Bezirksverwaltungen ergaben sich schon bald zwei zentrale Schwierigkeiten. Zum einen löste die Verwaltungsumbildung das Allokationsproblem nicht, da die Verteilung der begrenzt zur Verfügung stehenden Ressourcen auch nach wie vor umkämpft blieb. Zum anderen konnte die Besetzung der leitenden Positionen in den Bezirksverwaltungen mit zuverlässigen Kadern nicht gewährleistet werden, an der die Staatliche Stellenplankommission wesentlich beteiligt war. Hinzu kam die Tatsache, dass das Büro des Ministerpräsidenten nicht rechtzeitig einheitliche Qualifikationsmerkmale für die neuen Leitungspositionen erarbeitet und herausgegeben hatte[175]. Deshalb stand die Personalpolitik in den DDR-Bezirken immer wieder in der Kritik, wobei die Mitarbeiter Grotewohls die Ursachen bei den zuständigen Personalabteilungen in den Bezirksverwaltungen suchten. Der in Ost-Berlin geäußerte Unwille über die Bezirke scheint außerdem noch damit zusammenzuhängen, dass sich einige Bezirksvorsitzende zu Provinzfürsten entwickelten.

In den fünfziger Jahren blieb das Verhältnis zwischen Zentrum und Region belastet. Die Regierungskanzlei bemühte sich zwar immer wieder, die Zuständigkeiten klar abzugrenzen, konnte aber Eigenmächtigkeiten von Seiten der Bezirke, aber auch von Seiten einzelner Ministerien in Ost-Berlin nicht verhindern[176]. Die Euphorie der DDR-Regierung, mit der die Auflösung der Länder und die an-

[173] BAB, DC 20/135, Bl. 255–257, hier Bl. 256, Protokoll über die Sitzung der Zentralen Regierungskommission am 11. 7. 1952.

[174] SAPMO-BArch, NY 4090/401, Bl. 1–64, hier Bl. 31–54, Stenographische Niederschrift über die Konferenz mit den Vorsitzenden und Sekretären der Räte der Bezirke am 15. 8. 1952. Aus diesem Treffen entwickelte sich einige Monate später die Konferenz der leitenden Staatsfunktionäre, die in erster Linie der Mobilisierung des mittleren Verwaltungsapparates diente. Ebenda, Bl. 156–292, Stenographische Niederschrift über die Konferenz der leitenden Staatsfunktionäre am 26. 11. 1952.

[175] SAPMO-BArch, NY 4090/402, Bl. 7–11, hier Bl. 7, Notiz Tzschorns vom 25. 10. 1953.

[176] SAPMO-BArch, NY 4090/402, Bl. 29f., Schreiben (Entwurf) Geyers an alle Minister, Staatssekretäre und Leiter zentraler Dienststellen [1954].

schließende Bildung der Bezirke begleitet wurde, verflüchtigte sich mit zunehmendem zeitlichen Abstand, da neue, nicht intendierte Probleme auftraten. Die Reibungsverluste, die sich aus der Zusammenarbeit mit den fünf Landesregierungen ergeben hatten, wurden nicht etwa beendet, sondern vielmehr abgelöst durch Verteilungskonflikte mit 14 Bezirksverwaltungen. Selbstkritisch räumte ein Abteilungsleiter der bei Ministerpräsident Grotewohl angesiedelten Koordinierungs- und Kontrollstelle für die örtlichen Organe der Staatsmacht ein, dass „bei der territorialen Neugliederung in der [DDR] verschiedentlich ernste Fehler" begangen worden seien[177]. Da den Bezirks- und Kreisverwaltungen die Hände gebunden waren, sollte der Ministerrat beispielsweise eine Verordnung vorbereiten, die eine Änderung der Bezirks-, Kreis- und Gemeindegrenzen vorsah, um die aufgetauchten Probleme bei der Verkehrsanbindung einzelner Wirtschaftszentren zu bewältigen. Zu dieser Gesetzesnovellierung kam es jedoch nicht, da das damit beauftragte Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten die Veröffentlichung ohne erkennbaren Grund hinauszögerte.

Die Koordinierungs- und Kontrollstelle für die Arbeit der örtlichen Organe schlug Grotewohl vor, dass sich der Ministerrat in einer eigens dafür anberaumten Sitzung mit der Verbesserung der Arbeitsweise der Ministerien mit den Kreis- und Gemeindeverwaltungen beschäftigen sollte[178]. Auf einer Konferenz der leitenden Staatsfunktionäre am 28./29. Januar 1954 hatten einige Bezirksvorsitzende die „vielfach administrative, bürokratische Arbeitsweise" der Ost-Berliner Stellen kritisiert, die eine „weitere Demokratisierung in den Bezirken und Kreisen sowie die Entfaltung der politischen Massenarbeit in den Gemeinden hemmen" würde[179]. Während also der Ministerrat die Verantwortung für die bestehenden Reibungsverluste bei der Verwaltungsarbeit den sogenannten örtlichen Organen zuschob, machten diese die Spitze des Staatsapparates verantwortlich. Die Koordinierungsstelle erhoffte sich von ihrem Vorschlag zweierlei: Zum einen sollte die Vorgehensweise der Ministerien vereinheitlicht und aufeinander abgestimmt werden. Zum anderen ging es darum, die vorgetragene Kritik ernst zu nehmen und eine Blockadehaltung der Kreise und Gemeinden im Vorfeld zu verhindern. Des Weiteren vertrat die Koordinierungsstelle die Ansicht, dass die Minister und Staatssekretäre regelmäßig an Sitzungen der Räte der Bezirke teilnehmen und anschließend dem Ministerpräsidenten Bericht erstatten sollten. Außerdem wurden vierteljährliche Sitzungen angeregt, zu denen Grotewohl die Vorsitzenden der Räte der Bezirke einladen sollte. Mit der umfangreichen Vorschlagsliste, die allerdings nicht zu einer Klärung der Zuständigkeiten beitrug, wollte die Koordinierungsstelle vermutlich auch ihre Existenz rechtfertigen, denn sie präsentierte sich als zentrale Schaltstelle zur Überwachung und Verbesserung der staatlichen Verwaltungsarbeit. In der Folgezeit organisierte die Regierungskanzlei vereinzelt Arbeitstagungen in den

[177] SAPMO-BArch, NY 4090/432, Bl. 177f., Heyden am 17.2.1954 an Grotewohl.

[178] SAPMO-BArch, NY 4090/402, Bl. 25–28, hier Bl. 25, Hauptabteilungsleiter Heyden am 3.3.1954 an Grotewohl. Nachdem eine Dienstanweisung der DDR-Regierung über die Zusammenarbeit zwischen den zentralen und örtlichen Verwaltungsorganen veröffentlicht worden war, nahm die Koordinierungsstelle diesen Vorschlag wieder zurück. Ebenda, Bl. 37–41, hier Bl. 37, Hauptabteilungsleiter Heyden am 23.6.1954 an den persönlichen Referenten Tzschorn.

[179] SAPMO-BArch, NY 4090/402, Bl. 25–28, hier Bl. 25, Hauptabteilungsleiter Heyden am 3.3.1954 an Grotewohl.

Bezirken, die jedoch in erster Linie als Informationsveranstaltungen dienten, auf denen Grotewohl allgemein über die politische Lage in der DDR referierte und primär als Moderator auftrat[180]. Die Treffen wurden sorgfältig vorbereitet und sollten Maßnahmen der DDR-Regierung popularisieren. So ging es etwa bei der Tagung am 17. September 1954 um die geplanten Großbauprojekte sowie um die Vorbereitung der bevorstehenden Volkskammerwahlen. Im Zusammenhang mit dem 1959 verabschiedeten Siebenjahrplan, der bereits zwei Jahre später de facto aufgegeben wurde[181], lud Grotewohl die staatlichen Funktionsträger der unteren und mittleren Ebene erneut zu einer Arbeitskonferenz nach Berlin ein[182]. Auch hier ging es um die breite Popularisierung der getroffenen Maßnahme sowie um die Mobilisierung der Staatsfunktionäre für die Wirtschaftsziele. Während die Arbeitstagungen in den ersten Jahren nach der Länderauflösung 1952 die Aufgabe hatten, den Verwaltungsumbau zu beschleunigen, dienten sie ab Mitte der fünfziger Jahre primär dazu, zur Erfüllung der von der SED-Führung und dem Ministerrat vorgegebenen Wirtschaftsziele beizutragen.

Konflikte ergaben sich bei der Verteilung knapper Güter, wie z. B. Baumaterialien, Wohnraum und Arbeitskräften, nicht nur zwischen den Ministerien in Ost-Berlin und den Bezirksverwaltungen, sondern auch im Zuständigkeitsbereich der Räte der Bezirke. In solchen Fällen wurde auch Ministerpräsident Grotewohl als Vermittler eingeschaltet. So erhielt etwa der stellvertretende Leiter einer Schule des staatlichen Einzelhandels in Apolda, nach Ansicht Grotewohls „eine[r] Einrichtung von Republikbedeutung"[183], vom zuständigen Rat des Bezirks Erfurt die telefonische Mitteilung, dass das Schulgebäude zugunsten des Krankenhauses Apolda beschlagnahmt werde[184]. Daraufhin protestierte die Schulleitung zunächst bei der SED-Bezirksleitung. Nachdem der Rat des Kreises Apolda unter Berufung auf einen angeblichen Ministerratsbeschluss angedroht hatte, das Gebäude mit Hilfe der Volkspolizei räumen zu lassen, wandte sich die Leitung der HO-Schule hilfesuchend an das Ministerium für Handel und Versorgung in Berlin. Diese eigenmächtige Vorgehensweise war mit dem Ost-Berliner Ministerium nicht abgestimmt, das bei Grotewohl die Aufhebung der bereits ausgesprochenen Beschlagnahmung der Fachschule beantragte[185]. Rückendeckung erhielt der Rat des Bezirks allerdings vom Gesundheitsministerium, das den Standpunkt vertrat, die örtlichen Organe müssten selber entscheiden, welche Einrichtung im umkämpften Gebäude unterzubringen sei[186]. Eile war geboten, da die Gesundheitsversorgung im Kreis Apolda akut gefährdet schien. Außerdem hatte die Auseinandersetzung, die im

[180] SAPMO-BArch, NY 4090/402, Bl. 49–224, Protokoll der Arbeitstagung der leitenden Staatsfunktionäre der örtlichen Organe des Staates am 17. 9. 1954 in der Verwaltungsschule ‚Edwin Hoernle' in Weimar.

[181] Steiner, Von Plan zu Plan, S. 137.

[182] SAPMO-BArch, NY 4090/403, Bl. 74–347, Stenographische Niederschrift der Staatsfunktionärskonferenz am 20./21. 1. 1960 in Berlin.

[183] BAB, DC 20/334, Bl. 358f., Ministerpräsident Grotewohl an den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Erfurt Gebhardt [25. 9. 54].

[184] BAB, DC20/334, Bl. 367, Schule des staatlichen Einzelhandels Apolda an Ministerium für Handel und Versorgung (o. D.).

[185] BAB, DC 20/334, Bl. 365, Minister für Handel und Versorgung Wach am 18. 8. 1954 an Grotewohl.

[186] BAB, DC 20/334, Bl. 362, Vermerk für Staatssekretär Geyer vom 23. 9. 1954.

Vorfeld der Volkskammerwahlen ausgetragen wurde, bereits Unruhe unter der Bevölkerung hervorgerufen. In dieser zugespitzten Lage schaltete sich schließlich Grotewohl ein und forderte den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Erfurt, den früheren thüringischen Innenminister Willy Gebhardt, auf, „mit aller Beschleunigung und aller Gründlichkeit zu prüfen, wo im Bezirk Erfurt die Fachschule für den staatlichen Einzelhandel in einem ihrer gesetzlichen Aufgabenstellung entsprechenden Gebäude untergebracht werden kann"[187]. Daraufhin erteilte Gebhardt dem Vorsitzenden des Rates des Kreises Apolda den Auftrag, die Räumung des bisher von der HO-Fachschule genutzten Gebäudes vorerst auszusetzen[188]. Außerdem bemühte sich der Bezirksratsvorsitzende um einen neuen Standort für die Fachschule und kündigte gegenüber Grotewohl die rasche Besichtigung und Prüfung von Ersatzobjekten an. Grotewohl musste in diesem Streitfall letztlich intervenieren, weil die Streithähne, die zudem die Unterstützung der zuständigen Ressorts in Ost-Berlin eingeholt hatten, keine Einigung erzielen konnten.

Dagegen reagierte der Ministerpräsident sehr viel schneller, als es um die Belange der Kasernierten Volkspolizei (KVP) ging. So erteilte er dem Oberbürgermeister von Ost-Berlin, Friedrich Ebert, die Anweisung, Wohnungen für KVP-Angehörige zur Verfügung zu stellen. Zur Begründung gab er an: „Der Zustand, dass Offiziere und länger dienende Unteroffiziere der Kasernierten Volkspolizei schon jahrelang von ihren Familienangehörigen getrennt leben müssen, ist staatspolitisch unerwünscht und muss so rasch wie irgend möglich beseitigt werden."[189] Mit dem massiven Aufbau bewaffneter Organe ab dem Sommer 1952 stand der DDR-Ministerrat vor neuen, gewaltigen Herausforderungen, da für die Offiziere und Mannschaften Unterkünfte gefunden werden mussten und sich dadurch die ohnehin schon angespannte Lage bei der Wohnraumversorgung weiter verschlechterte[190]. Während sich Grotewohl in seiner Funktion als Ministerpräsident dem politischen Tagesgeschäft widmete, vermied er es, grundsätzliche Überlegungen über das Machtverhältnis zwischen Zentral- und Landes- bzw. Bezirksverwaltung anzustellen. Statt dessen trug er mit seinen zahlreichen politischen Einzelentscheidungen dazu bei, dass die Zentralisierung des staatlichen Verwaltungsapparates weiter voranschritt.

2. Von der bürgerlichen zur sozialistischen Kultur: Grotewohl und die SED-Kulturpolitik

Kulturelles Erbe und Herrschaftslegitimation

Die SED-Kulturpolitik war von Anfang an alles andere als unproblematisch[191], denn sie versuchte zum einen, gezielt an deutsche Traditionen anzuknüpfen, und zum anderen, sich von Westdeutschland abzugrenzen, das sich ebenfalls auf den

[187] BAB, DC 20/334, Bl. 358f., Grotewohl an Gebhardt [25. 9. 54].
[188] BAB, DC 20/334, Bl. 356f., Gebhardt am 16. 10. 1954 an Grotewohl.
[189] BAB, DC 20/336, Bl. 240f., Grotewohl am 27. 10. 1954 an Ebert. Vorausgegangen war ein Beschwerdebrief des Chefs der KVP. Ebenda, Bl. 257f., Hoffmann am 22. 9. 1954 an Grotewohl.
[190] Ausführlicher dazu: Diedrich/Wenzke, Die getarnte Armee, S. 534–538.
[191] Hoffmann/Schwartz, Gesellschaftliche Strukturen, S. 110.

kulturellen Wertebestand Deutschlands vor 1933 berief. Hinzu kam das sowjetische Vorbild, dem die ostdeutsche Hegemonialpartei auch in den Bereichen Wissenschaft und Kultur huldigte. Dieses spannungsgeladene Kräftefeld, in dem sich die SED-Kulturpolitik entwickelte, erklärt letztlich auch die zahlreichen polemischen Attacken gegen die junge Bundesrepublik. Der „antifaschistisch-demokratische" Grundansatz, der die kulturpolitischen Vorstellungen der SED in den ersten Nachkriegsjahren noch weitgehend prägte, ging spätestens seit der DDR-Gründung in eine Verunglimpfung der westdeutschen Kultur über, die mitunter als reaktionär und neofaschistisch bezeichnet wurde. Die Provisorische Regierung betrachtete es „als ihre nationale Aufgabe, die demokratische Gestaltung der deutschen Kultur entschieden weiterzuführen und im Gegensatz zum Kulturzerfall im Westen die deutsche Kultur zur reichen Entfaltung zu bringen"[192]. Sie betrachtete den „Kampf um den Frieden, die nationale Einheit und die fortschrittliche Entwicklung Deutschlands" als Fixpunkte ihrer kulturpolitischen Bestrebungen. Im deutschdeutschen Systemwettstreit stellte also die Kultur eine wichtige Arena dar, in der die SED um ein angeblich besseres Deutschland ringen und gewinnen wollte.

Bereits vor der Gründung des ostdeutschen Teilstaates hatte die national-kulturelle Traditionspflege der SED im März 1949 mit den Feierlichkeiten zum 200. Geburtstag Johann Wolfgang von Goethes ihren Auftakt genommen. Otto Grotewohl hielt dabei seine berühmte Rede „Amboß oder Hammer". In diesem Sinne versuchte auch Präsident Wilhelm Pieck Johann Sebastian Bach anlässlich des 200. Todestages des berühmten Komponisten am 28. Juli 1950 für die junge Republik zu instrumentalisieren. Bach habe „die Musik aus den Fesseln der mittelalterlichen Scholastik [gelöst] und alte Bindungen" zerbrochen[193]. Deshalb rief Pieck zum Abschluss seiner Rede dazu auf: „Ehren wir Bach, indem wir seinem friedlichen Werk den Frieden erhalten!"[194] In den folgenden Jahren nutzte die SED weitere Jahrestage, um die deutschen Dichter und Denker für die eigenen politischen Ziele in Beschlag zu nehmen. Zum 125. Todestag Ludwig van Beethovens setzte Grotewohl den großen Komponisten als Waffe in der Propagandaschlacht gegen den Westen, insbesondere die USA ein: „Beethovens Werk ist eine Kraftquelle im nationalen Kampf unseres Volkes gegen die verderblichen Versuche der amerikanischen Imperialisten, das deutsche Nationalbewusstsein zu vergiften, die deutsche Kultur und unser nationales Kulturerbe zu zerstören."[195] Der Ministerpräsident verknüpfte die Forderung nach einem Friedensvertrag mit einer eigenwilligen historischen Belehrung, denn er behauptete, die DDR erfülle somit „das große Vermächtnis jener Demokraten und Patrioten unserer Geschichte, die in ihrem Leben und Schaffen um die Überwindung der Kleinstaaterei in Deutschland und die Einheit der Nation kämpften und mit deren Kampf das Schaffen Beet-

[192] So die Präambel der Verordnung zur Entwicklung einer fortschrittlichen demokratischen Kultur des deutschen Volkes und zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Intelligenz vom 16. 3. 1950, in: Gesetzblatt der DDR 1950, S. 185–190, hier S. 186.

[193] Rede Piecks auf der Nationalfeier in Leipzig am 28. 7. 1950, in: Pieck, Reden und Aufsätze. Bd. II, S. 417–423, hier S. 421.

[194] Ebenda, S. 423.

[195] Rede Grotewohls anlässlich der Eröffnung der Deutschen Beethoven-Ausstellung in Berlin am 22. 3. 1952, in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. III, S. 109–113, hier S. 109.

hovens eng verknüpft ist". Damit lag er auf einer politischen Linie mit Wilhelm Pieck, der bei einer Festansprache das „Bekenntnis zu Beethoven" mit dem „Bekenntnis zum Frieden" gleichsetzte[196]. In seiner Rede erwies Grotewohl auch der Sowjetunion seine Reverenz, indem er sie als Hüterin und Vollstreckerin der Ideen der deutschen Klassik pries: „Wofür Beethoven kämpfte, was er für die Zukunft weit vorausahnte, das wurde durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution in Russland für ein Sechstel der Erde Wirklichkeit."[197] Mit pathetischen Worten erklärte er weiter: „In der dunkelsten Periode der Geschichte des deutschen Volkes, als die faschistischen Horden die Sowjetunion verwüsteten, als alle Gebote der Menschlichkeit in den Schmutz getreten wurden, erklangen in der Sowjetunion die Symphonien und Konzerte Beethovens und riefen zum Kampf um die Befreiung des sozialistischen Vaterlandes, zum Kampf um Frieden und Freiheit."

Auch wenn die SED-Führung im Zuge der II. Parteikonferenz im Sommer 1952 die Priorität zugunsten des Aufbaus einer sozialistischen Kultur deutlich verschob, blieb doch die nationale Traditionspflege ein wichtiges Element der DDR-Kulturpolitik. In diesem Zusammenhang stellte Grotewohls Rede anlässlich der sogenannten Schiller-Ehrung 1955 einen weiteren Versuch dar, das gemeinsame deutsche Kulturerbe für die deutschlandpolitischen Ziele der Einheitspartei zu nutzen. Folgerichtig gab der DDR-Ministerpräsident seiner Rede die Überschrift: „Wir sind ein Volk!"[198] An der Ausarbeitung der Rede waren unter anderem der stellvertretende Kulturminister Alexander Abusch (SED) und der Sekretär des Ausschusses für deutsche Einheit, Wilhelm Girnus, beteiligt[199]. Darüber hinaus hatte Grotewohl den in Leipzig lehrenden Literaturwissenschaftler Hans Mayer für die Schlussredaktion des Redetextes gewinnen können, der die Rede zwar als gelungen bezeichnete, aber gleichzeitig Verbesserungsvorschläge unterbreitete. Dabei übte er vorsichtig Kritik daran, dass das Werk Schillers „in viel zu starker Weise [...] für die unmittelbare Gegenwartssituation ‚aktualisiert'" werde[200]. Es widerstrebe ihm, so Mayer, die Namen Hitlers, Adenauers und Blanks immer wieder in Verbindung gebracht zu sehen mit Schiller und seinen Werken. Mayers Kritik richtete sich jedoch nicht so sehr auf die inhaltliche Gedankenführung Grotewohls als vielmehr auf die sprachliche Ausführung: Dieser Teil der Ansprache stehe stilistisch im Widerspruch zu der sonst „sehr würdigen und einheitlichen Gesamthaltung des Redetextes"[201]. Deshalb schlug er vor, die Rede noch einmal zu überarbeiten. Abschließend zeigte sich der Leipziger Literaturwissenschaftler davon

[196] Festansprache Piecks zum 125. Todestag Ludwig van Beethovens am 26.3.1952, in: Pieck, Reden und Aufsätze. Bd. III, S. 330–343, hier S. 330.

[197] Rede Grotewohls anlässlich der Eröffnung der Deutschen Beethoven-Ausstellung in Berlin am 22.3.1952, in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. III, S. 109–113, hier S. 112.

[198] Rede Grotewohls anlässlich der Schiller-Ehrung der deutschen Jugend in Weimar am 3.4.1955, in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. IV, S. 408–430.

[199] SAPMO-BArch, NY 4090/201, Bl. 82, Abusch am 2.3.1955 an Eisermann; ebenda, Bl. 101, Girnus am 26.2.1955 an Eisermann.

[200] SAPMO-BArch, NY 4090/153, Mayer am 23.3.1955 an Eisermann. Grotewohl hatte bereits zur Vorbereitung seiner Goethe-Rede im März 1949 intensive Gespräche mit Mayer geführt. Mayer, Ein Deutscher auf Widerruf, S. 35.

[201] SAPMO-BArch, NY 4090/153, Mayer am 23.3.1955 an Eisermann.

überzeugt, dass die Rede eine große Wirkung entfalten werde. In seinen Erinnerungen aber beschreibt Mayer den DDR-Ministerpräsidenten des Jahres 1955 als einen desillusionierten Politiker, der nicht mehr wie im Jahr der Staatsgründung Aufbruchstimmung verbreitet habe: „Vor uns saß ein spitzer, etwas herablassender Bürokrat, der eine wenig inspirierende Vorlage bearbeiten muß. Grotewohl wirkte müde, sorgenvoll, stark gealtert. [...] Vor allem sah man ihm an, [...] daß er die Macht verloren hatte, und daß seine Hoffnung von 1945 und 1946, als man sich die Hand schüttelte und die Einheit aus Kommunisten und Sozialdemokraten beschwor, nicht aufgegangen war."[202] Zwischen beiden Anlässen lag der Volksaufstand vom 17. Juni 1953, der offensichtlich zu der von Mayer empfundenen Wesensänderung geführt hatte.

Die Schiller-Rede, die Grotewohl am 3. April 1955 in Weimar hielt, stand ganz im Zeichen des unmittelbar bevorstehenden Inkrafttretens der Pariser Verträge, mit denen die Bundesrepublik bedingte Souveränität erlangte, sowie des Beitritts Westdeutschlands zum Nordatlantikpakt (NATO). Dabei stellte Grotewohl den bedeutenden Dichter nicht nur als Kämpfer für die Einheit Deutschlands, sondern auch als Pazifisten dar, dessen Ideale er in der DDR verwirklicht sah. Die Gründung des ostdeutschen Teilstaates wertete er daher folgerichtig als historische Notwendigkeit. Anschließend polemisierte er gegen die militärische Westintegration der Bonner Republik, der er vorwarf, von der westlichen Führungsmacht fremdgesteuert zu werden: „Machen Adenauer und seine Helfer, diese Blank, Heusinger, Baudissin mit Westdeutschlands Jugend nicht das gleiche wie die Landesfürsten zu Schillers Zeiten? Wollen sie nicht Millionen junge Deutsche an den amerikanischen General Gruenther und die amerikanischen Milliardäre verschachern, um sie in aller Welt unter amerikanischem Oberbefehl als Kanonenfutter zu missbrauchen? Behauptet dieser Adenauer nicht auch wider Wahrheit und Gewissen, daß das Volk das angeblich alles wolle?"[203] An dieser Stelle griff Grotewohl die im Westen weit verbreitete Ohne-mich-Stimmung auf, denn zu diesem Zeitpunkt lehnten immer noch zahlreiche junge Menschen den Dienst an der Waffe in der Bundeswehr ab. Grotewohl versuchte erneut, einen führenden Vertreter der deutschen Klassik für die Auseinandersetzung mit dem Westen anzuführen: So wie die deutsche Jugend zu Schillers Lebzeiten gegen die feudalen Herrschaftsstrukturen aufbegehrt habe, so sei sie jetzt dazu aufgerufen, die Wiederbewaffnungspläne zu bekämpfen. Vom Erfolg zeigte er sich überzeugt: „Aber die deutsche Jugend wird die Pariser Todesverträge trotzdem durchkreuzen. Sie wird nicht dulden, daß die westlichen Machthaber von heute sich an ihre verjährte Machtstellung klammern und um ihrer Privilegien und Herrschaftsansprüche willen die ganze Welt in einen neuen Weltkrieg stürzen. Das [...] heißt ganz im Geiste Schillers handeln, denn für Schiller gab es nur einen Souverän [das Volk] und nicht 365."[204] Gleichzeitig sprach er

[202] Mayer, Ein Deutscher auf Widerruf, S. 36.

[203] Rede Grotewohls anlässlich der Schiller-Ehrung der deutschen Jugend in Weimar am 3. 4. 1955, in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. IV, S. 408–430, hier S. 423. Unter Anspielung auf einen berühmten Ausspruch Stalins erklärte Grotewohl: „Die Ludwig und Friedrich, die Hitler und Adenauer kommen und gehen, aber Deutschland und das deutsche Volk bleiben bestehen." Ebenda, S. 421.

[204] Ebenda, S. 423.

der Bundesrepublik das Recht ab, sich auf die Dichter und Denker zu berufen, da sie mit ihrer Politik einen Atomkrieg in Deutschland heraufbeschwöre[205]. Dagegen hätten nur die Werktätigen in der DDR ein Selbstverteidigungsrecht: „Bei uns [...] gehören ihnen die volkseigenen Betriebe, der Grund und Boden, die Universitäten, die Theater, die Klubhäuser. Hier ist es Pflicht und Ehre, für die Verteidigung zu wirken. Hier, bei uns also, herrscht in Wirklichkeit der Geist des großen Humanisten Schiller."[206] Mit Schiller ließ sich somit beides rechtfertigen: die Verurteilung der westdeutschen Wiederbewaffnung ebenso wie die Militarisierung der ostdeutschen Gesellschaft und der Aufbau der Nationalen Volksarmee.

Bis Anfang der sechziger Jahre vereinnahmte die SED-Führung immer wieder Lichtgestalten der bürgerlichen Kulturtradition, sobald deren einstige Geburts- oder Wirkungsstätten auf dem Gebiet der DDR lagen[207]. Das galt 1959, als in Leipzig Festwochen zum 150. Geburtstag von Felix Mendelssohn-Bartholdy und in Halle Gedenkveranstaltungen zum 200. Todestag Georg Friedrich Händels abgehalten wurden. 1960 und 1961 kam es schließlich in Zwickau zu Feierlichkeiten zum 150. Geburtstag Robert Schumanns bzw. in Weimar zum 150. Geburtstag Franz von Liszts. Die Bemühungen der Einheitspartei zielten auch darauf ab, die angeblich fortschrittlichen Traditionen der deutschen Literatur zu instrumentalisieren. Deshalb veranlasste sie die Verleihung des Nationalpreises, der erstmals im August 1949 vergeben wurde. Außerdem stiftete die DDR-Regierung 1954 anlässlich des 225. Geburtstages von Gotthold Ephraim Lessing einen Lessing-Preis; 1957 wurde erstmals der Heinrich-Heine-Preis an den Liedermacher Wolf Biermann verliehen.

Obwohl sich Grotewohl nicht als Quasikulturminister verstand[208], engagierte er sich stark in der Kulturpolitik und sah seine Aufgabe darin, richtungsweisende Reden zu halten. Dieses kulturelle Interesse hatte bei ihm bekanntlich schon in der Weimarer Republik bestanden. Sein Engagement in der jungen DDR betraf nicht nur die angesprochenen Jubiläumsveranstaltungen, sondern auch andere festliche Anlässe, wie etwa die Eröffnung der Akademie der Künste 1950[209]. Zur Vorbereitung der Eröffnungsrede lud er einige Künstler und SED-Kulturpolitiker zu sich ein und skizzierte im Gespräch seine eigenen Vorstellungen[210]. Dabei unterstrich er die allgemeine Bedeutung von Kunst und Kultur, die „kein individuelles Erlebnis des Einzelnen" sein könnten[211]. Grotewohl betonte, dass der Künstler nicht nur eingebettet sein müsse in „gesellschaftliches Denken", sondern auch zu „gesellschaftlichem Handeln kommen" solle. Damit erteilte er einer Individualisie-

205 Ebenda, S. 426.
206 Ebenda, S. 428.
207 Hoffmann/Schwartz, Gesellschaftliche Strukturen, S. 111.
208 Diesen Eindruck vermittelt glaubhaft sein persönlicher Mitarbeiter Hans Tzschorn in seinem Erinnerungsbericht. SAPMO-BArch, SgY 1788, Bl. 47f., Erinnerungen von Hans Tzschorn vom 29. 4. 1974.
209 Mit der Gründung der Akademie der Künste knüpfte die DDR bewusst an die ehemalige Preußische Akademie an.
210 SAPMO-BArch, NY 4090/147, Bl. 270–275, Gedanken zu einer Aussprache des Ministerpräsidenten zur Eröffnung der Akademie der Künste (21. 2. 1950). Bei der Unterredung waren der Theaterregisseur Thomas Langhoff, der Komponist Hanns Eisler, Volksbildungsminister Paul Wandel, der frühere Intendant des Berliner Rundfunks Wilhelm Girnus, der Chefredakteur der Monatszeitschrift ‚Theater der Zeit' Fritz Erpenbeck sowie der Vorsitzende der Volkskammerfraktion des Kulturbundes Alexander Abusch anwesend.
211 Ebenda, Bl. 270.

rung des Kulturbetriebes eine klare Absage und hob stattdessen die Relevanz der künstlerischen Arbeit für das DDR-Gesellschaftssystem hervor. Einerseits beabsichtigte er, eine programmatische Rede zur Eröffnung der Akademie der Künste zu halten, die für die weitere Entwicklung der Kulturarbeit Bedeutung besitzen sollte; andererseits wollte er aber nicht in die künstlerischen Debatten eingreifen und als „Lehrmeister" gegenüber den Künstlern auftreten[212]. Für Grotewohl war die nationale Frage der entscheidende Ausgangspunkt: Mit der Eröffnungsrede wollte er als Ministerpräsident ein Zeichen setzen, dass die von ihm geführte Regierung die Wiedererlangung der deutschen Einheit als wichtigste Aufgabe betrachtete. Außerdem erklärte er, dass seine Rede „der Reflex unserer Weltanschauung" sein sollte. Alexander Abusch stimmte den Ausführungen Grotewohls zu und sprach sich dagegen aus, das Kunstverständnis der SED offen zu legen. Die geplante Rede sollte vielmehr vom „nationalen Gesichtspunkt [ausgehen] und von da aus zu den notwendigen Funktionen der Kunst kommen"[213]. Im Vordergrund sollte die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und die Verteidigung des nationalen Kulturerbes stehen, das in der Rede aber „zu einer mit hohem Ideengehalt erfüllten Kunst" weiterentwickelt werden sollte. Zum Abschluss der Besprechung verteilte Grotewohl die inhaltliche Arbeit[214]: Während sich Abusch mit dem nationalen Ausgangspunkt der SED-Kulturpolitik zu beschäftigen hatte, erhielt Girnus die Aufgabe, der gesellschaftlichen Funktion von Kunst nachzugehen. Dagegen sollte sich Erpenbeck mit der Wirkungsmacht von Kunst auseinandersetzen[215]. Im Anschluss, so Grotewohl weiter, sollten die Teilentwürfe von Eisler und Wandel zu einem einheitlichen Konzept für die Ansprache zusammengefügt werden.

Zwei Grundgedanken durchzogen schließlich Grotewohls Eröffnungsrede am 24. März 1950: Zum Ersten betonte der DDR-Ministerpräsident das neue Verhältnis zwischen Volk und Künstler aufgrund der veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und zum Zweiten attestierte er der Kultur eine zentrale Rolle beim Kampf um die nationale Einheit Deutschlands[216]. Nur in diesem Kontext könne sich Kunst entwickeln, führte er weiter aus und warnte vor einem Kunstverständnis, das der Kunst völlige Autonomie zubilligte: „Die unselige Trennung von Macht und Geist führte dazu, daß die deutsche Kunst so oft ihre Zuflucht zur Unwirklichkeit, zum Idealismus, zur reinen Ästhetik nahm, um schließlich so schmählich in der Bestialität zu versinken. Die verzweiflungsvolle Flucht deutscher Künstler in kosmopolitische Gedankengänge, in ein falsch verstandenes Weltbürgertum, in die Preisgabe der nationalen Eigenart, ist kein Ausweg, sondern schwächt nur den Lebenswillen des eigenen Volkes und macht es unfähig, seine nationale Aufgabe zu erfüllen."[217] In dem Zusammenhang diene die Kunst – so

[212] Ebenda, Bl. 271.
[213] Ebenda, Bl. 273.
[214] Ebenda, Bl. 274.
[215] Erpenbeck, der an der nächsten Sitzung am 7. 3. 1950 aus beruflichen Gründen nicht teilnehmen konnte, legte seinen Entwurf wenige Tage später vor. SAPMO-BArch, NY 4090/147, Bl. 246, Vermerk Erpenbecks vom 25. 2. 1950 an Grotewohl.
[216] Rede Grotewohls („Die Regierung ruft die Künstler") zur Eröffnung der Deutschen Akademie der Künste in Berlin am 24. 3. 1950, in: Deutsche Kulturpolitik, S. 121–137.
[217] Ebenda, S. 123.

Grotewohl – auch als Waffe gegen angeblich dekadente Einflüsse aus dem Westen: „Es gilt, einen gewaltigen und kräftigen Damm zu bauen gegen alle von Westen einflutenden Strömungen des Nihilismus, des Existentialismus, des Kosmopolitismus und wie sich alle diese lähmenden Lehren einer untergehenden Welt nennen mögen."[218] Nach den Worten Grotewohls bestand nun die Aufgabe der Akademie der Künste darin, mit ihrer Arbeit der DDR-Bevölkerung „Zielbewusstsein, Kraft und Leidenschaft" im Kampf um ein einheitliches Deutschland zu geben[219].

Zur sinnstiftenden SED-Kulturpolitik gehörte aber nicht nur die Hochkultur, sondern auch die sogenannte Volkskultur, die gezielt gefördert werden sollte, um die westlichen Kultureinflüsse abwehren zu können. Dabei griff die Einheitspartei auf Elemente des sozialdemokratischen Kulturverständnisses zurück, die jedoch rasch mit antiamerikanischen Ressentiments aufgeladen und somit für übergeordnete politische Ziele instrumentalisiert wurden. So polemisierte beispielsweise die ‚Tägliche Rundschau' 1951 gegen das angeblich pornographische Werk amerikanischer Literaten und das Gequake der zahllosen Jazzkapellen[220]. In der ‚National-Zeitung' wurde bereits ein Jahr zuvor eine volksliedhafte Tanzmusik gefordert, die nicht den amerikanischen Einflüssen unterliegen würde[221]. Anlässlich des Volksbühnentages hielt Grotewohl am 24. Juni 1950 eine Begrüßungsrede im Haus der Ministerien, in der er den Funktionswandel der Volksbühnen besonders hervorhob. Dagegen warf er der bundesdeutschen Theaterlandschaft vor, die Zeichen der Zeit nicht erkannt zu haben: „Wir wissen, zu welchem Gespensterdasein sich vielerorts das westdeutsche Theater entwickelt hat [...]. Diese Entwicklung wurzelt nicht in den Tiefen einer neuen Gesellschaft, sie wurzelt auch nicht mehr in den Tiefen eines nationalen Lebens, denn das Erdreich einer neuen Wirtschaft, einer neuen Gesellschaft ist im Westen Deutschlands noch nicht umgepflügt, und die Voraussetzungen für ein nationales Leben sind durch die Kolonialpolitik der westlichen Imperialisten im Westen unseres Vaterlandes vollkommen zerstört."[222] Er lehnte es deshalb ab, an die Traditionen der Volksbühnenbewegung vor 1933 anzuknüpfen, da auch die deutsche Arbeiterklasse in der Weimarer Republik von den Einflüssen des „imperialistischen Denkens" und der „imperialistischen Geistesströmungen" beeinflusst worden sei[223]. Auf den Tag genau fünf Jahre später behauptete Grotewohl in einer Rede vor Künstlern und Wissenschaftlern, dass die „Volkskunst" nur in der DDR eine noch nie gekannte Blüte erlebe[224].

Auf den ersten Blick schienen die offiziellen Statistiken Grotewohls Ausführungen recht zu geben. So konnte etwa der Verkauf schöngeistiger Literatur zwischen 1951 und 1954 fast verdoppelt werden und lag bei 12,35 Millionen Exemplaren. Auch die Zahl der Dorf- und Stadtbibliotheken expandierte enorm: 1954

[218] Ebenda, S. 124.
[219] Ebenda, S. 137.
[220] Zeitungsartikel „Amerikanische ‚Kultur' ist Kriegshetzer-Kultur", in: ‚Tägliche Rundschau' vom 6. 6. 1951. Zitiert nach Jäger, Kultur und Politik in der DDR, S. 43.
[221] ‚National-Zeitung' vom 8. 12. 1950. Zitiert nach: Ebenda, S. 39.
[222] SAPMO-BArch, NY 4090/149, Bl. 49–56, hier Bl. 52, Begrüßungsrede Grotewohls am 24. 6. 1950 zum Volksbühnentag.
[223] Ebenda, Bl. 51.
[224] Rede Grotewohls („Zehn Jahre Befreiung – zehn Jahre kultureller Aufstieg") vom 24. 6. 1955 in Dresden, in: Grotewohl, Über Politik, Geschichte und Kultur, S. 207–238, hier S. 213.

habe es in der DDR insgesamt 10500 öffentliche Bibliotheken mit einem Gesamtbestand von 8,8 Millionen Bänden gegeben, betonte Grotewohl in seiner Dresdener Rede am 24. Juni 1955[225]. Auch in anderen Kulturbereichen legte der Ministerpräsident Erfolgszahlen vor: Zählten die Volksbühnen 1950 noch 300000 feste Theaterbesucher, so überstieg die Zahl der regelmäßigen Besucher 1955 bereits die Millionengrenze[226]. Des Weiteren verwies Grotewohl auf die über 27000 Volkskunstgruppen, die in den Betrieben, auf dem Lande, aber auch in den Einheiten der Volkspolizei musizieren, tanzen und spielen würden[227]. Die Zahlen sollten offensichtlich deutlich machen, dass die von der SED favorisierten Kultureinrichtungen von der DDR-Bevölkerung bereitwillig angenommen wurden. Dabei unterschlug Grotewohl allerdings, dass die in der DDR lebenden Vertriebenen das Brauchtum aus den früheren Siedlungsgebieten nicht offen pflegen durften[228].

Für die SED-Kulturpolitik brachte der III. Parteitag im Juli 1950 einen gewissen Radikalisierungsschub, denn die kulturkritischen Vorstellungen gegenüber dem Westen, die beispielsweise Grotewohl am 24. März geäußert hatte, verstärkten sich weiter. Zur Vorbereitung des Parteitages, der ganz im Zeichen des einen Monat zuvor ausgebrochenen Korea-Krieges stand, war die SED-Führung nach Moskau gefahren, um am 4. Mai 1950 die vorgesehenen Parteitagsreden von Pieck, Grotewohl und Ulbricht mit dem sowjetischen Diktator abzustimmen. Im Kreml fabulierte Grotewohl über den vermeintlichen Niedergang der Kultur in Westdeutschland und feierte die bisher getroffenen kulturpolitischen Maßnahmen der Regierung[229]. Seine Ausführungen wurden vom anwesenden Politbüromitglied Wjatscheslaw M. Molotow inhaltlich unterstützt, der die große nationale Bedeutung der Kulturpolitik betonte. Aus Moskau zurückgekehrt, legte die SED-Führung die überarbeiteten Entwürfe der einzelnen Reden nochmals dem Politischen Berater beim Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK), Wladimir S. Semjonow, zur inhaltlichen Feinabstimmung vor[230]. Der Parteitag verabschiedete dann auch eine Entschließung, die unter anderem dezidierte Aussagen zur Kulturpolitik enthielt und dabei zentrale Gedanken Grotewohls aufgriff, die dieser wenige Monate zuvor bei der Eröffnung der Akademie der Künste vorgetragen hatte: „Auch auf dem Gebiet der Kulturpolitik ist der Kampf um den Frieden, um die demokratische Einheit Deutschlands und um die Festigung unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung Mittelpunkt der gesamten Arbeit. Durch die Kulturpolitik werden die Menschen zu wahren Demokraten, zu selbständig und verantwortungsbewusst handelnden Bürgern, zu hochqualifizierten Fachkräften erzogen, die ihr ganzes Können in den Dienst des Friedens, des Fortschritts und der Demokratie stellen."[231] Des Weiteren verstärkte die SED ihre An-

[225] Ebenda, S. 216f.
[226] Ebenda, S. 219.
[227] Ebenda, S. 224.
[228] Hoffmann/Schwartz, Gesellschaftliche Strukturen, S. 113.
[229] Aufzeichnungen des Gesprächs Stalins mit Pieck, Grotewohl und Ulbricht am 4. 5. 1950, in: Bonwetsch, Stalin und die Vorbereitung des 3. Parteitages der SED, S. 583–607, hier S. 597.
[230] Schreiben Piecks vom 11. 7. 1950 an Semjonow, in: DzD. II/3 (unveröffentlichte Dokumente), S. 867f.
[231] Entschließung über „Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", in: Protokoll des III. Parteitages der SED. Bd. 2, S. 225–275, hier S. 265.

griffe auf den Westen und sprach eine indirekte Warnung an die Adresse der Künstler und Wissenschaftler aus: „Diese Erziehung kann nur im unerbittlichen Kampfe gegen die kannibalischen Lehren der imperialistischen Kriegshetzer erfolgen. Jeder Versuch, diese feindlichen Ideologien objektivistisch darzustellen, bedeutet eine Verbreitung und damit Hilfe für diese Ideologien. Darum ist es die entscheidende kulturpolitische Aufgabe, einen radikalen Umschwung auf allen Gebieten des kulturellen Lebens zu erzielen und mit der Lauheit und dem Versöhnlertum unerbittlich Schluß zu machen."

Die Ideologisierung der Kulturpolitik, die mit einer rigiden Abgrenzung gegenüber westlichen Einflüssen einherging und damit dem sowjetischen Vorbild entsprach, erreichte im Frühjahr 1951 ihren Höhepunkt, als das ZK der SED auf seiner 5. Tagung einen Beschluss über den „Kampf gegen den Formalismus in Kunst und Literatur" fasste, der mit einem Bekenntnis „für eine fortschrittliche deutsche Kultur" verbunden wurde[232]. In seinem Schlusswort erklärte Grotewohl vor den versammelten ZK-Mitgliedern, dass es Aufgabe der Partei sei, „diese Fragen des Kampfes gegen den Formalismus in der Kunst [...] zu einer Aufgabenstellung [zu machen], die uns dauernd beschäftigen muss"[233]. Dazu müsse die SED nicht nur „ein richtiges Verhältnis" zu den Intellektuellen und Künstlern aufbauen, sondern auch neue „Kulturkader" entwickeln. Während Grotewohls Ausführungen insgesamt recht vage blieben, ließ die verabschiedete Entschließung nichts an Deutlichkeit missen, denn die Sowjetunion wurde zum Leitbild bei der Entwicklung einer „realistischen Kunst" erhoben[234]. Dort sei nämlich die „fortschrittlichste Kunst der Welt" geschaffen worden. Gleichzeitig warf das ZK dem Westen vor, mit Hilfe einer „formalistischen Kunst", die sich vom Volk abgekoppelt habe und deshalb in die Abstraktion führe, die bestehenden Herrschaftsverhältnisse stabilisieren zu wollen. Die auf dem III. Parteitag geäußerte Kritik am westlichen Kulturverständnis verknüpfte die SED-Führung nunmehr mit einem kruden Gegenentwurf, der sich zwar sehr stark am sowjetischen Vorbild orientierte, inhaltlich aber nach wie vor blass blieb. Auf diese Weise sollte der verunglimpften amerikanischen Massenkultur die sozialistische Kultur sowjetischer Prägung entgegengesetzt werden. Das ZK zählte ausgiebig Einzelbeispiele des Formalismus im DDR-Kulturbetrieb auf und warnte somit vor weiterer westlicher Einflussnahme. Gleichzeitig wurden die ostdeutschen Künstler aufgefordert, „das Leben richtig, das heißt in seiner Vorwärtsentwicklung" darzustellen. Dazu sei jedoch die Kenntnis der Entwicklung des „wirklichen Lebens" erforderlich, das von den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR geprägt werde. Die Deutungshoheit behielt sich wiederum die Einheitspartei vor, denn die Kunst hatte den bekannten politischen Zielvorgaben zu folgen: „Entsprechend dieser Verhältnisse muß die wahrheitsgetreue, historisch konkrete künstlerische Darstellung mit der Aufgabe verbunden werden, die Menschen im Geiste des Kampfes für ein einheitliches, demokratisches, friedliebendes

[232] Entschließung des ZK der SED vom 17.3.1951, in: Dokumente der SED. Bd. III, S. 431–446.
[233] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/93, Bl. 406, Stenographische Niederschrift über die 5. Tagung des ZK der SED (15.–17.3.1951).
[234] Entschließung des ZK der SED über den „Kampf gegen den Formalismus in Kunst und Literatur, für eine fortschrittliche deutsche Kultur" vom 17.3.1951, in: Dokumente der SED. Bd. III, S. 431–446, hier S. 439.

und unabhängiges Deutschland, für die Erfüllung des Fünfjahrplans, zum Kampf für den Frieden zu erziehen."[235]

Um die Sowjetisierung der Kunst voranzutreiben, schuf die SED die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten, die als Staatssekretariat dem Ministerrat unterstand[236]. Sie erhielt die Aufgabe, die Arbeit der Theater, der staatlichen Einrichtungen für Musik, Tanz und Gesang, der Institute der bildenden Kunst und der Kunsthoch- und Kunstfachschulen anzuleiten[237]. Zur feierlichen Berufung der Kommissionsmitglieder am 31. August 1951 in der Berliner Staatsoper erschien sogar Ministerpräsident Grotewohl, der in einer längeren Rede mit der bezeichnenden Überschrift „Die Eroberung der Kultur beginnt" nochmals die radikalisierten kulturpolitischen Vorstellungen seiner Partei deutlich machte. So unterstrich er, dass es in der DDR eine Kunst „um der Kunst willen" nicht mehr geben könne[238]. Literatur und bildende Künste seien vielmehr der Politik untergeordnet. Deshalb forderte er von den Künstlern in der DDR ein Bekenntnis zur Staats- und Gesellschaftsordnung sowie zum sozialistischen Realismus und drohte indirekt mit Sanktionen: „Wer sich heute von den Prinzipien unserer Kunst, die der Demokratie, dem Fortschritt und dem Frieden zu dienen hat, entfernt oder ihre beherrschende Parteinahme nicht anerkennt, stellt sich damit gegen die fundamentalen Bedürfnisse der werktätigen Menschen. Solche künstlerischen Werke verlieren ihren Wert oder sie wirken gar feindlich."[239] Zum Vorsitzenden der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten wurde Helmut Holtzhauer (SED) ernannt, der bis zu seinem Wechsel in dieses Amt sächsischer Volksbildungsminister war. Die SED-Führung überließ die Kontrolle jedoch nicht allein der neu ins Leben gerufenen Staatlichen Kommission, sondern intervenierte mehrmals direkt. So legte etwa das Sekretariat des ZK die Spielpläne der wichtigsten Bühnen für die Spielzeit 1951/52 fest[240].

Die Tätigkeit der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten war von Anfang an umstritten und erregte den Unmut zahlreicher Künstler, die sich gegen die zum Teil massiven Eingriffe wehrten. Im Zusammenhang mit dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 rückten auch immer mehr SED-Funktionäre von der Einrichtung ab[241], die zum Jahresende 1953 ihre Arbeit einstellen musste. Der Minis-

235 Ebenda, S. 440.

236 Verordnung über die Errichtung der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten vom 12. 7. 1951, in: Gesetzblatt der DDR 1951, S. 683f.

237 Entschließung des ZK der SED über den „Kampf gegen den Formalismus in Kunst und Literatur, für eine fortschrittliche deutsche Kultur" vom 17. 3. 1951, in: Dokumente der SED. Bd. III, S. 431–446, hier S. 442.

238 SAPMO-BArch, NY 4090/158, Bl. 134–169, hier Bl. 160, Rede Grotewohls zur Berufung der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten am 31. 8. 1951 in der Staatsoper Berlin. Die Rede wurde sprachlich überarbeitet und ein Jahr später veröffentlicht. Deutsche Kulturpolitik, S. 145–160.

239 SAPMO-BArch, NY 4090/158, Bl. 134–169, hier Bl. 161, Rede Grotewohls zur Berufung der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten am 31. 8. 1951 in der Staatsoper Berlin.

240 Beschluss des Sekretariats des ZK der SED vom 2. 8. 1951, in: Hoffmann/Schmidt/Skyba (Hrsg.), Die DDR vor dem Mauerbau, S. 84–87.

241 So schlug etwa Johannes R. Becher Ende Juli 1953 die Auflösung der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten, des Film- und Rundfunk-Komitees sowie des Amtes für Literatur vor. Dwars, Abgrund des Widerspruchs, S. 691. Der Kulturbund sprach sich gegen die „administrative Einmischung staatlicher Stellen in die schöpferischen Fragen der Kunst und Literatur" aus. Protokoll der Sitzung des Präsidialrates des Kulturbundes am 3. 7. 1953, in: Heider/

terrat übertrug die Aufgaben dem am 7. Januar 1954 neu gebildeten Ministerium für Kultur[242], das unter der Leitung des kommunistischen Dichters und Kulturbundpräsidenten Johannes R. Becher zunächst eine scheinbar liberale Kulturpolitik betrieb. Damit setzte die Staats- und Parteiführung demonstrativ ein Zeichen, das als Zugeständnis an die ostdeutschen Intellektuellen und „Kulturschaffenden" gewertet werden konnte[243]. Bei einer Aussprache zwischen Kunst- und Kulturschaffenden bei Ministerpräsident Grotewohl hatte dieser im Oktober 1953 zugegeben, dass die Kritik an der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten berechtigt war[244]. Im Zuge des „Neuen Kurses" wollte die SED-Führung ihre Kulturpolitik neu ausrichten, ohne allerdings auf Kontrolle zu verzichten. Auf der anderen Seite zeigte das leise Aufbegehren gegen die staatliche Gängelung, dass es der SED nicht gelungen war, die Intellektuellen mit materiellen und immateriellen Anreizen (Zusatzaltersversorgung, Auszeichnungen) an sich zu binden. Die Einheitspartei stand zeitweise vor dem Scherbenhaufen ihrer Kulturpolitik. Auch Grotewohl müssen Zweifel an der Richtigkeit der von ihm zuvor in der Öffentlichkeit vertretenen Politik gekommen sein, die er aber nicht äußerte. Nur bei der von ihm im Oktober 1953 geleiteten Aussprache räumte er vorsichtig Fehler der Parteiführung ein. In den folgenden Jahren hielt sich Grotewohl mit öffentlichen Reden zur Kunst- und Kulturpolitik auffallend zurück und zog damit möglicherweise Konsequenzen aus dem Streit um die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten. Stattdessen beschränkte er sich auf Ansprachen zum DDR-Hochschulwesen[245] bzw. zur Verleihung von Auszeichnungen[246]. Erst nach dem Ende des ‚Tauwetters' in der DDR lud Grotewohl ausgewählte Künstler und Wissenschaftler wieder zu einem Gedankenaustausch nach Ost-Berlin ein[247]. Diese Treffen verliefen jedoch konfliktfrei und hatten keine nennenswerten Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen Kunst und Politik in der DDR.

Grotewohls Kontakte zu Schriftstellern, Künstlern und Wissenschaftlern

Grotewohl, der zwar bei offiziellen Anlässen die kulturpolitischen Vorstellungen der SED verteidigte[248], trat im persönlichen Kontakt zu Schriftstellern, Künstlern und Wissenschaftlern teilweise sehr viel moderater auf. Obwohl er sich nicht als

Thöns (Hrsg.), SED und Intellektuelle, S. 13–59, hier S. 16. Wolfgang Harich attestierte der SED-Kulturpolitik „Weltfremdheit". SAPMO-BArch, NY 4090/531, Bl. 49, Harich am 4. 7. 1953 an Grotewohl.

242 Verordnung über die Bildung eines Ministeriums für Kultur der DDR vom 7. 1. 1954, in: Gesetzblatt der DDR 1954, S. 25–27. Herbst/Ranke/Winkler, So funktionierte die DDR. Bd. 2, S. 675.

243 Heider, Politik – Kultur – Kulturbund, S. 180.

244 SAPMO-BArch, NY 4090/538, Bl. 28–49, hier Bl. 39, Rede Grotewohls (o. D.).

245 Vgl. Rede Grotewohls vor Angehörigen der Humboldt-Universität Berlin am 23. 9. 1954, in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. IV, S. 221–239.

246 Vgl. Ansprache Grotewohls zur Auszeichnung von Bergleuten mit dem Ehrentitel ‚Verdienter Bergmann' am 3. 7. 1954 in Karl-Marx-Stadt.

247 SAPMO-BArch, NY 4090/540, Bl. 1–102, Aussprache der künstlerischen Intelligenz mit Grotewohl am 27. 10. 1958; SAPMO-BArch, NY 4090/541, Bl. 1–106, Stenographisches Protokoll des Gesprächs Grotewohl mit Angehörigen der ‚Intelligenz' am 23. 3. 1959 in Ost-Berlin (Saalbau Friedrichshain).

248 So auch die Einschätzung bei Pfeil, Die „anderen" deutsch-französischen Beziehungen, S. 290.

Kulturpolitiker verstanden wissen wollte, hatte er persönlich großes Interesse an der Entwicklung in den einzelnen künstlerischen Bereichen, das bei ihm bis in die zwanziger Jahre zurückreichte. So pflegte er offensichtlich noch vor der DDR-Gründung gute Verbindungen zu Thomas und Heinrich Mann sowie zu Lion Feuchtwanger[249], die sich jedoch aufgrund der drakonischen Vorgehensweise der SED gegen kritische Künstler im Verlauf der fünfziger Jahre stark eintrübten. Darüber hinaus liebte er das Theater[250] und setzte sich dafür ein, dass Helene Weigel und Bertolt Brecht 1954 das Haus am Schiffbauerdamm für das ‚Berliner Ensemble' erhielten[251]. Aufgrund der zunehmenden Gängelung durch die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten hatte sich Helene Weigel bereits Anfang Mai 1952 hilfesuchend an Grotewohl gewandt, um gegen den von oben oktroyierten Spielbetrieb in ländlichen Regionen zu protestieren[252]. Dadurch sei die künstlerische Qualität des Theaters in Gefahr, da die Schauspieler Überstunden absolvieren müssten und zudem zahlreiche Orte über keine adäquaten Veranstaltungsräume verfügten. Die renommierte Theaterleiterin befürchtete, dass die Schauspieler unter diesen Bedingungen „zu schlechter und ungenauer Arbeit veranlasst" würden[253]. Darüber hinaus gefährde der Transport der Theatermitarbeiter in „schlechten, dauernd zusammenbrechenden und ungeheizten Bussen" deren Gesundheit; innerhalb eines halben Jahres sei es deshalb zu sechs schweren Autobusunfällen gekommen. Weigel schlug dem Ministerpräsidenten vor, eine allgemeine Überprüfung aller Spielstätten in der DDR durchzuführen und dabei die „künstlerisch und technisch nicht zumutbaren Häuser" zu schließen. Des Weiteren wollte sie die verkehrstechnische Anbindung der Theaterhäuser für Zuschauer und Schauspieler optimiert sehen; beim Neubau von Kulturhäusern schlug sie vor, „Minimal-Bühnen-und Beleuchtungspläne" zur Pflicht zu machen, damit die Aufführung von Theaterstücken in „minderwertige[n] Theatersäle[n]" ein Ende nehme. Daraufhin beauftragte Grotewohl den Kommissionsvorsitzenden Holtzhauer damit, gemeinsam mit den zuständigen Parteistellen bis zum 15. Dezember 1952 einen Regierungsbeschluss über die Durchführung von Gastspielreisen auszuarbeiten[254]. Da sich Grotewohl nicht weiter einschaltete, drohte die Angelegenheit im Sande zu verlaufen, so dass Helene Weigel an ihre vorgetragenen Wünsche nochmals erinnerte[255].

[249] SAPMO-BArch, SgY 1788, Bl. 66, Erinnerungen von Hans Tzschorn vom 29. 4. 1974.
[250] SAPMO-BArch, SgY 30/1878, Bl. 31f., Erinnerungen von Hans Grotewohl an seinen Vater.
[251] SAPMO-BArch, SgY 30/1788, Bl. 68, Erinnerungen von Hans Tzschorn vom 29. 4. 1974. Bereits vor der DDR-Gründung hatte sich Grotewohl dafür stark gemacht, dass die Schauspieler des ‚Berliner Ensembles' eine Kleiderzulage sowie Wohnraum zugeteilt bekamen. SAPMO-BArch, NY 4090/534, Bl. 201, Grotewohl am 6. 7. 1949 an den Präsidenten der Bühnengenossenschaft. Er reagierte damit auf eine entsprechende Anfrage von Helene Weigel. Ebenda, Bl. 199, Helene Weigel am 30. 6. 1949 an Grotewohl.
[252] SAPMO-BArch, NY 4090/534, Bl. 242f., Helene Weigel am 5. 5. 1952 an Grotewohl. Die Intensivierung des Theaterbetriebes in den Kreisen und Gemeinden ging vermutlich auf die Abteilungen für Kunstangelegenheiten zurück, die durch die Verordnung über die Errichtung der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten vom 12. 7. 1951 gebildet worden waren. Gesetzblatt der DDR 1951, S. 684 (§ 5).
[253] SAPMO-BArch, NY 4090/534, Bl. 243, Helene Weigel am 5. 5. 1952 an Grotewohl.
[254] SAPMO-BArch, NY 4090/534, Bl. 244, handschriftliche Notizen Grotewohls (o. D.).
[255] SAPMO-BArch, NY 4090/534, Bl. 245, Helene Weigel am 13. 8. 1952 an Grotewohl. Grotewohl übergab den Brief seinem persönlichen Referenten zur weiteren Bearbeitung. Ebenda, Bl. 246, Tzschorn am 26. 8. 1952 an Rentmeister (Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten).

Die im Zuge der 2. Parteikonferenz 1952 eingeläutete Sparpolitik machte auch vor der Kultur nicht halt. Obwohl Grotewohl eine große Vorliebe für das Theater hatte, trug er letztlich einen Politbürobeschluss mit, der die Kürzung der Zuschüsse um 25 Prozent vorsah und die Aufhebung des Freikartensystems für Teile der Nomenklatura[256] empfahl. Der Vorsitzende der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten wies darauf hin, dass ein Teil der vorgesehenen Kürzungen nur realisiert werden könne, wenn sich der Ministerrat dazu durchringen würde, sämtliche Verträge mit Bühnenkünstlern und anderen Theatermitarbeitern zu kündigen, die in der Mehrzahl am 31. August 1954 enden[257]. Vor einer solchen Maßnahme schreckte selbst der hartgesottene Verwaltungsfunktionär zurück und empfahl Grotewohl, stattdessen die Theaterzuschüsse weiter zu reduzieren. Doch erst im Zusammenhang mit der Ausrufung des ‚Neuen Kurses' entspannte sich die finanzielle Lage der Theater in der DDR etwas.

Grotewohl, der den Theaterbetrieb auch unter fiskalischen Gesichtspunkten betrachtete, wies etwa Vorschläge des thüringischen Ministerpräsidenten Eggerath zum Aufbau eines nationalen Theaters des deutschen Volkes in Weimar zurück[258]. Dieser hatte unmittelbar nach den Goethefeiern im März 1949 angeregt, der Deutsche Volksrat solle das bereits bestehende Nationaltheater umbenennen. Um jedoch ein kulturelles Theaterzentrum in Weimar für ganz Deutschland zu schaffen, sei nicht nur die Übernahme des Theaters in den DWK-Haushaltsplan, sondern auch die Bereitstellung entsprechender Finanzmittel dringend erforderlich. Andernfalls sah Eggerath das Schicksal der Stadt Weimar und die Traditionspflege des klassischen Humanismus gefährdet. Darüber hinaus schlug er vor, das Deutsche Theaterinstitut, das mit starker Förderung sowjetischer Stellen gegründet worden war, in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu stellen. Im Einzelnen sollte es die Aufgabe erhalten, Schauspieler auszubilden, die den „künstlerischen und politischen Anforderungen unserer Zeit entsprechen"[259]. Dieses Institut sollte ebenfalls in den Zonenhaushalt überführt werden, da sich die thüringische Landesregierung außer Stande sah, die finanziellen Mittel alleine zur Verfügung zu stellen. Während Grotewohl die langfristige Förderung des Deutschen Theaterinstituts unterstützte, lehnte er den Umbau des Weimarer Nationaltheaters zu einem Schauspielhaus mit gesamtdeutscher Außenwirkung ab[260]. Dieser Vorschlag werde in der SED-Führung, aber auch innerhalb der DDR-Regierung keine Zustimmung finden. Er legte Eggerath sogar nahe, „von der weiteren Verfolgung dieser Angelegenheit Abstand zu nehmen"[261]. Als Begründung gab Grotewohl an, dass es in einer Stadt wie Weimar, die nur eine relativ kleine Einwohnerzahl aufweise, un-

256 Das betraf die Mitglieder des Politbüros und des Zentralkomitees, die Regierungsmitglieder, die Leiter zentraler Dienststellen sowie die Angehörigen des Diplomatischen Corps. Eine Ausnahme bildeten die Besucher der Präsidentenloge und die Mitarbeiter der SKK. SAPMO-BArch, NY 4090/534, Bl. 273, Holtzhauer am 15.1.1953 an Grotewohl.

257 SAPMO-BArch, NY 4090/534, Bl. 275, Holtzhauer am 30.4.1953 an Grotewohl.

258 SAPMO-BArch, NY 4090/534, Bl. 182f., Eggerath am 16.5.1949 an Grotewohl.

259 Ebenda, S. 182 (Rückseite). Einige Wochen später wiederholte Eggerath seine Bitte, nachdem ein entsprechender Beschluss des SED-Landessekretariats ohne Antwort des Politbüros geblieben war. Ebenda, Bl. 184, Eggerath am 22.6.1949 an Grotewohl.

260 SAPMO-BArch, NY 4090/534, Bl. 185-187, Grotewohl am 11.6.1949 an Eggerath. Dieser Antwortbrief ist vermutlich erst Tage später abgeschickt worden.

261 Ebenda, Bl. 185.

möglich sei, ein „Nationaltheater des deutschen Volkes zu einem besonderen Forum humanistischer Kultur" zu machen. Das ginge nur „unter nicht zu verantwortender anormaler grosser Zuschüsse der Allgemeinheit", die sich „bei der Kleinheit Weimars"[262] nicht verantworten ließen. Ein solches Nationaltheater müsse vielmehr an einem zentralen Ort errichtet werden, der Ausstrahlungskraft für Gesamtdeutschland besitze. Diesen Anspruch könne Weimar nicht erheben, dessen Aufgabe darin bestehe, „ein bestimmtes kulturelles Erbe aus einer bedeutsamen Epoche des deutschen Geisteslebens zu pflegen und zu entwickeln".

Mit seiner erfolglosen Initiative hatte Eggerath versucht, die finanzielle Notlage zu überwinden, in der sich das Nationaltheater in Weimar Ende der vierziger Jahre befand. Dass die desolate Lage bestehen blieb, zeigt die Bitte der SED-Landesleitung an Grotewohl vom 10. Oktober 1950, zusätzliche Finanzmittel für das Schauspielhaus zur Verfügung zu stellen[263]. Um den erworbenen Ruf erhalten und den Spielbetrieb bis zum Jahresende weiterführen zu können, sei ein einmaliger Zuschuss in Höhe von 400 000,– DM (Ost) notwendig. Das Schreiben blieb ohne Folgen. Grotewohl zeigte sich unbeeindruckt, denn er schrieb an den Briefrand die etwas flapsige Frage: „warum mehr, wenn man den Ruf erhalten will?" Er war letztlich nicht bereit, sich dafür einzusetzen, den immer noch im Aufbau befindlichen Theaterbetrieb mit zusätzlichen Finanzmitteln zu unterstützen und konterkarierte damit seine öffentlich vorgetragenen Äußerungen über den Zustand der Kultureinrichtungen im Westen Deutschlands. Angesichts dieser Rahmenbedingungen sah sich das Land Thüringen dazu gezwungen, das Nationaltheater in Weimar „auf die Stufe eines guten Landestheaters zurückzuführen" und die im Haushaltsplan vorgesehenen Zuschüsse nicht weiter zu erhöhen[264].

Grotewohl beschränkte seine Aktivitäten darauf, Schauspielaufführungen zu kommentieren und bei Berufungsverhandlungen als Moderator aufzutreten. So beglückwünschte er das Ensemble des Städtischen Schauspielhauses in Leipzig zur gelungenen Aufführung des Stückes „Der große Verrat" von Ernst Fischer, dem er große Bedeutung für die „politische Bewußtseinsbildung unseres Volkes" beimaß[265]. Voller Anerkennung führte er weiter aus: „Obwohl das Schauspielhaus Leipzig naturgemäß nicht über ein Ensemble wie das Deutsche Theater Berlin verfügt, obwohl es nicht den geräumigen und technisch entwickelten Bühnenraum wie das Nationaltheater in Weimar hat, vermittelt die Leipziger Aufführung den straffsten und psychologisch tiefgehendsten Einfluss auf das Publikum." In seinem Antwortschreiben gab sich der Generalintendant als gelehriger Leser der Parteitagsbeschlüsse, indem er die Theaterarbeit in den Dienst des Fünfjahrplans stellte: „In dieser Situation [Kampf um ein einiges, demokratisches Deutschland] besteht unsere Hauptfrage darin: bringen uns unsere Stücke, ganz gleich an welchem

[262] Ebenda, Bl. 186.
[263] SAPMO-BArch, NY 4090/534, Bl. 189, SED-Landesleitung Thüringen am 10.10.1950 an Grotewohl.
[264] SAPMO-BArch, NY 4090/534, Bl. 195, SED-Landesleitung Thüringen am 20.10.1950 an Grotewohl.
[265] SAPMO-BArch, NY 4090/534, Bl. 306, Grotewohl am 5.12.1950 an das Ensemble des Städtischen Schauspielhauses Leipzig.

Theater, weiter in der Erfüllung des 5-Jahrplanes."[266] Auf der anderen Seite hielt sich Grotewohl bei der politischen Gängelung von Künstlern und Intellektuellen Anfang der fünfziger Jahre sehr bedeckt und reagierte erst dann, wenn die SED-Führung zu einer klaren Entscheidung gekommen war. So war etwa im Zusammenhang mit der Noël-Field-Affäre der bekannte Intendant des Deutschen Theaters, Wolfgang Langhoff, zeitweilig aller seiner Funktionen enthoben worden. Die eingeschaltete Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK) war jedoch in einer Untersuchung zum Ergebnis gekommen, dass Langhoff nur aus der SED-Landesleitung Berlin ausgeschlossen werden sollte[267]. Gegen seine Tätigkeit in der Akademie der Künste lagen keine Einwände vor. Nachdem das Politbüro Langhoffs Rücktrittsschreiben nicht anerkannt hatte, schaltete Grotewohl Volksbildungsminister Wandel ein, der Langhoff schließlich bat, seine aktive Tätigkeit in der Akademie wieder aufzunehmen[268].

Grotewohl pflegte teilweise einen intensiven Kontakt zu einzelnen Schriftstellern, die sich auch mit persönlichen Anfragen an den Ministerpräsidenten wandten. So bat etwa Arnold Zweig darum, die Einreise seines in den USA lebenden ältesten Sohnes Michael in die DDR zu ermöglichen, der jenseits des Atlantiks zum Piloten ausgebildet worden war und nach der alliierten Landung in der Normandie als Mitarbeiter des Counter Intelligence Corps (CIC) im Bereich der Gegnerbekämpfung gearbeitet hatte[269]. Zweig, selbst erst Ende 1948 aus dem Exil in Palästina nach Ost-Berlin zurückgekehrt, war sich der schwierigen politischen Ausgangslage durchaus bewusst, denn der Kalte Krieg hatte die Beziehungen zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR erheblich abgekühlt und ließ seine Bitte aussichtslos erscheinen. Dennoch appellierte er an den ostdeutschen Regierungschef: „Ich möchte aber darauf hinweisen, dass meine Beurteilung von Menschen und Umständen immer auf objektive Grundlagen gerichtet und gestützt waren und dass ich für diesen jungen Mann die volle Bürgschaft übernehme, wenn ich die Regierung bitte, ihn in unseren Staatsverband aufzunehmen." Obwohl der Schriftsteller ausdrücklich betonte, dass sein Sohn schon 1941 damit begonnen habe, sich von seinem neuen Heimatland zu distanzieren, konnte ihm Grotewohl letztlich nur eine abschlägige Antwort erteilen, nachdem er vergeblich versucht hatte, Semjonow für die Angelegenheit zu gewinnen[270]. Der Ministerpräsident, der die Ablehnung bedauerte, stellte Zweig anheim, eine persönliche Aussprache mit dem Politischen Berater des SKK-Vorsitzenden zu führen. Die DDR-Regierung musste auch bei der geplanten Repatriierung deutscher Staatsangehöriger Rücksicht nehmen auf die sowjetische Besatzungsmacht, auch wenn Semjonow in einer Unterredung mit Zweig erklärte, die Entscheidung liege beim Ministerrat[271]. Grotewohl waren die Hände gebunden; weitere Aktivitäten lehnte er ab[272]. Zweig,

[266] SAPMO-BArch, NY 4090/534, Bl. 307, Generalintendant des Städtischen Theaters Leipzig am 6.1.1951 an Ministerpräsident Grotewohl.
[267] BAB, DC 20/125, Bl. 57, Vermerk Grotewohls vom 7.2.1951.
[268] BAB, DC 20/125, Bl. 58, Wandel am 9.2.1951 an Langhoff. Dieser nahm das Angebot bereitwillig an. Ebenda, Bl. 60, Langhoff am 15.2.1951 an Wandel.
[269] SAPMO-BArch, NY 4090/548, Bl. 137f., Zweig am 4.12.1951 an Grotewohl.
[270] SAPMO-BArch, NY 4090/548, Bl. 138, Grotewohl am 12.12.1951 an Zweig.
[271] SAPMO-BArch, NY 4090/548, Bl. 141, Zweig am 16.2.1952 an Grotewohl.
[272] SAPMO-BArch, NY 4090/548, Bl. 143, Grotewohl am 27.2.1952 an Zweig.

der seit 1950 als Präsident der Deutschen Akademie der Künste amtierte, war ein bekennender Sozialist und identifizierte sich mit dem ostdeutschen Teilstaat. So lud er etwa den ehemaligen Zentrums-Reichskanzler und Neutralisten Dr. Joseph Wirth zu einem Vortrag in die Akademie ein, den er anschließend für die deutschlandpolitischen Vorstellungen der SED gewinnen wollte[273]. In den folgenden Jahren wurde Zweig als Mitglied des Weltfriedensrates für die DDR aktiv tätig und trat bei zahlreichen internationalen Kongressen auf[274].

Ein besonderes Verhältnis verband Grotewohl mit dem einflussreichen Dramatiker und Theaterregisseur Bertolt Brecht, der ebenfalls 1948 aus dem Exil nach Deutschland zurückkehrte und sich in Ost-Berlin niederließ. Nachdem er zeitweilig das Ziel der SED-Kunstkritik in der Formalismusdebatte wurde[275], legte der Dichter der Parteiführung mitunter neu verfasste Texte zur Begutachtung vor. So erhielt der ostdeutsche Ministerpräsident beispielsweise Mitte April 1951 eine überarbeitete Version des Lukullus-Textes, die er zwar vor seiner Abreise zu einem Kuraufenthalt nicht mehr durchsehen konnte[276]. Aus diesem Grunde führte Grotewohl aber noch ein Gespräch mit Pieck, dem die Neufassung gut gefallen hatte. Der DDR-Präsident war offensichtlich bereit, „die Angelegenheit noch einmal mit Ihnen [Brecht] und einigen Genossen" zu besprechen". Ende 1951 wandte sich Brecht erneut an Grotewohl, den er dafür gewinnen wollte, Stipendien zur Ausbildung von jungen Nachwuchsregisseuren bereitzustellen. Daraufhin schaltete der Ministerpräsident die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten ein und veranlasste eine Prüfung des Sachverhalts. Auch wenn der Ausgang dieses Einzelfalls aufgrund der unzureichenden Quellenlage offenbleiben muss, kann doch festgehalten werden, dass sich Grotewohl in der Regel umgehend um die Bearbeitung der Anfragen bemühte, die renommierte Schriftsteller an ihn persönlich adressiert hatten.

Während des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 nahm Brecht bekanntlich eine widersprüchliche Position ein, da er zwar auf der einen Seite gesellschaftliche Reformen unterstützte und in Gedichten (z. B. ‚Die Lösung')[277] mit scharfer Kritik an der Hegemonialpartei nicht sparte, aber auf der anderen Seite auch mehrmals seine Verbundenheit mit der SED-Parteiführung ausdrückte[278]. An Walter Ulbricht

[273] SAPMO-BArch, NY 4090/548, Bl. 139, Zweig am 24. 12. 1951 an Grotewohl. Zum Jahreswechsel 1951/52 führte Grotewohl einige Unterredungen mit Wirth in Ost-Berlin, die jedoch nicht primär auf die Initiative Zweigs zurückzuführen waren. Ebenda, Bl. 140, Grotewohl am 17. 1. 1952 an Zweig. Zum Gesamtkontext der ersten Reise Wirths nach Ost-Berlin: Hörster-Philipps, Joseph Wirth, S. 721–756. Die Westkommission beim ZK der SED hatte sich bereits im Herbst 1949 für den ehemaligen Zentrumspolitiker und Adenauergegner interessiert. Lemke, Die infiltrierte Sammlung, S. 197.

[274] Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/548, Bl. 155, Zweig am 20. 11. 1952 an Grotewohl.

[275] Jäger, Kultur und Politik in der DDR, S. 57f.

[276] SAPMO-BArch, NY 4090/542, Bl. 118, Grotewohl am 30. 4. 1951 an Brecht. Die gemeinsame Oper ‚Das Verhör des Lukullus' von Bertolt Brecht und Paul Dessau war kurz zuvor vom Spielplan der Deutschen Staatsoper abgesetzt worden. Jäger, Kultur und Politik in der DDR, S. 56.

[277] In diesem bekannten Gedicht zum 17. Juni 1953 stellte er die ironische Frage, ob es für die ostdeutsche Regierung nicht einfacher wäre, das Volk aufzulösen und ein anderes zu wählen. Abgedruckt in: Jäger, Kultur und Politik in der DDR, S. 71.

[278] Bereits am 15. 6. 1953 unterstrich Brecht, dass die Übernahme des Theaters am Schiffbauerdamm durch das Berliner Ensemble seine Verbundenheit mit der DDR „deutlichst" dokumentieren würde. Brecht am 15. 6. 1953 an Grotewohl, in: Brecht, Briefe 3, S. 177f.

schrieb er, dass „die Geschichte [...] der revolutionären Ungeduld der SED ihren Respekt zollen" werde[279]. Und gegenüber Grotewohl stellte er die Frage: „Was können wir von der Akademie der Künste und vom Berliner Ensemble aus tun?"[280] Gleichzeitig legte er dem Ministerpräsidenten nahe, eine Rundfunkrede zu halten, die durch Lieder und Rezitationen von Ernst Busch und anderen Künstlern eingerahmt werden könnte. In seiner Antwort schrieb Grotewohl einen Tag später, dass er momentan nicht öffentlich auftreten könnte, da „meine anderweitige Inanspruchnahme es noch nicht zulässt"[281]. Dabei deutete er nur vage an: „Es gibt dafür viele Gründe." Durch das Ausmaß der Unruhen zutiefst verunsichert, sah sich Brecht veranlasst, auch gegenüber der Besatzungsmacht, die sich anschickte, den Aufstand blutig niederzuschlagen, seine „unverbrüchliche Freundschaft zur Sowjetunion" auszudrücken[282]. Er begrüßte den von der SED eingeschlagenen ‚Neuen Kurs' und machte Vorschläge für eine Popularisierungskampagne[283]. Dabei griff er eine Überlegung Wolfgang Harichs auf, kleine mobile Kommissionen zu schaffen, die den politischen Kurswechsel der SED überall vermitteln sollten. Um zu verhindern, dass die Kampagne im alten Verwaltungstrott versinkt, schlug er vor, die Kommissionen mit Leuten mit „gesundem Menschenverstand" zu besetzen. Nur mit einer unorthodox erscheinenden Zusammensetzung könne „neuer Stil" hineingebracht werden. Grotewohl bedankte sich für den Hinweis und erklärte, dass er mit der Einsetzung eines Operativstabes begonnen habe, „um nach unten zu drücken"[284]. Resignierend stellte er jedoch fest, dass die Mühlen der staatssozialistischen Verwaltung äußerst langsam mahlten: „Aber wie eine zäh-flüssige schwarze Masse Teer liegt es unter mir." Bis zum Tode Brechts am 14. August 1956 ließ jedoch der Kontakt zwischen dem DDR-Ministerpräsidenten und dem weltbekannten Dramatiker deutlich nach. Brecht ließ sich noch für die Protestkampagnen der SED gegen die Pariser Verträge instrumentalisieren und verfasste einen Aufruf an Künstler, Wissenschaftler und andere Angehörige der ‚Intelligenz' für den sich Grotewohl explizit bedankte[285]. Als er kurze Zeit später den Stalin-Friedenspreis verliehen bekam, gratulierte ihm der ostdeutsche Regierungschef und betonte, dass mit dieser Auszeichnung ein deutscher Künstler geehrt werde, „der als hervorragender Schriftsteller die tiefe Friedenssehnsucht des Volkes, den Kampf der Werktätigen gegen Faschismus und Militarismus, Ausbeutung und Not in Wort und Schrift mit tiefer Wirkung zum Ausdruck" bringe[286].

Zu den Schriftstellern, die sich mit Petitionen an das Büro des Ministerpräsidenten wandten, gehörte auch Stefan Heym, der erst Anfang 1952 in die DDR übergesiedelt und von 1953 bis 1956 Kolumnist der ‚Berliner Zeitung' war. Unter Hinweis auf zahlreiche Leserbriefe setzte er sich im Spätsommer 1953 für den Erhalt der Volksbühne ein und schlug eine Reorganisation des Bühnenhauses vor: Obwohl die Volksbühne keine Ideallösung sei, könne man sie doch nicht einstel-

[279] Brecht am 17.6.1953 an Ulbricht, in: Brecht, Briefe 3, S.178.
[280] Brecht am 17.6.1953 an Grotewohl, in: Brecht, Briefe 3, S.179.
[281] Grotewohl am 18.6.1953 an Brecht, in: Brecht, Briefe 3, S.550.
[282] Brecht am 17.6.1953 an Semjonow, in: Brecht, Briefe 3, S.178.
[283] SAPMO-BArch, NY 4090/542, Bl.129, Brecht am 12.7.1953 an Grotewohl.
[284] SAPMO-BArch, NY 4090/542, Bl.128, Grotewohl am 15.7.1953 an Brecht.
[285] SAPMO-BArch, NY 4090/542, Bl.143, Grotewohl am 14.3.1955 an Brecht.
[286] SAPMO-BArch, NY 4090/542, Bl.146f., Grotewohl am 3.6.1955 an Brecht.

len, „solange man nicht etwas Besseres und Billigeres" habe[287]. Heym geriet in Konflikt mit der SED-Führung, weil er seine Kollegen auf dem IV. Schriftstellerkongress Anfang 1956 dazu aufrief, mutiger zu sein und nicht der Versuchung zu erliegen, „nichts zu sagen oder nichtssagend zu werden"[288]. Das veranlasste Walter Ulbricht zu einer polemischen Antwort, die deutlich machte, dass für die Parteiführung die Kritik der Intellektuellen ihre Grenzen hatte: „Es gehört kein Mut dazu, zum Beispiel kritische Äußerungen bei uns zu machen. Was wird bei uns nicht alles an Dummheit geschrieben und gesagt!"[289].

Als Heym Mitte 1960 ein Romanmanuskript vorlegte[290], das den niedergeschlagenen Volksaufstand von 1953 zum Inhalt hatte („Der Tag X"), wurden ihm die Grenzen der halbherzigen Entstalinisierungspolitik aufgezeigt. Für die SED-Führung war das Ereignis nach wie vor eine traumatische Erfahrung, an die sie auch in der zarten Tauwetterphase nach der Geheimrede Nikita S. Chruschtschows 1956 nicht erinnert werden wollte. So erklärt sich auch das Desinteresse am Thema, das Grotewohl in seinem Antwortschreiben bekundete: „Zu meinem Bedauern habe ich aus der Lektüre nirgends den Nachweis für die Notwendigkeit der Herausgabe eines solchen Buches gefunden."[291] Der ‚Tag X' sei eine Episode gewesen, die keinerlei „entscheidenden Umschwung" hervorgerufen habe. Darüber hinaus führe die Überbewertung der Fehler, die die Regierung selber zugegeben habe, „zu falschem Ausgang und zu falschem Schluss". In einer persönlichen Unterredung teilte Grotewohl dem kritischen Schriftsteller mit, dass sein Manuskript nicht zur Veröffentlichung in der DDR geeignet sei[292]. Stefan Heym bedankte sich für die offenen Worte, blieb sich selber aber treu und gab in der Sache nicht nach: „Bücher wirken auf verschiedene Menschen verschiedenartig. Das ist eines der Risiken, die ein Autor auf sich nehmen muss."[293] Das Buch durfte freilich in der DDR nicht gedruckt werden und erschien erst 1974 gegen den Willen der SED-Führung beim bundesdeutschen „Klassenfeind".

In Konfliktfällen verteidigte Grotewohl stets die harte Vorgehensweise der SED gegen regimekritische Intellektuelle. Das wurde besonders bei der Zerschlagung der sogenannten Harich-Gruppe 1957 deutlich, deren Mitglieder sich angeblich zu einer Oppositionsgruppe zusammengeschlossen und in ihrer „Plattform" die Abkehr vom Stalinismus gefordert hatten[294]. Zu den führenden Köpfen der vom Ministerium für Staatssicherheit konstruierten Gruppe gehörten vor allem der Parteiphilosoph Wolfgang Harich und der Leiter des Aufbau-Verlags Walter Janka. Janka war am 6. Dezember 1956 verhaftet und in einem vom Politbüro sorgfältig vorbereiteten Prozess am 26. Juli 1957 zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Dagegen richtete sich auch der an Grotewohl adressierte Protest zahlreicher Schriftsteller im Ausland[295], der zunächst aber ergebnislos blieb, denn Janka

[287] SAPMO-BArch, NY 4090/543, Bl. 80, Heym am 9. 8. 1953 an Eisermann.
[288] Zitiert nach: Jäger, Kultur und Politik in der DDR, S. 79.
[289] Ebenda.
[290] SAPMO-BArch, NY 4090/543, Bl. 201 f., Heym am 11. 7. 1960 an Grotewohl.
[291] SAPMO-BArch, NY 4090/543, Bl. 204–206, hier Bl. 204, Grotewohl am 17. 8. 1960 an Heym.
[292] SAPMO-BArch, SgY 1788, Bl. 56, Erinnerungen von Hans Tzschorn vom 29. 4. 1974.
[293] SAPMO-BArch, NY 4090/543, Bl. 208, Heym am 21. 8. 1960 an Grotewohl.
[294] Vgl. dazu Staritz, Geschichte der DDR, S. 161–169; Weber, Geschichte der DDR, S. 287–291.
[295] SAPMO-BArch, NY 4090/542, Bl. 210, Feuchtwanger am 1. 2. 1957 an Grotewohl.

musste seine Haftstrafe bis 1960 im berüchtigten Zuchthaus Bautzen absitzen. In einem knappen Antwortschreiben an Feuchtwanger verwies der DDR-Ministerpräsident auf das laufende Untersuchungsverfahren gegen die „konterrevolutionäre Gruppenbildung", in das er nicht eingreifen wollte[296]. Darüber hinaus kam es im Falle Jankas noch zu einer gemeinsamen Solidaritätsbekundung von mehreren Schriftstellern und Verlegern; darunter befanden sich unter anderem Hermann Hesse, Katja und Erika Mann sowie der S. Fischer Verlag und der Rowohlt Verlag[297]. Grotewohl reagierte erst auf nachdrückliche Bitte von Kulturminister Johannes R. Becher[298], indem er einen inhaltlich belanglosen Brief an Katja Mann richtete[299].

Während sich Grotewohl für Literatur interessierte, war sein Verhältnis zur Wissenschaft von untergeordneter Bedeutung. Als Ministerpräsident besuchte er zwar im Zusammenhang mit dem Zweijahresplan sowie dem ersten Fünfjahresplan neu entstandene Fertigungsanlagen und unterhielt sich dabei oft mit Forschern und Technikern. Inhaltlich war ihm diese Welt aber fremd, was sich auch daran ablesen lässt, dass er nur zu wenigen Wissenschaftlern Kontakt hatte. Deshalb beschränkten sich seine Aktivitäten darauf, die Tätigkeit des Förderungsausschusses zu begleiten und seinen Beitrag zur ‚Intelligenz'-Politik der SED zu leisten. Außerdem trat er vereinzelt als Schlichter in Konflikten auf, so z. B. bei der Auseinandersetzung zwischen der Deutschen Akademie der Wissenschaften und dem Zentralamt für Forschung und Technik, das im November 1950 unter dem Dach der Staatlichen Plankommission gebildet worden war. Die Kompetenzen waren von Anfang an nicht eindeutig geregelt: Auf der einen Seite erhob die Akademie den Anspruch, höchstes wissenschaftliches Gremium in der DDR zu sein, auf der anderen Seite bestand aber das Zentralamt darauf, für die angewandte Forschung zuständig zu sein, und wollte der Akademie nur die Grundlagenforschung überlassen. Hinzu kam die Tatsache, dass es für die Forschungspolitik Anfang der fünfziger Jahre noch kein einheitliches Konzept gab. So beklagte sich der Kulturbund darüber, dass die Erteilung von Forschungsaufgaben schwierig und nicht transparent sei. Da eine Entscheidung herbeigeführt werden musste, lud Grotewohl die leitenden Direktoren bzw. Präsidenten der betroffenen Institutionen zu einem Gespräch ein, um den Streit beizulegen[300]. Nach einer hitzig geführten Debatte unterbreitete Grotewohl einen Kompromissvorschlag, der im Einzelnen vorsah, dass die Akademie der Wissenschaften die oberste wissenschaftliche Einrichtung und in erster Linie für die Grundlagenforschung zuständig sei[301]. Dagegen sollte das Zentralamt für Forschung und Technik die Federführung bei der Industrieforschung erhalten. Die Zahl der Institute, die der Akademie unterstellt waren, sollte nicht reduziert werden. Außerdem wollte der Ministerpräsident der Akade-

[296] SAPMO-BArch, NY 4090/542, Bl. 211, Grotewohl am 8. 2. 1957 an Feuchtwanger.
[297] SAPMO-BArch, NY 4090/441, Bl. 118, Telegramm an Grotewohl (Eingangsstempel vom 6. 3. 1957).
[298] SAPMO-BArch, NY 4090/441, Bl. 116, Becher am 10. 5. 1957 an Grotewohl.
[299] SAPMO-BArch, NY 4090/441, Bl. 122, Grotewohl am 23. 5. 1957 an Frau Thomas [Katja] Mann.
[300] Protokoll über die Besprechung von Vertretern der Akademie der Wissenschaften bei Ministerpräsident Grotewohl am 28. 11. 1951, in: Malycha, Geplante Wissenschaft, S. 395–403.
[301] Ebenda, S. 403.

mie das Recht einräumen, „Gebiete der wissenschaftlichen Forschung für sich in Anspruch zu nehmen". Bei Meinungsverschiedenheiten kam dem Ministerrat eine Schiedsrichterfunktion zu. Da niemand widersprach, war das Vermittlungsangebot Grotewohls angenommen; das Zentralamt und damit auch die Staatliche Plankommission hatten eine Niederlage erlitten. Deren Chef wurde kurz darauf von Ministerpräsident Grotewohl über den Ausgang des Gesprächs unterrichtet[302].

Mit der Lage der Wissenschaftler in der DDR beschäftigte sich Grotewohl Anfang 1952, nachdem ihm der Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften über die „Republikflucht" eines angesehenen Lehrstuhlinhabers für organische Chemie an der Humboldt-Universität zu Berlin informiert hatte, der sich mit fünf Mitarbeitern in die USA abgesetzt hatte[303]. Darüber hinaus enthielt der Bericht etliche Hinweise auf die schlechten Arbeitsbedingungen, die manchen Forscher zur Abwanderung veranlassen würden und daher verbessert werden müssten: „Dieser Fall lässt erkennen, dass die materielle Sicherstellung unserer Wissenschaftler durch einen Einzelvertrag dringend einer Ergänzung durch die Sicherung der für wissenschaftliche Forschung erforderlichen Arbeitsbedingungen bedarf." Anschließend listete der Vizepräsident eine ganze Reihe von Forderungen auf: „störungsfreie Arbeitszeit für rein wissenschaftliche Zwecke, schnelle Beschaffung von Instrumenten und wissenschaftlicher Literatur, Entlastung von Verwaltungsarbeiten, Vermeidung psychologischer Fehler in der Behandlung von Wissenschaftlern seitens politischer Funktionäre, großzügigere Bewilligung von Auslandsreisen zwecks Teilnahme an internationalen wissenschaftlichen Tagungen, höflichere Behandlung seitens unserer Volkspolizei an den Grenzübergängen, speziell hinsichtlich des Mitbringens ausländischer wissenschaftlicher Literatur usw." In seinem Antwortschreiben ging Grotewohl nur am Rande auf den Forderungskatalog ein. So signalisierte er zwar grundsätzlich seine Unterstützungsbereitschaft, ohne aber konkret zu werden: „In dieser Richtung wird ununterbrochen gewirkt."[304] Dagegen wollte er am obligatorischen Studium des Marxismus-Leninismus an den Universitäten festhalten, das er als außerordentliche Bereicherung für die Studenten bezeichnete.

Grotewohl unterhielt 1950 einen längeren Briefwechsel mit dem an der Berliner Humboldt-Universität lehrenden Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski, der seit der Gründungsveranstaltung am 30. Juni 1947 Vorsitzender der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion war, die auf ihrem zweiten Kongress in Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) umbenannt wurde. In dieser Funktion entwickelte der Westemigrant Kuczynski, der in der unmittelbaren Nachkriegszeit angeblich als sowjetischer Spion in der amerikanischen Militärverwaltung OMGUS gearbeitet hatte und ein glühender Verehrer Stalins war[305], eigene Vorstellungen über die inhaltliche Ausgestaltung der Politik der von ihm geleiteten Massenorganisation, die nicht immer kompatibel waren mit denen der SED-Parteiführung. So sollte die DSF, die mit dem Ziel errichtet worden war, das Verhältnis zwischen Besatzern und Besetzten zu verbessern, auf betrieblicher Ebene ausge-

[302] BAB, DF 4/40162, Grotewohl am 30.11.1951 an Rau.
[303] BAB, DC 20/131, Bl. 63–66, Prof. Ertel am 24.1.1952 an Grotewohl.
[304] BAB, DC 20/131, Bl. 60–62, hier Bl. 61, Grotewohl am 3.3.1952 an Prof. Ertel.
[305] Behrends, Die erfundene Freundschaft, S. 151.

baut werden. Kuczynski wollte damit den Aktionsradius erweitern, denn die Mitglieder der verschiedenen Initiativgruppen, die sich auf Landesebene gebildet hatten und damit den Nukleus der späteren DSF bildeten, waren vorwiegend Hochschullehrer, Schriftsteller, Künstler, teilweise auch Ärzte[306]. Auf diese Weise sollte nicht mehr nur die Intellektuellenöffentlichkeit, sondern auch die Betriebsöffentlichkeit erreicht werden, was der Parteileitung letztlich einleuchtete, als sie der Bildung von DSF-Betriebsgruppen zustimmte[307].

Durch seinen großbürgerlichen Habitus und sein selbstbewusstes Auftreten rief Kuczynski allerdings Widerspruch in der SED-Parteiführung hervor. So hatte er sich bei Grotewohl darüber beklagt, dass dieser ihm auf einer DSF-Veranstaltung vorgeworfen habe, zu intrigieren. Dabei ging es um die ostdeutsche Delegation bei den Feierlichkeiten zum 1. Mai in Moskau, deren Zusammensetzung Kuczynski bei Semjonow in Karlshorst angeblich kritisiert hatte. Gegen diesen Vorwurf verwahrte sich der angesehene Gelehrte energisch: „Ich erkläre daher, dass die Anschuldigung der Disziplinlosigkeit und die absurde Anklage des Versuchs, gegen das Politbüro zu intrigieren, [...] eine ganz üble und durch nichts gerechtfertigte Gemeinheit ist, und dass ich nicht daran denke, mir so etwas gefallen zu lassen."[308] Kuczynski beließ es jedoch nicht bei dieser Kritik, sondern drohte auch noch dem Ko-Vorsitzenden der SED, indem er seine offensichtlich guten Kontakte zur SMAD-Führung ins Spiel brachte: „Da ich in der Angelegenheit der Durchführung des Pol.-Büro-Beschlusses außer mit dem Genossen Heymann auch noch mit den Freunden der Kulturabteilung der SMA und dem Genossen General Tulpanow gesprochen habe, schicke ich einen Durchschlag dieses Briefes an den Genossen General Tulpanow, so dass Du jede Möglichkeit hast, Dich über die Vorgänge zu orientieren."[309] Grotewohl war sichtlich verärgert, weigerte sich aber, in seiner Antwort auf die von Kuczynski vorgebrachten Vorwürfe näher einzugehen: „Wenn Dein Brief aus dem Wunsche eines wirklich guten Verhältnisses zu mir begründet ist, so bin ich selbstverständlich verpflichtet, den Weg mit Dir gemeinsam zu suchen, der hier richtig ist. Der von Dir gewählte ist es auf keinen Fall."[310]

Aufgrund der Tatsache, dass sich Kuczynski während des Zweiten Weltkrieges in Großbritannien aufgehalten hatte, war er schließlich 1950 auch von der Säuberung des SED-Apparates betroffen. Bereits im Sommer 1949 hatte das Politbüro der DSF-Führung ideologische Schwächen vorgeworfen und personelle Konsequenzen gefordert, gegen die sich Kuczynski allerdings sperrte. So sollten etwa der Generalsekretär Hans Mark sowie die stellvertretende Generalsekretärin Magda Stern entlassen werden[311]. Auf Veranlassung der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) musste Kuczynski schließlich den Hut nehmen, weil er als Jude für diesen Posten

[306] Schönknecht, Gesellschaft für Deutsch-sowjetische Freundschaft (DSF), S. 736.
[307] Behrends, Die erfundene Freundschaft, S. 159.
[308] SAPMO-BArch, NY 4090/544, Bl. 61 f., hier Bl. 62, Kuczynski am 2. 7. 1949 an Grotewohl.
[309] Stefan Heymann (SED), der in den ersten Nachkriegsmonaten für einen sowjetischen Geheimdienst gearbeitet hatte, war von 1948 bis 1950 stellvertretender Leiter der ZK-Abt. Parteischulung, Kultur und Erziehung. Anschließend wechselte er in den diplomatischen Dienst und wurde 1951 Leiter der Diplomatischen Mission der DDR in Ungarn; von 1953 bis 1956 war er Botschafter in Warschau. Wer war wer in der DDR?, S. 356.
[310] SAPMO-BArch, NY 4090/544, Bl. 60, Grotewohl am 14. 7. 1949 an Kuczynski.
[311] Behrends, Die erfundene Freundschaft, S. 245 f.

angeblich nicht mehr tragbar war[312]. Dagegen wurde offiziell der Eindruck erweckt, als habe er wegen Arbeitsüberlastung an der Humboldt-Universität um Demission gebeten[313]. In einem kurzen Schreiben sprach ihm Grotewohl Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus und wünschte ihm weiteren Erfolg als Wissenschaftler[314]. Der zum Rückzug gezwungene DSF-Vorsitzende machte gute Miene zum bösen Spiel und bedankte sich fast unterwürfig für den Brief: „Es sind nicht nur Ihre freundlichen Worte der Anerkennung meiner Bemühungen in der Vergangenheit, die mir Ihren Brief so wert machen, sondern [...] die Tatsache des Briefes selbst, das Bewusstsein, wo immer wir arbeiten, unter einem Ministerpräsidenten zu wirken, der so hohe allgemeine politische und fachliche Qualitäten mit der verbindet, die das Sowjetvolk so tief bei Stalin liebt: uns das Gefühl zu geben, an der Spitze der Regierung einen sorgenden Menschen zu haben."[315]

In der Folgezeit war Kuczynski um seinen Ruf besorgt, da sein Nachfolger als DSF-Vorsitzender, Friedrich Ebert, auf dem III. SED-Parteitag schwere Vorwürfe gegen ihn erhob. Im einzelnen erklärte Ebert, dass es der Vorstand versäumt habe, die Umwandlung der Organisation dazu zu nutzen, „die sich aus ihr ergebenden neuen Aufgaben zu präzisieren, die zu ihrer Erfüllung notwendigen organisatorischen Vorbereitungen zu treffen und neue Arbeitsmethoden zu entwickeln"[316]. Deshalb sei die Namensänderung nur ein „formaler Akt" geblieben[317]. An dieser Aussage nahm Kuczynski Anstoß, denn er fühlte sich verunglimpft. Vom Ko-Vorsitzenden der SED wollte er daher wissen, „ob der Genosse Ebert auf dem Parteitag seine persönliche Ansicht oder die Ansicht des Politbüros geäußert hat"[318]. In dieser Situation agierte Grotewohl als Vermittler, der vorschlug, die Angelegenheit zu dritt zu besprechen[319]. Darüber hinaus versuchte er die Bedenken von Kuczynski zu zerstreuen und erklärte, dass die angesprochenen Äußerungen nicht im Auftrag der Parteiführung gemacht worden seien. Im übrigen sehe er bei nochmaliger Durchsicht des Redebeitrags von Ebert keinerlei Anlass zu den von Kuczynski gezogenen spekulativen Schlussfolgerungen.

Die Absetzung Kuczynskis belastete anscheinend nicht sein Verhältnis zu Grotewohl, der den Wirtschaftshistoriker mehrere Male um Rat fragte. Nur wenige Monate später bat der persönliche Referent des Ministerpräsidenten um einen Beitrag für die geplante Grundsatzrede Grotewohls zum Frauengesetz vor der Volkskammer[320]. Dafür sollte Kuczynski „beweiskräftige[s] Material zur Bevölkerungsstruktur und -entwicklung" zusammenstellen. Dieser lieferte prompt und lud Grotewohl zusammen mit seiner Frau zum privaten Abendessen ein, bei dem er ihm auch die „schönste nichtöffentliche [Bibliothek] in unserer Republik" zeigen wollte[321]. In der

312 Hartewig, Zurückgekehrt, S. 220.
313 Behrends, Die erfundene Freundschaft, S. 246.
314 SAPMO-BArch, NY 4090/544, Bl. 64, Grotewohl am 14.7.1950 an Kuczynski.
315 SAPMO-BArch, NY 4090/544, Bl. 65, Kuczynski am 16.7.1950 an Grotewohl.
316 Diskussionsbeitrag Eberts, in: Protokoll des III. Parteitages der SED (20.–24.7.1950). Bd 1, S. 168–172, hier S. 169.
317 Ebenda, S. 170.
318 SAPMO-BArch, NY 4090/544, Bl. 66, Kuczynski am 27.7.1950 an Grotewohl.
319 SAPMO-BArch, NY 4090/544, Bl. 67, Grotewohl am 2.8.1950 an Kuczynski.
320 SAPMO-BArch, NY 4090/544, Bl. 68, Tzschorn am 23.9.1950 an Kuczynski.
321 SAPMO-BArch, NY 4090/544, Bl. 69, Kuczynski am 8.10.1950 an Grotewohl.

Folgezeit gab Kuczynski dem DDR-Ministerpräsidenten mitunter Manuskripte zum Lesen und bat um dessen Meinung[322]. Dabei lobte Grotewohl eine eingereichte Broschüre, die Schulkindern die Geschichte der DDR näherbringen sollte. Der Briefwechsel macht deutlich, dass Grotewohl bei privaten Angelegenheiten einen sehr verbindlichen Tonfall wählte und dabei auf den Adressaten individuell einzugehen versuchte. Dagegen präsentierte er sich in politischen Fragen, etwa bei der Amtsenthebung Kuczynskis vom DSF-Vorsitz, unnachgiebig und äußerst distanziert. Eine Parteinahme zugunsten des Wirtschaftswissenschaftlers und Linksintellektuellen ist trotz des guten persönlichen Verhältnisses jedenfalls nicht nachweisbar. Bei politischen Entscheidungen orientierte er sich ausschließlich an der Parteilinie.

Die SED-Führung bemühte sich um die Rückkehr deutscher Wissenschaftler aus der Sowjetunion, denn sie benötigte die hochqualifizierten Arbeitskräfte, um die Innovationsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft zu verbessern und somit Anschluss an internationale Technologieentwicklungen zu finden. Zur Personengruppe, die im Mittelpunkt des Interesses standen, gehörten rund 2500 sogenannte Spezialisten und deren etwa 4600 Angehörige, die kurz nach Kriegsende von der sowjetischen Besatzungsmacht in die UdSSR deportiert worden waren, um dort am wirtschaftlichen Aufbau des Landes mitzuwirken[323]. Das Politbüro versprach sich im Übrigen auch einen beträchtlichen Imagegewinn auf der internationalen Bühne, sollte es gelingen, namhafte deutsche Wissenschaftler aus der Sowjetunion zurückzuholen. Ein herausragendes Beispiel dafür ist der Fall Manfred von Ardenne, dessen Freigabe durch die sowjetische Führung 1955 erfolgte. Der Physiker hatte zehn Jahre lang mit anderen deutschen Forschern im sowjetischen Atombombenprojekt gearbeitet[324] und dafür hohe Auszeichnungen erhalten (1947 Staatspreis der UdSSR; 1953 Stalin-Preis der UdSSR)[325]. Bereits im Vorfeld hatte die SED große Zugeständnisse gemacht und Ardenne mit zahlreichen Vergünstigungen und Privilegien regelrecht angeworben, so dass der umjubelte Wissenschaftler von Anfang an eine Sonderstellung in der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft einnahm. Nach seiner Rückkehr in die DDR am 23. März 1955, für die sich besonders Ulbricht und Grotewohl eingesetzt hatten[326], wurde er Gründer und Direktor eines eigenen, quasi privaten Forschungsinstituts in Dresden.

Manfred von Ardenne nutzte seine nahezu einmalige Position dazu aus, um auch Wissenschaftspolitik zu betreiben. Obwohl er keinen offiziellen Auftrag erhalten hatte, unterbreitete er Grotewohl 1957 Vorschläge zur Verbesserung „des Nutzeffekts unserer Aufwendungen für Forschung und Entwicklung“[327]. In einem Begleitschreiben wies er den Ministerpräsidenten darauf hin, dass der wirtschaftliche Nutzeffekt der Staatsausgaben im Forschungsbereich „gegenwärtig aus verschiedenen Gründen noch recht niedrig“ sei[328]. In dem Zusammenhang verwies er

[322] SAPMO-BArch, NY 4090/544, Bl. 70, Kuczynski am 24.4.1951 an Grotewohl; ebenda, Bl. 71f., Grotewohl am 30.4.1951 an Kuczynski.
[323] Ciesla, Der Spezialistentransfer in die UdSSR, S. 25.
[324] Vgl. dazu: Albrecht/Heinemann-Grüder/Wellmann, Die Spezialisten, S. 48–82.
[325] Wer war wer in der DDR?, S. 28f.
[326] Barkleit, Manfred von Ardenne, S. 20.
[327] Denkschrift Manfred von Ardennes vom 4.2.1957, in: Malycha, Geplante Wissenschaft, S. 547–549.
[328] Manfred von Ardenne am 19.3.1957 an Grotewohl, in: ebenda, S. 546f.

auf eine Unterredung, die er mit dem Minister für Schwerindustrie Fritz Selbmann hatte, in der dieser die Notwendigkeit zur Gründung eines zentralen wissenschaftlichen Rates für Forschung und Entwicklung angesprochen habe. Diese Anregung griff von Ardenne geschickt auf, um gegenüber Grotewohl seine Überlegungen auszubreiten. Vier Mängel waren seiner Meinung nach kennzeichnend für die DDR-Forschungspolitik[329]. Als erstes nannte er die Zersplitterung der Mittel, die der Forschung zur Verfügung stünden. Es bestehe keine Klarheit über die zu bildenden Forschungsschwerpunkte, „welche mit Rücksicht auf unsere Wirtschaftsstruktur, d.h. unseren Spezialistenbestand, unsere Rohstofflage, unsere Produktionsstätten, unsere Energielage, östliche Hilfsmöglichkeiten und westliches Embargo, als wirklich günstig anzustreben sind"[330]. Zweitens wies er auf die Innovationsschwäche der DDR-Wirtschaft hin. Um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können, fehle es in erster Linie an eigenständigen Pionierleistungen im Wissenschafts- und Forschungsbereich: „Es wird nachentwickelt und nachgebaut, wo mit etwas mehr Initiative, Kenntnis der wissenschaftlichen Literatur, Erfindungsgabe usw. eigene neue Entwicklungen schöpferisch gestaltet werden könnten."[331] Um diese Situation zu ändern, sei drittens die Einrichtung eines Dialogs der „produktiven Persönlichkeiten" auf höchster Ebene erforderlich. Damit griff Manfred von Ardenne den von ihm gegenüber Grotewohl kolportierten Vorschlag Fritz Selbmanns auf, einen Wissenschaftsrat zu gründen. Schließlich forderte er die Verlagerung der „Zweckforschung" in die Industriebetriebe. Nur so würden den Laboratorien „die vielen Anregungen und Kritiken aus den Kunden- oder Verbraucherkreisen" bekannt. Darüber hinaus würde sich auf diese Weise ein nützlicher Termindruck für die wissenschaftlichen Einrichtungen ergeben, der letztlich produktiv sei. Manfred von Ardennes Denkschrift enthielt letztlich Anregungen zur Verbesserung der Kommunikationsstrukturen und zur Einführung von Leistungsanreizen, die eher mit einem marktwirtschaftlichen System kompatibel erschienen. Der renommierte Physiker hatte sich nach seiner Ankunft in der DDR rasch einen Überblick über die Wissenschaftspolitik erarbeitet und dabei den Finger auf einige offene Wunden gelegt. So argumentierte er gegen eine Bürokratisierung der Forschung und sprach sich für kleine Expertengremien aus, die zielgerichtet arbeiten sollten. Des Weiteren sprach er sich für eine enge Kooperation mit dem Zentralamt für Forschung und Technik aus, das bekanntlich 1951 eine Kontroverse mit der Akademie der Wissenschaften über die zukünftige Forschungsförderung geführt hatte.

Grotewohl bedankte sich für die eingereichten Vorschläge und deutete an, dass sich der Ministerrat „gegenwärtig mit der Verbesserung der Arbeiten für Forschung und Entwicklung" beschäftige[332]. Darüber hinaus versicherte er dem Physiker und Institutsdirektor, dass bei diesen Beratungen „Ihre Anregungen für mich sehr wertvoll sind". Kurz darauf kam es in der Tat zur Gründung des Forschungsrates, dem die führenden Natur- und Technikwissenschaftler angehörten[333]. Zu

[329] Zum folgenden: Denkschrift Manfred von Ardennes vom 4.2.1957, in: Malycha, Geplante Wissenschaft, S. 547-549.
[330] Ebenda, S. 547.
[331] Ebenda, S. 548.
[332] SAPMO-BArch, NY 4090/560, Bl. 104, Grotewohl am 15.4.1957 an Manfred von Ardenne.
[333] Förtsch, Wissenschafts- und Technologiepolitik in der DDR, S. 22.

den Aufgaben des Expertengremiums gehörte die Ausarbeitung langfristiger Wissenschaftsprogramme. In der Folgezeit nahmen noch weitere Wissenschaftler Schlüsselpositionen ein, die als Spezialisten lange Jahre in der Sowjetunion tätig gewesen waren, so z. B. der erste Vorsitzende des Forschungsrates, Peter Adolf Thiessen, der Präsident der Akademie der Wissenschaften, Max Volmer, und der Vizepräsident, Max Steenbeck. Doch schon bald zeigte sich das problematische Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft in der DDR, denn die SED-Führung instrumentalisierte die Atomphysiker für ihren Kampf gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, etwa im Rahmen eines offiziellen Empfangs beim Ministerpräsidenten[334]. Manfred von Ardenne konnte zwar nicht teilnehmen[335], ließ sich aber gleichwohl in die von oben gesteuerte Kampagne der Einheitspartei bereitwillig einbinden[336].

In seinen Erinnerungen äußerte sich der persönliche Referent Grotewohls, Hans Tzschorn, auch zu den musikalischen Vorlieben seines Chefs und nannte in dem Zusammenhang Wolfgang Amadeus Mozart und Ludwig van Beethoven als dessen Lieblingskomponisten[337]. Dabei habe er oftmals Mozart „für erholsame Stunden" bevorzugt, um sich aufzuheitern oder zu beruhigen. Grotewohl ließ für seine Dienstwohnung sogar einen Klavierflügel der Firma Blüthner[338] aufstellen, auf dem Künstler, die er zu sich privat einlud, spielen konnten. Der Flügel, der individuell angefertigt wurde, war im Übrigen kein persönliches Eigentum, sondern gehörte zum regierungseigenen Inventar. Obwohl Grotewohl klassische Musik schätzte und allem Anschein nach auch große Sympathie für die Pianisten empfand, hielt er doch den Beruf des Musikers für eine brotlose Kunst. So riet er angeblich dem Sohn von Hans Tzschorn davon ab, Pianist zu werden; sehr viel dringender benötige die DDR Naturwissenschaftler. Rückblickend gab der persönliche Referent Grotewohl mit den Worten wieder: „Wenn Du [gemeint ist der Sohn von Hans Tzschorn] schon die Wahl hast zwischen einem Biochemiker und einem berühmten Pianisten, dann würde ich auch noch den mittleren Biochemiker vorziehen."[339]

Grotewohl betrachtete Musik letztlich als Privatangelegenheit und trat deshalb auch nicht als Förderer von Komponisten oder Musikern in Erscheinung. So hatte 1952 der Vorsitzende des Staatlichen Rundfunkkomitees, Kurt Heiss, den Vorschlag unterbreitet, Schallplatten mit Konzerten des Rundfunkorchesters zu produzieren, um dringend benötigte Devisen zu erwirtschaften[340]. Dabei wies er den Regie-

[334] SAPMO-BArch, NY 4090/560, Bl. 117, Grotewohl am 16. 4. 1957 an Manfred von Ardenne. Außerdem war die Veröffentlichung eines Aufrufs der Atomwissenschaftler geplant, der von der SED-Führung abgesegnet werden musste. Vgl. ebenda, Bl. 184f., Selbmann am 30. 4. 1957 an Grotewohl.

[335] SAPMO-BArch, NY 4090/560, Bl. 94, Notiz über Aussprache Grotewohls mit DDR-Atomwissenschaftlern am 29. 4. 1957.

[336] SAPMO-BArch, NY 4090/560, Bl. 105f., Manfred von Ardenne am 12. 4. 1957 an Grotewohl.

[337] SAPMO-BArch, SgY 1788, Bl. 61, Erinnerungen von Hans Tzschorn vom 29. 4. 1974.

[338] Der Klavierbauer Julius Blüthner (1824–1920) hatte 1853 eine eigene Firma gegründet, die in die Flügel weich klingende Aliquotsaiten einbaute.

[339] SAPMO-BArch, SgY 1788, Bl. 61, Erinnerungen von Hans Tzschorn vom 29. 4. 1974.

[340] SAPMO-BArch, NY 4090/312, Bl. 39f., Heiss am 18. 10. 1952 an Rau. Zu diesem Zeitpunkt war Rau amtierender Ministerpräsident, da sich Grotewohl mit Pieck und Ulbricht zum XIX. Parteitag der KPdSU in Moskau aufhielt. SAPMO-BArch, NY 4090/9, Bl. 531–533, Kalender Grotewohls von 1952.

rungschef darauf hin, dass eine amerikanische Schallplattengesellschaft großes Interesse bekundet habe. Ein entsprechender Vertrag stünde kurz vor dem Abschluss. Im Einzelnen schlug Heiss vor, beim Staatlichen Rundfunkkomitee eine Abteilung zu bilden, die das alleinige Recht für die Herstellung und den Vertrieb von Schallplatten erhalten sollte. Das Projekt schien erfolgversprechend zu sein: „Wenn das richtig gemacht wird, können wir viele Millionen auf allen möglichen Auslandsmärkten für Schallplatten in Devisen verdienen, die eine große Bereicherung für unsere Republik wären."[341] Gleichzeitig musste Heiss aber einräumen, dass sich ein bereits laufender Vertrag mit einer französischen Schallplattenfirma, hinter der die französische Kommunistische Partei stand, zu einem großen Verlustgeschäft für das Rundfunkkomitee entwickelt habe. Grotewohl lehnte den Vorstoß, der dem Komitee neue Handlungsspielräume eröffnet hätte, nach seiner Rückkehr aus Moskau rundweg ab. In seinem Antwortschreiben zeigte er kein inhaltliches Interesse, sondern bestand auf der vorrangigen Beachtung der Gewinnmaximierung: „Selbstverständlich müssen Sie einen Vertrag, der ein Verlustgeschäft bedeutet, sofort aufheben und die Arbeiten unter Anwendung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung fortsetzen."[342] Handschriftlich fügte Grotewohl noch hinzu: „Er (Heiss) soll die Devisen reinbringen, schnell u. genug und alles ist gut."[343]

Neben Malerei, Literatur und Musik interessierte sich Otto Grotewohl auch noch für Architektur, zumal sein Sohn Hans in diesem Berufsfeld tätig wurde und Mitte der fünfziger Jahre am Wiederaufbau der durch den Korea-Krieg stark zerstörten nordkoreanischen Stadt Hamhung mitwirkte. Obwohl Grotewohl mit dem Wiederaufbau Ost-Berlins nur ganz am Rande beschäftigt war, scheint er mit einigen Entwürfen des Chefarchitekten Hermann Henselmann, der maßgeblichen Anteil an der Umgestaltung des Berliner Stadtzentrums hatte, nicht einverstanden gewesen zu sein. Hans Tzschorn erwähnt in seinen Erinnerungen, dass es eine große Auseinandersetzung über die Baupläne zwischen Henselmann und Grotewohl gegeben habe, die ansonsten ein enges privates Verhältnis gepflegt hätten[344]. Dieser Eindruck wird durch den Erinnerungsbericht von Ludwig Eisermann bestätigt, der vor allem betonte, dass Grotewohl der Umbau der Stalinallee zur Prachtstraße Ost-Berlins nicht gefallen habe[345]. Darüber hinaus schaltete sich der Ministerpräsident 1952 beim Innenausbau der DDR-Botschaft in Moskau ein, der sogar Gegenstand einer Unterredung mit Semjonow war. Nachdem er Entwürfe für Intarsien- und Malereiarbeiten verworfen hatte, sprach sich Grotewohl dafür aus, im holzgetäfelten Empfangssaal des Botschaftsgebäudes eine Holzschnitzerei über einem großen Kamin anzubringen[346]. Wenig später beauftragte er den Holzschnitzer Emil Teubner aus Aue, der von Otto Buchwitz ins Gespräch gebracht worden war, mit der Fertigstellung eines Holzreliefs, das „die Idee der deutsch-

341 SAPMO-BArch, NY 4090/312, Bl. 39, Heiss am 18. 10. 1952 an Rau.
342 SAPMO-BArch, NY 4090/312, Bl. 41, Tzschorn am 31. 10. 1952 an Heiss.
343 Diese Bemerkung schrieb er auf den an Rau adressierten Brief. SAPMO-BArch, NY 4090/312, Bl. 39, Heiss am 18. 10. 1952 an Rau.
344 SAPMO-BArch, SgY 1788, Bl. 62, Erinnerungen von Hans Tzschorn vom 29. 4. 1974.
345 SAPMO-BArch, SgY 30/1879, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Ludwig Eisermann über seine Erinnerungen an Otto Grotewohl am 30. 3. 1977, S. 16f.
346 SAPMO-BArch, NY 4090/548, Bl. 15f., Grotewohl am 18. 3. 1952 an Buchwitz.

sowjetischen Freundschaft" symbolisieren sollte[347]. Daraufhin stellte das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten 750000 DM (Ost) für den Entwurf des Holzreliefs zur Verfügung[348]. Als Vorsitzender des Kuratoriums für den Aufbau Nationaler Gedenkstätten beschäftigte er sich im Übrigen auch mit den entsprechenden Bauplänen. Dabei arbeitete er auch mit seinem Sohn eng zusammen, der nach seiner Rückkehr aus Nordkorea als Architekt am Aufbau der Gedenkstätte in Buchenwald beteiligt war[349].

Vorsitzender des Kuratoriums für den Aufbau Nationaler Gedenkstätten in Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück

Grotewohl stand einer staatlich errichteten Gedenkstättenlandschaft in der DDR zunächst ablehnend gegenüber, wobei sich seine Bedenken in erster Linie gegen die geplanten Kosten der einzelnen Mahnmalprojekte richteten. So hatte sich der Landesvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) Thüringen bereits Ende 1949 mit der Bitte an die Landesregierung in Weimar gewandt, insgesamt 1,5 Millionen DM (Ost) bereitzustellen, um den vorgesehenen Aufbau eines Ehrenhains sowie eines Mahnmals auf dem Ettersberg, am ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald durchzuführen[350]. Die Landesregierung hatte zwar eine erste Anschubfinanzierung in Höhe von 100000,– DM (Ost) genehmigt, vertrat allerdings den Standpunkt, „dass es sich hier um eine Angelegenheit handelt, die weit über den Rahmen des Landes Thüringen hinaus von internationaler Bedeutung ist" und deshalb in den Zuständigkeitsbereich Ost-Berlins falle. Grotewohl wurde gebeten, zusammen mit Wilhelm Pieck und Finanzminister Hans Loch zu klären, ob die Finanzierung des Bauvorhabens durch die DDR-Regierung übernommen werden konnte. Bei einer persönlichen Unterredung mit dem Vorsitzenden des Buchenwald-Komitees, Walter Barthel, teilte Hans Tzschorn mit, dass Grotewohl „für den vorgesehenen Betrag die Errichtung einer guten Wohnsiedlung für Opfer des Faschismus für zweckmäßiger" halte als den Bau eines Mahnmals[351]. Der eingeschaltete Minister für Planung, Heinrich Rau, lehnte schließlich den sofortigen Bau der Gedenkstätte unter Hinweis auf die angespannte Haushaltslage ab[352].

Die Zurückhaltung Grotewohls, der den VVN-Antrag nicht zu Fall brachte, hing mit finanzpolitischen, nicht aber mit inhaltlichen Bedenken des Ministerpräsidenten zusammen. Ende 1951 erklärte er sich bereit, an einem vom Generalsekretariat der VVN berufenen Preisgericht mitzuwirken, das verschiedene Entwürfe für die Gestaltung des Ettersbergs bewerten sollte[353]. Dennoch dauerte es noch

[347] SAPMO-BArch, NY 4090/548, Bl. 23, Tzschorn am 7.6.1952 an das MfAA (Abteilungsleiter Keilson).
[348] SAPMO-BArch, NY 4090/548, Bl. 28, MfAA (Keilson) am 7.8.1952 an Tzschorn.
[349] SAPMO-BArch, SgY 30/1879, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Ludwig Eisermann über seine Erinnerungen an Otto Grotewohl am 30.3.1977, S. 17.
[350] SAPMO-BArch, NY 4090/551, Bl. 1, Ministerpräsident Eggerath am 14.12.1949 an Grotewohl.
[351] SAPMO-BArch, NY 4090/551, Bl. 3, Niederschrift Tzschorns vom 3.1.1950 über das Gespräch mit Barthel.
[352] SAPMO-BArch, NY 4090/551, Bl. 6, Rau am 11.3.1950 an Grotewohl.
[353] SAPMO-BArch, NY 4090/551, Bl. 18, Grotewohl am 17.12.1951 an VVN-Generalsekretariat Berlin.

ungefähr drei Jahre, bis sich die SED-Führung dazu durchringen konnte, ein einheitliches Gedenkstättenkonzept in Auftrag zu geben. Als Nachfolgerin des Planungsministeriums gab die Staatliche Plankommission jeden Widerstand gegen das Projekt auf und schlug stattdessen vor, einen Fonds zur Finanzierung des Mahnmals zu bilden, der sich aus Spenden und Geldsammlungen speisen sollte[354]. Dazu wurde ein Kuratorium geschaffen, das Grotewohl als Vorsitzender leitete. Die konstituierende Sitzung fand am 1. April 1955 statt[355]. Für die Durchführung der bereits fest eingeplanten Bauarbeiten war eine Gesamtsumme von vier bis fünf Millionen DM (Ost) erforderlich, die nach Ansicht Grotewohls durch rasch anlaufende Spendenaktionen, wie z. B. den Verkauf von Bausteinen und Spendenmarken aufgebracht werden sollte[356]. In der Folgezeit betätigte sich Grotewohl als emsiger Spendensammler, der die DDR-Massenorganisationen wiederholt darauf hinwies, ihren Verpflichtungen nachzukommen und einen Beitrag zum Aufbau der Gedenkanlagen zu leisten. So forderte er etwa die Freie Deutsche Jugend (FDJ) zu weiteren Aktivitäten auf: „Es genügt nicht, den Verkauf der Bausteine nur zu empfehlen; für die Jugend bedeutet die Beteiligung am Aufbau Nationaler Gedenkstätten eine hohe Verpflichtung."[357] Gleichzeitig übte er scharfe Kritik am Präsidium des Nationalrats der Nationalen Front, das sich gegen die Übernahme von zwei hauptamtlichen Mitarbeitern in den Stellenplan der Nationalen Front ausgesprochen hatte[358]. Sichtlich verärgert notierte der Ministerpräsident, dass eine Entscheidung in dieser Frage nur dem Kuratorium und seinem Vorsitzenden zustehe[359].

Die Errichtung der einzelnen Gedenkstätten war mit zahlreichen Problemen verbunden, die nicht nur mit einem Organisationschaos, sondern auch mit ungeklärten Finanzierungsfragen zusammenhingen. So beanspruchte die Kasernierte Volkspolizei (KVP) zeitweise das Gelände der ehemaligen Kommandantur des Konzentrationslagers Buchenwald und das umliegende Gelände vor dem Torhaus für sich. Dagegen protestierte wiederum das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer, das bei der Konzipierung der Mahnmale beteiligt war, und verwies auf eine früher gemachte Zusage der KVP[360]. Die betreffenden Gebäude würden unmittelbar zum Lagerkomplex gehören und dürften keinesfalls aus diesem Gesamtzusammenhang herausgerissen werden. Darüber hinaus befänden sich einige Baracken bereits im Umbau und würden dringend für die Verwaltung der Gedenkstätte benötigt. Das Komitee warnte davor, dass eine Abtretung den Eingangsbereich der geplanten Anlage erheblich verkleinern und den Besucherver-

354 SAPMO-BArch, NY 4090/552, Bl. 1, Notiz Eisermanns vom 11. 1. 1955.
355 SAPMO-BArch, NY 4090/550, Bl. 14–19, Ansprache Grotewohls auf der konstituierenden Sitzung am 1. 4. 1955.
356 SAPMO-BArch, NY 4090/550, Bl. 25f., Grotewohl am 29. 4. 1955 an den Vorsitzenden des FDGB-Bundesvorstandes Herbert Warnke. Das Kuratorium hatte seine Büroräume in einem FDGB-Gebäude in zentraler Lage.
357 SAPMO-BArch, NY 4090/550, Bl. 83f., Grotewohl am 12. 4. 1956 an den Ersten Sekretär des FDJ-Zentralrates Karl Namokel.
358 SAPMO-BArch, NY 4090/550, Bl. 132f., Büro des Präsidiums des Nationalrats der Nationalen Front (Fritz Otto) am 24. 11. 1956 an Grotewohl.
359 SAPMO-BArch, NY 4090/550, Bl. 134, Notiz Grotewohls vom 7. 12. 1956.
360 SAPMO-BArch, NY 4090/552, Bl. 7f., Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer (W. Acker) am 14. 6. 1955 an Grotewohl.

kehr bei größeren Veranstaltungen ernstlich behindern würde. In dem an Grotewohl gerichteten Protestbrief betonte das Komitee außerdem noch, es gäbe „nach allen Richtungen für die KVP Erweiterungsmöglichkeiten, so dass sie keineswegs darauf angewiesen ist, sich gerade in diese Richtung des Lagers auszudehnen“[361]. Erst Ende 1958 übergab die Nationale Volksarmee (NVA) das von ihr genutzte Kasernengelände an das Kulturministerium, so dass die Gedenkstätte für den Besucherstrom weiter ausgebaut werden konnte[362].

Obwohl der Streit geschlichtet und dadurch die Gesamtanlage der Gedenkstätte erhalten werden konnte, tauchten weitere Hindernisse bei der Durchführung des Ministerratsbeschlusses vom 14. Januar 1954 über das Bauvorhaben in Buchenwald auf. Daraufhin schaltete das Büro des Ministerpräsidenten den stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle (ZKSK) Ernst Wabra ein und bat um eingehende Prüfung des Sachverhalts[363]. Der anschließend fertiggestellte Untersuchungsbericht gelangte zum Ergebnis, dass „vom Baubeginn bis heute ein stetiges Missverhältnis zwischen der Projektierung und der Ausführung“ geherrscht habe[364]. So lag etwa ein gültiger Zeitplan, der die einzelnen Bauabschnitte festhielt, nach über einem Jahr immer noch nicht vor. Des Weiteren beklagte Wabra die schlechte Arbeitsorganisation auf der Baustelle, da die Kapazitäten nicht ausgelastet seien und der Arbeitskräfteeinsatz durch Kompetenzkonflikte zwischen der Bauleitung und Vertretern der Zulieferfirma Bau-Union Erfurt erschwert werde. Dieses Verwaltungschaos werde durch die mangelhafte Kontrolle des Investitionsträgers komplettiert, so dass der Fertigstellungstermin des Bauvorhabens für April 1956 sehr in Frage gestellt sei[365]. Nachdem bekannt geworden war, dass der Rat der Stadt Weimar Haushaltsmittel für die Gedenkstätte gekürzt hatte[366], mit denen unter anderem Verwaltungsangestellte der Gedenkstätte finanziert wurden, ermahnte Grotewohl den zuständigen Oberbürgermeister Dr. Wiedemann, dass die Stadt ihrer Aufsichts- und Fürsorgepflicht in dieser Sache nachkommen müsste[367]. Dieser begründete die vorgenommenen Kürzungen unter anderem mit dem Hinweis, dass für die ausgeschriebenen Arbeitsplätze der unteren Gehaltsklassen keine Interessenten gefunden werden konnten, „da der tägliche Anmarschweg für die Betreffenden eine ganze Reihe von Schwierigkeiten mit sich bringt“[368]. Darüber hinaus unterstrich er, dass bei der ersten Haushaltsaufstellung noch keine Erfahrungswerte vorgelegen hätten, und versprach, dass sich in Zukunft die Ausarbeitung der Haushaltspläne der Gedenkstätte verbessern werde.

[361] Ebenda, Bl. 8.
[362] SAPMO-BArch, NY 4090/553, Bl. 201, stellvertretender Kulturminister Wendt am 31. 12. 1958 an Grotewohl.
[363] SAPMO-BArch, NY 4090/552, Bl. 10, Persönlicher Referent Grotewohls am 21. 6. 1955 an Wabra.
[364] SAPMO-BArch, NY 4090/552, Bl. 11f., Wabra am 14. 7. 1955 an Staatssekretär Dr. Geyer.
[365] Ebenda, Bl. 12.
[366] SAPMO-BArch, NY 4090/552, Bl. 14, Abteilungsdirektor Sepp Miller (Museum für Deutsche Geschichte) am 31. 10. 1955 an das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer. Das Museum für Deutsche Geschichte war mit der inhaltlichen Gestaltung der Ausstellungsräume in Buchenwald beauftragt worden.
[367] SAPMO-BArch, NY 4090/552, Bl. 17, Grotewohl am 21. 11. 1955 an den Oberbürgermeister von Weimar.
[368] SAPMO-BArch, NY 4090/552, Bl. 19f., Vermerk Dr. Wiedemanns vom 30. 11. 1955.

Erst Ende 1955 konnte das Kompetenzwirrwarr beseitigt und die Realisierung des Bauprojekts in Angriff genommen werden. Bereits am 4. Mai 1956 tagte das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer unter der Leitung des Ministerpräsidenten, um die Einweihung des Mahnmals vorzubereiten[369]. Die Übernahme des Vorsitzes durch Grotewohl verdeutlichte, dass sich die SED-Führung mittlerweile der Sache angenommen hatte. Ost-Berlin wollte die Querelen beenden und drängte deshalb auf einen zügigen Abschluss der Vorbereitungsarbeiten.

Obwohl die Spitze der Einheitspartei das Heft in die Hand genommen hatte, geriet das Gesamtprojekt erneut ins Stocken. Nachdem Bertolt Brecht, der ursprünglich die Texte für die Stelen des Buchenwald-Denkmals verfassen sollte, am 14. August 1956 gestorben war, musste ein anderer Autor gefunden werden. Nach längerem Suchen bat Grotewohl vier Monate später den Kulturminister Johannes R. Becher darum, die Aufgabe zu übernehmen[370]. Dieser willigte sofort ein[371] und legte umgehend seine ersten Entwürfe vor[372]. Die Entstalinisierungskrise, in der sich die SED wie auch die übrigen kommunistischen Parteien Osteuropas nach dem XX. Parteitag der KPdSU befanden, führte vermutlich dazu, dass sich die feierliche Eröffnung der lang geplanten Gedenkstätte weiter verzögerte. Allem Anschein nach wurden die Arbeiten erst Mitte 1957 wieder aufgenommen. Ein neu gebildetes Komitee für die Einweihung der Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald sollte nunmehr die Eröffnung konkret vorbereiten, die für September 1958 anvisiert wurde[373]. Das Komitee bestand aus einem von Grotewohl geleiteten Präsidium und einem Arbeitsausschuss, den der Vorsitzende des Büros des Präsidiums des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer und spätere Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser (SED), leitete[374]. Während die DDR-Regierung auf die desolate Lage der westdeutschen Gedenkstätten und auf die Schändungen jüdischer Friedhöfe seit 1945 hinwies[375], musste sie sich noch vor der feierlichen Eröffnung des Mahnmals auf dem Ettersberg mit der mutwilligen Beschädigung von aufgestellten Stelen beschäftigen. Da die örtlichen Polizeikräfte nach Mitteilung von Oberbürgermeister Dr. Wiedemann nicht ausreichten, sprach sich Grotewohl gegenüber dem zuständigen Innenministerium mehrmals für einen besseren Polizeischutz aus[376]. Außerdem wurde das Ministerium für Staatssicherheit eingeschaltet, um die Täter zu ermitteln. Neben diesen Sicherheitsfragen tauchten im Sommer 1957 neue technische Probleme auf, denn die Verkehrsanbindung zwischen Weimar und dem Ettersberg musste dringend modernisiert werden[377].

[369] SAPMO-BArch, NY 4090/552, Bl. 28f., Niederschrift der Sitzung vom 4.5.1956 von Hans Tzschorn.
[370] SAPMO-BArch, NY 4090/552, Bl. 33, Grotewohl am 17.12.1956 an Becher.
[371] SAPMO-BArch, NY 4090/552, Bl. 34, Becher am 19.12.1956 an Grotewohl.
[372] Ebenda, Bl. 53f.
[373] SAPMO-BArch, NY 4090/552, Bl. 70, Notiz über Tagungsablauf der konstituierenden Sitzung des Komitees für die Einweihung der Internationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald am 3.6.1957.
[374] SAPMO-BArch, NY 4090/552, Bl. 87, Protokoll der konstituierenden Sitzung vom 3.6.1957.
[375] Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/552, Bl. 72–74, hier Bl. 72, Hinweise für die konstituierende Sitzung des Komitees für die Einweihung der Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald.
[376] SAPMO-BArch, NY 4090/552, Bl. 99, Tzschorn am 13.6.1957 an Innenminister Karl Maron; ebenda, Bl. 105, Tzschorn am 18.7.1957 an MdI (Staatssekretär Grünstein).
[377] SAPMO-BArch, NY 4090/552, Bl. 101, Tzschorn am 28.6.1957 an den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Erfurt, Gebhardt. Dieser sicherte den rechtzeitigen Abschluss der Straßen-

Die SED-Führung beabsichtigte mit der Eröffnungszeremonie, die auf den 14. September 1958 festgesetzt wurde, auf die vermeintlich antifaschistische Grundausrichtung der DDR erneut aufmerksam zu machen und dazu eine massive Propagandaoffensive zu starten. Auf diese Weise sollte ein öffentliches Bekenntnis zum Frieden abgegeben werden und die Einheitspartei als Sachwalterin des Widerstandskampfes gegen Hitler-Deutschland erscheinen. Obwohl Grotewohl vom 9. August bis zum 10. September zur Erholung am Schwarzen Meer weilte[378], ließ er sich über die Vorbereitungen auf dem Laufenden halten und erstellte die endgültige Fassung seiner Rede für die Gedenkveranstaltung[379]. An der Großveranstaltung sollten ungefähr 80000 Menschen auf dem Ettersberg teilnehmen, darunter 3000 Gäste aus dem Ausland sowie 2000 Gäste aus der Bundesrepublik[380]. Im Mittelpunkt der Feierlichkeiten stand eine Ansprache Grotewohls, in der er den Widerstandskampf gegen das NS-Regime zum Volkskampf stilisierte und das Gedenken an die Opfer mit der Mahnung für den Frieden verband[381]. Letzteres verstand er ausdrücklich als Kampfansage an Pläne zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr. Darüber hinaus unterstrich er, dass die Sowjetunion nicht nur das Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft herbeigeführt habe, sondern auch ein Garant des Friedens sei. Die Gedenkstätte Buchenwald sollte letztlich auch zu einem symbolträchtigen Zeichen der „Freundschaft" zur Hegemonialmacht werden. Den Abschluss der Gedenkveranstaltung bildete das Gelöbnis, das Wolfgang Langhoff stellvertretend für die versammelten Teilnehmer sprach: „Wenn wir uns gemeinsam schützend vor das Leben stellen, wird Frieden sein in der Welt."[382] Anschließend stiegen rund 10000 Tauben in den Himmel, und die DDR-Hymne beendete die feierliche Einweihung der Gedenkstätte. Nach den Vorstellungen der SED-Führung sollte die groß angelegte Zeremonie Ausstrahlungskraft für die Bundesrepublik entfalten, die in einem Appell aufgefordert wurde, den „Schwur von Buchenwald" zu verwirklichen, den Frieden zu sichern und die nationale Einheit wiederherzustellen[383]. Auf diese Weise wollte das Politbüro Einfluss nehmen auf die bereits im Niedergang befindliche außerparlamentarische Protestbewegung „Kampf dem Atomtod", die sich in Westdeutschland auf Initiative der SPD und mit Unterstützung von Gewerkschaften, Theologen und Wissenschaftlern formiert hatte. Die Eröffnung der Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald war der Auftakt zu weiteren Veranstaltungen. So eröffnete etwa die Witwe von Ernst Thälmann, Rosa Thälmann, am 12. September 1959 die Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Ravensbrück[384].

bauarbeiten bis zur Einweihung des Mahnmals zu. Ebenda, Bl. 103f., Gebhardt am 16.7.1957 an Tzschorn.

[378] SAPMO-BArch, NY 4090/10, Bl. 341–345, Taschenkalender Grotewohls von 1958.

[379] SAPMO-BArch, NY 4090/237, Bl. 93, handschriftlicher Vermerk Grotewohls für Tzschorn vom 19.8.1958. Aus seinem Urlaubsort gab er im Übrigen auch Anweisungen für eine Rede, die er auf der ZK-Sitzung am 18./19.9.1958 halten wollte. Aus den telefonisch übermittelten Stichworten sollte Fred Stempel einen ersten Redeentwurf verfassen. SAPMO-BArch, NY 4090/238, Bl. 422–425, Inhalt des Telefonats mit Grotewohl am 27.8.1958.

[380] SAPMO-BArch, NY 4090/552, Bl. 169–171, hier Bl. 169, Notiz über Besprechung am 2.12.1957.

[381] Rede Grotewohls zur Weihe der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald am 14.9.1958, in: Grotewohl, Im Kampf um eine einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. VI, S. 7–14.

[382] ‚Neues Deutschland' vom 15.9.1958, S. 1.

[383] ‚Neues Deutschland' vom 16.9.1958, S. 1.

[384] Schwarz, Zur Gedenkstätte Ravensbrück, S. 156.

3. Wirtschafts- und Sozialpolitik zwischen Planungseuphorie und Krisenbewältigung

Grotewohl und die Reparationen an die Sowjetunion

Der wirtschaftliche Aufbau der DDR vollzog sich unter erschwerten Bedingungen, wobei vor allem drei Faktoren zu nennen sind. Erstens belasteten die sowjetischen Reparationsansprüche die ostdeutsche Wirtschaft in erheblichem Maße[385]. Die Hochphase der Demontagen war zwar mit der Staatsgründung weitgehend abgeschlossen; dafür machte sich aber immer mehr die sowjetische Kontrolle in zahlreichen Betrieben der Schwerindustrie bemerkbar. So produzierten die Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) primär für den Bedarf der Besatzungsmacht. Diese Betriebe, hauptsächlich im Stein- und Braunkohlenbergbau, in der Stahl- und Hüttenindustrie, aber auch im Maschinenbau, gab die Sowjetunion erst 1954/55 zurück. Einzige Ausnahme blieb die Wismut AG bzw. ab 1954 die Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft (SDAG) Wismut. Der Uranbergbau in Sachsen und Teilen Thüringens, der in den ersten Nachkriegsjahren unter katastrophalen Bedingungen aufgebaut wurde, hatte für die Moskauer Führung oberste Priorität, denn er diente dem sowjetischen Atombombenprogramm. In diesem zentralen rüstungs- und militärpolitischen Bereich befand sich die osteuropäische Supermacht gegenüber den USA im Hintertreffen und konnte den amerikanischen Vorsprung im atomaren Wettstreit erst 1949 mit der Zündung einer eigenen Atombombe egalisieren. Mit der Erschließung neuer Uranerzvorkommen sowie im Zuge der Mechanisierung der Grubenanlagen sank die Bedeutung der im Erzgebirge liegenden Schachtanlagen. Ab Mitte der fünfziger Jahre wurden unrentable Produktionsstätten geschlossen, was unter anderem auch einen rapiden Rückgang der Arbeitskräfteanforderungen zur Folge hatte[386]. Dennoch waren die ökonomischen und sozialen Folgen enorm: Arbeitskräfte wurden in großem Maße aus anderen Betrieben abkommandiert bzw. abgeworben und in den Uranbergbau gelenkt. Knappe Ressourcen, wie z. B. Baumaterialien, Maschinen, Werkzeug und Bekleidung flossen häufig zur Wismut AG, die gegenüber den anderen Wirtschaftsbranchen bevorzugt behandelt wurde. Des Weiteren musste die wachsende Zahl an Strahlenopfern medizinisch versorgt werden, die oftmals ihren Beruf nicht weiter ausüben konnten und in Frührente gehen mussten. Schließlich belastete aber die Existenz der Wismut AG das Verhältnis zwischen der sowjetischen Besatzungsmacht und der ostdeutschen Bevölkerung. Reparationen und Demontagen hatten somit negative Auswirkungen auf die Akzeptanz des SED-Regimes und stellten die Legitimation der von außen errichteten Herrschaft in Frage.

Zweitens kam die unmittelbare Nähe zur Bundesrepublik und damit zum ordnungspolitischen Gegenmodell als weitere Belastung für die ökonomische Entwicklung der DDR hinzu. Die SED-Führung begann zwar frühzeitig damit, ein

[385] Vgl. zum folgenden: Karlsch, Allein bezahlt?; Karlsch/Bähr, Die Sowjetischen Aktiengesellschaften; Karlsch, Die Auswirkungen der Reparationsentnahmen; Karlsch/Laufer, Sowjetische Demontagen in Deutschland; Karlsch/Zemann, Urangeheimnisse; Steiner, Von Plan zu Plan, S. 24–35.

[386] Hoffmann, Aufbau und Krise der Planwirtschaft, S. 308–348.

rigides Grenzregime gegenüber der Bundesrepublik aufzubauen, das die ungehinderte Abwanderung von DDR-Bewohnern stoppen sollte[387]. Eine hermetische Abriegelung gelang zunächst aber nicht, da über West-Berlin ein offenes Tor nach Westdeutschland bestand, das erst 1961 zugemauert wurde. Das bedeutete, dass nicht nur soziale Kontakte zwischen beiden Teilen Deutschlands in den fünfziger Jahren bis zum Mauerbau möglich waren. Auch die wirtschaftlichen Beziehungen von Betrieben im Grenzgebiet, die noch einige Zeit über regionale Absatz- und Arbeitsmärkte beiderseits der innerdeutschen Grenze verfügten, brachen nicht sofort ab. Darüber hinaus kam der innerdeutsche Handel mit der doppelten Staatsgründung 1949 nicht zum Erliegen, auch wenn sich die Bedingungen in den folgenden Jahren deutlich verschlechterten[388]. Trotzdem begann die SED-Führung schon recht bald damit, den wirtschaftlichen Kontakt zum „Klassenfeind" im Westen zu unterbinden. Angesichts der Blockbildung und der sich beschleunigenden Ostintegration sollte die DDR-Wirtschaft von westlichen und westdeutschen Lieferungen unabhängig gemacht werden. In dem Zusammenhang wurde etwa der ostdeutsche Handel ab 1948 grundlegend umstrukturiert und auf die wirtschaftlichen Interessen der Sowjetunion ausgerichtet[389]. Auf der anderen Seite entwickelte sich der westdeutsche Wohlfahrtsstaat spätestens ab Mitte der fünfziger Jahre zum Referenzmodell für die DDR-Bevölkerung, an dem die Leistungen der ostdeutschen Planwirtschaft gemessen wurden.

Drittens hatte die ordnungspolitische Weichenstellung zugunsten des Aufbaus einer Zentralverwaltungswirtschaft langfristige Folgen für die ostdeutsche Wirtschaft[390]. Diese war bereits vor der Staatsgründung in enger Absprache zwischen sowjetischer Besatzungsmacht und SED-Führung vollzogen worden. Der Aufbau einer neuen Wirtschaftsordnung, die sich am sowjetischen Modell anlehnte, ging bis 1949 einher mit drastischen Maßnahmen gegen die sogenannten Junker und Großbauern sowie gegen die Unternehmer. Mit Hilfe der Bodenreform und der Verstaatlichung der Grundstoffindustrie waren zentrale Wirtschaftszweige enteignet bzw. verstaatlicht worden. Zahlreiche Bauern und Firmeninhaber flohen daraufhin in den Westen Deutschlands, was der Einheitspartei zunächst durchaus entgegenkam. An ihre Stelle traten nämlich die sogenannten Neubauern und neu ernannten Leiter in den umgewandelten volkseigenen Betrieben (VEB). Die Kehrseite dieses gezielt herbeigeführten Personal- und Elitenwechsels war der unmittelbar danach auftretende Mangel an ausgebildetem Leitungspersonal und professionellem Fachwissen. Schon bald musste die SED-Führung erkennen, dass nicht in allen Bereichen von Wirtschaft und Verwaltung auf die früheren Experten verzichtet werden konnte. Gleichwohl blieb der einmal beschrittene Weg unumkehrbar, auch wenn die SED noch mehrmals den Versuch unternahm, Fachpersonal zurückzugewinnen, das in die Bundesrepublik geflohen war.

Während sich der deutsch-deutsche Systemwettstreit und der Aufbau der Planwirtschaft erst mittel- und langfristig auf die DDR-Wirtschaft auswirkten, hatten

[387] Zu den Maßnahmen der SED im Einzelnen: van Melis/Bispinck, „Republikflucht", S. 47–71.
[388] Vgl. hierzu ausführlich: Fässler, Durch den „Eisernen Vorhang".
[389] Ahrens, Gegenseitige Wirtschaftshilfe?, S. 90f.
[390] Vgl. Buchheim, Kriegsfolgen und Wirtschaftswachstum in der SBZ/DDR; ders., Die Wirtschaftsordnung als Barriere des gesamtwirtschaftlichen Wachstums in der DDR.

die Demontagen und die Reparationsentnahmen sofort unmittelbare Folgen für die laufende Produktion. So schränkten die Anforderungen der sowjetischen Besatzungsmacht, die häufig unregelmäßig und nicht aufeinander abgestimmt waren, die Handlungsspielräume der DDR-Regierung spürbar ein. Das hatte schon vor 1949 zu erheblichen Kapazitätseinbußen in einigen Wirtschaftsbranchen geführt[391]. Darauf musste die ostdeutsche Verwaltung oftmals mit Ad-hoc-Maßnahmen reagieren, die wiederum den geordneten Übergang von der Zwangsbewirtschaftung zur zentralen Wirtschaftsplanung erschwerten. Sowohl die DWK-Leitung als auch die DDR-Regierung standen letztlich vor einem schier unlösbaren Zielkonflikt: Auf der einen Seite hatten sie die sowjetischen Reparationsforderungen zu erfüllen, auf der anderen Seite sollten sie für den wirtschaftlichen Aufbau des Landes sorgen.

Mit der Bildung der DDR-Regierung kam die seit Juni 1948 noch im Aufbau befindliche Hauptverwaltung für Reparationen, die auf Initiative der SMAD gegründet worden war[392] und dem DWK-Vorsitzenden Heinrich Rau unterstand, in den Zuständigkeitsbereich von Ministerpräsident Grotewohl. Mit dieser Maßnahme sollte sichergestellt werden, dass die sowjetischen Reparationsansprüche auch weiterhin auf höchster politischer Ebene behandelt wurden. Durch den Leiter des Amtes für Reparationen, Bernd Weinberger, erhielt Grotewohl stets die regelmäßigen Berichte über die Durchführung des Reparationsplanes[393], denn er brauchte diese Informationen für seine häufigen Gespräche bei der SMAD-Spitze in Karlshorst. Bei den Treffen mit den führenden Vertretern der sowjetischen Besatzungsmacht ging es auch noch Anfang der fünfziger Jahre um die Erfüllung der Reparationsforderungen. Das Amt für Reparationen berichtete nicht nur ausführlich über den Stand der Dinge, sondern koordinierte letztlich die Reparationsarbeiten zwischen den Industrieministerien in Berlin und den Ländern der sowjetischen Besatzungszone. Dabei nahm das Amt mitunter Veränderungen innerhalb des vorgegebenen Reparationsplanes vor, die sich an den wirtschaftlichen Gegebenheiten orientierten[394]. Diese flexible und eigenständige Arbeitsweise ließ sich Weinberger von Grotewohl absegnen[395]. Da jedoch das Ministerium für Industrie teilweise Reparationsangelegenheiten in seinem Zuständigkeitsbereich bearbeitete, gab es Abstimmungsbedarf mit dem Amt für Reparationen, so dass das Büro des Ministerpräsidenten vermittelnd eingreifen musste[396]. Dazu war etwa eine gemeinsame Beratung bei Grotewohl am 28. Juli 1950 geplant, an der nicht nur die beteiligten Ressortleiter, sondern auch die fünf Ministerpräsidenten und führende Vertreter der SMAD teilnehmen sollten[397]. Der SKK-Vorsitzende Wassili I. Tschujkow hatte Grotewohl bereits Anfang 1950 in die Pflicht genommen, als er ihm den Gesamt-

[391] Durch Demontagen verlor etwa die Kraftfahrzeugindustrie 80 Prozent ihrer bei Kriegsende noch vorhandenen Kapazitäten. Bei der Eisenerzeugung und im Werkzeugmaschinenbau waren es 75 Prozent, in der Elektroindustrie und in der Optischen Industrie immerhin noch 66 Prozent. In der Chemischen Industrie lag der prozentuale Rückgang bei 50 Prozent und beim Braunkohlenbergbau bei 33 Prozent. Steiner, Von Plan zu Plan, S. 29.

[392] Karlsch, Allein bezahlt?, S. 180.

[393] SAPMO-BArch, NY 4090/338, Bl. 49, Weinberger am 23. 1. 1950 an Grotewohl.

[394] SAPMO-BArch, NY 4090/338, Bl. 71, Weinberger am 20. 5. 1950 an Grotewohl.

[395] SAPMO-BArch, NY 4090/338, Bl. 73, Grotewohl am 8. 6. 1950 an das Amt für Reparationen.

[396] SAPMO-BArch, NY 4090/338, Bl. 74, Tzschorn am 19. 6. 1950 an Weinberger.

[397] SAPMO-BArch, NY 4090/338, Bl. 76, Notiz vom 20. 7. 1950; ebenda, Bl. 77, Rundbrief Dr. Geyers vom 21. 7. 1950.

umfang der Lieferungen für das laufende Jahr in Höhe von 970 Millionen DM (Ost) mitteilte[398]. Der Ministerpräsident sollte nämlich Anweisungen über Umfang und Durchführung der Reparationslieferungen an die zuständigen Ministerien, Ämter und Staatsorgane der ostdeutschen Länder geben. Mit der Übernahme von Verwaltungsfunktionen durch die DDR-Regierung verband Tschujkow die Aufforderung, „dass von Ihnen alle notwendigen Maßnahmen zur Sicherung der Durchführung des Reparationsplanes in den festgelegten Fristen getroffen werden"[399]. Da Karlshorst Quartalsberichte über den Erfüllungsstand der Reparationen verlangte, lud Grotewohl die beteiligten Ressorts regelmäßig zu Beratungen ein[400]. Unter seiner Leitung fasste die Provisorische Regierung im Übrigen einen Beschluss, der konkrete Anweisungen für die einzelnen Minister zur Durchführung des Reparationsplanes enthielt[401].

Der Schlüssel zur Reduzierung der Reparationsleistungen lag in Moskau. Nach außen hin versuchte die SED-Führung den Eindruck zu vermitteln, als ob sie mit der sowjetischen Führung über dieses heikle Thema verhandle. Nachdem das Politbüro am 9. Mai beschlossen hatte, gegenüber der Besatzungsmacht die Bitte zu äußern, die Reparationsverpflichtungen zu vermindern[402], richtete Grotewohl ein entsprechendes Schreiben an Stalin[403], das einige Tage später im ‚Neuen Deutschland' abgedruckt wurde. In seinem Antwortschreiben zeigte sich der Kremlchef entgegenkommend und erklärte, dass die sowjetische Regierung „in Übereinstimmung mit der Regierung der Polnischen Republik den Beschluss gefasst [hat], die verbleibende Restssumme der Reparationszahlungen um 50 %, d. h. auf 3,171 Millionen [sic] Dollar herabzusetzen"[404]. Diese Mitteilung hatten Pieck, Grotewohl und Ulbricht bereits einige Tage zuvor erhalten, als sie sich in Moskau aufhielten, um mit der Moskauer Führung über die Vorbereitung des 3. Parteitages zu sprechen. In diesem Spitzengespräch kündigte Stalin mit Blick auf die Oktoberwahlen 1950[405] eine Halbierung der noch ausstehenden Reparationsschulden an[406], die anschließend in dem förmlichen Briefwechsel offiziell dokumentiert werden sollte[407].

398 Schreiben Tschujkows an Grotewohl vom 4.1.1950, in: DzD. II/3 (unveröffentlichte Dokumente), S. 501f. Die Besatzungskosten sollten sich für 1950 auf insgesamt 2 Milliarden DM (Ost) belaufen. Notizen Piecks über Besprechung mit Tschujkow und Semjonow am 22.12.1949, in: Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 320.

399 Schreiben Tschujkows an Grotewohl vom 4.1.1950, in: DzD. II/3 (unveröffentlichte Dokumente), S. 502.

400 SAPMO-BArch, NY 4090/327, Bl. 110, Grotewohl am 13.4.1950 an Rau; SAPMO-BArch, NY 4090/423, Bl. 171, Fernschreiben Grotewohls vom 13.4.1950 an die fünf Ministerpräsidenten.

401 Beschluss der Provisorischen Regierung vom 9.2.1950, in: DzD. II/3 (unveröffentlichte Dokumente), S. 587–589.

402 BAB, DC 20/15443, Bl. 3, Ulbricht am 10.5.1950 an Grotewohl.

403 Schreiben Grotewohls vom 11.5.1950 an Stalin, in: DzD. II/3 (veröffentlichte Dokumente), S. 183.

404 BAB, DC 20/15443, Bl. 10, Stalin am 15.5.1950 an Grotewohl. Bei der Übersetzung des Briefes muss Fred Oelßner ein Fehler unterlaufen sein, da es sich um 3,171 Milliarden Dollar handeln muss.

405 Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 71.

406 Aufzeichnung des Gesprächs Stalins mit der SED-Führung (Pieck, Grotewohl, Ulbricht) am 4.5.1950, in: Bonwetsch, Stalin und die Vorbereitung des 3. Parteitages der SED, S. 583–607, hier S. 592.

407 Die Moskauer Führung plante die Veröffentlichung des Briefwechsels in der sowjetischen Presse. BAB, DC 20/15443, Bl. 17, Chiffre-Telegramm der DDR-Botschaft in Moskau vom 16.5.1950 an das MfAA (Panzerschranksache!).

Obwohl Moskau in der Reparationsfrage Ost-Berlin entgegengekommen war, stellten die sowjetischen Forderungen nach wie vor eine große Belastung für die ostdeutsche Wirtschaft dar. So musste Grotewohl gegenüber Stalin einräumen, dass bei einigen Aufträgen die Gefahr bestünde, dass sie nicht rechtzeitig erfüllt werden könnten[408]. Daraufhin ließ der sowjetische Diktator mitteilen, dass seine Regierung bereit sei, diese Reparationsaufträge durch andere zu ersetzen[409]. Gleichzeitig musste die DDR-Regierung Karlshorst um Hilfe bitten, da für einige Leistungslieferungen Zuarbeiten der SAG-Betriebe erforderlich waren[410]. Darüber hinaus sah sich die DDR sogar dazu gezwungen, Stahl- und Metallerzeugnisse einzuführen, um den Verpflichtungen nachkommen zu können, was aufgrund der Devisenknappheit jedoch nur begrenzt möglich war. Ein interner SKK-Bericht, den Grotewohl anlässlich eines Treffens ausgehändigt bekam, hielt fest, dass die „äußerst mangelhafte Erfüllung des Importplanes für die erste Hälfte des Jahres 1950 für Schwarz- und Buntmetalle und insbesondere für Qualitätsstahl [...] die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen der DDR an die UdSSR für das 2. Halbjahr" gefährde. Grotewohl, dem es schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit gelungen war, einzelne Werke von regionaler Bedeutung vor der Totaldemontage zu bewahren[411], machte sich nunmehr für eine Verschiebung der Reparationsaufträge stark[412]. Bei ihm rissen jedoch die Hiobsbotschaften nicht ab: Das Amt für Reparationen und einzelne Ministerien machten wiederholt deutlich, es sei nicht auszuschließen, dass zahlreiche Reparationsaufträge nicht erfüllt werden könnten. Grotewohl wurde gebeten, an die Leitung der SKK heranzutreten, um auf die drohenden Lieferengpässe hinzuweisen und um Unterstützung zu bitten[413]. Daraufhin wandte sich der DDR-Ministerpräsident an den SKK-Vorsitzenden und deutete vorsichtig an, dass die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen im Jahr 1951 wesentlich erleichtert würde, wenn der Reparationsplan den zuständigen deutschen Stellen bereits im November 1950 mitgeteilt werden könnte[414]. Zur Begründung gab Grotewohl an: „Die für die Durchführung der Reparationslieferungen in Frage kommenden Betriebe könnten dann bereits Ende dieses Jahres und zu Beginn des Jahres 1951 die erforderlichen Arbeitsvorbereitungen treffen, und es würde der bisher in den ersten Monaten des Jahres vielfach beobachtete, die Gesamterfüllung des Reparationsplanes gerade in wesentlichen Punkten gefährdende Leerlauf in diesen Betrieben vermieden." Obwohl zu diesem Zeitpunkt bereits Konferenzen stattfanden, auf denen Kommunikationsprobleme zwischen Karlshorst

[408] BAB, DC 20/15443, Bl. 33f., Grotewohl am 3.11.1950 an Stalin.
[409] BAB, DC 20/15443, Bl. 42, Grotewohl am 17.11.1950 an Stalin.
[410] BAB, DC 20/15443, Bl. 41, Grotewohl am 16.11.1950 an den Leiter der Verwaltung für das Sowjetische Eigentum in Deutschland in Berlin-Weissensee, Trofimow.
[411] Dabei handelte es sich beispielsweise um den Fall des Zementwerkes Goeschwitz bei Jena, das für die sächsische und thüringische Brennstoffindustrie eine Schlüsselposition einnahm. Karlsch, Allein bezahlt?, S. 69.
[412] Das ist zumindest den handschriftlichen Randbemerkungen zu entnehmen, die er bei einem Bericht anbrachte. SAPMO-BArch, NY 4090/338, Bl. 95–114, hier Bl. 96, Disposition vom 27.7.1950 zum Bericht über die Erfüllung des Reparationsplanes im 1. Halbjahr 1950.
[413] SAPMO-BArch, NY 4090/338, Bl. 122, Notiz Tzschorns vom 28.7.1950.
[414] SAPMO-BArch, NY 4090/338, Bl. 124f., Grotewohl am 31.7.1950 an Tschujkow. Erstmals abgedruckt in: DzD. II/3 (unveröffentlichte Dokumente), S. 898f.

und Ost-Berlin besprochen wurden[415], machte das Bittschreiben deutlich, dass die sowjetischen Anforderungen nach wie vor kurzfristig und ohne Abstimmung erfolgten.

Gegenüber der SKK sprach sich Grotewohl auch dafür aus, die Konditionen der Reparationszahlungen vertraglich zu fixieren. Dieser Vorstoß schien erfolgversprechend zu sein, da einzelne Mitarbeiter der sowjetischen Besatzungsverwaltung Zustimmung signalisierten[416]. Gleichzeitig räumte die ostdeutsche Regierung der Erfüllung der Reparationsverpflichtungen absoluten Vorrang zu Lasten anderer Aufgaben ein. Ein entsprechender Regierungsbeschluss vom 3. August 1950 sah ein strenges Kontingentierungssystem, die Mobilisierung der inneren Reserven sowie die Bildung eines Devisensonderfonds zugunsten des Reparationsplans vor[417]. Während sich die Regierung Grotewohl weitgehend erfolgreich darum bemühte, die Absprachen mit den sowjetischen Stellen zu verbessern, waren ihr auf einem anderen Gebiet die Hände gebunden. Das betraf vor allem die Lieferung von Rohstoffen und Zwischenprodukten aus Westdeutschland bzw. Westeuropa, die im Zuge des Kalten Krieges zum Erliegen gekommen waren. Da die DDR auf diese Vorleistungen angewiesen war und über keine nennenswerten Devisen verfügte, um sie auf dem Weltmarkt zu erwerben, drohte die Produktion einiger Reparationsgüter ernsthaft in Gefahr zu geraten. Kurzfristig erhielten ostdeutsche Betriebe Dollarreserven, um Bareinkäufe zu tätigen, wobei die SAG-Betriebe den mit Abstand größten Teil des Devisenkuchens erhielten, der somit auch der Kontrolle durch das Amt für Reparationen entzogen wurde[418]. Ost-Berlin blieb zunächst nichts anderes übrig, als die Verwendung der knappen Ressourcen in der DDR zu kontrollieren und somit „jeden unrationellen Verbrauch" zu unterbinden[419]. Um die ausgebliebenen Westlieferungen von Roheisen und Walzstahl zu ersetzen, wies Grotewohl das Ministerium für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung an, Vertragsverhandlungen mit der ČSR, Polen und Ungarn aufzunehmen[420]. Die sozialistischen Bruderstaaten sollten dazu beitragen, dass die DDR ihren Reparationsverpflichtungen gegenüber der Sowjetunion nachkam, was sich als nahezu undurchführbar erwies. Im Herbst 1950 war die DDR in eine Reparationskrise gerutscht, weil sie nicht mehr in der Lage war, den im Plan vorgesehenen Verpflichtungen nachzukommen. Wie sehr sich die Lage mittlerweile zugespitzt hatte, veranschaulicht ein Schreiben Grotewohls an den Staatssekretär im Finanzministerium, Willy Rumpf, der kurzfristig aus den Devi-

[415] SAPMO-BArch, NY 4090/338, Bl. 126–128, Wortlaut der Konferenzbeschlüsse vom 28. 7. 1950 zur Verbesserung der Erfüllung des Reparationsplanes. Erstmals abgedruckt in: DzD. II/3 (unveröffentlichte Dokumente), S. 900f. An diesem Treffen, das von Grotewohl geleitet wurde, nahmen mehrere SKK-Vertreter teil, unter anderem der Erste Stellvertretende Vorsitzende der SKK für Industrie Michail J. Pereliwtschenko.

[416] SAPMO-BArch, NY 4090/338, Bl. 131, Notiz vom 2. 8. 1950.

[417] Karlsch, Allein bezahlt?, S. 188.

[418] Ebenda.

[419] SAPMO-BArch, NY 4090/338, Bl. 145–149, hier Bl. 149, Grotewohl am 7. 8. 1950 an Tschujkow. Erstmals abgedruckt in: DzD. II/3 (unveröffentlichte Dokumente), S. 908–910.

[420] SAPMO-BArch, NY 4090/423, Bl. 193f., Grotewohl am 6. 10. 1950 an Minister Handke. Grotewohl hatte mit Handke zuvor eine ausführliche Besprechung am 30. 8. 1950 geführt. SAPMO-BArch, NY 4090/338, Bl. 178–180, Notiz Grotewohls über Treffen mit Handke am 30. 8. 1950.

senbeständen seines oder eines anderen Ministeriums 1,5 Millionen US-Dollar zur Verfügung stellen sollte[421].

Die Haushaltsprobleme eskalierten unter anderem auch, weil die DDR im Frühjahr 1950 23 Betriebe zurückbekam, die sich zuvor im sowjetischen Eigentum befunden hatten. Dafür musste die ostdeutsche Seite 74,9 Millionen DM (Ost) zahlen, wobei der Kaufpreis von Mitarbeitern des Ministeriums für Schwerindustrie stark angezweifelt wurde[422]. Erst ein Machtwort Grotewohl beendete die Debatte und führte letztlich dazu, dass die Übernahmeverhandlungen abgeschlossen werden konnten. Nachdem eine erste Rückgabeaktion bereits Anfang 1947 erfolgt war[423], reduzierte sich Anfang 1952 nochmals der Bestand an SAG-Betrieben, als die DDR 66 Betriebe von der Sowjetunion abkaufte. Insgesamt musste die DDR für die Werke fast 1,75 Milliarden DM (Ost) zu laufenden Preisen auf den Tisch legen[424]. Die Eingliederung der früheren SAG-Betriebe in die ostdeutsche Wirtschaft verlief keineswegs konfliktfrei, da etwa das Ministerium für Maschinenbau auch nach drei Monaten noch keinen Plan für die von ihm übernommenen Betriebe vorlegen konnte, die ihre Produktion aufgrund der genehmigten Betriebspläne fortsetzen sollten[425]. Deshalb sah sich die Staatliche Plankommission nicht in der Lage, die Pläne der anderen Ministerien und Staatssekretariate zu bestätigen.

Die SAG-Betriebe entwickelten sich immer mehr zum Hemmschuh für die ostdeutsche Planwirtschaft, die sich Anfang der fünfziger Jahre noch im Aufbau befand. Das Ziel, die Verteilung der Ressourcen und knappen Güter zentral zu planen und zu steuern, wurde oft unterlaufen. So hatte Grotewohl auf Beschluss des Ministerrates einen Sonderbeauftragten für den Kesselwagenverkehr ernannt[426], um die Bereitstellung und den Umlauf von Kesselwagen zu organisieren[427]. Die Leitungen der SAG-Betriebe weigerten sich jedoch, ihre Bestände offenzulegen, und verlangten eine entsprechende Anweisung der für sie zuständigen Verwaltung für sowjetisches Eigentum[428]. Da die Mehrzahl der in der DDR befindlichen Kesselwagen von SAG-Betrieben benutzt wurden, drohte die einheitliche Registrierung zu scheitern[429].

Während bis 1948 faste alle Wirtschaftsbereiche, inklusive der Landwirtschaft, Reparationsleistungen für die Besatzungsmacht zu erbringen hatten, rückten nach der Staatsgründung Erzeugnisse des Schwermaschinen-, Schiffs- und Schienenfahrzeugbaus in den Mittelpunkt des Interesses[430]. Dabei erhielt der Ministerpräsident vereinzelt Erfolgsmeldungen: Der Minister für Industrie hatte ihm berichtet,

421 SAPMO-BArch, NY 4090/423, Bl. 195, Grotewohl am 6. 10. 1950 an Rumpf.
422 Karlsch, Allein bezahlt?, S. 131.
423 Steiner, Von Plan zu Plan, S. 31.
424 Karlsch, Allein bezahlt?, S. 131.
425 SAPMO-BArch, NY 4090/358, Bl. 10–12, Leuschner am 3. 11. 1952 an Grotewohl.
426 Verordnung über den Kesselwagenverkehr vom 14. 8. 1950, in: Gesetzblatt der DDR 1950, S. 835f.
427 BAB, DC 20/15470, Bl. 9, Grotewohl am 8. 11. 1950 an Kabulow (Chef der Verwaltung für sowjetisches Eigentum im Ausland).
428 BAB, DC 20/15470, Bl. 1, Sonderbevollmächtigter für den Kesselwagenverkehr am 10. 10. 1950 an die Regierungskanzlei (Schaul).
429 BAB, DC 20/15470, Bl. 7, Mitteilung der Regierungskanzlei (HA Regierungsangelegenheiten) am 16. 10. 1950 an Tzschorn.
430 Steiner, Von Plan zu Plan, S. 32.

dass die im Rahmen der Reparationen vereinbarte Lieferung von Loggern abgeschlossen werden konnte, die zum Fischfang benötigt wurden[431]. Damit standen die Aussichten gut, dass die neu produzierten Logger der ostdeutschen Fischwirtschaft zur Verfügung gestellt werden konnten. Auf der anderen Seite gab es ein Jahr später erhebliche Schwierigkeiten bei den Reparaturen sowjetischer Schiffe in den Werftanlagen von Wismar und Warnemünde, da die vereinbarten Fristen nicht eingehalten wurden. Daraufhin äußerte Tschujkow die dringende Bitte, das Ministerium für Maschinenbau und die Werften zu beauftragen, „sämtliche Arbeiten unter besondere Kontrolle zu nehmen, sowie auch die Lieferungen von Einrichtungen für die genannten Schiffe und die Fertigstellung dieser Schiffe im November und Dezember 1951 sicherzustellen"[432]. Grotewohl leitete die Kritik an den zuständigen Minister für Maschinenbau weiter, den er sogar persönlich für die Durchführung der Reparationsaufträge verantwortlich machte[433]. Darüber hinaus schaltete er den Leiter des Amtes für Reparationen ein, um die fristgerechte Beendigung der Reparaturarbeiten zu kontrollieren[434]. Im Rahmen des Reparationsplanes besaß die Lieferung von Schiffen im Übrigen oberste Priorität: So bestätigte Grotewohl Ende 1951 den Auftrag zur Produktion von acht bis zehn Schiffen für die UdSSR; die entsprechenden Vertragsverhandlungen liefen auf deutscher Seite über das Amt für Reparationen[435]. Doch auch hier benötigte die DDR sowjetische Unterstützung: Für die Schiffsproduktion in den ostdeutschen Werften mussten nämlich Schiffsbleche aus der Sowjetunion importiert werden, die oftmals vom zuständigen Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel nicht rechtzeitig besorgt werden konnten[436]. Der akute Materialengpass veranlasste den Ministerpräsidenten, bei der SKK vorstellig zu werden[437], die sich bereit erklärte, der DDR eine geringe Menge an Schiffsblechen zu überlassen. Die vereinbarte Maßnahme stellte jedoch nur eine improvisierte Notlösung dar und konnte den Bedarf der Werften an Rohstoffen und Zwischenprodukten nicht langfristig befriedigen[438]. Darüber hinaus waren die in der DDR im Aufbau befindlichen Walzwerke Mitte 1952 noch nicht in der Lage, die Produktion von Schiffsblechen zu übernehmen[439].

Am 20. Oktober 1950 lud Grotewohl erneut die zuständigen Minister, die Ministerpräsidenten sowie Vertreter der SKK zu einer gemeinsamen Beratung über die Erfüllung des Reparationsplanes ein[440]. Dort erhöhte sich der Druck auf die deutsche Seite. So erhielten der Minister für Industrie und der Minister für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung den Auftrag, dem Minis-

[431] SAPMO-BArch, NY 4090/354, Bl. 15, Grotewohl am 16.10.1950 an Selbmann.
[432] SAPMO-BArch, NY 4090/339, Bl. 44f., Tschujkow am 6.11.1951 an Grotewohl.
[433] SAPMO-BArch, NY 4090/339, Bl. 51f., Grotewohl am 12.11.1951 an Ziller.
[434] SAPMO-BArch, NY 4090/339, Bl. 53, Brief Grotewohls (Entwurf) an Tschujkow (o.D.).
[435] BAB, DC 20/15465, Grotewohl am 14.11.1951 an Tschujkow.
[436] SAPMO-BArch, NY 4090/354, Bl. 46, Minister für Maschinenbau Ziller am 23.1.1952 an Grotewohl.
[437] Dies geht aus einer handschriftlichen Notiz hervor, die Grotewohl in einem Brief von Ziller anfertigte. SAPMO-BArch, NY 4090/354, Bl. 59, Ziller am 18.2.1952 an Grotewohl.
[438] SAPMO-BArch, NY 4090/354, Bl. 70, Ziller am 6.5.1952 an Grotewohl.
[439] Beim Walzwerk Kirchmöser, das unter anderem Schiffsbleche herstellen sollte, waren die erforderlichen Walzanlagen noch nicht vorhanden. SAPMO-BArch, NY 4090/339, Bl. 88-90, hier Bl. 90, Bericht des Amtes für Reparationen vom 9.6.1952.
[440] SAPMO-BArch, NY 4090/338, Bl. 194, Grotewohl am 16.10.1950 an Tschujkow.

terpräsidenten innerhalb von zehn Tagen Rechenschaft darüber abzulegen, warum die Reparationsaufträge nicht erfüllt werden konnten[441]. Außerdem sollten rechtliche Konsequenzen eingeleitet werden: „Sie sollen die Schuldigen in ihren Ministerien feststellen und diese bestrafen, evtl. der Staatsanwaltschaft übergeben."[442] Gleichzeitig wurde die Leitung der Verwaltung für das sowjetische Eigentum in Deutschland gebeten, ihrerseits „energische und effektive Maßnahmen" einzuleiten, um die Rückstände in den SAG-Betrieben aufzuholen, damit die DDR ihren Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion nachkommen konnte. Die sowjetische Dienststelle gab jedoch den Schwarzen Peter postwendend zurück und verwies auf die Nichteinhaltung von Lieferterminen durch die ostdeutschen Ministerien[443]. Dabei handelte es sich in erster Linie um Walzmetall, das bisher aus dem Westen bezogen wurde und nach dem verhängten Stahlembargo ersetzt werden musste. Da Moskau nicht bereit war, die ausgefallenen Lieferungen komplett zu übernehmen, drohten weitere Produktionseinbrüche, die wiederum Auswirkungen auf die Durchführung des Reparationsplanes hatten: „Sollten die angeführten Liefertermine dieser Materialien nicht erfüllt werden, so kann die Verwaltung für sowjetisches Eigentum in Deutschland die Erfüllung der Reparationsaufträge [...] nicht garantieren."[444] Daraufhin ermächtigte das Politbüro den Ministerpräsidenten, die nicht lieferbaren Warenmengen der sowjetischen Regierung mitzuteilen und darum zu bitten, sie durch andere Waren zu ersetzen[445].

Dass es der DDR doch noch gelang, den Reparationsplan 1950 zu erfüllen, hing mit mehreren Faktoren zusammen[446]. Als erstes wäre die verbesserte Zusammenarbeit zwischen SAG-Betrieben und volkseigenen Betrieben zu nennen. Da Moskau ein großes Interesse an der Einhaltung der Reparationslieferungen hatte, wurden vermutlich die SAG-Betriebe angewiesen, einen Teil ihrer produzierten Güter bereitzustellen, um auf diese Weise die ausgefallenen Westimporte von Stahl- und Walzerzeugnissen zu ersetzen. Darüber hinaus kam es zweitens zu begrenzten Kompensationslieferungen aus der Sowjetunion. Drittens wurde die allgemeine Wirtschaftsplanung auf die vorrangige Produktion von Reparationsgütern ausgerichtet, was die Vernachlässigung anderer Aufgaben zur Folge hatte. Von entscheidender Bedeutung war jedoch langfristig gesehen die Verminderung der Reparationslasten. Mit dem bereits erwähnten Beschluss der sowjetischen Regierung vom 16. Mai 1950 verzichtete die Besatzungsmacht, auch im Namen Polens, auf die Hälfte der noch ausstehenden Reparationszahlungen.

441 SAPMO-BArch, NY 4090/338, Bl. 182–192, hier Bl. 190, Disposition (o. Verf.) vom 20. 10. 1950.

442 In dem streng vertraulich gehaltenen Bericht gab der Minister für Industrie eine Vielzahl von Gründen für die Nichteinhaltung der Reparationsaufträge an und vermied es, einen oder mehrere Sündenböcke namentlich zu erwähnen. SAPMO-BArch, NY 4090/338, Bl. 215–225, Bericht des Ministers für Industrie vom 27. 10. 1950.

443 SAPMO-BArch, NY 4090/338, Bl. 208–211, Trofimow am 24. 10. 1950 an Grotewohl. Gegenseitige Schuldzuweisungen zwischen den ostdeutschen Ministerien, aber auch zwischen deutschen und sowjetischen Stellen waren im Übrigen an der Tagesordnung. Karlsch, Allein bezahlt?, S. 189.

444 SAPMO-BArch, NY 4090/338, Bl. 208–211, hier Bl. 208, Trofimow am 24. 10. 1950 an Grotewohl.

445 SAPMO-BArch, NY 4090/338, Bl. 212, Auszug aus dem Protokoll der Politbürositzung vom 25. 10. 1950.

446 Vgl. Karlsch, Allein bezahlt?, S. 189f.

Diese Maßnahme bedeutete allerdings keine vollständige Entwarnung für die DDR-Regierung, die auch weiterhin darauf achtete, dass die Anforderungen termingerecht erfüllt wurden. Während die Industrieministerien den Auftrag erhielten, die noch nicht erledigten Aufgaben umgehend durchzuführen, wurde beim Schiffbau eine Ausnahme gemacht[447]. Aufgrund der zahlreichen sowjetischen Aufträge hatten sich in diesem Wirtschaftszweig erhebliche Engpässe bei der Lieferung bemerkbar gemacht, die auch darauf zurückzuführen waren, dass die ostdeutschen Werftanlagen erweitert werden mussten und dringend benötigte Materialien nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden konnten. So mussten etwa die Hafenanlagen in Warnemünde und Wismar unter Hochdruck ausgebaggert werden, damit die bereits fest eingeplanten Schiffe für Reparatur- und Umbauarbeiten übernommen werden konnten[448]. Während bisher die Nichteinhaltung der Liefertermine folgenlos geblieben war, sprach sich die ZK-Abteilung Wirtschaftspolitik für die Einführung von Konventionalstrafen aus[449]. Dieser Vorschlag ging zurück auf eine Initiative Weinbergers, die er zuvor mit Grotewohl und der SKK abgestimmt hatte. Demzufolge sollte das Amt für Reparationen die Möglichkeit erhalten, von Betrieben, die ihre Reparationsaufträge nicht zu den vorgeschriebenen Fristen oder „in der erforderlichen Qualität" ausführen, Strafgebühren zu erheben[450]. Die Sanktion sollte außerdem auf Zuliefererbetriebe und Handelsorganisationen ausgedehnt werden können. Die Reduzierung der Reparationsforderungen machte sich mittelfristig positiv bemerkbar, denn die ostdeutsche Wirtschaft kam seit dem Frühjahr 1951 immer besser mit den sowjetischen Aufträgen zurecht, auch wenn noch keine allgemeine Entwarnung gegeben werden konnte[451].

Die immer enger werdende Kooperation zwischen deutschen und sowjetischen Stellen in Reparationsfragen, die vor allem durch die regelmäßigen Treffen bei Ministerpräsident Grotewohl verbessert wurde, konnte nicht verhindern, dass es auch in der Folgezeit Konflikte bei der Durchführung von Reparationsaufträgen gab. Um den Absatz der sowjetischen Kaliproduktion zu erhöhen, wandte sich der stellvertretende SKK-Vorsitzende Generaloberst Bogdan S. Kobulow, der gleichzeitig stellvertretender Chef der Hauptverwaltung für sowjetisches Eigentum im Ausland beim Ministerrat der UdSSR war[452], mit der Bitte an Grotewohl, „die entsprechenden Organe der DDR zu verpflichten, einen gleichmäßigen und

[447] SAPMO-BArch, NY 4090/339, Bl. 2–4, hier Bl. 4, Aktenvermerk Raus über eine von ihm geleitete Besprechung am 31.3.1951, an der Minister Ziller, Staatssekretär Gregor, Staatssekretär Kerber, der Leiter des Amtes für Reparationen, Weinberger, sowie einige SKK-Vertreter teilnahmen.

[448] Ebenda, Bl. 3.

[449] SAPMO-BArch, NY 4090/339, Bl. 5f., Vorlage der ZK-Abt. Wirtschaftspolitik vom 7.4.1951 für das Politbüro.

[450] SAPMO-BArch, NY 4090/339, Bl. 7–14, hier Bl. 14, Beschluss über die Bestätigung und Durchführung des Reparationsplanes im Jahr 1951 (Anlage).

[451] SAPMO-BArch, NY 4090/339, Bl. 15–25, hier Bl. 16, Bericht über die Erfüllung des Reparationsplanes im I. Quartal 1951. Der Bericht war Grundlage einer weiteren Besprechung bei Grotewohl am 20.4.1951. Ebenda, Bl. 26, Grotewohl am 12.4.1951 an Trofimow.

[452] Kobulow stieg 1953 zum ersten stellvertretenden Innenminister der Sowjetunion auf und war Leiter der Hauptverwaltung für Staatssicherheit. Zusammen mit seinem Vorgesetzten Lawrenti P. Berija wurde er im Dezember 1953 zum Tode verurteilt und hingerichtet. Zu den biographischen Daten: Foitzik, Sowjetische Militäradministration in Deutschland, S. 464.

vollen Absatz der Kalidüngemittel zu gewährleisten"[453]. Kobulow warf dem Ministerium für Außenhandel vor, es erfülle nicht seine Verpflichtungen bei der Verladung der Düngemittel für den Export. Dadurch sei es zu einer Überfüllung der Lager und damit zu einer Drosselung der Produktion gekommen. Obwohl die DDR-Regierung eine Produktionssteigerung beantragt hatte[454], um die ostdeutsche Landwirtschaft mit den dringend benötigten Düngemitteln zu versorgen, konnte sie doch mit den Methoden der Kaligewinnung nicht einverstanden sein, die erhebliche Folgen für die ansässige Bevölkerung und die Umwelt hatten. So berichteten Anwohner, dass die Kaliwerke die bei der Produktion entstehende Kalilauge in die Erde pumpen und somit zur Anhebung des Grundwasserspiegels beitragen würden[455]. Daraufhin waren zahlreiche Hauskeller mit Wasser vollgelaufen. Weil sich die verantwortlichen sowjetischen Werksleitungen für die Schäden nicht zuständig fühlten, wandten sich die verzweifelten Anwohner an Grotewohl und baten ihn zu veranlassen, dass die Kaliwerke „diese[n] unhaltbare[n], gesundheitswidrige[n] Zustand" beheben. Die DDR-Regierung befand sich in diesem Punkt in einer Zwickmühle, da sie auf der einen Seite die sowjetischen Befehle durchführen musste, auf der anderen Seite mit den sozialen und wirtschaftlichen Folgen konfrontiert wurde. Als die Kaliwerke von den sowjetischen in deutsche Hände übergingen, änderte sich jedoch nicht sehr viel, da die extensive Produktionsweise auch weiterhin umweltschädliche Auswirkungen für die Abbaugebiete, insbesondere in Thüringen hatte.

Während die Sowjetunion die im Reparationsplan enthaltenen Zahlungen senkte, blieben andere Belastungen weitgehend konstant bzw. erhöhten sich sogar, so dass sich für die DDR-Bevölkerung kaum Erleichterungen im alltäglichen Leben bemerkbar machten[456]. Zu nennen wären hierbei die Aufwendungen für die Wismut AG sowie die Besatzungskosten, die sich nach einem Bericht Grotewohls vor der Volkskammer am 25. August 1953 zwischen 1949 und 1953 auf 10,025 Milliarden DM (Ost) beliefen[457]. Hinzu kamen die Aufwendungen für die militärische Aufrüstung der DDR und insbesondere für den Aufbau der Kasernierten Volkspolizei (KVP), die ab Anfang der fünfziger Jahre sprunghaft anstiegen[458]. Trotz dieser immensen Belastungen ist aber der Ansicht von Rainer Karlsch zuzustimmen, dass die direkten und indirekten Lieferungen an die Sowjetunion in Höhe von ungefähr 15 Milliarden Mark die ostdeutsche Wirtschaft nicht abschnürten[459].

[453] BAB, DC 20/173, Bl. 56, Kobulow am 24.8.1951 an Grotewohl.
[454] BAB, DC 20/173, Bl. 66f., Kobulow am 27.12.1951 an Grotewohl.
[455] BAB, DC 20/173, Bl. 65, Wilhelm L. am 28.12.1951 an Grotewohl.
[456] Karlsch, Allein bezahlt?, S. 190.
[457] Volkskammer der DDR. Sitzungsprotokolle (1. Wahlperiode), S. 983–993, hier S. 989.
[458] Vgl. den informativen Überblick für die Zeit ab 1954 bei: Karlsch, Wirtschaftliche Belastungen durch bewaffnete Organe. Zur Frühphase (1948–1953): Diedrich, Aufrüstungsvorbereitung und -finanzierung. Für den Aufbau nationaler Streitkräfte mussten bereits 1952 Sachmittel in Höhe von 500 Millionen DM (Ost) eingeplant werden. Dabei handelte es sich hauptsächlich um Baustoffe, Baustahl, Kabel, Rohre und Textilien. Dagegen waren Lebensmittel noch nicht mit einkalkuliert. SAPMO-BArch, NY 4090/473, Bl. 35–68, hier Bl. 59, Denkschrift über die Sicherung der Durchführung des Fünfjahrplanes und des Aufbaus nationaler Streitkräfte in der DDR, vermutlich erstellt von der Staatlichen Plankommission [1952].
[459] Karlsch, Allein bezahlt?, S. 196. Die Gesamtsumme der Reparationen bleibt in der Forschung nach wie vor umstritten, was vor allem mit den beiden zentralen Fragen zusammenhängt,

Langfristig gravierender waren vielmehr die Integration in den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und die damit verbundene Abschottung von den Weltmärkten sowie die durch die Planwirtschaft bedingten Strukturveränderungen in der DDR-Wirtschaft. Der prozentuale Anteil der laufenden Reparationsleistungen am Bruttosozialprodukt, der langfristig gesehen abnahm, verdeutlicht aber die hohe Belastung der Wiedergutmachungsleistungen für die ostdeutsche Wirtschaft: Lag er 1946 noch bei 48,8 Prozent, so sank er in den folgenden Jahren auf 31,1 Prozent (1948), 19,9 Prozent (1949) und betrug 1953 immerhin noch 12,9 Prozent[460].

Ab 1951 konzentrierten sich die Reparationsleistungen fast nur noch auf den Maschinenbau, insbesondere auf den Schwermaschinenbau, den Fahrzeug- und Schiffbau[461]. Hinzu kamen Lieferungen von Hebe- und Transportausrüstungen. Dagegen lag der Anteil der Warenlieferungen aus der Leichtindustrie an der jährlichen Gesamtforderung bei unter einem Prozent. Doch auch bei der Erfüllung des Reparationsplans für 1952 geriet die DDR-Regierung ins Hintertreffen. Nachdem Tschujkow seine Besorgnis über die erfolgreiche Durchführung des Planes geäußert hatte[462], berief Ministerpräsident Grotewohl eine weitere Konferenz ein, an der am 18. Juni 1952 der stellvertretende Ministerpräsident Rau, die Minister Selbmann, Ziller und Handke sowie Staatssekretär Ernst Wolf und der kommissarische Leiter des Amtes für Reparationen Schober teilnahmen. Außerdem wurde zum Treffen noch der Leiter der Staatlichen Verwaltung für Materialversorgung Alfred Binz hinzugezogen. Bei der Gelegenheit wiederholte Grotewohl die altbekannte Forderung, dass trotz neuer wirtschaftlicher Schwerpunktaufgaben „die Produktionsaufträge zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen in jeder Beziehung vorrangig durchzuführen sind"[463].

Die sowjetischen Reparationsforderungen schlossen nicht nur Geld- und Sach-, sondern auch Arbeitsleistungen mit ein. Bereits vor der DDR-Gründung hatte die Besatzungsmacht von den ostdeutschen Arbeitsämtern verlangt, Kontingente von Arbeitskräften für Demontagetätigkeiten bzw. für die Arbeit in SAG-Betrieben zusammenzustellen[464]. Diese Form der Reparationsleistung geschah im Einzelnen unkoordiniert, obwohl die SMAD ihrerseits bemüht war, der Befehlswillkür Einhalt zu gebieten. Das gelang jedoch in den ersten beiden Nachkriegsjahren nicht und änderte sich erst allmählich mit dem SMAD-Befehl Nr. 234 vom Oktober 1947. Dabei muss zwischen kurz- und langfristigen Anforderungen differenziert werden, denn letztere hatten in der Regel eine mehrwöchige Laufzeit und konnten von den Arbeitsämtern oft erfüllt werden. Anders verhielt es sich mit den kurzfristigen Arbeitskräfteforderungen, die die deutsche Verwaltung häufig überforderten. Dabei wurde anfangs auf das Instrument der Zwangseinweisung zurückge-

welche Leistungen zu den Reparationen gezählt werden sollen und wie sie im Einzelnen zu berechnen sind.

460 Steiner, Von Plan zu Plan, S. 33.

461 SAPMO-BArch, NY 4090/339, Bl. 15–25, hier Bl. 15, Bericht über die Erfüllung des Reparationsplanes im I. Quartal 1951 (Disposition). Erstmals zitiert von: Karlsch, Allein bezahlt?, S. 191.

462 SAPMO-BArch, NY 4090/339, Bl. 132f., Tschujkow am 13. 8. 1952 an Grotewohl.

463 SAPMO-BArch, NY 4090/339, Bl. 101, Vermerk Dr. Geyers von der Besprechung am 18. 6. 1952.

464 Vgl. Hoffmann, Aufbau und Krise der Planwirtschaft, S. 116–182.

griffen, das vor allem bei der Rekrutierung von Arbeitskräften für den Uranbergbau zum Tragen kam. Obwohl 1947 nur 9,8 Prozent aller Arbeitsvermittlungen als Zwangseinweisung einzustufen waren[465], trug diese Reparationsform erheblich dazu bei, dass sich die Einstellung der deutschen Bevölkerung gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht drastisch verschlechterte und die SED in zunehmendem Maße als „Russenpartei" wahrgenommen wurde.

Während der Arbeitskräftebedarf für die Wismut AG ab Anfang der fünfziger Jahre rückläufig war[466], musste die DDR-Regierung im Auftrag der SKK Umsiedlungsaktionen in Teilen des Erzgebirges durchführen[467], um nach den Arbeiterunruhen in Saalfeld 1951[468] die Sicherheitslage zu stabilisieren. Grotewohl, der an den Vorbereitungen direkt beteiligt war, setzte dazu einen Sonderkommissar für Siedlungsfragen ein, der ihm unterstand[469]. Die Kosten für die Umsiedlung der Bevölkerung und der Betriebe, die sich über ein Jahr hinzog[470], sowie die Entschädigungszahlungen übernahm die DDR-Regierung[471]. Parallel dazu musste die SED-Führung nicht nur für neuen Wohnraum für die umgesiedelten Familien, sondern auch für die Verbesserung der angespannten Wohnungslage im Uranbergbaugebiet sorgen. Dazu wurde ein Sonderbauprogramm aufgelegt, mit dem 1 100 Wohnungen bis Ende November 1952 fertiggestellt werden sollten[472]. In die Angelegenheit schaltete sich Grotewohl einige Male ein, um den erfolgreichen Abschluss der Baumaßnahmen sicherzustellen. Auch hier kam es zu nicht unerheblichen zeitlichen Verzögerungen, die mit der mangelhaften Zuteilung von Baumaterialien zusammenhingen. Insgesamt gelang es der SED-Führung nur langsam, den Uranbergbau als sozialen Krisenherd zu entschärfen. Anfang 1957 tauchte das Gespenst der Arbeitslosigkeit in den Bezirken des sächsischen Erzgebirges auf, nachdem die Leitung der SDAG Wismut bekannt gegeben hatte, dass im Zuge der Schließung unrentabler Schachtanlagen rund 17 000 Arbeitskräfte entlassen werden sollten[473]. Dieser Strukturwandel setzte bereits Mitte 1956 ein und entwickelte sich zu einem Testfall für die DDR-Planwirtschaft[474]. Da die deutsche Verwaltung von den eingeleiteten Maßnahmen der Betriebsleitung völlig überrascht war, zog sich die berufliche Eingliederung der entlassenen Arbeiter, von denen nur ein Teil im Stein- und Braunkohlenbergbau Verwendung finden konnte, bis Ende der fünfziger Jahre hin. Auf Veranlassung des Sekretariats des ZK der SED sollten die Staatliche Plankommission, die Industrieministerien sowie das Arbeitsministerium

[465] Zank, Wirtschaft und Arbeit, S. 106.
[466] Die Beschäftigtenzahl der Wismut AG sank von 195 906 (1950) auf 153 112 (1951) und lag 1953 bei 100 998. Karlsch/Zeman, Urangeheimnisse, S. 195.
[467] BAB, DC 20/106, Bl. 5f., Kobulow am 23. 8. 1951 an Grotewohl.
[468] Ausführlich dazu: Port, Conflict and Stability in the German Democratic Republic, S. 46–69.
[469] BAB, DC 20/106, Bl. 13, Verfügung Grotewohls vom 10. 9. 1951. Der Sonderkommissar war bis Mitte 1956 tätig; einige Aufgaben übernahm anschließend der Rat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt. BAB, DC 20/105, Bl. 179–183, Verfügung Grotewohls vom 18. 6. 1956 zur Beendigung der Tätigkeit des Sonderkommissars für Siedlungsfragen des sächsischen Erzbergbaugebietes.
[470] BAB, DC 20/106, Bl. 393–396, stellvertretender Sonderkommissar Rossberg am 9. 9. 1953 an das ZK der SED.
[471] BAB, DC 20/106, Bl. 9f., Grotewohl am 20. 9. 1951 an Kobulow.
[472] SAPMO-BArch, NY 4090/359, Bl. 33, Grotewohl am 14. 11. 1952 an Albert Hengst (ZK der SED).
[473] SAPMO-BArch, NY 4090/359, Bl. 85, Leuschner am 28. 2. 1957 an Grotewohl.
[474] Hoffmann, Aufstieg und Krise der Planwirtschaft, S. 520.

Beschäftigungspläne für die entlassenen Wismut-Arbeiter erstellen[475]. Innerhalb der SED-Führung hatten sich anfangs hauptsächlich der Sozialpolitikexperte Helmut Lehmann sowie Wilhelm Pieck der Problematik des Uranbergbaus angenommen[476]. Später waren es dann Grotewohl und Ulbricht, die auch die entsprechenden Gespräche mit der sowjetischen Besatzungsmacht führten.

Da sich aus sowjetischer Sicht die Durchführung des Reparationsplanes nicht verbesserte und insbesondere die Fristen nicht eingehalten werden konnten[477], häuften sich in der zweiten Jahreshälfte 1952 die Krisensitzungen in den Industrieministerien, aber auch bei Ministerpräsident Grotewohl. Die Leitung des Amtes für Reparationen stellte Ende 1952 resignierend fest, dass „die entscheidende Wendung in der Erfüllung des Reparationsplanes [...] nicht eingetreten" sei[478]. Am 12. November verabschiedete der Ministerrat nochmals einen Beschluss, in dem die einzelnen Ministerien erneut auf rechtzeitige Erfüllung der sowjetischen Forderungen nachdrücklich hingewiesen wurden[479]. Daraufhin kam es nicht nur zur Abstrafung einzelner Betriebsleiter, sondern auch zur Bildung neuer Kommissionen, die die Durchführung der Reparationsaufgaben in den Betrieben überwachen sollten. Die Kommissionen, die im Einvernehmen mit dem Leiter der SKK-Verwaltung für Reparationen W. N. Melnikow gebildet wurden, setzten sich zusammen aus sowjetischen Vertretern sowie leitenden Mitarbeitern des Ministeriums für Maschinenbau und des Amtes für Reparationen[480]. Die eingeleiteten Maßnahmen führten zu einer weiteren Bürokratisierung und verlangsamten somit die Verwaltungsabläufe. Nach außen versuchte die SED-Führung ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis zu stellen; letztlich beschränkte sich die Politik aber auf Aktionismus und ideologische Parolen. Die termingerechte Umsetzung der Reparationsaufträge scheiterte, weil die benötigten Zwischenprodukte (Stahl- und Walzbleche) nicht vorhanden waren bzw. nicht in ausreichendem Maße importiert werden konnten[481]. Lieferungen aus der Sowjetunion erfolgten oftmals mit erheblicher zeitlicher Verzögerung und waren mit einem enormen Verwaltungsaufwand verbunden, da sie von Moskau abgesegnet werden mussten[482]. In der DDR ging die Suche nach dem Schuldigen weiter: Nachdem Grotewohl das Amt für Reparationen und die Staatliche Verwaltung für Materialversorgung kritisiert hatte,

475 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3/527, Bl. 2, Protokoll der Sekretariatssitzung vom 5. 9. 1956.
476 Karlsch/Zemann, Urangeheimnisse, S. 188.
477 Große Probleme gab es nach wie vor bei den Schiffsreparaturen, was in erster Linie auf den schleppenden Aufbau von Hebebühnen und Pontons zurückgeführt wurde. SAPMO-BArch, NY 4090/339, Bl. 209–212, hier Bl. 210, Ermittlung über die Erfüllung der Reparationslieferungen 1952 (o. Verf., o. D.).
478 SAPMO-BArch, NY 4090/339, Bl. 221–240, hier Bl. 221, Bericht des Amtes für Reparationen (König) vom 9. 11. 1952 über die Erfüllung des Reparationsplanes bis 1. 11. 1952.
479 Karlsch, Allein bezahlt?, S. 192.
480 SAPMO-BArch, NY 4090/330, Bl. 274f., Leiter des Amtes für Reparationen (i. V. König) am 27. 11. 1952 an Grotewohl.
481 SAPMO-BArch, NY 4090/339, Bl. 290–292, Leiter der Staatlichen Verwaltung für Materialversorgung (Binz) am 12. 12. 1952 an Grotewohl.
482 BAB, DC 20/15462, Bl. 14, Tschujkow am 11. 2. 1953 an Grotewohl. In seinem Schreiben kündigte der SKK-Vorsitzende die von Grotewohl lange erbetene Lieferung von Werkzeugmaschinen an die Thesenwerft in Wismar an und wollte wissen, wer auf Seiten der DDR-Regierung für die Übernahme der Sachgüter bevollmächtigt ist.

wälzten diese die Verantwortung auf die Bezirksverwaltungen bzw. die Industrieministerien ab[483].

Die Strukturverlagerungen im Reparationsplan setzten sich auch 1953 weiter fort[484]. Zu den Schwerpunktbetrieben zählten nach wie vor Werften, Maschinenbaubetriebe und Gießereien[485]. Auf einer gemeinsamen Konferenz, zu der die beteiligten Ressortvertreter am 27. März 1953 zusammengekommen waren, beklagte Ministerpräsident Grotewohl zum wiederholten Male den „mangelhaften Stand der bisherigen Erfüllung" des Reparationsplanes[486]. Dabei nannte er mehrere Ursachen, wobei er sich ganz auf die deutsche Seite konzentrierte und keine Angaben zu einer sowjetischen Mitverantwortung machte. Grotewohl betonte, dass die Mängel im Wesentlichen „auf unsere eigene Arbeit" zurückzuführen seien. Auf Anraten der SKK fasste der Ministerrat einen erneuten Beschluss „über Maßnahmen zur Sicherung der Reparationslieferungen im Jahre 1953", der die Aufgaben und Zuständigkeiten der Ministerien und Ämter nochmals festhielt[487]. Dennoch blieb die Versorgungslage in den Schwerpunktbetrieben angespannt, zumal die Sowjetunion nur Zugeständnisse bei den Warenlieferungen machte[488]: Die schleppende Lieferung von Grob- und Schiffsblechen verzögerte auch weiterhin die Fertigstellung der Reparationsgüter[489].

Im August 1953 kam dann die eigentliche Wende in der sowjetischen Reparationspolitik, denn der Kreml erließ Ost-Berlin völlig überraschend die noch ausstehenden Reparationszahlungen zum 1. Januar 1954. Diese Entscheidung muss vor dem Hintergrund des niedergeschlagenen Volksaufstandes in der DDR gesehen werden. Die Nachfolger Stalins versuchten, die Lage in der DDR zu stabilisieren und verkündeten anlässlich des Besuches einer ostdeutschen Regierungsdelegation in Moskau, die von Grotewohl und Ulbricht geleitet wurde, eine ganze Reihe von wirtschaftlichen Wohltaten für den krisengeschüttelten Satellitenstaat[490]. Die sowjetische Führung verzichtete offiziell nicht nur auf weitere Reparationszahlungen, sondern übergab die restlichen SAG-Betriebe an die DDR, begrenzte die Besatzungskosten auf fünf Prozent der Staatseinnahmen und gewährte außerdem noch Wirtschaftshilfe. Das Amt für Reparationen, das in den vergangenen Jahren oft als Prügelknabe herhalten musste, bedankte sich überschwänglich für die Ergebnisse der in Moskau geführten Gespräche, die Grotewohl am 25. August in der Volkskammer präsentierte[491].

[483] SAPMO-BArch, NY 4090/339, Bl. 269–271, Binz am 12. 11. 1952 an Grotewohl; ebenda, Bl. 274f., König am 27. 11. 1952 an Grotewohl; ebenda, Bl. 290–292, Binz am 12. 12. 1952 an Grotewohl.

[484] Karlsch, Allein bezahlt?, S. 192.

[485] SAPMO-BArch, NY 4090/340, Bl. 29–40, hier Bl. 39f., Disposition des Amtes für Reparationen vom 20. 3. 1953.

[486] SAPMO-BArch, NY 4090/340, Bl. 100, Protokoll Tzschorns über die Konferenz vom 27. 3. 1953.

[487] SAPMO-BArch, NY 4090/340, Bl. 111–122, Beschluss vom 27. 3. 1953. Die sowjetische Initiative ergibt sich aus dem Beschlussentwurf, den Grotewohl vermutlich von Tschujkow bekam. Vgl. ebenda, Bl. 62–73.

[488] SAPMO-BArch, NY 4090/473, Bl. 74–76, Tschujkow am 13. 4. 1953 an das ZK der SED (Vertraulich). Dabei gab der SKK-Vorsitzende eine Mitteilung der sowjetischen Regierung weiter.

[489] SAPMO-BArch, NY 4090/329, Bl. 226f., Staatliche Plankommission (Leuschner) am 11. 4. 1953 an Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel (Gregor).

[490] Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 81f.

[491] SAPMO-BArch, NY 4090/340, Bl. 137f., Amt für Reparationen am 24. 8. 1953 an das Präsidium der Volkskammer. Nach der Auflösung des Amtes für Reparationen Ende 1953 sollten

Die Sowjetunion zog damit die politischen Konsequenzen aus der Entwicklung in den zurückliegenden Jahren, in denen sich die Grenzen der bisherigen Reparationspolitik gezeigt hatten. Die Unterstützungsmaßnahmen dienten aber auch der Absicherung der eigenen Herrschaft, denn der Kreml wollte ein Übergreifen der ostdeutschen Unruhen auf die anderen Volksdemokratien unter allen Umständen verhindern. Da zudem der Machtkampf nach Stalins Tod noch nicht entschieden war, wollte das neue Führungskollektiv eine Schwächung der sowjetischen Position gegenüber dem Westen vermeiden und sprach sich deshalb für eine sofortige Beruhigung der politischen Lage innerhalb des Ostblocks aus. In dieser Situation erschienen die alten kommunistischen Parteiführer in Ostmitteleuropa, aber auch Ulbricht in der DDR, als Garanten der Stabilität, die somit ihre politische Haut retten konnten. Obwohl das außenpolitische Prestige der DDR nicht nur durch den Reparationserlass, sondern auch durch die Umwandlung der diplomatischen Missionen in Botschaften erhöht wurde, hatte die Eigenständigkeit ihre Grenzen, denn die Sowjetunion erhöhte gleichzeitig ihre Präsenz im ostdeutschen Teilstaat[492]. Die SED-Führung war über das Ende der Reparationen sichtlich erleichtert und feierte dies als Erfolg der eigenen Politik sowie als sichtbares Zeichen der deutsch-sowjetischen Freundschaft. Als Grotewohl den Volkskammerabgeordneten am 25. August den sowjetischen Beschluss präsentierte, verzeichnete das Sitzungsprotokoll breite Zustimmung. Die Übergabe der 33 SAG-Betriebe sollte im Rahmen eines feierlichen Festaktes in den Räumen der sowjetischen Botschaft vorgenommen und medienwirksam vermittelt werden[493].

Der erste Fünfjahrplan (1951-1955) und der „Kampf gegen Wirtschaftssabotage"

Im Mittelpunkt des ersten Fünfjahrplanes stand der Aufbau der Schwerindustrie, insbesondere der Stahl- und Hüttenindustrie sowie des Schwermaschinenbaus. Dabei orientierte sich die SED-Führung am sowjetischen Vorbild und gab der Grundstoffindustrie den Vorzug gegenüber der Konsumgüterindustrie. Investitionsmittel, Rohstoffe und Arbeitskräfte wurden deshalb zunächst in die wirtschaftlichen Schwerpunktbetriebe der jungen Republik gelenkt. Nicht nur bei der Hegemonialpartei, sondern auch in der staatlichen Verwaltung und den Massenorganisationen herrschte anfangs eine große Planungseuphorie, die nicht nur vordergründiger Natur war. Diese Begeisterung speiste sich aus der Überzeugung, dass eine wissenschaftlich fundierte Planung der Gesamtwirtschaft unter sozialistischen Vorzeichen bereits den weiteren Erfolg garantieren und damit die Überlegenheit des ostdeutschen Systems gegenüber dem westdeutschen Konkurrenzmodell zeigen würde. Auch die politisch Verantwortlichen gingen von dieser Grundprämisse aus. Insgesamt herrschte eine Aufbruchstimmung, die keineswegs nur das Ergebnis der gezielten SED-Propaganda war, sondern offenbar einer weit verbreiteten Stimmungslage entsprach. Die Euphorie, die von Seiten der SED gezielt instru-

größere Teile des Personals in eine neu zu bildende Abteilung Export beim Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel übernommen werden. Ebenda, Bl. 174, Vermerk Gotsches vom 28. 12. 1953 für Grotewohl.

492 Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 82.

493 BAB, DC 20/608, Bl. 39f., Ziller am 17. 11. 1953 an Selbmann.

mentalisiert wurde, verblasste jedoch nach kurzer Zeit, als Mängel und Zielkonflikte in der Gesamtplanung unübersehbar wurden, die einen erfolgreichen Abschluss der aufgestellten Ziele in Frage stellten.

Innerhalb der SED-Führung war in erster Linie Walter Ulbricht für Wirtschaftsfragen zuständig. Er leitete auch die Vorarbeiten für den ersten Fünfjahrplan. Obwohl Grotewohl in formaler Hinsicht an der Fertigstellung der Wirtschaftspläne beteiligt war und beispielsweise 1949 Vorsitzender der Kommission für ökonomische Fragen beim Politbüro geworden war[494], überließ der DDR-Ministerpräsident dieses zentrale Politikfeld weitgehend dem späteren SED-Generalsekretär. Grotewohls Beitrag bestand in der Popularisierung der wirtschaftspolitischen Beschlüsse. Nachdem die Parteiführung den Entwurf eines Fünfjahrplanes auf dem III. SED-Parteitag präsentiert hatte[495], gab es am 10. August 1950 einen feierlichen Staatsakt im Amtssitz des DDR-Präsidenten, zu dem die Mitglieder des Ministerrates sowie die Vorsitzenden der Massenorganisationen geladen waren. Bei der Gelegenheit erhielt die DDR-Regierung offiziell den Entwurf aus den Händen Ulbrichts. Auf diese Weise wurde erneut die vorherrschende Rolle der Partei gegenüber der Regierung deutlich. Die Veranstaltung war langfristig geplant und sorgfältig inszeniert, denn in der Öffentlichkeit sollte nicht das Politbüro, sondern das ZK der SED, das laut Statut das mächtigste Organ zwischen den Parteitagen war, als Initiator erscheinen. Zur Begrüßung betonte Pieck, er habe von Ulbricht die Mitteilung erhalten, „dass das Zentralkomitee der Partei es sehr begrüßen würde, wenn der vom III. Parteitag der SED beschlossene Entwurf eines Fünfjahrplanes [...] in einem Staatsakt unter meinem Vorsitz der Regierung übergeben werden könnte"[496]. In seiner Ansprache feierte Ulbricht den Fünfjahrplan als „große[n] Plan des Kampfes um die Gestaltung eines einigen friedlichen demokratischen Deutschlands"[497]. Dagegen warf er den Westmächten vor, die westdeutsche Wirtschaft für die eigenen imperialistischen Ziele zu missbrauchen: „Während die Bevölkerung der [DDR] über die großen Werke des Neuaufbaues spricht, rasseln in Westdeutschland amerikanische, britische und französische Offiziere mit den Waffen und betreiben ihre Kriegshetze". Außerdem zeigte sich Ulbricht davon überzeugt, dass durch die hohe Arbeitsproduktivität die Überlegenheit der DDR-Wirtschaftsordnung unter Beweis gestellt und der Lebensstandard der Bevölkerung kontinuierlich steigen werde.

Noch stärker als Ulbricht betonte Grotewohl die deutschlandpolitische Funktion des Fünfjahrplanes, den er als Friedensplan bezeichnete[498]. Seiner Ansicht nach

[494] SAPMO-BArch, NY 4090/301, Bl. 183f., Beschlussvorlage für das Politbüro vom 17.10.1949.

[495] Die Vorstellung übernahm Ulbricht in seinem Parteitagsreferat. Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der SED. Bd. 1, S. 338–416. Die Ausarbeitung des Fünfjahrplanes hatte die SED-Führung zuvor mit der SKK und Stalin abgestimmt. Schreiben Piecks vom 28.2.1950 an Stalin, in: DzD. II/3 (unveröffentlichte Dokumente), S. 602. Die Vorarbeiten reichten bis in den Herbst 1949 zurück, als die SED-Führung im Zusammenhang mit der Vorbereitung des III. Parteitages den Fünfjahrplan erstmals gegenüber Stalin zur Sprache brachte. Schreiben der SED-Führung vom 19.9.1949 an Stalin, in: DzD. II/2 (unveröffentlichte Dokumente), S. 464–467, hier Bl. 466.

[496] SAPMO-BArch, NY 4090/151, Bl. 21–42, hier Bl. 21, Stenographische Niederschrift des Staatsaktes am 10.8.1950.

[497] Ebenda, Bl. 22–30, hier Bl. 23, Ansprache Ulbrichts auf dem Staatsakt am 10.8.1950.

[498] Ebenda, Bl. 30–42, hier Bl. 33, Ansprache Grotewohls auf dem Staatsakt am 10.8.1950. Vgl. ebenda, Bl. 71–77, handschriftliche Rededisposition Grotewohls für die Ansprache am 10.8.1952.

könnte der Plan „seine Perspektiven und seine Auswirkungen auf ganz Deutschland erstrecken [...], wenn die nötigen politischen und staatsrechtlichen Voraussetzungen für die Gestaltung unserer Wirtschaft schon gegeben wären". Grotewohl schien vom Erfolg der SED-Wirtschaftspolitik überzeugt zu sein, denn er griff auf seine Version der Magnettheorie zurück, die er erstmals im Frühsommer 1946 präsentiert hatte. So malte er das Bild der westdeutschen Marktwirtschaft in düsteren Farben und kontrastierte dies mit dem vermeintlichen Erfolgsmodell der ostdeutschen Planwirtschaft: „Aber das Bedeutsamste und Wichtigste an diesem Plan scheint mir die Tatsache zu sein, dass er uns ein Mittel in die Hand gibt, mit dem wir durch die Entwicklung unserer Wirtschaft im Gesamtgebiet unseres Vaterlandes den Nachweis erbringen können, dass diese Methodik [...], [die] Wirtschaft aus eigener Kraft wieder aufzubauen, so viel Überlegenheit gegenüber der Kolonialpolitik und der Versklavungs- und Verschuldungspolitik des Westens unseres Vaterlandes bereits in sich trägt, dass hier die große magnetische Kraft sich entwickelt, die die gewaltige geistige Veränderung in unserem Volke hervorrufen wird, die er für die Erringung unserer staatlichen Einheit für ganz Deutschland einmal auslösen wird." Zur Untermauerung seiner Behauptungen verwies er auf die Gesamtzahl der bundesdeutschen Arbeitslosen, die er aber mit 4,5 Millionen zu hoch ansetzte[499]. Dennoch hatte es den Anschein, als ob das ostdeutsche Wirtschaftsmodell obsiegen würde, denn hier hatte sich die Erwerbslosigkeit zu einem nur noch unbedeutenden Randphänomen entwickelt[500]. Während also das Gespenst der Arbeitslosigkeit aus der DDR fast gebannt werden konnte, war Grotewohl davon überzeugt, dass sich diese in der Bundesrepublik noch ausweiten würde. Die unterschiedlichen Strukturmerkmale der beiden Wirtschaftssysteme versuchte er im Übrigen mit entgegengesetzten Begriffspaaren deutlich werden zu lassen: „Das ist der Ausdruck der Strukturverschiedenheit unserer Wirtschaft, die bei uns nach dem Prinzip der eigenen Verantwortung, der eigenen Arbeit, der Selbsthilfe, des kollektiven Denkens und des kollektiven Arbeitens sich entwickelt, währenddem im Westen unseres Vaterlandes Energielosigkeit, mangelnde Initiative und der Goldstrom fremden Geldes alles eigenes Wirken und Handeln unserer Landsleute überschwemmt."[501] Durch die angeblich erwiesene Überlegenheit des planwirtschaftlichen Systems werde sich langfristig auch die Frage der deutschen Einheit lösen lassen, wobei es Grotewohl vermied, einen konkreten Zeitplan zu benennen. Die optimistischen Zukunftserwartungen kamen auch in Grotewohls Regierungserklärung vom 15. November 1950 in der Volkskammer zum Ausdruck: „Der kommende Fünfjahrplan gibt uns Entwicklungsmöglichkeiten, an die fünf Jahre zuvor kaum jemand zu denken, zu glauben oder zu hoffen gewagt hätte. Wir haben die Gewissheit, dass dieser Plan noch erfolgreicher durchgeführt werden wird als unser Zweijahrplan."[502]

[499] Das Statistische Bundesamt wies für 1950 einen Jahresdurchschnitt von 1,58 Millionen Arbeitslosen aus, wobei das Saarland und Berlin nicht berücksichtigt wurden. Schmid/Wiebe/Oschmiansky, Arbeitsmarktpolitik und Arbeitslosenversicherung, S. 279 (Tabelle 1).

[500] In der DDR lag die Zahl der registrierten Arbeitslosen 1950 zwischen 416 000 (Februar) und 234 000 (August). Hoffmann, Aufbau und Krise der Planwirtschaft, S. 271 (Tabelle 6).

[501] SAPMO-BArch, NY 4090/151, Bl. 30–42, hier Bl. 34, Ansprache Grotewohls auf dem Staatsakt beim DDR-Präsidenten am 10. 8. 1950.

[502] Regierungserklärung Grotewohls vor der Volkskammer am 15. 11. 1950, in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. II, S. 251–297, hier S. 281.

Im Zusammenhang mit dem Aufbau der Planwirtschaft verstärkte die SED-Führung ihren Kampf gegen vermeintliche Wirtschaftssabotage und entwickelte das Wirtschaftsstrafrecht zu einem politischen Steuerungsinstrument, das der sozioökonomischen Umgestaltung des Landes dienen sollte. Rechtliche Grundlage bildete die Wirtschaftsstrafverordnung vom 23. September 1948[503]; ausführendes Organ war die Zentrale Kontrollkommission (ZKK) bzw. als Nachfolgeeinrichtung die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle (ZKSK) unter dem Vorsitz von Fritz Lange (SED)[504]. Parallel dazu erfolgte der Aufbau des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), das ab Mitte der fünfziger Jahre unter anderem für die Verfolgung von Wirtschaftsspionage und -sabotage zuständig wurde. Das SED-Politbüro stellte mit dem Gründungsbeschluss vom 24. Januar 1950 auch einen umfangreichen Aufgabenkatalog zusammen. So sollte etwa auf dem Lande „der Kampf gegen Sabotage und Brandstiftungen energischer" geführt und „der Zusammenhang mit der feindlichen Propaganda" nachgewiesen werden[505]. Außerdem sah der Beschluss vor, „im Kampf gegen die Verschiebung von Schrott und Buntmetallen [...] die gesamte Bevölkerung gegen Metalldiebstähle" zu mobilisieren. Das bedeutete, dass der Handel mit diesen Produkten verstaatlicht wurde. Anfang 1950 fasste die Provisorische Regierung einen Beschluss über die „Abwehr von Sabotageakten", der verschiedene, noch allgemein gehaltene Sicherheitsmaßnahmen enthielt[506]. In Westdeutschland wurde der Justizterror in der DDR aufmerksam beobachtet. Der ‚Telegraf' verfügte offenbar über gute Informationsquellen, denn er veröffentlichte Anfang 1952 in einem Leitartikel eine Gefangenenliste sowie einen Lageplan des Zuchthauses Brandenburg[507]. Nach Angaben der Zeitung, die sich auf Ermittlungen des Untersuchungsausschusses freiheitlicher Juristen (UfJ) stützte, waren im IV. Quartal 1950 14 100 Wirtschaftsstrafverfahren und 3 600 Verfahren wegen „Angriffs gegen das Volkseigentum" durchgeführt worden. Dabei habe die ostdeutsche Justiz insgesamt 23 000 Strafurteile verhängt.

Im Laufe des Jahres 1950 wurden unter der Regie der ZKK und in enger Absprache mit der SED-Führung vier Schauprozesse vor dem Obersten Gericht der DDR abgehalten, die sich unter anderem gegen sogenannte Saboteure in der Privatwirtschaft richteten[508]. Den Anfang machte der ‚Dessauer-Prozess' gegen Angehörige der Deutschen Continental-Gas-Gesellschaft (DCGG) und den Ministerialdirektor im Ministerium für Wirtschaft und Verkehr von Sachsen-Anhalt, Willi Brundert (SED)[509]. Verurteilt wurde unter anderem auch der Minister für Arbeit und Sozialpolitik des Landes Sachsen-Anhalt und gleichzeitige stellvertretende

503 Braun, Justizkorrektur in der Gründungs- und Frühphase der DDR, S. 117–121.
504 Vgl. zur Geschichte der ZKK/ZKSK zwischen 1948 und 1958: Horstmann, Logik der Willkür.
505 Politbürobeschluss über das Ministerium für Staatssicherheit vom 24. 1. 1950, in: Hoffmann/Schmidt/Skyba (Hrsg.), Die DDR vor dem Mauerbau, S. 55f. Dieser Aufgabenkatalog fehlte im Gesetz vom 8. 2. 1950. Vgl. Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit vom 8. 2. 1950, in: Gesetzblatt der DDR 1950, S. 95.
506 Beschluss der Provisorischen DDR-Regierung über die Abwehr von Sabotageakten vom 26. 1. 1950, in: DzD. II/3 (unveröffentlichte Dokumente), S. 559–561.
507 ‚Telegraf' vom 11. 2. 1951, S. 1.
508 Einen ersten Schauprozess hatte es bereits 1948 gegen Unternehmer der sächsischen Textilindustrie gegeben. Braun, Die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle, S. 169–171; Klawitter, Die Rolle der ZKK bei der Inszenierung von Schauprozessen, S. 27–37.
509 Vgl. Kos, Politische Justiz in der DDR.

CDU-Landesvorsitzende, Leo Herwegen, der zusammen mit Brundert eine Freiheitsstrafe von 15 Jahren erhielt. Wenige Monate später folgte der ‚Raiffeisenprozess', der die Zerschlagung der traditionsreichen Raiffeisenorganisation und die Gleichschaltung des ländlichen Genossenschaftswesens einläutete. Am Ende des Jahres fanden noch zwei weitere, ebenfalls aufsehenerregende Prozesse statt: erstens der ‚Moog-Prozess', der sich gegen den abwesenden thüringischen Finanzminister Leonhard Moog (LDP) sowie andere Mitglieder der Blockparteien in der Finanzverwaltung des Landes richtete[510], und zweitens der ‚Solvay-Prozess'.

Gegen die politische Strafjustiz der SED protestierten einzelne westdeutsche Politiker bei Grotewohl. So wies etwa der bayerische Justizminister und gleichzeitige stellvertretende Ministerpräsident Dr. Josef Müller (CSU) darauf hin, dass die Vorgehensweise im DCGG-Verfahren „den geltenden deutschen Rechtsbestimmungen zuwiderlaufen" würde. Er sah dadurch die Rechtseinheit Deutschlands gefährdet und traf somit den ostdeutschen Ministerpräsidenten an einer empfindlichen Stelle, denn dieser hatte in seinen offiziellen Reden stets das Ziel der Einheit Deutschlands betont: „Ich habe nicht die Absicht, mich in die Angelegenheiten einer anderen Justizverwaltung einzumischen. Ich halte mich aber für verpflichtet, meine Sorge um die Aufrechterhaltung einer einheitlichen Rechtsbasis, die eine wesentliche Voraussetzung für die Wiedergewinnung der deutschen Einheit ist, zum Ausdruck zu bringen."[511] Müller schickte sogar einen Beauftragten nach Ost-Berlin, um bei Grotewohl vorstellig zu werden, der in dem Gespräch betonte, dass in dem Schauprozess gegen Herwegen, Brundert u. a. „die materiellen und prozessualen Normen nach den geltenden deutschen Rechtsbestimmungen gewissenhaft eingehalten" würden[512]. Der Ministerpräsident erklärte weiter, dass weder die Strafverfolgung von Wirtschaftsverbrechen nach den in der DDR geltenden Rechtsvorschriften noch die Enteignung von Konzernen das geltende Recht in Westdeutschland tangieren würden.

Auch bei anderen Geheimprozessen scheint Grotewohl wenig Skrupel gehabt zu haben. So verurteilte die DDR-Justiz 1950 in Waldheim 3385 Angeklagte innerhalb kürzester Zeit[513], wobei Vorbereitung und Durchführung der Verfahren jeglichen rechtsstaatlichen Grundsätzen widersprachen. Nur etwa 300 Verurteilte erhielten eine Haftstrafe unter zehn Jahren; insgesamt wurden 32 Todesurteile verhängt, von denen am 4. November 1950 24 vollstreckt wurden[514]. Die als ‚Waldheimer Prozesse' bezeichneten Verfahren standen im Zusammenhang mit der Auflösung der sowjetischen Internierungslager und waren im Zusammenspiel von SKK und SED-Führung sorgfältig vorbereitet worden. Zur Inszenierung gehörten die Auswahl der beteiligten Richter, die Anfertigung der Anklageschriften, Prozessverlauf sowie die Straffestlegung. Aufkommender Widerspruch wurde drakonisch verfolgt: Als der Staatssekretär im Justizministerium, Dr. Helmut Brandt (CDU), gegen die Schnellverfahren protestierte, wurde er am 6. September 1950

510 Weber, Justiz und Diktatur, S. 209–216.
511 SAPMO-BArch, NY 4090/440, Bl. 19, Josef Müller am 17. 4. 1950 an Grotewohl.
512 SAPMO-BArch, NY 4090/440, Bl. 23, Notiz Tzschorns vom 19. 4. 1950.
513 Vgl. Werkentin, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, S. 174–197; Fricke, Politik und Justiz in der DDR, S. 205–215.
514 Werkentin, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, S. 194.

verhaftet und zunächst zu zehn Jahren Zuchthaus, nach Verbüßung einer achtjährigen Haftzeit in einem weiteren Verfahren nochmals zu zehn Jahren verurteilt, von denen er sechs Jahre absitzen musste[515]. Brandt hatte auf Druck der ZKK bereits im Frühsommer 1950 seine Rechtsanwaltspraxis schließen müssen[516]. Ministerpräsident Grotewohl schloss sich im Übrigen der Meinung des Justizministers an, der einen Vorstoß der CDU abgelehnt hatte, Ausschüsse zur Überprüfung der in Waldheim verhängten Urteile zu bilden[517]. Darüber hinaus beendete er in der Kabinettssitzung am 31. August 1950 jede weitere Debatte um die ‚Waldheimer Prozesse'[518].

Zusammen mit den anderen Politbüromitgliedern beriet Grotewohl am 31. Oktober über die verhängten Todesurteile und bestätigte diese grundsätzlich. Dabei wurde allerdings dem sächsischen Ministerpräsidenten die Möglichkeit eröffnet, einige Gnadengesuche überprüfen zu lassen, die die mitregierende LDP unterstützt hatte[519]. Auf diese Weise sollte innerhalb der Landesregierung die Einstimmigkeit wieder hergestellt werden. Insbesondere der Präsident der Provisorischen Volkskammer, Johannes Dieckmann (LDP), der zugleich noch sächsischer Justizminister war, hatte sich bei Präsident Wilhelm Pieck und Innenminister Dr. Karl Steinhoff für die zügige Bearbeitung der Gnadengesuche eingesetzt[520]. Auch kirchliche Funktionsträger setzten sich mitunter für die zum Tode Verurteilten ein. Der Bevollmächtigte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bei der DDR-Regierung, Propst Heinrich Grüber, beschwor Pieck in einem Telegramm, die Hinrichtung sofort auszusetzen[521]. Obwohl Grotewohl als Ministerpräsident und SED-Vorsitzender politische Mitverantwortung für die Durchführung der Schauprozesse trug, schaltete er sich in die einzelnen Verfahren nicht persönlich ein, sondern hielt sich betont im Hintergrund. Auf eine Anfrage des in Braunschweig lebenden Rechtsanwalts Dr. Erich Bockler, der Grotewohl in den dreißiger Jahren vertreten hatte und nunmehr einige in der DDR Inhaftierte betreute, reagierte der DDR-Ministerpräsident ausweichend und verwies auf die Zuständigkeit des Justizministers[522]. Seine Aktivitäten beschränkten sich darauf, Anfragen von Angehörigen weiterzuleiten[523] und Ermittlungen über den Verbleib

515 Ausführlicher dazu: Wentker, Ein deutsch-deutsches Schicksal, S. 486–502.

516 Vgl. BAB, DC 20/120, Bl. 108, Justizminister Fechner am 6.6.1950 an das Sekretariat des Ministerpräsidenten; ebenda, Bl. 109, Vermerk Dr. Geyers über eine Besprechung zwischen Grotewohl, Nuschke und Brandt am 6.6.1950; ebenda, Bl. 110, Staatssekretär Dr. Brandt am 12.6.1950 an Grotewohl.

517 BAB, DC 20/120, Bl. 118, Fechner am 21.8.1950 an Grotewohl. Das Schreiben enthält den handschriftlichen Vermerk Grotewohls: „kein Prüfungsausschuss".

518 Wentker, Ein deutsch-deutsches Schicksal, S. 490.

519 Aus dem Protokoll der Politbürositzung vom 31.10.1950, in: DzD. II/3 (unveröffentlichte Dokumente), S. 1093–1096, hier S. 1094.

520 BAB, DC 20/12114, Bl. 1, Dieckmann am 3.8.1950 an Pieck; ebenda, Bl. 2f., Dieckmann am 4.10.1950 an Steinhoff.

521 SAPMO-BArch, NY 4090/406, Notiz vom 15.12.1950 über Anruf von Staatssekretär Zuckermann. Daraufhin notierte Grotewohl am Rande des Briefes: „Nachricht an Grüber ohne ‚Hinrichtung' zu erwähnen".

522 SAPMO-BArch, NY 4090/57, Bl. 109, Dr. Bockler am 9.10.1951 an Grotewohl; ebenda, Bl. 110, Grotewohl am 12.10.1951 an Dr. Bockler.

523 SAPMO-BArch, NY 4090/441, Bl. 36, Tzschorn am 24.11.1950 an Buchwitz; ebenda, Bl. 37, Tzschorn am 21.12.1950 an den Staatssekretär im Innenministerium Warnke.

von Inhaftierten in die Wege zu leiten[524]. Dabei waren jedoch dem Sekretariat des Ministerpräsidenten mitunter die Hände gebunden, da beispielsweise das Ministerium für Staatssicherheit entsprechende Auskünfte verweigerte[525]. Unter die von Grotewohl verkündeten Amnestien, die im Übrigen von der SKK gebilligt werden mussten, fielen in der Regel keine politischen Häftlinge[526].

Die SED-Führung legte aber nicht nur den Fünfjahrplan fest, sondern beschloss auch noch die jährlichen Volkswirtschaftspläne, die verbindliche Angaben zu den Investitionen und Konsumausgaben enthielten und die ebenfalls von der Planökonomischen Abteilung der SKK gebilligt werden mussten[527]. Anschließend beriet der Ministerrat auch über den vorgelegten Volkswirtschaftsplan und stellte daraufhin den Staatshaushaltsplan zusammen. In diesem Zusammenhang übernahm Grotewohl als Ministerpräsident bzw. Vorsitzender des Ministerrates eine koordinierende Funktion. Dabei achtete er vor allem auf einen sparsamen Ressourcenverbrauch. So machte er etwa den brandenburgischen Ministerpräsidenten, Rudolf Jahn, darauf aufmerksam, dass die von der Landesregierung angesetzten Investitionen zu hoch und die Steigerungsraten für die Arbeitsproduktivität zu niedrig seien[528]. Grotewohl verlangte, dass die Selbstkosten weiter gesenkt werden müssten. Solche Anweisungen erhielten im Übrigen auch zeitgleich die Ministerien und Staatssekretariate[529]. Die DDR hatte mittlerweile die ökonomischen Grenzen ihrer Belastungsbarkeit erreicht, denn der forcierte Aufbau der Schwerindustrie und das gigantische Aufrüstungsprogramm schlugen volkswirtschaftlich zu Buche[530]. So gab die ostdeutsche Regierung zwischen Sommer 1952 und Sommer 1953 über zwei Milliarden DM (Ost) für Militärausgaben im engeren Sinne aus[531]. Unter Berücksichtigung der Besatzungskosten verbrauchte die DDR 1952 12,5 Prozent und 1953 immerhin noch elf Prozent der gesamten Staatsausgaben für Militärkosten im weiteren Sinne, die damit deutlich über denen der Bundesrepublik lagen. Um dennoch die Ziele des Volkswirtschaftsplanes 1953 einigermaßen erfüllen zu können, wandte sich die SED-Führung hilfesuchend an den großen Bruder in Moskau. Dazu hatte das Politbüro eine Kommission eingesetzt, die konkrete Vorschläge ausarbeiten sollte. Auf der Wunschliste standen nicht nur Lieferungen an Erzen sowie Walz- und Schiffsblechen, sondern auch die komplette Ausrüstung einer Grobblechstrasse für das Eisenhüttenkombinat Ost[532]. Die SED-Führung verhan-

[524] SAPMO-BArch, NY 4090/57, Bl. 241, Grotewohl am 14.10.1950 an den sächsischen Landtagspräsidenten Buchwitz.
[525] BAB, DC 20/137, Bl. 156, Staatssekretär Dr. Geyer am 25.9.1950 an Minister Zaisser.
[526] SAPMO-BArch, NY 4090/441, Bl. 1, Notiz (o. Verf.) vom 6.10.1951 über eine Mitteilung von Staatssicherheitsminister Zaisser.
[527] BAB, DC 20/15427, Tschujkow am 4.12.1950 an Grotewohl.
[528] SAPMO-BArch, NY 4090/423, Bl. 211, Grotewohl am 26.6.1952 an Jahn.
[529] SAPMO-BArch, NY 4090/341, Bl. 68, Grotewohl am 26.6.1952 an das Staatssekretariat für Kohle und Energie (Staatssekretär Fritsch).
[530] Steiner, Von Plan zu Plan, S. 75.
[531] Diedrich/Wenzke, Die getarnte Armee, S. 311.
[532] SAPMO-BArch, NY 4090/329, Bl. 1–12, hier Bl. 1 f., Ergebnisse der vom Politbüro eingesetzten Kommission zur Überprüfung wichtiger Fragen des Volkswirtschaftsplanes 1953. In der Kommission saßen neben Grotewohl und Ulbricht noch der alte und der neue Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Heinrich Rau und Bruno Leuschner, der Minister für Schwerindustrie Fritz Selbmann, der Staatsminister im Finanzministerium Willy Rumpf, der Minister für Landwirtschaft und Forsten Paul Scholz und der frühere Minister für Wirtschaft und Arbeit von Thüringen, Walter Strampfer.

delte mit der sowjetischen Staats- und Parteispitze über Wirtschaftshilfen entweder bei ihren unregelmäßigen Besuchen im Kreml oder über die SKK in Karlshorst, welche die ostdeutschen Bitten nach Moskau weiterleitete. In beiden Fällen waren Grotewohl und Ulbricht stets involviert.

Im Auftrage Grotewohls führte die Staatliche Plankommission regelmäßig Kontrollen in den wirtschaftlichen Schwerpunktbetrieben durch, um den Erfolg bzw. Misserfolg der eingeleiteten Maßnahmen abschätzen zu können. Dabei beschönigte die Wirtschaftsverwaltung nichts und schenkte dem Ministerpräsidenten reinen Wein ein. So berichtete der Vorsitzende Leuschner, die Überprüfung von 36 Großbetrieben des Maschinenbaus habe ergeben, dass der Zustand in diesem wichtigen Wirtschaftszweig „höchst alarmierend" sei[533]. Der Verantwortliche stand schnell fest: Der zuständige Minister für Maschinenbau Gerhart Ziller habe sich bisher nicht um die Vorbereitung des Planes gekümmert. Dadurch seien viele Großbetriebe verunsichert worden. Leuschner hielt es für notwendig, den Minister im Sekretariat des ZK bzw. im Politbüro vorzuladen und ihn „zum letzten Mal" zu ermahnen, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Lage bis zum Jahreswechsel entscheidend zu verbessern. Zu diesem Zeitpunkt besaß die Staatliche Plankommission bereits eine zentrale Position im Kräftefeld der wirtschaftspolitischen Akteure und konnte Änderungen im Volkswirtschaftsplan durchsetzen. Das zeigte sich etwa bei der Überarbeitung des Teilplanes zum Schiffbau, für die sich die Staatliche Plankommission stark gemacht hatte[534]. Unter Hinweis auf die begrenzten Ressourcen erklärte die oberste Wirtschaftsbehörde, dass sich die DDR mit der gleichzeitigen Produktion von Trawlern und Küstenschiffen übernehmen werde, und kritisierte damit das Amt für Reparationen, das den entgegengesetzten Standpunkt vertrat.

Bei der Überprüfung der Wirtschaftspläne und einzelner Betriebe gab es von Anfang an ein Verwaltungschaos, da neben der Staatlichen Plankommission noch die ZKSK sowie eine Kommission zur Kontrolle der Durchführung des Planes 1950 zuständig waren. Letztere war auf Anweisung Ulbrichts ins Leben gerufen worden und unterstand der Leitung des Ministers für Planung, Heinrich Rau. In der Kommission saßen jeweils ein Vertreter des Innen- und Planungsministeriums, des FDGB sowie der ZKSK, die jedoch die Mitarbeit verweigerte. Daraufhin wandte sich Rau erbost an Grotewohl: „Ich bitte Sie, die Kommission [ZKSK] darauf aufmerksam zu machen, dass ich nicht zu meinem Privatvergnügen geschrieben habe und dass es sich um die Durchführung einer Weisung des Ministerpräsidenten handelt"[535]. Mit dem Ablauf des Volkswirtschaftsplanes 1950 stellte die Kommission ihre Tätigkeit wieder ein, da sich die Kompetenzüberschneidungen mit den beiden anderen Institutionen als nachteilig herausgestellt hatten. Die Beweggründe Ulbrichts bleiben nach wie vor unklar, zumal er schon in der Vergangenheit die wichtigsten Einsätze der ZKSK mit dem Leiter Fritz Lange abstimmt hatte[536] und somit über eine schlagkräftige Kontrollbehörde verfügte.

533 SAPMO-BArch, NY 4090/328, Bl. 361f., Leuschner am 1. 12. 1952 an Grotewohl.
534 SAPMO-BArch, NY 4090/329, Bl. 28, Leuschner am 31. 1. 1953 an Grotewohl.
535 SAPMO-BArch, NY 4090/327, Bl. 1, Rau am 24. 2. 1950 an Grotewohl.
536 Braun, Die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle, S. 177.

Im Zuge des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 und des kurz zuvor verkündeten ‚Neuen Kurses' veränderten sich scheinbar die wirtschaftspolitischen Prioritäten der SED: Die langfristig geplanten Wachstumsraten der Schwerindustrie wurden gesenkt und die der Konsumgüterindustrie erhöht[537]. Gleichzeitig stiegen die Lebensmittelimporte, und die Investitionen wurden in die Lebensmittel- und Leichtindustrie gelenkt. Damit fand eine Umverteilung zu Lasten der Grundstoffindustrie statt, ohne dass aber am Schwerindustrialisierungskonzept gerüttelt wurde. Des Weiteren stellte die SED-Führung die sprunghaft angestiegenen Rüstungsausgaben kurzzeitig zurück. Vor diesem Hintergrund musste der Volkswirtschaftsplan 1953 geändert werden. Einen entsprechenden Gesetzentwurf arbeitete die Staatliche Plankommission aus, die sich dafür aussprach, den Ministern, Staatssekretären, den Leitern der zentralen Staatsorgane sowie den Vorsitzenden der Räte der Bezirke die neuen Aufgaben umgehend mitzuteilen[538].

Die SED-Führung übte häufig Kritik an der Wirtschaftsverwaltung, die sie für Missstände in der ostdeutschen Planwirtschaft verantwortlich machte, um dadurch von eigenen Fehlentscheidungen ablenken zu können. Auf den Sitzungen des Politbüros und des Zentralkomitees fanden sogenannte Fehlerdiskussionen statt, bei denen willkürlich einzelne Wirtschaftszweige, Betriebe oder aber auch Funktionsträger von Staat und Partei vorgeführt wurden. An dieser ritualisierten Abrechnung beteiligte sich auch Grotewohl, der beispielsweise den Landräten mangelndes Verantwortungsbewusstsein vorwarf: „Heute gibt es schon wieder manche Landräte, die so bequem geworden sind, dass alles den üblichen Trott geht, die früher, als der [sowjetische] Kommandant bei ihnen immer eines Tages erschien, sehr viel lebendiger gewesen sind."[539] Die Debatte über Mängel in der Verwaltung vermischte sich mit der Diskussion über vermeintliche Sabotageakte in der Wirtschaft. Dabei nutzte die SED-Führung die Gelegenheit, um die Grenze zwischen nicht intendierten Fehlern und vorsätzlichen Schädigungen zu verwischen. Diesem Argumentationsgang, der letztlich der Verfolgung von Privatunternehmern oder auch von politisch missliebigen Personen diente, schloss sich auch Grotewohl bereitwillig an: „Wir müssen hier die Augen weit aufmachen, um zu sehen, was gegenwärtig vor geht; denn oft ist in solchen Fällen die Grenze zwischen Dummheit und Sabotage kaum erkennbar, und gar zu oft verbirgt sich hinter solchen Maßnahmen eine glatte Sabotage. (Sehr richtig!) Hier ist Wachsamkeit wirklich die allergrößte Aufgabe, die wir gegenwärtig haben."[540]

Grotewohl und die sowjetischen Wirtschaftshilfen

Die DDR war von Anfang an auf sowjetische Wirtschaftshilfen angewiesen. Zwei Gründe waren ausschlaggebend: die Reparationsforderungen der Besatzungsmacht und der Abbruch der Warenlieferungen aus Westdeutschland sowie Westeuropa.

[537] Steiner, Von Plan zu Plan, S. 81.
[538] SAPMO-BArch, NY 4090/329, Bl. 260, Sägebrecht (1. stellvertretender SPK-Vorsitzender) am 14. 8. 1953 an Grotewohl.
[539] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/78, Bl. 49, Stenographische Niederschrift über die 25. (39.) Tagung des SED-Parteivorstandes am 14./15. 3. 1950.
[540] Ebenda, Bl. 50.

Mit der Verabschiedung des ersten Fünfjahrplanes erhöhte sich die Abhängigkeit von Moskau, denn der ostdeutsche Teilstaat war nicht in der Lage, die ambitionierten Wirtschaftsziele aus eigener Kraft zu verwirklichen. Obwohl das Politbüro den Katalog der Hilfsmaßnahmen zusammenstellte, blieb es Grotewohl oder Ulbricht überlassen, die konkreten Verhandlungen mit der sowjetischen Seite in Moskau bzw. bei der SKK in Karlshorst zu führen. In einem Schreiben an den Ministerrat der UdSSR bat Ministerpräsident Grotewohl um die Lieferung von 15000 bis 20000 Güterwagen deutscher Herkunft, die von der Roten Armee nach Kriegsende konfisziert worden waren[541], um das nach wie vor bestehende Transportproblem zu lösen, das sich allerdings auch auf das infolge der Demontagemaßnahmen stark dezimierte Schienennetz erstreckte. Bereits Ende Oktober stimmte Nikolai A. Bulganin dem Rückkauf von 20000 Güterwaggons zu[542]. Die Transportschwierigkeiten wirkten sich auf die Versorgungslage der Bevölkerung aus, denn aufgrund der fehlenden Waggonkapazitäten konnten die benötigten Getreide- und Kartoffelmengen nicht geliefert werden[543]. Auf der anderen Seite war die DDR-Regierung nicht bereit, zusätzliche Dienstleistungen der westdeutschen Eisenbahn in Anspruch zu nehmen. Grotewohl erteilte den Auftrag, dass bestehende Saldoerträge in der Handelsbilanz nur durch gegenseitige Dienstleistungen beglichen werden sollten[544]. Dagegen schloss er größere Einmalzahlungen kategorisch aus.

Die Produktion der Stahl- und Walzwerke, ein zentraler Schwerpunkt des ersten Fünfjahrplanes, litt von Anfang an unter dem Mangel an Rohstoffen. Bereits beim Besuch der SED-Delegation in Moskau Anfang Mai 1950 hatte Ulbricht gegenüber Stalin betont, dass die Sicherung der Rohstofflage ein großes Problem für den bevorstehenden Fünfjahrplan sei[545]. Deshalb hatte er die sowjetische Führung gebeten, der DDR die fehlenden Mengen an Roheisen und Stahl zu verkaufen, ohne aber konkrete Zahlen zu nennen. Der Kremlchef ignorierte jedoch die Bitte, so dass die ostdeutsche Delegation ohne greifbare Ergebnisse in dieser Sache nach Ost-Berlin zurückreisen musste. Am 28. Februar 1951 richtete der Minister für Schwerindustrie Selbmann einen dramatischen Appell an Grotewohl und erklärte, dass die geplante Stahlproduktion ohne die vorgesehenen Importe von 230000 Tonnen Stahleisen nicht gesichert sei[546]. Offensichtlich gab es erhebliche Verzögerungen bei der Lieferung, so dass das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel eingeschaltet werden musste. Obwohl Grotewohl das Außenhandelsministerium aufforderte, über den Stand der Stahleisenimporte Bericht zu erstatten[547],

[541] BAB, DC 20/15471, Bl. 1f., Grotewohl am 10.10.1950 an den Ministerrat der UdSSR. Das Schreiben erhielt der sowjetische Botschafter Puschkin mit der Bitte, es so rasch wie möglich weiterzuleiten. Ebenda, Bl. 3, Grotewohl am 10.10.1950 an Puschkin.

[542] BAB, DC 20/15471, Bl. 4, Bulganin am 31.10.1950 an Grotewohl.

[543] SAPMO-BArch, NY 4090/423, Bl. 180, Grotewohl am 10.10.1950 an Verkehrsminister Reingruber.

[544] SAPMO-BArch, NY 4090/355, Bl. 30, handschriftlicher Vermerk Grotewohls auf einem an ihn gerichteten Schreiben Reingrubers vom 15.1.1951.

[545] Aufzeichnung des Gesprächs Stalins mit der SED-Führung (Pieck, Grotewohl, Ulbricht) am 4.5.1950, in: Bonwetsch, Stalin und die Vorbereitung des 3. Parteitags der SED, S. 583–607, hier S. 586.

[546] SAPMO-BArch, NY 4090/350, Bl. 1, Selbmann am 28.2.1951 an Grotewohl.

[547] SAPMO-BArch, NY 4090/374, Bl. 76a, Grotewohl am 7.3.1951 an Staatssekretär Gregor (Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel).

änderte sich an der Versorgungslage nichts. Schließlich versuchte Selbmann, das Politbüro zur aktiven Mithilfe zu bewegen[548]. Die SED-Führung sollte nämlich den zuständigen Ressorts den Auftrag erteilen, die geforderten Mindestmengen an Stahleisen zu garantieren. Da aber das Versorgungsproblem langfristig nicht ohne sowjetische Unterstützung gelöst werden konnte, versuchte Ost-Berlin, die Importwünsche bei den Verhandlungen zum Abschluss des Handelsabkommens zwischen der DDR und der UdSSR anzumelden[549].

Zu diesem Zeitpunkt war es der SED bereits gelungen, das staatliche Außenhandelsmonopol durchzusetzen, d.h. nur das Außenhandelsministerium und staatliche Außenhandelsbetriebe waren für den Im- und Export von Waren und Dienstleistungen zuständig[550]. Dadurch konnten unter anderem auch die Devisentransaktionen überwacht werden. Diese Zentralisierung sicherte zwar den staatlichen Zugriff auf den Außenhandel, produzierte jedoch langfristig enorme wirtschaftliche Folgekosten, da die Inlandsnachfrage nach Gütern aus dem Ausland nicht ohne weiteres unter Zuhilfenahme des zuständigen Ministeriums befriedigt werden konnte. Das bürokratische Chaos wurde noch dadurch auf die Spitze getrieben, dass sich zum einen die SED-Führung die letzte Entscheidung vorbehielt und zum anderen die bilateralen Verhandlungen auf der Ebene des Ministerrates geführt werden mussten. Der Handel mit den Mitgliedstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), insbesondere mit der UdSSR, bot der DDR nicht nur kommerzielle Vorteile, sondern sicherte langfristig die Rohstoffversorgung, die notwendig war, um die Auslastung der Kapazitäten zu sichern[551]. Bereits 1949 kamen 59 Prozent der Koks- und 70 Prozent der Walzmetallimporte aus der Sowjetunion bzw. den Ostblockländern[552]. Verzögerungen bzw. Reduzierungen der Lieferungen schlugen deshalb sofort auf die Produktionsleistung der ostdeutschen Wirtschaft durch. Die Neuausrichtung des Außenhandels hatte Folgen für die Preisgestaltung, denn die Preise im Inland wurden von den Preisen auf den Außenmärkten getrennt[553] und mussten teilweise neu berechnet werden. Dies verzögerte wiederum die Handelslieferungen in die Sowjetunion, worüber sich der Chef der Verwaltung für sowjetisches Eigentum in Deutschland, Bogdan S. Kobulow, bei Grotewohl beschwerte[554]. In seinem Antwortschreiben versprach Grotewohl, auf die Einhaltung der Liefertermine zu drängen. Gleichzeitig wies er aber darauf hin, dass die neue Preisfestsetzung zu erheblichen finanziellen Einbußen der DDR geführt habe. So müsste die vereinbarte Lieferung von 1350 automa-

548 SAPMO-BArch, NY 4090/350, Bl. 8, Selbmann am 7.8.1951 an Pieck, Grotewohl und Ulbricht.

549 Vgl. BAB, DC 20/15438, Bl. 2, Grotewohl am 14.11.1951 an den Ministerrat der UdSSR. Während es sich bei den Handelsverträgen vom April 1950 und vom März 1951 um Verträge mit kurzer Laufzeit handelte, übernahm das Abkommen über gegenseitige Warenlieferungen vom 27.9.1951 den langfristigen Zeithorizont des ersten Fünfjahrplanes. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 75. Zur Bedeutung dieses Abkommens: Lentz, Die Wirtschaftsbeziehungen DDR-Sowjetunion, S. 71–74.

550 Zum folgenden: Steiner, Von Plan zu Plan, S. 62.

551 Ahrens, Gegenseitige Wirtschaftshilfe?, S. 107.

552 Steiner, Von Plan zu Plan, S. 63.

553 Damit konnte die Binnenwährung nicht ohne weiteres gegen ausländische Währungen eingetauscht werden. Steiner, Von Plan zu Plan, S. 62.

554 BAB, DC 20/15415, Bl. 1 f., Kobulow am 9.11.1951 an Grotewohl.

tischen Kränen durch die DDR subventioniert werden, da der Verkaufspreis unterhalb des Herstellungspreises liege[555].

Der Import von Rohstoffen und Zwischenprodukten für die ostdeutsche Stahl- und Hüttenindustrie konnte zu keinem Zeitpunkt sichergestellt werden, weil der tatsächliche Bedarf über den in den Handelsabkommen vereinbarten Lieferungen lag. Da sich die Beschaffung der dringend benötigten Produkte aus dem westlichen Ausland als unmöglich erwies, war erneut der große Bruder in Moskau gefragt. Das Politbüro beauftragte im Herbst 1952 Walter Ulbricht, mit der UdSSR ein Zusatzprotokoll zum Handelsabkommen auszuhandeln, in dem weitere Warenlieferungen für die ostdeutsche Schwerindustrie sowie für die Landwirtschaft enthalten sein sollten[556]. Im Einzelnen erhoffte sich die SED-Führung zusätzliche Lieferungen von Walzwerkerzeugnissen (52 800 Tonnen), Rohren (15 500 Tonnen), Roheisen (45 000 Tonnen) sowie Kupfer und Blei (10 000 bzw. 7 500 Tonnen). Außerdem standen auf der Wunschliste außerplanmäßige Importe von Wolle, Baumwolle, Gerste, Mais und Pflanzenöl. Insgesamt gesehen sollten die im Handelsabkommen fixierten Liefermengen um durchschnittlich 30 Prozent erhöht werden. Ausnahmen bildeten die erbetenen Liefermengen bei Rohren, Wolle, Mais und Pflanzenöl, die im Schnitt verdoppelt, teilweise sogar verdreifacht werden sollten. Parallel dazu bemühte sich die SED-Führung darum, Rückstände in den Exportverpflichtungen gegenüber der UdSSR zu liquidieren, um die Handelsbilanz weitgehend ausgeglichen halten zu können[557]. Die DDR konnte sich ein Handelsbilanzdefizit gegenüber dem wichtigsten Handelspartner nicht leisten, da ansonsten die Verschuldung automatisch weiter angestiegen und dadurch die haushaltspolitischen Spielräume Ost-Berlins erheblich eingeschränkt worden wären. Für die Nichterfüllung der Exportverpflichtungen machte das Politbüro vor allem den zuständigen Minister für Maschinenbau, Gerhart Ziller, verantwortlich, dem allgemein vorgehalten wurde, dass er es versäumt habe, in seinem Ministerium „ein System der Kontrolle der Erfüllung der wichtigsten Exportaufträge einzurichten"[558]. Grotewohl unterstützte die Abmahnung, denn er schrieb an den Rand des Beschlusses: „Diese Funktionäre sollen sich vor dem Pol[it]büro verantworten." Das Politbüro beauftragte ihn, für die bis Ende 1952 nicht realisierten Exporte eine Terminverlängerung bei der sowjetischen Regierung zu beantragen[559]. Am 30. April 1953 unterzeichnete Grotewohl ein Protokoll über die sogenannte Warenspezifikation, mit dem die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern verbessert werden sollten[560].

Moskau registrierte die sich zuspitzende Krise ab Ende April 1953 und leitete einen Kurswechsel ein, der unter anderem auch eine wirtschaftliche Entlastung der DDR vorsah. So verzichtete die Sowjetunion bekanntlich im August auf die noch ausstehenden Reparationsforderungen und gab die restlichen SAG-Betriebe zu-

555 BAB, DC 20/15415, Bl. 3f., Grotewohl am 15. 11. 1951 an Kobulow.
556 SAPMO-BArch, NY 4090/316, Bl. 147–149, Beschluss (Streng geheim!) vom 20. 10. 1952.
557 Diese beliefen sich am 30. 9. 1952 auf 285 Millionen Rubel. Gemessen an den gegenseitigen Warenlieferungen betrug das Handelsbilanzdefizit der DDR am 10. 10. 1952 ca. 350 Millionen Rubel. BAB, DC 20/15465, Beschluss vom 20. 10. 1952, S. 1.
558 Ebenda.
559 Ebenda, S. 4.
560 SAPMO-BArch, NY 4090/340, Notiz Tzschorns vom 18. 6. 1953.

rück. Außerdem wurden die ostdeutschen Schulden erlassen und die Stationierungskosten etwas gesenkt[561]. Für die Zahlungsfähigkeit der DDR waren jedoch kurzfristige Kredithilfen von ausschlaggebender Bedeutung. Dazu reiste im Auftrag der SED-Führung der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Bruno Leuschner, in die sowjetische Hauptstadt, um über die Höhe der Kredite zu verhandeln[562]. Zuvor hatte das Politbüro die Höhe des Kreditbedarfs auf 440 Millionen Rubel festgesetzt[563]. Die Wunschliste enthielt im Wesentlichen Lebensmittellieferungen, Rohstoffe für die Leichtindustrie und 300000 Tonnen Steinkohle. Dagegen waren zusätzliche Lieferungen an Stahl und Buntmetallen noch nicht vorgesehen. Leuschner hatte allerdings noch ein zweites Dokument in der Tasche, das die Staatliche Plankommission erstellt und das sich das Politbüro zu eigen gemacht hatte. Unter dem Strich umfasste es Kreditanfragen in einer Gesamthöhe von 922 Millionen Rubel. Darin enthalten waren außer den genannten Lebensmitteln und Rohstoffen für die Textilindustrie (Wolle, Baumwolle) die Erhöhung der Steinkohleneinfuhr auf 2,3 Millionen Tonnen sowie Lieferungen für die ostdeutschen Stahl- und Walzwerke. Des Weiteren sah das Papier die Senkung der DDR-Exporte in die Sowjetunion vor, die in erster Linie Güter der chemischen Industrie, Braunkohlenbriketts, Zellstoff und Papier betreffen sollten. Die SED-Führung musste einige Abstriche an ihrer Wunschliste hinnehmen, da die Sowjetunion zunächst nur einen Kredit über 485 Millionen Rubel, zum Teil in konvertierbaren Devisen zur Verfügung stellte[564]. Gleichzeitig versprach Moskau aber noch weitere Lebensmittellieferungen. Aufgrund der zusätzlichen Importe und der rückläufigen Exporte ging die Staatliche Plankommission für die beiden Jahre 1953/54 von einem beachtlichen Handelsbilanzdefizit gegenüber der Sowjetunion in Höhe von 1,8 Milliarden Rubel aus[565]. Auf diese Weise manövrierte sich der ostdeutsche Teilstaat unwiderruflich in eine Schuldenfalle und begab sich immer mehr in die Abhängigkeit von der Besatzungsmacht.

Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 kann als Wendepunkt in den ostdeutsch-sowjetischen Beziehungen bezeichnet werden[566], denn Moskau war nunmehr an einer langfristigen Stabilisierung der SED-Herrschaft interessiert. Das schloss nicht nur militärische Maßnahmen ein, wie etwa bei der blutigen Niederschlagung des Aufstandes, sondern auch die Daueralimentierung des scheinbar „ungeliebten Kindes" (Wilfried Loth). Auf der anderen Seite versuchte die SED unter Verweis auf die besondere Lage der DDR, zusätzliche Hilfen von der UdSSR zu erhalten und verstand es, die sowjetische Besatzungsmacht in gewisser Weise unter Druck zu setzen[567]. Die SED-Führung konnte nämlich mit guten Gründen darauf verweisen, dass eine Schwächung der DDR Auswirkungen auf den gesamten Ostblock und damit auch für die Sowjetunion haben würden. Unter dem neuen Kreml-

561 Steiner, Von Plan zu Plan, S. 80f.
562 SAPMO-BArch, NY 4090/473, Bl. 99–101, Vermerk des 1. stellvertretenden SPK-Vorsitzenden, Paul Strassenberger, über ein Telegramm Leuschners vom 16. 8. 1953.
563 Ebenda, Bl. 99.
564 Steiner, Von Plan zu Plan, S. 81.
565 SAPMO-BArch, NY 4090/473, Bl. 102–104, hier Bl. 104, Geheime Informationen der SPK für Grotewohl und Ulbricht.
566 Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 78.
567 Steiner, Von Plan zu Plan, S. 87.

chef Nikita S. Chruschtschow, der sich erst ab Mitte der fünfziger Jahre endgültig gegen seine politischen Widersacher in der sowjetischen Führung durchsetzen konnte, wandelte sich das sowjetische Verhältnis nicht nur zum Westen, sondern auch zur DDR. So sah das Konzept der friedlichen Koexistenz vor, dass der Wettbewerb zwischen den Blöcken in erster Linie auf wirtschaftlichem Gebiet auszutragen war. Dabei kam der DDR eine wichtige Bedeutung zu, denn der ostdeutsche Teilstaat sollte sich zum ‚Schaufenster' des gesamten Sozialismus[568] entwickeln und an der Nahtstelle zum kapitalistischen Westen die Überlegenheit des planwirtschaftlichen Modells demonstrieren, wobei die ‚Republikflucht' eine ernsthafte Bedrohung für dieses tollkühne Konzept darstellte. Festzuhalten bleibt jedoch, dass sich aus dieser konzeptionellen Neuausrichtung der sowjetischen Außenpolitik Anknüpfungspunkte für gezielte Wirtschaftshilfen zu Gunsten der DDR ergaben.

Obwohl sich also für die DDR die politische Ausgangslage deutlich verbesserte, blieb die Aushandlung neuer Handelsverträge langwierig und kompliziert, was unter anderem auf die Beibehaltung der starren Kommunikationsstrukturen zwischen der Sowjetunion und der DDR zurückzuführen ist. So richtete etwa Grotewohl am 27. Oktober 1954 eine offizielle Anfrage an den Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Georgij M. Malenkow, und bekundete allgemein das Interesse der DDR-Regierung an der Aufnahme von bilateralen Verhandlungen[569]. Nach Abschluss des Vertrages mussten bereits im Frühjahr 1955 Nachverhandlungen über den Abschluss eines Zusatzabkommens geführt werden, da in diesem Fall die Sowjetunion an ihre ökonomischen Grenzen gestoßen war. So teilte der für den sowjetischen Export zuständige stellvertretende Minister für Außenhandel Kusmin seinem ostdeutschen Amtskollegen Kurt Gregor mit, dass die sowjetische Seite nicht einmal in der Lage sei, die noch ausstehenden Exportverpflichtungen von 1954 auszuliefern[570]. Dabei handelte es sich vor allem um Walzwerkerzeugnisse, Kupfer, Blei sowie Steinkohle und Apatitkonzentrat[571] in einem Gesamtvolumen von 25 Millionen Rubel.

Einige Wochen zuvor hatten Grotewohl und Ulbricht ein umfangreiches Schreiben an Chruschtschow abgeschickt, in dem sie eindringlich um weitere Wirtschaftshilfen baten[572]. Die SED-Führung sah die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1955 akut gefährdet und benannte dafür drei Ursachen[573]: Erstens habe sich die Rohstoffversorgung der Industrie im Vergleich zum Vorjahr kaum verbessert; zweitens verlangsame sich das Wachstumstempo der industriellen Produktion in der DDR. Dagegen habe aber drittens die Kaufkraft der Bevölkerung

568 Lemke, Einheit oder Sozialismus?, S. 363. Entsprechende Überlegungen hatte Chruschtschow anlässlich seines Besuches in Ost-Berlin Mitte Juli 1956 angestellt.

569 BAB, DC 20/15438, Grotewohl am 27.10.1954 an Malenkow. Dieses Verfahren wiederholte sich auch noch in den beiden folgenden Jahren bei den Verhandlungsvorbereitungen für das Handelsabkommen 1956 bzw. 1957. Ebenda, Grotewohl am 29.9.1955 an den Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Nikolai A. Bulganin; ebenda, Grotewohl am 15.9.1956 an Bulganin.

570 BAB, DC 20/15438, Gregor am 29.3.1955 an den SPK-Vorsitzenden Leuschner.

571 Apatit ist ein wichtiges Erz zur Gewinnung von Phosphor und dient der Herstellung von Düngemitteln und Phosphorsäure für die Chemische Industrie.

572 SAPMO-BArch, DY 30/3700, Bl. 1–13, Grotewohl/Ulbricht am 17.2.1955 an Chruschtschow.

573 Ebenda, Bl. 1.

um fast 21 Prozent zugenommen. Da der gestiegenen Kaufkraft ein leicht sinkendes Warenangebot gegenüberstand, drohte ein Kaufkraftüberschuss und damit langfristig Inflation. Anschließend betonten Grotewohl und Ulbricht die Abhängigkeit der ostdeutschen Wirtschaft vom Außenhandel und warnten vor einer Rezession: „Der gegenwärtige Abschluss der Außenhandelsabkommen mit den befreundeten Ländern ermöglicht es uns nicht, die zur Verfügung stehenden Produktionskapazitäten, insbesondere des Maschinenbaus und die volle Beschäftigung der Werktätigen sowie die Rentabilität der Betriebe zu sichern."[574] Die beiden SED-Spitzenpolitiker verknüpften die düstere Wirtschaftsanalyse geschickt mit neuen Importwünschen: Entscheidend für die Industrieproduktion im ersten Halbjahr 1955 sei die zu verstärkende Einfuhr von Walzstahl, Kupfer, Rohphosphaten und textilen Rohstoffen[575]. Da die Devisenvorräte der DDR nicht ausreichten, um die genannten Produkte im westlichen Ausland zu besorgen, baten Grotewohl und Ulbricht das ZK der KPdSU um zusätzliche Warenlieferungen sowie um Kredithilfen in einem Gesamtvolumen von 655 Millionen Rubel[576].

Die erhoffte Hilfe blieb jedoch aus, da Moskau nur bereit war, Lebensmittel und Rohstoffe in einer Höhe von 105,5 Millionen Rubel zusätzlich zu liefern[577]. Die sowjetische Führung verringerte zwar die Exportverpflichtungen der DDR um 214,3 Millionen Rubel, doch ein entscheidender Beitrag zur Sicherung der Versorgungslage der ostdeutschen Wirtschaft war das nicht. Aufgrund der geringen Kapazitätsauslastung im ostdeutschen Maschinenbau drohten in der DDR erstmals Massenentlassungen. Grotewohl und Ulbricht blieben hartnäckig und versuchten die sowjetische Führung unter Druck zu setzen, indem sie ihr mitteilten, dass ca. 50000 Arbeiter entlassen und weitere 20000 Arbeiter in andere Wirtschaftszweige gelenkt werden müssten[578]. Daraufhin erhöhte Moskau endlich seine Wirtschaftshilfe, ohne aber alle Wünsche der ostdeutschen Genossen zu erfüllen[579]. Gleichzeitig forderte Chruschtschow das ZK der SED auf, dafür zu sorgen, dass im Maschinenbau neue Produkte für den Export entwickelt wurden: „Zugleich halten wir es erforderlich, Ihre Aufmerksamkeit auf den Umstand zu lenken, dass für die weitere Ausdehnung des Exportes der DDR die Aufnahme der Produktion von neuen Erzeugnissen des Maschinenbaus, die dem modernen Stand der Technik und den Anforderungen des Marktes entsprechen, von großer Bedeutung wären."[580]

Ab Mitte der fünfziger Jahre öffnete sich bei der SED-Wirtschaftspolitik immer mehr die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Auf der einen Seite enthielt der auf der 3. Parteikonferenz verabschiedete zweite Fünfjahrplan (1956–1960), der im Übrigen eine Rückkehr zum Primat der Schwerindustrie brachte, zahlreiche anspruchsvolle Ziele. So sollte das Wachstum der Industrieproduktion um 55 Pro-

574 Ebenda, Bl. 2.
575 Ebenda, Bl. 11.
576 Ebenda, Bl. 12.
577 SAPMO-BArch, DY 30/3700, Bl. 37f., Chruschtschow am 30.3.1955 an das ZK der SED (Ulbricht, Grotewohl).
578 SAPMO-BArch, DY 30/3700, Bl. 52, Grotewohl/Ulbricht am 8.5.1955 an Bulganin und Chruschtschow.
579 SAPMO-BArch, DY 30/3700, Bl. 55f., Chruschtschow am 5.7.1955 an das ZK der SED (Ulbricht, Grotewohl).
580 Ebenda, Bl. 56.

zent, in der Grundstoffindustrie sowie im Maschinenbau sogar um 60 Prozent gesteigert werden[581]. Auf der anderen Seite waren jedoch viele Ziele des ersten Fünfjahrplans noch gar nicht verwirklicht worden: Von den zunächst zehn geplanten Hochöfen im Eisenhüttenkombinat Ost (EKO) konnten nur sechs fertiggestellt werden[582]. Obwohl die Fundamente bereits gelegt waren, konnte das vorgesehene Stahlwerk nicht errichtet werden, so dass im EKO entgegen den ursprünglichen Planungen nur Roheisen produziert wurde. Auch wenn die wichtigsten Wirtschaftsziele erreicht werden konnten, waren doch Planungsprobleme unübersehbar geworden. Deshalb sah sich die Sowjetunion durch die Verabschiedung des Fünfjahrplanes veranlasst, die Wirtschaftshilfe für die DDR aufzustocken. Moskau sagte kurzfristig weitere Lieferungen zu und senkte die Stationierungskosten[583]. Bereits Anfang Juni sagte Chruschtschow einen weiteren Kredit in Höhe von 156 Millionen Rubel zu, wobei die Sowjetunion Waren für 90 Millionen Rubel lieferte und weitere 66 Millionen Rubel in freier Währung zur Verfügung stellte[584]. Gleichzeitig versuchte Moskau, den RGW bei den Wirtschaftshilfen für die DDR in die Pflicht zu nehmen: Der Kremlchef deutete gegenüber der ostdeutschen Seite jedenfalls an, dass er den sowjetischen Vertreter im osteuropäischen Wirtschaftsbund angewiesen habe, die wirtschaftlichen Sorgen der DDR mit den übrigen RGW-Partnern zu erörtern. Darüber hinaus schlug er Ost-Berlin vor, bei den benötigten Lebensmittellieferungen auf die jeweiligen Bruderstaaten selber zuzugehen und dort um Hilfe zu bitten. Damit machte der Brief Chruschtschows auch deutlich, dass die Sowjetunion bei ihren Wirtschaftshilfen mittlerweile an die eigenen ökonomischen Grenzen gestoßen war.

Der RGW sollte als Antwort auf den Marshall-Plan sowie den wirtschaftlichen Zusammenschluss Westeuropas unter anderem auch der Spezialisierung und Kooperation der Industriezweige der osteuropäischen Mitgliedsländer dienen[585]. Im Verlauf der fünfziger Jahre zeigte sich allerdings, dass dieses langfristige Ziel nicht zu erreichen war, da die wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Länder zu unterschiedlich waren. Dies hing freilich nicht nur mit dem unterschiedlichen Entwicklungsstand der Wirtschaft zusammen, sondern auch mit den institutionellen und bürokratischen Schwierigkeiten, mit welchen die nationalen Planwirtschaften bereits in ihrem Geltungsbereich zu kämpfen hatten. Außerdem gab es keine multilateralen Koordinierungseinrichtungen, so dass die Abstimmungsverfahren zwischen den RGW-Ländern höchst kompliziert und wenig flexibel waren. Die außenwirtschaftliche Zusammenarbeit der RGW-Mitglieder blieb letztlich rudimentär[586]. Darüber hinaus beklagte sich die Sowjetunion darüber, dass sie immer um Mithilfe gebeten würde, wenn bei den Mitgliedsländern ökonomische Engpässe auftauch-

581 Direktive für den zweiten Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft in der DDR 1956 bis 1960, in: Protokoll der 3. Parteikonferenz der SED (24.-30.3.1956). Bd.2, S.1022-1113, hier S.1026.
582 Steiner, Von Plan zu Plan, S.84.
583 Ebenda, S.87.
584 SAPMO-BArch, NY 4090/474, Bl.33, Chruschtschow am 9.6.1956 an Schirdewan und Grotewohl.
585 Steiner, Von Plan zu Plan, S.85.
586 Herzog, Schwäche als Stärke, S.16.

ten[587]. Das war aus sowjetischer Sicht zweifellos die Kehrseite der Medaille, da in Moskau nicht nur Hilferufe aus der DDR eintrafen. Diese Folgeerscheinungen hatte die Supermacht bei der Konzipierung des RGW, der ansonsten auf die Wirtschaftsinteressen der Hegemonialmacht ausgerichtet war, offensichtlich nicht berücksichtigt. Der Versuch, den RGW zu einer supranationalen Planungsinstanz auszubauen, scheiterte im Übrigen endgültig 1963 am rumänischen Veto[588].

DDR-Vertreter nutzten die Tagungen des RGW, um am Rande mit den sowjetischen Delegierten zu informellen Konsultationen zusammenzutreffen. Bei der Gelegenheit übergaben sie häufig Listen mit Waren, die in der DDR dringend benötigt wurden[589]. Da die Sowjetunion ihren Fünfjahrplan Mitte 1957 immer noch nicht fertiggestellt hatte[590], herrschte auf ostdeutscher Seite eine gewisse Planungsunsicherheit. Nachdem bereits zwei Jahre ins Land gegangen waren, konnte das Gesetz über den zweiten Fünfjahrplan, der für den Zeitraum von 1956 bis 1960 galt, erst im Januar 1958 beschlossen werden[591]. Demnach sollte die industrielle Bruttoproduktion bis zum Ende des Fünfjahrplanes um durchschnittlich 6,6 Prozent jährlich wachsen. Im Mittelpunkt stand die Sicherung des Rohstoff- und Energiebedarfs sowie der Ausbau des Maschinenbaus.

Während die SED ihre Wirtschaftsziele zunächst noch vergleichsweise bescheiden formulierte, holte sie auf dem V. Parteitag zum großen Schlag aus und propagierte die „ökonomische Hauptaufgabe": Bis 1961 sollte der Pro-Kopf-Verbrauch der ‚werktätigen' Bevölkerung bei allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern den Pro-Kopf-Verbrauch in Westdeutschland erreichen und übertreffen[592]. Unter dem Motto ‚einholen und überholen', das die KPdSU in Bezug auf die US-Wirtschaft vorgegeben hatte, ging die SED-Führung ernsthaft davon aus, dass es ihr gelingen werde, die Überlegenheit des eigenen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells zu zeigen. Nachdem der Ostblock mit dem Sputnik-Erfolg 1957 bereits im Weltraum die Nase vorn hatte, sollte der Systemwettstreit auch auf der Erde mit friedlichen Mitteln gewonnen werden. Ein wichtiger Bestandteil dieses utopischen Programms war das ambitionierte Chemieprogramm, das eine Verdoppelung der Produktion chemischer Güter bis 1965 vorsah[593]. In diesem Zusammenhang entstand beispielsweise in den sechziger Jahren ein neues Erdölverarbeitungswerk in Schwedt[594]. Parallel dazu begann die DDR fieberhaft damit, nach Erdölvorkommen im eigenen Land zu suchen, wobei das Ergebnis äußerst mager blieb[595]. Das Chemieprogramm wirkte wie ein Katalysator für planwirtschaftliches Den-

587 SAPMO-BArch, NY 4090/474, Bl. 25–33, hier Bl. 28, Bericht über das Treffen von Vertretern der SPK der UdSSR und der DDR am 6./7. 6. 1957 in Moskau.
588 Ahrens, Gegenseitige Wirtschaftshilfe?, S. 156f.
589 SAPMO-BArch, NY 4090/474, Bl. 34–40, Liste vom 13. 6. 1957 über Warenlieferungen der UdSSR an die DDR (1957–1960).
590 Das räumte der 1. stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, Saburow, gegenüber SPK-Vertretern aus Ost-Berlin ein. SAPMO-BArch, NY 4090/474, Bl. 25–33, hier Bl. 27, Bericht über das Treffen von Vertretern der SPK der UdSSR und der DDR am 6./7. 6. 1957 in Moskau.
591 Gesetzblatt der DDR 1958. Teil I, S. 41–55.
592 So Ulbricht in seinem Parteitagsreferat. Protokoll des V. Parteitages. Bd. 1, S. 22–221, hier S. 68 und 70.
593 Vgl. Mühlfriedel/Wießner, Die Geschichte der Industrie der DDR, S. 238–245.
594 Zur Standortentscheidung: Springer, Verbaute Träume, S. 58–67.
595 Karlsch, Der Traum vom Öl, S. 73–80.

ken in der DDR und erzeugte eine neue Euphoriestimmung in der Partei- und Planungselite, was sich allein schon an der optimistischen Zukunftserwartung der Propagandalosungen ablesen lässt: „Chemie gibt Brot, Wohlstand, Schönheit!"[596] Kurz darauf passte sich die SED-Führung dem Planungsrhythmus der Sowjetunion wieder einmal an: Sie brach den zweiten Fünfjahrplan 1959 ab und verabschiedete statt dessen den Siebenjahrplan, der die Zielvorgaben der „ökonomischen Hauptaufgabe" enthielt. So wurde die durchschnittliche Zuwachsrate der Industrieproduktion auf 9,5 Prozent jährlich festgesetzt[597]. Die obersten Wirtschaftsplaner waren sich allerdings darin einig, dass dieses Ziel nur erreicht werden konnte, wenn gleichzeitig die Produktionszahlen in der Textil- und Lebensmittelindustrie gesenkt werden. Aus Sicht der Staatlichen Plankommission musste deshalb der Konsumwettstreit mit der Bundesrepublik um einige Jahre verschoben werden.

Zur sowjetischen Wirtschaftshilfe kann auch die Tätigkeit der sowjetischen Berater gezählt werden, die nicht nur den ökonomischen Aufbau begleiteten, sondern auch der Überwachung der ostdeutschen Wirtschaftsverwaltung dienten. Obwohl diese Experten bereits seit der DDR-Gründung im Staatsapparat tätig waren, scheint doch ein Politbürobeschluss vom 19. Februar 1954 von entscheidender Bedeutung gewesen zu sein, in dem die SED-Führung das Präsidium der KPdSU bat, der ostdeutschen Regierung „auf längere Zeit Berater-Spezialisten" zur Verfügung zu stellen[598]. Beide Regierungen schlossen ein entsprechendes Abkommen, das erstmals eine formal einheitliche Regelung für die Entsendung der sowjetischen Berater brachte[599]. Daraufhin kamen unter anderem zwei sowjetische Berater ins Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung. Nach kurzer Zeit musste aber die Planung revidiert werden: „Die bisherige Erfahrung zeigt jedoch, dass die Genossen hauptsächlich mit der Staatlichen Plankommission zusammenarbeiten müssen, weil hier die konzentrierten Materialien vorhanden sind und ein umfassender Überblick besteht."[600] Grotewohl bat Botschafter Puschkin um das Einverständnis, die beiden Berater in die oberste Planungsbehörde umzusetzen. Außerdem erließ der DDR-Ministerpräsident eine Ordnung, welche die Arbeitsbedingungen der sowjetischen Spezialisten festlegte[601]. Dabei wurde zwischen Beratern und Sachverständigen unterschieden: Während erstere Anspruch auf eine monatliche Vergütung von 2175,– DM (Ost) sowie auf einen monatlichen Zuschlag von 1500,– DM (Ost) hatten, erhielten letztere lediglich einen Monatslohn

596 Ulbricht, Chemie gibt Brot – Wohlstand – Schönheit, S. 10.

597 SAPMO-BArch, NY 4090/474, Bl. 244–249, hier Bl. 245, Ergebnisse der Beratungen über die ökonomischen Fragen vom 17.6.1959. Das Dokument stammte vom SPK-Vorsitzenden Leuschner. Ulbricht senkte die Wachstumsrate zwei Jahre später auf sieben Prozent. Ulbricht am 19.1.1961 an Chruschtschow, in: Steiner, Vorstellungen und Probleme im Vorfeld der Errichtung der Berliner Mauer, S. 242–254, hier S. 251. Tatsächlich konnten 1961 aber nur sechs Prozent erreicht werden. Ebenda, S. 251, Anm. 48.

598 Zitiert nach: Steiner, Sowjetische Berater in den zentralen wirtschaftsleitenden Instanzen der DDR, S. 101.

599 Ebenda, S. 101f. Die Gesamtzahl der entsendeten Spezialisten liegt nach wie vor im Dunkeln. Steiner hat sich eingehend mit den Möglichkeiten und Grenzen der Beratungstätigkeit im Finanzministerium beschäftigt. Ebenda, S. 106–115.

600 BAB, DC 20/15456, Grotewohl am 18.11.1955 an Puschkin.

601 BAB, DC 20/15461, Ordnung der Arbeitsbedingungen für die von der UdSSR in die Betriebe, Institutionen, Lehranstalten und sonstige Organe der DDR entsandten sowjetischen Spezialisten (o.D.).

von 2010,– DM (Ost) sowie einen Zuschlag von 1000,– DM (Ost). Die Arbeitsdauer wurde auf maximal drei Jahre festgesetzt. Darüber hinaus waren sowjetische Ingenieure, Geologen und Geophysiker bei der Erdölsuche in der DDR behilflich[602]. Als Moskau die wirtschaftliche Lage der DDR als gefestigt einstufte, wurden die Berater aus den zentralen wirtschaftsleitenden Instanzen im Frühjahr 1957 abgezogen[603]. In den folgenden Jahrzehnten verfügte die Sowjetunion aber auch weiterhin über verschiedene andere Möglichkeiten der Einflussnahme in der DDR: Im Einvernehmen mit der SED bildete etwa die Regierung der UdSSR bei der sowjetischen Planungsbehörde GOSPLAN eine eigenständige Gruppe, die sich mit Versorgungsfragen der DDR zu beschäftigen hatte[604].

Die Staatliche Plankommission beobachte die Entwicklung der Handelsbeziehungen zur Sowjetunion und zum westlichen Ausland mit Argusaugen. Nach Berechnungen der obersten Wirtschaftsplaner von 1959 werde 1962 das Handelsbilanzdefizit gegenüber der UdSSR 67 Millionen Rubel betragen[605]. Noch dramatischer gestaltete sich die Entwicklung gegenüber dem kapitalistischen Westen; hier rechnete man mit einer Vergrößerung des Defizits von 169 (1959) auf 479 Millionen Rubel (1960)[606]. Auch für die beiden folgenden Jahre ging die Staatliche Plankommission von einem Minus in Höhe von 423 bzw. 347 Millionen Rubel aus. Die benötigte Devisenhilfe wurde zunächst mit 450 Millionen Rubel (1960) angegeben. Auch 1961 und 1962 würde die DDR nach den Berechnungen der ostdeutschen Planbehörde zusätzliche Devisen in Höhe von 400 bzw. 300 Millionen Rubel benötigen. Die DDR drohte also erneut in eine ernsthafte Finanzkrise zu schlittern. Mit Hilfe der Sowjetunion gelang es letztlich, den wirtschaftlichen Kollaps abzuwenden. So betrug zwar das Handelsbilanzdefizit gegenüber der Bundesrepublik 1959 186,9 Millionen Verrechnungseinheiten (VE)[607]. In den Jahren 1960 und 1961 konnte allerdings ein Überschuss von 163 bzw. 68 Millionen VE erwirtschaftet werden. Die DDR war Ende 1960 im sogenannten nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet mit insgesamt 472 Millionen Valutamark verschuldet, ein Jahr später bereits mit 670 Millionen Valutamark[608]. Allein die Westverschuldung des Landes entsprach ein Jahr vor dem Mauerbau 21 Prozent des Exports in das westliche Ausland. 1961 lag die Quote schon bei knapp 28 Prozent. Diese Entwicklung machte erneut deutlich, wie sehr sich Ost-Berlin bereits zu diesem Zeitpunkt in wirtschaftlicher Abhängigkeit von Moskau befand.

Die SED-Führung wertete die steigende Verschuldung der DDR zu Recht als Krisensymptom, denn sie bedeutete eine Kürzung der Konsumausgaben, was bei

602 BAB, DC 20/15456, Grotewohl am 8.9.1956 an Bulganin (Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR).
603 Steiner, Sowjetische Berater in den zentralen wirtschaftsleitenden Instanzen der DDR, S. 116.
604 Ebenda, S. 117.
605 SAPMO-BArch, NY 4090/474, Bl. 241–243, hier Bl. 241, Kurzbilanz DDR/UdSSR vom 3.6.1959 für den Zeitraum von 1958 bis 1962.
606 Ebenda, Bl. 243.
607 Nakath, Zur politischen Bedeutung des Innerdeutschen Handels, S. 226 (Tabelle). Beide Seiten hatten sich im Frankfurter Abkommen vom 8.10.1949 darauf geeinigt, den Zahlungsverkehr in Verrechnungseinheiten abzuwickeln, um eine Kursfestsetzung zu vermeiden. Fässler, Durch den „Eisernen Vorhang", S. 96–99.
608 Steiner, Vom Überholen eingeholt, S. 259. Die Valutamark war eine interne Recheneinheit und wurde mit einer DM (West) gleichgesetzt.

vielen Funktionsträgern Erinnerungen an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 wachrief. Außerdem hatte sich die Versorgungslage der ostdeutschen Bevölkerung durch die brachial durchgeführte Kollektivierung auf dem Lande weiter verschlechtert. Deshalb wandte sich Grotewohl am 22. Oktober 1959 an Chruschtschow und bat um eine außerplanmäßige Lieferung von 15 000 Tonnen Butter bis zum Beginn der Adventszeit[609]. Durch die lange Trockenperiode könne das geplante Milchaufkommen nicht erzielt werden, gab der ostdeutsche Ministerpräsident zur Begründung an. Des Weiteren sei der Butterverbrauch gegenüber dem Vorjahr um über 20 Prozent gestiegen, so dass die Lagerbestände der Handelsorganisation längst aufgebraucht seien. Die SED-Führung wollte unter allen Umständen verhindern, dass die DDR-Bevölkerung vor Weihnachten leere Butterregale in den Geschäften vorfand. Die zugespitzte wirtschaftliche Lage, in der sich die DDR Ende der fünfziger bzw. Anfang der sechziger Jahre befand, bewog schließlich die SED-Führung dazu, bei Chruschtschow auf eine Lösung der Berlin-Frage und den Abschluss eines Friedensvertrages zu drängen[610]. Insbesondere Ulbricht war davon überzeugt, dass die nach Westen offene Grenze geschlossen werden musste, um ein weiteres Ausbluten der DDR zu verhindern.

Ende der fünfziger Jahre benötigte die DDR von der Sowjetunion nicht nur Rohstoffe, Walzstahl und Lebensmittel, sondern auch Materialien für den Aufbau eines eigenen Atomkraftwerks. Bereits am 10. November 1955 hatte der Ministerrat Maßnahmen zur Anwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke beschlossen[611]. Nach Absprache mit der Staatlichen Plankommission richtete Grotewohl Anfang April 1958 ein Schreiben an den Kremlchef, in dem er darum bat, vier ostdeutsche Wissenschaftler zu einem Meinungsaustausch in die Sowjetunion entsenden zu dürfen[612]. Dort sollten sie ihre Kenntnisse über die Gewinnung von schwerem Wasser, das für die friedliche Nutzung der Kernenergie benötigt wurde, verbessern. Da die sowjetische Besatzungsmacht bekanntlich nach Kriegsende zahlreiche deutsche Wissenschaftler und Experten in die UdSSR deportiert hatte, verfügte die DDR Ende der fünfziger Jahre nicht über das entsprechende Expertenwissen. Darüber hinaus versuchte Grotewohl die sowjetische Führung dazu zu bewegen, zwei sowjetische Radiochemiker als Gastprofessoren ins Zentralinstitut für Kernphysik und an die Fakultät für Kerntechnik der Technischen Hochschule Dresden zu schicken. Zuvor hatte der Hauptabteilungsleiter für die Anwendung der Atomenergie beim sowjetischen Ministerrat, Professor W. S. Jameljanow, erklärt, dass es der UdSSR auch in Zukunft nicht möglich sei, schweres Wasser in die DDR zu liefern[613]. Bereits sechs Wochen nach Grotewohls Anfrage lag Moskaus Zusage vor: Chruschtschow erklärte sich einverstanden, zwei sowjetische Experten zur Lehrtätigkeit in die DDR zu entsenden[614]. Dagegen wurde die anvisierte ostdeutsche Delegationsreise von der Konkretisierung des DDR-Atomprogramms

[609] SAPMO-BArch, DY 30/3705, Bl. 86–88, hier Bl. 88, Grotewohl am 22. 10. 1959 an Chruschtschow.
[610] Steiner, Vorstellungen und Probleme im Vorfeld der Errichtung der Berliner Mauer, S. 241.
[611] Hampe, Zur Geschichte der Kerntechnik in der DDR, S. 28–30.
[612] BAB, DC 20/15458, Grotewohl am 2. 4. 1958 an Chruschtschow.
[613] BAB, DC 20/15458, Grosse (Mitglied der SPK) am 28. 3. 1958 an Plenikowski.
[614] BAB, DC 20/15458, Chruschtschow an Grotewohl (inoffizielle Übersetzung, überreicht durch Botschafter Perwuchin am 16. 5. 1958).

abhängig gemacht. In der Folgezeit legte der Wissenschaftliche Rat für die friedliche Anwendung der Atomenergie, der Ende 1955 beim Ministerrat gebildet worden war[615], eine Grundkonzeption über die Entwicklung der Kerntechnik in der DDR bis 1965 vor, die den Bau eines Atomkraftwerkes sowie einer Produktionsanlage für reaktorreines Uranoxyd vorsah[616]. Da die DDR dieses technologische Großprojekt nicht alleine realisieren konnte, bat Grotewohl in Moskau erneut um tatkräftige Unterstützung und verwies dabei auf die bereits vorliegende grundsätzliche Zustimmung des Kremls[617]. Während Chruschtschow der Errichtung eines Atomkraftwerks in der DDR zustimmte, lehnte er den Bau eines Betriebes ab, das Uranerze zu Uransalzen verarbeiten sollte[618]. Zur Begründung verwies er auf entsprechende Anlagen in der UdSSR. Entscheidend war jedoch, dass die Sowjetunion die Produktion von uranhaltigen Substanzen nicht der DDR überlassen wollte. Auf diese Weise behielt Moskau nämlich den entscheidenden Einfluss auf die ostdeutsche Kernkraftgewinnung. Die DDR-Regierungskanzlei, die in dieser Angelegenheit koordinierend tätig war, wurde von der Entscheidung sichtlich überrascht, denn sie war von einer uneingeschränkten Zustimmung der sowjetischen Führung ausgegangen. So schrieb ein leitender Mitarbeiter in einem Vermerk für Grotewohl: „Die Antwort ist mir hier unverständlich."[619] Bei den intensiven Vorgesprächen[620] hatte Prof. Jameljanow der ostdeutschen Seite offensichtlich zu verstehen gegeben, dass sich die DDR eine eigene Uranbasis schaffen müsse und sich nicht auf sowjetische Lieferungen verlassen könne. Damit wurde das Projekt einstweilen auf Eis gelegt, denn die für den Reaktorbetrieb angesetzten Produktions- und Unterhaltskosten überstiegen die finanziellen Möglichkeiten der DDR.

Sicherung der Energieversorgung

Der ostdeutsche Bergbau war schon in den ersten Nachkriegsjahren einschneidenden Veränderungen unterworfen, die zum Teil nicht intendierte Folgen hatten. Anfang März 1950 erhielt Ministerpräsident Grotewohl einen Bericht des Leiters der Hauptabteilung Kohle im Ministerium für Industrie, Gustav Sobottka, der die Defizite der im Aufbau befindlichen Wirtschaftsverwaltung offenlegte, die Auswirkungen auf die Planung und Steuerung der zur Verfügung stehenden Energieträger hatten[621]. Als erstes nannte er die Verstaatlichung des Bergbaus und den im Zuge der Entnazifizierung vollzogenen Personalwechsel, der auch nach der DDR-Gründung noch nicht abgeschlossen war. Dem früheren Präsidenten der Deutschen Zentralverwaltung der Brennstoffindustrie, Dr. Ferdinand Friedensburg

615 Hampe, Zur Geschichte der Kerntechnik in der DDR, S. 29; Reichert, Kernenergiewirtschaft in der DDR, S. 115f. Parallel dazu gab es beim Politbüro eine Kommission für Kernforschung und Kerntechnik. BAB, DC 20/2231, Bl. 12–14, Grosse (SPK-Abt. Investitionen, Forschung und Technik) am 9. 1. 1960 an Grotewohl.

616 BAB, DC 20/2231, Bl. 15f., Prof. Dr. Hertz (Wissenschaftlicher Rat für die friedliche Anwendung der Atomenergie beim DDR-Ministerrat) am 15. 12. 1959 an Grotewohl.

617 BAB, DC 20/2231, Bl. 6–8, Grotewohl am 30. 1. 1960 an Chruschtschow.

618 BAB, DC 20/2231, Bl. 28f., Chruschtschow am 14. 3. 1960 an Grotewohl.

619 BAB, DC 20/2231, Bl. 22f., Notiz Korns für Grotewohl vom 28. 3. 1960.

620 Vgl. Hampe, Zur Geschichte der Kerntechnik in der DDR, S. 54–56.

621 SAPMO-BArch, NY 4090/341, Bl. 21–32, Bericht Sobottkas vom 9. 3. 1950 an Pieck, Grotewohl und Ulbricht.

(CDU), und dem ersten Vizepräsidenten Gustav Dahrendorf (SPD) warf Sobottka nachträglich vor, kein Interesse an der Überführung der Brennstoffindustrie „in die Hände des Volkes" gezeigt und die Personalpolitik bewusst vernachlässigt zu haben: „Von den etwa 300 Angestellten der Verwaltung waren annähernd 50 frühere Mitglieder der Nazi-Partei, etwa 200 frühere Ministerialbeamte"[622]. Schwerer wog allerdings der Vorwurf, die Zentralverwaltung habe vor dem Amtsantritt Sobottkas im September 1946 die traditionell engen Verbindungen zu den Kohlemagnaten weiter gepflegt: „Die ganze Organisation der Brennstoff- und Energieversorgung befand sich noch in den Händen des alten Konzernklüngels, der [...] nicht an den Aufbau der Brennstoffindustrie dachte, sondern ihn sabotierte, wo er nur konnte, und auf bessere Zeiten aus dem Westen wartete." Zugleich musste der Hauptabteilungsleiter im Industrieministerium jedoch zugeben, dass der Personalwechsel die Qualität der Verwaltungsarbeit erheblich beeinträchtigte, da die SED nicht über ausgebildetes Fachpersonal verfügte. Ingenieure und Techniker, „die der Arbeiterbewegung nahe standen oder gar Mitglieder sozialistischer Parteien waren, waren dünn gesät"[623]. Zum zweiten verwies Sobottka auf den strukturellen Umbau der Zentralverwaltung bzw. der Nachfolgeministerien, den er weiter vorantreiben wollte. Dazu schlug er die Bildung einer einheitlichen Verwaltung für drei bislang getrennt organisierte Bereiche vor: Kohle, Energie und Kohlechemie[624]. Das gegenwärtige Ministerium für Industrie sei dazu nicht in der Lage, so das vernichtende Urteil des Hauptabteilungsleiters: „Das beweist die Tatsache, dass seit fast 2 Jahren, und zwar nach der Trennung dieser drei Zweige [...], jeder für sich wurschtelt [sic], ohne ein einheitliches Ziel oder einen einheitlichen Plan zu haben." Die SED-Führung wird das Papier mit Unmut zur Kenntnis genommen haben, denn es strotzte vor Selbstlob und Überheblichkeit[625] und stellte die ausgeklügelte Regierungsbesetzung in Frage. Obwohl die Vorschläge nicht umgesetzt wurden und Sobottka ein Jahr später altersbedingt aus dem Amt schied, machte sein Bericht doch die strukturellen und personellen Schwierigkeiten deutlich, in denen das für die Energieversorgung zuständige Ministerium steckte.

Während es der SED-Führung mittelfristig gelang, die geschilderten Verwaltungsprobleme in den Griff zu bekommen, konnte sie am Rohstoffmangel der DDR, die über qualitativ schlechte Braunkohle und so gut wie keine Steinkohle verfügte, nichts ändern. Darüber hinaus war der ostdeutsche Teilstaat bei der Stahl- und Eisenproduktion auf den Import von Erzen und Braunkohlenkoks angewiesen. Der Versorgungsengpass war zum einen eine Folge der deutschen Teilung, mit der die DDR von den reichhaltigen Kohlevorräten im Ruhrgebiet und in Oberschlesien abgeschnitten wurde, zum anderen ein Ergebnis der Demontagen in der unmittelbaren Nachkriegszeit[626]. Doch erst im Zuge des zweiten Fünfjahrplanes konzentrierte sich die SED darauf, die eigene Rohstoffbasis auszubauen. In dem Zusammenhang sollten insbesondere die Braunkohle- und Kaliindustrie sowie die

622 Ebenda, Bl. 21.
623 Ebenda, Bl. 21 (Rückseite).
624 Ebenda, Bl. 29.
625 Kritik an seinem Vorstoß versuchte er mit dem Hinweis zu entkräften, „nur kleine Gehirne können mir unterstellen, mich von solchen persönlichen Dingen leiten zu lassen". Ebenda.
626 Zum folgenden: Steiner, Von Plan zu Plan, S. 88.

Grundstoffchemie weiterentwickelt werden, was wiederum dazu führte, dass 1958 rund 47 Prozent der Industrieinvestitionen in die Energie- und Brennstoffindustrie gelenkt wurden.

Die DDR war somit von Anfang an auf den Import von fossilen Brennstoffen angewiesen, um die Energieversorgung für die Schwerpunktbetriebe, aber auch für den Privatverbrauch sicherzustellen. Zu den wichtigsten Lieferanten zählten nicht nur die Sowjetunion, sondern auch die sozialistischen ‚Bruderstaaten'. Entsprechende Anfragen gingen über den Schreibtisch des Ministerpräsidenten, wobei Grotewohl über die Versorgungsprobleme in diesem Bereich frühzeitig unterrichtet war. So hatte das Staatssekretariat für Kohle und Energie im Frühjahr 1952 eine „außerordentlich angespannte Lage in der Energiewirtschaft" gemeldet[627]. Um die im ersten Fünfjahrplan angegebenen Ziele bei der Produktion von Walzstahl verwirklichen zu können, wandte sich Grotewohl Ende 1952 an den polnischen Ministerpräsidenten Bolesław Bierut und bat um die Lieferung von 100 000 Tonnen Koks[628]. In Warschau gelang es der DDR-Botschafterin Äenne Kundermann jedoch nicht, Bierut, der gleichzeitig Vorsitzender der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei war, zu einer Zusage zu bewegen. Dieser teilte der ostdeutschen Diplomatin und Stalinistin[629] in einer Unterredung vielmehr mit, dass Polen nicht in der Lage sei, dem Wunsch nachzukommen, da die Volksrepublik große Schwierigkeiten bei der Planerfüllung habe und bei der Koksproduktion weit unter den Zielvorgaben liege.

In den folgenden Tagen versuchte der für die Hüttenindustrie verantwortliche Minister Fritz Selbmann händeringend, einen drohenden Produktionsstillstand in der ostdeutschen Metallindustrie zu verhindern. Da aber die Kokslagerbestände aufgebraucht waren und die beteiligten Ressorts, die Staatliche Verwaltung für Materialversorgung sowie das Ministerium für Innerdeutschen und Außenhandel, keine Alternativlösungen zu bieten hatten, schaltete er hilfesuchend Ministerpräsident Grotewohl ein[630]. Nachdem er mehrmals betonte hatte, alles Erdenkliche unternommen zu haben, zeichnete er ein düsteres Bild der DDR-Hüttenindustrie, die eigentlich das Flaggschiff im Wirtschaftsaufbau werden sollte. Besonders dramatisch sei die Lage im EKO, in der Maxhütte sowie bei den Werken in Mansfeld und Calbe, da die Betriebsleitungen teilweise schon dazu übergegangen seien, auf stark verunreinigten alten Koksbestand zurückzugreifen. Daraufhin veranlasste Grotewohl, dass Mitarbeiter des Außenhandelsministeriums bei ihren Amtskollegen in Warschau vorstellig wurden, die nun zumindest eine prinzipielle Hilfsbereitschaft signalisierten[631]. Gleichzeitig bat er Ulbricht, die unzureichende Koksversorgung der Hüttenindustrie, die sich ungefähr seit dem Herbst 1952 in einer tiefen Krise befand[632], auf die Tagesordnung der nächsten Politbürositzung zu

627 SAPMO-BArch, NY 4090/343, Bl. 6, Staatssekretär Fritsch am 3. 5. 1952 an Grotewohl.
628 SAPMO-BArch, NY 4090/350, Bl. 12, Hauptabteilungsleiter Florin (MfAA) am 19. 12. 1952 an Büro des Ministerpräsidenten.
629 Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 48 und 106.
630 SAPMO-BArch, NY 4090/350, Bl. 13, Selbmann am 5. 1. 1953 an Grotewohl.
631 SAPMO-BArch, NY 4090/350, Bl. 13, handschriftlicher Vermerk Grotewohls auf dem Schreiben Selbmanns vom 5. 1. 1953.
632 Unger, Eisen und Stahl für den Sozialismus, S. 172. In der Studie werden allerdings die Versorgungsprobleme mit Kohle und Eisenerz nur am Rande behandelt.

setzen[633]. Anfang 1953 drohte die Energieversorgung in der DDR zu kollabieren, denn die Gaswerke berichteten von stark schrumpfenden Steinkohlevorräten, so dass Grotewohl den polnischen Ministerpräsidenten auch noch um die Einhaltung der zugesagten Lieferung von 49000 Tonnen Steinkohle bitten musste[634]. In seiner Antwort begründete der polnische Ministerpräsident den Exportrückgang mit der ungenügenden Steinkohlenförderung, die zu Versorgungsengpässen in der Volksrepublik geführt hätten. Im Gegenzug beklagte er sich beim ostdeutschen Ministerpräsident darüber, dass die abgesprochenen DDR-Lieferungen von Düngemitteln unbefriedigend sei[635]. Obwohl sich Grotewohl schließlich über die verspätete Lieferung von 373000 Tonnen Steinkohle und 71000 Tonnen Koks bedankte[636], verdeutlicht der Briefwechsel letztlich das spannungsgeladene wirtschaftliche Verhältnis zwischen den beiden Ländern, das nicht nur der schwierigen Aufbauphase nach Kriegsende geschuldet war. So beklagte das für Polen zuständige Referat im sowjetischen Außenministerium im März 1953, dass Warschau mit Lieferungen im Gesamtwert von 76,6 Millionen Rubel gegenüber Moskau im Rückstand sei[637].

Offensichtlich ging die DDR frühzeitig von einer polnischen Absage aus, denn Grotewohl richtete ungefähr zeitgleich eine Anfrage an den tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Antonin Zapotocky. Darin bat er um die Erhöhung der im Handelsabkommen vereinbarten Koksliefierungen von 730000 Tonnen auf eine Million Tonnen[638]. Um die im Fünfjahrplan gesteckten Ziele erreichen zu können, sei die DDR „unbedingt" auf die Hilfe der „befreundeten Staaten" angewiesen. Grotewohl teilte seinem Amtskollegen in Prag die dramatische Lage, in der sich die ostdeutsche Energiewirtschaft befand, unverblümt mit: „Seien Sie versichert, dass nur die ernste Versorgungsnotlage mich zu diesem Schritt veranlasst hat." Da die ČSR zu diesem Zeitpunkt damit beschäftigt war, die Brennstoffversorgung im eigenen Land zu sichern, schlug Zapotocky ein Geschäft vor: Demzufolge sollte die DDR das gesamte Jahreskontingent von 50000 Tonnen Braunkohlenbriketts, das im Handelsabkommen fixiert worden war, bereits im Januar und Februar 1953 liefern[639]. Im Gegenzug sei seine Regierung bereit, die im langfristigen Abkommen vereinbarte Menge an Koks zur Verfügung zu stellen. Dieses Angebot nahm Grotewohl schließlich an, wobei er ausdrücklich darauf hinwies, dass die DDR Anfang 1953 schon 19000 Tonnen Briketts in die ČSR exportiert hatte[640]. Darüber hinaus betonte er, dass „es sich dabei nicht um ein bereits früher festgelegtes Kontingent handelt, sondern um eine Vereinbarung, die getroffen wurde anlässlich der gegenwärtig stattfindenden Verhandlungen zum Abschluss eines Zusatzprotokolls für das Jahr 1953"[641].

Aufgrund der akuten Notlage sprach sich Ministerpräsident Grotewohl für ein langfristiges Krisenmanagement aus. Seinem Stellvertreter, Heinrich Rau, schrieb er

633 SAPMO-BArch, NY 4090/350, Bl. 29, Grotewohl an Ulbricht (Januar 1953).
634 SAPMO-BArch, NY 4090/350, Bl. 37, Grotewohl am 19.1.1953 an Bierut.
635 SAPMO-BArch, NY 4090/350, Bl. 44, Bierut am 5.2.1953 an Grotewohl.
636 SAPMO-BArch, NY 4090/350, Bl. 62–64, Grotewohl am 25.2.1953 an Bierut.
637 Ihme-Tuchel, Das ‚nördliche Dreieck', S. 38f. Die Studie konzentriert sich in erster Linie auf die außen- und sicherheitspolitischen Aspekte und behandelt dagegen die trilateralen Wirtschaftsbeziehungen nur am Rande.
638 SAPMO-BArch, NY 4090/478, Bl. 94, Grotewohl am 13.12.1952 an Zapotocky.
639 SAPMO-BArch, NY 4090/350, Bl. 70f., Zapotocky am 24.1.1953 an Grotewohl.
640 SAPMO-BArch, NY 4090/350, Bl. 75f., Grotewohl im Februar 1953 an Zapotocky.
641 Ebenda, Bl. 75.

Ende 1952, es sei nötig, der „Frage der Winterbevorratung im Sommer schon bald größte Aufmerksamkeit zu schenken"[642]. Damit griff er einen Vorschlag auf, den das Staatssekretariat für Kohle und Energie in einem Bericht unterbreitet hatte, in dem eindringlich auf die Fehlmengen an Rohkohle hingewiesen worden war. Das Staatssekretariat führte die Nichteinhaltung der Planvorgaben unter anderem darauf zurück, dass die Trockenkohlenerzeugungsanlagen in Beuna und Glückauf noch nicht in Betrieb genommen waren[643]. Außerdem fehle es an Transportanlagen, um die gewonnene Kohle in Waggons der Reichsbahn umzuladen. Schließlich werde die Brikettproduktion zusätzlich noch durch die schlechte Witterung in den Revieren Borna, Senftenberg und Welzow stark beeinträchtigt. Daraufhin antwortete Rau, der zudem Leiter der Koordinierungs- und Kontrollstelle für Industrie und Verkehr beim Ministerrat war, dass bereits eine Kommission unter der Leitung des Staatssekretärs im Verkehrsministerium, Ernst Wollweber, gebildet worden sei, die Vorschläge zur „Bevorratung mit Kohle und anderen Materialien" ausarbeiten solle[644].

Der Ministerrat hatte das Thema frühzeitig zur Chefsache erklärt und am 19. September 1952 einen Grundsatzbeschluss „zur Sicherung der Schaffung von Energiekapazitäten" gefasst, der sich unter anderem auf die technische Ausstattung der Heizkraftwerke bezog. Offensichtlich war es zu Engpässen bei der Lieferung von Kesseln, Turbinen und Generatoren gekommen[645], so dass die Energieversorgung auch auf der Produktionsseite zusammenzubrechen drohte. Obwohl dazu ein detaillierter Terminplan vorgelegt wurde, musste der Leiter der Staatlichen Verwaltung für Energieversorgung zähneknirschend zugeben, dass damit die Schwierigkeiten nicht aus dem Weg geräumt waren: „Trotz eindeutiger Terminstellung [...] besteht heute der Zustand, dass noch kein vollständiger und genauer Überblick" besteht[646]. Das Energieprogramm 1953, das eigentlich ein Notfallprogramm war, stand nunmehr regelmäßig auf dem Tagungsprogramm der Regierungssitzungen[647]. Grotewohl drängte auf eine umfassende Berichterstattung, um im Ministerrat weitere Maßnahmen einleiten zu können.

Die ostdeutsche Regierung bekam das Energieproblem jedoch nicht mehr in den Griff. Da die DDR nur noch in geringem Umfang Strom und Gas in grenznahe Gebiete bzw. nach West-Berlin lieferte, um die wirtschaftliche Abhängigkeit von Westdeutschland zu minimieren, bestanden hier auch keine Einsparungspotentiale mehr[648]. Ungefähr einen Monat vor dem Ausbruch des Volksaufstands berichtete Binz, dass sich die ohnehin schon ernste Versorgungslage bei Koks wei-

642 SAPMO-BArch, NY 4090/341, Bl. 90, handschriftliche Notiz Grotewohls vom 31.12.1952 für Rau.

643 SAPMO-BArch, NY 4090/341, Bl. 79–82, hier Bl. 80, Bericht des Staatssekretariats für Kohle und Energie vom 19.12.1952.

644 SAPMO-BArch, NY 4090/341, Bl. 91, Rau am 6.1.1953 an Grotewohl.

645 SAPMO-BArch, NY 4090/343, Bl. 138, Binz am 21.1.1953 an Grotewohl.

646 SAPMO-BArch, NY 4090/343, Bl. 65, Binz am 3.1.1953 an Grotewohl.

647 SAPMO-BArch, NY 4090/343, Bl. 92, Vermerk Tzschorns vom 9.1.1953 für Kollegen Ambrée und Kollegin Plaschke.

648 SAPMO-BArch, NY 4090/343, Bl. 192, Rau am 15.4.1953 an Grotewohl. Erst nach dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 rang sich die DDR-Regierung dazu durch, Stromimporte aus Westdeutschland ins Auge zu fassen. SAPMO-BArch, NY 4090/343, Bl. 248, handschriftliche Notiz Tzschorns auf einem Schreiben des Staatssekretariats für Energie (Adler) an Grotewohl vom 14.7.1953.

ter zugespitzt habe[649]. Deshalb müssten „schwerwiegende Entscheidungen über den Umfang der Versorgung mit Koks für die Großverbrauchergruppen wie Metallurgie, SAG und Chemie getroffen werden [...], die entscheidende Folgen für die industrielle Produktion nach sich ziehen" würden. Die Deutsche Handelszentrale Kohle habe bereits die Anweisung erhalten, den täglichen Bedarf der Hüttenwerke bis zum 15. Mai 1953 unter allen Umständen zu befriedigen, und zwar auch auf Kosten der SAG-Betriebe. Die stark rückläufige Koksversorgung traf auch die Buna-Werke, die dazu übergegangen waren, Gaskoks einzusetzen, was wiederum zu zahlreichen Betriebsunfällen mit tödlichem Ausgang geführt habe. Grotewohls persönlicher Einsatz hatte sich letztlich nicht ausgezahlt. Der Ministerpräsident stand im Vorfeld des 17. Juni vor der undankbaren Aufgabe, eine Entscheidung darüber zu treffen, welche Industriezweige ihre Produktion zurückfahren sollten. Diese fast aussichtslose Zwangslage scheint die DDR-Regierung paralysiert zu haben. Ein Kurswechsel kam nicht auf ostdeutsche Initiative, sondern erst auf sowjetischen Druck zustande. Grotewohl beschränkte sich darauf, den neuen tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Viliam Široky um neue Hilfslieferungen zu bitten: „Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Maßnahmen ergreifen würden, [...] als Sofort-Hilfe täglich mindestens 3000 Tonnen [Koks] bis Ende Mai zur Verladung zu bringen."[650]

Nachdem die sowjetischen Truppen den Volksaufstand im Juni 1953 blutig niedergeschlagen und damit die SED-Herrschaft stabilisiert hatten, wurde fieberhaft nach den Verantwortlichen für die Krise in der Energieversorgung gesucht. Dazu schaltete die SED-Führung die ZKSK ein, die nicht nur das Leitungspersonal, sondern auch die Verwaltungsarbeit überprüfen sollte. Grotewohl erteilte dem Leiter des Staatssekretariats für Kohle, Max Fritsch, sowie dem 1. stellvertretenden Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Paul Strassenberger, eine Rüge und drohte damit, sie im Wiederholungsfalle vor dem Ministerrat zur Verantwortung zu ziehen[651]. Kurz darauf folgten erste personelle Konsequenzen: Der glücklos operierende Fritsch wurde durch Jeczmionka abgelöst. Letzterer schob die Schuld für die zahlreichen Stromunterbrechungen, die hauptsächlich den Privatverbrauch getroffen hatten, der Industrie zu, da zahlreiche mittlere und Großbetriebe „die vorgeschriebene Leistungsabsenkung während der Spitzenbelastungszeiten nicht oder nur mit geringen Prozentsätzen durchgeführt" hätten[652]. Darüber hinaus erhielt der Leiter der Koordinierungs- und Kontrollstelle für Industrie und Verkehr, Heinrich Rau, die Aufgabe, den Ministerpräsidenten regelmäßig über die Durchführung der energiepolitischen Maßnahmen zu unterrichten[653].

Weder der Kohlenimport noch die Kohlenförderung konnten im Laufe des Jahres 1953 weiter erhöht werden, so dass der Verbrauch zwangsläufig eingeschränkt werden musste. Nach der Verkündung des ‚Neuen Kurses' waren jedoch Kürzun-

649 SAPMO-BArch, NY 4090/350, Bl. 77–81, hier Bl. 77, Binz am 13.5.1953 an Grotewohl.
650 SAPMO-BArch, NY 4090/350, Bl. 83f., Grotewohl am 18.5.1953 an Širocky.
651 SAPMO-BArch, NY 4090/341, Bl. 131, Grotewohl am 31.7.1953 an Fritsch; SAPMO-BArch, NY 4090/329, Bl. 259, Grotewohl am 31.7.1953 an Strassenberger.
652 SAPMO-BArch, NY 4090/343, Bl. 257f., Staatssekretär Jeczmionka am 8.8.1953 an Grotewohl.
653 SAPMO-BArch, NY 4090/343, Bl. 291, Rau am 23.9.1953 an Grotewohl.

gen beim Privatverbrauch ausdrücklich untersagt. Deshalb schlug das Staatliche Komitee für Materialversorgung vor, die Versorgung der in Ostdeutschland stationierten sowjetischen Truppen mit Kohle zurückzufahren: „Im Vergleich zum Verbrauch unseres gesamten Polizeiapparates und anderer Organe des MdI, die etwas weniger als 300000 Tonnen verbrauchen werden, erscheint mir der Auftrag der Sowjetarmee in Höhe von 700000 Tonnen etwas überspitzt."[654] Da Binz mit seinem Vorstoß bei den zuständigen Offizieren des Versorgungsstabes der sowjetischen Truppen auf taube Ohren gestoßen war, bat er Grotewohl, bei Semjonow diesbezüglich vorstellig zu werden. Die Initiative verlief allerdings im Sande, denn der Ministerpräsident griff den Vorschlag nicht auf, der letztlich die verzweifelte Lage der verantwortlichen staatlichen Stellen offenkundig werden ließ.

Durch die Entlassung von Fritsch waren die übrigen Ressortchefs alarmiert und bemühten sich in der Folgezeit, den Eindruck zu vermitteln, dass sie alles für die Verwirklichung des Energieplans unternehmen würden[655]. Die Ministerien und Staatssekretariate entfalteten ab Anfang 1954 einen Aktionismus, der sich wieder in den üblichen, stark bürokratisierten Bahnen der Zentralverwaltungswirtschaft bewegte. So wurde unter Selbmanns Leitung eine Beratungsrunde eingerichtet[656], an der alle am Energieprogramm beteiligten Verwaltungsstellen der Regierung teilnahmen, um erneut Vorschläge für den Ministerrat auszuarbeiten. Selbmann, der offensichtlich befürchtete, im Falle eines Scheiterns alleine zur Verantwortung gezogen zu werden, kritisierte gegenüber Grotewohl die Arbeitsweise des Maschinenbauministeriums: „Ich verweise besonders darauf, dass für fast alle Ausrüstungen des Energie-Programms das Ministerium für Maschinenbau bezw. die ihm unterstellten Betriebe Verlängerung der Termine verlangen. Ich habe, da das nicht meine Aufgabe war, diesen Terminverlängerungen nicht zugestimmt"[657]. Der Minister für Schwerindustrie nahm seine Aufgabe sehr ernst und versuchte von Grotewohl weitere Vollmachten zu erhalten, um bei seinen Amtskollegen die gemeinsam beschlossenen Arbeitsverpflichtungen einfordern zu können: „Ich bitte Sie, die in dem Protokoll enthaltenen Vorschläge der Beratung für die endgültigen Inbetriebnahmetermine der verschiedenen Aggregate zu bestätigen und mich zu ermächtigen, den beteiligten Stellen mitzuteilen, dass diese Inbetriebnahmetermine als äußerste Termine anzusehen sind, wobei in jedem Falle um die Vorziehung des Termins gekämpft werden muss." In dem Zusammenhang schlug Selbmann außerdem noch vor, dass Änderungen an den Planzielen nur nach ausdrücklicher Genehmigung durch ihn möglich sein sollten. Sein Vorstoß hatte keine unmittelbaren Auswirkungen, da sich Grotewohl zunächst nicht in das Kompetenzgerangel ein-

654 SAPMO-BArch, NY 4090/473, Bl. 117f., Binz am 23.10.1953 an Grotewohl.

655 SAPMO-BArch, NY 4090/344, Bl. 1–4, hier Bl. 4, Minister für Schwerindustrie Selbmann am 20.1.1954 an Grotewohl.

656 Fast zeitgleich bildete das Sekretariat des ZK der SED eine Kommission „zur Mobilisierung der Partei und der Arbeiterschaft zur Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten bei der Förderung der Kohle". Kommissionsmitglieder waren unter anderem Ziller und Selbmann. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/3/417.

657 SAPMO-BArch, NY 4090/344, Bl. 90, Selbmann am 11.6.1954 an Grotewohl. Nachdem Rau in einer Vorbesprechung den Maschinenbau in Schutz genommen hatte, bekräftigte Selbmann seine Kritik und legte Grotewohl entsprechende Beweise vor. BAB, DC 20/164, Bl. 289f., Selbmann am 27.8.1954 an Dr. Geyer.

schaltete, obwohl die Kontrollabteilung beim Präsidium des Ministerrats die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Schwerindustrie, dem Ministerium für Maschinenbau und der Staatlichen Plankommission als ungenügend bezeichnete[658]. Die Kontrolle des Energieprogramms durch das neu geschaffene Beratungsgremium entspreche keineswegs den Erfordernissen, so das vernichtende Urteil des stellvertretenden Leiters Schiefer. Doch der Ministerpräsident blieb seiner Linie treu und beließ es bei allgemeinen Ermahnungen[659]. Die DDR-Regierung verfügte in dieser Frage über keine Sanktionsmittel und sah dem Treiben der Ministerien tatenlos zu, so dass die Kontrollabteilung bereits Anfang März darauf hinwies, dass die Tendenz bestehe, „durch eine Neubilanzierung diese Terminverschiebungen zu legalisieren"[660].

Ende Oktober 1954 schaltete sich schließlich Walter Ulbricht in die Angelegenheit ein und sorgte offenbar dafür, dass im Sekretariat des ZK eine Besprechung stattfand. Obwohl der Maschinenbau für die Nichterfüllung der Planziele in der Braunkohlenindustrie verantwortlich gemacht wurde[661], traf es letztlich das Ministerium für Schwerindustrie, das am 17. März 1955 zerschlagen wurde[662]. An seine Stelle traten bis 1958 drei Nachfolgeministerien: das Ministerium für Hüttenwesen, das Ministerium für Chemische Industrie sowie das Ministerium für Kohle und Energie. Mit dieser Maßnahme war auch eine Entmachtung Selbmanns verbunden[663], der bis zu seinem Sturz im Februar 1958 einer der Stellvertreter Grotewohls und gleichzeitig Vorsitzender der Kommission für Industrie und Verkehr beim Präsidium des Ministerrates wurde. Aus der Auseinandersetzung ging der Minister für Maschinenbau, Rau, zunächst gestärkt hervor; einige Monate später wurde er aber zum Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel berufen.

Die Auflösung des Ministeriums für Schwerindustrie verringerte zwar vorrübergehend die Reibungspunkte zwischen den politischen Akteuren, änderte aber nichts an der Versorgungslage der Eisen- und Stahlindustrie, da der Bedarf an Steinkohle und Koks nach wie vor nicht gedeckt werden konnte. Obwohl der stellvertretende Minister Friedemann den Ministerpräsidenten darum gebeten hatte, Tageslieferungen von jeweils 2000 Tonnen Koks für das Eisenhüttenkombinat ‚J.W.Stalin' zu veranlassen[664], reagierte Grotewohl wieder einmal nicht, sondern bat Rau nur um Prüfung der Sachlage. Dieser wollte zunächst die Verhandlungen abwarten, die sein Ministerium mit der tschechoslowakischen Regierung aufgenommen hatte[665]. Dagegen hielt er eine erneute Anfrage in Warschau für aussichts-

[658] SAPMO-BArch, NY 4090/344, Bl. 126f., stellvertretender Leiter Schiefer am 1.9.1954 an Grotewohl.
[659] Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/341, Bl. 202, Grotewohl im Februar 1954 an das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel (Gregor); ebenda, Bl. 212, Grotewohl am 19.10.1954 an den Minister für Eisenbahnwesen Chwalek.
[660] SAPMO-BArch, NY 4090/344, Bl. 47, Leiter der Kontrollabt. beim Präsidium des Ministerrats (Korn) am 5.3.1954 an Grotewohl; ebenda, Bl. 59, Korn am 15.3.1954 an Grotewohl.
[661] SAPMO-BArch, NY 4090/341, Bl. 219, Ulbricht am 28.10.1954 an Grotewohl.
[662] Herbst/Ranke/Winkler, So funktionierte die DDR. Bd. 2, S. 681.
[663] Das MfS sammelte im Übrigen seit 1950 belastendes Material gegen Selbmann. BStU, MfS, AP 1895/65, Bl. 9f., 86, 268–271.
[664] SAPMO-BArch, NY 4090/351, Bl. 44, stellvertretender Minister für Schwerindustrie Friedemann am 10.6.1955 an den persönlichen Referenten Grotewohls (Eisermann).
[665] SAPMO-BArch, NY 4090/351, Bl. 49–51, hier Bl. 50, Rau am 15.6.1955 an Grotewohl.

los, da Polen bei den vereinbarten Kokslieferungen über dem Soll liege. Dieser Einschätzung schloss sich Grotewohl offensichtlich an, so dass auf die vorhandenen Bestände der sogenannten Staatsreserve zurückgegriffen werden musste, die allerdings nicht ausreichten. Erst am 11. Juli 1956 wandte sich der DDR-Ministerpräsident an seinen Amtskollegen in Moskau und bat um die sofortige Lieferung von 50 000 Tonnen Koks, die in Tagessätzen von jeweils 1 000 Tonnen verschickt werden sollten[666]. Zuvor hatte Rau von Grotewohl den Auftrag erhalten, auf der bevorstehenden RGW-Ratstagung mit den Außenhandelsministern der UdSSR, Polens und der ČSR zu sprechen und dabei die ostdeutschen Sorgen vorzutragen[667]. Die Versorgung der ostdeutschen Hüttenindustrie mit Steinkohle, Koks und Eisenerz blieb defizitär und konnte auch im weiteren Verlauf des zweiten Fünfjahrplanes nicht befriedigend geregelt werden. Die Staatliche Plankommission, die im Auftrag des Ministerrates die entsprechenden Importverhandlungen führte, trat in Moskau und Warschau als Bittstellerin auf[668]. Mit der Verkündung des ‚Neuen Kurses' verabschiedete sich die DDR zwar mittelfristig von einigen Zielen ihres Schwerindustrialisierungskonzepts, welches die politische und ökonomische Krise 1953 mit ausgelöst hatte. Dieser Politikwechsel hatte aber nicht nur politische, sondern eben auch wirtschaftliche Ursachen: Aufgrund der zurückbleibenden Lieferungen konnten einige Hochöfen nicht gebaut bzw. nicht voll ausgelastet werden. Langfristig bedeutete der ‚Neue Kurs' allerdings nur einen bedingten Einschnitt, denn die zur Verfügung stehenden Investitionsmittel wurden auch weiterhin bevorzugt in diesen Bereich gelenkt, ab 1958 vor allem in die Chemische Industrie.

Landwirtschaftspolitik und Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern

Die fünfziger Jahre waren sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR von überdurchschnittlichen Wachstumsraten gekennzeichnet, wobei allerdings der ostdeutsche Teilstaat dem westdeutschen Entwicklungstempo schon bald nicht mehr folgen konnte. Im Schatten des Wirtschaftswunders vermochte die Bruttoproduktion der DDR-Industrie 1951 erstmals den Vorkriegswert von 1936 zu übertreffen[669]. Bis 1956 verdoppelte sich sogar der Index der gesamten Industrieproduktion im Vergleich zu 1936. Obwohl die Vorgaben des ersten Fünfjahrplanes annähernd erfüllt wurden, verlief die Wirtschaftsentwicklung sektoral höchst unterschiedlich. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass der massive Ausbau der Schwerindustrie mit einer Vernachlässigung der Konsumgüterindustrie einherging, was wiederum Auswirkungen auf den Lebensstandard der ostdeutschen Bevölkerung hatte. Darüber hinaus wirkte sich die kommunistische Landwirtschaftspolitik

666 SAPMO-BArch, NY 4090/376, Bl. 141, Grotewohl am 11.7.1956 an Bulganin. Kurz zuvor hatte der ZK-Sekretär für Wirtschaft berichtet, dass die Schließung der Hochöfen in Stalinstadt drohe, wenn es nicht gelänge, „in absehbarer Zeit die Lage zu wenden". BAB, DC 20/2143, Bl. 11, Ziller am 9.7.1956 an Ulbricht.

667 BAB, DC 20/2143, Bl. 5, stellvertretender SPK-Vorsitzender Henke am 28.5.1956 an den Leiter des Büros des Präsidiums des Ministerrates (Plenikowski).

668 SAPMO-BArch, NY 4090/331, Bl. 137-139, Bericht Leuschners vom 29.7.1957 an Grotewohl.

669 Steiner, Wirtschaftliche Lenkungsverfahren, S. 283 (Tabelle 3).

nachteilig aus, die mit der Bodenreform im Herbst 1945 eine einschneidende Weichenstellung vorgenommen hatte, denn die Enteignung des Großgrundbesitzes und dessen überwiegende Aufteilung in sogenannte Neubauernhöfe von etwa acht Hektar leiteten eine gewaltige Strukturveränderung ein. Während die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe, die über 100 Hektar verfügten, zwischen 1939 und 1949 von rund 9000 auf 2000 zurückging, erhöhte sich die Anzahl der Kleinbetriebe, die zwischen fünf und zehn Hektar bewirtschafteten, im selben Zeitraum von ca. 92000 auf 218000[670]. Da diese Kleinbetriebe wirtschaftlich kaum überleben konnten, waren sie von Anfang an einem Kollektivierungsdruck ausgesetzt, der zunächst nicht intendiert war, schließlich aber von der SED-Führung Anfang der fünfziger Jahre begierig aufgegriffen wurde[671]. Das erklärt auch, warum rund 60000 Neubauern ihre Betriebe bis 1952 zurückgaben[672]. Vor der II. Parteikonferenz im Sommer 1952, die den ersten Kollektivierungsschub enorm beschleunigte, wurden insgesamt 235000 Hektar nicht oder nur unzureichend bewirtschaftet. Aufgrund der zunehmenden Verschuldung suchten ca. 20000 Bauern ihr Heil im Zusammenschluss in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG). Die Aufgabe von unrentablen landwirtschaftlichen Betrieben sowie die Flucht zahlreicher Bauern in den Westen Deutschlands waren ein deutliches Anzeichen für das Scheitern der SED-Agrarpolitik[673]. Dennoch hielt die Einheitspartei an ihrer Kollektivierungspolitik beharrlich fest, die in den Jahren 1952/53 und 1960/61 ein besonders häufiger Fluchtanlass war[674].

Während in den ersten Nachkriegsjahren der Ernährungsstandard gemessen an der Kalorienversorgung sukzessive erhöht werden konnte, und sich der preisbereinigte Pro-Kopf-Verbrauch in der SBZ im Vergleich zu Westdeutschland ähnlich gut entwickelte, öffnete sich nach der doppelten Staatsgründung die Schere beim Lebensstandard. So erreichte die DDR 1952 nur noch zwischen 50 und 75 Prozent des Pro-Kopf-Verbrauchs der Bundesrepublik[675]. Damit war es der SED-Führung zwar gelungen, den Grundbedarf der Bevölkerung zu sichern, doch der Vergleich mit der sich allmählich entwickelnden westdeutschen Wohlstandsgesellschaft fiel immer stärker zu Ungunsten des Arbeiter- und Bauernstaates aus. Das zeigen die vergleichsweise hohen Lebenshaltungskosten für einige Güter des täglichen Bedarfs in der DDR, insbesondere bei Nahrungs- und Genussmitteln sowie für Bekleidung: Die Kaufkraft der DDR-Währung lag also deutlich unter der westdeutschen. Erst 1958 gelang es der SED-Führung, die lange geplante Lebensmittelrationierung aufzuheben. Die bis zum Mauerbau anhaltend hohe Fluchtbewegung von Ost nach West stellte daher auch eine Abstimmung mit den Füßen über die SED-Konsumpolitik dar[676].

Grotewohl hatte jedoch zusammen mit den anderen Politbüromitgliedern schon im Herbst 1949 einen Verordnungsentwurf beschlossen, der die Aufhebung der

670 Hoffmann/Schwartz, Politische Rahmenbedingungen, S. 56.
671 Bauerkämper, Problemdruck und Ressourcenverbrauch, S. 321f.
672 Zum folgenden: Bauerkämper, Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur, S. 165.
673 Steiner, Von Plan zu Plan, S. 68.
674 Bispinck/van Melis, „Republikflucht", S. 79.
675 Steiner, Von Plan zu Plan, S. 71.
676 Schevardo, Vom Wert des Notwendigen, S. 294.

Rationierung ins Auge fasste[677]. Die Vorgabe stand im Zusammenhang mit der geplanten Leistungssteigerung in den Betrieben. Denn die SED-Führung war davon überzeugt, dass „die Verbesserung der Lebenshaltung der Bevölkerung zu einem weiteren Aufschwung der Arbeitsproduktivität beitragen wird, damit bis Ende 1950 der Friedensstand der Arbeitsproduktivität erreicht wird". Doch es kam anders. Der Leiter der SKK-Abteilung Finanzen, Wladimir K. Sitnin, machte Grotewohl bei einer Unterredung am 20. März 1950 darauf aufmerksam, dass der Lebensmittel-Warenfonds der staatlichen Handelsorganisation (HO) in den ersten beiden Monaten des I. Quartals weit hinter dem Plan zurückgeblieben sei[678]. Ausgangspunkt der sowjetischen Kritik war die SED-Preispolitik. Der Umsatzrückgang wurde in Verbindung gebracht mit der ungünstigen Relation zwischen den Preisen im HO-Handel und den Schwarzmarktpreisen in der DDR, vor allem aber den Preisen auf dem freien Markt in den Westsektoren Berlins: Bei Zucker würde der HO-Preis das zehnfache, bei Butter das achtfache, bei Margarine das 17fache und bei Rindfleisch das 13fache des Westpreises betragen. Deshalb müssten die Aufkaufpreise gesenkt und die Erfassungspreise konstant gehalten werden. Erst als Karlshorst den Druck erhöhte, traf das Politbüro am 24. März eine entsprechende Entscheidung[679]. Offensichtlich wollte Grotewohl nicht nur mit Blick auf die Frühjahrsbestellung 1950, sondern auch mit Blick auf die Volkskammerwahlen im Oktober Unruhe in der Bauernschaft vermeiden[680].

Nachdem der Konflikt mit der SKK beigelegt werden konnte, begann innerhalb der SED-Führung sofort die Suche nach dem Schuldigen. Die ehemaligen Kommunisten machten den LDP-Politiker und Minister für Handel und Versorgung, Dr. Karl Hamann, verantwortlich und versuchten die Versorgungskrise zu instrumentalisieren. Gegenüber Grotewohl machte Pieck deutlich: „Wir geben uns die größte Mühe, die Bauern zu gewinnen, und hier werden Tatsachen geschaffen, die die Bauern auf das höchste gegen uns aufbringen."[681] Gleichzeitig regte er eine „ernste Untersuchung" an, die vermutlich die ZKSK durchführen sollte. In dem Zusammenhang wurden in der Presse auch Vorwürfe gegen den Minister für Handel und Versorgung von Sachsen-Anhalt, Otto Kamps (LDP), erhoben, der daraufhin seinen Rücktritt anbot. Grotewohl, der eine Regierungsumbildung vermeiden wollte, lehnte dies mit dem Hinweis ab, dass er „einen Anlass zum Rücktritt nicht für gegeben erachtet, weil es sich hier in erster Linie um Vorwürfe gegen die sachliche Arbeit des Ministers handelt, die jetzt und in Zukunft verbessert werden wird"[682]. Da Kamps die gegen ihn erhobenen Vorwürfe als berechtigt ansah und Besserung gelobte, war der Ministerwechsel in Sachsen-Anhalt vorerst vom Tisch, der vermutlich Folgen für die Zusammensetzung der Regierung in Ost-Berlin ge-

677 SAPMO-BArch, NY 4090/369, Bl. 92f., ZK der SED (Ulbricht) am 25.10.1949 an Ministerpräsident Grotewohl.
678 Aufzeichnung Sitnins über das Gespräch mit Grotewohl am 20.3.1950, in: Scherstjanoi, SED-Agrarpolitik unter sowjetischer Kontrolle (CD-ROM), Dokument 2.
679 Dazu: Scherstjanoi, SED-Agrarpolitik unter sowjetischer Kontrolle, S. 201f.
680 SAPMO-BArch, NY 4090/147, Bl. 77–84, hier Bl. 77f., Diskussionsbeitrag Grotewohls auf der SED-Parteivorstandssitzung am 14.3.1950.
681 SAPMO-BArch, NY 4036/658, Bl. 17, Pieck am 22.6.1950 an Grotewohl.
682 SAPMO-BArch, NY 4090/369, Bl. 68, Notiz Tzschorns vom 19.9.1950 über ein Gespräch zwischen Grotewohl, Hamann und Kamps.

habt hätte. Stattdessen regte Ministerpräsident Grotewohl bei Hamann an, die Lager der Genossenschaften zu öffnen, um das Warenangebot zu vergrößern[683]. Außerdem empfahl er dem Minister für Handel und Versorgung weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgungslage: So sollte Hamann die Kürzung der Lebensmittelrationen in Thüringen rückgängig machen, die den Betrieben zunächst im Zusammenhang mit dem SMAD-Befehl Nr. 234 vom 9. Oktober 1947 in Aussicht gestellt worden waren[684]. Mit Beginn des neuen Lehrjahres und mit der besseren Erfüllung des Nachwuchsplanes steige die Anzahl der Bezieher dieser Sonderleistung, gab das Büro des Ministerpräsidenten zu bedenken. Da die zusätzlichen Lebensmittelrationen als Leistungsanreiz in den Betrieben dienten und langfristig die Arbeitsproduktivität steigern sollten, achtete die DDR-Regierung sorgfältig auf die rechtzeitige Umsetzung des sowjetischen Befehls. Um die reibungslose Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Handel und Versorgung in Ost-Berlin und der Landesregierung in Erfurt zu überwachen, schaltete Grotewohl frühzeitig die ZKSK ein[685].

Die Kritik an Hamann riss jedoch nicht ab, denn einen Monat später meldete der sächsische Ministerpräsident Seydewitz gravierende Schwierigkeiten bei der Fleischversorgung im Freistaat[686]. So war ein Fleischtransport, der aus der Sowjetunion in Frankfurt/Oder angekommen war, nicht wie geplant nach Dresden, sondern nach Leipzig weitergeleitet worden. Das sächsische Ministerium für Handel und Versorgung hatte zuvor noch den Befehl erteilt, die Fleischkontingente in die Landeshauptstadt zu dirigieren, da sie dort für die Bevölkerung dringend benötigt wurden. Seydewitz schob die Verantwortung für die Fehlsteuerung, die die „schon ungünstige Lage der Fleischversorgung für einige Tage verschärft" habe, dem Ost-Berliner Ministerium zu, das dem Verband sächsischer Konsumgenossenschaften eine entsprechende Anweisung erteilt habe. Doch Grotewohl hielt auch weiterhin seine Hand schützend über Hamann und erteilte Seydewitz den Auftrag, eine gründliche Untersuchung innerhalb der sächsischen Landesregierung durchzuführen: „Aus den Feststellungen der letzten Tage ist zu schließen, dass eine Anzahl politischer Saboteure auf dem Gebiet von Handel und Versorgung die Arbeit desorganisieren."[687] Da der Sabotagevorwurf schwer wog, waren personelle Konsequenzen in Sachsen unumgänglich, wie der ostdeutsche Ministerpräsident unmissverständlich klar machte: „Die Mitarbeiter aus dem Apparat von Handel und Versorgung, die falsche Zahlen angegeben bezw. unverantwortlich gearbeitet haben, sind ohne Ansehen der Person und Parteizugehörigkeit zur persönlichen Verantwortung zu ziehen." Dieser Aufforderung kam Seydewitz umgehend nach und veranlasste die Amtsenthebung eines Hauptabteilungsleiters im sächsischen Ministerium für Handel und Versorgung, der am 13. Oktober 1950 auf Anordnung der Landeskommission für Staatliche Kontrolle (LKSK) verhaftet wurde[688]. Gleich-

683 SAPMO-BArch, NY 4090/369, Bl. 77, Grotewohl am 20. 9. 1950 an Hamann.
684 SAPMO-BArch, NY 4090/369, Bl. 71, Staatssekretär Dr. Geyer am 25. 9. 1950 an Hamann.
685 Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/369, Bl. 73, Grotewohl am 17. 10. 1950 an Lange (ZKSK).
686 SAPMO-BArch, NY 4090/424, Bl. 104f., Seydewitz am 11. 10. 1950 an Grotewohl.
687 SAPMO-BArch, NY 4090/424, Bl. 106–110, hier Bl. 109, Grotewohl am 12. 10. 1950 an Seydewitz.
688 SAPMO-BArch, NY 4090/424, Bl. 112f., Seydewitz am 19. 10. 1950 an Grotewohl.

zeitig legte er einen umfangreichen Prüfungsbericht vor, den eine von ihm eingesetzte Kommission angefertigt hatte[689]. Da im Bericht abschließend die parteipolitische Zusammensetzung der für die Ämter Handel und Versorgung verantwortlichen Kreis- und Stadträte beklagt wurde, richtete sich die Untersuchung immer mehr gegen die Blockparteien: Während 14 Landräte das CDU-Parteibuch hatten und neun Landräte LDP-Mitglied waren, konnte die SED nur drei Amtsträger vorweisen. Der Bericht suggerierte den Eindruck, dass die Versorgungsmängel mit der überproportionalen Vertretung von Mitgliedern der beiden bürgerlichen Parteien in den Landkreisen zusammenhing[690]. Ende des Monats hatte Seydewitz in der Affäre weitere personelle Entscheidungen getroffen und zwei Mitarbeiter im Fleischreferat des Landesministeriums abgemahnt[691].

Damit war es Grotewohl zunächst einmal gelungen, den Konflikt um die Fleischversorgung auf Sachsen zu begrenzen und Hamann zeitweilig aus der Schusslinie zu nehmen. Dieser wurde schließlich zwei Jahre später unter dem Vorwand verhaftet, jahrelang die Versorgung der Bevölkerung hintertrieben zu haben. Mitte Januar traf es Außenminister Georg Dertinger (CDU), dem Landesverrat vorgeworfen wurde. Obwohl die Transformation der beiden bürgerlichen Parteien zu gefügigen Blockparteien bereits zuvor weitgehend abgeschlossen war, an der im Übrigen sowohl Hamann als auch Dertinger einen gehörigen Anteil hatten, schien die Ausschaltung und Verfolgung von missliebigen Spitzenpolitikern vor niemandem Halt zu machen. Grotewohl stellte sich dieser Entwicklung nicht mehr entgegen, da er vermutlich seine Interventionsmöglichkeiten nicht sonderlich hoch einschätzte und einen Konflikt mit Pieck und Ulbricht nicht riskieren wollte[692].

Anfang der fünfziger Jahre wurden aus allen fünf Ländern Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln gemeldet. Das Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse informierte Ministerpräsident Grotewohl Anfang 1952 darüber, dass in Mecklenburg der Plan für die Pflichtablieferung „außerordentlich ungenügend erfüllt" sei[693]. Demzufolge gab es einen Nachfrageüberhang bei Getreide, Kartoffeln, Ölsaaten, Milch, Eiern, aber auch Schlachtvieh, der mit dem Hinweis auf Lieferrückstände der Großbauern begründet wurde. Grotewohl beanstandete die Verwaltungsarbeit der Landesregierung in Schwerin: Die ungenügende Ablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie die schlechte Erfüllung der landwirtschaftlichen Produktionspläne zeigten, so der Ministerpräsident weiter, dass vor allem die Arbeit des Ministeriums für Landwirtschaft „völlig ungenügend" sei und weit hinter den Anforderungen des Fünfjahrplanes zurückbleibe[694]. Daraufhin reiste Grotewohl in die

689 SAPMO-BArch, NY 4090/424, Bl. 114–120, Bericht vom 19. 10. 1950.
690 Ebenda, Bl. 119.
691 SAPMO-BArch, NY 4090/424, Bl. 201, Seydewitz am 27. 10. 1950 an Grotewohl.
692 Bereits Anfang Februar 1952 begann Grotewohl, sich auf die Seite der Gegner Hamanns zu schlagen. So räumte er gegenüber Seydewitz Fehler des Ost-Berliner Ministeriums für Handel und Versorgung ein und deutete etwas kryptisch an, dass sich „die sich daraus ergebenden weitgehenden Schlussfolgerungen [...] gegenwärtig im Zustand ernsthafter Beratungen" befänden. SAPMO-BArch, NY 4090/424, Bl. 322, Grotewohl am 5. 2. 1952 an Seydewitz.
693 SAPMO-BArch, NY 4090/423, Bl. 122–124, hier Bl. 122, Grotewohl am 19. 1. 1952 an Ministerpräsident Quandt.
694 Ebenda, Bl. 123.

mecklenburgische Landeshauptstadt, um an einer Kabinettssitzung teilzunehmen, auf der die einzuleitenden Gegenmaßnahmen besprochen wurden[695]. Obwohl sich die Hiobsbotschaften häuften, war die SED-Führung im Frühjahr 1952 weiterhin guten Mutes, die Probleme in den Griff zu bekommen. So meldete Grotewohl, dass bereits „Ansätze zur Überwindung der Schwierigkeiten" erkennbar seien[696]. Allerdings müssten für die bevorstehende II. Parteikonferenz alle Anstrengungen unternommen werden, um die Versorgungslage sicherzustellen: „Parteikonferenz ohne Fleisch in HO geht nicht." Dazu sollten beispielsweise Kartoffeln und Gemüse aus den RGW-Mitgliedsländern, aber auch aus dem kapitalistischen Westen verstärkt importiert werden.

Im Herbst 1952 spitzte sich die Lage der Verbraucher weiter zu und erreichte schließlich im Frühjahr 1953 dramatische Ausmaße. Es fehlte unter anderem an Butter, Margarine, Gemüse, Fleisch und Zucker[697]. Deshalb richtete die DDR-Regierung eine Anfrage an die sowjetische Führung und bat etwa um die Lieferung von Butter, die Moskau schließlich genehmigte[698]. So sollten im Dezember 1952 insgesamt 4100 Tonnen und im Januar 1953 weitere 3000 Tonnen Butter geliefert werden[699]. Gleichzeitig hatte Ost-Berlin gewaltige Probleme bei der technischen Ausstattung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) sowie der Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS) und Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS), so dass die sowjetische Führung auch auf diesem Gebiet um Unterstützung gebeten werden musste. Da die technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit beider Länder zu langsam vonstatten ging, hatte Maschinenbauminister Ziller kurzerhand veranlasst, einige in der DDR befindliche sowjetische Mähdrescher auseinanderzubauen und auf diese Weise eine Konstruktionsvorlage für die Eigenproduktion der Nutzfahrzeuge zu erstellen[700]. Erst danach wurde Ministerpräsident Grotewohl eingeschaltet, der bei der SKK offiziell um die Übergabe von technischen Zeichnungen und Stücklisten bat[701].

Obwohl Grotewohl frühzeitig über die Krise in der Landwirtschaft 1952/53 im Bilde war, ergriff die von ihm geleitete DDR-Regierung erst vergleichsweise spät die Initiative. Der ostdeutsche Ministerpräsident, der bei der Kollektivierung einen moderaten Kurs verfolgte[702], lud Ende Februar 1953 führende Mitarbeiter des

695 SAPMO-BArch, NY 4090/423, Bl. 160f., Protokoll der Besprechung am 15.2.1952.
696 SAPMO-BArch, NY 4090/370, Bl. 189–193, Grotewohl Anfang März 1952 an Ulbricht.
697 Steiner, Von Plan zu Plan, S. 76.
698 SAPMO-BArch, NY 4090/370, Bl. 368, MfAA (Florin) am 22.12.1952 an Grotewohl.
699 SAPMO-BArch, NY 4090/370, Bl. 369, Vermerk (o. Verf., o. D.) über ein Telefonat mit Iwanow (SKK).
700 SAPMO-BArch, NY 4090/316, Bl. 171f., Ziller am 15.11.1952 an Grotewohl.
701 Im einzelnen handelte es sich um die beiden Mähdrescher Typ ‚Stalinez 4' bzw. ‚Stalinez 6', die Rübenkombine Typ ‚SKMZ 3', den Kartoffelkettenrost-Roder Typ ‚TEK 2' sowie den automatischen Grasmäher Typ ‚KS 10'. SAPMO-BArch, NY 4090/316, Bl. 173f., Grotewohl am 15.11.1952 an Semitschastnow (SKK).
702 Scherstjanoi, SED-Agrarpolitik unter sowjetischer Kontrolle, S. 462. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass dieses Politikfeld nicht zu den Arbeitsschwerpunkten Grotewohls gehörte. So ging er im Anschluss an das Referat des SED-Landwirtschaftsexperten Erich Mückenberger vor dem ZK-Plenum über den MAS-Ausbau in erster Linie auf die deutschlandpolitische Dimension der DDR-Landwirtschaftspolitik ein. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/144, Bl. 136–155, Stenographische Niederschrift der 23. Tagung des ZK der SED (13.–15.4.1955).

Regierungsapparates zu einer Besprechung ein, auf der die weiteren Aufgaben verteilt wurden[703]. Dabei wurde beispielsweise festgelegt, dass die Staatliche Kommission für Handel und Versorgung einen Bericht über die Versorgungslage bei Lebensmitteln erstellen und dem Politbüro vorlegen sollte. Die Koordinierungs- und Kontrollstelle für Landwirtschaft erhielt den Auftrag, einen Plan „zur Bergung der Rübenernte" vorzulegen[704]. Die Beratungsrunde ging davon aus, die Zuckerversorgung langfristig gewährleisten zu können, wobei die in der Staatsreserve befindlichen Bestände nicht angegriffen und der Export von Zucker nicht verringert werden sollte. Der Regierung bereitete außerdem die Fett- und Fleischversorgung der Bevölkerung Kopfzerbrechen. Daher wurde unter anderem der Staatssekretär im Ministerium für Handel und Versorgung, Hermann Streit (SED), und der Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Willy Hüttenrauch (SED) beauftragt, eine detaillierte Bestandsaufnahme zu machen und fehlende Bestände aus der sogenannten Handelsreserve auszugleichen. Des Weiteren sollten für die Margarineproduktion in der DDR 8500 Tonnen Sojabohnen aus China importiert sowie 3500 Tonnen Schmalz umgeleitet werden[705]. Bei den Ad-hoc-Maßnahmen kam dem Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission eine Schlüsselrolle zu, denn Leuschner hatte bei der gemeinsamen Beratung zahlreiche Vorschläge eingebracht, die sofort übernommen wurden.

Da sich jedoch die Lage nicht grundsätzlich änderte, verordnete die Regierung einen Sparkurs. Mitte April 1953 teilte Grotewohl dem Ministerium für Handel und Versorgung mit, dass zum einen Lebensmittelkarten für „kapitalistische Elemente" gestrichen und zum anderen Lebensmittelzusatzkarten eingespart werden sollten[706]. Insgesamt ließen sich somit über 10000 Tonnen Fleisch, 4200 Tonnen Fett und 4200 Tonnen Zucker für die Allgemeinheit gewinnen, gab Grotewohl weiter an. Zu diesem Zeitpunkt herrschte innerhalb der Partei- und Regierungsspitze bereits ein heilloses Durcheinander[707]: Während einige SED-Funktionäre mit dem schnellen Eintreiben der Ablieferungsschulden zahlreicher Bauern rechneten, sah sich Grotewohl auf einer Ministerratssitzung am 5. März dazu veranlasst, auf die strikte Einhaltung der Ablieferungstermine für landwirtschaftliche Produkte zu drängen. Nach dem Willen des Politbüros war vorgesehen, Sonderbevollmächtigte der Regierung einzusetzen, die dafür sorgen sollten, dass die Ablieferungsschulden von 1952 bis zum 31. März 1953 getilgt werden. Da jedoch ein entsprechender Regierungsbeschluss nicht zustande kam, wurde die Kontroll- und Koordinierungsstelle beim Ministerrat mit der Aufgabe betraut. Am 11. Mai ging im Büro des Ministerpräsidenten das Rücktrittsgesuch von Landwirtschaftsminister Wilhelm Schröder (DBD) ein, der für diesen Schritt gesundheitliche Gründe angab[708]. Tatsächlich war Schröder beim SED-Politbüro in Ungnade gefallen, das schon im April über die Ablösung entschieden hatte[709]. Nachfolger wurde sein

[703] SAPMO-BArch, NY 4090/371, Bl. 97–99, Beratungsprotokoll Tzschorns vom 26. 2. 1953.
[704] Ebenda, Bl. 97.
[705] Ebenda, Bl. 98.
[706] SAPMO-BArch, NY 4090/371, Bl. 197, Grotewohl am 16. 4. 1953 an Wach.
[707] Zum folgenden: Scherstjanoi, SED-Agrarpolitik unter sowjetischer Kontrolle, S. 525.
[708] SAPMO-BArch, NY 4090/363, Bl. 88, Schröder am 11. 5. 1953 an Grotewohl.
[709] Bauer, Blockpartei und Agrarrevolution von oben, S. 381.

Parteifreund Hans Reichelt. Für Außenstehende musste der Personalwechsel an der Ministeriumsspitze, der noch vor der Verkündung des ‚Neuen Kurses' vollzogen wurde, wie das Eingeständnis einer Niederlage in der bisherigen Landwirtschaftspolitik erscheinen.

Erst nach dem Volksaufstand äußerte sich Grotewohl bei offiziellen Veranstaltungen zu den Pflichtablieferungen und versuchte, verlorenen Boden wieder gutzumachen. So dankte er den Bauern und Landarbeitern in einer Rede am 26. Juni für ihren bisherigen beruflichen Einsatz, um sie zu weiteren Arbeitsanstrengungen zu motivieren: „Dank Eurer guten Frühjahrsbestellung steht auch in diesem Jahr [...] wieder eine gute Ernte auf Euren Feldern. Von Eurer Arbeit in den nächsten Wochen [...] hängt es dabei weitgehend ab, wie gut und reichlich oder wie knapp und mager der Tisch jedes einzelnen Menschen in Stadt und Land gedeckt werden kann."[710] Gleichzeitig äußerte er Verständnis dafür, dass zahlreiche Bauern die rigide Eintreibung der landwirtschaftlichen Produkte ablehnten, ohne allerdings die politische Verantwortung des Ministerrates einzugestehen. Mit den Worten, die Erfüllung der Ablieferungsverpflichtungen sei vielen nicht leicht gefallen, deutete er den weit verbreiteten Unmut nur vorsichtig an. Grotewohl schob die Verantwortung den mittleren Instanzen der staatlichen Verwaltung zu, so dass die DDR-Regierung, aber auch das SED-Politbüro mit weißer Weste dastanden: „Neben dem oft zu hoch festgelegten Ablieferungssoll wurden vielfach noch härtere, außerordentliche Maßnahmen von seiten der Organe der Staatlichen Verwaltung durchgeführt, die teilweise ohne Rücksicht auf die betriebliche Lage Sollrückstände und Steuerschulden eintrieben und Zwangsmaßnahmen gegen Bauern veranlassten."[711] Dabei verschwieg Grotewohl, dass die von ihm geführte Regierung verantwortlich gewesen war für die verschärfte Gangart in der Landwirtschaftspolitik, die er nun allgemein kritisierte. Anschließend feierte er die vom Ministerrat am 25. Juni beschlossenen Maßnahmen „zur Erleichterung der Ablieferungspflicht und zur weiteren Entwicklung der bäuerlichen Betriebe und Produktionsgenossenschaften". Dabei hob er hervor, dass insbesondere die Großbauern, die lange Zeit im Visier der Kollektivierungspolitik standen, von den beschlossenen Erleichterungen profitieren würden.

Die Versorgungslage konnte letztlich nur mit Hilfe Moskaus stabil gehalten werden. Die neue Kremlführung sagte beispielsweise für das 2. Halbjahr 1953 zusätzliche Butterlieferungen in einer Gesamthöhe von 27000 Tonnen zu[712]. Darüber hinaus gelang es offensichtlich auch, durch den Ministerwechsel das Verwaltungschaos im Landwirtschaftsministerium teilweise zu beenden[713]. So bemühte sich der neue Minister Reichelt frühzeitig darum, vom Ministerium für Transportmittel- und Landmaschinenbau Ersatzteile für Traktoren und Maschinen zu erhalten, um die Hackfruchternte sicherzustellen. In seinen Bemühungen wurde er von

[710] SAPMO-BArch, NY 4090/177, Bl. 329–333, hier Bl. 329, Redemanuskript Grotewohls vom 26. 6. 1953. Der Text wurde zwei Tage später im ‚Neuen Deutschland' abgedruckt.
[711] Ebenda, Bl. 330.
[712] BAB, DC 20/160, Bl. 226, Staatliche Plankommission am 30. 7. 1953 an Grotewohl.
[713] Zum Ministerium für Land- und Forstwirtschaft unter Schröder: Bauer, Blockpartei und Agrarrevolution von oben, S. 377.

Grotewohl nachhaltig unterstützt[714]. Die Bereitstellung von Fleisch und Milch für die ostdeutschen Verbraucher hing auch noch im Jahr 1954 ganz stark von den Futtermittelimporten ab. Hier war die DDR nach wie vor auf die Unterstützung Moskaus angewiesen, die Grotewohl wiederholt einforderte[715]. Trotz sowjetischer Hilfslieferungen blieb die Versorgungslage bei Futtermitteln ernst, wie der neue Landwirtschaftsminister Paul Scholz (DBD) Anfang März 1954 mitteilte[716]. Der Engpass traf vor allem die Mastanstalten, die infolge ihrer großen Schweinebestände auf zusätzliche Lieferungen angewiesen waren. Besonders hart traf es außerdem noch die örtliche Landwirtschaft sowie die Volkseigenen Güter (VEG) in den südlichen Gebieten der Republik. Scholz drängte darauf, die Importrate weiter zu erhöhen, denn aus eigenen Kräften lasse sich die schwierige Lage dort nicht mehr meistern. Da aber die Futtermittelimporte nicht so kräftig erhöht werden konnten, war die DDR in der Folgezeit noch stärker als zuvor auf Fleischimporte angewiesen[717]. Die Lebensmittelimporte aus der Sowjetunion beschränkten sich keineswegs nur auf Fleischwaren und Milchprodukte, sondern umfassten seit jeher auch Getreidelieferungen[718]. Trotz besseren Wissens gab sich Grotewohl im ZK der SED zuversichtlich und erklärte, dass bei den „wichtigsten" Lebensmitteln keine Versorgungsschwierigkeiten beständen[719].

Grotewohl als Sozialpolitiker?

Bereits kurz vor dem Ersten Weltkrieg hatte Grotewohl damit begonnen, sozialpolitische Kenntnisse zu erwerben, und er war auch in der Weimarer Republik als Sozialpolitiker hervorgetreten. Knüpfte er als DDR-Ministerpräsident an diese Tätigkeit an? Und welchen Stellenwert hatte Sozialpolitik für ihn unter den neuen politischen Bedingungen? Zunächst überließ er die Neuordnung des Systems sozialer Sicherheit seinem SPD-Parteifreund und engen politischen Weggefährten Helmut Lehmann. Dieser war in den ersten Nachkriegsjahren der wichtigste sozialpolitische Akteur, der anfangs im Auftrag des Zentralsekretariats, später dann des Politbüros die konzeptionellen Arbeiten für die Vereinheitlichung der Sozialversicherung fast im Alleingang durchführte. Da dieses Ziel eine alte sozialdemokratische Forderung darstellte, die innerhalb der SED-Führung unstrittig war, vertraute ihm Grotewohl blind. Auch wenn der Ko-Vorsitzende der SED im Hin-

[714] SAPMO-BArch, NY 4090/365, Bl. 65, Grotewohl am 25. 9. 1953 an das Ministerium für Transportmittel- und Landmaschinenbau (Staatssekretär Schneider).

[715] SAPMO-BArch, NY 4090/301, Bl. 223, Notiz vom 16. 2. 1954 für Molotow; ebenda, Bl. 224f., Brief (Entwurf) Grotewohls an Semjonow (o. D.).

[716] SAPMO-BArch, NY 4090/301, Bl. 234f., Scholz am 10. 3. 1954 an Grotewohl.

[717] BAB, DC 20/145, Bl. 254–258, Protokoll vom 17. 9. 1954 über die Sitzung des Operativstabes beim Präsidium des Ministerrates.

[718] Die Sowjetunion hatte sich z. B. verpflichtet, im IV. Quartal 1954 noch 294 000 Tonnen Gerste und 45 000 Tonnen Hafer zu liefern. Vgl. BAB, DC 20/15462, Bl. 16f., Grotewohl am 27. 10. 1954 an den Minister für Außenhandel der UdSSR (Kabanow). Zweieinhalb Jahre später legte Grotewohl dem sowjetischen Ministerrat eine weitere umfangreiche Wunschliste vor, die die anhaltende Abhängigkeit der DDR von den sowjetischen Getreidelieferungen untermauerte. BAB, DC 20/15462, Bl. 25–27, Grotewohl am 22. 3. 1957 an Bulganin.

[719] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/144, Bl. 145, Stenographische Niederschrift der 23. Tagung der ZK der SED (13.–15. 4. 1955).

tergrund blieb, so beobachtete er die von Lehmann betriebene Neuordnung aufmerksam. Nach der DDR-Gründung wirkte er an der Ausarbeitung der zentralen sozialpolitischen Gesetzeswerke nur am Rande mit, so etwa am Gesetz der Arbeit von 1950 und am Gesetzbuch der Arbeit von 1961[720]. Dennoch beschleunigte er mitunter durch sein persönliches Eingreifen das Gesetzgebungsverfahren und stellte vor allem den Kontakt zur Besatzungsmacht her[721], die letztlich immer ihr Plazet geben musste.

Ende 1951 trat Grotewohl erstmals als Sozialpolitiker in der DDR öffentlich in Erscheinung, als bei einer Großveranstaltung die Schuldfrage für die unzureichende Durchführung der Bergarbeiterverordnung vom 28. Juni 1951 geklärt werden sollte[722]. SED-Führung und Ministerrat machten dafür die Verwaltung der Sozialversicherung verantwortlich und wollten ein Exempel statuieren, da sich unter den Bergarbeitern viel Unmut angestaut hatte. Diese Berufsgruppe war bereits vor der DDR-Gründung begünstigt worden, denn sie nahm im Schwerindustrialisierungskonzept der SED eine zentrale Position ein. Deshalb erhielten die Beschäftigten im Bergbau von Anfang an eine bessere Altersversorgung, die zum Teil an die Tradition der Reichsknappschaft anknüpfte. Nach sorgfältiger Vorbereitung fand schließlich am 3. Dezember 1951 in Leipzig eine Arbeitskonferenz über Sozialversicherungsfragen statt, die bis zu diesem Zeitpunkt beispiellos war. Erstmals wurde eine sozialpolitische Tagung durchgeführt, an der insgesamt 2 000 Funktionäre teilnahmen, darunter Vertreter der Zentralverwaltung der Sozialversicherung, Bevollmächtigte aus den Betrieben, Gewerkschaftsfunktionäre, Angestellte der Sozialversicherung, aber auch Bergarbeiterrentner sowie Empfänger von Invalidenrenten. Im Mittelpunkt der Konferenz stand ein dreistündiges Referat von Ministerpräsident Grotewohl[723]. Einleitend betonte er die Herausbildung zweier gegensätzlicher Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme in Deutschland nach 1945. Der in der DDR eingeschlagene „Demokratisierungsprozess" habe alle Bereiche des öffentlichen Lebens erfasst und sei die Grundvoraussetzung für die Entstehung der „antifaschistisch-demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung". Dagegen besäßen in Westdeutschland nach wie vor „das Kapital, das Junkertum und der Militarismus" die politische und ökonomische Macht. Nach den bekannten deutschlandpolitischen Überlegungen, die entsprechend der marxistisch-leninistischen Grundannahme auf einem dichotomen Weltbild basierten, kam Grotewohl zum eigentlichen Kern seines Vortrages: der Sozialpolitik im Allgemeinen und der Sozialversicherung im Besonderen. Dabei entsprachen seine sozialpolitischen Aussagen vollständig der SED-Linie: Die Erhöhung der Produktion sei die „beste Sozialpolitik"[724]. Grotewohl ging noch einen Schritt weiter und behauptete, „wirkliche Sozialpolitik" sei keine Wohlfahrtspolitik mehr, denn sie

[720] Vgl. Hoffmann, Aufbau und Krise der Planwirtschaft, S. 275–279 und 477–484.
[721] So etwa beim Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau von 1950. Ausführlicher dazu: Ebenda, S. 300–305. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/17/30, Bl. 92–97, Niederschrift Tzschorns über eine Besprechung des Gesetzentwurfs über die gesellschaftliche Stellung der Frau am 8. 6. 1950 bei Ministerpräsident Grotewohl.
[722] Zum folgenden: Hoffmann, Sozialpolitische Neuordnung, S. 239–245.
[723] Referat Grotewohls auf der Sozialversicherungskonferenz in Leipzig am 3. 12. 1951, in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. II, S. 560–606.
[724] Ebenda, S. 573.

entstehe auf dem „Boden sozialer Gerechtigkeit". Im zweiten Teil seiner Rede ging er auf die Funktion der neu geschaffenen Einheitssozialversicherung ein, deren zentrale Aufgabe darin bestehe, an der Verwirklichung des ersten Fünfjahrplanes mitzuwirken[725]. In dem Zusammenhang solle vor allem die Arbeitsproduktivität in den Betrieben gesteigert werden. Darüber hinaus teilte Grotewohl der ostdeutschen Sozialversicherung zwei Hauptaufgaben zu: Zum einen sollte sie den Gesundheitsschutz der arbeitenden Bevölkerung verbessern und zum anderen die Versorgung des Bevölkerungsteils sicherstellen, der zeitweilig oder langfristig im Produktionsprozess ausfiel.

Nach diesen allgemeinen Überlegungen ging der Ministerpräsident zum Angriff auf die Verwaltung der Sozialversicherung über, der er vorwarf, dass sie „keineswegs [...] in allen Punkten den Erfordernissen unserer gesteigerten Wirtschaftlichkeit" entspräche. Er forderte alle Angestellten auf, sich „ernster und sorgfältiger mit den sozialen Verhältnissen [zu] beschäftigen". Im Einzelnen verlangte er von den Mitarbeitern der Sozialversicherungsverwaltung, effizienter zu arbeiten und auf die individuellen Bedürfnisse der Arbeiter einzugehen, um dadurch die Arbeitsproduktivität zu steigern. Dabei setzte er fälschlicherweise die Arbeitsintensität, d. h. die bessere Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft, mit der betrieblichen Arbeitsproduktivität gleich. Grotewohl erklärte weiter, dass es nicht viele Verwaltungen gebe, die „so sehr die Gefahr der Verbürokratisierung in sich tragen, wie die Sozialversicherung"[726]. Die Verwaltungsangestellten seien „so sehr von lauter Gesetzesparagraphen, Bestimmungen, Vorschriften und Verordnungen umgeben, dass sie wie in einem Dickicht sitzen". Diese Arbeitsmethoden seien „zweifellos das Erbe unserer kapitalistischen Vergangenheit" und müssten „rücksichtslos" bekämpft werden. Es könne, so der Ministerpräsident weiter, nicht zugelassen werden, dass in der Sozialversicherung Menschen arbeiten, „die nicht in wirklicher Verbundenheit zum arbeitenden Menschen ihre Aufgaben verrichten". Mit der Bürokratismuskritik schob Grotewohl die Verantwortung für fehlende Effizienz der ostdeutschen Verwaltung zu, um gleichzeitig die Regierungsspitze vom Vorwurf freizusprechen, sie erfülle ihrer Leitungsaufgabe nicht. Diese Verteidigungsstrategie ist im Übrigen auch bei anderen führenden Vertretern des Staats- und Parteiapparates zu beobachten.

Anschließend verwies Grotewohl auf die angebliche Affäre um die nicht gezahlten Beiträge zur Unfallumlage[727] und kritisierte nochmals die Verwaltung, die bei der Durchführung der Bergarbeiterverordnung des Ministerrates „die Absicht der Regierung, die Lage der Bergarbeiterrentner zu verbessern, geradezu zunichte gemacht und in ihr Gegenteil verkehrt" habe[728]. Auf diese Weise sei das Vertrauen der Bergleute in die Regierung „aufs schwerste" erschüttert worden. Ungewöhn-

[725] Ebenda, S. 580.
[726] Ebenda, S. 581.
[727] Ausführlich dazu: Hoffmann, Sozialpolitische Neuordnung, S. 234–238. Das Politbüro beauftragte daraufhin die ZKSK mit der Untersuchung, die personelle Konsequenzen für die Sozialversicherungsanstalten von Sachsen und Sachsen-Anhalt sowie für die Zentralverwaltung der Sozialversicherung zur Folge hatte.
[728] Referat Grotewohls auf der Sozialversicherungskonferenz in Leipzig am 3. 12. 1951, in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. II, S. 560–606, hier S. 586.

lich deutliche Kritik übte Grotewohl am Ministerium für Arbeit, das bei der Ausarbeitung der Durchführungsbestimmungen die „nötige Gründlichkeit" vermissen ließ. So habe das Ministerium durch „unklare Bestimmungen und Anordnungen" den Sinn der Verordnung „völlig entstellt". Ferner habe das Ministerium der Zentralverwaltung der Sozialversicherung, die für die Einhaltung der Verordnung zu sorgen hatte, nicht die „nötige und richtige Anleitung" gegeben. Das Ministerium habe es im Übrigen auch noch versäumt, die Arbeit der Zentralverwaltung zu kontrollieren. Dagegen warf Grotewohl der Zentralverwaltung vor, dass sie nicht Stellung genommen habe zur Durchführung der Verordnung, um somit das übergeordnete Ministerium auf die begangenen Fehler aufmerksam zu machen. Stattdessen seien „falsche und irreführende Anweisungen" an die nachgeordneten Geschäftstellen gegeben worden[729]. Diese Vorgehensweise habe aber nur zu einem „sinnlosen" Papierverbrauch geführt und „dem Bürokratismus Tür und Tor" geöffnet. Grotewohl bezog auch den Zentralvorstand der Industriegewerkschaft (IG) Bergbau in die Kritik mit ein: Dessen Aufgabe wäre es gewesen, „in enger und ständiger Fühlungnahme mit den Bergleuten eine verstärkte Wachsamkeit an den Tag zu legen und jeden Versuch, die richtige Durchführung der Verordnung zu verhindern, durch ständige Kontrolle zu unterbinden"[730]. Damit räumte er der Gewerkschaftsleitung Einflussmöglichkeiten ein, die sie de facto gar nicht besaß. Im Gegensatz dazu blieb der Ministerrat, der die Verordnung erlassen hatte und letztlich die politische Verantwortung trug, von der Kritik völlig verschont.

Die Leipziger Sozialversicherungskonferenz hatte Folgen: Aufgrund der kurz zuvor beendeten Untersuchung durch die ZKSK über die Durchführung der Bergarbeiterverordnung vom 28. Juni 1951 wurden insgesamt sieben führende Verwaltungsangestellte aus Landes- bzw. Kreisgeschäftsstellen der Versicherungsverwaltung fristlos entlassen[731]. Dabei handelte es sich ausschließlich um Angestellte aus Sachsen und Thüringen; andere Landesgeschäftsstellen waren von der Entlassungswelle nicht betroffen. Hintergrund für die Kündigung einiger Mitarbeiter der thüringischen Landesgeschäftsstelle war wiederum der Vorwurf, dass dort angeblich bis 1951 die „Verordnung über die endgültige Regelung der Reichsversicherung in den ehemaligen tschechoslowakischen, dem Deutschen Reich eingegliederten Gebieten" vom 27. Juni 1940 als Grundlage für die Rentenberechnung genommen worden war[732]. Diese Rechtsbestimmung unterschied sozialversicherungsrechtlich zwischen Reichsdeutschen und Nicht-Reichsdeutschen. Nach Angaben der Zentralverwaltung der Sozialversicherung griffen die thüringischen Verwaltungsangestellten auf diese Regelung zurück und legten sie offensichtlich so aus, dass volksdeutsche Flüchtlinge und Vertriebene in eine schlechtere Beitragsklasse eingeordnet wurden. Das führte wiederum dazu, dass beispielsweise ein Bergarbeiter, der während des Zweiten Weltkrieges auf das Gebiet der späteren SBZ/DDR geflüch-

729 Ebenda, S. 587.
730 Ebenda, S. 588.
731 SAPMO-BArch, NY 4090/163, Bl. 88–90, hier Bl. 89f., Aktenvermerk der ZKSK vom 29. 11. 1951.
732 Informationen der Zentralverwaltung der Sozialversicherung Nr. 12 (1951), S. 82, in: BAB, DQ 1/1416.

tet war, bei einer gleichen Lebensarbeitszeit bis zu 20 DM (Ost) weniger Rente monatlich erhielt.

In den folgenden Jahren reduzierte Grotewohl sein sozialpolitisches Engagement wieder. Erst 1956 schaltete er sich in die Diskussion über eine „sozialistische Rentenreform" ein, die zum einen nach dem XX. Parteitag der KPdSU angestoßen worden war, zum anderen aber durch die westdeutsche Sozialreformdebatte erheblichen Aufwind erfahren hatte[733]. Die SED-Führung war nämlich durch die im Laufe der Jahre 1955/56 immer konkreter werdenden Vorstellungen von führenden CDU- und SPD-Sozialpolitikern für eine Rentenreform in der Bundesrepublik unter Zugzwang geraten. Nach der Rückkehr aus Moskau traf sich das Politbüro am 16. März 1956, um über Fragen der Altersversorgung zu beraten. Dabei wurde einhellig festgestellt, dass die Höhe der gegenwärtigen Rentenzahlungen „nicht befriedigend" sei[734]. Finanzminister Willi Rumpf und ein leitender Mitarbeiter der Staatlichen Plankommission, Friedrich Behrens, erhielten zunächst den Auftrag, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten. Grotewohl hatte frühzeitig haushaltsrechtliche Bedenken, denn ihm war klar, dass die DDR nicht in der Lage sein würde, die lang geplante Aufhebung der Rationierung und eine kräftige Anhebung der Rentenleistungen gleichzeitig durchzuführen[735]. Den offiziellen Anstoß für die Reform der ostdeutschen Rentenversicherung sollte nach den Vorstellungen der SED-Führung die 3. Parteikonferenz bringen. Zur Vorbereitung der Konferenz war das ZK am 22. März zusammenzukommen. Dabei gelang es Ulbricht jedoch, die Initiative abzuwehren und den für Wirtschaftsfragen zuständigen ZK-Sekretär, Gerhart Ziller, in die Schranken zu weisen. Nachdem sich Ziller dafür ausgesprochen hatte, die Rentenhöhe an die Höhe der Löhne und Gehälter zu koppeln, konterte der SED-Generalsekretär, der zu diesem Zeitpunkt noch von einem Scheitern der westdeutschen Reformpläne ausging, mit der Frage: „Wie viel kostet das im Jahr 1965?"[736] Damit war die interne Debatte erst einmal beendet und wurde auf der 3. Parteikonferenz nicht wie ursprünglich geplant fortgesetzt.

Während Ulbricht anfangs zu den Bremsern gehörte, versuchte er sich im Sommer 1956 an die Spitze der Reformbefürworter zu stellen. Die beharrlichen Vorstöße Zillers und die Entwicklung in der Sowjetunion, die 1956 die gesetzliche Rentenversicherung einführte, hatten ihn zum Umdenken bewogen. Ulbricht befürchtete, ins Hintertreffen zu geraten, und ging deshalb in die Offensive. Auf der 28. Tagung des ZK erklärte er erstmals, dass „nicht nur eine Verbesserung der Renten, sondern eine Rentenreform vorbereitet werden soll"[737]. Er begründete seinen Meinungswandel mit dem Hinweis, dass die Arbeiterklasse durch das alte Versicherungsrecht benachteiligt werde, denn die Arbeiter würden aufgrund ihres niedrigen Lohnes „in der Zeit des Kapitalismus" oftmals nur die Mindestrente erhalten. Das stehe allerdings im „krassen Widerspruch zu Rolle und den Leistungen

[733] Vgl. dazu: Hoffmann, Sozialistische Rentenreform?
[734] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2/464, Bl. 7, Protokoll der Politbürositzung vom 16. 3. 1956.
[735] SAPMO-BArch, NY 4090/300, Bl. 24, Notiz Grotewohls (vermutlich kurz nach dem XX. Parteitag der KPdSU aufgesetzt).
[736] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/156, Stenographische Niederschrift der 26. Tagung des ZK der SED am 22. 3. 1956. Zitiert nach: Schmidt, Die Deutschlandpolitik der SED, S. 2271.
[737] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2/161, Bl. 67, Stenographisches Protokoll der 28. ZK-Tagung (27.–29. 7. 1956).

der Arbeiterklasse beim sozialistischen Aufbau". Ulbricht trug den verdutzten ZK-Mitgliedern die Eckpunkte des Reformpaketes vor und übernahm dabei im Wesentlichen die von der Rentenkommission ausgearbeiteten Vorschläge[738]. Zum Abschluss der Tagung bildete das ZK eine neue Kommission, die für die weitere inhaltliche Ausarbeitung der „neuen Pensionsregelung für die Arbeiterklasse und alle Werktätigen" zuständig sein sollte. Dem Gremium gehörten unter anderem Grotewohl, Ulbricht, Ziller, Rumpf, Karl Schirdewan sowie der 1. Vorsitzende des FDGB-Bundesvorstandes, Herbert Warnke, an[739].

Die Kommission intensivierte ihre Aktivitäten im Spätsommer, wobei Ziller als Koordinator der einzelnen Arbeitskreise fungierte. Grotewohl führte dagegen den Vorsitz bei den Sitzungen der Rentenkommission, die am 17. September 1956 erstmals tagte[740]. Auf der konstituierenden Sitzung sprach er sich dafür aus, die Rentenerhöhung mit der Abschaffung des Kartensystems zu verbinden: „Ich denke, Karten und Renten sind zwei Sachen, die zusammen erledigt werden. Dort kann ein Zeitraum zwischen sein. Aber man kann sie nicht trennen."[741] Grotewohl begründete das Junktim mit dem Hinweis auf die Preissteigerungen, die im Zuge der Aufhebung der Bewirtschaftung auftreten würden. Nur mit einer flankierenden Anhebung der Rentenleistungen ließe sich der ohnehin niedrige Lebensstandard zahlreicher ostdeutscher Rentner halten[742]. Im Verlauf der zweiten Kommissionssitzung versuchte er am 1. Oktober 1956 übertriebene Erwartungen zu dämpfen: „Ich will, dass sich die Menschen keine Illusionen machen, die wir nicht erfüllen können. Denn irgendwo ist doch die Grenze dessen, was wir erhöhen können."[743] In dem Zusammenhang machte er auf die drohende Überalterung der DDR-Gesellschaft aufmerksam: „Aber man muss dem Rentner auch sagen: Zweieinhalb Menschen müssen für dich arbeiten, lieber Rentner!" Damit schätzte der ostdeutsche Ministerpräsident die finanziellen Handlungsspielräume durchaus realistisch ein, denn die beitragsfinanzierte Einheitssozialversicherung ließ auf den ersten Blick große Sprünge nicht zu. Andererseits wagte es Grotewohl nicht, neue Zukunftsmodelle anzuregen, die etwa eine Anhebung der Beitragssätze und somit eine stärke Belastung der ‚Werktätigen' beinhalteten. Die konzeptionellen Arbeiten sollten unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden, „damit nicht Diskussionen draußen entstehen, die nachher mit der wirklichen Vorlage, die sich an die Möglichkeiten unserer Leistungsfähigkeit hält, nicht übereinstimmt", hatte Grotewohl die Kommissionsmitglieder bereits zu Beginn der Eröffnungssitzung gewarnt[744].

738 Ebenda, S. 68.
739 SAPMO-BArch, NY 4095/64, Bl. 49f., Otto Schön am 31. 7. 1956 an Otto Buchwitz.
740 SAPMO-BArch, NY 4090/10, Bl. 116–201, hier Bl. 165 (Rückseite), Kalender Grotewohls für 1956.
741 SAPMO-BArch, DY 30/3300, Bl. 2–38, hier Bl. 18, Stenographische Niederschrift der Beratung der Kommission des ZK für die Vorbereitung der Pensionsregelung in der DDR am 17. 9. 1956.
742 Ebenda, Bl. 21.
743 SAPMO-BArch, DY 30/3300, Bl. 40–94, hier Bl. 46, Stenographische Niederschrift der 2. Beratung der Kommission des ZK für die Vorbereitung der Pensionsregelung am 1. 10. 1956.
744 SAPMO-BArch, DY 30/3300, Bl. 2–38, hier Bl. 4, Stenographische Niederschrift der Beratung der Kommission des ZK für die Vorbereitung der Pensionsregelung in der DDR am 17. 9. 1956.

Nachdem der Bericht Ulbrichts auf der 28. ZK-Tagung und ein Referat Warnkes vor dem FDGB-Bundesvorstand im ‚Neuen Deutschland' veröffentlicht worden waren[745], wusste nunmehr auch die DDR-Bevölkerung von den Reformplänen. Damit setzte sich die SED-Führung selbst unter Erfolgsdruck. Die Debatte über eine Rentenreform geriet allerdings im Herbst 1956 wieder ins Stocken, denn das Politbüro verabschiedete am 9. Oktober eine Erklärung, in der der Begriff „Rentenreform" überhaupt nicht mehr auftauchte[746]. Stattdessen unterstrich die SED-Führung, dass „nur das verteilt werden kann, was durch ständige Entwicklung der Wirtschaft erarbeitet wird". Das war ein deutliches Zeichen dafür, dass finanzpolitische Überlegungen, die Ulbricht und Grotewohl vorgebracht hatten, nunmehr Oberhand erhielten. Da am Beitragssystem nicht gerüttelt wurde und eine zusätzliche Belastung des Staatshaushalts offenbar nicht in Frage kam, war eine kostenintensive Rentenreform ernsthaft gefährdet. Mit der Ankündigung zukünftiger Wohlstandsversprechen waren aber wohl Begehrlichkeiten geweckt worden, wie die Zuschriften aus der Bevölkerung deutlich machten[747]. Deshalb kam das Politbüro an punktuellen Verbesserungen der Rentenleistungen nicht vorbei. Diese sollten sich jedoch auf einzelne Aspekte beschränken, so z. B. die Berechnungsgrundlage für die individuelle Rentenhöhe. Dagegen wurde die ursprünglich angedachte Senkung des Renteneintrittalters in die Zukunft verschoben.

Innerhalb der SED-Führung hatte sich Ulbricht endgültig durchgesetzt, der Zillers Pläne nach zeitweiliger Unterstützung Ende 1956 endgültig zu den Akten legte. Um den in der Bevölkerung geweckten Erwartungen einigermaßen gerecht werden zu können, wurden wenigstens die Mindestrenten erhöht. Bereits Anfang November unterbreitete die Rentenkommission dem Politbüro eine Beschlussvorlage, die eine Erhöhung um 20,– bzw. 25,– DM (Ost) vorsah[748]. Ein zweiter Entwurf, der einen Tag später vorlag, sah die Anhebung sämtlicher Renten um immerhin 30,– DM (Ost) vor[749]. Letzteren bestätigte dann das Politbüro am 8. November, wobei nur der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Bruno Leuschner, dagegen stimmte[750]. Die SED-Führung ging davon aus, dass die beschlossene Rentenerhöhung die Lebenslage der Rentner verbessern und „zweifellos die Erwartungen der Rentner in hohem Maße befriedigen" werde. Darüber hinaus wurde sogar mit „bedeutende[n] politische[n] Auswirkungen auf die Arbeiterklasse, auch in Westdeutschland" gerechnet. Schließlich verabschiedete die Volkskammer am 16. November das Gesetz über die Erhöhung der Renten und der Sozialfürsorgeunterstützung[751]. Vor den Abgeordneten verwies Ministerpräsident Grotewohl

[745] ‚Neues Deutschland' vom 2. 8. 1956, S. 4, und vom 25. 8. 1956, S. 3.
[746] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2/502, Protokoll der Politbürositzung vom 9. 10. 1956. Die Erklärung wurde einen Tag später veröffentlicht. ‚Neues Deutschland' vom 10. 10. 1956, S. 1.
[747] SAPMO-BArch, NY 4090/572, Bl. 225–241, Analyse der ZK-Abt. Arbeit, Sozial- und Gesundheitswesen vom 23. 10. 1956.
[748] SAPMO-BArch, NY 4090/572, Bl. 264–266, Beschlussvorlage mit Anschreiben Zillers an Grotewohl vom 2. 11. 1956.
[749] SAPMO-BArch, NY 4090/572, Bl. 270–273, Beschlussvorlage mit Anschreiben Zillers an alle Politbüromitglieder vom 3. 11. 1956.
[750] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2/511, Protokoll der Politbürositzung vom 8. 11. 1956.
[751] Gesetzblatt der DDR. Teil I, 1956, S. 1279f.

nochmals auf die haushaltspolitischen Gründe, die zur Verschiebung einer umfassenden Rentenreform geführt hatten: „Man muss klar und eindeutig sagen, damit es die ganze Bevölkerung weiß: Unsere Staatsverwaltung und die Regierung haben keine Dukatenmännchen."[752] Der Leiter des Büros des Ministerrates, Anton Plenikowski, befürchtete, dass die beschlossene Rentenerhöhung von Teilen der Bevölkerung nur als eine vorbereitende Maßnahme für den geplanten Wegfall der Lebensmittelkarten angesehen werden könnte, der aber erst eineinhalb Jahre später erfolgte[753]. Doch diese Warnung schien Grotewohl nicht weiter zu beeindrucken. Obwohl Ziller Ende November 1957 nochmals auf das ungelöste Rentenproblem hinwies, griff der Ministerpräsident das Thema nicht mehr auf[754].

Während also Grotewohl die Neuordnung des Systems sozialer Sicherheit in erster Linie als Unbeteiligter beobachtete, zählte die Wirtschaftspolitik bis in die späten fünfziger Jahre hinein zum Kerngeschäft des DDR-Ministerpräsidenten, der beispielsweise mithelfen musste, die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der jeweiligen Ministerien aufeinander abzustimmen. Dabei stellten sich die ökonomischen Belastungen der SBZ/DDR in Form von Demontagen und Reparationen als besondere Herausforderungen dar. Der Aufbau der ostdeutschen Planwirtschaft konnte nicht in dem Tempo erfolgen, wie das die SED-Führung in ihren Planungen ursprünglich vorgesehen hatte. Um Engpässe bei der Versorgung mit Energieträgern, Rohstoffen und Zwischenprodukten zu überwinden, die bei der Errichtung der industriellen Schwerpunktbetriebe dringend benötigt wurden, musste Grotewohl immer wieder als Bittsteller im Kreml oder bei den anderen benachbarten osteuropäischen Regierungschefs auftreten. Im Gegensatz zu Ulbricht, der primär mit der konzeptionellen Ausarbeitung des Fünfjahrplanes bzw. der Volkswirtschaftspläne beschäftigt war, nahm Grotewohl immer öfter die Funktion eines Feuwehrmannes ein, der darum bemüht war, neu aufgetretene Lecks in der DDR-Zentralverwaltungswirtschaft zu schließen.

4. Grotewohl und die SED-Kirchenpolitik

In der DDR waren die beiden christlichen Kirchen die letzten großen Organisationen, die von der SED nicht direkt gesteuert wurden. An erster Stelle ist die evangelische Kirche zu nennen, zu der sich 1946 im einstmals protestantisch geprägten Mitteldeutschland ungefähr 81,6 Prozent der Gesamtbevölkerung bekannten, wohingegen sich die katholische Kirche mit einem Bevölkerungsanteil von 12,2 Prozent in der Diaspora befand[755]. Auseinandersetzungen mit der ostdeutschen Hegemonialpartei begannen nicht erst mit der DDR-Staatsgründung, sondern reichten bis in die Besatzungszeit zurück. Dabei hatte die SED-Führung

[752] Volkskammer der DDR. I. Teil: Sitzungsprotokolle, 1956, S. 590.
[753] SAPMO-BArch, NY 4090/572, Bl. 315, Notiz Fred Stempels vom 15.11.1956 für Grotewohl.
[754] SAPMO-BArch, NY 4090/572, Bl. 351–353, Ziller am 29.11.1957 an Grotewohl.
[755] Zu den Zahlen: SBZ-Handbuch, S. 1072. Der folgende Abschnitt konzentriert sich vor allem auf die SED-Kirchenpolitik gegenüber der evangelische Kirche. Vgl. zur katholischen Kirche: Raabe, SED-Staat und katholische Kirche; Schäfer, Staat und katholische Kirche in der DDR; Tischner, Katholische Kirche in der SBZ/DDR.

zunächst die Wiederaufnahme der kirchlichen Arbeit nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches toleriert, lieferte sie doch einen unverzichtbaren Beitrag zur Linderung der alltäglichen Not der Menschen. Außerdem füllten die Kirchen als gesellschaftlicher Integrationsfaktor ein soziales und politisches Vakuum, das das zerschlagene NS-Regime hinterlassen hatte[756]. Relativ früh begann das Politbüro aber damit, sich mit deren veränderter Rolle in der noch zu errichtenden sozialistischen Gesellschaft zu beschäftigen und politische Strategien zu entwickeln, um Einfluss auf die protestantische und katholische Kirche zu nehmen. So wurden etwa Pfarrer, die sich kritisch zum neuen politischen System äußerten, aufmerksam beobachtet. Darüber hinaus zielte die offizielle Kirchenpolitik darauf ab, kirchliche Würdenträger zur Zusammenarbeit mit der Einheitspartei und dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) zu bewegen.

Der Gegensatz zwischen Staat und Kirche resultierte letztlich aus dem totalitären Herrschaftsanspruch der SED, dem sich die Kirchen nicht beugen wollten. Im marxistisch-leninistischen Staats- und Gesellschaftsverständnis besaßen die Kirchen keine soziale Funktion mehr; sie erschienen deshalb überflüssig. Hinzu kamen biographische Prägungen der SED-Politiker, die bis ins späte Kaiserreich zurückreichten: Sie waren nämlich schon zu Beginn der Weimarer Republik aus der Kirche ausgetreten und hatten diesen Schritt mit dem Vorwurf verbunden, die Amtskirche hätte den deutschen Obrigkeitsstaat gestützt. So bekannten sich beispielsweise Grotewohl, Ulbricht und Pieck offen dazu, keiner Konfession anzugehören. Zu Beginn der zwanziger Jahre hatte Grotewohl seine antikirchliche Haltung bereits als Landesminister in Braunschweig unter Beweis gestellt. Vor diesem Hintergrund schien ein Konflikt in der DDR, die vor allem von der katholischen Kirche als militant-atheistischer Weltanschauungsstaat[757] angesehen wurde, über kurz oder lang nahezu unvermeidbar zu sein. Dabei muss jedoch in Rechnung gestellt werden, dass der politisch induzierte Entkirchlichungsprozess der ostdeutschen Bevölkerung nicht erst 1945, sondern bereits 1933 begonnen hatte[758].

Auf die doppelte Staatsgründung 1949 hatte der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) mit der Einsetzung eines Bevollmächtigten in Bonn und Ost-Berlin reagiert und damit das SED-Regime faktisch anerkannt[759]. Dennoch nahm die Behinderung der Kirchenarbeit durch das SED-Regime Anfang der fünfziger Jahre weiter zu[760]. Durch den Aufbau einer staatlichen Jugendorganisation als Konkurrenz zur kirchlichen Jugendbewegung sowie durch die Verdrängung kirchlicher Wertvorstellungen im Schulunterricht sahen sich evangelische und katholische Kirche auf zentralen Tätigkeitsfeldern bedroht und fühlten sich elementar herausgefordert. Otto Dibelius, Bischof von Berlin-Brandenburg und gleich-

[756] Pollack, Kirche in der Organisationsgesellschaft, S. 85.
[757] v. Hehl, Der deutsche Katholizismus nach 1945, S. 163.
[758] Nowak, Staat ohne Kirche?, S. 40.
[759] Rink, Der Bevollmächtigte, S. 112–117. Während Dr. Heinrich Grüber die Aufgabe für den Bereich der DDR wahrnahm, war Hermann Kunst für die bundesdeutsche Seite zuständig. Besier, Der SED-Staat und die Kirche, S. 61. Im Gegenzug wurde im Verantwortungsbereich des stellvertretenden Ministerpräsidenten Otto Nuschke (CDU) eine Hauptabteilung „Verbindung zu den Kirchen" gebildet, die bis 1952 Kurt Grünbaum (CDU) und danach Helmut Enke zwei Jahre lang leitete. Goerner, Die Kirche als Problem der SED, S. 179–181.
[760] Zum folgenden: Goerner, Die Kirche als Problem der SED, S. 62f.

zeitig Vorsitzender des Rates der EKD, protestierte im Namen der evangelischen Landeskirchen bei Pieck und forderte eine grundsätzliche Aussprache zwischen Vertretern der ostdeutschen Regierung und der Kirche. Da die staatliche Gesprächszusage nicht eingehalten wurde, drohten einige Bischöfe zu Ostern 1950 mit einem Hirtenbrief, der die Missstände in der DDR offen beim Namen nennen würde. Diese Ankündigung verunsicherte die SED, die in der Folgezeit die eigene Kirchenpolitik intensivierte und mit der sowjetischen Besatzungsmacht abstimmte, so etwa bei der Unterredung Piecks mit Tschujkow und Iljitschow in der SKK-Zentrale am 6. April 1950[761]. Gegenüber Ministerpräsident Grotewohl beklagte sich Dibelius darüber, dass die DDR-Führung „der geplanten Aussprache nicht die Bedeutung beigemessen hat, die ihr [...] zukommen musste"[762]. Gleichzeitig machte er auf die weltanschaulichen Gegensätze aufmerksam, die zwischen der SED und den Kirchen aufbrachen und die kirchliche Arbeit erheblich einschränkten. Die dadurch bedingte Zwangslage könne von Seiten der evangelischen Kirchenleitungen nicht kommentarlos hingenommen werden: „Ich bedaure das umso mehr, als es uns bisher offensichtlich nicht gelungen ist, bei der Staatsregierung Verständnis dafür zu wecken, dass es der evangelischen Kirche völlig fern liegt, einen Kampf zu beginnen oder irgendeine politische Aktion zu unternehmen, dass vielmehr die Propagierung einer materialistischen Weltanschauung unter einer Bevölkerung, die zu mehr als 90 % zur christlichen Kirche gehört, einen dauernden Angriff bedeutet, zu dem die Kirche unmöglich länger schweigen kann." Abschließend drohte er erneut mit der Verlesung des Hirtenbriefes von den Kirchenkanzeln des Landes. Grotewohl wies die Kritik umgehend zurück und appellierte an Dibelius, den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen. Dabei warnte er vor der angekündigten Kanzelabkündigung, die „tatsächlich die Vornahme einer politischen Aktion durch die evangelische Kirche bedeuten würde"[763]. Gegenüber den fünf Ministerpräsidenten der Länder fuhr Grotewohl schweres Geschütz auf, als er betonte, dass seine Regierung in der Verlesung des Hirtenbriefes „einen Missbrauch religiöser Handlungen" sehe, der sich als „ein verfassungswidriger Angriff" auf die DDR darstelle[764].

Da jedoch die evangelischen Kirchenleitungen nicht einer Meinung waren und sich zum Teil vom geplanten Hirtenbrief distanzierten, besaß die SED einen Ansatzpunkt für ihre „Differenzierungspolitik", die nicht nur einen Keil zwischen Kirchenbasis und Kirchenleitung treiben, sondern auch die Unterschiede zwischen den Landeskirchen verstärken sollte[765]. Die SED-Führung war jedoch gezwungen, auch in der Kirchenpolitik die deutschlandpolitischen Interessen der Sowjetunion zu berücksichtigen. Deshalb ging sie zunächst behutsam vor und vermied es, einen offenen Konfrontationskurs gegenüber den Kirchen zu fahren. In seiner

[761] Notizen Piecks über Besprechung am 6. 4. 1950 mit Tschujkow und Iljitschow, in: Badstübner/Loth (Hrsg.), Wilhelm Pieck, S. 341 f.
[762] SAPMO-BArch, NY 4090/450, Bl. 89 f., Dibelius am 15. 4. 1950 an Grotewohl.
[763] SAPMO-BArch, NY 4090/450, Bl. 92–95, hier Bl. 95, Grotewohl am 18. 4. 1950 an Dibelius. Vgl. Antwortschreiben von Dibelius an Grotewohl vom 20. 4. 1950, in: Kirchliches Jahrbuch 1950, S. 114–117.
[764] SAPMO-BArch, NY 4090/423, Bl. 172, Fernschreiben Grotewohls an die Ministerpräsidenten der 5 Länder in der DDR vom 22. 4. 1950.
[765] Goerner, Die Kirche als Problem der SED, S. 63 f.

Funktion als Ministerpräsident war Grotewohl neben Nuschke wichtigster Ansprechpartner auf staatlicher Seite für die beiden Amtskirchen. Dabei musste er oftmals einen Spagat vollführen, denn er vertrat auf der einen Seite die offizielle SED-Kirchenpolitik, auf der anderen Seite erweckte er den Eindruck, als ob die von ihm geführte Regierung kompromissbereit sei. Nach außen hin wollte Grotewohl also den Willen zur Verständigung demonstrieren. So beauftragte er seinen Stellvertreter, die Synode der evangelischen Kirche zu besuchen und ein Grußwort auszusprechen. Dabei sollte Nuschke ausdrücklich unterstreichen, dass die DDR-Regierung „die verfassungsmäßige Religionsausübung und das Leben der Kirche, wie bisher, so auch in Zukunft anerkennen wird"[766].

Am 28. April 1950 war es endlich so weit: Das mehrmals verschobene Spitzengespräch, an dem Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche teilnahmen, fand unter Leitung Grotewohls statt[767]. Eine inhaltliche Einigung konnte allerdings nicht erzielt werden, da sich der DDR-Ministerpräsident im Beisein Ulbrichts wenig konziliant zeigte. Hintergrund war die Tatsache, dass der umstrittene Hirtenbrief in einigen Landeskirchen tatsächlich am 23. April verlesen worden war. Grotewohl wies erneut die Einwände zurück, die Dibelius bereits in seinem zitierten Brief vorgetragen hatte. Sie seien substanzlos und rechtfertigten nicht die schweren Anwürfe der Kirche. Gleichzeitig räumte er Fehler ein: „Ich bin nicht so vermessen, zu sagen, es gibt in der Deutschen Demokratischen Republik keine Missstände. Natürlich gibt es die auch, weil auch eine staatliche Verwaltung, wie auch die kirchliche Verwaltung von Menschen gemacht wird und Menschen immer fehlerhaft sind."[768] Im weiteren Gesprächsverlauf markierte er den Handlungsspielraum der Kirche und sprach ihr das Recht ab, mit dem Staat über politische Angelegenheiten zu verhandeln: „Das ist einfach keine Plattform zwischen uns. Wir sind kein politisches Konzil."[769] Er machte unmissverständlich klar, dass nur Fragen gemeinsam besprochen werden könnten, die das Verhältnis zwischen Staat und Kirche im engeren Sinne beträfen. Auf den Einwurf von Dibelius, die Regierung würde Gemeindeglieder mit einer abweichenden politischen Meinung verfolgen, entgegnete er: „Am Sonntag haben Sie von allen Kanzeln und in allen Predigten Ihrer Kirche eine Abkündigung verlesen, die abrückt und ablenkt, wie [sic] sie schärfer nicht sein konnte. [...] Wir haben niemanden deswegen verhaftet, verfolgt oder zur Rechenschaft gezogen."[770] Grotewohl wollte den Gesprächsfaden nicht abreißen lassen und sprach sich für die Fortsetzung des Dialogs zwischen Staat und Kirche aus. Dazu erwartete er allerdings gewisse Vorleistungen: „Für mich ist klar, dass für eine Fortsetzung des Gespräches manche praktischen Dinge das Fundament schaffen müssen. Dazu gehört ein bißchen Zeit."[771] Und an die kirchlichen Würdenträger gewandt erklärte er weiter: „Sie müssen sich von der Erledigung mancher Fehler, über die wir reden können, überzeugen. Es ist möglich, mit uns zu verhandeln." Das Kommuniqué, auf das sich die Gesprächsteilnehmer schließ-

[766] SAPMO-BArch, NY 4090/450, Bl. 140, Grotewohl am 22.4.1950 an Nuschke.
[767] SAPMO-BArch, NY 4090/452, Bl. 1–99, Protokoll der Besprechung am 28.4.1950.
[768] Ebenda, Bl. 18.
[769] Ebenda, Bl. 61.
[770] Ebenda, Bl. 61f.
[771] Ebenda, Bl. 88.

lich einigten, verschleierte den offen zu Tage getretenen Konflikt und bedeutete letztlich einen Punktsieg für die DDR-Regierung: Der Kirche wurde nämlich das Recht zugebilligt, ihre Arbeit „auf der Grundlage der Verfassung" entfalten zu können[772]. Grotewohl hatte zuvor schon deutlich gemacht, dass die SED gewillt war, die Verfassung in ihrem Sinne eng auszulegen und öffentliche Kritik der Kirchenleitungen als Angriff auf die Verfassung zu werten.

Das Spitzengespräch vom 28. April 1950 war nicht zur Zufriedenheit der Kirche verlaufen, weil die SED-Führung keinen Jota von ihrem kirchenpolitischen Kurs abwich. Obwohl Dibelius auch weiterhin bei Grotewohl gegen Beeinträchtigungen der kirchlichen Arbeit protestierte[773], konnte er den Ministerpräsidenten, der den ostdeutschen Kirchenführer auf dem SED-Parteitag im Juli 1950 heftig angegriffen hatte[774], nicht zum Einlenken bewegen. Dieser beschränkte sich in seinen oftmals kurzen Antwortschreiben darauf, die Anschuldigungen zurückzuweisen[775]. Während der ostdeutsche Ministerpräsident öffentlich die Glaubens- und Gewissensfreiheit proklamierte, unterstützte er letztlich die „Differenzierungspolitik", die seiner Meinung nach behutsam betrieben werden sollte. Inhaltlich ging es darum, sogenannte fortschrittliche Geistliche für das SED-Regime zu gewinnen. So fand bereits am 14. August 1950 eine von Grotewohl geleitete Besprechung statt, an der unter anderem der Staatssekretär im Innenministerium Hans Warnke, der Leiter der ZK-Abteilung Staatliche Verwaltung, Anton Plenikowski, der stellvertretende Leiter der ZK-Abteilung Parteischulung, Stefan Heymann, sowie sein persönlicher Referent Tzschorn teilnahmen[776]. Dabei wurden zunächst Grundzüge für einen Brief Grotewohls an alle Pfarrer erörtert, mit dem der Regierungschef im Vorfeld der Volkskammerwahlen auf die Kritik der Kirchen reagieren wollte. Unter den Teilnehmern der Besprechung bestand Einigkeit in dem Ziel, auf diese Weise „einen möglichst grossen Teil von Pfarrern für die offene Unterstützung" zu gewinnen[777]. Eine entsprechende Vorlage segnete das Politbüro am 22. August ab[778].

Die SED-Kirchenpolitik befand sich zum Jahreswechsel 1950/51 im Sog der SED-Deutschlandpolitik und damit in einem Zielkonflikt: Der härter werdende Propagandakrieg gegen die Integration der Bundesrepublik in den Westen war kaum vereinbar mit dem Bemühen, westdeutsche Politiker und Verbände für die Einheitskampagne zu instrumentalisieren. Vor dem Hintergrund des im Juni 1950 ausgebrochenen Korea-Krieges hatte sich in der Bundesrepublik eine lebhafte Debatte über einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag entwickelt, in deren Verlauf Bundeskanzler Adenauer am 29. August ein Sicherheitsmemorandum an die Westmächte richtete. Daraufhin verstärkte die SED-Führung ihre verbalen Angriffe auf die Bundesregierung in Bonn, der sie eine Remilitarisierungspolitik vorwarf. In

772 Ebenda, Bl. 96. Das Kommuniqué durfte Bischof Dibelius verlesen.
773 SAPMO-BArch, NY 4090/450, Bl. 224, Dibelius am 27. 5. 1950 an Grotewohl.
774 Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der SED. Bd. 1, S. 215–218.
775 SAPMO-BArch, NY 4090/450, Bl. 230f., Grotewohl am 1. 6. 1950 an Dibelius.
776 SAPMO-BArch, NY 4090/450, Bl. 363–365, Protokoll einer Besprechung über Kirchenfragen am 14. 8. 1950. Erstmals zitiert bei Goerner, Die Kirche als Problem der SED, S. 67.
777 SAPMO-BArch, NY 4090/450, Bl. 363–365, hier Bl. 363, Protokoll einer Besprechung über Kirchenfragen am 14. 8. 1950.
778 Aus dem Protokoll der Politbürositzung vom 22. 8. 1950, in: DzD. II/3 (unveröffentlichte Dokumente), S. 923–926, hier S. 925f.

diesem Kontext muss die Regierungserklärung Grotewohls gesehen werden, in der er die von Dibelius geführte Kirche Berlin-Brandenburg ins Visier nahm, die im Übrigen ihren Sitz in West-Berlin hatte: „Wenn aber eine Gruppe der evangelischen Kirchenleitung, die nicht nur in Westberlin wohnt, sondern von dort aus offen für die Remilitarisierung unserer westlichen Heimat wirbt und auch sonst vollkommen einseitig in westlicher Auffassung wurzelt, wenn eine solche Gruppe aus dem westlichen Berlin ihre politische und gesellschaftliche Störungsarbeit in der Deutschen Demokratischen Republik organisiert und durchführt, dann wird die Regierung dafür sorgen, dass kirchliches und staatliches Leben wieder in friedlichem Nebeneinander bestehen können."[779] Das Eintreten für die westdeutsche Wiederbewaffnung sei „militärische Propaganda" und insofern ein Verbrechen nach Artikel 6 der DDR-Verfassung, so Grotewohl weiter[780]. Nahezu zeitgleich versuchte das Politbüro, die evangelische Kirche im Rahmen der eigenen sowie der sowjetischen Initiativen zur Deutschlandpolitik als politisches Einflussinstrument nutzbar zu machen, wobei die leitenden Persönlichkeiten der Kirche in Ost und West eine wichtige Zielgruppe bildeten[781]. Im Mittelpunkt des Interesses standen insbesondere renommierte Kritiker der Adenauerschen Außenpolitik wie etwa der Präses der EKD und ehemalige Bundesinnenminister Gustav Heinemann oder der Kirchenpräsident der evangelischen Landeskirche von Hessen und Nassau Martin Niemöller, die sich am Rande einer EKD-Tagung am 10. Januar 1951 mit Nuschke und Dibelius trafen[782]. Bei diesem informellen Gespräch sei es unter anderem um die Schaffung einer gesamtdeutschen Partei gegangen, wie das Amt für Information zu berichten wusste. Diese Überlegung griff die SED-Führung begierig auf und versuchte, sie in ihrem Sinne zu beeinflussen[783]. Heinemann blockte jedoch die Annäherungsversuche frühzeitig ab, da er vermutlich das Spiel durchschaut hatte und der SED nicht über den Weg traute[784].

Da die SED die deutschlandpolitischen Ziele nicht konterkarieren wollte, hielt sie sich im Verlauf des Jahres 1951 mit Angriffen auf die Kirche stark zurück. Deshalb ist es auch kein Zufall, dass dieses Jahr eine Atempause in der Auseinandersetzung mit der Jungen Gemeinde darstellte[785]. Die SED-Führung behielt jedoch das strategische Ziel stets im Auge, den Einfluss der Kirchen langfristig zurückzudrängen. Nach dem Evangelischen Kirchentag Mitte Juli 1951 in Berlin registrierten Polizei, SED und FDJ, dass sich die kirchliche Jugendarbeit intensivierte. Bei der

[779] Regierungserklärung Grotewohls vom 15.11.1950, in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. II, S. 251–297, hier S. 277. Grotewohl wiederholte die Kritik noch Monate später in einem Antwortschreiben an einen Pfarrer aus West-Berlin, wobei er allerdings dementierte, in seiner Regierungserklärung Dibelius im Auge gehabt zu haben. SAPMO-BArch, NY 4090/623, Grotewohl am 30.4.1951 an Pfarrer Dr. W. Harnisch.

[780] Nach dem Willen der SED-Führung sollte der Sitz der Berlin-Brandenburgischen Kirchenleitung in die Stadt Brandenburg verlegt werden, um die angeblich westliche Einflussnahme zu unterbinden. Als Druckmittel dienten die staatlichen Kirchenzuschüsse, die in Zukunft nur noch an eine Kirchenleitung in Brandenburg zu zahlen waren. Ausführlicher dazu: Goerner, Die Kirche als Problem der SED, S. 69f.

[781] Goerner, Die Kirche als Problem der SED, S. 73f.

[782] SAPMO-BArch, NY 4090/453, Bl. 46, Aktennotiz des Amtes für Information vom 11.1.1951.

[783] An den Rand der Aktennotiz schrieb Grotewohl handschriftlich: „Friedenspartei" sowie „Gesamtdeutsche Partei unter Führung der CDU!?"; ebenda.

[784] Goerner, Die Kirche als Problem der SED, S. 75.

[785] Wentker, „Kirchenkampf" in der DDR, S. 101.

Auswertung des Kirchentages im Politbüro deuteten sich leichte Meinungsverschiedenheiten zwischen Ulbricht und Grotewohl an. Während sich der Generalsekretär als Hardliner präsentierte, der die Kirche in Zukunft wie jede andere Massenorganisation behandelt wissen wollte und ihr indirekt Agententätigkeit vorwarf, sprach sich der Ko-Vorsitzende der SED für die Fortsetzung der Doppelstrategie aus[786]. So betonte Grotewohl zwar: „Wir sind daher verpflichtet, eine Kirchenpolitik zu machen, die positiv ist, um den Gegner zu verfolgen, wohin er sich geflüchtet hat, d. h. unsere eigenen Leute in den Kirchenapparat hineinzubringen."[787] Gleichzeitig gab er aber zu bedenken: „Bisher haben wir den Kampf nur gegen reaktionäre Geistliche geführt. Jetzt wird man versuchen, ein breiteres Kirchenleben zu entfachen."[788] Bis zum Herbst 1951 hatte sich in den Augen der ostdeutschen Regierung der Handlungsbedarf weiter erhöht: Der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt Bruschke berichtete sichtlich irritiert, die Kirchenleitung habe die Einrichtung von Konfessionsschulen beantragt[789]. Dies wertete er als einen massiven Angriff auf die Fundamente der „demokratischen Schule" und bat um eine grundsätzliche Klärung auf höchster politischer Ebene. Daraufhin wandte sich Grotewohl offenbar hilfesuchend an das Ministerium für Staatssicherheit und regte eine baldige Besprechung an. Seinen persönlichen Standpunkt machte er unmissverständlich klar: „Unsere Schulen sind Staatsschulen u. [und] bleiben es."[790]

Ab dem Frühjahr 1952 trat die SED-Kirchenpolitik in eine neue Phase ein, denn der Konflikt mit der evangelische Kirche brach offen aus. Daraus entwickelte sich in kurzer Zeit ein Kirchenkampf, den die SED mit großer Härte führte. Nachdem Walter Ulbricht auf dem IV. Parlament der FDJ am 29. Mai 1952 in Leipzig schwere Anschuldigungen gegen die Junge Gemeinde erhoben hatte, legte er sechs Wochen später auf der II. Parteikonferenz nach und warf den Kirchenleitungen vor, für den Westen zu arbeiten: „Die Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik muss sich entschieden lossagen von allen amerikanischen und englischen Agenturen, gleichgültig, ob deren Verbindungsmann Herr Kaiser oder Herr Adenauer ist."[791] Die ausgesprochene Drohung war eindeutig: Da die christliche Moral der Menschlichkeit unvereinbar sei mit der „Versklavungspolitik" der Bundesregierung unter Adenauer, dürften die Kirchenvertreter „keinerlei Anweisungen von jenen Kräften annehmen [...], die die Geschäfte der amerikanischen Okkupanten besorgen". Im Mittelpunkt des Kirchenkampfes befand sich die Jugendarbeit, da sich die Junge Gemeinde, der am 1. Juni 1952 staatlichen Zählungen zufolge 108 417 Jugendliche angehörten[792], zu einer ernsthaften Bedrohung der FDJ entwickelt hatte. Die Monopolstellung der staatlichen Jugendorganisation schien ernsthaft in Frage gestellt zu sein. Darüber hinaus sah die SED-Führung in der kirchlichen Jugendorganisation mit ihrer pazifistischen Grundhaltung ein gravierendes Hindernis für die bevorstehende Militarisierung der DDR-Gesellschaft, insbesondere für die Rekrutie-

[786] Aktennotiz über die Auswertung des Berliner Kirchentages im Politbüro am 17.7.1951, in: Hoffmann/Schmidt/Skyba (Hrsg.), Die DDR vor dem Mauerbau, S. 80–84.
[787] Ebenda, S. 82.
[788] Ebenda, S. 83.
[789] SAPMO-BArch, NY 4090/453, Bl. 224, Bruschke am 20.10.1951 an Grotewohl.
[790] Ebenda, handschriftlicher Vermerk Grotewohls vom 31.10.1951.
[791] Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der SED (9.–12.7.1952), S. 44.
[792] Wentker, „Kirchenkampf" in der DDR, S. 105.

rung der ostdeutschen Jugendlichen für die Kasernierte Volkspolizei (KVP)[793]. Noch vor der II. Parteikonferenz wurden konkrete Repressionsmaßnahmen eingeleitet: So gab Staatssekretär Warnke am 4. Juni 1952 eine Anweisung an alle Ministerpräsidenten heraus, mit der die Durchführung kirchlicher Ferienlager verboten werden sollte[794]. Außerdem verschärfte die Staats- und Parteiführung das Versammlungsrecht, um regionale Veranstaltungen der Jungen Gemeinde untersagen zu können. Dagegen griff die SED-Führung Vorschläge von Willi Barth, dem stellvertretenden Leiter der ZK-Abteilung Staatliche Verwaltung, und Karl Maron, dem Chef der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei, zunächst nicht auf, die auf eine Auflösung der kirchlichen Jugendorganisation hinausliefen.

Nicht nur die Junge Gemeinde, sondern die gesamte evangelische Kirche bekam den neuen kirchenpolitischen Kurs zu spüren[795]. Bereits im Frühjahr 1952 hatten sich Innen-, Finanz- und Justizministerium darauf geeinigt, dass Festlegung und Einziehung der Kirchensteuern zwar Sache der Religionsgemeinschaften sei. Gleichzeitig wurde aber beschlossen, dass die Besteuerung der Kirchenmitglieder der staatlichen Aufsicht unterliegen sollte[796]. Anfang 1953 beschloss das Politbüro eine Kürzung der staatlichen Zuschüsse um 25 Prozent[797] und schränkte somit den finanzpolitischen Handlungsspielraum der Landeskirchen beträchtlich ein. Darüber hinaus beeinträchtigte der im Mai 1952 begonnene Aufbau einer mehrstufigen Grenzanlage an der innerdeutschen Grenze, die weit ins Hinterland reichte, die Kirchenarbeit zahlreicher Gemeinden, wogegen die Kirchenleitung vergeblich protestierte[798]. Dazu stellte Grotewohl lapidar fest: „Alle Organe, die an der Durchführung der notwendigerweise strengen Maßnahmen zur Sicherung unserer Aufbauarbeit gegen Schädlinge aller Art beteiligt sind, haben von Anfang an klare Anweisungen erhalten, unbeschadet der Wirksamkeit der notwendigen Maßnahmen mit jeder möglichen Rücksicht auf die Interessen der betroffenen Bevölkerung vorzugehen."[799] Der Ministerpräsident ignorierte die zahlreichen Klagen, die bei ihm eingegangen waren, als er erklärte, die beteiligten Stellen hätten sich an diese Anweisungen gehalten. Die Folgen der Grenzabriegelung waren zum Teil erheblich: So mussten die Kirchen, die innerhalb der Sperrzone lagen, die Abhaltung von Gottesdiensten beim MfS beantragen[800]. Zu guter Letzt präsentierte

[793] Skyba, Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko, S. 215–217.
[794] Wentker, „Kirchenkampf" in der DDR, S. 106f.
[795] Kurz vor seiner Demission listete der Leiter der HA Verbindung zu den Kirchen, Grünbaum, die Missstände detailliert auf. SAPMO-BArch, NY 4090/454, Bl. 135–143, Grünbaum am 28. 7. 1952 an Leisner (Abt. für Kirchenfragen der Ost-CDU). Leisner, der im Dritten Reich Mitglied der Bekennenden Kirche gewesen war, trat im August 1952 von seinem Amt zurück. Wentker, Die kirchenpolitische Abteilung der Ost-CDU, S. 170. Die Absetzung Grünbaums hatte Grotewohl hinter dem Rücken Nuschkes veranlasst. SAPMO-BArch, NY 4090/509, Bl. 207–212, Nuschke am 3. 11. 1952 an Grotewohl. Vgl. dazu auch Schalück, Eine Agentur der Kirchen im Staatsapparat?, S. 100.
[796] SAPMO-BArch, NY 4090/455, Bl. 350, Rundverfügung des Finanzministeriums Nr. 115/52 vom 5. 4. 1952.
[797] Goerner, Die Kirche als Problem der SED, S. 85.
[798] Evangelische Kirchenleitung der Provinz Sachsen (Bischof Müller) am 14. 6. 1952 an Zaisser, in: Kirchliches Jahrbuch 1952, S. 190–194.
[799] SAPMO-BArch, NY 4090/454, Bl. 69, Grotewohl am 13. 6. 1952 an Dibelius.
[800] BAB, DC 20/102a, Bl. 356–358, hier Bl. 356, Niederschrift Dr. Geyers über Empfang evangelischer Geistlicher (Dibelius, Scharf, Noth, Held, Grüber) bei Grotewohl am 11. 11. 1952.

Grotewohl den evangelischen Kirchenleitungen einen Plan, der die Schließung der theologischen Fakultäten an den Hochschulen und die Errichtung einer akademischen Ausbildungsstätte unter Leitung der evangelischen Kirche vorsah[801]. Das hätte das Ende der universitären Forschung und Lehre für die Theologie bedeutet, die „seit mehr als 400 Jahren einen wesentlichen Bestandteil des geistigen Lebens in unserem Vaterlande darstellen", wie Dibelius noch einige Monate später erklärte[802]. Zur Begründung hatte Grotewohl auf die veränderten Rahmenbedingungen hingewiesen: „Der bei der Wiedereröffnung der Universitäten nach 1945 übernommene traditionelle Zustand, dass die künftigen Geistlichen der evangelischen Kirche an besonderen Fakultäten der staatlichen Hochschulen studieren, entspricht nicht dem Verfassungsrecht der Deutschen Demokratischen Republik."[803] Obwohl das Projekt nicht realisierte wurde, sorgte es in den fünfziger Jahren immer wieder für Unruhe in der Kirche.

Darüber hinaus stellte die SED-Führung die gesamtdeutsche Ausrichtung der evangelischen Kirche in Frage, denn sie verweigerte den ostdeutschen Würdenträgern die Ausstellung von Interzonenpässen, damit sie nicht an Kirchentagungen in Hannover und Stuttgart teilnehmen konnten[804]. Dies nahm Bischof Dibelius zum Anlass, um am 25. Juli 1952 bei Grotewohl vorstellig zu werden und eine Grundsatzaussprache zu führen. Dabei gab sich der ostdeutsche Regierungschef jedoch kämpferisch und drängte Dibelius gleich zu Gesprächsbeginn in die Defensive. So erklärte er laut Protokoll, dass „die evangelische Kirche in ihrer Haltung sehr einseitig sei, immer bereit, Maßnahmen der Deutschen Demokratischen Republik zu kritisieren, aber gegenüber Maßnahmen der Bonner Regierung, wie zum Beispiel der Verweigerung der Interzonenpässe für die Tausende von Kindern, die während ihrer Ferien Erholung in der Deutschen Demokratischen Republik suchen wollten, keine Worte finde"[805]. Als Dibelius auch noch berichtete, dass die evangelische Kirche ihre jährliche gesamtdeutsche Ratstagung in der DDR abhalten wolle, riet Grotewohl von dem Vorhaben dringend ab[806]. Die Unterredung machte die neue Eskalationsstufe der SED-Kirchenpolitik deutlich, da selbst Grotewohl nun zu keinen Zugeständnissen mehr gegenüber dem Rat der EKD bereit war, obwohl er bisher einen vergleichsweise moderaten Kurs vertreten hatte. Nachdem Bischof Dibelius mehrmals gegen staatliche Maßnahmen protestiert hatte, die sich gegen die evangelische Kirche richteten, griff Grotewohl erneut auf dieses Sanktionsmittel zurück. Daraufhin bekamen die Mitglieder des Rates der EKD keine Pässe ausgehändigt, um zur regulären Ratstagung am 12./13. Februar 1953 nach München

801 Nowak, Zum historischen Ort der Kirchen in der DDR, S. 17f.

802 SAPMO-BArch, NY 4090/455, Bl. 136, Dibelius am 27.2.1953 an Grotewohl. In einer ersten Reaktion hatte Dibelius betont, dass bei den Kirchenleitungen und den Fakultäten der Wunsch im Vordergrund stehen würde, die theologischen Fakultäten zu erhalten. BAB, DC 20/103, Bl. 58, Dibelius am 25.8.1952 an Grotewohl.

803 SAPMO-BArch, NY 4090/454, Bl. 155f., Grotewohl am 14.8.1952 an Dibelius.

804 SAPMO-BArch, NY 4090/623, Grotewohl am 28.7.1952 an Prof. Herz (Leipzig).

805 BAB, DC 20/102, Bl. 198–200, hier Bl. 198, Vermerk über Gespräch Grotewohls mit Dibelius und Grüber am 25.7.1952.

806 Ebenda, Bl. 199. Drei Wochen später lenkte Grotewohl etwas ein und stellte die Genehmigung der Synode in Aussicht. Diese war für Anfang Oktober in Elbingerode (Sachsen-Anhalt) geplant. SAPMO-BArch, NY 4090/454, Bl. 152, Grotewohl am 13.8.1952 an Dibelius.

zu fahren[807]. Noch im April 1953 trug Grotewohl den kirchenpolitischen Konfrontationskurs der SED-Führung inhaltlich voll mit. So schrieb er an den Rand eines polemischen Aufrufes, der sich an die evangelischen Pfarrer in der DDR richtete und den zurückliegenden Kirchentag, der Ende März 1953 in Hamburg abgehalten wurde, heftig kritisierte: „Wo ist der Protest der Kirche gegen Adenauer u. [und] Lehrs Terror?"[808]

Ende 1952 nahm der Kampf gegen die Junge Gemeinde konkrete Formen an: Nachdem Honecker auf dem 10. ZK-Plenum, das vom 20. bis 22. November 1952 tagte, auf die gewaltigen organisatorischen Probleme der FDJ hingewiesen hatte, gingen SED und MfS dazu über, die einzelnen Maßnahmen detailliert zu planen und aufeinander abzustimmen. So ordnete Mielke in einer Dienstanweisung vom 23. November alle MfS-Bezirksverwaltungen an, Mitglieder der kirchlichen Jugendorganisation genau zu beobachten[809]. Am 27. Januar 1953 beschloss das Politbüro ein Bündel von Maßnahmen zur „Entlarvung der Jungen Gemeinde in der Öffentlichkeit als einer Tarnorganisation für Kriegshetze, Sabotage und Spionage, die von westdeutschen und amerikanischen imperialistischen Kräften dirigiert" werde[810]. Dazu sollten unter Leitung des Generalstaatsanwalts Schauprozesse in einigen Bezirks- und Kreisstädten durchgeführt werden. Der Politbürobeschluss sah außerdem eine verstärkte Propagandatätigkeit der parteieigenen Presse vor. Schließlich sollten die Blockparteien veranlasst werden, Stellungnahmen gegen die Junge Gemeinde abzugeben. Die SED sah sich zum Handeln gezwungen: Immer mehr Jugendliche hatten die Werbungsofferten der FDJ abgewiesen, innerhalb des von der SED gesteuerten Jugendverbandes mitzuarbeiten, und versuchten, in der Jungen Gemeinde Zuflucht zu finden. Daraufhin führte die FDJ an den Oberschulen und Hochschulen sogenannte Protestveranstaltungen durch, um gegen die Konkurrenz zu demonstrieren. Die Verfolgungsmaßnahmen erreichten auch den Schulsektor: Eine Statistik von Anfang Juni 1953, die den Erfolg der Gegenaktion suggerieren sollte, wies 824 Austritte aus der Jungen Gemeinde, 569 ausgeschlossene FDJ-Mitglieder und 521 von der Oberschule verwiesene Schüler auf[811]. Gegenüber evangelischen Würdenträgern nannte Ministerpräsident Grotewohl am 10. Juni 1952 die Zahl von 712 Schülern, welche die Oberschule hatten verlassen müssen[812].

[807] SAPMO-BArch, NY 4090/455, Bl. 45, Notiz Tzschorns vom 6.2.1953. Von dieser Position ließ sich Grotewohl auch nicht vom Kirchenpräsidenten Niemöller in einer persönlichen Unterredung abbringen. Ebenda, Bl. 123, Vermerk Grotewohls vom 13.2.1953.

[808] SAPMO-BArch, NY 4090/455, Bl. 338, Aufruf des Staatssekretariats für Innere Angelegenheiten (Grötschel) vom 24.4.1953. Robert Lehr (CDU) war Bundesinnenminister im 1. Kabinett von Konrad Adenauer.

[809] Wentker, „Kirchenkampf" in der DDR, S. 110. Gegen die im Aufruf enthaltenen Verleumdungen verwahrte sich der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages Reinold v. Thadden-Trieglaff, SAPMO-BArch, NY 4090/456, Bl. 168-170, v. Thadden-Trieglaff am 7.5.1953 an Grotewohl.

[810] Politbürobeschluss vom 27.1.1953, in: Hoffmann/Schmidt/Skyba (Hrsg.), Die DDR vor dem Mauerbau, S. 138-141, hier S. 138.

[811] Wentker, „Kirchenkampf" in der DDR, S. 117.

[812] SAPMO-BArch, NY 4090/456, Bl. 115-131, hier Bl. 126, Niederschrift Tzschorns vom 10.6.1953 über ein Treffen Grotewohls mit den Bischöfen Dibelius, Mitzenheim, Müller, v. Scheven, Beste, Krummacher. Erstmals zitiert bei: Wentker, „Kirchenkampf" in der DDR, S. 117.

Nicht alle Maßnahmen, die das Politbüro verabschiedet hatte, wurden auch umgesetzt. So kam es beispielsweise nicht zu den angekündigten Schauprozessen. Außerdem blieben die theologischen Fakultäten Orte der Tradition[813], die der staatlichen Gewalt nicht untergeordnet werden konnten. Gleichzeitig musste die SED-Führung erkennen, dass die Verfolgung von Mitgliedern der Jungen Gemeinde zunächst dazu führte, dass sich die Kirchenleitungen mit den betroffenen Jugendlichen solidarisierten. Erst als die Repressions- der Differenzierungspolitik wich, gelang es, die kirchliche Einheitsfront ins Wanken zu bringen. Hier setzte die SED-Kirchenpolitik ab Mitte 1953 wieder an. Erste Erfolge des Strategiewechsels schienen sich frühzeitig anzubahnen, als etwa die thüringische Kirchenleitung am 10. April eine Dienstanweisung an die Studentenpfarrer herausgab, in der ausdrücklich betont wurde, dass die betreuten Studenten keine besondere Gemeinde oder Organisation bilden würden[814]. Indem sich die Landeskirche von der Jungen Gemeinde abwandte, kam sie den SED-Forderungen weit entgegen.

Es ist allerdings festzuhalten, dass weder die Proteste mancher Kirchenleitungen noch das in Thüringen signalisierte Einlenken das Politbüro dazu bewegen konnten, die Angriffe gegen die Junge Gemeinde einzustellen[815]. Entscheidend war vielmehr das Eingreifen der sowjetischen Führung, die der SED einen „Neuen Kurs" verordnete[816]. Grotewohl und Ulbricht hatten bekanntlich Anfang Juni 1953 in Moskau einen konkreten Maßnahmenkatalog erhalten, der den Kurswechsel in der Öffentlichkeit deutlich werden lassen sollte. Dabei erteilte die Kremlführung der SED-Spitze den Auftrag, mit „einem nackten Administrieren in bezug auf die Geistlichen [...] Schluss zu machen und die schädliche Praxis der groben Einmischung der Behörden in die Angelegenheiten der Kirche [...] einzustellen"[817]. Alle Maßnahmen des Kirchenkampfes sollten aufgehoben werden. Die sowjetische Führung ließ es jedoch nicht bei einer allgemeinen Aufforderung, sondern benannte konkret die Beschlagnahmung karitativer Einrichtungen wie etwa Alters- und Waisenheime, die Einziehung kirchlicher Grundstücke sowie die Reduzierung der staatlichen Zuschüsse. Anschließend stoppten die Nachfolger Stalins den Versuch der SED, die kirchliche Jugendorganisation zu beseitigen. Die Verfolgung der „einfachen Teilnehmer" der Jungen Gemeinde sollte nämlich eingestellt werden. Statt dessen wurde die ostdeutsche Einheitspartei aufgefordert, die politische Arbeit unter den jungen Christen zu intensivieren. Damit wurde im Politbüro den Vertretern der Rücken gestärkt, die für eine Differenzierungspolitik gegenüber der evangelischen Kirche eintraten. Die Auseinandersetzung mit der Jungen Gemeinde sollte nicht mit repressiven, sondern mit subtilen Instrumenten

[813] Nowak, Zum historischen Ort der Kirchen in der DDR, S. 18.
[814] Wentker, „Kirchenkampf" in der DDR, S. 118.
[815] Skyba, Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko, S. 233.
[816] Die evangelischen Bischöfe in der DDR hatten bei der SKK gegen das Vorgehen der SED gegenüber der Jungen Gemeinde protestiert. SAPMO-BArch, NY 4090/455, Bl. 231–235, hier Bl. 231, evangelische Bischöfe (Mitzenheim, v. Scheven, Maercker, Müller, Schröter, Hornig, Hahn, Dibelius) am 9. 4. 1953 an Tschujkow.
[817] Anweisungen der sowjetischen Führung „Über Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik" (o. D.), in: Hoffmann/Schmidt/Skyba (Hrsg.): Die DDR vor dem Mauerbau, S. 152–158, hier S. 156. Erstmals veröffentlicht bei: Stöckigt, Ein Dokument von großer historischer Bedeutung.

der Propaganda geführt werden: „Es ist im Auge zu halten, dass Repressalien gegenüber der Kirche und den Geistlichen nur dazu beitragen können, den religiösen Fanatismus der rückständigen Schichten der Bevölkerung zu stärken und ihre Unzufriedenheit zu vergrößern, darum muss als Hauptkampfmittel gegen den reaktionären Einfluss der Kirche und der Geistlichen eine tüchtig durchdachte Aufklärungs- und Kulturarbeit sein."[818]

Nachdem Grotewohl und Ulbricht aus Moskau zurückgekehrt waren, wies das Politbüro den Justiz- und Sicherheitsapparat an, keine weiteren Maßnahmen gegen Mitglieder der Jungen Gemeinde mehr einzuleiten[819]. Im Regierungsapparat wechselte die Zuständigkeit vom Ministerium des Innern zum Amt für Jugendfragen. Damit hob das Politbüro einen entsprechenden Beschluss vom 17. März 1953 wieder auf[820]. Des Weiteren wurde der Ministerpräsident ermächtigt, mit der Kirchenführung zu verhandeln[821]. Drei Tage später veröffentlichte das Politbüro ein Kommuniqué, in dem weitere Repressionsmaßnahmen revidiert wurden. So konnten Oberschüler und Studenten, die aufgrund ihrer Mitwirkung in der kirchlichen Jugendorganisation relegiert worden waren, wieder an ihre Ausbildungsstätten zurückkehren[822]. Während Grotewohl Ende Mai noch versucht hatte, einen Keil zwischen Kirchenleitung und Pfarrer zu treiben[823], drehte er sich nun um 180 Grad und bat am 8. Juni Zaisser, allen MfS-Stellen die Anweisung zu erteilen, den Kampf gegen die Junge Gemeinde „und sonstige kirchliche oder damit im Zusammenhang stehende Einrichtungen" einzustellen[824]. Am 10. Juni 1953 kam es zwischen dem ostdeutschen Ministerpräsidenten und führenden Kirchenvertretern zum entscheidenden Treffen, das die Auseinandersetzung beendete und bei dem Grotewohl den entscheidenden Satz aussprach: „Wir sehen in der sogenannten ‚Jungen Gemeinde' und ihren Anhängern keine Verbrecherorganisation schlechthin."[825] Dagegen konnte bei der Beantwortung der Frage, ob es sich bei der Jungen Gemeinde um eine nicht zugelassene Organisation oder um eine kirchliche Arbeitsgemeinschaft handelt, keine Einigung erzielt werden. Hier sollte das Amt für Jugendfragen in Zusammenarbeit mit der Kirche und der FDJ einen Lösungsvorschlag ausarbeiten.

Die Strategie der SED-Führung lief darauf hinaus, nach dem in Moskau verordneten Kurswechsel einen Verständigungskurs gegenüber der evangelischen Kirche

[818] Hoffmann/Schmidt/Skyba (Hrsg.): Die DDR vor dem Mauerbau, S. 156.
[819] Protokoll der außerordentlichen Sitzung des Politbüros am 6. 6. 1953, in: Scherstjanoi, „Wollen wir den Sozialismus?", S. 668.
[820] SAPMO-BArch, NY 4090/455, Bl. 158, Auszug aus dem Protokoll der Politbürositzung vom 17. 3. 1953.
[821] Protokoll der außerordentlichen Sitzung des Politbüros am 6. 6. 1953, in: Scherstjanoi, „Wollen wir den Sozialismus?", S. 668.
[822] Kommuniqué des Politbüros vom 9. 6. 1953, in: Dokumente der SED. Bd. IV, S. 428–431, hier S. 430.
[823] SAPMO-BArch, NY 4090/456, Bl. 11–37, Aussprache Grotewohls mit evangelischen Pfarrern am 27. 5. 1953. Vgl. dazu auch: Goerner, Die Kirche als Problem der SED, S. 109.
[824] SAPMO-BArch, NY 4090/456, Bl. 250, Grotewohl am 8. 6. 1953 an Zaisser. Erstmals zitiert bei: Wentker, „Kirchenkampf" in der DDR, S. 123.
[825] SAPMO-BArch, NY 4090/456, Bl. 115–131, hier Bl. 124, Niederschrift Tzschorns über das Treffen am 10. 6. 1953. Erstmals zitiert bei: Wentker, „Kirchenkampf" in der DDR, S. 122f. Vgl. BAB, DC 20/2012, Kommuniqué über die Besprechung von Vertretern des Ministerrates und Vertretern der evangelischen Kirche am 10. 6. 1953.

einzuschlagen, der zwei Bedingungen erfüllen musste[826]: Zum einen durfte in der Öffentlichkeit nicht der Eindruck entstehen, als ob die Kirchenleitung die Auseinandersetzung gewonnen hätte. Zum anderen sollte der Handlungsspielraum der kirchlichen Jugendorganisation auch weiterhin beschränkt bleiben. Ein weiterer Gesprächstermin musste aufgrund des Volksaufstandes mehrmals verschoben werden und kam erst am 11. Juli zustande. Dabei präsentierte Honecker die neue Sprachregelung, die vieles offenließ: „Junge Gemeinde und Studentengemeinde sind keine Organisationen, sondern Sammlung der jungen Christen im Rahmen der Kirche."[827] Nachdem die Kirchenvertreter gegen diese Definition keine Einwände erhoben hatten, konnte das vorbereitete Kommuniqué einen Tag später im ‚Neuen Deutschland' erscheinen. Obwohl damit der Konflikt offiziell beendet schien, blieb das Verhältnis zwischen Staat und Kirche nach wie vor gespannt, denn die Junge Gemeinde blieb auch weiterhin eine ernst zu nehmende Konkurrenz für die FDJ. Nachdem sich Dibelius unter Hinweis auf die gemeinsam getroffene Vereinbarung darüber beklagt hatte, dass die kirchliche Jugendorganisation bei der Ausübung ihrer Arbeit behindert würde, wies Grotewohl die Kritik in einem harschen Tonfall zurück: „Im Interesse der korrekten Beziehungen zwischen Staat und Ev. Kirche versage ich es mir, in dem von Ihnen gewählten Ton zu antworten."[828] Das persönliche Verhältnis zwischen dem ostdeutschen Ministerpräsidenten und dem Bischof von Berlin-Brandenburg blieb auch in den folgenden Jahren sehr angespannt. Als Dibelius in einem Schreiben Anfang 1956 kritisierte, dass Mitarbeiter der Bahnhofsmission unter dem Vorwand der angeblichen Spionagetätigkeit verhaftet worden seien, erhielt er von Grotewohl schon keine Antwort mehr[829]. Dieser schrieb für seinen persönlichen Referenten an den Rand des Briefes: „Keine Antwort, da Bischof D. [Dibelius] durch gleichzeitige Veröffentlichung des Briefes in der Presse zeigt, dass er keine sachliche Klärung, sondern Propaganda will."[830]

Ende 1953 zeichneten sich neue Konflikte mit der Kirche ab: So kritisierte etwa das Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten, dass die Volkssolidarität bei der Verteilung von Lebensmitteln dem Hilfswerk der evangelischen Kirche „zu weitgehende Konzessionen zugestanden" habe[831]. Dieser Meinung schloss sich Grotewohl an, der ausdrücklich betonte, dass die herausgehobene Stellung der Volkssolidarität innerhalb der Sozialverbände gesichert werden müsste. Ungefähr zeitgleich begannen die Vorbereitungen für den letzten gesamtdeutschen Kirchentag 1954 in Leipzig[832], dem das Politbüro angesichts der Berliner Außenministerkonferenz zu Jahresbeginn große deutschlandpolitische Relevanz beimaß[833]. Grotewohl spielte gegenüber der Kirchenleitung auf Zeit und bat vor einer grundsätzlichen Genehmigung durch die DDR-Regierung um weitere Informationen über Inhalt und Ablauf der geplanten Großveranstaltung: „Das Schreiben vom 17. De-

826 Wentker, „Kirchenkampf" in der DDR, S. 123.
827 Zitiert nach: ebenda, S. 124.
828 BAB, DC 20/2008, Grotewohl am 20. 7. 1954 an Dibelius.
829 SAPMO-BArch, NY 4090/457, Bl. 92, Dibelius am 20. 1. 1956 an Grotewohl.
830 Ebenda, handschriftlicher Vermerk Grotewohls vom 23. 1. 1956.
831 SAPMO-BArch, NY 4090/456, Bl. 335, Staatssekretär Hegen am 31. 12. 1953 an Grotewohl.
832 Vgl. Wentker, 1954 – Kirchentag in Leipzig.
833 Goerner, Die Kirche als Problem der SED, S. 153.

zember [des Kirchentagspräsidenten von Thadden-Trieglaff] enthält insofern eine sich widersprechende Mitteilung, weil es an einer Stelle von der Möglichkeit eines Evangelischen Kirchentages in Leipzig 1954 spricht und an einer anderen Stelle von einer gesamtdeutschen Jahrestagung. Es ist auch aus dem Schreiben nicht ersichtlich, welche Programmgestaltung im einzelnen ins Auge gefasst ist."[834] Daraufhin bot Thadden-Trieglaff an, persönlich im Büro des Ministerpräsidenten zu erscheinen, um bestehende Unklarheiten zu beseitigen[835]. Nachdem der Kirchentagspräsident auf mehrere Briefe keine Antwort erhalten hatte, versuchte er Grotewohl unter Druck zu setzen: „Sollten Sie aber [...] meine Bitte um einen Empfang nicht erfüllen können, so müsste ich zu meinem Bedauern der Synode davon Mitteilung machen, dass offenbar die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für die Abhaltung des Kirchentages in Leipzig im Sommer dieses Jahres keine Möglichkeit sieht."[836] Dies beeindruckte den ostdeutschen Ministerpräsidenten in keiner Weise, denn er schrieb an den Rand des Briefes: „Drohungen sind völlig überflüssig, außerdem wirkungslos." Schließlich erteilte das Innenministerium am 19. März 1954 seine Zustimmung zur Durchführung des Kirchentages, der im Juli stattfinden sollte. Allerdings sollten sich die Organisatoren dazu verpflichten, öffentliche Stellungnahmen für die militärische Westintegration der Bundesrepublik bzw. gegen die „Friedenspolitik" der DDR zu verhindern[837]. Die SED-Führung versuchte sogar, die Veranstaltung für ihre Propagandazwecke zu instrumentalisieren, und bereitete sich intensiv auf das Großereignis vor: Der Kirchentag sollte nämlich als Plattform dienen für den Kampf gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und deren Eingliederung in das westliche Bündnissystem. Doch der erhoffte Erfolg stellte sich nicht ein. Die DDR konnte sich zwar als guter Gastgeber präsentieren, doch die deutschlandpolitischen Auswirkungen blieben weitgehend aus. Darüber hinaus nahm das Politbüro bei der Auswertung des Kirchentages zur Kenntnis, dass offensichtlich auch kritische Stimmen gegenüber dem SED-Regime laut geworden waren[838].

Im Vorfeld des Leipziger Kirchentages überarbeitete die SED-Führung ihr kirchenpolitisches Konzept[839] und zog die Konsequenzen aus dem Kampf gegen die Junge Gemeinde, der zu einer Mobilisierung und Solidarisierung der Kirche geführt hatte. Die zuvor nur ansatzweise praktizierte Differenzierungspolitik gewann endgültig Oberwasser. Das Politbüro verabschiedete sich von dem bisherigen Konfrontationskurs und verfolgte fortan zwei Ziele: Zum einen ging es um die langfristige Zurückdrängung des kirchlichen Einflusses in der Gesellschaft, zum anderen sollten die Kirchen unterwandert und instrumentalisiert werden. Der für die neue Kirchenpolitik grundlegende Politbürobeschluss vom 14. März 1954 sah unter anderem vor, dass die Sekretariate der Bezirks- und Kreisleitungen der Partei Maßnahmen treffen sollten, um die „fortschrittlichen Kräfte in den Religi-

[834] BAB, DC 20/104a, Bl. 302f., Grotewohl am 4. 1. 1954 an Propst Grüber.
[835] BAB, DC 20/104a, Bl. 308-310, v. Thadden-Trieglaff am 15. 1. 1954 an Grotewohl.
[836] BAB, DC 20/104a, Bl. 427f., v. Thadden-Trieglaff am 13. 3. 1954 an Grotewohl.
[837] Staatssekretär Geyer an Propst Grüber (o. D.). Zitiert nach: Goerner, Die Kirche als Problem der SED, S. 153.
[838] Goerner, Die Kirche als Problem der SED, S. 158.
[839] Ausführlicher dazu: Goerner, Die Kirche als Problem der SED, S. 146–152.

onsgemeinschaften" zu unterstützen[840]. Es käme darauf an, „in den gewählten Organen feste Positionen zu schaffen". Darüber hinaus zielte der Beschluss darauf ab, die Tätigkeit der Pfarrer vor Ort zu beeinflussen: „Es muss erreicht werden, dass immer mehr Geistliche in ihren Predigten, Reden und in der Presse für die Verwirklichung der Vorschläge der Sowjetunion und der Außenministerkonferenz und gegen die amerikanische Kriegspolitik Stellung nehmen."

Ein Mittel der Kirchenpolitik war in den folgenden Jahren auch die Einführung der Jugendweihe[841], die den Prozess der Entkirchlichung beschleunigen und somit die Stellung der evangelischen Kirche schwächen sollte. Der Beschluss des Politbüros vom 14. März begründete diesen Schritt folgendermaßen: „Gegenwärtig werden von vielen Eltern, die keine innere Bindung zur Kirche haben, Kinder in die Kurse zur Vorbereitung der Konfirmation und der Kommunion geschickt, da keine andere Einrichtung zur feierlichen Einführung der Kinder in den neuen Abschnitt ihres Lebens nach dem Verlassen der Grundschule vorhanden ist. Um diesen Zustand zu beenden, wird im Interesse der Verstärkung der staatsbürgerlichen Erziehung schon in diesem Jahr mit der Vorbereitung und Durchführung von Jugendweihen ab 1955 begonnen."[842] Doch erst nach mehreren Anlaufschwierigkeiten konnte Ulbricht, der in diesem Bereich der maßgebliche Motor war, seine kompromisslosen Vorstellungen 1958 durchsetzen. Gegen die staatlich sanktionierte Ersatzkonfirmation[843] liefen die Kirchenleitungen vergeblich Sturm. Um der Kritik den Wind aus den Segeln zu nehmen, empfahl das Politbüro Grotewohl, mit den Kirchenführen eine Aussprache zu führen, bei der nur „grundsätzliche Fragen" über das Verhältnis zwischen Staat und Kirche erörtert werden sollten[844]. Grotewohl, der das Treffen mit den Kirchenleitungen am 3. Dezember 1956 eigentlich dazu nutzen wollte, um die Bildung des Staatssekretariats für Kirchenfragen anzukündigen, sah sich gezwungen, die Wogen zu glätten. Dibelius wollte nämlich der Einführung der Jugendweihe nur unter der Bedingung zustimmen, dass die Entscheidung über die Teilnahme der Kinder den Eltern überlassen bliebe[845]. Außerdem schlug er vor, an die Stelle der geplanten Jugendweihe eine Schulentlassungsfeier treten zu lassen, an der alle Kinder teilnehmen sollten, und zwar ohne Bekenntnis zu irgendeiner Weltanschauung. Diesen Vorstoß wehrte Grotewohl sofort ab, wobei er sich allerdings konziliant gab und Befürchtungen der Kirche zerstreuen wollte, die ostdeutsche Regierung würde wie beim Kampf gegen die Junge Gemeinde auf repressive Instrumente zurückgreifen: „Wir wünschen keine atheistischen Überspitzungen bei diesen Dingen."[846] Gleichzeitig spielte er die Auseinandersetzung um die Jugendweihe herunter und warnte die Bischöfe

[840] Politbürobeschluss zur Kirchenpolitik vom 14. 3. 1954, in: Hartweg (Hrsg.), SED und Kirche. Bd. 1, S. 150–155, hier S. 152.

[841] Deren Wurzeln reichen bis ins Zeitalter der Aufklärung zurück. Insbesondere die sozialistischen Freidenkerbewegungen hatten einen großen Anteil an der Verbreitung der Jugendweihe bis 1933. Vgl. Kaiser, Arbeiterbewegung und organisierte Religionskritik.

[842] Hartweg (Hrsg.), SED und Kirche. Bd. 1, S. 153.

[843] Wentker, Die Einführung der Jugendweihe in der DDR, S. 163.

[844] BAB, DC 20/2016, Bl. 18f., Beschluss des Politbüros vom 27. 11. 1956.

[845] Mitschrift über das Staat-Kirche-Gespräch am 3. 12. 1956, in: Hartweg (Hrsg.), SED und Kirche. Bd. 1, S. 207–228, hier S. 208f.

[846] Ebenda, S. 215.

vor überzogener Kritik: „Man soll auch keine Überspitzung in dieser Frage [...] hereintragen und nicht so tun, als ob die Frage der Jugendweihe der entscheidendste Punkt des Zusammenlebens der Menschen oder zwischen Staat und Kirche ist." Die Aufgabenteilung im Politbüro funktionierte gut: Während sich Ulbricht gegenüber den Kirchen unnachgiebig zeigte, schien Grotewohl gesprächsbereit zu sein, ohne jedoch den kirchenpolitischen Kurs der SED-Führung in Frage zu stellen. Die Ostkirchenkonferenz, ein Zusammenschluss der evangelischen Kirchenleitungen auf dem Gebiet der DDR, wandte sich am 2. Oktober 1957 gezielt an Ministerpräsident Grotewohl, um gegen die Verschärfung der Bestimmungen zur Jugendweihe zu protestieren[847]. So mussten Jugendliche mit erheblichen Sanktionen rechnen, wenn sie der Jugendweihe unter Berufung auf deren freiwilligen Charakter fernblieben. Der Protest der Kirchenführung blieb wirkungslos[848]. Dem SED-Regime war es gelungen, eine staatliche Massenveranstaltung zu implementieren, die sich langfristig gesehen gegen die von den Kirchen betriebene Konfirmation durchsetzen konnte. Dieser Säkularisierungsschub schlug sich auch quantitativ schnell nieder: Während 1958 insgesamt 107186 Jugendliche an der Jugendweihe teilnahmen, waren es ein Jahr später bereits 139830[849].

Es spricht vieles dafür, dass Grotewohl seine vergleichsweise moderate Position nicht nur gegenüber den evangelischen Geistlichen, sondern auch innerhalb der SED-Führung vertrat. Bei einer internen Debatte über eine geplante Erklärung zur Kirchenpolitik sprach sich der Ministerpräsident für eine sorgfältige redaktionelle Überarbeitung des Dokuments aus, andernfalls sei die „Herstellung normaler Beziehungen zwischen Staat und Kirche" beeinträchtigt[850]. Gleichzeitig suchte Grotewohl die inhaltliche Abstimmung mit Ulbricht, um ja nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, er verfolge gegenüber dem Ersten Sekretär des ZK der SED einen eigenständigen Kurs. Insofern erfüllte der Ministerpräsident für Ulbricht zwei wichtige Funktionen: Zum einen vertrat er in Gesprächen und Verhandlungen mit der evangelischen Kirchenleitung die SED-Kirchenpolitik; zum anderen war er ein Garant dafür, dass es nicht zum offenen Bruch mit den Kirchen kam. Diese Vermittlungsrolle konnte und wollte Ulbricht nicht übernehmen, da sie ihm die Hände gebunden hätte. Beide Spitzenpolitiker ergänzten sich vielmehr und personifizierten in gewisser Weise die beiden unterschiedlichen Richtungen der SED-Differenzierungspolitik gegenüber der evangelischen Kirche. Der enttäuschende Verhandlungsverlauf hielt die evangelischen Bischöfe nicht davon ab, einige Jahre später in einem Glückwunschschreiben zum 70. Geburtstag Grotewohls einen Kotau gegenüber dem SED-Regime zu machen, der im Sprachduktus sehr

[847] Wentker, Die Einführung der Jugendweihe in der DDR, S. 163.

[848] Ende 1958 beklagten die evangelischen Kirchenleitungen einen zunehmenden Druck auf kirchlich gebundene Eltern, ihre Kinder gegen ihren Willen zur Jugendweihe zu schicken. Die staatlichen Sanktionsmaßnahmen reichten bis hin zur verwehrten Aufnahme in berufliche Ausbildungseinrichtungen. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/14/8, Bl. 387–390, hier Bl. 387, Evangelische Kirchenleitungen am 21.11.1958 an Grotewohl. Die CDU-Parteileitung durfte daraufhin einen Entwurf für ein Antwortschreiben des Ministerpräsidenten ausarbeiten, den sie dann knapp drei Wochen später vorlegte. Ebenda, Bl. 391–394, Entwurf mit Begleitschreiben der CDU-Parteileitung (Ordnung) vom 11.12.1958.

[849] Wentker, Die Einführung der Jugendweihe in der DDR, S. 163f.

[850] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/14/8, Bl. 1–7, hier Bl. 7, Notizen (o. Verf.) über eine Besprechung mit Grotewohl am 31.1.1958.

stark an die Staatsnähe der evangelischen Kirche vor 1945 erinnerte: „Unsere Gemeinden beten an jedem Sonntag zu Gott für die Obrigkeit, auf dass Frieden und Gerechtigkeit in unserem Land und in der ganzen Welt erhalten bleiben und gefördert werden."[851] Anschließend bedankten sich die Unterzeichner des Briefes beim Ministerpräsidenten dafür, dass er sich „so häufig für fördernde Gespräche zwischen Staat und Kirche persönlich eingesetzt" habe.

Diese taktische Arbeitsteilung endete 1958, als die SED-Führung eine neue Phase in ihrer Kirchenpolitik einläutete und den Abschluss des Militärseelsorgevertrages zwischen der Bundesregierung und der EKD zum Anlass nahm, um die Tätigkeit des Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der DDR-Regierung für beendet zu erklären. Das Politbüro arbeitete nunmehr zielstrebig auf eine Spaltung der gesamtdeutschen Kirchenorganisation hin: Bereits am 1. April 1958 hatte das Führungsgremium der Einheitspartei einen Beschluss zur Gründung des Bundes Evangelischer Pfarrer in der DDR gefasst, um die Kirchenleitungen unter Druck zu setzen[852]. Grotewohl passte sich dem neuen Konfrontationskurs an und bot ein Gespräch mit einer Delegation der evangelischen Kirche an, deren Mitglieder allerdings den Wohnsitz in der DDR haben mussten[853]. Damit setzte er die Kirchenleitung unter Zugzwang, die schon seit längerem um ein Gespräch im Amtssitz des Ministerpräsidenten gebeten hatte. Diese ging notgedrungen auf das Angebot ein und akzeptierte letztlich die SED-Forderung nach Abspaltung von der EKD, da sie eine reine DDR-Delegation zu den Verhandlungen schickte. Bei der ersten Begegnung am 2. Juni 1958 gelang es Grotewohl, die anwesenden Kirchenvertreter in die Enge zu treiben, indem er den Militärseelsorgevertrag zu einem zentralen Gesprächsthema machte[854]. Die folgenden Gespräche am 3. und 11. Juni verliefen aus Sicht der Kirche enttäuschend, da sich der Staatssekretär für Kirchenfragen, Werner Eggerath, der Grotewohl vertrat, unnachgiebig zeigte[855]. Das abschließende Gespräch am 21. Juli endete mit einer Niederlage der evangelischen Kirche, da deren Vertreter gegenüber Grotewohl erklärten, dass sich die Kirchenleitungen in der DDR nicht mehr an den Militärseelsorgevertrag gebunden fühlen würden[856]. Des Weiteren ließen sie den Vorwurf fallen, der ostdeutsche Staat verletze mit seinem Vorgehen gegen die Kirchen Verfassungsbestimmungen[857]. Allerdings hatten sich die Kirchenvertreter über die Bitte Grotewohls hinweggesetzt, die Verhandlungen nicht an die Öffentlichkeit zu tragen. So berichtete die ‚Frankfurter Allgemeine

[851] SAPMO-BArch, NY 4090/42, Konferenz der evangelischen Bischöfe in der DDR am 11. 3. 1964 an Grotewohl. Das Schreiben war von Bischof Krummacher (Greifswald) und Landesbischof Noth (Dresden) unterzeichnet.

[852] Politbürobeschluss vom 1. 4. 1958, in: Hartweg (Hrsg.), SED und Kirche. Bd. 1, S. 269–271.

[853] SAPMO-BArch, NY 4090/458, Bl. 194f., Grotewohl am 17. 5. 1958 an Propst Grüber. Erstmals zitiert bei: Goerner, Die Kirche als Problem der SED, S. 355.

[854] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/14/8, Bl. 141–170, Protokoll der Aussprache bei Grotewohl am 2. 6. 1958.

[855] SAPMO-BArch, NY 4090/458, Bl. 252–254, Bericht Eggeraths über Verhandlung mit Delegation der evangelischen Kirche am 3. 6. 1958; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/14/8, Bl. 173–176, Bericht Eggeraths über Besprechung am 11. 6. 1958.

[856] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/14/8, Bl. 227f., Notiz über Beratungen zwischen Vertretern von Staat und Kirche am 2. 6., 23. 6. und 21. 7. 1958.

[857] Mitteilung des Presseamtes beim Ministerpräsidenten über die gemeinsamen Beratungen vom 2. und 23. 6. sowie vom 21. 7. 1958, in: ‚Neues Deutschland' vom 23. 7. 1958, S. 1.

Zeitung' ausführlich über die Gespräche bei Grotewohl und bezichtigte die SED der bewusst herbeigeführten Kirchenspaltung[858]. Dennoch dauerte es noch elf Jahre, bis die Abtrennung der evangelischen Kirche in der DDR von der EKD erfolgte: Ein Jahr nach Inkrattreten der neuen DDR-Verfassung, die im Vergleich zur Verfassung von 1949 keinen Abschnitt mehr zu den Religionsgemeinschaften enthielt und nur noch das Recht auf Glaubensfreiheit zusicherte, kam es am 10. Juni 1969 zur Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK). Die gesamtdeutsche Arbeit der Kirche war aber schon zuvor durch den Mauerbau 1961 erheblich erschwert worden.

5. Die politischen Krisen des SED-Regimes und die schleichende Entmachtung Grotewohls

Stalinkult und Stalinverehrung

Die ersten Jahre der DDR waren zugleich die letzten Herrschafts- und Lebensjahre Stalins. Dieser Zeitabschnitt war nicht nur in der DDR, sondern auch in allen osteuropäischen Volksdemokratien von einer beispiellosen Stalinverehrung gekennzeichnet, die in vielfältiger Art und Weise in Erscheinung trat[859]. Die Formen reichten von der Errichtung zahlreicher Stalin-Denkmäler, der Benennung von Straßen, Plätzen und Städten nach dem sowjetischen Diktator bis hin zur devoten Huldigung des Kremlchefs durch Künstler und Schriftsteller in ihren Werken. Dabei dokumentierte die SED-Führung öffentlich, dass die ostdeutsche Einheitspartei, aber auch der ostdeutsche Teilstaat ein Kind Stalins waren. Das führte wiederum dazu, dass die Führungsgruppe um Grotewohl, Pieck und Ulbricht auch im Bereich der Festkultur in eine tiefe Abhängigkeit von Moskau geriet, die langfristig zur Destabilisierung des SED-Regimes beitrug. Bei den politischen Krisen, welche die DDR im Verlauf der fünfziger Jahre erschütterten, zeigte sich nämlich, dass die Herrschaft der ostdeutschen Hegemonialpartei auf tönernen Füßen stand und nur durch den Einsatz repressiver Machtmittel gesichert werden konnte. Auf der anderen Seite wird beim Volksaufstand am 17. Juni 1953 und bei der Entstalinisierungskrise zwischen 1953 und 1956 das opportunistische Verhalten Grotewohls deutlich, der kein Bündnis mit den Kritikern Ulbrichts einging und deshalb einen nicht unwesentlichen Beitrag zur politischen Stabilisierung des SED-Regimes leistete. Im Verlauf der fünfziger Jahre ließ er sich in der SED-Führung immer mehr an den Rand drängen und konzentrierte sich stattdessen auf seine Aufgaben als Regierungschef.

Als Ko-Vorsitzender der SED und DDR-Ministerpräsident hatte Grotewohl zunächst einen großen Anteil an der Inszenierung des Stalinkultes. So beschäftigte sich etwa das Politbüro intensiv mit den Feierlichkeiten zum 70. Geburtstag Stalins

[858] ‚Frankfurter Allgemeine Zeitung' vom 2.8.1958, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/14/8, Bl. 283.

[859] Vgl. den informativen deutsch-polnischen Vergleich bei: Behrends, Die erfundene Freundschaft, S. 172–226.

am 21. Dezember 1949 und wies die SED-Mitglieder in der Provisorischen Regierung an, zu diesem Anlass eine Regierungskommission zu bilden, die unter anderem einen Aufruf an die Bevölkerung ausarbeiten und feierliche Festveranstaltungen in der Volks- und Länderkammer vorbereiten sollte[860]. Darüber hinaus wurden Mitglieder der sowjetischen Führung unterwürfig gebeten, an einer Sondernummer im ‚Neuen Deutschland' mitzuwirken: „Wir können nicht beurteilen, ob eine solche Veröffentlichung aus Ihrer Feder in unserer Zeitung im gegenwärtigen Moment angebracht ist. [...] Möglich, dass Umstände, die wir nicht übersehen können, eine solche Veröffentlichung als unzweckmäßig erscheinen lassen."[861] Die sowjetische Besatzungsmacht kontrollierte im Übrigen die zur Publikation freigegebenen Briefwechsel zwischen Stalin und Grotewohl penibel. In dem Zusammenhang protestierte beispielsweise der Leiter der Kontrollgruppe am Berliner Rundfunk, Major Russanow, gegen die angeblich fehlerhafte Wiedergabe eines Stalin-Telegramms, in dem der sowjetische Diktator die Reduzierung der Reparationslasten ankündigte[862]. Daraufhin beschloss die Sendeleitung, die verantwortlichen Redakteure mit sofortiger Wirkung zu entlassen. Anschließend beeilte sich Grotewohl, dem SKK-Vorsitzenden die personellen Konsequenzen mitzuteilen[863].

Ein Jahr später hielt Grotewohl eine Rede zum 71. Geburtstag Stalins, in der er den Kremlchef als „Größte[n] aller lebenden Menschen" pries[864]. Er überhäufte den Georgier mit groteskem Lob: Stalin sei ein „sturmerprobter Vorkämpfer der Menschheit"[865], „der größte lebende Staatsmann", „der größte Verteidiger seiner Heimat"[866], „der realste Meister der Wissenschaft", „der größte philosophische Praktiker unserer Zeit" und sogar „der größte Humanist unseres Zeitalters"[867]. Dabei schreckte der DDR-Ministerpräsident auch nicht davor zurück, Geschichtsfälschung zu betreiben. So interpretierte er den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt von 1939 als Geniestreich Stalins: „Als die Westmächte in München durch die verräterische Auslieferung der Tschechoslowakei Hitlers Aggression in Europa die Bahn öffneten und sich weigerten, mit der Sowjetunion ein wirksames Abkommen zur Verteidigung des Friedens und der Unabhängigkeit Polens abzuschließen, da zögerte Stalin nicht einen Augenblick im Sommer 1939, mit Deutschland einen Nichtangriffspakt zu schließen, obwohl jedem Sowjetmenschen das barbarische Regime, das Hitler dem deutschen Volke aufgezwungen hatte, aus tiefster Seele verhasst war."[868] Grotewohl rechtfertigte das Verhalten des sowjetischen Diktators mit dem Argument, dass die Erhaltung des Friedens stets das oberste Leitmotiv Moskaus gewesen sei.

860 SAPMO-BArch, NY 4090/301, Bl. 3, Politbürovorlage des Kleinen Sekretariats vom 24. 10. 1949.
861 Schreiben der SED-Führung an Molotow (o. D.), in: Hoffmann/Schmidt/Skyba (Hrsg.), Die DDR vor dem Mauerbau, S. 52.
862 SAPMO-BArch, NY 4090/315, Bl. 164f., Vermerk Russanows (o. D.).
863 SAPMO-BArch, NY 4090/315, Bl. 173f., Grotewohl am 9. 6. 1950 an Tschujkow.
864 SAPMO-BArch, NY 4090/154, Bl. 47–73, hier Bl. 49, Rede Grotewohls zum 71. Geburtstag Stalins. Die Rede wurde am 22. 12. 1950 im ‚Neuen Deutschland' veröffentlicht.
865 Ebenda, Bl. 50.
866 Ebenda, Bl. 51.
867 Ebenda, Bl. 52.
868 Ebenda, Bl. 63.

Nach dem Vorbild der Feierlichkeiten zu Stalins Geburtstag sollte in der DDR der 60. Geburtstag Walter Ulbrichts zelebriert werden, der auf den 30. Juni 1953 fiel. Dazu berief das Politbüro eine Kommission zusammen, die entsprechende Vorschläge ausarbeiten sollte[869]. Vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden innenpolitischen Krise in der DDR Anfang 1953 nahm das Politbüro jedoch rasch Abstand von den ursprünglichen Planungen und schränkte das Festprogramm immer mehr ein, wobei selbst Ulbricht dringend darum bat, von einem Bankett Abstand zu nehmen, das für den 1. Juli vorgesehen war[870]. Allem Anschein nach drängten auch die sowjetischen Berater auf eine drastische Reduzierung des Programms[871]. Der SED-Generalsekretär war schließlich mehr mit der Sicherung seiner Macht als mit seiner Geburtstagsfeier beschäftigt. Angesichts des drohenden Machtverlustes wurden die geplanten Feierlichkeiten der gesamten SED-Führung letztendlich abgeblasen[872]. Nach dem Volksaufstand rechneten einzelne Politbüromitglieder vielmehr mit Ulbricht ab und kritisierten nun erst die pompös geplante Geburtstagsfeier als Personenkult.

Der Tod Stalins schockte die SED-Spitze[873]. Am 6. März 1953 fand eine eilig zusammengerufene Trauersitzung des ZK der SED statt, auf der Grotewohl das offizielle Beileidstelegramm an das ZK der KPdSU verlas[874]. Gleichzeitig setzte er ein Beileidschreiben an den Ministerrat der UdSSR auf, in dem er den Verstorbenen als „geliebten Führer" bezeichnete[875]. Anschließend fuhr die SED-Führung zu den Beisetzungsfeierlichkeiten nach Moskau[876]. Die Trauer war nicht gespielt. Private Tagebuchaufzeichnungen beweisen, dass Grotewohl über das Ableben des sowjetischen Diktators zutiefst erschüttert war[877]. So beschrieb er ausführlich und verklärend zugleich die Anteilnahme der Bevölkerung, die am offenen Sarg vorbeidefilierte: „Auch Millionen Bauern, Arbeiter, Wissenschaftler, Künstler, Soldaten, Männer und Frauen, Greise und Kinder standen und gingen, gingen und standen, um ihren letzten Gruß an Stalin, ihrem geliebten, verehrten und angebeteten Führer und Vater zu murmeln oder hinaus zu schreien."[878] Voller Ehrfurcht beschrieb er den aufgebahrten Leichnam: „Der Tod hatte allen Kampf und alle Sorge heruntergenommen. Ein Hauch von Güte und stillem Frieden lag auf dem Gesicht, die Hände waren so zum großen Ausruhen auf einer tiefpurpurnen Decke ausgestreckt als schlafe er." Grotewohl schloss seine fast religiös anmutende Schil-

869 SAPMO-BArch, NY 4090/302, Bl. 14, SED-Hausmitteilung Axens an Grotewohl/Ulbricht vom 15.5.1953. So waren unter anderem die Herausgabe der Reden und Aufsätze Ulbrichts sowie Straßenumbenennungen in Erfurt und Leipzig geplant. Darüber hinaus war vorgesehen, die Leunawerke nach Walter Ulbricht zu benennen. Ebenda, Bl. 15f., SED-Hausmitteilung Schöns an Grotewohl vom 29.5.1953.

870 SAPMO-BArch, NY 4090/302, Bl. 17, Ulbricht am 8.6.1953 an Grotewohl.

871 SAPMO-BArch, NY 4090/302, Bl. 18, Grotewohl am 11.6.1953 an Ulbricht.

872 Stern, Ulbricht, S. 167; Gries, „Walter Ulbricht – das sind wir alle!", S. 201.

873 Weber, Geschichte der DDR, S. 234.

874 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/113, Bl. 5–9, Stenographische Niederschrift der Trauersitzung des ZK der SED am 6.3.1953.

875 BAB, DC 20/6867, Bl. 5f., Grotewohl an den Ministerrat der UdSSR zum Tode Stalins (o.D.).

876 SAPMO-BArch, NY 4090/9, Bl. 562–664, hier Bl. 583, Kalender Grotewohls von 1953.

877 SAPMO-BArch, NY 4090/9, Bl. 852–861, Tagebuchaufzeichnungen Grotewohls für seine Frau Johanna (Eintragungen vom 8./11.3.1953 in Moskau).

878 Ebenda, Bl. 857f.

derung, die nicht für die Parteiöffentlichkeit, sondern nur für seine Frau bestimmt war, mit einer pathetisch-prophetischen Äußerung: „Stalin ist nicht mehr, aber sein Werk, seine Lehre wird fortleben in den Jahrhunderten, sie wird alle Menschen des ganzen Erdballs erfassen und den jahrhundertealten Traum der Menschheit vom Glück und Frieden erfüllen."[879]

Grotewohl und der Volksaufstand am 17. Juni 1953

Die politische Krise, in der sich die SED-Führung im Winter 1952/53 befand, war zu einem Großteil selbst verschuldet und hing mit dem „Aufbau des Sozialismus" in der DDR zusammen, den Walter Ulbricht am 9. Juli 1952 auf der II. Parteikonferenz verkündet hatte[880]. Dieser Parteiveranstaltung kam die Funktion einer Initialzündung zu, denn sie machte der Parteibasis, aber auch der Bevölkerung insgesamt deutlich, dass die Neuordnung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft nach dem sowjetischen Vorbild weiter beschleunigt werden sollte. Die Bereiche, die bis zu diesem Zeitpunkt von der Transformation weitgehend verschont geblieben waren, rückten nunmehr ins Zentrum des Interesses. Dazu zählte die Landwirtschaft, die kollektiviert werden sollte. Doch auch hier besaß die ostdeutsche Einheitspartei keine vollständige Handlungsfreiheit, sondern musste die Details vorab mit Moskau absprechen. Deshalb richtete die SED-Führung am 2. Juli einen Brief direkt an Stalin, in dem sie um eine Stellungnahme des Politbüros des ZK der KPdSU (B) zu den geplanten Beschlüssen bat[881]. Die Proklamation hatte zwei Stoßrichtungen: Zum einen sollte die DDR-Bevölkerung für die weitere Umwälzung gewonnen werden, wobei deutschlandpolitische Rücksichtnahmen der Vergangenheit angehörten. Zum anderen galt aber nach wie vor die propagandistische Ausrichtung in Bezug auf den Westen. Dort sollte die als Einheit empfundene Arbeiterklasse für die Ziele der SED gewonnen und ein Keil sowohl in die SPD als auch in die westdeutschen Gewerkschaften getrieben werden. Dadurch würde – so die Einschätzung von Grotewohl, Ulbricht und Pieck – die Zustimmung der westdeutschen Bevölkerung zur Eingliederung der Bundesrepublik in den Westen schwinden. Das sowjetische Plazet erfolgte sieben Tage später; ein entsprechender Beschluss des Politbüros des ZK der KPdSU (B) stammte ebenfalls vom 8. Juli 1952[882].

Die Begeisterung, die unter den Delegierten der II. Parteikonferenz ausbrach, als Ulbricht den „Aufbau des Sozialismus" in der DDR proklamierte, war nicht nur inszeniert. Trotz durchgeführter Parteisäuberungen übte das utopische Ziel, eine sozialistische Gesellschaft zu errichten, nach wie vor eine hohe Anziehungskraft auf viele Parteifunktionäre und Parteimitglieder aus. Besonders anschaulich wird dies bei den wenigen ehemaligen Sozialdemokraten, die in der SED-Führung übrig geblieben waren. So unterstrich etwa Otto Buchwitz, der von 1924 bis 1933 Mitglied der SPD-Reichstagsfraktion gewesen und 1941 zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, von denen er fünf Jahre im Zuchthaus Brandenburg-Görden

[879] Ebenda, Bl. 859 (Rückseite).
[880] Protokoll der II. Parteikonferenz der SED, S. 58.
[881] Staritz, Die SED, Stalin und der „Aufbau des Sozialismus", S. 698f.
[882] Ebenda, S. 698.

sowie im Konzentrationslager Sonnenburg verbringen musste, in seinem Redebeitrag die historische Bedeutung der Konferenz: Die Tage vom 9. bis 12. Juli 1952 würden „als die bedeutsamsten Tage in die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eingehen"[883]. Der Untergang der Weimarer Republik und die nationalsozialistische Verfolgung waren für Buchwitz offenbar so prägend gewesen, dass er bereit war, der Errichtung einer kommunistischen Diktatur zuzustimmen und sogar im SED-Regime mitzuwirken. Buchwitz, der drei Jahre jünger war als Wilhelm Pieck, ging in seiner historisch angelegten Rechtfertigung bis ins Kaiserreich zurück, in dem er politisch sozialisiert worden war. Er glaubte in der DDR-Gründung die Befreiung der jahrzehntelang unterjochten Arbeiterklasse erblicken zu können: „Wir Alten haben unter vier Staatsformen in den Reihen der Arbeiterklasse gekämpft und gelitten. Ich muss von mir sagen: Ich war gestern [...] aufs Tiefste ergriffen, als Walter Ulbricht das Ziel proklamierte. Da wurde wach in mir die Vergangenheit der letzten fünfzig und mehr Jahre, als wir Freiwild waren, als wir gehetzt wurden von Betrieb zu Betrieb, als alles im Staat des kaiserlichen Deutschland gegen uns stand, die gesamte Staatsmacht, die Regierung, die Richter und die Staatsanwälte, das gesamte Unternehmertum, die Polizei bis zum letzten Nachtwächter."[884]

Noch Anfang der fünfziger Jahre hatte Buchwitz – damals noch sächsischer Landtagspräsident – die Justizpolitik seiner Partei intern kritisiert. Doch dafür brachte Grotewohl nur wenig Verständnis auf: „Es ist mir bekannt, dass der Genosse Buchwitz im Lande Sachsen wie eine Art Beichtvater für alle schiefen und krummen Dinge gilt. [...] Aber der Genosse Buchwitz hat bei dieser großen und richtigen Einstellung, die er gegenüber den Sorgen der Menschen hat, auch noch etwas anderes: ein etwas zu weiches Herz, die Neigung, den Sorgen der Menschen nicht nur ein Ohr, sondern oft beide zu schenken und ohne eine kritische Prüfung mit dem Herzen zu entscheiden."[885] Auf einen kritischen Bericht über die haarsträubenden Verhältnisse in der Haftanstalt Bautzen hatte Grotewohl noch im Oktober 1951 schroff reagiert und der sächsischen LDP, die den Bericht über Buchwitz nach Berlin weitergeleitet hatte, unterstellt, sich in „verantwortungsloser Weise [...] zum Fürsprecher unserer politischen Feinde gemacht [zu] haben"[886]. Der DDR-Ministerpräsident war nicht daran interessiert, den Umgang mit politischen Häftlingen grundsätzlich zu ändern, geschweige denn die Verhaftung von vermeintlichen politischen Gegnern durch das MfS zu stoppen. Im Einklang mit den übrigen Politbüromitgliedern war er nur bereit, die Angehörigen von Untersuchungshäftlingen über deren Verbleiben zu unterrichten.

Die eschatologische Vision einer neuen, besseren Welt legitimierte offenbar die repressiven Maßnahmen, welche die SED bei der politischen und gesellschaftlichen Umwälzung einsetzte. Auf diese Weise ließ sich die Vertreibung von Privatunternehmern, Selbständigen und sogenannten Großbauern, die Verfolgung von poli-

[883] Protokoll der II. Parteikonferenz der SED, S. 257.
[884] Ebenda, S. 257f.
[885] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/101, Bl. 157, Stenographische Niederschrift der 8. Tagung des ZK der SED (21.–23. 2. 1952).
[886] SAPMO-BArch, NY 4090/440, Bl. 109, Grotewohl an Buchwitz [Oktober 1951]. Erstmals zitiert bei: Wentker, Justiz in der SBZ/DDR, S. 395.

tisch Andersdenkenden und sogar die Disziplinierung der eigenen Anhängerschaft rechtfertigen. Die Rede von Buchwitz verdeutlichte einen zunehmenden Realitätsverlust: Die Verklärung des eigenen politischen Kampfes, das Beharren auf einer angeblich inneren Gesetzmäßigkeit, die zur DDR-Gründung geführt habe, sowie die Abrechnung mit der westdeutschen SPD-Spitze blendete die Verfolgung von bürgerlichen Politikern, früheren Sozialdemokraten, unangepassten Kirchenvertretern sowie die sozioökonomischen Folgelasten der Neuordnung in der DDR vollständig aus. Auch Grotewohl, der zusammen mit Pieck die Konferenz leitete, hatte keine Schwierigkeiten mit dem von Ulbricht verkündeten politischen Kurs. Im Gegenteil: In seiner kurzen, inhaltlich ansonsten belanglosen Ansprache übernahm er ohne Bedenken das SED-Vokabular. So lobte er beispielsweise den Kampf der Einheitspartei gegen vermeintliche Agenten und „Schädlingsgruppe[n]" in der DDR[887]. Nur in seinem Schlusswort kamen leise Zweifel an der langfristigen Wirkung der Parteikonferenz hoch, deren Beschlüsse er allerdings vorbehaltlos unterstützte: „Es wird nach unseren Beschlüssen eine Welle der Begeisterung durch das ganze Land fluten. Aber Begeisterung allein wird uns nicht genügen können."[888]

Unmittelbar nach Beendigung der II. Parteikonferenz beschleunigte sich die politische und wirtschaftliche Umwälzung des Landes. Das politische System wurde durch die Länderauflösung Ende Juli 1952 entscheidend verändert; nun erhielt der Föderalismus, der schon in den Jahren zuvor ausgehöhlt worden war, endgültig den Todesstoß. Mit der Bildung von 14 Bezirksverwaltungen wurde die staatliche Verwaltung neu organisiert, und vor allem weiter zentralisiert. Weitaus einschneidender waren die Veränderungen in der Wirtschaft, die sich mit den Schlagworten „Schwerindustrialisierung" und „Kollektivierung der Landwirtschaft" zusammenfassen lassen. Der im ersten Fünfjahrplan vorgesehene Ausbau der Schwerindustrie zu Lasten der Konsumgüterindustrie schritt weiter zügig voran. Bei der Errichtung der neuen Stahl- und Hüttenwerke waren ernsthafte Schwierigkeiten aufgetaucht, die auf eine unzureichende Versorgung mit Energieträgern und Halbfabrikaten sowie eine fehlerhafte Koordinierung der Planungstätigkeiten hinwiesen. Das führte dazu, dass der Zeitrahmen nicht eingehalten und somit die Stahl- und Eisenproduktion nicht zum gewünschten Stichtag aufgenommen werden konnte. Daraufhin erteilte die SED-Führung die Anweisung, die Großbaustellen bevorzugt mit Rohstoffen, Geräten und Arbeitskräften zu versorgen. Während die Verstaatlichung der Industrie bereits weit vorangeschritten war, erwies sich die zu großen Teilen noch in privatem Besitz befindliche Landwirtschaft als neues Betätigungsfeld der SED. Die im Zuge der Bodenreform durchgeführte Umverteilung hatte zwar zu einer Parzellierung der agrarischen Nutzfläche geführt. Allerdings war den sogenannten Neubauern nur eine geringe Fläche zugewiesen worden, so dass die neuen Höfe kaum überlebensfähig erschienen. Die Kollektivierung der Landwirtschaft kann insofern als Antwort der SED auf die Anfang der fünfziger Jahre unübersehbar gewordene Agrarkrise verstanden werden[889]. Da die zugeteilte

[887] Protokoll der II. Parteikonferenz der SED, S. 337.
[888] Ebenda, S. 484.
[889] Bauerkämper, Von der Bodenreform zur Kollektivierung, S. 136. Vgl. zu den Kollektivierungswellen: Bauer, Blockpartei und Agrarrevolution von oben, S. 335–375 und 441–531; Bauerkämper, Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur, S. 159–194.

Nutzfläche gerade einmal zur Selbstversorgung reichte und die Ausstattung mit Maschinen nur schleppend voranging[890], mussten zahlreiche Bauern ihre Gehöfte aufgeben. Die Krise der Agrarwirtschaft und die staatlichen Gegenmaßnahmen, welche die knappen Ressourcen gezielt für die Neuordnung im primären Sektor instrumentalisierten, riefen Proteste unter der Landbevölkerung hervor und verschärften die ohnehin angespannte Versorgungslage. In dem Zusammenhang tat sich oftmals eine unüberwindbare Kluft zwischen alteingesessener und neu hinzugekommener Bevölkerung auf.

Zu den langfristigen Folgen der II. Parteikonferenz gehörte auch die Militarisierung der DDR-Gesellschaft. Der anvisierte Aufbau bewaffneter Streitkräfte bedurfte der Zustimmung und Mitwirkung der ostdeutschen Bevölkerung: Einerseits mussten junge Männer für den Dienst an der Waffe rekrutiert werden, andererseits musste eine allgemein gültige Legitimationsgrundlage für die Aufrüstung geschaffen werden. Deshalb stellte die SED-Propaganda den Ausbau der Kasernierten Volkspolizei (KVP) als Reaktion auf entsprechende Wiederbewaffnungspläne in Westdeutschland dar. In der Folgezeit versuchte die SED-Führung, die Jugendlichen für die eigenen sicherheitspolitischen Ziele zu gewinnen. In diesem Kontext vollzog sich die Gründung der Organisation ‚Dienst für Deutschland', die neben militärischen auch wirtschaftspolitische Aufgaben im Rahmen des ersten Fünfjahrplanes zu verfolgen hatte[891]. Gleichzeitig versuchte die SED-Führung, Widerstand innerhalb der ostdeutschen Gesellschaft gegen die Militarisierung zu brechen, und ging, wie bereits geschildert, rücksichtslos gegen die Junge Gemeinde vor, die sich unter dem Dach der evangelischen Kirche zu einer Konkurrenz für die Freie Deutsche Jugend entwickelt hatte.

Die Meldungen über die Stimmungslage der Bevölkerung, welche die SED-Führung regelmäßig einholte, waren bereits Anfang 1953 alarmierend. Ein deutliches Zeichen war die in den Berichten aufmerksam beobachtete Westflucht von DDR-Bürgern. Innerhalb kurzer Zeit schnellte die Zahl der Abwanderungen in die Bundesrepublik nach oben: Während sie im Dezember 1952 noch bei 12029 lag, verdoppelte sie sich in den beiden folgenden Monaten auf 26476 (Februar 1953) und erreichte im März einen Spitzenwert von 42044[892]. In Westdeutschland stieg die Zahl der Notaufnahmeverfahren, die nicht deckungsgleich war mit der Zahl der in der DDR registrierten „Republikflüchtigen", von 182393 (1952) auf 331390 (1953). Die Anerkennungsquote stieg ebenfalls von zunächst 38,8 (1951) auf 78,7 (1952) und erreichte schließlich 95,5 Prozent (1953)[893]. Die SED-Führung hatte die Westwanderung anfangs zwar zur Kenntnis genommen, doch erst Anfang 1953 ging sie dazu über, das Massenphänomen von der Volkspolizei sowie den Parteien und Massenorganisationen systematisch analysieren zu lassen und Gegenmaßnahmen einzuleiten, um die Abstimmung mit den Füßen zu stoppen. Bis zum Mauerbau 1961 gelang es ihr jedoch nicht, die Abwanderung in den Westen Deutschlands aufzuhalten, geschweige denn eine gegenläufige Entwicklung einzuleiten. Die Ge-

[890] Vgl. Bauerkämper, Problemdruck und Ressourcenverbrauch.
[891] Vgl. Buddrus, Die Organisation „Dienst für Deutschland"; Diedrich, „Dienst für Deutschland".
[892] Melis/Bispinck (Hrsg.), „Republikflucht", S. 255 (Tabelle 1).
[893] Heidemeyer, Flucht und Zuwanderung, S. 45.

samtzahl der „Republikflüchtigen" überstieg im Verlauf der fünfziger Jahre stets die Zahl der Remigranten und Erstzuziehenden aus der Bundesrepublik um ein Vielfaches. Das wiederum wurde von vielen als Zeichen für die Unterlegenheit des ostdeutschen Modells gegenüber dem westdeutschen Gegenmodell angesehen.

Zu diesen quantitativen Veränderungen kamen qualitative hinzu, die sich auch in den Stimmungsberichten niederschlugen. So drohten Anfang 1953 die Belegschaften einiger größerer volkseigener Betriebe mit Streik[894]. Zahlreiche Arbeiter waren mit der bisherigen Lohnpolitik der Ostberliner Regierung unzufrieden, die aufgrund der stetigen Normenerhöhung zu einem erheblichen Rückgang des Realeinkommens geführt hatte. Hinzu kam eine sich verschärfende Versorgungskrise bei Konsumgütern, in deren Folge es zu Preiserhöhungen und einer weiteren Kontingentierung der Güter des täglichen Bedarfs kam. Darüber hinaus traf die SED-Führung Entscheidungen, die nicht intendierte Folgen hatten. So hob das Politbüro im April 1953 die Rationierung für Textilien und Schuhe auf und senkte die HO-Preise um 15 bis 20 Prozent, was aber einem Anstieg um 50 Prozent gegenüber den früheren Kartenpreisen gleichkam[895]. Hinzu kam, dass sich die Kartenpreise für Fleisch und Wurstwaren um zehn bis 15 Prozent erhöhten. Da auf diese Weise die Lebenshaltungskosten für nahezu alle Einkommensgruppen erheblich anstiegen, verschlechterte sich die Stimmungslage bei der Bevölkerungsmehrheit zwangsläufig weiter[896].

Die sich zuspitzende innenpolitische Krise muss allerdings auch im Kontext der allgemeinen politischen Krise gesehen werden, in der sich das sowjetische Imperium nach dem Tode Stalins am 5. März 1953 befand[897]. Die Regelung der Herrschaftsnachfolge in Moskau verknüpfte sich rasch mit dem Ziel der langfristigen Sicherung des sowjetischen Herrschaftsanspruchs in Osteuropa. Dazu verordnete die neue kollektive Führungsriege im Kreml dem ostdeutschen Satellitenstaat zunächst eine Kurskorrektur, um dem angestauten Unmut der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Damit wurde aber Ulbrichts Position in Frage gestellt, der für den politischen Kurs der zurückliegenden Jahre und für die innenpolitische Krise in der DDR verantwortlich gemacht wurde. Allem Anschein nach versuchten Mitglieder der Kremlspitze, Reformkräfte innerhalb der SED-Führung zu ermuntern, auf eine Ablösung Ulbrichts hinzuarbeiten. Außerdem arbeitete die sowjetische Führung im Mai 1953 einen konkreten Katalog mit Einzelmaßnahmen aus, der auf eine Rücknahme der auf der II. Parteikonferenz getroffenen Beschlüsse abzielte[898]. So sollte vor allem die eingeleitete Kollektivierung der Landwirtschaft gestoppt

[894] Beispielhaft dafür der Bericht der SED-Kreisleitung Rudolstadt über Streikdrohungen im Kunstfaserwerk „Wilhelm Pieck" vom 10.1.1953, in: Hoffmann/Schmidt/Skyba (Hrsg.), Die DDR vor dem Mauerbau, S. 134f.

[895] Steiner, Von Plan zu Plan, S. 76.

[896] Vgl. den Bericht der ZK-Abt. Leitende Organe der Partei und Massenorganisationen vom 24.4.1953, in: Hoffmann/Schmidt/Skyba (Hrsg.), Die DDR vor dem Mauerbau, S. 146f. Allgemein zur Entwicklung der Verbraucherpreise bis 1953: Schevardo, Vom Wert des Notwendigen, S. 93–120.

[897] Vgl. hierzu Foitzik, „Hart und konsequent ist der neue politische Kurs zu realisieren"; 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges; Scherstjanoi, Die sowjetische Deutschlandpolitik.

[898] Vgl. Anweisungen der sowjetischen Führung „Über Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik" (o.D.), in: Hoffmann/Schmidt/Skyba (Hrsg.): Die DDR vor dem Mauerbau, S. 152–158.

werden. Bereits bestehende Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, „die auf einer unfreiwilligen Basis geschaffen sind oder die sich als lebensunfähig gezeigt haben", sollten sogar aufgelöst werden. Des Weiteren drängte Moskau darauf, die restriktiven Maßnahmen gegenüber der Privatwirtschaft, etwa bei der Besteuerung, zurückzunehmen. Die Schwerpunktsetzung des ersten Fünfjahrplanes sollte revidiert werden: Die einseitige Bevorzugung der Schwerindustrie war aufzuheben und die Konsumgüterindustrie bei der Vergabe von Investitionsmitteln stärker als bisher zu berücksichtigen. Ferner sollten „Maßnahmen zur Stärkung der Gesetzlichkeit und Gewährung der Bürgerrechte" getroffen und die SED-Kirchenpolitik korrigiert werden. Letzteres beinhaltete vor allem die Einstellung des Kampfes gegen die Junge Gemeinde.

Das Politbüro der SED beeilte sich, dem sowjetischen Ratschlag Folge zu leisten, und beschloss am 9. Juni 1953 offiziell den politischen Kurswechsel[899], dem der Ministerrat zwei Tage später zustimmte. Die Parole vom „Aufbau des Sozialismus" wurde stillschweigend fallen gelassen. Statt dessen präsentierte sich die SED-Führung selbstkritisch und nahm etwa die Preis- und Steuererhöhungen zurück, die besonders den Zorn der DDR-Bevölkerung hervorgerufen hatten. Darüber hinaus wurden Korrekturen am laufenden Fünfjahrplan angekündigt: So sollten der forcierte Ausbau der Grundstoffindustrie verlangsamt und die Versorgung mit Konsumgütern verbessert werden. Handwerkern, Einzelhändlern und Privatunternehmern, die besonders unter dem wirtschaftspolitischen Kurs seit Anfang der fünfziger Jahre zu leiden hatten, wurde die Gewährung von Krediten in Aussicht gestellt. Oberschüler und Studenten, die wegen ihrer Mitarbeit in der Jungen Gemeinde relegiert worden waren, konnten nun an ihre Ausbildungsstätten zurückkehren. Obwohl die von Grotewohl geführte Regierung am 11. Juni den vom Politbüro beschlossenen Maßnahmenkatalog verabschiedet hatte, dauerte es noch eine längere Zeit, bis die Ministerien entsprechende Durchführungsbestimmungen vorlegten. So gab es zwei Wochen nach der Verkündung des „Neuen Kurses" noch keine klaren Anweisungen für die Rückgabe der devastierten Betriebe[900]. Des Weiteren bestand Unklarheit über die Gewährung von Krediten an Handwerker und Privatunternehmer sowie über die Neuregelung des Ablieferungssolls in der Landwirtschaft. Daraufhin schaltete der Ministerrat die ZKSK ein, um die Durchführung der Beschlüsse zu überprüfen[901].

Der Kurswechsel kam jedoch zu spät; der Vertrauensverlust war zu groß. Bei zahlreichen SED-Funktionären, aber auch bei den Parteimitgliedern löste die Verkündung des „Neuen Kurses" tiefe Verunsicherung aus, da das Politbüro grundlegende Forderungen und Ziele, die in der Vergangenheit als unumstößlich galten,

[899] Kommuniqué des Politbüros vom 9.6.1953, in: Dokumente der SED. Bd. IV, S. 428–431.

[900] SAPMO-BArch, NY 4090/437, Bl. 154, Privatkanzlei des DDR-Präsidenten (Winzer) am 22.6.1953 an Grotewohl.

[901] SAPMO-BArch, NY 4090/435, Bl. 235f., Kurzbericht der ZKSK vom 16.7.1953 über die Rückgängigmachung von Lehrer- und Oberschülerentlassungen. Vgl. ebenda, Bl. 241–244, 246–249, 252–255, 257f., 260, 264–271, 275–288 und 290, Einzelberichte der jeweiligen ZKSK-Arbeitsgruppen vom 16. und 17.7.1953. Ende des Monats legte die Kontrollkommission einen vorläufigen Abschlussbericht vor. Ebenda, Bl. 301–445, Bericht der ZKSK mit Anschreiben vom 28.7.1953 an Grotewohl.

ohne hinreichende Begründung revidierte[902]. Eine Maßnahme, die ganz besonders zur Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft beigetragen hatte, nahm die Staats- und Parteiführung jedoch nicht zurück: die Erhöhung der Arbeitsnormen um durchschnittlich zehn Prozent und die damit einhergehende Verschlechterung der Einkommenslage. Diese Maßnahme sollte pikanterweise bis zum 30. Juni 1953, dem 60. Geburtstag Ulbrichts, durchgeführt werden[903]. Deshalb war es schon vor dem Volksaufstand zu Arbeitsniederlegungen in zahlreichen Betrieben gekommen. Nach dem 9. Juni verlor die SED-Führung endgültig die Kontrolle über die Ereignisse. Am 16. Juni breitete sich explosionsartig eine Streikwelle über das ganze Land aus. Einen Tag später gingen diese Unruhen, die zunächst noch Züge eines Streiks besessen hatten, in einen landesweiten Aufstand über[904]. Wirtschaftliche Forderungen wurden nun immer mehr durch politische ergänzt bzw. sogar verdrängt. Der Zorn der Demonstranten, die entgegen der späteren SED-Sprachregelung nicht zentral organisiert, geschweige denn vom westlichen Ausland gesteuert wurden, richtete sich vor allem gegen die herrschende SED, den FDGB und das Ministerium für Staatssicherheit. Gefängnisse wurden gestürmt. Es kam zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit Mitgliedern der Volkspolizei. Die demonstrierenden Bauarbeiter, die durch Ost-Berlin zogen und im Tagesverlauf immer mehr Zulauf von anderen Bevölkerungsgruppen erhielten, forderten schließlich die Absetzung der politischen Führung, freie Wahlen und die Einheit Deutschlands. Die Protestwelle erfasste sowohl die Stadt- als auch die Landbevölkerung. Fast alle Bevölkerungsgruppen waren vertreten, überproportional aber Arbeiter von Großbaustellen und Schwerpunktbetrieben. Daher spricht vieles dafür, angesichts des quantitativen und qualitativen Umfangs der Bewegung von einem von Arbeitern getragenen Volksaufstand zu sprechen[905]. Ferner bleibt festzuhalten: Die einzelnen Demonstrationen entwickelten sich spontan und dezentral, was letztlich die gewaltsame Niederschlagung des Aufstandes erleichterte.

Das Krisenmanagement der SED-Führung hatte vollkommen versagt. Mit dem Rücken zur Wand stimmte das Politbüro der Entscheidung Semjonows zu, „die Macht dem Kommando der sowjetischen Streitkräfte zu übergeben“[906]. Die Befehlshaber der sowjetischen Truppen verhängten noch am 17. Juni den Ausnahmezustand[907] und ließen Einheiten der Roten Armee in den Straßen aufmarschieren,

[902] Vgl. den Informationsbericht der Abt. Verbandsorgane des Zentralrats der FDJ vom 15. 6. 1953 über die Reaktion der Bevölkerung auf das Politbürokommuniqué, in: Hoffmann/Schmidt/Skyba (Hrsg.), Die DDR vor dem Mauerbau, S. 161–163.

[903] Bekanntmachung des Beschlusses über die Erhöhung der Arbeitsnormen vom 28. 5. 1953, in: Gesetzblatt der DDR 1953, S. 781–783, hier S. 782. Das Politbüro nahm die Normenerhöhung erst nach dem Volksaufstand am 17. 6. 1953 zurück. Vgl. Entschließung („Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei“) des ZK vom 26. 7. 1953, in: Dokumente der SED. Bd. IV, S. 449–478. Grotewohl legte in einer Anweisung fest, dass in Zukunft abweichende Normen nur noch mit Zustimmung der betroffenen Arbeiter festgelegt werden konnten. BAB, DC 20/160, Bl. 114, Anweisung Grotewohls vom 17. 7. 1953.

[904] Vgl. aus der Flut der Publikationen zu diesem Thema: Diedrich, Waffen gegen das Volk.

[905] Wentker, Arbeiteraufstand, Revolution?, S. 397.

[906] Schreiben des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR für Deutschland, Iwan A. Fadejkin, an Berija vom 17. 6. 1953. Zitiert nach: Uhl/Wagner, BND contra Sowjetarmee, S. 87.

[907] SAPMO-BArch, NY 4090/437, Bl. 17, Befehl des Militärkommandanten des sowjetischen Sektors von Berlin, Generalmajor Dibrowa, vom 17. 6. 1953.

die den Aufstand blutig niederschlugen. Es gab zahlreiche Tote[908] und Verletzte. Die ostdeutschen Justiz- und Sicherheitsorgane waren noch monatelang mit der strafrechtlichen Verfolgung der sogenannten Rädelsführer beschäftigt und fällten etliche Todesurteile. Die DDR wurde von einer großen Verhaftungswelle überzogen. Doch das SED-Regime konnte sich erst Wochen später wieder stabilisieren. Das hing zum einen damit zusammen, dass es auch nach dem 17. Juni vereinzelt zu Arbeitsniederlegungen in den Betrieben kam. Zum anderen löste der Volksaufstand einen internen Machtkampf aus, dessen Ausgang zunächst offen erschien. Otto Grotewohl und die gesamte Führungsspitze der SED wurden von der Aufstandsbewegung völlig überrascht, obwohl frühzeitig Berichte über die sich verschlechternde Stimmungslage in der Bevölkerung vorlagen. Dennoch rechnete das Politbüro offensichtlich nicht mit einem offenen Ausbruch der Proteste, was letztlich auch den Lähmungszustand erklären kann, in dem sich die Führungsriege um Pieck, Grotewohl und Ulbricht befand.

Wie reagierte nun Grotewohl auf die revolutionäre Erhebung? Auffallend ist zunächst die Tatsache, dass die Zahl der öffentlichen Auftritte des Ko-Vorsitzenden der SED im Frühjahr 1953 drastisch zurückging. Am 15. Mai hielt er noch eine Begrüßungsansprache vor dem IV. Kongress der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in Berlin[909], knapp einen Monat später referierte er am 16. Juni auf der Parteiaktivtagung der Ostberliner SED[910] und am 24. Juni sprach er vor der Belegschaft des Kombinats „Otto Grotewohl" in Böhlau[911]. Vor allem seine Rede am 16. Juni, mit der er den SED-Parteifunktionären in Ost-Berlin den „Neuen Kurs" erklären wollte, machte die gestiegene Unsicherheit Grotewohls deutlich. Dabei gestand er allgemein Fehler der Parteiführung ein und wiederholte die wichtigsten Punkte des Politbürokommuniqués vom 9. Juni. Gleichzeitig unterstrich er die Bedeutung der Einheit von Partei und Bevölkerung, die wiederhergestellt werden müsste, ohne aber konkrete Schlussfolgerungen zu benennen: „Wir haben stets den Standpunkt vertreten, Volk und Regierung gehören zusammen. An diesem Standpunkt hat sich nichts geändert. Das gilt nicht nur in guten Tagen, sondern das gilt auch besonders in ernsten Tagen."[912] Grotewohl vermied es, bei der Ursachenanalyse konkret zu werden, und betonte, die Fehler seien aus der „ehrlichen Absicht heraus [entstanden], die Entwicklung zur schnelleren Hebung der Lebenshaltung für das ganze Volk zu beschleunigen"[913]. Dabei habe die SED-Füh-

[908] Quellenmäßig belegt sind insgesamt 55 Todesopfer. Darüber hinaus gibt es 25 vermeintliche und ungeklärte Todesfälle. Ahrberg u. a. (Hrsg.), Die Toten des Volksaufstandes, S. 5.

[909] SAPMO-BArch, NY 4090/177, Bl. 162–170, Redemanuskript mit handschriftlichen Notizen Grotewohls. Eine erste Standortbestimmung Grotewohls während des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 habe ich bereits an anderer Stelle unternommen. Vgl. Hoffmann, Grotewohl als Vermittler?

[910] SAPMO-BArch, NY 4090/177, Bl. 272–284, Manuskript der Rede Grotewohls vom 16. 6. 1953. Ausschnitte der Rede wurden im Rundfunk gesendet. Pietrzynski, Der 17. Juni 1953 im Rundfunk der DDR, S. 116.

[911] SAPMO-BArch, NY 4090/177, Bl. 303–324, Redemanuskript Grotewohls. Einen weiteren offiziellen Auftritt hatte Grotewohl noch am 23. 6. 1953 im Transformatorenwerk „Karl Liebknecht" in Oberschönweide, von dem aber keine Rede vorliegt. Fricke/Engelmann, „Der Tag X", S. 119.

[912] SAPMO-BArch, NY 4090/177, Bl. 272–284, hier Bl. 272, Manuskript der Rede Grotewohls vom 16. 6. 1953.

[913] Ebenda, Bl. 275.

rung die „großen schöpferischen Kräfte, die unser Volk im Aufbau für ein besseres Leben entwickelte, überschätzt". Nach seinen Darlegungen waren die Beschlüsse der II. Parteikonferenz inhaltlich richtig, nur das Tempo der sozioökonomischen Umwälzung sei zu hoch gewesen. In dem Zusammenhang machte Grotewohl die Bundesregierung unter Adenauer für die forcierte Neuordnung verantwortlich und stellte das Verhältnis von Ursache und Wirkung komplett auf den Kopf: Erst die Verabschiedung des EVG-Vertrages habe die DDR gezwungen, „zum Schutze unseres Staates und unserer Errungenschaften erhebliche, unvorhergesehene Ausgaben zu machen"[914]. Das entsprach im Übrigen der offiziellen Sprachregelung des Politbüros. Bei der Frage der Normenerhöhung schob Grotewohl dem Staatsapparat den Schwarzen Peter zu: Eine weitere finanzielle Belastung des Staatshaushaltes sei nämlich aus der falschen Umsetzung der lohnpolitischen Maßnahmen des Politbüros durch die den Ministerien nachgeordneten Verwaltungen und Betriebe entstanden. Dadurch habe sich eine „völlige Verschiebung zwischen dem Lohn- und Warenfonds" ergeben. Während sich der Lohnfonds vergrößert habe, sei der Warenfonds unverändert geblieben. Deshalb musste sich – so der Ministerpräsident weiter – die Versorgungslage der Bevölkerung automatisch verschlechtern. Er beendete seine Rede theatralisch: „Wir sind Blut vom Blute der Arbeiterklasse und Fleisch vom Fleische unseres Volkes. Mit diesen Bindungen wird die Parteileitung und die Regierung nicht nur mit ganzem theoretischem Ernst, sondern auch mit praktischen Taten die Fehler überwinden."[915]

Da sich die Situation in Ost-Berlin am 17. Juni dramatisch zuspitzte, flüchtete die SED-Führung fast geschlossen in die SKK-Zentrale nach Karlshorst[916]. Sie hatte Angst um ihre eigene Sicherheit. Die faktische Staatsgewalt übte zu diesem Zeitpunkt nur noch die sowjetische Besatzungsmacht aus, die davon rigoros Gebrauch machte. Die wichtigsten Mitglieder der SED-Führung tauchten also für ungefähr 24 Stunden völlig ab und kehrten erst an die Schalthebel der Macht zurück, nachdem die sowjetischen Truppen durch ihr Eingreifen für Ruhe und Ordnung gesorgt hatten[917]. Grotewohl wirkte sichtlich angespannt und schlief nur noch drei bis vier Stunden täglich, wie seine Frau zu berichten wusste[918]. Es dauerte noch einige Tage, bis es die Politbüromitglieder wagten, unter großen Sicherheitsvorkehrungen in der Öffentlichkeit wieder aufzutreten. Die politische Lage blieb zunächst noch angespannt, was sich auch daran ablesen lässt, dass einzelne Mitglieder der SED-Führung beim Besuch von Großbetrieben Unmutsäußerungen und Pfiffe der Arbeiter hinnehmen mussten[919]. Wie bereits erwähnt sprach der DDR-Ministerpräsident am 24. Juni zu den Beschäftigten des Kombinats

914 Ebenda, Bl. 278.
915 Ebenda, Bl. 284.
916 Dazu zählten Grotewohl, Ulbricht, Pieck, Ebert und Herrnstadt. Dagegen wurden andere Politbüro- bzw. ZK-Mitglieder in die Bezirke geschickt, um über die politische Lage vor Ort zu berichten. SAPMO-BArch, NY 4090/437, Bl. 12, Notiz Grotewohls (o. D.).
917 Nach Angaben von Heike Amos hielten sich Grotewohl, Ulbricht, Zaisser und Herrnstadt am 17./18. 6. 1953 in Karlshorst auf. Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale, S. 237. Armin Wagner vermutet sogar, dass sich Grotewohl und Ulbricht noch am 19. 6. in der SKK-Zentrale befanden und stützt sich auf die Erinnerungen Schirdewans. Wagner, Walter Ulbricht und die geheime Sicherheitspolitik der SED, S. 57, Anm. 86.
918 SAPMO-BArch, NY 4090/122, Bl. 50, Johanna Grotewohl am 22. 6. 1953 an ihren Vater.
919 Fricke/Engelmann, „Der Tag X", S. 119f.

„Otto Grotewohl" in Böhlau. Dabei räumte er ein, dass die Unruhen, die er euphemistisch als „Vorkommnisse" bezeichnete, nicht nur das „Werk westlicher Provokateure" gewesen seien, und deutete indirekt eine gewisse Mitverantwortung der ostdeutschen Führung an: „Natürlich sind sie [die Demonstranten] schuldig, und selbstverständlich haben sie ein großes Verbrechen begangen, aber wir würden uns über den Ernst der Situation nur selbst hinwegtäuschen, wenn wir nicht erkennen würden, dass diese Brandstifter mit ihren Fackeln den richtigen Boden vorgefunden haben."[920] Einen Rücktritt schloss er allerdings kategorisch aus: „Es wäre eine bequeme Lösung, wenn die Regierung sagen würde, wir treten einfach ab. Das wäre kein verantwortungsbewusstes Verhalten."[921] Der nächste nachweisbare öffentliche Auftritt Grotewohls fand am 4. Juli statt, als er anlässlich des Staatsaktes zum Tag des deutschen Bergmannes in Zwickau eine Rede hielt[922]. Dabei spielte der Volksaufstand zwar immer noch eine Rolle; gleichzeitig war aber das wieder gewonnene Selbstbewusstsein der SED-Führung unübersehbar. So sprach Grotewohl von „faschistischen Provokateuren" und hob den angeblichen Widerstand der Bergarbeiter im Steinkohlenbergbau hervor, die sich den Arbeitsniederlegungen nicht angeschlossen hätten[923]. In dem Zusammenhang verwendete er erstmals in der Öffentlichkeit die Kennzeichnung des Volksaufstandes als „Tag X".

Während sich die öffentlichen Auftritte Grotewohls gut rekonstruieren lassen, fällt eine Antwort auf die Frage schwer, wie der DDR-Ministerpräsident den Volksaufstand persönlich erlebte, weil auch für das Frühjahr und den Sommer 1953 so gut wie keine Selbstzeugnisse vorliegen. Tagebuchnotizen liegen nur für die Feierlichkeiten zur Beisetzung Stalins am 9. März 1953 vor. Darüber hinaus weist sein Terminkalender in der ersten Jahreshälfte 1953 erhebliche Lücken auf. Auffallend sind nur die zahlreichen Besprechungen, die er teilweise zweimal wöchentlich mit führenden Vertretern der SKK in Berlin-Karlshorst führte. Am 2. Juni reiste eine SED-Delegation erneut nach Moskau und erhielt dort Anweisungen für den „Neuen Kurs". Harsche Kritik mussten sich Grotewohl, Ulbricht und Oelßner zunächst noch nicht anhören, denn auf sowjetischer Seite überwog Zurückhaltung. So notierte Grotewohl eine Äußerung des Geheimdienstchefs Berija: „Wir alle haben Fehler mitgemacht; keine Vorwürfe."[924] Auf der anderen Seite wurde aber bekanntlich das Interesse der sowjetischen Führung an einer Kurskorrektur in der DDR rasch deutlich. Wenn man den nachträglich angefertigten Aufzeichnungen Grotewohls Glauben schenken kann, so spielte vor allem für den sowjetischen Außenminister Molotow die gesamtdeutsche Stoßrichtung des „Neuen Kurses" eine wichtige Rolle: „So viele Fehler[,] darum so korrigieren[,] dass ganz D. [eutschland] es sieht." Nach der Rückkehr in Ost-Berlin fanden erneut Gespräche zwischen Grotewohl und weiteren Politbüromitgliedern in der SKK-Zentrale statt. Insgesamt wird aus den Notizen Grotewohls klar ersichtlich,

[920] SAPMO-BArch, NY 4090/177, Bl. 303–324, hier Bl. 303, Redemanuskript Grotewohls.
[921] Ebenda, Bl. 315.
[922] Abgedruckt in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. III, S. 345–354.
[923] Ebenda, S. 346f.
[924] SAPMO-BArch, NY 4090/699, Bl. 35, Notizen Grotewohls vom Spitzengespräch in Moskau am 3. 6. 1953.

dass die SED-Führung als erstes eine enge Abstimmung mit der sowjetischen Besatzungsmacht suchte. Außerdem mussten zwei Aufgaben rasch gelöst werden: Zum einen ging es darum, den Funktionärsapparat von der Notwendigkeit zu überzeugen, den seit der II. Parteikonferenz eingeschlagenen Kurs zu revidieren. Zum anderen rückte die Sozialpolitik in den Mittelpunkt, um die unzureichende Versorgungslage der Bevölkerung zu verbessern. Die Sparmaßnahmen im Sozialbereich wurden zurückgenommen und die Staatsausgaben im Konsumbereich erhöht.

Nachdem der Volksaufstand blutig niedergeschlagen worden war, brach in der SED-Führung ein Machtkampf aus. Dieser schien zunächst mit der Entmachtung Ulbrichts zu enden, zumal Stalins Nachfolger Sympathien für einen Machtwechsel an der Spitze der SED erkennen ließen. Bereits auf der Politbürositzung am 6. Juni – wenige Tage nach dem Moskau-Besuch und der Einleitung des „Neuen Kurses" – konzentrierte sich die intern geäußerte Kritik auf den Führungsstil des Generalsekretärs. Dieser hatte mit dem Sekretariat des ZK seit Anfang der fünfziger Jahre ein eigenes Machtinstrument aufgebaut. Es war vor allem Oelßner, der im Politbüro die Frage nach der Existenzberechtigung des Sekretariats aufwarf. Er kritisierte, dass das neu entstandene Führungsgremium „kein Organ der Partei[,] sondern des Generals.[ekretärs]" sei[925]. Die Sekretariatsmitglieder seien „nicht für die Aufgabe qualifiziert", erklärte Oelßner, der dem Gremium selber angehörte. Daraufhin schloss sich Wilhelm Zaisser der Kritik an und betonte, dass in Zukunft wieder die „Kollektivverantwortung" des Politbüros erkennbar werden sollte. Seinen Vorstoß verband er mit einer schonungslosen Abrechnung mit Ulbricht: Dieser sei „unnatürlich empfindlich", „grob" und habe einen „Drang z.[um] Kommandieren". Die beiden Kritiker erhielten Unterstützung von Rudolf Herrnstadt und Elli Schmidt, die ebenfalls die Stellung des Sekretariats im Organisationsgefüge der Einheitspartei in Frage stellten. Als das Politbüro eine Woche später tagte, kristallisierte sich bereits eine Mehrheit heraus, die darauf drängte, die Kompetenzen des Sekretariats stark einzuschränken und stattdessen das Politbüro als eigentliches Machtzentrum wieder herzustellen. Grotewohl, der sich in der Auseinandersetzung nicht positionierte und auch kein Bündnis mit den Gegnern Ulbrichts einging, notierte: „Sekretariat nahm falsche Richtung"[926].

Zu den Kritikern des SED-Generalsekretärs gehörten nicht nur Oelßner, Zaisser, Herrnstadt und Schmidt, sondern auch Heinrich Rau und Friedrich Ebert. Zentraler Kritikpunkt war Ulbrichts Führungsstil und der Personenkult, der nach Stalins Tod in Verruf geraten war. Unterstützung erhielt Ulbricht nur noch vom Vorsitzenden der Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) Hermann Matern und von Erich Honecker. Anfang Juli schien eine Entmachtung des Generalsekretärs unmittelbar bevorzustehen, zumal auch Sokolowski, Semjonow und Judin dessen Absetzung gegenüber Moskau gefordert hatten. Im Politbüro spitzte sich die Debatte immer mehr auf die Person Ulbrichts zu. Am 8. Juli sprach sich Zaisser offen

[925] SAPMO-BArch, NY 4090/699, Bl. 41, Notizen Grotewohls von der Politbürositzung am 6. 6. 1953. Erstmals abgedruckt bei: Scherstjanoi, „Wollen wir den Sozialismus?", S. 669–671.
[926] SAPMO-BArch, NY 4090/699, Bl. 69, Notizen Grotewohls von der Politbürositzung am 13. 6. 1953.

für dessen Ablösung aus: „Er muss darum vom Parteiapparat ferngehalten werden. Der Apparat in der Hand W.[alter] U.[lbrichts] ist eine Katastrophe für den neuen Kurs."[927] In abgeschwächter Form wurde Ulbricht auch von Rau, Ackermann, Ebert, Schmidt, Oelßner und Jendretzky kritisiert. Der in die Enge getriebene Generalsekretär verstand es jedoch geschickt, den Spieß umzudrehen. Er beschuldigte Zaisser und Herrnstadt, sie würden die Beseitigung des Sekretariats betreiben, und forderte beide auf, als Erste Sekretäre des ZK zu kandidieren. Beide lehnten es allerdings ab, gegen Ulbricht anzutreten.

Grotewohl, der sich in die Personaldebatte nicht einschaltete, verfolgte im Sommer 1953 drei politische Ziele. Erstens griff er das in Moskau gefallene Stichwort der „Neuen Ökonomischen Politik" auf, die Lenin 1921 proklamiert hatte, und befasste sich damit Anfang Juni bei der Vorbereitung seines Referats für das 15. ZK-Plenum[928]. Da das SED-Regime am 17. Juni vor dem Kollaps stand, waren seine Überlegungen jedoch rasch Makulatur geworden. Zweitens schien Grotewohl zwischen dem „Aufbau des Sozialismus" und dem „in letzter Zeit beschleunigten Aufbau" zu unterscheiden[929]. Er bekräftigte das langfristige Ziel in seinen Notizen über die Politbürositzung am 13. Juni: „Das Ziel ‚Sozialismus' muss eindeutig sein."[930] Eine nähere Begriffsbestimmung blieb er schuldig; er wusste lediglich, dass er einen „beschleunigten", „übereilten" und „propagandistischen" Sozialismus ablehnte[931]. Folgerichtig wandte er sich nur gegen das Tempo der eingeschlagenen Neuordnung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Drittens schien sich Grotewohl der Kritik am Personenkult anzuschließen: „Personenkult vorsichtig Gefahr des linken Sektierertums." In diesem Punkt vermied er es jedoch, sich innerhalb des Politbüros klar zu positionieren, da er einer direkten Konfrontation mit Ulbricht aus dem Weg gehen wollte.

Wenige Tage vor dem Volksaufstand konstatierte das Politbüro auch für die SED Reformbedarf. Eine Organisationskommission, in die Ulbricht, Zaisser, Oelßner, Herrnstadt und Jendretzky, nicht aber Grotewohl gewählt wurden, sollte Vorschläge zu innerparteilichen Strukturveränderungen ausarbeiten[932]. Dazu kam es jedoch nie, da die Kommission nur zweimal tagte und die Debatte rasch wieder personalisiert wurde[933]. Letztlich ging es auch hier um die Neubesetzung des Politbüros. Ulbricht nutzte die Gremientätigkeit, um in die Offensive zu gehen, denn er beschuldigte Zaisser und Herrnstadt der „Fraktionstätigkeit". Der für Kommu-

[927] SAPMO-BArch, NY 4090/699, Bl. 101–103, hier Bl. 101, Notizen Grotewohls von der Politbürositzung am 8.7.1953. Erstmals abgedruckt in: Hoffmann/Schmidt/Skyba (Hrsg.), Die DDR vor dem Mauerbau, S. 174–176. Weiterer Abdruck in: Uprising in East Germany, S. 297f.

[928] SAPMO-BArch, NY 4090/699, Bl. 35, Notizen Grotewohls vom Gespräch in Moskau am 3.6.1953.

[929] SAPMO-BArch, NY 4090/699, Bl. 37, Notizen Grotewohls (o. D.).

[930] SAPMO-BArch, NY 4090/699, Bl. 69.

[931] Ebenda, Bl. 70.

[932] SAPMO-BArch, NY 4090/296, Bl. 210–212, hier Bl. 210, Auszug aus dem Protokoll der Politbürositzung vom 10.6.1953. Außerdem wurde Grotewohl ermächtigt, Verhandlungen mit der Leitung der evangelischen Kirche aufzunehmen. Die in Aussicht gestellten Erleichterungen sollten im Übrigen auch die katholische Kirche betreffen, wie Grotewohl der katholischen Kirchenführung am 18.6.1953 mitteilte. Kösters, Die katholischen Bischöfe, S. 282.

[933] Hierzu: Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale, S. 241–250.

nisten schwerwiegende Vorwurf prägte fortan die innerparteiliche Diskussion, an der sich Grotewohl nicht beteiligte. Dezidierte Aussagen oder inhaltliche Forderungen sind von ihm nicht überliefert.

Nachdem es unter den Nachfolgern Stalins zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen war, verschlechterten sich die Chancen zur Ablösung Ulbrichts. Ende Juni wurde Berija verhaftet, was Grotewohl, Ulbricht und Oelßner bei ihrem Besuch in Moskau am 9. Juli erfuhren[934]. In der Folgezeit machte die sowjetische Führung den gestürzten Sicherheitschef für sämtliche Fehlentscheidungen verantwortlich. Ihm wurde unter anderem vorgeworfen, einen „konterrevolutionären Putsch" gegen die Parteiführung geplant zu haben. Für die SED-Führung war jedoch noch ein anderer Vorwurf entscheidend: Die Kremlführung um Chruschtschow hatte nämlich Berija vorgehalten, dass er beabsichtigt habe, die DDR als Preis für einen Ausgleich mit den Westmächten zu opfern. Damit erhielt Ulbricht indirekt Rückendeckung von Moskau, denn er konnte seine Kritiker in eine Ecke mit Berija stellen, der nach einem Geheimprozess Ende 1953 hingerichtet wurde. Mit diesem Argumentationsmuster gelang es ihm, Zaisser und Herrnstadt aus dem ZK und später aus der SED auszuschließen[935]. Damit begann sich das Zeitfenster für einen Machtwechsel in Ost-Berlin zu schließen. Hinzu kam die Tatsache, dass sich die Moskauer Führung bei den Gesprächen mit der SED-Spitze offen für eine enge Zusammenarbeit zwischen Grotewohl und Ulbricht aussprach[936]. Ein Personalwechsel an der Spitze der ostdeutschen Einheitspartei fand damit nicht mehr die Unterstützung des Kremls.

Die Abrechnung Ulbrichts mit seinen Kritikern traf nicht nur Zaisser und Herrnstadt, sondern auch Justizminister Max Fechner, der sich nach dem Volksaufstand gegen eine Verurteilung der Streikführer eingesetzt hatte und deshalb am 24. Mai 1955 zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt wurde[937]. Damit verschwand ein weiterer politischer Weggefährte Grotewohls aus der erweiterten SED-Führung, denn Fechner war bis Anfang 1949 Mitglied des Zentralsekretariats und bis zu seiner Verhaftung am 15. Juli 1953 Mitglied des ZK der SED gewesen. Im Spätsommer 1953 befand sich schließlich nur noch ein ehemaliger Sozialdemokrat im Politbüro: Friedrich Ebert. Der ehemalige Sozialdemokrat Erich Mückenberger war nur Kandidat des Politbüros und erlangte erst 1958 die Vollmitgliedschaft. Grotewohl, der im Gegensatz zu den genannten Kritikern Ulbrichts Zurückhaltung geübt hatte, konnte sich im Politbüro halten, da er immer noch den Parteivorsitz innehatte. Der Preis war hoch, weil er letztlich die herausgehobene Stellung Ulbrichts respektierte und seine eigene politische Isolierung im Führungszirkel in Kauf nahm. Dem früheren Generalsekretär, der seit dem 26. Juli 1953 als Erster Sekretär des ZK firmierte, war es wieder gelungen, seine Konkurrenten im Kampf um die Parteiführung auszuschalten.

[934] SAPMO-BArch, NY 4090/699, Bl. 88f., Notizen Grotewohls (o. D.).
[935] SAPMO-BArch, NY 4090/292, Bl. 285–287, Politbürobeschluss vom 12. 1. 1954 über den Parteiausschluss von Herrnstadt und Zaisser.
[936] Grotewohl vermerkte namentlich Malenkow und Molotow. SAPMO-BArch, NY 4090/699, Bl. 91, Notizen Grotewohls (o. D.).
[937] Vgl. Suckut, „Als wir in den Hof unserer Haftanstalt fuhren, verstummte Genosse Fechner".

Obwohl sich Grotewohl im Politbüro bei der Abrechnung mit Ulbricht nicht zu Wort meldete, gibt es doch deutliche Hinweise darauf, dass er über dessen Führungsstil verärgert war. So berichtete Herrnstadt, dass Grotewohl auf der Politbürositzung am 9. Juni „seinen Kummer aus vielen Jahren von der Seele" geredet habe, ohne Ulbricht direkt zu attackieren[938]. Seine persönliche Abneigung, die ja bereits seit dem ersten Zusammentreffen im Frühjahr 1945 bestand, reichte aber vermutlich nicht aus, um offen gegen den SED-Generalsekretär vorzugehen. Grotewohl sei nämlich „peinlich dabei bemüht [gewesen], Walter Ulbrichts Eigenliebe zu schonen". Der DDR-Ministerpräsident und Ko-Vorsitzende der SED schlug sich nicht auf die Seite der Kritiker Ulbrichts, die im Übrigen auch eine Stabilisierung des SED-Regimes anstrebten und deshalb nicht als Reformer bezeichnet werden sollten. Grotewohl warf sein politisches Gewicht nicht in die Waagschale, um dem Generalsekretär den Todesstoß zu versetzen. Stattdessen wartete er den Diskussionsverlauf im Politbüro ab und schlug sich auf die Seite Ulbrichts, als sich der Ausgang des Machtkampfes abzeichnete. Die Gründe für den misslungenen Aufstand gegen Ulbricht sind vielfältig und lassen sich nicht nur auf das abwartende Verhalten Grotewohls reduzieren[939], denn auch die Kritiker zeichneten sich durch Unentschlossenheit aus[940]. Ein konzentriertes, von Zaisser und Herrnstadt geleitetes Vorgehen gegen Ulbricht war jedenfalls zu keinem Zeitpunkt erkennbar. Von ausschlaggebender Bedeutung war möglicherweise der Respekt vor den taktischen und organisatorischen Fähigkeiten Ulbrichts sowie die jahrelang eingeübte Parteidisziplin. Beides mag dazu geführt haben, dass sich in der SED-Führung eben keine geschlossene Fronde gegen den Generalsekretär herausbildete.

Nachdem Ulbricht den Machtkampf für sich entschieden hatte, begab sich Grotewohl vergleichsweise rasch aus der zuvor selbst gewählten Deckung und rechnete mit den Kritikern in der Parteiführung ab. Auf dem 15. ZK-Plenum Ende Juli 1953 eröffnete der Ministerpräsident den Angriff auf das MfS und damit auf Minister Zaisser[941]. In seiner Rede warf Grotewohl der ostdeutschen Geheimpolizei Versagen vor: „Sie hatten weder von dem geplanten Putsch, noch von den in der Deutschen Demokratischen Republik vorhandenen Agentennestern Kenntnis."[942] Die Aufklärungs- und Abwehrarbeit – Kernbereiche des Geheimdienstes – ständen auf einem „äußerst niedrigen Niveau". Das Informationsnetz der Staatssicherheit sei „sowohl hinsichtlich der Auswahl der Menschen als auch hinsichtlich ihrer Verteilung und ihres Einsatzes schlecht organisiert". Grotewohl zog daraus die Schlussfolgerung, dass der Aufgabenkatalog des MfS grundlegend verändert und vor allem „eine enge Verbindung mit der Partei und der Bevölkerung" hergestellt werden müssten[943]. Um von der politischen Verantwortung des Politbüros abzu-

[938] Herrnstadt, Das Herrnstadt-Dokument, S. 64.
[939] So auch das Urteil bei: Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 226.
[940] Vgl. eingehend hierzu: Müller-Enbergs, Der Fall Rudolf Herrnstadt.
[941] So auch die Einschätzung bei Fricke/Engelmann, Der „Tag X", S. 120.
[942] SAPMO-BArch, NY 4090/179, Bl. 2–144, hier Bl. 69, Manuskript der Rede Grotewohls auf dem 15. ZK-Plenum der SED (24.–26. 7. 1953). Die Rede ist nur auszugsweise abgedruckt in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. III, S. 358–407. Der Redeabschnitt zum MfS fiel bei der Veröffentlichung fast vollständig weg.
[943] SAPMO-BArch, NY 4090/179, Bl. 2–144, hier Bl. 71, Manuskript der Rede Grotewohls auf dem 15. ZK-Plenum der SED (24.–26. 7. 1953).

lenken, wurde mit dem MfS ein geeigneter Sündenbock gefunden, zumal mit Wilhelm Zaisser ein Mann an der Spitze des Ministeriums stand, der mittlerweile in Ungnade gefallen war. Grotewohl vertrat in seiner Rede vor den versammelten ZK-Mitgliedern das Primat der Einheit der Partei und machte damit deutlich, dass er voll und ganz hinter dem kommunistischen Herrschaftsverständnis stand. Auffallend war sein Lob für die Volkspolizei, die „ihre Bewährungsprobe" bestanden habe[944]. Sie sei bis auf wenige Ausnahmen ein „zuverlässiges, mit hohem Bewusstsein erfülltes und dem Volke treu ergebenes Schutzorgan unseres demokratischen Staates". Zaisser versuchte erst gar nicht sich zu verteidigen, sondern unterwarf sich dem leninistischen Ritual von Kritik und Selbstkritik[945]. Seiner Entmachtung und seinem Ausschluss aus dem Politbüro stellte er sich nicht entgegen. Bei einer Vernehmung, die Matern führte, versuchte Zaisser mehrmals den Eindruck zu erwecken, er sei immer schon ein Gefolgsmann Ulbrichts gewesen[946]. Auch Elli Schmidt akzeptierte vorbehaltlos die von Ulbricht vorgetragenen Anschuldigungen: „Ich habe wieder viel gutzumachen."[947]

Rückblickend übernahm Grotewohl bei seiner Charakterisierung des Volksaufstands vom 17. Juni als „faschistischen Putschversuch" [948], der vom Westen gelenkt worden sei[949], die vom Politbüro gewählte Sprachregelung. Gleichzeitig leugnete er die Tatsache, dass sich zahlreiche Arbeiter gegen das SED-Regime erhoben und damit der Einheitspartei das Vertrauen entzogen hatten: „Das alles zeigt, dass von einem ‚berechtigten Streik' am 17. Juni keine Rede sein kann. Der 17. Juni 1953 war ein versuchter Staatsstreich, war ein faschistischer Putsch und eine Kriegsprovokation."[950] Stattdessen unterschied er zwischen der Masse der Arbeiterklasse und den angeblichen Rädelsführern, die bestraft werden sollten: „Wir denken nicht daran, die Werktätigen, die sich irreführen und verblenden ließen, zu bestrafen oder an ihnen Rache zu nehmen. Wir werden mit allen ehrlichen und klassenbewussten Arbeitern sprechen und diskutieren, nicht aber mit Hetzern und Provokateuren. Für dieses Gesindel, das unseren friedlichen Aufbau stört, gibt es nur eins: Wir werden dafür sorgen, dass sie in Zukunft keinen Schaden mehr anrichten können." Entsprechende Anweisungen gab er auch an die Presse und den Rundfunk, denn es sollte unter allen Umständen verhindert werden, dass in der ostdeutschen Bevölkerung der Eindruck entstand, als würden die demonstrierenden Ar-

944 Ebenda, Bl. 72.
945 Fricke/Engelmann, Der „Tag X", S. 120.
946 An dem Verhör nahmen unter anderem Ulbricht und Mielke teil. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/v. 519, Bl. 140–161, hier Bl. 159–161, Protokoll der Besprechung mit Zaisser am 11. 9. 1953.
947 BStU, MfS, SdM, Bd. 2377, Bl. 95 f., handschriftliches Schreiben Elli Schmidts vom 28. 7. 1953 an Ulbricht.
948 SAPMO-BArch, NY 4090/179, Bl. 2–144, hier Bl. 54, Manuskript der Rede Grotewohls auf dem 15. ZK-Plenum der SED (24.–26. 7. 1953). Abgedruckt in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. III, S. 358–407, hier S. 378.
949 Die westliche Einflussnahme betonte Grotewohl bereits während der Nachtsitzung des ZK am 21. 6. 1953. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/117, Bl. 3–28, hier Bl. 13, Stenographische Niederschrift der 14. Tagung des ZK am 21. 6. 1953. Im weiteren Verlauf seiner Rede bedankte er sich auch noch bei den sowjetischen Besatzungstruppen für die gewaltsame Niederschlagung des Aufstandes. Ebenda, Bl. 19.
950 Rede Grotewohls auf dem 15. ZK-Plenum der SED (24.–26. 7. 1953). Abgedruckt in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. III, S. 358–407, hier S. 388.

beiter auf eine Stufe gestellt mit den „faschistischen Provokateuren“[951]. Auch gegenüber DDR-Bürgern, die sich mit Eingaben an ihn wandten, wählte er eine deutliche Sprache, die, anders als noch am 16. Juni, nicht den Hauch von Selbstzweifeln oder Nachdenklichkeit erkennen ließen: „Wer die faschistischen Ausschreitungen westberliner Gangster und Rowdies miterlebt hat, ist den sowjetischen Offizieren und Soldaten sehr dankbar, dass sie uns vor weiteren Verbrechen bewahrt und den vom Westen zu uns geschleuderten Kriegsfunken ausgetreten haben.“[952]

Nicht nur vor den ZK-Mitgliedern, sondern auch gegenüber Vertretern der Blockparteien schloss er einen Rücktritt als Ministerpräsident aus und offenbarte erneut sein radikal gewandeltes Demokratieverständnis, das sich fundamental von den bürgerlichen und sozialdemokratischen Vorstellungen unterschied, die er beispielsweise noch als Vorsitzender des Zentralausschusses im Herbst 1945 vertreten hatte. So lehnte er es etwa ab, in der Volkskammer die Vertrauensfrage zu stellen. Stattdessen bekräftigte er das fest gefügte Blocksystem, in dem die SED eine Monopolstellung einnahm und sprach sich vehement gegen die verfassungsrechtliche Verankerung des Regierungswechsels aus: „Gewiss sind Fehler gemacht, aber in dem System unserer Arbeit, das wir seit 1945 entwickelt haben, ist es nicht erlaubt, wenn man einmal in der Patsche sitzt, einfach zu sagen: Bitte, wir machen mal ein Abstimmungsspiel über Vertrauen, und dann gehe ich einfach weg und ein anderer kommt.“[953] Dem demokratischen Regierungsverständnis, das die zeitlich begrenzte Herrschaft beinhaltete und den politischen Machtwechsel ausdrücklich vorsah, stellte er das kommunistisch geprägte Herrschaftsprinzip gegenüber, das die Ablösung der Partei der Arbeiterklasse explizit ausschloss: „Die Idee des Blocks und der antifaschistischen Zusammenarbeit zwingt uns, die Dinge bis zum Grunde auszulöffeln und richtig zu gestalten.“

Darüber hinaus achtete Grotewohl sorgfältig darauf, nicht als neuer Hoffnungsträger in der SED-Presse zu erscheinen, nachdem es um Ulbricht etwas ruhiger geworden war. So kritisierte er etwa das ‚Neuen Deutschland‘ dafür, dass ein Bericht über eine SED-Kundgebung nur ein Bild des DDR-Ministerpräsidenten enthalten habe: „Warum ist nur ein Bild des Genossen Grotewohl in der Zeitung und nicht auch des Genossen Ulbricht?“[954] In derselben Zeitungsausgabe befände sich außerdem ein Artikel mit einer „ziemlich kitschige[n] Verhimmlung des Genossen Grotewohl“. Eine solche Einseitigkeit sei nur Wasser auf die Mühlen der Gegner und gebe westlichen Spekulationen über Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Ko-Vorsitzenden der SED und dem früheren Generalsekretär reichlich Nahrung. Das Organ des ZK der SED solle sich endgültig vom bisher betriebenen Personenkult verabschieden und in Zukunft die kollektive Führung der Partei betonen: „Früher richtete sich die Kritik dagegen, dass ihr einseitig den Genossen Ulbricht als den Vertreter der Partei in die Öffentlichkeit geschoben habt. Heute

[951] SAPMO-BArch, NY 4090/435, Bl. 57, Büro Grotewohl am 23. 6. 1953 an Axen.
[952] SAPMO-BArch, NY 4090/611, Büro Grotewohl am 21. 6. 1953 an Hertha J. (Berlin).
[953] SAPMO-BArch, NY 4090/504, Bl. 127–184, hier Bl. 132, Stenographische Niederschrift der Sitzung des Demokratischen Blocks am 20. 7. 1953.
[954] BStU, MfS, SdM, Bd. 2377, Bl. 446f., Grotewohl am 27. 8. 1953 an das Redaktionskollegium ‚Neues Deutschland‘.

macht ihr das Gegenteil. Ihr schüttet das Kind mit dem Bade aus und betreibt jetzt dasselbe mit dem Genossen Grotewohl."

In der zweiten Julihälfte unternahm Grotewohl den Versuch, sich in die längerfristigen sicherheitspolitischen Diskussionen der SED-Führung aktiv einzuschalten, die durch den Volksaufstand neuen Auftrieb erhalten hatten. So erließ etwa sein Staatssekretär Werner Eggerath am 16. Juli eine Weisung zur Bildung von Einsatzleitungen in den Bezirken[955]. Diesem Gremium sollten führende Vertreter der einzelnen Sicherheitsorgane auf Bezirksebene angehören, unter anderem der Vorsitzende des Rates des Bezirkes, der die Führung der Einsatzleitung zu übernehmen hatte, der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, der Leiter der Bezirksverwaltung des Staatssicherheitsdienstes, der Chef der Bezirksbehörde der Volkspolizei und ein Offizier der KVP. Zu den wichtigsten Aufgaben sollten zum einen die Einschätzung der Sicherheitslage im Bezirk, zum anderen die Ergreifung von Sicherheitsmaßnahmen gehören. In den Städten, nicht in den Kreisen, sollten ebenfalls Einsatzleitungen gebildet werden. Kurz darauf rief Grotewohl ein entsprechendes Gremium auf zentraler Ebene ins Leben, das unter seinem Vorsitz stand. In die Zentrale Einsatzleitung berief er: Walter Ulbricht, Innenminister Willi Stoph und den Chef der Deutschen Volkspolizei (DVP), Karl Maron[956], nicht aber den noch amtierenden MfS-Chef Zaisser. Dieser Plan, der den politischen Gestaltungswillen Grotewohls nochmals deutlich werden ließ, wurde nicht realisiert, da er sich im Vorfeld nicht mit Ulbricht und den anderen Politbüromitgliedern abgestimmt hatte. Stattdessen kam es in den folgenden Monaten zur Bildung einer Sicherheitskommission beim Politbüro, die einen zentralen Zugriff auf Planung, Organisation und Leitung des Sicherheitsapparates in der DDR gewährleisten sollte[957]. Zu den Kommissionsmitgliedern gehörten anfangs neben Ulbricht, der das Gremium schon bald zu einem neuen Herrschaftsinstrument ausbaute, Grotewohl, Stoph und Matern, der Leiter der ZK-Abteilung Sicherheitsfragen Gustav Röbelen, der neue Chef des zum Staatssekretariat degradierten Staatssicherheitsdienstes Ernst Wollweber sowie das Politbüromitglied Karl Schirdewan.

Strukturveränderungen in der SED-Führung 1954 und ein Spionagefall in der Regierungskanzlei

Der personelle und organisatorische Umbau der SED-Führungsgremien, der mit der 15. Tagung des ZK Ende Juli 1953 begonnen hatte, fand auf dem IV. Parteitag im Frühjahr 1954 seinen vorläufigen Abschluss[958]. Dabei verabschiedeten die Parteitagsdelegierten ein neues Statut, das Karl Schirdewan im Auftrag des Politbüros angefertigt hatte. Die formal höchsten Parteigremien (Parteitag und Zentralkomitee) verloren weiter an politischer Bedeutung, da beispielsweise die Anzahl der Sitzungen deutlich reduziert wurde. Außerdem fehlten im neuen Statut die Be-

[955] Dazu ausführlich: Wagner, Walter Ulbricht und die geheime Sicherheitspolitik, S. 65.
[956] SAPMO-BArch, NY 4090/437, Bl. 297, Rundschreiben Grotewohls an Ulbricht, Stoph und Maron vom 18. 7. 1953. Erstmals zitiert bei: Wagner, Walter Ulbricht und die geheime Sicherheitspolitik, S. 66.
[957] Wagner, Walter Ulbricht und die geheime Sicherheitspolitik, S. 67 f.
[958] Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale, S. 315.

stimmungen, die dem Parteitag das Recht zusprachen, die beiden Vorsitzenden sowie den Ersten Sekretär zu wählen. Ohne weitere Diskussion beseitigte die ostdeutsche Einheitspartei das letzte Relikt aus der Gründungsphase der Partei, denn der Parteivorsitz war im Gegensatz zu den übrigen Führungsgremien nach wie vor paritätisch besetzt. Als er den Delegierten das neue Statut vorstellte, erwähnte Schirdewan diese einschneidende Veränderung nur am Rande und begründete dies fadenscheinig mit der beabsichtigten Aufwertung des ZK: „Auf Vorschlag des Genossen Wilhelm Pieck fasste das Politbüro den einmütigen Beschluss, dem Parteitag vorzuschlagen, im Statut die bisherige Regelung der Wahl von zwei Vorsitzenden auf dem Parteitag aufzuheben. Dieser Vorschlag dient der allseitigen Hebung der Rolle des Zentralkomitees und seines Organs, des Politbüros."[959] Eine Abstimmung fand jedoch nicht statt. Was waren die Gründe? Sollte Grotewohl für alle sichtbar entmachtet werden, indem ihm das Amt des Vorsitzenden entzogen wurde? Nahm Ulbricht nunmehr Rache an Grotewohl, der sich während des internen Machtkampfes 1953 nicht demonstrativ auf seine Seite geschlagen hatte?

In der Forschungsliteratur wird die Abschaffung des Parteivorsitzes in der Regel nur kurz erwähnt[960]. Die Protokolle der SED-Führungsgremien liefern keine Anhaltspunkte dafür, dass dem Parteitag ein Machtkampf vorausgegangen wäre, bei dem etwa Grotewohl um seine Spitzenposition gekämpft hätte. Darüber hinaus liegen keine Selbstzeugnisse der beiden Ko-Vorsitzenden zu ihrer faktischen Absetzung vor, weder in der Briefkorrespondenz noch in den privaten Notizen. Bei angemessener Berücksichtigung der politischen Gesamtlage erscheinen zunächst einmal drei Gründe plausibel. Erstens muss die auf dem IV. Parteitag stillschweigend vollzogene Abschaffung dieses Führungsamtes im Zusammenhang mit der Transformation der SED zu einer leninistischen Partei gesehen werden, die bereits kurz nach der Zwangsvereinigung 1946 einsetzte. Dazu gehörte vor allem die Beseitigung der sozialdemokratischen Traditionslinien und die Herausdrängung von früheren Sozialdemokraten aus den Führungsgremien der Partei. Bereits Anfang der fünfziger Jahre war das Prinzip der paritätischen Besetzung weitgehend ausgehöhlt. Der Verzicht auf den Parteivorsitz, gegen den Grotewohl nie protestierte, stellte deshalb nur den Schlussstein dieser Entwicklung dar. Damit war zweitens eine Anpassung an das sowjetische Vorbild verbunden. Bereits die Umformung der SED zu einer „Partei neuen Typus" Anfang 1949 hatte gezeigt, dass die ostdeutsche Einheitspartei immer mehr Strukturmerkmale der KPdSU übernahm. Deutliches Zeichen war damals die Bildung des Politbüros gewesen. Da der Parteiaufbau der KPdSU einen Parteivorsitz nicht kannte, war es nur eine Frage der Zeit, bis die ehemaligen deutschen Kommunisten in der SED-Führung auch diesen Schritt vollziehen würden. Im Frühjahr 1954, fast ein Jahr nach dem Volksaufstand, schien der richtige Zeitpunkt endlich gekommen zu sein, um das lästige Parteiamt loszuwerden. Drittens konnte Ulbricht seine Stellung innerhalb der SED-Führung weiter ausbauen, denn die Parteivorsitzenden schieden nun auch aus formalen Gründen als potentielle Konkurrenten im Kampf um die politische Macht aus. Das Problem, dass das Parteistatut keine verbindlichen Aussagen

[959] Protokoll des IV. Parteitages der SED (30. 3.–6. 4. 1954). Bd. 2, S. 947.
[960] Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale, S. 315f.

zum Verhältnis zwischen Parteivorsitz und Generalsekretär bzw. Erster Sekretär des ZK machte, stellte sich mit einem Mal nicht mehr, auch wenn im Statut von 1954 die Funktion des Ersten Sekretärs ebenfalls keine Erwähnung fand.

Ungefähr ein Jahr nach dem IV. Parteitag deckte das Staatssekretariat für Staatssicherheit einen Spionagefall im unmittelbaren Umfeld des DDR-Ministerpräsidenten auf, den der Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND) Reinhard Gehlen in seinen Erinnerungen als großen Erfolg des Pullacher Dienstes feierte[961]. Am 4. März 1955 verhafteten Stasi-Offiziere Elli Barczatis, die von April 1950 bis Januar 1953 als Chefsekretärin Grotewohls tätig gewesen war[962]. Nachdem sie anschließend einen Lehrgang an der Verwaltungsakademie „Walter Ulbricht" in Babelsberg absolviert hatte, kehrte sie im Juni 1953 ins Büro des Ministerpräsidenten zurück und war bis zu ihrer Verhaftung in der Abteilung Industrie, Handel und Verkehr für die Beantwortung von Eingaben der Bevölkerung beschäftigt[963]. Ein Mitarbeiter des MfS-Referats, das für die Abschirmung des Regierungsapparates zuständig war, hatte bereits am 26. Juni 1951 einen Gruppenvorgang unter der Bezeichnung „Sylvester" angelegt und die gezielte Observierung der damaligen Chefsekretärin initiiert[964]. Nach Angaben der namentlich nicht genannten Informantin (Deckname: Grünspan) hatte sich angeblich Barczatis am 30. Dezember 1950 in einer HO-Gaststätte in der Leipziger Strasse mit Karl Laurenz, einem früheren Mitarbeiter der Hauptverwaltung Kohle, konspirativ getroffen und diesem ein Aktenbündel übergeben[965]. Da der Vorgang von Mielke unterzeichnet war, räumte das Staatssekretariat der Untersuchung offensichtlich von Anfang an große Bedeutung ein. Warum dauerte es aber mehr als dreieinhalb Jahre bis zur Verhaftung der beiden Verdächtigen? Gab es einen Zusammenhang zum Machtkampf im Politbüro 1953? Sammelte Ulbricht, der ein ausgezeichnetes Verhältnis zu Mielke hatte, Beweise gegen den Ko-Vorsitzenden der SED? So behauptete etwa Gehlen, dass der Staatssekretär für Staatssicherheit Ernst Wollweber belastendes Material gegen Grotewohl gesammelt und damit den DDR-Ministerpräsidenten erpresst habe[966]. Wollweber war jedoch erst im Juli 1953 Nachfolger Zaissers geworden und kann somit mit der Anlegung des Untersuchungsvorganges nicht in Verbindung gebracht werden.

Aus Sicht des Staatssekretariats für Staatssicherheit war der Fall aus zwei Gründen höchst brisant: Zum einen hatte sich mit Elli Barczatis eine Mitarbeiterin der Regierungskanzlei durch die Übergabe von Dokumenten verdächtig gemacht. Zum anderen wurde ihrem Lebensgefährten Karl Laurenz unterstellt, Kontakte zur Organisation Gehlen zu unterhalten, was vermutlich auch die sowjetische Geheimpolizei auf den Plan rief[967]. Anfang der fünfziger Jahre war der Kalte Krieg in vollem Gange. In der DDR entwickelte sich eine regelrechte Agentenhysterie, die sich mit

961 Gehlen, Der Dienst, S. 201.
962 Beckert, Die erste und letzte Instanz, S. 286.
963 Fricke/Engelmann, „Konzentrierte Schläge", S. 183f.
964 BStU, MfS, AU 57/56. Bd. 1, Bl. 67f., Beschluss über das Anlegen eines Gruppenvorgangs vom 26. 6. 1951. Erstmals zitiert bei: Fricke/Engelmann, „Konzentrierte Schläge", S. 183f.
965 BStU, MfS, AU 57/56, Bd. 1, Bl. 79–88, hier Bl. 83–85, Memorandum des Staatssekretariats für Staatssicherheit vom 25. 6. 1952.
966 Gehlen, Der Dienst, S. 302.
967 Fricke/Engelmann, „Konzentrierte Schläge", S. 185.

einer systematischen Suche nach vermeintlichen und tatsächlichen Spionen verband. Der Unterwanderung des ostdeutschen Teilstaates durch westliche Geheimdienste sollte unter allen Umständen ein Riegel vorgeschoben werden. Im Rahmen der Operation „Pfeil" wurden im Sommer 1954 359 Personen verhaftet, von denen 203 dem westdeutschen Geheimdienst in Pullach zugeordnet wurden[968]. Zu den Enttarnten gehörten auch Mitarbeiter des Regierungsapparates wie z. B. Karl Bandelow vom Staatssekretariat für Kraftverkehr und Straßenwesen[969]. Agenten der Organisation Gehlen standen auch im Zentrum der Aktion „Frühling" und „Blitz" vom April 1955 bzw. von der Jahreswende 1954/55. Bei der ersten Operation gingen dem ostdeutschen Geheimdienst angeblich 640 Personen ins Netz, wobei unter anderem auch einige amerikanische und englische Agentennetze enttarnt werden konnten[970]. Im Rahmen der Aktion „Blitz" wurden 521 Personen verhaftet[971], die oftmals als Gehlen-Agenten galten. Die Anzahl der Operationen und der Verhaftungen schienen nicht nur den Erfolg des von Wollweber geführten Staatssekretariats zu belegen, sondern auch ein Zeichen für die Unterwanderung der DDR durch die Organisation Gehlen zu sein. Festzuhalten bleibt, dass die Verhaftung der ehemaligen Chefsekretärin Grotewohls und ihres Lebensgefährten, der 1947 in der Deutschen Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie tätig gewesen und im Zuge der ersten Parteisäuberung 1950 aus der SED ausgeschlossen worden war, in dieser politisch hoch aufgeladenen Gesamtkonstellation zu verorten ist und insofern eine Erklärung bietet für den Verlauf und das schreckliche Ende des Strafverfahrens.

Die intensive Überwachung der beiden Verdächtigen, die sich über zwei Jahre hinzog, fand mit Rückendeckung Mielkes und der sowjetischen Instrukteure des MfS statt. Nach der Verhaftung wurden Barczatis und Laurenz zunächst in der Volkspolizei-Inspektion Lichtenberg vernommen und anschließend in das Zentrale Untersuchungsgefängnis in Berlin-Hohenschönhausen eingeliefert[972]. Während der ungefähr sechsmonatigen Untersuchungshaft versuchte die ostdeutsche Geheimpolizei, beide Gefangene gegeneinander auszuspielen und betrieb einen Psychoterror, der sich unter anderem in langwierigen Nachtvernehmungen niederschlug. Sowohl der operative Gruppenvorgang als auch das Ermittlungsverfahren machten die perfide Vorgehensweise der Staatssicherheit deutlich, die in diesem Fall so lange wartete, bis das gewünschte Ergebnis vorlag. Das Ermittlungsverfahren zeigte aber auch die Politisierung der Justiz in der frühen DDR, denn der zuständige Generalstaatsanwalt Ernst Melsheimer hielt enge Absprache mit der ZK-Abteilung Staatliche Verwaltung. Für die Hauptverhandlung, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit vor dem Obersten Gericht stattfinden sollte, beantragte er lebenslange Zuchthausstrafe für beide Angeklagten[973]. Doch es kam anders, da die

[968] Bailey/Kondraschow/Murphy, Die unsichtbare Front, S. 350. Dagegen gibt Engelmann die Zahl von 547 Verhaftungen an. Engelmann, Ernst Wollweber, S. 197.
[969] Stöver, Die Befreiung vom Kommunismus, S. 257.
[970] Bailey/Kondraschow/Murphy, Die unsichtbare Front, S. 350.
[971] Engelmann, Ernst Wollweber, S. 197.
[972] Fricke/Engelmann, „Konzentrierte Schläge", S. 189.
[973] BStU, MfS, AU, 406/55, Bd. 27, Bl. 15–18, hier Bl. 18, Melsheimer am 15. 7. 1955 an Streit (ZK-Abt. Staatliche Verwaltung). Dagegen datieren Fricke/Engelmann die formale Mitteilung über den geplanten Prozess auf den 10. 8. 1955 und geben eine andere Signatur an. Fricke/Engelmann, „Konzentrierte Schläge", S. 191, Anm. 697.

in Aussicht gestellte Strafe mit seinem ohnehin schon harten Strafmass noch in ein Todesurteil umgewandelt wurde. Die drakonische Verschärfung der Strafe geht vermutlich auf eine Intervention des Politbüros zurück, möglicherweise nach erfolgter Absprache mit den sowjetischen „Freunden". In der Hauptverhandlung vor dem 1. Strafsenat des Obersten Gerichts am 23. September 1955 wurde Barczatis Geheimnisverrat vorgeworfen, da sie angeblich sensible Informationen aus dem Büro des Ministerpräsidenten an Laurenz weitergegeben habe[974]. Das Gericht verurteilte Elli Barczatis nach Artikel 6 der DDR-Verfassung und zählte einige Vergehen auf: So habe die ehemalige Chefsekretärin Besuchstermine Grotewohls mit westdeutschen Persönlichkeiten und kirchlichen Würdenträgern mitgeteilt sowie vorbereitete Regierungsbeschlüsse, Berichte von DDR-Ministerien und interne Korrespondenzen mit anderen Regierungsstellen weitergegeben[975]. Der Verhandlungsverlauf und die Urteilsbegründung waren juristisch gesehen höchst fragwürdig, zumal beiden Angeklagten kein Verteidiger zur Verfügung stand. Das Gericht verhängte noch am selben Tag die von der SED-Führung verlangte Todesstrafe[976].

Obwohl sich Grotewohl nicht persönlich einschaltete, muss er doch frühzeitig über das Verfahren gegen seine ehemalige Mitarbeiterin unterrichtet gewesen sein. So suchten Mitarbeiter des Staatssekretariats für Staatssicherheit den persönlichen Referenten Grotewohls am 11. Juli 1953 auf, um ihn über Barczatis zu befragen[977]. Die Regierungskanzlei spielte das Versteckspiel der Geheimpolizei mit, da Barczatis im Vorzimmer des DDR-Ministerpräsidenten blieb, allerdings nicht mehr zurück auf den Posten der Chefsekretärin kam. Auf diese Weise wollte Mielke offensichtlich Zeit gewinnen, um weiteres Belastungsmaterial gegen Laurenz sammeln zu können. Der persönliche Referent, vermutlich handelte es sich um Eisermann, erklärte sich bereit, die Angelegenheit in diesem Sinne mit Grotewohl zu besprechen. Ein weiterer Hinweis über die Mitwisserschaft Grotewohls stammt vom Juni 1955, also nach der Verhaftung der beiden Verdächtigen. Ein Untersuchungsbericht enthält nämlich den handschriftlichen Zusatz von Mielke: „R.[ücksprache] mit Genossen Grotewohl."[978]

[974] BStU, MfS, HA IX/I, Tb 219, K 1-3, K 7/8, Tonbandaufnahme der Hauptverhandlung am 23.9.1955. Uhl/Wagner behaupten, Barczatis sei 1952 von der Organisation Gehlen angeworben worden und bis zu ihrer Festnahme als Agentin tätig gewesen. Damit übernehmen sie kritiklos die Sichtweise des MfS bzw. von Gehlen. Die Behauptung lässt sich aus den Quellen jedoch nicht belegen. Uhl/Wagner, BND contra Sowjetarmee, S. 99.

[975] BStU, MfS, AU, 406/55, Bd. II, Bl. 238–245, hier Bl. 243, Urteilsspruch des 1. Strafsenats des Obersten Gerichts vom 23.9.1955 (ausgefertigt: 4.10.1955). Die beiden persönlichen Referenten, Eisermann und Tzschorn, hatten am 14.3.1955 ein Tätigkeitsprofil für Elli Barczatis erstellt. BStU, MfS, AU, 406/55, Bd. I, Bl. 269-271, Sekretariat des Ministerpräsidenten am 14.3.1955 an das Staatssekretariat für Staatssicherheit. In einem vom Staatssekretariat für Staatssicherheit in Auftrag gegebenem Sachverständigengutachten bestätigte das Büro des Präsidiums des Ministerrats den Vorwurf, Barczatis habe Staatsgeheimnisse verraten. BStU, MfS, AU, 406/55, Bd. I, Bl. 185–189, Sachverständigengutachten des Büros des Präsidiums des Ministerrats (o. D.). Das Staatssekretariat für Staatssicherheit hatte das Gutachten zuvor selber erstellt. BStU, MfS, AU, 406/55, Bd. I, Bl. 402, HA V/1 am 5.7.1955 an Mielke.

[976] Insgesamt wurden 1955 22 Todesurteile wegen angeblicher politischer Delikte verhängt, von denen 19 vollstreckt wurden. Das war die höchste Rate in der DDR-Geschichte. Ein Jahr später ging die Zahl signifikant zurück. Werkentin, Todesstrafe in der SBZ/DDR, S. 109f. (Tabelle 1).

[977] BStU, MfS, AU, 57/56, Bd. 2, Bl. 153, Aktenvermerk Böhms (Abt. VI, Ref. II) vom 13.7.1953.

[978] BStU, MfS, AU, 406/55, Bd. I, Bl. 415, Bericht vom 21.6.1955.

Das Politbüro beschäftigte sich am 1. November 1955 mit dem Verfahren gegen Barczatis und Laurenz und nahm den Bericht des Leiters der ZK-Abteilung Staatliche Organe Klaus Sorgenicht zur Kenntnis[979]. Es kann davon ausgegangen werden, dass bei der Gelegenheit die SED-Führungsspitze um Grotewohl, Ulbricht und Pieck das verhängte Strafmaß erneut bestätigte. Gleichzeitig lehnte das Politbüro die eingereichten Gnadengesuche der Verurteilten ab und schloss sich damit der Meinung des Obersten Gerichts, der Generalstaatsanwaltschaft und des Justizministeriums an[980]. Wilhelm Pieck lehnte es in seiner Funktion als DDR-Präsident ab, auf Antrag der Angehörigen[981] ein Gnadenverfahren einzuleiten[982]. Die Hinrichtung fand am 23. November 1955 in den frühen Morgenstunden in der Untersuchungshaftanstalt I Dresden statt[983]. Elli Barczatis und Karl Laurenz, der 1931 mit einer juristischen Dissertation zum Thema „Die Todesstrafe im Wandel der Zeiten" promoviert worden war[984], starben unter dem Fallbeil. Ihre Leichname wurden im Krematorium Dresden-Tolkewitz eingeäschert. Obwohl das Gerichtsverfahren ein Geheimprozess war, erfuhr die evangelische Kirche vom verhängten Strafmaß, denn die Angehörigen von Elli Barczatis hatten sich mit einer Eingabe an den Bevollmächtigten des Rats der EKD, Propst Dr. Heinrich Grüber, gewandt. Dieser unterstützte gegenüber dem Generalstaatsanwalt am 17. Januar 1956 das Gnadengesuch und bat um Mitteilung, ob das Urteil bereits vollstreckt worden sei[985]. Doch die Behörde reagierte nicht und ließ die Familienangehörigen sowie den Bevollmächtigten im Ungewissen. Sie konnten das tragische Ende nur erahnen.

Grotewohls Verhältnis zum MfS blieb zeitlebens gespannt. Obwohl er Mielke zum achten bzw. zehnten Jahrestag der Gründung des Ministeriums gratulierte[986], ging er dem seit 1957 amtierenden Staatssicherheitsminister und engstem Vertrauten Ulbrichts stets aus dem Weg. Dagegen bestand wohl ein guter Kontakt zum kommissarischen Leiter des Außenpolitischen Nachrichtendienstes, einem Vorläufer der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), Richard Stahlmann, der sich „bei auftretenden bürokratischen Problemen" an Grotewohl wandte[987]. Nachdem Wollweber von Ulbricht und Mielke 1957 aus dem Amt verdrängt worden war, musste auch Stahlmann Anfang 1958 aus dem Dienst ausscheiden. Der DDR-Ministerpräsident gehörte im Übrigen nicht zum internen Führungszirkel, der sich mit Sicher-

979 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2 A/455, Bl. 4 und 108–113, Arbeitsprotokoll der Politbürositzung vom 1. 11. 1955.
980 Ebenda, Bl. 113.
981 Insgesamt lagen vier Gnadengesuche vor. BStU, MfS, AU, 406/55, Bd. 27, Bl. 122, Leiter der Rechtsabteilung (Thaler) in der Präsidialkanzlei am 17. 11. 1955 an die Generalstaatsanwaltschaft der DDR (Staatsanwalt Piehl).
982 BStU, MfS, AU, 406/55, Bd. II, Bl. 247, Entscheidung Piecks vom 11. 11. 1955.
983 BStU, MfS, AU, 406/55, Bd. 27, Bl. 140f., Vollstreckungsprotokoll vom 23. 11. 1955.
984 Fricke/Engelmann, „Konzentrierte Schläge", S. 184.
985 BStU, MfS, AU, 406/55, Bd. 27, Bl. 160, Grüber am 17. 1. 1956 an den Generalstaatsanwalt.
986 SAPMO-BArch, NY 4090/259, Bl. 88, Grotewohl am 7. 2. 1958 an das MfS; BAB, DC 20/2229, Grotewohl am 8. 2. 1960 an Mielke. Auf der Festveranstaltung des MfS am 7. 2. 1958, an der Grotewohl nicht teilnahm, wurde sein Begrüßungsschreiben verlesen. BStU, MfS, ZAIG/150. Dagegen war der Ministerpräsident offensichtlich noch bei der Feier zum 5. Jahrestag am 8. 2. 1955 im MfS-Dienstgebäude anwesend gewesen. SAPMO-BArch, NY 4090/10, Bl. 1–42, hier Bl. 10 (Rückseite), Taschenkalender Grotewohls von 1955.
987 Uhl, Richard Stahlmann, S. 104.

heitsfragen beschäftigte. Diese Domäne überließ Grotewohl allem Anschein nach bereitwillig Ulbricht, der in diesem Bereich in erster Linie Mielke und Honecker um sich scharte. Deshalb überrascht es nicht sonderlich, dass sich Grotewohl insgesamt gesehen nur am Rande mit dem Ministerium für Staatssicherheit befasste. Darüber konnte auch die Tatsache nicht hinwegtäuschen, dass sich der westdeutsche Verfassungsschutzchef Otto John, der am 20. Juli 1954 unter mysteriösen Umständen in die DDR gekommen war und damit eine der tiefsten Krisen der jungen Bundesrepublik ausgelöst hatte[988], beim ostdeutschen Regierungschef für das „gewährte Asyl" bedankte[989]. Fast zwei Jahre später war Grotewohl Adressat eines Briefes von Kurt Müller, der im April 1948 stellvertretender KPD-Vorsitzender in Westdeutschland geworden war und für seine Partei 1949 in den ersten Deutschen Bundestag einzog. Müller wurde am 22. März 1950 als erster führender Kommunist vom neu gegründeten MfS verhaftet[990] und protestierte nach seiner Freilassung in die Bundesrepublik 1955 gegen die widerrechtliche Inhaftierung sowie die Verhörmethoden[991]. Er erhielt lediglich eine Eingangsbestätigung des Büros des Präsidiums des Ministerrats; eine Reaktion Grotewohls ist nicht überliefert.

Grotewohl und die Folgen des XX. Parteitags der KPdSU in der DDR

Die Entstalinisierung, die mit dem Tode des sowjetischen Diktators 1953 begonnen hatte und über das Jahr 1956 fortdauerte, ist nicht nur als ein politischer Prozess zu verstehen, sondern auch als ein wirtschaftlicher und sozialer[992]. Die sozioökonomischen Konfliktlagen, die im Zuge der beschleunigten Industrialisierung nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs entstanden waren, entluden sich heftig. Der Volksaufstand am 17. Juni 1953, die Unruhen in Polen sowie der Aufstand in Ungarn 1956 sind markante Beispiele für die Krise des Staatssozialismus in Osteuropa, denn die bestehenden Herrschaftsverhältnisse und die sowjetische Suprematie wurden zunehmend in Frage gestellt. Wenige Monate vor den Ereignissen in Polen und Ungarn fand vom 14. bis 26. Februar 1956 in Moskau der XX. Parteitag der KPdSU statt, zu dem eine hochrangige SED-Delegation angereist war[993]. Diese Parteiveranstaltung wirkte wie ein Katalysator und beschleunigte zunächst die Auflösungstendenzen im sowjetischen Imperium. Im Mittelpunkt stand die Abrechnung mit Stalin. Ausländische Gäste blieben von der Sondersitzung am 25. Februar, auf der Chruschtschow seine berühmte Geheimrede hielt, ausgeschlossen. Die Führer der übrigen kommunistischen Parteien wurden erst zwei Tage später über den Inhalt der Rede informiert[994]. Die Kritik an Stalin, seiner Herrschafts-

[988] Stöver, Otto John, S. 160.
[989] SAPMO-BArch, NY 4090/660, Bl. 74, Otto John am 1. 8. 1954 an Grotewohl. Der Brief wurde am 4. 8. öffentlich verlesen. Stöver, Der Fall Otto John, S. 112.
[990] Vgl. Weinke, Der Justizfall Kurt Müller.
[991] Müller am 31. 5. 1956 an Grotewohl, in: Müller, Ein historisches Dokument aus dem Jahre 1956, S. 17–29.
[992] Foitzik, Ostmitteleuropa zwischen 1953 und 1956, S. 21.
[993] Mitglieder der Delegation waren Walter Ulbricht, Otto Grotewohl und Karl Schirdewan. SAPMO-BArch, NY 4090/10, Bl. 116–201, hier Bl. 134 (Rückseite), Kalender Grotewohls von 1956.
[994] Foitzik, Ostmitteleuropa zwischen 1953 und 1956, S. 32.

praxis und dem Personenkult sollte offenbar in geordneten Bahnen und unter Kontrolle der KPdSU ablaufen. Herrschaftssicherung stand also im Vordergrund.

Der XX. Parteitag hatte für das SED-Regime zwei langfristige Folgen: Zum einen verunsicherte Chruschtschows Abrechnung mit Stalin, die über Umwege rasch auch im Westen publik wurde, zahlreiche SED-Mitglieder, die den Marxismus-Leninismus ausschließlich in der stalinistischen Ausprägung und bezogen auf die Person des ehemaligen Generalsekretärs kennen gelernt hatten. Obwohl der Personenkult zwar schon kurz nach dem Tod des Diktators eingeschränkt worden war, zeigten sich doch viele SED-Mitglieder überrascht, als Ulbricht nach der Rückkehr aus Moskau im ‚Neuen Deutschland' schrieb, Stalin und seine Werke könnten nicht mehr zu den Klassikern des Marxismus gezählt werden[995]. Die selektiven Informationen über die Verbrechen, die im Auftrag Stalins verübt worden waren, erhöhten die Verunsicherung. Zum anderen waren aber auch die Führungskader der ostdeutschen Einheitspartei sichtlich irritiert, als sie von der Geheimrede erfuhren[996]. Es war Otto Buchwitz, der vor dem ZK die Selbstzweifel einzelner Führungsmitglieder der SED auf den Punkt brachte und das Dilemma deutlich werden ließ, in dem sich viele nun befanden: „Ich habe Briefe bekommen von alten Genossen, erfreulicherweise auch von Genossen, die aus der SPD gekommen sind und treu zu unserer Partei stehen, in denen sie mir jammervoll geschrieben haben: In uns ist etwas zerbrochen. Was ist denn los? Gibt [sic] uns Antwort darauf!"[997] Die Euphorie, die noch im Sommer 1952 auf der II. Parteikonferenz die Partei beflügelt hatte, war nicht nur verflogen, sondern auch einer weit verbreiteten Orientierungslosigkeit gewichen, die keineswegs auf die SED beschränkt blieb. So erklärte Buchwitz weiter: „Auch parteilose Menschen haben mit mir gesprochen, weil sie in dieser Frage ratlos sind." Er schien aufgrund der politischen Lage völlig verzweifelt zu sein und zog sogar Analogien zum NS-Regime: „Aber sie [die parteilosen Menschen] wissen noch nicht einmal das, was wir jetzt wissen, nachdem Karl Schirdewan die einzelnen Briefe von Verhafteten und Gefolterten hier vorgelesen hat. Genossen! Da befand ich mich wieder einmal hier in Berlin in der Prinz-Albrecht-Strasse, wo ich sie habe schreien hören. Da wurde alles wieder lebendig in mir. Aber damals waren wir Genossen es, die von Faschisten gefoltert wurden. Doch was wir heute erfahren haben, da handelt es sich um Genossen, um unsere Genossen, die von einem Genossen gefoltert worden sind. Darüber komme ich nicht hinweg. Nein, das kann ich heute noch nicht fassen."

Obwohl sich Grotewohl auf der ZK-Tagung nicht zur Sache äußerte, deutet vieles darauf hin, dass die Rede Chruschtschows sein Stalinbild ins Wanken brachte[998]. Dabei orientierte er sich jedoch kritiklos an der Deutungshoheit der Kremlführung, zunächst an Stalin, später an Chruschtschow. Einer inhaltlichen Auseinandersetzung wich er dagegen aus. Aufschlussreich sind wiederum seine Privatnotizen, die er an seine Frau adressierte: Während er 1953 das Begräbnis Stalins voller

[995] ‚Neues Deutschland' vom 4. 3. 1956, S. 4.
[996] Vgl. die Diskussion auf der 26. Tagung des ZK der SED am 22. 3. 1956, in: Hoffmann/Schmidt/Skyba (Hrsg.), Die DDR vor dem Mauerbau, S. 239–247.
[997] Ebenda, S. 241.
[998] SAPMO-BArch, SgY 30/1879, S. 9f., Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Ludwig Eisermann über seine Erinnerungen an Otto Grotewohl vom 30. 3. 1977.

Erfurcht schilderte, zeigen seine Aufzeichnungen vom XX. Parteitag 1956 die eigene Ratlosigkeit: „Kaum 3 Jahre sind vergangen und welches Bild ist heute über die Aera Stalin vorhanden. Stets lehnte ich, vor allem auch für mich persönlich, jede Umbrämung [sic] mit Personenkult ab. [...] Jedenfalls, jetzt ist es vor allem klar: es gab keine Aera Stalin."[999] Die unmittelbar bevorstehende Abrechnung mit Stalin schien er zu ahnen, wobei sich seine Bewertung der Vergangenheit in den von der sowjetischen Führung vorgegebenen Bahnen bewegte: „Unbegrenzte Alleinherrschaft zerstörte in 20 Jahren die Grundsätze der Lenin'schen Partei, beseitigte jedes kollektive Handeln und jede kollektive Verantwortung. An ihre Stelle drängten sich solche Ehrgeizlinge, wie der schmachwürdige Beri[j]a, dessen Schuftereien [sic] alles und alles bis an den Rand eines furchtbaren Abgrunds zerrten." Grotewohl stellte die Einheit der Partei überhaupt nicht in Frage und weigerte sich, systemimmanente Faktoren für die Herrschaftskrise in Erwägung zu ziehen[1000]. Stattdessen unterstützte er vorbehaltlos den politischen Kurs Chruschtschows: „Erst dieser Parteitag hat mir klar gemacht, welche verantwortliche und ernste Arbeit die Genossen des Präsidiums der Partei [der KPdSU] in knapp 3 Jahren für die Sache des Sozialismus geleistet haben."[1001] Bei der abschließenden Beurteilung Stalins zeigte er sich erneut als großer Zauderer: „Ich vermag selbstverständlich nur schwer ein wirklich abschließendes Urteil über das Wirken Stalins abzugeben, aber sicher ist, da[ß] schon heute über seinem Wirken die Worte stehen: ‚sic mundis transit gloria [sic]!'"

Drei Wochen nach dem XX. Parteitag wurde in Ost-Berlin die 3. Parteikonferenz eröffnet, auf der der zweite Fünfjahrplan im Mittelpunkt stand. Der SED-Führung gelang es, eine kritische Diskussion über den Stalinismus erst gar nicht aufkommen zu lassen. Das Konferenzprotokoll erwähnte die Verlesung der Geheimrede Chruschtschows durch Schirdewan mit keinem Wort. Die ursprüngliche Planung, eine Aussprache über eine Verfassungsreform zu führen, wurde ad acta gelegt, denn das Politbüro wollte unter allen Umständen eine offen ausgetragene Kontroverse über Rechtssicherheit, Meinungsfreiheit und persönliche Bürgerrechte in der DDR vermeiden[1002]. Der in der SED-Führung für Verfassungsfragen nach wie vor zuständige Otto Grotewohl sah den Zeitpunkt für eine Verfassungsdebatte noch nicht gekommen[1003], obwohl er noch kurz vor der 3. Parteikonferenz ein entsprechendes Thesenpapier sprachlich überarbeitet hatte[1004]. In seiner Rede

[999] SAPMO-BArch, NY 4090/9, Bl. 865–867, Tagebuchnotizen Grotewohls vom 16. 2. 1956.

[1000] Im Verlauf des XX. Parteitages notierte er sich: „Es geht nicht um die Beruhigung des schwankenden und erschütterten Gewissens, sondern es geht um die Festigkeit des sozialistischen Lagers, um Festigung der DDR. Es darf kein Zittern und Schwanken geben, sondern Festigkeit – Ruhe – Sicherheit." SAPMO-BArch, NY 4090/313, Bl. 216, Notizen Grotewohls (o. D.).

[1001] SAPMO-BArch, NY 4090/9, Bl. 865–867, Tagebuchnotizen Grotewohls vom 16. 2. 1956.

[1002] Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 338.

[1003] SAPMO-BArch, NY 4090/285, Bl. 124–131, Schreiben Grotewohls vom 9. 3. 1956. Erstmals zitiert bei: Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 338. Der Brief liegt außerdem in russischer Übersetzung vor. Unklar ist jedoch, ob sich Grotewohl damit an die sowjetische Botschaft in Ost-Berlin oder direkt an die sowjetische Führung in Moskau gewandt hat.

[1004] SAPMO-BArch, NY 4090/285, Bl. 1–24, Thesenentwurf für eine neue Verfassung der DDR (o. Verf., o. D.). Der Entwurf enthielt wenig Neues und betonte vor allem die sozialen Grundrechte der DDR-Bürger, die allerdings schon in der Verfassung von 1949 garantiert worden waren. Außerdem wurde erneut die zentrale Stellung der Volkskammer im Staatsaufbau hervorgehoben, die aber der Verfassungswirklichkeit von Anfang an widersprochen hatte.

vor den Konferenzteilnehmern beschränkte sich Grotewohl auf allgemeine Ausführungen zur „Festigung des Rechts und der Gesetzlichkeit", wobei er ausdrücklich betonte, dass der Kampf gegen Agenten, Saboteure und Feinde des Staates fortgesetzt werden müsste[1005]. Damit machte der DDR-Ministerpräsident deutlich, dass auch für ihn die Kritik an der SED-Politik dort an ihre Grenzen stieß, wo die Machtstellung der Hegemonialpartei ins Wanken zu geraten drohte. Die Eindämmungspolitik der SED-Spitze zeigte sich unter anderem am 17. April 1956, als das Politbüro beschloss, die „Kollektivität der Führung" zu stärken und gegen den Personenkult vorzugehen[1006]. Dazu sollten die Politbüromitglieder „öfter gemeinsam auf Veranstaltungen" auftreten.

Ulbrichts Reaktion auf die durch den XX. Parteitag der KPdSU ausgelöste Tauwetterphase war ambivalent, da er auf der einen Seite eine Diskussion über die Herrschaftspraxis der SED unterbinden wollte. Diese hätte sich, so seine Befürchtung, zu einer Personaldebatte entwickelt, in deren Zentrum er selber stehen würde. Auf der anderen Seite versuchte er aus taktischen Überlegungen heraus den Eindruck zu erwecken, er stände den Reformforderungen durchaus positiv gegenüber. Diese zielten auf eine partielle Veränderung der Verhältnisse in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in der DDR, ohne aber das sozialistische System in Frage zu stellen. Für den Bereich der Wirtschaft entwickelten etwa die Ökonomen Fritz Behrens und Arne Benary Thesen zu einem Umbau des Wirtschaftssystems: Sie wandten sich in ihren Planungen gegen eine Überzentralisierung der Planwirtschaft und sprachen sich für eine Stärkung der Selbstverwaltung aus[1007]. Nahezu zeitgleich übte der Landwirtschaftsexperte Kurt Vieweg Kritik an der SED-Agrarpolitik, insbesondere am Ausbau der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften[1008]. Insgesamt gesehen waren es in erster Linie Intellektuelle und Funktionäre aus dem Parteiapparat, die versuchten, eine breite Debatte über den sozioökonomischen Umbau der DDR in Gang zu setzen und entsprechende Reformpläne zu entwickeln. In diesem Zusammenhang unterstützte Ulbricht bekanntlich nach anfänglicher Ablehnung die Pläne Gerhard Zillers, das ostdeutsche Rentensystem grundlegend zu reformieren.

Anders als 1953 blieben die Arbeiter drei Jahre später passiv. Sie wurden vom kurzen Tauwetter nicht erfasst. Dagegen diskutierten Teile der Studentenschaft: Unter dem Eindruck der Liberalisierungstendenzen in Polen und Ungarn entwickelten sie eigene Vorstellungen und forderten beispielsweise die Abschaffung des obligatorischen Russischunterrichts an den Universitäten und Hochschulen[1009]. Aus Anlass des 10. Jahrestages der SED-Gründung bereitete die ZK-Abteilung Wissenschaft und Propaganda in enger Zusammenarbeit mit dem Büro Grotewohl eine Veranstaltung an der Humboldt-Universität vor, bei der sich der DDR-Ministerpräsident den Fragen ausgewählter Wissenschaftler stellen

[1005] Protokoll der Verhandlungen der 3. Parteikonferenz der SED (24.–30. 3. 1956), S. 641–679, hier S. 673f.
[1006] Protokoll der Politbürositzung vom 17. 4. 1956, in: Hoffmann/Schmidt/Skyba (Hrsg.), Die DDR vor dem Mauerbau, S. 250f.
[1007] Steiner, Von Plan zu Plan, S. 98.
[1008] Scholz, Bauernopfer der Deutschen Frage, S. 189f.
[1009] Vgl. Informationsbericht der ZK-Abt. Wissenschaft und Propaganda vom 29. 10. 1956, in: Hoffmann/Schmidt/Skyba (Hrsg.), Die DDR vor dem Mauerbau, S. 256–260.

wollte[1010]. Dabei war vorgesehen, dass Grotewohl zunächst über die Beschlüsse der 3. Parteikonferenz informieren sollte, um anschließend auf die Folgen für die Wissenschaft einzugehen. Ein Stimmungsbericht hielt unter den Studenten einen allgemeinen Diskussionsbedarf zum XX. Parteitag fest, ohne aber konkrete politische Forderungen nennen zu können[1011]. Dagegen schien das Interesse an der 3. Parteikonferenz nicht sonderlich hoch gewesen zu sein. Insgesamt konzentrierte sich die verhaltene Kritik der Studenten auf den Studienablauf sowie die Berufsaussichten. Bei der sorgfältig geplanten Veranstaltung am 27. April 1956 unterlief Grotewohl ein sprachlicher Lapsus, als er das Recht der Bolschewisten verteidigte, sich im Bürgerkrieg nach der Oktoberrevolution gegen die inneren und äußeren Feinde gewehrt zu haben: „Wenn wir bedenken, dass der Sowjetstaat nach seiner Bildung dem ganzen Hass der ganzen kapitalistischen Welt ausgesetzt war, die aus 17 Ländern ihre Invasionstruppen in die Sowjetunion schickte und einen der blutigsten Invasionskriege inszenierte, ich glaube, wir als Sozialdemokraten müssen uns klar sein, dass in einer solchen Situation dieser Staat das Recht hatte, alles, was mit dieser Invasion [...] zusammenhing, niederzuschlagen."[1012] Die Vermutung, Grotewohl habe damit auf Differenzen zwischen sowjetischen Kommunisten und deutschen Sozialdemokraten hingewiesen, erscheint bei genauerer Betrachtung der Rede eher abwegig[1013]. Ihm ging es vielmehr darum, die Kritik an der Herrschaftspraxis der kommunistischen Parteien in Osteuropa nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Vorfeld einzudämmen. Deshalb hielt er am Prinzip der kollektiven Parteiführung fest und warnte vor einer Wiederholung der Ereignisse am 17. Juni 1953: „Ich erinnere euch an eines, wir haben doch 1953 erlebt, und was diese Länder zum Teil jetzt machen, das haben wir schon 1953 erledigt. Nach einer Wiederholung steht uns nicht der Sinn. Es gibt auch keinen Grund dafür."[1014] Mit der Formulierung „wir als Sozialdemokraten" meinte er zweifelsohne die SED, zumal er als Zeitform bewusst das Präsens wählte. Dennoch bleibt ein bitterer Nachgeschmack zurück, da sich Grotewohl, der den Kampf gegen den sogenannten Sozialdemokratismus stets unterstützt und nichts zur Verteidigung ehemaliger SPD-Mitglieder unternommen hatte, dieser Wortwahl bediente.

Da für Grotewohl die Herrschaftssicherung oberste Priorität genoss, verteidigte er offensiv das Vorgehen gegen die Aufständischen in Polen und Ungarn 1956. Inhaltlich unterstützte er Ulbrichts Haltung, denn er lehnte eine Fortsetzung der Fehlerdiskussion innerhalb der SED-Führung ab. Vor dem Hintergrund des Kal-

[1010] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/34, Bl. 43, Notiz der ZK-Abt. Wissenschaft und Propaganda vom 17.4.1956 an das Büro Grotewohl (Stempel). Dagegen sieht Kowalczuk in der spannungsgeladenen Stimmung an der Universität den Hauptgrund für den Besuch Grotewohls. Kowalczuk, Die Niederschlagung der Opposition an der veterinärmedizinischen Fakultät, S. 9.

[1011] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/34, Bl. 44–46, Informationen Gerickes vom 24.4.1956 an die ZK-Abt. Wissenschaft und Propaganda.

[1012] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/34, Bl. 1–25, hier Bl. 14f., Rede Grotewohls vor Studenten der Humboldt-Universität zu Berlin am 27.4.1956. Erstmals zitiert bei: Kowalczuk, Die Niederschlagung der Opposition an der veterinärmedizinischen Fakultät, S. 9.

[1013] So aber Kowalczuk, in: Ebenda, S. 9.

[1014] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/34, Bl. 1–25, hier Bl. 20, Rede Grotewohls vor Studenten der Humboldt-Universität zu Berlin am 27.4.1956. Erstmals zitiert bei: Kowalczuk, Die Niederschlagung der Opposition an der veterinärmedizinischen Fakultät, S. 9.

ten Krieges warf er den Kritikern indirekt vor, der Gegenseite Munition im Kampf zwischen den beiden Machtblöcken zu liefern. So betonte er gegenüber den ZK-Mitgliedern Mitte November 1956, dass die Frage des Stalinismus „überhaupt nur eine Frage des Feindes ist, weil er gesehen hat, dass die Auseinandersetzungen über Säuberungen und personelle Fragen die Parteien auseinander treiben können"[1015]. Es gebe gar keinen Grund dafür, die Partei mit dem vergangenheitspolitischen Thema monatelang zu beschäftigen. Auf den Vorwurf, die Politbüromitglieder seien „sture Stalinisten" und gingen einer politischen Selbstreinigung aus dem Weg, stellte er achselzuckend die rhetorische Frage: „Herr Gott, wovon sollen wir [uns] denn noch reinigen, Genossen?"[1016] Stattdessen schlug er ein Bündel sozialpolitischer Maßnahmen vor, das er völlig irreführend als ein Demokratisierungsprogramm bezeichnete. Im Einzelnen listete er die in Diskussion befindliche Rentenreform, die bereits mehrmals in Aussicht gestellte Abschaffung der Lebensmittelkarten sowie die angekündigte Verkürzung der Arbeitszeiten auf[1017].

Mit seinem Diskussionsbeitrag versuchte Grotewohl außerdem den Eindruck zu zerstreuen, zwischen ihm und Ulbricht beständen Meinungsverschiedenheiten. Bereits im Sommer 1953 hatte er es abgelehnt, als neuer Hoffnungsträger in der SED-Führung gehandelt zu werden, und richtete diese Absage Ende 1956 erneut an die innerparteilichen Opponenten Ulbrichts: „Das Problem besteht darin, dass der Gegner seit langem den Versuch unternimmt, einen Spalt zu treiben zwischen de[n] Genossen Grotewohl und de[n] Genossen Ulbricht. Das ging schon seit Jahren so. Das ist nicht gelungen."[1018] Der DDR-Ministerpräsident wollte nicht als Imre Nagy der DDR angesehen werden und machte damit deutlich, dass die Gegner Ulbrichts auch in Zukunft nicht auf ihn zählen konnten. Was bewog Grotewohl zu dieser klaren Aussage? Es gibt keinerlei Hinweise für eine Verschwörung gegen Ulbricht zu diesem Zeitpunkt, an der der frühere Ko-Vorsitzende der SED beteiligt werden sollte. Vermutlich wollte er dem Ersten Sekretär des ZK in vorauseilendem Gehorsam seine Loyalität bekunden. Die Absage war aber nicht nur nach innen, sondern auch nach außen gerichtet, denn Grotewohl berichtete den versammelten ZK-Mitgliedern von zwei Abwerbungsversuchen durch den amerikanischen bzw. britischen Geheimdienst Mitte 1955, die ihm angeblich Geldprämien angeboten hätten. Wie ernsthaft diese Versuche tatsächlich waren, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Entscheidend war jedoch die Tatsache, dass Grotewohl damit Zweifel an seiner ideologischen Standfestigkeit zerstreuen wollte: „Nun, ich habe diesen Akt der Vereinigung der Genossen beider Parteien nicht gemacht, um mir das nach 10 Jahren wieder abkaufen zu lassen und den Weg wieder rückwärts zu gehen."

Für einige SED-Funktionäre in der zweiten und dritten Reihe der Nomenklatura war der XX. Parteitag ein Hoffnungsschimmer, da sie in der Abrechnung mit Stalin eine Chance sahen, Missstände in der DDR zu beheben und Alternativkonzepte zu entwerfen, ohne aber den alleinigen Herrschaftsanspruch der SED aufzugeben.

[1015] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/166, Bl. 246–255, hier Bl. 247, Redebeitrag Grotewohls auf der 28. Tagung des ZK der SED (12.–14. 11. 1956).
[1016] Ebenda, Bl. 248.
[1017] Ebenda, Bl. 249.
[1018] Ebenda, Bl. 251.

So entwickelte der Philosophieprofessor Wolfgang Harich ein Programm, das ein vereinigtes sozialistisches Deutschland zum Ziel hatte[1019]. Außerdem sprach er sich für die Wiederherstellung der Länder sowie die Auflösung des MfS aus[1020]. Das utopische und unter den gegebenen politischen Bedingungen unrealistische Programm Harichs forderte den entschlossenen Widerstand Ulbrichts heraus, da Harich mit seiner Forderung nach Abschaffung des Staatssicherheitsdienstes ein zentrales Machtinstrument der Partei preisgeben wollte. Die Vorschläge basierten letztlich auf einer falschen Analyse der innenpolitischen Lage in der DDR, setzten sie doch implizit voraus, dass die SED auch ohne die in Expansion befindliche Geheimpolizei Akzeptanz in der Bevölkerung finden würde. Obwohl Harich der SED in einem sozialistischen Gesamtdeutschland eine führende Rolle einräumte, stellte sein Programm doch zwangsläufig die Vormachtstellung der ostdeutschen Hegemonialpartei in Frage. Angesichts der anhaltenden ökonomischen Krise der DDR, die sich etwa im Massenexodus in Richtung Westen niederschlug, und der geringen Unterstützung, die das SED-Regime in der Bevölkerung genoss, schritt die SED-Führung ein. Sie ließ am 29. November 1956 Harich verhaften. Am gleichen Tag wurden der Ökonom Bernhard Steinberger und der Redaktionssekretär der ‚Deutschen Zeitschrift für Philosophie', Manfred Hertwig, eine Woche später der Leiter des Aufbau-Verlages, Walter Janka, verhaftet[1021]. Anfang März 1957 erfolgte die Festnahme der beiden Redakteure des ‚Sonntag', Heinz Zöger und Gustav Just, sowie des Rundfunkjournalisten Richard Wolf. Der Prozess gegen Harich und die Mitangeklagten fand vom 7. bis 9. März 1957 statt und endete mit hohen Zuchthausstrafen: Harich wurde zu zehn, Steinberger und Hertwig wurden zu jeweils vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Juli 1957 wurden die übrigen Urteile verhängt: Janka erhielt fünf, Just dreieinhalb und Zöger zweieinhalb Jahre Gefängnis. Um die Abrechnung mit dem Philosophieprofessor politisch instrumentalisieren zu können, konstruierte das MfS in enger Abstimmung mit dem Politbüro die „Gruppe Harich", die es in dieser Form gar nicht gegeben hatte. Auf dieses Weise konnte die SED-Führung suggerieren, es gebe wie in Ungarn auch in der DDR oppositionelle Netzwerke, die zerschlagen werden müssten. Dabei trat insbesondere auch die ZPKK in Erscheinung, weil sie die vermeintliche Gruppenbildung historisch minutiös zu rekonstruieren versuchte[1022].

Aufstand gegen Ulbricht 1957/58?[1023]

In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre stieg Karl Schirdewan zu einem ernstzunehmenden Konkurrenten von Walter Ulbricht auf, da er vermutlich durch Chruschtschows Geheimrede ermuntert worden war, die bisherige Parteiarbeit zu verändern und die Alleinherrschaft des Ersten Sekretärs des ZK zu beenden. Doch

[1019] Harich, Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit, S. 112–160. Vgl. dazu Skyba, Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko, S. 362f.
[1020] Harich, Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit, S. 139f. und 149.
[1021] Zum folghenden: Staritz, Geschichte der DDR, S. 162f.
[1022] Bericht der ZPKK vom 26. 3. 1957 über die Entstehung und Ziele der „Gruppe Harich", in: Hoffmann/Schmidt/Skyba (Hrsg.), Die DDR vor dem Mauerbau, S. 268–274.
[1023] So der gleichnamige Titel des Buches, das Schirdewan nach dem Untergang der DDR 1994 ohne Fragezeichen veröffentlichte.

die Ausgangslage schien für einen Sturz des mächtigen Mannes mit dem Spitzbart nicht günstig zu sein, denn dieser blies nach der Zerschlagung der „Gruppe Harich" zum Gegenangriff. Mit dem 30. Plenum des ZK, das vom 30. Januar bis 1. Februar 1957 tagte, wurde deutlich, dass das Tauwetter in der DDR beendet war und Ulbricht dazu überging, seine Stellung in der SED-Führung wieder zu festigen. Den innerparteilichen Kritikern warf er vor, „revisionistisch" und „opportunistisch" gewesen zu sein, angesichts des kurz zuvor niedergeschlagenen Ungarnaufstandes eine schwer wiegende Anschuldigung. Gegenüber den ZK-Mitgliedern nannte er nahezu alle einschlägigen Vergehen, denen sich ein SED-Funktionär schuldig machen konnte: „Die revisionistischen Anschauungen zeigten sich in der Ablehnung der Staatstheorie des Marxismus-Leninismus, in der Herabminderung der führenden Rolle der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, in dem Vorschlag auf Auflösung in der Planwirtschaft und ihrer Ersetzung durch die sogenannte Selbstverwaltung der Produzenten, in der Ablehnung der marxistisch-leninistischen Bündnispolitik der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern, in der Ablehnung der festen Verbindung der marxistisch-leninistischen Parteien in den volksdemokratischen Ländern unter Führung der Sowjetunion sowie in dem Vorschlag, wie er besonders vom Genossen Tito vertreten wurde, dass man nur auf zweiseitige Vereinbarungen zwischen Ländern sozialistischen Charakters eingehen könne."[1024]

Bei seiner Abrechnung nannte Ulbricht nur den Namen von Wolfgang Harich; die Mitglieder der „Gruppe Harich" erschienen in seiner ZK-Rede als widerständiges Kollektiv. Durch die Nennung der einzelnen Institute und Verlage war allerdings jedem klar, wer im Einzelnen gemeint war. Ulbricht verstand seine Verbaloffensive allerdings auch als Warnung an seine verbliebenen Kritiker in der Parteiführung. Sie mussten sich nämlich darauf einstellen, als die nächsten in die Auseinandersetzung mit dem Revisionismus hineingezogen zu werden. Zu dieser Gruppe gehörten neben Schirdewan noch der Minister für Staatssicherheit Wollweber und der ZK-Sekretär für Wirtschaft Ziller, die im Politbüro von Oelßner, Selbmann sowie der stellvertretenden Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Margarete Wittkowski, Unterstützung erhielten[1025]. Ulbricht ging der Reihe nach vor, wobei er mitunter Personal- und Strukturentscheidungen miteinander verknüpfte. Das zeigte sich etwa bei der Neuordnung des MfS 1957, als er einen lang schwelenden Streit mit Wollweber zum Anlass nahm, um den amtierenden Minister für Staatssicherheit zu demontieren und eine grundsätzliche Richtungsänderung in der Arbeit der ostdeutschen Geheimpolizei durchzusetzen[1026]. Während Wollweber für seine Position in der SED-Führung keine nennenswerte Unterstützung finden konnte, wusste Ulbricht den Stellvertretenden MfS-Minister Mielke sowie den Sekretär der Sicherheitskommission des ZK, Erich Honecker, hinter sich. Damit war der Ausgang des Konflikts quasi entschieden: Das Politbüro beschloss am 9. Februar 1957, den Staatssicherheitsdienst noch enger an die SED

[1024] Auszug aus der Rede Ulbrichts auf der 30. Tagung des ZK der SED am 30. 1. 1957, in: Hoffmann/Schmidt/Skyba (Hrsg.), Die DDR vor dem Mauerbau, S. 281–290, hier S. 282.
[1025] Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale, S. 520.
[1026] Engelmann/Schumann, Der Ausbau des Überwachungsstaates, S. 344.

zu binden. Ulbricht bekräftigte die neuen Aufgaben und Funktionen des MfS im Übrigen vor führenden Stasimitarbeitern am 26. April 1957[1027]. In der Folgezeit wurde Wollweber zum Rückzug gedrängt. Schließlich schickte ihn das Politbüro am 8. Oktober 1957 in Pension und begründete die Entscheidung mit einem Hinweis auf seine gesundheitlichen Probleme[1028]. Nachfolger im Amt des Ministers wurde Erich Mielke, der auf diesen Tag zielstrebig hingearbeitet hatte. Mit Beginn seiner Amtszeit expandierte der Sicherheitsapparat enorm: Nachdem die Anzahl der hauptamtlichen Mitarbeiter im Laufe des Jahres 1956 um 0,7 Prozent auf 14 764 leicht gesunken war[1029] und 1957 bei 14 442 lag, erhöhte sich die Gesamtzahl im Jahr 1958 bereits um rund neun Prozent und stieg in der Folgezeit weiter an[1030].

Auf dem 35. ZK-Plenum gelang es Ulbricht Anfang Februar 1958 endgültig, seine Gegenspieler auszuschalten und zu entmachten. Bezeichnenderweise war es Honecker, der die Aufgabe übernehmen durfte, mit den Kontrahenten abzurechnen. Schirdewan und Wollweber übten gemäß dem kommunistischen Ritual Selbstkritik. Anschließend wurden sie ihrer Ämter und Funktionen enthoben. Einen entsprechenden Beschluss hatte das Politbüro bereits am 11. Januar gefasst[1031]. Ziller, der für die anvisierten Wirtschaftsreformen stand, konnte nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden, da er bereits am 14. Dezember 1957 Selbstmord begangen hatte[1032]. Obwohl die genannten SED-Spitzenpolitiker Ulbrichts Herrschaftsstil kritisierten und für eine inhaltlich begrenzte Neuausrichtung der SED-Politik standen, war doch der Vorwurf der Gruppen- bzw. Fraktionsbildung aus der Luft gegriffen und ein nachträgliches Konstrukt des Ersten Sekretärs des ZK. Ihnen konnte eine Verschwörung nicht nachgewiesen werden.

Wie verhielt sich nun Grotewohl in diesem Machtkampf, bei dem das MfS akribisch belastendes Material sammelte? Nach Angaben Schirdewans hatte sich nach dem IV. SED-Parteitag im April 1954 ein freundschaftliches Verhältnis zwischen ihm und Grotewohl entwickelt, als sich beide einen Monat später beim Urlaub auf der Krim trafen und näher kennen lernten: „Ich hatte das Empfinden, dass sich bei Otto Grotewohl Vertrauen zu mir anbahnte. Wir gingen aufeinander zu. Für unsere beiden Familien war dieser Urlaub ein politischer und menschlicher Gewinn. Grotewohl bot mir seine Freundschaft an."[1033] Den gemeinsamen Aufenthalt am Schwarzen Meer hatte angeblich das ZK der KPdSU arrangiert. Nachdem beide Familien auf getrennten Wegen nach Moskau gekommen waren, flogen sie am 5. Mai gemeinsam auf die Krim[1034]. Der enge Kontakt zwischen den beiden Politbüromitgliedern war Ulbricht und dem MfS offensichtlich nicht entgangen. Auf einer Karteikarte, die Jahre später für einen Untersuchungsvorgang zu Heinz Brandt angelegt wurde, hielt der zuständige Stasimitarbeiter unter anderem fest,

[1027] Auszug aus der Rede Ulbrichts vor führenden Funktionären des MfS am 26. 4. 1957, in: Hoffmann/Schmidt/Skyba (Hrsg.), Die DDR vor dem Mauerbau, S. 290–294.
[1028] Engelmann, Ernst Wollweber, S. 205.
[1029] Gieseke, Die Hauptamtlichen Mitarbeiter, S. 176.
[1030] Engelmann/Schumann, Der Ausbau des Überwachungsstaates, S. 355.
[1031] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2/575, Bl. 1f., Protokoll der Politbürositzung am 11. 1. 1958.
[1032] In einem an Grotewohl gerichteten Abschiedsbrief hatte es Ziller abgelehnt, vor der Parteiführung Selbstkritik zu üben. Schirdewan, Aufstand gegen Ulbricht, S. 135f.
[1033] Schirdewan, Aufstand gegen Ulbricht, S. 97.
[1034] SAPMO-BArch, NY 4090/122, Bl. 56, Johanna Grotewohl am 7. 5. 1954 an ihren Vater.

dass Grotewohl an Geburtstagsfeiern von Schirdewan teilgenommen hätte[1035]. Rückblickend wurde außerdem noch kurz vermerkt, Grotewohl habe anfangs die Auffassungen Schirdewans geteilt, sei ihm aber später in den Rücken gefallen. Da von Grotewohl keine Selbstzeugnisse vorliegen, die den freundschaftlichen Kontakt belegen, sind wir auf die Erinnerungen Schirdewans angewiesen. Darüber hinaus liegen vereinzelt Briefe vor, die zumindest belegen, dass Schirdewan Informationen über Gespräche mit sowjetischen und westdeutschen Politikern an Grotewohl weiterleitete[1036].

Als Honecker im Oktober 1957 neue Hinweise über eine angeblich konspirative Gruppenbildung zwischen Schirdewan und Ziller vorlagen[1037], zog sich die Schlinge um den Hals der Opponenten Ulbrichts immer mehr zu. Auf der entscheidenden Politbürositzung am 11. Januar 1958 versuchte Grotewohl noch zu retten, was nicht mehr zu retten war. Er befand sich offenbar in einer Zwickmühle, denn sein enges und gutes Verhältnis zu Schirdewan konnte er nicht mehr leugnen. Während sich die Mehrheit der Politbüromitglieder demonstrativ auf die Seite Ulbrichts stellte und eine Erklärung Schirdewans nicht akzeptieren wollte, ging Grotewohl einer klaren Entscheidung erneut aus dem Weg. Statt dessen begann er zu lavieren: „Ich habe von Anfang an Zurückhaltung geübt. Ich bin der Meinung, dass man in dieser Angelegenheit biegen muss und nicht brechen."[1038] Anschließend erklärte er, dass er noch nicht in der Lage sei, eine eigene Stellungnahme zur Erklärung Schirdewans abzugeben. Er versuchte sich mit dem Hinweis auf die bevorstehende Reise nach Moskau Ende Januar[1039] zu retten: Vorher dürfe die Personalie nicht entschieden werden[1040]. Im weiteren Verlauf der Politbürositzung richtete Matern schwere Angriffe gegen Schirdewan, dem er vorwarf, ein Lügner zu sein[1041]. Dabei deutete er ohne nähere Belege an, Schirdewan habe sowjetischen Instrukteuren Informationen gegeben, die unrichtig gewesen seien. Gleichzeitig stellte er Wollweber bloß, indem er dem ehemaligen Minister für Staatssicherheit unterstellte, er habe Schirdewan im eigenen Ministerium als „kommende[n] Mann" in der Partei propagiert. Nach längerer Diskussion einigte sich das Politbüro darauf, das Präsidium des ZK der KPdSU zu bitten, eine Delegation des SED-Politbüros zu empfangen, um einige Fragen abzuklären, wie das Protokoll lakonisch

[1035] BStU, MfS, Karteikarte Otto Grotewohl zum Untersuchungsvorgang Heinz Brandt.

[1036] Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/301, Bl. 32f., Schirdewan am 26.6.1956 an Grotewohl. In der Anlage des Briefes befinden sich ein Informationsbericht des ZK der KPdSU über die Stellungnahme der SPD zur sowjetischen Außenpolitik sowie ein Bericht über ein Treffen mit dem Hamburger FDP-Vorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Willi Max Rademacher am 25.6.1956 in Ost-Berlin, der eine Reise des Parteivorsitzenden Dehler nach Moskau vorbereiten wollte. Ebenda, Bl. 34–39.

[1037] BStU, MfS, SdM, Bd. 2580, Bl. 18–22, handschriftliche Aktennotiz Honeckers vom 11.10.1957. BStU, MfS, SdM, Bd. 2377, Bl. 6–9, handschriftlicher Bericht von Generalmajor Otto Lust vom 20.10.1957.

[1038] BStU, MfS, SdM, Bd. 2580, Bl. 2–9, hier Bl. 4, Verlaufsprotokoll der Politbürositzung am 11.1.1958. Erstmals veröffentlicht ohne Quellenangaben bei: Schirdewan, Aufstand gegen Ulbricht, S. 211–218.

[1039] Eine SED-Delegation reiste am 28.1. nach Moskau und kehrte am 31.1.1958 wieder zurück. SAPMO-BArch, NY 4090/10, Bl. 307–371, hier Bl. 313f., Taschenkalender Grotewohls von 1958.

[1040] BStU, MfS, SdM, Bd. 2580, Bl. 2–9, hier Bl. 5, Verlaufsprotokoll der Politbürositzung am 11.1.1958.

[1041] Ebenda, Bl. 7.

vermerkte[1042]. Ohne Absicherung in Moskau wollte man Schirdewan offenbar nicht abservieren. Grotewohl regte eine Ergänzung an, die sofort angenommen wurde: „Sollte das Präsidium des ZK der KPdSU den Wunsch äußern, eine Delegation nach Berlin zu entsenden, so ist das Politbüro des ZK der SED auch damit einverstanden." Schirdewan und Oelßner stimmten vergeblich gegen die personelle Zusammensetzung der Delegation, denn sie waren explizit ausgeschlossen und konnten sich somit im Kreml nicht selber verteidigen[1043]. Grotewohl konnte mit seiner völlig halbherzigen Vorgehensweise den Entscheidungsprozess nicht mehr aufhalten: Am Ende der Sitzung stimmte das Politbüro über einen Antrag ab, der die Amtsenthebung Schirdewans vorsah. In der Antragsbegründung stand, er habe versucht, die Parteiführung zu zersetzen. Gegen den Antrag stimmten nur Schirdewan, Oelßner und Grotewohl. Damit war das politische Schicksal Schirdewans entschieden.

Ob Grotewohl zu diesem Zeitpunkt noch die Hoffnung hatte, der Angelegenheit in Moskau eine andere Wendung geben und seinen Verbündeten im Politbüro retten zu können? Der Diskussionsverlauf des 35. ZK-Plenums legt die Vermutung nahe, dass sich Ulbricht in der sowjetischen Hauptstadt die Unterstützung Chruschtschows für sein Vorgehen gegen Schirdewan, Oelßner und Wollweber holen konnte. Bereits im Vorfeld der Moskaureise Ende Januar 1958 hatte der Erste Sekretär des ZK der SED drei Schreiben an Chruschtschow gerichtet, in denen er seine Position in der Auseinandersetzung klarstellte und damit die Entscheidungsfindung im Kreml beeinflussen wollte[1044]. In Moskau fiel eine Vorentscheidung zugunsten Ulbrichts: Obwohl der Erste Sekretär des ZK der KPdSU Schirdewan „als guten Kommunisten" schätzte und Kritik am Verhalten Ulbrichts äußerte, war Chruschtschow doch nicht bereit, im innerparteilichen Konflikt Partei zu ergreifen[1045]. Damit hatte Ulbricht freie Hand, der anders als 1953 nicht auf die tatkräftige Unterstützung der sowjetischen Führung angewiesen war. Es war ihm nämlich gelungen, seine potentiellen Gegenspieler der Reihe nach auszuschalten und eine Fronde im Politbüro zu verhindern, die sich nach dem niedergeschlagenen Volksaufstand in der DDR nur für einen kurzen Zeitraum abgezeichnet hatte. Vor diesem Hintergrund stimmte Grotewohl auf dem 35. Plenum der SED in die Kritik an den sogenannten Abweichlern mit ein und machte dabei eine traurige Figur, denn er bekannte sich zum überarbeiteten Beschluss über die Funktionsenthebung Schirdewans, den er offensichtlich sogar mitverfasst hatte[1046]. In seinem Redebeitrag vor den versammelten ZK-Mitgliedern übernahm der DDR-Ministerpräsident den entscheidenden Vorwurf, den Ulbricht schon zuvor gegenüber den Abweichlern erhoben hatte: „Eine solche Fraktionsbildung braucht gar nicht immer einen klaren und zielbewussten Ausgang zu haben, sondern sie ergibt sich aus

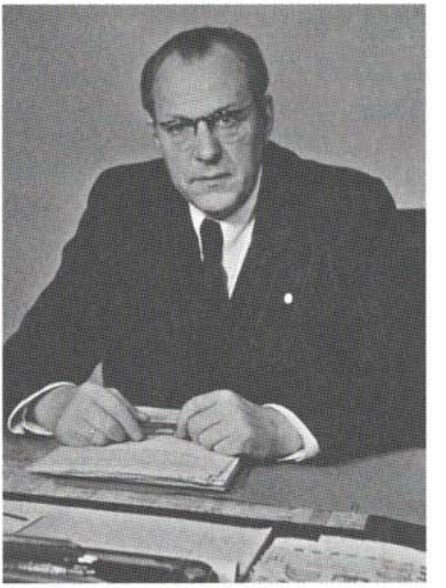
[1042] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2/575, Bl. 1f., Protokoll der Politbürositzung am 11.1.1958.
[1043] Delegationsmitglieder waren Ulbricht, Grotewohl, Matern, Stoph, Ebert und Neumann. Ebenda.
[1044] Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale, S. 508, 510 und 517.
[1045] SAPMO-BArch, NY 4090/699, Bl. 150, handschriftliche Notizen Grotewohls (o.D.). Erstmals zitiert bei: Amos, Politik und Organisation der SED-Parteizentrale, S. 518.
[1046] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/192, Bl. 153–163, hier Bl. 160, Redebeitrag Grotewohls auf der 35. Tagung des ZK der SED (3.–6.2.1958).

diesen Zusammenhängen."[1047] Anschließend versuchte er Schirdewan in Widersprüche zu verwickeln: „Und Du stellst Dich hin und sagst: Den Vorwurf der Fraktionsbildung kann ich nicht anerkennen; aber dann bist Du so unlogisch und sagst hinterher: Aber den Beschlussantrag des Politbüros halte ich für gerechtfertigt und ich bitte, entsprechend zu entscheiden."[1048] Grotewohl ging wieder einmal davon aus, dass er Spekulationen über einen Machtkampf mit Ulbricht entgegentreten müsste. Deshalb signalisierte er, für die Einheit der Partei weitere Zugeständnisse machen zu wollen, indem er sich dem Machtanspruch Ulbrichts völlig unterordnete. Er machte aber auch deutlich, dass ihm dieser Schritt viel Kraft abverlangte: „Wir sind ja kein Freundschaftsverein, der hier, weil dem einen oder anderen die Nase gefällt, so schön zusammensitzt, sondern weil wir Vertreter der deutschen Arbeiterklasse sind und weil wir bestimmte Auffassungen über unsere Aufgaben haben"[1049].

Der Ausgang des innerparteilichen Machtkampfes blieb auch dem Westen nicht verborgen. So warnte der FDP-Bundesvorsitzende Dr. Reinhold Maier davor, dass Gespräche mit Ost-Berlin in dieser Situation als „Aufweichung" angesehen werden könnten[1050]. Maier nutzte die Gelegenheit, um zum Angriff gegen Dehler und die sogenannten Jungtürken im nordrhein-westfälischen Landesverband vorzugehen, die der Adenauerschen Außen- und Deutschlandpolitik äußerst kritisch gegenüberstanden[1051]. Damit spielte er unter anderem auf die berühmte Bundestagssitzung vom 24. Januar 1958 an, in der unter anderem Dehler mit Adenauer als Außenpolitiker abgerechnet hatte. Ihm und den Düsseldorfer Liberalen warf der FDP-Bundesvorsitzende vor, mit einer gegen den Bundeskanzler gerichteten Konfrontationsstrategie gescheitert zu sein. Deutsch-deutsche Kontakte auf höchster politischer Ebene rückten somit in weite Ferne. Doch in Ost-Berlin war es Ulbricht wichtiger, seine Position innerhalb der SED-Führung endgültig abzusichern, als auf die Folgen für die SED-Deutschlandpolitik Rücksicht zu nehmen.

[1047] Ebenda, Bl. 154.
[1048] Ebenda, Bl. 160.
[1049] Ebenda, Bl. 161.
[1050] Sitzung des FDP-Bundesvorstandes unter Teilnahme von zahlreichen Mitgliedern der Bundestagsfraktion am 1. 3. 1958, in: FDP-Bundesvorstand. Sitzungsprotokolle 1954–1960, S. 341–357, hier S. 348.
[1051] Engelmann, Brüchige Verbindungen, S. 60f.

Otto Grotewohl und Hans Tzschorn vor dem Amtssitz des Ministerpräsidenten am 11.3.1950; Quelle: BArch, Bild 183-4365.



Otto Grotewohl 1950; Quelle: SAPMO-BArch, Bild Y10-790-77.

Otto und Johanna Grotewohl auf der II. SED-Parteikonferenz (9.–12.7.1952); Quelle: SAPMO-BArch, Bild Y10-499-83.

Otto Grotewohl besucht das Walzwerk in Hettstedt am 26. 5. 1956; Quelle: SAPMO-BArch, Bild Y10-849-77, Foto: H. Noack.

V. Repräsentant des anderen Deutschland

1. Deutschlandpolitische Visionen und Selbsttäuschungen

Vom Grotewohl-Brief zu den Stalin-Noten

Bereits vor der DDR-Gründung war die deutsche Frage für Grotewohls politisches Selbstverständnis von zentraler Bedeutung gewesen. Zusammen mit dem Wunsch nach der Vereinigung der bis 1945 gespaltenen Arbeiterbewegung stellte die Sehnsucht nach der Einheit des Vaterlandes einen wichtigen Antriebsfaktor für sein politisches Handeln in der zweiten deutschen Diktatur dar. Dabei war seine Einheitsrhetorik in den ersten Nachkriegsjahren durchaus ernst gemeint, wie seine im Juni 1946 vor dem SED-Parteivorstand entwickelte Magnettheorie beweist. Er schien davon überzeugt gewesen zu sein, dass sich die Überlegenheit des ostdeutschen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, dem der Westen Deutschlands nichts entgegenzusetzen habe, mittel- und langfristig zeigen werde. Es war daher nicht nur Regierungspolitik, sondern entsprach auch seiner persönlichen Überzeugung, wenn Grotewohl in der Regierungserklärung am 12. Oktober 1949 einen Alleinvertretungsanspruch für ganz Deutschland erhob[1]. Wie sein westdeutscher Gegenspieler, Bundeskanzler Adenauer, bezeichnete er die Wiedervereinigung Deutschlands als das wichtigste politische Ziel der von ihm geführten Regierung. Die in den ersten Nachkriegsjahren eingeleiteten Umwälzungsmaßnahmen, wie z. B. die Bodenreform und die Enteignung der Schwerindustrie, standen nicht zur Disposition. Im Gegenteil: Für die SED-Führung, deren Mitglieder sich als deutsche Patrioten fühlten[2], waren Einheit und Sozialismus keine Gegensätze, sondern untrennbar miteinander verbunden. Die politische Entwicklung in Europa und Asien verstärkte die Illusion: Vor dem Hintergrund der Umwälzung in Osteuropa nach 1945 und der kommunistischen Erfolge in China 1949 und Korea 1950 gingen Grotewohl, Pieck und Ulbricht davon aus, dass die Verwirklichung des Sozialismus in einem noch zu schaffenden Gesamtdeutschland nur eine Frage der Zeit sei. Deshalb kam für sie eine Wiedervereinigung unter Preisgabe der „antifaschistisch-demokratischen Ordnung" nicht in Frage.

Die Deutschland- und Außenpolitik war jedoch nicht alleinige Angelegenheit der SED, da die Sowjetunion aufgrund des 1948 an Schärfe zunehmenden Kalten Krieges eigene Interessen verfolgte, denen sich die ostdeutsche Einheitspartei unterzuordnen hatte. Moskau machte die Vorgaben, denen sich die SED anpassen

[1] In seiner Biographie behauptet Jodl, dass sich die SED-Führung unmittelbar nach der DDR-Gründung nicht mit der Wiedervereinigungsthematik beschäftigt habe und erst von Stalin beim Besuch in Moskau im Mai 1950 auf die Dringlichkeit hingewiesen werden musste. Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 217.

[2] Lemke, Einheit oder Sozialismus?, S. 48. Lemke weist zu Recht darauf hin, dass das von der SED proklamierte Ziel der Einheit Deutschlands zumindest bis Anfang der fünfziger Jahre nicht nur ein Lippenbekenntnis war. Anders dagegen: Scholtyseck, Die Außenpolitik der DDR, S. 6.

musste[3]. Obwohl die Deutschlandpolitik von Moskau und Ost-Berlin prinzipiell eine Einheit bildeten[4], waren die Interessen der sowjetischen Besatzungsmacht und der ostdeutschen Einheitspartei doch keineswegs deckungsgleich. Trotz der Abhängigkeit von der östlichen Hegemonialmacht ergaben sich also für die Ost-Berliner Genossen durchaus Handlungsspielräume, die sie teilweise zu nutzen wussten.

In der SED-Westpolitik hatte Grotewohl bis ungefähr Mitte der fünfziger Jahre eine wichtige Funktion, denn er sollte die deutschlandpolitische Propaganda Ost-Berlins glaubhaft nach außen vertreten. Für diese Aufgabe war er geeigneter als beispielsweise Ulbricht, der im Westen nicht präsentabel schien. Mit Hilfe einer Volksfrontstrategie wollte die SED-Führung im Übrigen Bündnispartner in Westdeutschland gewinnen. Ihre Politik zielte deshalb nicht nur auf die Gewerkschaften in der Bundesrepublik und die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien, sondern auch auf neutralistische und sogar nationalistische Gruppierungen sowie Einzelpersönlichkeiten. Als wichtiger Brückenkopf fungierte die KPD. Außerdem deutet vieles darauf hin, dass der ehemalige Vorsitzende des Zentralausschusses der SPD von Anfang an wie kein anderer in der SED-Führung für die Deutschlandpolitik des Kreml von großer Bedeutung war. Das zeigte sich nicht nur bei der Zwangsvereinigung von SPD und KPD, sondern auch im Kontext der deutschlandpolitischen Initiativen des Kreml. Darüber hinaus bestand offensichtlich ein negativer Zusammenhang zwischen der Rolle des ersten Ministerpräsidenten im politischen System der DDR und der Deutschland- und Außenpolitik: In dem Maße, in dem Grotewohl im Verlauf der fünfziger Jahre an Einfluss in der SED-Führung verlor, wandte er sich der Deutschland- und Außenpolitik immer mehr zu. Welche deutschlandpolitischen Positionen vertrat er? Konnte er der SED-Deutschlandpolitik seinen Stempel aufdrücken?

Vor der Volkskammer formulierte Ministerpräsident Grotewohl am 12. Oktober 1949 die Essentials der DDR-Außenpolitik, nachdem der Redeentwurf zuvor von der SKK abgesegnet worden war[5]. Bei der Analyse fallen vor allem drei Schwerpunkte auf, welche die Grundkoordinaten der ostdeutschen Auswärtigen Politik bildeten. Im Mittelpunkt stand erstens der erklärte Wille zur „Wiedererlangung der Einheit Deutschlands und seiner Souveränität auf demokratischer und friedlicher Grundlage“ [6]. Dabei entwarf Grotewohl ein nationales Feindbild, denn er grenzte die DDR dezidiert von der Bundesrepublik ab und schob den Westmächten die Schuld für die deutsche Teilung zu: „Der von den Westmächten ins Leben gerufene Separatstaat ist die Vollendung der Spaltung Deutschlands, die von den imperialistischen Westmächten seit Jahr und Tag mit Beharrlichkeit betrieben wurde.“ Es folgte zweitens das Bekenntnis zum Potsdamer Abkommen, das von den ehemaligen Kriegsverbündeten Moskaus eklatant verletzt worden sei. Der Ministerpräsident übernahm den sowjetischen Standpunkt in dieser Frage und nannte als Beispiele die Truman-Doktrin sowie den Marshall-Plan. Dem schloss sich drit-

[3] Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 87.
[4] Lemke, Einheit oder Sozialismus?, S. 47.
[5] Lemke, Prinzipien und Grundlagen der Außenbeziehungen der DDR, S. 246.
[6] Regierungserklärung Grotewohls vom 12.10.1949, in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. I, S. 19–37, hier S. 20.

tens das Ziel der Friedenssicherung an, wobei auch hier die Interessen des Kreml sehr stark durchschimmerten: „Der Weg des Friedens, den die Regierung zu gehen entschlossen ist, enthält auch die Anerkennung der uns auferlegten Reparationsverpflichtungen, den Kampf gegen den Geist des Faschismus und Militarismus und deren organisatorische Wiederbelebung, die Errichtung eines demokratischen Staatswesens und die Herstellung friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern der Erde."[7] Das ausgesprochene Angebot zur Aufnahme friedlicher Beziehungen zu allen Staaten relativierte Grotewohl aber durch weitere Angriffe auf den Westen: „Die Entwicklung unseres deutschen demokratischen und friedlichen Staates wird am stärksten behindert von den imperialistischen Westmächten, die die Spaltung Deutschlands [...] vorwärtsgetrieben haben."[8] Gleichzeitig kontrastierte er die noch nicht abgeschlossene Westbindung der Bundesrepublik mit der Ostorientierung der DDR und entwarf ein Freund-Feind-Schema, mit dem er die sowjetische Hegemonialmacht verherrlichte: „Wir haben das Glück, uns in diesem Kampf auf das große Lager des Friedens in der Welt stützen zu können", das von der Sowjetunion angeführt werde, „die eine andere Politik als die Politik des Friedens weder kennt noch kennen kann"[9]. Mit dieser Rede versuchte Grotewohl, sowohl den Schulterschluss zur Sowjetunion zu demonstrieren als auch die Eigenständigkeit der DDR-Außenpolitik zu betonen.

Nachdem der Ministerpräsident in seiner Volkskammerrede wichtige deutschland- und außenpolitische Themen angesprochen hatte, hielt er sich in den nachfolgenden Monaten mit weiteren diesbezüglichen Äußerungen zunächst auffallend zurück[10]. Stattdessen konzentrierte er sich auf öffentliche Auftritte mit stark repräsentativem Charakter. So hielt er auf der Leipziger Frühjahrsmesse am 6. März 1950 eine Rede, in der er ein düsteres Bild der westdeutschen Wirtschaft entwarf und erneut den Westmächten und der Bundesregierung die Schuld an der Spaltung des Landes zuschob[11]. Wenige Wochen später empfing er eine westdeutsche Delegation aus Arbeitern und Handwerkern, um die Verbundenheit mit der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik zu demonstrieren[12]. Bei einer Festveranstaltung im Haus der Kultur der Sowjetunion unterstrich Grotewohl am 1. Juni 1950 die herausragende Bedeutung des einen Tag zuvor beendeten ersten Deutschlandtreffens der Jugend in Berlin für die SED-Propagandamaschinerie. Mit dieser sorgfältig inszenierten Großveranstaltung, die nach Angaben der Organisatoren insgesamt

[7] Ebenda, S. 25.
[8] Ebenda, S. 26.
[9] Ebenda, S. 28.
[10] In seiner Volkskammerrede am 9. 8. 1950 bekannte sich Grotewohl unter Verweis auf das Potsdamer Abkommen zum Ziel, die wirtschaftliche Einheit Deutschlands wieder herzustellen. Erklärung Grotewohls in der 18. Sitzung der Provisorischen Volkskammer am 9. 8. 1950, in: DzD. II/3 (veröffentlichte Dokumente), S. 274-277. Der eigentliche Anlass für seine Rede war die Intervention der westlichen Hohen Kommissare, die einer Verlängerung des Frankfurter Abkommens zum innerdeutschen Handel zwar prinzipiell zustimmten, gleichzeitig aber darauf bestanden, dass die DDR ihrerseits Restriktionen im Berlin-Verkehr aufgab. Fässler, Durch den „Eisernen Vorhang", S. 118.
[11] SAPMO-BArch, NY 4090/147, Bl. 29-67, Rede Grotewohls über die „deutsche Volkswirtschaft und die Nationale Front des Demokratischen Deutschland".
[12] SAPMO-BArch, NY 4090/653, Bl. 74-90, Protokoll über Empfang einer westdeutschen Delegation von Arbeitern und Handwerkern am 19. 5. 1950.

1,25 Millionen Zuschauer besuchten[13], knüpfte die SED sowohl an sowjetische Vorbilder als auch an traditionelle Mobilisierungsstrategien der deutschen Jugendbewegung an[14]. Der Ministerpräsident bezeichnete die zahlreichen westdeutschen Jugendlichen, die an dem Treffen teilgenommen hatten, als „Sauerteig in der Verfolgung der Ideen der Nationalen Front im Westen unseres Vaterlandes"[15]. Auf der SED-Landesdelegiertenkonferenz in Berlin bezeichnete er das Deutschlandtreffen als einen „moralisch politische[n] Gewinn für das ganze deutsche Volk"[16] und gab deutlich zu verstehen, was die SED-Führung mit solchen Veranstaltungen bezweckte: Sie sollten nicht nur ein Bekenntnis zur DDR sein, sondern auch eine Massenbewegung in Westdeutschland initiieren, um die Westintegration zu verhindern und die Vereinigung Deutschlands unter den Vorzeichen der SED zu erreichen. Grotewohl, der von den unmittelbar positiven Auswirkungen des Deutschlandtreffens ernsthaft überzeugt war, stellte sogar einen kausalen Zusammenhang zwischen dem medialen Großereignis in Ost-Berlin und dem Abschluss von Handelsabkommen mit Bulgarien, Polen, Ungarn und der ČSR her, und lobte dabei sich selber: „Ich bin mir bewusst, dass es auch einige gegeben hat, die diese richtigen Schlussfolgerungen aus dem Deutschlandtreffen gezogen haben, zum Beispiel unser Politbüro und unsere Regierung, die innerhalb von drei Wochen aus dem großartigen politischen Triumph unserer Jugend ein ganzes System von Freundschaftsverträgen gemacht hat. Genossen, ich glaube, wir dürfen sagen: ohne das Deutschlandtreffen wäre die schnelle Verwirklichung dieses großen Vertragswerkes noch nicht möglich gewesen."[17] Dabei verschwieg der ostdeutsche Ministerpräsident jedoch, dass insbesondere die Beziehungen der DDR zu den unmittelbaren Nachbarstaaten im Ostblock (Polen und ČSR) unter enger sowjetischer Aufsicht standen und sogar von Moskau vorangetrieben wurden[18].

Unmittelbar nach Gründung der DDR bereitete die SED-Führung neue Propagandaoffensiven gegenüber Westdeutschland vor und mobilisierte ihre Bataillone. Im Anschluss an den III. Parteitag im Juli 1950 veranstaltete die SED-Führung eine Konferenz in der Berliner Staatsoper, zu der eine Gastdelegation der KPD eingeladen wurde. Dort sollten die westdeutschen Kommunisten publikumswirksam neue Direktiven für den Kampf in der Bundesrepublik erhalten. Zunächst mussten sich die Gäste aber einige kritische Worte von Grotewohl gefallen lassen, der ihnen eine Abweichung von der politischen Linie der SED vorwarf. Der Ministerpräsident betrieb Ursachenforschung, als er weiter erklärte: „Ich glaube, es kommt aus einer fehlerhaften fünfjährigen Entwicklung im Westen Deutschlands. Wahrscheinlich hat diese ganze politische Atmosphäre bei Euch auch die Basis der Arbeit verändert und verschoben, ich glaube, nicht zum Besten verschoben und

[13] Skyba, Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko, S. 93.
[14] Mählert/Stephan, Blaue Hemden – Rote Fahnen, S. 80.
[15] SAPMO-BArch, NY 4090/149, Bl. 1–17, hier Bl. 16, Rede Grotewohls im Haus der Kultur der Sowjetunion am 1. 6. 1950.
[16] SAPMO-BArch, NY 4090/149, Bl. 107–117, hier Bl. 109, Referat Grotewohls auf der SED-Landesdelegiertenkonferenz am 1. 7. 1950.
[17] Ebenda, Bl. 110.
[18] Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 104.

verändert, sondern zum Nachteil."[19] Deshalb rief er die KPD-Vertreter auf, den Arbeitsstil in der Parteiorganisation eingehend zu überprüfen. Anschließend kam er auf die geplante Unterschriftenaktion zur Abhaltung gesamtdeutscher Wahlen zu sprechen und erteilte den anwesenden westdeutschen Kommunisten Nachhilfe in der bevorstehenden Agitationsarbeit. Der Ministerpräsident empfahl in dem Zusammenhang, einprägsame Begriffe zu besetzen, und nannte als Beispiele die Friedenssicherung, die die KPD in der Öffentlichkeit mit der Unterschriftenaktion verbinden sollte. Breiten Raum nahm in Grotewohls Rede auch der Umgang mit der SPD ein, denn die Einheit der Arbeiterklasse sei die Voraussetzung für die Einheit Deutschlands[20]. Hier vermutete der ostdeutsche Ministerpräsident den stärksten Wiederstand gegen die SED-Propagandaoffensive. Deshalb sprach er sich für ein differenziertes Vorgehen gegenüber der Sozialdemokratie aus, bei der zwischen Parteiapparat und Parteibasis unterschieden werden müsse. Im Rahmen der Unterschriftenkampagne sollten insbesondere die sozialdemokratischen Arbeiter gewonnen werden, um so die SPD-Führung unter Druck setzen zu können. Grotewohl besaß wie die übrigen Politbüromitglieder ein dichotomes Weltbild, das sich auch bei der Einschätzung der westdeutschen SPD bemerkbar machte: Während die Parteimitglieder offen seien für die Einheitskampagnen der SED, hätten die sozialdemokratischen Funktionäre „eine alte, fast versteinerte Vorstellung"[21]. Dabei verwies der Ministerpräsident auf seinen eigenen biographischen Werdegang nach 1945: „Ich bin zwar mit restloser Überzeugung von der Notwendigkeit der Einheit der deutschen Arbeiterklasse mit Wilhelm Pieck zusammen an die Frage der Einheit der deutschen Arbeiterklasse herangegangen, aber wenn ich heute sagen wollte, dass mir dabei eine vollkommen klare ideologische Plattform geholfen hätte, müsste ich lügen. Das hat viel Arbeit bedurft, um mich davon freizumachen." Mit seinen Attacken auf die SPD-Führung schlüpfte Grotewohl in der Propagandaschlacht der SED freilich immer mehr in die Rolle eines Kronzeugen, der gegen seine früheren Parteigenossen aussagte und den vermeintlichen Irrweg der SPD deutlich machte. Der sich zuspitzende Ost-West-Konflikt schlug sich auch in der Sprache nieder: Einen Monat später bezeichnete er den SPD-Vorsitzenden sogar als „Kettenhund" der „amerikanischen Kriegstreiber"[22].

Die SED-Führung steuerte nicht nur die politischen Aktivitäten der KPD im Rahmen der geplanten Unterschriftenaktion, sondern traf auch Entscheidungen zur personellen und organisatorischen Entwicklung der Partei. So besprach das Politbüro im Beisein des KPD-Vorsitzenden Max Reimann dessen Referat für eine Parteivorstandssitzung und machte verbindliche Verbesserungsvorschläge[23]. Darüber hinaus erhielt der westdeutsche Kommunistenführer den Auftrag, einen offenen Brief an die SPD-Mitglieder zu richten, in dessen Mittelpunkt „die Herstellung der Einheitsfront im Kampf um den Frieden und die Aktionseinheit der

[19] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/261, Bl. 69, Stenographische Niederschrift über die Konferenz der Gastdelegation der KPD am 25.7.1950 in der Staatsoper Berlin.
[20] Ebenda, Bl. 73.
[21] Ebenda, Bl. 75.
[22] SAPMO-BArch, NY 4090/151, Bl. 148–156, hier Bl. 149f., Begrüßungsansprache Grotewohls auf dem 3. FDGB-Bundeskongress am 30.8.1950.
[23] Protokoll der Politbürositzung am 12.9.1950, in: DzD. II/3 (unveröffentlichte Dokumente), S. 980–984, hier S. 980.

Kommunisten, Sozialdemokraten in den Betrieben, Gewerkschaften und Massenorganisationen" stehen sollte[24]. Damit griffen Pieck, Grotewohl und Ulbricht Pläne auf, die bereits kurz nach der Zwangsvereinigung 1946 entwickelt worden waren, und die nun für den Kampf gegen die Westintegration und Wiederbewaffnung der Bundesrepublik aus der Schublade gezogen wurden. Außerdem war laut Politbüroprotokoll vorgesehen, Sozialdemokraten, die gegen Schumacher opponierten, zu Aussprachen und Studienfahrten in die DDR einzuladen, allerdings erst nach sorgfältiger Vorbereitung und Überprüfung. Eine Woche später setzte das Politbüro eine Kommission „zur Herstellung der Aktionseinheit in Westdeutschland" ein[25], die unter anderem den Entwurf einer KPD-Entschließung sowie eine programmatische Rede des KPD-Vorsitzenden ausarbeiten sollte, um die Vorbehalte der KPD-Mitglieder gegenüber der SPD abzubauen: „Diese Rede muss unter anderem den Durchbruch im Kampf gegen das Sektierertum innerhalb der KPD bringen."[26] Um der geplanten Aktionseinheit einen Schritt näherzukommen, beschloss das Politbüro, in der zweiten Oktoberhälfte eine Konferenz von rund 1 000 ausgewählten westdeutschen Betriebsarbeitern und Gewerkschaftern einzuberufen, bei der die „gesamtdeutsche Politik der deutschen Arbeiterklasse" im Zentrum stehen sollte[27]. Auf der Konferenz, die schließlich am 21. Oktober in Ost-Berlin stattfand, beantwortete Wilhelm Pieck Fragen westdeutscher Delegierter, die zuvor von einer Kommission vorbereitet worden waren[28]. Bei der Auswertung der Aktionseinheits-Konferenz entschied sich die SED-Führung dafür, das Protokoll mit den Fragen und Antworten Piecks sowie dem Schlusswort Grotewohls „so schnell wie möglich" als Broschüre in einer Auflage von zunächst 100 000 Exemplaren zu drucken und mit Hilfe der KPD-Ortsvereine unter den SPD-Mitgliedern zu verteilen[29].

Sechs Wochen nach den Volkskammerwahlen startete die SED ihre erste große deutschlandpolitische Kampagne, die sich gegen die drohende Bewaffnung der Bundesrepublik richtete. Mit dieser Aktion sollte außerdem Einfluss genommen werden auf die Gespräche der vier Siegermächte über die Zukunft Deutschlands. Der sogenannte Grotewohl-Brief, den der ostdeutsche Ministerpräsident am 30. November 1950 an Bundeskanzler Konrad Adenauer richtete, schlug konkret die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern beider deutscher Staaten vor. Dieser sollte wiederum die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung vorbereiten. Der DDR-Regierungschef griff einen Vorstoß der am 20./21. Oktober in Prag tagenden Konfe-

[24] Ebenda, S. 982.
[25] Protokoll der Politbürositzung am 19. 9. 1950, in: DzD. II/3 (unveröffentlichte Dokumente), S. 1018–1020. Der Kommission gehörten Otto Grotewohl, Walter Ulbricht, Franz Dahlem, Rudolf Herrnstadt, Max Reimann, Herbert Warnke und Erich Honecker an.
[26] Ebenda, S. 1020.
[27] Die Konferenz sollte sich zu 50 Prozent aus sozialdemokratischen Mitgliedern und Funktionären, 25 Prozent Kommunisten sowie 25 Prozent christlichen, parteilosen und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zusammensetzen. Ein entsprechendes Einladungsschreiben sollte von den beiden SED-Vorsitzenden unterzeichnet werden. Politbürobeschluss vom 3. 10. 1950, in: DzD. II/3 (unveröffentlichte Dokumente), S. 1051 f., hier S. 1052.
[28] SAPMO-BArch, NY 4090/638, Bl. 89–165, Konferenzprotokoll.
[29] Anlage Nr. 2 zum Protokoll der Politbürositzung vom 31. 10. 1950, in: DzD. II/3 (unveröffentlichte Dokumente), S. 1096 f.

renz der Außenminister der UdSSR und ihrer osteuropäischen Verbündeten auf, die eine Reaktion auf die New Yorker Außenministerkonferenz der drei Westmächte Mitte September darstellte. Damit fügte sich der Grotewohl-Brief nahtlos in die sowjetische Gesamtstrategie ein[30]. Der offene Brief war also von Seiten Moskaus initiiert und allem Anschein nach von Ulbricht aufgesetzt worden. In einem kurzen Begleitschreiben erklärte der Generalsekretär dem Ko-Vorsitzenden der SED, der sich vom 17. November bis zum 2. Dezember 1950 im Erholungsurlaub befand[31]: „In der Anlage übermittle ich Dir den Brief, der heute hier vereinbart wurde."[32] Die Veröffentlichung sollte offensichtlich rasch erfolgen, da die Rückkehr Grotewohls nicht abgewartet werden konnte: „Es ist möglich, dass die [sowjetischen] Freunde noch Änderungen vorschlagen. Bitte mache Deine Bemerkungen und gib Deine Blanko-Unterschrift für den endgültigen Text." In seinem Brief[33] griff Grotewohl geschickt weit verbreitete Friedens- und Wiedervereinigungssehnsüchte auf und präsentierte sich als Fürsprecher einer vermeintlich großen Mehrheit in der deutschen Bevölkerung: „Das deutsche Volk ist tief beunruhigt über die Bedrohung seiner nationalen Interessen durch die imperialistischen Kräfte."[34] Um den Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat Wirklichkeit werden zu lassen, schlug der ostdeutsche Ministerpräsident vorbereitende Gespräche vor, an denen von jeder Seite jeweils sechs Vertreter teilnehmen sollten[35].

Obwohl der DDR insgesamt der große Durchbruch verwehrt blieb, den die SED-Führung im Übrigen aber auch nicht erwartet hatte, gelang es damit, Unsicherheit im Bonner Regierungslager zu erzeugen. Im ‚Spiegel' rief Rudolf Augstein Regierung und Opposition dazu auf, die scheinbar ausgestreckte Hand Grotewohls zu ergreifen und auf das Angebot einzugehen[36]. Bei den Kabinettsmitgliedern schossen die Spekulationen über die Hintergründe der Aktion ins Kraut: Während Vizekanzler Franz Blücher (FDP) ein abgekartetes Spiel zwischen Ost-Berlin und Kurt Schumacher vermutete, ordnete der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Jakob Kaiser (CDU) den offenen Brief als Bestandteil der sowjetischen Propagandaoffensive ein[37]. Der Bundeskanzler, der eine Rückkehr zu den Vier-Mächte-Konferenzen befürchtete, die den Aufbau einer westlichen Verteidigungsgemeinschaft unter westdeutscher Beteiligung verzögert hätte[38], wollte sich dagegen erst nach einer Besprechung mit der SPD-Opposition zur Sache äußern. Im Kabinett

[30] Lemke, Einheit oder Sozialismus?, S. 134.
[31] SAPMO-BArch, NY 4090/9, Bl. 331–404, hier Bl. 383–385, Kalender Grotewohls für 1950.
[32] Schreiben Ulbrichts vom 28.11.1950 an Grotewohl, in: DzD. II/3 (unveröffentlichte Dokumente), S. 1129.
[33] Das Politbüro plante frühzeitig einen Brief ähnlichen Inhalts, den die Volkskammer an den Bundestag richten sollte. Nach Angaben Ulbrichts wartete Volkskammerpräsident Johannes Dieckmann (LDPD) auf eine solche Initiative. SAPMO-BArch, NY 4182/1091, Bl. 32f., Ulbricht am 1.12.1950 an Grotewohl.
[34] BAB, DC 20/2332, Grotewohl am 30.11.1950 an Adenauer.
[35] Den offenen Brief übergab ein Sonderkurier Grotewohls, Otto Gotsche, am 1.12.1950 im Bonner Bundeskanzleramt Ministerialdirektor Dr. Hans Globke. BAK, B 137/17541, Vermerk (o.D., o.Verf.). Das bestätigte auch Gotsche in der Retrospektive. SAPMO-BArch, SgY 30/0291, Erinnerungen Otto Gotsche, Bl. 87.
[36] Gallus, Die Neutralisten, S. 118.
[37] Aus der Aufzeichnung des Bundesministers für Verkehr Hans Christoph Seebohm (DP) über die Kabinettssitzung am 5.12.1950, in: DzD. II/3 (unveröffentlichte Dokumente), S. 1141f.
[38] Ausführlicher dazu: Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg, S. 832f.

konnte er am 5. Dezember immerhin erreichen, dass zunächst eine rasche Klärung mit den Hohen Kommissaren herbeigeführt werden sollte. Das war ein geschickter Schachzug: Aufgrund seines exklusiven Zugangs zu den auf dem Petersberg residierenden obersten Vertretern der drei Westmächte in Deutschland konnte er die vertraulichen Gespräche in seinem Sinne führen, ohne auf die Befindlichkeiten der übrigen Regierungsmitglieder direkt Rücksicht nehmen zu müssen. Das Bundeskabinett beschäftigte sich noch mehrere Male mit der Angelegenheit: So berief Adenauer am 11. Dezember 1950 eine Sondersitzung des Bundeskabinetts ein, in der er ausführlich zur außenpolitischen Lage Stellung nahm, wie das Sitzungsprotokoll kurz und ohne weitere Angaben festhielt[39]. Im Mittelpunkt stand natürlich der Grotewohl-Brief, der auch Thema der Kabinettssitzung am 21. Dezember war[40]. Mit den Hohen Kommissaren war sich Adenauer schließlich in der Gesamteinschätzung einig: „Im ganzen genommen muss also dieser Grotewohl-Brief mit allem Drum und Dran ernster genommen werden, als man ursprünglich annahm."[41] Der Bundeskanzler erzielte auf dem Petersberg nicht nur den erhofften Schulterschluss mit den westlichen Vertretern, sondern erhielt von diesen auch den nötigen Handlungsspielraum für weitere Sondierungen, um die Ernsthaftigkeit des Ost-Berliner Angebots in Erfahrung zu bringen. Adenauer erklärte sich bereit, den Text seines Antwortschreibens vorab den Hohen Kommissaren zur Kenntnis zu geben, da er „größten Wert darauf [legte], mit [i]hnen konform zu gehen"[42]. Seine größte Sorge bestand wie bereits erwähnt darin, dass die vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs über die deutschen Köpfe hinweg eine Einigung über die Zukunft Gesamtdeutschlands erzielen könnten. In dem Fall sah er die Westbindung der jungen Bundesrepublik in Gefahr. Deshalb drängte er auch auf den raschen Abschluss der Westverträge[43].

Während einige Regierungsmitglieder in Bonn durch die SED-Offerte zeitweilig ins Wanken gerieten, konnte sich Adenauer in dieser heiklen Situation auf den westdeutschen Oppositionsführer verlassen, der in deutschlandpolitischen Fragen eng mit Herbert Wehner zusammenarbeitete und sich von diesem eingehend beraten ließ[44]. In einer Ansprache, die an die DDR-Bevölkerung gerichtet war, bezog Schumacher Stellung zum Grotewohl-Brief und nahm dabei kein Blatt vor den Mund: „Wenn man das Wesen der Dinge erkennen will, dann muss man sagen, es

[39] Notiz der Sondersitzung der Bundesregierung am 11. 12. 1950, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Bd. 2: 1950, S. 879.

[40] Protokoll der Kabinettssitzung am 21. 12. 1950, in: Ebenda, S. 914.

[41] Wortprotokoll des Gesprächs zwischen Adenauer und den drei Hohen Kommissaren am 14. 12. 1950, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 1: Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 299–313, hier S. 302. Bereits einige Tage zuvor hatte der amerikanische Hohe Kommissar John Mc Cloy Adenauer mitgeteilt, dass es sich bei dem Grotewohl-Brief „um eine hochpolitische Angelegenheit handele, die sorgfältiger Prüfung bedürfe". Aus der Aufzeichnung über die Unterredung zwischen Adenauer und Mc Cloy am 10. 12. 1950, in: DzD. II/3 (unveröffentlichte Dokumente), S. 1152–1155, hier S. 1153.

[42] Wortprotokoll des Gesprächs zwischen Adenauer und den drei Hohen Kommissaren am 14. 12. 1950, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 1: Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 299–313, hier S. 306.

[43] Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg, S. 835f.

[44] Leugers-Scherzberg, Die Wandlungen des Herbert Wehner, S. 117f.; Meyer, Herbert Wehner, S. 166.

gibt gar keinen Grotewohlsbrief, es gibt nur eine briefliche Aktion der russischen Außenpolitik. Der Unterschreiber hätte ebenso gut Meier, Müller oder Schulze heißen können. Besser und ehrlicher wäre allerdings ein russischer Name gewesen."[45] In der ihm eigenen, unnachahmlichen Art und Weise wies er den Vorstoß mit drastischen Worten zurück. Das Angebot sei keine Einladung an die Deutschen, sich zu deutschen Interessen zu bekennen, sondern vielmehr der Versuch, außenpolitische Interessen der Sowjetunion zu verfolgen: „Die Deutschen werden aufgefordert, politisch Russen zu sein." Der SPD-Vorsitzende unterstrich, dass es die Einheit Deutschlands nur auf der Grundlage „der persönlichen und staatsbürgerlichen Freiheit und Gleichheit" geben könne, und verwies dabei auf die Einheitslistenwahlen in der DDR vom 15. Oktober 1950. Im ‚Sozialdemokratischen Pressedienst' schrieb Schumacher am 27. Dezember 1950: „Jedermann in Deutschland muss wissen, dass dieser Grotewohl-Brief kein Angebot andersdenkender Deutscher im Osten unseres Landes an die demokratischen Kräfte in der Deutschen Bundesrepublik ist. Der Grotewohl-Brief ist erdacht und geschrieben in Moskau."[46] Die SPD-Bundestagsfraktion bestätigte den Kurs ihres Vorsitzenden und sprach sich einmütig dafür aus, auf den offenen Brief nicht zu antworten, da eine Anerkennung der DDR-Regierung unter allen Umständen vermieden werden sollte[47]. Gleichzeitig trat sie aber für eine Erklärung des Bundeskanzlers ein, „in der vor dem eigenen Volk und vor der Welt festgestellt wird, dass die Bundesregierung und der Bundestag als erste und stets von neuem die Initiative zur Einigung Deutschlands ergriffen haben und dass bisher von Seiten der Ostzonenregierung und der Sowjets auf diese Erklärung keine Antworten gegeben worden sind"[48]. Die Reaktion auf das Angebot aus Ost-Berlin zeigte, dass CDU und SPD in der Deutschlandpolitik noch an einem Strang zogen. Nachdem der erste Pulverdampf verzogen war und Adenauer die Unterstützung der im Bundestag vertretenen Parteien eingeholt hatte, antwortete der Bundeskanzler der SED-Führung am 15. Januar 1951 in einer Pressekonferenz[49]. Dabei ging er nicht auf Details ein, sondern forderte freie Wahlen in der DDR, politische Freiheiten für die ostdeutsche Bevölkerung und die Auflösung der Kasernierten Volkspolizei, die unter anderem ein Anlass für die westdeutschen Wiederbewaffnungspläne war[50]. Damit konterte er den ostdeutschen Vorstoß und zeigte sich unbeeindruckt von dem Angebot.

Welche Schlussfolgerungen zog die SED-Führung aus der Diskussion über den Grotewohl-Brief in der Bundesrepublik? Nachdem das Politbüro bereits am 5. De-

[45] AdsD, Bestand Kurt Schumacher, Mappe 53, Broschüre des SPD-Parteivorstands mit dem Titel: „Einheit in Freiheit. Dr. Kurt Schumacher gibt Grotewohl die Antwort" (o. D.).

[46] DzD. II/3 (veröffentlichte Dokumente), S. 479–481, hier S. 480.

[47] Protokoll über die SPD-Fraktionssitzung am 9. 1. 1951, in: Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1953. 1. Halbband, S. 225–229, hier S. 225.

[48] Parlamentarisch-Politischer Pressedienst vom 9. 1. 1951. Zitiert nach: Protokoll über die SPD-Fraktionssitzung am 9. 1. 1951, in: Ebenda, S. 225, Anm. 1.

[49] Auf Wunsch der SPD und nach Rücksprache im Kabinett sprach sich Adenauer schließlich dagegen aus, im Bundestag eine Regierungserklärung abzugeben. Protokoll der Kabinettssitzung vom 12. 1. 1951, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Bd. 4: 1951, S. 69.

[50] Lemke, Einheit oder Sozialismus?, S. 138. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen hatte eine gemeinsame Erklärung von Bundesregierung und Bundestag in Erwägung gezogen. BAK, B 137/1053, Bemerkungen und Gedanken der Abt. I/2 zum Grotewohl-Brief vom 2. 1. 1951, S. 3.

zember 1950 zahlreiche Maßnahmen zur „Popularisierung" des Grotewohl-Briefes beschlossen hatte[51], registrierten die SED-Spitzenpolitiker mit Wohlwollen die Irritationen, die die Offerte in Bonn ausgelöst hatte. Dabei ging man offensichtlich davon aus, dass Mitglieder der Bundesregierung Kontakt zu Regierungskreisen in Ost-Berlin aufnehmen könnten, um Geheimgespräche zu führen[52]. Im ‚Neuen Deutschland' versuchte Grotewohl am 24. Dezember 1950 den Druck auf Adenauer zu erhöhen und kritisierte das Verhalten der Bundesregierung, keine direkten Gespräche mit der DDR führen zu wollen. Die formale Begründung, die westdeutsche Regierung verfüge über kein Außenministerium und könne deshalb gar keinen Kontakt zu Vertretern ausländischer Staaten aufnehmen, wischte er geschickt vom Tisch: „Was ist das für ein Standpunkt? Die Deutsche Demokratische Republik ist kein Ausland, sondern ein Teil Deutschlands. Niemand in der Welt kann Deutschen aus dem Westen oder Osten unseres Vaterlandes verbieten, Gespräche und Verhandlungen über deutsche Fragen miteinander zu führen, überall in der Welt verhandeln sogar die Vertreter unterschiedlicher Völker miteinander."[53] Gleichzeitig pfiff der ostdeutsche Ministerpräsident seinen Außenminister zurück, denn Dertinger hatte in einem Interview mit einem niederländischen Journalisten angeblich Verständnis für die Position Bonns gezeigt[54]. Dabei verwies Grotewohl auf seine im Ministerrat bereits Anfang Dezember 1950 geäußerte Bitte, die Regierungsmitglieder sollten sich zum Thema nicht in der Öffentlichkeit äußern. Auch das Politbüro ermahnte die SED-Funktionäre zur Zurückhaltung: „Es sollen von unseren Genossen in der gegenwärtigen Situation keinerlei Interviews über den Grotewohl-Brief und sonstige politische Fragen gegeben werden."[55] Der Maulkorberlass sollte sicherstellen, dass die Ost-Berliner Partei- und Staatsspitze in der Öffentlichkeit als politische Einheit wahrgenommen wurde. Unterschiedliche Auffassungen, geschweige denn kontroverse Diskussionen sollten unter allen Umständen vermieden werden. Auf diese Weise versuchte die SED den Eindruck zu vermitteln, nur der Westen sei sich in der Einheitsfrage nicht einig. Deshalb beschloss das Politbüro auch die Intensivierung der Briefkampagne und gab letztlich grünes Licht für ein Schreiben des Volkskammerpräsidenten Johannes Dieckmann an seinen Bonner Amtskollegen Hermann Ehlers (CDU), das an die noch ausstehende Beantwortung des Grotewohl-Briefes erinnerte[56]. Nicht nur die SED, sondern auch Karlshorst waren von einem Achtungserfolg der Offerte überzeugt. Nach einem Gespräch mit der SKK-Spitze hielt Pieck in seinen Notizen fest:

[51] Aus dem Protokoll der Politbürositzung vom 5.12.1950, in: DzD. II/3 (unveröffentlichte Dokumente), S. 1142–1146.

[52] Vermerk für den DDR-Ministerpräsidenten vom 16.12.1950., in: DzD. II/3 (unveröffentlichte Dokumente), S. 1177f. Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung dementierte knapp zwei Wochen später, dass es zu einem Treffen zwischen Adenauer und Grotewohl im Haus von Bischof Dibelius in Berlin kommen würde. Pressemitteilung Nr. 1077/50 vom 29.12.1950, in: DzD. II/3 (veröffentlichte Dokumente), S. 482.

[53] DzD. II/3 (veröffentlichte Dokumente), S. 474–477, hier S. 476.

[54] Grotewohl am 27.12.1950 an Dertinger, in: DzD. II/3 (unveröffentlichte Dokumente), S. 1189. Erstmals zitiert bei: Lemke, Einheit oder Sozialismus?, S. 136f.

[55] Aus dem Protokoll der Politbürositzung vom 30.12.1950, in: DzD. II/3 (unveröffentlichte Dokumente), S. 1194.

[56] Dieckmann am 30.12.1950 an Ehlers, in: DzD. II/3 (veröffentlichte Dokumente), S. 482f.

„Bundestag wird nicht nein sagen"[57]. Auf der anderen Seite blieben die Erwartungen aber realistisch, da Hinhaltemanöver der westdeutschen Regierung als Reaktion auf die Kampagne vermutet wurden: „Mit Kniffen der Bundesregierung rechnen".

Der Grotewohl-Brief war aber nicht nur eine an die Bundesregierung gerichtete Offerte, sondern auch ein Appell an die westdeutsche Bevölkerung. Nachdem die Aktion durch die offizielle Antwort Adenauers weitgehend gescheitert war, konzentrierte die SED-Führung ihre Bemühungen immer mehr darauf, die Einwohner Westdeutschlands zu gewinnen, um so Druck auf die Bonner Regierung ausüben zu können. Bei einer Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach hatten im Dezember 1950 immerhin 49 Prozent der Interviewten auf die Frage, ob Adenauer auf das Angebot Grotewohls eingehen sollte, mit ja geantwortet, 27 Prozent mit nein, 14 Prozent waren unentschlossen und zehn Prozent vertraten keine Meinung[58]. Pieck, Grotewohl und Ulbricht versuchten also die in der Bundesrepublik weit verbreitete „Ohne-mich-Haltung" auszunutzen und die pazifistische Karte auszuspielen. Einen Anlass bot Mitte März 1951 das Pariser Treffen von führenden Regierungsvertretern der vier Siegermächte, die eine Tagesordnung für eine Außenministerkonferenz vorbereiten wollten. Mit dem Appell „Deutsche an einen Tisch"[59] startete die ostdeutsche Einheitspartei eine neue deutschlandpolitische Propagandaoffensive und forderte die Durchführung einer Volksbefragung[60]. In einer Volkskammerrede fuhr Grotewohl schweres Geschütz gegen den Bundeskanzler auf, dem er vorwarf, sich über die Interessen Deutschlands hinwegzusetzen: „Während so von unserer Seite alles getan wurde, um die Hoffnung unseres Volkes auf Frieden und Einheit in die Wirklichkeit umzusetzen, zeigt es sich immer deutlicher, dass Dr. Adenauer überhaupt nicht daran denkt, den Willen des deutschen Volkes in irgendeiner Weise zu respektieren."[61] Ausführlich ging der ostdeutsche Ministerpräsident auf die Pläne für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag ein, um erneut die Vasallenfunktion Adenauers zu unterstreichen: Er sei derjenige, „der auf amerikanischen Befehl die Remilitarisierung Westdeutschlands mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln vorantreibt"[62]. In dem Zusammenhang warnte Grotewohl vor einem Kollaps der westdeutschen Wirtschaft, da die Wiederaufrüstung nicht nur mit Preissteigerungen und Steuererhöhungen verbunden sei, sondern auch den Niedergang der für den zivilen Bedarf produzierenden Wirtschaftszweige zur Folge habe. Anschließend lehnte er Adenauers Forderungen vom 15. Januar 1951 ab und verglich die Vorgehensweise des Bundeskanzlers mit der Hitlers beim Einmarsch in Österreich 1938 oder – unter Verdrehung der Tatsachen – mit dem angeblichen Angriff Südkoreas auf Nordkorea 1950: „Adenauer fordert die Unterwerfung Ostdeutschlands unter die Gesetzgebung

[57] Notizen Piecks über eine Besprechung mit Tschujkow und Semjonow am 21.2.1951, in: Badstübner/Loth (Hrsg.), Wilhelm Pieck, S. 361.
[58] Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Bd. 4: 1951, S. XXXV, Anm. 78.
[59] So der Titel der Regierungserklärung Grotewohls vom 30.1.1951, in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. II, S. 305–319, hier S. 305.
[60] Lemke, Einheit oder Sozialismus?, S. 142f.
[61] Regierungserklärung Grotewohls in der Volkskammer am 14.3.1951, in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. II, S. 320–341, hier S. 322.
[62] Ebenda, S. 326.

des Petersbergs und der Bundesrepublik, das heißt die Ausdehnung der Diktatur der USA-Kriegstreiber und der verwerflichen Adenauerpolitik über ganz Deutschland. [...] Aber die Methode Adenauers und Schumachers ist dieselbe wie die Hitlers und haargenau dieselbe wie die der Li-Syng-Man-Clique in Korea bei der Vorbereitung der Aggression auf die Nordkoreanische Volksrepublik."[63] Grotewohls Angriffe auf den Bundeskanzler entsprachen der vom Politbüro vorgegebenen Linie: Das Führungsgremium der Partei hatte kurz vor der 4. ZK-Tagung Mitte Januar beschlossen, mit der Losung „Fort mit Adenauer" zu reagieren und zunächst keine offizielle Stellungnahme zur Erklärung des westdeutschen Regierungschefs abzugeben[64].

Ost-Berlin ließ Bonn nicht zur Ruhe kommen. Nachdem sich die SED-Führung anfangs geweigert hatte, auf die westdeutsche Forderung nach Durchführung freier Wahlen einzugehen, modifizierte die DDR-Regierung ihre Position und erklärte schließlich auf Veranlassung Moskaus ihr grundsätzliches Einverständnis[65]. Das Politbüro hielt sich allerdings ein Hintertürchen offen und betonte, dass die Wahlen nur auf der Grundlage gesamtdeutscher Beratungen stattfinden könnten. Fragen des Wahlrechts und insbesondere des Wahlmodus standen nunmehr im Mittelpunkt der deutsch-deutschen Debatte. Die ostdeutsche Kampagne wurde am 1. September 1951 mit einem offenen Brief des ZK der SED an die Mitglieder und Funktionäre von SPD und KPD eröffnet; Ziel war es, einen Keil zwischen Parteibasis und SPD-Spitze zu treiben[66]. Im Mittelpunkt der Angriffe standen nun Schumacher und der neue Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Christian Fette. In einem begleitenden Aufruf erklärte Grotewohl: „Wer wie Schumacher die ‚offensive Verteidigung nach Osten' fordert, wer wie Christian Fette den Schumanplan und den militärischen Beitrag Deutschlands zum Kriegsblock des Atlantikpaktes anerkennt, kann nicht die Forderungen der werktätigen Menschen in Deutschland nach Frieden und einem menschenwürdigen Leben vertreten. Die Politik Schumachers und Fettes bedeutet Krieg, Tod und Vernichtung."[67] Vor den Volkskammerabgeordneten, die überstürzt an einem Sonnabend einberufen wurden[68], erneuerte Grotewohl am 15. September den Aufruf an die westdeutsche Regierung, in gemeinsame Gespräche über die Einheit des Landes einzutreten. Dabei äußerte er sich unter anderem zur Frage gesamtdeutscher Wahlen, denen gegenüber er sich bereits bei seiner Regierungserklärung vom 14. März aufgeschlossen gezeigt hatte. Das bedeutete zunächst aber nur die Zustimmung zu deutsch-deutschen Konsultationen über die Durchführung freier, allgemeiner, gleicher, geheimer und direkter Wahlen in ganz Deutschland[69]. Die DDR-Regierung folgte allem Anschein nach einem sowjetischen Richtungswechsel, denn sie beharrte nicht mehr auf der Bildung eines Gesamtdeutschen Rates und schlug ei-

[63] Ebenda, S. 330.
[64] Lemke, Einheit oder Sozialismus?, S. 138.
[65] Wettig, Die Note vom 10. März 1952, S. 174.
[66] Dokumente der SED. Bd. III, S. 552–564.
[67] Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. II, S. 413–416, hier S. 415f.
[68] Lemke, Einheit oder Sozialismus?, S. 181.
[69] Regierungserklärung Grotewohls vom 15. 9. 1951, in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. II, S. 444–464, hier S. 461.

nen vergleichsweise moderaten Ton an. Der ostdeutsche Regierungschef hielt die Betätigungsfreiheit aller demokratischen Parteien in ganz Deutschland für genauso selbstverständlich wie die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen „unter völlig gleichen Bedingungen". Während er zum Wahlverfahren keine Angaben machte, sprach er sich explizit gegen das Verbot kommunistischer Zeitungen in der Bundesrepublik aus. Allen demokratischen Organisationen müsse das Recht eingeräumt werden, „unbehelligt" ihre Kandidaten aufzustellen und Wahlgemeinschaften oder Wahlblocks zu bilden[70]. Grotewohl ließ allerdings die Frage offen, ob darunter auch die Massenorganisationen der DDR fielen.

Der neue Vorschlag löste im Bundeskabinett wilde Diskussionen aus. Während Adenauer dieses Mal die FDP geschlossen hinter sich wusste, deuteten Kaiser und der junge Franz Josef Strauß (CSU) Entgegenkommen gegenüber der DDR an[71]. Das Kalkül Ost-Berlins schien langsam aufzugehen. Doch am 27. September formulierte Adenauer 14 Grundsätze für die Abhaltung freier Wahlen, mit denen er neue Hürden für Ost-Berlin aufbaute, ohne aber die Grotewohl-Initiative ablehnen zu müssen[72]. Bei seiner Regierungserklärung, die er einen Monat später vor dem Bundestag hielt, griff der Kanzler auf Vorarbeiten des Königsteiner Kreises zurück, einer Initiative von geflohenen Politikern aus der SBZ/DDR unter Leitung des früheren thüringischen Ministerpräsidenten Hermann Brill, deren Tätigkeit vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen unterstützt wurde[73]. Auf dieser Grundlage verabschiedete der Bundestag schließlich eine Erklärung, der nur die KPD nicht zustimmte. Im Einzelnen schlug Adenauer vor, eine internationale Kommission unter Kontrolle der Vereinten Nationen zu bilden, die die Durchführung der gesamtdeutschen Wahlen kontrollieren sollte. Darauf ging Grotewohl in seiner Regierungserklärung am 10. Oktober jedoch nicht ein. Stattdessen signalisierte er zum wiederholten Male Gesprächsbereitschaft, wobei er aber Verhandlungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung anmahnte: „Wahlbestimmungen können natürlich nicht von der Bonner Regierung oder vom Bundestag diktiert werden, sondern sie müssen in freier gegenseitiger Vereinbarung festgelegt werden. [...] Wir sind bereit, über alle Fragen zu sprechen. Nicht eine einzige Frage wollen wir auslassen, über die wir nicht miteinander verhandeln könnten."[74]

Im Vorfeld der Volkskammerrede am 15. September 1951 versuchte die DDR-Regierung in der Bundesrepublik prominente Unterstützung für ihren deutschlandpolitischen Kurs zu finden. So war für den 16. Juli 1951 eine Unterredung zwischen Otto Grotewohl und Martin Niemöller geplant[75], einem der schärfsten innenpolitischen Kritiker des Bundeskanzlers. Der Termin war durch Vermittlung eines westdeutschen Journalisten vom Christlichen Nachrichtendienst (CND), dem Vorläufer der 1952 gegründeten Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA), zustande gekommen, der den ostdeutschen Ministerpräsidenten bei einer persön-

[70] Ebenda, S. 462.
[71] Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg, S. 881.
[72] Wettig, Die Note vom 10. März 1952, S. 175.
[73] Wöller, Der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung, S. 48f.
[74] Regierungserklärung Grotewohls vom 10. 10. 1951, in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. II, S. 509–527, hier S. 518f.
[75] SAPMO-BArch, NY 4090/157, Bl. 414, Notiz Tzschorns vom 13. 7. 1951.

lichen Unterredung um eine Konkretisierung seiner Vorstellungen zu gesamtdeutschen Wahlen gebeten hatte[76]. Daraufhin witterte Ost-Berlin Morgenluft, glaubte man doch, einen mächtigen Verbündeten in der Bundesrepublik bei der Bekämpfung der Adenauerschen Deutschlandpolitik gefunden zu haben. Offensichtlich beabsichtigte der Bruderrat der Evangelischen Kirche, eine Denkschrift über den vermeintlichen Verfassungsbruch der Bonner Regierung bei der geplanten Durchführung der Volksbefragung zu erstellen. Grotewohl erklärte gegenüber dem Emissär, dass er „einen solchen Schritt für die Klärung der staatsrechtlichen Verhältnisse im Westen Deutschlands nur begrüßen könne". Darüber hinaus war die SED verantwortlich für die Gründung der „Sozialdemokratischen Aktion" in der Bundesrepublik, mit der sozialdemokratische Anhänger gebunden werden sollten[77]. Erst 1952 gelang es der SPD, einen Gerichtsbeschluss beim Landgericht Frankfurt am Main zu erwirken, die es der kommunistischen Tarnorganisation untersagte, diesen Namen zu führen.

Dagegen blieb das Verhältnis des Politbüros zur westlichen Presse zwiespältig, da die Furcht der SED-Führung überwog, unangenehme Fragen zur DDR-Innenpolitik beantworten zu müssen. Ost-Berlin reagierte auf Interviewanfragen mit großer Vorsicht und beließ es oftmals bei einer kurzen schriftlichen Beantwortung. Bei den seltenen Gelegenheiten versuchte Ministerpräsident Grotewohl, die ostdeutsche Position in der Deutschlandfrage offensiv zu vertreten[78]. So antwortete er auf die Frage eines französischen Pressevertreters, ob ein vereinigtes Deutschland nicht eine Gefahr für Frankreich darstelle: „ein einiges militaristisches D.[eutschland] d.[er] Monopolkapitalisten immer, ein demokratisches entmilitarisiertes D.[Deutschland] nie". Ein englischer Journalist wollte wissen, ob die DDR-Regierung auch gegen die Wiederaufrüstung im eigenen Land eintrete. Daraufhin erteilte Grotewohl die lapidare und wahrheitswidrige Auskunft: „es gibt bei uns keine Aufrüstung." Auf die Nachfrage eines italienischen Kollegen, ob es sich bei der Volkspolizei nicht doch um eine Armee handele, antwortete der ostdeutsche Ministerpräsident mit einem deutlichen „nein" und verwies zur Begründung auf die in Westdeutschland aufgestellten Polizeieinheiten.

Auf den ersten Blick verfehlte der von Grotewohl in der Volkskammer vorgetragene Appell seine Wirkung in Bonn nicht, denn die Bundesregierung und der Bundestag beschäftigten sich intensiv mit dem ostdeutschen Vorstoß, der ganz gezielt nach dem Ende der Außenministerkonferenz in Washington lanciert wurde. Dort hatten die Westmächte über die Beteiligung der Bundesrepublik an einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft und die sich daraus ergebende Neuordnung der Rechtsbeziehungen zu Westdeutschland beraten. So diskutierte das Kabinett erstmals am 17. September 1951 über Grotewohls Vorschlag[79]. Einmütig stellten die Regierungsmitglieder fest, dass „unverzüglich" eine klärende Stellungnahme erfolgen müsse. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass sich an den von Ade-

[76] SAPMO-BArch, NY 4090/157, Bl. 411, Aktenvermerk Grotewohls vom 2. 7. 1951.
[77] Amos, Die Westpolitik der SED, S. 68.
[78] SAPMO-BArch, NY 4090/163, Bl. 290f., Fragen ausländischer Journalisten an Grotewohl und handschriftliche Kurzantworten Grotewohls vom 15. 12. 1951.
[79] Sondersitzung der Bundesregierung am 17. 9. 1951, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Bd. 4: 1951, S. 647–649, hier S. 648.

nauer am 15. Januar formulierten Bedingungen für die Abhaltung gesamtdeutscher Wahlen nichts geändert habe. Der deutsch-deutsche Wettstreit erreichte eine neue Stufe: Als die DDR-Führung die Ausarbeitung eines Wahlgesetzentwurfs ankündigte[80], konterte die Bundesregierung, die ebenfalls einen eigenen Entwurf vorlegen wollte[81]. Im Bundestag stimmten Regierungs- und Oppositionsparteien in der Einschätzung des Volkskammerappells zunächst noch überein. Die Sitzungsprotokolle des von Herbert Wehner (SPD) geführten Gesamtdeutschen Ausschusses sowie des von Carlo Schmid (SPD) geleiteten Auswärtigen Ausschusses zeigen, dass es im westdeutschen Parlament nach wie vor einen deutschlandpolitischen Konsens gab[82]. Während sich die SPD-Bundestagsfraktion in der Sache ruhig verhielt[83], kam verhaltene Kritik aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die sich am Stil der vorbereiteten Erklärung des Bundeskanzlers entzündete[84]. Die gemeinsame Front der im Bundestag vertretenen Parteien brach jedoch auseinander, als die Sozialdemokraten dem Wahlgesetzentwurf der Regierungsmehrheit ihre Zustimmung nicht geben wollten[85]. Gleichzeitig begann die Bundesregierung damit, sich gegen die östlichen Propagandaangriffe zur Wehr zu setzen. In einem Rundschreiben an die großen westdeutschen Interessenverbände wies das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen darauf hin, dass im Zusammenhang mit dem Volkskammerappell in erhöhtem Maße Propagandabriefe aus der DDR im Bundesgebiet aufgetaucht seien[86]. Die Briefe würden bei der Bevölkerung den Eindruck erwecken, dass es Grotewohl und die SED mit ihrem Angebot ehrlich meinten. Um die Vorschläge der Bundesregierung in der DDR-Bevölkerung zu verbreiten, regte das Bonner Ministerium an, dass Dienststellen, Firmen und Einzelpersonen von sich aus Adenauers Regierungserklärung und die SPD-Stellungnahmen ver-

[80] BAB, DC 20/3855, Bl. 52–64, Entwurf eines Wahlgesetzes „für die Durchführung Gesamtdeutscher Wahlen zur Nationalversammlung" (o. D.). An der Ausarbeitung durch eine vom Ministerrat eingesetzte Kommission war Grotewohl nicht beteiligt. Den Kommissionsvorsitz hatte im Übrigen Ulbricht. Ebenda, Bl. 45, Vermerk (o. Verf., o. D.). Der Entwurf, der sich inhaltlich am Weimarer Reichswahlgesetz vom 6. 3. 1924 orientierte, wurde vom gesamtdeutschen Ministerium mit dem Hinweis abgelehnt, dass er alle Möglichkeiten offenlasse, „die gesamtdeutschen Wahlen nach den Methoden der Volkskongresswahlen und der Terrorwahl vom 15. Oktober 1950 durchzuführen". BAK, B 137/1055, Stellungnahme (o. Verf., o. D.). Die Volkskammer beschloss das Wahlgesetz am 9. 1. 1952. Amos, Die Westpolitik der SED, S. 91.

[81] Kabinettssitzung am 12. 10. 1951, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Bd. 4: 1951, S. 696–699, hier S. 697.

[82] Vgl. Sitzungsprotokoll des Gesamtdeutschen Ausschusses vom 18. 9. 1951, in: Der Gesamtdeutsche Ausschuss. Sitzungsprotokolle 1949–1953, S. 214–218; Sitzungsprotokoll des Auswärtigen Ausschusses vom 26. 9. 1951, in: Der Auswärtige Ausschuss. Sitzungsprotokolle 1949–1953, S. 378–384.

[83] Protokoll der Fraktionssitzung am 26. 9. 1951, in: Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1957, S. 294.

[84] Protokoll der Fraktionssitzung vom 19. 9. 1951, in: Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1953, S. 446.

[85] Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg, S. 881.

[86] BAK, B 137/1053, Rundbrief des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen vom Oktober 1951. Das Schreiben war an folgende Empfänger gerichtet: DGB-Hauptvorstand, Hauptvorstand der Deutschen Angestelltengewerkschaft, Deutscher Beamtenbund, Katholische Arbeiterbewegung, Bundesverband der Deutschen Industrie, Deutscher Bauernverband, Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Industrie- und Handelstag, Vereinigung der Arbeitgeberverbände, Zentralverband des Deutschen Handwerks, Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Deutsches Industrie-Institut sowie Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister.

senden sollten. Dazu wurde den Lobbyisten ein eigens dafür vorbereitetes Flugblatt zugesandt.

Die SED-Führung hatte letztlich eine Abfuhr von Adenauer erhalten und musste umdenken. Auch der Versuch, die SPD zu spalten, war fehlgeschlagen. Schumacher blieb bei seiner klaren Haltung gegenüber Ost-Berlin und wusste die Partei in dieser Frage hinter sich. Deshalb konzentrierten sich Grotewohl, Pieck und Ulbricht in der Folgezeit darauf, mit Hilfe von gezielten Kampagnen Einfluss auf Bevölkerung und Publizistik in Westdeutschland zu nehmen. So erklärte der DDR-Ministerpräsident auf einer ZK-Tagung: „Gewiß haben wir für unsere gesamtdeutsche Beratung im Bundestag keinen Partner gefunden. Gewiß haben wir keinen Partner in der Regierung Adenauer gefunden. Aber wir haben einen Partner gefunden und das ist das Volk in Westdeutschland, das lebendig geworden ist, das jetzt das Wort genommen hat, um in dieser entscheidenden Frage zu sprechen."[87] Zunächst ging es dem Politbüro aber darum, in enger Abstimmung mit der SKK dem Westen die Schuld für die gescheiterte Offerte zu geben[88]. In einer öffentlichen Stellungnahme, die schließlich am 20. Oktober 1951 erfolgte, behauptete das ZK der SED: „Die Adenauer-Regierung denkt nicht an einen Friedensvertrag, sondern nur an Militarismus und Aufrüstung."[89] Als neue Zielgruppe nahm das Politbüro die westdeutschen Neutralisten ins Visier, mit denen man einen gemeinsamen Aufruf zur Bildung eines Ausschusses für die deutsche Einheit plante. Aus dieser äußerst heterogenen Gruppe[90] nannte Grotewohl gegenüber Semjonow insbesondere Niemöller, Heinemann und den früheren Reichskanzler Dr. Joseph Wirth[91]. Während sich der frühere Bundesinnenminister, der erst 1952 aus der CDU austrat und anschließend zu den Gründungsvätern der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) gehörte, den Umarmungsstrategien der SED beharrlich entzog[92], ließ sich Wirth von den deutschlandpolitischen Plänen Ost-Berlins vereinnahmen und reiste im Dezember 1951 für zwei Wochen nach Ost-Berlin. Dabei kam es am 12. Dezember zu einem Treffen in Grotewohls Amtssitz, an dem noch Franz Dahlem und Wilhelm Koenen teilnahmen[93]. In einem Strategiepapier stellte Dahlem nach der Unterredung große Übereinstimmung zwischen beiden Seiten fest. Für die SED-Führung kam Wirth eine Schlüsselfunktion zu, denn er sollte eine noch in Westdeutschland zu bildende Kommission zur Vorbereitung gesamtdeutscher Wahlen zur Nationalversammlung leiten. Hierbei verknüpften sich die Pläne für ein Wahlgesetz mit den Steuerungsbemühungen westdeutscher Prominenter, die im Juni 1952 zur Gründung der Deutschen Sammlung führten, aus der

[87] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/101, Bl. 161, Stenographische Niederschrift der 8. ZK-Tagung der SED (21.–23. 2. 1952).
[88] SAPMO-BArch, NY 4090/315, Bl. 324f., Grotewohl am 19. 10. 1951 an Semjonow.
[89] Entschließung des ZK der SED vom 20. 10. 1951, in: Dokumente der SED. Bd. III, S. 567–569, hier S. 567.
[90] Gallus, Die Neutralisten, S. 460.
[91] SAPMO-BArch, NY 4090/315, Bl. 324f., hier Bl. 325, Grotewohl am 19. 10. 1951 an Semjonow.
[92] Amos, Die Westpolitik der SED, S. 111.
[93] Gallus, Die Neutralisten, S. 255. Eine etwas verharmlosende Einschätzung der Ereignisse liefert dagegen: Hörster-Philipps, Josef Wirth, S. 736–756. Vgl. außerdem Herbstritt, Ein Weg der Verständigung?

wiederum im Mai 1953 der Bund der Deutschen hervorging[94]. Außerdem gelang es dem Politbüro, Wirth dazu zu bewegen, einen Brief an Bundespräsident Theodor Heuss aufzusetzen, der von Grotewohl und Dahlem begutachtet, nicht aber zensiert wurde[95].

Aus dem Treffen in Ost-Berlin entwickelte sich ein reger Briefverkehr zwischen Grotewohl und Wirth, der dem ostdeutschen Ministerpräsidenten einen Entwurf für einen im Westen noch zu publizierenden Aufruf zuschickte. Grotewohl bedankte sich in einem zuvorkommend gehaltenen Schreiben und erklärte: „Ihrem Wunsch entsprechend habe ich [...] einige Veränderungen in Ihrem Manuskript vorgenommen."[96] Ein weiteres Dokument des ehemaligen Reichskanzlers, das explizit auf den Rapallovertrag von 1922 Bezug nahm, war unter maßgeblicher Mitwirkung von Grotewohl und Ulbricht entstanden[97] und wurde von der SED-Führung als Sensation gefeiert[98]. Während Wirth noch Anfang 1952 darauf hoffte, das Politbüro werde einer UN-Kommission die Einreise in die DDR erlauben und damit den Weg frei machen für gesamtdeutsche Wahlen[99], hatte Grotewohl dieser Forderung bereits Anfang Dezember 1951 eine klare Abfuhr erteilt[100]. Diese ablehnende Haltung wiederholte der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Lothar Bolz im Übrigen auch vor dem Politischen Ausschuss der Vereinten Nationen[101]. Ohne Erfolg: Nachdem die Bundesregierung einen entsprechenden Antrag gestellt hatte, stimmte die Generalversammlung am 20. Dezember in Paris der Bildung einer UNO-Kommission mit 47 gegen sechs Stimmen und bei acht Enthaltungen zu[102]. Das daraufhin zusammengestellte Gremium setzte sich aus Vertretern Brasiliens, Islands, Pakistans, der Niederlande und Polens zusammen, wobei der östliche Nachbar der DDR die Mitarbeit sofort ablehnte. Mit diesem diplomatischen Erfolg hatte Bonn in der Öffentlichkeit die Propagandaoffensive der DDR erstmals zum Stehen gebracht.

Die Volkskammer stellte von Ende 1950 bis Anfang 1952 ein Forum dar, das Grotewohl dazu nutzte, um die deutschlandpolitischen Offensiven der SED-Führung zu präsentieren. Auf diese Weise sollte zum einen parteiübergreifende Geschlossenheit im ostdeutschen Scheinparlament demonstriert und zum anderen der westlichen Auffassung entgegengetreten werden, bei den Appellen handele es sich in erster Linie um ein abgekartetes Spiel Moskaus, bei dem die SED nur assistieren dürfe. Zu Beginn des Jahres 1952 zog der DDR-Ministerpräsident eine positive Bilanz der bisherigen Aktionen und rief zu weiteren Anstrengungen auf: „Das Jahr 1951 war das Jahr der Entfaltung des nationalen Bewusstseins und der nationalen Verantwortung im deutschen Volke."[103] Der Kampf um die Erringung der

[94] Gallus, Die Neutralisten, S. 256.
[95] Lemke, Die infiltrierte Sammlung, S. 200.
[96] SAPMO-BArch, NY 4090/665, Bl. 94, Grotewohl am 27. 12. 1951 an Wirth.
[97] SAPMO-BArch, NY 4090/665, Bl. 151, Grotewohl am 4. 1. 1952 an Wirth.
[98] Gallus, Die Neutralisten, S. 256f.
[99] SAPMO-BArch, NY 4090/665, Bl. 153, Wirth am 6. 1. 1952 an Grotewohl.
[100] SAPMO-BArch, NY 4090/654, Bl. 254f., Grotewohl am 8. 12. 1951 an den aus Mexiko stammenden Präsidenten der Vollversammlung der Vereinten Nationen, Dr. Luis Padilla Nervo.
[101] Ebenda, Bl. 256–280, hier Bl. 277, Wortlaut der Erklärung von Bolz am 9. 12. 1951 in Paris.
[102] Lemke, Einheit oder Sozialismus?, S. 190.
[103] Regierungserklärung Grotewohls vom 9. 1. 1952, in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. III, S. 5–30, hier S. 5.

nationalen Einheit habe zwar noch nicht den entscheidenden Erfolg gebracht, sei aber auch nicht vergeblich gewesen. Sein anschließender Appell richtete sich insbesondere an die vermeintlichen Bündnispartner der SED in Westdeutschland: „Die patriotischen Kräfte unseres Volkes müssen die Sache der deutschen Nation im Jahre 1952 noch mehr in ihre Hände nehmen."[104] Die DDR-Regierung war an ernsthaften Gesprächen mit der Bundesregierung nicht mehr interessiert. Grotewohl beschuldigte in der Regierungserklärung Adenauer vielmehr, „als Anwalt der amerikanischen imperialistischen Gewaltpolitik" aufzutreten[105]. Deshalb war eine Verständigung auf Regierungsebene so gut wie ausgeschlossen und der Gegensatz zwischen beiden Regierungschefs unüberbrückbar. Erneut warf er dem Bundeskanzler „Verrat am deutschen Selbstbestimmungsrecht" vor und kritisierte, dass Adenauer den Westmächten durch den Abschluss der Westverträge „unbefristet" und „unbegrenzt" die oberste Gewalt einräumen würde[106]. Dabei setzte sich Grotewohl über die Tatsache hinweg, dass die DDR noch nicht souverän, sondern von der Sowjetunion existentiell abhängig war. Am Ende seiner Rede präsentierte der Ministerpräsident das Gesetz für die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen zur Nationalversammlung, das die Volkskammer symbolträchtig in der ersten Sitzung des neuen Jahres verabschiedete, um die herausragende Bedeutung der deutschen Frage zu unterstreichen, die „die erste und zentrale Aufgabe" seiner Regierung nach wie vor sei. In dem Zusammenhang brachte er wieder eine paritätisch besetzte Kommission ins Spiel: Fünf westdeutsche und fünf ostdeutsche Vertreter sollten über das vorgelegte Wahlgesetz beraten und auf dieser Grundlage einen gemeinsamen Entwurf erarbeiten[107].

Bereits seit dem Sommer 1951 hatten die SED-Spitzenpolitiker und die SKK über die Präsentation eines Friedensvertrages beraten, wobei in dieser Frage wohl anfangs die ostdeutschen Einheitssozialisten die treibende Kraft gewesen waren[108]. Da der erhoffte Erfolg der deutschlandpolitischen Aktionen bis zu diesem Zeitpunkt ausgeblieben war, verfolgte Ost-Berlin die Absicht, Bonn mit Hilfe weiterer Aktivitäten erneut unter Druck zu setzen. Die Verhandlungen über den EVG-Vertrag befanden sich im Februar 1952 in einer kritischen Phase[109]. Um aus der deutschlandpolitischen Sackgasse herauszukommen, sollte eine Debatte über die Ausarbeitung eines Friedensvertrages angestoßen werden, der damit auch ein zusätzliches Instrument der SED-Propaganda darstellte. Ungefähr einen Monat nach der Regierungserklärung Grotewohls startete das Politbüro eine neue Kampagne, die mit der Sowjetunion abgestimmt war[110]. Im Namen der DDR-Regierung richtete Grotewohl am 13. Februar 1952 ein gleichlautendes Schreiben an die vier Siegermächte, in dem er dazu aufrief, den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen[111]. Mit Blick auf die Eingliederung der Bundesre-

[104] Ebenda, S. 5f.
[105] Ebenda, S. 7.
[106] Ebenda, S. 12.
[107] Ebenda, S. 29.
[108] Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 91.
[109] Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg, S. 906.
[110] Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 93.
[111] BAB, DC 20/15394, Bl. 1f., Grotewohl am 13. 2. 1952 an die Regierungen der UdSSR, USA, Großbritanniens und Frankreichs. Abgedruckt in: Dokumente zur Außenpolitik der Regie-

publik in die westliche Staatengemeinschaft erklärte der Ministerpräsident, die von ihm geführte Regierung werde „gegen jeden Versuch der Wiederbelebung des deutschen Militarismus entschieden kämpfen, der Deutschland in einen neuen Weltkrieg einzubeziehen droht". Bereits einen Tag später beschäftigte sich in Bonn der Bundestagsausschuss für gesamtdeutsche Fragen mit der neuen Initiative Grotewohls, die selbst den Ausschussvorsitzenden Wehner überrascht hatte[112]. Wehner durchschaute jedoch das Spiel der SED-Führung, denn er war davon überzeugt, dass damit „das Verlangen nach gesamtdeutschen Wahlen dem nach einem Friedensvertrag" untergeordnet werden sollte. Staatssekretär Franz Thedieck (CDU) vom gesamtdeutschen Ministerium sah im Appell Grotewohls an die vier Siegermächte sogar den Auftakt weiterer Maßnahmen, „mit denen vom Osten auch auf internationaler Ebene die politische Initiative wieder ergriffen" werden sollte. Die Bundesregierung nahm den Brief Grotewohls zur Kenntnis und bestand darauf, dass als erstes freie Wahlen zu einer Nationalversammlung stattfinden sollten, um eine gesamtdeutsche Regierung bilden zu können. Eine entsprechende Erklärung wurde im Kabinett am 14. Februar erörtert[113] und acht Tage später veröffentlicht[114].

Damit hatte Bonn den Vorstoß Ost-Berlins erneut abgeschmettert, was wiederum wütende Proteste der DDR-Regierung hervorrief. Grotewohl zeigte sich erbost über den Vorwurf der westdeutschen Regierung, die von ihm geleitete Regierung gebe eine deutsche Beteiligung an einer Friedenskonferenz auf und beuge sich somit einem Diktatfrieden: „Eine Regierung, deren Maßnahmen sich ausschließlich gegen das Leben und die Sicherheit der Nation richten, eine Regierung, die mit den Mitteln des brutalen politischen Terrors alle anders Denkenden einzuschüchtern und niederzudrücken sucht, eine Regierung, die dem Volke das elementare Recht der demokratischen Abstimmung verweigert, eine Regierung, die sich in vollkommenem Gegensatz zum deutschen Volk befindet, eine Regierung, die sich lediglich noch auf eine formale, tatsächlich aber längst nicht mehr vorhandene Mehrheit im Parlament berufen kann, hat kein Recht dazu, über 19 Millionen Deutsche und ihre Regierung anmaßend zu urteilen."[115] Die beiden deutschen Staaten sprachen in der öffentlich ausgetragenen deutschlandpolitischen Kontroverse zwar übereinander, aber nicht mehr miteinander. Da es die Bundesregierung mit Rückendeckung der SPD-Opposition stets abgelehnt hatte, direkten Kontakt zur DDR-Regierung aufzunehmen und Ost-Berlin dadurch aufzuwerten, wurden die Stellungnahmen zu den ostdeutschen Offerten im Bundestag bzw. auf Presse-

rung der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. I, S. 74f. Dem Beauftragten der Bundesregierung in Berlin, Heinrich Vockel, wurde eine Abschrift noch am selben Tag übergeben. BAB, DC 20/15394, Bl. 21, persönlicher Referent beim Chef der DDR-Regierungskanzlei (Rudolf Reimann) am 14.2.1952 an Grotewohl.

112 Sitzungsprotokoll des Gesamtdeutschen Ausschusses vom 14.2.1952, in: Der Gesamtdeutsche Ausschuss. Sitzungsprotokolle 1949–1953, S. 290–299, hier S. 291.

113 Protokoll der Sondersitzung der Bundesregierung am 14.2.1952, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Bd. 5: 1952, S. 107–109.

114 Protokoll der Kabinettssitzung vom 22.2.1952, in: ebenda, S. 119–126, hier S. 126.

115 SAPMO-BArch, NY 4090/165, Bl. 66–83, hier Bl. 71f., Rede Grotewohls auf der Kundgebung im Berliner Friedrichstadtpalast am 24.2.1952 aus Anlass des fünfjährigen Bestehens der VVN.

konferenzen verlesen oder an die sowjetische Besatzungsmacht adressiert[116]. Den zuletzt genannten Weg beschritt die Regierung Grotewohl mit dem Appell vom 13. Februar ebenfalls.

Während die Sowjetunion mit ihrer demonstrativ zur Schau gestellten Zurückhaltung den Eindruck zu zerstreuen suchte, sie lenke letztendlich die SED-Aktionen, nahm sie im Frühjahr 1952 das Heft selbst in die Hand. Mit der Stalin-Note, die am 10. März 1952 den Vertretern der drei Westmächte übergeben wurde, erreichte der Notenkrieg seinen vorläufigen Höhepunkt. Das sowjetische Außenministerium hatte bereits im Spätsommer 1951 erste Vorüberlegungen angestellt, zu denen allerdings der sowjetische Diktator noch keine Entscheidung getroffen hatte[117]. Im Vordergrund der keineswegs abgeschlossenen Planungen stand die Möglichkeit eines Friedensvertrages, bei dem das vereinigte Deutschland nach den sowjetischen Vorstellungen neutral sein sollte und auf die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Grenze endgültig verzichten musste. Darüber hinaus sollten im Innern alle demokratischen Parteien und Organisationen zugelassen werden. Das schloss die kommunistische Partei ein, während allen nazistischen Parteien und Organisationen die politische Betätigung untersagt war. Obwohl im wirtschaftspolitischen Teil des vagen Konzeptes die Zerrschlagung der Kartelle und die Fortsetzung der Wirtschaftsneuordnung ausdrücklich erwähnt wurden, war damit doch nicht automatisch die Forderung nach einer Sowjetisierung verbunden. Die einzelnen sowjetischen Vorschläge stellten kein reines Propagandainstrument dar und bildeten die inhaltliche Grundlage für die Stalin-Note, die für die SED-Führung überraschend kam. Moskau hatte den Notentext und den Veröffentlichungstermin offenbar nicht mit Ost-Berlin abgesprochen[118]. Wilhelm Pieck wurde erst am Abend vor der Veröffentlichung über den Inhalt der Note informiert[119], Otto Grotewohl erhielt sie erst am folgenden Tag[120]. Mit der Stalin-Note zog der sowjetische Diktator Pläne seines Außenministers aus der Tasche, die bereits ein halbes Jahr alt waren, und unterbreitete den Westalliierten den Entwurf eines Friedensvertrages, der mit einer gesamtdeutschen Regierung abgeschlossen werden sollte. Im Zentrum stand das Angebot eines vereinigten Deutschlands, das zwar eigene Streitkräfte besitzen, aber kein Militärbündnis eingehen durfte. Am 9. April folgte eine weitere Note, in der sich die Sowjetunion bereit erklärte, in Verhandlungen über die Abhaltung freier Wahlen in ganz Deutschland einzutreten, wobei jedoch eine vom Westen ins Spiel gebrachte Kontrolle durch eine UN-Kommission abgelehnt wurde.

[116] So erhielt die SKK über den amerikanischen Hohen Kommissar den Bonner Wahlgesetzentwurf für gesamtdeutsche Wahlen. SAPMO-BArch, NY 4090/654, Bl. 210, Semitschastnow am 26. 2. 1952 an Grotewohl. Bonn hatte die konsequente Nichtanerkennung der DDR auch mit dem Vorschlag, eine UNO-Kommission einsetzen zu lassen, praktiziert. Die entsprechenden Schriftwechsel leitete die SKK an Grotewohl weiter. BAB, DC 20/6875, Bl. 6, Tschujkow am 27. 2. 1952 an Grotewohl.

[117] Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 92.

[118] Lemke, Einheit oder Sozialismus?, S. 207.

[119] Notizen Piecks über Besprechung am 9. 3. 1952, in: Badstübner/Loth (Hrsg.), Wilhelm Pieck, S. 381.

[120] BAB, DC 20/6876, Bl. 1, Stellvertretender des Politischen Beraters beim SKK-Vorsitzenden (Iljitschow) am 10. 4. 1952 am Grotewohl.

Die Motive des sowjetischen Diktators bleiben trotz langjähriger intensiver Forschungen nach wie vor unklar[121], was vor allem auf den stark eingeschränkten Zugang zu den sowjetischen Akten in Moskau zurückzuführen ist. Dennoch können mittlerweile drei Ergebnisse festgehalten werden. Zum Ersten sollte die Note einen Beitrag dazu leisten, die unausweichlich gewordene Westintegration der Bundesrepublik zu verzögern, wenn nicht sogar zu verhindern. Zum Zweiten spricht vieles dafür, dass Stalin keinen deutschlandpolitischen Masterplan besaß. Er hatte sich im Frühjahr 1952 nicht endgültig zwischen einer Propagandastrategie und einer Verhandlungslösung entschieden[122]. Drittens und damit zusammenhängend verfolgte Moskau in der Deutschlandpolitik vermutlich verschiedene Optionen, die an das Verhalten der Westmächte jeweils angepasst wurden. Demzufolge zog man im Kreml diverse Lösungen ins Kalkül und war sich noch nicht sicher, welches Ziel das Neutralitätsangebot konkret verfolgen sollte. Die Stalin-Note offenbarte gleichzeitig einen Dissens zwischen der östlichen Hegemonialmacht und dem ostdeutschen Teilstaat, da Moskau erstmals die Existenz der DDR zur Disposition stellte. Insofern stellte nicht nur der Zeitpunkt der Veröffentlichung, sondern auch das konkrete Angebot einen Schock für die SED-Führung dar, die bis dahin glaubte, aus der engen Anbindung an die Kremlführung den größten politischen Nutzen ziehen zu können. Die Unterwerfung, die von der SED nicht nur gefordert, sondern von ihr auch bereitwillig betrieben wurde, schien sich nicht mehr in bare Münze auszuzahlen.

Wie reagierte die SED-Führung auf die Stalin-Note und welche Konsequenzen zog sie daraus für die eigenen deutschlandpolitischen Überlegungen? Nach außen hin betonte die Parteispitze, dass das Angebot der Beweis für die ernsthafte Absicht der Sowjetunion sei, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen. In diesem Sinne wurden die unteren Parteileitungen angewiesen, den Noteninhalt öffentlichkeitswirksam zu propagieren[123]. Dazu wurden im großen Umfang Flugblätter, Plakate und Handzettel gedruckt und über die Landes- und Kreisleitungen der SED verteilt[124]. Im DDR-Rundfunk gab es Sondermeldungen. Nachdem die SED-Führung beim Besuch in Moskau Anfang April 1952 Instruktionen von Stalin erhalten hatte[125], überwachte die SKK letztendlich die Propagandaaktivitäten der ostdeutschen Genossen[126]. Innerhalb des Politbüros kristallisierten sich rasch zwei Lager heraus[127]: Während Ulbricht, Pieck und Matern frühzeitig die staatliche Existenz der DDR und somit die Zweistaatlichkeit als oberstes Ziel zu verfolgen schienen, sprachen sich Grotewohl, Zaisser, Rau, Oelßner und Ebert für den Wiedervereinigungskurs aus, ohne jedoch die „antifaschistisch-demokratische" Neuordnung preiszugeben. Auch wenn die Mehrheit der Politbüromitglieder an der

[121] Ob die von Peter Ruggenthaler jüngst vorgelegte Dokumentation, die zweifellos neue Erkenntnisse aus dem Aktenbestand Molotows zu Tage förderte, den Streit um die Stalin-Note entschieden hat, erscheint höchst zweifelhaft. Ruggenthaler (Hrsg.), Stalins großer Bluff, S. 21.
[122] Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 94.
[123] Malycha, Die SED, S. 460.
[124] Lemke, Einheit oder Sozialismus?, S. 214.
[125] Vgl. Scherstjanoi/Semmelmann, Die Gespräche Stalins mit der SED-Führung (Teil 2), S. 247–268.
[126] Wettig, Die Note vom 10. März 1952, S. 187.
[127] Lemke, Einheit oder Sozialismus?, S. 210.

Einheitskonzeption festhielt, so glaubten doch schon viele Befürworter nicht mehr an die Chance für die Realisierung der eigenen Ziele. Dabei muss insbesondere der zielstrebige Fortgang der Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und den Westalliierten über die Westverträge ernüchternd gewirkt haben. Auch Grotewohl beschlichen immer mehr Zweifel: So strich er aus einer Rededisposition, die sich vor allem mit der Politik Washingtons und Bonns kritisch auseinandersetzte, den folgenden Satz: „Immer breitere Massen in Westdeutschland nehmen den Kampf gegen die Regierung Adenauer und die amerikanisch-englischen Okkupanten auf."[128] Offenbar glaubte er an einige Propagandafloskeln nicht mehr, die er zuvor noch selber verbreitet hatte. Die Stalin-Note veranlasste den Führungszirkel um Ulbricht dazu, der Zementierung der SED-Herrschaft im geteilten Deutschland den Vorrang einzuräumen, um nicht zur Verhandlungsmasse bei potentiellen Gesprächen der vier Siegermächte zu werden. Der SED-Generalsekretär verlor zwar das Ziel, den Sozialismus in Gesamtdeutschland aufzubauen, nicht aus den Augen; dieses rückte aber in immer weitere Ferne[129]. Während die SED bislang bestrebt gewesen war, mit den deutschlandpolitischen Appellen die Kritiker Adenauers im Kabinett zu stärken, sah sie sich mit der sowjetischen Notenoffensive einem vergleichbaren Phänomen konfrontiert. Die Einheit der Parteiführung schien in Gefahr zu sein und Ulbricht nutzte dies sofort aus, um gegen seine Widersacher in der Parteiführung vorzugehen. Das wurde beispielsweise dem Minister für Staatssicherheit Wilhelm Zaisser zum Verhängnis, der bei internen Gesprächen mit den Länderchefs der Staatssicherheit nach dem 10. März 1952 die durchaus realistische Prognose gewagt hatte, dass die SED bei freien Wahlen im vereinten Deutschland keine Mehrheit erringen würde[130].

In der Öffentlichkeit hielt sich Grotewohl mit eindeutigen Aussagen zurück. Statt dessen lobte er auch weiterhin die „machtvolle und konsequente Friedenspolitik" Moskaus[131], ohne auf die Stalin-Note einzugehen. Er wurde nicht müde, die vermeintlich friedlichen Absichten der sowjetischen Außenpolitik zu unterstreichen: „Die Außenpolitik der Sowjetunion geht vom Prinzip des friedlichen Nebeneinanderbestehens des Sozialismus und des Kapitalismus aus."[132] Als Beleg führte er allerdings Aussagen Stalins an, die dieser bereits auf dem XVII. Parteitag der KPdSU (B) am 26. Januar 1934 gemacht hatte. Dagegen vollzog Ulbricht eine vorsichtige Kehrtwende, denn er setzte sich mit einem Mal an die Spitze der Befürworter, wobei er aber auf diese Weise das Geschehen in der Hand behalten wollte, um das Neutralitätsprojekt langfristig zu Fall bringen zu können[133]. Anlässlich des Staatsbesuches des Präsidenten der ČSR, Klement Gottwald, in der DDR sprach der ostdeutsche Ministerpräsident die Stalin-Note am 12. März 1952 erstmals öffentlich an und erklärte vor den versammelten Pressevertretern: „Durch diese Note, die die Basis für den beschleunigten Abschluss eines Friedensvertrages ent-

128 SAPMO-BArch, NY 4090/167, Bl. 90–95, hier Bl. 93, Disposition Grotewohls (o. D.).
129 Lemke, Einheit oder Sozialismus?, S. 211.
130 Müller-Enbergs, Wilhelm Zaisser, S. 54.
131 Rede Grotewohls über die „Friedenspolitik der Sowjetunion" vom März 1952, in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. III, S. 41–64, hier S. 41.
132 Ebenda, S. 42.
133 Lemke, Einheit oder Sozialismus?, S. 212.

hält, ist für das ganze deutsche Volk und für alle Völker der Welt eindeutig, einleuchtend und überzeugend der Weg für die Schaffung eines Friedensvertrages mit Deutschland dargelegt."[134] Gegenüber dem hohen Gast bekannte er sich zwar zur deutschen Schuld im Zweiten Weltkrieg, gleichzeitig wies er aber auch auf das Recht der deutschen Bevölkerung hin, sieben Jahre nach Kriegsende „endlich" einen Friedensvertrag zu erhalten[135]. Anschließend betonte er erneut die sich bietende Chance der Eigeninitiative: „Ein Friedensvertrag fällt uns nicht mühelos in den Schoß, sondern wir Deutschen müssen selbst an seiner Verwirklichung mitwirken."[136] Zwei Tage später erreichte die Kampagne zugunsten der Stalin-Note ihren ersten Höhepunkt[137], als Grotewohl in der Volkskammer eine Regierungserklärung abgab[138]. Bei der Gelegenheit dankte er der sowjetischen Führung fast unterwürfig für die an den Westen adressierte Offerte: „Damit hat der Kampf der deutschen Patrioten um den beschleunigten Abschluss eines Friedensvertrages und die Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates eine so tatkräftige und wirksame Unterstützung erfahren, wie sie die kühnsten Erwartungen nicht zu erhoffen wagten. Wiederum hat sich das Sowjetvolk in historischer Stunde als der gute und treue Freund des deutschen Volkes erwiesen. Ich spreche im Namen aller deutschen Patrioten, die sich nach Frieden und Einheit für ihr Vaterland sehnen, wenn ich von dieser Stelle aus dem Sowjetvolk und der Sowjetregierung für diese große Hilfe unseren tiefempfundenen Dank ausspreche."[139] Im Verlauf der Rede wandte er sich mehrmals an den Westen und forderte ihn zu einer positiven Stellungnahme auf. In dem Zusammenhang versuchte er wieder einmal die Bonner Regierung unter Druck zu setzen: „In dieser geschichtlichen Entscheidungsstunde kann sich kein verantwortungsbewusster Deutscher, am wenigsten aber ein Verantwortung tragender Politiker, der klaren Entscheidung entziehen. Es helfen keine Winkelzüge mehr, jetzt muss Farbe bekannt werden."[140]

Die Stalin-Note vom 10. März 1952 sorgte für viel Wirbel im Westen; das Presseecho war gewaltig. Aus den USA ließ der frühere Reichskanzler Dr. Heinrich Brüning über einen engen Berater Wirths dem ostdeutschen Ministerpräsidenten ausrichten, dass er dessen Haltung zur deutschen Frage unterstütze[141]. Brüning, der bis Anfang 1952 eine Gastprofessur an der Universität in Köln hatte und anschließend nach Cambridge (Massachusetts) zurückkehrte, war vom deutschlandpolitischen Kurs der Bundesregierung und der Zentrumsführung maßlos enttäuscht: „Ich habe sehr skeptische Eindrücke mit mir genommen [...] Von der Regierung ganz zu schweigen, verstehe ich auch unsere alten Freunde in Bonn nicht mehr. Wie früher, so ist auch jetzt keine Führung da. Es gibt nur drei oder

[134] Begrüßungsansprache Grotewohls vom 12.3.1952, in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. III, S. 65–73, hier S. 71.
[135] Ebenda, S. 70.
[136] Ebenda, S. 71.
[137] Ähnliche Einschätzung auch bei: Lemke, Einheit oder Sozialismus?, S. 215.
[138] Regierungserklärung Grotewohls vom 14.3.1952, in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. III, S. 74–94.
[139] Ebenda, S. 77.
[140] Ebenda, S. 88.
[141] SAPMO-BArch, NY 4090/665, Bl. 166f., Konsul Dr. Respondek am 13.3.1952 an Grotewohl. Respondek war bereits vor 1933 enger Berater des Reichskanzlers Joseph Wirth gewesen.

vier Leute, die gelegentlich Kritik üben, sich aber nicht durchsetzen können." Auf der anderen Seite zeigte er sich allerdings besorgt über den Ausbau der Kasernierten Volkspolizei und bat um die Klarstellung eines Gerüchts, das ihm zugetragen worden war: „Es heißt, dass [...] diese jungen Leute nach Russland geschickt werden, wo sie gleichzeitig indoktriniert und in den modernsten Waffen ausgebildet werden sollen. Sie würden dann eines Tages ganz ‚plötzlich' in der Ostzone auftauchen." Mit Hilfe ihrer groß angelegten Kampagnen gelang es der SED, auf drei westdeutsche Splittergruppen Einfluss zu nehmen, die sich teilweise am äußersten rechten politischen Rand befanden[142]: Soldatenvereinigungen (z. B. Führungsring ehemaliger Soldaten), einige Publikationsorgane (z. B. Deutsche National-Zeitung) sowie auf Joseph Wirth[143] und den Bund der Deutschen.

Dagegen blieb Ost-Berlin die Zustimmung des Bundeskabinetts und der sozialdemokratischen Opposition nahezu vollständig versagt. Obwohl der deutschlandpolitische Konsens zwischen den beiden großen Volksparteien Ende 1951 langsam zerbrach, und die SPD nach der Note vom 10. März 1952 eine Prüfung des sowjetischen Wiedervereinigungsangebots forderte[144], durchschauten die sozialdemokratischen Spitzenpolitiker die Vorgehensweise der Ost-Berliner Führung und ließen sich nicht von der SED-Volksfrontstrategie vereinnahmen. Die unterschiedlichen Auffassungen zwischen Adenauer und der SPD traten im übrigen auch im Auswärtigen Ausschuss sowie im Gesamtdeutschen Ausschuss des Bundestages offen zu Tage[145]. Im Kabinett kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Kaiser und Adenauer[146]. Welch große Unruhe in Bonn im Frühsommer 1952 herrschte, zeigt die Tatsache, dass selbst Mitglieder der Regierungsparteien Gerüchte in die Welt setzten: Als Eugen Gerstenmeier (CDU) am 20. Juni vor Berliner Pressevertretern erklärte, dass Adenauer zu Verhandlungen mit der SED-Führung bereit gewesen und nur von der SPD gebremst worden sei, dementierte der Bundeskanzler umgehend[147]. Doch die Zeit arbeitete nicht nur für den Bundeskanzler, sondern auch für Ulbricht. Beide lehnten aus unterschiedlichen Motiven das sowjetische Angebot ab. Die Westmächte wiesen zwar den Vorstoß am 25. März nicht völlig zurück, forderten aber nach wie vor freie gesamtdeutsche Wahlen unter UN-Kontrolle, was wiederum die sowjetische Führung ablehnte. Bereits bei ihrem Besuch in Moskau Anfang April 1952 gewann die SED-Führung den Eindruck, dass Stalin an ein Einlenken der Westmächte nicht mehr so recht glaubte. Der Kremlchef ging vielmehr davon aus, dass insbesondere die Amerikaner nicht aus Westdeutschland

142 Zum folgenden: Gallus, Die Neutralisten, S. 459f.

143 Dabei unternahm die SED keine Alleingänge, sondern informierte umgehend die SKK über die Unterredungen mit Wirth. SAPMO-BArch, NY 4090/665, Bl. 228–230, Dahlem am 13. 11. 1952 an Semjonow.

144 Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg, S. 920; Weber, Carlo Schmid, S. 454.

145 Sitzungsprotokoll des Auswärtigen Ausschusses vom 27. 3. 1952, in: Der Auswärtige Ausschuss. Sitzungsprotokolle 1949–1953, S. 632–661; Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Gesamtdeutschen Ausschusses und des Auswärtigen Ausschusses vom 2. 4. 1952, in: Der Gesamtdeutsche Ausschuss. Sitzungsprotokolle 1949–1953, S. 323f.

146 Protokoll der Kabinettssitzung vom 14. 3. 1952, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Bd. 5: 1952, S. 166–174, hier S. 173. Zu dieser Sitzung liegen ausführliche Tagebucheintragungen von Staatssekretär Otto Lenz, Im Zentrum der Macht, S. 276f., vor.

147 Sitzungsprotokoll des Vorstandes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 24. 6. 1952, in: Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1953, S. 573, Anm. 3.

abziehen würden[148]. Daraus folgerte Stalin gegenüber Pieck, Grotewohl und Ulbricht: „Sie müssen auch Ihren eigenen Staat organisieren." Außerdem rief er zum Ausbau der Grenzanlagen zur Bundesrepublik auf: „Die Demarkationslinie zwischen West- und Ostdeutschland muss als Grenze betrachtet werden, und zwar nicht als einfache Grenze, sondern als eine gefährliche Grenze. Der Schutz der Grenze muss verstärkt werden." Nach der Rückkehr begann die SED mit den Vorbereitungen zur II. Parteikonferenz, auf der Ulbricht den Aufbau „der Grundlagen des Sozialismus" in der DDR verkündete. Damit hatte sich der Generalsekretär mit seinen deutschlandpolitischen Vorstellungen im Politbüro durchgesetzt.

Mitglieder der SED-Führung intensivierten ihre öffentlichen Auftritte nach dem Scheitern der Notenkampagne, da die westdeutsche Bevölkerung gegen die fertig ausgearbeiteten Westverträge mobilisiert werden sollte. Im Mittelpunkt der Angriffe stand nicht in erster Linie die SPD und ihr Vorsitzender Schumacher, sondern vielmehr die von der CDU geführte Bundesregierung unter Adenauer. So verglich Grotewohl demagogisch die Vorgehensweise des Bonner Regierungschefs mit dem rechtsgerichteten Kapp-Lüttwitz-Putsch von 1920, der die noch junge Weimarer Republik in eine tiefe innenpolitische Krise gestürzt hatte, und rief die westdeutsche Bevölkerung zu einem Generalstreik auf: „Es ist bekannt, dass Adenauer den Generalvertrag unterzeichnen will, ohne die Volksvertretung, den Bundestag, zu hören. Er will das Volk ausschalten, das ist ein Putsch, ja das ist ein Staatsstreich. [...] Die Putschisten Kapp und Lüttwitz wurden im Jahre 1921 [sic] durch Generalstreik innerhalb 24 Stunden verjagt. [...] So muss es auch gegen Adenauer werden."[149] Gleichzeitig überschätzte Grotewohl das Gewicht der Kritiker Adenauers im bürgerlichen Lager und vertrat auf einer KPD-Parteivorstandssitzung die Ansicht, dass diese angeblich größer werdende nichtsozialistische Sammlungsbewegung unterstützt werden müsste[150]. Die SED-Führung bereitete sogar ein „Programm der patriotischen Bewegung" vor[151]. Grotewohl hatte das Zerwürfnis zwischen Adenauer und Schumacher bei der Bewertung der Stalin-Note aufmerksam registriert und glaubte, die westdeutsche Sozialdemokratie durch weitere Kampagnen für eine wie auch immer geartete Aktionseinheit mit der SED gewinnen zu können. Gemeinsames Ziel sollte die Verhinderung der Westverträge sein. Der KPD kam in diesen Überlegungen eine zentrale Rolle zu, da sie Kontakte zur sozialdemokratischen Basis herstellen und auf diese Weise die sogenannte Aktionseinheit vorbereiten sollte. Mit dieser Aufgabe waren jedoch die westdeutschen Kommunisten hoffnungslos überfordert, zumal seit Ende 1951 mit dem Verbotsverfahren beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe das Damoklesschwert über der KPD schwebte[152].

Schon vor der Stalin-Note am 9. April 1952 begann also die zweite Phase des Notenkrieges, die von gegenseitigen Schuldzuweisungen geprägt war und bis zum

[148] Scherstjanoi/Semmelmann, Die Gespräche Stalins mit der SED-Führung (Teil 2), S. 261.
[149] SAPMO-BArch, NY 4090/167, Bl. 159–170, hier Bl. 165, Rede Grotewohls zum 1.5.1952 in Chemnitz.
[150] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/239, Bl. 82, Stenographische Niederschrift der 5. KPD-Parteivorstandssitzung am 14.7.1952 in Berlin.
[151] SAPMO-BArch, NY 4090/665, Bl. 227, Vermerk Dahlems vom 13.11.1952 an Grotewohl.
[152] Die Verhandlungsstrategie der KPD wurde im Übrigen im Politbüro entworfen. SAPMO-BArch, DY 30/3290, Bl. 4, handschriftliches Schreiben Ulbrichts vom 1.8.1952 an Otto Schön.

September andauerte. Die Neutralitätsvariante war ab sofort nur noch Teil der öffentlich inszenierten Propagandaschlacht in Ost und West. Die deutschlandpolitischen Offensiven von Moskau und Ost-Berlin verfehlten ihr Ziel, denn am 26./27. Mai erfolgte schließlich die Unterzeichnung des Deutschlandvertrages in Bonn und des EVG-Vertrages in Paris. Nach dem Tod Stalins am 5. März 1953 gab es zwar im sowjetischen Außenministerium wieder Planspiele, die DDR zugunsten eines neutralen Gesamtdeutschlands zu opfern, die jedoch nicht mehr in einer öffentlichen Note mündeten[153]. In der Deutschlandpolitik markierte das Jahr 1953 einen weiteren Wendepunkt, da nach dem niedergeschlagenen Volksaufstand die Sicherung der eigenen Herrschaft immer mehr zur handlungsleitenden Maxime der SED wurde. Die SED-Führung setzte einerseits ihren Kampf gegen die Westintegration der Bundesrepublik fort, andererseits beschleunigte sie die Neuordnung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, die zuvor mit Rücksicht auf die Westpolitik abgebremst worden war. Zwei Wochen nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 wiederholte die DDR-Regierung ihre Kritik an Adenauer und ließ damit einen gewissen Realitätsverlust erkennen, denn das SED-Regime war kurz zuvor nur ganz knapp der eigenen Demontage entgangen. Nachdem sich jedoch der Bundeskanzler am 1. Juli im Bundestag zur Wiederherstellung der deutschen Einheit bekannt hatte, sah sich das Politbüro offensichtlich unter Druck gesetzt und wollte darauf reagieren. Drei Tage später gab Ulbricht für den abwesenden Ministerpräsidenten eine Erklärung im Rundfunk ab, in der er die Behauptung aufstellte, das westeuropäische Bündnissystem befände sich in einer schweren Vertrauenskrise. Weiter erklärte er: „Die Ursache dieser Krise besteht darin, dass diese Verträge [Westverträge] im schroffen Gegensatz zu den Interessen unseres Volkes und der anderen europäischen Völker stehen und daher auf immer stärkeren Widerstand stoßen. Die Krise dieses Paktsystems ist zugleich die Krise der Adenauer-Politik."[154] Anschließend schlug er erneut eine gesamtdeutsche Beratung vor, bei der sich Vertreter beider deutscher Staaten an einen Tisch setzen sollten. Außerdem verkaufte er den von der SED-Führung am 9. Juni eingeleiteten „Neuen Kurs" sehr gewagt als „einen wesentlichen Schritt zur Annäherung der beiden Teile Deutschlands"[155]. Da Ost-Berlin in der öffentlich ausgetragenen Propagandaschlacht ins Hintertreffen geraten war und aufgrund des Volksaufstands mit einem erheblichen Imageschaden zu kämpfen hatte, versuchte der stellvertretende Ministerpräsident mit aller Macht das Blatt zu wenden und in die Offensive zu gehen.

Propagandaaktivitäten im Umfeld der Berliner Außenministerkonferenz 1954 und der Genfer Gipfelkonferenz von 1955

Die SED-Führung nutzte jede sich bietende Gelegenheit, um die Appelle an die Bonner Regierung und die westdeutsche Öffentlichkeit zu wiederholen, ohne aber

[153] Vgl. Scherstjanoi, Die sowjetische Deutschlandpolitik nach Stalins Tod.

[154] SAPMO-BArch, NY 4090/407, Bl. 186–190, hier Bl. 186f., Rundfunkerklärung Ulbrichts vom 4.7.1953. Grotewohl hatte der Erklärung zugestimmt und am Entwurf nur einige kleinere sprachliche Veränderungen vorgenommen. Ebenda, Bl. 185, Kurzprotokoll der außerordentlichen Sitzung des Präsidiums des Ministerrates am 4.7.1953.

[155] Ebenda, Bl. 189.

inhaltlich Neues zu bieten. Ost-Berlin ging es jedoch weniger um die gesamtdeutsche Propaganda als vielmehr um die Aufwertung der DDR als eigenständiger Staat. Diesem Ziel diente insbesondere der Besuch einer hochrangigen Regierungsdelegation vom 20. bis 22. August 1953 in Moskau. Die neue sowjetische Führung sprach sich nicht nur für einen Verzicht auf weitere Reparationszahlungen aus, sondern stellte Wirtschaftshilfe in Aussicht, mit der die ostdeutsche Wirtschaft stabilisiert und der ostdeutsche Teilstaat aufgewertet werden sollte[156]. In diesem Zusammenhang stand auch die Umwandlung der diplomatischen Missionen der DDR in Moskau und in den anderen osteuropäischen Staaten in Botschaften. Wenige Tage nach der Rückkehr aus der sowjetischen Hauptstadt kündigte Grotewohl, der mit den sowjetischen Zusagen offenbar nicht gerechnet hatte, die Einberufung einer Friedenskonferenz unter deutscher Beteiligung an[157]. Zur Vorbereitung und Durchführung von gesamtdeutschen Wahlen schlug er vor, eine provisorische gesamtdeutsche Regierung zu bilden, wobei er die Überwachung durch eine UN-Kommission nach wie vor ablehnte: „Das deutsche Volk lehnt eine solche beleidigende Zumutung ab. Es besitzt selbst ausreichende Erfahrung in der Durchführung freier Wahlen, und es soll in Deutschland und nicht in Pakistan oder Island gewählt werden."[158]

Die Einberufung der gemeinsamen Außenministerkonferenz für Anfang 1954 in Berlin war ein Ergebnis der zahlreichen Noten, die im Krisenjahr 1953 zwischen den Westmächten und der Sowjetunion ausgetauscht wurden. Obwohl sie auf deren Vorbereitung keinen Einfluss hatte[159], begann die SED-Führung damit, die Propagandatrommel zu rühren und organisierte unter anderem eine Unterschriftenaktion, die zur Konferenzteilnahme der DDR aufrief[160]. Die vom Politbüro aufgestellten Forderungen bewegten sich jedoch in den gewohnten Bahnen und verdeutlichten die geistige Immobilität der Ost-Berliner Führung, die an einer Kompromisslösung kein Interesse hatte, durch welche die staatliche Existenz der DDR in Frage gestellt worden wäre[161]. Einen Tag vor Konferenzbeginn appellierte Ministerpräsident Grotewohl an die Außenminister der vier Siegermächte, Vertreter der DDR und der Bundesrepublik an dem Treffen teilnehmen zu lassen[162]. Er stellte die Behauptung auf, dass auf diese Weise der erfolgreiche Verlauf der Konferenz begünstigt werde. Die mit der Sowjetunion abgestimmte Initiative, deutsche Vertreter am Tisch der Alliierten zu platzieren, schlug fehl, was Grotewohl eine Woche später zum Anlass nahm, um den Konferenzteilnehmern ein Memorandum zur Deutschlandfrage zu überreichen[163]. Das Politbüro hatte das

[156] Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 82.
[157] SAPMO-BArch, NY 4090/182, Bl. 167–176, hier Bl. 168, Rede Grotewohls auf dem Marx-Engels-Platz in Ost-Berlin am 26. 8. 1953.
[158] Ebenda, Bl. 169. Pakistan und Island sollten ursprünglich in der UN-Kommission vertreten sein.
[159] Lemke, Einheit oder Sozialismus?, S. 304.
[160] Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 97.
[161] Lemke, Einheit oder Sozialismus?, S. 305.
[162] SAPMO-BArch, NY 4090/258, Bl. 190f., Grotewohl am 24. 1. 1954 an die Konferenz der vier Außenminister in Berlin.
[163] Brief Grotewohls vom 30. 1. 1954 an die Konferenz der vier Außenminister in Berlin, in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. I, S. 118–137. Das amerikanische Verbindungsbüro im Konferenzgebäude, wo bis 1948 der Alli-

Dokument zwar ausgearbeitet, doch der Entwurf war an mehreren Stellen von der SKK korrigiert worden, die beispielsweise eine gemäßigte Wortwahl durchsetzte[164]. Ost-Berlin berücksichtigte nahezu alle sowjetischen Einwände; inhaltlich übernahm das Memorandum wesentliche Elemente der Stalin-Noten. Darüber hinaus unterbreitete die DDR-Führung den unrealistischen Vorschlag, eine weitere Konferenz einzuberufen, an der alle Staaten teilnehmen sollten, die im Zweiten Weltkrieg gegen Deutschland gekämpft hatten[165]. In diesem großen Gremium sollte dann der Friedensvertrag erörtert werden. Letztlich ging es Pieck, Grotewohl und Ulbricht bei dem Vorstoß aber vornehmlich darum, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zu verhindern[166], die schließlich am Widerstand der französischen Nationalversammlung Ende August 1954 scheiterte. Erst dadurch wurde bekanntlich der Weg frei für die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik. Die Reaktionen in Bonn waren verhalten. Während die SPD-Opposition Gespräche forderte, sah Adenauer durch mögliche Zugeständnisse gegenüber dem Osten erneut die militärische Westintegration der Bundesrepublik in Gefahr. Dagegen wich die FDP einer konkreten Stellungnahme zur Viermächtekonferenz aus[167], da sich innerparteilich immer mehr Kritiker der Adenauerschen Deutschlandpolitik bemerkbar machten.

Obwohl die Berliner Außenministerkonferenz ergebnislos endete und nur zu einer atmosphärischen Annäherung der vier Alliierten führte, setzte die SED-Führung ihre deutschlandpolitischen Kampagnen unbeirrt fort. Vor der Volkskammer sah der DDR-Ministerpräsident mit einer nicht unwichtigen Einschränkung die Position der DDR sogar gestärkt: „Mit Befriedigung können wir feststellen, dass wir mit diesen unseren Vorschlägen Verständnis und Gehör auf der Konferenz der vier Mächte gefunden haben – natürlich nicht bei allen."[168] US-Außenminister John Foster Dulles und Bundeskanzler Konrad Adenauer unterstellte er, von Anfang an das Scheitern der Verhandlungen im Visier gehabt zu haben[169]. In den folgenden Monaten konzentrierten sich die ostdeutschen Initiativen wieder darauf, die noch laufenden Verhandlungen zwischen den Westmächten und der Bundesregierung empfindlich zu stören. So sollte beispielsweise die noch ungeklärte Souveränitätsfrage in einer Note an die Regierungen in Washington, London und Paris angesprochen werden[170].

Unmittelbar vor dem SPD-Bundesparteitag, der vom 20. bis 24. Juli in West-Berlin stattfand, richtete Grotewohl am 19. Juli 1954 einen offenen Brief an Erich

ierte Kontrollrat getagt hatte, weigerte sich, das Memorandum entgegenzunehmen. DDR-Emissären gelang es, das Dokument bei der Verbindungsstelle des britischen Hohen Kommissars abzugeben. BAB, DC 20/6888, Bl. 96f., Vermerk von Wenning/Naumann vom 1.2.1954.

164 Lemke, Einheit oder Sozialismus?, S. 306.

165 Memorandum Grotewohls vom 30.1.1954, in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. I, S. 118–137, hier S. 136.

166 Im Memorandum war ein eigener umfangreicher Abschnitt dem EVG-Vertrag und der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik gewidmet. Ebenda, S. 126–131.

167 Protokoll der FDP-Bundesvorstandssitzung vom 22./23.1.1954, in: FDP-Bundesvorstand. Sitzungsprotokolle 1949–1954. 2. Halbband, S. 1311–1382, hier S. 1371.

168 Regierungserklärung Grotewohls vom 24.2.1954, in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. IV, S. 37–64, hier S. 46.

169 Ebenda, S. 37.

170 SAPMO-BArch, NY 4090/467, Bl. 126–128, Bolz am 5.7.1954 an Grotewohl.

Ollenhauer[171]. Darin warb er eindringlich für die Herstellung einer Aktionseinheit der Arbeiterklasse in ganz Deutschland und versuchte, sich die pazifistische und gesamtdeutsche Grundhaltung zahlreicher Sozialdemokraten zunutze zu machen: „Aus über hundert Anträgen an Euren Parteitag ersehe ich, dass viele sozialdemokratische Genossen in der Einschätzung der Lage mit mir übereinstimmen. In der Tat: Die gemeinsamen Interessen der deutschen Arbeiter können nicht durch eine widerrechtliche Spaltung Deutschlands aufgehoben werden. Die gemeinsamen Interessen der deutschen Arbeiter ergeben sich aus ihrem Streben nach Demokratie, Frieden, Freiheit, Einheit und sozialem Fortschritt."[172] Die SED-Führung erreichte ihr Ziel aber nicht, denn der Brief blieb unbeantwortet[173]. Außerdem schlossen die Parteitagsdelegierten einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag nach einer kontrovers geführten Debatte nicht aus und unterstützten damit die Position Ollenhauers[174]. Darüber hinaus schien sich das negative Image Grotewohls bei vielen SPD-Funktionsträgern weiter zu verfestigen. Im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages verglich etwa der Abgeordnete Karl Mommer (SPD) den ostdeutschen Ministerpräsidenten mit dem saarländischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann von der Christlichen Volkspartei (CVP), der in der Saarfrage als „Marionette" der französischen Regierung galt[175], und bezeichnete ihn als „Grotewohl des Westens"[176]. Daraufhin sah sich Bundeskanzler Adenauer genötigt, den früheren Mitarbeiter der Zentrumspartei vor Angriffen in Schutz zu nehmen: „Wenn man die historische Schuld abwägt, kommt, glaube ich, Hoffmann doch noch etwas besser weg als Grotewohl."[177]

Doch der EVG-Vertrag scheiterte bekanntlich nicht in Bonn, sondern in Paris. Grotewohl war davon überzeugt, dass es dem Westen nicht gelingen werde, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft aufzubauen. In seiner durchaus realistischen Prognose konnte er sich auf Berichte und Informationen westeuropäischer Zeitungen stützen. Vor dem KPD-Parteivorstand strahlte er am 19. August Siegeszuversicht aus: „[D]er EVG-Vertrag ist noch lange nicht unter Dach und Fach; was Adenauer und seine Auftraggeber sich denken, ist noch lange keine Tatsache in Europa. Der Kampf um diesen Vertrag und um diese Kriegspolitik wird in Frankreich [...] erst jetzt richtig entbrennen"[178]. Gleichzeitig unterschätzte Grotewohl jedoch die Reaktionsschnelligkeit der westlichen Bündnispartner, die sich schon bald auf den NATO-Beitritt der Bundesrepublik einigen konnten, und

171 Brief Grotewohls vom 19.7.1954 an Ollenhauer, in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. IV, S. 137–143. Der Brief wurde in Abschrift an die Parteitagsdelegierten zugestellt und erschien am 20.7.1954 im ‚Neuen Deutschland'.

172 Ebenda, S. 139.

173 Fred Stempel und Rudolf Thunig übergaben den Brief im Westberliner Hotel am Zoo dem persönlichen Sekretär Ollenhauers, Kostrupp, der daraufhin gesagt haben soll: „Das hat doch keinen Sinn." SAPMO-BArch, DY 30/3542, Bl. 11f., Bericht Stempels und Thunigs vom 19.7.1954 über die Briefübergabe.

174 Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei, S. 337f.

175 Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung, S. 214.

176 Sitzungsprotokoll des Auswärtigen Ausschusses vom 13.10.1954, in: Der Auswärtige Ausschuss. Sitzungsprotokolle 1953–1957. 1. Halbband, S. 320–348, hier S. 325.

177 Ebenda, S. 327.

178 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/240, Bl. 192, Stenographische Niederschrift der 15. KPD-Parteivorstandssitzung am 19.8.1954.

überschätzte die ablehnende Haltung der westdeutschen Öffentlichkeit gegen die militärische Westintegration: „Die Plattform unseres Kampfes in Westdeutschland ist seit 1945 noch nie so gut gewesen wie jetzt." Der ostdeutsche Ministerpräsident sah sich in seiner Meinung unter anderem durch vereinzelte Zuschriften aus der Bundesrepublik bestärkt[179]. Die westdeutschen Genossen rief er in martialischer Weise zu weiteren Aktivitäten gegen die Westintegration der Bundesrepublik auf: „Geht der EVG-Vertrag kaputt, dann ist die Aufgabe einer marxistischen Partei lediglich, solange darauf zu schlagen und anzugreifen, bis auch nicht ein Fetzen übrigbleibt, so wie Stalin sagte: Das Fallende muss man stoßen, damit das Neue Platz bekommt!"[180] Mit dem Scheitern des EVG-Vertragswerkes in der französischen Nationalversammlung sah sich die SED dem Ziel einen großen Schritt nähergekommen, die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik zu verhindern. Auf einer Arbeitstagung von lokalen und regionalen Staatsfunktionären belächelte Grotewohl am 17. September 1954 die westlichen Reaktionen: „Und es ist ein geradezu belustigendes Spiel, [...] zu sehen, wie die einzelnen Staaten gegenseitig versuchen, sich den Rang abzulaufen, um Westdeutschland in irgendeiner Form in diese militärische Organisation hineinzupressen. [...] Jedenfalls ein fröhliches Durcheinander, dem wir sehr ruhig zusehen können mit der Feststellung: Wir liegen gegenwärtig unter gutem Wind."[181]

Nach der Neun-Mächte-Konferenz Ende September/Anfang Oktober 1954 in London war der Weg frei für den Beitritt der Bundesrepublik zur westlichen Verteidigungsgemeinschaft, der mit der Unterzeichnung der Pariser Verträge am 23. Oktober verwirklicht werden konnte. Die SED-Führung reagierte mit einer Doppelantwort: Zum einen konnte sie nun Schritte zur dauerhaften Eigenstaatlichkeit der DDR mit dem Hinweis auf die westdeutsche NATO-Mitgliedschaft besser einleiten[182]. Zum anderen hielt sie nach außen an ihrer gesamtdeutschen Strategie unvermindert fest und entwickelte vage Konföderationspläne, die auf Anweisung Grotewohls und Ulbrichts im DDR-Außenministerium entwickelt wurden. Sowjetische Änderungswünsche führten allerdings dazu, dass alle Hinweise auf eine Konföderationsidee aus der Regierungserklärung wieder verschwanden, die der ostdeutsche Ministerpräsident am 19. November in der Volkskammer nur noch sehr vage andeuten konnte: „Wir sind der Überzeugung, dass eine gesamtdeutsche Regierung, in richtiger Erkenntnis der gesamtnationalen Interessen handelnd, eine solche Lenkung des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens herbeiführen wird, die mit Notwendigkeit und mit der Zeit zur Annäherung der ver-

[179] Ende August erhielt er Briefe von kleineren Flüchtlingsverbänden, die ihn zum Teil inhaltlich unterstützten. SAPMO-BArch, NY 4090/667, Bl. 201 f., Münchener Vertriebenen Echo (Hans Maier) am 28. 8. 1954 an Grotewohl; ebenda, Bl. 205, Geschäftsführender Ausschuss des westdeutschen Flüchtlingskongresses (Geschäftsstelle des Landes Baden-Württemberg) am 30. 8. 1954 an Grotewohl. Nach sorgfältiger Prüfung empfahl der ZK-Apparat die Beantwortung des letzten Schreibens. Ebenda, Bl. 209f., Verner am 4. 10. 1954 an Eisermann.

[180] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/240, Bl. 192, Stenographische Niederschrift der 15. KPD-Parteivorstandssitzung am 19. 8. 1954.

[181] SAPMO-BArch, NY 4090/402, Bl. 49–224, hier Bl. 55, Stenographische Niederschrift der Arbeitstagung der leitenden Staatsfunktionäre der örtlichen Organe des Staates am 17. 9. 1954 in Weimar. Unter falscher Signatur erstmals zitiert bei: Lemke, Einheit oder Sozialismus?, S. 323.

[182] Zum folgenden: Lemke, Einheit oder Sozialismus?, S. 325f.

schiedenen Wirtschaftsstrukturen führen muss."[183] In dem Zusammenhang kam dem Begriff ‚Annäherung' zentrale Bedeutung zu, denn hinter ihm verbargen sich offensichtlich die Gedankenspiele Ost-Berlins, über mehrere Stufen zu einer Vereinigung Deutschlands zu gelangen. Der erste SED-Konföderationsplan war also schnell vom Tisch, da er vermutlich den sicherheitspolitischen Zielen der sowjetischen Führung nicht entsprach, die nun damit beschäftigt war, die Weichen zur Bildung eines osteuropäischen Militärbündnisses zu stellen[184]. Statt dessen sollten die Ostberliner Genossen den Kampf gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge wieder aufnehmen. Dazu passte auch der Vorschlag Moskaus vom 13. November 1954, eine europäische Konferenz zur Frage der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit einzuberufen[185].

Obwohl die militärische Westintegration der Bundesrepublik durch den NATO-Beitritt besiegelt worden war, trafen sich die vier Siegermächte Mitte Juli 1955 in Genf, um gemeinsam über Fragen der Abrüstung und der Wiedervereinigung zu beraten. Es war im Übrigen die erste Zusammenkunft auf höchster politischer Ebene seit der Potsdamer Konferenz von 1945[186]. Eine gemeinsam verabschiedete Direktive enthielt nur eine unverbindliche Absichtserklärung: So wurde etwa ein Junktim zwischen der Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage freier Wahlen und allgemeinen Entspannungsbestrebungen konstatiert. Da aber keine Einigung erzielt werden konnte, flogen die vier Außenminister Ende Oktober erneut nach Genf, ohne sich jedoch in der Sache näherzukommen. Für die SED-Führung war von entscheidender Bedeutung, dass sich Chruschtschow öffentlich zur DDR bekannte, denn auf seinem Rückflug von Genf machte er am 26. Juli Zwischenstation in Ost-Berlin und verkündete dort auf einer Großkundgebung erstmals die „Zwei-Staaten-Theorie"[187]. Damit machte die Sowjetunion einerseits deutlich, dass die Vereinigung Deutschlands nicht mehr zu den wichtigsten Zielen ihrer Außen- und Deutschlandpolitik zählte. Moskau gab damit andererseits zu verstehen, dass bei deutschlandpolitischen Entscheidungen die Interessen der DDR gewahrt würden. Chruschtschows Rede konnte als Widerspruch zur Direktive verstanden werden, auf die er sich mit den drei Westmächten einige Tage zuvor in Genf geeinigt hatte.

In der Volkskammer feierte Grotewohl den Konferenzverlauf als großen Erfolg, da das Treffen einen Umschwung in den Beziehungen zwischen den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges eingeleitet habe[188]. Der Weg zur friedlichen Koexistenz zwischen Ost und West habe sich in Genf als gangbar erwiesen. Ohne die Westmächte namentlich zu erwähnen, erklärte der ostdeutsche Ministerpräsident, dass die Politik der Stärke auf der Konferenz Schiffbruch erlitten habe. Gleich-

[183] Regierungserklärung Grotewohls vom 19.11.1954, in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. IV, S. 269-321, hier S. 295.
[184] Lemke, Einheit oder Sozialismus?, S. 329.
[185] BAB, DC 20/15396, Bl. 2-8, Mitteilung des sowjetischen Außenministeriums vom 13.11.1954 an die DDR-Botschaft in Moskau.
[186] Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 98.
[187] Rede Chruschtschows in Ost-Berlin am 26.7.1955, in: DzD. III/1, S. 232-236. Vgl. hierzu Lemke, Einheit oder Sozialismus?, S. 343.
[188] Regierungserklärung Grotewohls vom 12.8.1955, in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. IV, S. 531-551, hier S. 531f.

zeitig nahm er die Sowjetunion vor Angriffen in Schutz, indem er Moskau einen ernsthaften Friedenswillen attestierte: „Wer kann noch daran zweifeln, dass die Sowjetregierung die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands anstrebt, nachdem Adenauer entgegen allen Warnungen der Wiedervereinigung durch die Pariser Verträge und die Bonner Militärgesetze gewaltige Hindernisse in den Weg gelegt hat?“[189] Die Erklärung Chruschtschows vom 26. Juli schien Ulbrichts Position in der Behandlung der deutschen Frage zu bestätigen und die von Grotewohl zu schwächen, der im Gegensatz zum Ersten Sekretär des ZK der SED den gesamtdeutschen Aspekt stets sehr viel stärker betont hatte. Der DDR-Regierungschef passte sich jedoch schnell den veränderten Rahmenbedingungen an und unterstrich mehrmals vor den Volkskammerabgeordneten am 12. August seine enge Verbundenheit mit der östlichen Supermacht. Darüber hinaus wiederholte er die beiden wesentlichen Grundsätze der modifizierten SED-Deutschlandpolitik[190], denen zufolge die Vereinigung Deutschlands ohne vorherige Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten nicht möglich sei und die „Errungenschaften“ der DDR nicht zur Verhandlung stünden.

Das hatte drei Monate früher noch etwas anders geklungen. Bei der Unterzeichnung des Warschauer Paktvertrages am 14. Mai 1955 hatte Grotewohl einen Wiedervereinigungsvorbehalt proklamiert, der nicht nur für die Bundesrepublik, sondern auch für die DDR gelten sollte[191]. Er sah vor, dass das vereinte Deutschland nicht von vornherein auf die Zugehörigkeit zu einem Bündnissystem festzulegen sei. In einer Erklärung führte der ostdeutsche Ministerpräsident wörtlich aus: „Der Warschauer Vertrag aber [...] lässt der Deutschen Demokratischen Republik die volle Freiheit, über die friedliche Wiedervereinigung zu verhandeln.“[192] Obwohl die sowjetische Führung dem nicht widersprach, lassen sich doch daraus keine erweiterten Handlungsspielräume Grotewohls in der Deutschlandpolitik ableiten[193]. Spätestens nach der Genfer Gipfelkonferenz war es unübersehbar, dass Chruschtschow nicht mehr auf die Wiedervereinigung, sondern auf die Zweistaatlichkeit setzte; die Existenz der DDR wurde damit zur großen Genugtuung Ulbrichts nicht mehr zur Disposition gestellt. Grotewohl hingegen musste seine deutschlandpolitischen Visionen begraben, die bereits nach dem Volksaufstand 1953 zunehmend irreal geworden waren. Moskau akzeptierte letztlich die militärische Einbindung der Bundesrepublik in das westliche Bündnissystem und bestätigte am 20. September 1955 in einem Vertrag die scheinbar volle Souveränität der DDR.

Über Abrüstung zur Wiedervereinigung?

Obwohl die SED-Führung den NATO-Beitritt der Bundesrepublik nicht verhindern konnte, versuchte sie die westdeutsche Öffentlichkeit gegen die nach wie vor unpopuläre Wiederbewaffnung zu mobilisieren. Ost-Berlin ging offenbar davon

189 Ebenda, S. 534f.
190 Ebenda, S. 542.
191 Küsters, Wiedervereinigung durch Konföderation?, S. 119f.
192 SAPMO-BArch, NY 4090/461, Bl. 116–141, hier Bl. 140, Erklärung Grotewohls auf der Warschauer Konferenz am 11. 5. 1955.
193 Küsters, Wiedervereinigung durch Konföderation?, S. 120.

aus, dass sich Bonn langfristig gesehen einer immer stärker werdenden Ohnemich-Haltung der Bevölkerung nicht mehr in den Weg stellen konnte. Eile war geboten, denn am 2. Januar 1956 wurden die ersten Freiwilligen zur im Aufbau befindlichen Bundeswehr einberufen. Ungefähr zwei Monate später verabschiedete der Bundestag mit den Stimmen der SPD die zweite Wehrergänzung des Grundgesetzes, die den Einbau der Streitkräfte in die Verfassung vorsah. In einer Regierungserklärung, die inhaltlich vorab im Politbüro besprochen worden war[194], versuchte Ministerpräsident Grotewohl am 29. Mai, die Bundesregierung in die Enge zu treiben: „Die von Bonn betriebene Politik der Stärke und des kalten Krieges, die in völligem Widerspruch zu den wirklichen politischen Verhältnissen der Welt steht und über das Dach des Bundestages in Bonn um keinen Zentimeter hinausragt, führt zur weiteren Isolierung der Bundesrepublik und schließlich in eine ausweglose Sackgasse."[195] In Westdeutschland, so der ostdeutsche Regierungschef weiter, forderten immer mehr Menschen eine Revision der Sicherheitspolitik Adenauers. Anschließend kritisierte er erneut die Unterzeichnung der Pariser Verträge, die ein „unüberwindliches Hindernis für eine friedliche Wiedervereinigung" bildeten. Während der Bundestag noch über die Einführung der Wehrpflicht debattiere, lehne die große Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung einen eigenen Verteidigungsbeitrag ab. Grotewohl verknüpfte in seiner Rede die Abrüstungsfrage mit der Wiedervereinigungsproblematik, als er die angeblichen Entspannungssignale der Sowjetunion erwähnte: „Abrüstung trägt zur Entspannung bei."[196] Gleichzeitig forderte er, den NATO-Beitritt der Bundesrepublik rückgängig zu machen. Seine Rede strahlte auf den ersten Blick auch ein gestiegenes Selbstbewusstsein der DDR-Regierung aus, da sich Grotewohl von der Krisenanfälligkeit des westdeutschen Wirtschaftssystems überzeugt zeigte. Eine Erhöhung des Diskontsatzes durch die Bank deutscher Länder nahm er zum Anlass, um über das Ende des westdeutschen Wirtschaftswunders zu sinnieren: „Die Diskonterhöhung ist kein Schlag gegen die Konjunktur; sie ist das Zeichen für das unvermeidbare Ende einer Prosperität, die auf Kosten der Werktätigen vor allem durch Rüstungen künstlich verlängert werden soll."[197] Dagegen habe sich die DDR-Wirtschaft stetig und zwar ohne Konjunkturschwankungen aufwärts entwickelt und kenne deshalb die westdeutschen Sorgen nicht. Der Ministerpräsident wollte mit dieser Gegenüberstellung den Eindruck vermitteln, der Aufbau der Bundeswehr verschärfe die wirtschaftlichen Probleme Westdeutschlands. Am Ende seiner Volkskammerrede präsentierte Grotewohl acht Vorschläge, die zur innerdeutschen Entspannung beitragen sollten und die Ost-Berlin als Auftakt für eine neue Gesprächsrunde zwischen beiden deutschen Staaten über die Vereinigung des Landes verstanden wissen wollte[198]. Dazu zählten unter anderem der Verzicht auf die Einführung der

[194] SAPMO-BArch, DY 30/4581, Bl. 137–168, Rundbrief an alle Mitglieder und Kandidaten des Politbüros vom 25. 5. 1956 mit Redemanuskript.

[195] Regierungserklärung Grotewohls vor der Volkskammer am 29. 5. 1956, in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. V, S. 23–55, hier S. 25.

[196] Ebenda, S. 30.

[197] Ebenda, S. 34.

[198] Ebenda, S. 53f. Dieser Abschnitt der Grotewohl-Rede basierte zum Teil auf Vorschlägen von Albert Norden. SAPMO-BArch, NY 4090/214, Bl. 218f., Vorschläge Nordens „für eine innerdeutsche Entspannung" [1956].

allgemeinen Wehrpflicht und auf die Lagerung von Atomwaffen auf deutschem Boden. Beide Forderungen richteten sich jedoch primär an die bundesdeutsche Seite.

In der Folgezeit erhob Grotewohl gegenüber Bonn noch mehrmals die Forderung, auf die atomare Bewaffnung gänzlich zu verzichten, ohne aber zu erwähnen, dass die Bundesregierung nicht das Verfügungsrecht über die Sprengköpfe besaß. Darüber hinaus ließ er die militärische Aufrüstung in der DDR unter den Tisch fallen. In seinen öffentlichen Reden fand sich im Übrigen auch kein Hinweis auf die Gründung der Nationalen Volksarmee (NVA), die die Volkskammer am 18. Januar 1956 nach langen Vorbereitungen beschlossen hatte[199]. Das Junktim zwischen der Deutschland- und der Abrüstungsfrage unterstrich der DDR-Ministerpräsident auch am 3. April 1957, wobei besonders auffallend die häufig betonte Übereinstimmung mit den sowjetischen Abrüstungsvorschlägen war[200]. Eine Erklärung dafür könnte sein, dass die DDR-Führung seit dem Moskau-Besuch Adenauers 1955 wieder engen Schulterschluss zur sowjetischen Supermacht suchte. Ost-Berlin beobachtete nämlich die sowjetisch-westdeutschen Annäherungsversuche mit Argusaugen und reagierte stellenweise sichtlich irritiert[201], zumal die deutsche Bevölkerung es nur dem westdeutschen Bundeskanzler hoch anrechnete, für die Freilassung der letzten Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion gesorgt zu haben[202]. Der DDR-Botschafter in Moskau, Johannes König, berichtete nicht nur über die Verhandlungen Adenauers im Kreml, sondern nutzte seine guten Kontakte zu leitenden Mitarbeitern im sowjetischen Außenministerium, um Ost-Berlin über die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion auf dem Laufenden zu halten[203].

Den engen Zusammenhang zwischen der deutschen Frage und der Abrüstungsproblematik verdeutlichte auch der Plan des DDR-Ministerrates, den Grotewohl am 27. Juli 1957 in seinem Amtssitz vor den akkreditierten Diplomaten und Journalisten präsentierte. Im Einzelnen schlug er eine Konföderation der beiden deutschen Staaten vor, die in Zukunft keinem Militärbündnis angehören und auf den Besitz von Nuklearwaffen verzichten sollten[204]. Im Vergleich zu den bisherigen Abrüstungsinitiativen der DDR fiel auf, dass der mögliche Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland explizit erwähnt wurde. Innerhalb des Warschauer Paktes hatte es die DDR jedoch schon bald mit Konkurrenz zu tun: Am 2. Oktober präsentierte der polnische Außenminister vor der UNO-Vollversammlung den nach

199 Diedrich/Wenzke, Die getarnte Armee, S. 683f.

200 Regierungserklärung Grotewohls vor der Volkskammer am 3.4.1957, in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. V, S. 245–272.

201 Lemke, Einheit oder Sozialismus?, S. 350.

202 Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 86.

203 SAPMO-BArch, NY 4090/474, Bl. 11–13, Aktenvermerk Königs über eine Unterredung mit dem stellvertretenden Leiter der 3. Europäischen Abteilung des Außenministeriums (Alexandrow) am 18.4.1957. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand ein Brief Adenauers an Bulganin vom 18.3., den der westdeutsche Botschafter Haas in Moskau übergeben hatte.

204 Erklärung der DDR-Regierung vom 27.7.1957 „über den Weg der deutschen Nation zur Sicherung des Friedens und der Wiedervereinigung Deutschlands", in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. V, S. 120–126. Grotewohl wiederholte den Vorschlag nochmals Anfang August in der Volkskammer. Regierungserklärung Grotewohls vom 8.8.1957, in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. V, S. 371–385.

ihm benannten Rapacki-Plan, der zwar mit Moskau abgestimmt war, in Ost-Berlin aber für Irritationen sorgte[205]. Bundesrepublik und DDR sollten demzufolge auf die Herstellung und Lagerung von Atomwaffen verzichten. Der atomwaffenfreien Zone wollten sich Polen und die ČSR anschließen. Obwohl es sich um einen polnischen Vorschlag handelte, standen letztlich doch sowjetische Interessen dahinter, denn es ging darum, die atomare Bewaffnung der Bundeswehr zu verhindern[206]. Die SED-Führung war stark verunsichert, da der polnische Vorstoß den Grotewohl-Plan mit keinem Wort erwähnte und keine Wiedervereinigungsoption enthielt. Während sich die polnische Regierung der weltweiten Aufmerksamkeit sicher sein konnte, sah sich die DDR ins abrüstungspolitische Abseits gedrängt. Ost-Berlin verließ den eingeschlagenen Weg nur widerwillig: In seiner Regierungserklärung erwähnte Grotewohl am 11. Dezember den polnischen Vorstoß zwar, ohne allerdings den Namen des Außenministers zu nennen[207]. Von der Konföderation war dagegen keine Rede mehr. Zwischen beiden Ländern gab es allerdings divergierende Meinungen über die Frage, welche Maßnahmen als Nächstes ergriffen werden sollten[208]. Während die polnische Seite sich zunächst an die westdeutsche Öffentlichkeit wenden und erst danach diplomatische Schritte einleiten wollte, beabsichtigte die DDR, beides gleichzeitig zu unternehmen.

Die ostdeutschen Konföderationspläne wurden vermutlich vor dem Hintergrund der geheimen Kontakte zwischen dem bundesdeutschen Finanzminister Fritz Schäffer (CSU) und dem Chef des Stabes der KVP, Vincenz Müller, im Juni 1955 der Öffentlichkeit unterbreitet. Beide kannten sich noch von der Schulzeit her und besprachen vage den Gedanken eines deutsch-deutschen Staatenbundes, den Schäffer in einem weiteren Treffen am 21. Oktober 1956 mit dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Georgi M. Puschkin, erörtern konnte[209]. Obwohl der informelle Kontakt ergebnislos blieb, signalisierte er doch der SED-Führung, dass erstmals ein hochrangiges Mitglied der Bundesregierung entsprechende Überlegungen anstellte. Dennoch blieb die erhoffte Diskussion in der westdeutschen Bevölkerung aus. Im Bundestagswahlkampf 1957 nutzten die Unionsparteien die nach wie vor bestehende antikommunistische Grundstimmung („Alle Wege führen nach Moskau") und erhielten erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen. In der Folgezeit betrieb Ost-Berlin eine intensive Konföderationspropaganda, denn in der DDR sollte der Eindruck entstehen, dass die SED als einzige die Interessen der Nation vertrete. Darüber hinaus sollte auf diesem Wege weiterhin auf SPD und westdeutsche Gewerkschaften Einfluss genommen werden[210]. Dagegen blieb die Konföderationsidee, an der die Einheitssozialisten bis 1959 öffentlich festhielten, aus verschiedenen Gründen äußerst schwammig. Erstens musste die SED-Führung auf die sowjetische Außen- und Deutschlandpolitik Rücksicht nehmen, denn Moskau

205 Ruchniewicz, Entspannung in Deutschland und Europa?, S. 599.
206 Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 158.
207 Regierungserklärung Grotewohls vom 11.12.1957, in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. V, S. 531–548, hier S. 541.
208 Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 159.
209 Küsters, Wiedervereinigung durch Konföderation?, S. 140–149.
210 Lemke, Einheit oder Sozialismus?, S. 405.

hatte zunächst im November 1954 den ostdeutschen Plan ausgebremst, um ihm dann ein Jahr später grünes Licht zu geben. Zweitens sah sich Ost-Berlin im Oktober 1957 mit einem konkurrierenden Vorschlag aus Warschau konfrontiert, der mittelfristig dazu führte, dass die Deutschlandfrage von der Abrüstungsfrage abgekoppelt wurde. Drittens sah die SED mit dem eindeutigen Wahlsieg Adenauers 1957 realistischerweise kaum noch Unterstützung im Bonner Regierungslager für die eigenen gesamtdeutschen Vorstellungen. Auch wenn keine Selbstzeugnisse des DDR-Ministerpräsidenten vorliegen, so spricht doch vieles dafür, dass Grotewohl die Vorstellung, eine Konföderation zwischen der DDR und der Bundesrepublik zu bilden, teilte. Während allerdings Ulbricht und Grotewohl bei den Stalin-Noten 1952 noch unterschiedliche Auffassungen vertreten hatten, die sich auf den Gegensatz zwischen Wiedervereinigung und Eigenstaatlichkeit zuspitzen lassen, zogen sie fünf Jahre später offensichtlich an einem Strang. Das war aber vor allem darauf zurückzuführen, dass sich Grotewohl von seinen deutschlandpolitischen Visionen weitgehend verabschiedet hatte.

Der DDR-Ministerpräsident konzentrierte sich Ende der fünfziger Jahre immer mehr auf allgemeine entspannungspolitische Fragen und pflegte den Kontakt zu neutralistischen bzw. pazifistischen Organisationen in der Bundesrepublik sowie in anderen europäischen Staaten. So unterstützte er beispielsweise die Aktivitäten des westdeutschen Friedenskomitees[211], einem Ableger der Weltfriedensbewegung, und fand anerkennende Worte für den Konferenzappell des Verbandes der Friedenskämpfer Finnlands[212], der jedoch in der finnischen Politik nur über einen minimalen Einfluss verfügte[213]. Gleichzeitig griff er nochmals auf den Rapacki-Plan zurück und unterbreitete einen Tag vor der denkwürdigen Bundestagsdebatte am 23. Januar 1958 in einer Rundfunk- und Fernsehansprache den Vorschlag, in beiden deutschen Staaten ein Referendum über den Beitritt zu einer atomwaffenfreien Zone durchzuführen[214]. Da die Initiative mit der polnischen Seite aber nicht abgestimmt war, reagierte Warschau sichtlich verstimmt[215]. Trotzdem wiederholte Grotewohl seinen Vorschlag in einem Interview mit der französischen Nachrichtenagentur Agence France Press (AFP), das im ‚Neuen Deutschland' abgedruckt wurde[216]. Insgesamt gesehen blieb die Außenwirkung aber ziemlich blass: Auch wenn Grotewohls Ansprache eine erregte Debatte im FDP-Bundesvorstand auslöste, wobei sich letztlich nur eine Minderheit für die Aufnahme von Gesprächen mit Ost-Berlin aussprach[217], blieb doch der erhoffte Zuspruch in Westdeutschland

[211] BAB, DC 20/15206, Bl. 12–16, Grotewohl am 17. 12. 1958 an das Präsidium des Friedenskomitees der Bundesrepublik Deutschland (Walter Diehl).

[212] BAB, DC 20/15213, Bl. 6f., Grotewohl am 12. 1. 1959 an den Verband der Friedenskämpfer Finnlands (Helsinki).

[213] So die Einschätzung des DDR-Außenministeriums. BAB, DC 20/15213, Bl. 4, Hauptabteilungsleiter Beling (MfAA) am 8. 1. 1958 an Plenikowski.

[214] Rundfunk- und Fernsehansprache Grotewohls vom 22. 1. 1958, in: DzD. III/4, S. 195–199, hier S. 199.

[215] Ruchniewicz, Entspannung in Deutschland und Europa?, S. 602.

[216] Interview des Berliner AFP-Korrespondenten Jacques Jeanmarie mit Grotewohl am 7. 2. 1958, in: ‚Neues Deutschland' vom 9. 2. 1958, S. 1f.

[217] Protokoll der FDP-Bundesvorstandssitzung vom 1. 3. 1958, in: FDP-Bundesvorstand. Sitzungsprotokolle 1954–1960, S. 341–357, hier S. 348. An dieser Sitzung nahmen auch zahlreiche Bundestagsmitglieder der Partei teil.

weitgehend aus. Nachdem Chruschtschow am 31. März 1958 die einseitige Einstellung der Kernwaffenversuche durch die UdSSR angekündigt hatte[218], unterstützte Grotewohl die sowjetische Initiative umgehend[219]. Spätestens hier verlor die DDR die scheinbare Meinungsführerschaft im Ostblock endgültig, die sie bei den Kampagnen Anfang der fünfziger Jahre auf den ersten Blick noch besessen hatte.

Das Berlin-Ultimatum Chruschtschows und die Genfer Außenministerkonferenz 1959

Ende der fünfziger Jahre entwickelte sich Berlin erneut zum Brennpunkt des Kalten Krieges, als Chruschtschow in ultimativer Form den Status einer „freien und entmilitarisierten Stadt" für den Westteil der Stadt forderte. Innerhalb eines halben Jahres sollten die Westmächte aus Berlin abziehen. Der Kremlchef, beflügelt vom sowjetischen Erfolg in der Raketentechnologie (Start des Satelliten „Sputnik" 1957)[220], wollte offenbar den Einflussbereich Moskaus ausweiten und die Westalliierten zum Rückzug bewegen. Darüber hinaus ging es ihm vermutlich auch darum, die DDR langfristig zu stabilisieren, denn die offene Grenze in Berlin war ein Schlupfloch, durch das jährlich mehrere tausend Menschen in die Bundesrepublik gelangten. Da der Erste Sekretär der KPdSU, dessen Motive bei dem riskanten Hasardspiel noch nicht abschließend geklärt sind[221], einen friedlichen Wettkampf zwischen Ost und West ausgerufen hatte, sah er sich vermutlich unter Zugzwang gesetzt, denn die „Republikflucht" in den Westen stellte die Attraktivität des staatssozialistischen Systems stark in Frage. Deshalb war West-Berlin der DDR, aber eben auch der Sowjetunion ein Dorn im Auge. Als erstes verkündete Chruschtschow am 10. November 1958 in der sowjetischen Hauptstadt, es sei die Zeit gekommen, „dass die Staaten, die das Potsdamer Abkommen unterzeichnet haben, die Überreste des Besatzungsregimes in Berlin ablehnen und damit ermöglichen, eine normale Lage in der Hauptstadt der DDR herbeizuführen"[222]. Außerdem erklärte er, dass sein Land der DDR „jene Funktionen in Berlin übergeben [wird], die die sowjetischen Organe noch innehaben". Ende des Monats konkretisierte er seine Forderungen in einer Note an die drei Westmächte: Nach dem Abzug der westlichen Siegermächte sollte Berlin in eine freie Stadt umgewandelt und ein Friedensvertrag mit Deutschland vorbereitet werden, den Moskau in der Vergangenheit mehrmals vergeblich verlangt hatte. Chruschtschow verband seinen Forderungskatalog mit einem Ultimatum. Sollte innerhalb von sechs Monaten

[218] BAB, DC 20/15403, Bl. 1, Kundermann am 22. 4. 1958 an Plenikowski.

[219] Ebenda, Bl. 20f., Erklärung des DDR-Ministerrats vom 10. 4. 1958; BAB, DC 20/6909, Bl. 13-16, Grotewohl am 9. 5. 1958 an das Ständige Komitee der Pugwash Conference of nuclear scientists.

[220] Gleichzeitig war Chruschtschow die militärische Unterlegenheit der UdSSR gegenüber den USA bewusst. Uhl, Krieg um Berlin?, S. 90.

[221] Während etwa Hope Harrison betont, dass Ulbricht teilweise die Politik der sowjetischen Führung maßgeblich beeinflusst habe, gelangt Gerhard Wettig zum Schluss, dass Chruschtschow stets Herr des Geschehens gewesen sei. Harrison, Driving the Soviets up the Wall, S. 224; Wettig, Chruschtschows Berlin-Krise, S. 285f.

[222] Rede Chruschtschows vom 10. 11. 1958, in: DzD. IV/1, S. 13-24, hier S. 19f.

keine Bewegung in die Berlinfrage kommen, werde die Sowjetunion ihre Hoheitsrechte, die die Stadt betreffen, der ostdeutschen Regierung übertragen und einen separaten Friedensvertrag mit der DDR abschließen[223]. Die Westmächte wiesen jedoch den Vorstoß des Kremlchefs zurück und erklärten sich nur dazu bereit, an einer Außenministerkonferenz zur deutschen Frage teilzunehmen[224].

Die SED-Führung war über die sowjetische Vorgehensweise informiert und unterstützte die Initiative Chruschtschows, denn erstmals schien sich ihr die Chance zu bieten, West-Berlin für eine weltweite Aufwertung der DDR zu instrumentalisieren[225]. Gleichwohl zeigten sich rasch erste Meinungsverschiedenheiten zwischen Moskau und Ost-Berlin, da Grotewohl und Ulbricht für einen härteren Kurs gegenüber dem Westen votierten[226]. Während der Kremlchef das Ultimatum in erster Linie als Druckmittel nutzte, um die Westmächte an den Verhandlungstisch zu bringen, wollten die SED-Spitzenpolitiker endlich das lästige Berlinproblem loswerden. Deshalb scheint Ost-Berlin eher bereit gewesen zu sein, einen konfrontativen Weg einzuschlagen[227]. Doch Ulbricht wollte den rechtlichen Status Berlins nicht grundsätzlich in Frage stellen und war schließlich mit der Freistadtidee einverstanden[228], die auf einen Vorschlag Chruschtschows zurückging[229]. Insofern spricht vieles dafür, in der Forderung nach Umwandlung West-Berlins in eine Freie Stadt einen Kompromiss zwischen den Maximalforderungen des Ersten Sekretärs des ZK der SED und dem vergleichsweise moderaten Kurs des Kremlchefs zu sehen[230].

In einer eilig einberufenen Pressekonferenz, an der zahlreiche westdeutsche Journalisten teilnahmen, begrüßte Ministerpräsident Grotewohl die Rede Chruschtschows vom 10. November[231]. Dabei konzentrierte er sich vor allem auf die Aussagen des sowjetischen Diktators zum Abschluss eines Friedensvertrages. In einer Stellungnahme zum sowjetischen Ultimatum bezeichnete der ostdeutsche Regierungschef die Berlin betreffende Forderung als großes Entgegenkommen gegenüber dem Westen, da sich die Stadt schließlich auf dem Territorium der DDR befinde: „Wenn die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik dennoch zu dem großen Zugeständnis bereit ist, entsprechend den Vorschlägen der Sowjetregierung auf eine Sonderregelung für Westberlin einzugehen und seiner Umwandlung in eine entmilitarisierte Freie Stadt zuzustimmen, so tut sie das einzig und allein, weil sie der für alle Völker wichtigsten Hauptaufgabe, der Erhaltung des Friedens, aber auch der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands dienen will."[232] In der Volkskammer setzte sich Grotewohl am 8. Dezember bedenkenlos über den Viermächtestatus Berlins hinweg und verleibte die Stadt dem Staatsgebiet

223 Note der Regierung der UdSSR an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA vom 27.11.1958, in: DzD. IV/1, S. 163–177, hier S. 176.
224 Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 130.
225 Lemke, Einheit oder Sozialismus?, S. 449.
226 Wettig, Chruschtschows Berlin-Krise, S. 23.
227 Scholtyseck, Die Außenpolitik der DDR, S. 19.
228 Wettig, Chruschtschows Berlin-Krise, S. 100.
229 Harrison, Driving the Soviets up the Wall, S. 109.
230 Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 130.
231 SAPMO-BArch, NY 4090/240, Bl. 315–345, Stenographische Niederschrift der Pressekonferenz Grotewohls am 12.11.1958.
232 ‚Neues Deutschland' vom 29.11.1958, S. 1.

der DDR einfach ein. Die Sachlage sei völlig klar, so der Ministerpräsident in seiner Rede: „Niemals gab es in Deutschland eine fünfte Besatzungszone. Berlin blieb immer ein untrennbarer Bestandteil der damals sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, auch nachdem die Westmächte an der gemeinsamen Besetzung Berlins beteiligt wurden."[233] Es sei damals das gemeinsame Ziel der vier Siegermächte gewesen, die Demokratisierung in der Stadt voranzutreiben und die Rückkehr der konservativen Eliten an die Schalthebel der Macht für immer zu verhindern. Da sich jedoch die Westmächte dafür nicht eingesetzt hätten, fehle eine Rechtsgrundlage für ihren weiteren Aufenthalt im Westteil Berlins. Glaubte er ernsthaft, dass die Regierungen in Washington, London und Paris auf die Forderungen Chruschtschows eingehen würden? Bei der Analyse seiner Reden und Erklärungen drängt sich der Eindruck auf, dass er nur halbherzig hinter der sowjetischen Position stand und wie die übrigen Politbüromitglieder mit einer westlichen Ablehnung rechnete. Die Aufbruchstimmung, die er bei seinen öffentlichen Auftritten noch Anfang der fünfziger Jahre vermitteln konnte, war verflogen und einem unwirklichen Pragmatismus gewichen. Während Ulbricht seinem Ziel nähergekommen war, einen separaten Friedensvertrag mit der Sowjetunion abzuschließen und dadurch die Staatlichkeit der DDR endgültig zementieren zu können, hatte Grotewohl seine Vision eines vereinigten Deutschland vollständig aus den Augen verloren.

Chruschtschow erreichte mit dem Berlin-Ultimatum zumindest ein Nahziel, denn die drei Westalliierten kehrten an den Verhandlungstisch zurück, um gemeinsam über die deutsche Frage zu reden. In Genf fand – mit längeren Unterbrechungen – vom 11. Mai bis zum 15. August 1959 eine Außenministerkonferenz statt, an der Vertreter der Bundesrepublik und der DDR als Beobachter teilnehmen durften. Dagegen gelang es Ost-Berlin nicht, als gleichberechtigtes Mitglied bei der Konferenz auftreten zu können. Das Spitzentreffen der vier Außenminister endete ohne Ergebnis, da die Westmächte einen Stufenplan (den nach dem neuen amerikanischen Außenminister benannten „Herter-Plan") zur Wiedervereinigung auf den Tisch legten[234], der vor der Durchführung freier Wahlen in beiden Teilen Deutschlands Wahlen im geteilten Berlin vorsah, wohingegen die Sowjetunion auf den sofortigen Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland pochte. Eine wichtige Einigung konnte allerdings doch erzielt werden: Die westlichen Alliierten erklärten sich nämlich damit einverstanden, die Berlinproblematik von der Wiedervereinigungs- und Abrüstungsfrage abzukoppeln.

Ost-Berlin wurde von Moskau frühzeitig über das neue Gipfeltreffen in Genf unterrichtet[235]. Bereits Anfang Januar 1959 hatte die SED-Führung den Entwurf eines Friedensvertrages erhalten und konnte Verbesserungswünsche anmelden[236]. Als Ort und Zeitpunkt der Konferenz feststanden, entfaltete die DDR-Regierung eine hektische Geschäftigkeit, bereitete mehrere Erklärungen vor und legte die ei-

[233] Regierungserklärung Grotewohls vom 8.12.1958, in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. VI, S. 123–160, hier S. 128.
[234] Morsey, Die Bundesrepublik Deutschland, S. 61; Wolfrum, Die geglückte Demokratie, S. 193.
[235] SAPMO-BArch, NY 4090/464, Bl. 1, Hauptabteilungsleiter Beling vom MfAA am 26.3.1959 an Grotewohl.
[236] Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 131.

gene taktische Marschroute fest[237]. So sollten die Vertragsentwürfe, die den Status von Berlin und die noch nicht fallengelassene Konföderation der beiden deutschen Staaten betrafen, aus taktischen Erwägungen heraus nicht vor Konferenzbeginn veröffentlicht werden, da man sich eine größere Medienresonanz erhoffte: „Auf der Konferenz selbst präsentiert oder in ihrem Zusammenhang der Öffentlichkeit übergeben, wird ein viel breiteres Echo auslösen."[238] Vor den alliierten Gesprächen sollte außerdem eine Beratung der Außenminister der UdSSR, der DDR, Polens und der ČSR stattfinden, um nach außen hin Einigkeit im östlichen Lager zu demonstrieren. Die Regie sah ferner eine Volkskammersitzung vor, auf der Grotewohl eine Regierungserklärung abgeben sollte, um den ostdeutschen Standpunkt zum Genfer Treffen[239] deutlich zu machen. Die Propagandamaschinerie gegen den Westen wurde wieder in Gang gesetzt, denn die einzelnen Maßnahmen waren so vorzubereiten, „dass sie nach Westdeutschland austrahl[en] und eine breite Volksbewegung [...] für den Friedensvertrag auslös[en]"[240]. Vor den Volkskammerabgeordneten warf der DDR-Ministerpräsident der Bundesregierung in Bonn mangelndes Interesse an einer Verständigung über einen Friedensvertrag vor und gab damit indirekt zu verstehen, dass er eigentlich nicht an einen Erfolg des Gipfeltreffens glaubte[241]. Bereits am 8. April schrieb er Adenauer einen Brief, in dem er allgemein ein gemeinsames Vorgehen der beiden deutschen Regierungen in der Frage des noch ausstehenden Friedensvertrages anregte und dabei nochmals an die zurückliegenden Initiativen seiner Regierung erinnerte, die jedoch weitgehend unbeantwortet geblieben waren[242]. Darüber hinaus versuchte der ostdeutsche Ministerpräsident, den DDR-Standpunkt gegenüber den wenigen nicht-sozialistischen Staaten, zu denen Ost-Berlin mittlerweile Kontakt aufgenommen hatte, zu erläutern[243].

Obwohl der Konferenzverlauf zeigte, dass die vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs gewillt waren, untereinander im Gespräch zu bleiben, endete das Treffen ergebnislos. Nachdem auch noch Chruschtschow ein für Mai 1960 in Paris anberaumtes Folgetreffen platzen ließ[244], meldete sich Grotewohl in der Deutschlandpolitik kaum noch zu Wort. Zu diesem Zeitpunkt hatte er bereits alle Hoffnungen auf die Vereinigung Deutschlands aufgegeben[245]. Statt dessen wuchs sein Groll gegenüber dem Westen und insbesondere der Bundesregierung, die er für

[237] SAPMO-BArch, NY 4090/464, Bl. 6–8, vertraulicher Vermerk mit Vorschlägen zur Vorbereitung der Genfer Außenministerkonferenz (o. Verf., o. D.).
[238] Ebenda, Bl. 7.
[239] Die Verhandlungen der vier Außenminister in Genf beobachtete der Staatssekretär im MfAA, Otto Winzer, vor Ort, der die SED-Führung mehrmals wöchentlich darüber informierte.
[240] SAPMO-BArch, NY 4090/464, Bl. 15–23, hier Bl. 19, vertrauliche Verschlusssache vom 9. 4. 1959.
[241] Regierungserklärung Grotewohls vom 16. 4. 1959, in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. VI, S. 213–235, hier S. 215.
[242] BAK, B 136/6506, Grotewohl am 8. 4. 1959 an Adenauer.
[243] SAPMO-BArch, NY 4090/494, Grotewohl am 30. 4. 1959 an den irakischen Ministerpräsidenten Kassem.
[244] Einen Anlass bot der Abschuss des US-Spionageflugzeugs U-2 über der Sowjetunion am 1. Mai 1960. Wenige Wochen zuvor hatte Grotewohl dem Bundeskanzler vorgeschlagen, eine gemeinsame Delegation nach Paris zu entsenden. BAK, B 136/6506, Grotewohl am 24. 3. 1960 an Adenauer.
[245] Grotewohl unterbreitete Adenauer Ende 1961 ein letztes Mal den Vorschlag, Verhandlungen „über einen Modus vivendi zwischen beiden deutschen Staaten aufzunehmen". Bonn verweigerte jedoch die Annahme des Briefes. BAB, DC 20/2202, Grotewohl am 30. 11. 1961 an Adenauer.

das Scheitern seiner Bemühungen letztlich verantwortlich machte. Nur so werden etwa seine verbitterten Attacken gegen die ersten Vorüberlegungen in Bonn zur Regelung des Staatsnotstandes verständlich, die er als „Staatsstreich" bezeichnete, da sie das Ziel verfolgen würden, „die offene klerikal-faschistische Diktatur" in Westdeutschland zu errichten[246]. Für das Verhalten Chruschtschows, die Gespräche mit den Westmächten vorerst abzubrechen, zeigte er volles Verständnis. Anlässlich eines Besuchs des Kremlchefs in Ost-Berlin erklärte der DDR-Ministerpräsident: „Unter diesen Bedingungen zu verhandeln hätte den Sinn der Gipfelkonferenz in sein Gegenteil verkehrt. Hätte die Sowjet-Delegation unter diesen Bedingungen verhandelt, so hätte sie sich der bewussten Irreführung der Völker schuldig gemacht."[247] Der Erste Sekretär des ZK der KPdSU ließ auch gegenüber der Bundesrepublik die Muskeln spielen, denn er drohte während eines Staatsbesuchs in Österreich erneut mit dem Abschluss eines separaten Friedensvertrages und reagierte mit diebischer Freude auf die Ankündigung des Bundestages, eine Sitzung im Reichstagsgebäude abzuhalten: „Vielleicht sollten wir die Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit der DDR zeitlich zur Einberufung des Bundestages in Westberlin anberaumen. Und dann müssten alle Bundestagsabgeordneten sich bei Grotewohl Visa beschaffen, um aus Berlin nach Bonn heimfahren zu können."[248] Die Phase der gespielten Verständigungsbereitschaft war also vorbei. Was nun folgte, waren Schuldzuweisungen gegenüber dem Westen. Gleichzeitig begann die DDR damit, sich stärker gegenüber der Bundesrepublik abzuschotten.

Im Herbst 1960 spitzte sich die Lage in Berlin weiter zu, da die Zahl der Menschen, die der DDR vorwiegend über den Westteil der Stadt für immer den Rücken kehrten, erneut rapide anstieg. Während die ostdeutschen Behörden 1959 insgesamt 144225 „Republikflüchtlinge" registriert hatten, waren es ein Jahr später bereits 202711[249]. Die Fluchtzahlen blieben auf konstant hohem Niveau: Die Gesamtzahl stieg 1961 sogar nochmals auf nunmehr 212814. Die Abstimmung mit den Füßen machte der SED-Führung sichtlich zu schaffen. Schließlich gelang es Ulbricht, Chruschtschow davon zu überzeugen, dass nicht nur die DDR, sondern auch die Sowjetunion ein Interesse daran hatte, die Fluchtwelle zu stoppen. Der Beschluss zum Mauerbau war somit von langer Hand in Moskau und Ost-Berlin vorbereitet worden, wobei der Erste Sekretär des ZK der SED die Entwicklung in entscheidendem Maße beschleunigte. Die endgültige Entscheidung wurde zwar erst auf der Tagung der Warschauer-Pakt-Staaten Anfang August 1961 in der sowjetischen Hauptstadt getroffen. Es besteht allerdings kein Zweifel daran, dass der dort getroffene Beschluss nur formalen Charakter besaß, da es Ulbricht erstmals Ende März gelungen war, Chruschtschow von der Unvermeidbarkeit der Grenzschließung in Berlin zu überzeugen[250]. Unter der organisatorischen Leitung Erich Honeckers riegelten Einheiten der Nationalen Volksarmee (NVA) in der Nacht

[246] BAB, DC 20/15208, Bl. 2–4, Erklärung des DDR-Ministerpräsidenten (Entwurf) mit handschriftlichen Notizen Grotewohls [1960].
[247] SAPMO-BArch, NY 4090/252, Bl. 347–362, hier Bl. 352, Rede Grotewohls auf der Beratung mit Chruschtschow am 19.5.1960.
[248] Aus der Pressekonferenz Chruschtschows vom 8.7.1960 in Wien, in: DzD. IV/5, S. 28–32, hier S. 31.
[249] Zu den Zahlen: Bispinck, „Republikflucht", S. 306 (Tabelle 1).
[250] Uhl, „Westberlin stellt also ein großes Loch inmitten unserer Republik dar", S. 315.

vom 12. auf den 13. August die Übergänge von Ost- nach West-Berlin ab. In den folgenden Wochen wurden die provisorischen Sperranlagen ausgebaut, so dass die Mauer die beiden Stadthälften endgültig teilte. Nicht nur die Berliner Bevölkerung zeigte sich von der drastischen Maßnahme völlig überrascht, die von der Sowjetunion und ihren Streitkräften strategisch abgesichert worden war[251]. Obwohl die SED-Führung auf den ersten Blick eine Konsolidierung ihrer Herrschaft erreichte[252], blieb die erhoffte Zustimmung der Bevölkerung weitgehend aus. Ministerpräsident Grotewohl war an der Entscheidungsfindung nicht beteiligt. An zahlreichen Politbürositzungen konnte er 1961 kaum noch teilnehmen, da er aufgrund einer schweren Krankheit lange Zeit ans Bett gefesselt war[253]. Gleichwohl dürfte er den 13. August 1961 auch als eine persönliche Niederlage empfunden haben, denn nach dem Mauerbau schienen sich Bonn und Ost-Berlin endgültig im geteilten Deutschland einzurichten. Grotewohls deutschlandpolitische Visionen hatten sich auf einen Schlag als Farce entpuppt.

2. Auf der Suche nach internationaler Anerkennung

Metamorphose der sowjetischen Präsenz in der DDR

Während sich die SED-Führung also in zunehmendem Maße von der Illusion einer Wiedervereinigung unter sozialistischem Vorzeichen verabschiedete, rückte mit der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR ein anderes Ziel ins Zentrum ihrer außen- und deutschlandpolitischen Bemühungen[254]. Dabei bewegte sich der ostdeutsche Teilstaat zwischen zwei Polen. Ost-Berlin musste zum einen eine Antwort finden auf die Nichtanerkennungspolitik der Bundesregierung, die vor allem in der 1955 aufgestellten Hallstein-Doktrin ihren Niederschlag fand. Damit wollte Bonn verhindern, dass Staaten außerhalb des sowjetischen Machtbereichs diplomatische Beziehungen zur DDR aufnahmen. Das SED-Politbüro versuchte lange Zeit vergeblich, die internationale Isolierung der DDR zu durchbrechen. Das bahnte sich erst an, als die Bundesrepublik in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre dazu überging, die Handhabung ihrer außenpolitischen Maxime zu lockern, um eine eigenständige Ostpolitik entwickeln zu können. Auf der anderen Seite war die DDR – wie bereits mehrfach betont – von der Sowjetunion existenziell abhängig. Obwohl die ostdeutsche Regierung offiziell von Anfang an Außenpolitik und Außenhandel betreiben durfte, wurde der außenpolitische Spielraum des ostdeutschen Teilstaates von der sowjetischen Führung festgelegt, der deutlich geringer war als der der Bundesrepublik. Deshalb kam den politischen Beziehungen zwischen Moskau und Ost-Berlin zentrale Bedeutung zu.

[251] Uhl/Wagner (Hrsg.), Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer, S. 56.
[252] Dietrich Staritz bezeichnete den Mauerbau zu Recht als „heimlichen Gründungstag der DDR". Staritz, Geschichte der DDR, S. 196.
[253] Vgl. Protokoll der außerordentlichen Politbürositzung am 7. 8. 1961, in: Uhl/Wagner (Hrsg.), Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer, S. 94–98; Protokoll der Politbürositzung am 15. 8. 1961, in: ebenda, S. 118–122.
[254] Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 558.

Bereits in den ersten Nachkriegsjahren bestanden verschiedene Kommunikationsebenen, die nach der DDR-Gründung weiter genutzt bzw. stellenweise auch ausgebaut wurden. Zunächst einmal verfügte die SED-Spitze über einen engen Draht zur sowjetischen Besatzungsmacht in Karlshorst, wo Anfang November 1949 die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) als Nachfolgeeinrichtung der SMAD gebildet wurde[255]. Auch in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre trafen sich Pieck, Grotewohl und Ulbricht teilweise mehrmals wöchentlich mit hochrangigen Vertretern der Besatzungsverwaltung[256], um Fragen des politischen Tagesgeschäfts zu besprechen oder um ostdeutsche Delegationsreisen nach Moskau vorzubereiten. Darüber hinaus überwachte die SKK die Einhaltung der sowjetischen Reparationsziele[257], für die bekanntlich im Zuständigkeitsbereich des DDR-Ministerpräsidenten das Amt für Reparationen als zentrale Koordinierungsstelle eingerichtet wurde, und veranlasste die Überarbeitung von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen[258]. Grotewohl soll sich angeblich sehr gut mit Wladimir S. Semjonow verstanden haben, der bis 1953 Politischer Berater des SKK-Vorsitzenden und anschließend Hoher Kommissar in Ost-Berlin war[259].

Die sowjetische Einflussnahme blieb auch nach der DDR-Gründung unvermindert bestehen und wandelte sich in der Folgezeit nur geringfügig: Während die SKK auf der einen Seite einige SMAD-Befehle aufhob[260] und so den Eindruck erweckte, die DDR erhalte mehr Souveränitätsrechte, lenkte die Sowjetunion auf der anderen Seite den Aufbau der ostdeutschen Geheimpolizei. Die Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) Anfang 1950 erfolgte nämlich unter enger Anleitung des MGB. Das Büro des Ministerpräsidenten war ein wichtiger Knotenpunkt für die sowjetisch-ostdeutschen Beziehungen, weil hier nicht nur zahlreiche Befehle der Besatzungsmacht, sondern auch Berichte der ostdeutschen Verwaltung eingingen, die beispielsweise über die Schwierigkeiten bei der Durchführung der Reparationsauflagen berichteten. Dabei fiel Grotewohl oftmals die undankbare Aufgabe zu, in Karlshorst vorstellig zu werden, um die Verlängerung von Lieferfristen zu

[255] Erklärung des SKK-Vorsitzenden Tschujkow vom 11.11.1949 zur Bildung der SKK, in: DzD. II/3 (veröffentlichte Dokumente), S. 252f.

[256] Grotewohl hat vermutlich in seinen Taschenkalendern nur die Treffen festgehalten, die ihm wichtig erschienen. Demzufolge fanden 1950 insgesamt elf Unterredungen in Karlshorst statt. In den beiden folgenden Jahren gab es jeweils zehn Treffen. Den Höhepunkt stellte das Krisenjahr 1953 mit 22 Spitzengesprächen dar. Danach ging die Zahl der von Grotewohl festgehaltenen Unterredungen bei der SKK bzw. in der sowjetischen Botschaft zum Teil stark zurück: sieben (1954), 14 (1955), sieben (1956), 13 (1957), vier (1958), fünf (1959) sowie zwei (1960). SAPMO-BArch, NY 4090/9, Taschenkalender 1950–1954; SAPMO-BArch, NY 4090/10, Taschenkalender 1955–1960.

[257] SAPMO-BArch, NY 4090/315, Bl. 7, Tschujkow am 23.11.1949 an Grotewohl.

[258] Vgl. SAPMO-BArch, NY 4182/1195, Bl. 58f., Tschujkow am 28.11.1951 an Grotewohl.

[259] SAPMO-BArch, SgY 30/1879, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Ludwig Eisermann über seine Erinnerungen an Otto Grotewohl vom 30.3.1977, S. 26f. Eisermann zählte Semjonow sogar zu den Förderern Grotewohls. Dem widerspricht die Einschätzung des SPD-Ostbüros etwas, das auf deutliche Kritik des leitenden SKK-Mitarbeiters am Verhalten Grotewohls hinwies, der „bei verschiedenen Referaten [...] nicht die vom ZK der SED vorgeschriebene polit. Linie eingehalten" habe. AdsD, Ostbüro der SPD, Aktenordner Otto Grotewohl I, Aktennotiz (o. Verf.) vom 4.4.1952.

[260] Tschujkow am 9.2.1950 an Ulbricht, in: DzD. II/3 (unveröffentlichte Dokumente), S. 590f. In der Folgezeit regte Grotewohl die Aufhebung einzelner SMAD-Befehle an, so z.B. bei der Lohnfestsetzung. BAB, DC 20/15412, Grotewohl am 7.9.1950 an Tschujkow.

erreichen. Dabei musste er gegenüber den Besatzungsoffizieren Rede und Antwort stehen, wenn Reparationsaufträge nicht erfüllt werden konnten[261]. Außerdem leitete er Empfehlungen der SKK an die Landesregierungen weiter, die verbindlichen Charakter besaßen. So hatte Tschujkow am 1. Februar 1950 auf Versorgungsengpässe in Thüringen hingewiesen, was den Minister für Handel und Versorgung Hamann dazu veranlasste, personelle Konsequenzen im zuständigen Ministerium anzuregen, denen Grotewohl rasch zustimmte[262]. Auf Geheiß des SKK-Vorsitzenden nahm sich Grotewohl den Verkehrsminister Hans Reingruber zur Brust und verwarnte ihn, weil er an einer Aktivistenveranstaltung der Reichsbahn nicht teilgenommen hatte[263]. Der DDR-Regierungschef trat in Karlshorst oftmals auch als Bittsteller auf: So bat er etwa Tschujkow um eine Anweisung an die sowjetischen Dienststellen und Feldposteinheiten, dass alle ausgemusterten Kraftfahrzeuge sowie Ersatzteile nur an das Ministerium für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung abgegeben werden sollten[264]. Auf diese Weise wollte Ost-Berlin alle verfügbaren Reserven für den Volkswirtschaftsplan 1950 mobilisieren. Die Anfragen des Ministerpräsidenten erstreckten sich auf eine breite Produktpalette und schlossen Rohstoffe und Fertigfabrikate mit ein. Einige Tage später bat Grotewohl beispielsweise um die Lieferung von 100 Tonnen Motoröl aus Beständen der sowjetischen Armee für die Traktoren in den Maschinenausleihstationen (MAS)[265].

In seiner Funktion als Ministerpräsident unterrichtete Grotewohl die SKK nicht nur regelmäßig über die laufenden Regierungsgeschäfte, sondern auch über geplante Gesetzes- und Vertragsverhandlungen. So teilte er Mitte August 1951 mit, dass Vertreter der Bundesregierung Gespräche zur Unterzeichnung eines innerdeutschen Handelsvertrages aufgenommen hätten[266]. Da das Abkommen auch den Warenverkehr aus Berlin tangierte, musste jedoch das Plazet Tschujkows eingeholt werden. Die deutsch-deutschen Verhandlungen zogen sich allerdings in die Länge, weil die westdeutschen Abgesandten darauf drängten, die nahezu zeitgleich eingeführten Straßennutzungsgebühren „auf ein wirtschaftlich erträgliches Maß" zu reduzieren[267]. Auch in diesem Fall sah sich die DDR-Regierung gezwungen, vorab eine Absprache mit der SKK-Führung zu erzielen. Als es bei der Bekanntmachung des innerdeutschen Handelsabkommens zu einer Panne kam, da die stellvertretende Leiterin des Amtes für Information einen entsprechenden Hinweis an Mitarbeiter des ‚Neuen Deutschlands' eigenmächtig weitergegeben hatte, sah sich Grotewohl zu einer Stellungnahme gegenüber Karlshorst veranlasst, in der er betonte, dass sich so etwas nicht mehr wiederholen werde[268]. Darüber hinaus infor-

[261] So beklagte sich der SKK-Vorsitzende im Frühjahr 1952 darüber, dass die vereinbarte Lieferfrist des in Reparatur befindlichen Schiffes „Pobjeda" nicht eingehalten wurde. BAB, DC 20/15482, Tschujkow am 16.4.1952 an Grotewohl.

[262] SAPMO-BArch, NY 4090/315, Bl. 50, Grotewohl am 1.4.1950 an Tschujkow; ebenda, Bl. 51, Grotewohl am 1.4.1950 an Hamann.

[263] SAPMO-BArch, NY 4090/315, Bl. 156, Grotewohl am 26.5.1950 an Tschujkow.

[264] SAPMO-BArch, NY 4090/315, Bl. 59, Grotewohl am 21.4.1950 an Tschujkow.

[265] SAPMO-BArch, NY 4090/315, Bl. 90, Grotewohl am 27.4.1950 an Tschujkow. In diesem Fall folgte die Zusage prompt. Ebenda, Bl. 103, Tschujkow am 29.4.1950 an Grotewohl.

[266] BAB, DC 20/15202, Bl. 1, Grotewohl am 17.8.1951 an Tschujkow.

[267] BAB, DC 20/15202, Bl. 9, Protokoll über die Sitzung am 7.9.1951 über das Handelsabkommen mit Westdeutschland; ebenda, Bl. 10, Grotewohl am 7.9.1951 an Tschujkow.

[268] SAPMO-BArch, NY 4090/316, Bl. 94, Grotewohl am 21.8.1952 an Tschujkow.

mierte Grotewohl die SKK über strukturelle und personelle Veränderungen im Regierungsapparat, wobei in der Regel nur eine Mitteilungspflicht, nicht jedoch eine Zustimmungspflicht bestand[269]. Selbst zur Herstellung von Depot-Insulin für Diabetiker musste die Zustimmung der SKK eingeholt werden, da die für die Produktion benötigte Pikrinsäure nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 25 vom 29. 4. 1946 immer noch genehmigungspflichtig war[270].

Als gleich zu Beginn des ersten Fünfjahrplanes Versorgungsengpässe auftauchten, die den Aufbau der Schwerindustrie akut gefährdeten, schaltete der DDR-Regierungschef umgehend die SKK ein[271]. Nach Angaben Grotewohls befanden sich in diversen Materiallagern, die von sowjetischen Dienststellen im Zuge der Enttrümmerungsarbeiten angelegt worden waren, Roheisen, Kabel und Rohre, die für die in Planung befindlichen Stahl- und Walzwerke dringend benötigt wurden. Der SKK-Vorsitzende kam der Bitte schließlich einen Monat später nach[272]. Wirtschaftliche Fragen waren im Übrigen nicht nur ein zentraler Bestandteil der Gespräche in Karlshorst, sondern standen häufig auch im Mittelpunkt des Schriftverkehrs zwischen der DDR-Regierung und der SKK-Führung, die generell bemüht war, den ostdeutschen Wünschen entgegenzukommen. Der Ministerrat der UdSSR veröffentlichte am 28. Mai 1953 den Beschluss über die Auflösung der SKK. Daraufhin dankte die ostdeutsche Regierung der Besatzungsverwaltung für die geleistete „große Hilfe" und unterstrich die deutsch-sowjetische Freundschaft[273]. Bereits am 10. Juni erfolgte der offizielle Antrittsbesuch des Hohen Kommissars Semjonow im Schloss Niederschönhausen, dem Amtssitz von Präsident Pieck, an dem auch Ministerpräsident Grotewohl teilnahm[274]. Ein Jahr später begann die Sowjetunion damit, sechs Konsulate in der DDR „für den Schutz und die Wahrnehmung der wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen" der UdSSR zu errichten, wie es im offiziellen Ersuchen hieß[275].

Die sowjetische Einflussnahme erfolgte noch auf anderem Wege: Erstens befanden sich in den ostdeutschen Ministerien und der Staatlichen Plankommission von Anfang an zahlreiche sowjetische Berater, über deren Tätigkeit wir aber bisher nur ansatzweise unterrichtet sind[276]. Zweitens kamen nach Stalins Tod vermehrt hochrangige Regierungsdelegationen der UdSSR offiziell in die DDR und bildeten da-

[269] BAB, DC 20/15414, Grotewohl am 6. 11. 1951 an Tschujkow. Der SKK-Vorsitzende bestätigte z. B. die Ernennung von Else Zaisser zur Volksbildungsministerin. SAPMO-BArch, NY 4090/316, Bl. 92, Tschujkow am 13. 8. 1952 an Grotewohl.

[270] BAB, DC 20/15416, Grotewohl am 5. 1. 1952 an Tschujkow. Vier Tage später lag die Genehmigung vor. Ebenda, Tschujkow am 9. 1. 1952 an Grotewohl.

[271] BAB, DC 20/15451, Grotewohl am 27. 12. 1951 an Tschujkow.

[272] BAB, DC 20/15451, Tschujkow am 26. 1. 1952 an Grotewohl.

[273] BAB, DC 20/15422, Bl. 1 f., Grotewohl am 30. 5. 1953 an Tschujkow. In der Anlage zum Brief befindet sich die offizielle Erklärung des DDR-Ministerrates.

[274] SAPMO-BArch, NY 4090/316, Bl. 245, Notiz Tzschorns vom 10. 6. 1953.

[275] BAB, DC 20/15430, Bl. 2, Botschaftsrat Miroschnitschenko an Ulbricht (Übersetzung vom 11. 6. 1954). Die sowjetischen Konsulate befanden sich in Rostock, Frankfurt/Oder, Magdeburg, Karl-Marx-Stadt, Leipzig und Erfurt.

[276] Vgl. Engelmann, Diener zweier Herren; Steiner, Sowjetische Berater in den zentralen wirtschaftsleitenden Instanzen. Darüber hinaus schickte die sowjetische Führung technische Spezialisten in die DDR, die nicht mit den sogenannten Beratern zu verwechseln sind, da sie beim Aufbau von Fabrikanlagen oder bei der Einführung neuer Produktionsverfahren behilflich waren. Diesem Wissenstransfer gingen in der Regel entsprechende Anfragen von Seiten der DDR-Regierung voraus. Vgl. BAB, DC 20/15456, Tschujkow am 7. 5. 1952 an Grotewohl.

mit eine neue Kommunikationsebene in den sowjetisch-ostdeutschen Beziehungen. So erschien Verteidigungsminister Nikolai A. Bulganin am 9. September 1953 in Ost-Berlin, um bei der Unterzeichnung eines Kreditabkommens zugegen zu sein[277]. Ein halbes Jahr später konnte die SED-Führung zunächst den sowjetischen Außenminister Wjatscheslaw M. Molotow[278] und anschließend den stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, Anastas I. Mikojan begrüßen[279], der die sowjetische Delegation zum IV. SED-Parteitag anführte[280]. Grotewohls Tagebucheintragungen und seine handschriftlichen Notizen gewähren allerdings keinen Einblick in den inhaltlichen Verlauf der Gespräche zwischen der SED-Führung und den sowjetischen Spitzengenossen. Die Kremlführung reiste auch in den folgenden Jahren in die DDR. Es ist bereits erwähnt worden, dass Chruschtschow auf dem Rückweg von Genf seinen Kurzaufenthalt in Ost-Berlin am 26. Juli 1955 dazu nutzte, um der verdutzten Weltöffentlichkeit die Zwei-Staaten-Theorie mitzuteilen. Zuvor war bereits Mikojan erschienen, der am 25. Februar der Leipziger Messe einen offiziellen Besuch abgestattet hatte[281].

Ab Mitte der fünfziger Jahre versuchte die ostdeutsche Regierung die sowjetischen Delegationsreisen zu instrumentalisieren, um das internationale Prestige der DDR nicht nur gegenüber dem Westen, sondern auch innerhalb des Ostblocks zu erhöhen. Besuche von führenden Regierungsmitgliedern der UdSSR bzw. von Spitzengenossen der KPdSU galten somit als Gradmesser für den politischen Stellenwert des Landes in der sozialistischen Staatengemeinschaft. Die DDR-Botschaft in Moskau registrierte deshalb aufmerksam die offiziellen Reisen führender sowjetischer Funktionäre in die benachbarten Volksdemokratien. So ließ sich Botschafter Johannes König Ende Mai 1957 von Vertretern des sowjetischen Außenministeriums über die geplante Fahrt einer sowjetischen Delegation in die ČSR unterrichten[282]. Gegenüber den Mitarbeitern der 3. Europäischen Abteilung vertrat er vorsichtig die Meinung, dass ein vergleichbarer Besuch auch in die DDR angebracht sei. König, der einen sehr guten persönlichen Kontakt zu Ulbricht hatte[283], befürchtete einen zunehmenden Reisetourismus, dem sich die DDR nicht verschließen dürfe: „Es ist anzunehmen, dass das Beispiel der tschechoslowakischen Freunde auch von den Regierungen der anderen befreundeten Länder, die im Laufe des letzten halben Jahres ihre Delegationen in die Sowjetunion entsandt haben, befolgt wird."[284] Das Außenministerium in Ost-Berlin forderte er auf, rasch zu handeln: „Ich bin heute mehr denn je der Meinung, dass eine Einladung unbedingt erfolgen muss, und zwar schnellstens, wenn wir nicht unter ‚ferner liefen' regis-

277 SAPMO-BArch, NY 4090/9, Bl. 562–664, hier Bl. 617 (Rückseite), Kalender Grotewohls von 1953.
278 SAPMO-BArch, NY 4090/9, Bl. 753–851, hier Bl. 762 (Rückseite), Taschenkalender Grotewohls von 1954.
279 SAPMO-BArch, NY 4090/9, Bl. 753–851, hier Bl. 771 (Rückseite), Taschenkalender Grotewohls von 1954.
280 Während des Parteitags hielt Mikojan eine Begrüßungsansprache. Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der SED, S. 400–415.
281 SAPMO-BArch, NY 4090/10, Bl. 43–115, hier Bl. 55 (Rückseite), Merkbuch Grotewohls von 1955.
282 PA AA, MfAA, A 14781, Bl. 131–133, Aktenvermerk Königs vom 29. 5. 1957.
283 Muth, Die DDR-Außenpolitik, S. 63.
284 PA AA, MfAA, A 14781, Bl. 131–133, hier Bl. 132, Aktenvermerk Königs vom 29. 5. 1957.

triert werden wollen"[285] Der DDR-Besuch der Partei- und Regierungsdelegation, an deren Spitze Chruschtschow und Bulganin stehen sollten, war zunächst aus politischen Gründen für Ende August 1957 geplant, da der Kreml Einfluss auf die bevorstehende Bundestagswahl am 15. September nehmen wollte[286]. Doch die Reise, die als Gegenbesuch zur Moskaufahrt Grotewohls von Anfang Januar 1957 galt, wurde schließlich um drei Wochen vorverlegt[287]. Botschafter König, der an den Reisevorbereitungen beteiligt war, mutmaßte, dass die sowjetische Seite nicht vorhabe, in der DDR Verhandlungen über Einzelfragen zu führen[288]. Seiner Ansicht nach würde der Besuch der sowjetischen Führung in erster Linie repräsentativen Charakter haben. Ost-Berlin bereitete sich sorgfältig vor und holte beispielsweise Informationen über den Staatsbesuch Chruschtschows und Bulganins in der ČSR ein, der kurz vorher stattgefunden hatte. In einem Gespräch wies der sowjetische Botschafter in Prag Grischin seinen ostdeutschen Amtskollegen Bernhard Koenen, der die DDR-Botschaft seit Anfang 1953 leitete[289], darauf hin, dass der Erste Sekretär des ZK der KPdSU aufgrund seines Arbeitspensums physisch ermüdet sei[290]. Deshalb dürfe das Programm für den DDR-Besuch nicht zu umfangreich werden. Die SED-Führung berücksichtigte diese Empfehlung und verzichtete bei der Vorbereitung der gemeinsamen Erklärung zum Abschluss der sowjetischen Delegationsreise in der DDR auf konkrete Abmachungen[291]. Stattdessen beschränkte sich die Deklaration darauf, die bereits bekannten Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion sowie den Konföderationsplan zu wiederholen[292]. Chruschtschow reiste ein Jahr später erneut in die DDR, um dem V. SED-Parteitag beizuwohnen[293]. Auf diese Weise konnte der Schulterschluss zwischen dem Kremlchef und Ulbricht demonstriert werden, der sich einige Monate zuvor gegen seinen innerparteilichen Widersacher Schirdewan endgültig durchgesetzt hatte.

Auf gleicher Augenhöhe? Grotewohl in Moskau

Es gehörte zu den Herrschaftspraktiken Stalins, die SED-Führung in unregelmäßigen Abständen nach Moskau zu zitieren, um mit ihr wichtige politische Fragen zu besprechen und den ostdeutschen Genossen Anweisungen zu geben. Zwischen 1947 und 1952, d. h. nach dem Vereinigungsparteitag im April 1946, fanden insgesamt acht Spitzentreffen im Kreml statt, bei denen auf sowjetischer Seite nicht nur der sowjetische Diktator, sondern auch einige Politbüromitglieder der KPdSU

[285] PA AA, MfAA, A 14781, Bl. 129, König am 29. 5. 1957 an Kundermann (HA I/1 im MfAA).
[286] SAPMO-BArch, NY 4090/474, Bl. 42–45, hier Bl. 43, Aktenvermerk von Botschaftsrat Rossmeisl vom 18. 6. 1957.
[287] PA AA, MfAA, A 14781, Bl. 134, Rossmeisl am 5. 7. 1957 an Kundermann.
[288] PA AA, MfAA, A 14781, Bl. 138–141, hier Bl. 139, König am 15. 7. 1957 an Kundermann.
[289] Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 47.
[290] PA AA, MfAA, A 14781, Bl. 162, Notiz Koenens vom 16. 7. 1957.
[291] SAPMO-BArch, NY 4090/472, Bl. 111, MfAA (Schwab) am 11. 8. 1957 an Grotewohl.
[292] Gemeinsame Erklärung vom 13. 8. 1957, in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. V, S. 709–725, hier S. 716. Die Erklärung war von Ulbricht, Chruschtschow, Grotewohl und Mikojan unterzeichnet.
[293] SAPMO-BArch, NY 4090/10, Bl. 307–371, hier Bl. 337, Taschenkalender Grotewohls von 1958. Auf dem Parteitag hielt Chruschtschow eine längere Begrüßungsansprache. Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der SED, S. 267–303.

sowie mehrere sowjetische Minister teilnahmen[294]. Die Fahrten in die sowjetische Hauptstadt waren auch nach der DDR-Gründung recht strapaziös, da die SED-Delegation kein Flugzeug zur Verfügung gestellt bekam, sondern mit der Eisenbahn reisen musste. Aufgrund der unterschiedlichen Spurbreite musste außerdem in Brest-Litowsk der Zug gewechselt werden, so dass Pieck, Grotewohl und Ulbricht ungefähr zwei Tage unterwegs waren, bis sie ihr Ziel erreichten. Nur bei kurzfristig anberaumten Treffen durften die SED-Spitzenpolitiker fliegen, so z. B. zum Begräbnis Stalins am 9. März 1953.

Als DDR-Ministerpräsident und Ko-Vorsitzender der SED reiste Grotewohl zusammen mit Pieck, Ulbricht und Oelßner zweimal nach Moskau. Im Mittelpunkt der ersten Zusammenkunft am 4. Mai 1950 standen der unmittelbar bevorstehende 3. SED-Parteitag, auf dem vor allem der erste Fünfjahrplan verabschiedet werden sollte, und die für Oktober geplanten Volkskammerwahlen. Das von Semjonow protokollierte Gespräch hielt eine inhaltliche Aufgabenteilung zwischen den ostdeutschen Spitzengenossen fest, die vermutlich schon bei der Reisevorbereitung mit der SKK abgestimmt wurde. Während Ulbricht gegenüber dem Kremlchef wirtschaftliche Probleme ansprach und Pieck kurz über die Vorbereitungen der Volkskammerwahlen referierte, ging Grotewohl auf die deutschlandpolitischen Initiativen der SED ein, insbesondere auf die Unterschriftenkampagne der Tarnorganisation „Deutsches Komitee der Kämpfer für den Frieden"[295]. Dabei erklärte er, dass es gelungen sei, „einen größeren Kreis von Menschen zu erfassen als die Nationale Front des demokratischen Deutschland, die von vielen Westdeutschen als von den Kommunisten inspiriert angesehen wird". Anschließend versuchte er Bedenken der sowjetischen Führung zu zerstreuen, denn er betonte, dass die SED mit der Kampagne den Friedenswillen der Sowjetunion darstellen und zugleich die freundschaftlichen Beziehungen zur östlichen Supermacht vertiefen könnte. Dazu verwies er auf die steigenden Mitgliederzahlen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Stalin quittierte die Ausführungen Grotewohls mit einer zustimmenden Bemerkung, wobei er aber Wert darauf legte, dass die SED eine breitangelegte Friedenskampagne in ganz Deutschland durchführen sollte[296]. Nur so sei es möglich, „alle Pläne der USA, Deutschland in einen Krieg zu verwickeln, zunichte" zu machen[297]. Zu diesem Zeitpunkt setzte Ost-Berlin noch große Hoffnungen in die gemeinsamen Aktionskomitees von SED und KPD, mit denen Gewerkschaftsmitglieder und Sozialdemokraten gewonnen werden sollten, die den

294 Bei der Moskau-Reise der SED-Führung Ende September 1949 kam es allerdings zu keiner Begegnung mit Stalin.

295 Aufzeichnung des Gesprächs Stalins mit Pieck, Grotewohl und Ulbricht am 4.5.1950, in: Bonwetsch, Stalin und die Vorbereitung des 3. Parteitags der SED, S. 583–607, hier S. 594.

296 Badstübner/Loth stellen die Vermutung auf, dass Stalin im Verlauf der Unterredung die SED-Deutschlandpolitik kritisiert habe, und verweisen dazu auf einen Beschluss, in dem sich das Politbüro am 2.6.1950 selbstkritisch zur gesamtdeutschen Ausrichtung der eigenen Politik äußerte. Badstübner/Loth (Hrsg.), Wilhelm Pieck, S. 343. Das überlieferte Gesprächsprotokoll Semjonows lässt allerdings die ex-silentio getroffene Schlussfolgerung nicht zu. Die SED-Führung räumte der Westarbeit nach wie vor eine sehr hohe Bedeutung ein und bereitete für den 3. Parteitag einen Entschließungsantrag vor, in dem der Kampf um Frieden und nationale Einheit im Mittelpunkt stand. Vgl. Entschließung des 3. Parteitags über „die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", in: Dokumente der SED. Bd. III, S. 79–129.

297 Aufzeichnung des Gesprächs Stalins mit Pieck, Grotewohl und Ulbricht am 4.5.1950, in: Bonwetsch, Stalin und die Vorbereitung des 3. Parteitags der SED, S. 583–607, hier S. 595.

politischen Kurs Schumachers ablehnten. So betonte Grotewohl, dass die Arbeiterklasse gegenwärtig die „Hauptkraft des nationalen Widerstands des deutschen Volkes" gegen die geplante Westintegration der Bundesrepublik sei. Selbstkritisch musste er jedoch einräumen, dass sich der erhoffte Erfolg noch nicht eingestellt habe und machte dafür die SPD verantwortlich: „Die Schwäche der Nationalen Front in Westdeutschland beruht darauf, dass es der verräterischen Führung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie [...] gelingt, mit [Hilfe] einer Scheinopposition und unter Ausnutzung des Machtapparats die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse zu verhindern." Im weiteren Verlauf der Unterredung gelang es Grotewohl, Stalin dazu zu bewegen, der DDR unter Verletzung internationaler Abkommen zwei neue Radiofrequenzen zur Verfügung zu stellen, um die Propagandaarbeit über den Äther fortsetzen zu können[298].

Das Gespräch im Kreml verdeutlichte nicht nur das leicht ins Wanken geratene Selbstbewusstsein der SED-Führung gegenüber der Bundesrepublik, sondern auch die devote Haltung gegenüber dem sowjetischen Diktator. Nachdem die vereinbarten Themen besprochen waren, fragte Grotewohl umständlich nach dem zeitlichen Ende der SED-Delegationsreise. Daraufhin antwortete Stalin: „Wann Sie wollen. Bleiben Sie, seien Sie Gäste, wir haben keine Angst vor Gästen. Doch wenn Sie nicht können – dann kann man nichts machen."[299] Die Gelegenheit griff der DDR-Ministerpräsident sofort beim Schopfe und erklärte, dass er mit Ulbricht und Oelßner nach Ost-Berlin zurückfahren müsse[300]. Während des Gesprächs hatte Stalin auffallend großes Interesse an den strukturellen und personellen Veränderungen innerhalb der SED-Führung gezeigt, die auf dem 3. Parteitag offiziell durchgeführt werden sollten. So sprach er sich dafür aus, neue Kader in den leitenden Parteigremien aufzunehmen, und warf den ostdeutschen Spitzengenossen eine gezielt betriebene Abschottungspolitik vor: „Kommen neue Leute in der Führung der Partei zum Vorschein? Sind Sie aus irgendeinem Grunde nicht sichtbar? Sie selbst sind an die Führung gelangt und lassen niemand anderen heran."[301] Obwohl Pieck dieser Einschätzung widersprach und den Aufstieg neuer Kader in der Parteihierarchie in Aussicht stellte, wiederholte der sowjetische Diktator seine Kritik nochmals: Die derzeitigen Mitglieder des SED-Politbüros müssten den Parteiaufsteigern auch Platz in der Parteiführung einräumen. Stalins Sorgen waren allerdings unbegründet, denn Pieck, Grotewohl und Ulbricht nutzten den Parteitag im Juli 1950 dazu, um die schon 1946 begonnene Transformation der SED zu einer Partei sowjetischen Typs weiter voranzutreiben. Von zentraler Bedeutung war erstens die Verabschiedung eines Parteistatuts, das die Ablösung des Parteivorstands

298 Ebenda, S. 596. Eine europäische Konferenz in Kopenhagen hatte Deutschland 1948 nur wenige Frequenzen zugeteilt. Das Abkommen war am 15. 3. 1950 in Kraft getreten.

299 Ebenda, S. 607.

300 Pieck war bereits am 16. 4. 1950 in Moskau eingetroffen und hielt sich einige Wochen im Kurort Barwicha auf. Er unterbrach den Kuraufenthalt für einige Tage, um am Gespräch der SED-Delegation im Kreml teilnehmen zu können, und reiste erst am 23. 5. wieder zurück nach Ost-Berlin. Vermerk Piecks über Ablauf der Moskaureise, in: Badstübner/Loth (Hrsg.), Wilhelm Pieck, S. 344. Aufgrund seines angegriffenen Gesundheitszustandes hat er nicht wie üblich die Ergebnisse der Beratung schriftlich festgehalten. Deshalb fassen seine handschriftlichen Notizen nur die bei Stalin gehaltenen Kurzberichte der SED-Delegation zusammen.

301 Aufzeichnung des Gesprächs Stalins mit Pieck, Grotewohl und Ulbricht am 4. 5. 1950, in: Bonwetsch, Stalin und die Vorbereitung des 3. Parteitags der SED, S. 583-607, hier S. 604.

bzw. des Zentralsekretariats durch ein Zentralkomitee bzw. ein Politbüro vorsah[302]. Zweitens wurde der Einfluss ehemaliger Sozialdemokraten in den Führungsgremien der Partei weiter zurückgedrängt und das Paritätsprinzip de facto abgeschafft. Auch diesen Schritt hatte Pieck im Gespräch mit Stalin angekündigt[303], ohne einen Einwand Grotewohls zu provozieren. Zu diesem Zeitpunkt hatte der frühere Vorsitzende des SPD-Zentralausschusses den Kampf gegen den Sozialdemokratismus schon längst auf seine Fahnen geschrieben.

Unter dem Eindruck der ersten Stalinnote stand das nächste Treffen, zu dem die SED-Führung am 31. März 1952 in Moskau eintraf. Bereits einen Tag später fand die erste Unterredung mit der sowjetischen Führung statt, wieder einmal in den späten Abendstunden. Während Pieck ausführlich über die deutschlandpolitischen Aktivitäten seiner Partei berichtete, die Stalins Neutralitätsvorschlag propagandistisch unterstützen sollten, hielt sich der Kremlchef mit konkreten inhaltlichen Aussagen weitgehend zurück. Nur bei der Frage der Landesverteidigung ließ er sich aus der Reserve locken und billigte der DDR nicht nur das Recht zu, die Volkspolizei personell und materiell besser auszustatten: „Sie haben das volle Recht, eine eigene Polizei zu unterhalten, eine gut bewaffnete und ausgebildete."[304] Auf eine Nachfrage Piecks, ob es notwendig sei, Schritte zum Aufbau einer Armee einzuleiten, reagierte Stalin etwas unwirsch: „[E]ine Armee muss geschaffen werden. Weshalb nur Schritte?" Die Militarisierung müsse aber „ohne viel Lärm, ohne Agitation" erfolgen, so der Diktator weiter. Bekanntlich notierte sich Pieck nach dem Gespräch: „Volksarmee schaffen – ohne Geschrei."[305]

Anschließend war Grotewohl an der Reihe, der über die Tätigkeit des ostdeutschen Regierungsapparates sprach. Dieser müsse weiter umgebaut werden, da er „mit dem Tempo und dem Schwung des kulturellen und wirtschaftlichen Aufbaus in der DDR nicht Schritt" halten könne[306]. Nach Ansicht des ostdeutschen Ministerpräsidenten habe der Hauptfehler der SED in der Vergangenheit darin bestanden, dass beim Aufbau des Staatsapparates das Weimarer Vorbild herangezogen worden sei. Dagegen entsprach die nach wie vor expandierende Wirtschaftsverwaltung mit der Staatlichen Plankommission an der Spitze weitgehend seinen Vorstellungen: „Sicherlich gibt es bei uns auch im Wirtschaftsapparat Fehler, doch die neuen Methoden haben dort mehr Fuß gefasst als in der staatlichen Verwaltung." Grotewohl bemängelte nicht nur die bisher betriebene Personalpolitik sowie den strukturellen Aufbau, für den die SED letztlich verantwortlich war, sondern verlangte auch eine bessere Koordinierung der Verwaltungsarbeit. Damit meinte er die beim DDR-Ministerrat angesiedelten Koordinierungsstellen, die in der Folgezeit nach sowjetischer Zustimmung geschaffen wurden. Stalin unterbrach Grote-

302 Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale, S. 58f.; Malycha, Die SED, S. 311.
303 Aufzeichnung des Gesprächs Stalins mit Pieck, Grotewohl und Ulbricht am 4.5.1950, in: Bonwetsch, Stalin und die Vorbereitung des 3. Parteitags der SED, S. 583–607, hier S. 604.
304 Aufzeichnung Semjonows über das Gespräch zwischen Stalin und Pieck, Ulbricht und Grotewohl am 1.4.1952, in: Scherstjanoi/Semmelmann, Die Gespräche Stalins mit der SED-Führung (Teil 2), S. 246–260, hier S. 249.
305 Badstübner/Loth (Hrsg.), Wilhelm Pieck, S. 395.
306 Aufzeichnung Semjonows über das Gespräch zwischen Stalin und Pieck, Ulbricht und Grotewohl am 1.4.1952, in: Scherstjanoi/Semmelmann, Die Gespräche Stalins mit der SED-Führung (Teil 2), S. 246–260, hier S. 253.

wohl nur selten und stellte einige scheinbar belanglose Fragen. So wollte der Kremlchef wissen, wie viele stellvertretende Ministerpräsidenten es gebe. Grotewohl nutzte die Gelegenheit, um darauf hinzuweisen, dass seine Stellvertreter der staatlichen Neuorganisation im Wege ständen: „Doch die Lösung der Aufgabe wird durch das Vorhandensein des Parteienblocks sehr erschwert. Bei der Schaffung neuer Posten muss man die Notwendigkeit mitbedenken, dass irgendetwas für die bürgerlichen Parteien vorzusehen ist. Mit der Entwicklung unserer Aufgaben wird es jedoch immer schwieriger, den Vertretern der Bourgeoisie irgendein Ministerium zu geben."[307] Der sowjetische Diktator nahm die Ausführungen Grotewohls zur Kenntnis, ohne sie aber zu kommentieren. Die Tatsache, dass er nach der Funktion Ulbrichts innerhalb der DDR-Regierung fragte, lässt darauf schließen, dass er der Neuordnung des Verwaltungsapparates nicht allzu große Bedeutung beimaß. Stattdessen betonte er mehrmals, dass neben den Ministern auch stellvertretende Ministerpräsidenten benötigt würden.

Grotewohl hatte außerdem noch die Aufgabe übernommen, in seinem Kurzvortrag die wirtschaftlichen Probleme der DDR zu thematisieren. Dabei bat er Moskau um Unterstützung, die Stalin schließlich zusicherte[308]. Im Einzelnen ging es um die Lieferung von 25000 Tonnen Roheisen, 7000 Tonnen Blei, 10000 Tonnen Kupfer sowie die Bereitstellung eines kurzfristigen Kredits in Höhe von 2,5 Millionen Dollar, mit dem die DDR-Führung ein Rohwalzwerk in Westdeutschland kaufen wollte. Gleichzeitig beantragte der ostdeutsche Regierungschef die Verkürzung der Lieferfristen bei den für den Schiffsbau dringend benötigten Grobblechen. Als daraufhin der beim Spitzengespräch anwesende stellvertretende Ministerratsvorsitzende Mikojan ausweichend reagierte, hakte Grotewohl zielstrebig nach: „Wir hätten es gern anders." Stalin beendete die kleine Auseinandersetzung und beauftragte die Handelsdelegationen beider Länder damit, bei nächster Gelegenheit einen Kompromiss in dieser Frage zu erzielen. Bei den Wirtschaftsfragen konnte Grotewohl mit dem Gesprächsverlauf vollauf zufrieden sein, denn Stalin schien alle ostdeutschen Forderungen zu akzeptieren.

Das zweite Treffen am 7. April brachte der SED-Führung die endgültige Gewissheit, dass Stalin nicht mehr mit einer konstruktiven Antwort der Westmächte auf sein Vereinigungsangebot rechnete[309]. Im Mittelpunkt des etwa einstündigen Gesprächs stand erneut die Aufrüstung der Kasernierten Volkspolizei. Darüber hinaus ging es um die Kollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft. Als Grotewohl gegen Ende des Gesprächs von Stalin wissen wollte, ob die SED Änderungen „an unserer Argumentation zu Fragen der Einheit Deutschlands und am offiziellen Standpunkt der Regierung der DDR zur Frage der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands" vornehmen müsste, verneinte der Kremlchef dies[310]. Stalin erklärte, dass die deutschlandpolitische Propaganda fortzusetzen sei, um die Amerikaner in der westdeutschen Öffentlichkeit „entlarven" zu können. Obwohl

[307] Ebenda, S. 254f.
[308] Ebenda, S. 256f.
[309] Aufzeichnung über das Gespräch zwischen Stalin und Pieck, Ulbricht und Grotewohl am 7.4.1952, in: Scherstjanoi/Semmelmann, Die Gespräche Stalins mit der SED-Führung (Teil 2), S. 261–268.
[310] Ebenda, S. 268.

der Moskaubesuch der inhaltlichen Vorbereitung der II. SED-Parteikonferenz diente, wandte sich die SED-Führung drei Monate später schriftlich an Stalin und bat um die Stellungnahme des Politbüros des ZK der KPdSU (B) zu den geplanten Beschlüssen[311]. Ost-Berlin wollte die uneingeschränkte Rückendeckung in Moskau einholen, zumal sich die außenpolitische Lage nach dem Scheitern der zweiten Stalinnote nochmals verändert hatte. In einem Telegramm stimmte die sowjetische Führung nicht nur dem „Aufbau des Sozialismus" in der DDR zu, sondern gab noch einen wichtigen Hinweis: „Zugleich sind wir der Ansicht, dass es aus taktischen Erwägungen heraus zweckmäßig wäre, auf der Parteikonferenz zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu erklären, dass die Deutsche Demokratische Republik ein Staat der Volksdemokratie ist."[312] Vielmehr sollte sich die SED-Führung darauf beschränken, zu erklären, dass „die volksdemokratischen Grundlagen des Staatsaufbaus konsequent gefestigt werden". Moskau hatte sich offenbar noch nicht ganz vom Ziel verabschiedet, die westdeutsche Gesellschaft für die eigenen deutschlandpolitischen Ziele zu gewinnen.

Zwischen den beiden Nachtsitzungen in Stalins Arbeitszimmer absolvierte die SED-Delegation nicht nur ein Kulturprogramm[313]. Sie führte mindestens noch zwei weitere Gespräche mit wichtigen ZK-Mitgliedern der KPdSU (B). Am 4. April trafen sich Pieck, Grotewohl und Ulbricht im Beisein von Semjonow mit Nikolai A. Michailow, Wassili W. Kusnezow, Nikolai N. Romanow und Kabin[314]. Zentrales Thema war wieder einmal die Bewaffnung der DDR, insbesondere die vormilitärische Ausbildung[315]. Dabei teilte der Politische Berater des SKK-Vorsitzenden den ostdeutschen Spitzengenossen mit, dass nunmehr die Ausrüstung der Polizei mit Waffen und Munition erfolgen könne, und stützte sich mit seiner Aussage vermutlich auf einen entsprechenden Beschluss der sowjetischen Führung[316]. Auch wenn die Frage nicht beantwortet werden kann, inwieweit die Aufrüstungspläne Rückschlüsse über Stalins deutschlandpolitische Absichten erlauben[317], kann doch festgehalten werden, dass sich die Kremlspitze ausführlich mit der SED-Führung über zahlreiche Einzelheiten der Militarisierung des ostdeutschen Teilstaates unterhielt. Nachdem Grotewohl im ersten Gespräch bei Stalin die Zentralisierung der Regierungsarbeit angesprochen hatte, gab es am 5. April eine Unterredung mit Nikolai M. Pegow, der im ZK der KPdSU (B) saß und am 16. Oktober ins Sekretariat des ZK aufsteigen sollte. Bei der Gelegenheit ging es auch um die verbesserte Zusammenarbeit zwischen Partei- und Regierungsspitze[318]. Allem

311 Staritz, Die SED, Stalin und der „Aufbau des Sozialismus".
312 Telegramm des ZK der KPdSU (B) vom 8.7.1952 an Pieck, Grotewohl und Ulbricht, in: Scherstjanoi/Semmelmann, Die Gespräche Stalins mit der SED-Führung (Teil 2), S. 268f.
313 Scherstjanoi/Semmelmann, Die Gespräche Stalins mit der SED-Führung (Teil 2), S. 239.
314 Michailow und Kusnezow wurden am 16.10.1952 Mitglieder des Politbüros der KPdSU (B).
315 SAPMO-BArch, NY 4090/699, Bl. 1f., handschriftliche Notizen über Gespräch mit Kusnezow, Michailow, Semjonow, Romanow und Kabin am 4.4.1952. Ein weiteres Gesprächsthema war der Aufbau des Roten Kreuzes in der DDR.
316 SAPMO-BArch, NY 4090/699, Bl. 2 (Rückseite), handschriftliche Notiz Grotewohls über Mitteilung Semjonows am 4.4.1952 gegen 22.00 Uhr.
317 Scherstjanoi/Semmelmann, Die Gespräche Stalins mit der SED-Führung (Teil 2), S. 240.
318 SAPMO-BArch, NY 4090/699, Bl. 8–10, handschriftliche Notizen Grotewohls über Besprechung mit Pegow am 5.4.1952; Notizen Piecks über Besprechung mit Pegow am 5.4.1952, in: Badstübner/Loth (Hrsg.), Wilhelm Pieck, S. 397f.

Anschein nach dienten beide Gespräche nicht nur der Vertiefung des ersten Treffens bei Stalin, sondern auch der inhaltlichen Vorbereitung der zweiten Zusammenkunft am 7. April im Kreml. Nach der Rückkehr aus Moskau bereitete das SED-Politbüro eine ganze Reihe von Maßnahmen vor, unter anderem die Einrichtung von insgesamt fünf Koordinierungs- und Kontrollstellen beim DDR-Ministerrat, die Auflösung der Länder, die Umwandlung der Demarkationslinie zur Bundesrepublik in eine befestigte Staatsgrenze sowie den weiteren Umbau des landwirtschaftlichen Sektors[319]. Außerdem folgten weitere Unterredungen bei der SKK in Karlshorst, bei denen es um die Umsetzung der Moskauer Gesprächsergebnisse ging[320].

Obwohl die SED-Führung ihre nächsten Reisen in die sowjetische Hauptstadt mit dem Flugzeug antreten konnte, entwickelten sich die Aufenthalte nicht zu einem diplomatischen Spaziergang, denn Pieck, Grotewohl und Ulbricht wussten nicht, was sie nach dem Tode Stalins bei der neuen sowjetischen Führung erwartete. Bereits neun Tage nach der feierlichen Beisetzung Stalins begann Moskau damit, den eingeschlagenen Sowjetisierungskurs in der DDR kritisch zu überdenken. Tschujkow und Semjonow wurden am 18. März 1953 angewiesen, ein Gespräch mit Grotewohl und Ulbricht zu führen, um vorschnelle Maßnahmen an den Sektorengrenzen zu West-Berlin zu verhindern, die Moskau offenbar befürchtete[321]. Das Präsidium des Ministerrates der UdSSR befasste sich erstmals am 5. Mai mit der kritischen Lage in der DDR[322]. Damit setzte eine kontroverse Debatte in der sowjetischen Führung über die Zukunft des ostdeutschen Satelliten ein. Auch die Westmächte beobachteten aufmerksam die graduellen Veränderungen im Ostblock und vor allem in der DDR, die nach Stalins Tod langsam sichtbar wurden[323]. Schließlich musste die SED-Spitze ohne Pieck Anfang Juni im Kreml antreten, um die Anweisung für den „Neuen Kurs" entgegenzunehmen. Grotewohls karge Notizen lassen den dramatischen Verlauf der drei Unterredungen nur erahnen, denn die sowjetische Führung äußerte ihre Beunruhigung über die zugespitzte Lage in der DDR und kritisierte die seit der II. Parteikonferenz eingeleitete Neuordnung in nahezu allen Politikfeldern[324]. Ulbricht versuchte noch, die Wogen etwas zu glätten und erklärte laut Grotewohls Mitschriften: „keine Panik bei L.P.G."[325] Des Weiteren stellte er die Senkung des Ablieferungssolls und eine bessere Ausstattung der Maschinen-Traktoren-Stationen in Aussicht. Dagegen sind vom Ko-Vorsitzenden der SED keine Äußerungen überliefert. Grotewohls Notizen über den

[319] SAPMO-BArch, NY 4090/699, Bl. 11–19, Politbürobeschluss vom 11. 4. 1952.

[320] Besprechungen am 14. 4., 18. 4., 7. 5. und 26. 5. 1952, in: Badstübner/Loth (Hrsg.), Wilhelm Pieck, S. 400–404. Der Teilnehmerkreis wechselte offensichtlich. Folgt man den Pieck-Notizen, so nahmen der DDR-Präsident und der SKK-Vorsitzende an allen o. g. Treffen teil.

[321] Anweisung der neuen sowjetischen Führung an Tschujkow und Semjonow vom 18. 3. 1953, in: Uprising in East Germany 1953, S. 50f.

[322] Scherstjanoi, Die sowjetische Deutschlandpolitik nach Stalins Tod 1953, S. 515.

[323] Vgl. Bericht von N. Spencer Barnes vom 30. 4. 1953 an das US-Außenministerium, in: Uprising in East Germany 1953, S. 74–81.

[324] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2/286, Bl. 3 und 12–15, handschriftliche Notizen über die Gespräche im Kreml am 2., 3. und 4. 6. 1953. Erstmals abgedruckt in: Uprising in East Germany 1953, S. 137f.

[325] Ebenda, S. 138.

Kurzaufenthalt am 9. Juli, als ihm und Ulbricht die Verhaftung Berijas bekannt gegeben wurde, geben keinen Einblick in den Diskussionsverlauf[326].

Der DDR-Ministerpräsident hielt sich 1953 insgesamt fünfmal in Moskau auf[327]. So oft war er in keinem Jahr zuvor in der sowjetischen Hauptstadt gewesen. In den nachfolgenden Jahren nahm die Zahl der Besuche beim großen Bruder wieder stark ab. Das nächste Treffen fand im August 1953 in vergleichsweise entspannter Atmosphäre statt, obwohl der blutig niedergeschlagene Volksaufstand und der Machtkampf in der SED erst wenige Wochen zurücklagen. Die sowjetische Führung hatte offiziell eine DDR-Regierungsdelegation unter Leitung Otto Grotewohls eingeladen[328], um mit ihr nicht nur über den Abschluss eines Friedensvertrages und die Einheit Deutschlands zu sprechen, sondern auch publikumswirksam das Ende der Reparationszahlungen zu verkünden. Bei einem Bankett, das der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, Georgi M. Malenkow, am 22. August zu Ehren seiner ostdeutschen Gäste gab, dankte Grotewohl „für den warmen und freundschaftlichen Empfang"[329]. Er hob nicht nur die engen Beziehungen zwischen Moskau und Ost-Berlin hervor, sondern unterstrich auch ausdrücklich die Abhängigkeit der DDR von der Sowjetunion: „Sie haben uns heute Abend noch einmal den Spiegel der nationalen Selbstvernichtung des deutschen Volkes gezeigt. Unsere Aufgabe ist es, in Deutschland dafür zu sorgen, dass das deutsche Volk nicht zum drittenmal den Weg der Vernichtung geht. Darum sind wir hierhergekommen, zu Ihnen in das Lager des Friedens." Das Reiseprogramm sah nur am ersten Tag ein kurzes Gespräch zwischen den beiden Regierungsdelegationen vor[330]. Ende des Jahres kehrte Grotewohl noch einmal nach Moskau zurück, um einen Zwischenstopp auf seiner Reise ans Schwarze Meer einzulegen, wo er sich zu einer mehrwöchigen Kur aufhielt. Die Rückfahrt nach Ost-Berlin musste überraschenderweise unterbrochen werden, da die sowjetische Führung Grotewohl am 17. Dezember über die bevorstehende Hinrichtung Berijas unterrichten ließ[331].

Knapp zwei Monate nachdem Chruschtschow am 26. Juli 1955 in Ost-Berlin die Zwei-Staaten-Theorie verkündet und sich damit zur Aufrechterhaltung der DDR verpflichtet hatte, reiste eine hochrangige DDR-Regierungsdelegation in die sowjetische Hauptstadt, um einen bilateralen Vertrag abzuschließen, mit dem die DDR die „volle Souveränität" erhielt[332]. Außerdem wurde das Amt des sowjetischen

[326] SAPMO-BArch, NY 4090/699, Bl. 88f., handschriftliche Notizen Grotewohls über Moskaureise am 9.7.1953.

[327] SAPMO-BArch, NY 4090/9, Bl. 562–664, Kalender Grotewohls von 1953.

[328] SAPMO-BArch, NY 4090/471, Bl. 23, Vermerk von Abteilungsleiter Lässig vom 15.8.1953; ADN-Meldung vom 16.8.1953, in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. I, S. 275f.

[329] Ansprache Grotewohls beim Bankett im Kreml am 22.8.1953, in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. I, S. 281–283, hier S. 281.

[330] SAPMO-BArch, NY 4090/471, Bl. 107–123, Protokoll der Sitzung am 20.8.1953 im Kreml.

[331] SAPMO-BArch, NY 4090/9, Bl. 562–664, hier Bl. 635, Kalender Grotewohls von 1953.

[332] Vertrag über die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR vom 20.9.1955, in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. III, S. 280–283. Ein weiteres Abkommen, das erst sehr viel später abgeschlossen wurde, sicherte die weitere Stationierung sowjetischer Truppen in der DDR rechtlich ab und schränkte somit die Souveränität stark ein. Stationierungsabkommen zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der UdSSR vom 12.3.1957, in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. V, S. 677–685.

Hohen Kommissars aufgehoben. Grotewohl, der sich seit Mitte August zu einem Kur- und Erholungsurlaub in der Sowjetunion befand, reiste am 14. September direkt von der Krim nach Moskau[333], um die Vertragsverhandlungen auf ostdeutscher Seite zu leiten. Doch auch bei diesem Besuch stand die DDR etwas im Schatten der Bundesrepublik, denn unmittelbar zuvor hatte Bundeskanzler Adenauer im Kreml nach zähen Verhandlungen die Freilassung der letzten deutschen Kriegsgefangenen erreicht. Im Gegenzug war die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion beschlossen worden. Obwohl die SED-Führung über die sowjetisch-westdeutschen Gespräche auf dem Laufenden gehalten wurde[334], besaß sie keinerlei Einflussmöglichkeiten und muss den in den westlichen Medien gefeierten Erfolg der Moskaureise Adenauers als empfindliche Niederlage in der nach wie vor andauernden Propagandaschlacht empfunden haben. Vor dieser Tatsache verschloss jedoch der DDR-Ministerpräsident die Augen, denn er tat die Kriegsgefangenenproblematik als Bagatelle ab, und behauptete, die SED habe dieses Thema bereits beim Besuch der sowjetischen Führung in der DDR Ende Juli gelöst: „Warum haben wir das getan? Wir haben uns darüber in Berlin vollkommen verständigt. Außerdem wünschen wir nicht, dass die Frage der 9676 Kriegsverbrecher zu einer Voraussetzung der deutschen Politik und zur Frage der Wiedervereinigung gemacht wird. Das sind diese Verbrecher nicht wert."[335] Im veröffentlichten Redetext fehlten die beiden letzten Sätze des ostdeutschen Regierungschefs[336], der sich offenbar keine Gedanken über die innenpolitische Brisanz seiner Aussage gemacht hatte. Moskau hatte in der Tat Ost-Berlin bereits am 14. Juli den Entschluss zur Freilassung der Kriegsgefangenen mitgeteilt[337]. Doch die SED-Führung konnte keinen Einfluss auf das Verfahren nehmen. Entscheidend war jedoch die Tatsache, dass die Bundesrepublik der Sowjetunion mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen etwas bieten konnte, was der Kremlspitze offensichtlich wichtiger war als die Rücksichtnahme auf die DDR[338].

Grotewohl war mit den Ergebnissen seiner Moskaureise, insbesondere mit dem abgeschlossenen Vertrag, restlos zufrieden und plante bereits auf der Rückreise die propagandistische Ausschlachtung. In Absprache mit den Delegationsteilnehmern legte er einen Terminplan fest, der unter anderem einen Besuch im Amtssitz des

333 SAPMO-BArch, NY 4090/10, Bl. 43–115, hier Bl. 83 (Rückseite), Merkbuch Grotewohls von 1955.

334 Lemke, Einheit oder Sozialismus?, S. 351. Chruschtschow hatte bereits Mitte Juli 1955 gegenüber der SED-Führung angedeutet, dass die Sowjetunion bei den bevorstehenden Verhandlungen mit Adenauer Zugeständnisse in der Kriegsgefangenenfrage machen werde. SAPMO-BArch, NY 4090/472, Bl. 301 f., Chruschtschow am 14. 7. 1955 an Ulbricht/Grotewohl. Die DDR wollte der Bundesrepublik offensichtlich zuvorkommen: Sechs Wochen später richtete Präsident Pieck ein offizielles Gesuch an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und bat um die „vorzeitige Entlassung und Rückführung in die Heimat aller ehemaliger deutscher Kriegsgefangenen". SAPMO-BArch, NY 4090/471, Bl. 219, Pieck am 31. 8. 1955 an Kliment J. Woroschilow. Erstmals zitiert bei: Lemke, Einheit oder Sozialismus?, S. 347.

335 SAPMO-BArch, NY 4090/205, Bl. 159, Manuskript der Schlussansprache Grotewohls bei den Moskauer Verhandlungen am 19. 9. 1955. Zitiert nach: Lemke, Einheit oder Sozialismus?, S. 347.

336 Schlussansprache Grotewohls vom 19. 9. 1955, in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. III, S. 275–278, hier S. 277.

337 Vgl. Ihme-Tuchel, Die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen.

338 Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 86.

DDR-Präsidenten sowie eine feierliche Sitzung in der Volkskammer vorsah[339]. Völlig abgehoben von der Realität notierte er sich außerdem noch: „Vertrag von historischer Bedeutung – er zwingt uns bereits heute zur Arbeit auf höherer Ebene."[340] Nachdem der sowjetische Regierungschef Bulganin Anfang Oktober die Ratifizierung des Vertrages mitgeteilt hatte, erklärte Grotewohl in einem offiziellen Antwortschreiben vollmundig, der Vertrag sei „von außerordentlicher Bedeutung für die weitere Festigung und Entwicklung der zwischen unseren beiden Staaten bereits bestehenden freundschaftlichen Beziehungen und wird unsere Zusammenarbeit immer enger gestalten"[341].

Grotewohls Euphorie wurde einige Monate später jäh gebremst, als Chruschtschow mit seiner Verurteilung Stalins auf dem XX. Parteitag der KPdSU Anfang 1956 das Weltbild des ostdeutschen Regierungschefs ins Wanken brachte. Es ist bereits mehrfach darauf hingewiesen worden, dass er die Deutungshoheit der sowjetischen Führung stets vorbehaltlos akzeptiert hatte. Nachdem Chruschtschows Geheimrede der SED-Führung übermittelt worden war, reagierte Grotewohl völlig ratlos und ging einer klaren Meinungsäußerung beharrlich aus dem Weg. Es hat den Anschein, als ob der DDR-Ministerpräsident damit begann, sich noch stärker als zuvor vom politischen Tagesgeschäft zurückzuziehen[342]. Obwohl er in der Folgezeit immer noch an der Spitze der DDR-Regierungsdelegationen in Moskau stand, entwickelte sich Ulbricht bei den bilateralen Verhandlungen immer mehr zum entscheidenden Ansprechpartner auf ostdeutscher Seite[343]. Für Grotewohl kam folgendes erschwerend hinzu: Da Pieck aufgrund seines labilen Gesundheitszustandes seit geraumer Zeit weitgehend ausfiel, fehlte Grotewohl der väterliche Freund an der Seite, der ihm eine gewisse Sicherheit gegenüber dem Ersten Sekretär des ZK der SED zu bieten schien.

Inszenierte Völkerfreundschaft: Grotewohl und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Volksdemokratien

In der Außenpolitik ließen die Schatten der nationalsozialistischen Vergangenheit die DDR nicht los, die sich anders als die Bundesrepublik ausdrücklich nicht in der Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches sah. Insbesondere Polen, aber auch die Tschechoslowakei hatten unter der deutschen Besatzung während des Zweiten Weltkriegs enorm gelitten. Nach 1945 zählten die beiden ostmitteleuropäischen Länder zu den Siegern, wohingegen die SBZ/DDR Teil des von den alliierten Siegermächten eroberten Deutschland war. Für die ostdeutsche Regierung war

339 SAPMO-BArch, NY 4090/471, Bl. 212, handschriftlicher Terminplan Grotewohls.
340 SAPMO-BArch, NY 4090/471, Bl. 211, handschriftliche Notizen Grotewohls (o. D.).
341 BAB, DC 20/15440, Grotewohl am 6. 10. 1955 an Bulganin.
342 Während Grotewohl in seinen Taschenkalendern bis 1956 seine öffentlichen Auftritte und Besuchsreisen äußerst knapp festhielt, nehmen in den folgenden Jahren die Eintragungen sprunghaft zu, die aber dann fast nur noch privaten Charakter haben.
343 Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/470, Bl. 387–391, handschriftliche Notizen Grotewohls über Beratung am 22. 6. 1956 im Kreml. Grotewohl meldete sich nur noch bei technischen Fragen der Reisevorbereitung zu Wort. So versuchte er etwa im Juli 1956 die personelle Zusammensetzung der Delegation zu beeinflussen und bestand darauf, dass sein persönlicher Mitarbeiter Eisermann mitreisen durfte. PA AA, MfAA, A 14794, Bl. 1, handschriftliche Notiz (o. Verf., o. D.).

deshalb die Ausgangslage denkbar ungünstig, da sich dem Ziel, innerhalb des Ostblocks gleichberechtigt behandelt zu werden, große Hindernisse in den Weg stellten. So belasteten die Grenzfrage und der Umgang mit der deutschen Minderheit das Verhältnis zu Polen und der ČSR[344], die nach der Sowjetunion die wichtigsten Partner waren, zu denen Ost-Berlin frühzeitig diplomatische Beziehungen aufnahm. Polnische Gebietsansprüche westlich der Oder-Neiße-Grenze scheiterten letztlich am Widerstand der Sowjetunion, die an den in Potsdam vereinbarten Grenzziehungen nicht mehr rütteln wollte. Trotz enger Absprache mit der SKK wurden die DDR-Vertreter bei der Aushandlung des Grenzvertrages im Sommer 1950 vor vollendete Tatsachen gestellt, da die polnische Seite einen nahezu fertigen Entwurf vorlegte und Einwände des DDR-Außenministeriums zurückwies[345]. Während die DDR zur Vorbereitung des ersten Fünfjahrplanes den Abschluss von Handelsabkommen im Blick hatte, schien Polen primär an der endgültigen Klärung der Grenzfrage interessiert gewesen zu sein[346]. Nicht nur bei den Vertragsverhandlungen, sondern auch später bei der Grenzmarkierung zeigte das SED-Politbüro großes Entgegenkommen[347], um Kritik an der Ostgrenze in der eigenen Bevölkerung, aber auch in der Parteimitgliedschaft im Keim zu ersticken. Mit dem Verzicht auf territoriale Revision glaubten Pieck und Grotewohl, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit noch Zweifel an der Endgültigkeit der Grenze zu Polen geäußert hatten, beim östlichen Nachbarn Renommee gewinnen zu können. Darüber hinaus erhoffte man sich offenbar ein polnisches Entgegenkommen bei den Verhandlungen über einen Warenkredit für Lebensmittellieferungen. Die Verabschiedung der Warschauer Deklaration am 6. Juni sowie die Unterzeichnung des Görlitzer Vertrages am 6. Juli 1950 besiegelten letztlich die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Regierung in Ost-Berlin. Die bilateralen Verhandlungen schlossen weitere Abkommen über die wissenschaftlich-technische und kulturelle Zusammenarbeit mit ein und wurden auf ostdeutscher Seite von Ulbricht geleitet.

Die polnische Seite hatte frühzeitig ein positives Bild vom DDR-Ministerpräsidenten. Kurz vor der DDR-Gründung meldete der Chef der polnischen Militärmission in Deutschland nach Warschau: „Grotewohl hält sich gut. Hat sich vorteilhaft verändert“[348]. Das Lob war allerdings mit der zu diesem Zeitpunkt noch etwas verfrühten Einschätzung verbunden, dass der Ko-Vorsitzende der SED in politischen Angelegenheiten ohne Murren der Meinung Ulbrichts folge. Nachdem Grotewohl bereits in der ersten Regierungserklärung am 12. Oktober 1949 die Oder-Neiße-Grenze als „Friedensgrenze“ bezeichnet hatte[349], machte er einige

[344] Ausführlicher dazu: Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 100–104.

[345] Aktenvermerk Florins über die Unterredung Ackermanns mit Łobodycz und Małecki am 30. 6. 1950, in: DzD. II/3 (unveröffentlichte Dokumente), S. 846f.

[346] PA AA, MfAA, A 14788, Bl. 36, Staatssekretär Ackermann am 14. 6. 1950 an Botschafter Appelt in Moskau. Erstmals abgedruckt mit anderer Archivsignatur in: DzD. II/3 (unveröffentlichte Dokumente), S. 829f.

[347] Anlage Nr. 7 zum Protokoll der Politbürositzung am 12. 9. 1950, in: DzD. II/3 (unveröffentlichte Dokumente), S. 984f.

[348] Fernschreiben Prawins vom 2. 10. 1949 an den Unterstaatssekretär im Präsidium des Ministerrats (Berman), in: DzD. II/2 (unveröffentlichte Dokumente), S. 491–494, hier S. 493.

[349] Regierungserklärung Grotewohls vom 12. 10. 1949, in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. I, S. 19–37, hier S. 29.

Tage später erneut deutlich, dass eine Revision der deutsch-polnischen Grenze für die SED nicht in Betracht kam[350]. In einer öffentlichen Rede aus Anlass des in Görlitz abgeschlossenen Grenzvertrages feierte Grotewohl überschwänglich die langfristige Bedeutung, die das Abkommen für das deutsch-polnische Verhältnis habe: „Dieses Abkommen ist ein endgültiger Schlussstrich unter die Vergangenheit und leitet eine Epoche der Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern ein."[351] Und weiter betonte er: „Die zwischen unseren Regierungen in Warschau getroffenen wirtschaftlich, kulturell und politisch bedeutsamen Vereinbarungen sind ein Beweis dafür, dass die Zusammenarbeit der demokratischen und friedliebenden Völker nicht nur das Wohl dieser Völker fördert, sondern zugleich auch zur Stärkung des Weltfriedenslagers beiträgt." Gleichzeitig warb er bei seinen Landsleuten um Verständnis für die polnischen Sicherheitsinteressen gegenüber Deutschland: „Das deutsche Volk muss aus seiner Schuld heraus verstehen lernen, wenn Polen nach Sicherungen schaut, um nicht ein drittes Mal aus dem Gebiete Ostpreussen-Schlesien angegriffen und zerstört zu werden."[352] Damit rechtfertigte er nochmals die Abtrennung der deutschen Ostgebiete und ließ die Bedenken unter den Tisch fallen, die in der DDR-Bevölkerung gegen das Vertragswerk bestanden. Im Anschluss daran verteidigte er die sozioökonomische Umwälzung in der SBZ/DDR, mit der die Konsequenzen aus der deutschen imperialen Politik vor 1945 gezogen würden: „Wirkliche Freundschaft zwischen unseren Völkern kann nur geschaffen werden, wenn das deutsche Volk in seinem eigenen Lande die Ursachen der vergangenen barbarischen Politik der deutschen Faschisten gegenüber dem polnischen Volke beseitigt und Junkertum, Militarismus und Imperialismus, diese teuflische Dreieinigkeit des europäischen und deutschen Unglücks[,] für alle Zeiten entmachtet."

Auch in der Folgezeit war die SED-Führung sichtlich bemüht, Unstimmigkeiten bei den Gesprächen mit der polnischen Seite erst gar nicht aufkommen zu lassen. Nach Ost-Berlin zurückgekehrt, dankte Grotewohl seinem polnischen Amtskollegen für die „überaus warmherzige Aufnahme, die Sie und das polnische Volk uns bereitet haben", und bezeichnete die Zusammenkunft in Görlitz als „Friedenstreffen"[353]. Dennoch zogen sich die Arbeiten der gemischten deutsch-polnischen Grenzmarkierungskommission bis Anfang 1951 hin; erst am 19. Januar 1951 konnte das Abschlussprotokoll in Stettin unterzeichnet werden[354]. Obwohl das Vertragswerk allein in der deutschen Version 900 Seiten und 71 Karten umfasste, auf denen detailliert der genaue Grenzverlauf zwischen beiden Ländern festgehalten wurde[355], blieben einige Fragen ungeklärt. So listete das DDR-Außenministerium knapp zwei Jahre später insgesamt acht Punkte auf, die nach wie vor Gegenstand von Verhandlungen waren[356]. Ein Beispiel war der Austausch der Ratifizierungs-

[350] Schreiben von Pieck und Grotewohl an den Vorsitzenden des ZK der PVAP, Bierut, vom 21.10.1949, in: DzD. II/2 (veröffentlichte Dokumente), S. 229f.
[351] SAPMO-BArch, NY 4090/149, Bl. 136–144, hier Bl. 143f., Rede Grotewohls zum Abschluss des Görlitzer Vertrages am 6.7.1950.
[352] Ebenda, Bl. 136f.
[353] BAB, DC 20/15332, Bl. 1, Grotewohl am 6.7.1950 an Cyrankiewicz.
[354] BAB, DC 20/15335, Grotewohl am 24.1.1951 an Tschujkow.
[355] Ebenda, Grotewohl am 8.2. am Tschujkow.
[356] PA AA, MfAA, A 14788, Bl. 38, Übersicht von Hauptreferent Simons vom 24.9.1952.

urkunden, der immer noch ausstand. Außerdem mussten noch Einzelabsprachen über die Benutzung der oberen Oder durch Schiffe der DDR getroffen werden. Die ostdeutschen Hoffnungen hatten sich nicht erfüllt: Da der von Polen zugesagte Warenkredit für Lebensmittellieferungen nicht ausreichte und die Volkskammerwahlen bevorstanden, wandte sich die DDR-Regierung am 8. September 1950 an den polnischen Ministerpräsidenten Cyrankiewicz und bat um die Lieferung von weiteren 10000 Tonnen Schweinefleisch[357]. Darüber hinaus bat Grotewohl die Regierung in Warschau, den raschen Transport von ca. 20000 Güterwagen deutscher Bauart aus der UdSSR durch die Volksrepublik zu gestatten[358]. Dies sei eine wichtige Voraussetzung für die Erfüllung des Fünfjahrplanes, gab der DDR-Ministerpräsident zur Begründung an.

Die DDR konnte nur allmählich den Pariastatus abstreifen, den sie noch Anfang der fünfziger Jahre innerhalb des Ostblocks hatte. Nachdem Präsident Pieck Ende 1950 einen dreitägigen Staatsbesuch in Warschau und im Oktober 1951 einen sogenannten Freundschaftsbesuch in Prag absolviert hatte, herrschte für einige Jahre eine Reiseflaute. Obwohl es auf mittlerer Regierungsebene zahlreiche Delegationsreisen in die sozialistischen Bruderstaaten gab, blieben weitere Einladungen auf höchster Ebene, d.h. für Pieck oder Grotewohl zunächst noch aus. Stattdessen bemühten sich SED-Führung und DDR-Regierung darum, die Staats- und Regierungschefs Osteuropas ins eigene Land zu holen. Den Anfang machte der polnische Präsident Bolesław Bierut, der vom 22. bis 24. April 1951 zu einem Gegenbesuch nach Ost-Berlin kam. Ein knappes Jahr später folgte der tschechoslowakische Präsident Klement Gottwald, der sich zu einem dreitägigen Staatsbesuch in der DDR aufhielt. Ende Oktober 1952 kam schließlich der ungarische Ministerpräsident Mátyás Rákosi zu einem offiziellen Besuch nach Ost-Berlin. Dabei muss jedoch in Rechnung gestellt werden, dass die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Polen und zur ČSR unter den Auspizien der Sowjetunion erfolgte[359] und dass die beiden Gegenbesuche des polnischen und tschechoslowakischen Präsidenten erst auf Druck Moskaus stattfanden[360].

Während die politischen Kontakte zwischen Ost-Berlin, Warschau und Prag aufgrund der Grenz- und Minderheitenfrage noch lange belastet blieben, entwickelten sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der ČSR etwas besser, wie der quantitative Umfang des bilateralen Handels deutlich beweist. Doch auch hier befand sich die DDR in einer ungünstigen Ausgangslage: Da der forcierte Ausbau der Schwerindustrie in nahezu allen Ländern des sowjetischen Machtbereichs erfolgte, sahen sich Polen und die ČSR nicht in der Lage, die ostdeutschen Wünsche nach Steinkohle- und Kokslieferungen zu erfüllen[361]. Das zum Teil angespannte politische Klima wirkte sich mitunter auch auf die Kulturbeziehungen zu den genannten Staaten negativ aus. So wurde die mitgliederstarke „Deutsch-polnische Gesellschaft für Frieden und gute Nachbarschaft" und

[357] BAB, DC 20/15244, Bl. 2–4, Handke am 8.9.1950 an Cyrankiewicz.
[358] BAB, DC 20/15237, Bl. 2–4, Grotewohl an die polnische Regierung [Anfang Januar 1951].
[359] Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 104.
[360] Foitzik, Sowjetische Hegemonie und Ostintegration der DDR, S. 44.
[361] Ausführlicher zu den Schwierigkeiten bei den polnischen Kokslieferungen: Kapitel IV.3, S. 489f.

die von ihr herausgegebene Monatszeitschrift „Blick nach Polen" im Frühjahr 1953 aufgelöst bzw. eingestellt, weil die DDR-Führung vermutlich der Überzeugung war, dass die Beziehungen zu einem einzelnen Ostblockstaat nicht überbetont werden sollten. Stattdessen ging es Ost-Berlin nunmehr darum, freundschaftlichen Kontakt zum gesamten sozialistischen Lager zu unterhalten. Für die SED schienen besondere gesellschaftliche Organisationen und Publikationsorgane, die sich die deutsch-polnische Freundschaft auf die Fahnen geschrieben hatten, überflüssig geworden zu sein. Auf diese Weise waren allerdings der Imagepflege, die die DDR mit ihrer auswärtigen Kulturpolitik betrieb, enge Grenzen gesetzt. Auch die zahlreichen öffentliche Reden[362] und Interviews[363] Grotewohls sowie seine Zeitungsartikel[364] konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die inszenierte deutsch-polnische Freundschaft kaum der Wirklichkeit entsprach.

Vor diesem Hintergrund konnten die bilateralen Beziehungen kaum vertieft werden. Die Delegationsreisen innerhalb des Ostblocks dienten vor allem der Außendarstellung, denn sie sollten gegenüber dem Westen die vermeintliche politische Einheit des von Moskau beherrschten Lagers demonstrieren. So lud etwa Warschau die DDR-Regierung dazu ein, an den Feiern zum polnischen Nationalfeiertag am 22. Juli 1951 teilzunehmen. Bei solchen Veranstaltungen spielten offensichtlich Statusfragen eine zentrale Rolle: Das Außenministerium in Ost-Berlin wies Grotewohl darauf hin, dass die Delegation „möglichst gleichwertig der Delegation sein sollte, die wir seinerzeit zum Nationalfeiertag in die Tschechoslowakei entsandten"[365]. Der DDR-Ministerrat folgte diesem Ratschlag und schickte die beiden stellvertretenden Ministerpräsidenten Ulbricht und Loch in die polnische Hauptstadt[366].

Während sich der ostdeutsche Regierungschef bei Fragen des Zeremoniells von Staats- und Regierungsbesuchen einschaltete, hielt er sich in anderen Konfliktfällen auffallend zurück, sofern sie nicht die zugesagten Wirtschaftslieferungen im Rahmen des Fünfjahrplanes betrafen. Das zeigte sich bei der Repatriierung Deutscher aus der Volksrepublik Polen, für die beide Regierungen im Januar 1950 eine Vereinbarung getroffen hatten. Bei der Durchführung ergaben sich eine Reihe von Schwierigkeiten, so dass die ostdeutsche Seite auf weitere Besprechungen drängte, die allerdings nicht zustande kamen. Als die polnische Regierung Anfang 1951 ein neues Staatsbürgergesetz beschloss, das Sammeleinbürgerungen ermöglichte, kam die Ausreisewelle zum Erliegen, bei der in der zweiten Jahreshälfte 1950 immerhin 26673 Deutsche in die Bundesrepublik, 21371 in die DDR und 1100 nach Berlin gekommen waren[367]. Bei seinem Besuch in Warschau erhielt Ulbricht am 22. Juli die Zusicherung, dass auch weiterhin Deutsche auf eigenen Wunsch in die DDR umziehen dürften. Trotzdem weigerte sich die polnische Regierung, über die

[362] SAPMO-BArch, NY 4090/156, Bl. 188–237, Rede Grotewohls zur 2. Jahrestagung der „Deutsch-polnischen Gesellschaft für Frieden und gute Nachbarschaft" in Ost-Berlin am 31. 3. 1951.

[363] Vgl. SAPMO-BArch, NY 4090/155, Bl. 268–276, Interview Grotewohls mit dem Korrespondenten der Zeitung ‚Prawo Ludu' (Podkowieski) vom 27. 2. 1951.

[364] Vgl. ebenda, Bl. 263–267, Artikel Grotewohls vom 15. 2. 1951 für „Blick nach Polen".

[365] PA AA, MfAA, A 1559, Bl. 20, MfAA am 28. 6. 1951 an Grotewohl.

[366] Ebenda, Bl. 21, Grotewohl am 6. 7. 1951 an den polnischen Botschafter Jan Izydorcyk.

[367] Ihme-Tuchel, Die DDR und die Deutschen in Polen, S. 17.

schwebenden Repatriierungsangelegenheiten, die in erster Linie die Familienzusammenführung betrafen, mit einer DDR-Delegation zu verhandeln, obwohl noch eine ganze Reihe von technischen Fragen zu klären waren. Außenminister Dertinger hielt es daraufhin für dringend erforderlich, der polnischen Regierung eine Note zu überreichen, in der nochmals die Notwendigkeit von gemeinsamen Gesprächen unterstrichen werden sollte[368]. Dem von ihm vorgelegten Notenentwurf erteilte Grotewohl offenbar seine Zustimmung, ohne sich weiter mit der verfahrenen Angelegenheit zu beschäftigen[369]. Obwohl Polen und die DDR im Januar 1952 ein entsprechendes Protokoll abschlossen, zog sich die Familienzusammenführung noch bis Mitte der fünfziger Jahre hin, da Warschau die von Ost-Berlin vorgelegten Personenlisten oftmals nicht akzeptierte[370]. Darüber hinaus wurde primär älteren Deutschen die Reise in die DDR gestattet. Das DDR-Außenministerium ging in dieser Frage behutsam vor, da sich der polnische Ministerpräsident rasch ungehalten über die immer wiederkehrenden Nachfragen zeigte. Nach einem Gespräch hielt die DDR-Botschafterin Kundermann fest: „Der Ministerpräsident erklärte, dass die Listenüberreichung noch einmal ein Ende nehmen müsse und nicht auf unbestimmte Zeit ausgedehnt werden kann."[371] Auch aufgrund der restriktiven Ausreisepolitik der polnischen Regierung beschloss die Außenpolitische Kommission der SED, die gestellten Anträge auf Familienzusammenführung beschleunigt zu bearbeiten und dafür das Innenministerium einzuschalten[372].

Am 4. Juli 1955 bestieg Ministerpräsident Otto Grotewohl in Ost-Berlin abends um zehn Uhr den Zug, um zu seiner ersten offiziellen Reise in die Volksrepublik Polen aufzubrechen[373]. Die Regierung in Warschau hatte den fünften Jahrestag der Unterzeichnung des Görlitzer Abkommens zum Anlass genommen, um eine hochrangige DDR-Delegation einzuladen[374]. Da Präsident Pieck aufgrund seines fortgeschrittenen Alters nicht mehr ins Ausland reisen konnte, fiel Grotewohl immer mehr die Aufgabe zu, den ostdeutschen Teilstaat im Ausland zu vertreten. Die Reise zum osteuropäischen Nachbarn war beschwerlich, da die DDR-Delegation erst nach fast elfstündiger Fahrt im Hauptbahnhof der polnischen Hauptstadt ankam. Während des mehrtägigen Aufenthalts betonten die ostdeutschen und polnischen Regierungsmitglieder bei den offiziellen Veranstaltungen mehrmals die Freundschaft zwischen beiden Ländern und verabschiedeten eine gemeinsame Erklärung, in der nochmals die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze unterstrichen wurde[375]. Ministerpräsident Grotewohl und Außenminister Lothar Bolz, die nicht

368 BAB, DC 20/164, Bl. 116, Dertinger am 12. 10. 1951 an Grotewohl.
369 Ebenda, Bl. 120, Verbalnote des MfAA vom 12. 10. 1951 (Abschrift).
370 BAB, DC 20/15231, Bl. 3–6, Bericht von Hauptreferent Schlage (MfAA) über den Stand der Familienzusammenführung vom 15. 9. 1953.
371 Ebenda, Bl. 14f., Aktennotiz Kundermanns über Besprechung mit Bierut am 23. 7. 1953.
372 Ihme-Tuchel, Die DDR und die Deutschen in Polen, S. 29.
373 SAPMO-BArch, NY 4090/483, Bl. 101–120, hier Bl. 102, Bericht Tzschorns über die Reise nach Polen (4.–10. 7. 1955). Parallel dazu hielt sich eine von Bierut geleitete polnische Regierungsdelegation vom 5. bis 9. 7. 1955 in der DDR auf.
374 BAB, DC 20/15332, Bl. 12f., Cyrankiewicz am 11. 6. 1955 an Grotewohl.
375 Erklärung über die deutsch-polnischen Besprechungen in Warschau und Berlin vom 9. 7. 1955, in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. III, S. 492f.

nur Warschau, sondern auch Krakau, Gleiwitz, Oppeln und Posen besuchten, erhielten hohe polnische Auszeichnungen.

Die perfekt geplante Reise sollte nach außen das freundschaftliche und enge Verhältnis zwischen beiden Seiten dokumentieren. Nach Rückkehr der Regierungsdelegation wurde allerdings in Ost-Berlin etwas verhalten Manöverkritik geübt. Hans Tzschorn, Grotewohls engster Mitarbeiter, wies in einem ansonsten rundum positiv verfassten Abschlussbericht darauf hin, dass einzelne Gesprächstermine eher belanglos waren: „Abends fand im Rathaussaal [in Krakau] ein Empfang durch das Präsidium des Wojewodschaftskomitees statt. Das Beisammensein mit den polnischen Freunden war an diesem Abend zu förmlich. Es fehlte am unmittelbaren persönlichen Kontakt."[376] Dagegen übte Botschafter Stefan Heymann Kritik am überstürzten Zustandekommen der Abschlusserklärung: „Es ist meiner Auffassung nach unbedingt erforderlich, dass sich bei Entsendung von Regierungsdelegationen [...] die beiden beteiligten Regierungen vor der Entsendung der Delegationen miteinander besprechen, ob ein gemeinsames Kommuniqué herausgegeben werden soll oder nicht."[377] Gleichzeitig berichtete Heymann nach Ost-Berlin, dass der stellvertretende Ministerpräsident Jarosiewicz seine volle Zufriedenheit über den Ablauf der Reise geäußert habe. Aus Sicht der polnischen Regierung hätten insbesondere die Reden Grotewohls einen tiefen Eindruck bei der polnischen Bevölkerung hinterlassen[378]. Das persönliche Auftreten des DDR-Ministerpräsidenten hatte Warschau offenbar so sehr beeindruckt, dass der ostdeutsche Regierungschef bereits fünf Monate später über Umwege gebeten wurde, auf seinem Rückflug aus China einen kurzen Zwischenstopp in der polnischen Hauptstadt einzulegen, der aber keinen offiziellen Charakter haben sollte[379]. Insgesamt gesehen verliefen die beiden zeitlich parallel durchgeführten Reisen freilich ergebnislos, da die Treffen nicht zum Abschluss neuer bilateraler Verträge genutzt wurden. In Berlin unterzeichneten die Delegationen nur ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Veterinärmedizin[380].

Dagegen war es der DDR-Delegation nicht gelungen, in der zentralen, immer noch nicht abgeschlossenen Frage der Familienzusammenführung die polnische Seite zu Zugeständnissen zu bewegen. Auf der Grundlage von Verhandlungen zwischen dem Polnischen und dem Deutschen Roten Kreuz konnten von Januar bis September 1956 etwa 3 000 Personen in die DDR und ungefähr 8 000 Personen in die Bundesrepublik ausreisen. Daraufhin sah Grotewohl die „Autorität" der DDR beeinträchtigt und sprach sich für eine Überarbeitung der bisher bestehenden Vereinbarungen aus[381]. Ost-Berlin befürchtete, dass Bonn das polnische Entgegenkommen dazu benutzen könnte, um „als alleiniger Interessenvertreter des

[376] SAPMO-BArch, NY 4090/483, Bl. 101–120, hier Bl. 114, Bericht Tzschorns über die Reise nach Polen (4.–10. 7. 1955).
[377] PA AA, MfAA, A 4205, Bl. 36, Heymann am 13. 7. 1955 an Grotewohl.
[378] PA AA, MfAA, A 4205, Bl. 38f., Aktennotiz Heymanns über eine Unterredung mit Jarosiewicz am 12. 7. 1955.
[379] PA AA, MfAA, A 4205, Bl. 1, Heymann am 22. 12. 1955 an MfAA (HA I).
[380] ADN-Meldung vom 11. 7. 1955, in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. III, S. 494.
[381] SAPMO-BArch, NY 4090/483, Bl. 252–254, hier Bl. 253, Grotewohl am 29. 9. 1956 an das Politbüro des ZK der VPAP.

ganzen deutschen Volkes aufzutreten". Auch in anderen Fragen konnte die ostdeutsche Seite keinen Durchbruch erzielen. So bemühte sich die DDR-Regierung vergeblich um die Verbesserung der „kulturellen Betreuung der polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität"[382]. Bei ihrem Besuch in der DDR vom 18. bis 20. Juni 1957 ging die polnische Partei- und Regierungsdelegation unter der Leitung von Cyrankiewicz und des ein Jahr zuvor wieder zum Ersten Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei aufgestiegenen Władysław Gomułka auch nicht auf den ostdeutschen Wunsch ein, ein Konsulat in Kattowitz zu errichten. Die Gemeinsame Abschlusserklärung blieb inhaltlich äußerst vage[383]; erst im Herbst 1958 konnte ein Konsularvertrag in Kraft treten.

Das ostdeutsch-polnische Verhältnis blieb trotz der offiziellen Verlautbarungen auch weiterhin belastet. Nachdem die Familienzusammenführung an Bedeutung verloren hatte und die Minderheitenfrage in den Hintergrund getreten war, rückten Handelsprobleme in den Vordergrund. Dabei ging es nicht nur um die Lieferung von Gütern und Dienstleistungen, sondern auch um die Verrechnung der Transitkosten, die im Zusammenhang mit dem Handelsverkehr zwischen der DDR und der Sowjetunion anfielen[384]. Der Warentransport durch Polen kam nämlich fast zum Erliegen: So hatten sich etwa am 15. Oktober 1957 in der Grenzstadt Brest 1726 Waggons mit Exportgütern angestaut, darunter befanden sich mindestens 798 mit schnell verderblichen Lebensmitteln[385]. Ähnliche Verhältnisse bestanden offenbar am Grenzübergang Frankfurt/Oder. Da die sofort aufgenommenen Verhandlungen zwischen dem ostdeutschen und dem polnischen Verkehrsministerium über die Beseitigung der Transportprobleme ergebnislos verlaufen waren, wandte sich Grotewohl direkt an den Vorsitzenden des polnischen Ministerrates und bat ihn, seinen Einfluss geltend zu machen, damit entsprechende Maßnahmen eingeleitet würden. In seinem Antwortschreiben schob Cyrankiewicz indirekt der Sowjetunion den Schwarzen Peter zu: „Der wellenartige Güterzufluss von der Eisenbahn der UdSSR rief eine Stauung der Güterwagen auf der Station Brest, Schwierigkeiten bei der termingerechten Lieferung von leeren Waggons und nach Verladung der Sendungen Schwierigkeiten bei der Abnahme der vergrößerten Waggonanzahl bei der Eisenbahn der DDR hervor."[386]

Die DDR-Führung beobachtete die Handelsbeziehungen zwischen den osteuropäischen Bruderstaaten und der Bundesrepublik mit großem Argwohn, da sie Nachteile für den deutsch-deutschen Systemwettstreit befürchtete. So reagierte Ministerpräsident Grotewohl äußerst gereizt, als er erfuhr, dass Polen Verhandlungen mit westdeutschen Privatunternehmen führte, die an der Handelsmesse in Posen teilnehmen wollten. Obwohl die westdeutschen Besucher den Transitweg durch die DDR nehmen mussten, hatte Warschau die zuständigen Stellen in Ost-Berlin nicht informiert. Gegen diese Vorgehensweise protestierte nun Grotewohl

[382] SAPMO-BArch, NY 4090/483, Bl. 147 f., Vermerk Sepp Schwabs [1957].
[383] Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. V, S. 416–424.
[384] Rechtliche Grundlage für den Transitverkehr war ein Übereinkommen der drei Länder über die Beförderung von Gütern von der UdSSR in die DDR durch die polnische Eisenbahn, zu dem am 1. 10. 1957 ein Zusatzprotokoll abgeschlossen wurde.
[385] SAPMO-BArch, NY 4090/485, Bl. 41 f., Grotewohl am 1. 11. 1957 an Cyrankiewicz.
[386] SAPMO-BArch, NY 4090/485, Bl. 51 f., Cyrankiewicz am 25. 11. 1957 an Grotewohl.

bei seinem polnischen Amtskollegen: „Es kann wohl kaum bestritten werden, dass eine solche Handlungsweise dem Geiste und dem Buchstaben der zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen abgeschlossenen Verträgen widerspricht, die bei allen Verhandlungen, die die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik berühren, die vorherige Konsultation vorsehen."[387] Trotzdem kam der ostdeutsche Regierungschef der polnischen Seite entgegen und unterbreitete einige konkrete Vorschläge, die den bundesdeutschen Unternehmern die Reise nach Posen ermöglichen sollten. Während sich Cyrankiewicz ahnungslos zeigte und Kritik an den polnischen Behörden von vornherein abblockte[388], bekräftigte das DDR-Außenministerium den von Grotewohl vertretenen Standpunkt: „Die Bemerkung des Gen. Cyrankiewicz, dass die Organe der DDR sich mit den polnischen Organen nicht konsultiert haben, geht an der Feststellung im Brief des Genossen Grotewohl vorbei."[389] Vielmehr habe es Warschau im vorliegenden Fall unterlassen, Ost-Berlin rechtzeitig zu unterrichten, und nicht umgekehrt. Dennoch wurde empfohlen, auf die sachlich unbegründeten Einwände des polnischen Regierungschefs nicht weiter einzugehen. Grotewohl war sichtlich verärgert und antwortete dem polnischen Ministerpräsidenten, dass er dessen Brief mit Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen habe, wobei er die Briefvorlage sprachlich verschärfte[390]. In der Folgezeit arbeitete die ZK-Abteilung Verkehr und Verbindungswesen eine Vorlage für die SED-Führung aus, die das Transitproblem vom Tisch haben wollte. Die geplante Regelung, die von beiden Staaten abzuschließen war, sollte aus ostdeutscher Sicht den Personenverkehr durch die DDR so weit wie möglich begrenzen[391]. Da sich jedoch die polnische Seite für Freizügigkeit bei Besuchsreisen von und nach Westdeutschland und Westeuropa aussprach[392], kam eine Einigung letztlich nicht zustande. Während des Freundschaftsbesuchs einer von Ulbricht angeführten SED-Delegation Mitte Dezember 1958 in Polen, an der Grotewohl nicht teilnahm, spielte das Thema keine Rolle mehr[393].

Das Verhältnis der DDR zur ČSR entwickelte sich tendenziell besser als das zu Polen[394], obwohl auch hier die Grenz- und Minderheitenfrage der reibungslosen Aufnahme gut nachbarschaftlicher Beziehungen im Wege stand. Ein wesentlicher Unterschied bestand vermutlich aber darin, dass die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (KSČ) die Initiative ergriff und 1951 die Revolutionäre Ge-

[387] PA AA, MfAA, A 14752, Bl. 7–10, hier Bl. 7, Grotewohl am 27.5.1958 an Cyrankiewicz.
[388] PA AA, MfAA, A 14752, Bl. 16f., Cyrankiewicz am 10.7.1958 an Grotewohl.
[389] PA AA, MfAA, A 14752, Bl. 24–26, hier Bl. 24, Stellungnahme Belings vom 28.7.1958 zum Brief von Cyrankiewicz.
[390] PA AA, MfAA, A 14752, Bl. 18f., Grotewohl an Cyrankiewicz (Entwurf).
[391] PA AA, MfAA, A 14752, Bl. 32–35, hier Bl. 33, Vorlage der ZK-Abt. Verkehr und Verbindungswesen vom 28.8.1958 für die Außenpolitische Kommission des ZK der SED.
[392] PA AA, MfAA, A 14752, Bl. 39, Vermerk (o. D., o. Verf.).
[393] Kommuniqué vom 14.12.1958, in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. VI, S. 335–347. Im Vorfeld des Besuchs hatte die DDR-Botschaft in Warschau dafür plädiert, den schwelenden Konflikt von den Politbüros der beiden staatstragenden Parteien klären zu lassen. PA AA, MfAA, A 14752, Notiz (14.11.1958). Der genaue Ablauf der Reise war zwischen der polnischen und der ostdeutschen Seite lange umstritten, da Warschau beispielsweise auf dem Besuch der Hafenstadt Gdansk bestand, um die Frage der Ausnutzung polnischer Häfen durch die DDR stärker ins Gespräch zu bringen. PA AA, MfAA, A 17730, Fernschreiben von Botschafter Hegen an Winzer vom 20.11.1958.
[394] Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 105.

werkschaftsbewegung (ROH) mit der politischen Betreuung der in der ČSR lebenden Deutschen beauftragte[395]. Die Betreuung sollte zentral durchgeführt und nicht mehr den regionalen und kommunalen Verwaltungen überlassen werden. Auf diese Weise öffneten sich auch Möglichkeiten zur, wenn auch eingeschränkten und von oben gesteuerten Pflege der deutschen Kultur: So war geplant, deutsche Filme zu zeigen und eine eigene deutschsprachige Wochenzeitung herauszugeben. Unklar bleibt, ob diese Maßnahme eher der Überwachung und Kontrolle der deutschen Minderheit diente, oder aber deren Integration vorantreiben sollte. Es kann zumindest festgehalten werden, dass sich die Regierung in Prag der Problematik ganz anders näherte als die Regierung in Warschau, was auch in Ost-Berlin aufmerksam registriert wurde. Die DDR-Botschaft in Prag zeigte sich nach dem Besuch Piecks in der tschechoslowakischen Hauptstadt im Oktober 1951 verhalten optimistisch: Die offizielle Reise sei zwar noch kein Durchbruch in den bilateralen Beziehungen, stelle aber einen „grosse[n] Einbruch in die passive Resistenz [dar], mit der die allerbreitesten Schichten der Bevölkerung und auch die allermeisten Staatsfunktionäre uns gegenüberstanden"[396]. Auch die Handelsbeziehungen zwischen der DDR und der ČSR gestalteten sich unkomplizierter als die zwischen der DDR und Polen[397].

Grotewohl sollte ursprünglich im Mai 1956 erstmals offiziell nach Prag reisen. Der Besuch musste jedoch um einige Monate verschoben werden und konnte schließlich Anfang September stattfinden. Er bildete den Auftakt für die sogenannte deutsch-tschechoslowakische Freundschaftswoche, mit der die Machthaber in der ČSR das scheinbar gute Verhältnis zwischen beiden Volksgruppen zur Schau stellen wollten. Bei der genauen Terminplanung musste allem Anschein nach nur der bevorstehende Parteitag der chinesischen Kommunisten berücksichtigt werden[398]. Die Vorbereitungen verliefen problemlos: Dem Vorschlag der tschechoslowakischen Regierung, einen bilateralen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit abzuschließen, stand Außenminister Bolz von Anfang an aufgeschlossen gegenüber, der allerdings auch auf die diplomatischen Folgen für das deutsch-polnische Verhältnis hinwies[399]. Andererseits hielt er den Abschluss eines trilateralen Abkommens unter Einbeziehung Polens nicht für zweckmäßig und sprach sich dafür aus, mit Warschau vielmehr einen ähnlichen Vertrag vorzubereiten. Außerdem erhielt die Rechtsabteilung des DDR-Außenministeriums den Auftrag, Entwürfe für weitere unterschriftsreife Abkommen auszuarbeiten; dabei ging es unter anderem um ein Rechtshilfeabkommen und ein Sozialversicherungsabkommen[400]. Die diesbezüglichen Verhandlungen liefen anscheinend so zügig, dass die tsche-

[395] SAPMO-BArch, NY 4090/478, Bl. 68, Ackermann am 24.9.1951 an Pieck, Grotewohl und Ulbricht.

[396] SAPMO-BArch, NY 4090/479, Bl. 8–15, hier Bl. 8, Bericht der DDR-Botschaft in Prag (o.D.).

[397] Der Eindruck ergibt sich aus den Korrespondenzen zwischen der Regierung in Prag und Ministerpräsident Grotewohl von Ende 1953 bis Anfang 1955. Vgl. BAB, DC 20/15370, Bl. 2–28.

[398] PA AA, MfAA, A 2118, Bl. 204, Vermerk Karl Speisers über Besprechung mit Bolz am 13.4.1956.

[399] SAPMO-BArch, NY 4090/479, Bl. 100–104, hier Bl. 100, Bolz am 16.4.1956 an Grotewohl.

[400] PA AA, MfAA, A 14651, Bl. 50, Hauptreferent Speiser (HA I/Benachbarte Länder, LR ČSR) am 17.4.1956 an Dr. Bock (Rechtsabt.). Einen Monat später befanden sich insgesamt 5 Abkommen in der Vorbereitung. PA AA, MfAA, A 2118, Bl. 179, Aktenvermerk über Besprechung am 23.5.1956 bei Böthling (Büro des Präsidiums des Ministerrates).

choslowakische Seite schon bald darauf drängte, den Abschluss der einzelnen Abkommen nicht an den Regierungsbesuch zu koppeln[401]. Offenbar gab es innerhalb der DDR-Regierung Überlegungen, den guten Verhandlungsverlauf zu nutzen, um einen Freundschaftsvertrag mit Polen auf den Weg zu bringen, was das Außenministerium aber ablehnte. Da die nötigen Voraussetzungen noch nicht vorhanden seien, könne man ein solches Abkommen mit Warschau nicht erzwingen, erklärte Abteilungsleiter Bringmann in einem Schreiben an das Ministerbüro[402]. Die DDR-Führung war sich wegen der veränderten politischen Lage in Polen unsicher. Auf eine entsprechende Nachfrage befürwortete die stellvertretende Außenministerin der ČSR, Sekaninova, den ostdeutschen Plan, den polnischen Ministerpräsidenten rechtzeitig zu einem offiziellen Besuch in die DDR einzuladen, um „den Gegnern des sozialistischen Lagers keine Handhabe zu Spekulationen über ein Beiseiteschieben der Volksrepublik Polen zu geben"[403].

Die Reise Grotewohls fand vor dem Hintergrund dramatischer Veränderungen im Ostblock statt, die mit dem Entstalinisierungskurs Moskaus nach dem XX. Parteitag unmittelbar zusammenhingen. Dabei schienen sich reformkommunistische Strömungen in Polen und Ungarn zeitweise durchsetzen zu können. In beiden Staaten kam es im Sommer bzw. im Herbst 1956 zu Aufständen, die in Ost-Berlin und Prag als Bedrohung empfunden wurden. Insofern kann der Besuch des DDR-Ministerpräsidenten, der zwischen beiden Ereignissen lag, auch als Schulterschluss zweier Länder interpretiert werden, die zu diesem Zeitpunkt innerhalb des sowjetischen Machtbereichs zum reformfeindlichen Lager gehörten[404]. Deshalb bereiteten beide Seiten die gemeinsame Erklärung, die am Ende des Besuchs der ostdeutschen Regierungsdelegation veröffentlicht werden sollte, sorgfältig vor[405]. Auf Wunsch der tschechoslowakischen Regierung war der ursprüngliche Plan fallengelassen worden, einen Freundschaftsvertrag abzuschließen. Prag gab zwar zur Begründung an, dass dadurch die herausragenden Beziehungen der DDR zur UdSSR und zu China nicht geschmälert werden dürften[406]. Von entscheidender Bedeutung war aber, dass die ČSR eine Belastung des Verhältnisses zur Bundesrepublik befürchtete und deshalb für eine protokollarische Herabstufung der Besuchsreise eintrat. Im Mittelpunkt der Erklärung standen schließlich ausgewählte Themen der internationalen Politik, vor allem die Suez-Krise sowie die sowjetischen Abrüstungsvorschläge, und nicht die Beziehungen zwischen beiden

401 PA AA, MfAA, A 14651, Bl. 51, Hauptreferent Speiser am 21.4.1956 an Ministerbüro.

402 PA AA, MfAA, A 14651, Bl. 52, Abteilungsleiter Bringmann (Abt. Benachbarte Länder) am 15.5.1956 an Ministerbüro.

403 PA AA, MfAA, A 2118, Bl. 165–167, hier Bl. 166f., Aufzeichnung der Prager Botschaft über eine Besprechung von Botschafter Koenen mit der stellvertretenden Außenministerin Sekaninova am 22.6.1956.

404 Am 24.10.1956 nahmen die Parteiführungen der SED, der bulgarischen und tschechoslowakischen Kommunisten an einer Präsidiumssitzung der KPdSU in Moskau teil, bei der sich Ulbricht als Hardliner gegenüber der polnischen Reformbewegung zu profilieren suchte und dabei sogar den angeblich laxen Kurs Chruschtschows kritisierte. Dagegen hielt sich Grotewohl, der auch an der Sitzung teilnahm, mit Äußerungen zurück. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 151.

405 PA AA, MfAA, A 11886, Bl. 113, Notiz des MfAA mit Vergleich der beiden Entwürfe [1956].

406 PA AA, MfAA, A 2104, Bl. 3, Anlage zum Brief Handkes vom 27.7.1956 an Florin: Auszug aus dem Schreiben von Bolz an Grotewohl vom 4.7.1956.

Ländern[407]. Vor ausgewählten Vertretern der tschechoslowakischen Presse gab Außenminister Bolz am letzten Reisetag die Unterzeichnung der einzelnen Abkommen sowie der gemeinsamen Erklärung bekannt und unterstrich nochmals die guten Beziehungen zwischen der ČSR und der DDR[408].

An der Reisevorbereitung war nicht nur Grotewohl, sondern auch Ulbricht beteiligt, der vom Präsidium des Ministerrates ermächtigt worden war, entsprechende Vorschläge für die personelle Zusammensetzung der Regierungsdelegation zu unterbreiten[409]. Der Erste Sekretär des ZK der SED schaltete sich auch bei der Vorbereitung des Gegenbesuches in Ost-Berlin ein, der schließlich vom 20. bis 24. Mai 1957 stattfand[410]. Ab 1957 intensivierten sich die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen, insbesondere zwischen der SED und der KSČ, deren Parteiführungen jedes Jahr einen Plan verabschiedeten, der konkrete Formen der Zusammenarbeit und des Informationsaustausches beinhaltete[411]. Obwohl die DDR Rücksicht nehmen musste auf die außenpolitischen Interessen der ČSR, war der Besuch in Prag aufgrund der abgeschlossenen Abkommen recht erfolgreich gewesen. Darüber hinaus war es Grotewohl gelungen, zusammen mit der tschechoslowakischen Seite eine Expertenkommission einzusetzen, die sich mit dem Austausch von verschleppten Kulturgütern beschäftigen sollte[412].

Zweites Standbein in der sozialistischen Staatenwelt: diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China

Die DDR nahm diplomatische Beziehungen nicht nur zu den Volksdemokratien im sowjetischen Herrschaftsbereich in Europa auf, sondern auch zu denen im asiatischen Raum. Dabei nahm die Volksrepublik China eine herausragende Position im außenpolitischen Kalkül der SED-Führung ein, denn die DDR konnte zum einen über ihre Vertretung in Peking bis Mitte der fünfziger Jahre auch diplomatische Kontakte zu Nordkorea und Nordvietnam unterhalten. Zum anderen war China rasch zu einer asiatischen Vormacht aufgestiegen und besaß eine große Bedeutung für die Dritte-Welt-Politik der DDR-Führung. Außerdem gewann die DDR durch die Aufnahme bilateraler Beziehungen zu China ein zweites wichtiges Standbein in der sozialistischen Staatenwelt[413]. Obwohl das Verhältnis des ostdeutschen Teilstaates zum einstigen Reich der Mitte von Anfang an unter sowjetischer Kuratel stand, verstanden es die Machthaber in Ost-Berlin, im Laufe der Zeit einen vergleichsweise eigenständigen Kurs gegenüber China zu verfolgen, der sich durchaus von der Chinapolitik Moskaus abhob.

[407] Gemeinsame Erklärung vom 11.9.1956, in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. V, S. 498–507.
[408] SAPMO-BArch, NY 4090/479, Bl. 279–295, Protokoll über die internationale Pressekonferenz am 11.9.1956 in Prag.
[409] Vgl. PA AA, MfAA, A 2119, Bl. 75, Winzer am 25.8.1956 an Bolz.
[410] Der Besuch war ursprünglich einen Monat früher vorgesehen. SAPMO-BArch, NY 4090/302, Bl. 23, Ulbricht am 12.2.1957 an Grotewohl.
[411] Schwarz, Brüderlich entzweit, S. 46.
[412] BAB, DC 20/15373, Bl. 4–6, Protokoll über die am 15./16.1.1957 in Prag geführten Verhandlungen der Expertenkommission.
[413] Bock, Der Freundschaftsvertrag, S. 35; Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 165.

Zunächst erfolgte die Umwandlung der Diplomatischen Missionen in Botschaften und der Botschafteraustausch Anfang Oktober 1953[414] ganz im Einklang mit der Kremlspitze. Als der chinesische Ministerpräsident und gleichzeitige Außenminister Zhou Enlai der DDR auf seiner Rückreise von der Genfer Ostasien-Konferenz Ende Juli 1954 erstmals einen Besuch abstattete, konnte die SED-Führung mit den Planungen für einen Gegenbesuch beginnen. Diese zogen sich jedoch in die Länge, da der Abschluss des Warschauer Vertrages sowie des Souveränitätsvertrages mit der Sowjetunion auf der Agenda standen und offensichtlich noch abgewartet werden mussten. Der chinesische und der ostdeutsche Ministerpräsident hatten am 25. Juli 1954 ein Kommuniqué verabschiedet, in dem sie nicht nur die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten betont, sondern auch eine Erweiterung des beiderseitigen Außenhandels in Aussicht gestellt hatten[415]. Die hochgesteckten Erwartungen ließen sich in der Folgezeit aber kaum erfüllen, da es insbesondere der DDR nicht gelang, den eingegangenen Exportverpflichtungen nachzukommen. Daraufhin warnte Außenminister Bolz nach entsprechenden Berichten des DDR-Botschafters in Moskau vor erheblichen negativen Auswirkungen: „Die mangelhafte Erfüllung unserer Außenhandelsverpflichtungen gegenüber der Volksrepublik China zieht die herzlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern in Mitleidenschaft."[416] Nichtsdestotrotz gingen die Reisevorbereitungen weiter, an denen sich auch das DDR-Außenministerium aktiv beteiligte[417].

Nachdem Grotewohl im November 1955 die Zustimmung des sowjetischen Außenministers zum Peking-Besuch eingeholt hatte[418], konnte es endlich losgehen. Am 5. Dezember flog die vom Ministerpräsidenten angeführte DDR-Delegation zunächst nach Moskau, um mit der sowjetischen Führung letzte Gespräche über den bevorstehenden Besuch in China zu führen[419]. Anschließend ging es über Nowosibirsk und Irkutsk in die mongolische Hauptstadt Ulan Bator; von dort erreichte Grotewohl schließlich am 8. Dezember Peking. Im Mittelpunkt des Besuchs stand die Unterzeichnung des Vertrags über Freundschaft und Zusammenarbeit am 25. Dezember 1955[420], dessen Abschluss die Sowjetunion zuvor gebilligt hatte. Die DDR-Regierung konnte die erste Reise in den Fernen Osten als Erfolg verbuchen: Während des fünftägigen Aufenthalts in der chinesischen Hauptstadt

[414] ADN-Meldung vom 6.10.1953 über das Kommuniqué der Regierungen der DDR und der VR China über die Umwandlung der Diplomatischen Missionen in Botschaften und den Austausch von Botschaftern, in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. I, S. 327.

[415] ADN-Meldung vom 25.7.1954, in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. II, S. 394–396.

[416] SAPMO-BArch, NY 4090/477, Bl. 49–51, hier Bl. 50f., Bolz am 17.9.1954 an Grotewohl.

[417] PA AA, MfAA, A 14682, Bl. 68, Bolz am 21.11.1955 an Grotewohl. Allerdings wurde der Vorschlag von Bolz abgelehnt, den Karl-Marx-Orden an vier führende Persönlichkeiten zu verleihen. Ebenda, Bl. 69, Bolz am 21.11.1955 an Grotewohl. Darüber hinaus arbeitete das Außenministerium zusammen mit dem persönlichen Referenten Grotewohls die Reden des DDR-Ministerpräsidenten in Peking aus. PA AA, MfAA, A 6618, Bl. 136, Rossmeisl am 23.11.1955 an Eisermann.

[418] Bock, Der Freundschaftsvertrag von 1955, S. 36.

[419] SAPMO-BArch, NY 4090/10, Bl. 43–115, hier Bl. 95 (Rückseite), Merkbuch Grotewohls für 1955.

[420] Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. III, S. 424–426.

traf Grotewohl, der bei seiner Ankunft mit militärischen Ehren empfangen worden war, nicht nur Zhou Enlai, sondern auch Mao Zedong zu vertraulichen Gesprächen[421], die nach Einschätzung eines Delegationsmitglieds sehr harmonisch verliefen[422]. Als Gastgeschenk übergab der ostdeutsche Ministerpräsident drei Bände einer chinesischen Enzyklopädie aus der Ming-Zeit[423] und zehn historische Fahnen, die nach der Niederschlagung des Boxeraufstands zu Beginn des 20. Jahrhunderts nach Deutschland und nach 1945 offenbar in den Bestand des Museums für Deutsche Geschichte in Ost-Berlin gekommen waren[424]. Einen entsprechenden Vorschlag hatte jedenfalls der Museumsleiter dem Außenministerium erstmals im Herbst 1952 unterbreitet[425].

Auf dem Programm standen noch zahlreiche Besichtigungen; abends war der Besuch von kulturellen Veranstaltungen vorgesehen. Grotewohl erhielt eine Führung durch den Kaiserpalast, den Himmelstempel sowie durch die Verbotene Stadt[426]. Des Weiteren besuchte er zusammen mit den chinesischen Gastgebern die Pekinger Universität und eine Baumwollfabrik. Am 13. Dezember reiste die Delegation nach Nanking, wo der DDR-Ministerpräsident einen Kranz am Denkmal für den Gründer des modernen China, Sun Yat-sen, niederlegte. Einen Tag später ging es weiter nach Shanghai und Kanton. Mit der Rückkehr in Peking endete zunächst der offizielle China-Besuch der ostdeutschen Delegation, die anschließend nach Nordkorea weiterflog, wo Grotewohl unter anderem mit dem Diktator Kim Ir Sen zusammentraf. Darüber hinaus besichtigte der ostdeutsche Regierungschef, die durch den Korea-Krieg nahezu vollständig zerstörte Stadt Hamhung, deren Aufbau die DDR großzügig finanzierte[427]. Die Sowjetunion hatte im Übrigen die Patenschaft für die Wiedererrichtung der Hauptstadt Pjöngjang übernommen. Das ungewöhnlich starke Engagement der DDR kann als Gegenleistung für den von der Sowjetunion proklamierten Reparationsverzicht verstanden werden[428]. Auf dem Rückweg nach Ost-Berlin machte die von Grotewohl geleitete Delegation noch einen Zwischenstopp in der Mongolei. Moskau war nicht nur Ausgangspunkt, sondern auch Endpunkt der dreiwöchigen Reise: Hier holte sich Grotewohl letzte Instruktionen, hier erstattete er der sowjetischen Führung Bericht[429].

421 SAPMO-BArch, NY 4090/10, Bl. 43–115, hier Bl. 96, Merkbuch Grotewohls für 1955.
422 Bock, Der Freundschaftsvertrag von 1955, S. 42. Siegfried Bock war als Leiter der MfAA-Rechtsabteilung an den abschließenden Vertragsverhandlungen in Peking beteiligt.
423 Rede Grotewohls bei einer Massenkundgebung am 11. 12. 1955 in Peking, in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. III, S. 409–416, hier S. 414.
424 PA AA, MfAA, A 14764, Bl. 178–180, Hauptabteilungsleiter Große am 30. 11. 1955 an den DDR-Botschafter in Moskau, König.
425 Krüger, Das erste Jahrzehnt der Beziehungen, S. 81.
426 SAPMO-BArch, NY 4090/10, Bl. 43–115, hier Bl. 96, Merkbuch Grotewohls für 1955.
427 Am Wiederaufbau der Stadt beteiligte sich auch der Sohn des DDR-Ministerpräsidenten, Hans Grotewohl, der Architekt und stellvertretender Projektleiter war. SAPMO-BArch, NY 4090/56, Bl. 15f., Otto Grotewohl am 27. 2. 1955 an Hans Grotewohl; Frank, Die DDR und Nordkorea, S. 117.
428 Frank, Die DDR und Nordkorea, S, 6.
429 Grotewohl traf am 29. 12. 1955 um 21.00 Uhr im Kreml mit Bulganin, Molotow und Chruschtschow zusammen. SAPMO-BArch, NY 4090/10, Bl. 43–115, hier Bl. 99, Merkbuch Grotewohls für 1955.

Die SED-Führung feierte den Besuch in Peking als großen Erfolg. Das ‚Neue Deutschland' berichtete ausführlich über den Aufenthalt der ostdeutschen Delegation in der Volksrepublik China. In einem Kurzbericht zog das DDR-Außenministerium ein positives Resümee: „Die Reise [...] hat erneut bewiesen, dass wir eine eigene deutsche Außenpolitik betreiben."[430] Es habe sich gezeigt, dass die Regierungsdelegation im Interesse des ganzen deutschen Volkes gehandelt habe, da sie bei den Gesprächen gesamtdeutsche Probleme angesprochen habe. Mit Genugtuung registrierten die ostdeutschen Diplomaten die Reaktionen im kapitalistischen Ausland auf den Aufenthalt Grotewohls in China. So habe die indische Zeitung ‚National Herald' erstmals auf der Titelseite ein Bild Grotewohls abgedruckt, das ihn im Gespräch mit Mao Zedong zeigte[431]. Außerdem wusste das Außenministerium in Ost-Berlin zu berichten, dass der indische Botschafter in China auf einem kleinem Empfang anlässlich des Geburtstages von Pieck einen Toast auf denselben ausgesprochen habe, um sich auf diese Weise dafür zu bedanken, dass die DDR den Anspruch Indiens auf die portugiesische Kolonie Goa unterstützte. Diese Geste habe im diplomatischen Corps in der chinesischen Hauptstadt großes Aufsehen erregt. Die DDR-Führung, die sehnsüchtig auf internationale Anerkennung hoffte, wertete das Verhalten des Botschafters, der im Übrigen ein Neffe von Ministerpräsident Jawaharlal Nehru war, als bedeutendes Ereignis. Die spärlichen Reaktionen der westdeutschen Presse auf den ersten Asienbesuch einer DDR-Regierungsdelegation sah Ost-Berlin dennoch als Bestätigung der eigenen Außenpolitik an, wobei in diesem Fall wohl der Wunsch Vater des Gedankens war: „Große Besorgnis wird auch darüber geäußert, dass es der DDR gelungen sein könnte, in der ‚Vorstellungswelt der Asiaten' als der deutsche Staat zu erscheinen."[432]

Die ostdeutsch-chinesischen Beziehungen waren keineswegs spannungsfrei. 1956 stagnierte der Kulturaustausch[433]. Auf wirtschaftlichem Gebiet zeigten sich rasch die unterschiedlichen Erwartungen, die beide Seiten mit dem sich intensivierenden bilateralen Handel verbanden. Während China eine ausufernde Wunschliste mit Industriegütern vorlegte, die die Leistungskraft der DDR bei weitem überstieg[434], bat Grotewohl bei der chinesischen Führung ebenfalls um Wirtschaftshilfe und listete insgesamt 17 Produkte aus dem Konsumgüterbereich auf[435]. Zur Begründung gab er wieder einmal an, dass die Versorgungslage der DDR-Bevölkerung verbessert werden sollte. Mit dem Aufbrechen des sowjetisch-chinesischen Gegensatzes 1956 befand sich die DDR in der Bredouille. Es gelang ihr zunächst, einer eindeutigen Parteinahme aus dem Weg zu gehen. Auf diese Weise konnte das gute Verhältnis zu China erhalten werden, ohne Moskau vor den Kopf zu stoßen. Bei einem Gespräch mit Mao Zedong am 23. September 1956 distanzierte sich Ulbricht vorsichtig von der sowjetischen Hegemonialmacht[436]. SED und Kom-

[430] PA AA, MfAA, A 5728, Bl. 127–133, hier Bl. 131, Kurzinformation (o. Verf., o. D.).
[431] Ebenda, Bl. 132.
[432] Ebenda, Bl. 133. Im Original unterstrichen.
[433] Wobst, Die Kulturbeziehungen zwischen der DDR und der VR China, S. 40f.
[434] Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 167.
[435] BAB, DC 20/15861, Grotewohl am 27. 2. 1956 an Zhou Enlai.
[436] Aufzeichnungen Bruks über eine Unterredung zwischen Mao Zedong und Ulbricht am 23. 9. 1956, in: Meißner, Die DDR und China, S. 83–91, hier S. 90.

munistische Partei Chinas (KPCh) rückten ideologisch enger zusammen. Doch dieses Bündnis hielt nicht lange, da die chinesische Führung die Bevölkerung 1956 mit einer groß angelegten Kampagne („Lasst hundert Blumen blühen") zur Kritik an Staat und Partei aufrief, was Ost-Berlin äußerst suspekt war. Nachdem Peking eine Gegenkampagne eingeleitet hatte und energisch gegen Oppositionelle vorgegangen war, kam es wieder zu einer Annäherung zwischen beiden Ländern.

Anfang 1957 gab es das nächste ostdeutsch-chinesische Treffen auf Regierungsebene in der sowjetischen Hauptstadt, das jedoch keine greifbaren Ergebnisse erbrachte. Auf der Rückfahrt nach Ost-Berlin übten Grotewohl und Ulbricht deutliche Kritik am DDR-Außenministerium, das die Verhandlungen mit Zhou Enlai über den geplanten Abschluss von einzelnen Vertragswerken ungenügend vorbereitet habe[437]. So waren die zuständigen Abteilungsleiter, insbesondere der Leiter der Rechtsabteilung zu Hause geblieben. Außerdem betonten Grotewohl und Ulbricht, dass in Zukunft die Zusammenarbeit zwischen Außenministerium und Botschaft verbessert werden müsste. Zur Vorbereitung der großen Asienrundreise Anfang 1959, auf die im folgenden Abschnitt noch ausführlicher eingegangen wird, traf sich Grotewohl am 25. September 1958 mit dem chinesischen Botschafter in Ost-Berlin. Er erklärte dem Diplomaten, dass die geplante Reise das Ziel verfolge, die diplomatische Anerkennung in Ägypten und im Irak herbeizuführen[438]. In dem Zusammenhang bat der DDR-Ministerpräsident seinen Gesprächspartner, China möge seinen Einfluss in Indien geltend machen, damit die DDR auch dort einen außenpolitischen Durchbruch erzielen könne[439]. Obwohl China den Kampf der DDR gegen die Hallstein-Doktrin der Bundesregierung unterstützte, kühlte das Verhältnis zwischen beiden Staaten Ende der fünfziger Jahre deutlich ab, da die chinesischen Kommunisten den Moskauer Kurswechsel gegenüber Jugoslawien ablehnten[440]. Bei den Verhandlungen über die Gemeinsame Erklärung vom 27. Januar 1959 tauchten erste Meinungsverschiedenheiten bei der Bewertung der Bundesrepublik auf. Während Außenminister Bolz auf die Formulierung „Imperialismus" zur Kennzeichnung des westdeutschen Staates nicht verzichten wollte, sprach sich sein Amtskollege Chen Yi dafür aus, in das Abschlussdokument nur den Begriff „Militarismus" aufzunehmen[441]. Was nach außen nur wie eine semantische Spitzfindigkeit aussah, verwies bei näherem Hinsehen doch auf unterschiedliche ideologische Positionen. Die DDR-Delegation befürchtete offenbar, dass China von seiner bisherigen kompromisslosen Haltung gegenüber der Bundesrepublik abweichen könnte. Da der ostdeutsche Regierungschef in dem Streit klein beigab, wurde ein offenes Zerwürfnis letztlich vermieden. Beide Seiten schlossen außerdem noch einen Konsularvertrag ab, mit dem die DDR als erster Staat des

[437] PA AA, MfAA, A 14667, Bl. 18f., Vermerk (o. Verf., o. D.).
[438] SAPMO-BArch, NY 4090/477, Bl. 99–102, hier Bl. 99, Vermerk über Unterredung zwischen Grotewohl und dem chinesischen Botschafter Wang Kuo-tschuan am 25. 9. 1958.
[439] Daraufhin führte der chinesische Botschafter in Neu-Delhi ein Gespräch im indischen Außenministerium, bei dem es darum ging, ein persönliches Treffen zwischen Grotewohl und Nehru einzufädeln. SAPMO-BArch, NY 4090/477, Bl. 106f., Winzer am 24. 10. 1958 an Grotewohl.
[440] Krüger, Das erste Jahrzehnt, S. 84f.
[441] Protokoll über die Diskussion zur Gemeinsamen Erklärung am 26. 1. 1959, in: Meißner, Die DDR und China, S. 106f.

Warschauer Paktes das Recht erhielt, in Shanghai ein Generalkonsulat zu eröffnen[442].

Die sowjetisch-chinesische Auseinandersetzung trat auf der Konferenz der kommunistischen Parteien in Bukarest im Juni 1960 offen zu Tage, wobei sich die DDR auf die Seite Moskaus stellte. Die Kontroverse drehte sich nunmehr auch um den Umgang mit dem Westen: Während Chruschtschow einen gewissen Kurswechsel einläutete und das Prinzip der friedlichen Koexistenz propagierte, bestanden die chinesischen Kommunisten darauf, den Kalten Krieg auch mit militärischen Mitteln zu entscheiden, um dadurch den Kapitalismus endgültig in die Knie zwingen zu können. Bei diesem Streit ging es aber nicht nur um die Deutungshoheit im sozialistischen Lager, sondern auch um Imagepolitik gegenüber den Ländern Afrikas und Asiens, von denen die meisten ab Anfang der sechziger Jahre aus der Kolonialherrschaft entlassen wurden. Dabei schien der chinesische Weg eine größere Anziehungskraft zu entfalten. Vor dem Ministerrat verteidigte Grotewohl die sowjetische Haltung, hielt sich aber mit Kritik an der Vorgehensweise der KPCh zurück: „Niemand hat, wie die chinesischen Genossen es formulieren, für den Begriff der Koexistenz einen Ausdruck dahingehend gefunden, als sei das eine Beseitigung der klassenmäßigen Auseinandersetzung in der Welt bzw. eine Leugnung. Die Frage der friedlichen Koexistenz hat nur eine Schlagkraft und Auswirkung in erster Linie auf die Erhaltung des Friedens und aller damit zusammenhängenden Maßnahmen und Überlegungen, wenn diese so getroffen werden, dass sie der Erhaltung des Friedens dienen."[443]

Die Grotewohlreise von 1959

Die große Asienrundreise von Ministerpräsident Grotewohl im Januar 1959 wird in der Forschung zu Recht als Grotewohlreise[444] bezeichnet, denn sie bildete den Höhepunkt, aber auch den Schlusspunkt der Auslandsbesuche des ostdeutschen Regierungschefs. Da der DDR-Ministerpräsident erstmals Länder außerhalb der sozialistischen Staatengemeinschaft besuchte, kam dem Aufenthalt in der Vereinigten Arabischen Republik (VAR)[445], im Irak und in Indien besondere Bedeutung zu[446]. Ost-Berlin versuchte nämlich über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu diesen nichtpaktgebundenen Staaten, die sich als die Anführer der auf der Bandung-Konferenz im April 1955 gebildeten Blockfreien-Bewegung profi-

[442] Gemeinsame Erklärung vom 27.1.1959, in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. VII, S. 329–335, hier S. 334.

[443] BAB, DC 20/10667, Auszug aus der Rede Grotewohls in der Ministerratssitzung am 18.8.1960, S. 2.

[444] Vgl. Lemke, Der Nahe Osten, Indien und die Grotewohlreise von 1959.

[445] Im Februar 1958 hatten sich Syrien und Ägypten zur VAR zusammengeschlossen.

[446] Die Grotewohlreise endete mit einem Besuch in Nordvietnam (17.–22.1.) und China (22.–29.1.). Anschließend flog die DDR-Delegation nach Moskau, um als Gast am XXI. Parteitag der KPdSU teilzunehmen. SAPMO-BArch, NY 4090/10, Bl. 372–424, hier Bl. 374–376, Kalender Grotewohls von 1959. Grotewohl berichtete Mao Zedong bei einem Treffen in Peking über den Verlauf der Reise, wobei der chinesische Führer kein allzu großes Interesse an den außenpolitischen Klimmzügen der DDR im Nahen Osten an den Tag legte. SAPMO-BArch, NY 4090/491, Bl. 352–358, Niederschrift über die Aussprache der DDR-Delegation mit Mao Zedong (o.D.).

liert hatten, die Hallstein-Doktrin der Bundesregierung auszuhebeln. Doch die DDR konnte die Rundreise nicht aus eigener Kraft realisieren. So wurde etwa der Aufenthalt in Indien wie bereits erwähnt auf diplomatischem Wege mit Hilfe der Volksrepublik China vorbereitet[447]. Aus Sicht der ostdeutschen Regierung kam dem Besuch in Indien seit der Verkündung der Zwei-Staaten-Theorie 1955 eine Schlüsselrolle bei der angestrebten Anerkennung der DDR zu[448]. Für den Besuch Grotewohls in Neu-Delhi machte sich außerdem noch die Sowjetunion stark, indem sie die Idee eines dreiseitigen Handelsabkommens zwischen der UdSSR, der DDR und Indien lancierte, die jedoch von ostdeutscher Seite nicht weiter verfolgt wurde[449]. Obwohl sich die indische Regierung dem Drängen Ost-Berlins entzog, Grotewohl zu einem offiziellen Besuch mit allen protokollarischen Ehren einzuladen, konnte sich der DDR-Ministerpräsident zu gute halten, als erster deutscher Regierungschef von Nehru empfangen zu werden[450], wenn auch nur zu einem privaten Meinungsaustausch.

Kurz vor Reiseantritt formulierte die SED-Führung nochmals ihre Ziele, die sie mit dem Besuch Grotewohls in den drei Staaten des Nahen und Mittleren Ostens bzw. des indischen Subkontinents verband[451]. Demnach zählte zu den Maximalzielen die diplomatische Anerkennung sowie der Botschafteraustausch. Als Minimalziel galt die Errichtung von Generalkonsulaten in der VAR und im Irak. Für den Indienaufenthalt wurden die Erwartungen etwas heruntergeschraubt, ging es dort doch nur um Gespräche über die Herstellung von diplomatischen Beziehungen und um die Unterstützung der DDR-Deutschlandpolitik durch die indische Regierung. Die ostdeutsche Delegation mit Grotewohl an der Spitze landete in einem sowjetischen Flugzeug, das mit Rücksicht auf die Gastgeber nicht die Hoheitszeichen der DDR tragen durfte[452], als erstes am 4. Januar 1959 in Kairo. Bereits kurz nach der Ankunft kam es zum ersten Zusammentreffen mit Präsident Gamal Abdel Nasser, bei dem Grotewohl sofort die Frage der DDR-Anerkennung ansprach. Doch der ägyptische Staatschef reagierte ausweichend und verwies darauf, dass die Beziehungen zwischen beiden Ländern erst mit dem Abschluss des ersten langfristigen Handelsabkommens im Herbst 1955 vorangekommen seien[453]. Dem Anliegen der DDR-Delegation stand er zwar prinzipiell aufgeschlossen gegenüber und erklärte, dass eine Anerkennung nur eine Frage der Zeit sei. Gleichzeitig unterstrich er aber die schwierige Lage, in der sich die VAR nach der Suez-Krise immer noch befinde[454]. Daraufhin versuchte Grotewohl Nasser zu

[447] So auch Lemke, Der Nahe Osten, Indien und die Grotewohlreise von 1959, S. 1035. Voigt bestreitet die Rolle der sowjetischen Unterstützung, allerdings überschätzt er die Bedeutung des DDR-Außenministeriums bei der Reisevorbereitung und unterschätzt die der SED-Führung. Voigt, Die Indienpolitik der DDR, S. 276, Anm. 23.

[448] Lemke, Der Nahe Osten, Indien und die Grotewohlreise von 1959, S. 1032.

[449] Voigt, Die Indienpolitik der DDR, S. 274f.

[450] Ebenda, S. 283.

[451] SAPMO-BArch, NY 4090/491, Bl. 133–135, hier Bl. 133f., Denkschrift (o. Verf., o. D.). Erstmals zitiert bei: Lemke, Der Nahe Osten, Indien und die Grotewohlreise von 1959, S. 1036.

[452] SAPMO-BArch, NY 4090/491, Bl. 126–131, hier Bl. 127, Information über die Reise der Regierungsdelegation (o. Verf., o. D.).

[453] SAPMO-BArch, NY 4090/491, Bl. 138–151, hier Bl. 139, Vermerk über Besuch Grotewohls bei Nasser am 4. 1. 1959.

[454] Ebenda, Bl. 140.

beruhigen, indem er betonte, dass die Bonner Regierung nicht in der Lage sei, „einen ernsthaften ökonomischen Druck auf die Vereinigte Arabische Republik auszuüben“[455]. Doch der ägyptische Präsident ließ sich nicht umstimmen und blieb bei seiner ablehnenden Haltung: Da die Bundesrepublik die Hallstein-Doktrin erstmals im Oktober 1957 angewendet und die diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien abgebrochen hatte, befürchtete Nasser ein ähnliches Schicksal für sein Land[456]. Deshalb kam für ihn eine Anerkennung der DDR noch nicht in Frage. Um Grotewohl, der den schwerwiegenden Einwand nicht entkräften konnte, nicht zu brüskieren, stellte der Präsident allerdings klar, dass die VAR gute, freundschaftliche Beziehungen zur DDR wünsche[457]. Doch der DDR-Ministerpräsident ließ sich nicht ohne weiteres abspeisen und schlug am Ende des Gesprächs vor, in Ost-Berlin bzw. Kairo Generalkonsulate zu errichten. Nachdem sich Nasser mit seinen Regierungsmitgliedern beraten hatte, stimmte er dem Vorschlag Grotewohls in einer weiteren Unterredung zwei Tage später zu[458].

Nächste Station der Reise war die irakische Hauptstadt, wo Grotewohl am 8. Januar ein zweistündiges Gespräch mit Ministerpräsident Abdel Karim Kassem führte, der ein halbes Jahr zuvor mit der von ihm geführten Bewegung „Freie Offiziere“ die Monarchie beseitigt und ein Regime errichtet hatte, das sich außenpolitisch an der Sowjetunion orientierte. Doch auch hier biss sich der DDR-Ministerpräsident die Zähne aus. Nachdem bereits der DDR-Botschafter in China, Paul Wandel, bei seinem Besuch in Bagdad am 13. August 1958 die ablehnende Haltung Kassems in der Anerkennungsfrage zur Kenntnis nehmen musste[459], überraschte es kaum, dass auch Grotewohl mit seinem Vorstoß erfolglos blieb. Im Vergleich zu den erzielten Verhandlungsergebnissen von Kairo verliefen die Unterredungen in Bagdad aus Sicht der ostdeutschen Delegation äußerst enttäuschend, denn Kassem lehnte nicht nur die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, sondern auch den Austausch von Generalkonsulaten vehement ab[460]. Während die Gespräche in der ägyptischen Hauptstadt weitgehend harmonisch verliefen, düpierte der irakische Gastgeber seinen Gast mehrmals. Zunächst lobte er die Zusammenarbeit zwischen dem Irak und dem Deutschen Reich während des Ersten und Zweiten Weltkriegs, worauf der DDR-Ministerpräsident nicht weiter ein-

[455] Ebenda, Bl. 141. Erstmals zitiert bei: Lemke, Der Nahe Osten, Indien und die Grotewohlreise von 1959, S. 1036.

[456] Diese Bedenken hatte Nasser bereits dem Bevollmächtigten der DDR-Regierung für die arabischen Staaten, Richard Gyptner, in einem kurzen Gespräch am 17.11.1958 in Kairo vorgetragen. SAPMO-BArch, NY 4090/497, Bl. 138–143, Aktenvermerk Gyptners über Unterredung mit Nasser am 17.11.1958.

[457] SAPMO-BArch, NY 4090/491, Bl. 138–151, hier Bl. 142, Vermerk über Besuch Grotewohls bei Nasser am 4.1.1959.

[458] SAPMO-BArch, NY 4090/491, Bl. 162–164, hier Bl. 162, Vermerk über Unterredung zwischen Grotewohl und Nasser am 6.1.1959. Das Gupta behauptet, Grotewohl habe Nasser mit der Bekanntgabe des Vorhabens anlässlich einer Pressekonferenz öffentlich blamiert. Das Gupta, Ulbricht am Nil, S. 124. Tatsächlich hatte der ägyptische Staatschef zuvor einer entsprechenden Presseerklärung ausdrücklich zugestimmt. SAPMO-BArch, NY 4090/491, Bl. 162–164, hier Bl. 162, Vermerk über Unterredung zwischen Grotewohl und Nasser am 6.1.1959.

[459] Lemke, Der Nahe Osten, Indien und die Grotewohlreise von 1959, S. 1032.

[460] SAPMO-BArch, NY 4090/491, Bl. 197–199, hier Bl. 198, Vermerk über Unterredung zwischen Grotewohl und Kassem am 10.1.1959.

ging[461]. Dann lehnte er auch noch die von Grotewohl mehrmals ausgesprochene Einladung in die DDR mit den Worten ab: „Möge es Gott geben. Gegenwärtig ist die Revolution noch nicht abgeschlossen. Ich werde gern einen Besuch wahrnehmen, wenn dazu Gelegenheit ist. Jetzt müssen wir noch gegen den Imperialismus kämpfen."[462]

Auch der indische Ministerpräsident, der Grotewohl zwei Privatgespräche gewährte, lehnte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern letztlich mit dem Hinweis auf Bonn ab. Höflich im Tonfall, in der Sache aber bestimmt, erklärte Nehru, Indien wolle keine Großmacht sein und könne auch nicht als Makler auftreten[463]. Grotewohl nutzte die Gelegenheit, um ausführlich den DDR-Standpunkt in der deutschen Frage darzulegen. Nehru, der im Frühjahr 1956 den westdeutschen Vizekanzler Franz Blücher in Neu-Delhi empfangen hatte und wenige Monate später in die Bundesrepublik gereist war, zeigte sich zwar interessiert, ließ sich aber vom ostdeutschen Regierungschef nicht zu einer eindeutigen Stellungnahme drängen. Stattdessen brachte er Grotewohl mit gezielten Fragen ein ums andere Mal in Verlegenheit und konnte sich dadurch den Vereinnahmungsversuchen entziehen: „Gab es nicht vor kurzem Wahlen in Westberlin und hat bei diesen Wahlen nicht die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die die sowjetischen Vorschläge ablehnt, gesiegt?"[464] Und weiter: „Warum verlassen so viele Menschen die Deutsche Demokratische Republik?"[465]

Die SED-Führung feierte die Grotewohlreise als großen diplomatischen Erfolg im Ringen um die diplomatische Anerkennung der DDR. Ministerpräsident Grotewohl ergänzte in einem umfangreichen Abschlussbericht des Außenministeriums, „die Ausschließlichkeitsanmaßung der westdeutschen Regierung [sei] erfolgreich zurückgedrängt" worden[466]. Das ‚Neue Deutschland' hatte fast täglich auf der Titelseite über den Verlauf der Reise berichtet und Fotos abgedruckt, die Grotewohl etwa beim Besuch der Pyramiden von Gizeh, bei der feierlichen Verabschiedung in Kairo oder bei der Kranzniederlegung an der Gedenkstätte für Mahatma Gandhi zeigten. Die Botschaft der Bilder war klar: Sie sollten die Weltläufigkeit des DDR-Ministerpräsidenten illustrieren, der sich angeblich auf gleicher Augenhöhe mit den Staats- und Regierungschefs der Welt befand. Dabei hatte der Verlauf der Gespräche mit Nasser, Kassem und Nehru gezeigt, dass es Ost-Berlin nicht gelungen war, die Maximalziele zu verwirklichen. Obwohl der von der Bundesregierung befürchtete Dammbruch[467] ausblieb und die Hallstein-Doktrin in keinem der be-

[461] SAPMO-BArch, NY 4090/491, Bl. 182–191, hier Bl. 184, Vermerk über Unterredung zwischen Grotewohl und Kassem am 8.1.1959. Vgl. Lemke, Der Nahe Osten, Indien und die Grotewohlreise von 1959, S. 1036f.

[462] SAPMO-BArch, NY 4090/491, Bl. 192–196, hier Bl. 195f., Vermerk über Unterredung zwischen Grotewohl und Kassem am 9.1.1959.

[463] SAPMO-BArch, NY 4090/491, Bl. 211–237, hier Bl. 236, Vermerk über Unterredung zwischen Grotewohl und Nehru am 12.1.1959. Erstmals zitiert bei: Lemke, Der Nahe Osten, Indien und die Grotewohlreise von 1959, S. 1037.

[464] SAPMO-BArch, NY 4090/491, Bl. 211–237, hier Bl. 222, Vermerk über Unterredung zwischen Grotewohl und Nehru am 12.1.1959.

[465] Ebenda, Bl. 226. Erstmals zitiert bei: Voigt, Die Indienpolitik der DDR, S. 284.

[466] SAPMO-BArch, NY 4090/491, Bl. 359–400, hier Bl. 361, Bericht (1. Entwurf) des MfAA vom 7.2.1959.

[467] Lemke, Der Nahe Osten, Indien und die Grotewohlreise von 1959, S. 1039.

suchten Länder unterlaufen werden konnte, war Bewegung ins Spiel gekommen. Die internationale Isolierung der DDR war ins Wanken geraten, denn in der Folgezeit konnte in Kairo ein Generalkonsulat – aber ohne Exequatur[468] – und in Damaskus ein Konsulat eröffnet werden[469]. Der ostdeutsche Teilstaat konnte erstmals seine Präsenz im Nahen Osten ausbauen, die bis dahin nur in Form von Handelsvertretungen bestand. Darüber hinaus nutzte Grotewohl die Besuchsreise dazu, um für den Standpunkt der DDR in der Berlin- und Deutschlandfrage offensiv zu werben.

Bonn beobachtete die ostdeutschen Annäherungsversuche am Nil misstrauisch. Im Kabinett berichtete der westdeutsche Außenminister Heinrich von Brentano (CDU) über den Aufenthalt Grotewohls in der ägyptischen Hauptstadt[470]. Er erreichte eine Klarstellung der Regierung der Vereinigten Arabischen Republik, dass die vereinbarte Errichtung von Generalkonsulaten nur eine Umbenennung der seit 1954 bestehenden Handelsvertretung sei und keine diplomatische Anerkennung der DDR nach sich ziehen würde. Diese Reaktion zeigte einer gewisse Verunsicherung bei den mit absoluter Mehrheit regierenden Unionsparteien. Als Ulbricht sechs Jahre später nach Ägypten flog, war die Gelassenheit in der Bundeshauptstadt verflogen, denn die westdeutsche Presse sah den bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruch am Ende[471]. Viele westdeutsche Politiker fühlten sich an den Aufenthalt Grotewohls von 1959 erinnert: Im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages hatte Bundesaußenminister Gerhard Schröder (CDU) ungefähr einen Monat vor der ersten und letzten Reise des Ersten Sekretärs des ZK der SED ins nichtsozialistische Ausland erklärt, dass nunmehr ein „wesentliches Stück unserer gesamtdeutschen Politik" auf dem Spiel stehe[472]. Gleichzeitig warnte er aber vor Hysterie und hob vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hervor, „Ulbricht sei etwas anderes als Grotewohl"[473]. Damit drückte Schröder, der den westdeutschen Alleinvertretungsanspruch durch ein behutsames Vorgehen erhalten wollte[474], seine Anerkennung für den diplomatischen Coup des DDR-Ministerpräsidenten von Anfang 1959 aus. Dagegen nahm Bundeskanzler Ludwig Erhard (CDU) den Besuch Ulbrichts bei Nasser zum Anlass, um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel anzukündigen. Daraufhin brachen zehn arabische Staaten die bis dahin traditionell guten Beziehungen zur Bundesrepublik ab; die westdeutsche Nahostpolitik stürzte in eine tiefe Krise.

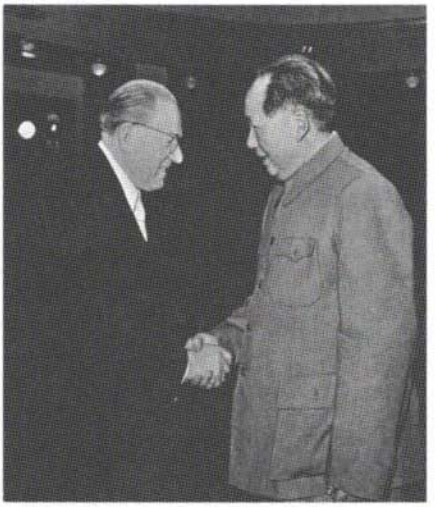
Doch Ost-Berlin hatte schon unmittelbar nach der Rückkehr Grotewohls kein politisches Kapital aus der Reise schlagen können, da die DDR in dem ausgebrochenen chinesisch-indischen Grenzkonflikt Partei für Peking ergriff[475]. Zum

[468] Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 175.
[469] Weitere Generalkonsulate konnten 1960 in Burma und Indonesien sowie 1962 im Irak errichtet werden. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 176.
[470] Protokoll der Kabinettssitzung vom 14. 1. 1959, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Bd. 12: 1959, S. 73–80, hier S. 78f.
[471] Das Gupta, Ulbricht am Nil, S. 112.
[472] Sitzungsprotokoll des Auswärtigen Ausschusses vom 28. 1. 1965, in: Der Auswärtige Ausschuss. Sitzungsprotokolle 1961–1965, S. 1377–1404, hier S. 1213.
[473] Sitzungsprotokoll der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 9. 2. 1965, in: Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961–1966, S. 1356–1361, hier S. 1358.
[474] Oppelland, Gerhard Schröder, S. 625f.
[475] Voigt, Die Indienpolitik der DDR, S. 293.

zehnten Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China leistete sich der ostdeutsche Ministerpräsident am 28. September 1959 einen folgenschweren Fauxpas und löste damit eine diplomatische Krise aus, als er Indien vorwarf, mit seinen Truppen auf chinesisches Gebiet vorgedrungen zu sein[476]. Das mühsam aufgebaute Vertrauensverhältnis zwischen ihm und Nehru war zerstört. Dabei erstaunte weniger die Tatsache, dass die SED-Führung die Position Chinas unterstützte, als vielmehr der Umstand, dass Grotewohl erst gar nicht den Versuch unternahm, in dieser heiklen außenpolitischen Situation zu lavieren und einer Entscheidung zunächst aus dem Weg zu gehen. In der Folgezeit bemühte sich Ost-Berlin, den entstandenen Schaden zu beheben, der durch die unbedachte Äußerung Grotewohls entstanden war. Vergeblich: An eine Anerkennung der DDR durch Indien war jetzt nicht mehr zu denken.

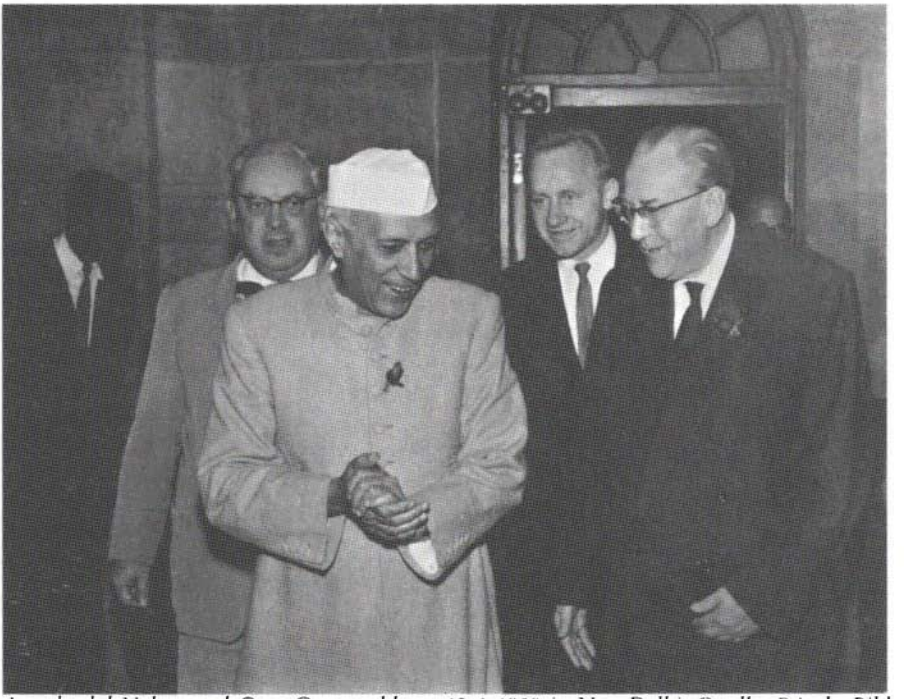
Ein abschließendes Urteil über Grotewohls deutschland- und außenpolitisches Wirken fällt zwiespältig aus: Auf der einen Seite wachte die Sowjetunion penibel darüber, dass der ostdeutsche Satellitenstaat nicht zu eigenmächtig handelte. Innerhalb dieses vergleichsweise engen Handlungsspielraumes konnte der DDR-Ministerpräsident die Richtlinien der Politik nur in Absprache mit den Politbüromitgliedern, insbesondere mit Ulbricht festlegen. Es überrascht daher nicht, dass er eine eigenständige, in sich geschlossene deutschland- und außenpolitische Konzeption nicht entwickelt hat. Einzelne Initiativen verbinden sich mit seinem Namen, wie der sogenannte Grotewohl-Brief 1951, der allerdings aus der Feder des SED-Generalsekretärs stammte. Nach dem blutig niedergeschlagenen Volksaufstand am 17. Juni 1953, der die Fragilität der SED-Herrschaft deutlich machte, spätestens aber nach der Verkündung der Zwei-Staaten-Theorie durch Chruschtschow am 26. Juli 1955 musste sich Grotewohl von seiner Vision einer Vereinigung Deutschlands unter sozialistischen Vorzeichen verabschieden, die er bis dahin beharrlich verfolgt hatte. Im Gegensatz zu Ulbricht, der stets die Absicherung der eigenen Herrschaft und somit die Konsolidierung der DDR als absolut vorrangig betrachtete, kann Grotewohl als linker Nationalist verstanden werden. Für den ehemaligen Vorsitzenden des Zentralausschusses war das Festhalten an der Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht nur eine Herzensangelegenheit, sondern ein wesentlicher Grund dafür, die gewaltsame und undemokratische Neuordnung des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems in der DDR hinzunehmen. Auf der anderen Seite repräsentierte er die DDR in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre und entlastete dabei Präsident Pieck, der aufgrund des fortgeschrittenen Alters zu Auslandsbesuchen nicht mehr in der Lage war. Seinen größten Erfolg feierte er zweifelsohne mit der großen Asienreise Anfang 1959, da es ihm auf den ersten Blick gelungen war, die außenpolitische Isolation der DDR, die in erster Linie auf die Hallstein-Doktrin der Bundesrepublik zurückzuführen war, zu durchbrechen. Doch auch in den sechziger Jahren blieb der DDR die internationale Anerkennung versagt, die sich erst nach dem Abschluss des Viermächteabkommens und dem Grundlagenvertrag zögerlich einstellen sollte.

[476] ‚Neues Deutschland' vom 29. 9. 1959, S. 3.



Mao Zedong und Otto Grotewohl am 13.12.1955 in Peking; Quelle: BArch, Bild 183-35013-0008.

Ho Chi Minh und Otto Grotewohl auf dem Flughafen Berlin-Schönefeld am 25.7.1957; Quelle: BArch, Bild 183-48550-0005, Foto: Junge.



Jawaharlal Nehru und Otto Grotewohl am 12.1.1959 in Neu-Delhi; Quelle: BArch, Bild 183-61849-0001, Foto: Heilig.

Otto Grotewohl, Nikita S. Chruschtschow und Walter Ulbricht in Ost-Berlin am 19. 5. 1960; Quelle: BArch, Bild 183-75275-0011, Foto: Krueger.

VI. Letzte Lebensjahre

Seit der DDR-Gründung gab es in westlichen Zeitungen immer wieder Spekulationen über die politische Zukunft Grotewohls, die sich nicht nur aus der offenkundig gewordenen Rivalität zu Ulbricht speisten, sondern auch den Gesundheitszustand des ostdeutschen Ministerpräsidenten zum Inhalt hatten[477]. In ihren Erinnerungen, die im Zusammenhang mit der im Parteiauftrag erstellten Biographie Heinz Voßkes standen, bestätigten seine Frau und sein Sohn übereinstimmend, dass er erstmals Ende 1949 gesundheitlich schwer angeschlagen gewesen sei[478]. Eine verschleppte Grippe hatte offenbar bei ihm zu erheblichen Herz- und Kreislaufproblemen geführt, so dass er sich zur medizinischen Behandlung in das Zentrale Krankenhaus des Stabes der SMAD in Berlin-Karlshorst begeben musste. Otto Grotewohl erwähnte den Krankenhausbesuch gegenüber seinem älteren Bruder, zu dem er im Übrigen keinen sehr engen Kontakt pflegte[479]. Auf Anraten der Ärzte nahm der Ko-Vorsitzende der SED von Anfang Dezember 1949 bis Ende Februar 1950 an den Sitzungen des Politbüros und der Provisorischen Regierung nicht teil. Vor dem SED-Parteivorstand berichtete Pieck, Grotewohl werde sich nach dem Klinikaufenthalt einer Erholungskur in Barwicha, in der Nähe von Moskau, unterziehen, und dementierte die Meldungen in der westlichen Presse[480].

In den fünfziger Jahren wurde Grotewohl mehrmals ins DDR-Regierungskrankenhaus eingeliefert. Dabei handelte es sich sowohl um kleinere Untersuchungen[481], bei denen er offensichtlich noch am selben Tag wieder entlassen wurde, als auch um zum Teil mehrtägige Aufenthalte[482]. Der ostdeutsche Regierungschef ließ sich aber nicht nur von Fachärzten in der DDR untersuchen, die 1953 eine Arteriosklerose sowie eine beginnende Verkalkung der Herzkranzgefäße feststellten[483], sondern nahm auch die medizinische Versorgung der Spitzenpolitiker in Moskau in Anspruch. So befand er sich am 12. November 1953 in der Poliklinik des Kremls[484]. Im Anschluss daran absolvierte er eine dreieinhalbwöchige Kur am

[477] Vgl. ‚Die Welt' vom 8.12.1949, S. 1. In einem Informationsbericht des SPD-Ostbüros wurden Vermutungen darüber angestellt, ob es sich „bei der Krankheit um eine echte oder eine politische Krankheit handelt". AdsD, Ostbüro der SPD, Aktenordner Otto Grotewohl I, Aktennotiz (o. Verf.) vom 21.12.1949.

[478] SAPMO-BArch, SgY 30/1878, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Martha und Hans Grotewohl über ihre Erinnerungen an Otto Grotewohl vom 14.12.1976, S. 26f.

[479] SAPMO-BArch, NY 4090/56, Bl. 61, Grotewohl am 18.12.1949 an Willi Grotewohl (Rheinsberg).

[480] Aus der stenographischen Niederschrift der 24. (38.) Tagung des SED-Parteivorstandes am 10.1.1950, in: DzD. II/3 (unveröffentlichte Dokumente), S. 509–520, hier S. 510. Auf der Sitzung kündigte Pieck ein Genesungsschreiben an Grotewohl an. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/77, Bl. 5, Protokoll der 24. Tagung des SED-Parteivorstandes am 10./11.1.1950, Anlage Nr. 2.

[481] SAPMO-BArch, NY 4090/9, Bl. 405–480, hier Bl. 427 (Rückseite), Kalender Grotewohls von 1951.

[482] Ebenda, Bl. 481–561, hier Bl. 494f., Kalender Grotewohls von 1952.

[483] SAPMO-BArch, NY 4090/1, Bl. 88, Ärztlicher Bericht des DDR-Regierungskrankenhauses vom 26.10.1953.

[484] SAPMO-BArch, NY 4090/9, Bl. 562–664, hier Bl. 629, Kalender Grotewohls von 1953. Die Krankenhaus- und Kuraufenthalte von Mitgliedern der SED-Führung in der Sowjetunion mussten zuvor vom Politbüro der KPdSU genehmigt werden. Diesen Hinweis verdanke ich meinem Kollegen Dr. Jan Foitzik.

Schwarzen Meer[485]. Grotewohl nutzte diese inoffiziellen Aufenthalte in Moskau, um politische Gespräche mit der Kremlspitze zu führen[486], über die jedoch keine Aufzeichnungen vorliegen. Ab 1955 beobachteten Grotewohls Ärzte voller Sorge den Zustand seines Herz- und Kreislaufsystems[487]; 1959 diagnostizierten sie schließlich eine beginnende Herzinsuffizienz und drängten auf eine Reduzierung der Arbeitsbelastung[488]. Aufgrund des anhaltend hohen Blutdrucks und der chronisch gewordenen Herzrhythmusstörungen befürchteten die Ärzte bei ihm einen Herzinfarkt[489]. Im Laufe des Jahres 1960 verschlechterte sich sein Gesundheitszustand rapide, so dass er am politischen Tagesgeschäft kaum noch teilnehmen konnte. Am 4. April reiste er zu einem vierwöchigen Erholungsurlaub ans Schwarze Meer; acht Monate später traf er erneut für mehrere Wochen im sowjetischen Sanatorium in Barwicha ein[490]. Nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion zog er zusammen mit seiner Frau widerwillig von Pankow nach Wandlitz[491] und beugte sich damit einer entsprechenden Entscheidung Ulbrichts[492]. Dorthin war die SED-Führung bereits Ende 1960 umgezogen[493], um sich unter dem Eindruck der Ereignisse vom 17. Juni 1953 und dem Ungarn-Aufstand 1956 vor dem Volk in Sicherheit zu bringen. Bereits Ende Oktober 1960 hatte Grotewohl seinen Stellvertreter Willi Stoph mit der Durchführung der Amtsgeschäfte beauftragt[494]. Die permanenten Herz- und Kreislaufstörungen verhinderten letztlich eine Rückkehr Grotewohls in die Politik: An den Sitzungen der Führungsgremien von Partei und Regierung konnte er nicht mehr aktiv teilnehmen. Da auch noch seine Sehkraft nachließ, konnte er Redemanuskripte nicht mehr ablesen. Deshalb gibt es von ihm ab Anfang 1961 kaum noch öffentliche Reden[495]. Das DDR-Regierungskrankenhaus, in dem der immer noch amtierende Ministerpräsident regelmäßig von ost-

[485] Grotewohl fuhr nicht nur in die Sowjetunion zur Kur, sondern nutzte auch die Erholungsheime für die Nomenklaturkader in der Tschechoslowakei. So hielt er sich vom 13.2. bis 9.3.1958 in Karlsbad sowie vom 21.8. bis 17.9.1959 in Marienbad auf. SAPMO-BArch, NY 4090/10, Bl. 307–371, hier Bl. 316–319, Taschenkalender Grotewohls von 1958; ebenda, Bl. 372–424, hier Bl. 405–408, Kalender Grotewohls für 1959.

[486] So traf er sich am 21.3.1954 mit Malenkow sowie einen Tag später mit Molotow und Mikojan. SAPMO-BArch, NY 4090/9, Bl. 753–851, hier Bl. 770 (Rückseite).

[487] SAPMO-BArch, NY 4090/1, Bl. 92, Ärztlicher Bericht des DDR-Regierungskrankenhauses vom 10.8.1955.

[488] Ebenda, Bl. 94, Chefärztin Dr. Wittbrodt am 4.5.1959 an Ulbricht.

[489] SAPMO-BArch, NY 4090/1, Bl. 139, Fernschreiben Döllings vom 27.12.1960 aus Moskau an Ulbricht.

[490] SAPMO-BArch, NY 4090/10, Bl. 425–486, hier Bl. 440 (Rückseite) und 471 (Rückseite). Während des ersten Kuraufenthalts im Frühjahr bedankte sich Grotewohl bei der sowjetischen Führung für die gewährte Gastfreundschaft. RGANI, f. 5, o. 30, Akte 339, Bl. 9, Grotewohl am 19.4.1960 an die Kremlführung. Ende 1960 bzw. Anfang 1961 hielt sich Grotewohl vier Monate lang in Barwicha auf. SAPMO-BArch, NY 4090/259, Bl. 210, Grotewohl am 2.3.1961 an Chruschtschow. Nach Angaben Voßkes nahm Grotewohl erstmals wieder am 11.4.1961 an einer Politbürositzung teil. Voßke, Otto Grotewohl. Ein biographischer Abriß, S. 313f.

[491] SAPMO-BArch, NY 4090/1, Bl. 106, Mietvertrag zwischen Objektverwaltung „Waldsiedlung" und Grotewohl vom 15.3.1961.

[492] Przybylski, Tatort Politbüro. Die Akte Honecker, S. 151.

[493] Schulze, In den Wohnzimmern der Macht, S. 147.

[494] BAB, DC 20/10667, Verfügung Grotewohls vom 27.10.1960 an die Mitglieder des Präsidiums des Ministerrats und an die Mitglieder des Ministerrats.

[495] SAPMO-BArch, SgY 30/1878, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Martha und Hans Grotewohl über ihre Erinnerungen an Otto Grotewohl vom 14.12.1976, S. 27f.

deutschen und sowjetischen Spezialisten untersucht wurde, bezeichnete seinen Zustand am 1. März 1962 als labil und riet von jeder Tätigkeit dringend ab[496].

Trotz der eindeutigen medizinischen Befunde kam für Grotewohl und die SED-Führung ein Rücktritt als DDR-Ministerpräsident und ein Rückzug aus der Politik offensichtlich nicht in Frage. Im Gegenteil: Im September 1960 wurde er stellvertretender Vorsitzender des Staatsrates, der nach dem Tode Piecks[497] gebildet worden war und in Anlehnung an das sowjetische Vorbild die Funktion des Präsidenten ersetzte[498]. Schließlich berief ihn Ulbricht auch noch am 11. Dezember 1963 zum Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates[499]. Der westdeutschen Presse war der labile Gesundheitszustand Grotewohls nicht entgangen: Sie berichtete über den faktischen Rückzug des ostdeutschen Regierungschefs und hielt sich mit Spekulationen über den Krankheitsverlauf nicht zurück. Während ‚Der Spiegel' berichtete, Grotewohl leide an Leukämie[500], meldete ‚Die Welt', der SED-Spitzenpolitiker habe im November 1960 einen Schlaganfall in Moskau erlitten[501]. Doch Ost-Berlin ließ sich vom publizistischen Rätselraten im Westen nicht beeindrucken.

Grotewohl starb schließlich am 21. September 1964, mittags um 12.35 Uhr, an den Folgen einer Gehirnblutung[502]. Einige Stunden später wehte die DDR-Fahne auf dem Brandenburger Tor in Ost-Berlin bereits auf halbmast und der Deutsche Fernsehfunk unterbrach sein Programm[503]. Der DDR-Ministerrat ordnete eine dreitägige Staatstrauer an[504]. Das ‚Neue Deutschland' berichtete am folgenden Tag ausführlich über erste Beileidsbekundungen aus Moskau und erste Reaktionen der ostdeutschen Bevölkerung, die die Bestürzung über den Tod des DDR-Ministerpräsidenten dokumentieren sollten. Das amtliche Organ des ZK der SED veröffentlichte außerdem noch Redeausschnitte sowie Fotos, die wichtige politische Stationen des Verstorbenen nach 1945 zeigten. Auffallend war besonders der immer wiederkehrende Verweis auf den ersten SED-Parteitag, auf dem die Zwangsvereinigung von SPD und KPD besiegelt worden war. Um der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, von Grotewohl Abschied zu nehmen, wurde sein Leichnam für eineinhalb Tage im Haus des ZK am Werderschen Markt öffentlich aufgebahrt[505].

[496] SAPMO-BArch, NY 4090/1, Bl. 147, Dr. Wittbrodt am 1. 3. 1962 an Ulbricht.

[497] Bei der Trauerfeier für den verstorbenen DDR-Präsidenten am 10. 9. 1960 hielt Grotewohl eine seiner letzten Reden, in der er Pieck mehrmals als geliebten Freund bezeichnete und an den Handschlag anlässlich des SED-Vereinigungsparteitages 1946 erinnerte. Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. VI, S. 592–598.

[498] Nach Angaben von Hans Tzschorn war Grotewohl nicht uneingeschränkt für die Bildung des Staatsrates, beugte sich aber schließlich der Mehrheitsmeinung im Politbüro. SAPMO-BArch, SgY 30/1788, Bl. 52, Erinnerungen von Hans Tzschorn vom 29. 4. 1974.

[499] SAPMO-BArch, NY 4090/5 Ü, Ulbricht am 11. 12. 1963 an Grotewohl.

[500] ‚Der Spiegel' vom 18. 3. 1964, S. 126.

[501] ‚Die Welt' vom 22. 9. 1964, S. 2.

[502] SAPMO-BArch, NY 4090/1, Bl. 101 (Rückseite), Totenschein für Otto Grotewohl vom 21. 9. 1964. Vgl. Voßke, Otto Grotewohl. Biographischer Abriß, S. 316. Einen Tag später ließ die SED-Führung das ärztliche Bulletin auf der Titelseite des ‚Neuen Deutschland' abdrucken.

[503] ‚Neues Deutschland' vom 22. 9. 1964, S. 2.

[504] Während es bei Pieck noch vier Tage waren, bekam Ulbricht nach seinem Ableben nur einen Tag Staatstrauer zugesprochen. Ackermann, Nationale Totenfeiern, S. 52.

[505] SAPMO-BArch, NY 4090/700, Bl. 3–6, hier Bl. 4, Vorschläge des ZK der SED anlässlich des Ablebens Grotewohls.

Die Ehrenwache am offenen Sarg hielten unter anderem die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros, zuallererst Ulbricht, Ebert, Stoph und Matern. Das ‚Neue Deutschland' druckte Bilder ab, auf denen eine endlos lange Menschenschlange vor dem ZK-Gebäude zu erkennen war[506]. Die Trauer war zwar von oben inszeniert, sie zeigte aber auch eine gewisse öffentliche Anteilnahme in der Diktatur: Nach dem offiziellen Staatsakt, auf dem Ulbricht ausdrücklich die Verdienste des Verstorbenen bei der SED-Gründung 1946 betonte[507], die er ohne den Vorsitzenden des SPD-Zentralausschusses nicht hätte verwirklichen können, gaben Tausende Grotewohl am 23. September in Ost-Berlin das letzte Geleit[508]. Am 15. Oktober wurde die Asche des verstorbenen Otto Grotewohl in einer Urne auf der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde feierlich beigesetzt[509]. In einer Ansprache würdigte der neue Vorsitzende des DDR-Ministerrates, Willi Stoph, die Verdienste seines verstorbenen Vorgängers bei der Vereinigung von SPD und KPD und bei der DDR-Staatsgründung[510]. Dabei bezeichnete er Grotewohl als „treue[n] Sohn" der Arbeiterklasse. Bereits einen Tag zuvor war zur Erinnerung an den ersten ostdeutschen Regierungschef die Wilhelmstraße im Zentrum Ost-Berlins in Otto-Grotewohl-Straße umbenannt worden[511].

Nach Wilhelm Pieck war nun ein weiterer SED-Spitzenpolitiker abgetreten, der zu den DDR-Gründungsvätern gehörte und das andere Deutschland wesentlich verkörpert hatte. Das von der SED gezielt instrumentalisierte Bild einer gemeinsam trauernden Teil-Nation darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in der DDR viele Bürgerinnen und Bürger gab, die mit dem Namen Grotewohls auch die Errichtung und Zementierung der zweiten deutschen Diktatur verbanden, aus der es nach dem Mauerbau 1961 auf nicht absehbare Zeit nahezu kein Entrinnen mehr gab.

506 ‚Neues Deutschland' vom 23. 9. 1964, S. 1 und 3.
507 ‚Neues Deutschland' vom 24. 9. 1964, S. 3. Zum Staatsakt hatte Moskau unter anderem den stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates, Dimitri S. Poljanski, sowie Außenminister Andrej A. Gromyko geschickt.
508 Ebenda, S. 1 und 8.
509 ‚Neues Deutschland' vom 16. 10. 1964, S. 1.
510 Ebenda, S. 2.
511 Ebenda, S. 1.

Zusammenfassende Schlussbetrachtung

Von Weimar nach Pankow?

„Bonn ist nicht Weimar". Unter diesem Buchtitel lieferte der Schweizer Journalist Fritz René Allemann 1956 eine scharfsichtige Analyse über die junge Bundesrepublik in der Ära Adenauer. Dabei stellte er unter anderem fest, dass der zweiten deutschen Demokratie die große Autorität des ersten Bundeskanzlers nicht geschadet habe. Trotz der innenpolitischen Belastungen, insbesondere der anfangs stark umstrittenen Wiederbewaffnung, blickte Allemann in seinem Buch zuversichtlich in die Zukunft und unterstellte dem westdeutschen Staat eine wirtschaftliche Stabilität, die nicht vergleichbar sei mit den sogenannten Goldenen Zwanzigerjahren der Weimarer Republik. Diesem Urteil hat sich die Zeitgeschichtsforschung bereits frühzeitig im Großen und Ganzen angeschlossen: Die Geschichte der Bundesrepublik wird nach wie vor weitgehend als Erfolgsgeschichte erzählt[1]. In seiner anregenden Studie hatte sich jedoch der Publizist aus politischen Gründen geweigert, die DDR in seine Untersuchung mit einzubeziehen, weil sie kein deutscher Staat sei, sondern nur Teil des sowjetischen Imperiums. Ein Vergleich mit Westdeutschland führe nämlich dazu, die ostdeutsche Entwicklung zu verdunkeln und zu verunklären, so der Autor weiter[2]. An dieses Diktum hat sich die historische Forschung glücklicherweise nicht gehalten, die in den vergangenen Jahren immer wieder auf die Weimarer Wurzeln nicht nur der Bundesrepublik, sondern auch der SBZ/DDR hingewiesen hat. Die erste deutsche Demokratie war insofern ein Laboratorium der Moderne, das in einer „spannungsreichen Gemengelage verschiedene Optionen und Ordnungsideen bereitgehalten" hat, die vom Dritten Reich und dem geteilten Deutschland nach 1945 in unterschiedlicher Weise aufgegriffen wurden[3]. In diesem Zusammenhang wird beispielsweise die Geschichte der DDR-Arbeiterschaft zu Recht in einem Dreiecksverhältnis von deutschen Traditionen, sowjetischem Vorbild und westdeutschem Konkurrenzmodell dargestellt[4].

In der Tat lassen sich bei der historischen Einordnung des ostdeutschen Teilstaates mehrere wichtige Politikfelder finden, die Kontinuitäten zu Weimar, vor allem zu Vorstellungen der organisierten sozialistischen Arbeiterbewegung aufweisen[5], die an dieser Stelle aber nur kurz angedeutet werden können. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Weltwirtschaftskrise in Deutschland Ende der zwanziger bzw. Anfang der dreißiger Jahre forderten Kommunisten und Sozialdemokraten etwa eine stärkere Steuerung der Gesamtwirtschaft. Dabei orientierte sich die KPD aber schon frühzeitig am sowjetischen Mo-

[1] Vgl. Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland; Jarausch, Die Umkehr; Kielmansegg, Nach der Katastrophe; Winkler, Der lange Weg nach Westen. Bd. 2; Wolfrum, Die Geglückte Demokratie.
[2] Allemann, Bonn ist nicht Weimar, S. 7.
[3] Hockerts, Einführung, S. 7.
[4] Vgl. Kleßmann, Arbeiter im „Arbeiterstaat" DDR.
[5] Ritter, Über Deutschland, S. 141 f.

dell und trat für die Errichtung einer Planwirtschaft ein, die sich nicht nur durch eine zentrale Allokation der Ressourcen, sondern auch durch eine Beseitigung der privaten Verfügungsrechte an den Produktionsmitteln auszeichnete. Während sich in diesem Politikfeld die kommunistische Traditionslinie durchsetzte, überwogen in einigen Bereichen der Sozialpolitik zunächst sozialdemokratische Vorstellungen, z. B. bei der Neuordnung der Sozialversicherung[6].

Wer die politische Biographie Otto Grotewohls vom späten Kaiserreich über die Weimarer Republik und das „Dritte Reich" zur SBZ/DDR verfolgt, trifft auf zahlreiche Brüche, aber kaum auf Kontinuitätslinien. Dabei durchlief Grotewohl auf den ersten Blick eine klassische sozialdemokratische Politikerkarriere. Als Sohn eines ungelernten Arbeiters erfuhr er seine Sozialisation im späten Kaiserreich und konnte nach dem Ende des Ersten Weltkriegs in der USPD bzw. SPD vergleichsweise rasch aufsteigen. Innerhalb der deutschen Sozialdemokratie gehörte er zum linken Parteiflügel. Als einer der jüngsten Landesminister in der Weimarer Republik lernte er in Braunschweig Verantwortung in einer Regierung zu übernehmen. In diesem Amt stellte er nicht nur seine administrativen Fähigkeiten unter Beweis, sondern verstand es auch, in der heftig umkämpften Schulpolitik eigene Akzente zu setzen. Mit dem nach ihm benannten Schulerlass, der Schulgebete außerhalb des Religionsunterrichts untersagte und den Prozess der Säkularisierung gezielt beschleunigen sollte, konnte er breite Zustimmung in der sozialdemokratischen Anhängerschaft erzielen. Mitte der zwanziger Jahre hatte er sich schließlich in der SPD Braunschweigs gut vernetzt und stand vor dem nächsten Sprung auf der Karriereleiter nach Berlin, der von der nationalsozialistischen Machtergreifung 1933 jedoch verhindert wurde. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Grotewohl bereits wichtige politische Erfahrungen gesammelt: Er war nicht nur Sozialdemokrat und Landespolitiker, sondern trat auch für die Republik ein.

An der Biographie Grotewohls lassen sich in einigen Politikfeldern Kontinuitätslinien aufzeigen. Als früherer Vorsitzender der Landesversicherungsanstalt Braunschweig und damit als ausgewiesener Sozialpolitikexperte hat Grotewohl die Entwicklung in der SBZ/DDR aufmerksam begleitet, ohne aber in den Umbau des Systems sozialer Sicherheit persönlich einzugreifen. In der Weimarer Republik hatte er sich nicht nur für die Vereinigung aller Versicherungszweige und -träger sowie die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf nahezu alle Berufsgruppen ausgesprochen, sondern auch gefordert, dass der Staat mehr als nur das Existenzminimum der Bürger gewährleisten müsse[7]. Kontinuitätslinien gab es auch in der Kirchenpolitik: Die Zurückdrängung des kirchlichen Einflusses in der ostdeutschen Gesellschaft nach 1945 lässt sich auf die politischen Forderungen von KPD und SPD vor 1933 zurückführen. Als Volksbildungsminister war Grotewohl in Braunschweig mit seinem 1922 herausgegebenen Schulerlass noch gescheitert. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs konnte dieses Ziel in der SBZ/DDR unter veränderten politischen Rahmenbedingungen schließlich langfristig umgesetzt werden. So erklärt sich auch der antikirchliche Kurs der SED in den fünfziger Jahren, den Grotewohl inhaltlich mittrug.

[6] Vgl. Hoffmann, Sozialpolitische Neuordnung in der SBZ/DDR.
[7] Koslowsky (Hrsg.), Deutschlands Köpfe der Gegenwart über Deutschlands Zukunft, S. 250.

Bei einem abschließenden Resümee fallen allerdings auch die scharfen Brüche auf, welche den politischen Lebenslauf Grotewohls kennzeichnen. Bereits in den ersten Nachkriegsjahren gelang es den Kommunisten in der SED-Führung, den sozialdemokratischen Einfluss zurückzudrängen. Der Kampf gegen den sogenannten Sozialdemokratismus richtete sich insofern nicht nur gegen die früheren sozialdemokratischen Funktionäre, sondern auch gegen die sozialdemokratischen Politik- und Wertvorstellungen. Mit seinem Anpassungskurs gegenüber den Kommunisten segnete Grotewohl diesen Prozess ab und wandte sich von seiner eigenen, sozialdemokratischen Herkunft ab. Als er 1964 starb, war er dagegen ein führender Vertreter des SED-Regimes. Wie konnte aus dem Demokraten und Republikaner ein ranghoher Repräsentant der zweiten Diktatur auf deutschem Boden werden? Zur Beantwortung dieser Fragen soll zunächst auf seinen Weg in die SED und auf sein Verhältnis zur sowjetischen Besatzungsmacht eingegangen werden.

Der Weg in die Anpassung: Von der SPD zur SED

Die Zwangsvereinigung von SPD und KPD im Frühjahr 1946 in der sowjetischen Besatzungszone ist ein zentrales Ereignis in der deutschen Nachkriegsgeschichte, das bis heute auch das Bild über Otto Grotewohl maßgeblich beeinflusst. Kaum ein anderer deutscher Politiker spaltete die deutsche Öffentlichkeit nach Ende des Zweiten Weltkrieges so sehr wie der gebürtige Braunschweiger, den es Ende der dreißiger Jahre nach Berlin verschlagen hatte. In der DDR erschien Grotewohl als Politiker, der als Sozialdemokrat die Lehren aus der Geschichte gezogen habe. Sein Weg zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien wurde dort als langfristig angelegter und geradliniger Prozess dargestellt. Im Gegensatz dazu setzte sich in der Bundesrepublik bereits frühzeitig ein ganz anderes Meinungsbild vom Ko-Vorsitzenden der SED und ersten DDR-Ministerpräsidenten durch, das sehr stark durch die Rivalität mit dem Vorsitzenden der westdeutschen SPD geprägt war. Demzufolge habe Grotewohl die kommunistische Machtbesessenheit unterschätzt und seine eigenen politischen Einflussmöglichkeiten in der zweiten deutschen Diktatur maßlos überschätzt. Der in Westdeutschland erhobene Vorwurf lautete daher, dass er die Sozialdemokratie in der SBZ preisgegeben und sich auf die Zusammenarbeit mit der Moskau hörigen KPD eingelassen habe. Während also die 1990 untergegangene DDR Grotewohl als zentralen Wegbereiter der Einheit der Arbeiterklasse feierte, wurde er in der Bonner Republik als Totengräber der ostdeutschen Sozialdemokratie und als Steigbügelhalter der ostdeutschen Kommunisten angeprangert. Im wiedervereinigten Deutschland hat sich an dieser negativen Grundeinschätzung kaum etwas geändert.

Mit Hilfe des biographischen Ansatzes kann nicht nur ein neuer, differenzierter Blick auf eines der umstrittensten politischen Ereignisse im Nachkriegsdeutschland geworfen werden. Auch die historische Bewertung der Person Grotewohls, die sich in der Forschung bislang darauf konzentrierte, der Frage nachzugehen, wann er der Zwangsvereinigung seine Zustimmung gab, kann in einem neuen Licht erscheinen. Dies ist notwendig, da bis jetzt zentrale Dokumente fehlen, die das Verhalten Grotewohls in der zweiten Jahreshälfte 1945 schlüssig erklären können. Daher basiert die vorliegende Studie auf zwei eng miteinander verbundenen

Grundannahmen: Zum einen kann nicht eine isolierte Betrachtung der Zwangsvereinigung, sondern nur eine längerfristige Perspektive Licht ins Dunkel bringen. Das schließt eine angemessene Berücksichtigung der Rivalität zwischen beiden Arbeiterparteien in der Weimarer Republik sowie deren Kampf gegen das NS-Regime genauso mit ein wie die Analyse der Transformation der SED Ende der vierziger Jahre zu einer stalinistischen Partei. Zum anderen sollte die Biographie Grotewohls nicht nur unter dem Blickwinkel der SED-Zwangsvereinigung betrachtet werden. Aus diesem Grunde ist zunächst einmal die unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs in beiden Parteien weit verbreitete Einheitssehnsucht ernst zu nehmen: Vor dem Hintergrund der untergegangenen Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft schien für viele die Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse ein Gebot der Stunde zu sein. Insofern stand Grotewohl stellvertretend für viele Sozialdemokraten, die nach dem Untergang des „Dritten Reiches" eine Zusammenarbeit mit der KPD trotz bestehender Bedenken suchten.

Unter den SPD-Mitgliedern, aber auch innerhalb des SPD-Zentralausschusses kamen jedoch rasch Zweifel über diesen Weg auf, da die ostdeutschen Kommunisten von der sowjetischen Besatzungsmacht in zunehmendem Maße protegiert wurden. Das zeigte sich etwa bei der Zuteilung von Papier für die parteieigene Presse oder für den Druck von Plakaten. Doch nicht nur bei der Verteilung knapper Sachmittel für die Parteiarbeit wurde die KPD, die über eingespielte Organisationsstrukturen und einen guten Draht zu Karlshorst verfügte, von der SMAD bevorzugt behandelt. Auch bei der Vergabe von Verwaltungsposten fühlte sich die SPD des Öfteren übergangen. Diese Ungleichbehandlung belastete in zunehmendem Maße die gemeinsamen Gespräche im zentralen Arbeitsausschuss beider Parteien. Grotewohl trat in der Einheitsfrage schon bald auf die Bremse und machte bei Unterredungen mit der KPD-Spitze auf das unterschiedliche Demokratieverständnis aufmerksam. Darüber hinaus betonte er in seiner ersten großen Rede am 14. September 1945 die sozialdemokratischen Wertvorstellungen und griff damit einen weit verbreiteten Wunsch in der eigenen Parteibasis auf. Als einer der drei Vorsitzenden des Zentralausschusses hatte er sich damit zum prominentesten Kopf der SPD in der sowjetischen Besatzungszone entwickelt, die sich im Übrigen gegenüber dem Büro Schumacher in Hannover und dem Exilvorstand in London behaupten musste. Seine Abwehrhaltung gegenüber der KPD resultierte nicht so sehr aus taktischen Erwägungen, sondern entsprach vielmehr zu diesem Zeitpunkt noch seinem sozialdemokratischen Selbstverständnis.

Innerhalb des Zentralausschusses gab es bereits bei der Ausarbeitung des SPD-Aufrufs vom 15. Juni 1945 divergierende Meinungen, was die Zusammenarbeit mit den Kommunisten betraf. Während Gustav Dahrendorf anfangs hartnäckig für eine organisatorische Verschmelzung mit der KPD eintrat, riet Grotewohl zur Vorsicht. Dagegen wollte Erich W. Gniffke, der insbesondere Walter Ulbricht nicht über den Weg traute, die sozialdemokratischen Traditionen betonen und dadurch gegenüber dem kommunistischen Parteienverständnis erkennbar auf Distanz gehen. Zur Überraschung der ostdeutschen SPD-Führung lehnte die KPD die Bildung einer einheitlichen Arbeiterpartei zunächst ab und hielt sich strikt an den eigenen Gründungsaufruf, der den Vorgaben Moskaus folgte und eine radikale

Abkehr von den inhaltlichen Forderungen der Partei aus der Zeit der Weimarer Republik vortäuschte.

Grotewohl entwickelte sich im Herbst 1945 vom Skeptiker zum Befürworter des Zusammenschlusses der beiden Arbeiterparteien. Was waren seine Gründe? Erstens deutet vieles darauf hin, dass sich der Vorsitzende des Zentralausschusses sukzessive von einigen Forderungen verabschiedete, die er zunächst noch aufgestellt hatte. So hatte er in den ersten Nachkriegsmonaten die Gleichberechtigung der ostdeutschen Sozialdemokratie beim Aufbau des politischen Systems in der SBZ sowie die Bildung der SPD auf gesamtdeutscher Ebene verlangt. Nachdem mit der Konferenz von Wennigsen klar geworden war, dass er von Kurt Schumacher und der West-SPD keine Unterstützung erwarten konnte, hatte der Verweis auf die mögliche Einberufung eines Reichsparteitages nur noch eine taktische Funktion; er hoffte vielmehr auf einen Meinungsumschwung der drei Westmächte in der Deutschlandfrage und wollte auf Zeit spielen.

Zweitens war der wachsende sowjetische Druck, dem sich der Zentralausschuss und die sozialdemokratischen Funktionäre auf der mittleren und unteren politischen Ebene ausgesetzt sahen, von entscheidender Bedeutung. Nach den Niederlagen der Kommunisten bei den Parlamentswahlen in Ungarn und Österreich im November 1945 schlug die KPD-Führung einen Kurswechsel ein, da sie bei freien Wahlen ein ähnliches Schicksal in der SBZ befürchtete. Sie erkannte, dass sie die Macht nur dann erringen und langfristig absichern konnte, wenn es gelang, die SPD als schärfste Konkurrentin auszuschalten. Für die nun einsetzende Einheitskampagne der KPD konnte Moskau rasch gewonnen werden. Nach seiner Aufsehen erregenden Rede vom 11. November 1945, in der Grotewohl die sowjetische Reparationspolitik sowie die Oder-Neiße-Grenze kritisiert hatte, musste er in Karlshorst Rede und Antwort stehen. Dabei beanstandete die SMAD-Spitze einzelne Textpassagen und ging mit ihm hart ins Gericht. Die Kritik, die von sowjetischer Seite erstmals an seiner Person geübt wurde, traf ihn offenbar unvorbereitet und löste bei ihm ein Umdenken aus. In der Folgezeit ging er Konflikten mit der sowjetischen Besatzungsmacht aus dem Weg und akzeptierte den Führungsanspruch Moskaus vorbehaltlos. Deshalb zeigte er sich in vielen Fragen, die bis dahin in den Verhandlungen zwischen SPD und KPD umstritten gewesen waren, auffallend kompromissbereit. Da er einen Rückzug aus der Politik oder gar die Flucht in den Westen Deutschlands als letzte Möglichkeit ausschloss, fand er sich mit seinem eingeengten Handlungsspielraum immer mehr ab und begann damit, seine sozialdemokratischen Wurzeln zu kappen. Doch erst Anfang Februar 1946 bildete sich im Zentralausschuss eine klare Mehrheit heraus, die sich für den Zusammenschluss mit der KPD aussprach. Einige Sozialdemokraten, die diese Entscheidung nicht mittragen wollten, zogen daraus die Konsequenzen und kehrten der Partei den Rücken: Mitte Februar legte beispielsweise Dahrendorf sein Amt als Mitglied des Zentralausschusses nieder und ging nach Westdeutschland. Gustav Klingelhöfer verließ die Ost-SPD erst Anfang April, rund drei Wochen vor dem Vereinigungsparteitag. Diese beiden Beispiele zeigen, dass sich zahlreiche sozialdemokratische Spitzenpolitiker in der SBZ in einem Dilemma befanden und sich die Entscheidung im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit der KPD nicht leicht machten. Dahrendorf, der zunächst zu den Befürwortern einer Fusion zählte, lehnte bereits

auf der sogenannten Sechziger-Konferenz die umgehende Vereinigung mit der KPD mit dem Argument ab, das sozialdemokratische Parteienverständnis unterscheide sich grundlegend vom kommunistischen.

Drittens lockte die Aussicht, in der SED eine führende Position einzunehmen. Der SED-Vorsitz, den sich Grotewohl mit Pieck bis 1954 teilte, sowie das 1949 gewonnene Amt des DDR-Ministerpräsidenten können in gewisser Hinsicht als Bleibeprämie interpretiert werden. Grotewohl war sich darüber im Klaren, dass sein Wechsel in die westlichen Besatzungszonen das Ende der eigenen politischen Karriere bedeutet hätte. Die Gespräche mit Schumacher im Herbst 1945 bzw. Anfang 1946 hatten nicht nur die inhaltlichen, sondern auch die persönlichen Gegensätze zwischen beiden Politikern deutlich gemacht, die unüberwindlich waren. Der Vorsitzende der West-SPD verlangte vom Vorsitzenden des Zentralausschusses die Auflösung der SPD in der sowjetischen Besatzungszone, ohne ihm und den übrigen sozialdemokratischen Spitzenpolitikern in Berlin eine verlockende politische Zukunft im Westen anzubieten. Mit der klaren Absprache in Wennigsen, die Schumacher bewusst herbeigeführt hatte, blieb Grotewohl ein politischer Wechsel in die Westzonen für immer versperrt, auch wenn er diesen nie ernsthaft in Erwägung gezogen hat. Es war Schumacher, der die Brücken zu den Parteifreunden in Berlin abbrach, da er eine eigenständige sozialdemokratische Politik unter dem Joch der Sowjetunion für aussichtslos hielt. Gespräche mit der KPD, die er als Handlanger Moskaus ansah und die er deswegen bereits in der Weimarer Republik vehement angegriffen hatte, kamen für ihn unter keinen Umständen in Frage. Nachdem die Entscheidung zugunsten der Vereinigung von SPD und KPD feststand, war Grotewohl für Schumacher *persona non grata*. Der unumstrittene Kopf der westdeutschen SPD setzte alles daran, Kontakte zwischen seiner Partei und Grotewohl zu unterbinden. Als die beiden SED-Vorsitzenden 1947 in die Westzonen reisten und vom sozialdemokratischen Frankfurter Oberbürgermeister Walter Kolb zu einem offiziellen Besuch ins Rathaus der Stadt eingeladen wurden, musste sich dieser schwere Vorwürfe im SPD-Parteivorstand gefallen lassen.

Dagegen lässt sich Grotewohls Zustimmung zur Zwangsvereinigung mit dem Verweis auf seine politische Sozialisation und seine politische Entwicklung vor 1933 nicht schlüssig erklären. Bei der Fusion von USPD und KPD hatte er 1920 – zusammen mit der Mehrheit der Unabhängigen in Braunschweig – gegen die Annahme der von Lenin aufgestellten 21 Bedingungen und damit gegen eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten gestimmt. Grotewohl hatte sich in dieser Frage nicht nur der Mehrheitsmeinung der USPD im Land Braunschweig angeschlossen, sondern sich auch als pragmatischer und ideologisch ungebundener Politiker zu erkennen gegeben. Sein Eintreten für die Autonomie der USPD resultierte aus dem Unbehagen, von einer ausländischen Partei fremdgesteuert zu werden. Die Absage an die KPD Anfang der zwanziger Jahre ging für ihn gleichzeitig einher mit der erneuten Hinwendung zur SPD. Seine Entscheidung kann insofern auch als Votum für die parlamentarische Demokratie und gegen eine angeblich drohende bolschewistische Räteherrschaft interpretiert werden. Im Gegensatz dazu fand die Vereinigung von SPD und KPD 1946 unter den Bedingungen eines besetzten Landes statt. In diesem Kontext spricht vieles dafür, die Weimarer Republik und das Dritte Reich primär als wichtigen Erfahrungszeitraum zu verstehen,

der bei Grotewohl und vielen anderen Funktionären den Wunsch bestärkte, die politische Zersplitterung der organisierten sozialistischen Arbeiterbewegung zu überwinden. Ein kausaler Zusammenhang zwischen den Verhaltensweisen Grotewohls in den beiden Vereinigungen 1920 und 1946 kann nicht hergestellt werden. Dennoch war der Übertritt von der USPD zur SPD eine wichtige Zäsur im politischen Leben des jungen Grotewohl, denn er beschleunigte dessen Aufstieg, der in erster Linie über die Landtagsfraktion erfolgte. Hier konnte er sich als Haushalts- und Sozialpolitikexperte profilieren und als Kandidat für einen Ministerposten ins Gespräch bringen. Ende 1921 war er im sozialdemokratischen Führungszirkel Braunschweigs fest integriert und stand am Anfang einer steilen Karriere, die freilich auch nach seinem Einzug in den Reichstag auf die Landespolitik konzentriert blieb.

Grotewohl hätte die Zwangsvereinigung letztlich nicht verhindern können, denn für Moskau und die KPD-Führung stand die Entscheidung Ende 1945 fest. Der Vorsitzende des Zentralausschusses unternahm jedoch noch nicht einmal den Versuch, die unausweichlich gewordene SED-Gründung zu verzögern, um den Kommunisten weitere Zugeständnisse abzuringen. Im Gegenteil: Er gab einige Positionen kampflos preis, auf die sich der Zentralausschuss für die Verhandlungen mit der KPD geeinigt hatte. Auf der ersten Sechziger-Konferenz trug Grotewohl einen von Dahrendorf ausgearbeiteten 10-Punkte-Katalog vor, der die sozialdemokratischen Bedenken nochmals deutlich machte. Mit einigen wichtigen Forderungen konnte er sich jedoch gegenüber den Kommunisten nicht durchsetzen, insbesondere mit dem Vorstoß, die Bildung der Arbeiterparteien auf gesamtdeutscher Ebene vor ihrer Fusionierung in Angriff zu nehmen. Das lehnten Ulbricht und Pieck kategorisch ab. Daraufhin hagelte es Kritik im Zentralausschuss: Klingelhöfer bemängelte, dass zentrale SPD-Positionen in der von beiden Parteiführungen verabschiedeten Entschließung keinen Niederschlag gefunden hätten, und rief Grotewohl dazu auf, offensiv in die weiteren Gespräche mit der KPD-Führung zu gehen. Während Klingelhöfer auch aufgrund der großen Mitgliederstärke der SPD einen sozialdemokratischen Führungsanspruch in der neuen Partei reklamierte, begann Grotewohl mehr und mehr zu lavieren. Offensichtlich wollte er die SMAD, aber auch die KPD nicht erneut provozieren und wich einer möglichen Konfrontation aus.

Nach der Zwangsvereinigung zog sich Grotewohl von seinen politischen Weggefährten immer mehr zurück. Im Gegensatz dazu pflegte beispielsweise Gniffke den persönlichen Kontakt zu den früheren SPD-Funktionären innerhalb der SED-Spitze. Dieses sehr lose verknüpfte sozialdemokratische Netzwerk traf sich mitunter in unregelmäßigen Abständen, um über aktuelle politische Themen zu diskutieren. Bei diesen Treffen, zu denen Grotewohl schon nicht mehr eingeladen wurde, kritisierten die Teilnehmer zwar den Führungsstil Ulbrichts. Gemeinsame Absprachen gab es aber nicht: Ein Versuch, gegen die kommunistische Herrschaftsdurchsetzung in den SED-Gremien gezielt vorzugehen, ist jedenfalls nicht nachweisbar. Spätestens seit dem Frühjahr 1948 begann Grotewohl, sich auch von seinem langjährigen Freund und engsten Berater Gniffke zu trennen, der ihm während des „Dritten Reiches" die wirtschaftliche Existenz gesichert hatte. Der ehemalige Vorsitzende des SPD-Zentralausschusses war sichtlich bemüht, den

sozialdemokratischen Stallgeruch loszuwerden, um von den Kommunisten in der neuen Parteiführung akzeptiert zu werden. Schließlich stellte er sich sogar an die Spitze der Kampagne gegen den sogenannten Sozialdemokratismus, die ihren Höhepunkt im Sommer 1948 hatte. Vor den versammelten Parteivorstandsmitgliedern lieferte er die politische und ideologische Begründung für die Verfolgung ehemaliger SPD-Funktionäre und SPD-Mitglieder. Prominentestes Opfer wurde Gniffke, der sich der Entlassung und möglichen Verhaftung durch die Flucht in den Westen entzog. Der Bruch Gniffkes mit der SED kam für Grotewohl überraschend. Obwohl er mit Helmut Lehmann und Max Fechner noch über zwei weitere sozialdemokratische Genossen im Zentralsekretariat verfügte, verlor er nun seinen engsten Vertrauten. Es wurde einsam um Grotewohl.

Grotewohls Weg in die SED muss als langfristiger Prozess gesehen werden, der ungefähr mit der Konferenz von Wennigsen Anfang Oktober 1945 begann, als er zusammen mit Schumacher den Zuständigkeitsbereich in der SPD aufteilte, und mit der Flucht seines Freundes Gniffke nach West-Berlin Ende Oktober 1948 endete, die unter anderem auch eine Reaktion auf die Verfolgung von Sozialdemokraten in der SBZ war. Bereits vor diesem Zeitpunkt hatte sich der Handlungsspielraum früherer Sozialdemokraten in den SED-Leitungsebenen deutlich verringert. Viele sahen sich zum Rückzug aus der aktiven Politik gedrängt und verließen die sowjetische Besatzungszone in Richtung Westen. Das beim Vereinigungsparteitag vereinbarte Paritätsprinzip galt schon lange nicht mehr. Doch erst mit der Ausrufung der Kampagne gegen den Sozialdemokratismus ging die SED-Führung zum offenen Kampf gegen missliebige Funktionäre und Parteimitglieder über. Grotewohls politische Verantwortung für die SED-Gründung endete somit nicht am 21. April 1946, als er im Ost-Berliner Admiralspalast Wilhelm Pieck symbolträchtig die Hand reichte. In der Folgezeit sah er tatenlos zu, wie frühere Parteifreunde drangsaliert und verfolgt wurden und beteiligte sich im Fall Gniffke sogar selber an deren inszenierter Demontage. Es ist kein einziger Fall bekannt, bei dem sich Grotewohl für einen inhaftierten Sozialdemokraten stark gemacht hätte. Auf besorgte Anfragen führender, aus der SPD kommender Funktionäre, die unter anderem das Paritätsprinzip in der SED einklagten, reagierte er mit Achselzucken. Bei einer Aussprache mit Mitgliedern der Parteilandesleitung von Sachsen-Anhalt soll er Ende 1948 fatalistisch gesagt haben: „Wir sitzen alle in einem Zug und müssen mitfahren, oder wir werden abgeworfen."[8]

Moskau und die KPD-Führung waren bei der Zwangsvereinigung auf die aktive Mitarbeit Grotewohls angewiesen. Aufgrund seiner öffentlichen Auftritte im Herbst 1945, bei denen er sich kritisch zur sowjetischen Besatzungsmacht und zum Machtanspruch der ostdeutschen Kommunisten geäußert hatte, hatte er sich nicht nur innerhalb der SPD, sondern auch in der sowjetischen Besatzungszone eine Namen gemacht. Dadurch gewann er Sympathien und Vertrauen in der Bevölkerung. Trotz mancher Bedenken folgten schließlich viele Funktionäre und Parteimitglieder seinem Kurswechsel Ende 1945 und standen einem Zusammenschluss mit der KPD nicht mehr ablehnend gegenüber. Anders gesagt: Ohne Grotewohl wäre die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien vermutlich nicht so

[8] Wolfram, Es hat sich gelohnt, S. 125.

glimpflich über die Bühne gegangen. Es war sein Verdienst, dass es nicht zur Spaltung der SPD kam, vor der die KPD-Führung große Angst hatte, denn sie benötigte anfangs die sozialdemokratischen Parteimitglieder für die neue Parteibasis der SED. An einer oppositionellen SPD konnte sie kein Interesse haben, denn dies hätte den kommunistischen Herrschaftsanspruch in Frage gestellt. Insofern machte sich Grotewohl zum willfährigen Instrument der KPD.

Da die Kommunisten in der SED-Führung frühzeitig damit begannen, den Einfluss der Sozialdemokraten in den Leitungsgremien der Partei zurückzudrängen und das bei der Vereinigung vereinbarte Paritätsprinzip auszuhöhlen, konnte sich Grotewohl schon bald auf keine eigene Hausmacht mehr stützen. Im neu geschaffenen Politbüro saßen Anfang 1949 mit Helmut Lehmann und Friedrich Ebert nur noch zwei weitere frühere Sozialdemokraten. Ungefähr zeitgleich baute sich Ulbricht mit dem Kleinen Sekretariat ein zusätzliches Machtzentrum auf, in dem er alleine das Sagen hatte und in dem Grotewohl nicht vertreten war. Auch bei den Mitgliedern und Kandidaten des Zentralkomitees (ZK) der SED nahm der sozialdemokratische Anteil sukzessive ab. Noch dramatischer verlief die Entwicklung bei den SED-Landesvorständen. Diesem Verdrängungsprozess hatte Grotewohl nichts entgegenzusetzen. Er akzeptierte die beherrschende Stellung Ulbrichts innerhalb der SED-Führung, obwohl er eine tiefe Abneigung gegen den Politik- und Führungsstil des 1950 zum Generalsekretär berufenen Spitzenfunktionärs empfand, der bereits frühzeitig eine gezielte Kaderpolitik zur eigenen Machtsicherung betrieb und potentielle Konkurrenten wie etwa Franz Dahlem ausschaltete.

Grotewohl nutzte die Konflikte, in welche die Parteiführung in den fünfziger Jahren mehrmals stürzte, nicht dazu aus, um die eigene Machtstellung zu sichern oder auszubauen. Statt dessen lavierte er und hielt sich beispielsweise in der Führungskrise nach dem Volksaufstand am 17. Juni 1953, die beinahe zur Ablösung Ulbrichts geführt hätte, auffallend zurück. Während Grotewohl unentschlossen blieb, ging Ulbricht in die Offensive und suchte die Auseinandersetzung mit Wilhelm Zaisser und Rudolf Herrnstadt, die er zu seinen schärfsten Kritikern zählte. Beide Politiker konnte er schließlich entmachten, wobei ihm der Strategiewechsel der sowjetischen Führung entgegenkam, die an einem Machtwechsel in Ost-Berlin nicht mehr interessiert war, sondern nur noch ein Ausufern der Unruhen auf die anderen osteuropäischen Satellitenstaaten verhindern wollte. Obwohl Grotewohl die Kritiker Ulbrichts in ihren inhaltlichen Forderungen zum Teil unterstützte, vermied er letztlich doch eine offene Auseinandersetzung mit dem SED-Generalsekretär. Das zeigte sich erneut im Februar 1958, als es Ulbricht gelang, den zweiten Mann in der Partei, Karl Schirdewan, und den Chef der ostdeutschen Geheimpolizei, Ernst Wollweber, aus der Parteispitze zu entfernen. Beide hatten sich nach dem XX. Parteitag der KPdSU für eine wenn auch eingeschränkte Entstalinisierung stark gemacht und verloren nunmehr ihre Funktionen. Wegen angeblicher Fraktionstätigkeit wurden sie aus dem ZK ausgeschlossen. In der entscheidenden Politbürositzung votierte Grotewohl zwar gegen die Amtsenthebung Schirdewans, zu dem er ein freundschaftliches Verhältnis aufgebaut hatte. Er war aber offensichtlich nicht bereit, sein politisches Gewicht in die Waagschale zu werfen, um die Entmachtung seines Freundes zu verhindern.

Dieser Anpassungskurs sicherte Grotewohl das politische Überleben in der SED-Führung. Allerdings war der Preis hoch, denn der bis 1954 amtierende Ko-Vorsitzende der SED leugnete mehr und mehr seine sozialdemokratische Herkunft. Das bewies er nicht nur bei der Verfolgung früherer SPD-Mitglieder, sondern auch bei den erwähnten Krisen des SED-Regimes 1953 und 1958. Das Ideal der innerparteilichen Demokratie, für das er sich als Vorsitzender des SPD-Zentralausschusses noch im Herbst 1945 eingesetzt und damit den Zorn der sowjetischen Besatzungsmacht auf sich gezogen hatte, spielte für ihn schon Ende der vierziger Jahre keine Rolle mehr. Darüber hinaus passte er sich im Sprachstil und Sprachduktus, aber auch im Habitus dem Verhalten der Kommunisten in der Parteispitze an. In seinen Reden übernahm er marxistisch-leninistische Begriffe und unterschied sich in seinen verbalen Angriffen auf den Westen und die westlichen Politiker – vor allem Schumacher – kaum noch von den übrigen Politbüromitgliedern. Diese Selbstanpassung beschleunigte allerdings langfristig seinen politischen Abstieg, der noch vor der Abschaffung des Parteivorsitzes auf dem IV. SED-Parteitag 1954 einsetzte. Da er nicht mehr bereit und in der Lage war, eine eigenständige politische Position aufzubauen und zu verteidigen, befand er sich ständig in der Defensive und hatte den Machtansprüchen Ulbrichts nichts mehr entgegenzusetzen.

Grotewohl hat vor seiner politischen Isolierung in der SED-Führung und vor dem Rückgang seines politischen Einflusses stets die Augen verschlossen. Stattdessen sah er seine Aufgabe primär darin, den ostdeutschen Teilstaat zu repräsentieren. Diese Funktion übernahm er immer mehr vom alternden Präsidenten Wilhelm Pieck, der ab Mitte der fünfziger Jahre physisch nicht mehr in der Lage war, Auslandsreisen anzutreten. Gleichzeitig zog er sich aus dem politischen Tagesgeschäft immer mehr zurück und überließ Ulbricht spätestens nach dem 17. Juni 1953 bereitwillig die Parteiarbeit. Den wenigen überlieferten Tagebucheintragungen und Notizen ist zu entnehmen, dass er sichtlich bemüht war, das kommunistische Parteienverständnis zu internalisieren, das den Avantgardecharakter der Partei und die Kollektivität ihrer Parteiführung betonte. Seinen politischen Aufstieg nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sah er mehr von Zufällen bestimmt als vom eigenen politischen Handeln. Deshalb schätzte er vermutlich seinen politischen Handlungsspielraum eher gering ein. Diese Grundeinstellung mag auch eine Ursache für seine stellenweise devote Haltung und Unsicherheit gegenüber Ulbricht gewesen sein. So soll er bei einem Besuch in Moskau Mitte der fünfziger Jahre die mitgereisten bürgerlichen Regierungsvertreter und seine engsten Mitarbeiter in einer privaten Unterredung um ihre persönliche Meinung über ihn gebeten haben. Als die verdutzten Gesprächsteilnehmer nicht reagierten, gewährte er kurzzeitig einen Einblick in sein politisches Selbstverständnis. Gegenüber Ludwig Eisermann erklärte er: „Du kennst mich ja. Du weißt, ich bin durch Zufall hochgeschwemmt worden in diese Position. Ich muss sie jetzt ausfüllen und ich will sie auch ausfüllen und ich will auch lernen. Ich glaube, meine Entwicklung ist trotz dieses zufälligen Hochschwemmens trotzdem positiv zu sehen, meine persönliche politische Entwicklung."[9]

[9] SAPMO-BArch, SgY 30/1879, Niederschrift der Tonbandaufnahme mit Ludwig Eisermann über seine Erinnerungen an Otto Grotewohl am 30.3.1977, S. 12. Erstmals zitiert bei Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 153.

Grotewohls Verhältnis zur Sowjetunion

Grotewohls politische Karriere nach 1945 fand vor dem Hintergrund der Besetzung und Teilung Deutschlands statt. Dabei war die sowjetische Besatzungsmacht auf die Mitwirkung des charismatischen Vorsitzenden des SPD-Zentralausschusses angewiesen, um die eigenen politischen Ziele verwirklichen zu können und gleichzeitig den ostdeutschen Kommunisten eine beherrschende Stellung in der SBZ langfristig zu sichern. Da dieses Vorhaben nach den Parlamentswahlen in Ungarn und Österreich ernsthaft gefährdet schien, setzte die SMAD Grotewohl erheblich unter Druck, so dass dieser schließlich seine ablehnende Haltung in der Einheitsfrage aufgab. Erst als Grotewohl der Zwangsvereinigung seine Zustimmung gab, konnte die KPD die SED-Gründung in Angriff nehmen. Innerhalb eines halben Jahres hatte Grotewohl seine Einstellung zur Sowjetunion gewandelt: Während er in den ersten Nachkriegsmonaten noch als selbstbewusster Parteiführer gegenüber Karlshorst in Erscheinung trat und dadurch Renommee in der Bevölkerung gewann, wurde er nach einigen „klärenden" Gesprächen mit führenden SMAD-Vertretern Ende 1945 kleinlauter und akzeptierte schließlich die sowjetischen Vorgaben. In diesem Zusammenhang vermied er es nicht nur aus taktischen Überlegungen heraus, Konflikte mit der Besatzungsmacht auszutragen. Offenbar übernahm er mehr und mehr sowjetische Positionen, wie beispielsweise in der Vereinigungsfrage. Darüber hinaus machte er sich das von Klingelhöfer frühzeitig erarbeitete Konzept der Ostorientierung nach anfänglichem Zögern vorbehaltlos zu eigen. Grotewohl ging offenbar davon aus, dass er nur mit sowjetischer Rückendeckung politisch agieren konnte. Die Absetzung der ostdeutschen CDU-Führung im Dezember 1945 muss für ihn ein warnendes Beispiel gewesen sein. Seine auf den ersten Blick nachvollziehbare Reaktion entwickelte sich in der Folgezeit jedoch zu einer Verhaltenweise, die durchaus als vorauseilender Gehorsam bezeichnet werden kann. Grotewohl vermied es nicht nur, Kritik an Moskau zu üben. Er passte sich vielmehr den kommunistischen Gepflogenheiten an und mutierte sogar zu einem glühenden Verehrer Stalins und der Sowjetunion. Seinen Sinneswandel nahm die sowjetische Führung mit Genugtuung zur Kenntnis.

Obwohl die Gespräche der SED-Führung im Kreml nicht auf gleicher Augenhöhe stattfanden, bemühte sich Grotewohl, ostdeutsche Interessen gegenüber Stalin zu vertreten. Das zeigte sich insbesondere bei der Erörterung wirtschaftlicher Fragen, insbesondere zur Demontage deutscher Betriebe sowie zu den das beiderseitige Verhältnis stark belastenden Reparationsforderungen. Mit diplomatischem Geschick wies der Ko-Vorsitzende der SED auf bestehende Probleme hin, ohne die sowjetische Führung vor den Kopf zu stoßen. Die Tatsache, dass die Sowjetunion die Reparationslasten nach und nach senkte, ist jedoch weniger auf das beharrliche Intervenieren Grotewohls zurückzuführen als vielmehr auf die sich durchsetzende Einsicht Moskaus, dass sich die DDR nur so dauerhaft stabilisieren ließ.

Spätestens mit der blutigen Niederschlagung des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 durch sowjetische Truppen muss Grotewohl klar gewesen sein, dass die SED-Herrschaft auf tönernen Füßen ruhte. Nur mit Hilfe sowjetischer Bajonette konnte sich das Politbüro der Einheitspartei an der Macht halten. Während Grotewohl

in der unmittelbaren Nachkriegszeit noch als Hoffnungsträger galt, verlangten die Demonstranten bereits wenige Jahre später den Rücktritt der von ihm geführten Regierung. Die Forderung nach Abhaltung freier Wahlen war nicht nur eine Bankrotterklärung für die ostdeutsche Staatsführung, sondern auch eine offene Misstrauensbekundung für Grotewohl. Sein geringes Selbstbewusstsein gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht, das er schon Ende 1945 in der Vereinigungsfrage an den Tag gelegt hatte, war nunmehr vollständig verflogen. In der Folgezeit überwog bei ihm in den Gesprächen mit leitenden Mitarbeitern der SKK bzw. der Botschaft in Ost-Berlin, erst recht bei Treffen mit der Kremlspitze, ein devotes Auftreten. Diese Haltung gegenüber der Sowjetunion war ihm allerdings nicht in die Wiege gelegt, wie die Auseinandersetzung über die Annahme der 21 Bedingungen 1920 anschaulich zeigt. Im Gegensatz dazu passte sich Grotewohl den veränderten politischen Rahmenbedingungen nach 1945 erstaunlich schnell an, um seine leitende Funktion in der SED langfristig abzusichern. Der politische Preis, den er zu zahlen bereit war, war sehr groß, denn er verlor in der ostdeutschen Bevölkerung massiv an Glaubwürdigkeit.

Primat der Wirtschaftspolitik

Die ersten Jahre der DDR standen ganz im Zeichen des wirtschaftlichen Aufbaus des Landes. Obwohl zum Zeitpunkt der Staatsgründung die Demontagen weitgehend abgeschlossen waren, sah sich die Regierung in Ost-Berlin mit den gewaltigen Folgelasten konfrontiert, da die Produktion in einzelnen Wirtschaftsbranchen aufgrund der sowjetischen Eingriffe zeitweise zusammengebrochen war. Darüber hinaus machte sich der sowjetische Einfluss in vielen Betrieben der Schwer- und Grundstoffindustrie, die in Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG) umgewandelt worden waren, immer stärker bemerkbar. Anfang der fünfziger Jahre belasteten die Reparationsforderungen nach wie vor die ostdeutsche Wirtschaft und schränkten den Handlungsspielraum der Staats- und Parteiführung erheblich ein. Gleichzeitig musste die SED-Führung den ersten Fünfjahrplan vorbereiten, der den ordnungspolitischen Übergang von der Zwangsbewirtschaftung zur Planwirtschaft endgültig besiegelte. Dabei diente die Sowjetunion bekanntlich als Vorbild. Der ökonomische Aufschwung wurde außerdem noch gebremst durch die nach Westen offene Grenze und die Auseinandersetzung mit dem westdeutschen kapitalistischen Wirtschaftssystem, das schon bald zum Referenzmodell avancierte. Auch aufgrund der „Republikflucht", bei der bis zum Mauerbau 1961 mindestens 2,75 Millionen Menschen in den Westen Deutschlands abwanderten, war eine vorausschauende Wirtschaftsplanung fast unmöglich. Spätestens ab Mitte der fünfziger Jahre hatte die DDR der wirtschaftlichen Anziehungskraft der Bundesrepublik kaum noch etwas entgegenzusetzen.

Die von Grotewohl geleitete Regierung stand von Anfang an vor einem nicht lösbaren Zielkonflikt, da sie bei der Verteilung der knappen Ressourcen nicht nur für den Wirtschaftsaufbau in der DDR sorgen, sondern auch die sowjetischen Reparationsanforderungen erfüllen musste. Dabei kristallisierte sich rasch eine Arbeitsteilung heraus: Während Walter Ulbricht die Vorarbeiten für den ersten Fünfjahrplan leitete, war Grotewohl für das politische Tagesgeschäft zuständig. Dem

Ministerpräsidenten fiel beispielsweise die Aufgabe zu, die SKK regelmäßig über den Stand der Durchführung der Reparationsaufträge zu unterrichten. In diesem Zusammenhang beantragte er mehrfach die Verschiebung von Abgabeterminen, die von den deutschen Stellen häufig nicht eingehalten werden konnten. Außerdem wurde er oftmals in Karlshorst vorstellig, um sowjetische Wirtschaftshilfe zu erbitten. Da der Bedarf an Rohstoffen und Zwischenprodukten für die ostdeutsche Stahl- und Hüttenindustrie langfristig nicht gesichert werden konnte, wandte er sich auch direkt an die sowjetische Führung sowie die Regierungschefs in Warschau und Prag. Insbesondere der Import von Steinkohle, Eisenerzen und Koks machte der rohstoffarmen DDR zu schaffen. Die diesbezüglichen bilateralen Verhandlungen verliefen jedoch mühsam: Grotewohl musste stets als Bittsteller auftreten, der angesichts der bestehenden Versorgungsengpässe in den osteuropäischen Nachbarstaaten auf seine Anfragen immer wieder Absagen erhielt. Erst der Volksaufstand am 17. Juni 1953 markierte einen Wendepunkt, denn von nun an war Moskau an einer langfristigen wirtschaftlichen Stabilisierung der DDR interessiert. Im Mittelpunkt der Regierungsarbeit Grotewohls stand also nicht nur der Aufbau der neuen Industrieschwerpunkte des ersten Fünfjahrplanes, wie z. B. das Eisenhüttenkombinat Ost (EKO), sondern auch die Energieversorgung für die Betriebe der Schwerindustrie. Im Gegensatz dazu hat er sich, wie im Übrigen die gesamte SED-Führung, mit der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern erst im Verlauf der Wirtschaftskrise 1952/53 intensiv beschäftigt. Die ostdeutsche Regierung war mit der zentralen Planung und Steuerung der DDR-Wirtschaft hoffnungslos überfordert, da sie ständig auf die sich ändernden sozioökonomischen Rahmenbedingungen reagieren musste. Deshalb bestand die vom Politbüro vorgegebene Wirtschaftspolitik immer mehr aus Ad-hoc-Maßnahmen und immer weniger aus einer langfristig angelegten Wirtschaftslenkung.

Obwohl sich Grotewohl in Braunschweig vor 1933 einen Namen als Sozialpolitiker gemacht hatte, verfolgte er die Neuordnung des Systems sozialer Sicherheit in der SBZ/DDR nur am Rande. Diese Aufgabe überließ er weitgehend einem engen Vertrauten, dem „Krankenkassenkönig" der Weimarer Republik, Helmut Lehmann. Außerdem hielt er sich als Ministerpräsident in militär- und sicherheitspolitischen Fragen auffallend zurück. Denn zum einen hatten die Kommunisten in der SED-Führung diese zentralen Politikfelder frühzeitig besetzt. Walter Ulbricht hatte den Aufbau des Militär- und Sicherheitsapparates zur Chefsache erklärt, ging es ihm dabei doch letztlich um die langfristige Absicherung der eigenen Herrschaft. Diesen Anspruch stellte Grotewohl auch in den Herrschaftskrisen 1953 und 1956 nicht in Frage. Zum anderen wollte er sich offensichtlich nicht die Hände schmutzig machen und war froh, dass andere diese Aufgabe übernahmen. Als das Ministerium für Staatssicherheit 1954 einen angeblichen Spionagefall im Büro des Ministerpräsidenten aufdeckte und seine Sekretärin verhaftete, tauchte er regelrecht ab. Gleichwohl trug er in der SED-Führung alle militär- und sicherheitspolitischen Entscheidungen mit und erteilte auch den verhängten Todesurteilen seine Zustimmung.

Grotewohl, der spätestens seit der Zwangsvereinigung Konflikten in der Parteiführung aus dem Weg ging und ein ums andere Mal eine Solidarisierung mit den Ulbricht-Gegnern vermied, sah seine Aufgabe nicht nur im administrativen An-

leiten des Regierungsapparates, sondern auch in der Durchführung repräsentativer Aufgaben. Hier konnte er sich entfalten. Er suchte den Kontakt zur Bevölkerung, der bei öffentlichen Auftritten allerdings stark reglementiert und nicht dem Zufall überlassen wurde. Dabei erschien er, wenn auch im geringeren Maße als Pieck, als väterliche Figur, die den Eindruck erweckte, die Sorgen und Wünsche der ostdeutschen Gesellschaft zumindest zur Kenntnis zu nehmen. Diese öffentlich inszenierten Auftritte fanden jedoch immer mehr vor einem sorgfältig ausgewählten Publikum statt und sollten propagandistische Wirkung entfalten, denn es ging der SED letztlich darum, die Einheit von Partei und Bevölkerung zu konstruieren. Nach dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 musste aber ein neuer *contrat social* gefunden werden. Der Hegemonialpartei gelang es erst mit dem Mauerbau 1961, die eigene Herrschaft vorübergehend zu stabilisieren. Dem Politbüro war allerdings frühzeitig klar, dass mit der Einmauerung West-Berlins und der vollständigen Abriegelung der Grenze nach Westen nicht die fehlende demokratische Legitimation ersetzt werden konnte, welche die Demonstranten 1953 vor der Weltöffentlichkeit eingeklagt hatten. Symbolträchtig verließ die SED-Führung aus Sicherheitsgründen noch Ende 1960 das Pankower Wohnviertel und zog in die berühmt gewordene Waldsiedlung nach Wandlitz, im Nordosten Berlins.

Die selbst gewählte Anpassung Grotewohls an die kommunistischen Rituale in der SED-Führung, die sich in der Adaption des Sprachstils und des Habitus bemerkbar machte, ging einher mit einem gewissen Rückzug ins Private. Diese Verhaltensweise weist im Übrigen gewisse Parallelen zu seiner biographischen Entwicklung während des „Dritten Reiches" auf. Enge Mitarbeiter und Familienangehörige haben rückblickend stets die kulturellen Hobbys hervorgehoben, die der DDR-Ministerpräsident in den fünfziger Jahren gepflegt habe. Grotewohl interessierte sich vor allem für klassische Musik, deutschsprachige Literatur und Architektur im Bauhaus-Stil. Darüber hinaus pflegte er persönlichen Kontakt zu einzelnen Künstlern. Sein kulturpolitisches Engagement hatte jedoch Grenzen, denn er sah sich nicht in der Rolle eines heimlichen Kulturministers. Dennoch hatte Grotewohl einen großen Anteil an der Ausformung der SED-Kulturpolitik Anfang der fünfziger Jahre, die damals sehr stark das kulturelle Erbe betonte. Damit versuchte die Einheitspartei einerseits an deutsche Traditionen anzuknüpfen und andererseits auf Distanz zu Westdeutschland zu gehen, das sich ebenfalls auf die deutsche Klassik und andere Kulturepochen in Deutschland vor 1933 berief. In diesem Zusammenhang hielt Grotewohl beispielsweise seine berühmte Rede „Amboß oder Hammer" zum 200. Geburtstag Johann Wolfgang von Goethes. Zu diesen deutschen Elementen der SED-Kulturpolitik kamen jedoch mehr und mehr sowjetische Einflüsse hinzu, denen sich auch Grotewohl nicht verschloss.

Außenpolitik im Schatten Moskaus und der Hallstein-Doktrin

Die DDR-Außenpolitik bewegte sich von Anfang an in engen Grenzen, die durch drei Faktoren bestimmt wurden: die Abhängigkeit von der Sowjetunion, die deutsch-deutsche Konkurrenz sowie die eigene innere Entwicklung[10]. Für Grote-

[10] Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 563.

wohls politisches Selbstverständnis war vor allem die deutsche Frage von zentraler Bedeutung, denn sie bildete zusammen mit dem Wunsch nach der Einheit der Arbeiterklasse einen wichtigen Beweggrund für sein politisches Handeln. Die Einheitsrhetorik war bis Anfang der fünfziger Jahre ernst gemeint: Grotewohl und die übrigen Mitglieder der SED-Führung waren linke Nationalisten. Dabei ist jedoch in Rechnung zu stellen, dass der nationale Gedanke auch bei den meisten Politikern der westdeutschen Parteien zu dieser Zeit eine herausragende Rolle spielte. Die SED-Führung versuchte mit zahlreichen deutschlandpolitischen Initiativen, die Deutschen in Ost und West für ihre Ziele zu gewinnen und die Bundesregierung in die Enge zu treiben. Diesen öffentlichen Kampagnecharakter erfüllte etwa der sogenannte Grotewohl-Brief Ende 1950, den allerdings Ulbricht verfasste, da sich damals der ostdeutsche Ministerpräsident im Erholungsurlaub befand. Mit diesem Vorstoß hatte Ost-Berlin kurzfristig Erfolg, da die Bonner Regierungsparteien zunächst irritiert waren. Nachdem Bundeskanzler Adenauer in dieser Frage die Unterstützung des SPD-Oppositionsführers Schumacher gefunden hatte, scheiterte die Propagandaoffensive jedoch rasch.

Die SED musste ihre Deutschland- und Außenpolitik mit der Sowjetunion inhaltlich eng abstimmen, die sogar den Zeitpunkt einzelner Initiativen festlegte. Aus dieser Abhängigkeit ergaben sich jedoch für Grotewohl gewisse Handlungsspielräume, da Moskau bis Mitte der fünfziger Jahre verschiedene deutschlandpolitische Optionen verfolgte. So liebäugelte der Kreml zeitweise damit, mit den Westmächten in Verhandlungen über ein vereintes Deutschland einzutreten, wobei die Frage nach der Ernsthaftigkeit der verschiedenen Offerten im Übrigen nach wie vor nicht eindeutig beantwortet werden kann. Es spricht vieles dafür, dass dem DDR-Ministerpräsidenten im außenpolitischen Kalkül der Sowjetunion vermutlich eine besondere Bedeutung zukam: Anders als die Kommunisten in der SED-Führung um Walter Ulbricht schien nur der frühere Vorsitzende des SPD-Zentralausschusses als Verhandlungspartner für den Westen akzeptabel zu sein. Auch dies mag ein Grund dafür gewesen sein, dass die deutschlandpolitischen Kampagnen offiziell vom ostdeutschen Ministerpräsidenten unterzeichnet wurden und nicht vom SED-Generalsekretär. Grotewohl ahnte diesen scheinbaren Gestaltungsspielraum, gab sich allerdings der Illusion hin, die Vereinigung Deutschlands werde sich zu den Bedingungen Stalins realisieren lassen. Er war allem Anschein nach nicht bereit, die SED-Herrschaft als Preis für die deutsche Einheit aufzugeben. In dem Zeitraum zwischen dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 und der Ausrufung der Zwei-Staaten-Theorie durch Chruschtschow am 26. Juli 1955 zerplatzten schließlich seine deutschlandpolitischen Visionen. Gleichzeitig nahm seine Bedeutung auf diesem Politikfeld rapide ab.

Obwohl der DDR in den fünfziger Jahren die internationale Anerkennung weitgehend verwehrt blieb, konnte Grotewohl in seiner Regierungszeit einige, wenn auch bescheidene außenpolitische Erfolge vorweisen. Diese beschränkten sich zunächst auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den sozialistischen „Bruderstaaten" in Osteuropa und in Asien. Dabei übernahm der Ministerpräsident aufgrund des angegriffenen Gesundheitszustandes von Wilhelm Pieck immer mehr repräsentative Aufgaben des DDR-Präsidenten. Während Pieck in den Anfangsjahren der DDR noch Staatsbesuche zu einigen osteuropäischen

Nachbarn absolvieren konnte, die aufgrund des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges im Zweiten Weltkrieg in einer angespannten Atmosphäre stattfanden, fiel in der Folgezeit Grotewohl diese Aufgabe zu. Seinen größten Erfolg feierte er mit der großen Asienrundreise Anfang 1959, die ihn nach Ägypten, Irak, Indien, Vietnam und China führte. Auch wenn Kairo und Neu-Delhi den Austausch von Botschaftern ablehnten, da sie die negativen Folgen der bundesdeutschen Hallstein-Doktrin fürchteten, konnte doch die DDR-Delegation eine erste Annäherung zu diesen Staaten erzielen. In gewisser Weise kann die Grotewohl-Reise von 1959 auch als Vorläufer der Ulbricht-Reise an den Nil von 1965 gesehen werden, der einzigen Reise des ersten Sekretärs des ZK der SED ins nicht-sozialistische Ausland.

Grotewohl – eine tragische Figur?

Grotewohl hatte letztlich einen entscheidenden Anteil am Aufbau der SED-Herrschaft. So stimmte er nicht nur dem Zusammenschluss von SPD und KPD zu, sondern segnete auch die nachfolgende innerparteiliche Verfolgung ehemaliger Sozialdemokraten sowie die damit einhergehende Transformation der SED in eine kommunistische Kaderpartei ab. Darüber hinaus gab er der politischen und sozioökonomischen Neuordnung in der SBZ/DDR, die mit den sozialdemokratischen Politik- und Wertevorstellungen vollständig brach, sein Plazet. Diesen Weg in die Diktatur wollten schon bald zahlreiche SPD-Mitglieder und -Funktionäre nicht mehr mitgehen, die Grotewohl zunächst in die Einheitspartei gefolgt waren. Grotewohls Anpassungsstrategie ging einher mit einem schleichenden Realitätsverlust. So hielt er zeitweise an der Hoffnung fest, die West-SPD zum Zusammenschluss der Partei in Gesamtdeutschland bewegen zu können, was Schumacher jedoch von Anfang an kategorisch ablehnte. In den fünfziger Jahren blendete der DDR-Ministerpräsident die Folgen des West-Ost-Konflikts weitgehend aus und hielt lange Zeit an der Vision eines geeinten Deutschland fest. Obwohl Grotewohl einem nicht unbeträchtlichen Konformitätsdruck unterlag, besteht kein Anlass, ihn als tragische Figur zu bezeichnen[11], denn er hatte zumindest theoretisch die Option, sich auf seine sozialdemokratischen Wurzeln zu besinnen und der SED den Rücken zu kehren. Doch dieser Weg kam für Grotewohl zu keinem Zeitpunkt in Betracht: Er konnte offenbar nicht der Verlockung widerstehen, führende Ämter in der SED und im DDR-Regierungsapparat einzunehmen. Damit bietet der hier gewählte biographische Zugriff nicht nur die Möglichkeit, Zwangslagen und Handlungsspielräume eines Politikers in der zweiten deutschen Diktatur zu beleuchten, sondern auch persönliches Versagen und politische Verstrickung anschaulich werden zu lassen.

[11] Jodl, Amboss oder Hammer?, S. 251.

Abkürzungen

Abt.	Abteilung
a. D.	außer Dienst
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
ADAV	Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
AFP	Agence France Press
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
AG	Aktiengesellschaft
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse
APUZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
Art.	Artikel
BAB	Bundesarchiv Berlin
BAK	Bundesarchiv Koblenz
Bd./Bde.	Band/Bände
BEK	Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR
BFD	Bewegung Freies Deutschland
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
Bl.	Blatt
BMA	Braunschweigische Maschinenbau-Anstalt
BND	Bundesnachrichtendienst
BStU	Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
BzG	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung
CDU	Christlich-Demokratische Union
CIC	Counter Intelligence Group
CND	Christlicher Nachrichtendienst
ČSR	Tschechoslowakische Republik
CSU	Christlich-Soziale Union
CVP	Christliche Volkspartei
DA	Deutschland Archiv
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DCGG	Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEFA	Deutsche Film-Aktiengesellschaft
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DM	Deutsche Mark (Ost)
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DP	Deutsche Partei
DSF	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft
DVP	Deutsche Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspolizei
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
DzD	Dokumente zur Deutschlandpolitik
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
EKO	Eisenhüttenkombinat Ost
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft

FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
FSJ	Freie Sozialistische Jugend
GARF	Gossudarstwenny Archiw Rossijskoi Federazii (Staatsarchiv der Russischen Föderation)
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GG	Geschichte und Gesellschaft
GI	Geheimer Informator
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GRU	Glawnoje Raswednoje Uprawlenije (Hauptverwaltung für Aufklärung im Ministerium für Verteidigung)
GStA PK	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz
GVP	Gesamtdeutsche Volkspartei
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
HA	Hauptabteilung
HO	Handelsorganisation
HV	Hauptverwaltung
HZ	Historische Zeitschrift
IAO	Internationale Arbeitsorganisation
IG	Industriegewerkschaft
IHK	Industrie- und Handelskammer
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
ISK	Internationaler Sozialistischer Kampfbund
i. V.	in Vertretung
IWK	Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
JHK	Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung
KGB	Komitet Gosudarstwennoj Besopasnosti (Komitee für Staatssicherheit)
KI	Kommunistische Internationale
KJI	Kommunistische Jugendinternationale
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
KNA	Katholische Nachrichten-Agentur
KPČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KPCh	Kommunistische Partei Chinas
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU (B)	Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)
KPF	Kommunistische Partei Frankreichs
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
KSČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KVP	Kasernierte Volkspolizei
KZ	Konzentrationslager
LAB	Landesarchiv Berlin
LDP(D)	Liberal-Demokratische Partei (Deutschlands)
LKSK	Landeskommission für Staatliche Kontrolle
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft(en)
LVA	Landesversicherungsanstalt
MAS	Maschinen-Ausleih-Station(en)
MdI	Ministerium des Innern

MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MGB	Ministerstwo Gossudarstwennoi Besopasnosti (Ministerium für Staatssicherheit)
MGM	Militärgeschichtliche Mitteilungen
MIAG	Mühlenbau- und Industrie AG
MSPD	Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands
MTS	Maschinen-Traktoren-Station(en)
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NdsStAWF	Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel
NKFD	Nationalkomitee Freies Deutschland
NL	Nachlass
Nr.	Nummer
NS	Nationalsozialistisch(e)
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NVA	Nationale Volksarmee
o.D.	ohne Datum
o.g.	oben genannt
OMGUS	Office of Military Government of the United States
o.Verf.	ohne Verfasser
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PA AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes
PVS	Politische Vierteljahresschrift
RA	Rechtsanwalt
RGANI	Rossijskij Gossudarstwenny Archiw Nowejschej Istorii (Russisches Staatsarchiv für Zeitgeschichte Moskau)
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
RM	Reichsmark
ROH	Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung
SächsHStA	Sächsisches Hauptstaatsarchiv
SAG	Sowjetische Aktiengesellschaft
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend
SAPMO-BArch	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SDAG	Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands
SdM	Sekretariat des Ministers
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SKK	Sowjetische Kontrollkommission
SMA	Sowjetische Militäradministration
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
Sp.	Spalte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPK	Staatliche Plankommission
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
SS	Schutzstaffel
SU	Sowjetunion
StABS	Stadtarchiv Braunschweig

TU	Technische Universität
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UfJ	Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen
UN	United Nations
USA	United States of America
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VAR	Vereinigte Arabische Republik
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VE	Verrechnungseinheit
VEB	Volkseigener Betrieb
VEG	Volkseigenes Gut
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VKPD	Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands
VPAP	Vereinigte polnische Arbeiterpartei
VR	Volksrepublik
VSWG	Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
ZA	Zentralausschuss
ZdA	Zentralverband der Angestellten
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZK	Zentralkomitee
ZKK	Zentrale Kontrollkommission
ZKSK	Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle
ZPKK	Zentrale Parteikontrollkommission
ZS	Zentralsekretariat

Quellen- und Literaturverzeichnis

A. Ungedruckte Quellen

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin (SAPMO-BArch)

RY 11/II 107	*Sozialistische Arbeiterjugend*
RY 12/II 113	*Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner*
RY 19/II 143	*USPD*
RY 20	*SPD*
SgY 10	*Arbeiter- und Soldatenräte*
DY 3	*Demokratischer Block – Verbindungsbüro*
DY 21	*Zentraler Ausschuss für Jugendweihe*
DY 28	*SPD nach 1945*
II 1	Zentrale leitende Organe der SPD
II 2	SPD-Zentralausschuss
DY 29	*Aktionsgemeinschaft KPD/SPD*
III 70-83	Aktions- und Arbeitsgemeinschaft KPD/SPD 1945/46
DY 30	*SED*
IV 2/1	Protokolle des Parteivorstands bzw. Zentralkomitees (1946–1964)
IV 2/1.01	Konferenzen und Beratungen des Parteivorstandes
IV 2/2.1	Protokolle des Zentralsekretariats (1946–1949)
IV 2/2	Protokolle des Politbüros (1949–1964)
IV 2/2 A	Arbeitsprotokolle des Politbüros (1953–1964)
IV 2/3	Protokolle des Sekretariats des ZK (1949–1964)
IV 2/3 A	Arbeitsprotokolle des Sekretariats des ZK (1949–1964)
IV 2/2.022	Sekretariat Paul Merker
IV 2/2.023	Büro Gerhard Grüneberg
IV 2/2.024	Büro Kurt Hager
IV 2/2.025	Sekretariat Otto Meier
IV 2/2.026	Büro Alfred Kurella
IV 2/2.027	Sekretariat Helmut Lehmann
IV 2/2.028	Büro Albert Norden
IV 2/2.029	Büro Erich Apel und Wirtschaftskommission beim Politbüro
IV 2/2.031	Büro Friedrich Ebert
IV 2/2.032	Büro Werner Jarowinsky
IV 2/2.035	Büro Hermann Axen
IV 2/2.101	Wirtschaftskommission beim Politbüro des ZK
IV 2/2.106	Agitationskommission beim Politbüro des ZK
IV 2/2.115	Außenpolitische Kommission beim Politbüro des ZK
IV 2/4	Zentrale Parteikontrollkommission
IV 2/5	ZK-Abteilung Parteiorgane
IV 2/6.02	ZK-Abteilung Wirtschaftspolitik
IV 2/6.03	ZK-Abteilung Grundstoffindustrie
IV 2/6.04	ZK-Abteilung Maschinenbau und Metallurgie
IV 2/6.05	ZK-Abteilung Verkehr und Verbindungswesen

IV 2/6.06	ZK-Abteilung Bauwesen
IV 2/6.07	ZK-Abteilung Forschung und technische Entwicklung
IV 2/6.08	ZK-Abteilung Planung und Finanzen
IV 2/6.09	ZK-Abteilung Leicht- und Lebensmittelindustrie
IV 2/6.10	ZK-Abteilung Versorgung und Außenhandel
IV 2/6.11	ZK-Abteilung Gewerkschaften und Sozialpolitik
IV 2/7	ZK-Abteilung Landwirtschaft
IV 2/9.01	Ideologische Kommission beim Politbüro
IV 2/9.02	ZK-Abteilung Agitation
IV 2/9.04	ZK-Abteilung Wissenschaften
IV 2/9.05	ZK-Abteilung Volksbildung
IV 2/9.06	ZK-Abteilung Kultur
IV 2/9.07	Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK
IV 2/9.08	Institut für Gesellschaftswissenschaften
IV 2/9.10	Redaktion „Einheit“
IV 2/9.13	Dietz-Verlag
IV 2/10.02	Westabteilung und Westkommission
IV 2/10.03	Arbeitsbüro des ZK
IV 2/12	ZK-Abteilung Sicherheitsfragen
IV 2/13	ZK-Abteilung Staat und Recht
IV 2/14	ZK-Arbeitsgruppe Kirchenfragen
IV 2/15	ZK-Abteilung Befreundete Parteien
IV 2/16	ZK-Abteilung Jugend
IV 2/17	ZK-Abteilung Frauen
IV 2/18	ZK-Abteilung Sport
IV 2/19	ZK-Abteilung Gesundheitswesen
IV 2/20	ZK-Abteilung Internationale Verbindungen
IV 2/22	ZK-Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe
IV 2/24	ZK-Abteilung Fernmeldewesen
2047–2620	Büro Erich Honecker
3288–3754	Büro Walter Ulbricht
DY 31	*Demokratischer Frauenbund Deutschlands*
DY 54	*Ausschüsse „Opfer des Faschismus“*
DY 55/V 278	*Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes*
DY 61	*Kammer der Technik*
DY 62	*Agrarwissenschaftliche Gesellschaft der DDR*
BY 1	*Kommunistische Partei Deutschlands*
BY 5/V 279	*Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Sekretariat der britischen Besatzungszone*
BY 6/V 280	*Rat der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Sekretariat des Rates*
NY	*Nachlässe*
4001	Karl Liebknecht
4002	Rosa Luxemburg
4003	Ernst Thälmann
4005	Clara Zetkin
4007	Fritz, Wilma, Otto Heckert
4008	Gustav Sobottka
4009	Wilhelm Florin
4010	Michael Niederkirchner
4014	Hans Otto

4017	Martha Arendsee
4022	August Bebel
4023	Eduard Bernstein
4024	Hans Kahle
4030	Edwin Hoernle
4034	Wilhelm Liebknecht
4036	Wilhelm Pieck
4037	Richard Scheringer
4043	Franz Mehring
4055	Karl Kautsky
4056	Gustav Noske
4060	Kurt Eisner
4061	Ferdinand Lassalle
4062	Heinrich Rau
4065	Erich Weinert
4066	Gustav Gundelach
4070	Lex Ende
4072	Franz und Käthe Dahlem
4073	Karl Litke
4074	Wilhelm Koenen
4076	Hermann Matern
4077	Otto Schön
4080	Richard Gyptner
4081	Paul Schenk
4082	Hugo Gräf
4083	Paul Lenzner
4090	Otto Grotewohl
4091	Bernhard Koenen
4095	Otto Buchwitz
4097	Bruno Leuschner
4099	Karl Maron
4100	Otto Gotsche
4101	Max Fechner
4102	Paul Merker
4103	Gottfried Grünberg
4104	Viktor Agartz
4105	Ernst Melsheimer
4106	Elli Schmidt
4109	Anton Ackermann
4113	Fritz Selbmann
4117	Gerhart Eisler
4126	Paul Levi
4128	Georg Handke
4130	Arthur Pieck
4141	Anton Plenikowski
4145	Käthe Kern
4160	Margarete Wittkowski
4161	Wilhelm Agatz
4175	Herbert Warnke
4177	Adolf Hennecke
4181	Otto Winzer
4182	Walter Ulbricht
4193	Stefan Heymann
4194	Josef Schwab
4205	Werner Lamberz
4209	Josef Orlopp

4215 Fred Oelßner
4217 Albert Norden
4218 Rolf Helm
4219 Michael Tschesno-Hell
4227 Hans Tzschorn
4230 Max Reimann
4233 Gerhard Grüneberg
4238 Friedrich Karl Kaul
4243 Philipp Daub
4274 Max Opitz
4277 Wilhelm Zaisser
4281 Paul Verner
4405 Roman Chwalek
4406 Adolf Deter
4409 Bernhard Göring
4421 Grete Groh-Kummerlöw
4431 Hans Jendretzky
4434 Willi Albrecht
4445 Hermann und Käte Duncker
4473 Helmut Lehmann
4515 August Karsten
4545 A. Glücksmann

IV 2/11/v. *Kaderakten*
7 Martha Arendsee
46 Erwin Brillke
116 Ottomar Geschke
122 Bernhard Göring
129 Hugo Gräf
135 Otto Grotewohl
261 Helmut Lehmann
278 Karl Litke
305 Carl Moltmann
347 Wilhelm Pieck
366 Heinrich Rau
519 Wilhelm Zaisser
520 Gerhart Ziller
544 Fritz Geyer
801 Paul Merker
1056 Anton Plenikowski
2924 Werner Eggerath
4537 Hans Schaul
5317 Otto Gotsche

SgY 30 *Erinnerungen*
0291 Otto Gotsche
1365/1 Heinrich Hoffmann
1788 Hans Tzschorn
1878 Hans, Martha und Mädi Grotewohl
1879 Ludwig Eisermann
1881 Heino Brandes
1918 Wilhelm Meißner

Bundesarchiv Berlin (BAB)

R 58 Reichssicherheitshauptamt
R 101 Reichstag

DC 3	Förderungsausschuss für die deutsche Intelligenz
DC 15	Deutsche Wirtschaftskommission
DC 20	Ministerrat
DC 20 I/3	Sitzungen und Beschlüsse des Ministerrates
DC 20 I/4	Präsidium des Ministerrates
DC 20/Ulbricht	Ministerrat, Teilbestand Ulbricht
DF 4	Ministerium für Wissenschaft und Technik
DH 1	Ministerium für Bauwesen
DM 3	Ministerium für Post- und Fernmeldewesen
DO 1/7	Ministerium des Innern, Deutsche Verwaltung des Innern
DO 1/8	Ministerium des Innern, örtliche Räte
DO 1/11	Ministerium des Innern, Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei
DQ 1	Ministerium für Gesundheitswesen
DX 3	Biographische Presseausschnittssammlung SBZ/DDR

Bundesarchiv Koblenz (BAK)

B 136	Bundeskanzleramt
B 137	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Berlin (PA AA)

Gesandtschaft Kopenhagen
Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR

Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), Zentralarchiv Berlin

SdM	Sekretariat des Ministers
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe

HA IX
HA IX/11
HA XVIII
HA XX
Karteikarte Otto Grotewohl
AKK 1519/77
AIM 5150/91
AOP 317/59
AOP 403/55
AOP 1194/57
AP 531/65
AP 1694/64
AP 1895/65
AP 5144/64
AU 57/56
AU 406/55

Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover

Hann. 310 I	NSDAP Gau Südhannover-Braunschweig und Osthannover
Hann. 310 II	Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Hannover

Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel (NdsStAWF)

12 Neu	Gesamtministerium Inneres Justiz Kultus Personalakten
12 Neu Präs. 2	Organisation, Verwaltung, Dienstbetrieb des Staatsministeriums
19 B Neu	Gesandtschaft in Preußen sowie Bevollmächtigter zum Bundesrat und Reichsrat
23 Neu	Landtag
36 Neu	Oberlandesgericht Braunschweig
37 A Neu	Landgericht Braunschweig
42 A Neu	Staatsanwaltschaften bei dem Oberlandesgericht Braunschweig
42 B Neu	Staatsanwaltschaften bei den Kreisgerichten und beim Landgericht Braunschweig
42 C Neu	Staatsanwaltschaften bei den Amtsgerichten
43 A Neu	Landesstrafanstalt Wolfenbüttel
43 B Neu	Kreis- und Untersuchungsgefängnis Braunschweig
62 Nds.	Prozesse vor dem Landgericht Braunschweig und Ermittlungen der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Braunschweig wegen Vorgängen in der NS-Zeit ab 1945

Landesarchiv Berlin (LAB)

Rep. 211	Bezirksamt Schöneberg von Berlin
C Rep. 100-01	Stadtverordnetenversammlung von Berlin
C Rep. 100	Magistrat von Berlin
C Rep. 900-01	KPD
C Rep. 900-02	SPD
C Rep. 900-03	Aktionsgemeinschaft KPD/SPD
C Rep. 901	SED-Landesleitung 1946–1952
C Rep. 902	SED-Bezirksleitung 1953–1962
E Rep. 200-17	Nachlass Otto Suhr
E Rep. 200-21	Nachlass Ernst Reuter
E Rep. 200-23	Nachlass Gustav Klingelhöfer
F Rep. 240	Zeitgeschichtliche Sammlung

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem (GStA PK)

I. HA Rep. 84 a	Preußisches Justizministerium
VI. HA	Nachlass Otto Braun
VI. HA	Nachlass Heinrich Grüber
VI. HA	Nachlass Adolf Grimme

Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (SächsHStA)

Landesregierung Sachsen, Ministerpräsident 1945–1952
Landesregierung, Ministerium des Innern 1945–1952
Sächsischer Landtag 1946–1952
Bezirkstag/Rat des Bezirks Dresden

Stadtarchiv Braunschweig (StABS)

D I 12	Meldekartei bis 1928
D V 5	Wahlen nach 1914
D V 6	Versicherungsamt
G X 3d	Landeseinwohnerwehr 1918-20
G X 6	Deutsche Volkspartei (Landesverband Braunschweig)
G X 8	Bürgerbund Braunschweig
G X 11	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Stadtkreis Braunschweig)
G XII 5	Infanterie-Regiment 92
H III 2, Nr. 2	[Hans Wenzel: Das Revolutionsjahr 1918/19 in Braunschweig. Examensarbeit der Kant-Hochschule in Braunschweig bei Prof. Dr. Eckert, 1949.]
H III 2, Nr. 114	[Renate Gast: Die Spaltung der SPD in Braunschweig während des 1. Weltkrieges (Examensarbeit), Braunschweig 1949. (Archivabschrift 1960)]
H III 2, Nr. 136	[Bodo Frommann: Die Entwicklung der SPD in Braunschweig von der Weltwirtschaftskrise bis zum Ende der Weimarer Republik (Staatsexamensarbeit), Göttingen 1971.]
H VII	Kleine Schriften zur Stadtgeschichte
H VIII A	Personaliensammlung
H XIII	Sammlung der Stamm- und Ahnentafeln
H XV A	Zeitungsausschnittsammlung

Archiv der sozialen Demokratie Bonn (AdsD)

PV-Bestand Kurt Schumacher
Nachlass Otto Braun
Nachlass Hermann Müller
Nachlass Friedrich Stampfer
Nachlass Carl Severing
Bestand Ostbüro der SPD

Gossudarstwenny Archiw Rossijskoi Federazzii Moskau (Staatsarchiv der Russischen Föderation – GARF)

fonds 7133 SMA Sachsen-Anhalt

Rossijskij Gossudarstwenny Archiw Nowejschej Istorii (Russisches Staatsarchiv für Zeitgeschichte Moskau – RGANI)

fonds 5

Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation Moskau

fonds 45

B. Gedruckte Quellen, Memoiren, Erinnerungen

Abelshauser, Werner: Zur Entstehung der „Magnet-Theorie" in der Deutschlandpolitik. Ein Bericht von Hans Schlange-Schöningen über einen Staatsbesuch in Thüringen im Mai 1946, in: VfZ 27 (1979), S. 661–679.

Akten und Verhandlungen des Sächsischen Landtages 1946–1952.

Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland. Hrsg. vom Alliierten Sekretariat. Berlin o. J.

Auftakt zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949. Hrsg. v. Karl Dietrich Bracher u. a. Bearbeitet von Udo Wengst. Düsseldorf 1985.

Der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1949–1953. 2 Halbbände. Hrsg. von Karl Dietrich Bracher u. a. Bearbeitet von Wolfgang Hölscher. Düsseldorf 1998.

Der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1953–1957. 2 Halbbände. Hrsg. von Karl Dietrich Bracher u. a. Bearbeitet von Wolfgang Hölscher. Düsseldorf 2002.

Der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1957–1961. 1. Halbband. Hrsg. von Karl Dietrich Bracher u. a. Eingeleitet von Joachim Wintzer. Bearbeitet von Joachim Wintzer und Josef Boyer in Verbindung mit Wolfgang Dierker. Düsseldorf 2003.

Der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1961–1965. 2 Halbbände (mit CD-ROM-Supplement). Hrsg. von Karl Dietrich Bracher u. a. Eingeleitet und bearbeitet von Wolfgang Hölscher. Düsseldorf 2004.

Badstübner, Rolf/Loth, Wilfried (Hrsg.): Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953. Berlin 1994.

Bahr, Egon: Zu meiner Zeit. München ^{2}1996.

Bailey, George/Kondraschow, Sergej A./Murphy, David E.: Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin. Berlin 2000.

Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland. Aus dem Stab der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Sammelheft 1 und 2. Berlin 1946.

Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen zur antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945/46. Quellenedition. Berlin (Ost) 1989.

Bonwetsch, Bernd/Bordjugov, Gennadij: Stalin und die SBZ. Ein Besuch der SED-Führung in Moskau vom 30. Januar – 7. Februar 1947, in: VfZ 42 (1994), S. 279–303.

Bonwetsch, Bernd/Bordjugov, Gennadij: Die SED und die guten Erfahrungen der Sowjetunion: Pieck und Grotewohl informieren sich in Moskau, 25. 3.–1. 4. 1948, in: Deutsche Studien 31 (1994), S. 95–107.

Bonwetsch, Bernd/Bordjugov, Gennadij/Naimark, Norman M. (Hrsg.): Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjul'panov. Bonn 1998.

Bonwetsch, Bernd: Stalin und die Vorbereitung des 3. Parteitags der SED. Ein Treffen mit der SED-Führung am 4. Mai 1950, in: VfZ 51 (2003), S. 575–607.

Bonwetsch, Bernd/Kudrjašov, Sergej: Stalin und die II. Parteikonferenz der SED. Ein Besuch der SED-Führung in Moskau, 31. März – 8. April 1952, und seine Folgen (Dokumentation), in: Stalin und die Deutschen. Neue Beiträge der Forschung. Hrsg. von Jürgen Zarusky. München 2006, S. 173–206.

Brecht, Bertolt: Werke. Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe. Hrsg. von Werner Hecht, Jan Knopf, Werner Mittenzwei und Klaus-Dieter Müller. Briefe 3: Briefe 1950–1956. Berlin u. a. 1998.

Bruhns, Julius: Wahlrechtsfragen in Süd und Nord, in: Sozialistische Monatshefte 1906/1, S. 198–208.

Buchholz, Marlis/Rother, Bernd: Der Parteivorstand der SPD im Exil. Protokolle der Sopade 1933–1940. Bonn 1995.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1953. Hrsg. von Karl Dietrich Bracher u. a. Bearbeitet von Helge Heidemeyer. Düsseldorf 1998.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1953–1957. 2. Halbband. Hrsg. von Karl Dietrich Bracher u. a. Bearbeitet von Helge Heidemeyer. Düsseldorf 2003.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1957–1961. 2 Halbbände. Hrsg. von Karl Dietrich Bracher u. a. Bearbeitet von Reinhard Schiffers. Düsseldorf 2004.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961–1966. 4 Teilbände. Hrsg. von Karl Dietrich Bracher u. a. Bearbeitet von Corinna Franz. Düsseldorf 2004.

The Cold War. A Book of Documents. Ed. with an introduction by H. L. Trefousse. New York 1965.

Dahrendorf, Gustav: Der Mensch das Maß aller Dinge. Reden und Schriften zur deutschen Politik 1945–1954. Hamburg 1955.

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. I–X. Berlin (Ost) 1952–1967.

Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte. Bd. I–X. Berlin (Ost) 1954–1963.

Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe, Bd. 2–3, hrsg. vom Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs, München 1996–1997; III. Reihe, Bd. 1–4, hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Frankfurt a. M./Berlin (West) 1961–1969; IV. Reihe, Bd. 1–10, hrsg. vom Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen, Frankfurt a. M./Berlin (West) 1971–1980.

Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946. Hrsg. von Günter Benser und Hans-Joachim Krusch. Bd 1: Protokolle des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD Juli 1945 bis April 1946. Bearbeitet von Günter Benser und Hans-Joachim Krusch unter Mitarbeit von Hans Meusel. München u. a. 1993.

Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946. Hrsg. von Günter Benser und Hans-Joachim Krusch. Bd. 2: Protokolle der erweiterten Sitzungen des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD Juli 1945 bis Februar 1946. Bearbeitet von Günter Benser und Hans-Joachim Krusch. München u. a. 1994.

Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe III: ab 1945. Bd. 1: Mai 1945 – April 1946. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin (Ost) 1959.

Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung? Die Sechziger-Konferenzen von KPD und SPD 1945 und 1946. Mit einer Einführung von Hans-Joachim Krusch und Andreas Malycha. Berlin 1990.

Engelmann, Roger/Schumann, Silke: Der Ausbau des Überwachungsstaates. Der Konflikt Ulbricht-Wollweber und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes der DDR 1957, in: VfZ 43 (1995), S. 341–378.

Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949. Hrsg. von Clemens Vollnhals in Zusammenarbeit mit Thomas Schlemmer. München 1991.

Entscheidungen der SED 1948. Aus den Stenographischen Niederschriften der 10. bis 15. Tagung des Parteivorstandes der SED. Hrsg. von Thomas Friedrich, Christa Hübner, Herbert Mayer und Kerstin Wolf. Berlin 1995.

FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Theodor Heuss und Franz Blücher. Sitzungsprotokolle 1949–1954. 2 Halbbände. Hrsg. von Karl Dietrich Bracher u. a. Bearbeitet von Udo Wengst. Düsseldorf 1990.

FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Thomas Dehler und Reinhold Maier. Sitzungsprotokolle 1954–1960. Hrsg. von Karl Dietrich Bracher u. a. Bearbeitet von Udo Wengst. Düsseldorf 1991.

Foitzik, Jan: Fragen der sowjetischen Außenpolitik nach dem zweiten Weltkrieg. Aus dem Referat von A. A. Ždanov auf der Gründungskonferenz der Kominform vom 22. bis 27. September 1947, in: ZfG 41 (1993), S. 329–335.

Ders.: Berichte des Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland aus den Jahren 1953/54. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, in: Materialien der Enquete-Kommission ‚Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland'. Hrsg. vom Deutschen Bundestag. Bd. II/2. Baden-Baden/Frankfurt a. M. 1995, S. 1350–1541.

Ders.: „Hart und konsequent ist der neue politische Kurs zu realisieren". Ein Dokument zur Politik der Sowjetunion gegenüber der DDR nach Berijas Verhaftung im Juni 1953, in: DA 33 (2000), S. 32–49.

Friedensburg, Ferdinand: Es ging um Deutschlands Einheit. Rückschau eines Berliners auf die Jahre nach 1945. Berlin (West) 1971.

Friedrich, Thomas: Antworten der SED-Führung auf Fragen Stalins 1948, in: BzG 33 (1991), S. 364–373.

Führ, Christoph: Zur Schulpolitik der Weimarer Republik. Die Zusammenarbeit von Reich und Ländern im Reichsschulausschuß (1919–1923) und im Ausschuß für das Unterrichtswesen (1924–1933). Darstellung und Dokumente. Weinheim u. a. 1970.

Gehlen, Reinhard: Der Dienst. Erinnerungen 1942–1971. Mainz/Wiesbaden 1971.

Germer, Karl J.: Von Grotewohl bis Brandt. Ein dokumentarischer Bericht über die SPD in den ersten Nachkriegsjahren. Landshut 1974.

Der Gesamtdeutsche Ausschuß. Sitzungsprotokolle des Ausschusses für gesamtdeutsche Fragen des Deutschen Bundestages 1949–1953. Hrsg. von Karl Dietrich Bracher u. a. Bearbeitet von Andreas Biefang. Düsseldorf 1998.

Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1949–1964. Berlin (Ost) 1949–1964.

Gniffke, Erich W.: Jahre mit Ulbricht. Köln 1966.

Grotewohl, Otto: Die Reform des kommunalen Verfassungsrechts in Braunschweig, in: Die Gemeinde 1 (1924) 10, S. 482–486.

Ders.: Mehr Ratifikationen, in: Die Arbeit Nr. 9 (1927), S. 588–598.

Ders.: Die Verfassung der Gemeinden und Kreise im Freistaat Braunschweig. Braunschweig 1928.

Ders.: Probleme in der Sozialversicherung. Vortrag auf der Tagung des Landesverbandes Niedersachsen im Hauptverbande deutscher Krankenkassen in Norderney am 13. und 14. Juni 1931. o. O. o. J.

Ders.: Deutsche Verfassungspläne. Berlin (Ost) 1947.

Ders.: Amboss oder Hammer. Rede an die deutsche Jugend auf der Goethefeier der Freien Deutschen Jugend am 22. März 1949 in der Weimar-Halle. Berlin (Ost) 1949.

Ders.: Deutsche Kulturpolitik. Reden. Dresden 1952.

Ders.: Dreißig Jahre später. Die Novemberrevolution und die Lehren der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin (Ost) 1953.

Ders.: An die Jugend. Berlin (Ost) 1955.

Ders.: Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze. Band I–V. Berlin (Ost) 1959.

Ders.: Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze. Band VI. Berlin (Ost) 1964.

Ders.: Über Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Reden und Schriften 1945–1961. Berlin (Ost) 1979.

Otto Grotewohl und die Einheitspartei. Dokumente. Mit einer Einführung von Wolfgang Triebel. Bd. 1: Mai 1945 bis April 1946. Auswahl und Kommentierung von Hans-Joachim Fieber, Maren Franke und Wolfgang Triebel. Bd. 2: Mai 1946 bis Januar 1949. Auswahl und Kommentierung von Marianne Braumann, Maren Franke und Wolfgang Triebel. Berlin 1994.

Gruner, Gert/Wilke, Manfred (Hrsg.): Sozialdemokraten im Kampf um die Freiheit. Die Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD in Berlin 1945/46. München/Zürich 1981.

„Gruppe Ulbricht" in Berlin April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiederbegründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation. Mit einem Geleitwort von Wolfgang Leonhard. Hrsg. und eingeleitet von Gerhard Keiderling. Berlin 1993.

Grzesinski, Albert: Im Kampf um die deutsche Republik. Erinnerungen eines Sozialdemokraten. Hrsg. von Eberhard Kolb. München 2001.

Haenisch, Konrad: Sozialdemokratische Kulturpolitik. Berlin 1918.

Hartweg, Frédéric (Hrsg.): SED und Kirche. Eine Dokumentation ihrer Beziehungen. Bd. 1: 1946–1967, bearbeitet von Joachim Heise. Neukirchen/Vluyn 1995.

Hartz, Gustav: Irrwege der deutschen Sozialpolitik und der Weg zur sozialen Freiheit. Berlin 1928.

Heider, Magdalena/Thöns, Kerstin (Hrsg.): SED und Intellektuelle in der DDR der fünfziger Jahre. Kulturbundprotokolle. Köln 1990.

Herf, Jeffrey: Antisemitismus in der SED. Geheime Dokumente zum Fall Paul Merker aus SED- und MfS-Archiven, in: VfZ 42 (1994), S. 635–667.

Herrnstadt, Rudolf: Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953. Hrsg., eingeleitet und bearbeitet von Nadja Stulz-Herrnstadt. Hamburg 1990.

Hoffmann, Dierk/Schmidt, Karl-Heinz/Skyba, Peter (Hrsg.): Die DDR vor dem Mauerbau. Dokumente zur Geschichte des anderen deutschen Staates 1949–1961. München/Zürich 1993.

Hopf, Wilhelm: Die deutsche Krisis des Jahres 1866. Mit einem Anhang: Die sogenannte Braunschweigische Frage vorgeführt in Aktenstücken, Aufzeichnungen und quellenmäßigen Darstellungen. Hannover ^{3}1906.

Ihme-Tuchel, Beate: Die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen im Herbst 1955 im Spiegel der Diskussion zwischen SED und KPdSU. Dokumentation, in: MGM 53 (1994), S. 449–465.

Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953. Bearb. von Klaus Gotto, Hans-Otto Kleinmann und Reinhard Schreiner. Düsseldorf 1989.

Judt, Matthias (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse. Berlin 1997.

Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Hrsg. für das Bundesarchiv von Hans Booms. Bd. 2: 1950. Bearbeitet von Ulrich Enders und Konrad Reiser. Boppard 1984.

Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Hrsg. für das Bundesarchiv von Hans Booms. Bd. 4: 1951. Bearbeitet von Ursula Hüllbüsch. Boppard 1988.

Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Hrsg. für das Bundesarchiv von Hans Booms. Bd. 5: 1952. Bearbeitet von Kai von Jena. Boppard 1989.

Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Hrsg. für das Bundesarchiv von Hartmut Weber. Bd. 12: 1959. Bearbeitet von Josef Henke und Uta Rössel, unter Mitwirkung von Ralf Behrendt, Markus Buth, Ulrich Enders und Christoph Schawe. München 2002.

Koslowsky, Friedrich (Hrsg.): Deutschlands Köpfe der Gegenwart über Deutschlands Zukunft. Mit einem Geleitwort von Graf Rüdiger von der Goltz. Berlin/Zürich 1928.

Kowalczuk, Ilko-Sascha: Die Niederschlagung der Opposition an der veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin in der Krise 1956/57. Dokumentation einer Pressekonferenz des Ministeriums für Staatssicherheit im Mai 1957. Berlin 1997.

Küsters, Hanns Jürgen: Wiedervereinigung durch Konföderation? Die informellen Unterredungen zwischen Bundesminister Fritz Schäffer, NVA-General Vincenz Müller und Sowjetbotschafter Georgij Maksimowitsch Puschkin 1955/56, in: VfZ 40 (1992), S. 107–153.

Laufer, Jochen: „Genossen, wie ist das Gesamtbild?" Ackermann, Ulbricht und Sobottka in Moskau im Juni 1945, in: DA 29 (1996), S. 355–371.

Maercker, [Georg]: Vom Kaiserheer zur Reichswehr. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Revolution. Leipzig 1921.

Malycha, Andreas: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders!" Rede Otto Grotewohls am 11. November 1945, in: BzG 34 (1992), S. 167–184.

Ders.: Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ. Eine Quellenedition. Bonn 1995.

Ders. (Hrsg.): Geplante Wissenschaft. Eine Quellenedition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte 1945–1961. Berlin 2003.

Mayer, Hans: Ein Deutscher auf Widerruf. Erinnerungen. Bd. II. Frankfurt a. M. 1984.

Meißner, Werner (Hrsg.): Die DDR und China 1949 bis 1990. Politik – Wirtschaft – Kultur. Eine Quellensammlung. Berlin 1995.

Morsey, Rudolf: Hitler als braunschweigischer Regierungsrat, in: VfZ 8 (1960), S. 419–448.

Müller, Kurt: Ein historisches Dokument aus dem Jahre 1956. Brief an den DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl, in: APUZ B 11 (1990), S. 16–29.

„Nach Hitler kommen wir." Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland. Hrsg. von Peter Erler, Horst Laude, Manfred Wilke. Berlin 1994.

Oerter, Sepp: Ich – Sepp Oerter – klage an die Zentralleitung der USPD in Berlin, die Parteiinstanzen der USPD in Braunschweig, die Landtagsfraktion der USPD in Braunschweig, den Minister Grotewohl in Braunschweig des infamsten politischen Meuchelmordes. o. O. (1922).

Ders.: Politischer Guckkasten für das deutsche Volk. Bilder aus dem innenpolitischen Leben eines deutschen Gliedstaates. Holzminden 1923.

Ostermann, Christian F. (Hrsg.): Uprising in East Germany 1953. The Cold War, the German Question, and the First Major Upheaval behind the Iron Curtain. Budapest/New York 2001.

Otto, Wilfriede: Dokumente zur Auseinandersetzung in der SED 1953, in: BzG 32 (1990), S. 655–672.

Dies.: Sowjetische Deutschlandnote 1952. Stalin und die DDR. Bisher unveröffentlichte handschriftliche Notizen Wilhelm Piecks, in: BzG 33 (1991), S. 374–389.

Pieck, Wilhelm: Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1908–1950. Bd. II. Berlin (Ost) 1950.

Poensgen, Oskar: Das Wahlrecht. Leipzig 1909.

Pollmann, Klaus Erich (Hrsg.): Anfang und Ende zugleich. Der Braunschweigische Landtag 1946. Langenhagen 1999.

Pommerin, Reiner: Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED. Eine britische Analyse vom April 1946, in: VfZ 36 (1988), S. 319–338.

Protokoll des Vereinigungsparteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) am 21. und 22. April 1946 in der Staatsoper „Admiralspalast" in Berlin. Berlin (Ost) 1946.

Protokoll der Verhandlungen des 2. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 20. bis 24. September 1947 in der Deutschen Staatsoper zu Berlin. Berlin (Ost) 1947.

Protokoll des III. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 20. bis 24. Juli 1950 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin. Berlin (Ost) 1951.

Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 30. März bis 6. April 1954 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin. Berlin (Ost) 1954.

Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 10. bis 16. Juli 1958 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin. Berlin (Ost) 1959.

Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 15. bis 21. Januar 1963 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin. Berlin (Ost) 1963.

Protokoll der 1. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 25. bis 28. Januar 1949 im Haus der Deutschen Wirtschaftskommission zu Berlin. Berlin (Ost) 1949.

Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 9. bis 12. Juli 1952 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin. Berlin (Ost) 1952.

Protokoll der Verhandlungen der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 24. März bis 30. März 1956 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin. Berlin (Ost) 1956.

Protokolle der Provisorischen Volkskammer 1949/50.

Protokolle der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik 1951–1964.

Reuter, Ernst: Kommunale Aufwertung, in: Die Gemeinde 1 (1924) 10, S. 473–481.

Riemkasten, Felix: Der Bonze. Berlin 1930.

Ritter, Gerhard A./Miller, Susanne (Hrsg.): Die deutsche Revolution 1918–1919, Dokumente. Frankfurt a. M. ^{2}1983.

Ruggenthaler, Peter (Hrsg.): Stalins großer Bluff. Die Geschichte der Stalin-Note in Dokumenten der sowjetischen Führung. München 2007.

Die Ruhrfrage 1945/46 und die Entstehung des Landes Nordrhein Westfalen. Britische, französische und amerikanische Akten. Hrsg. von Karl Dietrich Bracher u. a. Eingeleitet und bearbeitet von Rolf Steininger. Düsseldorf 1988.

Scherstjanoi, Elke: „Wollen wir den Sozialismus?" Dokumente aus der Sitzung des Politbüros des ZK der SED am 6. Juni 1953, in: BzG 33 (1991), S. 658–680.

Dies.: Die sowjetische Deutschlandpolitik nach Stalins Tod 1953. Neue Dokumente aus dem Archiv des Moskauer Außenministeriums, in: VfZ 46 (1998), S. 497–549.

Dies./Stappenbeck, Christian: „Dibelius war in Karlshorst ... wollte Mittelsmann sein zwischen SKK und Adenauer..." Ein geheimes Gespräch zwischen Bischof Dibelius, Armee-

general Tschujkow und Politberater Semjonow im November 1951, in: DA 28 (1995), S. 1031–1047.

Dies./Semmelmann, Rolf: Die Gespräche Stalins mit der SED-Führung im Dezember 1948 und im April 1952. Teil 1 und 2, in: ZfG 52 (2004), S. 138–166 und S. 238–269.

Schmidt, Karl-Heinz: Die Deutschlandpolitik der SED, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland". Hrsg. vom Deutschen Bundestag. Bd. V/3: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen. Baden-Baden 1995, S. 2114–2293.

Schollwer, Wolfgang: Potsdamer Tagebuch 1948–1950. Liberale Politik unter sowjetischer Besatzung. Hrsg. von Monika Fassbender. München 1988.

Schürer, Gerhard: Gewagt und verloren. Eine deutsche Biografie. Frankfurt/Oder 1996.

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender. Neue Folge, 34. Jahrgang 1918. Hrsg. von Wilhelm Stahl. München 1922.

Schulze, Hagen (Hrsg.): Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstands der deutschen Sozialdemokratie 1932/33. Bonn 1975.

Das SKK-Statut. Zur Geschichte der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland 1949 bis 1953. Eine Dokumentation. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte zusammengestellt und eingeleitet von Elke Scherstjanoi. München 1998.

Die SPD unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer 1946 bis 1963. Sitzungsprotokolle der Spitzengremien. Bd. 1: 1946 bis 1948. Hrsg. und bearbeitet von Willy Albrecht. Bonn 2000.

Die SPD unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer 1946 bis 1963. Sitzungsprotokolle der Spitzengremien. Bd. 2: 1948 bis 1950. Hrsg. und bearbeitet von Willy Albrecht. Bonn 2003.

Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1957. 2 Halbbände. Hrsg. von Karl Dietrich Bracher u. a. Bearbeitet von Petra Weber. Düsseldorf 1993.

Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961–1966. 2 Halbbände. Hrsg. von Karl Dietrich Bracher u. a. Bearbeitet von Heinrich Potthoff. Düsseldorf 1993.

Die SED in Berlin. Dokumente zur Vereinigung von KPD und SPD. Bearbeitet und eingeleitet von Manfred Teresiak. 4 Bde. Berlin 1994/1995.

Staritz, Dietrich: Die SED, Stalin und die Gründung der DDR. Aus den Akten des Zentralen Parteiarchivs des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung (ehemals Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED), in: APUZ B 5 (1991), S. 3–16.

Ders.: Stalin und der „Aufbau des Sozialismus" in der DDR. Aus den Akten des Zentralen Parteiarchivs, in: DA 24 (1991), S. 686–700.

Steiner, André: Politische Vorstellungen und ökonomische Probleme im Vorfeld der Errichtung der Berliner Mauer. Briefe Walter Ulbrichts an Nikita Chruschtschow, in: Hartmut Mehringer (Hrsg.): Von der SBZ zur DDR. München 1995, S. 233–268.

Stempel, Fred: Erinnerung an Otto Grotewohl. Zu dessen 100. Geburtstag am 11. März 1994, in: Utopie kreativ Heft 41/42 (1994), S. 154–165.

Stöckigt, Rolf: Ein Dokument von großer historischer Bedeutung vom Mai 1953, in: BzG 32 (1990), S. 648–654.

Stöver, Bernd: Berichte über die Lage in Deutschland. Die Lagemeldungen der Gruppe Neu Beginnen aus dem Dritten Reich 1933–1936. Bonn 1996.

Ders.: Der Fall Otto John. Neue Dokumente zu den Aussagen des deutschen Geheimdienstchefs gegenüber MfS und KGB, in: VfZ 47 (1999), S. 103–136.

Suckut, Siegfried: Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945–1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfront-Ausschusses. Eine Quellenedition. Köln 1986.

Ders.: Die Entscheidung zur Gründung der DDR. Die Protokolle der Beratungen des SED-Parteivorstandes am 4. und 9. Oktober 1949, in: VfZ 39 (1991), S. 125–175.

Terror in Braunschweig. Aus dem ersten Quartal der Hitlerherrschaft. Bericht hrsg. von der Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen. Zürich 1933.

Thomas, Michael: Deutschland, England über alles. Rückkehr als Besatzungsoffizier. Berlin 1984.

Triebel, Wolfgang: Gelobt und geschmäht. Wer war Otto Grotewohl? Aufsätze und Interviews mit Zeitzeugen. Berlin 1998.

Turmwächter der Demokratie. Ein Lebensbild von Kurt Schumacher. Bd. II: Reden und Schriften. Hrsg. von Arno Scholz und Walther G. Oschilewski. Berlin 1953.

Uhl, Matthias/Wagner, Armin (Hrsg.): Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer. Eine Dokumentation. München 2003.

Ulbricht, Walter: Chemie gibt Brot – Wohlstand – Schönheit, in: Chemie gibt Brot – Wohlstand – Schönheit. Chemiekonferenz des ZK der SED und der Staatlichen Plankommission in Leuna am 3. und 4. November 1958. o. O. o. J., S. 6–64.

Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1919/20. Band 1-2. o. O. o. J.

Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage von 1920/21. Band 1-3. o. O. o. J.

Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage 1922/24. Band 1-3. o. O. o. J.

Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage 1924/27. Band 1. o. O. o. J.

Verhandlungen des Landtags des Freistaates Braunschweig auf dem Landtage 1927/30. Band 1. o. O. o. J.

Verhandlungen des Reichstags. Bd. 392-394 und Bd. 427. Stenographische Berichte. Berlin 1927/28 und 1930.

Weber, Hermann (Hrsg.): DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945–1985. München 1986.

Wengst, Udo: Der Aufstand am 17. Juni 1953 in der DDR. Aus den Stimmungsberichten der Kreis- und Bezirksverbände der Ost-CDU im Juni und Juli 1953, in: VfZ 41 (1993), S. 277–321.

Wolfram, Adam: Es hat sich gelohnt. Der Lebensweg eines Gewerkschafters. Koblenz 1977.

Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945. Hrsg. von Ulrich Borsdorf und Lutz Niethammer. Wuppertal 1976.

C. Literatur

Ackermann, Volker: Nationale Totenfeiern in Deutschland. Von Wilhelm I. bis Franz Josef Strauß. Eine Studie zur politischen Semiotik. Stuttgart 1990.

Aders, Thomas: Die Utopie vom Staat über den Parteien. Biographische Annäherungen an Hermann Höpker Aschoff (1883–1954). Frankfurt a. M. 1994.

Ahbe, Thomas/Gibas, Monika/Gries, Rainer: Der Handschlag. Das Propagem der Einheit und eine seiner tradierten Symbolisierungen, in: Rainer Gries/Wolfgang Schmale (Hrsg.): Kultur der Propaganda. Bochum 2005, S. 305–337.

Ahbe, Thomas: Deutsche Generationen nach 1945, in: APUZ B 3 (2007), S. 38–46.

Ahrberg, Edda/Hertle, Hans-Hermann/Hollitzer, Tobias (Hrsg.): Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. Münster 2004.

Ahrens, Ralf: Gegenseitige Wirtschaftshilfe? Die DDR im RGW – Strukturen und handelspolitische Strategien 1963–1976. Köln u. a. 2000.

Albrecht, Ulrich/Heinemann-Grüder, Andreas/Wellmann, Arend: Die Spezialisten. Deutsche Naturwissenschaftler und Techniker in der Sowjetunion nach 1945. Berlin 1992.

Alemann, Ulrich von/Cepl-Kaufmann, Gertrude/Hecker, Hans/Witte, Bernd (Hrsg.): Intellektuelle und Sozialdemokratie. Opladen 2000.

Alexander, Thomas: Carl Severing – ein Demokrat und Sozialist in Weimar. Frankfurt a. M. u. a. 1996.

Alheit, Peter/Hoerning, Erika M. (Hrsg.): Biographisches Wissen. Beiträge zu einer Theorie lebensgeschichtlicher Erfahrung. Frankfurt a. M./New York 1989.

Allemann, Fritz René: Bonn ist nicht Weimar. Köln/Berlin 1956.

Amos, Heike: Die Westpolitik der SED 1948/49–1961. „Arbeit nach Westdeutschland" durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit. Berlin 1999.

Dies.: Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat. Münster 2003.

Dies.: Die SED-Entwürfe zu einer Reichs- und Länderverfassung 1946/47, in: JHK 2004, S. 167–180.

Dies.: Die Entstehung der Verfassung in der Sowjetischen Besatzungszone/DDR 1946–1949. Darstellung und Dokumentation. Münster 2006.

Aschoff, Hans-Georg: Welfische Bewegung und politischer Katholizismus 1866–1918. Die Deutschhannoversche Partei und das Zentrum in der Provinz Hannover während des Kaiserreichs. Düsseldorf 1987.

Bajohr, Stefan: Uneheliche Mütter im Arbeitermilieu: Die Stadt Braunschweig 1900–1930, in: GG 7 (1981), S. 474–506.

Ders.: Vom bitteren Los der kleinen Leute. Protokolle über den Alltag Braunschweiger Arbeiterinnen und Arbeiter 1900 bis 1933. Köln 1984.

Ders.: Lass dich nicht mit den Bengels ein! Sexualität, Geburtenregelung und Geschlechtsmoral im Braunschweiger Arbeitermilieu 1900 bis 1933. Essen 2001.

Balla, Bálint: „Bürokratische" oder „Kader"-Verwaltung? Zur Idealtypisierung der „Bürokratie" sowjetisch-volksdemokratischen Typs, in: Zeitschrift für Soziologie 2 (1973), S. 101–127.

Barkleit, Gerhard: Manfred von Ardenne. Selbstverwirklichung im Jahrhundert der Diktaturen. Berlin 2006.

Bauer, Theresia: Blockpartei und Agrarrevolution von oben. Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands 1948–1963. München 2003.

Bauerkämper, Arnd/Danyel, Jürgen/Hübner, Peter: Führungsgruppen und „Apparate" des SED-Regimes. Studien zur Sozialgeschichte der „Diktatur des Proletariats" in der SBZ/DDR. Vorüberlegungen zu einem Forschungsprojekt, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien Nr. 4, Oktober 1995, S. 30–45.

Bauerkämper, Arnd: Von der Bodenreform zur Kollektivierung. Zum Wandel der ländlichen Gesellschaft in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und DDR 1945–1952, in: Sozialgeschichte der DDR. Hrsg. von Hartmut Kaelble u. a. Stuttgart 1994, S. 119–143.

Ders.: Problemdruck und Ressourcenverbrauch. Wirtschaftliche Auswirkungen der Bodenreform in der SBZ/DDR 1945–1952, in: Christoph Buchheim (Hrsg.): Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR. Baden-Baden 1995, S. 295–322.

Ders.: „Junkerland in Bauernhand"? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone. Stuttgart 1996.

Ders.: Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur. Zwangsmodernisierung und Tradition in Brandenburg 1945–1963. Köln u. a. 2002.

Ders.: Die Sozialgeschichte der DDR. München 2005.

Bavaj, Riccardo: Von links gegen Weimar. Linkes antiparlamentarisches Denken in der Weimarer Republik. Bonn 2005.

Beck, Dorothea: Theodor Haubach, Julius Leber, Carlo Mierendorff, Kurt Schumacher. Zum Selbstverständnis der ‚militanten Sozialisten' in der Weimarer Republik, in: AfS 26 (1986), S. 87–123.

Beckert, Rudi: Die erste und letzte Instanz. Schau- und Geheimprozesse vor dem Obersten Gericht. Goldbach 1995.

Ders.: Lieber Genosse Max. Aufstieg und Fall des ersten Justizministers der DDR Max Fechner. Berlin 2003.

Beckstein, Hermann: Städtische Interessenpolitik. Organisation und Politik der Städtetage in Bayern, Preußen und im Deutschen Reich 1896–1923. Düsseldorf 1991.

Behrends, Jan C.: Die erfundene Freundschaft. Propaganda für die Sowjetunion in Polen und in der DDR. Köln u. a. 2006.

Behrens-Cobet, Heidi/Reichling, Norbert: „Wir fordern die freie Schule, weil sie die Schule des Sozialismus ist". Die Bewegung für freie weltliche Schulen in der Weimarer Republik, in: IWK 23 (1987), S. 485–505.

Behring, Rainer/Schmeitzner, Mike (Hrsg.): Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945–1952. Köln u. a. 2003.

Bein, Reinhard: Nationalsozialismus und Arbeiterbewegung im Freistaat Braunschweig zwischen 1930 und 1935, in: Moderne braunschweigische Geschichte. Hrsg. von Werner Pöls und Klaus Erich Pollmann. Hildesheim 1982, S. 285–306.

Ders.: Widerstand im Nationalsozialismus. Braunschweig 1930–1945. Braunschweig 1985.

Berringer, Christian: Sozialpolitik in der Weltwirtschaftskrise. Die Arbeitslosenversicherungspolitik in Deutschland und Großbritannien im Vergleich 1928–1934. Berlin 1999.

Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung. München 1993.

Bessel, Richard: Germany after the First World War. Oxford 1993.

Bethge, Dietrich/Wienhold, Lutz: Arbeitsschutz, in: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Bd. 2: 1945–1949, Die Zeit der Besatzungszonen. Sozialpolitik zwischen Kriegsende und der Gründung zweier deutscher Staaten. Hrsg. von Udo Wengst. Baden-Baden 2001, S. 211–263.

Bezzenberger, Tilman: Wie das Volkseigentum geschaffen wurde. Die Unternehmens-Enteignungen in der Sowjetischen Besatzungszone 1945–1948, in: Zeitschrift für neuere Rechtsgeschichte 19 (1997), S. 210–248.

Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Hrsg. von Rainer Eppelmann, Bernd Faulenbach und Ulrich Mählert. Paderborn u. a. 2003.

Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik. Hrsg. von Wolfgang Benz und Hermann Graml. München 1988.

Birke, Adolf M.: Nation ohne Haus. Deutschland 1945–1961. Berlin 1989.

Bispinck, Henrik: „Republikflucht": Flucht und Ausreise als Problem für die DDR-Führung, in: Vor dem Mauerbau. Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre. Hrsg. von Dierk Hoffmann, Michael Schwartz und Hermann Wentker. München 2003, S. 285–309.

Bispinck, Henrik/Hoffmann, Dierk/Schwartz, Michael/Skyba, Peter/Uhl, Matthias/Wentker, Hermann: DDR-Forschung in der Krise? Defizite und Zukunftschancen – Eine Entgegnung auf Jürgen Kocka, in: DA 36 (2003), S. 1021–1026.

Bispinck, Henrik/Hoffmann, Dierk/Schwartz, Michael/Skyba, Peter/Uhl, Matthias/Wentker, Hermann: Die Zukunft der DDR-Geschichte. Potentiale und Probleme zeithistorischer Forschung, in: VfZ 53 (2005), S. 547–570.

Bjørnstad, Stein: The Soviet Union and German unification during Stalin's last years. Oslo 1998.

Blaich, Fritz: Der Schwarze Freitag. Inflation und Wirtschaftskrise. München ^{3}1994.

Bliembach, Eva: Worte als Waffen. Flugblattpropaganda im Kalten Krieg, in: Gerald Diesener/Rainer Gries (Hrsg.): Propaganda in Deutschland. Zur Geschichte der politischen Massenbeeinflussung im 20. Jahrhundert. Darmstadt 1996, S. 235–254.

Bock, Siegfried: Der Freundschaftsvertrag von 1955, in: Joachim Krüger (Hrsg.): Beiträge zur Geschichte der Beziehungen der DDR und der VR China. Erinnerungen und Untersuchungen. Münster u. a. 2002, S. 33–46.

Bölling, Rainer: Volksschullehrer und Politik. Der Deutsche Lehrerverein 1918–1923. Göttingen 1978.

Bohmbach, Jürgen: Die Endphase der Weimarer Republik in Niedersachsen, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 54 (1982), S. 65–94.

Boldorf, Marcel: Sozialfürsorge in der SBZ/DDR 1945–1953. Ursachen, Ausmaß und Bewältigung der Nachkriegsarmut. Stuttgart 1998.

Boll, Friedhelm: Spontaneität der Basis und politische Funktion des Streiks 1914–1918. Das Beispiel Braunschweig, in: AfS 17 (1977), S. 337–366.

Ders.: Massenbewegungen in Niedersachsen 1906–1920. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung zu den unterschiedlichen Entwicklungstypen Braunschweig und Hannover. Bonn 1981.

Bonwetsch, Bernd/Bordjugov, Gennadij: Die Affäre Tjul'panov. Die Propagandaverwaltung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland im Kreuzfeuer der Kritik 1945–1949, in: Deutsche Studien 31 (1994), S. 247–272.

Bourdieu, Pierre: Die biographische Illusion, in: BIOS 1990, S. 75–81.

Bouvier, Beatrix W.: Antifaschistische Zusammenarbeit, Selbständigkeitsanspruch und Vereinigungstendenz. Die Rolle der Sozialdemokratie beim administrativen und parteipolitischen Aufbau in der sowjetischen Besatzungszone 1945 auf regionaler und lokaler Ebene, in: AfS 16 (1976), S. 417–468.

Bouvier Beatrix W./Schulz, Horst-Peter (Hrsg.): „...die SPD aber aufgehört hat zu existieren." Sozialdemokraten unter sowjetischer Besatzung. Bonn 1991.

Bouvier, Beatrix: Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945–1953. Bonn 1996.

Dies.: Forschungen zur DDR-Geschichte. Aspekte ihrer Konjunktur und Unübersichtlichkeit, in: AfS 38 (1998), S. 555–590.

Dies.: Die DDR – ein Sozialstaat? Sozialpolitik in der Ära Honecker. Bonn 2002.

Boyer, Christoph: „Die Kader entscheiden alles ..." Kaderpolitik und Kaderentwicklung in der zentralen Staatsverwaltung der SBZ und der frühen DDR (1945–1952). Dresden 1996.

Ders.: Bürohelden? Arbeitshabitus und Verwaltungsstil der zentralen Planbürokratie in der formativen Phase der SBZ/DDR, in: Peter Hübner (Hrsg.): Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR. Köln u. a. 1999, S. 255–271.

Braun, Bernd: Hermann Molkenbuhr (1851–1927). Eine politische Biographie. Düsseldorf 1999.

Braun, Jutta: Justizkorrektur in der Gründungs- und Frühphase der DDR. Die Zentrale Kontrollkommission als Sonderbehörde im Auftrag der Parteiführung, in: Roger Engelmann/Clemens Vollnhals (Hrsg.): Justiz im Dienste der Parteiherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR. Berlin 1999, S. 115–132.

Dies.: Die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle. Wirtschaftsstrafrecht und Enteignungspolitik in der Gründungs- und Frühphase der DDR, in: Dierk Hoffmann und Her-

mann Wentker (Hrsg.): Das letzte Jahr der SBZ. Politische Weichenstellungen und Kontinuitäten im Prozeß der Gründung der DDR. München 2000, S. 169–184.

Brentzel, Marianne: Die Machtfrau. Hilde Benjamin 1902–1989. Berlin 1997.

Bringmann, Wilhelm: Die braunschweigische Thronfolgefrage. Eine verfassungsgeschichtliche Untersuchung der Rechtmäßigkeit des Ausschlusses der jüngeren Linie des Welfenhauses von der Thronfolge in Braunschweig 1884–1913. Frankfurt a. M. 1988.

Broszat, Martin: Zur Sozialgeschichte des deutschen Widerstands, in: VfZ 34 (1986), S. 293–309.

Brunner, Detlev: Sozialdemokraten im FDGB. Von der Gewerkschaft zur Massenorganisation, 1945 bis in die frühen 1950er Jahre. Essen 2000.

Brunsvicensia Judaica. Gedenkbuch für die jüdischen Mitbürger der Stadt Braunschweig 1933–1945. Braunschweig 1966.

Buchheim, Christoph: Wirtschaftliche Hintergründe des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 in der DDR, in: VfZ 38 (1990), S. 415–433.

Ders.: Die Wirtschaftsordnung als Barriere des gesamtwirtschaftlichen Wachstums in der DDR, in: VSWG 82 (1995), S. 194–210.

Ders.: Kriegsfolgen und Wirtschaftswachstum in der SBZ/DDR, in: GG 25 (1999), S. 515–529.

Buddrus, Michael: Die Organisation „Dienst für Deutschland". Arbeitsdienst und Militarisierung in der DDR. Weinheim/München 1994.

Bullock, Alan: Hitler. Eine Studie über Tyrannei. Düsseldorf 1967.

Bungert, Heike: Das Nationalkomitee und der Westen. Die Reaktion der Westalliierten auf das NKFD und die Freien Deutschen Bewegungen 1943–1948. Stuttgart 1997.

Buschfort, Wolfgang: Das Ostbüro der SPD. Von der Gründung bis zur Berlin-Krise. München 1991.

Caracciolo, Lucio: Der Untergang der Sozialdemokratie in der Sowjetischen Besatzungszone. Otto Grotewohl und die „Einheit der Arbeiterklasse" 1945/46, in: VfZ 36 (1988), S. 281–318.

Ciesla, Burghard: Der Spezialistentransfer in die UdSSR und seine Auswirkungen in der SBZ und DDR, in: APUZ B 49/50 (1993), S. 24–31.

Cleve, Ingeborg: Der Goethe-Pakt. Das Goethejubiläum und die Formierung der Kulturöffentlichkeit im Staatsgründungsprozeß der DDR 1949, in: AfS 39 (1999), S. 423–443.

Conze, Eckart: „Moderne Politikgeschichte". Aporien einer Kontroverse, in: Guido Müller (Hrsg.): Deutschland und der Westen. Internationale Beziehungen im 20. Jahrhundert. Festschrift für Klaus Schwabe zum 65. Geburtstag. Stuttgart 1998, S. 19–30.

Creuzberger, Stefan: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ. Weimar u. a. 1996.

Dähnhardt, Willy/Nielsen, Birgit S.: Einleitung: Dänemark als Asylland, in: Exil in Dänemark. Deutschsprachige Wissenschaftler, Künstler und Schriftsteller im dänischen Exil nach 1933. Hrsg. von Willy Dähnhardt und Birgit S. Nielsen. Heide 1993, S. 14–54.

Das Gupta, Amit: Handel, Hilfe, Hallstein-Doktrin. Die bundesdeutsche Südasienpolitik unter Adenauer und Erhard 1949 bis 1966. Husum 2004.

Ders.: 1965 – Ulbricht am Nil. Die deutsch-deutsche Rivalität in der Dritten Welt, in: Udo Wengst/Hermann Wentker (Hrsg.): Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz. Berlin 2008, S. 111–133.

Demokratie und Emanzipation zwischen Saale und Elbe. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933. Hrsg. von Helga Grebing, Hans Mommsen und Karsten Rudolph. Essen 1993.

Depkat, Volker: Autobiographie und die soziale Konstruktion von Wirklichkeit, in: GG 29 (2003), S. 441–476.

Ders.: Lebenswenden und Zeitenwenden. Deutsche Politiker und die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts. München 2007.

Diedrich, Torsten: „Dienst für Deutschland". Eine Wehr- und Arbeitsorganisation für die Jugend der DDR, in: DA 27 (1994), S. 830–841.

Ders.: Aufrüstungsvorbereitung und -finanzierung in der SBZ/DDR in den Jahren 1948 bis 1953 und deren Rückwirkungen auf die Wirtschaft, in: Bruno Thoß (Hrsg.): „Volksarmee schaffen – Ohne Geschrei!" München 1995, S. 273–336.

Ders.: Waffen gegen das Volk. Der 17. Juni 1953 in der DDR. München 2003.

Diedrich, Torsten/Wenzke, Rüdiger: Die getarnte Armee. Geschichte der Kasernierten Volkspolizei der DDR 1952–1956. Berlin 2001.

Dietrich, Gerd: Politik und Kultur in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) 1945–1949. Mit einem Dokumentenanhang. Bern u. a. 1993.

Dwars, Jens-Fietje: Abgrund des Widerspruchs. Das Leben des Johannes R. Becher. Berlin 1998.

Eckert, Georg: 100 Jahre Braunschweiger Sozialdemokratie. 1. Teil: Von den Anfängen bis zum Jahre 1890. Hannover 1965.

Ehrhardt, Frank: Rationalisierung und Wandel der Industriearbeit in Braunschweigs Metallindustrie in den Jahren der Weimarer Republik, in: Braunschweigisches Jahrbuch 76 (1995), S. 125–153.

Elias, Norbert: Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Bd. 1. Frankfurt a. M. 1976.

Emig, Brigitte: Die Verelendung des Arbeiters. Sozialdemokratie als Kulturbewegung. Frankfurt a. M./New York 1980.

Engeli, Christian: Volksbegehren und Volksentscheid im Kommunalverfassungsrecht der Weimarer Zeit, in: AfS 25 (1985), S. 299–331.

Engelmann, Dieter: Die Nachfolgeorganisationen der USPD, in: BzG 33 (1991), S. 37–45.

Engelmann, Roger: Brüchige Verbindungen. Die Beziehungen zwischen FDP und LDPD 1956–1966, in: Annäherung und Abgrenzung. Aspekte deutsch-deutscher Beziehungen 1956–1969. Hrsg. von Roger Engelmann und Paul Erker. München 1993, S. 13–132.

Ders.: Diener zweier Herren. Das Verhältnis der Staatssicherheit zur SED und den sowjetischen Beratern 1950–1959, in: Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS. Hrsg. von Siegfried Suckut/Walter Süß. Berlin 1997, S. 51–72.

Ders.: Ernst Wollweber (1898–1967). Chefsaboteur der Sowjets und Zuchtmeister der Stasi, in: Dieter Krüger/Armin Wagner (Hrsg.): Konspiration als Beruf. Deutsche Geheimdienstchefs im Kalten Krieg. Berlin 2003, S. 179–206.

Ernst, Anna-Sabine: „Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus." Ärzte und medizinische Hochschullehrer in der SBZ/DDR 1945–1961. Münster 1997.

Fässler, Peter E.: Durch den „Eisernen Vorhang". Die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen 1949–1969. Köln u. a. 2006.

Feldman, Gerald D.: Economic and Social Problems of the German Demobilization 1918–19, in: Journal of Modern History 47 (1975), S. 1–23.

Ders.: Die Demobilmachung und die Sozialordnung der Zwischenkriegszeit in Europa, in: GG 9 (1983), S. 156–177.

Ders.: Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914 bis 1918. Berlin/Bonn 1985.

Ders.: Hugo Stinnes. Biographie eines Industriellen 1870–1924. München 1998.

Feldman, Gerald D./Kolb, Eberhard/Rürup, Reinhard: Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des 1. Weltkrieges (1917–1920), in: PVS 13 (1972), S. 84–105.

Feldman, Gerald D./Steinisch, Irmgard: Industrie und Gewerkschaften 1918–1924. Die überforderte Zentralarbeitsgemeinschaft. Stuttgart 1985.

Fest, Joachim C.: Hitler. Eine Biographie. Frankfurt a. M./Berlin 1973.

Feth, Andrea: Hilde Benjamin – eine Biographie. Berlin 1997.

Feucht, Stefan: Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik 1918–1933. Frankfurt a. M. 1998.

Fiedler, Gudrun: Nicht mehr Land und doch Region (1945–1989), in: Die Braunschweigische Landesgeschichte. Jahrtausendrückblick einer Region. Hrsg. von Horst-Rüdiger Jarck und Gerhard Schildt. Braunschweig 2000, S. 1119–1170.

Fischer, Holger (unter Mitarbeit von Konrad Gündisch): Eine kleine Geschichte Ungarns. Frankfurt a. M. 1999.

Fischer-Rosenthal, Wolfram/Alheit, Peter (Hrsg.): Biographien in Deutschland. Soziologische Rekonstruktionen gelebter Gesellschaftsgeschichte. Opladen 1995.

Flocken, Jan v./Scholz, Michael F.: Ernst Wollweber. Saboteur – Minister – Unperson. Berlin 1994.

Förtsch, Eckart: Wissenschafts- und Technologiepolitik in der DDR, in: Naturwissenschaft und Technik in der DDR. Hrsg. von Dieter Hoffmann. Berlin 1997, S. 17–33.

Foitzik, Jan: Die Bildung des Kominform-Büros 1947 im Lichte neuer Quellen, in: ZfG 40 (1992), S. 1109–1126.

Ders.: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion. Berlin 1999.

Ders.: Ostmitteleuropa zwischen 1953 und 1956. Sozialer Hintergrund und politischer Kontext der Entstalinisierungskrise, in: Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953–1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand. Politische, militärische, soziale und nationale Dimensionen. Hrsg. und eingeleitet von Jan Foitzik. Paderborn u. a. 2001, S. 21–54.

Ders.: Sowjetische Hegemonie und Ostintegration der DDR, in: Vor dem Mauerbau. Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre. Hrsg. von Dierk Hoffmann, Michael Schwartz und Hermann Wentker. München 2003, S. 39–57.

Frank, Mario: Walter Ulbricht. Eine deutsche Biografie. Berlin 2001.

Frank, Rüdiger: Die DDR und Nordkorea. Der Wiederaufbau der Stadt Hamhung von 1954–1962. Aachen 1996.

Frei, Norbert: Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945. München ^{5}1997.

Frevert, Ute: Neue Politikgeschichte: Konzepte und Herausforderungen, in: Ute Frevert/Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.): Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung. Frankfurt a. M./New York 2005, S. 7–26.

Fricke, Karl Wilhelm: Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945–1968. Bericht und Dokumentation. Köln ^{2}1990.

Fricke, Karl Wilhelm/Engelmann, Roger: „Konzentrierte Schläge". Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956. Berlin 1998.

Fricke, Karl Wilhelm/Engelmann, Roger: Der „Tag X" und die Staatssicherheit. Bremen 2003.

Fricke, Karl Wilhelm: Markus Wolf (*1923). Drei Jahrzehnte Spionagechef des SED-Staates, in: Dieter Krüger/Armin Wagner (Hrsg.): Konspiration als Beruf. Deutsche Geheimdienstchefs im Kalten Krieg. Berlin 2003, S. 284–309.

Frie, Ewald: Wohlfahrtsstaat und Provinz. Fürsorgepolitik des Provinzialverbandes Westfalen und des Landes Sachsen 1880–1930. Paderborn 1993.

Fromm, Eberhard: Irrtümern auf der Spur – Impressionen zu Grotewohl-Bildern, in: Eberhard Fromm/Hans-Jürgen Mende: Vom Beitritt zur Vereinigung. Berlin 1993, S. 327–332.

Fuchs-Heinritz, Werner: Biographische Forschung. Eine Einführung in Praxis und Methoden. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Opladen 2000.

Führer, Karl Christian: Arbeitslosigkeit und die Entstehung der Arbeitslosenversicherung in Deutschland 1902–1927. Berlin 1990.

Gall, Lothar: Der Bankier Hermann Josef Abs. Eine Biographie. München 2005.

Gallus, Alexander: Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West 1945–1990. Düsseldorf 2001.

Ders.: Biographik und Zeitgeschichte, in: APUZ B 1/2 (2005), S. 40–46.

Gassert, Philipp: Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten. München 2006.

Gelberg, Karl-Ulrich: Hans Ehard. Die föderalistische Politik des bayerischen Ministerpräsidenten. Düsseldorf 1992.

Gestrich, Andreas: Einleitung: Sozialhistorische Biographieforschung, in: Biographie – sozialgeschichtlich. Sieben Beiträge. Hrsg. von Andreas Gestrich, Peter Knoch und Helga Merkel. Göttingen 1988, S. 5–28.

Gibas, Monika/Gries, Rainer: Die Inszenierung des sozialistischen Deutschland. Geschichte und Dramaturgie der Dezennienfeiern in der DDR, in: Wiedergeburten. Zur Geschichte der runden Jahrestage der DDR. Hrsg. von Monika Gibas, Rainer Gries, Barbara Jakoby und Doris Müller. Leipzig 1999, S. 11–40.

Giesecke, Hermann: Zur Schulpolitik der Sozialdemokraten in Preußen und im Reich 1918/19, in: VfZ 13 (1965), S. 162–177.

Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90. Berlin 2000.

Ders.: Erich Mielke (1907–2000). Revolverheld und oberster Tschekist, in: Dieter Krüger/Armin Wagner (Hrsg.): Konspiration als Beruf. Deutsche Geheimdienstchefs im Kalten Krieg. Berlin 2003, S. 237–263.

Gniss, Daniela: Der Politiker Eugen Gerstenmaier 1906–1986. Eine Biographie. Düsseldorf 2005.

Goerner, Martin Georg: Die Kirche als Problem der SED. Strukturen kommunistischer Herrschaftsausübung gegenüber der evangelischen Kirche 1945 bis 1958. Berlin 1997.

Görtemaker, Manfred: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart. München 1999.

Goschler, Constantin: Rudolf Virchow. Mediziner – Anthropologe – Politiker. Köln u. a. 2002.

Gosewinkel, Dieter: Adolf Arndt. Die Wiederbegründung des Rechtsstaates aus dem Geist der Sozialdemokratie (1945–1961). Bonn 1991.

Graf, Rüdiger: Die Zukunft der Weimarer Republik. Krisen und Zukunftsaneignungen in Deutschland 1918–1933. München 2008.

Grieder, Peter: The East German leadership 1946–1973. Conflict and crisis. Manchester/New York 1999.

Gries, Rainer: Die Rationen-Gesellschaft. Versorgungskampf und Vergleichsmentalitäten. Leipzig, München und Köln nach dem Kriege. Münster 1991.

Ders.: „Walter Ulbricht – das sind wir alle!" Inszenierungsstrategien einer charismatischen Kommunikation, in: Frank Möller (Hrsg.): Charismatische Führer der deutschen Nation. München 2004, S. 193–218.

Groh, Dieter/Brandt, Peter: „Vaterlandslose Gesellen". Sozialdemokratie und Nation 1860–1990. München 1992.

Grünewald, Wilhard: Die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz 1947. Anlaß und Scheitern eines gesamtdeutschen Unternehmens. Meisenheim am Glan 1971.

Grünthal, Günther: Reichsschulgesetz und Zentrumspartei in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1968.

Günther, Wolfgang: Parteien und Wahlen in Niedersachsen während der Weimarer Republik, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 54 (1982), S. 19–43.

Gundler, Bettina: Berufsschule und Berufsschulpolitik im Freistaat Braunschweig in der Weimarer Republik, in: Braunschweigisches Jahrbuch 73 (1992), S. 107–126.

Hampe, Eckhard: Zur Geschichte der Kerntechnik in der DDR von 1955 bis 1962. Die Politik der Staatspartei zur Nutzung der Kernenergie. Dresden 1996.

Händler-Lachmann, Barbara: „'n Wochenlohn die Miete". Arbeiterwohnen in Braunschweig vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, in: AfS 25 (1985), S. 159–181.

Harich, Wolfgang: Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Zur nationalkommunistischen Opposition 1956 in der DDR. Berlin 1993.

Harrison, Hope M.: Driving the Soviets up the Wall. Soviet-East German Relations, 1953–1961. Princeton 2003.

Harsch, Donna: German Social Democracy and the Rise of Nazism. Chapel Hill/London 1993.

Hartewig, Karin: Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR. Köln u. a. 2000.

Hehl, Ulrich von: Der deutsche Katholizismus nach 1945 in der zeitgeschichtlichen Forschung, in: Jochen-Christoph Kaiser/Anselm Doering-Manteuffel (Hrsg.): Christentum und politische Verantwortung. Kirchen im Nachkriegsdeutschland. Stuttgart u. a. 1990, S. 146–175.

Ders.: Nationalsozialistische Herrschaft. München 1996.

Heidemeyer, Helge: Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer. Düsseldorf 1994.

Heidenreich, Frank: Arbeiterkulturbewegung und Sozialdemokratie in Sachsen vor 1933. Weimar u. a. 1995.

Heider, Magdalena: Politik – Kultur – Kulturbund. Zur Gründungs- und Frühgeschichte des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands 1945–1954 in der SBZ/DDR. Köln 1993.

Heimann, Siegfried/Walter, Franz: Religiöse Sozialisten und Freidenker in der Weimarer Republik. Bonn 1993.

Heimann, Siegfried: Die Sonderentwicklung der SPD in Ost-Berlin 1945–1961, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland". Hrsg. vom Deutschen Bundestag. Bd. II/3: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung. Baden-Baden/Frankfurt a. M. 1995, S. 1648–1688.

Ders.: Im Osten schikaniert, im Westen vergessen? Ostberliner Sozialdemokraten in den frühen fünfziger Jahren, in: Sterben für Berlin? Die Berliner Krisen 1948 : 1958. Hrsg. von Burghard Ciesla, Michael Lemke, Thomas Lindenberger. Berlin 1999, S. 153–168.

Heimkehr 1948. Hrsg. von Annette Kaminsky. München 1998.

Hennig, Diethard: Johannes Hoffmann. Sozialdemokrat und Bayerischer Ministerpräsident. Biographie. München 1990.

Hentschel, Volker: Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1880–1980. Soziale Sicherung und kollektives Arbeitsrecht. Frankfurt a. M. 1983.

Ders.: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben. München/Landsberg am Lech 1996.

Henzler, Christoph: Fritz Schäffer (1945–1967). Eine biographische Studie zum ersten bayerischen Nachkriegs-Ministerpräsidenten und ersten Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland. München 1994.

Herbert, Ulrich: Best. Biographische Studie über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989. Bonn 1996.

Ders.: Drei politische Generationen im 20. Jahrhundert, in: Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert. Hrsg. von Jürgen Reulecke unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner. München 2003, S. 95–114.

Herbst, Andreas/Ranke, Winfried/Winkler, Jürgen: So funktionierte die DDR. Bd. 2: Lexikon der Organisationen und Institutionen. Reinbek 1994.

Herbstritt, Georg: Ein Weg der Verständigung? Die umstrittene Deutschland- und Ostpolitik des Reichskanzlers a. D. Dr. Joseph Wirth in der Zeit des Kalten Krieges (1945/51–1955). Frankfurt a. M. u. a. 1993.

Héritier, Adrienne (Hrsg.): Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung. Opladen 1993.

Herlemann, Beatrix/Sommer, Karl-Ludwig: Widerstand, Alltagsopposition und Verfolgung unter dem Nationalsozialismus in Niedersachsen. Ein Literatur- und Forschungsüberblick, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 60 (1988), S. 229–298.

Herlemann, Beatrix: Bäuerliche Verhaltensweisen unter dem Nationalsozialismus in niedersächsischen Gebieten, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 62 (1990), S. 59–75.

Dies.: „Der Bauer klebt am Hergebrachten." Bäuerliche Verhaltensweisen unterm Nationalsozialismus auf dem Gebiet des heutigen Niedersachsen. Hannover 1993.

Dies.: Biographisches Lexikon niedersächsischer Parlamentarier 1919–1945. Hannover 2004.

Herrmann, Volker: Vom Arbeitsmarkt zum Arbeitseinsatz. Zur Geschichte der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung 1929 bis 1939. Frankfurt a. M. 1993.

Herzog, Gerd: Schwäche als Stärke: Bargaining Power im RGW. Berlin 1998.

Heuer, Lutz: Wilhelm Meißner (1899–1994). Sozialdemokratischer Kommunalpolitiker in Königsberg – aktiv im Widerstand gegen den Faschismus – Persönlicher Mitarbeiter von Otto Grotewohl – Diplomat der DDR. Berlin 2006.

Heydemann, Günther: Die Innenpolitik der DDR. München 2003.

Hilger, Andreas: Von Banden und Klassenfeinden: Stalins Tschekisten in Deutschland 1945–1955, in: Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955. Hrsg. von Andreas Hilger, Mike Schmeitzner und Clemens Vollnhals. Göttingen 2006, S. 143–167.

Hockerts, Hans Günter: Integration der Gesellschaft. Gründungskrise und Sozialpolitik in der frühen Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Sozialreform 32 (1986), S. 25–41.

Ders.: Grundlinien und soziale Folgen der Sozialpolitik in der DDR, in: Sozialgeschichte der DDR. Hrsg. von Hartmut Kaelble u. a. Stuttgart 1994, S. 519–544.

Ders.: Einführung, in: Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts. Hrsg. von Hans Günter Hockerts unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner. München 2004, S. VII–XV.

Hodge, Carl Cavanagh: Three ways to lose a republic. The electoral politics of the Weimar SPD, in: European History Quarterly 17 (1987), S. 165–193.

Hodos, Georg Hermann: Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948–54. Berlin 1990.

Hölscher, Lucian: Die verschobene Revolution. Zur Generierung historischer Zeit in der deutschen Sozialdemokratie vor 1933, in: Utopie und politische Herrschaft in der Zwischenkriegszeit. Hrsg. von Wolfgang Hartwig unter Mitarbeit von Philip Cassier. München 2003, S. 219–231.

Hömig, Herbert: Brüning. Politiker ohne Auftrag. Zwischen Weimarer und Bonner Republik. Paderborn u. a. 2005.

Hörster-Philipps, Ulrike: Joseph Wirth 1879–1956. Eine politische Biographie. Paderborn 1998.

Hoffmann, Dierk: Sozialpolitische Neuordnung in der SBZ/DDR. Der Umbau der Sozialversicherung 1945–1956. München 1996.

Ders.: Kontinuität und Wandel beim Aufbau der ostdeutschen Sozialversicherung 1945–1947, in: Erobert oder befreit? Deutschland im internationalen Kräftefeld und die Sowje-

tische Besatzungszone (1945/46). Hrsg. von Hartmut Mehringer, Michael Schwartz und Hermann Wentker. München 1999, S. 263–286.

Ders.: Sozialistische Rentenreform? Die Debatte über die Verbesserung der Altersversorgung in der DDR 1956/57, in: Geschichte und Gegenwart der Rentenversicherung in Deutschland. Beiträge zur Entstehung, Entwicklung und vergleichenden Einordnung der Alterssicherung im Sozialstaat. Hrsg. von Stefan Fisch und Ulrike Haerendel. Berlin 2000, S. 293–309.

Ders.: Aufbau und Krise der Planwirtschaft. Die Arbeitskräftelenkung in der SBZ/DDR 1945 bis 1963. München 2002.

Ders.: Die DDR unter Ulbricht. Gewaltsame Neuordnung und gescheiterte Modernisierung. Zürich 2003.

Ders.: Grotewohl als Vermittler? Zum Krisenmanagement der SED-Machtelite 1953, in: Bispinck, Hendrik/Danyel, Jürgen/Hertle, Hans Hermann/Wentker, Hermann (Hrsg.): Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus. Berlin 2004, S. 97–112.

Ders.: 1987 – Honecker in Bonn. Deutsch-deutsche Spitzentreffen 1947–1990, in: Udo Wengst/Hermann Wentker (Hrsg.): Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz. Berlin 2008, S. 333–356.

Ders./Schwartz, Michael: Politische Rahmenbedingungen, in: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Bd. 8: 1949–1961, Deutsche Demokratische Republik. Im Zeichen des Aufbaus des Sozialismus. Hrsg. von Dierk Hoffmann und Michael Schwartz. Baden-Baden 2004, S. 1–71.

Ders./Schwartz, Michael: Gesellschaftliche Strukturen und sozialpolitische Handlungsfelder, in: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Bd. 8: 1949–1961, Deutsche Demokratische Republik. Im Zeichen des Aufbaus des Sozialismus. Hrsg. von Dierk Hoffmann und Michael Schwartz. Baden-Baden 2004, S. 73–157.

Hoppe, Bert: In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933. München 2007.

Horstmann, Thomas: Logik der Willkür. Die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle in der SBZ/DDR von 1948 bis 1958. Köln u. a. 2002.

Hubert, Peter: Uniformierter Reichstag. Die Geschichte der Pseudo-Volksvertretung 1933–1945. Düsseldorf 1992.

Hübner, Peter: Norm, Normalität, Normalisierung: Quellen und Ziele eines gesellschaftspolitischen Paradigmenwechsels im sowjetischen Block um 1970, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien Nr. 28/29, Januar 2003, S. 24–40.

Hürter, Johannes: Wilhelm Groener. Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928–1932). München 1993.

100 Jahre LVA Braunschweig. Eine Chronik der Landesversicherungsanstalt Braunschweig. Braunschweig [1990].

Hurwitz, Harold: Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945. 4 Bde. Köln 1983–1990.

Ders.: Die Stalinisierung der SED. Zum Verlust von Freiräumen und sozialdemokratischer Identität in den Vorständen 1946–1949. Opladen 1997.

Ihme-Tuchel, Beate: Das ‚nördliche Dreieck'. Die Beziehungen zwischen der DDR, der Tschechoslowakei und Polen in den Jahren 1954 bis 1962. Köln 1994.

Dies.: Die DDR und die Deutschen in Polen: Handlungsspielräume und Grenzen ostdeutscher Außenpolitik 1948–1961. Berlin 1997.

Jäckel, Hartmut: Menschen in Berlin. Das letzte Telefonbuch der alten Reichshauptstadt 1941. Stuttgart/München ^{2}2001.

Jäger, Manfred: Kultur und Politik in der DDR 1945–1990. Köln 1995.

Jansen, Dorothea/Schubert, Klaus (Hrsg.): Netzwerke und Politikproduktion. Konzepte, Methoden, Perspektiven. Marburg 1995.

Jarausch, Konrad: Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945–1995. München 2004.

Jarck, Horst-Rüdiger/Schildt, Gerhard (Hrsg.): Die Braunschweigische Landesgeschichte. Jahrtausendrückblick einer Region. Braunschweig 2000.

Jodl, Markus: Amboss oder Hammer? Otto Grotewohl. Eine politische Biographie. Berlin 1997.

Kaden, Albrecht: Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 1945/46. Hannover 1964.

Kaiser, Jochen-Christoph: Arbeiterbewegung und organisierte Religionskritik. Proletarische Freidenkerverbände in Kaiserreich und Weimarer Republik. Stuttgart 1981.

Kaiser, Monika: Die Zentrale der Diktatur – organisatorische Weichenstellungen, Strukturen und Kompetenzen der SED-Führung in der SBZ/DDR 1946 bis 1952, in: Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien. Hrsg. von Jürgen Kocka. Berlin 1993, S. 57–86.

Dies.: „Es muß demokratisch aussehen ..." Moskau und die Gleichschaltung des Parteiensystems in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1944/45–1948/49, in: Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944–1949. Hrsg. von Stefan Creuzberger und Manfred Görtemaker. Paderborn u.a. 2002, S. 265–299.

Karlsch, Rainer: Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–1953. Berlin 1993.

Ders.: Der Traum vom Öl – zu den Hintergründen der Erdölsuche in der DDR, in: VSWG 80 (1993), S. 63–87.

Ders.: Die Auswirkungen der Reparationsentnahmen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in der SBZ/DDR, in: Jürgen Schneider/Wolfgang Harbrecht (Hrsg.): Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933–1993). Stuttgart 1996, S. 139–172.

Ders.: Wirtschaftliche Belastungen durch bewaffnete Organe, in: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit". Hrsg. vom Deutschen Bundestag. Bd. III/2: Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. Baden-Baden/Frankfurt a. M. 1999, S. 1500–1584.

Ders./Bähr, Johannes: Die Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) in der SBZ/DDR. Bildung, Struktur und Probleme ihrer internen Entwicklung, in: Mikropolitik im Unternehmen. Arbeitsbeziehungen und Machtstrukturen in industriellen Großbetrieben des 20. Jahrhunderts. Hrsg. von Karl Lauschke und Thomas Welskopp. Essen 1994, S. 214–255.

Ders./Laufer, Jochen (Hrsg.): Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944–1949. Hintergründe, Ziele und Wirkungen. Berlin 2002.

Ders./Zeman, Zbynek: Urangeheimnisse. Das Erzgebirge im Brennpunkt der Weltpolitik 1933–1960. Berlin 2002.

Kastning, Alfred: Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Koalition und Opposition 1919–1923. Paderborn 1970.

Keiderling, Gerhard: Wir sind die Staatspartei. Die KPD-Bezirksorganisation Groß-Berlin April 1945 – April 1946. Berlin 1997.

Ders.: Scheinpluralismus und Blockparteien. Die KPD und die Gründung der Parteien in Berlin 1945, in: VfZ 45 (1997), S. 257–296.

Kershaw, Ian: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick. Reinbek 1988.

Ders.: Hitler. 2 Bde. Stuttgart 1998/2000.

Kessel, Martina: Westeuropa und die deutsche Teilung. Englische und französische Deutschlandpolitik auf den Außenministerkonferenzen von 1945 bis 1947. München 1989.

Kielmansegg, Peter Graf: Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland. Berlin 2000.

Klawitter, Nils: Die Rolle der ZKK bei der Inszenierung von Schauprozessen in der SBZ/DDR. Die Verfahren gegen die „Textilschieber" von Glauchau-Meerane und die „Wirtschaftssaboteure" der Deutschen Continental-Gas-AG, in: Die Hinterbühne politischer Strafjustiz in den frühen Jahren der SBZ/DDR. Hrsg. von Jutta Braun u. a. Berlin 1997, S. 24–57.

Klein, Christian (Hrsg.): Grundlagen der Biographik. Theorie und Praxis des biographischen Schreibens. Stuttgart/Weimar 2002.

Klein, Thomas: „Für die Einheit und Reinheit der Partei". Die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht. Köln u. a. 2002.

Klenke, Dietmar: Die SPD-Linke in der Weimarer Republik. Eine Untersuchung zu den regionalen organisatorischen Grundlagen und zur politischen Praxis und Theoriebildung des linken Flügels der SPD in den Jahren 1922–1932. 2 Bde. Münster 1983.

Klenke, Dietmar/Lilje, Peter/Walter, Franz: Arbeitersänger und Volksbühnen in der Weimarer Republik. Bonn 1992.

Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955. Bonn ^{4}1986.

Ders.: Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte, in: APUZ B 29/30 (1993), S. 30–41.

Ders.: Arbeiter im „Arbeiterstaat" DDR. Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell und westdeutsches Magnetfeld (1945 bis 1971). Bonn 2007.

Ders./Stöver, Bernd (Hrsg.): 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa. Köln u. a. 1999.

Klimó, Árpád von: Ungarn seit 1945. Göttingen 2006.

Klotz, Katharina: Foto – Montage – Plakat. Zur politischen Ikonographie der „sozialistischen Sichtagitation" in der frühen DDR, in: Die DDR im Bild. Zum Gebrauch der Fotografie im anderen deutschen Staat. Hrsg. von Karin Hartewig und Alf Lüdtke. Göttingen 2004, S. 29–49.

Klotzbach, Kurt: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965. Berlin 1982.

Kluge, Ulrich: Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19. Göttingen 1975.

Knopp, Guido F.: Einigungsdebatte und Einigungsaktion in SPD und USPD 1917–1920. Unter besonderer Berücksichtigung der „Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie". Diss. Würzburg 1975.

Koch-Baumgarten, Sigrid: Von der Textilarbeiterin zur stellvertretenden Volkskammerpräsidentin. Grete Groh-Kummerlöw – eine weibliche Karriere in der DDR, in: IWK 37 (2001), S. 212–227.

Kocka, Jürgen: Struktur und Persönlichkeit als methodologisches Problem der Geschichtswissenschaft, in: Michael Bosch (Hrsg.): Persönlichkeit und Struktur in der Geschichte. Historische Bestandsaufnahme und didaktische Implikationen. Düsseldorf 1977, S. 152–169.

Ders.: Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918. Göttingen ^{2}1978.

Ders.: Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Hermann Weber zum 75. Geburtstag, in: DA 36 (2003), S. 764–769.

Kocka, Jürgen/Nipperdey, Thomas: Theorie und Erzählung in der Geschichte. München 1979.

Könke, Günter: Organisierter Kapitalismus, Sozialdemokratie und Staat. Eine Studie zur Ideologie der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik (1924–1932). Stuttgart 1987.

Ders.: Planwirtschaft oder Marktwirtschaft? Ordnungspolitische Vorstellungen sozialdemokratischer Nationalökonomen in der Weimarer Republik, in: VSWG 77 (1990), S. 457–487.

Kössler, Till: Abschied von der Revolution. Kommunisten und Gesellschaft in Westdeutschland 1945–1968. Düsseldorf 2005.

Kösters, Christoph: Die katholischen Bischöfe und der 17. Juni 1953, in: VfZ 54 (2006), S. 269–298.

Kohli, Martin (Hrsg.): Soziologie des Lebenslaufs. Darmstadt/Neuwied 1978.

Kohli, Martin/Robert, Günther (Hrsg.): Biographie und soziale Wirklichkeit. Stuttgart 1984.

Kolb, Eberhard: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918 bis 1919. Frankfurt u. a. ^{2}1978.

Ders.: Die Weimarer Republik. 6., überarbeitete und erweiterte Auflage. München 2002.

Kos, Franz-Josef: Politische Justiz in der DDR. Der Dessauer Schauprozess vom April 1950, in: VfZ 44 (1996), S. 395–429.

Kowalczuk, Ilko-Sascha: Frost nach dem kurzen Tauwetter. Opposition, Repressalien und Verfolgungen 1956/57 in der DDR. Eine Dokumentation, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 1997, S. 167–215.

Kraus, Elisabeth: Ministerien für das ganze Deutschland? Der Alliierte Kontrollrat und die Frage gesamtdeutscher Zentralverwaltungen. München 1990.

Dies.: Die Familie Mosse. Deutsch-jüdisches Bürgertum im 19. und 20. Jahrhundert. München 1999.

Krohn, Claus-Dieter/Schumacher, Martin (Hrsg.): Exil und Neuordnung. Beiträge zur verfassungspolitischen Entwicklung in Deutschland nach 1945. Düsseldorf 2000.

Krüger, Joachim: Das erste Jahrzehnt der Beziehungen, in: ders. (Hrsg.): Beiträge zur Geschichte der Beziehungen der DDR und der VR China. Erinnerungen und Untersuchungen. Münster u. a. 2002, S. 65–111.

Kubina, Michael: „In einer solchen Form, die nicht erkennen lässt, worum es sich handelt ...“ Zu den Anfängen der parteieigenen Geheim- und Sicherheitsapparate der KPD/SED nach dem Zweiten Weltkrieg, in: IWK 32 (1996), S. 340–374.

Ders.: Der Aufbau des zentralen Parteiapparates der KPD 1945–1946, in: Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht. Hrsg. von Manfred Wilke. Berlin 1998, S. 49–117.

Ders.: „Was in dem einen Teil verwirklicht werden kann mit Hilfe der Roten Armee, wird im anderen Teil Kampffrage sein.“ Zum Aufbau des zentralen Westapparates der KPD/SED, in: ebenda, S. 413–500.

Kühr, Rüdiger: Die Reparationspolitik der UdSSR und die Sowjetisierung des Verkehrswesens der SBZ. Eine Untersuchung der Entwicklung der Deutschen Reichsbahn 1945–1949. Bochum 1996.

Küppers, Heinrich: Weimarer Schulpolitik in der Wirtschafts- und Staatskrise der Republik, in: VfZ 28 (1980), S. 20–46.

Kupfer, Torsten/Rother, Bernd: Der Weg zur Spaltung. Die Ursachen der Richtungskämpfe in der Deutschen Sozialdemokratie 1890–1920 am Beispiel der Länder Anhalt und Braunschweig, in: IWK 29 (1993), S. 139–177.

Lang, Jochen von: Erich Mielke. Eine deutsche Karriere. Berlin 1991.

Langewiesche, Dieter: Politik – Gesellschaft – Kultur. Zur Problematik von Arbeiterkultur und kulturellen Arbeiterorganisationen in Deutschland nach dem 1. Weltkrieg, in: AfS 22 (1982), S. 359–402.

Laufer, Jochen: Auf dem Wege zur staatlichen Verselbständigung der SBZ. Neue Quellen zur Münchener Konferenz der Ministerpräsidenten 1947, in: Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien. Hrsg. von Jürgen Kocka. Berlin 1993, S. 27–55.

Ders.: Das Ministerium für Staatssicherheit und die Wahlfälschungen bei den ersten Wahlen in der DDR, in: APUZ B 5 (1993), S. 17–30.

Ders.: Die Verfassungsgebung in der SBZ 1946–1949, in: APUZ B 32/33 (1998), S. 29–41.

Lehnert, Detlef: Sozialdemokratie und Novemberrevolution. Die Neuordnungsdebatte 1918/19 in der politischen Publizistik von SPD und USPD. Frankfurt a. M./New York 1983.

Lemke, Michael: Der Nahe Osten, Indien und die Grotewohlreise von 1959. Zur Anerkennungspolitik der DDR in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, in: asien – afrika – lateinamerika 20 (1993), S. 1027–1042.

Ders.: Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt. Berlin 1995.

Ders.: Die infiltrierte Sammlung. Ziele, Methoden und Instrumente der SED zur Formierung einer bürgerlichen Opposition in der Bundesrepublik 1949–1957, in: Tilman Meyer (Hrsg.): „Macht das Tor auf". Jakob-Kaiser-Studien. Berlin 1996, S. 171–234.

Ders.: Otto Grotewohl (1894–1964), in: Deutsche Politiker 1949–1969. Bd. 1. Hrsg. von Torsten Oppelland. Darmstadt 1999, S. 83–93.

Ders.: Prinzipien und Grundlagen der Außenbeziehungen der DDR in der Konstituierungsphase des DDR-Außenministeriums 1949–1951, in: Ders. (Hrsg.): Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953). Köln u. a. 1999, S. 233–274.

Ders.: Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961. Köln u. a. 2001.

Lenger, Friedrich: Werner Sombart 1863–1934. Eine Biographie. München 1995.

Lentz, Manfred: Die Wirtschaftsbeziehungen DDR – Sowjetunion 1945–1961. Eine politologische Analyse. Opladen 1979.

Leugers-Scherzberg, August H.: Die Wandlungen des Herbert Wehner. Von der Volksfront zur Großen Koalition. Berlin/München 2002.

Lewek, Peter: Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung in der Weimarer Republik 1918–1927. Stuttgart 1992.

Lindenberger, Thomas/Sabrow, Martin: Zwischen Verinselung und Europäisierung: Die Zukunft der DDR-Geschichte, in: DA 37 (2004), S. 123–127.

Loeding, Matthias: Führungsanspruch und Einheitsdrang. Der Zentralausschuss der SPD im Jahre 1945. Hamburg 2002.

Ders.: Der Zentralausschuss (ZA) der SPD und das Aktionseinheitsabkommen zwischen KPD und SPD vom 19. Juni 1945, in: BzG 2002, S. 19–36.

Ders.: Politischer Führungsanspruch, Reichs- und Parteieinheit. Zur Rede Otto Grotewohls auf dem 1. Bezirksparteitag der SPD Leipzig am 26. August 1945, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2006/I, S. 86–97.

Ders.: Politische Weichenstellung im Vorfeld der SED-Gründung. Der Zentralausschuss der SPD, Kurt Schumacher und die sozialdemokratischen Konferenzen in Wennigsen und Hannover am 5./6. Oktober 1945, in: DA 39 (2006), S. 841–850.

Lösche, Peter/Walter, Franz: Auf dem Weg zur Volkspartei? Die Weimarer Sozialdemokratie, in: AfS 29 (1989), S. 75–136.

Dies.: Zur Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Niedergang der Klassenkultur oder solidargemeinschaftlicher Höhepunkt?, in: GG 15 (1989), S. 511–536.

Dies.: Die SPD. Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung. Darmstadt 1992.

Lokatis, Siegfried: Der rote Faden. Kommunistische Parteigeschichte und Zensur unter Walter Ulbricht. Köln u. a. 2003.

Loth, Wilfried: Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte. Berlin 1993.

Ludewig, Hans-Ulrich: Arbeiterbewegung und Aufstand. Eine Untersuchung zum Verhalten der Arbeiterparteien in den Aufstandsbewegungen der frühen Weimarer Republik 1920–1923. Husum 1978.

Ders.: Industriearbeiterschaft und Organisation. Die Arbeitergeschichte im Herzogtum Braunschweig 1890–1905, in: Moderne Braunschweigische Geschichte. Hrsg. von Werner Pöls und Klaus Erich Pollmann. Hildesheim u. a. 1982, S. 150–174.

Ders.: Das Herzogtum Braunschweig im Ersten Weltkrieg. Wirtschaft – Gesellschaft – Staat. Langenhagen 1984.

Ders.: Die Spaltung der Braunschweiger SPD im 1. Weltkrieg, in: Braunschweigs Arbeiterschaft 1890–1950. Braunschweig 1988, S. 37–50.

Ders.: Von der Gerichtsklage zur Betriebsschließung. Konflikte in der Braunschweiger Metallindustrie 1918/19, in: IWK 25 (1989), S. 157–174.

Ders.: Nationalsozialismus als Protestbewegung. Machteroberung und Machtstabilisierung in Braunschweig, in: Schicht – Protest – Revolution in Braunschweig 1292 bis 1947/48. Beiträge zu einem Kolloquium der Technischen Universität Braunschweig, des Instituts für Sozialgeschichte und des Kulturamtes der Stadt Braunschweig vom 26. bis 28. Oktober 1992. Hrsg. von Birgit Pollmann unter wissenschaftlicher Mitarbeit von Annette Boldt-Stülzebach. Braunschweig 1995, S. 175–196.

Ders.: Der Erste Weltkrieg und die Revolution (1914–1918/19), in: Die Braunschweigische Landesgeschichte. Jahrtausendrückblick einer Region. Hrsg. von Horst-Rüdiger Jarck und Gerhard Schildt. Braunschweig 2000, S. 915–944.

Ders.: Das Land Braunschweig im Dritten Reich (1933–1945), in: ebenda, S. 981–1024.

Ders./Kuessner, Dietrich: „Es sei also jeder gewarnt". Das Sondergericht Braunschweig 1933–1945. Braunschweig 2000.

Lütjen, Torben: Karl Schiller (1911–1994). „Superminister" Willy Brandts. Bonn 2007.

Luz, Rudolf: KPD, Weimarer Staat und politische Einheit der Arbeiterbewegung in der Nachkriegskrise 1919–1922/23. Ein Beitrag zur Krisen-, Staats- und Strategiediskussion der KPD und zur Analyse der politischen Spaltung der Arbeiterbewegung in den Anfangsjahren der Weimarer Republik. Konstanz 1987.

Maas, Rainer: Unruhige Gesellen: Das Hutmacherhandwerk in Braunschweig und im Deutschen Bund, in: ZfG 48 (2000), S. 581–606.

Mählert, Ulrich: Die Freie Deutsche Jugend 1945–1949. Von den „Antifaschistischen Jugendausschüssen" zur SED-Massenorganisation. Die Erfassung der Jugend in der Sowjetischen Besatzungszone. Paderborn 1995.

Ders.: „Die Partei hat immer recht!" Parteisäuberungen als Kaderpolitik in der SED (1948–1953), in: Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hrsg.): Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953. Paderborn u. a. 1998, S. 351–457.

Ders.: Der „Fall Lohagen" und der Machtkampf im SED-Politbüro zur Jahreswende 1951/52, in: JHK 2008, S. 131–145.

Mählert, Ulrich/Stephan, Gerd-Rüdiger: Blaue Hemden – Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend. Opladen 1996.

Mählert, Ulrich/Wilke, Manfred: Die DDR-Forschung – ein Auslaufmodell? Die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur seit 1989, in: DA 37 (2004), S. 465–474.

Mai, Gunther: Das Ende des Kaiserreichs. Politik und Kriegführung im Ersten Weltkrieg. München 1987.

Ders.: Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945–1948. Alliierte Einheit – deutsche Teilung? München 1995.

Maier, Charles S.: Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus. Frankfurt a. M. 1999.

Major, Patrick: The Death of the KPD. Communism and Anti-Communism in West Germany, 1945–1956. Oxford 1997.

Mallmann, Klaus-Michael: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung. Darmstadt 1996.

Malycha, Andreas: Der Zentralausschuss der SPD und der gesellschaftspolitische Neubeginn im Nachkriegsdeutschland, in: ZfG 38 (1990), S. 581–595.

Ders.: Der Zentralausschuss, Kurt Schumacher und die Einheit der SPD, in: BzG 33 (1991), S. 182–193.

Ders.: Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950. Berlin 1996.

Ders.: Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953. Paderborn 2000.

Ders.: „Wir haben erkannt, daß die Oder-Neiße-Grenze die Friedensgrenze ist". Die SED und die neue Ostgrenze 1945 bis 1951, in: DA 33 (2000), S. 193–207.

Marin, Bernd/Mayntz, Renate (Hrsg.): Policy Networks. Empirical Evidence and Theoretical Considerations. Frankfurt a. M. u. a. 1991.

Matthiesen, Helge: Zwei Radikalisierungen – Bürgertum und Arbeiterschaft in Gotha 1918–1923, in: GG 21 (1995), S. 32–62.

Matz, Klaus-Jürgen: Reinhold Maier (1889–1971). Eine politische Biographie. Düsseldorf 1989.

M. d. R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation. Mit einem Forschungsbericht zur Verfolgung deutscher und ausländischer Parlamentarier im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich. Hrsg. von Martin Schumacher. 3., erheblich erweiterte und überarbeitete Auflage. Düsseldorf 1994.

Mehringer, Hartmut: Widerstand und Emigration. Das NS-Regime und seine Gegner. München 1997.

Meibeyer, Wolfgang: Die Landesnatur. Territorium – Lage – Grenzen, in: Die Braunschweigische Landesgeschichte. Jahrtausendrückblick einer Region. Hrsg. von Horst-Rüdiger Jarck und Gerhard Schildt. Braunschweig 2000, S. 21–44.

Meier, Christian: Die Faszination des Biographischen, in: Interesse an der Geschichte. Hrsg. von Frank Niess. Frankfurt a. M./New York 1989, S. 100–111.

Melis, Damian van: Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern. Herrschaft und Verwaltung 1945–1948. München 1999.

Melis, Damian van/Bispinck, Henrik (Hrsg.): „Republikflucht". Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961. München 2006.

Mergel, Thomas: Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag. Düsseldorf 2002.

Ders.: Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: GG 28 (2002), S. 574–606.

Merseburger, Peter: Der schwierige Deutsche: Kurt Schumacher. Eine Biographie. Stuttgart 1995.

Ders.: Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist. Stuttgart/München 2002.

Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989. Frankfurt a. M. 1992.

Mevius, Martin: Agents of Moscow. The Hungarian Communist Party and the Origins of Socialist Patriotism 1941–1953. Oxford 2005.

Meyer, Christoph: Herbert Wehner. Biographie. München ²2006.

Miller, Susanne: Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920. Düsseldorf 1978.

Mittag, Jürgen: Wilhelm Keil (1870–1968). Sozialdemokratischer Parlamentarier zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik. Eine politische Biographie. Düsseldorf 2001.

Möller, Frank: Einführung. Zur Theorie des charismatischen Führers im modernen Nationalstaat, in: Ders. (Hrsg.): Charismatische Führer der deutschen Nation. München 2004, S. 1–18.

Möller, Horst: Parlamentarismus in Preußen 1919–1932. Düsseldorf 1985.

Möllers, Heiner: Reichswehrminister Otto Geßler. Eine Studie zu „unpolitischer" Militärpolitik in der Weimarer Republik. Frankfurt a. M. 1998.

Mommsen, Hans: Generationenkonflikt und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, in: Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert. Hrsg. von Jürgen Reulecke unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner. München 2003, S. 115–126.

Moraw, Frank: Die Parole der „Einheit" und die Sozialdemokratie. Zur parteiorganisatorischen und gesellschaftspolitischen Orientierung der SPD in der Periode der Illegalität und in der ersten Phase der Nachkriegszeit 1933–1948. Bonn 1973.

Morgan, David W.: The Socialist Left and the German Revolution. A History of the German Independent Social Democratic Party, 1917–1922. Ithaca/London 1975.

Morré, Jörg: Hinter den Kulissen des Nationalkomitees. Das Institut 99 in Moskau und die Deutschlandpolitik der UdSSR 1943–1946. München 2001.

Morsch, Günter: Arbeit und Brot. Studien zu Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft 1933–1936/37. Frankfurt a. M. u. a. 1993.

Morsey, Rudolf: Heinrich Lübke. Eine politische Biographie. Paderborn u. a. 1996.

Ders.: Die Bundesrepublik Deutschland bis 1969. 5., durchgesehene Auflage. München 2007.

Mühlfriedel, Wolfgang/Wießner, Klaus: Die Geschichte der Industrie der DDR bis 1965. Berlin (Ost) 1989.

Mühlhausen, Walter: Friedrich Ebert 1871–1925. Reichspräsident der Weimarer Republik. Bonn 2006.

Müller, Hans-Peter: „Parteiministerien" als Modell politisch zuverlässiger Verwaltungsapparate. Eine Analyse der Protokolle der SED-Innenministerkonferenzen 1946–1948, in: Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht. Hrsg. von Manfred Wilke. Berlin 1998, S. 337–411.

Müller, Josef: Die Gesamtdeutsche Volkspartei. Entstehung und Politik unter dem Primat nationaler Wiedervereinigung 1950–1957. Düsseldorf 1990.

Müller, Reinhard (unter Mitwirkung von Natalija Mussijenko): „Wir kommen alle dran." Säuberungen unter den deutschen Politemigranten in der Sowjetunion (1934–1938), in: Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hrsg.): Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953. Paderborn u. a. 1998, S. 121–166.

Ders.: Herbert Wehner. Moskau 1937. Hamburg 2004.

Müller, Werner: Die Gründung der SED – Alte Kontroversen und neue Positionen um die Zwangsvereinigung 1946, in: JHK 1996, S. 163–180.

Müller-Enbergs, Helmut: Der Fall Rudolf Herrnstadt. Tauwetterpolitik vor dem 17. Juni. Berlin 1991.

Ders.: Wilhelm Zaisser (1893–1958). Vom königlich-preußischen Reserveoffizier zum ersten Chef des MfS, in: Dieter Krüger/Armin Wagner (Hrsg.): Konspiration als Beruf. Deutsche Geheimdienstchefs im Kalten Krieg. Berlin 2003, S. 32–60.

Muth, Ingrid: Die DDR-Außenpolitik 1949–1972. Inhalte, Strukturen, Mechanismen. Berlin 2000.

Naimark, Norman M.: Die Russen in Deutschland. Die Sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949. Berlin 1997.

Niedbalski, Bernd: Deutsche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission (DWK). Ansätze zur zentralen Wirtschaftsplanung in der SBZ 1945–1948, in: VfZ 33 (1985), S. 456–477.

Niemann, Hans-Werner: Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Niedersachsens während der Weimarer Republik, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 54 (1982), S. 45–64.

Noakes, Jeremy: The Nazi Party in Lower Saxony 1921–1933. Oxford 1971.

Nölting, Claudia: Erik Nölting. Wirtschaftsminister und Theoretiker der SPD (1892–1953). Essen 1989.

Nowak, Kurt: Zum historischen Ort der Kirchen in der DDR, in: Clemens Vollnhals (Hrsg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz. Berlin 1996, S. 9–28.

Ders.: Staat ohne Kirche? Überlegungen zur Entkirchlichung der evangelischen Bevölkerung im Staatsgebiet der DDR, in: Gert Kaiser/Ewald Frie (Hrsg.): Christen, Staat und Gesellschaft in der DDR. Frankfurt a. M./New York 1996, S. 23–43.

Obenaus, Herbert: Probleme der Erforschung des Widerstands in der hannoverschen Sozialdemokratie 1933 bis 1945, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 62 (1990), S. 77–95.

Obermann, Hilke: Zur Biographie von Dr. Heinrich Jasper (1930–45). Braunschweig 1962.

Oppelland, Torsten: Gerhard Schröder (1910–1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession. Düsseldorf 2002.

Orth, Karin: Die Konzentrationslager-SS. Sozialstrukturelle Analysen und biographische Studien. Göttingen 2000.

Otto, Wilfriede: Erich Mielke – Biographie. Aufstieg und Fall eines Tschekisten. Berlin 2000.

Overesch, Manfred: Die Einbürgerung Hitlers, in: VfZ 40 (1992), S. 543–566.

Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR. Hrsg. von Dieter Vorsteher. München/Berlin 1996.

Peukert, Detlev J. K.: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne. Frankfurt a. M. 1987.

Pfeil, Ulrich: Die „anderen" deutsch-französischen Beziehungen. Die DDR und Frankreich 1949–1990. Köln u. a. 2004.

Philippi, Hans: Preußen und die braunschweigische Thronfolgefrage 1866–1913. Hildesheim 1966.

Pietrzynski, Ingrid: Der 17. Juni 1953 im Rundfunk der DDR. Ursachen, Verlauf und Folgen, in: Klaus Arnold/Christoph Classen (Hrsg.): Zwischen Pop und Propaganda. Radio in der DDR. Berlin 2004, S. 113–129.

Plamper, Jan: „Die Hitler kommen und gehen ...", der Führer aber bleibt bestehen. Der Stalinkult in der SBZ/DDR, in: ZfG 55 (2007), S. 435–456.

Podewin, Norbert: Walter Ulbricht. Eine neue Biographie. Berlin 1995.

Ders.: Ebert und Ebert. Zwei deutsche Staatsmänner: Friedrich Ebert (1871–1925). Friedrich Ebert (1894–1979). Eine Doppelbiographie. Berlin 1999.

Pötzsch, Hansjörg: Das Braunschweigische Schützenwesen. 450 Jahre Geschichte der Braunschweigischen Schützengesellschaft 1545. Braunschweig 1995.

Pollack, Detlef: Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR. Stuttgart u. a. 1994.

Pollmann, Birgit: Zur Situation der Frauen im Herzogtum Braunschweig zwischen der Reichsgründung und dem 1. Weltkrieg, in: Moderne Braunschweigische Geschichte. Hrsg. von Werner Pöls und Klaus Erich Pollmann. Hildesheim u. a. 1982, S. 124–149.

Dies: Zum Verhältnis von Staat und Wirtschaft in Braunschweig, in: ebenda, S. 175–200.

Pollmann, Birgit/Ludewig, Hans-Ulrich: Nationalsozialistische Wirtschaftspolitik im Lande Braunschweig 1930–1939. Teil 1, in: Braunschweigisches Jahrbuch 65 (1984), S. 115–138.

Pollmann, Birgit/Ludewig, Hans-Ulrich: Nationalsozialistische Wirtschaftspolitik im Lande Braunschweig 1930–1939. Teil 2, in: Braunschweigisches Jahrbuch 66 (1985), S. 129–172.

Pollmann, Birgit: Sozialdemokratische Kommunalpolitik in Braunschweig 1919–1933, in: Braunschweigisches Jahrbuch 72 (1991), S. 165–184.

Pollmann, Klaus Erich: Von der bürgerlichen Repräsentation zu Minderheitsparteien. Liberalismus und Parteienentwicklung in Braunschweig 1880–1914, in: Bernd Rebe/Klaus Lompe/Rudolf von Thadden (Hrsg.): Idee und Pragmatik in der politischen Entscheidung. Alfred Kubel zum 75. Geburtstag. Bonn 1984, S. 289–300.

Ders.: Traditionen des Rechtsradikalismus im Raum Braunschweig, in: Bernd Weisbrod (Hrsg.): Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen. Hannover 1995, S. 231–255.

Ders.: Die Gunst der frühen Revolution: eine späte Last. Land und Stadt Braunschweig zwischen 1830 und 1918, in: Schicht – Protest – Revolution in Braunschweig 1292 bis 1947/48. Beiträge zu einem Kolloquium der Technischen Universität Braunschweig, des Instituts für Sozialgeschichte und des Kulturamtes der Stadt Braunschweig vom 26. bis 28. Oktober 1992. Hrsg. von Birgit Pollmann unter wissenschaftlicher Mitarbeit von Annette Boldt-Stülzebach. Braunschweig 1995, S. 153–163.

Ders.: Das Herzogtum im Kaiserreich (1871–1914), in: Die Braunschweigische Landesgeschichte. Jahrtausendrückblick einer Region. Hrsg. von Horst-Rüdiger Jarck und Gerhard Schildt. Braunschweig 2000, S. 821–854.

Pollmann, Klaus Erich/Ludewig, Hans-Ulrich: „Machtergreifung" im Freistaat Braunschweig, in: Niedersächsische Geschichte. Hrsg. von Bernd Ulrich Hucker, Ernst Schubert und Bernd Weisbrod. Göttingen 1997, S. 548–565.

Port, Andrew I.: Conflict and Stability in the German Democratic Republic. Cambridge 2007.

Pyta, Wolfram: Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1989.

Ders.: Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler. München 2007.

Raabe, Thomas: SED-Staat und katholische Kirche. Politische Beziehungen 1949–1961. Paderborn u. a. 1995.

Rebentisch, Dieter: Die deutsche Sozialdemokratie und die kommunale Selbstverwaltung. Ein Überblick über Programmdiskussion und Organisationsproblematik 1890–1975, in: AfS 25 (1985), S. 1–78.

Reichert, Mike: Kernenergiewirtschaft in der DDR. Entwicklungsbedingungen, konzeptioneller Anspruch und Realisierungsgrad (1955–1990). St. Katharinen 1999.

Der Reichsrat. Vertretung der deutschen Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Reichs 1919–1934. Ein biographisches Handbuch. Bearbeitet von Joachim Lilla. Düsseldorf 2006.

Richter, Michael: „Einer von beiden muß so bald wie möglich entfernt werden." Der Tod des sächsischen Ministerpräsidenten Rudolf Friedrichs vor dem Hintergrund des Konfliktes mit Innenminister Kurt Fischer 1947. Eine Expertise des Hannah-Arendt-Instituts im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei. Leipzig 1999.

Riemer, Jehuda: Fritz Perez Naphtali. Sozialdemokrat und Zionist. Gerlingen 1991.

Rink, Sigurd: Der Bevollmächtigte. Probst Grüber und die Regierung der DDR. Stuttgart u. a. 1996.

Riskær Steffensen, Henriette: Hans J. Reinowski (1900–1977). Schriftsteller und Redakteur, in: Exil in Dänemark. Deutschsprachige Wissenschaftler, Künstler und Schriftsteller im dänischen Exil nach 1933. Hrsg. von Willy Dähnhardt und Birgit S. Nielsen. Heide 1993, S. 615–621.

Ritter, Gerhard A.: Weder Revolution noch Reform. Die DDR im Krisenjahr 1956 und die Intellektuellen, in: Demokratie in Deutschland. Chancen und Gefährdungen im 19. und 20. Jahrhundert. Historische Essays. Hrsg. von Wolther von Kieseritzky und Klaus-Peter Sick. München 1999, S. 336–362.

Ders.: Über Deutschland. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte. München ^{2}2000.

Ders.: Die DDR in der deutschen Geschichte, in: VfZ 50 (2002), S. 171–200.

Rolka, Bodo/Spiess, Volker/Thieme, Bernhard (Hrsg.): Berliner Biographisches Lexikon. Berlin 1993.

Roloff, Ernst-August: Braunschweig und der Staat von Weimar. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 1918–33. Braunschweig 1964.

Ders.: Bürgertum und Nationalsozialismus 1930–33. Braunschweigs Weg ins Dritte Reich. Braunschweig 1980.

Roman, Eric: The Stalin Years in Hungary. Lewiston/New York u. a. 1999.

Rother, Bernd: Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig 1918 bis 1933. Bonn 1990.

Ders.: Otto Grotewohl (1894–1964). Biographische Skizze seiner Braunschweiger Jahre (1894–1933), in: IWK 28 (1992), S. 523–533.

Ders.: Revolution und Revolten in Braunschweig 1916–1923, in: Schicht – Protest – Revolution in Braunschweig 1292 bis 1947/48. Beiträge zu einem Kolloquium der Technischen Universität Braunschweig, des Instituts für Sozialgeschichte und des Kulturamtes der Stadt Braunschweig vom 26. bis 28. Oktober 1992. Hrsg. von Birgit Pollmann unter wissenschaftlicher Mitarbeit von Annette Boldt-Stülzebach. Braunschweig 1995, S. 165–174.

Ders.: Der Freistaat Braunschweig in der Weimarer Republik (1919–1933), in: Die Braunschweigische Landesgeschichte. Jahrtausendrückblick einer Region. Hrsg. von Horst-Rüdiger Jarck und Gerhard Schildt. Braunschweig 2000, S. 945–980.

Rödder, Andreas: Klios neue Kleider. Theoriedebatten um eine Kulturgeschichte der Politik in der Moderne, in: HZ 283 (2006), S. 657–688.

Ruchniewicz, Krzysztof: Entspannung in Deutschland und Europa? Die DDR und der Rapacki-Plan, in: DA 36 (2002), S. 595–605.

Rudloff, Michael (Hrsg.): „Solche Schädlinge gibt es auch in Leipzig." Sozialdemokraten und die SED. Frankfurt a. M. 1997.

Rudolph, Karsten: Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik 1871–1923. Köln u. a. 1995.

Rund, Jürgen: Ernährungswirtschaft und Zwangsarbeit im Raum Hannover 1914 bis 1923. Hannover 1992.

Sachße, Christoph/Tennstedt, Florian: Der Wohlfahrtsstaat im Nationalsozialismus. Stuttgart u. a. 1988.

Sandner, Günther: Die Natur und ihr Gegenteil. Politische Diskurse der sozialdemokratischen Kulturbewegung bis 1933/34. Frankfurt a. M. 1999.

Sattler, Friederike: Bündnispolitik als politisch-organisatorisches Problem des zentralen Parteiapparates der KPD 1945/46, in: Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht. Hrsg. von Manfred Wilke. Berlin 1998, S. 119–212.

SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. Im Auftrag des Arbeitsbereiches Geschichte und Politik der DDR an der Universität Mannheim und des Instituts für Zeitgeschichte München hrsg. von Martin Broszat und Hermann Weber. München 1990.

Schäfer, Bernd: Staat und katholische Kirche in der DDR. Köln u. a. 1998.

Schaefer, Rainer: SPD in der Ära Brüning. Tolerierung oder Mobilisierung? Handlungsspielräume und Strategien sozialdemokratischer Politik 1930–1932. Frankfurt a. M./New York 1990.

Schalück, Andreas: Eine Agentur der Kirchen im Staatsapparat? Otto Nuschke und die Hauptabteilung „Verbindung zu den Kirchen" 1949–1953. Berlin 1999.

Scheidemann, Christiane: Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau (1869–1928). Eine politische Biographie. Frankfurt a. M. 1998.

Schelz-Brandenburg, Till: Eduard Bernstein und Karl Kautsky. Entstehung und Wandlung des sozialdemokratischen Parteimarxismus im Spiegel ihrer Korrespondenz 1879 bis 1932. Köln 1992.

Schelm-Spangenberg, Ursula: Die Deutsche Volkspartei im Lande Braunschweig. Gründung, Entwicklung, soziologische Struktur, politische Arbeit. Braunschweig 1964.

Scherstjanoi, Elke: „Provisorium für längstens ein Jahr". Protokoll des Kolloquiums Die Gründung der DDR. Berlin 1993.

Dies.: „In 14 Tagen werden Sie vielleicht schon keinen Staat mehr haben." Vladimir Semenov und der 17. Juni 1953, in: DA 31 (1998), S, 907-937.

Dies.: SED-Agrarpolitik unter sowjetischer Kontrolle 1949-1953. München 2007.

Schevardo, Jennifer: Vom Wert des Notwendigen. Preispolitik und Lebensstandard in der DDR der fünfziger Jahre Stuttgart 2006.

Schieb, Christiane: Zur Biographie von Dr. Heinrich Jasper (1922-1939). Braunschweig 1962.

Schieder, Theodor: Strukturen und Persönlichkeiten in der Geschichte, in: Ders.: Geschichte als Wissenschaft. Eine Einführung. München/Wien 1965, S. 149-186.

Schieder, Wolfgang/Sellin, Volker (Hrsg.): Sozialgeschichte in Deutschland. Entwicklungen und Perspektiven im internationalen Zusammenhang. 4 Bde. Göttingen 1986/87.

Schildt, Gerhard: Das Wachstum der Braunschweiger Bevölkerung im 19. Jahrhundert, in: Brunswiek 1031 – Braunschweig 1981. Festschrift zur Ausstellung „Die Stadt Heinrichs des Löwen von den Anfängen bis zur Gegenwart". Hrsg. von Gerd Spies. Braunschweig 1981, S. 205-222.

Ders.: Tagelöhner, Gesellen, Arbeiter. Sozialgeschichte der vorindustriellen und industriellen Arbeiter in Braunschweig 1830-1880. Stuttgart 1986.

Ders.: Von der Restauration zur Reichsgründung (1815-1871), in: Die Braunschweigische Landesgeschichte. Jahrtausendrückblick einer Region. Hrsg. von Horst-Rüdiger Jarck und Gerhard Schildt. Braunschweig 2000, S. 751-786.

Ders.: Industrialisierung, in: Die Braunschweigische Landesgeschichte. Jahrtausendrückblick einer Region. Hrsg. von Horst-Rüdiger Jarck und Gerhard Schildt. Braunschweig 2000, S. 787-820.

Schirdewan, Karl: Aufstand gegen Ulbricht. Im Kampf um politische Kurskorrektur, gegen stalinistische, dogmatische Politik. Berlin 1994.

Schlegelmilch, Arthur: Hauptstadt im Zonendeutschland. Die Entstehung der Berliner Nachkriegsdemokratie 1945-1949. Berlin 1993.

Schmeitzner, Mike/Donth, Stefan: Die Partei der Diktaturdurchsetzung. KPD/SED in Sachsen 1945-1952. Köln u. a. 2002.

Schmeitzner, Mike: „Die Kommunistische Partei will nicht Oppositionspartei sein, sondern sie will Staatspartei sein." Die KPD/SED und das politische System der SBZ/DDR (1944-1950), in: Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945-1955. Hrsg. von Andreas Hilger, Mike Schmeitzner und Clemens Vollnhals. Göttingen 2006, S. 271-311.

Schmid, Günther/Wiebe, Nicola/Oschmiansky, Frank: Arbeitsmarktpolitik und Arbeitslosenversicherung, in: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Bd. 3: 1949-1957, Bundesrepublik Deutschland. Bewältigung der Kriegsfolgen, Rückkehr zur sozialpolitischen Normalität. Hrsg. von Günther Schulz. Baden-Baden 2005, S. 267-320.

Schmidt, Andreas: „... mitfahren oder abgeworfen werden." Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD in der Provinz Sachsen/im Land Sachsen-Anhalt 1945-1949. Münster 2004.

Schmidt, Jürgen: Sozialdemokratische und bürgerlich-nationale Milieus, Parteiführungen und Parteikarrieren in Erfurt (1871-1924), in: Parteien im Wandel. Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Rekrutierung – Qualifizierung – Karrieren. Hrsg. von Dieter Dowe, Jürgen Kocka und Heinrich August Winkler. München 1999, S. 229-267.

Schmiechen-Ackermann, Detlef: Nationalsozialismus und Arbeitermilieus. Der nationalsozialistische Angriff auf die proletarischen Wohnquartiere und die Reaktion in den sozialistischen Vereinen. Bonn 1998.

Ders.: Nationalsozialistische Herrschaft und der Widerstand gegen das NS-Regime in deutschen Großstädten. Eine Bilanz der lokal- und regionalgeschichtlichen Literatur in vergleichender Perspektive, in: AfS 38 (1998), S. 488–554.

Schmuhl, Hans-Walter: Die Herren der Stadt: Bürgerliche Eliten und städtische Selbstverwaltung in Nürnberg und Braunschweig vom 18. Jahrhundert bis 1918. Gießen 1998.

Ders.: Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsverwaltung in Deutschland 1871–2002. Zwischen Fürsorge, Hoheit und Markt. Nürnberg 2003.

Schneider, Michael: Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939. Bonn 1999.

Schneider, Michael C.: Bildung für neue Eliten. Die Gründung der Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten in der SBZ/DDR. Dresden 1998.

Schober, Volker: Der junge Schumacher 1895–1933. Bonn 2000.

Schönknecht, Thomas: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, in: SBZ-Handbuch, S. 734–747.

Scholtyseck, Joachim: Die Außenpolitik der DDR. München 2003.

Scholz, Michael F.: Bauernopfer der deutschen Frage: der Kommunist Kurt Viehweg im Dschungel der Geheimdienste. Berlin 1997.

Schröder, Heinz Wilhelm (Hrsg.): Lebenslauf und Gesellschaft. Zum Einsatz von kollektiven Biographien in der historischen Sozialforschung. Stuttgart 1985.

Ders.: Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933. Biographien – Chronik – Wahldokumentation. Ein Handbuch. Düsseldorf 1995.

Ders.: Politik als Beruf? Ausbildung und Karrieren von sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, in: Parteien im Wandel. Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Rekrutierung – Qualifizierung – Karrieren. Hrsg. von Dieter Dowe, Jürgen Kocka und Heinrich August Winkler. München 1999, S. 27–84.

Ders.: „Genosse Herr Minister": Sozialdemokraten in den Reichs- und Länderregierungen der Weimarer Republik 1918/19–1933, in: Historical Social Research 26 (2001), S. 4–87.

Schroeder, Klaus (unter Mitarbeit von Steffen Alisch): Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR. München 1998.

Schubert, Klaus: Politikfeldanalyse. Eine Einführung. Opladen 1991.

Schulze, Hagen: Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Frankfurt a. M. u. a. 1977.

Ders.: Stabilität und Instabilität in der politischen Ordnung von Weimar. Die Sozialdemokratischen Parlamentsfraktionen im Reich und in Preußen, in: VfZ 26 (1978), S. 419–432.

Ders.: Die Biographie in der „Krise der Geschichtswissenschaft", in: GWU 29 (1978), S. 508–518.

Schulze, Hans-Michael: In den Wohnzimmern der Macht. Das Geheimnis des Pankower „Städtchens". Berlin 2001.

Schumacher, Martin: Stabilität und Instabilität. Wahlentwicklung und Parlament in Baden und Braunschweig 1918–1933, in: Gesellschaft, Parlament und Regierung. Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland. Hrsg. von Gerhard A. Ritter. Düsseldorf 1974, S. 389–417.

Schumann, Dirk: Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918–1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg. Essen 2001.

Schuster, Kurt G. P.: Der Rote Frontkämpferbund 1924–1929. Beiträge zur Geschichte und Organisationsstruktur eines politischen Kampfbundes. Düsseldorf 1975.

Schwan, Heribert: Erich Mielke. Der Mann, der die Stasi war. München 1997.

Schwartz, Michael: Vertriebene und „Umsiedlerpolitik". Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945 bis 1961. München 2004.

Schwarz, Gudrun: Zur Gedenkstätte Ravensbrück, in: Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten. Hrsg. von Jürgen Danyel. Berlin 1995, S. 153–162.

Schwarz, Hans-Peter: Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949. Neuwied/Berlin 1966.

Ders.: Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952. Stuttgart ^{2}1986.

Ders.: Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967. Stuttgart 1991.

Ders.: Charismatische (Ver-)Führer, in: Totalitarismus und Demokratie 1 (2004), S. 15–33.

Schwarz, Wolfgang: Brüderlich entzweit. Die Beziehungen zwischen der DDR und der ČSSR 1961–1968. München 2004.

Schwießelmann, Christian: Die DDR-Länderkammer – Appendix, Feigenblatt oder Forum für Symbolpolitik?, in: DA 41 (2008), S. 48–58.

Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch. Hrsg. von Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan und Jürgen Winkler. Berlin 1997.

Simowitsch, Solveig: „... Werden als Wortbrüchige in die Geschichte der SPD eingehen ..." Sozialdemokratische Konvertiten. Wilhelm Höcker, Carl Moltmann, Otto Buchwitz und Heinrich Hoffmann. Berlin 2006.

Skyba, Peter: Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko. Jugend in der DDR und Jugendpolitik der SED 1949–1961. Köln u. a. 2000.

Smaldone, William: Rudolf Hilferding and the theoretical foundations of the German Social Democracy, 1902–33, in: Central European History 21 (1988), S. 267–299.

Soell, Hartmut: Exkurs: Zur Bedeutung der politischen Biographie für die zeitgeschichtliche Forschung, in: Ders.: Fritz Erler – Eine politische Biographie. Bd. II. Berlin/Bonn 1976, S. 987–1023.

Ders.: Helmut Schmidt 1918–1969. Vernunft und Leidenschaft. München ^{2}2004.

Ders.: Helmut Schmidt 1969 bis heute. Macht und Verantwortung. München 2008.

Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945–1950. Hrsg. von Sergej Mironenko u. a. Bd. 1: Studien und Berichte. Hrsg. und eingeleitet von Alexander von Plato. Bd. 2: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik. Eingeleitet und bearbeitet von Ralf Possekel. Berlin 1998.

Spilker, Dirk: The East German Leadership and the Division of Germany. Patriotism and Propaganda 1945–1953.Oxford 2006.

Spreen-Rauscher, Maria: Von der Sozialistischen Räterepublik zum Freistaat Braunschweig, in: Moderne Braunschweigische Geschichte. Hrsg. von Werner Pöls und Klaus Erich Pollmann. Hildesheim u. a. 1982, S. 201–226.

Springer, Philipp: Verbaute Träume. Herrschaft, Stadtentwicklung und Lebensrealität in der sozialistischen Industriestadt Schwedt. Berlin 2006.

Staritz, Dietrich: Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat. Erweiterte Neuauflage. München 1995.

Ders.: Geschichte der DDR. Erweiterte Neuausgabe. Frankfurt a. M. 1996.

Steiner, André: Zwischen Länderpartikularismus und Zentralismus. Zur Wirtschaftslenkung in der SBZ bis zur Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission im Juni 1947, in: APUZ B 49/50 (1993), S. 32–39.

Ders.: Sowjetische Berater in den zentralen wirtschaftsleitenden Instanzen der DDR in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, in: JHK 1993, S. 100–117.

Ders.: Wirtschaftliche Lenkungsverfahren in der Industrie der DDR Mitte der fünfziger Jahre. Resultate und Alternativen, in: Christoph Buchheim (Hrsg.): Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR. Baden-Baden 1995, S. 271–293.

Ders.: Vom Überholen eingeholt. Zur Wirtschaftskrise 1960/61 in der DDR, in: Sterben für Berlin? Die Berliner Krisen 1948 : 1958. Hrsg. von Burghard Ciesla, Michael Lemke, Thomas Lindenberger. Berlin 1999, S. 245–262.

Ders.: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR. München 2004.

Steininger, Rolf: Zur Geschichte der Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz 1947, in: VfZ 23 (1975), S. 375–453.

Stern, Carola: Ulbricht. Eine politische Biographie. Köln/Berlin (West) 1964.

Stöver, Bernd: Loyalität statt Widerstand. Die sozialistischen Exilberichte und ihr Bild vom Dritten Reich, in: VfZ 43 (1995), S. 437–471.

Ders.: Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische *Liberation Policy* im Kalten Krieg 1947–1991. Köln u. a. 2002.

Ders.: Otto John (1909–1997). Ein Widerstandskämpfer als Verfassungsschutzchef, in: Dieter Krüger/Armin Wagner (Hrsg.): Konspiration als Beruf. Deutsche Geheimdienstchefs im Kalten Krieg. Berlin 2003, S. 160–178.

Ders.: Der Kalte Krieg 1947–1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters. München 2007.

Stürmer, Michael: Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928. Düsseldorf 1967.

Stutz, Rüdiger: Die Bonner Republik wird rot. Walter Ulbrichts „Modell für Deutschland" zwischen Wunsch und Wirklichkeit, in: Der Tag X in der Geschichte. Erwartungen und Enttäuschungen seit tausend Jahren. Hrsg. von Enno Bünz, Rainer Gries und Frank Möller, Stuttgart 1997, S. 227–255.

Suckut, Siegfried: Die Gespräche zwischen FDP und LDPD im Jahre 1956. Vorgeschichte, Verlauf, DDR-interne Erwartungen und Reaktionen, in: Jahrbuch für Liberalismus-Forschung 4 (1992), S. 85–141.

Ders.: Innenpolitische Aspekte der DDR-Gründung. Konzeptionelle Differenzen, Legitimations- und Akzeptanzprobleme, in: DA 25 (1992), S. 370–384.

Ders.: „Wenn die Nation erhalten bleibt, werden alle administrativen Spaltungsmaßnahmen eines Tages zergehen und zerfallen." Zur Vorgeschichte der DDR-Gründung, in: Die Deutschlandfrage von Jalta und Potsdam bis zur staatlichen Teilung Deutschlands 1949. Berlin 1993, S. 117–186.

Ders.: „Als wir in den Hof unserer Haftanstalt fuhren, verstummte Genosse Fechner". Neues aus den Stasi-Akten zur Verhaftung und Verurteilung des ersten DDR-Justizministers, in: Roger Engelmann/Clemens Vollnhals (Hrsg.): Justiz im Dienste der Parteiherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR. Berlin 1999, S. 165–179.

Sühl, Klaus: SPD und öffentlicher Dienst in der Weimarer Republik. Die öffentlich Bediensteten in der SPD und ihre Bedeutung für die sozialdemokratische Politik 1918–1933. Opladen 1988.

Szöllösi-Janze, Margit: Fritz Haber 1868–1934. Eine Biographie. München 1998.

Tilly, Gerd-Eberhard: Schule und Kirche in Niedersachsen (1918–1933). Die Auseinandersetzungen um das Elternrecht und das Reichsschulgesetz in der Schulpolitik der niedersächsischen Kirchen im Weimarer Staat. Hildesheim 1987.

Tischner, Wolfgang: Katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945–1951. Paderborn u. a. 2001.

Uhl, Matthias: Richard Stahlmann (1891–1974). Ein Handlanger der Weltrevolution im Geheimauftrag der SED, in: Dieter Krüger/Armin Wagner (Hrsg.): Konspiration als Beruf. Deutsche Geheimdienstchefs im Kalten Krieg. Berlin 2003, S. 84–110.

Ders.: „Westberlin stellt also ein großes Loch inmitten unserer Republik dar". Die militärischen und politischen Planungen Moskaus und Ost-Berlins zum Mauerbau, in: Vor dem Mauerbau. Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre. Hrsg. von Dierk Hoffmann, Michael Schwartz und Hermann Wentker. München 2003, S. 311–330.

Ders.: Krieg um Berlin? Die sowjetische Militär- und Sicherheitspolitik in der zweiten Berlin-Krise 1958 bis 1962. München 2008.

Unger, Stefan: Eisen und Stahl für den Sozialismus. Modernisierungs- und Innovationsstrategien der Schwarzmetallurgie in der DDR von 1949 bis 1971. Berlin 2000.

Vestring, Sigrid: Die Mehrheitssozialdemokratie und die Entstehung der Reichsverfassung von Weimar 1918/1919. Münster 1987.

Vierneisel, Beatrice: Die Volksbefragung 1951, in: DA 40 (2007), S. 436–444.

Voges, Michael: Klassenkampf in der „Betriebsgemeinschaft". Die „Deutschland-Berichte" der Sopade (1934–1940) als Quelle zum Widerstand der Industriearbeiter im Dritten Reich, in: AfS 21 (1981), S. 329–383.

Vogtmeier, Andreas: Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Wiedervereinigung. Bonn 1996.

Voigt, Johannes H.: Die Indienpolitik der DDR. Von den Anfängen bis zur Anerkennung (1952–1972). Köln u. a. 2008.

Vorholt, Udo: Die Sowjetunion im Urteil des sozialdemokratischen Exils 1933–1945. Eine Studie des Exilparteivorstandes der SPD, des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes, der Sozialistischen Arbeiterpartei und der Gruppe Neu Beginnen. Frankfurt a. M. 1991.

Voßke, Heinz: Otto Grotewohl. Biographischer Abriß. Berlin (Ost) 1979.

Ders.: Otto Grotewohl. Leipzig 1979.

Wagner, Armin: Walter Ulbricht und die geheime Sicherheitspolitik der SED. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR und seine Vorgeschichte (1953–1971). Berlin 2002.

Wagner, Armin/Uhl, Matthias: BND contra Sowjetarmee. Westdeutsche Militärspionage in der DDR. Berlin 2007.

Walter, Franz: Sozialistische Akademiker- und Intellektuellenorganisationen in der Weimarer Republik. Bonn 1990.

Walter, Franz/Denecke, Viola/Regin, Cornelia: Sozialistische Gesundheits- und Lebensreformverbände. Bonn 1991.

Wassermann, Rudolf: Louis Levin. Braunschweiger Oberlandesgerichtspräsident 1922–1930. Eine biographische Skizze. Braunschweig 1988.

Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. 2 Bde. Frankfurt a. M. 1969.

Ders.: Geschichte der DDR. München ^{2}1986.

Ders.: Die DDR 1945–1990. 4., durchgesehene Auflage. München 2006.

Weber, Petra: Carlo Schmid 1896–1979. Eine Biographie. München 1996.

Dies.: Justiz und Diktatur. Justizverwaltung und politische Strafjustiz in Thüringen 1945–1961. München 2000.

Dies.: 1949/1955 – Thomas Mann in Frankfurt, Stuttgart und Weimar. Umstrittenes kulturelles Erbe und deutsche Kulturnation, in: Udo Wengst/Hermann Wentker (Hrsg.): Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz. Berlin 2008, S. 35–63.

Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.): Geschichte und Psychoanalyse. Frankfurt a. M. u. a. 1974.

Ders.: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 3: Von der „Deutschen Doppelrevolution" bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs 1849–1914. München 1995.

Ders.: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949. München 2003.

Ders.: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 5: Bundesrepublik und DDR 1949–1990. München 2008.

Weichlein, Siegfried: Multifunktionäre und Parteieliten in Katholizismus und Sozialdemokratie zwischen Kaiserreich und Republik, in: Parteien im Wandel. Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Rekrutierung – Qualifizierung – Karrieren. Hrsg. von Dieter Dowe, Jürgen Kocka und Heinrich August Winkler. München 1999, S. 183–209.

Weinke, Annette: Der Justizfall Kurt Müller und seine Bedeutung für die kommunistische Parteisäuberungswelle im geteilten Deutschland, in: ZfG 45 (1997), S. 293–310.

Welskopp, Thomas: Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz. Bonn 2000.

Wengst, Udo: Staatsaufbau und Regierungspraxis 1948–1953. Zur Geschichte der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland. Düsseldorf 1984.

Ders.: Thomas Dehler 1897–1967. Eine politische Biographie. München 1997.

Wentker, Hermann: „Kirchenkampf" in der DDR. Der Konflikt um die Junge Gemeinde 1950–1953, in: VfZ 42 (1994), S. 95–127.

Ders.: Die Einführung der Jugendweihe in der DDR: Hintergründe, Motive und Probleme, in: Hartmut Mehringer (Hrsg.): Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik. München 1995, S. 139–165.

Ders.: Die kirchenpolitische Abteilung der Ost-CDU: Organisation, Wirkungsweise und personelle Besetzung, in: Clemens Vollnhals (Hrsg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz. Berlin 1996, S. 159–189.

Ders.: Arbeiteraufstand, Revolution? Die Erhebungen von 1953 und 1989/90 in der DDR: ein Vergleich, in: DA 34 (2001), S. 385–397.

Ders.: Justiz in der SBZ/DDR 1945–1953. Transformation und Rolle ihrer zentralen Institutionen. München 2001.

Ders.: Ein deutsch-deutsches Schicksal. Der CDU-Politiker Helmut Brandt zwischen Anpassung und Widerstand, in: VfZ 49 (2001), S. 465–506.

Ders.: Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989. München 2007.

Ders.: 1954 – Kirchentag in Leipzig: Kontakte und wechselseitige Wahrnehmung der evangelischen Kirchen in Ost und West, in: Udo Wengst/Hermann Wentker (Hrsg.): Das doppelte Deutschland. Berlin 2008, S. 65–85.

Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon. Hrsg. von Helmut Müller-Enbergs, Jan Wielgohs und Dieter Hoffmann. Bonn 2000.

Werkentin, Falco: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Berlin 1995.

Ders.: Die politische Instrumentalisierung der Todesstrafe in der SBZ/DDR – Darstellung der justitiellen Praxis in der SBZ/DDR und Bilanz der Rehabilitierung von Verurteilten und deren Angehörigen in der Zeit nach 1990, in: Materialien der Enquete-Kommission ‚Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit'. Hrsg. vom Deutschen Bundestag. Bd. II/1: Strukturelle Leistungsfähigkeit des Rechtsstaats Bundesrepublik Deutschland bei der Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit – Opfer der SED-Diktatur/Elitenwechsel im öffentlichen Dienst/justitielle Aufarbeitung. Baden-Baden/Frankfurt a. M. 1999, S. 101–192.

Werum, Stefan Paul: Gewerkschaftlicher Niedergang im sozialistischen Aufbau. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) 1945 bis 1953. Göttingen 2005.

Wette, Wolfram: Gustav Noske. Eine politische Biographie. Düsseldorf 1987.

Wettig, Gerhard: Die Note vom 10. März 1952 im Kontext von Stalins Deutschland-Politik seit dem Zweiten Weltkrieg, in: Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen. Hrsg. von Jürgen Zarusky. München 2002, S. 139–196.

Ders.: Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963. Drohpolitik und Mauerbau. München 2006.

Ders.: Der Kreml und die Machtkämpfe in der SED-Führung 1953–1958, in: JHK 2008, S. 146–158.

Wheeler, Robert F.: Die „21 Bedingungen" und die Spaltung der USPD im Herbst 1920. Zur Meinungsbildung der Basis, in: VfZ 23 (1975), S. 117–154.

Ders.: USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution. Frankfurt a. M. 1975.

Widerstand als „Hochverrat" 1933–1945. Die Verfahren gegen deutsche Reichsangehörige vor dem Reichsgericht, dem Volksgerichtshof und dem Reichskriegsgericht. Erschließungsband zur Mikrofiche-Edition. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte bearbeitet von Jürgen Zarusky und Hartmut Mehringer. München 1998.

Wierling, Dorothee: Erzieher und Erzogene. Zu Generationsprofilen in der DDR der 60er Jahre, in: Karl-Christian Lammers/Axel Schildt/Detlef Siegfried (Hrsg.): Die 60er Jahre. Politik, Gesellschaft und Kultur in den beiden deutschen Staaten. Hamburg 2000, S. 624–641.

Wilke, Manfred/Voigt, Tobias: Opposition gegen Ulbricht – Konflikte in der SED-Führung in den fünfziger Jahren, in: Widerstand und Opposition in der DDR. Hrsg. von Klaus-Dietmar Henke, Peter Steinbach und Johannes Tuchel. Köln u. a. 1999, S. 211–240.

Winkler, Heinrich August: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924. Berlin/Bonn ^{2}1985.

Ders.: Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930. Berlin/Bonn ^{2}1988.

Ders.: Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933. Berlin/Bonn 1987.

Ders.: Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie. München 1993.

Ders.: Der lange Weg nach Westen. Bd. 1: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reichs bis zum Untergang der Weimarer Republik München 2000.

Ders.: Der lange Weg nach Westen. Bd. 2: Deutsche Geschichte vom ‚Dritten Reich' bis zur Wiedervereinigung. München 2000.

Winkler, Jürgen: Die soziale Basis der sozialistischen Parteien in Deutschland vom Ende des Kaiserreichs bis zur Mitte der Weimarer Republik 1912–1924, in: AfS 29 (1989), S. 137–171.

Wirsching, Andreas: Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich. München 1999.

Ders.: „Hauptfeind Sozialdemokratie" oder „Antifaschistische Aktion"? Die Politik von KPD und Komintern in der Endphase der Weimarer Republik, in: Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland. Hrsg. von Heinrich August Winkler. München 2002, S. 105–130.

Ders.: Politische Generationen, Konsumgesellschaft, Sozialpolitik, in: Strukturmerkmale der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Hrsg. von Anselm Doering-Manteuffel unter Elisabeth Müller-Luckner. München 2006, S. 43–64.

Wittwer, Wolfgang W.: Die sozialdemokratische Schulpolitik in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur politischen Schulgeschichte im Reich und in Preußen. Berlin (West) 1980.

Wobst, Martina: Die Kulturbeziehungen zwischen der DDR und der VR China 1949–1990. Kulturelle Diversität und politische Positionierung. Münster 2004.

Wöller, Roland: Der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands 1952–1975. Zur politischen und wissenschaftlichen Diskussion der wirtschaftlichen Wiedervereinigung. Düsseldorf 2004.

Wolfrum, Edgar: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart 2006.

Wolkow, Wladimir K.: Die deutsche Frage aus Stalins Sicht (1947–1952), in: ZfG 48 (2000), S. 20–49.

Wolle, Stefan: Die SPD in Ostberlin (1946–1961), in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland". Hrsg.

vom Deutschen Bundestag. Bd. II/4: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung. Baden-Baden/Frankfurt a. M. 1995, S. 2941–2993.

Wolowicz, Ernst: Linksopposition in der SPD der Weimarer Zeit. 2 Bde. Bonn 1982.

Wright, Jonathan: Gustav Stresemann 1878–1929. Weimars größter Staatsmann. München 2006.

Wysocki, Gerhard: Die Geheime Staatspolizei im Land Braunschweig. Polizeirecht und Polizeipraxis im Nationalsozialismus. Frankfurt a. M./New York 1997.

Zank, Wolfgang: Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945–1949. Probleme des Wiederaufbaus in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. München 1987.

Zarusky, Jürgen: Die deutsche Sozialdemokratie und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen 1917–1933. München 1992.

Ziemann, Benjamin: Front und Heimat. Ländliche Kriegserfahrungen im südlichen Bayern 1914–1923. Essen 1997.

Ders.: Republikanische Kriegserinnerung in einer polarisierten Öffentlichkeit. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als Veteranenverband der sozialistischen Arbeiterschaft, in: HZ 267 (1998), S. 357–398.

Personenverzeichnis

Die Seitenangaben beziehen sich in der Regel nur auf den Haupttext. Verweise auf Fußnoten wurden nur dann aufgenommen, wenn sie entweder weitere biographische Angaben oder inhaltliche Sachzusammenhänge enthalten.

Abusch, Alexander 423, 425f.
Acker, Heinrich 353, 372
Ackermann, Anton 206f., 211, 220, 225, 253, 258, 300, 328, 344, 406, 541
Adenauer, Konrad 14, 279, 292, 355, 376, 381, 423f., 514–516, 519, 538, 563, 567, 572, 574–582, 584, 588, 590–592, 594f., 598–600, 602, 606, 621, 651, 665
Albrecht, Prinz von Preußen 21
Allemann, Fritz René 651
Antrick, Otto 48, 76, 83f., 86
Appelt, Rudolf 340
Ardenne, Manfred von 443–445
Arendsee, Martha 141
Attlee, Clement R. 242
Aufhäuser, Siegfried 140
Augstein, Rudolf 573

Bach, Johann Sebastian 422
Bandelow, Karl 549
Baranow, L. S. 315
Barczatis, Elli 9, 394–396, 548–551
Barker, R. W. 254
Bartel, Walter 275
Bartels, Elise 133
Bartels, Wolfgang 165f.
Barth, Willi 416f., 517
Barthel, Walter 447
Baudissin, Wolf Graf von 424
Bebel, August 22f., 387
Becher, Johannes R. 403, 430f., 439, 450
Beethoven, Ludwig van 256, 422f., 445
Behnke, Erich 353
Behrens, Friedrich (Fritz) 507, 555
Behrens, Otto 46f.
Beling, Walter 264
Benary, Arne 555
Benjamin, Hilde 4, 379
Berija, Lawrenti P. 307, 376, 461, 539, 542, 554, 620
Bernstein, Richard 136
Biermann, Wolf 425
Bierut, Bolesław 625, 627
Binz, Alfred 463, 491, 493
Bismarck, Otto von 21, 150, 163
Blank, Theodor 423f.
Blasius, Oskar 57, 64f., 78, 160
Blecha, Kurt 400
Blücher, Franz 573, 641
Bock, Siegfried 635
Bockler, Erich 175f., 180f., 184, 186, 472
Böhme, Ernst 162, 165
Böttge, Bruno 231, 249
Bokow, Fjodor J. 207, 231, 247, 254f., 299, 321, 338
Bolz, Lothar 378, 389, 583, 627, 631, 633f., 637
Bracke, Wilhelm 22f.
Brandes, Albert 53, 84, 151
Brandes, Heino 28, 123, 168, 272, 277
Brandt, Heinz 560
Brandt, Helmut 361–363, 366, 384, 471
Braun, Otto 133, 170
Brauns, Heinrich 135
Brecht, Bertolt 432, 436f., 450
Breitscheid, Rudolf 346
Brentano, Heinrich von 642
Brey, August 140
Brill, Hermann 205f., 225, 233, 579
Brillke, Erwin 340
Bringmann 632
Brüning, Heinrich 143f., 229, 589
Brugsch, Theodor 371
Brundert, Willi 470f.
Bruschke, Werner 220, 516
Buchwitz, Otto 4, 183, 220, 233, 243f., 249, 273, 446, 530–532, 553
Bulganin, Nikolai A. 376, 476, 600, 612f., 622, 635
Burgold, Otto 133
Burmeister, Friedrich 378
Busch, Ernst 437
Buschmann, Hugo 229
Byrnes, James F. 293, 352

Cartal, Gottlieb 165f.
Chen Yi 637
Chruschtschow, Nikita S. 399, 438, 480–482, 486f., 542, 552–554, 558, 562, 597f., 603–607, 612f., 620–622, 632, 635, 638, 643, 665
Churchill, Winston S. 251
Crispien, Artur 73
Cyrankiewicz, Józef 625, 629f.

Däumig, Ernst 73
Dahlem, Franz 211, 213, 253, 258, 260f., 263f., 270, 284, 304f., 340, 377, 572, 582f., 659
Dahrendorf, Gustav 2, 199–203, 206–209, 211, 222f., 229f., 235, 237, 240f., 243, 248f., 251, 253f., 278f., 304, 488, 654f., 657
Dahrendorf, Lord Ralf 2
Dedekind, Alfred 90, 124
Dehler, Thomas 561, 563
Dertinger, Georg 363, 365, 372, 378, 381, 384, 499, 576, 627
Dibelius, Otto 511–515, 518, 522, 524, 576
Dieckmann, Johannes 361, 365f., 379, 472, 573, 576
Dimitroff, Georgi 311, 375
Dräger, Egon 394
Dulles, John F. 594
du Roi 136

Ebert, Friedrich jun. (1894–1979) 3, 198, 209, 261, 264f., 271, 273, 321, 421, 442, 538, 540–542, 562, 587, 650, 659
Eckardt, Karl 38, 80
Eggerath, Werner 304, 397, 416, 418, 433f., 526, 546
Ehard, Hans 286
Ehlers, Hermann 576
Eisermann, Ludwig 271, 395–401, 446, 550, 609, 622, 660
Eisler, Gerhart 382, 400
Eisler, Hanns 425
Elser, Georg 190
Ende, Lex 287
Engels, Friedrich 298, 350, 357
Erdmann, Henri 53
Erhard, Ludwig 642
Ernst August (1845–1923), Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg 20f., 37, 127
Ernst August (1887–1953), Herzog von Cumberland, Herzog von Braunschweig 21
Erpenbeck, Fritz 425f.
Erzberger, Matthias 64, 75

Fabisch, Ruth 379
Fasshauer, Minna 38
Fechner, Max 114, 198f., 202, 204, 206, 209, 213, 220, 223, 225f., 236f., 240, 243, 246, 249, 251, 253, 255, 258, 264, 271, 273, 283, 291, 306, 311, 313, 315, 324, 340, 351, 378, 542, 658
Fette, Christian 578
Feuchtwanger, Lion 432, 439
Fichte, Johann Gottlieb 61
Field, Noël 264, 435
Fischer, Ernst 434
Fischer, Franz 188, 198
Florin, Wilhelm 260
Franco, Francisco 263, 268
Frankenberg und Ludwigsdorf, Gerhard von 89
Franzen, Anton 152–154
Freund, Walter 406
Frick, Wilhelm 143, 154
Friedemann 494
Friedensburg, Ferdinand 325, 487
Friedrichs, Rudolf 325, 397
Fritsch, Max 492f.
Fröhlich, August 322
Fröhlich, Paul 268f.
Fuchs, Georg 146

Gandhi, Mahatma 308, 641
Gareis, Karl 75
Gebhardt, Willy 421
Gehlen, Reinhard 548
Gehrke, Robert 39, 41
Geiger, Herta 185f.
Geiger, Theodor 186
Genzen, Albert 84
Gerecke, Gustav 38, 46, 74, 77f., 121
Germer, Karl J. 198–200, 240f., 249
Gerstenmeier, Eugen 590
Geschke, Ottomar 206
Gessner, Herbert 290
Geyer, Fritz 394, 397f., 400, 413
Girnus, Wilhelm 423, 425f.
Globke, Hans 573
Glücksmann, Anselm 407
Gniffke, Erich W. 9, 166–168, 175–180, 182–188, 191, 198–201, 203f., 206–209, 211f., 217, 222, 229–231, 234f., 241, 249, 251, 253, 258, 264, 271, 273, 276, 283f., 291, 304–307, 340, 358, 654, 657f.
Gniffke, Gert 306
Gniffke, Lisbeth 185
Göring, Bernhard 199, 213
Göring, Hermann 143
Görsch, Vera 394
Goethe, Johann Wolfgang von 345, 348–350, 422, 664
Götting, Gerald 275
Goldenbaum, Ernst 378, 415
Gomułka, Władysław 629
Gotsche, Otto 399, 573
Gottwald, Klement 588, 625
Gräf, Hugo 276
Grauel, Willi 182
Gregor, Kurt 480

Grischin, Iwan T. 613
Gromyko, Andrej A. 650
Grone, Hans-Udo von 128
Grotewohl, Hans 36, 168, 189, 191, 197, 216, 305, 321, 446, 635
Grotewohl, Heinrich Friedrich Wilhelm 17, 25
Grotewohl, Johanna (geb. Danielzig) 1, 145, 395
Grotewohl, Louise Wilhelmine (geb. Helwich) 17
Grotewohl, Marie Martha Luise (geb. Ohst) 18, 25–29, 36, 138, 189, 197, 272
Grotewohl, Wilhelmine Margarete Mathilde 17
Groza, Petru 310
Grüber, Heinrich 472, 511, 551
Grünbaum, Kurt 511, 517
Gruenther, Alfred M. 424

Haas, Wilhelm 600
Händel, Georg Friedrich 425
Hager, Kurt 268f., 412
Hamann, Karl 378, 384, 497–499
Hampe, August 71, 84, 89
Handke, Georg 378, 463
Hanka, Ernst 158
Harich, Wolfgang 431, 437f., 558f.
Harnisch, Hermann 199
Hartz, Gustav 150
Haubach, Theodor 137
Heilmann, Ernst 133
Heine, Fritz 219, 223
Heine, Heinrich 425
Heinemann, Gustav 515, 582
Heinze, Hildegard 362, 372
Heiss, Kurt 445f.
Hennecke, Adolf 337
Henselmann, Hermann 446
Hermes, Andreas 211, 234
Hermsdorf, Hans 241
Herrnstadt, Rudolf 538, 540–543, 572, 659
Herter, Christian Archibald 605
Hertwig, Manfred 558
Herwegen, Leo 471
Hesse, Hermann 439
Heusinger, Adolf 424
Heuss, Theodor 14, 583
Heym, Stefan 437f.
Heymann, Stefan 441, 514, 628
Hickmann, Hugo 365, 381, 383f.
Hilferding, Rudolf 73
Hindenburg, Paul von 257
Hitler, Adolf 143, 163, 165, 190–192, 203f., 214, 219, 257, 265, 268f., 348, 375, 423f., 528, 577f.
Hoch, Gustav 140
Hocotz 197
Höcker, Wilhelm 4
Hoffmann, Heinrich 4, 145, 167, 169, 205, 249
Hoffmann, Johannes 595
Holtzhauer, Helmut 430, 432
Honecker, Erich 4, 25, 35, 268f., 349, 519, 522, 540, 552, 559, 560f., 572, 607
Hüttenrauch, Willy 501
Hugenberg, Alfred 143
Husung 148, 160

Iljitschow, Iwan I. 512

Jahn, Rudolf 473
Jameljanow, W. S. 486f.
Janka, Walter 438f., 558
Jarosiewicz 628
Jasper, Heinrich 40, 44–51, 55f., 62, 64, 68, 70, 79, 84, 86f., 90–92, 97–101, 105–108, 111f., 116, 120, 122, 125–134, 148f., 151f., 154, 159f., 162f., 165, 167, 169, 171f.
Jeczmionka 492
Jendretzky, Hans 191, 206, 541
Johann Albrecht, Herzog von Mecklenburg-Schwerin 21
John, Otto 552
Judin, Pawel F. 540
Junke, August 38, 46, 81, 83, 85
Junke, Paul 54, 74, 77f., 122f., 146, 165, 167
Just, Gustav 558

Kabin 618
Kaefer, Rudolf 80, 84f., 97f.
Kaganowitsch, Lasar M. 376
Kaisen, Carl Wilhelm 288, 294
Kaiser, Jakob 211, 291, 324, 356, 516, 573, 579, 590
Kamps, Otto 497
Kapp, Wolfgang 48, 51, 591
Karsten, August 258, 264
Kassem, Abdel Karim 640f.
Kastner, Hermann 378, 384, 389, 406
Katukow, Michail J. 344
Keil, Wilhelm 138
Kern, Käthe 199, 258, 264, 273, 352, 363, 379
Kim Ir Sen 635
Kirchner, G. 28
Klagges, Dietrich 153–162, 165, 170
Kleikamp, Karl 200
Klingelhöfer, Gustav 198, 208–210, 213, 215, 226, 229–231, 235, 240–242, 248, 253, 302, 304, 332, 655, 657, 661

Klingenberg, Otto 172
Knothe, Wilhelm 224
Kobulow, Bogdan S. 461f., 477
Koch, Karl 52
Koch, Waldemar 211
Koelle, Fritz 346
Koenen, Bernhard 309, 613
Koenen, Wilhelm 353, 582
König, Johannes 600, 612f.
Kolb, Walter 283, 656
Korn 401
Kostrupp 595
Kotikow, Alexander G. 230–232, 279
Kowal, Konstantin I. 324
Kriedemann, Herbert 222
Krosse, Arno 75
Kubel, Alfred 282
Kuckhoff, Greta 379
Kuczynski, Jürgen 330, 440–443
Küchenthal, Werner 152, 156
Kühne 175
Külz, Wilhelm 211, 358
Kundermann, Äenne 627
Kunst, Hermann 511
Kusmin, Michail R. 480
Kusnezow, Wassili W. 618

Lampka, Erwin 393
Landsberg, Otto 136
Lange, Ernst 418
Lange, Fritz 403, 470, 474
Langhoff, Thomas 425
Langhoff, Wolfgang 435, 451
Laurenz, Karl 548–551
Leber, Julius 137
Lehmann, Helmut 199f., 203, 206, 209, 211, 213, 232, 236, 253, 255, 258, 261, 264f., 271, 273, 276, 279, 306, 327f., 352f., 383f., 465, 503f., 658f., 663
Lehr, Robert 519
Leisner, Willi 517
Lemmer, Ernst 211, 291, 324, 356
Lenin, Wladimir I. 72, 75, 260–263, 267f., 306f., 314, 541
Lessing, Gotthold Ephraim 348, 425
Leuschner, Bruno 265f., 309, 325, 473f., 479, 484, 501, 509
Liebknecht, Karl 37, 43, 260
Liebknecht, Wilhelm 22f.
Lieutenant, Artur 211
Liszt, Franz von 425
Litke, Karl 199, 213, 232
Lobedanz, Reinhold 381
Loch, Hans 363, 378, 389, 413, 447, 626
Löbe, Paul 209, 220
Löhr, Rudolf 84, 86
Loeper, Wilhelm Friedrich 162
Ludendorf, Erich 163
Lübbe, Erich 209
Lüttwitz, Walther von 48, 51 591
Luther, Hans 111
Luther, Martin 228
Luxemburg, Rosa 43, 260, 267

Maercker, Georg 44, 51
Maetzig, Kurt 257
Maier, Reinhold 563
Malenkow, Georgij M. 376, 480, 542, 620, 648
Malzew, Andrej M. 414
Mann, Erika 439
Mann, Heinrich 432
Mann, Katja 439
Mann, Thomas 432
Mao Zedong 635f., 638
Mark, Hans 441
Maron, Karl 517, 546
Marosán, György 309
Marquordt, Gerhard 90, 101, 121, 125–128, 130–133, 151
Marshall, George C. 482, 568
Marx, Karl 347f., 350
Marx, Wilhelm 140
Matern, Hermann 258, 261f., 344, 540, 544, 546, 561f., 587, 650
Matern, Jenny 379
Mayer, Hans 349, 423
Mc Cloy, John 574
Mehring, Franz 260
Meier, Otto 198f., 206, 211, 213, 249, 258, 264, 273, 340
Meißner, Wilhelm 276, 397
Melnikow, W. N. 465
Melsheimer, Ernst 549
Mendelssohn-Bartholdy, Felix 425
Merges, August 29, 35, 38
Merker, Paul 258, 261, 263f., 270, 328
Meusel, Alfred 361
Michailow, Nikolai A. 618
Mielke, Erich 4, 519, 544, 548–552, 559f.
Mierendorff, Carl (Carlo) 137, 145
Mikojan, Anastas I. 318, 376, 612f., 617, 648
Molotow, Wjatscheslaw M. 285, 295, 297f., 312, 322, 356, 367, 369, 374–376, 428, 539, 542, 587, 612, 635, 648
Moltmann, Carl 4, 233
Mommer, Karl 595
Moog, Leonhard 471
Mozart, Wolfgang Amadeus 445
Mückenberger, Erich 265f., 268, 271, 500, 542

Mühlenkamp 129
Müller, Hermann 138, 143–147
Müller, Josef 471
Müller, Kurt 552
Müller, Michael 38
Müller, Vincenz 601
Mumm, Reinhard 100

Nasser, Gamal Abdel 639–642
Neddermeier, Wilhelm 165
Nehru, Jawaharlal 636f., 639, 641, 643
Nessig, Erich 170, 172f.
Neubecker, Fritz 199
Neumann, Alfred 265f.
Neumann, Franz 208, 240, 362
Niekisch, Ernst 208f., 253, 371
Niemöller, Martin 515, 519, 579, 582
Norden, Albert 265f., 599
Noske, Gustav 219, 225
Nuschke, Otto 356, 358, 362, 378, 389, 511, 513, 515, 517

Oelßner, Fred 220, 265–267, 276, 311f., 315, 376, 455, 539–542, 559, 562, 587, 614f.
Oerter, Sepp 38–52, 54–56, 58, 63f., 66, 68, 70f., 73f., 78–94, 99, 105, 125, 138
Ollenhauer, Erich 211, 219, 223, 244f., 594f.
Orlopp, Josef 199, 232, 309
Ostrowski, Otto 209

Pegow, Nikolai M. 618
Peschke, Paul 372
Philipp II. von Spanien 64
Philipps 171–175
Pieck, Arthur 199
Pieck, Wilhelm 3, 7, 9, 14, 144f., 200, 210f., 213, 217, 219f., 221, 225–229, 231, 235f., 238f., 241–245, 247, 250, 253–256, 258–262, 271f., 275, 280, 282–285, 296f., 302, 305–311, 313–315, 317–322, 325, 337, 340, 351, 353, 358f., 363, 375f., 378, 381–384, 386f., 389f., 392, 399, 422f., 428, 436, 445, 447, 455, 465, 468, 472, 497, 499, 511f., 527, 530–532, 537f., 547, 551, 567, 571f., 576f., 582, 586f., 591, 594, 609, 611, 614–619, 621–623, 625, 627, 636, 643, 647, 649f., 656–658, 660, 664f.
Plenikowski, Anton 353, 411 418, 510, 514
Plumenbohm, Erich 181–183, 188
Polak, Karl 351–353, 359, 361–364, 366, 369
Poljanski, Dimitri S. 650
Pollit, Harry 308
Puschkin, Georgi M. 275, 476, 484, 601

Radbruch, Gustav 355
Rademacher, Willi Max 561
Rákosi, Mátyás 625
Rakow, Hermann 332
Rapacki, Adam 601f.
Rathenau, Walther 76, 124
Rau, Heinrich 265, 267, 334, 378, 389, 393, 398, 414, 445, 447, 454, 463, 473f., 490–495, 540f., 587
Regensburger, Norbert 130
Reichelt, Hans 502
Reimann, Max 571f.
Reingruber, Hans 378, 610
Reinowski, Hans 122f., 165f., 182, 185
Rembrandt (Rembrandt Harmenszoon van Rijn) 169
Respondek, Erwin 589
Rieke, Kuno 132, 167
Ritter 170
Röbelen, Gustav 546
Röhrs, Heinrich 75
Römlich, W. 28
Rönneburg, Heinrich 53, 60f., 71, 84, 93, 99, 105, 107–109, 111, 116, 118, 127, 131
Röttcher 158–160
Rohner, Gerhard 393f.
Roloff, Ernst-August 58, 81, 84, 118f., 125–128, 132
Romanow, Nikolai N. 618
Rosenthal, Gustav 38
Rossmann, Erich 234
Ruben, Ernst 66
Rüdiger, Otto 182
Rumpf, Willi (Willy) 413, 418, 457, 473, 507f.
Ruscheweyh 171, 175
Russanow 528
Russkich, Alexander G. 363

Sachs, Rudolf 39
Schäffer, Fritz 601
Schaul, Hans 398
Schdanow, Andrej A. 312
Scheidemann, Philipp 183
Schiffer, Eugen 211
Schiller, Friedrich (von) 26, 61, 348, 423–425
Schirdewan, Karl 265, 267, 508, 538, 546f., 552–554, 558–563, 613, 659
Schlebusch, Hubert 182
Schlesinger, Otto 79f.
Schlimme, Hermann 199, 213
Schlobach, Erich 353
Schmid, Carlo 14, 209, 581

Schmidt, Elli 258, 264, 540f., 544
Schmincke, Kurt 170
Schneider, Erich 160, 172
Schober 463
Schöttle, Erwin 219, 223
Scholz, Arno 2, 251
Scholz, Fritz 338
Scholz, Paul 473, 503
Schreiber, Fritz 209
Schreiber, Walther 211, 234
Schröder, Gerhard 642
Schröder, Louise 209
Schröder, Wilhelm 501
Schütz, Emil 41
Schuhmacher, Henry (Henri) 77f., 84
Schukow, Georgi K. 208, 216, 247
Schultes, Karl 363f.
Schulz 97
Schumacher, Kurt 2, 14, 137f., 145, 162, 211, 218f., 221–225, 232, 234f., 238, 245, 248, 250–252, 255f., 261, 278f., 281–283, 285, 287, 289–292, 296f., 303, 314, 320, 381, 572–575, 578, 582, 591, 615, 654–656, 658, 660, 665f.
Schumann, Robert 425
Schwerin, Gerhard Graf von 275
Sdorow, Wassili A. 299
Seigewasser, Hans 246, 450
Sekaninova 632
Selbmann, Fritz 329f., 334, 378, 444, 463, 473, 476f., 489, 493f., 559
Semjonow, Wladimir S. 207, 222, 231f., 356, 363f., 376, 405, 428, 435, 441, 446, 493, 536, 540, 582, 609, 611, 614, 618f.
Severing, Carl Wilhelm 133, 138, 219, 225
Seydewitz, Max 346, 414, 416, 498f.
Siems, Heinrich 182
Sievers, Hans 53, 59, 63, 68, 70, 74–76, 81, 91, 94, 134, 149, 154, 167, 170, 182, 185
Široky, Viliam 492
Sitnin, Wladimir K. 497
Sobottka, Gustav 325, 487f.
Sokolowski, Wassili D. 317, 356, 540
Sorgenicht, Klaus 551
Stahlmann, Richard 280, 282, 551
Stalin, Jossif W. 200, 229, 232f., 247, 270, 300, 307, 310–322, 330, 357, 359, 367, 374–377, 381, 390, 424, 437, 440, 442, 455f., 466–468, 476, 520, 527–530, 534, 539f., 542, 552–554, 557, 567, 586–592, 596, 611, 613–619, 622, 661, 665
Stampfer, Friedrich 219, 225
Steel, Christopher 250
Steenbeck, Max 445
Steidle, Luitpold 378
Steigertahl, Bodo 102
Steinberger, Bernhard 558
Steinbrecher, Gustav 83, 98–100, 107f., 111f., 120, 127, 134, 148f., 151, 159f., 167, 170, 184
Steinhoff, Karl 287, 353, 365, 372, 378, 472
Steiniger, Peter Alfons 361, 363, 369
Steltzer, Theodor 211
Stempel, Fred 397, 451, 595
Stern, Magda 441
Stinnes, Hugo jun. 285
Stock, Christian 295
Stöcker, Walter 73
Stoph, Willi 268f., 309, 546, 562, 648, 650
Strampfer, Walter 473
Strassenberger, Paul 492
Strauß, Franz Josef 579
Strecker, Reinhard 360
Streit, Hermann 501
Stresemann, Gustav 229
Stülpnagel, Joachim von 186
Sun Yat-sen 635
Suslow, Michail A. 312–314, 318
Swolinzky, Curt 240
Szakasitis, Árpád 309

Teiner 360
Teubner, Emil 446
Thadden-Trieglaff, Reinhold von 519, 523
Thälmann, Ernst 143, 260, 346, 451
Thälmann, Rosa 451
Thape, Ernst 220
Thedieck, Franz 585
Thiessen, (Peter) Adolf 445
Thunig, Rudolf 595
Tito, Josip Broz 300, 559
Tjulpanow, Sergej I. 207, 232, 299, 302, 338, 441
Tostmann, Wilhelm 84
Trübenbach, Erna 379
Truman, Harry S. 295, 568
Tschujkow, Wassili I. 376, 454f., 459, 463, 465f., 512, 610, 619
Tzschorn, Hans 1, 25, 272, 393–397, 399f., 425, 445–447, 514, 550, 628, 649

Ulbricht, Lotte (geb. Kühn) 208
Ulbricht, Walter 4, 7, 9, 14, 199f., 206f., 210f., 231, 237, 239–242, 250, 253–255, 258, 261–263, 267, 270–276, 284, 299, 302, 304–307, 309, 311–315, 320f., 324f., 329f., 332, 337, 340, 351, 358, 366, 376, 378, 382, 386, 389f., 394, 397–399, 401, 404, 406, 428, 436, 438, 443, 445, 455, 465–468, 473f., 476, 478, 480f., 483f., 486, 489, 494, 499, 507–511, 513, 516, 520f., 524f., 527,

529–532, 534, 536–548, 551–553, 555–563, 567f., 572f., 577, 581–583, 587f., 590–592, 594, 596, 598, 602–605, 607, 609, 612–615, 617–620, 622f., 626, 630, 632f., 636f., 642f., 647–650, 654, 657, 659f., 662f., 665f.

Venedey, Hans 278
Verdieck, Paul 231
Verner, Paul 265, 267f.
Victoria Luise von Preußen 21
Vieweg, Kurt 4, 555
Vockel, Heinrich 585
Vogel, Hans 211, 219, 222
Vogtherr, Ewald 76f., 99f., 105, 111
Volkland, Alfred 99
Vollmershaus, Karl 209
Volmer, Max 445

Wabra, Ernst 449
Wandel, Paul 378, 411, 425f., 435, 640
Warnke, Hans 418, 514, 517
Warnke, Herbert 183, 265, 268, 508, 572
Weber, Alfred 360
Websky, Helmuth 180
Weck, Rudolf 276
Wehner, Herbert 574, 581, 585
Weigel, Helene 432
Weimann, Richard 198f.
Weinberger, Bernd 454
Weinberger, Hans 186
Wesemeier, August 38, 48f., 83, 120, 152
Wessel, Heinrich 49
Wessel, Horst 346
Wiebold, Robert 28–30
Wiechert, Theo 209
Wiedemann, Hans 449f.
Wilhelm, Herzog zu Braunschweig 20
Winzer, Otto 206, 211
Wirth, Joseph 76, 436, 582f., 589f.
Wissell, Rudolf 143
Wittkowski, Margarete 559
Wohlgemuth, Toni 198f.
Wolf, Ernst 463
Wolf, Richard 558
Wollweber, Ernst 4, 183, 491, 546, 548f., 551, 559–562, 659

Zaisser, Else 611
Zaisser, Wilhelm 261–263, 521, 538, 540–544, 546, 548, 587f., 659
Zapotocky, Antonin 490
Zhou Enlai 634f., 637
Ziller, Gerhart 459, 463, 474, 478, 493, 495, 500, 507–510, 555, 559–561
Zöger, Heinz 558
Zweig, Arnold 435f.
Zweig, Michael 435